Manfred Kittel
Marsch durch die Institutionen?

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 86

Oldenbourg Verlag München 2011

Manfred Kittel

Marsch durch die Institutionen?

Politik und Kultur in Frankfurt nach 1968

Oldenbourg Verlag München 2011

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Tel: 089 / 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Einbandgestaltung: Dieter Vollendorf
Satz: Typodata GmbH, München
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706

ISBN 978-3-486-70402-0
ISSN 0481-354

Inhalt

1. Einleitung 1

Prolog: Frankfurt am Abend der Kommunalwahlen im März 1977 1

Fragen nach der Wirkungsgeschichte von „1968“ und dem „langen Marsch durch die Institutionen“ 6

Forschungsstand und Quellenlage 19

2. Kultur und Politik bis 1968 27

Frankfurt am Main und die Unwirtlichkeit deutscher Städte nach 1945 27

Neues Theaterleben in den Nachkriegsjahren 30

Affirmativer Kulturbegriff und erste soziokulturelle Gegenströmungen 33

Krisenjahre kommunaler Kulturpolitik vor 1968 und die Notlage von Theatern und Museen 36

Die 68er-Bewegung in ihrer Frankfurter Hochburg: Von Adorno bis zum Westend 42

3. „Das prickelnde Gefühl parteipolitischer Auseinandersetzungen“: Die Volksparteien in der Polarisierung der 68er-Zeit 53

Bundespolitische Rahmenbedingungen 53

APO in der SPD? Die Jungsozialisten auf dem Marsch durch die Institutionen 59

„Mit den Mitteln des SDS“? Die „Gruppe 70“ in der CDU 76

Kommunale Kulturpolitik in den Zeiten von ’68 95

4. „Kultur für alle“ oder „sozialistischer Kultur-Avantgardismus“? Hilmar Hoffmanns Wahl zum Dezernenten 1970 und die Folgen 101

Umkämpfte Kandidatenkür 101

Hoffmanns „progressives“ Kulturprogramm in Theorie und früher Praxis 109

5. Gesellschaftsveränderung per Stadtgeschichte? Das neue Historische Museum 125

Die Notlage der deutschen Museen und der Frankfurter Lösungsversuch 125

Antiklerikalismus und Vulgärmarxismus? Kontroversen um die politische Botschaft des neuen Museums 140

Antiimperialismus oder: Die Wiederkehr der Tragikomödie als Farce – und ihr Ausklang 160

6. Vom Intendanten- zum Mitbestimmungstheater (1967 bis 1972) 171

Das Ende der Ära Buckwitz und der Fehlstart des Generalintendanten Ulrich Erfurth 1967/68. 171

Folgen von 1968? Autoritätskrise des Generalintendanten und Mitbestimmungsdebatten am bundesdeutschen Theater 180

Erfurths Interregnum ohne Fortune und die Durchsetzung des „Frankfurter Modells“ (1968 bis 1972). 193

7. Anatomie einer Mitbestimmung: Das Frankfurter Theatermodell 1972 bis 1976/77 219

Dramatis personae: Das erste Direktorium Palitzsch/Gelhaar/Danzeisen, Regisseur Hans Neuenfels und die übrigen Hauptdarsteller. 219

Kontroversen um Spielplan und Probenzeiten. 245

Von der „Diktatur der Regisseure“ zur „Diktatur der Basis“?: Die Besetzung der einzelnen Stücke und die Frage der Gastengagements . . 251

Niederungen des Alltags und Kündigungen 260

Ein Dauerversuch: Das „Funktionsfähigmachen der Mitbestimmung“ in den Jahren 1972 bis 1976/77 269

Mühsale des Beginns 1972/73 270

Modellversuche zwischen 1973 und 1974: Vom Dreier- zum informellen Achter-Direktorium und wieder zurück 281

„Mit unserem Bewußtsein haben wir das Sein nicht ändern können“ – Tendenzwende am Frankfurter Theater 1974 bis 1976/77 289

Die künstlerischen Ergebnisse des Mitbestimmungsmodells und ihre Außenwirkung 302

8. Kultur und Macht. Kommunalpolitischer Niedergang der SPD und Aufstieg der CDU 1970 bis 1977. 323

Anhaltende Richtungskämpfe in der Frankfurter SPD – mühsame Konsolidierung der CDU vor den Kommunalwahlen 1972 323

Der Pyrrhus-Sieg der SPD bei den Kommunalwahlen 1972 339

„Von Ideologen berannt, von Affären geplagt": Heimsuchungen der Sozialdemokratie 1972 bis 1976. 355

Noch ein „Modellversuch": Riesenhuber und die CDU auf dem Weg zur modernen „Großstadtpartei" 380

Kulturpolitische Dimensionen sozialdemokratischen Machtverfalls ... 390

Frankfurter Tendenzwende: Walter Wallmanns Wahl zum CDU-Oberbürgermeister 1977 411

9. Der Schein des Scheiterns und die lange Dauer des Marschs der 68er. Zusammenfassung und Bewertung der Untersuchungsergebnisse 441

Quellen- und Literaturverzeichnis 461

Abkürzungsverzeichnis 481

Personenregister 483

Für Dagmar,
Kilian und Jesco
in Erinnerung
an die
Frankfurter Jahre

1. Einleitung

Prolog: Frankfurt am Abend der Kommunalwahlen im März 1977

„Der Barmherzigkeit Gottes sind keine Grenzen gesetzt", so kommentierte am Abend der hessischen Kommunalwahlen im März 1977 der CDU-Landesvorsitzende Alfred Dregger einen „Stimmenumschlag" von der SPD zur CDU, der „in Höhe wie Häufung" bis dahin „einmalig in Nachkriegsdeutschland" war[1]. Zehn Prozent hatten die Christdemokraten landesweit zugelegt, und auch fast alle uneinnehmbar scheinenden roten Rathäuser in den Großstädten hatten sie gestürmt. Die stärksten Gewinne erzielte die Partei ausgerechnet in Frankfurt und im südlichen Regierungsbezirk Darmstadt, in Regionen mithin, die nach 1968 mehr denn je „eine Domäne der Jungsozialisten und der übrigen SPD-Parteilinken gewesen" waren[2]. Angesichts des Ergebnisses in Frankfurt am Main, wo die CDU sogar fast zwölf Prozent mehr Stimmen geholt hatte als bei den zurückliegenden Kommunalwahlen und eine 30jährige Vorherrschaft der SPD gebrochen war, sprach die örtliche CDU-Landtagsabgeordnete Ruth Beckmann von einem „Wunder, einfach ein Wunder"[3].

Tatsächlich aber hatte sich am 20. März 1977 nur ein – durch die „Willy-Wahlen" zum Bundestag 1972 zeitweilig verlangsamter – „seit 1968 anhaltende[r] Trend" mächtig fortgesetzt. Danach konnten „in dem seit Kriegsende als rot apostrophierten" Hessen die Christdemokraten von Wahl zu Wahl „Gewinne einstreichen"[4]. Woran das in Frankfurt ganz wesentlich auch lag, war für den triumphierenden CDU-Oberbürgermeisterkandidaten Walter Wallmann nicht zweifelhaft: Die Sozialdemokraten am Main bildeten seines Erachtens gleichsam die „neomarxistische Speerspitze" einer infolge der 68er-Bewegung von der extremen Linken unterwanderten bundesdeutschen Sozialdemokratie[5]. Eben deshalb hatte sich der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der im Falle eines Wahlsieges der CDU bei den Bundestagswahlen im Oktober 1976 vermutlich Minister in einem Kabinett Kohl geworden wäre, dazu durchgerungen, in die steinigen Ebenen der Frankfurter Kommunalpolitik hinabzu-

[1] Der Spiegel, 28. März 1977 (Nr. 14), S. 26.
[2] Im nördlichen Hessen gab es dagegen zum Teil sogar leichte Verluste für die CDU. Die Welt, 22. März 1977.
[3] Der Spiegel, 28. März 1977 (Nr. 14), S. 26.
[4] Frankfurter Allgemeine Zeitung (Kommentar), 21. März 1977. Daß es zu kurz gedacht wäre, die 1970er Jahre als „rotes" oder „sozialdemokratisches Jahrzehnt" wahrzunehmen, hat im Blick auf die wahlstatistischen Daten auch Bösch, Die Krise als Chance, S. 296f., argumentiert.
[5] Frankfurter Rundschau, 12. März 1977.

steigen[6]. Denn nicht nur in Hessen, „sondern in der ganzen Bundesrepublik", so Wallmanns zutreffende Beobachtung, wurde „am Wahltag auf Frankfurt geblickt". Anknüpfend an seinen Appell an die Wähler, in der Stadt am Main „ein Signal" zu setzen „für die Sache der Freiheit"[7], konstatierte der künftige Oberbürgermeister nach den Gewinnen der CDU zu Lasten der bis dahin in Frankfurt allein, in Wiesbaden und Bonn zusammen mit der FDP regierenden Sozialdemokraten: Der Sieg der Union sei ein Beweis dafür, daß SPD und FDP im ganzen Land die „geistige Führung" verloren hätten[8]. Der in Südhessen beheimatete SPD-Bundestagsvizepräsident Hermann Schmitt-Vockenhausen bestätigte diese etwas voreilige Prognose Wallmanns zumindest in der Tendenz, als er zum Absturz seiner Partei – gemünzt auf die ultralinken 68er in den eigenen Reihen – bemerkte: In der SPD müsse „endlich damit Schluß gemacht werden, daß ideologische Randfiguren mit ihren theoretischen Sprüchen weiterhin lautstark den Ton angeben". „Diese Leute" seien ohnehin „nur eine Minderheit", und sie verunsicherten „unsere Wähler"[9].

Das dramatische Geschehen am Main hatte hohe bundespolitische Signalwirkung. Sowohl Wallmann als auch der von ihm besiegte Oberbürgermeister Rudi Arndt, Mitglied im Bundesvorstand der SPD und zeitweilig Aspirant auf das Amt des hessischen Ministerpräsidenten[10], waren Politiker von überregionaler Bedeutung. Zudem trifft es grundsätzlich zu, daß in städtischen Ballungszentren oft „eine politische Sensibilität anzutreffen ist, die sich auch bei Kommunalwahlen eher am allgemeinen Zustand der Nation" denn an lokalen Entwicklungen orientiert[11]. Dennoch wäre das politische Erdbeben in Frankfurt im Jahr 1977 mit für die SPD ungünstigen bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen allein („Rentenlüge" in Bonn, Gebietsreform in Hessen etc.) bei weitem nicht zu erklären. „Auch auf Frankfurter Ebene", so gaben selbstkritische Sozialdemokraten in der Aussprache über das Wahldesaster ihrer Partei zu erkennen, „sind Fehler und viel Mist gemacht worden"[12].

Diese Fehler hatten nicht zuletzt mit dem Marsch eines ultralinken Teils der 68er-Bewegung durch die im Rathaus dominierende SPD zu tun, deren „Unterbezirk" sich in den Jahren nach 1968 folglich schwersten innerparteilichen Erschütterungen ausgesetzt sah. Denn was der 68er-Experte Wolfgang Kraushaar im Hinblick auf die „als launisch, chaotisch und karrierefeindlich verschrienen"

[6] Auch für Alexander Gauland, den Büroleiter Wallmanns im Römer ab 1977, war die bundespolitische Bedeutung der Frankfurter Vorgänge ein wesentliches Motiv, seine Tätigkeit für die CDU-Bundestagsfraktion in Bonn aufzugeben und an den Main zu wechseln. Gespräch mit A. Gauland in Potsdam im März 2008.

[7] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. März 1977.

[8] Frankfurter Neue Presse, 21. März 1977.

[9] Bild, 23. März 1977. Schmitt-Vockenhausen hatte sich schon bei seiner erneuten Nominierung zum Bundestagskandidaten der SPD 1969 erbitterten Angriffe seitens des linken Parteiflügels in den Unterbezirken Groß-Gerau und Main-Taunus gegenübergesehen. AdsD: Depositum Wolfgang Streeck, Box 4: Schmitt-Vockenhausen: „Unruhestifter mundtot machen". Dokumentation zum Fall Schmitt-Vockenhausen, hrsg. vom Bezirksausschuß der Jungsozialisten Hessen-Süd, 29. April 1969.

[10] In den 1980er Jahren avancierte Arndt noch zum Vorsitzenden der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament.

[11] So die Frankfurter Rundschau (19. März 1977) am Tag vor der Wahl mit Blick auf das für die SPD schwierige bundespolitische Umfeld.

[12] Frankfurter Rundschau, 1. April 1977.

Frankfurter „Spontis“[13] und die Entwicklung der Grünen in der Stadtpolitik seit Anfang der 1980er Jahre konstatiert, läßt sich mutatis mutandis auch schon auf den Marsch durch die Institutionen in den 1970er Jahren übertragen: Kaum irgendwo sonst waren politische Positionen in der SPD und in städtischen Institutionen „so generalstabsmäßig in Angriff genommen“ worden[14] wie in der – dafür beste politisch-kulturelle Voraussetzungen bietenden – Metropole am Main. Dem Ansehen der Frankfurter SPD in der Wählerschaft indes war diese Entwicklung höchst abträglich. „Die Revoltenstimmung“ von 1968, so konstatiert die verdienstvolle Stadtchronistin und SPD-Kommunalpolitikerin Frolinde Balser, „blieb in Frankfurt am Main noch für mehrere Jahre“, und sie hatte „erhebliche Auswirkungen auf die Politik in der Stadt“[15]. Selbst die „bürgerlichen“ Parteien CDU und FDP erlebten als Reaktion auf die von links ausgehende Politisierung im Gegenzug ihr kleines „1968“[16].

Frankfurt war zusammen mit Berlin eines der „Epizentren der Revolte“[17] in der Bundesrepublik gewesen, und bis Mitte der 1960er Jahre hatte die Metropole am Main für die Entwicklung einer Neuen Linken sogar die größte Bedeutung besessen. Die Stadt mit ihren bedeutenden radikaldemokratischen Traditionen galt als Hort von Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbewegung und Linkskatholizismus. Linke Gesellschaftskritik wurde seit 1949/50 auch wieder an dem 1933 zur Emigration gezwungenen Institut für Sozialforschung („Frankfurter Schule“) betrieben. Der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, des harten (neo-)marxistischen Kerns der Bewegung, hatte seinen Sitz in Frankfurt; selbst die RAF machte in ihrer Anfangsphase wegen der beträchtlichen Zahl der Sympathisanten und mithin „nicht zufällig Frankfurt zu einer ihrer Hauptbasen“[18]. Ihren Ruf als Hochburg sogenannter alternativer Lebensformen festigte die hessische Metropole, als sie infolge der Besetzung eines ersten Hauses im Stadtteil Westend im Herbst 1970[19] über Jahre zum spektakulären Schauplatz radikalen Protests gegen kapitalistische Immobilienwirtschaft wurde.

Gleichzeitig aber war „Mainhattan“ der Inbegriff des bundesdeutschen Wirtschaftswunders. Wie kaum eine andere Stadt hatte Frankfurt von der deutschen Teilung profitiert und war zum Finanzzentrum der neuen Bundesrepublik geworden[20]. Zudem war die Hessenmetropole, in der die US-Streitkräfte in Europa ihr Hauptquartier unterhielten, stark amerikanisch geprägt. Wegen dieser heterogenen bis widersprüchlichen Strukturen und auch wegen der bereits damals hohen Zahl

[13] Als Spontis galten ursprünglich jene 68er, die „linksradikal und revolutionär“ waren, „‚ohne spezifische ideologische Festlegung. Wer nicht JUSO oder SB, DKP oder K-Gruppe war, der war eben irgendwie ‚Sponti‘“. Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 352.
[14] Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, S. 41.
[15] Balser, Aus Trümmern, S. 289.
[16] Die von der Studentenbewegung kultivierte Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation, so hat es Frank Bösch beschrieben, fand auch bei der CDU „ihr moderateres Pendant“. Bösch, Die Adenauer-CDU, S. 411.
[17] Berlit, Notstandskampagne, S. 11.
[18] Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 333. Zur Virulenz des kommunistischen und linkssozialistischen Spektrums in Frankfurt schon vor 1968 vgl. den Gesprächsband der Heinz-Jung-Stiftung (Hg.), Linke im Kalten Krieg.
[19] Balser, Aus Trümmern, S. 303.
[20] Stracke, Stadtzerstörung, S. 26f.

ausländischer Immigranten[21] galt Frankfurt als großes Laboratorium gesellschaftlichen und (multi-)kulturellen Wandels im Spannungsfeld von Neomarxismus und voll entfaltetem Kapitalismus, von Frankfurter Banken und „Frankfurter Schule".

Zu den bundesweit mit am stärksten beachteten Spezifika der lokalen Entwicklung nach 1968 gehörte aber vor allem auch das „Frankfurter Modell" kommunaler Kulturpolitik in den Jahren seit 1970, als der dezidiert „progressiv" orientierte Hilmar Hoffmann[22] gegen eine Konkurrentin vom „rechten" SPD-Flügel zum Kulturdezernenten gewählt wurde. Das von der 68er-Bewegung gegen vermeintlich „faschistische" oder zumindest autoritäre Gesellschaftsstrukturen verfochtene Konzept der „Demokratisierung"[23] erhob Hoffmann zur Maxime seiner Politik („Kultur für alle") und suchte es auch mit Hilfe zahlreicher 68er in den städtischen Einrichtungen so weit wie möglich zu realisieren.

Hoffmann war 1965 vom Direktor der Volkshochschule (VHS) zum Kulturdezernenten in Oberhausen avanciert, was er wesentlich auch seiner – internationale Anerkennung findenden – Pioniertätigkeit für die dortigen Kurzfilmtage verdankte[24]. Zusammen mit dem seit 1964 in Nürnberg amtierenden Hermann Glaser zählte Hoffmann zu einer kleinen, aber ungemein engagierten und wirkmächtigen Gruppe sozialdemokratischer Kulturdezernenten, zu der auch der Dortmunder Alfons Spielhoff[25] sowie Dieter Sauberzweig[26], der Beigeordnete für Schule und Kultur des Deutschen Städtetages, zu rechnen sind[27]. Hoffmann aber wurde durch seine Berufung nach Frankfurt am Main 1970 zur vielleicht bedeutendsten Figur unter diesen neuen Kulturpolitikern. Zum einen gab es in der Bankenmetropole, die auch infolge ihrer Vergangenheit als Freie Stadt den höchsten Kulturetat aller deutschen Kommunen aufbrachte[28], am meisten Geld, um das Ideenpotential eines kreativen neuen Kulturpolitikers umsetzen zu können. Zum anderen war Frankfurt als Bastion der 68er-Bewegung in diesen Jahren ein ungleich aufregenderes politisches Biotop als Nürnberg oder Dortmund. Derart leidenschaftlich wurde am Main gerade auch über kulturpolitische Themen gestritten, daß Analysen der Frankfurter Kommunalwahlen 1977 deren „besonderen Zündstoff" herausstellten und ihr Gewicht innerhalb des breiten Ursachenkomplexes der sozialdemokratischen Niederlage betonten[29].

[21] Die Zahl der Ausländer war in Frankfurt innerhalb von gut zehn Jahren von 31 389 (1961) auf 102 721 anno 1972 (bei einer Gesamtbevölkerung von 678 545 Personen) gestiegen. Roth, Z. B. Frankfurt, S. 12.

[22] Vgl. den Artikel „Ich gehöre zum progressiven SPD-Flügel" in der *Frankfurter Neuen Presse* vom 11. September 1970.

[23] Zur Problematik des Begriffs vgl. den zweiten Teil dieser Einleitung.

[24] Vgl. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 44f.

[25] Zu dem SPD-Mitglied und „Radikalsozialisten" Spielhoff, Dortmunder Kulturdezernent von 1962 bis 1974, vgl. den Brief Olaf Schwenckes an Spielhoff vom 3. Juli 1982, abgedruckt in: Schwencke/Sievers, Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik, S. XI.

[26] Das SPD-Mitglied wurde später (1977) auch in das Amt des Berliner Kultursenators berufen.

[27] Insofern ist das Urteil Volker Plagemanns, wonach städtische Kulturpolitik „bis in die späten 60er Jahre wenig mehr gewesen" sei „als die Verwaltung der größeren Kultureinrichtungen, die sich in Residenzstädten aus einer fürstlichen Tradition entwickelt hatten, und denen die bürgerlichen Städte ähnliches an die Seite stellen wollten", hinsichtlich der Zeitachse ein wenig zu relativieren. Plagemann, Beitrag, S. 17.

[28] Frankfurter Neue Presse, 29. Februar 1968.

[29] Vgl. etwa Stuttgarter Zeitung, 25. März 1977.

Dabei ging es etwa um das Theater am Turm, wo mit Rainer Maria Fassbinder zeitweilig eine besonders schillernde Künstlerpersönlichkeit agiert hatte, oder um den ebenfalls zunehmend „fortschrittlich" orientierten Kunstverein, um Institutionen wie die Volkshochschule und das neue kommunale Kino[30], die vor allem wegen ihrer politisch-inhaltlichen Ausrichtung umstritten waren, aber auch um das international renommierte Kunstmuseum Städel, an dem die Interessen der lokalen Mäzene aus dem vielzitierten Kreis von „Adel und Banken" mit denen des „demokratisierenden" Kulturdezernenten Hoffmann zeitweilig hart zusammenstießen. Bundesweit im Zentrum der Aufmerksamkeit standen indes wegen ihres besonders offensichtlichen Charakters als Epiphänomene der 68er-Bewegung vor allem die Vorgänge in zwei traditionellen Frankfurter Kulturinstitutionen: dem Historischen Museum und den Städtischen Bühnen.

Am Theater war ausgerechnet 1968 die Intendantenära des gesellschaftskritischen Sozialdemokraten Harry Buckwitz[31] zu Ende gegangen. Mit Ulrich Erfurth hatte ein Nachfolger die stets bewegte Theaterszene der Main-Metropole betreten, der im Ruf stand, eher traditionalistisch zu arbeiten. Nachdem das Schauspiel mehrmals in die berüchtigten Frankfurter Krawalle einbezogen worden war und Erfurth bei Kritikern unterschiedlichster Couleur wenig Gnade gefunden hatte, kam es schon 1972 zu seiner Ablösung. Unter der Regie des neuen Kulturdezernenten Hoffmann wurde eine Nachfolgeregelung konzipiert und durchgesetzt, die in mehrfacher Hinsicht gleichsam im Trend der Zeit lag: Statt eines neuen Generalintendanten, dessen Machtfülle landauf landab – analog zur Autorität der alten Hochschulordinarien – in Zweifel gezogen wurde, stand künftig ein Führungsteam aus drei Personen an der Spitze des Frankfurter Schauspiels. Dabei fungierte der ebenso prominente wie progressive Brecht-Schüler Peter Palitzsch als Primus inter pares. Im Zuge des neuen, vom Magistrat gebilligten Mitbestimmungsmodells waren künftig auch den Schauspielern und anderen künstlerischen Mitarbeitern so weitreichende Beteiligungsrechte an ihrem Arbeitsplatz eingeräumt, wie dies an städtischen Bühnen in der Bundesrepublik nirgendwo sonst der Fall war.

Ging es am Schauspiel Frankfurt um die Konkretisierung des Demokratisierungspostulats innerhalb einer bestehenden Institution, so sollte das neue Historische Museum der Stadt gleichsam die dazu passenden Geschichtsbilder liefern. Vom Geist der 68er-Zeit geprägte Museumsmacher spielten dabei eine Hauptrolle. Und auch in diesem Fall hatte Frankfurt Modellfunktion, konnte doch das im Herbst 1972 wieder eröffnete Haus, wie es ein NDR-Kommentator ausdrückte, „als Maßstab auch für andere kultur- und kunsthistorische Museen in der Bundesrepublik dienen"[32]. Weniger „fortschrittlich" orientierte Zeitgenossen erblickten in der neuen Ausstellung, die bereits in der Mittelalterabteilung klassenkämpferi-

[30] Nachdem Anfang der 1970er Jahre Hoffmann gegen heftigen Widerstand der Kinobetreiber die Idee eines kommunalen Kinos durchgesetzt hatte, folgten bald weitere 150 Kommunen „dem Frankfurter Vorbild". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. August 2005 („Wer Oper will, kann sie auch bezahlen […] Hilmar Hoffmann zum achtzigsten Geburtstag").

[31] Siehe den Brief des Frankfurter SPD-Unterbezirks an den „Genossen Buckwitz" im Januar 1962, in: IfSG: SB 217.

[32] Manuskript einer NDR-Sendung von Peter Bier, Pop und Politik, NDR 2, vom 27. Dezember 1975, in: IfSG: HiMu 29.

sche Töne anschlug und der verpaßten Demokratisierungschance einer räterepublikanischen Entwicklung 1918/19 nachweinte, freilich eher das örtliche Menetekel einer drohenden, mittels der hessischen Rahmenrichtlinien ohnehin bereits die Schulen ergreifenden Kulturrevolution. Waren die „Systemveränderungsthesen“[33] am Historischen Museum, wie sie Alfred Dregger charakterisierte, nicht ein Beispiel mehr dafür, daß der Marsch der 68er-Bewegung durch die Institutionen der öffentlichen Hand ein beklemmendes Ausmaß erreicht hatte? Wie immer man die Vorgänge deutet – Frankfurt bietet nachgerade ein Paradefeld, um in der Tiefenanalyse des kommunalen Wahlergebnisses von 1977 neben den partei- vor allem auch den kulturpolitischen Folgen des langen Marsches durch die Institutionen nachzuspüren.

Fragen nach der Wirkungsgeschichte von „1968“ und dem „langen Marsch durch die Institutionen“

Einen „langen Marsch durch die Institutionen“ hat der charismatische Studentenführer Rudi Dutschke[34] – in Anlehnung an Mao Zedongs 10000 Kilometer langen Militärmarsch durch unwegsamste Provinzen Chinas 1934/35 – immer wieder propagiert[35]. Der Begriff ist allerdings weniger eindeutig, ja widersprüchlicher, als seine fast schon sprichwörtliche Verwendung suggeriert. Was Dutschke im Oktober 1967 auf einer Sozialistischen Arbeitskonferenz in Frankfurt dazu ausführte[36], war von den Theorien des jungen französischen Philosophen Régis Debray inspiriert. Debray war mit Ernesto Che Guevara 1967 von Kuba nach Bolivien gegangen, um die castristische Revolution auf das lateinamerikanische Festland zu exportieren. Dutschkes „langer Marsch“ war demnach „Teil einer globalen Guerillastrategie“ und zielte im Sinne der sog. Focustheorie darauf ab, in mehr und mehr Ländern Aufstandsherde zu schaffen[37]. Nicht um einen „Marsch *in* die Institutionen“ ging es Dutschke, so die plausible Deutung Wolfgang Kraushaars, sondern um einen gegen sie bzw. „durch sie *hindurch*“[38]. Wenige Wochen vor seiner Rede auf der Arbeitskonferenz hatte Dutschke auf einer Delegiertenversammlung des SDS in Frankfurt in diesem Sinne an seine Genossen appelliert, Che Guevaras „Propaganda der Schüsse in der Dritten Welt“ durch eine „Partisanenstrategie in den Metropolen“ der Ersten Welt zu ergänzen und das „System der repressiven Institutionen“ zu destruieren[39].

[33] Frankfurter Rundschau, 2. November 1972.
[34] Zur Biographie des auch in Frankfurt immer wieder auftretenden Dutschke: Karl, Rudi Dutschke; Chaussy, Die drei Leben des Rudi Dutschke; Miermeister, Rudi Dutschke.
[35] In der Soziologie, die Dutschke studiert hatte, spielte Institutionenlehre im übrigen eine wichtige Rolle. Die von Arnold Gehlen in den 1950er Jahren entwickelte kulturkritische Institutionentheorie, die Staat, Kirchen, Gemeinden und Familien durch die Entwicklungen der Moderne mehr und mehr in Frage gestellt sah (Gehlen, Urmensch und Spätkultur), war von Friedrich Jonas eben erst, 1966, nochmals traktiert worden. Jonas, Die Institutionenlehre.
[36] Kraushaar, Frankfurter Schule und Studentenbewegung, Bd. 1: Chronik, S. 278.
[37] Kraushaar, 1968 als Mythos, S. 86.
[38] Ebd., S. 87 (Kursivsetzungen dortselbst).
[39] Kraushaar, Der lange Marsch, S. 63. Das undogmatische, 1972 aus einer Strömung des Berliner SDS hervorgehende Blatt „Langer Marsch. Zeitschrift für eine neue Linke“, zu der Dutschke

Allerdings war Dutschke wohl hin- und hergerissen zwischen seinen linksideologischen Überzeugungen und „den Bedürfnissen des Familienvaters, der gern zur Ruhe gekommen wäre und sich der christlichen Ethik verpflichtet sah“[40]. Jedenfalls trug der Berliner Studentenführer selbst dazu bei, daß aus seinem Guerilla-Konzept in den 1970er Jahren „eine Juso-Parole“, eine „Metapher für ihre Doppelstrategie“ werden konnte, ja „Teil einer Lebensphilosophie von Oberstudienräten, eine Phrase für Philister“[41], denen es der Begriff gleichsam ermöglichte, ihre ganz und gar bürgerlichen Karrieren innerhalb des „Systems BRD“ ohne allzu schroffen Bruch mit den revolutionären Idealen ihrer Jugend zu vollziehen[42]. Denn bei einer vielbeachteten Podiumsdiskussion mit Rudolf Augstein und Ralf Dahrendorf im November 1968 interpretierte Dutschke den „langen Marsch“ gleichsam anthropologisch mit den Worten, Revolution sei kein „kurzer Akt“, sondern ein „langer komplizierter Prozeß, wo der Mensch anders werden muß“. Dieser Prozeß der (Bewußtseins-)Veränderung des Menschen gehe nur über den Weg „des langen Marsches durch die bestehenden Institutionen“ inner- und außerhalb der Universitäten. Da Dutschke den anzustrebenden Veränderungsprozeß unmißverständlich als „eine langfristige Geschichte“[43] charakterisierte, konnte seine Parole als Verzicht auf schnelle Revolutionierung durch militante Aktionen zugunsten des langfristigen Versuchs verstanden werden, später aus beruflichen oder parlamentarischen Stellungen heraus politisch Einfluß zu nehmen[44]. Die Studenten der rebellischen 68er-Generation, von denen etwa die Hälfte 1967/68 auf den Straßen demonstriert hatte[45], hätten demnach also ihr Studium abschließen, einen bürgerlichen Beruf ergreifen und dort „im Sinne der demokratischen Umwälzung“, so wie der SDS sie verstand, tätig werden sollen[46].

Kontakt hielt, zählte im übrigen nicht zu den „systemimmanenten“ Folgebewegungen von 1968, sondern zu der schillernden, teils gewaltbereiten Gruppe der „Anarchisten inklusive Spontis und Basisgruppen“ , aus der später die Autonomen hervorgingen (Langguth, Mythos ’68, S. 125; vgl. auch Wesel, Die verspielte Revolution, S. 167). Die Zeitschrift wurde bis 1977 in Berlin herausgegeben, als sich die Redaktion spaltete. Ein Teil der alten Redaktion gab ab 1978 im Berliner „Zuckererbsenverlag“ das Blatt „Neuer Langer Marsch. Zeitung für eine neue Linke“ heraus.

40 Kailitz, Auseinandersetzungen mit der Gewalt, S. 93.

41 Kraushaar, 1968 als Mythos, S. 87.

42 Vgl. hierzu die Kritik Wolfgang Trakls an „berufstätigen Linken“, die nicht die Schwierigkeiten sähen, „an denen die Realisierung ihres politischen Anspruchs im Berufsalltag scheitern muß“: „[…] wäre die Revolution so einfach, daß man für sie auch noch besoldet wird, dann wäre die Gesellschaft gar nicht so schlecht und die Revolution eigentlich überflüssig“. Wolfgang Trakl, „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“, in: Kursbuch 40 (1985), S. 1–5, hier S. 5. Das Heft war dem Thema „Beruf: Langer oder kurzer Marsch“ gewidmet.

43 Dutschke-Klotz/Gollwitzer/Miermeister, Rudi Dutschke. Mein langer Marsch, S. 15.

44 Im Februar 1968 hatte Dutschke bei einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie in Bad Boll zum Thema „Revolution in Deutschland“ vom „langen Marsch“ durch Parteien und Parlamente usw. gesprochen, dessen Ziel die „subversive Verwertung der Widersprüche in den bestehenden Institutionen“ sowie die Zerstörung oder „Aufweichung der etablierten Apparate“ sei. Baring/Görtemaker, Machtwechsel, S. 90.

45 Frei, Jugendrevolte, S. 148. Zu bedenken ist bei der Bewertung dieser Zahlen, daß in der altershomogenen Gruppe der 68er hoher „Konformitätsdruck“ herrschte (Fogt, Politische Generationen, 1982, S. 64); drei Viertel der Studenten befürworteten im Februar 1968 die Proteste und Demonstrationen. Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 106.

46 So die spätere Interpretation des führenden SDS-Theoretikers Bernd Rabehl in einer Rezension des Buches von Gerd Langguth, Mythos ’68, unter dem Titel „Maskerade und Wirklichkeit“, in: www.isioma.net/sds03104.html-31k (Stand 3. 12. 2008).

Wie problematisch es aber wäre, von dem vielzitierten Dutschke-Appell einfach auf die Verschwörung einer halben Studentengeneration zur sozialistischen Veränderung der Gesellschaft zu schließen, verdeutlicht ein etwas näherer Blick auf die 68er-Bewegung selbst. Denn Dutschke war nur die prominenteste Stimme des antiautoritären, in Frankfurt und Berlin besonders stark gewordenen Mehrheitsflügels im SDS. Für die orthodoxen Marxisten in dem 1970 an inneren Zwistigkeiten endgültig zerbrechenden Verband sprach er nicht, und erst recht nicht für die ganze, ausgesprochen heterogene Außerparlamentarische Opposition, die sich als Gegenbewegung zur Großen Koalition in Bonn seit 1966 auch aus nichtstudentischen Ostermarschierern und Gegnern der geplanten Notstandsgesetze rekrutiert hatte.

Aber wie stand es mit der starken „liberal-demokratischen" Gruppe der APO, die mit dem Engagement in der Protestbewegung nicht „das Ziel einer – wie immer auch nur in der Ferne erreichbar gedachten – fundamentalen Umwälzung der kapitalistischen Ordnung der BRD-Gesellschaft" verband, sondern nur die demokratischen Grundprinzipien der bundesrepublikanischen Verfassung gegen wirkliche oder vermeintliche „restaurative Kräfte und autoritäre Anachronismen" durchsetzen wollte?[47] Auf einem radikal antikapitalistischen Marsch durch die Institutionen sah diese Gruppe sich kaum, aber ihre Angehörigen waren, wenn auch meist nur als Sympathisanten und Mitläufer, doch Teil jener „68er-Generation, die sich in bezug auf die Ereignisse von '68 und die Impulse, die von der Protestbewegung ausgegangen waren, formierte"; mit ihr trugen sie „das Lebensgefühl und die Stimmung weiter, die sich mit der Bewegung verbanden". Und oft genug suchten sie durch den Beitritt zur SPD oder zu den Jungdemokraten in der FDP zumindest „teilweise deren Prinzipien zu wahren"[48].

Wer als „(links-)liberal-demokratischer" 68er in diese Parteien oder in viele andere Institutionen kultureller und sozialer Art hineinging[49], begegnete dort aber auch jenen weiter links, schärfer antikapitalistisch orientierten ehemaligen APO-Aktivisten, die Berufswahl und/oder (SPD-)Parteimitgliedschaft bewußt „auch als Aufbruch zum ‚Marsch durch die Institutionen'" im Sinne der ursprünglichen systemüberwindenden Strategie Dutschkes begriffen[50]. Beide Gruppen, die systemkritischen bis -feindlichen Geister der eigentlichen 68er-Generation[51] aus den Geburtsjahrgängen 1938 bis 1948/49[52], trafen in den Institutionen zudem auf alte

[47] Waldmann, Es muß alles anders werden, S. 223

[48] Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung, S. 124. Auch aus dem Kreis derer, die früh zur APO gestoßen waren, als noch „radikaldemokratische […] reformerische, nicht aber revolutionäre" Ziele im Mittelpunkt standen, führten nach 1968 manche Wege in die genannten Richtungen. Waldmann, Es muß alles anders werden, S. 239–242.

[49] Denn es gab unter den Berufsanfängern „aus der APO-Generation auch eine Gruppe, die sich der SPD niemals angeschlossen hätte, wohl aber eine ‚revolutionäre Berufspraxis' für möglich und sinnvoll hielt und gewillt war, die mit der akademischen Stellung eröffneten Handlungsfreiräume konsequent im Dienst der Überwindung des kapitalistischen Herrschaftssystems zu nutzen". Ebd., S. 61.

[50] Ebd., S. 251, vgl. auch S. 254, 259f.

[51] Zum Begriff der Generation, der zumindest als „Selbstthematisierungsformel" eine soziale Tatsache beschreibt, vgl. Jureit, Generationenforschung, S. 124.

[52] Heinz Bude (Das Altern einer Generation, S. 18), dem wir uns anschließen, zieht den Kreis weiter als Busche (Die 68er, S. 31) und rechnet die Jahrgänge 1938 bis 1948, „die 1968 zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt waren", der 68er-Generation zu.

oder zumindest ältere Linke, oft aus der sogenannten 45er- oder Flakhelfer-Generation, die um 1930 geboren waren und Krieg bzw. Kriegsende, anders als die 68er-Kohorte, noch bewußt wahrgenommen hatten. Von manchen Historikern werden diese 45er als „einflußreichste Alterskohorte des 20. Jahrhunderts“[53] der 68er-Generation sogar eindeutig vorgeordnet. Jedenfalls hatten die „Unruhediskurse“[54] der zunehmend gesellschaftskritischeren 45er offensichtlich schon seit Beginn der 1960er Jahre viele Ideen und Konzepte auf den Weg gebracht, die dann von den 68ern allenfalls noch radikalisiert wurden. Im Fall Frankfurts erschließt sich dieser Zusammenhang im Hinblick auf Hilmar Hoffmann, der als Jahrgang 1925 noch zur Generation der 45er zu rechnen ist, seine kulturpolitischen Ziele am Main indes mit Hilfe zahlreicher 68er umzusetzen hatte, von deren Durchschlagskraft er oft sehr profitierte, die aber manchmal auch weiter gingen, als es ihm selbst lieb war.

Daß der Marsch durch die Institutionen, selbst wenn man seine sehr unterschiedlichen Varianten berücksichtigt, nur einen Teil der Wirkungsgeschichte von 1968 umfaßt, ist bekannt. Andere Entwicklungslinien aus der Protestbewegung führten bis in den RAF-Terrorismus, zumindest aber in kommunistische Gruppen maoistischer oder Moskauer Ausrichtung[55], liefen also an den bestehenden alten Institutionen gerade vorbei. Für Frankfurt sei in diesem Zusammenhang nur die bundesweit größte maoistische Gruppe genannt, der 1973 gegründete Kommunistische Bund Westdeutschland, der seinen Sitz in einem für drei Millionen Mark erworbenen Haus in der Innenstadt der Mainmetropole hatte[56]. Ein Joschka Fischer, der später erfolgreichste Frankfurter 68er, tauchte nach dem rasch gescheiterten Versuch, die Opel-Arbeiter in Rüsselsheim zu revolutionieren, in die Subkultur der am Main besonders starken Sponti-Szene ab. Diese Szene spielte auch bei den Hausbesetzungen eine führende Rolle und stand politisch „nahe […] bei der RAF“[57].

Noch 1978 blieb Fischer gegenüber der letztlich systemimmanenten Kandidatur seines Kompagnons Daniel Cohn-Bendit für die „Grüne Liste Hessen“ skeptisch: „Wir Anarchisten, Spontis und Verweigerer sollen plötzlich alles vergessen und wählen oder gar gewählt werden? Warum haben wir dann 1969 nicht Brandt gewählt? Warum nicht 1972? Warum haben wir nie gewählt […]?“[58]. Statt dessen setzten antiautoritäre Kinderläden oder Kritische Universitäten auf „Selbstorganisation in Gegeninstitutionen“[59]. Die sogenannten Permanenzrevolutionäre sollten – im Einklang mit der guerillastrategischen Seite der interpretationsfähigen Dutschke'schen Konzeptionen – zumindest in den Betrieben, in der Bundeswehr oder in der staatlichen Bürokratie „systematisch den Laden durcheinanderbringen“[60], die Institutionen also eher zerstören als in ihnen die Macht ergreifen.

[53] Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß, S. 44. Die 68er seien demgegenüber nur „Epigonen“ der 45er gewesen. Vgl. in ähnlichem Tenor auch Marwick, The sixties.
[54] Kersting, „Unruhediskurs“. Zeitgenössische Deutungen der 68er-Bewegung.
[55] Langguth, Protestbewegung, S. 52ff.
[56] Wesel, Die verspielte Revolution, S. 166.
[57] Langguth, Mythos '68, S. 159.
[58] Die Äußerung Fischers im *Pflasterstrand* zitiert Kraushaar, Fischer in Frankfurt, S. 14. Die *tageszeitung* behauptete später, Fischer sei der einzige, der beim langen Marsch durch die Institutionen „durchgekommen“ sei. Ebd., S. 35.
[59] Kristina Schulz, Studentische Bewegungen und Protestkampagnen, S. 433
[60] So Rudi Dutschke im Vorwort zu Reisner, Briefe an Rudi D.

Auch wenn die revolutionären 68er jenseits der etablierten Einrichtungen besonders spektakulär agierten, muß der stillere Marsch durch die Institutionen ebenso „als eine wichtige Richtung […] der Protestbewegung angesehen werden“[61], wobei auf diesen Pfaden taktisch agierende Revolutionäre ebenso wie Reformer unterwegs waren, letztere aber deutlich überwogen. Insgesamt, so schätzt Rainer Trampert, 1982 bis 1987 Vorstandssprecher der Grünen[62], wandten sich nur ein Zehntel der APO-Leute „gegen eine Institutionalisierung und ‚Versozialdemokratisierung‘ ihrer Politik“ und bevorzugten die K-Gruppen; 90 Prozent dagegen hätten „den Marsch durch die Institutionen und die Sozialdemokratie angetreten“[63]. Für die marschierenden Gruppen waren Dutschkes durchaus mehrdeutige Bemerkungen nicht zwangsläufig die wesentliche Antriebskraft. Unübersehbar ist indes auch, daß zur kognitiven Orientierung der Studentenbewegung insgesamt „ihr Selbstverständnis als Träger gesellschaftlichen Wandels“[64] gehörte, einer Entwicklung mithin, die auf einen Wandel der Institutionen selbst abzielte.

In der Arbeit mit sozialen Randgruppen (Straffälligen, Obdachlosen, Jugendlichen in Heimen etc.) ging es manchen 68er-Sozialpädagogen oder Psychologen bald *innerhalb* der staatlichen Einrichtungen um die Durchsetzung von teils tatsächlich dringend erforderlichen Reformen, anderen politisch extremer Denkenden freilich auch darum, das schon von Herbert Marcuse in „The One-Dimensional Man“ erkannte revolutionäre Potential der gesellschaftlichen Außenseiter „zu einem manifesten systemkritisch-revolutionären Bewußsein fortzubilden“[65]. In der SPD (und deren Jugendorganisation) als der wichtigsten parteipolitischen Institution der Linken suchten nicht nur systemimmanente, sondern auch systemverneinende 68er einen Ort auf, an dem die Überwindung des Kapitalismus zumindest „als Fernziel verpflichtendes Glaubensbekenntnis“ war, und hofften, diese Utopie durch ihr Engagement für die tagespolitische Praxis relevant zu machen[66]. Auch in den kulturellen Institutionen schließlich landeten Radikale und Gemäßigtere – als Lehrer, Journalisten oder Professoren, aber eben auch in den kommunalen Kulturbetrieben vom Theater über die Erwachsenenbildung bis zum Museum[67]. Wegen ihrer gesellschaftlichen Multiplikatorenfunktion waren gerade diese Einrichtungen im Sinne der Transformationsstrategien der Neuen Linken besonders attraktiv.

Der lange Marsch wurde dadurch außerordentlich begünstigt, daß zwischen 1965 und 1975 die Zahl der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten um mehr als ein

[61] Langguth, Protestbewegung, S. 54.
[62] 1974 bis 1979 hatte Trampert dem Kommunistischen Bund angehört.
[63] Zit. nach Mündemann, Die 68er, S. 207.
[64] Schulz, Studentische Bewegungen, S. 433.
[65] Waldmann, Es muß alles anders werden, S. 70.
[66] Ebd., S. 260.
[67] Nach der von Schelsky, Die Strategie der „Systemüberwindung“, S. 23, vorgeschlagenen Typisierung des langen Marsches waren diese Einrichtungen der „Sozialisation“ und „Kommunikation“ das wichtigste „erste Feld von Institutionen“, auf das sich die „systemüberwindende“ revolutionäre Strategie der linken Radikalen richtete; das zweite Feld sah Schelsky in den Einrichtungen, die die klassischen Aufgaben des modernen Staates wahrnehmen wie etwa Polizei, Militär oder Justiz, das dritte Feld in dem Bereich der „Wirtschaft, der sozialen Sicherung und der Daseinsvorsorge“, dem er auch „die Kommunen und, als politische Steuerungsinstanz all dieser Institutionen, die politischen Parteien, insbesondere an ihrer ‚Basis‘“ zuordnete (ebd., S. 32).

Drittel anwuchs, und zwar vor allem in den höheren Positionen: So war in diesem für die 68er materiell so goldenen Jahrzehnt „für eine ganze Generation von Hochschulabsolventen der sichere Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem geregelt“[68]. Mehr noch kam dieser vielleicht privilegiertesten Generation aller Zeiten zugute, daß die mittlere Alterskohorte der damals Fünfzigjährigen, die die Hauptlast des Zweiten Weltkrieges getragen hatte, „zahlenmäßig zu schwach und seelisch zu ausgebrannt“ war, um der Kommandoübernahme der Jüngeren „in den Arenen der gesellschaftlichen Selbstdarstellung“ Einhalt zu gebieten[69].

Was der Marsch durch die Institutionen im Bereich von Kultur und Politik bewirkt hat und wie er den Institutionen bekommen ist, soll im folgenden exemplarisch vor allem an Hand der Städtischen Bühnen, des Historischen Museums und des SPD-Unterbezirks Frankfurt näher untersucht werden. Nicht die seelischen Befindlichkeiten der 68er-Akteure, Spezifika ihrer Motivationsstruktur oder quantifizierende Aussagen über ihre einzelnen Gruppen stehen im Mittelpunkt der Fragestellung[70], sondern die von ihrem Marsch betroffenen Institutionen selbst. Um deren inhaltliche Entwicklung unter dem Einfluß der 68er geht es sowie darum, wie dieser sich auf die öffentliche Akzeptanz der teils starkem Wandel unterworfenen Institutionen ausgewirkt hat. Daß die Fragen nicht ohne Rekurs auf biographisches Material über jene zahlreichen 68er zu beantworten sind, die einem in der Zeit zwischen 1968 und 1977 in Frankfurt auf Schritt und Tritt begegnen, ist selbstverständlich[71]. Aber neben Angehörigen der marschierenden Protestgeneration treten dabei weitere Personen ins Rampenlicht, aus der Generation der 45er wie aus anderen Alterskohorten, deren teils sehr entschlossene Verteidigungsstrategien ebenfalls Aufmerksamkeit verdienen.

Den langen Marsch der 90 000 kommunistischen Soldaten im China der 1930er Jahre hat nur etwa jeder zehnte überlebt. Als erfolgreich gilt er dennoch. War der zivile Marsch durch die Institutionen nach 1968, wie der von 68ern gerne gelesene *Spiegel* beim 30. Jubiläum der Revolte konstatierte, ebenfalls eine „Erfolgsstory“[72]? Oder trifft eher das skeptische Urteil des ehemaligen SDS-Bundesvorsitzenden und späteren IG-Metall-Funktionärs Helmut Schauer zu, wonach der „lange Marsch […] nicht durch die Institutionen gegangen“, sondern selbst der von der Studentenbewegung ausgehende emanzipatorische Impuls in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre „allmählich zum Erliegen gekommen“[73] sei? Oder wäre gerade auch angesichts des Niedergangs der Frankfurter Sozialdemokratie und der Entwicklung der städtischen Kulturinstitutionen zwischen 1968 und 1977 nicht ein differenzierteres Resümee zu ziehen, wie es etwa der vom SDS zur SPD mar-

[68] Bude, Das Altern, S. 28.
[69] Ebd., S. 42.
[70] Hierzu bedürfte es eingehender prosopographischer Untersuchungen über verschiedene Gruppen der 68er-Bewegung, die den einzelnen Biographien nicht nur bis Mitte der 1970er Jahre nachspürten, sondern in der längeren Dauer bis an das – derzeit von einigen schon erreichte – Ende des Berufslebens.
[71] Ihre Lebenslinien werden, um über den Untersuchungszeitraum hinaus einige perspektivische Aussagen über den Erfolg des „langen Marsches“ treffen zu können, auch noch nach 1977 im Blick behalten.
[72] Der Spiegel, 12. Januar 1998 (Nr. 3), S. 17.
[73] Schauer, Prima Klima, S. 7.

schierte Tilman Fichter getan hat: Die Protestbewegung sei zwar machtpolitisch, nicht aber kulturpolitisch gescheitert[74]?

Neben dieser leitenden Fragestellung wird ein zweiter, oben schon skizzierter Problemkreis im Auge behalten: Hat es sich bei den 68ern im Kern tatsächlich eher um Epigonen der 45er gehandelt, oder, um es in den Worten von Patrick Bernhard zu sagen: Waren „die radikalen Studenten mehr Bewegte als selbst Beweger in einer Zeit im Aufbruch"?[75] Zwar kann es dem, der heute den Zusammenhang zwischen Reform und Revolte untersucht, kaum mehr um die Destruierung einer zwischenzeitlich ohnehin zunehmend als „naiv" zurückgewiesenen Vorstellung gehen, wonach die bis 1967/68 „bleiernen Zeiten" direkt durch die 68er-Bewegung „zum Tanzen gebracht worden" seien [76]. Für den im Kontext von 1968 zentralen Bereich der Hochschule etwa ist mit gutem Grund konstatiert worden, daß der große Reformschub in der Bundesrepublik Deutschland teils schon deutlich vor 1968 begonnen und sich die studentische Protestbewegung nicht unter dem Druck verkrusteter Zustände, sondern „inmitten einer sehr dynamischen Hochschulreformpolitik" entfaltet habe. Die Reformpolitik sei „in ihren wirksamen Anfängen mindestens zehn Jahre älter" gewesen „als diese Protestbewegung"[77].

Aber auch darüber hinaus sind die „tiefgreifenden Brüche und Veränderungen gegenüber den fünfziger Jahren" im Kulturellen „bereits in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zu finden"[78]. So war z. B. schon 1962 an der Volkshochschule des damals noch im Ruhrgebiet arbeitenden Hilmar Hoffmann das Oberhausener Manifest verabschiedet worden, das den programmatischen Abschied von „Opas Kino" vollzog und den Anspruch erhob, „den neuen deutschen Film zu schaffen"[79]. Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht auch, daß Hermann Glaser, als Jahrgang 1928 noch drei Jahre jünger als Hoffmann, in einem Interview ausdrücklich bekundete, der 68er-Bewegung biographisch nicht angehört zu haben und mit ihr als „sympathisierender Beobachter" auch „nicht so verflochten" gewesen zu sein wie mancher Universitätslehrer[80].

Obwohl es also fraglos verfehlt wäre, die 1960er Jahre „zur bloßen Vorgeschichte eines politischen und kulturellen Bruchs" anno '68 zu degradieren[81], ist evident, daß sich die Gesellschaft heute vielfach anders darstellt als 1968. Darauf hat allerdings vieles eingewirkt, auch, wie Thomas Ellwein konstatiert, „jene Rebellion,

[74] So der einst zum inneren Kreis des Berliner SDS gehörende, später im Bildungsreferat der Bonner SPD-Parteizentrale beruflich tätige Fichter im Gespräch mit Tobias Mündemann, Die 68er, S. 205. Dem Urteil Fichters, wonach das Scheitern der APO darauf zurückzuführen sei, daß sich SPD und Einheitsgewerkschaft „mit diesen Protestbewegungen nicht anzufreunden" vermochten, wäre aber die Frage entgegenzuhalten, ob nicht eher das Schwanken zwischen Anfreundung und Distanzierung für das linke Establishment charakteristisch war.
[75] Bernhard, Zivildienst zwischen Reform und Revolte, S. 415.
[76] Schildt, Materieller Wohlstand, S. 22.
[77] Die Zahl der Dozenten- und Assistentenstellen begann seit 1960 sprunghaft zu steigen, und von Bochum und Bielefeld bis nach Konstanz und Regensburg konstituierten sich Gründungsausschüsse neuer Universitäten. Lübbe, Der Mythos, S. 17, sowie jetzt vor allem Rohstock, Von der „Ordinarienuniversität".
[78] So die Argumentation bei Kleßmann, Zwei Staaten, S. 282.
[79] Zit. nach Kleßmann, Zwei Staaten, S. 283.
[80] Die Zeit, 4. Mai 1990.
[81] Schildt, Materieller Wohlstand, S. 22.

ohne daß sich im einzelnen Ursache und Wirkung ausmachen lassen.“[82] Gerade die von Ellwein als schwer zu bestimmend eingestuften Wechselwirkungen von Reform und Revolte, die Fragen nach ihrem „Überlagerungs-, Durchdringungs- und Beschleunigungsverhältnis“[83], bedürfen näherer empirischer Untersuchung, um den historischen Ort der Revolte von 1968 im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozesses klarer erkennen zu können. Dies gilt nicht zuletzt für die Wirkungen der Revolte auf die unterschiedlich weit gediehenen kulturellen Reformprozesse und die These Hilmar Hoffmanns, wonach kulturpolitisch die 1970er Jahre anno 1968 begonnen hätten[84], aber auch für die parteipolitischen Folgen des Umbruchs, also vor allem für den inneren Zustand und die davon mit abhängende Wählbarkeit der von „1968“ personell und ideell am stärksten betroffenen SPD.

Um so mehr, als nach dem Ölpreisschock 1973/74, den Sonntagsfahrverboten und dem Abdanken Willy Brandts als Bundeskanzler mit dem „Minuswachstum“ der Volkswirtschaft eine allgemeine gesellschaftliche „Tendenzwende“ sichtbar wurde, die mit den Grenzen des ökonomischen Wachstums auch die Grenzen des Fortschritts erkennen und den „Optimismus und utopischen Überschuß der vorherigen Dekade rasch verblassen“ ließ[85]. Das Wort von der „Tendenzwende“ war im November 1974 – mit einem Fragezeichen versehen – über einer hochkarätig besetzten Tagung der Bayerischen Akademie der Schönen Künste gestanden. Daß es anschließend mit größter Geschwindigkeit „als Worthure durchs Land“ laufen konnte, verweist wohl wirklich darauf, daß der Zeitgeist sich damals wieder zu drehen begann, auch wenn der Terminus „Rechtsruck“, von dem die „einfacher Strukturierten“ oft sprachen, dem Phänomen kaum gerecht wurde[86].

Die Frage nach den Folgen von „1968“ für Kultur- und Parteipolitik in Frankfurt am Main erstreckt sich sinnvollerweise über die Zäsur des Jahres 1974 hinaus. So fokussiert die Studie – nach einem eher knappen Rückblick auf den kulturellen Wiederaufbau nach 1945 und die 68er Jahre selbst – auf die Zeit zwischen dem Amtsantritt Hoffmanns 1970 und dem ominösen Kommunalwahltermin im März 1977[87], als mit der Wallmann-Wahl auch in der sozialdemokratischen Zitadelle am

[82] Ellwein, Krisen und Reformen, S. 207. Ähnlich lautet das Urteil von Kielmansegg, Nach der Katastrophe, S. 330: „Weniger leicht sind die Linien nachzuzeichnen, die die gesellschaftlichen Entwicklungen der siebziger und der achtziger Jahre mit der Studentenrevolte der sechziger Jahre verbinden.“

[83] Kersting, Psychiatriereform und ’68, S. 285. Vgl. auch Lübbe, Der Mythos, S. 23, und Ruck, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie, S. 390.

[84] H. Hoffmann, Kulturpolitik – Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft, S. 33.

[85] Schildt, Materieller Wohlstand, S. 53. Einen Überblick über verschiedene Elemente der „Tendenzwende“ bietet Schildt, Die Kräfte der Gegenreform; Hans Günter Hockerts, Parteien in Bewegung, S. 225f., läßt die 1966 beginnende „Reformära“ der Bonner Republik 1974 enden.

[86] Siehe das Vorwort von Ernst Klett zu dem von Clemens Graf Podewils herausgegebenen Tagungsbändchen: Tendenzwende?, S. 5. David Roberts hat darauf hingewiesen, daß „Tendenzwende“ auf zweierlei Art verstanden werden könne: „die eine engere, aber geläufigere Auffassung bezieht sich auf die ideologische Reaktion ab 1973/74 auf die Herausforderungen der Studentenrevolte, die neokonservative Antwort also auf den politischen Aktivismus der späten sechziger Jahre und ihre Folgen. Die andere breitere versteht unter Tendenzwende einen allgemeinen Bewußtseinswandel, der die Dimension eines Paradigmenwechsels annimmt.“ So Roberts einleitend in dem von ihm herausgegebenen Tagungsband: Tendenzwenden, S. 7.

[87] D. h. auf die Jahre der zwei sozialdemokratischen Oberbürgermeister Walter Möller und Rudi Arndt, die weitgehend identisch waren mit der ersten Amtsperiode des Kulturdezernenten

Main die „Tendenzwende“ voll durchschlug. Kann dieser Vorgang wirklich im Kern als Reaktion des Überdrusses einer Mehrheit der Wähler an linken Ideologien interpretiert werden? War er eine Antwort darauf, daß die Revolution auch das Rathaus ergriffen[88], ja in der Kommunalpolitik einer Kapitale der 68er-Bewegung eine veritable „Kulturrevolution“ stattgefunden hatte?

Deren Promotor gewesen zu sein, ist den durch die Institutionen Marschierenden von Freund und Feind oft bescheinigt worden[89], auch wenn dabei oft unklar bleibt, auf welche Bereiche der Kultur sich die Umwälzungen konkret bezogen haben sollen. Statt dessen wird gerne recht allgemein auf den offensichtlichen „Lebensstilwandel“ verwiesen, der sich in einer neuen Sexualmoral oder etwa im Protest gegen überkommene Modevorstellungen (mit Minirock und langen Haaren) geäußert habe. Die kulturelle Entwicklung im engeren oder gar im „klassischen“ Sinne gerät dagegen seltener in den Blick, obwohl sich das Demokratisierungspostulat gerade hier unter dem Stichwort „Kultur für alle“ ganz konkret und – aufgrund der kommunalen Kompetenzen für Theater, Museen etc. – in einzelnen lokalen Mikrokosmen gut faßbar niederschlug[90]. Auch hatte der hessische Kultusminister Ludwig von Friedeburg 1972 zu Recht konstatiert, neben dem Theater befinde sich vor allem das Museum in den letzten Jahren in einer „zwiespältige[n] Situation“: „Beide Einrichtungen gehörten zwar zur festen Einrichtung unseres Kulturlebens, sähen sich aber zugleich in ihrer historisch entwickelten Gestalt in immer stärkerem Maße in Frage gestellt“[91].

Dem Rechnung tragend bilden mit Historischem Museum und Städtischen Bühnen zwei zentrale Felder „klassischer“ Frankfurter Kulturpolitik einen Schwerpunkt der Darstellung. Die theater- und museumspolitischen Untersuchungen werden eingeordnet in eine breitere Betrachtung der kulturpolitischen Entwicklung Frankfurts, auch in einigen Bereichen der nach 1968 expandierenden „Soziokultur“, für die sich Hoffmanns – ebenfalls eingehender zu analysierende – Wahl zum Kulturdezernenten als entscheidende machtpolitische Weichenstellung

Hilmar Hoffmann. Um eine Biographie Hilmar Hoffmanns oder auch nur um eine Teilbiographie kann es sich – auch wenn dessen eindrucksvolle Persönlichkeit die Hauptfigur unter den dramatis personae des folgendes Stückes bildet – hier ausdrücklich nicht handeln, allenfalls um Werkstücke zu einer biographischen Studie über Hoffmann.

88 „Die Revolution zieht in den Römer“ war etwa in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schon am 17. Dezember 1969 zu lesen gewesen. Das Diktum spielte auf den Titel einer 1969 erschienenen Dokumentation zur hundertjährigen Geschichte der Frankfurter Sozialdemokraten an: Schneider/Neuland/Möller, Zwischen Römer und Revolution.

89 Als etwa der nationalkonservative Publizist Caspar von Schrenck-Notzing wegen der seines Erachtens von der 68er-Bewegung stimulierten Auflösung des „normativ geltenden Bewußtseins“ und der Zerstörung der „bisherigen Lebensmaßstäbe“ zur Gründung einer eigenen Zeitschrift schritt (Criticon), wurde als Hauptgegner die „Kulturrevolution“ benannt. Criticon 59 (1980), S. 107.

90 Zwar liegen verfassungsrechtlich bekanntlich auch beim Bund und vor allem bei den Ländern kulturelle Kompetenzen, aber „die Länder, denen – mangels ausgeprägter Zuweisungen von Kompetenzen an den Bund – der überwiegende Teil der Aufgaben im Kulturbereich zugewiesen ist, überlassen ihrerseits weite Felder der Kulturarbeit den Kommunen“ (Oliver Scheytt, Rechtsgrundlagen der kommunalen Kulturarbeit, Köln 1994, S. 3), so daß im Ergebnis die Kommunen einen ungefähr ebenso großen Anteil an der öffentlichen Kulturfinanzierung tragen wie die Länder. Vgl. Klein, Kulturpolitik, S. 86f.

91 Die Äußerung tat von Friedeburg bei der Eröffnung des neuen Historischen Museums in Frankfurt. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Oktober 1972.

erwies. Wenn die Schwerpunkte der Studie aber bewußt nicht auf den neuen, vom soziokulturellen *turn* der 1960er Jahre erst erschlossenen Aktivitätsfeldern der Kommunalpolitik liegen, sondern auf dem traditionellen Terrain der Museen und Theater, so liegt die Wahl dieser Untersuchungsgegenstände auch darin begründet, daß selbst in Zeiten der Soziokultur die Städtischen Bühnen in Frankfurt wie anderswo nach wie vor den Löwenanteil von über 50% des kommunalen Kulturhaushalts verschlangen. Zudem läßt sich nur in den alten Institutionen, nicht aber in den von „progressiven“ Kräften oft ganz und gar dominierten Milieus der Soziokultur das Aufeinanderprallen aller interessierenden Konfliktgruppen untersuchen.

Am Beispiel des Sprechtheaters der Städtischen Bühnen kann vor allem auch aufgezeigt werden, wie sich das für die 68er-Bewegung zentrale Postulat der „Demokratisierung“ in der Praxis bewährte bzw. nicht bewährte. Während für CDU und CSU – jedenfalls nach der zum 1. Mai 1969 verkündeten Interpretation von Willy Brandt – die Demokratie bloß „eine Organisationsform des Staates“ bedeutete, sahen die 68er und mit ihr der Kanzlerkandidat der SPD in der Demokratie „ein Prinzip, das alles gesellschaftliche Sein des Menschen beeinflussen und durchdringen muß“[92]. Die Auseinandersetzung um die Frage der gesellschaftlichen „Demokratisierung“ hatte sich bereits Anfang der 1960er Jahre am wachsenden Unbehagen über, wie es hieß, „restaurative“ Verkrustungen im „CDU-Staat“ der späten Adenauer-Ära entzündet. Während der „Großen Koalition“, an der die SPD selbst beteiligt war, wurde diese Kritik vor allem in intellektuellen Kreisen ab 1966 immer heftiger. Geistig mit vorbereitet von (neo-)marxistischen Theoretikern wie Wolfgang Abendroth und Theodor W. Adorno, vorangetrieben von der sogenannten SPD-Linken, zielte das Demokratisierungskonzept darauf ab, den für die deutsche Tradition seit dem 19. Jahrhundert grundlegenden Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft soweit wie möglich aufzuheben, ja den Staat und seine Mittel zum Instrument eines „demokratischen“ Umbaus der Gesellschaft zu machen.

Nach der Definition Fritz Vilmars in seinen „Strategien der Demokratisierung“ (1973) umfaßte der Prozeß sämtliche Aktivitäten, deren Ziel es ist, autoritäre Herrschaftsstrukturen zu ersetzen durch Formen der Herrschaftskontrolle von „unten“, der gesellschaftlichen Mitbestimmung, Kooperation und – wo immer möglich – durch freie Selbstbestimmung[93]. Die Felder, auf denen „Demokratisierung“ vordringlich verwirklicht werden sollte, waren Parteien und Gewerkschaften, Wirtschaftsbetriebe und Massenmedien, Streitkräfte und Zivildienst, Schule und Hochschule, Familie und Kirche, Kindergärten und Krankenhäuser, aber eben auch Museen und Theater – d. h. sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Demokratisierung, als „Herstellung von Gleichheit und Freiheit in allen gesell-

[92] Zit. nach Ellwein, Krisen und Reformen, S. 86. Den von Brandt abgelehnten Standpunkt hatte der CDU-Generalsekretär Bruno Heck in einem Aufsatz („Demokraten oder Demokratisierte“, Die politische Meinung, 14 (1969), Heft 128, S. 11ff.) entwickelt; er wurde deswegen aber z. B. von der Jungen Union scharf kritisiert. Vgl. Hennis, Demokratisierung, S. 69, 90.

[93] So einleitend Vilmar, Strategien der Demokratisierung; Band I, S. 21. Vilmar, geboren 1929, war Lehrbeauftragter an der Gesamthochschule Kassel, vorher hatte er in der Bildungsabteilung der IG Metall gearbeitet.

schaftlichen Lebensbereichen", und Sozialismus seien „ein und dasselbe", konstatierte Vilmar und behauptete, die Revolution habe bereits begonnen: „als ihr Wolf im Schafspelz: Die Demokratisierung"[94].

Vilmars Strategien stießen wohl nicht zuletzt deshalb auf große Resonanz, weil man sie als Handlungsanweisung zu dem von Dutschke vieldeutig propagierten „Marsch durch die Institutionen" lesen konnte. Schon im Frühjahr 1969 waren Mitglieder der an fast allen Universitäten entstandenen Basisgruppen, in deren Köpfen sich der „Impuls einer radikalen Demokratisierung […] festgesetzt" hatte, in „Betriebe, Erziehungsheime, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, städtische Randbezirke und ländliche Regionen" ausgeschwärmt, um das „Ferment einer politischen Gegenkultur" zu bilden[95].

Zu den schärfsten konservativen Widersachern des seines Erachtens auf die „Blauäugigkeit der Schafe" setzenden Demokratisierungsbegriffes zählte Alfred Dregger. Der CDU-Politiker sah die Gefahr, daß „Demokratisierung" in letzter Konsequenz nichts anderes bewirke „als die Abschaffung der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie". Tatsächlich war schon die kommunistische Gleichschaltung der ostmitteleuropäischen Staaten nach 1945 unter dem Tarnbegriff „Demokratisierung" gelaufen; und die Walter-Ulbricht-Akademie in der DDR hatte sich Mitte der 1960er Jahre „eingehend mit einem Programm zur ‚Demokratisierung' der Bundesrepublik" befaßt[96]. Zum Erfahrungshintergrund der Dreggerschen Analyse zählte aber auch die Rezeption des in seinen programmatischen Kapiteln von dem Westberliner Politologen Johannes Agnoli verfaßten Pamphlets über „Die Transformation der Demokratie" (1967) durch die 68er-Bewegung[97]. Nach der Lehre dieser „Bibel der außerparlamentarischen Opposition"[98] hatte selbst das autoritär pervertierte Parlament der Bundesrepublik als „antidemokratisch" zu gelten und war echte Demokratie nur auf dem Wege des Klassenkampfes zu verwirklichen. Dregger sah infolgedessen allen Anlaß zu der Warnung, die linken Verfechter des Demokratisierungsbegriffs im eigenen Staat wollten mit der Einführung des Mehrheitsprinzips in gesellschaftlichen Bereichen diese politisieren und „Einzelne und Gruppen einem Kollektiv" unterordnen: „Verlust der Initiative, Vernachlässigung der Sachaufgaben wegen Fehlens der Fachkompetenz", ja der Verlust verfassungsmäßig garantierter Grundrechte sei die Konsequenz. Die linke Behauptung, „Demokratie werde durch den Sozialismus erfüllt", erhebe einen „die Demokratie zerstörenden […] Totalitätsanspruch"[99].

Zwischen den höchst gegensätzlichen Deutungen Dreggers und Vilmars soll in dieser Arbeit den Ambivalenzen der schillernden Formel „Demokratisierung" nachgespürt werden, in deren Namen seit 1968 jedenfalls eine tiefgreifende „Reideologisierung der innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik" stattfand[100]. Dies betraf Kulturinstitutionen wie Parteien gleichermaßen. An

[94] Ebd.
[95] Kraushaar, Achtundsechzig, S. 147.
[96] Dregger, Systemveränderung, S. 22 u. 23.
[97] Agnoli/Brückner, Die Transformation der Demokratie.
[98] Kraushaar, Achtundsechzig, S. 143.
[99] Ebd., S. 23f.
[100] Hennis, Demokratisierung, S. 70.

den Städtischen Bühnen Frankfurts ging es etwa um die Frage, weshalb sich die Mitbestimmung nur auf die internen Abläufe beziehen solle, nicht aber auf die Masse der Theaterbesucher, von denen sich die dominierende Kohorte der 68er im Schauspiel statt dessen immer weiter entfernte. Und in der Frankfurter SPD wurde ernsthaft darüber gestritten, ob „Mehr Demokratie wagen“ nicht sogar heißen müsse, daß Abgeordnete und Stadtverordnete nur ein imperatives Mandat ihrer Parteibasis hätten. Selbst in der CDU pochte eine junge „Gruppe 70“ gegen die alte Riege der Partei auf mehr Mitbestimmung.

Das Erkenntnisinteresse bei den parteiengeschichtlichen Teilen der Studie ist ein doppeltes: Einerseits geht es darum, den Stellenwert des Kulturellen für parteipolitische Entwicklungen und Machtverhältnisse im kommunalen Raum zu bestimmen; zum anderen geht es um die personellen und politisch-inhaltlichen Folgen von 1968 auf die Frankfurter Parteien, wobei neben der SPD die andere große, bei den Kommunalwahlen 1977 triumphierende Volkspartei CDU die größte Aufmerksamkeit beanspruchen darf, die FDP aber in einem weiteren Radius mit zu berücksichtigen ist. Einmal weil auch sie nach 1968 erheblichen innerparteilichen Erschütterungen durch die Jungdemokraten ausgesetzt war, zum anderen, weil die Frage, mit wem die FDP im Römer koalieren würde, im machtpolitischen Kräftespiel zwischen den Großen von einiger Bedeutung war.

Methodisch steht die im Rahmen des Projekts „Reform und Revolte“ am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) entstandene Arbeit in der bewährten IfZ-Tradition politischer Sozialgeschichtsschreibung. Kultur wird in dieser Studie neben Politik weiterhin als eines der Teilsysteme der Gesellschaft verstanden und als ein thematischer Sektor behandelt. Kultur rückt also nicht an die Stelle der Gesellschaft „als unendliches, unhintergehbares Gewebe von Bedeutungen“[101] (im kulturalistischen Sinne), wonach die von uns für unmittelbar gegeben gehaltene Welt immer schon durch Symbole, Sprache, Rituale eingeschliffen, der Mensch in festgesponnenen Bedeutungsgeweben festgehalten und die dem kulturellen Gewebe vorausliegende „objektive“ Wirklichkeit – für uns nur in Zeichen (Sprachzeugnissen, Artefakten) verfügbar – schwer zu fassen sei. Denn müßte die Geschichtswissenschaft, wenn es nur noch darum gehen soll, Konstruktionen von vergangener Wirklichkeit zu beschreiben, den Anspruch nicht aufgeben, wahre von falschen Erinnerungen trennen zu können; und ist nicht vielmehr auf dem „Vetorecht“ der Quellen (R. Koselleck[102]) zu bestehen, die uns zwar nicht sagen, welche Deutung richtig ist, aber doch, welche als falsch zu eliminieren sei[103]?

Statt von kulturalistischen Ansätzen weiß sich die Studie von politikwissenschaftlichen Arbeiten zur Erforschung kommunaler Machtstrukturen inspiriert[104].

101 Vgl. Steinmetz, Von der Geschichte der Gesellschaft, S. 235.
102 Koselleck, Vergangene Zukunft, S. 206.
103 Steinmetz, Von der Geschichte der Gesellschaft, S. 249.
104 Zum kommunalpolitischen Entscheidungsprozeß: Haasis, Kommunalpolitik und Machtstruktur; Grauhan, Der politische Willensbildungsprozeß in der Großstadt; sowie Claus Offes Einleitung zur deutschen Übersetzung des Klassikers von Bachrach/Baratz, Macht und Armut, S. 7–34. Zum Instrumentarium der empirischen Entscheidungstheorie vgl. Derlien u. a., Kommunalverfassung und kommunales Entscheidungssystem, S. 12ff., sowie vertiefend Kirsch, Entscheidungsprozesse. Einen fundierten „issue“-orientierten theoretischen Bezugsrahmen zur Analyse der Entscheidungsprämissen und des Entscheidungsverhaltens speziell in der

Sie versteht Kulturpolitik[105] in erster Linie als Politik. Dies gilt selbst dann, wenn „der Politiker unter den Kulturarbeitern […] nicht der Parteipolitik im engeren Sinne verpflichtet sein“[106] darf. Denn auch Kulturpolitik ist Teil des großen demokratischen Spiels um Machterwerb, Machterhalt und Machtverlust[107], nicht zuletzt auch Verteilungskampf um mehr oder weniger Geld für die einzelnen kulturellen Haushaltstitel im Konflikt untereinander sowie mit anderen wirtschaftlichen und sozialen Interessen, die noch dazu die Wahlentscheidungen der Bürger – gemäß der für den Kulturbereich geltenden „generellen Harmlosigkeitsvermutung“[108] – meist stärker beeinflussen. In den Städten und Gemeinden gilt dies nicht weniger als in Bund und Ländern, anders als es ein altes obrigkeitsstaatliches Mißverständnis von Kommunalpolitik als reinem Verwaltungshandeln, abgehoben von den niederen parteipolitischen Händeln der „großen“ Politik, suggeriert. Der politische Charakter kommunaler Kulturpolitik[109] hat sich obendrein, dies haben die Recherchen zu dieser Arbeit früh gezeigt, zu keiner Zeit stärker geltend gemacht als in den Jahren ihrer Fundamentalideologisierung nach 1968.

Jetzt etablierte sich unter dem Postulat von „Mehr Demokratie wagen“ Kulturpolitik als „grundlegender Bestandteil, […] letztlich als wichtiges Ferment der Kommunalpolitik“[110]. Die Grundspannung zwischen dem „nur“ Sinn produzierenden kulturellen Handeln auf der einen, dem Güter und Dienstleistungen erzeugenden wirtschaftlichen Handeln auf der anderen Seite, war dadurch aber nicht aufgehoben, und damit auch nicht die Notwendigkeit, durch politisches Handeln verbindliche Regelungen zu schaffen, die beiden Sphären gerecht wurden[111]. Anders als die Müllabfuhr oder das Friedhofswesen gehörte die Kulturpolitik nach 1968 weiterhin nicht zu den Pflichtaufgaben, zu deren Erfüllung die Gemeinden

kommunalen Kulturpolitik hat Gau, Kultur als Politik, v. a. S. 47–54, ausgearbeitet. Die Studien zum kommunalpolitischen Entscheidungsprozeß ruhen teilweise auf der in den USA entstandenen Community-Power-Forschung, über die Haasis, Kommunalpolitik und Machtstruktur, S. 14–25, informiert (kritisch zur älteren Community-Power-Forschung auf S. 32–37). Auch im folgenden wird die Gemeinde, anders als in der Community-Power-Forschung, nicht etwa als eigenständiges „Subsystem“ verstanden, sondern in ihren Abhängigkeiten von der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung. Vgl. Grauhan, Einführung, S. 12, 35.

105 Der Begriff war erstmalig 1929 mit der Aufnahme in Herders Staatslexikon in den politikwissenschaftlichen Wortschatz eingegangen, definiert als „Einsatz geistiger Mittel und kultureller Mittel durch den Staat“. Gau, Kultur als Politik, S. 17.

106 So zitiert Armin Klein, Kulturpolitik, S. 64, Hilmar Hoffmann. Zum schwierigen Verhältnis von „Geist und Macht“ (klassisch hierzu Carl Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen) bzw. Kultur und Politik allgemein: Klein, Kulturpolitik, S. 55–61.

107 Hierzu immer noch einschlägig: Machiavelli, Discorsi; vgl. auch Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Bracher, Betrachtungen zum Problem der Macht. Zur Bestimmung von Machtbeziehungen vgl. auch den neueren Klassiker von Dahl, Who governs?, sowie Haasis, Kommunalpolitik und Machtstruktur.

108 Schulze, Die Erlebnisgesellschaft, S. 495f.

109 Diese wird hier – mit Gau, Kultur als Politik, S. 25 – verstanden als „Summe der Maßnahmen […], mit denen die Kommune resp. die Akteure des politisch-administrativen Systems das kulturelle Leben unterstützen und fördern“. Es geht also nicht um die gesamte Kulturlandschaft *in* der Kommune, sondern nur um die Kulturpolitik *der* Kommune.

110 Hoffmann, Kulturpolitik – Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft?, S. 35. Ähnlich sah es auch Walter Wallmann: Kulturpolitik sei „für das Selbstverständnis und das Lebensgefühl einer Stadt von ganz großer Bedeutung“, ja sei geradezu „das Ferment der Kommunalpolitik“. Wallmann, Im Lichte der Paulskirche, S. 104.

111 Vgl. Klein, Kulturpolitik, S. 56f.

gesetzlich verpflichtet sind[112], sondern zu den freiwilligen Aufgaben, die aus der grundgesetzlich fixierten Allzuständigkeit der Kommunen (Art. 28, Abs. 2) resultieren und deren Wahrnehmung den Gemeinden im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit freigestellt ist[113]. Das bedeutet aber auch, daß vom Grundsatz her gerade im kulturellen Bereich „von einem ausgeprägten Handlungs- und Gestaltungsspielraum auszugehen" ist, der den verantwortlichen kommunalen Akteuren die Möglichkeit gab, „eine eigene Politik zu entwickeln und durchzuführen"[114] – eine Politik, die dem Zeitgeist von 1968 in höchst unterschiedlichem Maße entsprechen konnte.

Forschungsstand und Quellenlage

Die Debatte um das „ominöse Datum"[115] 1968 hat sich seit den 1990er Jahren mehr und mehr aus dem Banne der konkreten Ereignisse und der damit verbundenen spektakulären, teils gewaltsamen Konflikte zu lösen begonnen. Statt dessen wird zunehmend nüchtern nach Ursachen und Folgen gefragt[116]. Dennoch gibt es bis heute nur wenige Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die ähnlich stark umstritten sind[117]. Immer wieder sind bei Äußerungen von Sympathisanten wie Kritikern der 68er-Bewegung „Spuren von Mythenbildungen"[118] in die eine oder andere Richtung zu erkennen, wird die Geschichte der Bundesrepublik holzschnittartig in „zwei scharf voneinander getrennte Epochen" zerschnitten: eine je nach dem Standpunkt des Betrachters „bleierne" oder wertestabile Zeit „und eine nachfolgende Phase aufgeklärt-toleranter Liberalisierung oder ‚geistig-moralischen' Verfalls"[119]. Auch in der Historiographie spiegeln sich „noch deutlich die seinerzeitigen Kampflinien"[120] wider, wobei die Interpretationen von „grotesker Überschätzung" der durch „1968" verursachten Zerstörung der Werte bis zur „resignierenden Bilanz eines kompletten Scheiterns"[121] reichen. Anders als

[112] Zu den Bemühungen des für Kultur zuständigen DST-Hauptgeschäftsführers Ernst Pappermann, Kultur als kommunale Pflichtaufgabe zu definieren, vgl. Frank, Kultur auf dem Prüfstand, S. 182f.

[113] Häberle, Kulturpolitik in der Stadt, v. a. S. 23f.; vgl. hierzu auch mit Blick auf die aktuelle Rechtsprechung Heinrichs, Kommunales Kulturmanagement, S. 71.

[114] Gau, Kultur als Politik, S. 26.

[115] Reinhard Mohr, „Ausgeträumt", in: Neue Rundschau 104 (1993), Heft 2, S. 27.

[116] Siehe etwa Gilcher-Holtey, Vom Ereignis zum Gegenstand.

[117] „Rückfälle" wie die Debatten um die Vergangenheit von Bundesaußenminister Joseph Martin Fischer anno 1998 belegen dies eindrucksvoll. Vgl. Kraushaar, Fischer in Frankfurt, S. 189–191.

[118] Schneider, Dienstjubiläum einer Revolte, S. 27.

[119] Schildt/Siegfried/Lammers, Dynamische Zeiten, S. 11.

[120] Vgl. Kleßmann, Zwei Staaten, S. 265.

[121] Ebd., S. 281f. Görtemaker hat im Hinblick auf 1968 zugespitzt von einer „Umgründung der Republik" gesprochen (Siehe die Überschrift des fünften Kapitels bei Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 475), Wolfrum (Die geglückte Demokratie, S. 270) dagegen mit C. Leggewie von einer „glücklich gescheiterten Umgründung". Kleßmann bzw. Thränhardt haben die außerparlamentarische Protestbewegung als „Motor gesellschaftlicher Veränderungen" gewürdigt (Kleßmann, Zwei Staaten, S. 256) und ihren „bleibenden Einfluß auf die Entwicklung der Bundesrepublik" konstatiert (Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 180).

die dezidierten Werturteile vermuten lassen könnten, steckt die empirische Forschung zu den Wirkungen von „1968“, ohne die eine (quellen-)fundierte Bewertung gar nicht möglich ist, aber noch eher in den Kinderschuhen[122].

Der anregende bundesdeutsch-amerikanische Vergleich Michael Schmidtkes[123] sucht zwar auch der Breitenwirkung der Ideen von 1968 nachzugehen, konnte jedoch, wie Patrick Bernhard monierte, wegen seiner Konzentration auf Quellenbestände der Protestbewegung keine ganz befriedigenden Antworten „auf diese in der Tat zentrale Frage“ geben[124]. Erst 2006 hat sich ein kleiner Sammelband von Christina von Hodenberg und Detlef Siegfried, dessen Titel auf ein Ende der 1990er Jahre gestartetes Projekt des Instituts für Zeitgeschichte rekurriert, stärker „von der bisherigen Konzentration auf die studentischen Akteure des Wandels“ gelöst und systematischer danach gefragt, „Wo ‚1968‘ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik“[125]. Der „Marsch durch die Institutionen“ selbst ist in den Aufsätzen des Taschenbuches zumindest punktuell, vor allem für den wichtigen Bereich der Medien, thematisiert worden[126]. Das besagte IfZ-Projekt hat bereits die Institutionen des Zivildiensts und der Entwicklungshilfedienste vor und nach 1968 eingehend analysiert, wobei diese Studien ebenso wie die jüngst erschienene Untersuchung von Anne Rohstock zur Hochschulpolitik in Bayern und Hessen vorrangig auf das Verhältnis zwischen allgemeinem gesellschaftlichem Wandel und 68er-Bewegung fokussiert waren[127]. Ihre Ergebnisse sind aber auch aufschlußreich für die Frage nach dem „langen Marsch“. Sie werden für das abschließende Urteil im Resümee dieser Arbeit ebenso herangezogen wie andere sektorale Befunde[128]. Ansonsten wurde den Wirkungen des „langen Marsches“ bislang eher unsystematisch in Interviewbänden mit teils recht beliebig ausgewählten Akteuren nachgespürt[129] oder aber in Publikationen soziologischer, psychologischer und aktuell-politischer Art[130]. Die zeitgeschichtliche Erforschung

122 Erste Ansätze hierzu in dem einschlägigen Band der Westfälischen Forschungen von 1998 mit einem einleitenden Beitrag von Kersting, Entzauberung des Mythos. Zu den 1960er Jahren selbst ist die Forschung schon etwas weiter fortgeschritten; vgl. etwa Frese/Paulus/Teppe, Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, oder Schildt/Siegfried/Lammers, Dynamische Zeiten.

123 Schmidtke, Der Aufbruch.

124 Bernhard, Zivildienst, S. 6.

125 Von Hodenberg/Siegfried, Wo ‚1968‘ liegt.

126 Vgl. den Beitrag von Hodenbergs, Der Kampf um die Redaktionen, S. 156f., die den Wandel im Medienbereich deutlich weniger dramatisch beurteilt als vordem Rudorf, Die vierte Gewalt.

127 Bernhard, Zivildienst; Hein, Die Westdeutschen; Rohstock, Von der „Ordinarienuniversität“. Vgl. jetzt auch Zellmer, Töchter der Revolte.

128 Vgl. etwa den deutsch-amerikanischen Vergleich von Ehmsen, Der Marsch der Frauenbewegung, der nach der „Institutionalisierung sozialer Bewegungen“ (ebd., S. 13) fragt. Gut erforscht ist vor allem der „Marsch“ von Kommunisten sowjetischer Orientierung. Vgl. hierzu Flechtheim, Der Marsch, und Niedenhoff, Auf dem Marsch.

129 Vgl. etwa das Buch von Heinemann und Jaitner, die großenteils Interviews mit 68ern führten, zu denen „wir direkt oder indirekt eine persönliche Beziehung haben“. Heinemann/Jaitner, Ein langer Marsch, S. 8f.

130 Vgl. etwa Bude, Das Altern einer Generation, sowie die in den „Gemeindepsychologischen Perspektiven“ erschienene Studie von Waldmann, Es muß alles anders werden, oder Busche, Die 68er. Ein besonders großes Echo löste schon 1971 der Soziologe Helmut Schelsky mit einem zunächst (am 10. Dezember 1971) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veröffentlichten Aufsatz zum „langen Marsch“ aus. Schelsky, Die Strategie der „Systemüberwindung“.

der 1970er Jahre steht freilich auch auf den meisten anderen Feldern erst am Anfang[131].

Was die im folgenden näher untersuchten partei- und kulturpolitischen Konsequenzen von 1968 anbelangt, ist die Fachliteratur somit noch recht übersichtlich[132]. Das betrifft gerade die vom Marsch durch die Institutionen ausgelösten Flügelkämpfe innerhalb der SPD[133], wo trotz manch einschlägiger Publikationen vor allem über die Jusos von einem „vielfach mangelhaften Stand der Forschung" auszugehen ist[134]. Zu den einflußreichen Juso-Bezirken, zu denen „allen voran" systematischere Untersuchungen fehlen, zählt auch Hessen-Süd[135], also jene Gliederung des Verbandes, die maßgeblich vom starken Frankfurter Unterbezirk geprägt wurde. Außer dem nicht zuletzt auf Zeitzeugengespräche und eigene Erfahrungen gestützten, 1972 bei Suhrkamp erschienenen Aufsatz der Frankfurter Juso-Aktivisten Sylvia und Wolfgang Streeck[136], der die erste Phase des Konflikts skizziert, kann zu den innerparteilichen Dramen der Frankfurter SPD nur noch auf ein cum ira et studio geschriebenes kurzes Kapitel in der SPD-Geschichte von Lösche und Walter über eine „fragmentierte Metropolenpartei des öffentlichen Dienstes"[137] zurückgegriffen werden. Daß der Forschungsstand für die CDU ähnlich lückenhaft ist[138], fällt angesichts des in unserem Fall eher mittelbaren Erkenntnisinteresses an diesem Gegenstand weniger ins Gewicht.

Um den allgemeinen Rahmen für die kulturellen Themen der vorliegenden Studie abstecken zu können, ist neben einigen Überblicksbänden[139] Hermann Glasers „Kulturgeschichte der Bundesrepublik"[140] zu berücksichtigen. Die teils recht essayistische und assoziative Darstellung bietet interessante Einblicke und mehr oder weniger überzeugende Gedanken zu den als Übergangsperiode nach der als „restaurative" Kulturpolitik der Ära Adenauer gedeuteten 1960er Jahren, doch eine vertiefte, historisch-empirisch abgestützte Untersuchung der Kulturpolitik im Spannungsfeld der 68er-Bewegung stellt sie ebenso wenig dar wie Jost Hermands Buch über „Die Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1985"[141],

131 Erste Verortungsversuche unternehmen Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom; das Themenheft „Die 1970er-Jahre – Inventur einer Umbruchszeit" der Zeithistorischen Forschungen 3 (2006), Heft 3; oder Jarausch, Das Ende der Zuversicht.

132 Dies zeigt schon ein Blick auf die entsprechenden Passagen des Studienbuchs von Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland, v. a. S. 165ff., 214ff.

133 Vgl. aber die auf der SPD-Bundesebene angesiedelte Arbeit von Gebauer, Der Richtungsstreit, die „Am Ende des ‚langen Marsches': Die SPD als Oppositionspartei" in Bonn sieht (so die Überschrift ihres letzten Kapitels, S. 218).

134 Süß, Die Enkel auf den Barrikaden, S. 72. Laut Faulenbach. Die Siebzigerjahre, S. 28, sind die innerparteilichen Auseinandersetzungen „bislang nur teilweise erforscht", benötigt würden vermehrt „lokale Studien". Zur wichtigsten Literatur vgl. Süß, Die Enkel, S. 68, 72.

135 Süß, Die Enkel, S. 72.

136 Streeck, Parteiensystem und Status quo; das Kapitel zur Frankfurter SPD ist überschrieben „Der Fall Littmann. Über die Folgenlosigkeit politischer Beteiligung", ebd., S. 108–144.

137 So die Überschrift des 15seitigen Frankfurt-Kapitels bei Lösche/Walter, Die SPD, S. 364.

138 Für die Entwicklung der Frankfurter CDU auch in den Jahren nach 1968 aber jetzt sehr hilfreich das Buch von Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt. Zur CDU allgemein: Bösch, Die Adenauer-CDU, und Schönbohm, Die CDU wird moderne Volkspartei.

139 Hoffmann/Klotz, Die Kultur unseres Jahrhunderts; Benz, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bde. 3 u. 4.

140 Glaser, Kulturgeschichte.

141 Hermand, Die Kultur.

das ganz ohne Literaturverweise auskommt und viele Themen nur anreißt, oder gar der von Eckard Siepmann redigierte „Quellenband" „CheSchaShit. Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotow"[142], der lediglich ein buntes Kaleidoskop von Themen mit kulturgeschichtlichem Schwerpunkt liefert.

Speziell zum kommunalen Bereich ist der Forschungsstand ebenso unbefriedigend, weil die prima vista meist wenig aufregende Kommunalpolitik nicht gerade zu den Lieblingsfeldern der Historikerzunft zählt. Bislang wurde vor allem der kulturelle „Neubeginn nach 1945" für Städte wie München[143], Düsseldorf[144], Krefeld[145] oder Frankfurt[146] gründlich und quellennah untersucht. Für die sechziger und siebziger Jahre ist die Lage dagegen weniger günstig. Neben unterschiedlich konzipierten Arbeiten etwa über Tübingen und Marburg[147] liegen zwar eine ganze Reihe von Publikationen programmatischer Art vor, die sich einer „Neukonzeption von Kulturpolitik" verpflichtet fühlen, vor allem die von Hilmar Hoffmann selbst herausgegebenen Bände „Perspektiven kommunaler Kulturpolitik. Beschreibungen und Entwürfe"[148] und „Kultur für alle. Perspektiven und Modelle"[149] sowie die „Plädoyers für eine neue Kulturpolitik" von Olaf Schwenke, Klaus H. Revermann und Alfons Spielhoff[150]. Doch an dem Befund Wolfgang Horns, daß nur wenige wissenschaftliche Arbeiten „Kulturpolitik konkret in ihrer Einbindung in die Zeitgeschichte"[151] behandeln, hat sich bis heute nicht viel geändert[152].

Vor allem die museumsgeschichtlichen Teile dieser Studie waren deshalb im wesentlichen aus den Quellen zu schreiben[153]. Zur Geschichte des bundesdeutschen Theaters in der Zeit von Reform und Revolte kann dagegen seit kurzem auf die Studie der Gilcher-Holtey-Schülerin Dorothea Kraus[154] sowie auf den von beiden mitherausgegebenen, ausgesprochen interessanten Band einer Tagung zurückgegriffen werden, an der auch etliche „Betroffene" beteiligt waren[155]. Die Frankfurter Entwicklung wird in diesen auf die Bundesrepublik insgesamt fokussierten Publikationen aber nicht vertieft. Hierzu gibt es – neben einzelnen Kapiteln der Palitzsch-Literatur[156] – bisher im wesentlichen nur einen von Gert Loschütz in Zusammenarbeit mit Horst Laube herausgegebenen Band, der aber vor allem wegen seiner unmittelbar am Ende des Frankfurter Modells geführten Zeitzeugen-

142 Siepmann, CheSchahShit.
143 Krauss, Nachkriegskultur in München.
144 Horn, Kulturpolitik in Düsseldorf.
145 Ramthum, Kulturpolitik in Krefeld.
146 Hansert, Bürgerkultur und Kulturpolitik.
147 Zu Tübingen: Hug, Kultur und Freizeitpolitik; zu Marburg: Laufner, Am Fuß der blauen Berge.
148 H. Hoffmann, Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik.
149 H. Hoffmann, Kultur für alle.
150 Schwencke/Revermann/Spielhoff, Plädoyers für eine neue Kulturpolitik.
151 Horn, Kulturpolitik, S. 12.
152 Zu den erfreulichen Ausnahmen zählt die im Umfeld des IfZ-Projekts „Reform und Revolte" entstandene Studie über Glasers Nürnberger Kulturpolitik von Franziska Knöpfle, Im Zeichen der Soziokultur.
153 Zur Orientierung hilfreich Bott, Das Museum; Spickernagel/Walbe, Das Museum: Lernort contra Musentempel; Korff/Roth, Das historische Museum.
154 Kraus, Theater-Proteste.
155 Gilcher-Holtey/Kraus/ Schößler, Politisches Theater nach 1968.
156 Iden, Peter Palitzsch; Mennicke, Peter Palitzsch.

gespräche hohen Quellenwert hat[157]. Über die Schaubühne am Halleschen Ufer in Berlin, die (allerdings nicht in städtischer Trägerschaft) in Sachen Mitbestimmung voranging, sind wir u. a. durch Peter Iden[158] oder den Zeitzeugenbericht des ehemaligen SDS-Aktivisten und Regieassistenten bzw. Dramaturgen Wolfgang Matthias Schwiedrzik informiert[159].

Für den Mikrokosmos der Frankfurter Kultur- und Parteipolitik kann neben einigen unveröffentlichten, aber teils archivgestützten universitären Abschlußarbeiten[160] zunächst auf eine solide, aus den Quellen geschriebene Nachkriegsgeschichte der Stadt von Frolinde Balser[161] sowie auf die Erinnerungen Hilmar Hoffmanns zurückgegriffen werden[162]. Kleinere Literatursplitter nichtwissenschaftlicher Art finden sich auch zu den im Untersuchungszeitraum häufig wechselnden Oberbürgermeistern von Willi Brundert über Walter Möller und Rudi Arndt bis zu Walter Wallmann[163] sowie zu der hier nur mittelbar interessierenden Baupolitik einschließlich des „Häuserkampfes“[164]. Dagegen erwiesen sich die zahlreichen Publikationen zu den heutigen Ikonen der Frankfurter Protestbewegung wie Cohn-Bendit[165] oder Fischer[166] für unsere Fragestellung als weniger ergiebig. Denn ihre Protagonisten existierten, auch wenn Cohn-Bendit bereits 1968 zu den Stars der Revolte gezählt wurde, in den Jahren danach zunächst in einer Subkultur am Rande der partei- und kulturpolitischen Haupt- und Staatsaktionen Frankfurts[167].

Angesichts des nicht eben üppigen Forschungsstandes kam den Quellen besondere Bedeutung zu. Kräftig sprudelten sie auf den meisten der im folgenden untersuchten Felder. Wer einmal über ältere Zeitgeschichte gearbeitet hat, weiß es zu schätzen, wenn dem Erkenntnisinteresse nicht Grenzen durch Verluste gesetzt sind, die auf die Furcht vor dem Zugriff einer Diktatur, auf Bombeneinschläge oder andere Kriegseinwirkungen zurückzuführen sind. Was große Kommunalverwaltungen, zumal wenn sie über ein so vorzügliches Stadtarchiv wie Frankfurt am Main mit seinem Institut für Stadtgeschichte verfügen, an Aktenmaterial zur jüngeren Vergangenheit bereithalten, ist fast schon des Guten zu viel: Die Protokolle der Sitzungen des Magistrats, des Kulturausschusses und der Stadtverordnetenversammlung, umfangreiche personengeschichtliche Sammlungen und nicht zuletzt die Überlieferung des Kulturdezernates nebst der städtischen Kultureinrich-

157 Loschütz, War da was?
158 Iden, Die Schaubühne.
159 Schwiedrzik, Theater als „Aktion“, S. 224 und 238. Einblicke am Beispiel Bremens, dessen Theater ebenfalls zu einem der wichtigsten Zentren des Aufbruchs wurde, vermittelt der von Olaf Dinné und anderen herausgegebene Sammelband „anno dunnemals“ mit seinen teils recht farbigen Milieuschilderungen. Dinné/Grünwald/Kuckuk, anno dunnemals.
160 Etwa Chromik, Kulturpolitik, oder Kötter, Der Frankfurter Kunstverein.
161 Balser, Aus Trümmern zu einem europäischen Zentrum.
162 H. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder schwankende Gestalten. Zum Quellenwert der Hoffmann-Memoiren kritisch: Alexander Gauland, Nicht alle waren Hilmar Hoffmanns Statisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 1999.
163 Zum Beispiel Felsch, Aus der Chef-Etage des Römers.
164 Roth, Z. B. Frankfurt: Die Zerstörung einer Stadt. Zu diesem Thema aber vor allem auch Stracke, Stadtzerstörung.
165 Vgl. Stamer, Cohn-Bendit.
166 Vgl. Kraushaar, Fischer in Frankfurt.
167 Zur Subkultur am Main vgl. Kraushaar, Die Frankfurter Sponti-Szene.

tungen. Zum Historischen Museum konnten so etwa auch Protokolle von internen Besprechungen, Entwürfe für Texttafeln und deren Korrekturen, der Briefwechsel mit Beratern, Kritikern und Kommunalpolitikern etc. eingesehen werden. Noch dichter war die Quellenüberlieferung für die Städtischen Bühnen, wo Protokolle der Vollversammlungen, Spartenversammlungen, Sitzungen des Künstlerischen Beirats[168], Briefwechsel der Intendanten bzw. Co-Direktoren Erfurth und Palitzsch und vieles mehr der Benutzung so offen standen, daß die wegen der Demokratisierungsfrage besonders wichtigen theatergeschichtlichen Kapitel auch vom Umfang her das Kernstück der Arbeit bilden können.

Hinzu kam eine Presselandschaft, die in ihrer Vielfalt und politischen Spannweite mit vier Tageszeitungen, darunter die überregional bedeutende *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Frankfurter Rundschau*[169], bundesweit ihresgleichen sucht. Sie wurden teilweise auf dem Wege der umfangreichen Zeitungsausschnittsammlungen des IfSG, phasenweise auch mittels Auswertung der Periodika selbst konsultiert[170]. Um welch zentralen Quellenbestand für stadtgeschichtliche Politikforschung es sich bei der Presse handelt, zeigte sich immer wieder dann, wenn vermeintlich primäre Quellen wie die Sitzungsprotokolle des Kulturausschusses wegen ihrer Dürftigkeit kaum etwas hergaben[171]. Als aufschlußreich erwiesen sich zudem eine ganze Reihe von überregionalen Zeitschriften mit kommunal- und kulturpolitischem Bezug, vor allem auch solche zu den Themen Theater und Museum[172].

Neben den reichen Beständen des IfSG leisteten einige der im Berliner Landesarchiv gelandeten Archivalien des Deutschen Städtetages (u. a. die Protokolle des Kulturpolitischen Ausschusses des DST) sowie die Bibliothek des Deutschen Instituts für Urbanistik (Berlin) gute Dienste. Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin und der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach lagerndes Quellenmaterial zum SPD-Unterbezirk Frankfurt bzw. zu den Kreisverbänden von CDU und FDP einschließlich diverser Nachlässe bzw. Deposita[173] wurde vor allem im Hinblick auf die parteipolitischen Teile der Studie ausgewertet. Von den besonderen Schwierigkeiten lokaler historischer Parteienforschung blieb die Arbeit allerdings nicht verschont. Manches, was man gerne vertieft hätte, war weder in Frankfurt noch in den Archi-

168 Darunter auch reichlich Material, das bei Loschütz, War da was?, noch nicht publiziert wurde.

169 Daneben die *Frankfurter Neue Presse* und auf dem Boulevard noch die *Abendpost Nachtausgabe*.

170 Da in den Presseausschnitten die Artikel in der Regel ohne Seitenzahlen angegeben sind, wird aus Gründen der Einheitlichkeit generell darauf verzichtet, diese anzugeben.

171 So etwa die knappen Ergebnisprotokolle des Kulturausschusses in der Dezernentenzeit Hilmar Hoffmanns. IfSG: Stvv 2.121 und 2.122. (Sitzungen von Januar 1971 bis Januar 1974 bzw. Januar 1974 bis Dezember 1976). Auch in einigen anderen Fällen folgt die Darstellung lieber den farbigen Schilderungen der Journalisten als dem trockenen Deutsch der Parlamentsstenographen, deren Aufzeichnungen allerdings zu Kontrollzwecken mit herangezogen wurden.

172 Sie sind im Anhang der Studie zusammenfassend aufgeführt.

173 Für die SPD vor allem der Nachlaß Arndt und die Deposita Voigt und Streeck, für die CDU die Nachlässe des Frankfurter Bürgermeisters Fay und des hessischen CDU-Landesvorsitzenden Dregger sowie die Deposita des zeitweiligen CDU-Kreisvorsitzenden Riesenhuber und des Oberbürgermeisters Wallmann.

ven der parteinahen Stiftungen zu finden. Dem Forscherglück bei den Studien zur CDU, wo ein im Privatbesitz des langjährigen CDU-Kreisvorsitzenden Ernst Gerhardt befindliches Faszikel die parteiinternen Konflikte der frühen 1970er Jahre ausleuchten half[174], standen einige Enttäuschungen im Fall der Frankfurter SPD gegenüber.

Einige Versuche, neben den immensen, doch nur grob verzeichneten Beständen des Unterbezirks und des Bezirks Hessen-Süd im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn an weiteres, möglicherweise „heißes" Material zu gelangen, waren nicht von Erfolg gekrönt[175]. Ob dies auch damit zusammenhängt, daß der Untersuchungszeitraum für die sonst so geschichtsbewußte Sozialdemokratie ein besonders schwieriges Kapitel darstellt, sei dahingestellt. Der 1977 abgewählte Rudi Arndt jedenfalls wollte sich an einem von der *Frankfurter Rundschau* organisierten Rückblick auf die Zeit des Häuserkampfes noch über zwei Jahrzehnte danach lieber nicht beteiligen: „Ich will da nicht drin rumrühren"[176]. Er verwies auf seine geplanten Memoiren – Pläne, die der Tod des SPD-Politikers im Jahr 2004 durchkreuzt hat. Dennoch erlauben es die derzeit zugänglichen Quellen auch im Falle der Frankfurter SPD schon jetzt, die wesentlichen Zusammenhänge der vom Marsch durch die Institutionen ausgelösten Turbulenzen darzustellen. Neben allem Interesse an der nicht bloß regional-, sondern nationalgeschichtlich bedeutsamen Fragestellung nach der Wirkungsgeschichte von 1968 geht es im folgenden aber auch um die analytische Erzählung einiger der spannendsten Kapitel Frankfurter Stadtgeschichte nach 1945.

[174] Zu danken ist dafür dem Historikerkollegen und Pressesprecher der CDU-Stadtratsfraktion Joachim Rotberg, der mir das Material im Römer zur Einsicht gab.

[175] Zum Beispiel ein Telefonat mit der langjährigen SPD-Kulturpolitikerin Frolinde Balser am 6. August 2008. Das Büro des Koordinators für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Karsten Voigt, der nach 1968 als zeitweiliger Juso-Bundesvorsitzender auch zu den Wortführern des linken Flügels in der Frankfurter SPD zählte, teilte mit, dessen private Archivbestände (auf diese hatte z. B. ein politischer Weggefährte Voigts, der Politikwissenschaftler Wolfgang Rudzio, in einem älteren Aufsatz zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik noch zurückgreifen können. Rudzio, Eine Erneuerung, S. 84, Anmerkung 26 und 27) befänden sich „bei Herrn Voigt zu Hause" und seien „zur Zeit nicht einsehbar". (Mail von Xenia Fellenberg, Büro Voigt im Auswärtigen Amt, an meine Mitarbeiterin Sonya Langerholc, vom 26. August 2008). Das im Archiv für soziale Demokratie liegende Depositum Voigt dagegen ist zwar einsehbar, für die innerparteilichen Konflikte der Frankfurter SPD aber weniger ergiebig.

[176] Frankfurter Rundschau, 13. Januar 2001.

2. Kultur und Politik bis 1968

Frankfurt am Main und die Unwirtlichkeit deutscher Städte nach 1945

In welchem Zustand befanden sich die kulturellen Institutionen der Stadt, bevor der „lange Marsch" sie nach 1968 erfaßte? Wie stand es vor allem finanziell und inhaltlich um Theater und Museen, und wie verliefen die kulturpolitischen Diskurse um die Krisen vor der Krise von 1968? Wer diese Fragen erörtern möchte, findet in der kritischen Bilanz des kommunalen Wiederaufbaus nach 1945 durch den Frankfurter Professor Alexander Mitscherlich einen instruktiven Ansatzpunkt. „Der extreme Notstand der Überlebenden einer ungeahnten Katastrophe", so schrieb der Sozialpsychologe in seinem Traktat über „Die Unwirtlichkeit unserer Städte", schien nach dem Krieg „jede Kulturlosigkeit zu entschuldigen"[1].

Diese Kritik Mitscherlichs, der in der 68er-Zeit vor allem auch wegen seiner auf die NS-Vergangenheit bezogenen Klage über eine „Unfähigkeit zu trauern" zu einer geistigen Kultfigur wurde, zielte zunächst auf den Städtebau. Eine verfehlte Kommunalpolitik habe nach 1945 zur „Einebnung so verschiedener Stadtgestalten wie Nürnberg oder Dresden, Hamburg oder München" und vor allem auch zur funktionellen Entmischung der früher noch „hochgradig integrierte[n] alte[n] Stadt" geführt. Das „Unverwechselbare dieser Gebilde" ließe sich so – anders als bei einem Herbstspaziergang durch Arles oder Amsterdam – nicht mehr spüren[2]. Die von Mitscherlich benannten architektonischen Sünden des Wiederaufbaus korrelierten auffällig mit den allgemeinen kulturellen Defiziten. Denn die „Unwirtlichkeit", die sich über dem Industrievorort, der Wohnsiedlung oder der immer gleichen Fußgängerzone als „neuen Stadtregionen" ausbreitete[3], wurde auch dadurch erzeugt, daß es die Kultur in einer Epoche drängendster materieller Aufgaben schwer hatte – und bis zu einem gewissen Grad wohl schwer haben mußte –, gegen die städtebaulichen und verkehrsplanerischen Prioritäten der Kommunalpolitik in der Nachkriegszeit anzukommen.

Die Metropole am Main, wo infolge des Krieges eine der größten erhaltenen deutschen Altstädte mit prächtigen Fachwerkhäusern und verwinkelten Gassen so gut wie ganz in Schutt und Asche lag, gehörte zu jenen deutschen Orten, wo die Unwirtlichkeit der Städte nach 1945 besonders zu spüren war. Der sich dort nach 1945 durchsetzende „Gedanke des unbedingt raschen Aufbaus der zerstörten Stadtkerne" erlangte als „Frankfurter Lösung" modellhaften Charakter für das

[1] Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, S. 64.
[2] Ebd., S. 63, 9, 14.
[3] Ebd., S. 9.

ganze Bundesgebiet[4]. Binnen anderthalb Jahren wurde 1952/53 in der Regie der öffentlichen Hand ein 3,4 Hektar großes Areal bebaut. Als „rationell und damit verbilligt" konnte man diese Architektur charakterisieren und würdigen, wieviel „Licht und Luft" sie in die alten Wohngebiete brachte[5]; andererseits büßte das „kostbare Kleinod" der untergegangenen Altstadt[6], abgesehen von dem beim Aufbau aus Gründen historischer Pietät denn doch ausgesparten Kernbereich zwischen Römer und Dom, infolge brutaler Straßenverbreiterungen und neuer Erschließungsstraßen fast vollständig seinen eigentlichen Charakter ein. Auch das „Kleine Kulturprogramm", das der zuständige Dezernent zusammen mit dem zwischen 1957 und 1964 amtierenden, kulturpolitisch durchaus sensiblen Oberbürgermeister Werner Bockelmann entwickelte, half nur bedingt[7].

„Frankfurt verliert sein Gesicht. Kulturdezernent kapituliert vor der U-Bahn"[8] lautete im Herbst 1964 eine Schlagzeile in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die einen Vortrag des Kulturdezernenten Karl vom Rath über „Frankfurts kulturelles Gesicht in Gegenwart und Zukunft" vor der Polytechnischen Gesellschaft resümierte. Hintergrund der kulturpessimistischen Äußerungen vom Raths war der enorm teure U-Bahn-Bau, der angesichts des drohenden Verkehrsinfarktes in der vor lauter Wirtschaftswunder aus allen Nähten platzenden Mainmetropole seit 1960 vorbereitet und 1963 in Angriff genommen worden war. 1961 war auch ein eigenständiges Verkehrsdezernat eingerichtet worden, das keinem Geringeren als dem Vorsitzenden der SPD-Mehrheitsfraktion – und späteren Oberbürgermeister – Walter Möller als berufsmäßigem Stadtrat anvertraut worden war. Wird Möller in der einschlägigen Stadtgeschichte als „energisch und durchsetzungsfähig"[9] charakterisiert, so heißt es über den zwischen 1950 und 1970 amtierenden Kulturdezernenten vom Rath, er sei „ein sowohl kenntnisreicher wie auch liebenswürdiger Mann" gewesen[10]. Zudem hatte der Kunsthistoriker vom Rath, anders als der im traditionell starken linken Flügel der Frankfurter SPD fest verankerte Parteijournalist Möller[11], nur die kleine FDP-Fraktion als Hausmacht hinter sich, die bei den Kommunalwahlen 1952 gerade 14,4% der Stimmen auf sich vereinigt hatte und in der Folgezeit an Gewicht noch verlor.

Um zu verdeutlichen, zu welch „kulturfressendem Ungeheuer" sich das Verkehrsproblem ausgewachsen hatte, korrelierte vom Rath in seinem Vortrag im Herbst 1964 die Geldnot des Frankfurter Kulturlebens mit den Baukosten für einen Meter U-Bahn: Der seit Jahren diskutierte Neubau des Opernhauses mitsamt Zubehör wie Tiefgaragen käme mit einem Kilometer U-Bahn-Bau aus[12]. Faktisch ginge es aber gar nicht um eine Kürzung der U-Bahn-Linie, sondern nur um eine

[4] Balser, Aus Trümmern, S. 155.
[5] Balser, Aus Trümmern, S. 153, 148.
[6] So hieß es in einer Urkunde, die bei der Grundsteinlegung der „Frankfurter Lösung" versenkt wurde. Balser, Aus Trümmern, S. 148.
[7] Chromik, Kulturpolitik, S. 45.
[8] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Oktober 1964.
[9] Balser, Aus Trümmern, S. 230; vgl. auch ebd., S. 204.
[10] Ebd., S. 205.
[11] Zur Vita des 1920 geborenen Möller, der nach einer Buchdruckerlehre 1935–1937 bis zum Ende Krieges 1945 Wehrdienst geleistet und danach u. a. als Journalist für die SPD-Parteipresse gearbeitet hatte, vgl. IfSG: S 2/440 c.
[12] Vgl. Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, S. 307–321.

unbeträchtliche Verzögerung der Fertigstellung, da das gesamte Unternehmen ohnehin „bis ins 3. nachchristliche Jahrtausend hinein projiziert" sei. Zwar äußerte sich vom Rath optimistisch, was den Wiederaufbau der als Ruine daliegenden alten Oper anbelangte, doch ansonsten ließ er „keinen Silberstreifen am Kulturhimmel aufschimmern" – weder im Hinblick auf das brache Museum für Völkerkunde noch hinsichtlich des Museums für Kunsthandwerk. Und der Bau des Historischen Museums, dessen Beginn für 1966 vorgesehen war, sei „nun endgültig gestrichen". Ähnliches galt für das Museum für Vor- und Frühgeschichte: „Heimlich, still und leise ist […] das Museum aus der Planung verschwunden"[13].

Die Kritik an der „Frankfurter Museumsmisere"[14] sollte den FDP-Kulturdezernenten noch länger verfolgen[15]. Planungen, die Millionen verschlangen, so der Vorwurf des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers Hans Ulrich Korenke (CDU), hätten einen vernünftigen Aufbau der Einrichtungen verhindert. Hinsichtlich eines neuen Historischen Museums etwa seien bereits 1954 die Renovierungsarbeiten im sog. Bernusbau gestoppt worden[16]. Daß lediglich das damals nicht vorhergesehene U-Bahn-Projekt die vierzehn bzw. acht Millionen Mark schweren Pläne für das Historische Museum bzw. für das Museum für Kunsthandwerk zwischenzeitlich Makulatur werden ließ, mochte Korenke dem Kulturdezernenten als mildernden Umstand nicht zubilligen. Die CDU nannte es vielmehr ein scharf zu kritisierendes „Versäumnis", wenn von sechs Frankfurter Museen zwei Jahrzehnte nach dem Krieg „nur eines voll arbeitsfähig" sei, zwei „einem neuen Provisorium zustreben, zwei weitere, das Museum für Völkerkunde und das für Vor- und Frühgeschichte, überhaupt nicht mehr existieren und alle zusammen kaum ins Bewußtsein der Bevölkerung gerückt sind"[17]. Auch andere Kulturexperten empfanden es als „bestürzend", wie so lange nach Kriegsende „die Schätze noch immer in den Magazinen vermodern". Weniger an mangelndem Geld liege das, sondern „am Mißverhältnis zur Kultur"[18].

Schon in den ersten Jahren nach 1945 waren in der alten, am Schnittpunkt wichtigster europäischer Verkehrslinien gelegenen Handelsstadt Klagen über einen „amusischen Magistrat" laut geworden. Dieser lasse die Förderung kultureller Interessen hinter die der Wirtschaft zurücktreten. Universitätsprofessor Theodor W. Adorno spitzte die Kritik 1959 in seinem Unbehagen am „geistigen Klima" Frankfurts zu und lieferte sich dessentwegen eine heftige Kontrahage mit vom Rath, der das Tempo des kulturellen Wiederaufbaus als realiter nicht steigerungsfähig erachtete[19]. Tatsächlich lag Frankfurt bereits im Haushaltsjahr 1952 mit Kulturausgaben in Höhe von 8% des ordentlichen Etats „an der Spitze der vergleichbaren

[13] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Oktober 1964. Zur Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung gegen den Neubau des Historischen Museums vgl. Chromik, Kulturpolitik, S. 46.
[14] Frankfurter Rundschau, 7. November 1967.
[15] Allerdings sah es in anderen Großstädten wie etwa Düsseldorf nicht viel besser aus. Dort dauerte es z. B. bis 1969, ehe das Schauspiel einen Neubau beziehen konnte. Horn, Kulturpolitik, S. 140.
[16] Frankfurter Neue Presse, 31. März 1967.
[17] Frankfurter Rundschau, 7. November 1967.
[18] So der Publizist Heinrich Heym auf einer Podiumsdiskussion im Volksbildungsheim im Herbst 1967. Frankfurter Rundschau, 7. November 1967.
[19] IfSG: S 3/V 4351, Umschlag 1959.

deutschen Großstädte“[20]. In die genannte Summe noch nicht einmal miteinbezogen waren die über den außerordentlichen Haushalt verrechneten Bauvorhaben am Dom, am Goethe-Haus[21], am neuen Dach des Naturmuseums Senckenberg, an der Katharinenkirche, an der Universität, deren Trägerschaft sich die Stadt und das Land Hessen teilten[22], oder am alten Schauspielhaus, dessen Ausbau zum Großen Haus für gemischten Betrieb (Oper, Operette, Sprechtheater) 1949 beschlossen worden war und bereits zu Weihnachten 1951 fertiggestellt werden konnte[23].

Frankfurt hatte damit zwar wieder ein repräsentatives Opernhaus mit fast 1 500 Plätzen, für das Schauspiel aber war die Doppelnutzung nur eine Notlösung. Als Kleines Haus diente während der ganzen 1950er Jahre der Nordflügel der Frankfurter Börse, der vordem als Sitzungssaal des Wirtschaftsrates genutzt worden war. Generalintendant Harry Buckwitz sprach von einer „Breitwandspelunke“, weil die Bühne vierzehn Meter breit, aber nur fünf Meter tief war: „Von Garderoben und Nebenräumen gar nicht zu reden.“[24] Erst als 1958 nach jahrelangen ergebnislosen Diskussionen[25] eine Reihe renommierter Schauspieler Frankfurt wegen der unzureichenden Bühnenverhältnisse den Rücken kehrten und neben Buckwitz auch Generalmusikdirektor Georg Solti nach München abzuwandern drohte, schmolz auf dem Römer der – nicht zuletzt in der SPD-Fraktion zu lokalisierende – Widerstand gegen den Bau einer neuen „Theater-Doppel-Anlage“ (für Schauspiel und Kammerspiel) im räumlichen Anschluß an das bereits bestehende Große Haus[26]. Der im November 1958 beschlossene Neubau konnte im Dezember 1963 – zwei Jahre nach dem bereits 1961 errichteten Parkhaus (!) – schließlich feierlich eröffnet werden.

Neues Theaterleben in den Nachkriegsjahren

Daß der kulturelle Wiederaufbau im Bereich des Theaters vergleichsweise rasch, rascher allemal als bei den Museen, voranschritt, hatte auch mit dem nicht nur in Frankfurt spürbaren Theater-Boom der Nachkriegsjahre zu tun. Über das Theater fanden die Zuschauer im Elend der Zeit „wieder Zugang zur Lebensfreude“[27]. Kultur erwies sich gleichsam als Lebenshilfe in kargen Jahren, „kompensierte den

[20] Karl vom Rath, Kulturelles Leben in Frankfurt am Main, in: Beiträge zum Adreßbuch der Stadt Frankfurt am Main 1953, Frankfurt/M. 1953, o. S.
[21] Die Verantwortung für das Museum im Goethe-Haus, wo der Dichter geboren worden war, lag (und liegt) beim Freien Deutschen Hochstift, die Stadt ist aber an der Finanzierung zu einem Drittel beteiligt. Balser, Aus Trümmern, S. 213.
[22] Eine förmliche Vereinbarung über die hälftige Finanzierung der Universität kam am 10. September 1953 zustande. Balser, Aus Trümmern, S. 209.
[23] Karl vom Rath, Kulturelles Leben in Frankfurt am Main, in: Beiträge zum Adreßbuch der Stadt Frankfurt am Main 1953, Frankfurt/M. 1953, o.S; vgl. auch Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, S. 300.
[24] Westfalenpost, 28./29. Juni 1958 („Frankfurt hat Theatersorgen“).
[25] Vgl. etwa die bei Balser, Aus Trümmern, S. 211, abgedruckte Karikatur über die Neubauplanungen aus der *Frankfurter Rundschau* von 1956.
[26] Westfalenpost, 28./29. Juni 1958, Balser, Aus Trümmern, S. 210, 212.
[27] Rühle, Die Wiederherstellung des Theaters, S. 73.

Mangel an Lebensmitteln und wurde so zum Überlebensmittel“[28]. Lange Schlangen, ja Übernachtungen vor den Theaterkassen waren vor allem bis 1950/51 die Folge der enormen Nachfrage[29]. Nachdem die Hälfte der Staats-, Landes- und Stadttheater im Krieg zerbombt und ausgebrannt, zumindest aber schwer beschädigt worden waren, blühte das Theaterleben schon ab Ende Mai 1945 wie „Phönix aus der Asche“ wieder auf[30]. Thornton Wilders „Wir sind noch einmal davongekommen“ oder Carl Zuckmayers „Vergangenheitsbewältigungs“-Stück „Des Teufels General“, dessen Uraufführung für die amerikanische Zone Ende November 1947 im Frankfurter Börsensaal stattfand, trafen damals das Lebensgefühl der Deutschen[31]. Gewiß auch deshalb, weil die Militärregierungen das Theater als Instrument der Kulturpropaganda schätzten[32], gab es zur Saison 1947/48 bereits mehr Plätze – wenn auch oft in improvisierten Spielstätten wie Turnhallen und Vereinssälen – als vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Auch die Besucherzahlen stiegen bis 1957/58 kräftig an[33].

„Volle Häuser, geistige Leere“[34] lautete das Urteil der Restaurationskritik an der „insgesamt traditionalistisch ausgerichteten Theaterlandschaft“[35] der Adenauer-Zeit, standen doch Klassiker, allen voran Stücke von Friedrich Schiller oder Johann Wolfgang von Goethes „Iphigenie“, ganz oben auf dem Spielplan. Aber das Verdikt über das bundesdeutsche Nachkriegstheater als Bastion bürgerlicher Selbstbestätigung („Man war wieder wer“)[36] und über Spielpläne „breiter Wohlgefälligkeit“[37] ist zu einseitig, um die tatsächliche Spannweite im Theatergeschehen der 1950er Jahre ganz zu erfassen. Gerade das Frankfurter Schauspiel unter der Generalintendanz von Buckwitz (ab 1951) bot dafür mit den besten Anschauungsunterricht. Es avancierte etwa durch Inszenierungen von Heinrich Koch zusammen mit dem Darmstädter Schauspiel (Gustav Rudolf Sellner) zu einem „Brennpunkt im deutschen Theater“. Hier wurde der Versuch unternommen, Theater als „geistiges Ereignis“ zu bestimmen[38]. Buckwitz band auch Erwin Piscator, den engagiertesten politischen Regisseur der 1920er Jahre, der aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit nach der Rückkehr aus dem Exil viele Jahre nur an kleineren Bühnen inszenieren konnte, mit Stücken von Sartre, Genet und Sternheim „an sein immer deutlicher entwickeltes gesellschaftskritisches Theater des Widerspruchs, des politischen Engagements“[39].

Seit 1952 machte Buckwitz, beginnend mit „Der gute Mensch von Sezuan“, die Durchsetzung des Werks von Bertolt Brecht zum Hauptpunkt seines Programms.

[28] Glaser, Bildungs- und Kulturpolitik, S. 32.
[29] Horn, Kulturpolitik in Düsseldorf, S. 151.
[30] So wurde in Berlin am 27. Mai 1945, zwanzig Tage nach der Kapitulation, eine alte Staatstheateraufführung („Raub der Sabinerinnen“) wieder aufgeführt. Rühle, Die Wiederherstellung des Theaters, S. 74.
[31] Balser, Aus Trümmern, S. 101.
[32] Vgl. auch Lange, Theater in Deutschland nach 1945, v. a. S. 98ff.
[33] Horn, Kulturpolitik in Düsseldorf, S. 29.
[34] So schrieb Friedrich Luft 1955 im *Monat*. Zit. nach Glaser, Die Kulturgeschichte, Bd. 2, S. 243.
[35] Glaser, Die Kulturgeschichte, Bd. 2, S. 245.
[36] Ebd., S. 242.
[37] So Friedrich Luft, Vorwort, S. 12, im Blick auf die Arbeit des Intendanten des Berliner Schillertheaters, Boleslaw Barlog, für den Theater „nie ein Ort der Provokation“ gewesen sei.
[38] Rühle, Die Wiederherstellung, S. 82,
[39] Ebd., S. 88.

Der berühmte Schriftsteller nahm 1955, ein Jahr vor seinem Tod, sogar persönlich an den Buckwitzschen Proben zu einer Aufführung des „Kaukasischen Kreidekreises" in Frankfurt teil[40]. Ob die unbestreitbare Größe des Brechtschen Werkes seine politischen Irrtümer überstrahlte – schließlich hatte sich der Literat mit der DDR-Diktatur arrangiert –, wurde nach dem Bau der Berliner Mauer auch in Frankfurt vor allem von der CDU immer massiver bezweifelt[41]. Angesichts von Boykottaufrufen stellte sich Kulturdezernent vom Rath allerdings klar hinter den Generalintendanten Buckwitz: „Wir spielen Brecht, einmal aus Gründen der Meinungsfreiheit, dann im Hinblick auf die Konsequenzen, die sich ergeben würden, wenn wir nicht spielen" – nämlich der Entfernung Brechtscher Werke aus den Buchhandlungen und Bibliotheken[42].

Frankfurt war aber nicht nur Brecht-Bühne, sondern wurde dank Buckwitz zu einer der Bastionen des politischen Theaters in der Bundesrepublik überhaupt. Der Sozialdemokrat Buckwitz verstand sein Haus, eines der größten Theater im Lande, „als geistige Opposition" und ging so weit, „wie ein westdeutscher Intendant in diesen Jahren überhaupt nur gehen konnte"[43]. Als das Frankfurter Schauspielensemble 1968 gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze protestierte, erklärte sich Buckwitz mit seinen Künstlern solidarisch. Seine letzte Inszenierung vor dem Weggang aus Frankfurt noch im gleichen Jahr war „Der Vietnam-Diskurs" von Peter Weiss. Zudem hatte Buckwitz bereits Mitte der 1950er Jahre versucht – wenn auch mit zweifelhaftem Erfolg –, „Theater für alle" zu machen[44], und etwa Robert Penn Warrens Zeitstück „Blut auf dem Mond" in Frankfurter Fabrikhallen gespielt, um die Arbeiterschaft für das Theater zu begeistern[45].

Die inhaltliche Bilanz des Frankfurter Theaters durfte sich also, anders als die lange so beengten räumlichen Verhältnisse glauben machen könnten, durchaus sehen lassen. Gewiß war Frankfurt nicht überall; aber auch angesichts seiner herausgehobenen Stellung im bundesdeutschen Kulturleben erscheinen jene Verdikte fragwürdig, die das Merkmal der „weitgehende[n] Kontinuität zu der Zeit vor 1945 im kulturellen Selbstverständnis" der jungen Bundesrepublik allzusehr betonen und, von der Ausmerzung eindeutig nationalsozialistischer Elemente im Kulturleben abgesehen, eine ungebrochene Entwicklung in personeller, organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht behaupten[46]. Unübersehbar ist ja auch, welch hohen Stellenwert etwa die im Dritten Reich verpönten anglo-amerikanischen und

[40] Ebd., S. 86, 88.
[41] Die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung beantragte 1961, die Proben zu dem Stück „Galileo Galilei" einzustellen, weil sich Brecht „eindeutig auf die Seite der roten Machthaber gestellt" habe. Bereits 1957 hatte ein CDU-Stadtrat die Aufführung der „Geschichte der Simone Machard" von Brecht kritisiert. Chromik, Kulturpolitik, S. 47.
[42] Soll man Brecht spielen? Antwort an Friedrich Torberg, in: Der Monat, 161 (1962), S. 60.
[43] Mertz, Das gerettete Theater, S. 80.
[44] Buckwitz, Theater für alle. Zweifelhaft war der Erfolg des Unternehmens insofern, als der enorme Mehraufwand von Technik und Schauspielern, die sich die ungewohnten Spielstätten „erst erobern" mußten, in keinem Verhältnis zum Ertrag stand und vor allem den Wunsch vieler Arbeiter und Angestellten weckte, „Theater im Theater zu erleben". Mertz, Das gerettete Theater, S. 100.
[45] Mertz, Das gerettete Theater, S. 100.
[46] Horn, Kulturpolitik, S. 24, 140.

französischen Stücke auf den Theaterbühnen der wiederhergestellten deutschen Demokratie gewannen[47].

Auf der anderen Seite wird man sagen müssen, daß es eine „Stunde Null" tatsächlich nicht gegeben hatte. Der anglo-amerikanische Versuch, Theater- und Orchesterkonzessionen auf Intendanten und Musikdirektoren persönlich auszustellen und damit die in England und den USA ausgebildete Tradition privater Kulturpflege mit lediglich öffentlicher Unterstützung auch in Deutschland einzuführen, scheiterte am Widerstand der Städte. Diese wurden letztlich in ihrer Rolle als wichtigste Kulturträger bestätigt[48]; ihre Kulturverwaltungen nahmen meist noch 1945 die Arbeit wieder auf. Die Präambel der Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit („Stuttgarter Richtlinien"), die der Deutsche Städtetag (DST) 1952 einstimmig billigte, umrissen den klassischen Kanon der in kommunaler Regie betriebenen Kultur. Von der Musik als einem „besonderen Ausdruck deutschen Wesens"[49] war darin ebenso die Rede wie vom Theater, das „lebendiger Vermittler der geistigen Werte der Vergangenheit und Ausdruck der geistigen Strömungen unserer Zeit" sein solle[50]. Der Münchner CSU-Oberbürgermeister Karl Scharnagl bekannte sich damals nicht weniger zur Pflege der Kunst „im Geiste christlich-abendländischer Kulturgesinnung" als sein „Beauftragter für Kultur", Hans Ludwig Held, der als politisch unorthodoxer Linker gelten konnte [51].

Affirmativer Kulturbegriff und erste soziokulturelle Gegenströmungen

Auch profilierte SPD-Kulturpolitiker wie Carlo Schmid oder Waldemar von Knoeringen, so hat Hermann Glaser moniert, standen damals auf dem Standpunkt, der Staat (respektive die Stadt) habe „keine Kultur zu machen". Sie glaubten, wie im wirtschaftlichen Bereich, „an die sich selbst regulierenden Kräfte des Marktes", statt der marxistischen Überzeugung zu huldigen, wonach das Sein das Bewußtsein bestimme und der herrschende Geschmack der Geschmack der Herrschenden sei[52]. Die Absage an Indoktrination und Ideologie nach der Erfahrung des Dritten Reiches, so Glaser, habe ihre Kehrseite darin gehabt, daß die freie Entfaltung von Kultur vor allem durch die Verdrängung ihrer politischen und gesellschaftlichen Dimension garantiert werden sollte[53]. So seien die 1950er Jahre die Zeit der kulturpolitischen Macher gewesen, während es sozusagen an einer kulturpolitischen Theorie gefehlt habe[54]. Den Mangel an einer „übergreifenden Konzeption" sieht Glaser „allein schon dadurch" belegt, daß sich die kulturpolitischen Empfehlun-

[47] Im übrigen schlug sich der glücklich eingeschlagene Weg der außenpolitischen Westintegration auch in den Beständen der städtischen Büchereien nieder. Horn, Kulturpolitik, S. 141.
[48] Horn, Kulturpolitik, S. 24
[49] Seeling, Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit, S. 125.
[50] dpa-Brief/Inland, Kommunale Kulturpolitik, 21.3.1952, S. 3, in: LA Berlin: B Rep. 142/9, Nr. 3/00-11, Bd. 3.
[51] Krauss, Nachkriegskultur in München, S. 33.
[52] Glaser, Bildungs- und Kulturpolitik, S. 38.
[53] Ebd., S. 32.
[54] Ebd., S. 40.

gen des DST seit 1950 – vom Archiv über das Puppenspiel bis zur Volkshochschule – „meist sektoralen Themen zuwandten“[55]. Obendrein, so ist hinzuzufügen, blieben die einem konservativen Kulturbegriff verpflichteten „Stuttgarter Richtlinien“ bis in die 1970er Jahre „fast unverändert erhalten“[56].

Doch bereits vor 1968 gab es Gegenströmungen. Wie der Nürnberger Kulturdezernent Glaser waren auch andere progressive „neue Kulturpolitiker“ meist sozialdemokratischer Orientierung maßgeblich von den Gedanken des Neomarxisten Herbert Marcuse „Über den affirmativen Charakter der Kultur“ beeinflußt. Die 1937 entwickelten Thesen zum Verhältnis von Kultur und Politik in der bürgerlichen Gesellschaft, mit denen sich der kalifornische Philosophieprofessor gegen den „bourgeoisen“ Kulturbegriff gewandt hatte, wurden bezeichnenderweise 1965 in Frankfurt erneut publiziert[57]. Der bourgeoise Kulturbegriff, so Marcuse, gehe von einem Gegensatz zwischen der Kultur, als geistigem Refugium höherer Ideale, und den niederen, profitorientierten Sphären von Politik und Wirtschaft aus. Diese Trennung habe dazu geführt, daß die kulturellen Ideale des „Wahren, Guten und Schönen“ und ihr Traum von einer besseren Gesellschaft in der Wirklichkeit zu nichts verpflichteten, sondern nur der seelischen „Erhebung“ dienten: „Was ein Klassiker gesagt und getan hatte, brauchte man nie so ganz ernst zu nehmen; es gehörte eben einer anderen Welt an und konnte mit der gegenwärtigen nicht in Konflikt kommen.“[58] Deshalb auch erscheine die historische Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Klassenschichtung nach bürgerlichem Kulturbegriff als Gesetzmäßigkeit, ja diese „affirmative Kultur“ diene dazu, die Brutalität des gesellschaftlichen Egoismus im „Spätkapitalismus“ ästhetisch zu kaschieren und ihre Bedingungen zu festigen.

Die Systemfrage stellten die „neuen Kulturpolitiker“, anders als Marcuse, zwar nicht; und sie sahen das sich im Kulturverständnis widerspiegelnde Herrschaftsgefälle innerhalb der Gesellschaft auch nicht primär als ökonomisch bedingt an. Für affirmativ hielten sie traditionelle „Krawattenkultur“ und „Baedekerbewußtsein“ aber schon. Diese würden nur „die Floskeln und Klischees eines abendländischen Kulturbewußtseins“ hurtig zusammenquirlen[59] und einen großen Teil der Gesellschaft „an der Kultur keinerlei oder nur oberflächlichen oder nur […] akklamatorischen Anteil“ nehmen lassen[60]. Die tieferen Wurzeln des Übelstands lägen vor allem in gesellschaftlichen Hierarchien, die auf ungleichen Chancen zur politischen Partizipation beruhten; „die Entwicklung der Menschen zu mündigen, sich selbst bestimmenden Staatsbürgern“ sei in vielem ein „noch unerfülltes Versprechen“ geblieben[61]. Es endlich auf dem Wege von Reformen einzulösen, bedeutete für die neue Kulturpolitik – jenseits Marcusescher Kapitalismuskritik – die eigentliche Herausforderung der Zeit. Dem affirmativen, bildungs- und besitzbürgerlich dominierten Kulturleben sollte eine demokratische Alternative entgegengestellt

[55] Ebd., S. 37.
[56] So Krauss, Nachkriegskultur, S. 32; erst dann habe der Aufbruch zu einem neuen Verständnis von Kulturpolitik begonnen.
[57] Marcuse, Über den affirmativen Charakter.
[58] Ebd., S. 63, 98f.
[59] Glaser, Bemerkungen zum Begriff der Kulturrevolution, S. 3348.
[60] Ebd., S. 3353.
[61] Glaser/Stahl, Die Wiedergewinnung des Ästhetischen, S. 102f.

werden. „Gesellschaftsrelevant" wollten die Wortführer dieser neuen „Soziokultur" endlich agieren, statt weiterhin bloß die alten Tempel der „Hochkultur" zu verwalten.

Um „kulturelle Chancengleichheit" zu erreichen, sollten nicht nur „die Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe demokratisiert werden, sondern auch die Inhalte der Kultur selbst"[62]. Der Kulturbegriff erweiterte sich damit auf „ihm bisher fremde Bereiche"[63] wie etwa Alternativ- oder Stadtteilkultur. Dem lag eine optimistische Anthropologie zugrunde, nach der jeder Mensch Kultur habe und sämtliche kulturelle Ausdrucksformen aller sozialer Schichten der Gesellschaft – und eben nicht nur die schönen Künste – förderungswürdig seien. Kulturpolitik wurde damit zu einer Art Entwicklungspolitik am Menschen, zum „kreative[n] Grund, der die Erneuerung individueller und kollektiver Existenz ermöglicht."[64] Dieses neue Verständnis von „Soziokultur" war keineswegs ein spezifisch nationalen Konstellationen geschuldeter deutscher Sonderweg. Es stand vielmehr im Zusammenhang mit einem internationalen Diskurs über neue Wege in der Bildungs- und Kulturpolitik („animation socio-culturelle"), wie er vor allem auch im Rat für kulturelle Zusammenarbeit des Europarats geführt wurde[65]. Das utopische Moment der Soziokultur erhellt nicht zuletzt aus der theoretischen Annahme ihres bloß vorübergehenden Charakters: Nach Überwindung der schichtenspezifisch auferlegten Kulturferne mittels „kultureller Demokratie"[66] würde in einer basisdemokratischen Gesellschaft der Zukunft „der explizite Ausweis der gesellschaftsbezogenen Funktion der Kultur nicht mehr notwendig sein, da sich diese in ihr von selbst verstünde"[67].

Diese Gedanken, die der Nürnberger SPD-Kulturdezernent Hermann Glaser 1978 als „Beitrag zu einer sozialdemokratischen Kulturtheorie" veröffentlichte, waren schon „lange vor der 68er Bewegung", nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem affirmativen Kulturbegriff, sondern vor allem auch mit der Wirklichkeit der unwirtlichen Städte entstanden[68]. Mitscherlichs Kritik am kulturellen Gesichtsverlust der Städte in der Hektik des Wiederaufbaus war 1965, im selben Jahr wie die Neuauflage von Marcuses Kulturtheorie, erschienen. Allerdings schienen diese Gedanken noch weit davon entfernt, sich flächendeckend durchzusetzen. Die ideologisch-theoretische Aufladung der praktischen Kulturpolitik war vielmehr gering geblieben.

Und so gab es bis Ende der 1960er Jahre noch in den meisten Rathäusern „eine unausgesprochene, aber real wirksame Koalition von kulturell Interessierten quer durch alle Parteien". Politische Auseinandersetzungen auf diesem Feld blieben ziemlich selten[69]. Noch gehörte es auch zum Consensus omnium, das traditionell stark „personenzentrierte Denken und Handeln in Theater und Musik, Kunst und

[62] Knöpfle, Im Zeichen der Soziokultur, S. 69.
[63] Ebd., S. 67.
[64] Glaser/Stahl, Die Wiedergewinnung des Ästhetischen, S. 20f.
[65] Sievers, „Neue Kulturpolitik", S. 39; vgl. auch Kirchgässner, Texte zur soziokulturellen Animation.
[66] Glaser, Beitrag zu einer sozialdemokratischen Kulturtheorie, S. 36.
[67] Knöpfle, Im Zeichen der Soziokultur, S. 62.
[68] Vgl. das Interview mit Glaser, in: Die Zeit, 4. Mai 1990.
[69] Horn, Kulturpolitik, S. 151f.

Volksbildung“[70] nicht weiter kritisch zu hinterfragen, das sich strukturell auch daraus ergab, daß Generalintendanten und Generalmusikdirektoren viel stärker im Lichte des öffentlichen Interesses standen als etwa leitende städtische Verwaltungsbeamte. Nimmt man die starke Stellung der Kulturdezernenten vor allem auch bei den strategisch wichtigen Personalentscheidungen hinzu, die mit einer recht schwachen Position des Kulturausschusses oder gar des „Stadtparlaments“ korrelierte, so erweist sich die städtische Kulturpolitik vor 1968 tatsächlich „als stark an Autoritäten gebunden“[71]. Selbst ein so progressiver Theatermacher wie Buckwitz war als Intendant „ein Herr, ein aufgeklärter Aristokrat, eben der ‚General‘, wie ihn seine Mitarbeiter respektvoll nannten, Repräsentant der Intendanten-Väterherrschaft, wie sie in den fünfziger Jahren ungebrochen funktioniert – und damit eigentlich auch Abbild des Kanzlermodells Adenauer“[72].

Krisenjahre kommunaler Kulturpolitik vor 1968 und die Notlage von Theatern und Museen

Hatte es in der Ära Adenauer ein zwar nicht lineares, aber doch anhaltendes Wirtschaftswachstum gegeben, so stockte der überhitzten bundesdeutschen Konjunktur Mitte der 1960er Jahre ein wenig der Atem. Bald nach Bildung der zweiten Regierung Erhard im Herbst 1965 tauchte plötzlich das Schreckgespenst einer ökonomischen Rezession auf. Die einerseits bereits an das Wirtschaftswunder gewöhnten, andererseits aufgrund von Inflationen und Währungsreformen 1923 und 1948 nach wie vor traumatisierten Deutschen ließen sich schon durch die leiseste Gefahr einer Krise tief verunsichern. Die Städte wurden von dieser Entwicklung besonders schwer getroffen. Ihre Malaise hatte noch einen ganz anderen Charakter als die nationale Krise, die bei einer Arbeitslosenquote zwischen 0,7% (1965) und 2,1% (1967) – und eineinhalb Millionen Gastarbeitern – mehr gefühlt als real war[73]. Denn während sich die Länder und insbesondere der Bund in den 1950er Jahren kaum verschulden mußten, hatten viele Städte um 1965 herum die Verschuldungsgrenze erreicht. Der immense Kapitalbedarf während des Wiederaufbaus war durch eigene Einnahmen um so weniger zu decken gewesen, als von den drei klassischen Säulen der Gemeindeeinnahmen – Gewerbesteuer, Grundsteuer, Anteile an der Einkommenssteuer bzw. später Zuweisungen der Länder – praktisch nur die Gewerbesteuer geblieben war, die etwa für Frankfurt zusammen mit der sog. Lohnsummensteuer 80 Prozent der Einnahmen ausmachte[74]. Infolge dieser Entwicklung stand die hessische Metropole im Jahr 1964 mit 1,5 Milliarden DM in der Kreide.

Im Oktober 1966 richtete der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages angesichts der jetzt auch noch abschmelzenden Gewerbesteuer einen dringenden Hilferuf an Bund und Länder: „Die Finanzen der deutschen Städte und Gemeinden

[70] Ebd., S. 144.
[71] Ebd., S. 147.
[72] Mertz, Das gerettete Theater, S. 79f.
[73] Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 431; Ellwein, Krisen und Reformen, S. 43.
[74] Balser, Aus Trümmern, S. 235.

befinden sich gegenwärtig in der ernstesten Krise seit Kriegsende“[75]. Wegen der daraus resultierenden „Gefahr besonders harter Einsparungen im Kulturbereich“[76] erinnerte der DST-Kulturausschuß seine Mitgliedsstädte gleichzeitig daran, daß die Ausgaben für Kulturpflege im engeren Sinne[77] (also ohne Schule, Hochschule und Wissenschaft) 1964 ohnehin nur einen Anteil von ca. 1% an den öffentlichen Haushalten ausmachten[78]. „Kulturelle Leistung“, so hatte es der Deutsche Städtetag erst im Vorjahr in Nürnberg betont, „verlangt Kontinuität. Kulturelle Tätigkeit kann nicht vorübergehend eingestellt und nach Belieben wieder in Gang gesetzt werden“[79]. Die jetzt immer vehementer vorgetragenen Forderungen des DST nach einem neuen Finanzausgleich führten aber erst am Ende der Großen Koalition im Mai 1969 zum Ergebnis einer Gemeindefinanzreform, die den Kommunen vor allem einen Anteil an der Einkommenssteuer sicherte. Vorerst – d. h. vor dem bereits 1968 sichtbar werdenden Wirtschaftsaufschwung – regierte über mehrere Jahre der Rotstift.

„Äußerste Sparsamkeit“ kündigte auch der neue Frankfurter Oberbürgermeister Willi Brundert (SPD), bis dahin Leiter der Hessischen Staatskanzlei, in seiner Antrittsrede Ende August 1964 an[80]. Dies bedeutete konkret nicht nur die unpopuläre Absage der Bundesgartenschau oder sogar eine zeitweilige Unterbrechung des U-Bahn-Baus, sondern vor allem die Überleitung der äußerst kostspieligen Hochschule an das Land Hessen (1967), das für den Haushalt der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität künftig allein aufkam. Doch auch der kulturelle Bereich im engeren Sinne wurde von den Sparmaßnahmen nicht verschont. 50 Millionen Mark für den Wiederaufbau der Ruine des alten Opernhauses und dessen Nutzung als Konzertsaal auszugeben, so Brundert, sei angesichts der finanziellen Lage „nicht zu rechtfertigen“[81]. Die meisten – ohnehin oft noch provisorischen – Museen, die in Zeiten vollerer Kassen aus Angst vor städtischer Reglementierung davon abgesehen hatten, Leistungsverträge mit der Stadt abzuschließen, wurden zudem mit einer zwanzigprozentigen Kürzung ihrer Etats konfrontiert[82]. Um 75% gestrichen wurden die Mittel für die Künstlerförderung[83]. Auch das bestehende Theater, „von den kulturellen Einrichtungen immer der empfindlichste

[75] Klaus H. Revermann, Die finanzielle Kulturmisere der Städte, in: Die demokratische Gemeinde, 1968, S. 615.
[76] LA Berlin: B Rep. 142/9. 3/00-00/47. Niederschrift über die 47. Sitzung des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages am 20./21. Oktober 1966 in München.
[77] D. h. für Theater und Orchester, die Pflege der Musik, der bildenden Kunst, der Literatur sowie die vielseitige Volksbildung, die Denkmals- und die Heimatpflege.
[78] In dieser Größenordnung hatte er im übrigen mit nur kleineren Schwankungen seit Beginn des 20. Jahrhunderts gelegen: 1913: 1,2%, 1925: 1,5%, 1949: 0,9%. Wirtschaft und Statistik, 1964, Heft 11, S. 682; Kurt Buhrow, Kosten der Kulturpflege, in: Der Städtetag, 1965, Heft 2, S. 73.
[79] Einsparungen im Kulturetat. Eine Stellungnahme des Deutschen Städtetages (Rubrik. Theater im Gespräch), in: Die deutsche Bühne, 1/1967, S. 3.
[80] Balser, Aus Trümmern, S. 263.
[81] Ebd., S. 262; vgl. auch ebd., S. 271. Dennoch bekannte sich Brundert grundsätzlich zum Wiederaufbau der Alten Oper, wie ihn seit Oktober 1964 die private „Aktionsgemeinschaft Opernhaus“ betrieb. Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, S. 322.
[82] Allein das Städel, das einen derartigen Vertrag abgeschlossen hatte, blieb von dieser Maßnahme verschont. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. März 1967.
[83] Frankfurter Neue Presse, 31. März 1967.

Seismograph“[84] finanzieller Erschütterungen, geriet in den Fokus der Sparpläne. Das Festschreiben der Kosten für die Städtischen Bühnen auf 14,7 Millionen DM, „eine nicht einmal sehr hohe Kürzung“[85], trug erheblich dazu bei, daß der Generalintendant Anfang 1967 seinen im August 1968 endenden Vertrag nicht mehr verlängerte.

Zur Vorgeschichte gehörten aber auch die wiederkehrenden Konflikte des Intendanten mit christlich-konservativ orientierten Bürgern der Stadt. Schon im Frühjahr 1964, kurz nachdem Hochhuts „Stellvertreter“ in Frankfurt unter Polizeischutz aufgeführt worden war, hatten sich Bedenken gegen Brecht-Inszenierungen Buckwitz' auf einer Veranstaltung des Kulturpolitischen Ausschusses der CDU verstärkt vernehmbar gemacht[86]. Als im Dezember 1966 bei der Beratung des Sparhaushalts im Frankfurter Stadtparlament abermals heftige Attacken gegen Buckwitz geritten wurden, ging allerdings ausgerechnet die *Welt*, nicht gerade als Leitmedium der Neuen Linken bekannt, zum Gegenangriff über: „In Frankfurt kommt vieles zusammen, was die Theateraffäre zu einem unentwirrbaren Syndrom macht. Die konservative Bürgerschaft war gegen den Theaterneubau, weil sie ihren alten Kaiser Wilhelm, nämlich den Wiederaufbau der Opernruine, haben wollte[87]. […] Später ging es um den Nachweis, in dem raffiniert ausgestatteten Haus werde alles andere als raffiniertes Theater gespielt. Anderen war der Spielplan zu raffiniert im Sinne hinterlistiger Freigeisterei.“ Weder der Oberbürgermeister noch Buckwitz, „die sich bisher von bourgeoisen Beckmessern nicht einschüchtern ließen“, so lautete der Appell, sollten sich von den neuerlichen Anwürfen beeindrucken lassen[88].

Auch wenn dem so war, standen Rathauschef und Intendant in Zeiten des Rotstifts insofern in einem konfliktträchtigen Verhältnis, als Buckwitz zugleich den Vorsitz der Intendantengruppe des Deutschen Bühnenvereins innehatte, dem

[84] Dieter Sauberzweig, Die städtische Kulturarbeit im Wandel der Gesellschaft, in: Der Städtetag, 4/1969, S. 167

[85] Balser, Aus Trümmern, S. 273. Es ging letztlich nur um eine Kürzung der ursprünglich geplanten Zuschußerhöhung um 400 000 Mark. Theater heute, 3/1967, S. 34.

[86] Buckwitz hatte dort zunächst in einem ausführlichen Vortrag seine Theaterpolitik verteidigt und Brecht einen „verhinderten Christen“ geheißen, der ihm immer noch lieber sei „als ein bigotter Christ“ (Frankfurter Neue Presse, 29. April 1964). Der katholische Pfarrer Alfons Kirchgäßner warf dem Generalintendanten daraufhin vor, Brechts Polemik gegen den Klerus stets besonders herauszukehren (Frankfurter Rundschau, 29. April 1964). Auch eine Stadträtin mokierte sich darüber, daß Buckwitz sogar in den Rosenkavalier „einen betrunkenen Mönch eingebaut“ habe, der im Text „gar nicht … vorgesehen“ sei. Offensichtlich, so pflichtete ihr ein Kollege bei, sehe Buckwitz seine Mission darin, „das Theater zum Herrschen und die Kirche zum Dienen“ zu bringen (Frankfurter Neue Presse, 29. April 1964). Nicht nur der evangelische Pfarrer für Öffentlichkeitsarbeit, der im Zusammenhang mit dem „Stellvertreter“ von einem „weitgehenden Versagen der deutschen Christen in der Nazizeit“ sprach (Frankfurter Rundschau, 29. April 1964), stellte sich indes hinter Buckwitz, sondern auch das lokale Feuilleton – das bürgerliche eingeschlossen. Die *Frankfurter Allgemeine* betonte, das Theater sei „kein Lehrinstitut irgendeiner kirchlichen oder parteilichen Richtung“. Wer erwarte, daß Maria Stuarts Abendmahl auf der Bühne von Frei- und Andersgläubigen „als zum Spiel gehöriges Teil“ aufgenommen werde, „sollte nicht mit jener Animosität auf ein paar zechende Mönche bei Brecht reagieren oder gar […] die Darstellung der Heilsarmee in der ‚Heiligen Johanna der Schlachthöfe‘ als Blasphemie deklarieren.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. April 1964 („Stinkbomben für den Balkon“, mit dem Kürzel „hy“ gez. Artikel).

[87] Die Alte Oper war im Oktober 1880 von Kaiser Wilhelm I. eingeweiht worden. Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, S. 63.

[88] Zit. nach: Die deutsche Bühne, 1/67, S. 4.

Brundert als Präsident vorstand[89]. So stellten die Debatten zwischen Buckwitz und Brundert, der auch noch Präsident des Deutschen Städtetages war, „mehr als ein lokales Ereignis“[90] dar; sie gewannen exemplarischen Charakter über Frankfurt hinaus. Viele „Theatermenschen“ fanden es problematisch, daß an der Spitze ihres Verbandes ausgerechnet ein Mann stand, der einerseits als Oberbürgermeister die öffentliche Hand repräsentierte, „zugleich aber als Präsident des Bühnenvereins dessen Interessen gegen die öffentliche Hand vertreten“ mußte[91]. Denn so mancher Kämmerer schien sich angesichts einer schwierigen Haushaltslage zu sagen: „Wenn der Präsident des Bühnenvereins in der Funktion als Oberbürgermeister in seiner Stadt der Stagnation der Theaterzuschüsse zustimmt, dann können wir es uns leisten, die Finanzunterstützung unserer Bühnen zu reduzieren“[92]. Manch einer formulierte es noch drastischer: „Was verschlägt's, wenn Kyritz an der Knatter kein eigenes Ballet mehr hat.“[93]

Tatsächlich hatten einige Städte, die bis in die 1950er Jahre nur ein Schauspielensemble besaßen, ihre Bühnensparten in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs vermehrt, und auch andere ließen sich – im Wunsch nach einer schöneren „Visitenkarte“ als konkurrierende Kommunen – kulturelle Anzüge schneidern, die „in keinem Verhältnis zum Bedarf“[94] standen und kaum eine Platzauslastung von 50% erreichten. Dieses Problem wurde nicht zuletzt dadurch verschärft, daß seit 1957 die meisten Bühnen teils drastisch rückläufige Besucherzahlen registrierten[95]. Buckwitz verwahrte sich aber dagegen, den „parlamentarischen Sparsamkeitswillen am Theater“ abzureagieren und Thalia „gleichsam als Opfertier“ zu mißbrauchen: „Der Bühnenhaushalt läßt sich nicht nach kameralistischen Patentrezepten auf Sparflamme setzen.“[96] Nach der kommunalpolitischen Logik Brunderts war es, „wenn auf allen Bereichen der Investitionspolitik Einsparungen notwendig“ wurden, dagegen „gut, das richtige Verhältnis herzustellen zwischen dem, was man geben kann, und dem, was man beim Theater durchführen sollte.“[97]

Die Attacken des Bundes der Steuerzahler gegen das „subventionierte Theater“[98] ließen Brundert offensichtlich weniger kalt als Buckwitz. Evident war auch, daß die Krise des deutschen Theaters, anders vor allem als jene in der Auflösungsphase der Weimarer Republik, „ihre Grundlagen nicht allein in der Finanznot“ hatte, sondern darin, daß zwischenzeitlich die „Massenmedien […] den Monopol-

[89] Das Amt hatte der nicht an einem Mangel an Nebentätigkeiten leidende Brundert übernommen, um nach außen hin zu demonstrieren, daß Frankfurt auch eine Stadt des Theaters sei. Felsch, Aus der Chef-Etage, S. 92; Die deutsche Bühne, 1/1967, S. 3; Balser, Aus Trümmern, S. 274.
[90] Theater heute, 3/1967, S. 34.
[91] Die deutsche Bühne, 3/1967, S. 43.
[92] Ebd., S. 43.
[93] Klaus H. Revermann, Die finanzielle Kulturmisere der Städte, in: Die demokratische Gemeinde, 1968, S. 617.
[94] Die deutsche Bühne, 3/1967, S. 44.
[95] Auf diese Ergebnisse einer Erhebung des Deutschen Bühnenvereins machte Brundert in einem Gespräch mit Alfred Konitzer aufmerksam. Die deutsche Bühne, 3/1967, S. 43.
[96] Die deutsche Bühne, 1/1967, S. 3. Kameralistik bedeutete Nichtvertauschbarkeit, Deckungsunfähigkeit der einzelnen Etatpositionen. Das Prinzip verführte, wie Ulrich Brecht in der Deutschen Bühne, 1/1967, S. 29, ausführte „viele Verwaltungsleiter zum Sparen um des Sparens willen, viele Theaterleiter zum Ausgeben um des Ausgebens willen“.
[97] Die deutsche Bühne, 3/1967, S. 43.
[98] Rhein-Neckar-Zeitung, 7. Juli 1967.

anspruch des Theaters gebrochen“ hatten[99]. Seit auch das Zweite Deutsche Fernsehen 1963 auf Sendung gegangen war, wuchsen bei Kommunalpolitikern und Theatermachern die Sorgenfalten, weil „die von den Fernsehanstalten hergestellten Fernsehspiele für die gemeindlichen Theater eine große Gefahr bedeuteten“. Hierdurch werde, so hieß es, „in eine ureigene gemeindliche Domäne eingebrochen“[100].

Das Fernsehen, darüber war schon im Herbst 1963 im Kulturausschuß des Städtetages debattiert worden, solle nicht selbst produzieren, sondern „Musteraufführungen“ des Theaters übernehmen, sonst würden die guten Schauspieler wegen der höheren Gagen zum Fernsehen abwandern und „dem deutschen Theater verloren gehen“[101]. Den Vorwurf zu hoher Gagen ließ ZDF-Intendant Holzamer bei einem Krisengespräch mit dem Städtetag zum Thema „Theater und Fernsehen“ zwar nicht gelten[102]; aber es war unübersehbar, daß das Fernsehen mit vielen großen und bekannten Künstlern arbeiten konnte, die sich eine normale Stadtteaterbühne bei den üblich gewordenen Gagenforderungen nicht mehr zu leisten vermochte. Zudem hatte das Fernsehen unbestritten eine nicht geringe Zahl von Besuchern aus „Bequemlichkeitsgründen“ dem Theater entfremdet[103]. Dafür sprach auch die Tatsache, daß die der Unterhaltung dienende Operette von allen Sparten den stärksten Besucherrückgang zu verzeichnen hatte[104].

Die Konkurrenz mit dem Fernsehen konnte das Theater nur verlieren. Wie das ZDF in einer Broschüre selbstbewußt vorrechnete, hatten Goethes „Clavigo“ im Rahmen der seit 1963 ausgestrahlten TV-Reihe „und heute ins Theater …“ bei einer relativ geringen Einschaltquote von 9% über eine Million Menschen gesehen – eine Anzahl, für die „sämtliche Theater der Bundesrepublik mit tausend Sitzen vier Abende hintereinander das Stück spielen müßten“[105]. Angesichts der ungleichen Kräfteverhältnisse ergriff der Deutsche Städtetag 1966 die Initiative zur Gründung eines Gesprächskreises Theater, an dem sich die Ständige Konferenz der Kultusminister, der Verband der Deutschen Volksbühnen und der Bund der Theatergemeinden (als die beiden größten Theaterbesucherorganisationen), der Deutsche Bühnenverein (als Arbeitgeberorganisation) und die Gewerkschaften beteiligten.

Das Ergebnis der „konzertierten Reflexion“ im Gesprächskreis Theater stieß aber nicht auf ungeteilte Zustimmung, zu wenig nachdrücklich klangen Ende 1967 dessen „Empfehlungen“[106], zu faul wirkte eine Kompromißformulierung, wonach

[99] LA Berlin: B Rep. 142/9, Nr. 3/00-10: Ergebnisprotokoll über die Zusammenkunft des Gesprächskreises Theater am 3. Juli 1967 in Köln, S. 3.

[100] So hatte es der Münchner Kulturreferent Hohenemser auf der 41. Sitzung des DST-Kulturausschusses am 17./18. Oktober 1963 in Rothenburg o. d. Tauber formuliert (Protokoll, S. 12, in: LA Berlin: B Rep. 142/9 3/00 –00/41).

[101] Ebd.

[102] 42. Sitzung des DST-Kulturausschusses am 23./24. April 1963 in Duisburg, Protokoll, Top 3, S. 5ff. LA Berlin: B Rep. 142/9 3/00 –00/42.

[103] So Wilhem Stettner im Kommentar zu einer DST-Präsidiumssitzung am 11. Juni 1966 im Trierischen Volksfreund.

[104] 43. Sitzung des DST-Kulturausschusses am 22./23. Oktober 1964 in Pforzheim, Protokoll, Top 9, S. 29ff. LA Berlin: B Rep. 142/9 3/00 – 00/43.

[105] Theater und Musik. Rückblick und Vorschau. Hg. vom Zweiten Deutschen Fernsehen, Mainz 1965, S. 7.

[106] Zu den vom Gesprächskreis Theater verabschiedeten Empfehlungen gehörte zunächst der Appell an Rundfunk und Fernsehen, „sich verpflichtet [zu] fühlen, das Theater zu fördern“,

die „Ausschließlichkeit des konventionellen Theaters ebenso vermieden werden" solle wie die „Einseitigkeit eines avantgardistischen Prestigetheaters"[107]. Das subventionierte Regietheater mit vorwiegend festem Ensemble, um das uns „das Ausland […] beneidet"[108], wurde ebensowenig grundsätzlich in Zweifel gezogen wie die Machtfülle der Generalintendanten. Als Wetterleuchten auf die Dinge, die da kommen sollten, wirkte lediglich das Bekenntnis, „daß auch das Theater dem Wandel" unterliege: „Es kann nicht in überlieferten Formen verharren, wenn geistige, soziologische und ökonomische Entwicklungen ihm strukturelle Veränderungen abverlangen."[109] Revolutionäre Vorschläge aber, so resümierte DST-Dezernent Sauberzweig zu Recht, enthielten die Empfehlungen nicht[110].

Auch zur Behebung der seit längerem erkannten Museumskrise standen bis 1967/68 nicht gerade revolutionäre Maßnahmen zur Debatte. Da der kulturelle Wiederaufbau der Nachkriegszeit an den bundesdeutschen Museen allzuoft spurlos vorübergegangen war, waren die Häuser schon Anfang der 1960er Jahre zunehmend auch international in die Kritik geraten[111] – und zwar unabhängig davon, ob es sich bei ihnen um naturwissenschaftliche, um Kunst- oder um Geschichtsmuseen handelte. Infolge einer Empfehlung der Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation der Vereinten Nationen organisierte die deutsche UNESCO-Kommission in Verbindung mit dem Deutschen Nationalkomitee des Internationalen Museumsrates im September 1963 ein Seminar im Essener Folkwang-Museum, auf dem es um die „Öffentlichkeitsarbeit der Museen" ging. Die soziale und pädagogische Funktion des Museums, so befand die abschließende Resolution, werde in Deutschland kaum ausreichend wahrgenommen; es gelte aber, neue Kreise der Bevölkerung als Besucher für das Museum zu gewinnen.

Als Negativbeispiel erzählte der Frankfurter Kulturdezernent in diesem Zusammenhang vom Besuch eines führenden Museumsdirektors in einem fremden

es finanziell zu stützen und ihm in den Programmen „mehr Raum" zu geben als bisher (Kommunale Korrespondenz, Nr. 172, vom 21. November 1967, S. 10). Daneben schnürte der Kreis ein ganzes Maßnahmenpaket, weil „unsere Städte veröden" würden, „wenn es das Theater als Ausdruck lebendiger Kunst und geistiger Auseinandersetzung" nicht mehr gäbe. Die Vorschläge reichten von einer Verringerung der Zahl der Neuinszenierungen zwecks Qualitätssteigerung über Absprachen von Theaterverbünden, damit Künstler künftig vermehrt „ihre Leistungen mehreren Bühnen zur Verfügung" stellen könnten, oder eine Erhöhung der Eintrittspreise, die hinter der allgemeinen Lohn- und Preisentwicklung zurückgeblieben waren, bis zu verstärkter Besucherwerbung vor allem bei der Jugend und schließlich der Forderung an die Länder, neben der Unterhaltung ihrer Staatstheater „auch die nichtstaatlichen Theater angemessen [zu] unterstützen" (ebd., S. 9 u. 10).

107 Theater heute, 1/1968, S. 34.

108 So hatte es schon 1964 in einem DST-Diskussionspapier zum Thema „Theater und Fernsehen sind auf Zusammenarbeit angewiesen" geheißen. Vgl. den „Entwurf" der Abt. 3/20-34 des DST. LA Berlin: B Rep. 142/9 Nr. 3/20-34, Bd. 1.

109 Kommunale Korrespondenz, Nr. 172, vom 21. November 1967, S. 7.

110 Letztlich scheiterte der angestrebte Dialog mit den Fernsehverantwortlichen über eine konstruktive Zusammenarbeit an deren mangelndem Interesse. Nach einem vielversprechenden Auftakt der Gespräche, so beklagte sich DST-Dezernent Dieter Sauberzweig Jahre später, hätten die TV-Manager „auf unsere Briefe und Anfragen nicht mehr reagiert". Und selbst der Berichterstattung über das Theater räume das Fernsehen „relativ wenig Platz" ein. Sauberzweig an Oberbürgermeister August Seeling, 3. 1. 1969. LA Berlin: B Rep. 142/9 3-20-43, Bd. 3.

111 Vgl. schon den auf eine UNESCO-Empfehlung zurückgehenden Beschluß des DST-Präsidiums über eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der Museen vom 27. Juni 1962 sowie einen ähnlichen Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 14./15. Februar 1963. LA Berlin: B Rep. 142/9: Mitteilungen des DST vom 15. November 1963.

Haus, der fast in einem Platzverweis durch den Aufseher geendet hätte, weil der kleine Sohn des Besuchers sich nicht so ruhig verhielt, „wie es in einem deutschen Museum üblich ist“[112]. Aber nicht nur wegen ihres nachgerade heiligen Charakters als Orte kultureller Andacht verzeichneten die Häuser in der Bundesrepublik deutlich weniger Besucherzahlen als in den als beispielhaft geltenden USA. Dort, so hieß es, sei praktische Museumsarbeit auch „Ausdruck eines natürlich wirksamen demokratischen Klimas, nachdem wir erst noch mühsam […] streben“ müßten – bis hin zu den weniger obrigkeitsstaatlich steif wirkenden Verhaltensnormen für die Besucher[113]. Darüber hinaus standen allerdings in der alten Demokratie der USA deutlich mehr Mittel z. B. für pädagogische Mitarbeiterstäbe und eigene Kinderabteilungen zur Verfügung[114].

Da man der Museumsarbeit wegen ihrer jetzt allgemein erkannten bildungs- und gesellschaftspolitischen Bedeutung weltweit höhere Aufmerksamkeit schenkte, wurde die Misere der deutschen Häuser in den 1960er Jahren um so spürbarer. Eine wachsende Zahl von Kritikern zweifelte, ob der Deutsche Museumsbund – die traditionelle Interessenvertretung dieser Kulturinstitutionen – noch auf der Höhe der Zeit sei. In einem Memorandum zur Notlage der deutschen Museen hatte der Museumsbund noch 1967 ausdrücklich „Ehrfurcht“ gegenüber einer Substanz gefordert, „durch die sich ein Volk wesentlich als Kulturnation ausweist“ und Kritik an einer „dem raschen, ungehemmten Konsum verpflichteten Gesellschaft“ geübt[115]. Konnte dieser ungebrochen affirmative Kulturbegriff den Stürmen der 68er-Zeit standhalten? Das war gerade auch in Frankfurt die Frage, das in dem Anhang zum Memorandum des Museumsbundes unter den „Beispiele[n] zur Notlage der deutschen Museen“ gleich mit vier Einrichtungen, darunter das Historische Museum der Stadt, vertreten war. Und auch im Bereich des lange vor 1968 in die Krise geratenen Theaters und etlicher anderer Felder kommunaler Kulturpolitik blieb abzuwarten, ob die mehr und mehr angemahnten evolutionären „Strukturveränderungen“[116] noch ausreichten, um den Forderungen der hochgehenden 68er-Bewegung nach einer „Demokratisierung“ der Kultur gerecht zu werden. Dies galt um so mehr, als Frankfurt in den tollen Jahren 1967/68 zur Hochburg der politischen Revolte wurde.

Die 68er-Bewegung in ihrer Frankfurter Hochburg: Von Adorno bis zum Westend

Wenn die Mainmetropole eines der beiden Zentren der 68er-Bewegung in der Bundesrepublik darstellte, so war das vor allem auch Theodor W. Adorno geschuldet. Das von ihm und Max Horkheimer maßgeblich geprägte Institut für

112 Süddeutsche Zeitung, 10. September 1963.
113 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. September 1963.
114 LA Berlin: B Rep. 142/9: Mitteilungen des DST vom 15. November 1963. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung u. Süddeutsche Zeitung, 10. September 1963.
115 Museumskunde, Bd. 36, 1967 (8. Bd. der Dritten Folge), S. 59f.
116 Sauberzweig an Robert Beer, 16. November 1967, betr. Empfehlungen des Gesprächskreises Theater. LA Berlin: B Rep. 142/9 3-20-43, Bd. 2.

Sozialforschung in der Senckenberganlage hatte schon seit den 1950er Jahren das kulturelle Klima Frankfurts und Westdeutschlands „kritisch hinterfragt". Die von der später sogenannten „Frankfurter Schule" schon vor 1933 entwickelte Sozialphilosophie der „Kritischen Theorie", die ausgehend von einer Neuinterpretation des Werkes von Karl Marx autoritäre Strukturen der (kapitalistischen) Gesellschaft problematisierte, hatte nach 1945 einen neuen Aufschwung genommen, weil sich viele Studenten von den Theorien der wieder in Frankfurt lehrenden Horkheimer und Adorno Erklärungen für das Geschehen während der NS-Zeit erhofften[117]. So war in Frankfurt der Anteil der nicht nur aus dem Rhein-Main-Gebiet kommenden, politisch besonders interessierten und links orientierten Studenten der Soziologie, Philosophie oder Politologie besonders hoch. Aber auch in anderen Fakultäten, wie der Erziehungswissenschaft oder der Germanistik, gab es ausgeprägt „linke Tendenzen in der Professoren- und Studentenschaft"[118].

Anders als in Berlin trat die Frankfurter Studentenbewegung bis 1967 nicht als eigenständige Strömung hervor. Sie war vielmehr Teil einer breiteren außerparlamentarischen Opposition (APO), die sich vor allem aus zwei großen Quellen speiste: Der aus dem Kampf gegen atomare Aufrüstung Anfang der 1960er Jahre hervorgehenden Ostermarschbewegung und der ebenfalls in dieser Zeit beginnenden Opposition gegen die Pläne für eine Notstandsgesetzgebung des Bundes[119]. „Außerhalb der Universitäten", so hat es der aus gutbürgerlichen Verhältnissen stammende, im Linksruck der Jusos 1969 zum Bundesvorsitzenden gewählte Karsten Voigt[120] in einem Rückblick auf die Mitte der 1960er Jahre in Frankfurt ausgedrückt, „beteiligten wir als die kleine Minderheit der politisch aktiven Studenten uns am Ostermarsch, an den beginnenden Vietnam-Demonstrationen und an den von den Gewerkschaften […] koordinierten Veranstaltungen gegen die Notstandsgesetze."[121]

Eine besondere Rolle für den Zusammenhalt von Rüstungsgegnern, Notstandskritikern und Jugend- bzw. Studentenverbänden kam freilich nicht den zunächst noch recht brav auf SPD-Parteikurs liegenden Jusos zu, sondern der ehemaligen SPD-Hochschulorganisation des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Der SDS wollte den in Bad Godesberg 1959 beschlossenen Weg der SPD Richtung politische Mitte nicht mitgehen. Mit dem Papier „Hochschule in der Demokratie" hatte er 1961 gerade ein radikales Reformkonzept für die alte Ordinarienuniversität vorgelegt, als im November des Jahres der SPD-Parteivorstand die Unverein-

[117] Vgl. Wiggershaus, Die Frankfurter Schule; Behrens, Kritische Theorie. Zu Adorno vorzüglich die politische Biographie von Jäger, Adorno. Vgl. auch Müller-Doohm, Adorno; Claussen, Theodor W. Adorno; Schweppenhäuser, Theodor W. Adorno zur Einführung; Schütte, Adorno in Frankfurt.

[118] Demm, Die Studentenbewegung, S. 245.

[119] Einen Überblick bietet Otto, Vom Ostermarsch zur APO; vom selben Autor auch eine nützliche Dokumentensammlung: Otto, APO. Grundlegend vor allem auch zu den aus der APO hervorgehenden politischen Gruppen: Langguth, Protestbewegung.

[120] Voigt war 1941 als Sohn eines Kunstverlegers und einer Ärztin in Elmshorn/Holstein geboren worden. Seit Mitte der 1950er Jahre in der Evangelischen Jugend aktiv, trat Voigt 1962 der SPD bei. Nach Frankfurt war er als Student der Skandinavistik, Germanistik und Geschichte gekommen und blieb dort, nachdem er 1969 eine Arbeitsstelle als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Volkshochschule gefunden hatte. IfSG: S 2/6765.

[121] Frankfurter Rundschau, 19. März 1977.

barkeit der Mitgliedschaft in SPD und SDS beschloß und den SDS aus der Sozialdemokratie verstieß[122].

Auch in anderen Teilen der Gesellschaft, wo weniger radikal gedacht wurde, lokkerte sich der Boden für weitreichende Reformen an den Hochschulen angesichts der verbreiteten Wahrnehmung einer bundesdeutschen „Bildungskatastrophe" mehr und mehr auf. Doch erst Anfang Juni 1967 ergriff die Protestbewegung gegen den Status quo an den Hochschulen und die angesichts der Großen Koalition immer wahrscheinlichere Verabschiedung der Notstandsgesetze die studentischen Massen. Auslöser dieser Entwicklung war die Kugel eines Polizisten, die Benno Ohnesorg, einen keineswegs radikalen, der evangelischen Hochschulgemeinde angehörenden Studenten auf einer Westberliner Demonstration gegen den Staatsbesuch des persischen Schahs ums Leben brachte. Dass es sich bei dem Schützen um einen von der DDR bezahlten Stasi-Mitarbeiter handelte, wurde erst viele Jahrzehnte später bekannt[123]. Der autoritäre Staat „BRD", so dagegen die damals verbreitete, von Rudi Dutschke beförderte Wahrnehmung, habe seine schreckliche Fratze enthüllt. Was sollte erst werden, wenn dieser Staat auch noch über das Instrument der Notstandsgesetze gebot? Das Gefühl „der persönlichen Bedrohung und der unmittelbaren Gefährdung demokratischer Grundrechte überhaupt"[124] führte in Frankfurt wie in vielen anderen Städten zur bisher größten studentischen Demonstration. Auf einem vom AStA organisierten Teach-in mit 3000 Teilnehmern warnte u. a. Jürgen Habermas vor den Gefahren eines Polizeistaates[125]. Adorno forderte die Besucher seiner Vorlesung zu einer Gedenkminute auf. Und einem Schweigemarsch des AStA folgten am 8. Juni „etwa 5000, zeitweilig 10 000 Studenten"[126], was die Mobilisierungskraft der Bewegung in Frankfurt – angesichts einer Gesamtstudentenzahl von ca. 15 000[127] – deutlich dokumentierte.

Die mit der politischen Radikalisierung nach Ohnesorgs Tod einhergehende Machtübernahme der „Antiautoritären" im SDS, die nicht mehr auf die symbolische Kraft von Resolutionen und Demonstrationen setzten, sondern auf die offensive Durchbrechung demokratischer Spielregeln, um den angeblich wahren, repressiven Charakter des Staates mittels provokativer Aktionsformen zu entlarven[128], schlug sich auch in der Frankfurter Szene mehrfach nieder. Der Politologie-Professor Carlo Schmid, der als Bundesratsminister für die SPD auch über die Notstandsgesetze mit zu entscheiden hatte, wurde zu einer bevorzugten Zielscheibe des Protests[129]. Nachdem bereits anläßlich der Verleihung des Goethepreises der Stadt Frankfurt an Schmid im August 1967 Demonstranten vor der Paulskirche gefordert hatten „Carlo! Gib die 50 000 dem Vietcong"[130], organisier-

122 Vgl. auch Wiggershaus, Die Frankfurter Schule, S. 685, sowie Fichter/Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, S. 111–114; Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, S. 430–443.
123 Zu den Hintergründen Soukup, Wie starb Benno Ohnesorg?, v. a. S. 96 –144.
124 So empfand es Karsten Voigt. Frankfurter Rundschau, 19. März 1977.
125 Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 255.
126 Frankfurter Rundschau, 9. Juni 1967.
127 Demm, Die Studentenbewegung, S. 245.
128 Richter, Die Außerparlamentarische Opposition, S. 49f.
129 Vgl. auch Weber, Carlo Schmid, S. 715ff.
130 Balser, Aus Trümmern, S. 272f.

te der SDS im November ein spektakuläres Go-in in die Vorlesung Schmids, das in der Öffentlichkeit als bisher lautester Paukenschlag der Studentenbewegung wahrgenommen wurde[131]. Noch lauter wurden die Schläge im Laufe des Jahres 1968, als kaum eine Woche ohne studentische Aktionen verstrich und die Revolte wegen der Verhaftung Dutschkes am 29. Februar 1968 durch die – damals noch städtische – Frankfurter Polizei sich mehr und mehr auch zu einem brennenden Thema der Kommunalpolitik entwickelte.

Wenige Wochen vorher hatte ein Vietnam-Teach-in des SDS mit dem Chefideologen der Berliner „68er" zu der „bisher aggressivste[n] Demonstration"[132] geführt, die Frankfurt seit Kriegsende erlebt hatte. Nur mit Wasserwerfern und mit Hilfe berittener Polizei war es vier Hundertschaften gelungen, die Besetzung des amerikanischen Generalkonsulats in der Siesmayerstraße zu verhindern. Als daraufhin die Kampagne für Demokratie und Abrüstung am 29. Februar 1968 auf dem Römerberg eine Großkundgebung gegen den Vietnamkrieg durchführte, ließ der für städtische Einrichtungen zuständige Dezernent Hans Kiskalt (SPD) den abermals von Berlin nach Frankfurt gekommenen Dutschke am Flughafen festnehmen, weil er von einer Rede Dutschkes neue Krawalle befürchtete. Oberbürgermeister Brundert, der zwei Stunden später während einer Versammlung davon erfuhr, ordnete aber die Freilassung Dutschkes an, um den Studentenführer zu den zwischenzeitlich vom Römer über das Polizeipräsidium zum Hauptbahnhof gezogenen, über den Verbleib ihres Idols beunruhigten Demonstranten sprechen zu lassen[133]. Nach den darauf folgenden schweren öffentlichen Vorwürfen mußte Dezernent Kiskalt am 1. März seine Zuständigkeit für die Polizei abgeben, noch bevor ihm das von Dutschke angerufene Gericht im Juli bestätigte, daß die vorübergehende Festnahme „weder Willkür noch Ermessensmißbrauch" dargestellt hatte[134].

Kiskalts Rücktritt von seiner Polizeifunktion ist nur vor dem Hintergrund der Sympathien zu verstehen, die in breiten Teilen der Frankfurter SPD-Basis für die 68er-Bewegung vorhanden waren. Als es nach dem Berliner Attentat auf Dutschke (am 11. April 1968)[135] an den Ostertagen so wie bundesweit auch in Frankfurt zu Straßenschlachten kam, die manche an die letzten Tage der Weimarer Republik gemahnten[136], stellte sich der Frankfurter SPD-Unterbezirksvorstand öffentlich hinter die „politisch engagierten Studenten". Die Springer-Presse habe „systematisch […] Hetze" gegen diese betrieben; wenn sich „viele Studenten in ihrer Erregung" gegen den Springer-Konzern wendeten, so sei dies „verständlich"[137].

Wie schwer sich aber andererseits die politischen Verantwortungsträger auch in der SPD mit der Revolte taten, zeigt der Aufruf ihres Oberbürgermeisters vom Ostermontag, der nach einer ausgesprochen gewalttätigen Blockade der Societäts-

131 Demm, Die Studentenbewegung, S. 177. Vgl. auch Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 279ff.
132 So Polizeipräsident Littmann laut Frankfurter Rundschau, 6. Februar 1968.
133 Demm, Die Studentenbewegung, S. 181f.; IfSG: S2/6.576.
134 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juli 1968.
135 Karl, Rudi Dutschke, S. 208ff.
136 Zu den Osterunruhen siehe den APO-Bestand des IfSG: V 112/3 (April bis Juni 1968), Bl. 46–57.
137 Frankfurter Rundschau, 16. April 1968.

Druckerei in der Mainzer Landstraße[138] am Karfreitag zur Besonnenheit aufrief. Brundert äußerte in der Rundfunkansprache zwar seinerseits Verständnis für die „emotionell bestimmte" erste Reaktion auf das Dutschke-Attentat, verurteilte aber in aller Entschiedenheit die Aufrufe des SDS „zu permanenter Gewaltanwendung". Die Frankfurter Polizei sei „niemals interessiert an Gewaltanwendung", es sei denn, Demonstranten würden „ihr andere Gesetze aufzwingen"[139]. Bei einer Stellungnahme in der Stadtverordnetenversammlung, zu der alle Fraktionen Brundert nach den Osterunruhen aufgefordert hatten, bekräftigte der Oberbürgermeister seine Einschätzung, „daß die Polizei im ganzen an beiden Tagen richtig gehandelt" habe[140].

Brundert sah sich nicht nur aufgrund seiner Verantwortung für die städtische Polizei mit der 68er-Bewegung konfrontiert, sondern immer wieder auch in seiner kulturpolitischen Funktion als „oberster Theater-Hausherr"[141]. Die CDU-Fraktion protestierte Anfang 1968 massiv, weil Buckwitz kurz vor seinem Ausscheiden die Veranstaltungen der Städtischen Bühne für eine persönliche politische Kundgebung (im Sinne der APO) mißbraucht und dabei auch noch demokratische Rechte mißachtet habe; denn die Mehrheit der Künstler habe diese Auftritte abgelehnt. Über die klaren Anweisungen, die der Magistrat dem Generalintendanten als städtischem Mitarbeiter gegeben hatte, habe Buckwitz sich einfach hinweggesetzt[142]. Unberührt von der Kritik an seiner Person erlaubte Regisseur Buckwitz bei der Uraufführung des Vietnam-Diskurses am 20. März 1968 eine politische Diskussion im Schauspielhaus. Sie endete mit Fahnen des kommunistischen Nordvietnam auf der Bühne sowie dem Appell, „Geld für Waffen an den Vietkong" zu spenden[143]. Zudem äußerte Buckwitz nicht nur seinen Protest gegen die Notstandsgesetze bei einer Intellektuellenversammlung im Funkhaus, sondern ließ – mit Genehmigung des FDP-Kulturdezernenten – Schauspieler auf offener Bühne Resolutionen gegen diese Gesetzespläne vortragen[144]. Obendrein stellten die Mitarbeiter der Städtischen Bühnen bei der Großdemonstration des DGB gegen die Notstandsgesetze auf dem Römerberg den zweitgrößten Marschblock[145].

Die bekannten Sympathien der Künstler trugen ihren Teil dazu bei, daß auch das Schauspielhaus selbst immer wieder zur Bühne der 68er-Bewegung wurde. Schon nach dem Dutschke-Attentat am Gründonnerstagabend 1968 verschafften sich weit über 200 Demonstranten an den Logenschließern vorbei Zugang zum

138 Dort wurde eine Teilauflage der Bild-Zeitung gedruckt. Zu den Ereignissen des 12. April 1968 vgl. auch Dostal, 1968 – Demonstranten vor Gericht, S. 251ff.

139 IfSG: S 3/A9571. Aufruf des Oberbürgermeisters vom 15. April 1968, um 15.45 bzw. 16.15 Uhr im Hessischen Fernsehen und auf Radio hr 1.

140 IfSG: S3/A9571. Bericht des Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Mai 1968.

141 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. September 1969.

142 Frankfurter Rundschau, 31. Januar 1968.

143 Die Deutsche Bühne, Juli/August 1968, S. 139.

144 Aus den höchst unterschiedlichen Reaktionen der Besucher von Schauspiel, Ballett und Oper konnte man im übrigen fast „eine Soziologie der politischen Meinung ihres Publikums" herleiten. Im Schauspiel wurde die Erklärung gegen die Notstandsgesetze im Mai 1968 (im Rahmen einer Aufführung des „Vietnam-Diskurses") mit Beifall aufgenommen, während eines Ballettabends im Kammerspiel gab es nur lauen Applaus und unwilliges Murren, und in der Oper kam es gar zu tumultuarischer Empörung. Theater heute, Juli 1968, S. 1.

145 Theater heute, Juli 1968, S. 1; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. und 30. September 1969.

Theater, wobei ihre Sprecher die Besucher des Stückes „Biographie“ (von Max Frisch) aufforderten, sich mit den Protestierenden zu solidarisieren. Als das Publikum mit „Raus! Raus!“-Rufen reagierte, zogen die Studenten unter heftigen Beschimpfungen nach 20 Minuten wieder ab. Mit bemerkenswerter Courage erklärte sich indes die Hauptdarstellerin, Carmen-Renate Köper[146], beim Schlußapplaus von der Bühne herab mit den Demonstranten solidarisch[147]. Der Oberspielleiter der Städtischen Bühnen, Dieter Reible, zählte zudem zu den Initiatoren eines „Sozialistischen Straßentheaters“, das auf einem Lastkraftwagen durch die Straßen Frankfurts fuhr und mit Szenen Brechts und Tucholskys forderte: „Treibt Bonn den Notstand aus“[148] oder „Stürmt den Römer“[149].

Die Politisierung des Theaters erreichte am 30. Mai 1968 einen Höhepunkt. Wenige Tage vorher hatte ein AStA-Streikkomitee gewaltsam das Rektorat der Universität besetzt, die Alma mater in „Karl-Marx-Universität“ umbenannt und zur „Politischen Universität“ erklärt. Am Morgen des 30. Mai waren Rektorat und Universität jedoch durch zwei Hundertschaften Polizei geräumt worden, wogegen sich abends ein Protestzug durch die Innenstadt formierte[150]. Mehr als 500 Studenten drangen dabei erneut in das Schauspielhaus ein, um „die politische Universität als Forum des Widerstandes gegen die Notstandsgesetze mit den Mitteln des politischen Theaters fortzusetzen“[151]. Durch einen anonymen Anruf informiert, daß der Demonstrationszug „auch die städtischen Bühnen heimsuchen könnte“, war Verwaltungsdirektor Willi Hetzer zwar alarmiert, glaubte aber irrtümlich, „die Gefahr“ sei „von den Städtischen Bühnen abgewendet“, weil er „wegen ungünstiger Sicht“ von seinem Büro aus nicht sehen konnte, „daß sich zwischen Gallusanlage und Dresdner Bank eine Menschenmenge angesammelt“ hatte. „Brüllend und rennend“ gelang es dieser, sich durch den einzigen noch geöffneten Zugang zum Theater „eine Bresche“ zu schlagen und sich auf den Gängen, in den Sitzreihen und auf der Bühne zu verteilen[152].

Als sich der Lärmpegel nach fünfminütigem rhythmischen „Raus“-Klatschen seitens der aufgebrachten Besucher des Hochhuth-Stückes „Die Soldaten“ wieder gesenkt hatte, erläuterte ein Studentensprecher, wie wichtig das Schauspielhaus als Ort der Diskussion geworden sei, nachdem die Polizei die Universität besetzt habe. Dem verzweifelten Zuruf aus dem Zuschauerraum, man sei doch gekommen, um sich mit der unbewältigten deutschen Vergangenheit auseinanderzusetzen, folgte die Replik: „Es gehe jetzt aber vor allem darum, mit der unbewältigten

146 Die 1927 geborene Künstlerin hatte die Schauspielschule in Bochum besucht und war dann über mehrere Stationen an die Städtischen Bühnen Frankfurt gekommen.

147 Vgl. den Bericht des diensthabenden Vorderhausinspizienten Paul Kötter vom 27. Mai 1968. IfSG: SB 52, sowie: Die deutsche Bühne, Juli/August 1968, S. 139; Frankfurter Rundschau, 13. April 1968.

148 Reible ging es dabei auch darum, das Theater „aus der Höhe der sogenannten Kultur“ herunterzuholen. Die deutsche Bühne, Juli/August 1968, S. 139.

149 Obwohl die Aufmerksamkeit der Passanten zunächst beträchtlich war, blieb das Echo auf das Straßentheater insgesamt gering. Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 317.

150 Demm, Die Studentenbewegung, S. 206f., 210ff.

151 Dies bekannte SDS-Führer Krahl später vor Gericht. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. September 1969.

152 IfSG: SB 52. Verwaltungsdirektion (Hetzer) an die Kriminalpolizei, 21. Oktober 1968, Betr.: Tagebuchnummer 84 906/68.

Gegenwart fertig zu werden“[153]. Auch Reible, der anwesende Regisseur der „Soldaten“, äußerte sein Verständnis für die studentische Aktion: „Das Stück ist unwahr, wenn wir nicht bereit sind, uns durch Aktionen zu stellen. Das Theater wird zum puren Aktions-Fetischismus, wenn wir nicht bereit sind, hier zu diskutieren.“[154] Aus den Kreisen der Schauspieler kam der – vom Verwaltungsdirektor aber abgelehnte – Vorschlag, die Aufführung für die Demonstranten freizugeben[155]. Schließlich hielt ein linker Hannoveraner Psychologie-Professor, der in der „Politischen Universität“ hatte sprechen sollen, ersatzweise im Schauspielhaus seinen Vortrag über die „Politisierung der Wissenschaft“[156]. Nachdem die letzten Demonstranten gegen 23 Uhr das Haus verlassen hatten, belief sich der für das Schauspielhaus entstandene Schaden „in Gestalt von Einnahmeausfällen, Mehrausgaben und Entwendung eines Mikrophons“ auf fast 1500 Mark[157]. Oberbürgermeister Brundert, der während des turbulenten Abends mit dem Verwaltungsleiter Hetzer ständig in telefonischem Kontakt gestanden hatte, erstattete Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch und Nötigung[158].

Beim sogenannten Theaterprozeß, der ein Jahr nach den Geschehnissen im Herbst 1969 stattfand, hielt das Schöffengericht nur den Tatbestand des Hausfriedensbruches für erfüllt. Es verurteilte zwei der sechs Angeklagten zu einer Geldstrafe von 150 Mark. Diese hatten vergeblich versucht, ihre Aktion als Beitrag zur „Aufbesserung von Frankfurts Kultur-Image“ darzustellen[159]. Ansonsten bot der Prozeß dem mitangeklagten Frankfurter SDS-Führer Hans-Jürgen Krahl (26)[160] einmal mehr ein Forum zur Darstellung seiner nicht unbeträchtlichen rhetorischen Fähigkeiten. Nach weitschweifigen Ausführungen über das politische Theater im allgemeinen, Shakespeare und die Marquise d’O im besonderen, verglich der „Robespierre von Bockenheim“[161] sehr „zum Gaudium der großen Zuhörerschaft“[162] die von Konrad Lorenz erforschten Lebensgewohnheiten der Graugänse und Wühlmäuse mit den „schwer abzubauenden Mechanismen der politischen Polizei“. Deren Beamte hörten nur, „was sie hören wollen“, und sähen nur, „was sie sehen wollen“. Kritischen Fragen des Staatsanwalts entgegnete Krahl mit der Bemerkung: „Darüber streite ich mich nicht mit einem Bourgeois!“[163]

Krahls opulenter Auftritt konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die 68er-Bewegung im Herbst 1969 in Frankfurt wie in der ganzen Republik ihren Zenit längst überschritten hatte. Im SDS hatten sich schon ein Jahr vorher, im Septem-

153 Theater heute, Juli 1968, S. 3.
154 Demm, Die Studentenbewegung, S. 215.
155 IfSG: SB 52. Städtische Bühnen – Verwaltungsdirektion (Hetzer) an die Kriminalpolizei, 21. Oktober 1968, Betr.: Tagebuchnummer 84 906/68.
156 Demm, Die Studentenbewegung, S. 215.
157 IfSG: SB 52. Städtische Bühnen – Verwaltungsdirektion (Hetzer) an die Kriminalpolizei, 21. Oktober 1968, Betr.: Tagebuchnummer 84 906/68.
158 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. September 1969.
159 Ebd.
160 Zur Biographie des 1943 in der niedersächsischen Provinz geborenen Krahl, der zunächst in der Jungen Union aktiv gewesen war, vgl. dessen autobiographische Äußerungen in: Krahl, Konstitution und Klassenkampf, S. 19–30, sowie Koenen, Der transzendental Obdachlose. Vgl. auch die „Arbeitshypothesen“ von Reinecke, Für Krahl.
161 Der Spiegel, 25. April 1988 (Nr. 17), S. 26.
162 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. September 1969.
163 Frankfurter Neue Presse, 30. September 1969.

ber 1968, Selbstauflösungstendenzen bemerkbar gemacht, nachdem es, wie der scheidende Bundesvorsitzende Karl-Dietrich (alias KD) Wolff erklärte, nicht gelungen war, die spontane Bewegung der Osterunruhen zu kanalisieren[164]. Die Sympathien, die der Studentenbewegung infolge des Dutschke-Attentats zeitweilig auch in einer breiteren Bevölkerung entgegengebracht worden waren[165], hatten sich angesichts von fortgesetzten Exzessen der Gewalt rasch wieder verflüchtigt. Als drastisches Beispiel sei nur jene berühmt-berüchtigte "anti-imperialistische" Demonstration anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den senegalesischen Staatspräsidenten Leopold Senghor am 22. September 1968[166] genannt, an der auch Außenminister Willy Brandt teilnahm. Dabei kam es vor der Paulskirche und dem Hotel Frankfurter Hof – unter Mitwirkung Krahls, des 20jährigen Joschka Fischer und des nach seiner Ausweisung aus Frankreich auch in Frankfurt zum „Star der Revolte"[167] avancierenden Cohn-Bendit[168] – zu einer blutigen Straßenschlacht. Oberbürgermeister Brundert charakterisierte die Ausschreitungen als „Terror"[169].

Nicht der SDS, sondern noch radikalere Extremisten wie Andreas Baader und Gudrun Ensslin hatten zudem im April 1968 den Frankfurtern schon einen Vorgeschmack auf die spätere Rote Armee Fraktion geboten und aus Protest „gegen den Völkermord in Vietnam" in zwei Kaufhäusern auf der Zeil Brandsätze zur Explosion gebracht. Beim Prozeß am 31. Oktober 1968 vor dem Frankfurter Landgericht wurden die Täter von einem überwiegend studentischen Publikum mit der „Internationalen" begrüßt. Cohn-Bendits Ruf aus dem Publikum („Sie gehören zu uns") war keine Einzelmeinung. Er entsprach der generellen Linie eines SDS, der den Verurteilten jetzt sogar die Verbandsmitgliedschaft antrug[170].

Nicht nur das Schicksal der Terroristen sollte bald zeigen, wie die Revolution ihre Kinder fraß. Auch Krahl – für den *Spiegel* der „Kopf" der APO, neben Dutschke, ihrem „Herzen"[171] – starb schon kurz nach dem Abflauen der 68er-Bewegung im Februar 1970 in einer gespenstischen Dramaturgie der Ereignisse im Alter von 27 Jahren eines unnatürlichen Todes. Vor seinem tödlichen Autounfall hatte er jahrelang einen „ruinösen Lebensstil" gepflegt und „in seiner Stammkneipe, beim ‚Nutten-Louis'", so ausgiebig und „wasserglasweise Schnaps"[172] in sich hineingeschüttet, daß dies Fragen nach seiner natürlichen Lebenserwartung aufwarf. Die Revolution fraß aber nicht nur ihre Kinder – vorher noch verschlang sie einen ihrer Überväter, Krahls Doktorvater, Theodor W. Adorno[173].

164 Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1, Chronik: S. 371f.
165 Demm, Die Studentenbewegung, S. 221.
166 Vgl. hierzu v. a. die SDS-Flugblätter im IfSG: V 112/3, IV, Juli bis Oktober 1968, Bl. 184–187.
167 So Karsten Voigt, Frankfurter Rundschau, 19. März 1977.
168 Zu den Frankfurter Aktivitäten Cohn-Bendits, der offiziell als Student der Soziologie an der Goethe-Universität eingeschrieben war: Stamer, Cohn-Bendit, v. a. S. 98–102, sowie das Kapitel über den „Spontifex Maximus im Rhein-Main-Sumpf", S. 122–144.
169 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. September 1968. Vgl. auch Dostal, 1968 – Demonstranten vor Gericht, S. 182f.; Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 358ff.
170 Demm, Die Studentenbewegung, S. 183; Die Zeit, 8. November 1968; Stamer, Cohn-Bendit, S. 163. Anfangs hatten sich SDS und APO von den Brandstiftern noch vehement distanziert (Stern/Hermann, Andreas Baader, S. 134).
171 Der Spiegel, 25. April 1988 (Nr. 17), S. 86.
172 Ebd.
173 Zum Verhältnis zwischen Adorno und Krahl: Jäger, Adorno, S. 284f.

Hintergrund dieser weiteren Tragödie war ein Dissens zwischen den Lehrern der Kritischen Theorie und ihren Schülern, der sich schon seit Jahren abgezeichnet hatte; zu groß war das Unbehagen der Jüngeren an dem Mißverhältnis von Theorie und Praxis, von neomarxistischer Analyse und gesellschaftspolitischer Aktion, das sie bei ihren Dozenten wahrnahmen[174]. Zwar hatte Adorno auch öffentlich gegen die Notstandsgesetze Stellung genommen, doch zu den studentischen Aktionen, die ihm mit wachsender Radikalität immer unheimlicher wurden, äußerte er sich kaum: „Ich habe ein theoretisches Denkmodell aufgestellt. Wie konnte ich ahnen, daß Leute es mit Molotow-Cocktails verwirklichen wollen?“[175] Nachdem der wie Adorno aus den USA remigrierte Horkheimer im Römer an der Seite eines US-Generals aufgetreten war[176] und der ebenfalls in Frankfurt lehrende Jürgen Habermas nach Dutschkes Aufruf zur Gründung von Aktionszentren an allen Universitäten von „linkem Faschismus“ gesprochen hatte[177], ereignete sich Anfang 1969 in den Augen der SDS-Studenten der Sündenfall der „kritischen Autoritäten“ schlechthin.

Die Professoren Adorno und Ludwig von Friedeburg riefen gegen die Besetzung des Instituts für Sozialforschung durch eine „aktionistische Gruppe“ am 31. Januar 1969 die Polizei zu Hilfe. Sie machten sich damit, wie es in einem Flugblatt später hieß, angeblich zum „Büttel des autoritären Staates“[178]. In der Folgezeit wurde vor allem Adorno zur Zielscheibe von Racheaktionen, die im April 1969 kulminierten: In einer Vorlesung malte ein Kommilitone hinter dem Professor den Spruch an die Wand: „Wer nur den lieben Adorno läßt walten, der wird den Kapitalismus sein Leben lang behalten.“ Dazu traten drei Studentinnen in Lederjacken nach vorne, bestreuten den Professor mit Blumenblüten, entblößten plötzlich ihre Brüste und versuchten, ihn zu küssen, woraufhin der Lehrer, nach Hut und Mantel greifend, fluchtartig den Saal verließ[179]. Bald darauf setzte Adorno seine Vorlesung für den Rest des Semesters ganz ab. Schwer unter dem Bruch mit seinen Schülern leidend und körperlich angeschlagen, erlag er wenige Wochen später im August 1969 an seinem Schweizer Urlaubsort einem Herzinfarkt.

Die Wucht der lokalen Ereignisse war in Frankfurt während der 68er-Revolte so enorm, daß danach kaum noch etwas so sein konnte wie früher. Auf das politische und kulturelle Leben der Stadt in den folgenden „unruhigen Jahre[n] zwischen 1968 und 1975“[180] warf die Revolte einen langen Schatten. Dies galt um so mehr, als die planungs- und baupolitischen Konflikte um das Westend dem radikalen studentischen Protest in Frankfurt – ähnlich wie später vor allem auch in

174 Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik (Einleitung), S. 26f.
175 Der Spiegel, 10. Februar 1969 (Nr. 7), S. 34; Demm, Die Studentenbewegung, S. 247.
176 Damit hatte Horkheimer im Mai 1967 bei der Eröffnung der Deutsch-Amerikanischen Freundschaftswoche auf dem Römer die Freunde des Vietkong nachhaltig schockiert.
177 Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik (Einleitung), S. 27.
178 Demm, Die Studentenbewegung, S. 236.
179 Frankfurter Rundschau, 24. April 1969; vgl. vor allem auch Jäger, Adorno, S. 290f., sowie Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 418, 454ff.
180 So Balser, Aus Trümmern, S. 277, mit Blick auf die anhaltende „Revoltenstimmung“, ebd., S. 289.

Berlin – eine jahrelange Sonderkonjunktur bescherten und für ein weiterhin ausgesprochen spannungsgeladenes Klima sorgten.

Das Westend, ein altes, nahe dem Zentrum gelegenes bürgerliches Viertel der Stadt mit Grünanlagen und Parks hatte sich seit 1960 immer schneller vom Wohn- zum Büroviertel gewandelt. Versicherungen, Banken und private Immobilienhändler kauften ganze Straßenzüge mit alten Villen und Mietshäusern auf, um dort Bürohochhäuser errichten zu können[181]. Um Abrißgenehmigungen zu erreichen, ließen sie die Häuser entweder jahrelang ganz leer stehen oder etwa durch Vermietung an große Gastarbeiterfamilien „herunterwohnen". Bis in die 68er-Zeit hinein konnte die Stadtverwaltung ihre Pläne für ein „City-Erweiterungsgebiet" Westend ziemlich ungestört entwickeln[182]; dann aber gab der Beschluß für eine Hochhausbebauung im Rothschildpark in einem immer noch stark politisierten Klima den Anstoß zur Gründung einer Bürgerinitiative.

Kurz nachdem die im April 1969 von wohlhabenderen Bewohnern des alten Bürgerviertels gegründete „Aktionsgemeinschaft Westend e. V." im August 1970 eine Kundgebung gegen die Zerstörung ihres Stadtteils durchgeführt hatte[183], schritt eine Gruppe von Studenten und Gastarbeitern im September zur Besetzung eines leerstehenden Hauses in der Eppsteinerstraße 47. Eine Reihe ähnlicher Aktionen mit Exzessen der Gewalt zwischen Polizisten und Hausbesetzern, die häufig schon in der 68er-Bewegung hervorgetreten waren[184], ließ die Stadt auch in der Folgezeit nicht zur Ruhe kommen[185]. Auf einem „Tribunal gegen Spekulanten und Profitgeier" – durchgeführt von einem „Häuserrat", den die Hausbesetzer gerade gebildet hatten – forderte Cohn-Bendit im April 1972 vor der Mensa der Universität die Besetzung weiterer Häuser. Im Blick auf die Geschäfte des jüdischen Immobilienmaklers Ignaz Bubis im Westend verwahrte sich der selbst aus einem jüdischen Elternhaus stammende Studentenführer gegen den Vorwurf, die Besetzungen hätten antisemitischen Charakter[186]. Jedenfalls politisierte die Gründung des Häuserrates die Wohnungsbauproblematik weiter und führte auch „Unterstützung von den linken Rändern der SPD" herbei[187].

So gewannen diese Hausbesetzungen wie die 68er-Bewegung insgesamt für die innere Entwicklung der Frankfurter SPD schicksalhafte Bedeutung. Immer wieder vermittelte die Sozialdemokratie am Main in den Jahren nach 1968 den Eindruck, zum Objekt eines Marsches durch die Institutionen zu werden, der wegen

181 Zur Westend-Problematik vgl. Stracke, Stadtzerstörung; Appel, Heißer Boden, und Roth, Z.B: Frankfurt, v. a. S. 16ff.

182 Balser, Aus Trümmern, S. 278, 290.

183 Ebd., S. 280ff.; vgl. auch die von der Aktionsgemeinschaft Westend (und ihrem Sprecher Otto Fresenius, einem angesehenen Architekten) herausgegebene Publikation: Ende oder Wende?, sowie den von einer Hausbesetzerin verfaßten autobiographischen Rückblick: Heider, Keine Ruhe nach dem Sturm, S. 164f., und vor allem Kraushaar, Fischer in Frankfurt, S. 38ff.

184 Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 509, 517.

185 Als Milieustudien aus der (nicht immer selbstkritischen) Sicht Beteiligter: Heider, Keine Ruhe nach dem Sturm; Weiss, Fuchstanz.

186 Ein Bubis gehörendes Haus in der Bockenheimer Landstraße wurde nach seiner Besetzung im Oktober 1971 zum Zentrum der Szene. Frankfurter Rundschau, 15. April 1972. Vgl. auch Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 510f., sowie zur Rolle Cohn-Bendits, der anders als Joschka Fischer nicht zur militanten „Putzgruppe" zählte: Stamer, Cohn-Bendit, S. 159f.

187 Balser, Aus Trümmern, S. 283.

der führenden kommunalpolitischen Rolle der SPD auch die kulturellen Einrichtungen der Stadt tangieren mußte. Dieser Marsch hatte um so größere Chancen, als die „Abendröte der bürgerlichen Kultur“ und der Aufstieg „neuer Kräfte“[188] bereits lange vor 1968, noch in der Ära Adenauer, eingesetzt hatte.

[188] So lautet eine einschlägige Kapitelüberschrift in der nach wie vor höchst lesenswerten Gesamtdarstellung von Schwarz, Die Ära Adenauer, S. 417.

3. „Das prickelnde Gefühl parteipolitischer Auseinandersetzungen“[1]: Die Volksparteien in der Polarisierung der 68er-Zeit

Bundespolitische Rahmenbedingungen

Um die Bedeutung der 68er-Bewegung für die Frankfurter SPD genauer zu bestimmen, bedarf es der Einordnung der lokalen Geschichte in die bundespolitischen Entwicklungen. Hinzu kommen muß der Blick auf den Weg der konkurrierenden Volkspartei CDU, die hinsichtlich der Wählerstimmen mit der SPD fast wie in einem Gefäß verbunden war. Zunächst fällt dabei auf, daß die CDU als bis dahin größere der beiden Volksparteien in den Jahren nach 1968 von der SPD überholt wurde. Der SPD, Volkspartei ihrem eigenen Selbstverständnis nach erst seit dem Godesberger Parteitag 1959, gelang es, die CDU durch eine Koalition mit der FDP im „Machtwechsel“ von 1969 politisch-strategisch zu überflügeln. Wenig später, bei den sogenannten Willy-Wahlen 1972, überholte die SPD ihre christdemokratische Konkurrentin auch in der Gunst der Wähler, wenngleich nur um Haaresbreite mit 45,8 zu 44,9 Prozent der Stimmen. So spektakulär diese Entwicklung anmutet, weil damit die führende Staatsgründungspartei der Bundesrepublik erstmals nicht mehr den Kanzler stellen konnte, so schwierig ist es, dies alles auf den einfachen Nenner einer bloßen Wirkungsgeschichte der 68er-Bewegung zu bringen.

Denn daneben sind eine ganze Reihe weiterer wesentlicher, vielleicht sogar noch wichtigerer Faktoren für die Entwicklung der beiden großen Volksparteien zu berücksichtigen: Auf der politisch-inhaltlichen Ebene zum einen das große Thema der „neuen Ostpolitik“, dem für die Annäherung von SPD und FDP zentrale Bedeutung zukam; zum anderen auf der rechtlichen und organisatorisch-praktischen Ebene das neue Parteiengesetz von 1967. Das Gesetz war aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts infolge diverser Finanzaffären notwendig geworden, und es hatte – ganz unabhängig von der 68er-Bewegung – weitreichende Folgen. Das Parteiengesetz begrenzte etwa die Zahl der ex officio einem Parteivorstand angehörenden Mitglieder auf höchstens ein Fünftel, verlangte den Parteien Satzungen und Programme ab und schuf insgesamt ein Fundament für den Ausbau innerparteilicher Demokratie, die zwar bereits im Grundgesetz 1949 verankert[2], aber zunächst nur langsam verbessert worden war[3].

[1] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. April 1967.
[2] Im Grundgesetz heißt es in Art. 21 Abs. 1 Satz 3, daß die innere Ordnung der politischen Parteien demokratischen Grundsätzen zu entsprechen habe.
[3] Vgl. Hockerts, Parteien in Bewegung, S. 230.

Von Parteiengesetz und neuer Ostpolitik waren die Volksparteien ebenso gemeinsam betroffen wie von der großen Koalition in Bonn, die beide seit Dezember 1966 bildeten. Für die CDU bedeutete diese Regierungsform allerdings insofern eine größere Zäsur, als die Partei bislang weitgehend vom Kabinett aus gesteuert worden war. Unter den Umständen einer Großen Koalition war das so nicht mehr möglich. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der im Mai 1967 den CDU-Vorsitz übernahm, grenzte sich denn auch explizit von dem obsolet gewordenen Parteiführungsstil à la Adenauer ab. Adenauer, so Kiesingers Kritik, hätte die CDU lediglich zu Wahlzeiten benutzt[4]. Von Ludwig Erhard, der ohnehin nur ein Jahr lang 1966/67 interimistisch als CDU-Vorsitzender agierte, hieß es, er sei vorher nicht einmal Mitglied der CDU gewesen![5] Jedenfalls war Adenauers Ableben im April 1967 ein Signal des Wandels. Erst jetzt gewannen der CDU-Bundesvorstand und die Fraktion an Gewicht – nicht zuletzt deshalb, weil bislang für die CDU identitätsstiftende Ressorts wie das Außen- und Wirtschaftsministerium 1966 in sozialdemokratische Hand geraten waren. Auf diesen Feldern mußte die CDU nun erstmals auch als Partei eigene Akzente setzen. Der wachsenden Bedeutung des Parteiapparates entsprechend wurde unter Kiesinger unverzüglich auch das neue Amt eines CDU-Generalsekretärs geschaffen.

Zudem kam das Parteiengesetz von 1967 dem Drängen junger „schwarzer Wilder“ entgegen, die wie Helmut Kohl und andere aus den Flakhelfer-Jahrgängen um 1930 schon im Blick auf die eigenen Aufstiegschancen entschieden für transparente Führungsstrukturen und eine offenere Diskussionskultur in der Partei eintraten. Die Delegierten des CDU-Bundesparteitags hatten bis dahin lediglich das Hamburger Programm, eine Art knapper Wahlaufruf für Adenauer, 1953 ohne Aussprache absegnen dürfen. Jetzt, 1968, konnten sie am Berliner Programm erstmals umfassend mitwirken. Nach 30 000 Stellungnahmen und 400 Änderungsanträgen wurde das neue Parteiprogramm schließlich verabschiedet[6]. CDU-Generalsekretär Bruno Heck räumte in diesem Zusammenhang offen ein: „Das ist das erste Mal, daß wir einen Parteitag in der Weise durchführen, daß eine Willensbildung von unten nach oben erfolgen soll.“[7] Im Unterschied zu den roten waren die schwarzen „68er“ natürlich alles andere als Teil eines neomarxistisch inspirierten Marschs durch die Institutionen des Kapitalismus. Dennoch frappiert es, wie sehr auch die CDU von einer Art Partizipationskrise erfaßt wurde, die mit einem Schub innerparteilicher Demokratisierung einherging. Die von der Studentenbewegung kultivierte Repektlosigkeit gegenüber der älteren Generation, so hat es Frank Bösch beschrieben, „fand hier ihr moderateres Pendant“[8].

Trotz aller Modernisierungsschritte gelang es der CDU aber nicht, ein befriedigendes Verhältnis zu den in dieser Zeit nach links driftenden Bildungs- und Kultureliten zu finden. Noch bis 1960 – man kann sich das heute kaum mehr vorstel-

[4] Bösch, Die Adenauer-CDU, S. 411.
[5] Zu den anhaltenden Spekulationen auch darüber, ob er wenigstens ab diesem Zeitpunkt CDU-Mitglied war, vgl. den Beitrag von Rainer Blasius in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 26. April 2007.
[6] Vgl. Schönbohm, Die CDU, S. 82f.
[7] Bösch, Die Adenauer-CDU, S. 413.
[8] Ebd., S. 411.

len – sympathisierten 45% der Studenten mit CDU und CSU, dagegen nur 13% mit der SPD. In der Folgezeit aber nahm die CDU-Führung die Debatten um eine deutsche „Bildungskatastrophe“ wohl nicht ernst genug. Forderungen nach sozialer Öffnung der Gymnasien und der Universitäten überließ sie lange den Sozial- und Freidemokraten, sie selbst trug statt dessen anachronistisch wirkende Diskussionen um die christliche Bekenntnisschule aus. Daß die jungen Akademiker und dann auch Teile der Professorenschaft zur CDU auf Distanz gingen, war für die Partei um so fataler, als der Bildungsbereich in diesen Jahren stark expandierte[9]. Dieser Trend wurde nur partiell dadurch ausgeglichen, daß die Radikalisierung der Proteste um 1968 den bürgerlichen Wählern die sozialistische Bedrohung im eigenen Land drastisch vor Augen führte und der Union einmal mehr den Appell an die antikommunistischen Grundgefühle der Westdeutschen ermöglichte[10].

Die SPD geriet nicht nur dadurch unter Druck, sondern auch durch eine massenhaft in die Partei eintretende, oft weit links stehende Akademikerschaft, zu der vor allem auch junge Lehrer gehörten. Der „weitaus größte Teil der Jugendbewegung ging zur SPD. Zehntausende. Hunderttausende. Die Partei Willy Brandts wurde die Partei der kritischen Jugend.“[11] Von den knapp 650 000, überwiegend sehr alten Mitgliedern der SPD im Jahre 1964, als Brandt den Bundesvorsitz übernommen hatte, starben bis 1973 mehr als 350 000. Dennoch zählte die SPD im Jahr 1973 fast eine Million Mitglieder, das heißt, daß rund 670 000 seit 1964 neu beigetreten waren, die meisten seit 1969. Waren bei Brandts Amtsantritt 1964 noch mehr als die Hälfte der Mitglieder als Arbeiter registriert, so galt dies 1972 nur noch für knapp 28 Prozent, während die Zahl der Angestellten, aber vor allem auch der Schüler und Studenten „sprunghaft“ zugenommen hatte[12]. Allein zwischen 1969 und 1972 traten 300 000 Menschen der SPD bei, davon fast zwei Drittel jünger als 35 Jahre alt[13], also gleichsam im besten Juso-Alter. In Hessen stellten die Jusos in den letzten Monaten des Jahres 1971 sogar fast 70 Prozent aller neu beigetretenen SPD-Mitglieder[14].

Die intensive Rekrutierung von Jungsozialisten im studentischen 68er-Milieu schlug vor allem in Universitätsstädten wie Frankfurt oder München in der Verbandsstruktur voll durch. Dort stellten die (angehenden) Akademiker nach 1968 mancherorts innerhalb weniger Jahre die Mehrzahl der Mitglieder und verjüngten auch das Gesicht der Mutterpartei so rapide, daß in den Ortsvereinen nur noch eine Minderheit älter als 40 Jahre alt war[15]. Im Zuge dieser Entwicklung, die der

[9] Ebd., S. 404f.
[10] Vgl. etwa die – in der SPD starke Empörung auslösende – Großanzeige der Frankfurter CDU im Kommunalwahlkampf 1968: „Wir sind bedroht“. AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle. 1968, 1969 (UB Frankfurt 167). Protokoll der UB-Vorstandssitzung vom 27. September 1968, oder den Spendenaufruf des CDU-Kandidaten von Bethmann „Freiheit und Ordnung haben ihren Preis“, in: ACDP: KV Frankfurt II 045-184.
[11] Baring/Görtemaker, Machtwechsel S. 90.
[12] Ebd., S. 92. Vgl. auch Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien, Teilband IV, S. 435ff. sowie S. 578f.
[13] SPD-Jahrbuch 1970/72, hg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn-Bad Godesberg o. J., S. 306; Oberpriller, Jungsozialisten, S. 168.
[14] AdsD: Depositum Wolfgang Streeck, Box 1. Mitteilung der Jungsozialisten, Bezirk Hessen-Süd, an die Presse, 17. November 1971.
[15] Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 107.

Frankfurter SPD zwischen 1968 und 1973 einen Zuwachs von gut 11 000 Mitgliedern auf an die 145 000 Genossen bescherte[16], gelangten zahlreiche „neue Linke“ in die SPD, kritische Mitglieder, die nach dem Scheitern der APO in der Sozialdemokratie noch am ehesten einen Ansatz erblickten, „den Gang der Dinge in dieser ungeliebten Gesellschaft gestaltend [zu] verändern“. Doch dazu mußte die kleinbürgerlich-ängstliche SPD, „vom Kapitalismus zunehmend korrumpiert – mit einem Wort: gräßlich“, wie sie vielen vorkam, sozialistisch theoriebewußt gemacht und transformiert werden[17]. Horst Mahler, der 1960 wegen seiner SDS-Mitgliedschaft aus der SPD ausgeschlossene APO-Anwalt (Jahrgang 1936)[18], sprach schon 1968 von der „Notwendigkeit des Widerstandes innerhalb der Institutionen – besonders innerhalb der Sozialdemokratie“, was konkret heiße, „daß wir nach entsprechender Vorbereitung eine Eintrittswelle in die Sozialdemokratische Partei und in die Gewerkschaften organisieren müssen“[19].

Der innerparteiliche Kampf um den richtigen Weg zum Sozialismus wurde innerhalb der SPD nach 1968 bald so unerbittlich ausgetragen, „daß nicht immer klar war, ob der politische Gegner nicht doch eher in den eigenen Reihen als in den Reihen der Union stand“[20]. Die Jusos, die zentrale Bedeutung für den Marsch der 68er durch die Institutionen der SPD gewannen, hatten sich freilich schon vorher zu wandeln begonnen. Bis Mitte der 1960er Jahre war die Jugendorganisation der SPD noch ein überwiegend parteikonformer, nicht sonderlich auffälliger Verein mit wenig Einfluß innerhalb der SPD und geringer Ausstrahlung in die Gesellschaft gewesen[21]. Doch schon im März 1966, also noch vor Beginn der Großen Koalition in Bonn, konstatierte ein SPD-internes Memorandum eine „zunehmende Radikalisierung“ der Parteijugend vor allem an der Basis in den Bezirken und Unterbezirken, allen voran Hessen-Süd, Schleswig-Holstein, Westberlin, aber auch Bayern[22]. Gründe für den wachsenden Unmut der Juso-Basis gab es viele. Nach Auffassung der zunehmend rebellischen Juso-Linken hatte sich die Bundesrepublik zu einem „restaurativen Besitzverteidigungsstaat spätkapitalistischer Prägung“ entwickelt, war das demokratische Leben durch autoritäre Strukturen in Familie und Schule, Parlamenten und Parteien erstarrt[23]. Hinzu kam die Kritik an dem außenpolitischen Schmusekurs der SPD-Opposition seit der berühmten Wehner-Rede im Bundestag 1960 und die wachsende Empörung über den Vietnamkrieg der USA; zum anderen wuchs die Unzufriedenheit mit einer, wie man wähnte, unbeweglich-starren Deutschland- und Ostpolitik[24]. Die Beteiligung der SPD an der Großen Koalition und an der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundestag brachte das Faß der jungsozialistischen Kritik dann zum Über-

[16] AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 115), Mitgliederbewegung 1946–1973. Hier die Skizze „Mitgliederzahlen am Ende des Jahres“ sowie weitere Blätter mit der Mitgliederentwicklung für einzelne Quartale. Die Frankfurter Entwicklung entsprach in etwa den Zahlen für die hessische SPD insgesamt: Handbuch zur Statistik der Parlamente, Teilband IV, S. 236.
[17] Baring/Görtemaker, Machtwechsel, S. 92
[18] Vgl. Jesse, Biographisches Porträt: Horst Mahler.
[19] Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 117.
[20] Süß, Die Enkel, S. 68.
[21] Vgl. hierzu Krabbe, Parteijugend, S. 88–99, 131ff.
[22] Süß, Die Enkel, S. 72.
[23] Ebd., S. 73.
[24] Schonauer, Die ungeliebten Kinder, S. 129.

laufen[25]. In linker Juso-Sicht war damit definitiv bewiesen, daß die Godesberger SPD „ihrer historischen Berufung nicht gerecht wurde, den Klassenkampf zu führen“[26].

Obendrein entsprachen manch innerparteiliche Usancen den aufkommenden Demokratisierungspostulaten keineswegs. Nicht nur der Juso Norbert Gansel, 1967 zum ersten Mal Delegierter auf dem Parteitag eines als fortschrittlich geltenden Landesverbandes, erlebte seine Partei als „unheimlich verkrustet“: „Da sind vier Referate gehalten worden und eine Dampferfahrt auf der Kieler Förde. Kein einziger Diskussionsbeitrag“[27]. Auch andernorts wurde darüber geklagt, daß sich die politische Willensbildung in der SPD noch „von oben nach unten“ vollziehe[28], daß im Zentrum der sozialdemokratischen Veranstaltungskultur nur zu oft noch der „Monolog mit bisweilen autoritär-patriarchalischem Einschlag“ stehe und offene Kritik an den Vorsitzenden in den Ortsvereinen als verpönt gelte. Diese waren statt dessen eher Stätten der Geselligkeit, kaum der politisch-inhaltlichen Debatte. Erst die aufmüpfiger werdenden Jusos attackierten nun die straffe Versammlungsregie der Parteiführungen mit ihrer sog. „Abstimmungsguillotine“[29] ganz im herrschaftskritischen APO-Duktus als „Manipulation“. Eine neue, selbstbewußte Debattenkultur, ja eine oft schier „obsessive Diskussionslust“[30] mit immer zahlreicheren Wortmeldungen während der SPD-Parteiveranstaltungen war die Folge. In den Jahren zwischen 1966 und 1968 veränderten sich Sprache, Personal und inhaltliche Ausrichtung des SPD-Jugendverbandes „in atemberaubendem Tempo“[31].

1968 konstatierte ein Juso-Bundeskongreß ausdrücklich die „gegenwärtige Notwendigkeit der außerparlamentarischen Opposition“ und bekannte sich zu der Absicht, Themen der APO in die SPD hineinzutragen[32]. Im folgenden Jahr (Dezember 1969) markierte der Münchner Bundeskongreß den Übergang von der radikaldemokratischen zur linkssozialistischen Phase im Jungsozialismus[33]. Bis dahin hatte mit Peter Corterier ein loyal zur SPD-Führung stehender Genosse an der Spitze der Jusos agiert; jetzt beschloß die neue, „reformsozialistische“ Mehrheit in einem den alten Bundesvorsitzenden bewußt entwürdigenden Verfahren die Abwahl des „Bürgers Corterier“[34]. Laut Corterier wollte „eine linksextreme Mehrheit des Kongresses die Jungsozialisten als Rammbock gegen die Grundsatzprogrammatik der SPD seit Godesberg benutzen“, für die er selbst konsequent eingetreten war, und die Jusos zu einem „Brückenkopf der APO in der SPD machen“[35]. Betrachtete man die personellen und inhaltlichen Weichenstellungen des Kongresses, so konnte man diese Einschätzung für zutreffend halten: Der

[25] Vgl. auch Butterwege, Jungsozialisten und SPD, S. 42f.
[26] Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 105.
[27] Süß, Die Enkel, S. 95.
[28] Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, S. 42.
[29] Süß, Die Enkel, S. 97.
[30] Ebd., S. 97.
[31] Ebd., S. 75.
[32] JS – Jahrbuch 1968/69, hg. vom Bundessekretariat der Jungsozialisten, Bonn 1969, S. 41.
[33] Krabbe, Parteijugend, S. 154.
[34] Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 114.
[35] Schonauer, Die ungeliebten Kinder, S. 133.

neue Vorstand wurde ganz und gar von der äußersten Linken und von Akademikern dominiert; die Anträge, die den „falsch verstandenen Pragmatismus“ der SPD geißelten und die Bundesrepublik als „formale Demokratie“ abqualifizierten, enthielten Forderungen u. a. nach der Trennung von Parteiamt und Mandat, nach der Rotation der Mandate oder nach einem imperativen Mandat[36].

Die Mutterpartei reagierte verunsichert und schwankend. Einerseits mißbilligte die SPD auf ihrem Saarbrücker Parteitag 1970 die Münchner Aussagen der Jusos zum Charakter der Bundesrepublik und der SPD, andererseits verdoppelte der Vorstand den finanziellen Zuschuß für die rebellische Nachwuchsorganisation[37]. In der Baracke scheute man die öffentliche Auseinandersetzung und wollte den Konflikt auf liberale Weise lösen, weil ein repressiveres Vorgehen dem Image einer fortschrittlichen Reformpartei ganz allgemein schaden, vor allem aber die Anziehungskraft der SPD auf die 68er-Bewegung mindern mußte. Zwar gab es besorgte Stimmen, die sich später in Äußerungen Helmut Schmidts wiederfanden: Die Leute, die „aus der 68er Studentenaufwallung heraus zur SPD kamen, jedenfalls die meisten von diesen Leuten, orientierten sich nach ultra-links“[38]. Doch stand der Zustrom dieser „jungen, politisch unerfahrenen Idealisten“ in die SPD, nach dem zutreffenden Urteil Helmut Schmidts, „unter der wohlwollenden und verständnisvollen Ägide Willy Brandts“[39]. So wurde der in München gewählte erste Juso-Bundesvorsitzende nach der Linkswende, Karsten Voigt, der in Frankfurt „besondere Verankerungen in die APO-Szenerie hatte“, von Willy Brandt kurz nach seiner Wahl Anfang 1970 explizit dazu aufgefordert, „die zerfallende Studentenbewegung in die SPD zu integrieren“[40].

Tatsächlich trugen nicht zuletzt die Erfolge des linken Flügels bei den Juso-Bundeskongressen ab 1968 dazu bei, „Teile der frustrierten außerparlamentarischen Linken […] in die innerparteiliche Opposition der folgenden Jahre zu reintegrieren“[41]. Wie eine Befragung von Mitgliedern des Juso-Bundesvorstands und -ausschusses 1970 ergab, war die Mehrzahl den Jungsozialisten nicht etwa aus Zustimmung zur Politik der SPD beigetreten, sondern in der Hoffnung, so am ehesten die anders gelagerten eigenen politischen Vorstellungen umsetzen zu können[42]. Kein Zweifel also, die Jusos bildeten die entscheidende „Brücke zwischen Partei und Bewegung“[43]. Und als 1972 deutlich wurde, daß das historische Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl vorwiegend den Stimmen der Jungwähler zu verdanken war und nahezu doppelt soviele Parteilinke wie vorher den Einzug in den Bundestag geschafft hatten, fühlten sich die Jusos nun auch vom Wähler „dazu legitimiert, ihre Reformvorstellungen in die Tat umzusetzen. Hieraus gewannen

[36] Krabbe, Parteijugend, S. 154f.
[37] Ebd., S. 201. Bezeichnend auch schon die Empfehlung des SPD-Parteirates vom November 1968, die Altersgrenze für die Juso-Mitgliedschaft herabzusetzen. Der Vorschlag zielte auf „die kritischen Köpfe unter den aktiven Jusos“, die sich meist bereits im „reiferen“ Juso-Alter über 30 Jahre befanden, konnte sich aber schließlich nicht durchsetzen. Schönhoven, Wendejahre, S. 550.
[38] Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 108.
[39] Ebd., S. 8. Zu den Meinungsverschiedenheiten, die es deswegen zwischen beiden SPD-Spitzenpolitikern gab, vgl. Merseburger, Willy Brandt, S. 635; Soell, Helmut Schmidt, S. 738.
[40] Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 116.
[41] Börnsen, Innerparteiliche Opposition, S. 17.
[42] Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 116.
[43] So auch Krabbe, Parteijugend, S. 143.

sie ihr Selbstbewußtsein und ihre allmählich in Realitätsblindheit übergehende Hartnäckigkeit“[44].

APO in der SPD? Die Jungsozialisten auf dem Marsch durch die Institutionen

Wenn mit Karsten Voigt ausgerechnet ein Frankfurter Jungsozialist den Linksruck des Bundesverbandes 1969 personifizierte, so verwies dies auf den politischen Standort des ganzen Unterbezirks, der innerhalb der Jusos als Bastion der sogenannten „Reformsozialisten“ galt. Im Juso-Bezirk Hessen-Süd war auch der Einfluß des SDS besonders spürbar[45], und die Delegierten von dort trugen maßgeblich dazu bei, daß SDS-Vorsitzende „wohl nirgendwo innerhalb der SPD […] mit derart demonstrativem Beifall begrüßt“ wurden „wie auf den Kongressen der hessischen Jungsozialisten 1967 und 1968“[46]. Die enge „Zusammenarbeit mit der APO“ ebenso wie ein Konfliktkurs „innerhalb der Partei“[47] waren Teil einer von den Reformsozialisten verfolgten systemüberwindenden Doppelstrategie, die indes als mit dem Godesberger Programm vereinbar deklariert wurde. Danach sollten die eigenen Vorstellungen einerseits durch die Mobilisierung der Bevölkerung, andererseits mit Hilfe der Mutterpartei in den Parlamenten durchgesetzt werden. Dies setzte voraus, „daß die SPD in einem langen Marsch durch die Institutionen in eine konsequent sozialistische Partei umgewandelt werden mußte“[48].

Manche Neumitglieder bekannten sich auch ganz offen zu dieser Motivation, wie etwa jener Junggenosse, der darüber klagte, zwei Monate nach dem Beitritt „zur SPD und somit zu den Jusos“ nur den Parteikassierer gesehen zu haben und um Informationsmaterial bat, „damit mein ‚langer Marsch‘ von der APO in die sozialdemokratische Partei hinein sich nicht lediglich in Beitragszahlungen erschöpft“[49]. Schon im November 1968 sah sich der Frankfurter SPD-Unterbezirksvorstand infolgedessen nach einer rebellischen Juso-Hauptversammlung zu einem bemerkenswerten Beschluß veranlaßt. Die Mutterpartei begrüße zwar das verstärkte Engagement der Jusos „innerhalb der Distrikte“ der SPD, doch erwarte sie von den Jusos, „daß sie in der Zusammenarbeit mit den Gruppen der außerparlamentarischen Opposition zwischen den Kräften differenzieren, die sich als Gegner der SPD und der parlamentarischen Demokratie verstehen, und denen, die auf der Grundlage unserer freiheitlichen Grundordnung für notwendige gesellschaftliche Reformen wirken wollen“[50].

[44] Ebd., S. 203.
[45] AdsD: SPD-PV 04805 (Die gegenwärtige Situation der Jungsozialisten, 1966).
[46] Börnsen, Innerparteiliche Opposition, S. 73f.
[47] Ebd., S. 73.
[48] Krabbe, Parteijugend, S. 206. Das Konzept der Doppelstrategie spielte vor allem bei der Hinwendung der Jusos zur Kommunalpolitik eine Rolle und wurde in seinen Grundzügen vom kommunalpolitischen Ausschuß des Juso-Bundesverbandes entworfen.
[49] AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 34), 1970 Unterbezirksvorstand, Schriftwechsel A-H. Pierre von Kerckvoorde an die SPD-Jungsozialisten im Unterbezirk Frankfurt, 11. Dezember 1970.
[50] AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle. 1968, 1969 (UB Frankfurt 167). Protokoll der UB-Vorstandssitzung vom 25. November 1968.

Wie schwierig für extrem linke SPD-Mitglieder der Spagat zwischen „dem Wissen um die Angepaßtheit der Partei an den kapitalistischen Staat und den eigenen sozialistischen Idealen“[51] war, zeigte sich mit besonderem Nachdruck im Frankfurter SPD-Ortsverein Sachsenhausen-Ost, den studentische APO-Anhänger durch intensive Basisarbeit noch 1968 „faktisch in ihre Hand bekommen hatten“[52]. Dem Versuch der Sachsenhausener Revoluzzer, z. B. Veranstaltungen mit prominenten SPD-Funktionären „zwecks Entlarvung ihrer autoritären bürgerlichen Denkschemata“ als „Demonstration am lebenden Objekt“ durchzuführen[53], sie als „korrumpiert und scheinsozialistisch“ zu demaskieren[54], begegnete die SPD-Parteiorganisation im Unterbezirk mit erfolgreichen Schiedsgerichtsverfahren gegen die Putschisten[55].

Die zeitweilig „ungebrochene Einigkeit zwischen Jungsozialisten und APO“ bekam ohnehin Risse, seit mit den Osterunruhen 1968 die Militanz der SDS-Aktionen stieg. Der dadurch bewirkte Distanzierungsprozess zwischen beiden Seiten „verstärkte die gesellschaftliche Isolierung der einen und trieb die anderen in die Nachbarschaft der ‚bekämpften SPD-Bürokraten, die es schon immer gewußt hatten‘“[56]. Wirklich brav aber wurden die Frankfurter Jusos auch jetzt nicht wieder. Den SPD-Oberbürgermeister Brundert forderten die Jungsozialisten – ein halbes Jahr vor den Kommunalwahlen! – wegen seiner Verantwortung für umstrittene Polizeieinsätze zum Rücktritt auf; gegen die Kandidaturen von SPD-Notstandsbefürwortern für den neuen Bundestag organisierte Jungsozialist Fred Zander im Mai 1968 eine Unterschriftensammlung. Karsten Voigt setzte diesen Kurs dann auch durch seine spektakuläre Kampfkandidatur gegen Verkehrsminister Georg Leber[57] um das Bundestagsmandat in einem Frankfurter Wahlkreis fort[58].

Der bundesweite Trend eines merklichen Anwachsens der Alterskohorte im Juso-Alter innerhalb der SPD-Mitgliederschaft und einer damit verbundenen apertura a sinistra schlug in Frankfurt besonders durch, weil der Unterbezirk den mit Bad Godesberg 1959 vollzogenen Kurswechsel von der Klassen- zur Volkspartei „nie so richtig mitgemacht hatte“[59]. Walter Möller etwa hatte zusammen

[51] Börnsen, Innerparteiliche Opposition, S. 79.
[52] Ebd., S. 84.
[53] Ebd., S. 85.
[54] AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle. 1968, 1969 (UB Frankfurt 167). Protokoll der UB-Vorstandssitzung vom 6. Mai 1968.
[55] AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle. 1968, 1969 (UB Frankfurt 167). Protokoll der UB-Vorstandssitzung vom 4. November 1968.
[56] So hieß es 1969 in einem internen Arbeitspapier der südhessischen Jusos. Börnsen, Innerparteiliche Opposition, S. 84.
[57] Der 1920 geborene Leber gehörte (nach einer Karriere bei der IG Bau-Steine-Erden) seit 1957 dem Bundestag, seit 1966 auch dem Kabinett (als Verkehrsminister) an. Später übernahm er unter Kanzler Brandt 1969 zusätzlich das Postministerium, anschließend das Verteidigungsministerium. Lebers Karriere „Vom Maurer zum Staatsmann“ skizziert Hermann, Georg Leber.
[58] Seitens der sogenannten „Alt-Linken“ wurde Voigt jedoch einstweilen nur von Walter Möller unterstützt und verlor die Abstimmung gegen Leber. Börnsen, S. 75, 78, 84. Schonauer, Die ungeliebten Kinder, S. 164.
Vor diesem Hintergrund zu lesen sind auch die auf einer SPD-Versammlung geäußerten Vorwürfe Lebers vom März 1969 gegen Professoren der Soziologie, die „jahrelang eine radikale Saat gesät“ hätten; er aber sei bereit, so Leber, „einigen Studenten der Soziologie und Politologie den Hintern zu verhauen“. Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 410.
[59] Schonauer, Die ungeliebten Kinder, S. 129.

mit den Frankfurter Delegierten in Bad Godesberg zu der kleinen Minderheit von 16 Sozialdemokraten gezählt, die dem neuen Grundsatzprogramm der SPD ihre Zustimmung verweigerten[60]. Neben Möller rechneten vor allem Rudi Arndt (seit 1964 hessischer Wirtschafts- und Verkehrsminister) sowie der frühere südhessische Juso-Chef und spätere Pressesprecher der IG Metall Olaf Radke, MdL, zur sogenannten Alten Linken. Die Südhessen, so auch der Eindruck eines von dort stammenden Sozialdemokraten auf dem Bundesparteitag von 1966, seien „so die ‚Chinesen' der Partei und die Frankfurter im besonderen die ‚Albanier'".[61]

„Die Frankfurter SPD hat im Spektrum der Gesamtpartei […] den erklärten Anspruch, Teil der Linken innerhalb der SPD zu sein", hieß es auch in einer Denkschrift des Landtagsabgeordneten, späteren SPD-Unterbezirksvorsitzenden und noch späteren Überläufers zur PDS, Fred Gebhardt[62], zur Situation der Frankfurter SPD (1973) unter Berufung auf Peter v. Oertzens Formel von der SPD als „systemverändernder Partei"[63]. Im „Frankfurter Kreis" und seinen Vorläufern trafen sich seit 1960 alte Linke, Gewerkschafter und Jungsozialisten, seit dem Winter 1966 auch bundesweit, um ihre Arbeit zu koordinieren. Ende der 1960er Jahre stießen auch neue Linke wie Karsten Voigt, der ab 1972 als Sekretär des „Frankfurter Kreises" fungierte, zu dem Zirkel[64].

Wie weit in der örtlichen SPD „selbst Rechte noch links"[65] standen, erhellte aus einer achtstündigen Delegiertenkonferenz, die Frankfurts Sozialdemokraten im März 1968 im Volksbildungsheim durchführten. So wurde Genosse Herbert Ehrenberg (damals noch Abteilungsleiter beim Hauptvorstand der bis vor kurzem von Georg Leber geführten IG Bau Steine Erden, aber bereits auf dem Sprung in eine verantwortungsvolle Aufgabe im SPD-geführten Bundeswirtschaftsministerium) kritisiert, weil er, angeblich um „sich in seiner künftigen neuen Umgebung lieb Kind" zu machen, Beschimpfungen des „rechten" SPD-Bundesparteivorstandes zurückwies. Dennoch werde Ehrenberg, wie der mit deutlicher Mehrheit wiedergewählte UB-Vorsitzende Möller[66] unter allgemeiner Heiterkeit zu dessen Verteidigung vorbrachte, in Bonn wahrscheinlich als „linksstehender Sozialdemo-

[60] Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 155; Streeck, Parteiensystem, S. 109.
[61] Börnsen, Innerparteiliche Opposition, S. 66.
[62] Gebhardt war 1928 in eine linkssozialdemokratische Bayreuther Arbeiterfamilie hineingeboren worden und hatte seine Kindheit und Jugendjahre in einer von den Nationalsozialisten verfolgten Familie verbracht. Sein Großvater, ein früherer USPD-Reichstagsabgeordneter kam 1933 ins KZ. Nach dem Notabitur 1945 war der in der SPD und vor allem bei den „Falken" aktive Gebhardt in Berlin und Stuttgart in der Arbeits- und Sozialverwaltung tätig, studierte noch Politische Wissenschaften und Soziologie und übernahm auf Vermittlung der SPD 1960 die Abteilung Politische Bildung in der damals auch in Frankfurt von Laufbahnvorschriften noch ziemlich freien Volkshochschule. Vgl. hierzu die Unterlagen im Bestand S 2/8098 im IfSG. Nach seinem Austritt aus der SPD 1998 kandidierte er als Parteiloser auf der Liste der PDS und eröffnete dann auch als Alterspräsident den Deutschen Bundestag (Mitteilungen des Vereins für Frankfurter Arbeitergeschichte 13 (2000), Nr. 22, S. 6f.; Balser, Aus Trümmern, S. 215). Als Gebhardt 1998 aus der SPD austrat, rief ihm Rudi Arndt nach, er habe „schon immer den Kommunisten näher gestanden als den Sozialdemokraten". Frankfurter Neue Presse, 16. August 2000.
[63] AdsD: Nachlaß Arndt. Aktenordner 2.1.1.1./2.1.1.2; dort findet sich besagte Denkschrift aus dem Jahr 1973 (Zitat, S. 6) unter der mit Bleistift vorgenommenen Bezeichnung 2.1.1.1.3.
[64] Müller-Rommel, Innerparteiliche Gruppierungen, S. 69–72; vgl. auch Schonauer, Die ungeliebten Kinder, S. 257.
[65] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. März 1968.
[66] 292 Delegierte votierten für Möller, 62 gegen ihn.

krat betrachtet“[67]. Möller mußte sich noch in der gleichen Versammlung dafür entschuldigen, daß er einen Genossen in einem Brief fälschlicherweise mit dem bürgerlichen Begriff „Herr“ angeredet hatte. Als ein „Rechtsabweichler“ unter den Genossen, deren Wortmeldungen von den Delegierten meist mit Zischen quittiert wurden, im Blick auf die Studentenproteste die Grenze dort gezogen wissen wollte, wo sie in Gewalt umschlügen und sich gegen das „Eigentum der Menschen“ richteten, fuhr ihm der zum Kreis der SPD-Delegierten gehörende ASTA-Vorsitzende in die Parade: Ob der Genosse vergessen hätte, daß die Sozialdemokraten einst selbst mit dem Angriff auf das Eigentum begonnen hätten?[68]

Der überdurchschnittlich große Einfluß der Jusos auf dem altlinken Wurzelboden der Frankfurter SPD schlug sich seit 1966 immer wieder in der Einstellung des Unterbezirks zur Bonner Großen Koalition mit den „Schwarzen“ nieder, die seitens der „progressiven“ Genossen am Main mit größtem Mißvergnügen begleitet wurde[69]. Wenn dagegen zwei der drei Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordneten – Brigitte Freyh und Hans Matthöfer – bei der dritten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag im Frühjahr 1968 mit Nein stimmten[70], so fand dies die ausdrückliche Anerkennung des Unterbezirksvorstandes. Gleichzeitig wurde die „vorbehaltlose Zustimmung“ des Genossen Leber ausdrücklich bedauert[71]. So war es fast schon ein wenig überraschend, wenn der Frankfurter SPD-Vorstand doch nicht ganz so weit gehen mochte wie die Jungsozialisten im Bezirk Hessen-Süd, die zum politischen Generalstreik gegen die Notstandsgesetze aufgerufen hatten[72].

Zum linken Gesamtbild gehörte 1968 auch eine Podiumsdiskussion der Frankfurter SPD über „Marx heute“ aus Anlaß des 150. Geburtstags des kommunistischen Vordenkers[73] oder vor allem die mit großer Mehrheit von einem SPD-Unterbezirksparteitag im März 1968 erhobene Forderung, den Mitgliedern des extrem linken SDS – entgegen dem Unvereinbarkeitsbeschluß der Bundes-SPD – wieder den Eintritt in die SPD zu ermöglichen[74]. Das Unbehagen an der Großen Koalition im allgemeinen, an ihrer Distanz zu den demonstrierenden Studenten

[67] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. März 1968. Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 11. März 1968.
[68] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. März 1968.
[69] Die Zahl der Frankfurter SPD-Mitglieder ging von 1966 bis 1968 von ca. 12 000 auf 11 000 zurück. AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 115), Mitgliederbewegung 1946–1973. Hier die Skizze „Mitgliederzahlen am Ende des Jahres“.
[70] Die 1924 geborene Politikerin Freyh gehörte seit 1961 für den Wahlkreis Frankfurt II dem Deutschen Bundestag an (bis 1972); Matthöfer (Jahrgang 1925) vertrat, ebenfalls seit 1961, den Wahlkreis Frankfurt III. Er avancierte 1978 zum Bundesfinanzminister. In der Debatte um die Notstandsgesetze engagierte sich Matthöfer, der damals auch die Abteilung Bildungswesen beim Vorstand der IG Metall leitete, in einer Gruppe von etwa 70 SPD-Fraktionsmitgliedern, die u. a. die Sicherung des Streikrechts durchsetzten. Internationales Biographisches Archiv 01/1997, vom 23. Dezember 1996. Zu Matthöfer s. auch: Hesselbach u. a., Kämpfer ohne Pathos.
[71] AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 129) „UB-Vorstand – Beirat. 1968“. Protokoll der SPD-UB-Vorstandssitzung vom 6. Juni 1968.
[72] AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle, 1968, 1969 (Nr. 167). Protokoll der SPD-UB-Vorstandssitzung vom 17. Mai 1968. Vgl. auch Krabbe, Parteijugend, S. 142.
[73] AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle, 1968, 1969 (Nr. 167). Protokoll der UB-Vorstandssitzung vom 6. Mai 1968. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Mai 1968.
[74] „Es werde ja nicht gleich Rudi Dutschke seine Aufnahme in die SPD beantragen“, hieß es mit zur Begründung. Frankfurter Rundschau, 11. März 1968; vgl. auch Frankfurter Neue Presse, 11. März 1968: „Frankfurter SPD reicht dem SDS die Hand“. Die Nähe der Frankfurter SPD zum SDS erhellte später auch aus ihrer Stellungnahme zum Verbot des Heidelberger SDS 1970, die der Frankfurter AStA-Vorsitzende als „Beweis für die Möglichkeit einer guten Zusammen-

und an dem schleppendem Tempo ihrer Entspannungspolitik mit dem Osten im besonderen, legte sich 1968 wie Mehltau auf die lokale SPD. Es wirkte „vom Vorstand bis zum letzten Genossen" lähmend auf den Wahlkampf zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober[75] – zumal die kommunalpolitische Galionsfigur der SPD, Oberbürgermeister Brundert, wegen der städtischen Polizeipolitik aus den eigenen Reihen desavouiert wurde.

Infolgedessen büßte die SPD im Römer erstmals seit 1952 ihre absolute Stimmenmehrheit wieder ein und fiel im Vergleich zu den vorherigen Kommunalwahlen (1964) um vier Prozentpunkte auf allerdings immer noch stattliche 49,5% der abgegebenen Stimmen zurück[76]. In der SPD-internen Wahlanalyse wurde dabei besonders aufmerksam registriert, daß die „Beteiligung der jungen Wähler zwischen 21 und 30 Jahren katastrophal" niedrig gewesen war[77]. Bereits bei der Nominierung der SPD-Stadtverordnetenkandidaten waren die politisch aufgeladenen Spannungen zwischen älterer und jüngerer Generation zutage getreten. Symptomatisch für die Machtverhältnisse war das Scheitern „konservativer" Bemühungen gewesen, den jungen Rechtsanwalt Christian Raabe (Jahrgang 1934)[78], der als Nebenkläger beim Auschwitz-Prozeß und als Verteidiger von SDS-Leuten einige Bekanntheit erlangt hatte, vom 17. Platz der SPD-Liste für die Stadtverordnetenwahlen zu verdrängen[79].

Auch in der Bewertung des Falles Dutschke/Kiskalt waren die Sympathien der SPD-Basis eindeutig verteilt. Bei der erwähnten Unterbezirksversammlung vom März 1968 erhielt Oberbürgermeister Brundert vor allem für seine Weisung, Dutschke freizulassen, lebhaften Beifall. Die Delegierten attestierten ihm sogar, damit Maßstäbe gesetzt zu haben, „die weit über Frankfurt hinaus Beachtung verdienen"[80]. Offensichtlich gelang es Brundert, der mehrere Jahre in Zuchthäusern der DDR gesessen hatte[81], als politisch gemäßigt galt und beim linken Flügel nicht unumstritten war, mit seiner Entscheidung pro Dutschke sogar, „manchen Kritiker von links" vorübergehend „zu beschwichtigen".[82] Der von seiner Polizeifunktion bereits entbundene Dezernent Kiskalt dagegen, „abseits an einem

arbeit mit der Frankfurter SPD" wertete. AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 153), Unterbezirksvorstand, Fraktionsvorstand [etc.]: Hans H. Heseler an Walter Möller, 1. Juli 1970.

75 So formulierte es UB-Vorsitzender Möller. AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle. 1968, 1969 (Nr. 167). Protokoll der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober 1968.

76 Balser, Aus Trümmern, S. 481.

77 AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle. 1968, 1969 (Nr. 167). Protokoll der UB-Vorstandssitzung vom 21. Oktober 1968.

78 Zur Biographie des in einem großbürgerlichen Elternhaus sozialisierten, 1959 in die SPD eingetretenen Raabe: IfSG: S 2/7079, sowie vor allem das FAZ-Porträt „Frankfurter Gesichter" vom 23. März 1991.

79 Nicht näher bezeichneter Zeitungsartikel über die SPD-Nominierungsversammlung, in: AdsD: UB Frankfurt Nr. 63 (Kommunalwahl 1968). Schon im Beirat des Unterbezirks hatte sich abgezeichnet, daß dem bekannten Anwalt Linksabweichungen vom Kurs der Frankfurter SPD eher verziehen wurden als etwa seinem jungsozialistischen Genossen Berkemeier. Protokoll über die Sitzung des Beirats [des Unterbezirks] am 20. Mai 1968, in: AdsD: SPD-UB Frankfurt. UB-Vorstand, Protokolle 1970 [etc.], hierin: Grüner Hefter „Littmann".

80 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. März 1968.

81 Brundert hatte fünf Jahre Einzelhaft in einem Kellerverlies des DDR-„Justiz"-Vollzugs zugebracht und war dann vom Westen freigekauft worden. Felsch, Aus der Chef-Etage, S. 76.

82 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. März 1968; allerdings war die 1970 anstehende Frage der Wiederwahl Brunderts für den linken Flügel der SPD „durchaus nicht von vornherein klar mit ja zu beantworten". Balser, Aus Trümmern, S. 297.

Gästetisch“ sitzend und „gequält“ lächelnd, wurde durch die Annahme eines Antrags in Sachen Dutschke politisch weiter geschwächt[83].

Stadtrat Kiskalt unterließ es angesichts der Kräfteverhältnisse mit gutem Grund, vor den SPD-Delegierten seiner Überzeugung Ausdruck zu verleihen, man könne „unsere Universitäten nicht zu Sanatorien für ewige Studenten“ werden lassen, die sich oft noch mit „Mitte 30“ ihre Ausbildung von der arbeitenden Bevölkerung finanzieren ließen[84]. Kiskalt und seine Gesinnungs-Genossen begannen in der Folgezeit statt dessen, ihre relativ schwachen Truppen im Unterbezirk zumindest zu sammeln, um zunächst die parteiinternen Neuwahlen im Februar 1969 zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Zentrum des Widerstandes gegen einen immer schärferen Linkskurs des Unterbezirks, vor allem aber gegen den Versuch der Jungsozialisten, „ihr linkes Selbstverständnis auch auf kommunaler Ebene praktisch werden zu lassen“, war die Stadtverordneten-Fraktion der SPD, die weitgehend vom „rechten Flügel“ und einer um Ausgleich bemühten Mittelgruppe bestimmt wurde[85]. Das alte Gleichgewicht zwischen der um die Mehrheit der Rathaus-Fraktion gruppierten „Rechten“ und der überwiegend „mehr an überlokalen Themen interessierten“[86] Spitze des Unterbezirksvorstands um den Verkehrsdezernenten Möller war infolge der verstärkten Bestrebungen der Jusos, die Partei von der Basis her zu politisieren, offensichtlich empfindlich gestört.

Möller mußte sich von der „rechten“ Gruppe vorwerfen lassen, es an der nötigen Härte im Konflikt mit den Jusos fehlen zu lassen und deren Stadtratskandidaturen nicht entschieden genug bekämpft zu haben. Die Opponenten gegen die um Möller gruppierte „harte Linke“[87] konnten im Kampf um den UB-Vorsitz immerhin den SPD-Fraktionsvorsitzenden (und kommunalpolitischen Sekretär des SPD-Bezirks Hessen-Süd) Gerhard Weck sowie Magistratsdirektor Richard Burgholz aufbieten. Wie das in solchen Fällen üblich wurde, trafen sich beide Gruppierungen vor der entscheidenden Delegiertenversammlung unter mehr oder weniger konspirativen Umständen: Die Rechten im Haus Riederwald, die Linken im Hotel Savigny. Nur wenige ältere Genossen konnten sich „an ähnlich gereizte Auseinandersetzungen“ erinnern, wie sie dann beim Parteitag am letzten Februarwochenende 1969 im Bürgerhaus der Nordweststadt der interessierten Öffentlichkeit dargeboten wurden[88].

Im Mittelpunkt der Gegensätze stand nach wie vor – neben der Einschätzung der Großen Koalition in Bonn und ihrer Ostpolitik – die Frage der angemessenen Reaktion auf die Studentenrevolte. Bereits Ende September 1968, kurz vor der Kommunalwahl, war es darüber noch einmal zum Eklat gekommen, als die Jusos dem Polizeipräsidenten und seinem Oberbürgermeister in einem Flugblatt vorwarfen, mit „faschistischen Methoden“ gegen Demonstranten vorzugehen. Der SPD-Unterbezirksvorstand hatte daraufhin von seinem im Parteistatut veranker-

[83] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. März 1968.
[84] So Kiskalt später auf einer Tagung des wesentlich auch von ihm initiierten Arbeitskreises „Godesberger Programm“ in der Frankfurter SPD. Frankfurter Rundschau, 8. Juli 1970.
[85] Vgl. Streeck, Parteiensystem, S. 110.
[86] Ebd.
[87] Frankfurter Rundschau, 24. Februar 1969.
[88] Frankfurter Neue Presse, 24. Februar 1969.

ten Recht Gebrauch gemacht und den Juso-Vorstand abgesetzt[89]. Zudem hatte er Brundert sein volles Vertrauen ausgesprochen und eine aufschlußreiche Interpretationshilfe für den Vorgang geliefert: „Nachdem der SDS die Parole ausgab, vor allem die SPD als politisch fortschrittliche Kraft zu zerschlagen, müsse mit bewußten Versuchen gerechnet werden, die Partei von innen zu bekämpfen und zu unterwandern"; außerdem wurde „einzelne[n] Jungsozialisten" vorgeworfen, sich „als Teil der außerparlamentarischen Opposition"[90] zu betrachten.

Nach der Kommunalwahl war es ausgerechnet wieder Oberbürgermeister Brundert, der bei der Delegiertenversammlung im Februar 1969 versuchte, die wegen der Polizeieinsätze erneut hochgehenden Wogen zu glätten. Diese hatten sich infolge eines wenige Tage alten, ziemlich undurchsichtigen Stadtverordnetenbeschlusses aufgetürmt, in dem es um die Beschaffung oder Nichtbeschaffung von Elektrostöcken für die Polizei ging. Brundert schob die Verantwortung für diese noch nicht entschiedene Frage ganz auf die Konferenz der Innenminister bzw. den hessischen Innenminister: „Wir haben nicht die Absicht, die Polizeibeamten mit Elektrostöcken auszustatten."[91] Dennoch warfen die Jungsozialisten dem Rathauschef vor, es einfach nicht zu schaffen, „antidemokratische Tendenzen in der Polizei abzubauen"[92].

Mehr noch als Brundert, der die aktuelle Flügelbildung als normalen Vorgang herunterzuspielen suchte, schadeten der rechten Gruppe die Äußerungen Horst Borns, der für einen der Stellvertreterposten kandidierte und in einer Rede vor dem Wahlgang schwerstes Geschütz gegen die Außerparlamentarische Opposition auffuhr. Die APO – das waren für ihn durch die Bank „antidemokratische Kräfte". Und wer gar einem SDS-Mitglied das Parteibuch der SPD anbieten wollte – so wie die Linken in der Frankfurter SPD – , handelte für Born eindeutig „gegen die Interessen der Partei". Nachdem Born auch noch in emotionaler Tonlage vor Zersetzung und Unterwanderung der SPD gewarnt hatte, mischten sich in den schwachen Beifall „Buhrufe und Pfiffe der Menge". Jungsozialisten wie Wolfgang Rudzio[93] zeigten sich entsetzt über das Bornsche „Gruselkabinett"; andere nannten die Rede eine „Schweinerei" oder sahen darin, wie Christian Raabe, eine „globale Denunzierung der Frankfurter SPD als Anhängsel der linken und antidemokratischen Gruppierungen"[94].

Der gegen Möller um den UB-Vorsitz antretende Gerhard Weck hatte es nach Borns Kampfrede sichtlich schwer, mit seiner „beherrschten Ansprache" noch

[89] Streeck, Parteiensystem, S. 114. Weitere Materialien hierzu, u. a. die „Erklärung einer Gruppe Frankfurter Jungsozialisten" gegen die „Funktionsenthebung" des Juso-Vorstandes, im AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle. 1968, 1969 (UB Frankfurt 167).

[90] AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle. 1968, 1969 (UB Frankfurt 167). „Telefonisch durchgegeben[e] Presseerklärung der SPD vom 1. Oktober [1968], 17.30 Uhr.

[91] Frankfurter Rundschau, 24. Februar 1969.

[92] Frankfurter Neue Presse, 24. Februar 1969.

[93] Von den Aktivitäten des 1935 im ostpreußischen Insterburg geborenen, zum linken Flügel der Frankfurter SPD zählenden Jungsozialisten, der damals als Assistent an der Universität arbeitete, nahm immer wieder auch der *Spiegel* Notiz. Vgl. etwa: Der Spiegel, 9. Februar 1970 (Nr. 7), S. 73, oder: Der Spiegel, 30. November 1970 (Nr. 49), S. 118. 1973 wurde Rudzio, der zu der großen Gruppe sozialdemokratischer Politologen zählt, Professor an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

[94] Frankfurter Neue Presse, 24. Februar 1969.

Gehör zu finden. Im Unterschied zu Möller, der dezidierte Kritik der Frankfurter SPD an Teilen der Bonner SPD-Politik für notwendig erachtete, präsentierte sich Weck als jemand, der „vorbehaltlos“ hinter der Gesamtpartei stand und die „gleichgesinnten Kräfte in der Frankfurter SPD“ sichtbar werden lassen wollte. Weck warnte eindringlich vor der Gefahr einer Spaltung. Die Partei, so sagte er mit Stoßrichtung gegen die linken Theoretiker, sei kein Diskutierklub, sondern ein Instrument zur „Durchsetzung greifbarer politischer Ziele“[95]. Auch wenn nach Wecks Rede zumindest einige selbstkritische und nachdenkliche Töne in der Debatte aufkamen („Wir sind, wenn wir miteinander ins Gericht gehen, erschreckend intolerant“), war es „die Tragik der Rechten“ gewesen, „daß sie nicht zuerst durch den Genossen Weck, sondern durch den Genossen Born vertreten“ worden war[96].

Der linke UB-Vorsitzende Möller profitierte davon am meisten. Er hatte schon seinen Rechenschaftsbericht dazu genutzt, die „fraktionellen Gespräche“ zu mißbilligen, die „nicht mit der Ordnung der Partei vereinbar“ seien. Die alten Genossen sollten nicht verkrampfen, sondern aufgeschlossen bleiben für neue Entwicklungen. Wenn junge Leute nach Parteiämtern strebten, dürfe man dies nicht gleich „als Versuch der Unterwanderung verketzern“[97]. Möller mahnte zwar auch die Jüngeren, nicht allzu voreilig auf die Erfahrung der Alten zu pfeifen; er ließ aber letztlich doch, auf der Linie Willy Brandts, sein Verständnis für den außerparlamentarischen Protest erkennen: „Viele von denen, die demonstrieren, sind bereit, uns zu folgen“. Die Voraussetzung dafür sei indes, daß die SPD einen energischen Reformkurs einschlage; lediglich mit der militanten Kerngruppe der APO, so Möller, „können wir nichts gemein haben“[98].

Wieviel Zustimmung Möllers Kurs in der Frankfurter SPD fand, zeigte seine erneute Bestätigung im Amt des UB-Vorsitzenden mit 239 zu 115 Stimmen. Sein Gegenkandidat Weck hatte zwar einen Achtungserfolg erzielt, doch der Aufstand der „Rechten“ scheiterte auf der ganzen Linie. Neben Weck unterlagen auch ihre beiden Kandidaten für einen Stellvertreterposten, Born und Burkholz, denen die linke Mehrheit der Delegierten dann nicht einmal den ansonsten bei Beisitzerwahlen zur Geltung kommenden Mitleidsbonus gewährte. Die „Konservativen“, die im alten UB-Vorstand noch mit drei Mitgliedern vertreten gewesen waren, wurden bis auf eine Genossin komplett „herausgewählt“. Bei der „letzten Mohikanerin der Rechten“ handelte es sich im übrigen ausgerechnet um Christel Guillaume[99], die

[95] Ebd.
[96] Ebd.
[97] Ebd. Von seiner Überzeugung, es seien „natürliche Generationenkonflikte“, die sich daraus ergäben, daß die aktiven Jusos „eine größere Zahl von Mitgliedern für ihre Arbeit interessieren konnten“, ließ sich Möller auch durch die fortgesetzten Konflikte nicht abbringen. Vgl. hierzu seinen Rechenschaftsbericht im folgenden Jahr im AdsD: UB Frankfurt a. M. UB-Vorstand, Protokolle 1970 [etc.], Manuskript Möller, S. 5, in der Mappe mit Unterlagen zum Jahresbericht 1970.
[98] Frankfurter Neue Presse, 24. Februar 1969. Möller war (wie Börnsen, Innerparteiliche Opposition, S. 69, resümiert) „der einzige Alt-Linke in Hessen-Süd, der von den Jusos als Partner in der politischen Diskussion anerkannt“ wurde.
[99] Die Eheleute Christel und Günter Guillaume waren 1956 im Auftrag der DDR-Staatssicherheit als „Flüchtlinge“ in die Bundesrepublik übergesiedelt und hatten sich im Raum Frankfurt niedergelassen. Christel Guillaume gelang es, Sekretärin im Parteibüro der SPD Hessen-Süd zu werden. Vor der Enttarnung ihres Mannes stand sie kurz davor, in das Sekretariat des

Frau des später als DDR-Spion enttarnten Mitarbeiters in Willy Brands Kanzleramt[100].

Trotz hochmögender Bekundungen des im Amt bestätigten UB-Vorsitzenden Möller, den gegensätzlichen Gruppen in der Partei künftig mehr „Bewegungsspielraum" als bisher einzuräumen, und seines Dementis, von einer Bildung unüberwindbarer Lager könne nicht die Rede sein, schwappte bald „eine Welle der ‚Revolution' […] an den Römer"[101]: Die bei den UB-Vorstandswahlen durchmarschierte „Linke" sicherte sich jetzt mehr Einfluß auf die Kommunalpolitik, nachdem die Stadtverordnetenfraktion erst einmal als Brutstätte der Opposition gegen Möllers „harte Linke" enttarnt worden war. Die große Frage war, welche Folgen das für die Stellung des ebenfalls nicht zum linken Flügel zählenden Oberbürgermeisters haben würde, dessen sechsjährige Amtszeit auslief und der im ersten Halbjahr 1970 wiedergewählt werden wollte.

Anfang Dezember 1969 deutete zunächst die Neuwahl zum SPD-Fraktionsvorstand darauf hin, daß sich die links stehenden Stadtverordneten sammelten, um einen Wechsel bei den Beisitzern herbeizuführen. Mit Frolinde Balser und Rektor Adalbert Sigulla wurden zwei – nicht zur Linken gezählte – Vorsitzende von Stadtverordnetenausschüssen (für Kultur und Schule) nicht wiedergewählt[102]. Wenige Tage später sicherte sich die linke Mehrheit des SPD-Unterbezirks (mit 116 zu 74 Stimmen) in – wie ihre Gegner meinten – „mißverstandener, vielleicht auch bewußt mißbrauchter, zeitgemäßer Demokratisierungsvorstellung"[103] noch größeren Einfluß auf die Kommunalpolitik. Die Delegierten legten in der Satzung fest, Kandidaten für den hauptamtlichen Magistrat – das Amt des Oberbürgermeisters eingeschlossen – , bedürften künftig der Bestätigung durch einen SPD-Parteitag[104]. Nur mit knapper Not wurde nach Intervention von Möller und Arndt ein noch weiter gehender Antrag abgewendet, der die Magistratsmitglieder vom Parteitag nicht nur bestätigt, sondern gleich nominiert sehen wollte. Die Einsicht, Amtsanwärter besser nicht vor aller Öffentlichkeit bis in Einzelheiten ihres Lebenslaufs hinein unter die Lupe zu nehmen, setzte sich zwar durch; doch dies änderte nichts am künftig, und schon bei der anstehenden Wiederwahl Brunderts, stärkeren Durchgriff des Unterbezirksparteitages auf die Kommunalpolitik.

Gleichzeitig wurde ein neuer Wahlmodus für die Aufstellung der Stadtverordnetenkandidaten beschlossen. Die relative Stimmenmehrheit genügte künftig erst im dritten Wahlgang. Damit hatte der vom linken Flügel beherrschte Parteitag eine Hürde errichtet, die ihm nicht genehme Politiker erst nach einem nerven-

(Frankfurter) Bundesverteidigungsministers Leber nach Bonn überzuwechseln. Vgl. den Nachruf in: Die Welt, 3. April 2004, sowie die Erinnerungen ihres Mannes (Guillaume, Die Aussage) sowie ihres gemeinsamen Sohnes (Boom, Der fremde Vater). Günter Guillaume war vor seiner Zeit im Kanzleramt ab 1964 Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks, ab 1968 der SPD-Fraktion im Römer und hatte 1969 als Wahlkampfbeauftragter von Georg Leber gewirkt. Die Zeit, 2. Oktober 1981.

100 Frankfurter Neue Presse, 24. Februar 1969. Zu der insgesamt zwanzigstündigen SPD-Versammlung vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Februar 1969.

101 Frankfurter Neue Presse, 24. Februar 1969.

102 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Dezember 1969.

103 So die Einschätzung von Balser, Aus Trümmern, S. 298.

104 Satzung des Unterbezirks Frankfurt a. M. der SPD vom 29. Januar 1970, § 8 Abs. 2. Zit. bei Streeck, Parteiensystem, S. 136.

zehrenden dritten Anlauf überspringen konnten. Weitere Satzungsänderungen schlossen Stadtverordnete, die nicht als Delegierte in ihren Ortsvereinen gewählt worden waren, von ihrem bisherigen Beratungsrecht bei Parteitagen aus. Die Maßnahmen bedeuteten – so die Kritik eher „rechts“ stehender Delegierter – einen „Sieg der Parteiorganisation mit ihrer spezifischen Delegiertenauswahl über die von der Bevölkerung gewählten, persönlich bekannten und verantwortlichen Mandatsträger“ im kommunalen Parlament[105]. Tatsächlich hatten sich die nach links drängenden aktivsten Kräfte der Parteiorganisation, die im Rathaus bisher nicht recht zum Zuge gekommen waren, neue verfahrenstechnische Möglichkeiten geschaffen. Und sie waren, wie sich bald zeigte, auch fest entschlossen, diese bei der nächsten Gelegenheit zu nutzen.

Das erste Exempel wurde am Polizeipräsidenten Gerhard Littmann statuiert, der seit den bewegten Ostertagen 1968 bundesweit vermehrt in der Kritik stand[106]. Infolge des zurückhaltenden Agierens der Frankfurter Polizei bei einer NPD-Wahlkundgebung im Juli 1969, als uniformierte NDP-„Saalordner“ brutal auf „antifaschistische“ Gegendemonstranten eingeprügelt hatten, war der Unmut über das SPD-Mitglied Littmann vor allem auch in jungsozialistischen Kreisen weiter gewachsen. Karsten Voigt, zwischenzeitlich Juso-Bundesvorsitzender und weiter „aufsteigendes Element in der Frankfurter Sozialdemokratie“, der im Club Voltaire auch schon einmal mit Krahl vom SDS und Vertretern der DKP gemeinsam Skepsis gegenüber der neuen SPD/FDP Koalition in Bonn artikulierte[107], demonstrierte im Fall Littmann mit seinen Truppen die einschlägigen Methoden der „am Neo-Marxismus geübten Ideologen“. „Man sammelt Material, heizt ein, beschuldigt den Delinquenten, vom richtigen sozialistischen Kurs abzuweichen, lädt ihn zu einer angeblich großzügigen Rechtfertigungsszene vor, kanzelt ihn ab und wirft dann das Los über ihn“[108].

Auf einem SPD-Parteitag Ende Januar 1970 gelang es dem Vorstand mit knapper Not[109] noch einmal, eine Abstimmung über die Forderung zu vertagen, Littmann wegen Unfähigkeit in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Es bedürfe, so wurde den Delegierten auch von Möller klargemacht, noch eingehenderer Untersuchungen, um der Öffentlichkeit einen so gravierenden Schritt erklären zu können. Darauf folgten lautstarke Ankündigungen der Jungsozialisten, Möller bei den wenige Wochen später anstehenden parteiinternen Wahlen die Quittung für seine zögernde Haltung zu geben. Welche Folgen das hatte, war wenige Tage vor dem Unterbezirksparteitag der Presse zu entnehmen: Im Frankfurter SPD-Vorstand bahne sich ein „Stimmungsumschwung“ in Sachen Littmann an; Möller werde sich einem Antrag gegen Littmann nicht länger

105 Balser, Aus Trümmern, S. 298f.
106 Vgl. etwa den Duktus eines Spiegel-Artikels bzw. eines Interviews mit Littmann. Der Spiegel, 16. Dezember 1968 (Nr. 51), S. 62–65. Der promovierte Jurist Littmann war seit 1952 Polizeipräsident in Frankfurt.
107 Zu der Veranstaltung vom Oktober 1969 vgl. Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 466.
108 So kommentierte die *Frankfurter Neue Presse* am 2. Februar 1970.
109 Das Ergebnis der Abstimmung lautete 159 zu 130 Stimmen.

widersetzen und habe bereits Kontakte mit möglichen Nachfolgekandidaten aufgenommen[110].

Der Vorstand hielt es aus taktischen Gründen dennoch für besser, den Fall Littmann an jenem 14. Februar 1970 erst nach den Neuwahlen auf die Tagesordnung zu setzen. Wie die Aktien in der Frankfurter SPD zwischenzeitlich standen, zeigte jedoch die Mehrheit (von 142 gegen 126 Stimmen) für das Vorziehen der Littmann-Debatte. Denn es gehe ja gerade darum, so begründete ein Delegierter, „zu erfahren, wie die Einstellung verschiedener Vorstandskandidaten" hierzu sei[111]. Dem vor allem auch vom Juso-Funktionär Rudzio lautstark vertretenen Antrag, die sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats aufzufordern, Littmann in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, stimmte daraufhin eine breite Mehrheit des Frankfurter SPD-Parteitags zu[112]. Die derart votierenden Genossen meinten, auf diese Weise „Mehr Demokratie (zu) wagen", wie eine Broschüre des SPD-Unterbezirkvorstandes mit scharfer Kritik an Littmann im März 1970 überschrieben war[113].

Nicht nur der liberale Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg warnte aber in einem *Zeit*-Artikel (mit dem Titel „Frankfurter Hexenprozeß") vor einer „Verfassungswandlung der Kommunalverwaltung"[114], die durch den Beschluß gegen die Unabhängigkeit der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder eingeleitet zu werden drohe. Auch andere Medien berichteten überwiegend sehr kritisch über den Vorfall. Die an sich eher linksorientierte *Frankfurter Rundschau* schrieb, dies sei „ein glatter Verstoß gegen das Gesetz und die Hessische Gemeindeordnung"[115]. Diese Bedenken sahen sich noch durch Erörterungen im SPD-Unterbezirksvorstand bestätigt, wonach das Verhalten im Fall Littmann für die Wiedernominierung von Magistratsmitgliedern „ausschlaggebend sein könne"[116].

In der Frankfurter SPD, so hieß es in einer weiteren bemerkenswerten Analyse der *Neuen Presse*, „vollzieht sich offenbar von unten her ein durchgreifender Wandel". Radikale Gruppen seien dabei, „andere Mehrheitsverhältnisse zustande zu bringen und auf der Delegiertenebene neue Fakten zu schaffen." Fairness und Verständnis für den andersdenkenden Parteifreund, so fürchtete der Kommentator, würden durch eine „kalte Kadertechnik" ersetzt, mit der eine Minderheit „an der Machtergreifung" arbeite, um der traditionellen Frankfurter Sozialdemokratie „bisher ungewohnte Perspektiven" aufzuzwingen[117]. Jedenfalls war aus den Orts-

110 Streeck, Parteiensystem, S. 118f. Allerdings hatte Möller einen Wechsel auf dem Stuhl des Polizeipräsidenten schon länger für nötig gehalten, so daß der jungsozialistische Druck in der Sache für ihn nur noch den letzten Anstoß bedeutete. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Mai 1970.

111 Streeck, Parteiensystem, S. 120.

112 Das Ergebnis lautete 258 zu 105 Stimmen. SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main, Mehr Demokratie wagen, Bl. 41; Frankfurter Rundschau, 16. Februar 1970.

113 SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main, Mehr Demokratie wagen. Vgl. hierzu auch die späteren Attacken der CDU: IfSG: „Die Selbstherrlichkeit der Frankfurter SPD schlug unserer Stadt tiefe Wunden!" Dokumentation der Stadtverordnetenfraktion der CDU Frankfurt am Main im September 1972. Stichwort: Imperatives Mandat,

114 Ebd.

115 Vgl. den Leitartikel „Die Partei hat immer Recht" in der Frankfurter Rundschau, 17. Februar 1970.

116 Vgl. Frankfurter Neue Presse, 18. Februar 1970.

117 Frankfurter Neue Presse, 2. Februar 1970.

vereinsversammlungen immer wieder zu hören, wie konsequent die Jungsozialisten dort Geschäftsordnungsdebatten entfachten, die sich bis nach Mitternacht hinzogen, um erst dann, „wenn die Nichtstudenten nach Hause gegangen sind, weil sie am nächsten Morgen arbeiten müssen“[118], die Wahlen durchführen und in ihrem Sinne gestalten zu können. „Es gibt“, so resümierte die *Neue Presse*, „bereits viele unter Frankfurts Sozialdemokraten, die gegenüber den jungen Radikalitäten den Kopf einziehen und schweigen. Sie wollen nicht wahrhaben, daß sie die nächsten sein könnten, die zur Hexenverbrennung geführt werden. […] Da wird heute Littmann gestürzt, morgen ist dann der Oberbürgermeister – was schon viele befürchten – an der Reihe. Übermorgen wird dann Georg Leber aus seinem Wahlkreis verdrängt und eines Tages ist dann den neuen Herren der innerparteilichen Macht selbst Walter Möller nicht mehr links genug.“[119]

Was die personalpolitischen Konsequenzen des Linksruckes anbelangte, so sollten sich diese Prognosen zwar nicht alle im Detail bestätigen, aber doch zumindest in der Richtung. Der neue, auf dem Anti-Littmann-Parteitag Mitte Februar 1970 gewählte SPD-Vorstand war „lupenrein links“[120]. Selbst Joseph Lang alias „Jola“, graue Eminenz der Frankfurter SPD und enger Vertrauter des Vorsitzenden Möller, erhielt bei den Wahlen – als letzter von 11 Beisitzern – einen Dämpfer. Sein deutlich schlechteres Abschneiden als in den Vorjahren galt als „Quittung für sein Bemühen, auch den ‚rechten‘ Flügel, dem er selbst nicht angehörte, am Führungsgremium der Partei zu beteiligen“. Zudem wurde mit Christel Guillaume die letzte „Rechte“ aus dem Vorstand geboxt, während vor allem die äußerste Linke wohl auch vor dem Hintergrund der Diskussionen um Littmann an Boden gewann. Jedenfalls entfielen die meisten Stimmen bei den Beisitzern auf Rudzio, der Littmann besonders heftig attackiert hatte. Der Leiter des Frankfurter Jugendamtes, Herbert Faller, der deutlich für die Jusos Partei ergriffen hatte, wurde ebenfalls – wie Karsten Voigt – mit einem sehr guten Ergebnis in den neuen, weitgehend von Jusos beherrschten Vorstand gewählt[121]. Möller selbst, der im Fall Littmann aus Juso-Sicht gerade noch rechtzeitig beigedreht hatte, sah sich mit einem passablen Ergebnis (270 von 374 Stimmen) als Vorsitzender bestätigt[122].

Und Brundert? Der Oberbürgermeister war bereits Ende November 1969 in der Stadtverordnetenversammlung sichtlich auf Distanz zu seinem Polizeipräsidenten gegangen. Auf die Frage eines NPD-Politikers, ob er Littmanns Auffassung teile, bei der Vietnam-Demonstration am 15. November habe es sich um ei-

118 So berichtete Stadtverordneter Adalbert Sigulla auf einer Sitzung des „rechten“ Arbeitskreises „Godesberger Programm“. Frankfurter Rundschau, 8. Juli 1970.

119 Frankfurter Neue Presse, 2. Februar 1970.

120 So lautete die Schlagzeile in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 16. Februar 1970.

121 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Februar 1970. Faller war bereits Mitte 40, aber den Jusos insofern verbunden, als sich der Arbeitersohn seit seinem SPD-Eintritt 1946 „linksaußen in der SPD“ engagiert hatte. „Partei und Pädagogik“ liefen im Leben Fallers „immer nebeneinander“. Nach einer Ausbildung zum Wohlfahrtspfleger und einer Dozentur am Mannheimer Arbeiterwohlfahrtsseminar für Sozialberufe war er 1959 ans Frankfurter Jugendamt gekommen und dort sechs Jahre später zum Amtsleiter aufgestiegen. Gefragt, ob er Kommunist sei, sagte Faller, dies treffe „nur insofern“ zu, als er sich eine gesellschaftliche Ordnung wünsche, in der das Jugendamt nicht immer wieder ausbügeln müsse, was die „Prinzipien des Profits“ anrichten würden. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Oktober 1970, zit. nach: IfSG: S 2/5843.

122 Streeck, Parteiensystem, S. 121.

nen „Aufstand der Unterwelt“ gehandelt, antwortete Brundert, dies sei einheitlich nicht die Meinung seines Magistrats[123]. Zum Vorgehen des SPD-Parteitags vom Februar 1970 gegen Littmann äußerte der Oberbürgermeister „auf Befragen“ durch den neuen UB-Vorstand am 21. Februar: Die „Willensentscheidung“ des Parteitages gegen Littmann müsse die SPD-Magistratsgruppe „als Verpflichtung zur Durchführung übernehmen“[124]: „Nach dieser Erklärung“, so vermerkt das Protokoll, schlug „der Genosse Möller den Genossen Brundert zur Wiederwahl vor“.

Obwohl Brundert, um seine Haut zu retten, also auch bereit gewesen wäre, Littmann noch vor seiner eigenen Wiedernominierung für das Amt des Oberbürgermeister durch die Partei zu entlassen, kam es dazu nicht. Denn nicht nur die Medien hatten bundesweit mit Empörung auf die Vorgänge in der Frankfurter SPD reagiert, auch die „Baracke“ in Bonn war alarmiert. Wenige Tage nach dem Beschluß des Unterbezirks sprach der SPD-Bundesvorsitzende Brandt mit Brundert, dann zitierte er auch Möller nach Bonn, um zu klären, ob zwischen der Entscheidung im „Fall Littmann“ und der Wiederwahl Professor Brunderts ein Junktim bestehe. Was die SPD-Spitze von den Frankfurter Genossen erwartete, machte vor allem Herbert Wehner so deutlich, wie es seiner Art entsprach: Wenn eine Parteigliederung einer Fraktion etwas „gegen ihr Gewissen“ befehlen würde, so sei dies „verfassungswidrig und würde die Bundesrepublik in eine Lage bringen, die von einer Diktatur nicht weit entfernt sei“[125].

Angesichts des massiven Gegenwindes aus Bonn setzte der SPD-geführte Magistrat den Fall Littmann von seiner Tagesordnung wieder ab. Der Unterbezirksvorstand hatte bereits vorher, am 21. Februar 1970, Brundert bei sechs Enthaltungen zur erneuten Nominierung vorgeschlagen. Am 27. Februar schloß sich der Parteitag dem Votum des Vorstands mit breiter Mehrheit an[126]. Den Oberbürgermeister aber, der sich in den Kerkern der DDR ein schweres Leberleiden zugezogen hatte, warfen die Kämpfe um Littmann und um seine eigene Wiederwahl aufs Krankenlager. Obwohl die Stadtverordnetenversammlung am 19. März 1970 den in der Klinik liegenden Oberbürgermeister mit einer Dreiviertel-Mehrheit für weitere sechs Jahre im Amt bestätigte[127], fragte sich jetzt mancher: „Wer entscheidet im Römer?“[128] Nicht nur, daß der kranke Brundert sich in einer schriftlichen Erklärung zu seiner Wiederwahl vor den 68ern in der SPD verbeugt und geäußert hatte, er würde es „außerordentlich begrüßen“, wenn an der Gestaltung des „geistigen und kulturellen Lebens“ der Stadt „gerade der heute kritische Teil der Jugend

123 Auszug aus dem Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 27. November 1969, Frage 152. Zit. nach: SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main, Mehr Demokratie wagen, Bl. 24.

124 AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 167), Protokolle 1968, 1969, darin gelber Umschlag „Möller“ mit Vorstandsprotokollen von 1970, hier: Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung vom 21. Februar 1970. Der Bruch zwischen einem politischen Beamten und der Mehrheitspartei, so Brundert, sei ein „relevanter Sachgesichtspunkt“, den der Magistrat, natürlich im Einklang „mit rechtsstaatlichen Prinzipien“, berücksichtigen müsse. Streeck, Parteiensystem, S. 20.

125 Ebd., S. 140f.

126 Das Ergebnis lautete: 246 zu 61 Stimmen, bei 27 Enthaltungen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23., 27. und 28. Februar 1970.

127 Balser, Aus Trümmern, S. 297; Felsch, Aus der Chef-Etage, S. 80.

128 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 1970.

positiv mitarbeiten würde“[129]. Vielmehr war die Wahl des Rathauschefs erstmals nicht von dem wählenden Gremium, der Stadtverordnetenversammlung, bestimmt worden, sondern – ein kleiner Unterschied, wie die *Frankfurter Allgemeine* süffisant anmerkte – von einem Parteitag. Nachdem Anfang März der Juso-Vorsitzende von Hessen-Süd, Gert Lütgert[130], den Abgeordneten als Beauftragten nicht der Wähler, sondern der politisch organisierten Wählerschaft – der Partei – definiert hatte, müsse sich der Bürger künftig wohl am besten nicht mehr an den Stadtverordneten seines Bezirks wenden, sondern an „das örtliche SPD-Büro oder gar das der Jungsozialisten“ als auch kommunalpolitischer Schaltstelle[131].

Das imperative Mandat, das beim Umfallen der Mehrheit der SPD-Magistratsgruppe im Konflikt um eine Vietnam-Demonstration in der Paulskirche Mitte März 1970 ebenfalls eine Rolle gespielt hatte[132], griff in der Frankfurter SPD nach dem Tod Brunderts am 7. Mai 1970 weiter um sich[133]. Walter Möller, am 26. Mai von einem Parteitag eindrucksvoll als neuer Oberbürgermeister nominiert[134] und am 9. Juli von einer ganz großen Koalition aus SPD, CDU und FDP in der Stadtverordnetenversammlung gewählt[135], sorgte nämlich gleich in einer seiner ersten Amtshandlungen im Magistratsrat dafür, daß der Wille des SPD-Unterbezirks exekutiert und Polizeipräsident Littmann in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde[136]. Die SPD-Fraktion beschloß zudem am 1. Juli 1970 mit hauchdünner Mehrheit, auch den Innendezernenten Kiskalt nicht zur Wiederwahl vorzuschlagen, nachdem der UB-Vorstand sich wenige Tage vorher einstimmig gegen ihn ausgesprochen hatte[137].

[129] IfSG: Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, Nr. 13, vom 28. März 1979, S. 104.

[130] Der 1937 geborene Lütgert hatte nach einem Realschulabschluß eine Ausbildung im Öffentlichen Dienst absolviert und war 1963 Gewerkschaftssekretär beim IG-Metall-Vorstand in Frankfurt geworden. Im Dezember 1970 zog er – unbeschadet seiner Einstellung zum imperativen Mandat – für die SPD in den Hessischen Landtag ein, dem er bis 1995 angehörte. Danach wurde er Vorsitzender des Verwaltungsrates des Hessischen Rundfunks.

[131] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 1970. Anders als die südhessischen Jungsozialisten vertrat der Vorsitzende der SPD Hessen-Süd, Ministerpräsident Albert Osswald, aber den Standpunkt: „Es gibt keinen Zwang der Partei gegenüber ihren Mandatsträgern.“ Frankfurter Rundschau, 21. März 1970.

[132] Der Magistrat hatte am 16. März vormittags zunächst beschlossen, den Antrag einer kommunistisch beeinflußten Vietnam-Initiative auf Genehmigung einer Veranstaltung in der Paulskirche abzulehnen. Nachdem am Abend der SPD-Unterbezirksvorstand seinen Unmut über diesen Beschluß geäußert hatte, mußte der Magistrat auf Antrag der SPD am 18. März zu einer Sondersitzung zusammentreten, um den Beschluß – gegen die Stimmen der CDU – zu revidieren. Frankfurter Rundschau und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. u. 21. März 1970; Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 488f.

[133] Zur theoretischen Diskussion um den Anfang der 1970er Jahre nicht nur in Frankfurt umkämpften Begriff vgl. zum Beispiel: Guggenberger, Utopische Freiheit; Bermbach, Repräsentation; oder Harbeck, Das imperative Mandat.

[134] 276 Delegierte votierten für Möller, gegen ihn 43. Ähnlich war die Zustimmung vorher im Beirat des SPD-Unterbezirks ausgefallen. AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 153), Fraktionsvorstand [etc.], hier: Protokoll der Sitzung des Beirates vom 20. Mai 1970.

[135] 64 Stadtverordnete stimmten für, 13 gegen Möller.

[136] Einige Tage vorher hatte Möller bereits im SPD-Vorstand angekündigt, diesen Schritt im Magistrat beschließen lassen zu wollen. AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 167), Protokolle 1968, 1969, darin gelber Umschlag „Möller“ mit Vorstandsprotokollen von 1970, hier: Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung vom 6. Juli 1970, TOP 2.3. Vgl. auch Balser, Aus Trümmern, S. 302. Littmann trat daraufhin aus der SPD aus und empfahl, bei den Landtagswahlen CDU zu wählen.

[137] Balser, Aus Trümmern, 303f. Vgl. auch AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 167), Protokolle 1968, 1969, darin gelber Umschlag „Möller“ mit Vorstandsprotokollen von 1970, hier: Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung vom 6. Juli 1970, TOP 4.1.

Die Kritiker, die in Möller quasi den Kandidaten der Jusos erblickten und sich die bange Frage stellten, ob einer, der die deutsche Gesellschaft „zu einem größeren Sozialismus hin verändern will, unverkrampft für eine Stadt einstehen" könne, die mit Banken, Industrie und Handel von dem reibungslosen Funktionieren des gegenwärtigen Wirtschaftssystem abhänge[138], fühlten sich durch Möllers Verhalten zunächst bestätigt. Nicht nur CDU-Landesvorsitzender Alfred Dregger hatte seine Parteifreunde am Main vor Möller gewarnt, der „nicht in der liberalen Tradition der Frankfurter Oberbürgermeister" stehe[139], auch SPD-Chef Brandt, so hieß es, habe starke Bedenken gegen den „radikalen linken Parteivertreter", dessen Politik als Rathauschef den Behauptungen von Unionsseite über einen Linksruck der SPD neue Nahrung geben würde[140]. Am rechten Rand der Frankfurter SPD, wo man Möller für einen APO-Mann hielt, hieß es gar: „Jetzt kommt das Gesindel an die Macht"[141]. Welche Erwartungen sich von links an den neuen Rathauschef richteten, hatte ein Telegramm an Möller kurz vor seiner Wahl drastisch dokumentiert: „Es lebe die sozialistische Republik Frankfurt am Main"[142].

Der neue Oberbürgermeister suchte aber noch in seiner Antrittsrede derartige Hoffnungen bzw. Befürchtungen zu zerstreuen: Es werde keine sozialistische Republik geben, sondern eine „systemimmanente" Verwaltung der Stadt. Nicht nur wegen der Frage der Nachfolge Littmanns im Amt des Polizeipräsidenten eckte Möller tatsächlich rasch mit alten Juso-Gesinnungsfreunden an, sondern auch wegen seiner zunehmend härteren Haltung gegenüber der Hausbesetzerszene. Die Besetzung des ersten Hauses im Frankfurter Westend im September 1970 hatte Möller noch als „Denkanstoß" gegen das von der (Bundes-)CDU zu verantwortende, inakzeptable Bodenrecht begrüßt – so wie er insgesamt Utopien als Ausdruck „schöpferischer Phantasie" für notwendig hielt[143]. Nach der dritten Hausbesetzung rückte er im Oktober angesichts der Forderungen von Hausbesitzern und des erwarteten Umschwenkens der öffentlichen Meinung von dieser Position wieder ab[144]. Auf einem SPD-Parteitag Ende November 1970 ließ Möller keinen Zweifel daran, daß er weitere Hausbesetzungen mißbillige. Er geißelte diese im Einvernehmen mit seinem neuen Polizeipräsidenten ausdrücklich als „Straftatbestand"[145].

138 Frankfurter Neue Presse, 15. Mai 1970.
139 Frankfurter Rundschau, 26. Mai 1970.
140 Frankfurter Neue Presse, 14. Mai 1970.
141 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Mai 1970.
142 Frankfurter Rundschau, 11. Juli 1970.
143 Was bleibt, S. 31ff. Daß Möller dabei auch den Unterbezirksvorstand an seiner Seite wußte, dokumentiert dessen Presseerklärung vom 22. September 1970, die „volles Verständnis" für die Hausbesetzer zum Ausdruck brachte. AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 167), Protokolle 1968, 1969, darin gelber Umschlag „Möller". Zur Reaktion der SPD vgl. auch Kraushaar, Fischer in Frankfurt, S. 45.
144 AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 167), Protokolle 1968, 1969, darin gelber Umschlag „Möller" mit Vorstandsprotokollen von 1970, hier: Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung vom 19. Oktober 1970, TOP 3.
145 Balser, Aus Trümmern, S. 307. Nach einer Häuserschlacht Ende September 1971 mit Dutzenden von Verletzten revidierte Möller seine Politik abermals; die Gesundheit von Polizisten und Protestierenden sei ihm zu schade, um sie für die Interessen von Hausbesitzern aufs Spiel zu setzen, die ihre aus dem Eigentum resultierenden sozialen Verpflichtungen nicht erfüllten. Kraushaar, Frankfurter Schule, Bd. 1: Chronik, S. 510.

Schon einige Wochen vorher hatte Möller die städtische Polizei angewiesen, künftig „angemessen einzuschreiten“[146] und an die SPD-Unterbezirksdelegierten appelliert, „ihre Kritik an der Polizei zu differenzieren“. Auch ansonsten sollten sie die Forderungen für Reformen in der Stadt nicht „zu hoch zu schrauben“: „Frankfurt liege eingebettet in ein mit der EWG verflochtenes Wirtschaftssystem, die Stadt befinde sich in einem scharfen Wettbewerb mit anderen Städten und müsse versuchen, sich in der herrschenden Wirtschaftsordnung zu behaupten.“ Bestimmte Kräfte von außen bekomme man „mit den Mitteln einer Kommunalverwaltung nicht in den Griff“. Gerade auch das „Gesetz des höchsten Profits an Grund und Boden“ könne nur von Bonn geändert werden[147]. Möller brauchte gar nicht explizit zu sagen, gegen wen sich derartige Argumente richteten, denn jeder wußte, wie vehement die Frankfurter Jusos für eine „sozialistische Bundesrepublik in einem sozialistischen Westeuropa, etwa nach jugoslawischen Vorbildern“ eintraten[148] und welch intensive Kontakte zwischen dem linken Flügel der Frankfurter SPD und dem Sozialistischen Bund in Zagreb bestanden[149].

Je mehr der starke Mann der SPD aus der Erfahrung des Oberbürgermeisteramtes heraus in die (linke) Mitte rückte[150], desto deutlicher schien sich auch der Linkskurs des Unterbezirks insgesamt abzuschwächen. Dies zeigte sich bei der Wahl von Möllers Nachfolger an der Spitze der Frankfurter SPD, die der Rathauschef aufgrund der Fülle seiner kommunalpolitischen Aufgaben künftig nicht mehr selbst führen mochte. Denn es setzte sich Mitte September 1970 der 35jährige Bundestagsabgeordnete Fred Zander mit knapper Mehrheit gegen den weiter links stehenden Juso-Intimus Herbert Faller durch. Zander wurde zwar auch „zum linken Parteiflügel“ gezählt, spätestens seit ihm seine Aktivitäten gegen die Genossen Leber und Schmitt-Vockenhausen im Streit um die Notstandsgesetze 1968 ein Parteiordnungsverfahren eingebracht hatten. Doch andererseits war der gelernte KfZ-Mechaniker mit Volksschulabschluß schon aufgrund seines beruflichen Werdegangs „frei von intellektueller Realitätsferne“[151].

146 AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 167), Protokolle 1968, 1969, darin gelber Umschlag „Möller“ mit Vorstandsprotokollen von 1970, hier: Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung vom 19. Oktober 1970, TOP 3.

147 Frankfurter Neue Presse, 11. September 1970.

148 Vgl. etwa das Interview Karsten Voigts mit der *Welt* vom 29. Dezember 1969 sowie Frankfurter Neue Presse, 2. Februar 1970. Voigt fühlte sich von der *Welt* falsch zitiert, äußerte aber etwa in einem Presseinterview Ende 1970 (Der Spiegel, 21. Dezember 1970, Nr. 52, S. 31) abermals, die in Jugoslawien angestrebte Arbeiterselbstverwaltung könne „uns anregen“. Im Juni 1970 scheute Voigt auch nicht davor zurück, sich trotz der Bedenken in der SPD an der Spitze einer Juso-Delegation mit dem SED-Chef Walter Ulbricht in Ostberlin zu treffen. Oberpriller, Jungsozialisten, S. 177.

149 AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 167), Protokolle 1968, 1969, darin gelber Umschlag „Möller“ mit Vorstandsprotokollen von 1970, hier: Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung vom 5. Mai 1970, TOP 7. Vgl. im selben Faszikel auch die Einladung zu einem Internationalen Politischen Seminar vom 29. 9. bis zum 5. 10. 1970 in Jugoslawien zum Thema „Jugoslawiens Weg zum Sozialismus“.

150 Vgl. auch die Einschätzung Börnsens, Innerparteiliche Opposition, S. 73, bezüglich des „Anpassungsprozesses, der sehr schnell zwischen der regierenden Alt-Linken und den Bonner SPD-Ministerien“ stattfand.

151 Frankfurter Neue Presse, 11. September 1970. Zur Vita Zanders vgl. auch die Unterlagen in IfSG: S 2/6637.

Was gegen Zander sprach, hatte ein Vorstandsmitglied der Jungsozialisten in aller Offenheit bekannt: „Wir müssen Fred Zander ständig unter Druck halten, nachdem wir ihn nach Bonn geschickt haben". Diesen Druck aber könne man besser ausüben, wenn Zander nicht gleichzeitig mit der Machtfülle des UB-Vorsitzes ausgestattet sei. In Frankfurt brauche es einen Parteichef, der Gewähr dafür biete, „daß die linke sozialistische Politik" fortgeführt werde. Zander aber galt, nachdem er z. B. den von der Bundesregierung geplanten Konjunkturzuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer verteidigt hatte, in dieser Hinsicht als unsicherer Kantonist[152].

Der Erfolg Zanders gegen Faller war ebenso bemerkenswert wie der Gesamteindruck, den Beobachter des Parteitages gewannen: Daß „die Fraktion selbstbewußter gegenüber der Partei" werde und nicht länger gewillt sei, deren Forderungen „gleichsam als Stimmvieh im Römer über die Bühne zu bringen". Vor allem Martin Berg, bislang Geschäftsführer und designierter neuer Vorsitzender der SPD-Fraktion, wehrte sich an der Seite seiner Stadtverordnetenkollegen energisch gegen Parteitagsanträge, die „bis ins kleinste Detail hinein festlegten, was die Mandatsträger, unbeschadet der Möglichkeit ihrer Verwirklichung" beschließen sollten. Und auch Möller zeigte den Delegierten – es ging um eine neue Arbeitsgruppe für den Umweltschutz im Römer – ganz deutlich ihre Grenzen auf: Sie könnten nicht beschließen, wie der Magistrat seine Aufgaben zu verteilen habe. Die Anträge des Unterbezirks wollte Möller – unterstützt von einem besorgten Stadtkämmerer – lediglich als „Willensäußerung der Partei" verstanden wissen, nicht aber als „konkreten Auftrag zur umgehenden Verwirklichung an Magistrat und Fraktion"[153].

Kein Zweifel also, die Wucht der öffentlichen Kritik am imperativen Mandat, gerade auch dann, wenn sie aus dem linken Lager selbst kam, hatte bei allen ideologisch nicht völlig fixierten Genossen am Main Spuren hinterlassen. Der Politikwissenschaftler Udo Bermbach wies treffend darauf hin, daß die Vorstände der demokratischen Parteien selbstverständlich auf allen Ebenen über Chefärzte, Amtsleiter oder Sparkassendirektoren berieten und beschlössen; doch es müßten die Vorstände sein und es dürfe nicht öffentlich geschehen. Gegen dieses Prinzip habe die linke Mehrheit des Frankfurter SPD-Unterbezirks verstoßen, dessen Littmann-Beschluß vor allem wegen der antiautoritären Komponente seines Zustandekommens problematisch sei[154]. Den zentralen Kritikpunkt formulierte der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis, damals selbst (noch) Mitglied der SPD, auf einer Podiumsdiskussion in Frankfurt. In der dortigen SPD, so sagte er, gebe es schon länger einen bei der Notstandsdebatte besonders deutlich gewordenen „illiberalen Grundzug". Geßlerhüte aufzustellen und „die Wiederwahl von Mandatsträgern von der Erfüllung bestimmter Parteiforderungen abhängig zu machen", sei zwar nicht illegal, aber „illegitim"[155].

[152] Frankfurter Neue Presse, 19. September 1970. Vgl. auch das Protokoll des Parteitages vom 18./19. September 1970 im AdsD: SPD-UB Frankfurt (Nr. 158), Kommunalpolitischer Parteitag [etc.].
[153] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. September 1970.
[154] Bermbach, Probleme des Parteienstaates, S. 353ff., sowie Streeck, Parteiensystem, S. 129f.
[155] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. März 1970. Zum Verhältnis zwischen Hennis und der 68er-Bewegung vgl. auch das fünfte Kapitel der Arbeit von Schlak, Wilhelm Hennis.

Da sich diese Überzeugung sowohl in der öffentlichen Meinung wie in der SPD letztlich durchsetzte, zogen einige der am imperativen Mandat orientierten Frankfurter Jungsozialisten ein resignatives Fazit: Sylvia und Wolfgang Streeck, Jahrgang 1947 bzw. 1946, beide Soziologen[156], handelten den Fall Littmann in einem zwei Jahre nach den Ereignissen bei Suhrkamp erscheinenden Büchlein unter dem Titel „Über die Folgenlosigkeit politischer Beteiligung“ ab[157]. In der Untersuchung zur „Funktionsweise der formaldemokratischen Institutionen politischer Willensbildung im organisierten Kapitalismus“[158] kamen sie zu dem Schluß, der Fall Littmann sei gar kein Einbruch „in die Stabilität des Status quo“; die gesamtgesellschaftlichen Abwehrmechanismen seien stärker gewesen, der „Herrschaftsanspruch der Repräsentanten über die Repräsentierten“ stehe immer noch auf sicherem Boden[159]. Dieser Einschätzung lag zwar eine allzu kritische Sicht auf den eigenen „Teilerfolg“ zugrunde[160], ganz falsch war sie aber nicht. Die selbsterklärten Systemveränderer von links waren auf dem Marsch durch die Frankfurter Institutionen in einem äußerst schwierigen Gelände angekommen und traten erst einmal auf der Stelle. Die politische Kultur innerhalb der Sozialdemokratie hatten sie aber bereits gehörig verändert, wie ein sozialliberaler Beobachter Ende Februar 1970 festhielt. Im Umgang mit Andersdenkenden seien die Jusos nicht gerade liberal. „Ihr Dogmatismus, ihre Intoleranz, ihre teilweise intellektuelle Arroganz, aber auch ihre Humorlosigkeit (Mangel an Abstand zu sich selbst)“ würden viele Genossen „verprellen“[161].

„Mit den Mitteln des SDS“? Die „Gruppe 70“ in der CDU

Bei der SPD schien mit Beginn der Amtszeit Möllers im Sommer 1970 das Schlimmste an innerparteilichen Auseinandersetzungen überstanden. Bei der Frankfurter CDU dagegen ging es vor dem Kreisparteitag Anfang 1971 „mit den Methoden des SDS“[162] erst richtig los. Bei den Herren (und den einstweilen wenigen Damen) der Unionspartei herrschte in der Spätfolge von 1968 zeitweilig fast noch bunteres Treiben als bei den Genossen. Der „Politisierungsprozeß“, den

156 Wolfgang Streeck war auch Mitglied im Vorstand der südhessischen Jungsozialisten.
157 Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 108–144. Für die aufschlußreiche Untersuchung hatten die Autoren auch Interviews mit Walter Möller, Wolfgang Rudzio, Dorothee Vorbeck und Fred Zander geführt.
158 So hieß es im Vorspann auf (der nicht paginierten) S. 2.
159 Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 19, 108.
160 So bedauerten es die Autoren, daß Littmann kurz nach der Wahl Möllers zum Oberbürgermeister von sich aus erklärt hatte, zu Möller kein politisches Vertrauen zu haben; denn damit habe der Polizeipräsident dem Oberbürgermeister „eine Begründung geliefert, mit der er ohne großes Aufsehen […] am 13. Juli vom Magistrat in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden konnte“. Dem sachlichen Konflikt um die „Demokratisierung oligarchischer Führungsstrukturen“ sei so die Spitze gebrochen worden. Streeck, Parteiensystem, S. 144. Allerdings übersieht diese Argumentation, daß Littmann mit seiner Erklärung nur der von ihm ohnehin sicher erwarteten Entlassung zuvorkommen wollte.
161 So die Einschätzung des FDP-Politikers Karl Hermann Flach, zit. nach Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 130.
162 So lautete die Überschrift eines Artikels über die Querelen in der CDU in der Frankfurter Neuen Presse, 19. Februar 1971.

Möller für die SPD schon im Februar 1969 als Reaktion auf Unruhen in der Jugend außerhalb und dann auch innerhalb der Partei konstatiert hatte[163], erfaßte das konservativere Spektrum nur wenig zeitverzögert. Rumort hatte es in der jüngeren Generation der CDU indes schon länger, wobei das „innerparteiliche Demokratiedefizit“ mitsamt der ihm zugeschriebenen Folgen auch in Frankfurt die Diskussion stark beeinflußte[164]. „Im Römer fehlt der Schwung“[165], kritisierte die Junge Union im April 1967 das Mitspielen der CDU als Juniorpartner der herrschenden SPD in der Frankfurter Allparteienregierung.

Die kommunale Dauerliaison wurde zum einen dadurch befördert, daß die CDU am Main nach dem Krieg von katholischen und evangelischen Honoratioren, von ehemaligen Mitgliedern der katholischen Jugendbewegung und der Arbeiter- und Gesellenvereine gegründet worden war. Viele in der von den Sozialausschüssen geprägten Lokalpartei hingen noch lange dem Ahlener Programm von 1947 mit seinem Bekenntnis zum christlichen Sozialismus an[166]. Hinzu kam die Praxis der hessischen Magistratsverfassung mit ihrem Kollegialprinzip in der Stadtregierung, in deren Folge von den sachlichen Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD oft wenig an die Öffentlichkeit drang. Wegen der Vertraulichkeit der Magistratssitzungen erfuhr die Presse prinzipiell auch nicht, wer wie gestimmt hatte[167]. So manchem Jungunionisten fehlte deshalb einfach das „prickelnde Gefühl parteipolitischer Auseinandersetzungen“[168] – ein Empfinden, das durch die ansonsten besonders bewegten Zeitläufte ebenso verstärkt werden mochte wie durch die Offensiven der seit Dreggers Wahl zum Vorsitzenden 1968 ausgesprochen kämpferischen Hessen-CDU[169]. Deren Kommunalpolitische Vereinigung hatte bereits in der Vorbereitungsphase der Gemeindewahlen dieses Jahres nicht nur „die Großstadt entdeckt“, sondern auch den „politisch-ideologischen Charakter“ wichtiger kommunaler Themen wie etwa der Schulpolitik[170].

Um so größer war die Enttäuschung in der Jungen Union, daß der Wahlslogan „Mehr CDU für Frankfurt“[171] nicht richtig an den Wähler gebracht worden sei. Die Führung des Kommunalwahlkampfs sei lasch gewesen, habe „gegen die Aufgabe einer demokratischen Partei verstoßen“ und keine klaren Alternativen aufgezeigt. Aus Protest dagegen und aus der Überzeugung heraus, die CDU sei für die kritische Jugend nicht akzeptabel, verließ der JU-Vorsitzende Ende Oktober 1968,

163 Frankfurter Neue Presse, 24. Februar 1969.
164 Wie sehr dies bundesweit galt, hat etwa auch der damalige niedersächsische JU-Landesvorsitzende Rudolf Seiters hervorgehoben. Krabbe, Parteijugend, S. 171.
165 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. April 1967.
166 Zu den Anfängen der Frankfurter CDU vgl. vorzüglich Rotberg, Zwischen Linkskatholizismus und bürgerlicher Sammlung. Zur Einordnung in den Rahmen der hessischen CDU-Entwicklung: Rüschenschmidt, Gründung und Anfänge.
167 Vgl. das unveröffentlichte Manuskript des CDU-Stadtverordneten Gerhard Ambrosius, 12 Jahre Rathaus, Frankfurt am Main 1972, S. 33f. IfSG: Chroniken S 5/294.
168 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. April 1967.
169 Wolf, Neubeginn und Kampf, v. a. S. 65ff.
170 Vgl. die Überlegungen des stellv. KPV-Vorsitzenden und Landtagsabgeordneten Georg Lindner: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. September 1967.
171 ACDP: KV Frankfurt II-045-138. Niederschrift über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstands am 27. Juni 1968.

wenige Tage nach der Kommunalwahl, die CDU[172]. Die Junge Union rannte auch unter seinem Nachfolger beim CDU-Kreisparteitag gegen eine Wand der älteren Delegierten, als sie Gespräche zwischen CDU und APO als „sinnvoll und notwendig“ forderte und die „unverhältnismäßige Reaktion der Polizei“ bei einigen Studentenunruhen kritisierte[173]. Zwar hatte die CDU für die Stadtverordnetenversammlung die jüngste Mannschaft aller Listen präsentiert – das Durchschnittsalter der sicheren Kandidaten lag bei 42 Jahren[174] –, dennoch ließ sich die „erschreckend geringe Wahlbeteiligung“ und das weitere Abrutschen der CDU von 31,1 auf 29,9% der Stimmen als Ergebnis eines nicht hart genug – gegen die SPD – geführten Wahlkampfes interpretieren[175]. CDU-Bürgermeister Wilhelm Fay widersprach dieser Einschätzung zwar und reduzierte das Problem darauf, daß es eben „ein Wunder“ bräuchte, um der SPD in Frankfurt die absolute Mehrheit der Sitze im Römer zu nehmen. Aber auch im CDU-Kreisvorstand hagelte es Kritik an den im Wahlkampf begangenen Fehlern und an „schlecht besucht[en]“ Versammlungen[176].

Bei der Analyse des enttäuschenden Wahlergebnisses gaben sich Vertreter der JU und andere, über ihre Listenplätze verärgerte Parteimitglieder nicht mit dem Hinweis auf ungünstige Auswirkungen der Bonner Großen Koalition zufrieden. Sie warfen vielmehr abermals die Frage auf, ob die „Mitverantwortung“ der CDU in einer SPD-geführten Stadt „auf ihre Träger abfärbe“ bzw. ob nicht zumindest in der Öffentlichkeit dieser Eindruck entstehen könne. Die Kritik spitzte sich vor allem auf den seit 1965 amtierenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Hans-Jürgen Moog, sowie den Sozialdezernenten (seit 1966) Ernst Gerhardt zu, der seit 1961 CDU-Stadtverbandsvorsitzender war[177]. Ein Antrag der innerparteilichen Opposition, den CDU-Vorsitz künftig von einem hauptamtlichen Posten im Magistrat strikt zu trennen, wurde aber im Dezember 1968 noch mit breiter Mehrheit zurückgewiesen[178].

Und es gab in dieser Zeit noch mehr Beispiele dafür, daß seitens der Basis „laut werdende Kritik an der Parteiführung in schärfster Weise zum Verstummen gebracht wurde“[179]. Der niedergelassene Internist Karl Becker, als gestandener Mitvierziger (Jahrgang 1923) dem JU-Alter schon seit längerem entwachsen, aber wegen der 68er-Revolte in Sorge, daß die gesellschaftlichen Entwicklungen „in ihrem

172 Frankfurter Rundschau, 29. Oktober 1968. Der JU-Vorsitzende Horst Riemer sah die CDU wegen der Konkurrenz der NPD gar auf dem Weg zu einer „Rechtspartei“, in der die nationalen Töne „erschreckend“ zunähmen. Außerdem würde die CDU „ohne Analyse“ den Eindruck erwecken, „als seien alle Demonstranten Angehörige des SDS und somit ‚Demonstrationsverbrecher‘“. Frankfurter Rundschau, 26. Oktober 1968.

173 Frankfurter Rundschau, 29. April 1969.

174 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Juni 1968.

175 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1968. Allerdings war dabei auch zu berücksichtigen, daß in dieser Zeit die rechtsradikale NPD erstarkte und die Konkurrenz am rechten Rand der CDU mit 5,8% der Stimmen in den Römer einzog.

176 ACDP: KV Frankfurt II-045-109. Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstandes am 22. Oktober 1968.

177 Erst im Vorjahr war Gerhardt mit 118 von 139 Stimmen im Amt des Kreisvorsitzenden bestätigt worden. ACDP: KV Frankfurt II-045-109. Niederschrift über die Jahreshauptversammlung am 26. April 1967.

178 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Dezember 1968.

179 „Erklärung der Gruppe 70“, in: Fasz. „Gruppe 70“, Privatarchiv Gerhardt.

Trend immer mehr auf eine marxistisch-sozialistische Veränderung in unserem Staat hinzulaufen", war 1969 dem Frankfurter CDU-Stadtbezirksverband Dornbusch beigetreten[180]. Da der spätere Bundestagsabgeordnete Becker nach Lektüre des Grundgesetzes, des CDU-Parteistatuts und der hessischen CDU-Satzung zu dem Schluß gelangte, daß der demokratische Auftrag in seiner Partei „zu kurz" komme, votierte er gleich auf seinem ersten Kreisparteitag für ein besseres Mitspracherecht der einfachen Mitglieder bei der Aufstellung von Kandidaten für politische Mandate. Doch Becker mußte erleben, wie die Antragsteller „bei dem Versuch dies zu ändern, politisch einfach ins Abseits gestellt, wenn nicht sogar verbal niedergemacht wurden"[181].

Daß es der unruhigen jüngeren CDU-Generation um mehr Demokratie und um weniger linke Ideologie, kaum aber um den Versuch ging, die CDU einfach nach rechts zu rücken, zeigten nicht nur die differenzierten Perspektiven der Parteijugend auf die Studentenbewegung, deren weiterem Kreis einige selbst angehörten[182]. In diese Richtung deuteten auch Mahnworte des CDU-Kreisvorstandes, die JU solle in ihrem Bemühen, den in Frankfurt besonders starken „linksradikalen Schülerorganisationen" entgegenzutreten, „nicht nachmachen, was SDS und andere vorher gemacht" hätten[183]; und ebenso bemerkenswert waren Argumentationsmuster „schwarzer 68er", die nach der verlorenen Bundestagswahl im Herbst 1969 zu hören waren: Die Personalisierung des Kiesinger-Wahlkampfs der CDU mit der Parole „Auf den Kanzler kommt es an" müsse als „faschistoid" charakterisiert werden; die SPD sei heutzutage um so gefährlicher, als die „Zeiten der Ballonmütze und der roten Nelke im Knopfloch" vorbei seien und sich führende SPD-Leute „in Maßanzügen aus London und Hemden aus Paris" präsentierten. Das mache Eindruck, während der CDU immer noch das „Image einer Partei der Bauern und der Frommen" anhafte[184].

Für die wachsenden Kräfte der Modernisierung in der Frankfurter CDU, die sich meist „eher nicht auf Dregger-Kurs" bewegten, sondern „etwas links davon"[185], war der Rubikon endgültig überschritten, als die CDU-Stadtverordneten bei der Wahl eines Brundert-Nachfolgers im Sommer 1970 mehrheitlich sogar die Kröte Möller schluckten und den „harten Linken" mit zum Oberbürgermeister wählten. Der Kreisvorstand der CDU hatte der Fraktion sogar „einstimmig" empfohlen, Möller zum Oberbürgermeister zu wählen, obwohl dieser, wie ein Vorständler monierte, „keine Religion" habe[186]. Die strategischen Überlegungen, die

[180] Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Bd. 12, Karl Becker, S. 65.
[181] Ebd., S. 67
[182] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Februar 1971.
[183] ACDP: KV Frankfurt II-045-109. Niederschrift der Sitzung des Kreisvorstandes vom 22. März 1969. Allerdings waren damals auch führende CDU-Kommunalpolitiker wie Bürgermeister Fay der Überzeugung: „Die alten Zeiten des Rohrstockes sind vorbei. Es ist die Zeit des Gesprächs, der Partnerschaften gekommen". Mainkurier (CDU-Wahlkampfblatt), September 1968, in: ACDP: KV Frankfurt II - 045-184.
[184] Frankfurter Rundschau, 13. Oktober 1969.
[185] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Februar 1971.
[186] ACDP: KV Frankfurt II-045-109. Niederschrift der Sitzung des Kreisvorstandes vom 21. Mai 1970. Bei der geheimen Probeabstimmung über Möller in der CDU-Stadtverordnetenfraktion hatte es dann allerdings nicht nur eine Gegenstimme, sondern auch so viele Enthaltungen gegeben, daß deren genaue Zahl geheim gehalten werden mußte. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Mai 1970.

dahinter steckten, verriet der seit Adenauers Kanzlerzeiten amtierende CDU-Vorsitzende Gerhardt nur intern: Da die Partei schon in Bonn und Wiesbaden über „keine Machtpositionen mehr“ verfüge, müßten die kommunalen „Machtpositionen“ gehalten werden, „die wir haben“; die Frankfurter FDP lauere doch nur darauf, „daß wir eine Dummheit machen, um in die Positionen der CDU einzudringen“[187]. Der Kreisvorstand der JU warf dagegen der CDU-Fraktion ausdrücklich vor, mit Möller den „Apologeten linksextremer Juso-Politik und blinden Parteidiener“ als Rathauschef mitzutragen; dies widerspreche auch „der klaren Linie der hessischen CDU“[188]. Tatsächlich distanzierte sich nicht nur Dregger selbst öffentlich von der Entscheidung der Frankfurter CDU, Möller zu wählen. Auch die Parteizeitung des CDU-Landesverbandes *Hessen-Kurier* zog gegen die unverständliche „Steigbügelhalterrolle“ der Frankfurter Parteifreunde vom Leder[189].

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Römer, Moog, hielt den Kritikern entgegen, „tiefe Unkenntnis über kommunalpolitische Zusammenhänge“ verraten zu haben. Nicht auf einen Kuhhandel habe die CDU sich in Frankfurt eingelassen, sondern einen konstruktiven Beitrag habe sie geleistet, um das Leben in der Stadt und die Dienstleistungen der Stadt auch künftig an christlich-demokratischen Grundsätzen zu orientieren. Kommunalpolitische Arbeit sei „nicht Regierungstätigkeit, sondern […] Ausübung von Verwaltungsmacht“ mit unmittelbarer Auswirkung auf die Bürgerschaft. Deshalb müßten auch CDU-Wähler daran interessiert sein, daß ihre Partei hauptamtlich im Magistrat mitwirke; ein Ende der Zusammenarbeit würde nur die SPD stärken[190]. Da nach der hessischen Kommunalverfassung der Oberbürgermeister im Unterschied zu einem Regierungschef „keine Befugnis der Richtlinien im sachlichen Bereich der einzelnen Dezernate besitze“, würden „seit vielen Jahren erfolgreich wichtige Dezernate, wie z. B. das gesamte Sozial- und Gesundheitswesen, der Wirtschaftsbereich und zahlreiche kommunale Einrichtungen, von Magistratsmitgliedern der CDU gestaltet“[191].

Eben dies bestritten die Jungen vehement. Von „Einfluß der CDU in Frankfurt zu sprechen“, könne angesichts einer absoluten SPD-Mehrheit „wohl nur ironisch gemeint sein“. Daß sich die drei hauptamtlichen CDU-Magistratsmitglieder „günstig für die Stadt Frankfurt und ihre Bürger“ ausgewirkt“ hätten, sei eine „völlig unbewiesene Behauptung“[192]. In einem Argumentationspapier für die Zusammenarbeit mit SPD und FDP im Magistrat beharrte das CDU-Establisment aber an erster Stelle auf den personalpolitischen Konsequenzen dieser Konstellation: Es gebe derzeit „einen gewissen Stand an CDU-Mitgliedern bei städtischen Bedien-

187 ACDP: KV Frankfurt II-045-109. Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstandes vom 21. Mai 1970.

188 Schreiben des JU-Kreisvorstands an die Stadtverordneten und führenden Amtsträger der Mutterpartei vom 3. Juni 1970, in: Fasz. „Gruppe 70“, Privatarchiv Gerhardt.

189 „Radikale auf dem Vormarsch“ war der Beitrag von Alexander Niemetz zu dem Thema überschrieben. Hessen-Kurier, Juni 1970. Zit. bei Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 47.

190 CDU-Pressedienst, hg. von der CDU-Fraktion, 8. Juni 1970, in: Fasz. „Gruppe 70“, Privatarchiv Gerhardt.

191 CDU-Pressedienst, hg. von der CDU-Fraktion, 11. Juni 1970, in: Fasz. „Gruppe 70“, Privatarchiv Gerhardt.

192 Schreiben des JU-Kreisvorstands an die Stadtverordneten und führenden Amtsträger der Mutterpartei vom 3. Juni 1970, in: Fasz. „Gruppe 70“, Privatarchiv Gerhardt.

steten"[193], wohingegen ohne die Mitwirkung der CDU im Magistrat kaum mehr ein Angestellter der Stadt Mitglied der CDU sein würde. Ähnlich wie Moog hielt Kreisvorsitzender Gerhardt dafür, daß die Römerkoalition „keine Koalition im parlamentarischen Sinne" sei, sondern lediglich Zusammenarbeit bei der Verabschiedung der Haushaltspläne und der Wahl der hauptamtlichen Magistratsmitglieder. Bei „allen anderen Entscheidungen" seien „eigenständige Positionen üblich", so daß CDU und SPD in einem „für die Stadt fruchtbaren Wettbewerb" stünden[194].

Die Jüngeren in der CDU, von diesen Argumenten weiterhin nicht überzeugt, versuchten künftig, ihren eigenen Positionen endlich auch machtpolitisch mehr Nachdruck zu verleihen. Bisher war der „Aufstand der Jungen" ergebnislos geblieben, weil sie auf Kreisparteitagen „nur mit einem schwachen Häuflein"[195] an Delegierten vertreten waren und auch in den Bezirksgruppen kaum einflußreiche Positionen bekleideten. Jetzt begannen sie – das Vorbild der beim Marsch durch die Institutionen der SPD so erfolgreichen Jusos unmittelbar vor Augen – , gleichgesinnte Mitglieder zu werben und Fäden innerhalb der CDU zu ziehen: „Wir wollen nicht mehr länger nur Briefe an die Vorstände schreiben, sondern […] uns endlich Einfluß verschaffen"[196].

Zu Drahtziehern einer „Gruppe 70", die sich seit dem Frühjahr 1970 unter konspirativen Umständen zu sammeln begann, avancierten Hans-Detlev von Garnier, Klaus Döll und Alexander Riesenkampff[197]. Riesenkampff und Döll waren Mitte 30, Syndikus der Mineralölfirma Chevron Erdöl der eine, Assessor bei einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bank der andere. Beide waren schon ziemlich weit in der Welt herumgekommen und teilten nicht nur einen ähnlichen beruflichen Hintergrund, sondern auch ähnliche politische Überzeugungen. Döll, 1969 aus New York „ins revolutionäre Frankfurt" gezogen, trat der CDU bei, „um Position gegen die linke Studentenbewegung zu beziehen" und vor allem dem SDS entgegenzutreten[198]. Die politische Motivation des sich liberal verstehenden Riesenkampff lag darin, daß die nach links gewanderte FDP besonders in Frankfurt „die liberalen Grundsätze weitgehend aufgegeben" habe[199]. Der jüngste im Bunde

[193] Argumentationspapier „Zusammenarbeit mit SPD und FDP im Magistrat", S. 1, in: Fasz. „Gruppe 70", Privatarchiv Gerhardt. In dem Papier wurde zudem geltend gemacht (S. 11), daß auch Dregger letztlich die Wahl Möllers gebilligt habe.

[194] Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 91f.

[195] Frankfurter Rundschau, 29. April 1969.

[196] Frankfurter Neue Presse, 19. Februar 1971.

[197] An den späteren Ausgleichsbemühungen mit den etablierten Kräften war neben den drei genannten zudem der 1940 geborene promovierte Rechtsanwalt Hans-Jürgen Hellwig beteiligt. Fasz. „Gruppe 70". Privatarchiv Gerhardt: „Vereinbarung" (maschinenschriftliches Protokoll einer „Zusammenkunft in der Landesgeschäftsstelle" am 22. Februar 1971).

[198] So Döll in einem rückblickenden Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau* am 23. April 1998. Der in einer evangelischen Familie (mit katholischer Mutter) im Ruhrgebiet aufgewachsene Döll hatte in München Jura studiert, in Düsseldorf eine Ausbildung zum Bankkaufmann absolviert und war dann für die Deutsche Bank nach New York gegangen. Nach seinen Frankfurter Jahren arbeitete er im Bereich Wertpapiere und Fonds in Braunschweig und Singapur, konvertierte zum Katholizismus, gab 1990 im Alter von 56 Jahren seine Tätigkeit in der Wirtschaft auf und studierte (bis 1996) Theologie. 2001 wurde er im Deutschen Orden zum Priester geweiht. Der Sonntag, 25. Mai 2001.

[199] So sagte er in einem Interview mit dem ZDF. Fasz. „Gruppe 70". Privatarchiv Gerhardt: Blatt „Reporter/Dr. Riesenkampff […] ZDF, Mittwoch, 3.3.1971". Riesenkampff hatte Jura und

schließlich, der 1945 in einem Treckwagen auf der Flucht vor der Roten Armee geborene von Garnier war Student der Betriebswirtschaftslehre[200]. Er konnte „auf dreijährige Erfahrung im Hochschulkampf gegen den SDS“ zurückblicken und hatte dabei einen „nicht gerade zimperlichen“ Umgang mit der Macht gelernt[201]. Auch deshalb hatte sich von Garnier nicht etwa beim RCDS engagiert, „dessen linke Einstellung“ ihm mißbehagte[202], sondern beim kämpferischen Aktionskomitee Demokratischer Studenten[203]. Garnier war mithin prädestiniert, um zusammen mit Döll und Riesenkampff binnen Jahresfrist „aus einer behäbig dahindämmernden CDU ein streit- und diskussionsfreudiges Forum“ zu machen[204].

Die Hauptantriebskraft der von dem Triumvirat per Schneeballsystem im Freundeskreis gesammelten Truppen, die bis auf wenige Ausnahmen der Alterskohorte zwischen 18 und 35 Jahren angehörten (ein Drittel waren Studenten, ansonsten lag der Schwerpunkt auf den Endzwanzigern)[205], bildete das Unbehagen an der Kommunalpolitik der Frankfurter CDU. Diese würde im Magistrat zwar viele Posten bekleiden, es aber versäumen, eine „echte politische Alternative gegenüber der SPD“ in der Stadt zu bieten, was den „schwarzen 68ern“ gerade „angesichts der extremem Linkstendenzen in der Frankfurter SPD“ unabdingbar schien[206]. Die CDU-Vertreter im Magistrat würden sich z. B. aus Angst vor der linken Presse, dem Hessischen Rundfunk und „den Roten“ scheuen, gegen die von der SPD unterstützte „marxistische Teufelei“ der antiautoritären Kindergärten („Kitas“) vorzugehen[207]. Die alte CDU-Riege, so kritisierten andere Sympathisanten der „Gruppe 70“, habe es auch sträflich unterlassen, die „Beziehungen der SPD zum Sozialistischen Hochschulbund an der Frankfurter Universität“ zu problematisieren: „Warum hätten die Studenten, die diese Beziehungen aufdecken wollten, nicht die Unterstützung der CDU gefunden; warum kontrolliere man nicht, was in dieser Richtung an den Frankfurter Schulen vor sich gehe?“[208]

So ziemlich alles, was der „Gruppe 70“ an der CDU mißfiel, verkörperte der amtierende Kreisvorsitzende und Sozialdezernent Ernst Gerhardt. Der 1921 geborene Kaufmann, vor seiner Tätigkeit als hauptamtlicher Stadtrat kaufmännischer Angestellter und Prokurist der Braun AG, kam politisch aus der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, deren Frankfurter Vorsitzender er zwischen 1955 und

Betriebswirtschaftslehre in München, Bonn, Köln, New York und Philadelphia studiert und mit einer Promotion abeschlossen. 1972 gründete er eine Rechtsanwaltssozietät in Frankfurt. 1985 erhielt der Experte für Kartell- und Wirtschaftsrecht einen Lehrauftrag an der Universität Freiburg i. Br. Zu seinen politischen Aktivitäten: Pauls, Herkommen und Persönlichkeit, S. 263f.

200 IfSG: S 2/7.281.

201 Frankfurter Neue Presse, 6. März 1971. Von Garnier hatte auch im Senat der Universität bereits Gremienerfahrungen gesammelt. IfSG: S 2/7.281.

202 So der Landtagsabgeordnete Borsche laut einem internen Vermerk für Dregger „Vertraulich. Mutmaßungen über Frankfurt“, vom 17. Februar 1971 (gez. Georg), in: ACDP: Nachlaß Dregger I-347-184/1 CDU Frankfurt/„Gruppe 70“.

203 Zu v. Garniers Kandidatur für das Aktionskomitee Demokratischer Studenten bei den Hochschulwahlen im Wintersemester 1968: IfSG: V 112/3, IV, Juli bis Oktober 1968, Bl. 193, 210.

204 Frankfurter Neue Presse, 6. März 1971.

205 Frankfurter Rundschau, 20. Februar 1971; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Februar 1971.

206 „Erklärung der Gruppe 70“, in: Fasz. „Gruppe 70“, Privatarchiv Gerhardt.

207 Frankfurter Rundschau, 29. März 1971.

208 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. März 1971.

1958 gewesen war[209]. Mit seiner „wachsweichen" Haltung gegenüber der SPD, so der Vorwurf der „Gruppe 70", habe er die Frankfurter CDU „politisch kastriert"[210]. Würde Gerhardt nur CDU-Vorsitzender und nicht zugleich Magistratskollege des SPD-Oberbürgermeisters sein, könne er diesen zum Beispiel auffordern, sich mit seinem von Münchner Jungsozialisten attackierten OB-Kollegen Hans-Jochen Vogel solidarisch zu erklären[211]. Auch der Charakter Gerhardts, der „keinen Widerspruch" dulde und nicht mit sich reden lasse, wurde problematisiert[212].

Zu der im Kern auf die Ablösung des Kreisvorsitzenden Gerhardt gerichteten Strategie der jungen Parteirebellen gehörte es vor allem, Bezirksgruppen mit hohen Delegiertenzahlen für den Kreisparteitag unter die eigene Kontrolle zu bringen, wofür generalstabsmäßig Listen mit „Mitgliederstand, Zahl der voraussichtlich zur Hauptversammlung Erscheinenden, Bedarf an Einzuschleusenden und die Sicherheitsmarge, die nötig war, um die Gruppe auf jeden Fall zu übernehmen", angelegt wurden. Je größer der Kreis der Opposition wurde, desto mehr Mühe hatten die Rädelsführer, ihre Gefolgschaft „unter Verschluß zu halten", weshalb z. B. Räume weit vor den Toren der Stadt im Taunus angemietet wurden, um die praktische Durchführung des Aufstands gegen das alte Partei-Establishment bei den Neuwahlen im einzelnen vorzubesprechen: „Handgeschriebene Zettel in der Tasche (‚damit es nicht so auffiel')" sollten „den zumeist politisch Ungeübten die Entscheidung" am Tag X erleichtern[213].

Innerhalb eines dreiviertel Jahres gelang es der „Gruppe 70", ca. 250 neue Mitglieder zu werben[214]. Dabei konnten sie sich den Umstand zunutze machen, daß die CDU-Satzung die Mitgliedschaft auch in einem anderen Basisverband als dem des eigenen Wohnsitzes ermöglichte. So traten viele Freunde der CDU-Reformer „im Taunus und in den Mainniederungen" Frankfurter CDU-Bezirksgruppen bei[215]. Mit diesen 250 Anhängern ließ sich in einem Kreisverband wie der Frankfurter CDU mit seinen vordem nicht einmal 1700 Mitgliedern (davon geschätzte „80 Prozent Karteileichen"[216]) schon einiges bewegen[217]. Bezirksgruppen wie die

[209] Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 275.

[210] So drückte es ein kämpferischer Sympathisant der „Gruppe 70" auf dem CDU-Kreisparteitag im März 1971 aus. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. März 1971.

[211] Zu den „Münchner Verhältnissen", die denen in der Frankfurter SPD stark ähnelten, vgl. die Erinnerungen des angesehenen SPD-Oberbürgermeisters Vogel. Dieser verzichtete am 18. Februar 1971 angesichts einer von der Parteilinken herbeigeführten Ideologisierung und Fraktionierung spektakulär auf eine abermalige Kandidatur. Vgl. Vogel, Die Amtskette, v. a. S. 213–247, sowie Balcar, Politik, S. 371–376.

[212] Vgl. den – Gerhardt in Schutz nehmenden – Brief von Hans Dietz an Hans D. von Garnier vom 21. Januar 1971, in: Fasz. „Gruppe 70", Privatarchiv Gerhardt.

[213] Frankfurter Neue Presse, 6. März 1971.

[214] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Februar 1971.

[215] Stuttgarter Zeitung, 26. Januar 1972, zit. nach der Presseausschnitt-Sammlung im Fasz. „Gruppe 70", Privatarchiv Gerhardt.

[216] So behauptete zumindest einer der Parteirebellen gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 25. Februar 1971. Die sozialdemokratische Konkurrenz, die damals in Frankfurt schon ca. 10 000 Mitglieder zählte, schloß aus den Zahlen der „Karteileichen", daß sich die aktive Mitgliedschaft der CDU auf 300 bis 400 Personen beschränke, „also die Funktionäre mit ihren Familien". Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 150.

[217] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Februar 1971. Nach einer auf das Jahr 1968 bezogenen Statistik waren 83,5% der CDU-Mitglieder Männer, 83,9% älter als 48 Jahre und 71,9% katholisch. Rinsche, Die CDU in den Großstädten, S. 205.

in Goldstein, in denen das Durchschnittsalter 70 Jahre betrug, hatten angeblich seit zwei Jahren nicht mehr getagt; und auch in anderen Basisverbänden wie Gallus oder Bahnhof waren bei Neuwahlen bisher „manchmal weniger Mitglieder zugegen, als gewählt werden sollten“[218]. Dies sollte sich nun gründlich ändern, zumal auch die Altvorderen, als sie der Putschpläne der „Gruppe 70“ inne wurden, ihre Truppen mobilisierten und zum Teil noch während laufender Versammlung mit ihren „Kommandos den Stadtteil nach weiteren Freunden durchkämm[t]en.“[219] Den Erfolg der jungen Parteireformer vermochten sie aber nicht mehr zu verhindern. Im Universitäts- und Wohnviertel Bockenheim, in Sachsenhausen, im Westend, in Niederrad und im Bahnhofsviertel übernahm die junge Riege im Januar und Februar 1971 fünf wichtige Bezirke, die insgesamt 35% der Delegiertenstimmen für den Kreisparteitag in Gesamt-Frankfurt stellten.

Zunächst hatte noch alles nach einer direkten Aktion der JU ausgesehen, als deren Kreisvorstandsmitglied Garnier Mitte Januar den bisherigen Vorsitzenden der CDU-Bezirksgruppe Bockenheim ablöste[220]. Vier Wochen später aber war in Sachsenhausen auch der JU-Kreisvorsitzende Jochem Heumann, ein Jurastudent (Jahrgang 1949), aus dem dortigen CDU-Bezirksgruppenvorstand herausgewählt worden. Zwar teilte Heumann die inhaltliche Kritik der „Gruppe 70“ in wesentlichen Punkten, und er hatte die Nichtbefragung der CDU-Basis vor der Wahl Möllers zum Oberbürgermeister als „Verstoß gegen die innerparteiliche Demokratie“ gewertet[221], doch die Rolle des kalten Frondeurs gegen das Establishment trauten ihm sein JU-Vorstandskollege von Garnier und die anderen Drahtzieher der „Gruppe 70“, überwiegend Personen, die „vorher parteipolitisch noch niemals tätig gewesen sind“[222], offensichtlich nicht zu. Dies hatte fatale Folgen. Denn der abgewählte Heumann lieferte den parteipolitischen Gegnern der CDU das entscheidende Schlagwort zur negativen Bewertung des Vorgangs: Die Aufständischen, so Heumann, wollten aus der Frankfurter CDU „eine Klassenpartei des Adels und der Banken“ machen[223].

Für diese „fast tödliche Klassifizierung“[224] schien zu sprechen, daß in der „Gruppe 70“ neben eher wenigen Taxifahrern und Fleischermeistern die Adeligen und Bankangestellten stark vertreten waren und 22,4 bzw. 17,6% der Gruppenmitglieder stellten. Wenn man berücksichtigte, daß einige Adelige und Bankiers in einer Person waren, ergab sich ein Anteil von fast einem Drittel. Obwohl unter den nicht selten aus dem früheren deutschen Osten vertriebenen Adeligen „viele mausearm“ und unter den Bankiers nur ein leitender Angestellter und fünf Prokuristen waren, erwies sich der Begriff „Adel und Banken“ im linkeren Teil der Me-

218 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Februar 1971.
219 Frankfurter Neue Presse, 6. März 1971.
220 Frankfurter Neue Presse, 21. Januar 1971.
221 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Juli 1970. Auch der hessische JU-Landesvorsitzende bekräftigte Ende Februar 1971 vor seinem Frankfurter Kreisverband, daß „die Ziele der Jungen Union weitgehend mit denen der ‚Gruppe 70‘“ übereinstimmten. Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 161.
222 So das Urteil Walter Wallmanns auf die Frage eines Fernsehjournalisten nach den „politischen Köpfen“ der „Überrumpelung“. Vgl. den Tonbandabschrieb des TV-Beitrags „Samstag, 27.2.1971 – ZDF, Länderspiegel, 17.15 h“, in: Faszikel „Gruppe 70“, Privatarchiv Gerhardt.
223 Frankfurter Neue Presse, 17. Februar 1971.
224 Frankfurter Neue Presse, 6. März 1971.

dien als ausgesprochen imaginationsfördernd. Unter der Zwischenzeile „Gräfliches Flair“ hieß es in der *Frankfurter Rundschau* über die „Bezirksgruppe Adel und Banken im Westend“: „Es schwirrte nur so von ‚Herr Graf‘ und ‚Frau von … ‘“[225]. In der *Zeit* war von der „Machtergreifung“ einer „blaublütige[n] Kampfgruppe“ die Rede und von der „Unionsfreundin Freifrau Schenck zu Schweinskopf“[226], die bei den Wahlen in Frankfurt mitgemischt habe. Der richtige Name, „Schenck zu Schweinsberg“, wäre „für die ‚Zeit‘-Leser natürlich lange nicht so komisch gewesen“[227]. Angesichts des massiven Beschusses auch in der überregionalen Presse wandten sich die Anführer der „Gruppe 70“ gar an den Ex-Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Kiesinger und versicherten ihm, „voll und ganz auf dem Boden des Programms der CDU“ zu stehen[228].

Doch zur Dämonisierung der „Gruppe 70“ trugen nicht nur die „linke Journaille“ und der Frankfurter JU-Vorsitzende bei, sondern auch das Frankfurter CDU-Establishment. Kein geringerer als der schwer in Bedrängnis geratene CDU-Kreisvorsitzende Gerhardt sagte in einem Interview mit der SPD-nahen *Neuen Ruhrzeitung*: „Da sitzt in einer großen Frankfurter Industriefirma ein Kapitalistenknecht, der den ganzen Tag nichts anderes macht, als neue Mitglieder in die CDU einzuschleusen. Das sind Leute, die von ihrem Auftraggeber her eindeutig auf Rechtskurs in wirtschafts- und gesellschaftspolitischem Gebiet festgelegt sind.“[229] Der politisch Interessierte konnte sich aussuchen, ob damit einer der neugewählten CDU-Bezirksgruppenvorsitzenden von der „Gruppe 70“ (Riesenkampff) gemeint war oder Casimir Prinz Wittgenstein, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Metallgesellschaft in Frankfurt, den der *Münchner Merkur* irrtümlich für den Mann hinter den Kulissen gehalten hatte[230].

Gerhardt rechtfertigte seine Insinuationen später damit, daß sich zu diesem Zeitpunkt, mehrere Wochen nach dem Januar-Coup, noch immer keiner als Hauptorganisator der „Gruppe 70“ zu erkennen gegeben hatte. Er hätte jedenfalls „keinen Parteifreund als Kapitalistenknecht“ tituliert, das sei ihm nur nachträglich in den Mund gelegt worden[231]. Pech für Gerhardt war nur, daß ihm zwischenzeitlich schon der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Freiwald[232] beigepflichtet und davor gewarnt hatte, die CDU „ungewollt auf den Weg der DNVP“ zu drängen,

225 Frankfurter Rundschau, 18. Februar 1971.
226 Die Zeit, 26. Februar 1971 („Im Handstreich“).
227 Dies monierte zumindest Joachim Neander in der *Welt am Sonntag* vom 7. März 1971.
228 ACDP: Nachlaß Dregger: I-347-184/1. CDU Frankfurt/„Gruppe 70“. Döll, Garnier und Riesenkampff an Kiesinger, 4. März 1971. Ihre Aktion, so schrieben die Jungpolitiker, habe rein kommunalpolitische Gründe.
229 Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt: Schreiben von Helmut Achterath an Ernst Gerhardt, 5. März 1971, in welchem Achterath den Angeschriebenen „höflich um Mitteilung“ bittet, ob dieses Zitat stimme. Vgl. auch *Der Sozialdemokrat, März 1971*, S. 1, der Gerhardts Bemerkungen gerne zitierte, sowie den *Bayernkurier* vom 27. Februar 1971, der Gerhardts Äußerung „recht seltsam“ fand: „Man merkt, an diesem CDU-Mann ist durch die lange Zusammenarbeit mit der Links-SPD das Vokabular der Jusos nicht spurlos vorübergegangen.“
230 Münchner Merkur, 19. Februar 1971. Vgl. auch das Schreiben von Prinz Wittgenstein an Ernst Gerhardt, 4. März 1971 (in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt), mit dem Wittgenstein Gerhardt mitteilt, daß er den Bericht habe dementieren lassen.
231 Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt: Ernst Gerhardt an G. Newrzella, 9. März 1971.
232 Der 1911 geborene Jurist und Nationalökonom war seit 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages. Beruflich war er vorher als Hauptgeschäftsführer der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie tätig gewesen. Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 273f.

die „wirtschaftshörig und ein bißchen adelsfromm“, Jahr für Jahr mehr Mitglieder verloren hätte. Während Freiwald einstweilen nur um „das Profil der CDU als Volkspartei“ fürchtete[233], kündigte einer der abgewählten CDU-Bezirksgruppenvorsitzenden an: Wenn die Typen von „Adel und Banken“ sich in der CDU weiterhin so breitmachten, „dann werde er noch Sozialist.“ [234]

Auch der CDU-Landesverband Hessen hatte allen Grund, über die Frankfurter Vorgänge alarmiert zu sein, wurden diese doch von der SPD und von ihr nahestehenden Journalisten als Teil eines nicht auf die Mainmetropole beschränkten „Rechtsschwenks“ der hessischen CDU kommentiert. Deren Vorsitzender Dregger hatte auf dem zurückliegenden Programmparteitag der Bundes-CDU im Januar 1971 mit einer kämpferischen Rede die Forderung nach einer Reform der paritätischen Mitbestimmung durchgesetzt[235]. Er galt spätestens seitdem auch in den hessischen CDU-Sozialausschüssen manchen als Lakai der Wirtschaft und des Mittelstands, ja schlimmer noch als jemand, der jenen Kräften in der CDU, die „schon lange gegen alles ‚Linksverdächtige‘ in der eigenen Partei auf der Lauer liegen“, höchstpersönlich grünes Licht gegeben habe: „Und weil Frankfurts CDU-Teppich besonders stark von den Mustern der Sozialausschüsse durchwebt ist, haben die Rechten ihren Reißwolf zuerst hier angesetzt. Man braucht nur die Namen und Neigungen der über Nacht abgewählten CDU-Bezirksgruppenvorsitzenden zu überfliegen, um festzustellen, wie konsequent diese Dolchstoßmethode durchgehalten wird“[236]. Ein Treffen Dreggers mit 100 Großindustriellen und Bankiers, das im Oktober 1970 bei Johann-Philipp Freiherr von Bethmann[237] in dessen Frankfurter „Haus Louisa“ stattgefunden hatte, galt als Schlüsselindiz in der Verschwörungstheorie. Bei dem Treffen wären, wie SPD-Sprecher zu wissen glaubten, die taktischen Schritte für den „neuen Rechtskurs der CDU“[238] und vor allem für den Versuch festgelegt worden, sie „in eine Partei des großen Kapitals umzufunktionieren“[239].

Freunde der SPD im Hessischen Rundfunk wirkten kräftig an dieser Legendenbildung mit. „Einige hundert rechte Neuzugänge“, so kommentierte Wolfgang Bartsch am 20. Februar 1971 in der „Hessenschau“, würden versuchen, „die Reste einer linkskatholischen Tradition, etwa eines Werner Hilpert oder Walter Dirks, zu beseitigen“. Die „rechte Gruppe […] Banken und Adel“ müsse im direkten Zusammenhang mit Dreggers Düsseldorfer Schlag gegen die Sozialausschüsse und die paritätische Mitbestimmung gesehen werden. Käme es jetzt nicht „zur Spaltung“ der Hessen-CDU, dann hätte die von Dreggers Stellvertreter, dem CDA-Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Otto Zink verfochtene Rich-

233 Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 50.
234 Der Sozialdemokrat, März 1971, S. 1.
235 Vgl. Auer, Alfred Dregger, S. 116–121.
236 So die Frankfurter Rundschau, zit. nach einer Presseauswahl des SPD-Blatts *Der Sozialdemokrat*, März 1971, S. 2.
237 Der Sohn des verstorbenen Bankiers Moritz Freiherr von Bethmann leitete das gleichnamige Kreditinstitut und war kulturell unter anderem als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des Freien Deutschen Hochstifts tätig. IfSG: S 2/2706 III. Vgl. auch Bethmann, Bankiers sind auch Menschen.
238 Frankfurter Neue Presse, 19. Februar 1971.
239 So der Sprecher des SPD-Landesvorstandes Wolfgang Reuter. Der Sozialdemokrat, März 1971, S. 2.

tung „endgültig verloren“; dann würde sich der hessische CDU-Landesverband „allein durch das Schwergewicht der Stadt Frankfurt“ noch weiter zu einer rechten Partei „im Stile von Straußens CSU“ entwickeln, die auf lange Sicht keine Chance hätte, Regierungspartei in Wiesbaden zu werden[240].

Mit der Realität hatte diese Verschwörungstheorie wenig zu tun. Gewiß sahen einige der führenden Köpfe der „Gruppe 70“ eine inakzeptable Tendenz in der Frankfurter CDU, „sich von der Mitte weg nach links zu bewegen“; und gewiß auch hatte der große CDU-Erfolg bei den Landtagswahlen im November 1970 mit einer „durch Dregger“ scharf profilierten Partei noch einmal Fragen nach dem schwachen Kommunalwahlergebnis von 1968 aufgeworfen[241]. Doch erstens hatten die Aktivisten der „Gruppe 70“ ihre Mitgliederwerbung bereits ein halbes Jahr vorher – also lange vor dem ominösen Oktober-Termin im Hause Bethmann – begonnen. Zweitens hatte Dregger in seiner Rede dort nichts gesagt, was auf eine rechte Konspiration hindeutete[242], und drittens wäre es, falls am Rande des Treffens Strippen hätten gezogen werden sollen, nicht gerade hilfreich gewesen, ausgerechnet das Hauptobjekt der Unterwanderungsstrategie, den CDU-Kreisvorsitzenden Gerhardt, ebenfalls zu der Veranstaltung einzuladen. Daß Gerhardt dort selbst zugegen war und daß vorher in dem „Hessischen Kreis“ bei Bethmann auch schon ein SPD-Staatssekretär, ja sogar der Marxist Oskar Negt aufgetreten war, paßte freilich ebensowenig zur Theorie einer rechten Verschwörung wie Dreggers erste Reaktion auf den Marsch der „Gruppe 70“ durch die Institutionen der Frankfurter CDU: „Wer hat das angezettelt?“[243]

Auch die Unterschiedlichkeit der Opfer sprach eine klare Sprache: Nicht nur zwei stellvertretende Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse und eine „Vielzahl von Betriebs- und Personalräten“ sowie zahlreiche einfache Sozialausschußmitglieder wurden in den fünf umkämpften Bezirksgruppen aus dem Vorstand herausgewählt[244], sondern etwa auch der stellvertretende JU-Bundesvorsitzende Heinz Riesenhuber[245], die eben erst gegen den Juso-Häuptling Voigt direkt in den Landtag gewählte Abgeordnete Ruth Beckmann oder der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung Ernst Bernauer[246]. Wie aber war das zu erklären, wo doch angeblich der Wirtschaftsflügel der CDU

[240] Das Manuskript des gesendeten Kommentars übersandten Wolf Hanke und Dr. Schult i. V. des Hessischen Rundfunks am 5. März 1971 „an Herrn Stadtrat Ernst Gerhardt“. Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

[241] So der Landtagsabgeordnete Borsche laut einem internen Vermerk für Dregger „Vertraulich. Mutmaßungen über Frankfurt“, vom 17. Februar 1971 (gez. Georg), in: ACDP: Nachlaß Dregger I-347-184/1 CDU Frankfurt/„Gruppe 70“.

[242] Vgl. die Rede Dreggers „vor dem Hauskreis und im Hause des Bankiers Philipp Freiherr von Bethmann am 13. 10. 1970“ in der Dokumentation von Auer, Alfred Dregger, S. 110–115.

[243] Welt am Sonntag, 7. März 1971. Vgl. auch: Der Spiegel, 1. März 1971 (Nr. 10), S. 48 („In der Freßgasse“).

[244] Helmut Link, MdB, an Walter Wallmann, 1. März 1971, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

[245] Dieser bemerkte zu seiner Abwahl, er müsse damit eine Rechnung begleichen, „die er gar nicht verursacht habe“. Interner Vermerk für den CDU-Landesvorsitzenden Dregger „Vertraulich. Mutmaßungen über Frankfurt“, vom 17. Februar 1971 (gez. Georg), in: ACDP: Nachlaß Dregger I-347-184/1 CDU Frankfurt/„Gruppe 70“.

[246] Kreissozialausschuß Frankfurt. Christl.-Demokr.-Arbeitnehmerschaft. Vorstand (H. Link) an „Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde“ (ohne Datum), S. 3, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

mittels der „Gruppe 70“ das Ziel verfolgte, „auch die Frankfurter Union, bisher zu den Sozialausschüssen tendierend, auf den Kurs des Landesvorsitzenden Dregger zu bringen“[247].

CDU-Kreisvorstandsmitglied Freiherr von Bethmann, der in der öffentlichen Debatte neben dem IHK-Präsidenten Fritz Dietz immer stärker als eigentlicher Hintermann der „Gruppe 70“ in Verdacht geriet, weil einige ihrer führenden Mitglieder Angestellte seiner Bank waren, wies dies zurück. Auch inhaltlich zeigte sich von Bethmann nicht mit sämtlichen Forderungen der „Gruppe 70“ einverstanden. Andererseits machte der 1924 geborene Bankier keinen Hehl daraus, daß er deren Versuch, „die Partei zu aktivieren“, voll und ganz unterstütze[248]. Der eigenwillige Christdemokrat war der Ansicht, die Frankfurter CDU werde von Gerhardt „autoritär geführt und manipuliert“[249]. „Wir täten gut daran“, darauf beharrte Bethmann in einem vermittelnden Schreiben an Gerhardt, „wenn wir uns“ mit der Behauptung auseinandersetzten, die Frankfurter CDU sei ein „so verschworener Klüngel […], daß man nur auf Verschwörermanier im Überrumpelungsangriff auf sie Einfluß gewinnen könne“[250]. Die „Klischeevorstellungen“, Bankleute und Adlige seien grundsätzlich reaktionär, hielt der Bankier zudem für „primitiv“. Bethmanns Ansicht nach brauchte die CDU die neuen Mitglieder „wie der Verdurstende das Wasser“. Nicht die politische Richtung werde durch sie geändert, „sondern das Tempo der Arbeit in der Partei“: „Die CDU wird eine Mitgliederpartei – Gott sei Dank. Die gute alte Tante CDU ist tot; was lebt ist die fortschrittliche, kämpferische CDU“[251]. Was der in wirtschaftspolitischen Fragen „radikal-liberal“ eingestellte Bethmann[252] klugerweise nicht sagte, aber vermutlich dachte, war, daß eine gewisse inhaltliche Akzentverschiebung der Frankfurter CDU nicht schaden würde; denn in ihr hatte bislang „kein CDU-Politiker […] politisch Boden unter die Füße bekommen“[253] können, der sich nicht des Wohlwollens der nirgendwo in Hessen ähnlich einflußreichen Sozialausschüsse erfreute.

Bethmanns Weigerung, sich öffentlich ganz auf die Seite der „Gruppe 70“ zu stellen, resultierte mit aus dem Umstand, daß die Art und Weise ihres Vorgehens keineswegs bloß auf der politischen Linken Anstoß erregt hatte. Wenn ausgerechnet die SED-hörige DKP forderte, die „Verfassungsmäßigkeit der CDU“ zu überprüfen, weil Frankfurter CDU-Mitglieder mit ihrem „Putsch“ gegen das Parteiengesetz verstoßen hätten, so war das eher amüsant[254]. Doch auch in der bürger-

247 Die Zeit, 26. Februar 1971.
248 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Februar 1971.
249 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Dezember 1980, zit. nach dem Bestand IfSG: S 2/2706 III.
250 Johann Philipp Freiherr von Bethmann an Herrn Stadtrat Ernst Gerhardt, 25. Februar 1971, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.
251 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. März 1971. Bethmanns Äußerung wird nachvollziehbar, wenn man bedenkt, daß den gut 115 000 SPD-Mitgliedern in Hessen 1970 gerade einmal 26 500 CDU-Mitglieder gegenüberstanden. Handbuch zur Statistik der Parlamente. Teilband II, S. 97ff., Teilband IV, S. 239.
252 1980 verließ Bethmann sogar die CDU wegen deren wirtschaftspolitischem Kurs. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Dezember 1980, zit. nach dem Bestand IfSG: S 2/2706 III.
253 So die Analyse der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 19. Februar 1971.
254 Unsere Zeit, 27. Februar 1971.

lichen Presse fand die „kalte Kader-Taktik der Eroberung von Macht-Positionen“ Kritik[255], ja der „Gruppe 70“ wurde vorgeworfen, bei aller ideologischen Distanzierung von den Jusos „auf der anderen – rechten? – Seite im gleichen Fahrwasser“ zu schwimmen und mit allenfalls formal unanfechtbaren Methoden zahlreiche verdiente (Kommunal-)Politiker der eigenen Partei aus dem Sessel gehoben und beschädigt zu haben[256]. Außerdem hatte die „Gruppe 70“ es im Zuge ihrer Geheimpolitik verabsäumt bzw. versäumen müssen, „in offener Feldschlacht zu sagen, was ihr mißfalle“; und sie war darob zeitweilig in den Verdacht geraten, „ohne ein politisches Programm“ nur im Ziel der radikalen personellen Veränderung vereint zu sein[257].

Als sich der Pulverdampf über den Schlachtfeldern allmählich lichtete und das ganze Ausmaß der „Machtergreifung“[258] durch die „Gruppe 70“ sichtbar wurde, schickte der alarmierte CDU-Landesverband seinen stellvertretenden Vorsitzenden Wallmann als Vermittler an den Main. Nach zwei vielstündigen Sitzungen zwischen je vier Vertretern der „Gruppe 70“ und des amtierenden CDU-Kreisvorstands kam es am 22. Februar 1971 unter „größten Schwierigkeiten“[259] zu einem Kompromiß. Die „Gruppe 70“, die Wallmann vorher schon ins Gebet genommen hatte, akzeptierte trotz anhaltender grundsätzlicher Bedenken „gegen die Verbindung von Amt und Mandat“ die Wiederwahl des Sozialdezernenten Gerhardt zum CDU-Kreisvorsitzenden. Dafür erhielt sie nicht nur die Zusicherung, im kommenden Kreisvorstand „angemessen vertreten“ zu sein (mit Garnier als stellvertretendem Vorsitzenden sowie vier Beisitzern), sondern auch das Wort des Establishments, die im Gang befindliche Neugründung alternativer Basisverbände durch dessen Anhänger auf dem Boden der fünf von der „Gruppe 70“ eroberten Bezirksgruppen „zumindest bis zum nächsten Kreisparteitag“ zu unterlassen[260].

Doch die Schildknappen des alten Vorstands an der Basis wollten sich „auch von gewissen Komproßmißbereitschaften“ ihrer Führung „zunächst nicht umstimmen“ lassen[261], zu weit waren ihre Bemühungen schon gediehen, „diese Leute“ von der Gruppe 70 „mit ihren eigenen Waffen [zu] bekämpfen“[262]. Gerhardt sah sich seitens der Hardliner in seinen Reihen gar mit dem Vorwurf konfrontiert,

255 So in einer rückblickenden Betrachtung die Frankfurter Neue Presse, 27. September 1971.
256 „FAZ: Recht suspekte Methoden“. Pressespiegel, in: Der Sozialdemokrat, März 1971, S. 2.
257 Frankfurter Neue Presse, 19. Februar 1971. Zu ihren kommunalpolitischen Inhalten vgl. „Erklärung der Gruppe 70“, S. 5. Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt. Darin wurde besonders das Entstehen der Bürgerinitiative im Westend thematisiert: „Wo die Bürger zur Selbsthilfe greifen, haben die politischen Parteien versagt.“
258 So titelte die *Frankfurter Neue Presse* am 6. März 1971: „Anatomie einer Machtergreifung“.
259 Erklärung der „Gruppe 70“, S. 7. Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.
260 „Vereinbarung“ (maschinenschriftliches Protokoll einer „Zusammenkunft in der Landesgeschäftsstelle“ am 22. Februar 1971), Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt:
261 Hans Dietz, CDU-Bezirksgruppe Bockenheim II, Sitz: Kuhwaldsiedlung, 23. 2. 1971, an Herrn Dr. Elfred Kalkbrenner, Streng vertraulich!, Nachrichtlich an den Kreisvorsitzenden der CDU Ffm., Herrn Stadtrat Ernst Gerhardt, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.
262 So formulierte es das ehrenamtliche Magistratsmitglied Gerhard Ambrosius in einem Schreiben („Persönlich und unbedingt vertraulich!“) an den „lieben Herrn Gerhardt“ vom 18. Februar 1971. Streng vertraulich!, Nachrichtlich an den Kreisvorsitzenden der CDU Ffm., Herrn Stadtrat Ernst Gerhardt, in: Fasz. Gruppe 70. Privatarchiv Gerhardt.

„uns […] mit dem Abschluß des Kompromisses verraten“ zu haben[263]. Um nicht zwischen die Stühle zu geraten, verließ der Kreisvorsitzende daraufhin wieder den Boden der Vereinbarungen des 22. Februar[264] und forderte „von der neuen Gruppe die tätige Bereitschaft“, die angerichteten „Schäden“ wiedergutzumachen: Sie sollte Neuwahlen in den von ihr eroberten Bezirksgruppen zustimmen und mindestens die Hälfte der Delegierten zum Kreisparteitag an die Anhänger der alten Riege wieder abgeben[265]. Die „Gruppe 70“ wollte aber nur auf vier von 27 Delegierten in Sachsenhausen und auf zwei von 14 im Westend verzichten.

In einem Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen*,[266] zu der einige Anhänger der „Gruppe 70“ gute Beziehungen unterhielten, wurde schließlich ein, wie Gerhardt fand, „ungeheuerliche[r] Vorwurf“ gegen ihn erhoben: Er habe die neue Gruppe mit der Ankündigung erpreßt, „der Vorstand werde nur dann Neugründungen von Bezirksgruppen verhindern“, wenn seine Wiederwahl als Kreisvorsitzender auch von der „Gruppe 70“ unterstützt würde. Dies wies Gerhardt entschieden zurück: Seine eigene Wiederwahl sei doch von der neuen Gruppe am 22. Februar gleich zu Beginn des Gespräches bereits zugesichert worden; ihm gehe es vielmehr darum, den „in großer Zahl“ vorliegenden Austrittsdrohungen altgedienter Parteifreunde entgegenzutreten und „die Mitwirkung aller wieder zu ermöglichen“[267]. Ob Gerhardt damit auch die Anhänger der „Gruppe 70“ meinte, schien aber zumindest zweifelhaft, nachdem er ihnen nun „massive – ja maßlose – Forderungen zur Besetzung von Posten“ vorwarf. Die „neue Gruppe“ habe „gegen das Lebensprinzip und den Geist der Christlich-Demokratischen Union verstoßen“, „den Charakter der Volkspartei erheblich gefährdet“ und „jede Vertrauensbasis zerstört.“[268]

Damit hatte Gerhardt den Hardlinern der alten Riege aus der Seele gesprochen. An den „Anfang des schrecklichen Endes der Weimarer Republik“ fühlten sich diese gar erinnert, wenn ihnen jemand mit dem Hinweis begegnete, die „Gruppe 70“ sei „legal zur Macht gekommen“[269]. Auch beim SDS, so dachte etwa das ehrenamtliche CDU-Magistratsmitglied Gerhard Ambrosius, hätten „gute Argumente nichts genützt“. Gegen den „Stoßkeil-Trupp“ der „Gruppe 70“, zu diesem Schluß war Ambrosius „in der Nacht“ nach einer langen Krisensitzung gekommen, hülfe nur die Gründung neuer Bezirksgruppen, die noch vor dem 27. März 1971, also dem Termin der nächsten Kreisvorstandswahlen, „rechtzeitig durch

263 Kurt Bender an den Kreisvorsitzenden der CDU in Frankfurt, 6. März 1971, Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

264 „Ich weiß“, so schrieb Bender dem CDU-Kreisvorsitzenden deshalb, „daß Ihre ‚Freunde‘ Sie letztlich gezwungen haben, diesen Kompromiß abzulehnen“. Kurt Bender an den Kreisvorsitzenden der CDU in Frankfurt, 6. März 1971, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

265 Gerhardt an die „lieben Parteifreunde“, 1. März 1971 (Kopie einer Gegendarstellung zum FAZ-Leitartikel vom 27. Februar 1971), in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

266 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Februar 1971.

267 Gerhardt an die „lieben Parteifreunde“, 1. März 1971 (Kopie einer Gegendarstellung zum FAZ-Leitartikel vom 27. Februar 1971), in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt. Unterstreichung im Original.

268 Ebd.

269 Gerhard Ambrosius an Herrn Dr. med. Karl Becker, 10. März 1972, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

Abmeldung und Ummeldung der an die Wand gespielten Mitgliedergruppen im Süden und Westen der Stadt treten“ sollten[270].

Einer der Drahtzieher der Reaktion auf die „Gruppe 70“ in Bockenheim informierte daraufhin einen Bekannten mit folgenden Zeilen über die für den 24. Februar anberaumte Gründung der „Bezirksgruppe Bockenheim II“: Die „Zusammenkunft von Männern der beiden christlichen Gemeinden in unserer Siedlung“ sei notwendig, weil „ein Kreis junger Leute“ die CDU in den Ruf einer „Rechtspartei“ rücke. Die „Hintermänner“ der Aktion stellten sowohl das „C“ als auch den Unionsgedanken in Frage und würden „das Ende einer mit Dr. Adenauer und seinen Freunden begonnenen segensreichen Politik bedeuten. […] Ich vertraue darauf, daß Ihre Tochter Renate nach der Bildung der Bezirksgruppe Bockenheim II uns angehören wird. Zunächst darf aber weder ihre liebe Tochter, vor allem aber nicht Frl. von Kalkreuth, von der bevorstehenden Aktion wissen, damit jede Indiskretion ausgeschlossen bleibt.“[271] Frauen und anderen verstärkt geworbenen, potentiell „passiven“ Neumitgliedern („Ehefrauen, Sekretärinnen – wie gehabt“)[272] kam dabei vor allem die Funktion zu, die Zahl der den neuen Bezirksgruppen zustehenden Delegierten zum Kreisparteitag zu erhöhen.

Die vom Kreisvorstand gebilligte Gründung alternativer Basisverbände[273] trug ebenso zur Eskalation des Konflikts bei wie auf der anderen Seite der Versuch von Anhängern der „Gruppe 70“, am 27. Februar weitere „Machtpositionen an sich zu reißen, in dem sie die Junge Union unterlaufen wollten“[274]. Hinzu kamen Wahlanfechtungen von ausgehebelten CDUlern in den Bezirksgruppen Niederrad, Sachsenhausen und Westend, denen eine vom Kreisvorstand berufene „Kommission unabhängiger Juristen“[275] in wesentlichen Punkten stattgab, weil einige „Nichtwahlberechtigte“ das Ergebnis beeinflußt hätten. Der Kreisvorstand sei berechtigt, die Wahlen dort wiederholen zu lassen[276].

War damit der Druck auf die „Gruppe 70“ erhöht, so sah sich Gerhardt auf der anderen Seite zunehmend von Kräften innerhalb der Frankfurter CDU bedrängt,

[270] Gerhard Ambrosius in einem Schreiben („Persönlich und unbedingt vertraulich!“) an den „lieben Herrn Gerhardt“ vom 18. Februar 1971, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

[271] Hans Dietz, CDU-Bezirksgruppe Bockenheim II, Sitz: Kuhwaldsiedlung, 23.2.1971, an Herrn Dr. Elfred Kalkbrenner, Streng vertraulich!, Nachrichtlich an den Kreisvorsitzenden der CDU Ffm., Herrn Stadtrat Ernst Gerhardt, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

[272] Frankfurter Neue Presse, 6. März 1971.

[273] Zu der „nach längerer ausführlicher Diskussion“ gebilligten Neugründung der Bezirksgruppe Sachsenhausen-Mitte hieß es etwa, daß ansonsten 60 alte Mitglieder die CDU ganz verlassen würden. ACDP: KV Frankfurt II 045-277, 278. Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstands am 24. Februar 1971.

[274] Der Versuch der „Gruppe 70“, das Heumann-Lager in der JU zu schwächen, gelang aber nicht. Helmut Link, MdB, an Walter Wallmann, 1. März 1971, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

[275] ACDP: KV Frankfurt II 045-277, 278. Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstands am 24. Februar 1971, Top 2.

[276] Juristische Empfehlungen in den Wahlanfechtungssachen der CDU-Bezirksgruppen Niederrad, Sachsenhausen und Westend, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.
Wie ruchbar geworden war, hatten sich etliche der „Neuen“ unter Angabe falscher Anschriften als Mitglieder angemeldet. Hans von Freyberg an die FAZ-Lokalredaktion, 27. Februar 1971, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

die auf einen Ausgleich der konkurrierenden innerparteilichen Lager zielten. Dabei spielten Bezirksgruppen eine besondere Rolle, die nicht von der „Gruppe 70“ erobert worden waren und deren Methoden zwar ablehnten, die Reaktionen der Hardliner darauf – bis hin zur Forderung nach Parteiausschlußverfahren – aber keineswegs billigten. Daß etwa die Basis im Stadtteil Dornbusch diese Linie verfolgte, resultierte nicht zuletzt aus ihrer (mit der „Gruppe 70“ geteilten) Überzeugung, die Frankfurter CDU dürfe nicht länger „Appeasement-Politik alten Stils“ gegenüber der SPD im Stadtrat betreiben[277]. Die „zerstrittenen Parteien wieder an einen Tisch zu bringen“, war auch das Anliegen der Bezirksgruppe Innenstadt: „Wir können uns nicht vorstellen“, so hieß es in einer geschickt auf Nachdenklichkeit beim amtierenden Kreisvorsitzenden setzenden Resolution, „daß der langjährige Vorsitzende des Stadtkreisverbandes, Stadtrat Gerhardt, der bisher mit großem Geschick alle Konfrontationen in der Partei vermieden hat, unter seinen Freunden nicht mehr die Autorität genießt, die den Vorstand davor bewahren könnte, eine Gruppe zu zerschlagen, der es gerade zum Verdienst gereicht, Leben in die Frankfurter CDU gebracht zu haben.“[278] Gerhardt wußte demnach, daß das von den Hardlinern vor allem in den Sozialausschüssen geforderte Austreten des Brandherds „Gruppe 70“ die Probleme der Frankfurter CDU nicht lösen würde.

Dies galt um so mehr angesichts des Verhaltens des hessischen CDU-Vorstandes, der die „Gruppe 70“ wegen ihrer Methoden zwar heftig attackierte, sie aber, anders als manch alter CDA-Mann, keineswegs wieder aus der Partei hinauswerfen wollte. In einem Brief an alle Kreis- und Ortsvorsitzenden der hessischen CDU bezeichnete Wallmann Anfang März 1971 das Agieren der neuen Gruppe als „zu mißbilligen“. Die Anhänger der „Gruppe 70“ hätten auch „besonders erfolgreiche Parteifreunde abgewählt, die sie gar nicht kannten“. „Genauso entschieden“ wandte sich Wallmann aber gegen jene Kritiker der „Gruppe 70“, die den falschen Eindruck noch verstärkt hätten, es gehe um einen Kurswechsel der Hessen-CDU zu Lasten der Sozialausschüsse[279].

Dregger hatte in diesem Sinne bereits den besorgten Generalsekretär der Bundes-CDU Heck informiert: In der Frankfurter CDU gebe es einen „massiven Hausstreit“, aber von einer „ideologischen Auseinandersetzung“ könne keine Rede sein; schließlich hätte die „Gruppe 70“ gar ausgelotet, an Stelle von Gerhardt einen CDA-Politiker zum Kreisvorsitzenden zu wählen. Auch wenn Dregger die soziale Schichtung der innerparteilichen Protestbewegung für „ganz zweifellos einseitig“ hielt[280], lud der CDU-Landesvorstand Vertreter der „Gruppe 70“ für den 13. März nach Gießen, hörte sie an und erklärte anschließend, in der Frankfurter CDU gebe es „keine Meinungsverschiedenheiten über den Grundkurs der Partei“. Die unterschiedlichen Ansichten beträfen nur „die Methode, nach der

277 Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Bd. 12, S. 69.
278 „Erklärung“ der Bezirksgruppe Innenstadt der CDU Frankfurt, den 26. 2. 1971. Beigefügt einem Schreiben von Dr. Paul Rump an den „lieben Herrn Gerhardt“ vom 3. März 1971, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.
279 Walter Wallmann an alle Kreis- und Ortsvorsitzenden der CDU in Hessen, 3. März 1971, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.
280 ACDP: Nachlaß Dregger I-347-184/1. CDU Frankfurt/„Gruppe 70“. Dregger an Bruno Heck, 5. März 1971.

kommunalpolitisch die Auseinandersetzung mit der Frankfurter SPD zu führen“ sei. Den Verantwortungsträgern im Frankfurter CDU-Vorstand schrieb der Landesverband ins Stammbuch, „alles in seinen Kräften stehende“ zu unternehmen, um „die Zusammenarbeit zwischen alten und neuen Mitgliedern“ zu befördern[281].

Wenige Tage später kam es am 18. März 1971 zu einem für die CDU am Main historischen Kompromiß zwischen beiden Lagern, der „eine der Grundlagen für den späteren Aufstieg der Frankfurter CDU“ bildete[282]. In einer Marathonsitzung, die erst am nächsten Morgen um 5.10 Uhr beendet war, einigte man sich im wesentlichen darauf, den Besitzstand beider Lager in den alten und neuen Bezirksgruppen zu respektieren bzw. mittelfristig z. B. in Sachsenhausen „im Geiste der Einigung eine Zusammenführung“ anzustreben[283]. Was den bald zu wählenden neuen Kreisvorstand anbelangte, so mußte die „Gruppe 70“ im Vergleich zum Februar-Kompromiß Federn lassen. Aber nur so konnte Gerhardt die Einigung wohl gegenüber den Hardlinern der alten Riege erfolgreich vertreten. Statt eines stellvertretenden Kreisvorsitzenden und vier Beisitzern begnügte sich die „Gruppe 70“ mit drei Beisitzern und einem ihr akzeptablen Schriftführer – allerdings bei einer von neun auf zwölf erhöhten Beisitzerzahl. Vor allem um den Versuch, von Garnier im geschäftsführenden Vorstand unterzubringen, war lange gerungen worden. Doch der als Haupträdelsführer der Revolte beleumdete Student war der anderen Seite allenfalls als Beisitzer, nicht aber in herausgehobener Position zuzumuten.

Wie dünn das Eis noch war, zeigte sich, als daraufhin die Vertreter der „Gruppe 70“ erklärten, „jetzt nicht mehr in der Lage“ zu sein, „ihren Freunden zu empfehlen, auf dem Kreisparteitag für Herrn Gerhardt zu stimmen“. Sie könnten sie allenfalls zur Stimmenenthaltung bewegen[284]. Da der Abgeordnete Link für „seine Freunde“ vom Sozialausschußflügel die „gleichen Probleme“ reklamierte, wenn es um die Wahl von „Gruppe 70“-Mitgliedern gehe, hatte die Einigung einen Schönheitsfehler. Aber immerhin verpflichteten sich beide Seiten, „untereinander Verbindungen aufrecht zu halten, wenn Pressevertreter Auskünfte wünschen“. Im Sinne der vielbeschworenen „Integration“ der neuen Mitglieder wurde sogar eigens festgelegt, daß der Name „Gruppe 70“ künftig „nicht mehr angewandt werden“ solle[285].

Der Erfolg der parteiinternen Einigung hatte viele Väter. Ohne den bewährten CDU-Fahrensmann Gerhardt, dessen bemerkenswerte Kompromißfähigkeit[286] wie dessen Einsicht, daß sich gerade die organisationsschwache Frankfurter CDU

281 „Erklärung“ überschriebenes, eine halbe Seite umfassendes Papier in fünf Punkten, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.
282 Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Bd. 12, S. 70.
283 Ergebnisprotokoll des Gesprächs zwischen den beiden Frankfurter Gruppen am 18. 3. 1971 in Frankfurt (Main), Frankfurter Hof, 2. Teil, S. 2, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.
284 Ebd., S. 3.
285 Ebd., S. 4.
286 Man bedenke stets, daß in der noch nicht lange zurückliegenden Zeit des CDU-Vorsitzenden Adenauer sich die Vorstände meist über informelle Absprachen in Form einer Art Selbstrekrutierung erneuert hatten. Bösch, Die Adenauer-CDU, S. 412.

„kaum leichten Herzens von mehr als 200 engagierten Mitgliedern trennen“[287] durfte, wäre er kaum zustande gekommen, aber erst recht nicht ohne die erstaunliche Kompromißbereitschaft der politisch unerfahrenen neuen Kräfte, bei denen es sich nicht um bloß streitsüchtige Spinner handelte, sondern um Pragmatiker, die später keine große Parteikarriere machten, aber mit beiden Beinen im Leben standen und anderweitig beruflich reüssierten. Offensichtlich dämmerte ihnen, daß sie mit ihren Methoden doch ein Stück zu weit gegangen waren, etwa wenn sie als Modernisierer der CDU ausgerechnet die Landtagsabgeordnete Ruth Beckmann abgestraft hatten, mit der bei den Landtagswahlen im November 1970 „erstmals eine Frau […] eine weithin beachtete politische Position“ in der Frankfurter CDU einnahm – noch dazu eine Frau, die als „Mutter mit Minirock nicht mehr dem klassischen ‚Fräulein-Typ‘ in der Politik entsprach“[288].

Neben den führenden Köpfen beider Lager in der Frankfurter CDU war es aber nicht zuletzt dem umsichtig moderierenden Wallmann „als ehrlichem Makler“[289] zu verdanken, wenn sich die Gemüter vor dem anstehenden Kreisparteitag Ende März 1970 so weit beruhigten, daß „der Kurs der CDU“ in der Außenwahrnehmung „in erster Linie Einheit“ hieß[290]. Der gesamte Vorstand wurde so gewählt, wie es ein Wahlvorbereitungsausschuß vorgeschlagen hatte – von beiden Lagern der Frankfurter CDU mit einer „imponierenden Disziplin“, die selbst kritischen Journalisten Respekt abnötigte. Gerhardt, über den ein Anführer der „Gruppe 70“ noch Mitte Februar den bitteren Satz gesagt hatte: „Wir können den Kommunalwahlkampf nicht gewinnen, wenn der Feldherr, der uns anführt, Hauptmann im feindlichen Lager ist“[291], wurde mit 177 von 222 abgegebenen Stimmen als Kreisvorsitzender bestätigt. Im Gegenzug zogen einige führende Köpfe der als nicht mehr existent erklärten „Gruppe 70“ in den Vorstand ein. Da die alte Riege dort aber in der Mehrheit und die zentrale Forderung der Jüngeren nach einer Trennung des CDU-Kreisvorsitzes von einem Amt im Magistrat unerfüllt blieb, war auch fürderhin dafür gesorgt, daß in der Unionspartei ebensowenig politische Langeweile aufkam wie bei der SPD, wo die Konflikte nach einer gewissen Beruhigungsphase in der Ära Möller gleichfalls weitergingen.

Bei den Frankfurter Jungsozialisten wertete man den Kompromiß zwischen junger Gruppe und alter Riege in der CDU als „Kapitulation“[292] der „Gruppe 70“. Die „kurzfristige Zerschlagung der demokratischen Beteiligungschancen, die

[287] Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 161.
[288] Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 52. Zudem war Beckmann nicht „nur Hausfrau“, sondern hatte eine Berufsausbildung zur medizinisch-technischen Assistentin absolviert. Vgl. ebd., S. 109. Nachvollziehbar waren gewiß auch die Vorbehalte altgedienter Parteimitglieder, die in den nicht lange zurückliegenden Wahlkämpfen des Herbstes 1970 an den kalten CDU-Informationsständen gefroren hatten, „während von der überwiegenden Mehrheit der neuen Mitglieder in diesen harten politischen Auseinandersetzungen noch nichts zu sehen war“. Friedrich Freiwald, Presseerklärung, Bonn, 26. Februar 1971, in: Fasz. „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.
[289] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Februar 1971.
[290] So titelte nach dem Kreisparteitag auch die Frankfurter Rundschau, 29. März 1971.
[291] Frankfurter Neue Presse, 19. Februar 1971. Zu dem Diktum des neuen Vorsitzenden der CDU Sachsenhausen, Döll, vgl. auch Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 49. Gerhardt konterte mit den Worten, er sei stets „Bannerträger“ seiner Partei gewesen. Ebd., S. 50.
[292] Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 163.

kaltblütige Androhung einer Parteispaltung von oben und das perfekt funktionierende innerparteiliche Verhandlungssystem“ hätten den „beginnenden Prozeß konservativer Mobilisierung schon in seinen ersten Ansätzen“ aufgefangen und die „freigewordenen politischen Energien in eine Organisationsstruktur“ kanalisiert, die „nicht nach der Logik von Diskussion, Überzeugung und programmatischer Mehrheitsbildung, sondern nach der Logik der Konservierung eines Status quo“ funktioniere, „dessen einziges Programm seine eigene Bestandserhaltung“ sei.[293] Das Soziologendeutsch abgezogen hieß dies im Klartext: Die „Gruppe 70“ hatte es einfacher als die Jusos, weil sie den Kapitalismus nicht abschaffen, sondern mehr oder weniger konservieren wollte. Tatsächlich hatten es die „schwarzen 68er“ leichter als die „roten“, weil sie mit dem Establishment der CDU im Kern nur um den richtigen Weg, nicht aber um das richtige Ziel stritten – anders als die Jusos auf ihrem Marsch durch die Institutionen der Frankfurter SPD.

Der Gegenmarsch der „Gruppe 70“ war dabei nicht bloß eine Reaktion auf die überschießenden linken Energien der 68er-Bewegung und die mangelhaften Antworten, die das alte CDU-Establishment darauf fand, vielmehr nahm dieser Gegenmarsch seinen Ausgangspunkt paradoxerweise ebenfalls von dem gebieterischen Demokratisierungspostulat der 1960er Jahre. Es war bezeichnend, daß sich auf dem Düsseldorfer Programmparteitag der CDU 1971 gegen einen von Generalsekretär Heck und dem Parteivorstand verfolgten Antragsentwurf ein weniger restriktiver Standpunkt zur „Demokratisierung“ durchzusetzen begann, der maßgeblich auch von der Jungen Union unterstützt wurde. Die „schematische Übertragung der Strukturprinzipien parlamentarischer Demokratie auf den gesellschaftlichen Bereich“ lehnte die Partei zwar nach wie vor ab, aber sie erklärte jetzt auch klipp und klar, daß die „Grundwerte der Demokratie […] nicht nur für den staatlichen Bereich“ gelten würden: „Wir fordern mehr Öffentlichkeit, Durchsichtigkeit, Mitwirkung und Information in Staat und Gesellschaft.“[294]

Kommunale Kulturpolitik in den Zeiten von ‘68

So grundlegend die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Folge von 1968 für die weitere kulturelle Entwicklung der Stadt auch waren, so wenig hatten kulturpolitische Themen im engeren Sinne für sie eine Rolle gespielt. Obwohl einzelne Akteure wie Freiherr von Bethmann, der dem Verein der „Freunde Frankfurts“ vorsaß, viel Sinn für Kunst und Kultur hatten und es der „Gruppe 70“ ein Anliegen war, die Diskrepanz zwischen Frankfurts wirtschaftlicher Bedeutung und seiner zurückgebliebenen Attraktivität „als Ort, an dem man leben könne“, zu verkleinern[295], wirkten die kulturpolitischen Fragen innerparteilich nicht frontenbildend. Zwischen den Parteien allerdings war dies zunehmend der Fall: Denn die CDU-Fraktion zeigte – anders als ihre schärfsten Kritiker in der „Gruppe 70“ es

[293] Ebd., S. 164.
[294] Krabbe, Parteijugend, S. 181f.
[295] Frankfurter Rundschau, 20. Februar 1971.

wahrhaben wollten –, in der Diskussion um den Wiederaufbau der Alten Oper durchaus Profil, ja sie führte die SPD zeitweilig regelrecht vor[296].

Die jahrelangen früheren Bemühungen der CDU um den Wiederaufbau der Alten Oper, die sich untrennbar mit dem Namen ihres Stadtverordneten und Stadtältesten Professor Max Flesch-Thebesius verbanden[297], erfuhren 1967/68 einen neuen Schub. Fraktionsvorsitzender Moog übte im November 1967 öffentlich Kritik an der „Verzögerungstaktik der SPD“, nachdem die CDU vorgeschlagen hatte, die Stadt solle sich entgegen der Absicht des Magistrats am Betrieb einer restaurierten Alten Oper als Konzert- und Kongreßhaus beteiligen. Die Möglichkeit, beide Funktionen zu verbinden, so meinte Moog wenig später, würden von der SPD ignoriert und dem in der Bürgerschaft verankerten „Willen zum Wiederaufbau“ damit der „Todesstoß“ versetzt[298]. Einen von der FDP unterstützten Antrag der CDU, mit der schon seit Jahren engagierten Bürgerinitiative „Aktionsgemeinschaft Opernhaus“ umgehend eine rechtliche Regelung zu treffen, um zumindest Sicherungsmaßnahmen und einen Teilausbau der Ruine zu ermöglichen, stimmte die SPD-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung Ende März 1968 nieder[299]. Die CDU aber hielt ihren Vorschlag während der nächsten Jahre auch im Rahmen der Haushaltsberatungen konsequent aufrecht, zumal offensichtlich war, wie schwer sich viele Genossen mit der Alten Oper als einem Symbol großbürgerlicher Hochkultur taten. Der Frankfurter Landtagsabgeordnete und hessische Finanzminister Rudi Arndt regte damals sogar kurzerhand an, die Ruine in die Luft zu sprengen[300]. Der prominente „Dynamit-Rudi“[301] artikulierte damit nur eine Meinung, die sich auch auf Unterbezirksparteitagen der SPD immer wieder Bahn brach: Kein städtisches Geld für das Opernhaus, Verkehrs- und Sozialaufgaben müßten Vorrang haben. So hatten es die Delegierten auch im Juli 1968 gefordert[302]. Und bei einem kommunalpolitischen Parteitag der Frankfurter SPD plädierten einige sogar dafür, den Ausbau des Waldstadions für die kommende Fußball-Weltmeisterschaft „notfalls auf Kosten der Theaterzuschüsse“ zu realisieren[303].

Über die Frage der Alten Oper hinaus setzte in Frankfurt um 1969 – die schlimmsten Krisenjahre der kommunalen Haushalte schienen zu Ende zu gehen

296 In den 1950er Jahren hatte sich die CDU im übrigen stellenweise auch schon klar von der Kulturpolitik der SPD abgegrenzt und gegen den Bau der Theaterdoppelanlage votiert, weil sie der Beseitigung der Wohnungsnot absolute Priorität einräumen wollte. Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 92.

297 Vgl. Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, S. 302, 310f. Der Chirurg Flesch-Thebesius (Jahrgang 1889) hatte zwischen 1945 und 1958 eine Klinik in Frankfurt-Höchst geleitet und war von 1946 bis 1964 CDU-Stadtverordneter im Römer gewesen. Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 272f.

298 IfSG: „Die Selbstherrlichkeit der Frankfurter SPD schlug unserer Stadt tiefe Wunden!“ Dokumentation der Stadtverordnetenfraktion der CDU Frankfurt am Main im September 1972. Stichwort: Wiederaufbau der alten Oper.

299 Vgl. Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, S. 328.

300 Im Nachsatz zu dieser Äußerung zu vorgerückter Stunde am Tresen des Frankfurter *Club Voltaire*, so beteuerte Arndt später immer wieder, habe er aber quasi im gleichen Atemzug hinzugefügt: „[…] um sie (die Ruine) danach wieder historisch aufzubauen“, weil das billiger sein würde. Felsch, Aus der Chef-Etage, S. 140.

301 So etwa *Die Welt* (1. März 1997) in einem Artikel zum 70. Geburtstag: „Dynamit-Rudi – eine Legende wird 70“. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. März 1993.

302 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juli 1968.

303 Frankfurter Neue Presse, 21. September 1970.

– eine neue Kulturdebatte ein[304]. Erstmals wurde ein Experten-Hearing des Kulturausschusses über „Kunst- und Museumspolitik in der Stadt Frankfurt“ anberaumt[305]. „Mehr Geld für die Kultur“[306], über eine halbe Million Mark zusätzlich, forderte die CDU bei den Haushaltsberatungen im Januar. Ausgeben solle man das Geld für die Ergänzung der Bestände aller Frankfurter Museen, um die in der Kriegszeit gerissenen Lücken schließen und die Kunst der Gegenwart bei Ankäufen stärker berücksichtigen zu können. 50 000 Mark würden genügen, um die Räume des Städelschen Kunstmuseums endlich derart auszuleuchten, daß abendliche Besuche möglich würden. „Wenn eine Verlebendigung unserer Museen eintreten soll“, so hieß es in einem CDU-Antrag, „wenn die Museen sich der Volksbildung und den arbeitenden Menschen stärker verfügbar halten sollen“, müsse auch in Frankfurt die abendliche Öffnung eingeführt werden[307]. Zudem wollte die CDU dem Orient-Institut und dem – zwischenzeitlich vom Museum für Völkerkunde getrennten – Frobenius-Institut[308] endlich städtische Förderung angedeihen lassen; beide Einrichtungen seien nicht weniger förderungswürdig als das von der Stadt reichlich bedachte (politisch linksorientierte) Institut für Sozialforschung[309].

Die vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Moog explizit beklagte „Enge und Konzeptionslosigkeit der Frankfurter Kulturpolitik“[310], der die „koordinierende Hand“[311] fehle, veranlaßte die FDP zu noch schärferer Kritik. Von dem Umstand, daß aus ihren Reihen immerhin zwei Jahrzehnte lang der scheidende Kulturdezernent gekommen war, lenkten die Freien Demokraten ab, indem sie mit den Fingern auf die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion deuteten. Aus „parteipolitisch begründeter Schizophrenie“, so FDP-Stadtverordneter Christian Zeis, handle die SPD nach dem Prinzip „Verkehr über alles“. Verglichen mit anderen Städten gebe Frankfurt für den Ankauf von Kunstwerken „einen Klacks“ aus[312]. Nachdem weder die kulturpolitischen Anträge der FDP noch die der CDU eine Mehrheit im Römer gefunden hatten, forderte die FDP gar ein „Kulturbauprogramm“[313], um das „verkorkste kulturpolitische Image“ der Stadt aufzupolieren[314]. Es ging darin

304 So auch die Beobachtung der Frankfurter Rundschau, 1. August 1969.
305 Frankfurter Rundschau, 28. Juni 1969.
306 Frankfurter Neue Presse, 2./3. Januar 1969; vgl. auch Frankfurter Rundschau, 2./3. Januar 1969.
307 Frankfurter Neue Presse, 2./3. Januar 1969.
308 Die von Leo Frobenius gegründete Einrichtung ist das älteste ethnologische Forschungsinstitut in Deutschland.
309 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 1969. Das der wissenschaftlichen Erforschung des Marxismus dienende Institut nebst dem dazugehörigen Lehrstuhl war nach dem Ersten Weltkrieg durch eine Stiftung des Millionärssohnes Felix Weil entstanden, der die Hoffnung hatte, es eines Tages einem siegreichen deutschen Rätestaat übergeben zu können. Die linksliberal-republikanisch geprägte Stadt Frankfurt, in der „der Anteil bürgerlicher Sympathisanten des Sozialismus und Kommunismus ungewöhnlich hoch war“, hatte die Gründung des der Universität angeschlossenen, aber von ihr unabhängigen und direkt dem preußischen Kultusministerium unterstellten Instituts von Anfang an mit unterstützt. Vgl. Wiggershaus, Die Frankfurter Schule, S. 27 (Zitat), sowie allgemein S. 19–36.
310 Frankfurter Neue Presse, 28. Februar 1969.
311 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 1969.
312 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 1969.
313 Frankfurter Neue Presse, 21. März 1969.
314 Frankfurter Neue Presse, 22. April 1969.

– neben den von der SPD abgeschmetterten Maßnahmen – vor allem um den zum entscheidenden Symbol erklärten Wiederaufbau der Alten Oper. Frankfurt sei die „einzige vergleichbare Großstadt nicht nur Deutschlands, sondern Mitteleuropas“, die keinen Konzertsaal besitze. Die zwischenzeitlich „international diskutierte Unfähigkeit der Stadt“, ihr altes Opernhaus wieder aufzubauen, schade dem kulturpolitischen und kommunalen Ansehen Frankfurts „ganz außerordentlich“. Bedeutende Konzerte und große Kunstausstellungen würden der Stadt überhaupt nicht mehr angeboten, weil man von ihrem Unvermögen zu großzügigen kulturpolitischen Entscheidungen überzeugt sei. Vor dem Wiederaufbau der Alten Oper werde sich an diesem Zustand schwerlich etwas ändern lassen. Die Mißachtung der dafür eintretenden Bürgerinitiative – und mit diesem Argument fügte die FDP-Fraktion der auf „mehr Demokratie“ so bedachten SPD einen besonders schmerzlichen Stoß zu – wirke als „undemokratische Handlungsweise“[315].

Der langjährige Verkehrsdezernent Möller hatte in seiner Antrittsrede als Oberbürgermeister im Juli 1970 vor dem Hintergrund der skizzierten Debatten allen Anlaß, starke kulturpolitische Akzente zu setzen. Dabei mußte er indes einen beachtlichen Spagat zwischen der SPD-Basis und dem traditionellen Anspruch eines Rathauschefs vollführen, Bürgermeister für alle Bürger zu sein. Wir stehen, so sagte Möller in Anlehnung an Friedrich Dürrenmatt, „der paradoxen Tatsache gegenüber, daß die Stadt durch enorme Subventionen die Theaterplätze nicht nur verbilligt, sondern Theater erst möglich macht, während eine Minderheit der Bürger, aus deren Steuergeldern die Subventionen bezahlt werden, den Vorteil, den sie sich selber schaffen, auch wahrnehmen, kurz, daß heute zwar jedermann ins Theater gehen kann, aber verhältnismäßig nur wenige wollen. Unsere heutigen Theater sind Symbole einer Scheinkultur“[316].

Hatte Möller damit die linken Seelen in seiner Partei angesprochen, so ging er beim Thema Alte Oper, wo die SPD in den Vorjahren zusehends in die Defensive geraten war, ja sich dem Verdacht des Kulturbanausentums ausgesetzt hatte, zum Gegenangriff über. „Mauern werden heute leicht errichtet“, so äußerte Möller mit einem Seitenhieb auf das von der CDU propagierte Nutzungskonzept, „aber Räume werden nur schwer ausgefüllt“. Er persönlich halte den Wiederaufbau längst für notwendig, seien doch außer der Alten Oper nur wenige Zeugnisse des großbürgerlichen 19. Jahrhunderts in Frankfurt erhalten geblieben. Doch müsse der Wiederaufbau mehr als ein Konzertsaal sein, „wenn das geforderte finanzielle Engagement verantwortbar werden soll“; Formen der sogenannten Subkultur müßten dort ebenso Platz finden wie die Avantgarde der jeweiligen Künste: ein „Center 1975“ für ein „Frankfurt der Zukunft“[317]. Keine acht Wochen nach Möllers Rede verabschiedete der SPD-Parteitag ein vom kulturpolitischen Arbeitskreis ausgearbeitetes Konzept zum Wiederaufbau der Alten Oper, das „den Bedürfnissen aller Bevölkerungskreise und aller Generationen entspreche“. Konkret hieß das vor allem, daß neben diversen gastronomischen Einrichtungen in der Tief-

315 Frankfurter Neue Presse, 21. März 1969: „FDP: ‚Überall in der Welt der schlechteste Eindruck‘“.
316 IfSG: Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, Nr. 13, 28. März 1970, S. 243.
317 Ebd.

ebene ein „Beat-Pop-Music-Center“ vorgeschlagen wurde, während die Hochkultur im Obergeschoß stattfinden sollte[318].

Der neue Oberbürgermeister wollte der Kulturpolitik nicht nur im Blick auf den besonders umstrittenen Komplex der Alten Oper künftig besonderen Rang und „Ausstrahlungskraft“ zumessen[319]. Fast läßt sich der Eindruck gewinnen, als habe der linke Realpolitiker Möller auch die Schwierigkeiten vorausgeahnt, die schon bald daraus erwachsen sollten, daß sich „der anarchistische Grundzug des linken Flügels der Frankfurter Sozialdemokratie“ zeigte und dem Rathauschef seitens der „linke[n] Gefolgschaft“ des SPD-Parteitages noch im Herbst 1970 „praktisch […] die Unterstützung aufgekündigt“ wurde[320]. Während es für einen kommunalen Amtsträger so gut wie unmöglich war, in der zentralen Frage der Hausbesetzungen und der Wohnungsbaupolitik einen jungsozialistischen Kurs zu steuern, mochte es vielversprechend erscheinen, wenigstens einigen kulturrevolutionären Aspirationen der durch die Partei marschierenden 68er-Bewegung Rechnung zu tragen – hatten diese doch zumindest teilweise den Vorteil, leichter realisierbar zu sein. Die anstehende Benennung eines neuen Kulturdezernenten, dies ließ Möller in seiner Antrittsrede deutlich durchblicken, war für ihn jedenfalls Chefsache[321].

318 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. September 1970.
319 Balser, Aus Trümmern, S. 302.
320 Ebd., S. 307. „Rationale linke Politik“, so formulierte es der Frankfurter SPD-Kulturpolitiker Friedrich Franz Sackenheim später in einem Nekrolog, sei für Möller kennzeichnend gewesen. Ebd., S. 314.
321 Was bleibt, S. 39ff.

4. „Kultur für alle“ oder „sozialistischer Kultur-Avantgardismus“?[1] Hilmar Hoffmanns Wahl zum Dezernenten 1970 und die Folgen

Umkämpfte Kandidatenkür

Wenige Tage vor Möllers Antrittsrede im Römer hatte der SPD-Unterbezirksvorstand am 6. Juli 1970 eine Kommission zur Findung eines neuen Kulturdezernenten eingesetzt, die aus Möller, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden, dem aus der Volkshochschularbeit kommenden Landtagsabgeordneten Gebhardt und dem Leiter des kulturpolitischen Arbeitskreises im Unterbezirk, Friedrich Franz Sackenheim[2], alias „Frifra“, bestand[3]. Karl vom Rath, dessen Amtszeit eigentlich erst 1974 endete, hatte im April 1970 aus gesundheitlichen Gründen sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Vor der erst zwei Jahre zurückliegenden Wiederwahl vom Raths 1968 hatten SPD und CDU ursprünglich daran gedacht, die Stelle ganz einzusparen und dem Schuldezernat einzuverleiben. Doch hatten Frankfurter „Kulturkreise […] erhebliche Einwendungen“ gegen diese Idee geltend gemacht[4], und so war vom Rath in einem von der JU prompt kritisierten „Kuhhandel“ der Rathausparteien noch einmal bestätigt worden[5]. Jetzt, 1970, hielt es die CDU aus Furcht vor einem Bruch der Römer-Koalition für besser, nicht wie einst angekündigt mit „scharfen Auseinandersetzungen“ zu reagieren[6], als die SPD den Posten zusätzlich für sich reklamierte. Die FDP indes hatte sich dem Anspruch der SPD, den Nachfolger aus ihren eigenen Reihen zu stellen, um so weniger entzogen, als ihrer Forderung nach Entschädigung durch einen anderen Magistratsposten bei der Besetzung des freiwerdenden Verkehrsdezernates entsprochen wurde[7].

Die geborene Kandidatin für das Amt des Frankfurter Kulturdezernenten war die 46jährige SPD-Kommunalpolitikerin Frolinde Balser. Sie gehörte der Stadtverordnetenversammlung seit 1964 an und saß ihrem kulturpolitischen Ausschuß

[1] So lautete nach Rudolf Krämer-Badoni angeblich der Auftrag der SPD „Südhessen“ an ihren neuen Kulturdezernenten. Die Welt, 17. August 1971.
[2] Der 1926 geborene Journalist war 1957 Rundfunkredakteur beim HR geworden und dort 1970 bis zum stellvertretenden Chefredakteur aufgestiegen.
[3] Protokoll der UB-Vorstandssitzung vom 6. Juli 1970, Tagesordnungspunkt 4.2., in: AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle 1968, 1969, gelber Umschlag „Walter Möller“.
[4] ACDP: KV Frankfurt II-045-138. Niederschrift über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstands am 27. März 1968.
[5] ACDP: KV Frankfurt II 045-184. „Junge Union. Zeitschrift des Bezirksverbandes Frankfurt/Main“, Oktober 1968, S. 2.
[6] ACDP: KV Frankfurt II-045-138. Niederschrift über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstands am 27. März 1968.
[7] Frankfurter Rundschau, 11. September 1970.

seit 1968 vor. Die gelernte Diplom-Bibliothekarin und Historikerin war 1957 in Heidelberg mit einer kultursoziologischen Arbeit über die Anfänge der Erwachsenenbildung in Deutschland promoviert worden[8] und hatte anschließend als wissenschaftliche Assistentin bei Werner Conze eine Studie über die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ in den Jahren nach 1848/49[9] angefertigt. Statt die akademische Laufbahn fortzusetzen, war Balser zum Landesverband für Erwachsenenbildung gewechselt und 1969 schließlich wissenschaftliche Mitarbeiterin der Frankfurter Universität (für Planung und Dokumentation) geworden, wo sie ein Studienzentrum für Weiterbildung und Fernstudium aufbaute[10].

Mit den kulturellen Verhältnissen der Stadt war Balser bestens vertraut, ob es nun um die Erwachsenenbildung ging, mit der sie sich ohnehin beruflich beschäftigte, oder um die städtischen Büchereien. Für diese hatte sie als gelernte Bibliothekarin naturgemäß ein besonderes Faible, was sich im März 1970 etwa in einem Initiativantrag für einen Büchereientwicklungsplan niederschlug[11]. Während der Haushaltsdebatte im Februar 1969 hatte die Politikerin an Statur gewonnen, als sie auf die lange Polemik eines NPD-Stadtverordneten gegen den Ankauf moderner Kunst und gegen internationalen Schüleraustausch unter dem Beifall aller demokratischen Fraktionen antwortete: „Kultur hat etwas mit Geist zu tun.“[12] Der Kritik der CDU an den Defiziten Frankfurter Kulturpolitik begegnete Balser mit dem Appell, „durch bessere Koordinierung ohne große finanzielle Belastung“ das vorhandene Potential „besser zur Geltung zu bringen“. Besonders die Werbung für die Museen müsse verstärkt werden, da die Besucher Frankfurts bislang nicht genügend über die Schätze etwa im Städel informiert seien[13]. Als Balsers „Lieblingsidee“ aber galt die Schaffung eines Museums, das die gesellschaftliche Entwicklung der Völker zur Darstellung brächte. Es sollte etwas darüber aussagen, „wie der Mensch gelebt habe, wie seine Sozialgeschichte aussehe und anderes mehr. Nirgendwo im Bundesgebiet existiere ein solches Museum.“[14] Frankfurt, davon war die SPD-Kulturexpertin überzeugt, wäre der richtige Platz dafür.

Die Idee fügte sich in das ausdrückliche Bemühen Balsers, „zu einer progressiven Kulturpolitik zu kommen“. Die Stadtverordnete entsprach damit einem Zeitgeist, der auf den kulturpolitischen Podien Frankfurts seit Ende der 1960er Jahre vorherrschte, wo „insbesondere von den jungen Menschen die Forderung nach einer zeitnahen, progressiven Kulturpolitik“ artikuliert wurde. „Zeitnahe Kon-

[8] Balser, Die Anfänge der Erwachsenenbildung.
[9] Balser, Sozial-Demokratie 1848/49-1863.
[10] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Dezember 1971 („Frankfurter Gesichter“).
[11] IfSG: Stadtverordnetenversammlung III/5-1987, 2.120 (004-70): Niederschrift über die 20. Sitzung des Kulturausschusses der Stadtverordnetenversammlung am 9. März 1970, TOP 5, S. 3. Dabei ging es darum, alle im städtischen Besitz befindlichen Bücher überhaupt erst einmal „listenmäßig zu erfassen“.
[12] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 1969.
[13] Im Karmeliterkloster solle Frankfurt zudem aus Anlaß der 750. Wiederkehr des ersten der Stadt verliehenen Privilegs eine „Privilegienkammer“ einrichten. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 1969.
[14] Frankfurter Rundschau, 1. August 1969. Vgl. auch AdsD: SPD-UB Frankfurt, Nr. 167. Protokolle 1968, 1969. Beiger Umschlag „Möller“. Darin: Kommission für die Vorbereitung der Personalentscheidung für den Oberbürgermeister. Protokoll der Sitzung vom 18. Mai 1970.

zeptionen“ für Museen, Theater und Volksbildung forderte auch Balsers Parteigenosse „Frifra“ Sackenheim und plädierte gar für einen „radikalen Wandel“ der bisherigen „konservativen Museumspolitik“[15]. Was Balser unter progressiver Kulturpolitik verstand, sah sie unter Hermann Glaser in Nürnberg vorbildlich entwickelt[16] – nicht zuletzt wegen des dort bestehenden Kulturbeirats, dem viele Aktivitäten zu verdanken seien und der auch in Frankfurt eingerichtet werden solle[17].

Doch so sehr sich Balser auch mühte, den seit 1968 in der Frankfurter SPD sprunghaft steigenden Erwartungen an eine progressive Kulturpolitik zu entsprechen, von deren Notwendigkeit sie zudem prinzipiell selbst überzeugt war, so wenig war zu übersehen, daß sie mit den neuen, stark jungsozialistisch beeinflußten Mehrheiten im Unterbezirk ihre Schwierigkeiten hatte. Balser selbst zählte sich zur Mitte innerhalb der SPD; dem örtlichen Parteivorstand aber galt sie als zu weit rechts. Tatsächlich hatte sie sich vor allem im Fall des Polizeipräsidenten Littmann öffentlich dagegen verwahrt, daß kommunale Mandatsträger durch Beschlüsse der Partei reglementiert würden[18]. Balsers Distanz zu den Intentionen des betont „linken“ Parteivorstandes war von dessen Sympathisanten in der Fraktion schon im Dezember 1969 mit der Abwahl der Kulturexpertin aus dem Fraktionsvorstand sanktioniert worden[19]. So hatte Balser ungünstige Voraussetzungen, als der „altlinke“ Möller nach seiner Nominierung für das Oberbürgermeisteramt im Frühjahr 1970 daran ging, „seinen künftigen Magistrat zusammenzubasteln“[20] und einen neuen Dezernenten für das zunehmend wichtigere Kulturressort zu finden. Denn bei dieser Personalie standen „wohl weniger ihre Fähigkeiten zur Debatte als ihre politische Haltung“[21].

Eine zutreffende Pressemeldung, die von einem Angebot der Stadt Bochum an den amtierenden Oberhausener Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann berichtete, von der Emscher an die Ruhr zu wechseln, ließ den designierten Rathauschef Möller aufhorchen. Schließlich hatte sich der 44jährige Hoffmann in Oberhausen bereits weit über das Ruhrgebiet hinaus einen Namen gemacht. Deshalb wurden immer dann, wenn das Goethe-Institut „deutsche Kultur im Ausland präsentieren“ wollte, damals „bevorzugt zwei progressive Kulturdezernenten ins Flugzeug gesetzt“[22]: Hermann Glaser und Hilmar Hoffmann. Der „zu 1,90 Metern aufgeschossene Kaufmannssohn aus Bremen“[23] hatte in Oberhausen bereits eine kommunale Karriere hinter sich, die so wohl nur in der Gründerzeit nach dem Zwei-

15 Frankfurter Rundschau, 1. August 1969.
16 Über das Nürnberger Modell hatte die *Frankfurter Rundschau* am 7. Juli 1969 gerade berichtet.
17 Auf dieser Linie lag auch das von Balser im Namen der SPD-Fraktion Anfang 1970 entfaltete Engagement zugunsten eines „Theater[s] für junge Menschen“ und besserer Information über verbilligte Eintrittskarten für Schüler. IfSG: Stadtverordnetenversammlung III/5-1987, 2.120 (004-70): Niederschrift über die 19. Sitzung des Kulturausschusses der Stadtverordnetenversammlung am 16. Februar 1970, TOP 2, S. 2.
18 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. September 1970, sowie der in ähnlichem Tenor gehaltene Rückblick in dieser Zeitung vom 30. August 1994.
19 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Dezember 1969.
20 Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 94.
21 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Dezember 1971.
22 Frankfurter Neue Presse, 11. September 1970.
23 Ebd.

ten Weltkrieg möglich war. Nach seiner, wie Hoffmann selbst es einmal formuliert hat, „staatlich verpfuschten Adoleszenz“ in der Wehrmacht des Dritten Reiches war der Fahnenjunker eines Fallschirmjägerausbildungsregiments erst im Herbst 1947 aus anglo-amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden, in die er während der Schlacht um die Normandie 1944 geraten war[24]. Seine englischen Sprachkenntnisse kamen Hoffmann dann aber zugute, als er sich erfolgreich auf die Stelle eines Dolmetschers bei der britischen Rhein-Armee und bald darauf um die Anstellung als Gründungsleiter für das British Cultural Center „Die Brücke“ in Oberhausen bewarb. Als das Brücke-Institut Anfang der 1950er Jahre geschlossen werden sollte, schlug Hoffmann dem Stadtrat vor, das bei der Bevölkerung beliebt gewordene Kulturzentrum in eine Volkshochschule umzuwandeln, die in der Kommune bisher noch nicht existierte. „Aufstiegsorientiert“ bot sich der 26jährige gleich selbst als Leiter der VHS an. Aufgrund des fehlenden Hochschulabschlusses beauftragten die Stadtverordneten Hoffmann zwar zunächst nur mit der Geschäftsführung, doch wurde ihm noch am Tag nach Erhalt seines Universitätsdiploms – drei Jahre später – auch formell die Leitung der Einrichtung übertragen. „Das nennt der Volksmund eine Glückssträhne“[25], hat Hoffmann rückblickend dazu bemerkt, zumal er an der Folkwanghochschule für Musik und Theater in Essen-Werden während seines Studiums einen verständnisvollen Mentor gefunden hatte, der den Lehrplan so einrichtete, daß der bereits berufstätige Studiosus Hoffmann nie fehlen mußte.

Zur gehörigen Portion Glück traten stupender Ideenreichtum und enorme Tatkraft. Nachdem Hoffmann 1953 einen Filmclub in Oberhausen gegründet hatte, war er vom Deutschen Volkshochschulverband zu seinem ehrenamtlichen Filmreferenten berufen worden. Der jüngste VHS-Direktor der Bundesrepublik lud daraufhin alle VHS-Filmfachleute zu einer Tagung nach Oberhausen, auf der internationale, während des Dritten Reiches in Deutschland unbekannt gebliebene Kurzfilme gezeigt wurden. Das Filmfestival, spektakulär in einem Zechenschacht vor schutzhelmbewehrten Gästen eröffnet, fand weltweit Beachtung. Die damit 1953 aus der Taufe gehobenen „Westdeutschen Kurzfilmtage“ entwickelten sich in den folgenden Jahren nicht nur zu einer „Brutstätte des Jungen Deutschen Films“[26], sondern zum „bedeutendsten Kurzfilmfestival der Welt“[27], wo trotz Kalten Kriegs auch Produktionen aus dem Ostblock zu sehen waren, noch bevor sie die Leinwände in Cannes und Venedig erreichten. Das im Februar 1962 in Oberhausen veröffentlichte Manifest junger deutscher Filmemacher, das „Papas Kino“ mit seiner „Nazi-Ästhetik“ für tot erklärte[28], trug ebenso zur wachsenden Bekanntheit Hoffmanns als Kultur-„Macher“ bei wie eine Reihe weiterer Aktivitäten der Volkshochschule mit überregionaler Ausstrahlung: Philosophen vom Range eines Heidegger, von Weizsäcker, Bloch oder Adorno sowie politische Pro-

[24] Vgl. hierzu das Kapitel „Gefangenschaft und Neubeginn“ in den Erinnerungen von Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 15–23.
[25] Ebd., S. 23.
[26] Art. Das Kunstmagazin, 3/1990 (Artikelüberschrift: „20 Jahre schneller, höher und weiter“), S. 63.
[27] So wurde die *New York Times* in der *Frankfurter Neuen Presse* (11. September 1970) zitiert.
[28] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 64f.

minenz von Rainer Barzel über Gustav Heinemann bis Erich Mende stellten sich in der Oberhausener VHS der Diskussion. Auch fast alle wichtigen Autoren der „Gruppe 47" lasen auf dem Podium der Volkshochschule. Obendrein gründete Hoffmann noch in seiner Zeit als Student der Folkwang-Hochschule das „Studio zeitgenössisches Schauspiel Oberhausen" als eine Art experimenteller Lesebühne, wo Mimen der benachbarten Theater bis dahin in Deutschland tabuisierte Bühnenautoren vorstellten[29] und wo sich regelmäßig auch viele Intendanten und Dramaturgen als Besucher einfanden.

So war es kaum verwunderlich, daß den umtriebigen Hoffmann 1964 das Angebot aus München ereilte, zusammen mit Hildegard Hamm-Brücher die Leitung der dortigen Volkshochschule zu übernehmen. Zum Hintergrund der Stellenofferte gehörte der Plan des Münchner Regisseurs und Initiators des Oberhausener Manifests, Alexander Kluge, die Isarstadt zur deutschen Filmmetropole auszubauen. Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und sein Kulturreferent konnten bei ihrem Werben um Hoffmann darauf hoffen, daß dieser als Mitgift die Internationalen Kurzfilmtage mitbringen würde. Die Strategie der bayerischen „Headhunter" wurde aber von der legendären SPD-Oberbürgermeisterin von Oberhausen, Luise Albertz, durchkreuzt, die dem von ihr hochgeschätzten Hoffmann kurzerhand das Kulturdezernat der Stadt anbot. Der damals noch parteilose Hoffmann nahm das Angebot an und wurde auch mit den Stimmen von CDU und FDP in die Stadtregierung Oberhausens gewählt[30].

Erst ein halbes Jahr nach seiner Wahl zum Beigeordneten trat Hoffmann 1965 infolge einer Begegnung mit Willy Brandt der SPD bei. Brandt verkörperte für ihn „das Programm einer kulturell definierten Demokratie", ja er sah den Politiker geradezu Thomas Mann Forderung vorleben, „einer müsse Kultur nicht haben, sondern sein". Die Faszination, die von Brandts charismatischer Persönlichkeit ausging, hat Hoffmann nach eigenem Bekunden auch „das genauere Studium von Parteibroschüren oder des […] Godesberger Programms" erspart, von dem ihn „nur die Tendenz des innerparteilichen Reformkurses interessierte"[31]. Als Bundeskanzler Ludwig Erhard im Juli 1965 die Wahlkampfhelfer seines Gegenkandidaten Brandt aus dem kulturellen Milieu als „Pinscher" beschimpfte, organisierte Hoffmann Lesungen mit Günter Grass, Heinrich Böll und Rolf Hochhuth in der Oberhausener Volkshochschule, die seinen Ruf als „fortschrittlicher" (Kultur-) Politiker ebenso stärkten wie sein Engagement in der Anti-Atom- und Ostermarschbewegung sowie die Attacken des CSU-Bundesinnenministers Hermann Höcherl gegen das „rote [Film]Festival" in Oberhausen. Dieses hatte Ende der 1960er Jahre auch deutschlandpolitisch sozialliberale Zeichen gesetzt und bei Filmen aus dem „DDR"-DEFA-Studio dem zweiten deutschen Staat im Veranstaltungsprogramm die Gänsefüßchen genommen[32].

Alles in allem hatte das politische Profil des Sozialdemokraten Hoffmann 1970 so klare linke Konturen, daß das Interesse des designierten Frankfurter Oberbür-

[29] Frankfurter Neue Presse, 11. September 1970; Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 28f., 31.
[30] Art. Das Kunstmagazin, 3/1990, S. 63; Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 44f.
[31] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 46.
[32] Ebd., S. 45, 54 (Zitat), 52.

germeisters an seiner Person nicht überrascht; zumal dem typisch südhessischen Sozialdemokraten Möller imponieren mußte, wie Hoffmann neben seinen intellektuellen Seiten – seit 1967 agierte er als Lehrbeauftragter für Filmtheorie an der Ruhr-Universität Bochum – auch die arbeitende Bevölkerung mitten im Ruhrgebiet für die Erwachsenenbildung zu mobilisieren verstand. 1963 hatte Hoffmann sogar eine kleine Kulturgeschichte der Brieftaube verfaßt[33], wobei er ohne Berührungsängste zu den Kumpeln gegangen war und sich ihren Sport hatte erklären lassen[34]. Als sich Möller im Frühjahr 1970 am Rande eines städtischen Betriebsausflugs nach Düsseldorf in einem Altstadt-Café mit Hoffmann traf, stimmte denn auch von Anfang an die Chemie.

Möller entwarf in dem zweistündigen Gespräch seine Vision: der alten Kaiserstadt mit Hilfe der Künste und der Kultur wieder eine Seele zu geben und den Kapitalismus in „Bankfurt“ zu Reformen zu zwingen. Neben der Bebauung des Römerbergs mit einer kulturellen Infrastruktur, der Stärkung der Volksbildung und der Mitbestimmung im Schauspiel zählten auch der Wiederaufbau der Alten Oper sowie ein weitgespanntes Netz städtischer Brunnen, verstanden als Symbol für sprudelndes Leben, zu den „Essentials“ des künftigen Oberbürgermeisters. Möllers „flächendeckende Sozialutopie“, so dachte Hoffmann, würde mit seiner „Utopie einer Kultur für alle“ gut harmonieren: „Beide wollten wir statt einer weiteren Privilegierung der Privilegierten Kultur für alle.“ „Du bist mein Mann“, soll Möller beim Abschied zu Hoffmann gesagt und dieser bei sich gedacht haben: „Du auch“[35].

Hoffmann sah in dem Angebot Möllers die Chance seines Lebens, warteten in Frankfurt doch „derart viele kulturelle Defizite darauf beglichen zu werden“[36]. Zudem war ihm klar, „daß man nach 1968“ in einer der Hochburgen der Bewegung sich von ihm nicht weniger versprach als „eine Art Befriedung des Gemeinwesens durch spannende Kulturarbeit“[37]. Fest entschlossen in die Mainmetropole zu wechseln und „dafür auch zu kämpfen“[38], tat Hoffmann das, was kluge Bewerber stets tun, und bereitete sich intensivst auf seine Kandidatur und vor allem auch auf den Hürdenlauf durch die diversen Gremien der SPD vor: „Arbeitskreis Kultur der Fraktion, Kulturpolitischer Arbeitskreis der Partei, Fraktionsvorstand, SPD-Magistratsgruppe, Parteibeirat, Parteitag, Fraktion“, zu schweigen von den Befragungen durch die Fraktionen der CDU und der FDP. Um sich für die Vorstellungsgespräche zu wappnen, besuchte Hoffmann nicht nur inkognito die wichtigsten Aufführungen sämtlicher Theater und die städtischen Museen, sondern nahm auch „einen Koffer mit Frankofurtensien“ auf seine dalmatinische Urlaubsinsel mit, um sich die Stadt „schon vorab mental zu erschließen“. Nach vier Wochen konnte er das einschlägige „Frankfurter Lexikon“ von vorn bis hinten „und wieder zurück herunterbeten“[39].

[33] Hilmar Hoffmann, Tauben – reisende Boten.
[34] Art. Das Kunstmagazin, 3/1990, S. 60; Frankfurter Neue Presse, 11. September 1970.
[35] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 96.
[36] Ebd.
[37] Art. Das Kunstmagazin, 3/1990, S. 63.
[38] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 98.
[39] Ebd., S. 97.

29 Kandidaten hatten sich um den Posten des Frankfurter Kulturdezernenten beworben – vom Betriebswirt und Public-Relations-Berater über den Doktoranden der Theaterwissenschaft bis zum Hochschullehrer, Museumsdirektor oder Kulturdezernenten kleiner Städte[40]. Wirklich gefährlich aber konnten Hoffmann unter den gegebenen Umständen nur Konkurrenten aus der SPD werden. Der junge Stadtverordnete und Rechtsanwalt Johannes Düttmann, der sich ein Herz zur Bewerbung faßte – aber wohl eher im Blick auf die Steigerung seines Bekanntheitsgrades –, war noch zu wenig profiliert[41]. Die Ambitionen des potentiell chancenreichsten Mitbewerbers, des populären HR-Redakteurs „Frifra" Sackenheim, konnten auf eine Karriere im Funkhaus umgelenkt werden[42]. An den Rand einer Niederlage wurde Hoffmanns Kandidatur aber durch Frolinde Balser gebracht. Schon beim ersten Gespräch zwischen Hoffmann und Möller in jenem Düsseldorfer Straßencafé war plötzlich „die zum Betriebsausflug mitgereiste Korona der SPD" mitsamt „Frolinde Balsers Rotschopf" aufgetaucht. „Pech" hatte daraufhin Möller zu Hoffmann gesagt, Frolinde werde jetzt „die Zeit nutzen, […] die Fraktion gegen dich zu munitionieren."[43]

Wie eng es in der Fraktion dann tatsächlich wurde, deren konservativerer Teil die Personalie auch unter dem Aspekt der Selbstbehauptung gegen die Parteiführung und deren Drängen auf ein imperatives Mandat sah, erwies sich während einer streckenweise gemeinsamen Marathonsitzung von Fraktion und Unterbezirksvorstand an den Iden des (14.) September 1970 (von 18 Uhr bis kurz vor Mitternacht). Nachdem die alten und neuen Linken im Vorstand alle Strippen gezogen hatten, erhielt Hoffmann dort zunächst sämtliche Stimmen. Er hatte also wenige Tage vor diesem entscheidenden Termin gut daran getan, noch einmal öffentlich zu bekräftigen: „Ich gehöre dem progressiven Flügel der SPD an."[44] Der einmütige Vorschlag des Unterbezirks wurde aber dann in einer gemeinsamen Sitzung mit der Fraktion bei Stimmengleichheit zwischen Hoffmann und Balser (17 zu 17) abgelehnt. Erst als nach nochmaliger getrennter Beratung der UB-Vorstand an Hoffmann festhielt, siegte wohl bei einigen Fraktionsmitgliedern die Parteiräson bzw. die Einsicht in die Notwendigkeit, der Öffentlichkeit besser nicht das Schauspiel einer zur Mehrheitsfindung in zentralen städtischen Personalfragen unfähigen SPD zuzumuten. So entfielen schließlich auf Balser nur noch 15 Stimmen, auf Düttmann eine, während sich Hoffmann mit 19 Stimmen durchsetzte[45].

Die ideologische Komponente der Entscheidung, die offenkundig auch ein Mißtrauensvotum gegen die „Rechtsabweichlerin" Balser beinhaltete, versuchte der UB-Geschäftsführer gegenüber der Presse herunterzuspielen: Die in Ober-

[40] Frankfurter Neue Presse, 11. September 1970.
[41] Vgl. zu seiner Person den Bericht in der *Frankfurter Rundschau* vom 27. August 1970. Düttmann zählte im Hinblick auf seine Haltung zum imperativen Mandat im allgemeinen und zum Polizeipräsidenten Littmann im besonderen zum linken Flügel der SPD. Parteien waren für Düttmann das „Sprachrohr des organisierten Volkes". Der Spiegel, 2. März 1970 (Nr. 10), S. 70.
[42] 1971 avancierte Sackenheim zum Chefredakteur Hörfunk des HR, eine Funktion, die er dann bis 1991 innehatte. IfSG: S 2/ 6209. Vgl. auch Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 98.
[43] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 95.
[44] Frankfurter Neue Presse, 11. September 1970.
[45] Protokoll der UB-Vorstandssitzung und der gemeinsamen Sitzung mit der Fraktion vom 14. September 1970, in: AdsD: SPD-UB Frankfurt 01, Protokolle 1968/1969, gelber Umschlag „Walter Möller".

hausen gesammelte praktische Erfahrung Hoffmanns „in der Verwaltung und im Metier“, über die er während seiner Vorstellung ausführlich gesprochen hatte, habe den Ausschlag gegeben. Von seiner „dynamischen Persönlichkeit“ erhoffe man sich „neuen Wind für das Frankfurter Kulturleben“[46]. Auch wenn dieses Statement nicht die ganze Wahrheit enthielt – ganz falsch war es ebensowenig. Denn die unbestreitbaren Stärken Hoffmans hatten es seinen linken Freunden außerordentlich erleichtert, auch gute sachliche Gründe für seine Wahl zu nennen.

Da war zum einen die bemerkenswerte Arbeitskraft des längst als „forscher Macher“ bekannten Kulturpolitikers. So nannte Hoffmann, der mit fünf bis sechs Stunden Schlaf auskam und oft bis tief in die Nacht hinein arbeitete, als Lebensmotto später einmal den Titel einer Fernsehserie von Rainer Werner Fassbinder: „Acht Stunden sind kein Tag.“[47] Außerdem lobten nicht nur linke Journalisten Hoffmanns „flexible Aufnahmefähigkeit für neue künstlerische und gesellschaftliche Entwicklungen“[48]. Auch in der bürgerlichen Presse wurde die „ruhige Souveränität“ des Oberhausener Kultur- und Sozialdezernenten gepriesen, die sich selbst „im ärgsten Protest-Tumult der Oberhausener Kurzfilmtage“ bewährt habe: „Hilmar Hoffmann ist nicht der Typ, der sich überfahren läßt noch der andere überfährt, vielmehr ein Mann der sachlichen, notfalls auch harten Diskussion“, der darüber hinaus auch über hinreichende taktische Erfahrung verfüge, „sich im politischen Kräftespiel für seine Pläne notwendige Mehrheiten zu schaffen.“[49] „Mit robustem Charme, entwaffnender Offenheit und einer glaubhaft vorgespielten naiven Lernbereitschaft“, dies sollte Hoffmann auch in seinen Frankfurter Jahren immer wieder demonstrieren, verstand er es, „nahezu jegliche Opposition“ zu unterlaufen[50].

Nach dem Votum von Unterbezirksvorstand und Fraktion schmolz der Widerstand gegen Hoffmann in den folgenden Tagen rasch zusammen. Im Beirat des SPD-Unterbezirks, der wegen der komplizierten Satzung vor der Nominierung von Kandidaten für den Magistrat ebenfalls anzuhören war, gab es bei 80 Ja-Stimmen nur noch drei Enthaltungen[51]. Auf dem folgenden Parteitag des SPD-Unterbezirks bestätigten die Delegierten ebenfalls mit großer Mehrheit den Personalvorschlag der Gremien[52]. Der Ältestenausschuß der Stadtverordnetenversammlung, dessen Beratungen ein Schreiben der SPD-Fraktion zugunsten Hoffmanns zugrunde lag, sprach sich am 15. Oktober einstimmig für den Oberhausener Kandidaten aus. Lediglich in der Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. Oktober gab es beim definitiven Wahlakt neben 54 Ja-Stimmen auch 12 Kom-

[46] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. September 1970.
[47] Art. Das Kunstmagazin, 3/1990, S. 60, 63.
[48] Frankfurter Rundschau, 11. September 1970.
[49] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. September 1970.
[50] Art. Das Kunstmagazin, 3/1990, S. 63.
[51] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. September 1970.
[52] Von 338 abgegebenen Stimmen lauteten 308 auf „Ja“. AdsD: UB Frankfurt am Main, Nr. 158, Protokoll des außerordentlichen Unterbezirksparteitages vom 18./19. September 1970, TOP 3. Gegen Hoffmann votierten 14 Genossen, 16 enthielten sich der Stimme. In Hoffmanns Erinnerung an diesen „unvergeßlichen Wahl-Parteitag der SPD im unwirtlichen Bürgerhaus des westlichen Vororts Nied“ schmolz die Zahl der Nein-Stimmen auf eine einzige zusammen. Geschätzt ist auch seine Mitteilung über das Ergebnis seiner Wahl in der Stadtverordnetenversammlung: Vierzig von sechzig Stimmen. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 98.

munalpolitiker, die mit Nein votierten, sowie eine Enthaltung[53]. Während der „protestantische Teil der CDU-Fraktion“[54] dem dynamischen Oberhausener einen Vertrauensvorschuß gewährte, waren im konservativeren Milieu der Partei die Vorbehalte gegen einen Mann mit solch libertären Vorstellungen von Kultur doch deutlich größer. Auch Hoffmanns Ankündigung, mit dem kulturpolitischen Arbeitskreis der stark jungsozialistisch beherrschten SPD eng zusammenarbeiten zu wollen[55], konnte hier nicht gerade vertrauensbildend wirken.

„Kulturpolitik kann sich nicht rückschauend an Bewahrtem und Bewährtem orientieren“, hatte Hoffmann in seiner Kandidatenrede vor dem SPD-Parteitag gesagt und hinzugefügt: „Der Kulturpolitiker der SPD kann die bürgerlichen Wertvorstellungen dessen, was traditionell unter Kultur verstanden wird, nicht ungeschoren akzeptieren.“ Die nur im Bewußtsein einer kleinen Schicht von bildungsmäßig oder sozial bevorzugten Bürgern gültigen kulturellen Prioritäten müßten im Interesse der gesamten Bevölkerung, gerade auch der bisher abseits stehenden Arbeiterschaft „neu geordnet“ werden. Zu den „radikalen Wegen“, die Hoffmann ankündigte, gehörten auch „Hilfen zur Demokratisierung“ für den Fall, daß innerhalb „des einen oder anderen Instituts noch autoritäre Herrschaftsstrukturen bestehen“[56]. Das konnte durchaus als Beihilfe zum Marsch durch die Institutionen verstanden werden. Der zur CDU gehörende amtierende Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, Hans-Ulrich Korenke, verband seinen Glückwunsch an den gerade gewählten Hoffmann denn auch mit der Mahnung, ein „Kulturdezernent für alle Bürger“ zu sein[57].

Hoffmanns „progressives“ Kulturprogramm in Theorie und früher Praxis

In der Antrittsrede, die Hoffmann einige Wochen später, am 12. November 1970, in der Stadtverordnetenversammlung hielt, mußte er erstmals konkreter als bisher auf seine Frankfurter Pläne eingehen[58]. Allerdings war auch diese Rede mit umfänglichen theoretischen Betrachtungen über die Kultur und die städtische Kulturarbeit im allgemeinen garniert. Hoffmann ging nämlich davon aus, in der Stadt der Kritischen Theorie würde zu seiner Amtseinführung auch „eine Theorie für die künftige Praxis“ erwartet. Zwar war der neue Kulturdezernent sensibel genug, um zu fürchten, daß einige Passagen seiner programmatischen Rede gar „zu ver-

[53] IfSG: Protokolle der Stadtverordnetenversammlung (öffentliche Sitzung), 1970, Bd. 25 (P 1.265), 25. Plenarsitzung am 15. Oktober 1970, Bl. 249, 252.
[54] Mit diesen Worten skizzierte Hoffmann den eher liberal-konservativen Flügel. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 98.
[55] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. September 1970.
[56] „Worte des künftigen Kulturdezernenten“ überschrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit feiner Ironie ihren Artikel über die „Drohungen und Versprechen“ Hilmar Hoffmanns auf dem SPD-Unterbezirksparteitag. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. September 1970.
[57] IfSG: Protokolle der Stadtverordnetenversammlung (öffentliche Sitzung), 1970, Bd. 25 (P 1.265), S. 25. Plenarsitzung am 15. Oktober 1970, Bl. 253.
[58] Zum Wortlaut der Rede: Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt a. M. Amtliches Bekanntmachungsblatt, Nr. 47, 21. November 1970, S. 433–437.

wegen“ erscheinen könnten[59], weshalb er den Text vorab seinem Oberbürgermeister zur Lektüre anbot. Dieser aber lehnte im Blick auf den Charakter einer „Jungfernrede“ und die während des Referierens von bekannten Texten im Parlament bei ihm sich einstellende Langeweile das Ansinnen Hoffmanns entschieden ab. So kam es, daß sein neuer Dezernent in der Stadtverordnetenversammlung nach einer Viertelstunde von Sitzungsleiter Korenke mit der Frage unterbrochen wurde, wie lange er noch zu sprechen gedenke – Antrittsreden seien in diesem Hause bisher stets kurz und bündig ausgefallen. Leicht irritiert lieferte Hoffmann danach auch noch den zweiten Teil seines 23seitigen Redemanuskriptes ab[60].

Im theoretischen Teil der dreiviertelstündigen Rede vertiefte er einige der schon während seines Kandidatenslaloms entwickelten Gedanken. Hoffmanns Überzeugung, daß „Kultur, die sich außerhalb des gesellschaftlichen Prozesses stellt, […] steril“ sei[61], artikulierte sich in dem von ihm hergestellten engen Bezug zwischen staatlicher Bildungspolitik und kommunaler Kulturpolitik und in einem Bekenntnis zur Gesamtschule. Um „Chancengleichheit auch für Berufstätige“ (einschließlich der Hausfrauen), zu garantieren, gelte es, die Arbeit der Volkshochschule massiv auszubauen. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die VHS, so „ziemlich das einzige Kulturinstitut […], zu dem jedermann“, ohne Rücksicht auf bildungsmäßige Voraussetzungen, Zugang habe, auch der Ort sein müsse, „um sich für den Besuch anderer Kulturinstitute zu qualifizieren“. Hoffmann ließ keinen Zweifel daran, daß sein Ziel nur durch den Aufbau eines ausreichend großen hauptamtlichen Dozentenstammes sowie stufenweise einzuführende Gebührenfreiheit zu erreichen sei. Die „Professionalisierung der Volkshochschule“, das schrieb der neue Kulturdezernent dem Kämmerer und den zunächst an städtischen „Pflichtaufgaben“ orientierten Mitgliedern des Haushaltsausschusses gleich mit ins Stammbuch, sei Teil der kommunalen „Daseinsvorsorge“[62].

In der Frage der städtischen Bibliothek, die „auf dem Weg zur informierten Gesellschaft ein ihrer wachsenden Bedeutung als integraler Bildungsfaktor angemessenes neues Gebäude“ benötige, strich Hoffmann den Stadtverordneten reichlich Honig um den Bart. Er verwies auf die spezifische Frankfurter Tradition „als Modell-Bereiter für die übrigen Büchereien im Land“. Ein im Neubau einzurichtendes Informationszentrum müsse die „totale Verfügbarkeit aller audio-visuellen Medien“ garantieren. Damit war Hoffmann bei seinem Lieblingsthema angelangt: Dem Plan, in Frankfurt eventuell auch in räumlicher Verbindung mit der Alten Oper ein „audio-visuelles Kommunikationszentrum“ einzurichten, „das in der Bundesrepublik ohnegleichen wäre“. Mit Filmen, Videobändern und Kassetten könnten auch die Frankfurter Museen – die Hoffmann aus Zeitgründen ansonsten nur knapp im Hinblick auf bessere Öffentlichkeitsarbeit und Öffnungszeiten erwähnte – ihre Bestände bildungsspezifisch aufbereiten und „zum Eigentum vieler“ machen[63]. Selbstverständlich gehöre zu einem solchen Projekt auch „Kommunales

[59] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 98.
[60] Frankfurter Neue Presse, 13. November 1970; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. November 1970.
[61] Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt a. M., Nr. 47, 21. November 1970, S. 433.
[62] Ebd., S. 434.
[63] Ebd.

Kino“. Denn für Hoffmann war es „kaum einzusehen, warum die meisten anderen kulturellen Einrichtungen städtisch sind, nur nicht ein Filmtheater.“ Meisterwerke der Filmgeschichte sowie Filme, „die im Kommerzkino keine Chance haben“, sollten im Kommunalen Kino gezeigt werden. Hoffmann nannte als Beispiel Filmwochen über die kommunistischen Länder Kuba und China, „über die wir außer unseren Vorurteilen viel mehr nicht wissen“. Ergänzend zum Kommunalen Kino hätten „Workshops, Art Labs, audio-visuelle Werkstätten mit Schneideräumen oder andere technische oder elektronische Gelegenheiten zu inspirativer Entfaltung […] die schöpferischen Kräfte dieser Stadt“ zu mobilisieren. Den Pelion auf den Ossa türmte Hoffmann schließlich mit der Idee einer „audio-visuellen Kindertagesstätte“ als „Experimentierfeld zur Untersuchung kindlicher Verhaltensweisen in der Gesellschaft“ per versteckter Kamera[64].

Diese audio-visuellen Projekte, so fuhr Hoffmann wie zur Verteidigung seines kühnen Vorstoßes fort, gewännen „eine andere als utopische Dimension“, wenn man sich klarmache, daß täglich mindestens 10 Millionen Bundesbürger der Faszination des Mediums Fernsehen erlägen. Eine „fortschrittliche Stadt wie Frankfurt“ müsse also Film- und Fernsehkunde zum Unterrichtsgegenstand in Schule und Volkshochschule machen. Dort sollten „Produktionsverhältnisse“ sowie gesellschaftliche Wirkungen der Medien analysiert werden. Mit einem Kommunikationszentrum müsse Frankfurt leisten, „was Berlin hätte leisten können“, entwarf Hoffmann das große Design einer heimlichen deutschen Kulturhauptstadt am Main. VHS, Bücherei und Medienzentrum wies der visionäre Kommunalpolitiker aufgrund ihrer Arbeit am „politisch-urteilsmündigen Bürger“ auch ausdrücklich den „höchste(n) Rang in der Ordnung kommunaler Kulturarbeit zu“[65].

Dies bedeutete für Hoffmann mit Blick auf das städtische Theater im Gegenzug, daß „nicht das Institut mit der höchsten Zuschußrate schon deshalb den höchsten gesellschaftlichen Stellenwert“ reklamieren könne. Auch wenn Hoffmann im folgenden zunächst nur auf einer Meta-Ebene über die Krise des deutschen Theaters im allgemeinen sprach, ohne den Namen etwa des amtierenden Frankfurter Intendanten und Buckwitz-Nachfolgers Ulrich Erfurth auch nur in den Mund zu nehmen, so waren seine Ausführungen von jedem, der Ohren hatte, zu hören, als Kritik an der aktuellen Lage des Schauspiels am Main zu verstehen[66]. Dessen nachhaltige Besserung war ihm von allen drei Fraktionen als vordringliche Aufgabe des neuen Kulturdezernenten nahegelegt worden[67].

Das Theater, so hub Hoffmann an, verdanke seine Krise „außer seiner feudalistischen Struktur“ vor allem dem Publikum und dem Spielplan; letzterer werde nämlich „vorzüglich an die von den Abonnenten behaupteten Bedürfnisse angebiedert“, so daß das deutsche Stadttheater gesellschaftliche Entwicklungen nicht nur nicht mit einleite, sondern nicht einmal begleite. Statt dessen würden „die in

[64] Ebd., S. 435.
[65] Ebd.
[66] Auch wenn Hoffmann abschließend taktisch behauptete, seine Anmerkungen zum Theater seien „bitte nicht als Kritik an der bisherigen Frankfurter Leistung“ zu deuten. Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt a. M., Nr. 47, 21. November 1970, S. 437. Zur Entwicklung des Schauspiels bis 1970 vgl. die Darstellung im sechsten und siebten Kapitel der vorliegenden Studie.
[67] Chromik, Kulturpolitik, S. 64.

der Tradition der Klassik bewahrten […] bürgerlichen Bildungsgüter“ dort „grassieren“. Aktuelles politisches Theater würde demgegenüber „zur Alibifunktion diskreditiert“ (sic!) und könne als „linke Konterbande […] mit keinerlei Effektivität im Sinne von Veränderung rechnen“. Theater, das sich stets nach dem Geschmack des Publikums richtet, verschenkte für Hoffmann seine Chance als Forum gesellschaftlicher Veränderung. Zwar mochte der neue Kulturdezernent die Klassiker nicht ganz suspendiert wissen, doch ihre „unreflektierte Musealisierung“, so fand er, entmündige sie. Auch nach der Besichtigung eines Klassikers müsse zumindest „das Bewußtsein des Rezipienten durch die interpretatorische Zuleistung der Regie ein anderes geworden sein“. Hoffmann wies dem Abonnenten der Zukunft die Bereitschaft zu, für „unorthodoxe Präsentationen von ganz neuen Themen und Tendenzen offen zu sein, auch sein sozusagen ideelles Soll zur Existenzsicherung des Theaters“ zu leisten. Die Frage, ob dieser Ideal-Abonnent anders als durch eine Art Erziehungsdiktatur generiert werden könne, stellte der Redner nicht. Aber er brauchte sie auch gar nicht zu stellen, weil seines Erachtens „für das Theater der Zukunft […] sogar der Nulltarif […] ernsthaft diskutiert werden“ mußte[68].

Im Gegenzug wollte der sozialdemokratische Dezernent bei den Abendgagen von Spitzenkünstlern sparen, deren Höhe „eine Desavouierung aller jener Ensemble-Mitglieder“ bedeute, die für die Hälfte oder ein Drittel der Summe den vollen Monat ihr Bestes geben. Derartige Budgetpläne konnten mehr Aussicht auf Verwirklichung gewinnen, wenn dem von Hoffmann ausdrücklich gelobten ersten Schritt zur Mitbestimmung am Frankfurter Theater, den die Stadt auf Druck des SPD-Unterbezirks gerade beschlossen hatte, weitere Schritte folgen würden. Diese hoffte der neue Dezernent in Gesprächen „mit dem Künstlerischen Beirat und der Intendanz der Städtischen Bühnen“ bald herbeizuführen und dabei auch eine Entflechtung von Musik- und Sprechtheater zu erreichen[69].

Alles in allem hatte Hoffmann eine ausgesprochen „progressive“ Rede gehalten, die vor allem auf dem linken Flügel der SPD, dem er sein Amt wesentlich verdankte, gut ankommen mußte. Im Plenum der Stadtverordnetenversammlung indes fand sie nur „schwachen Höflichkeitsbeifall“[70] – sei es wegen ihrer gar zu eindeutig sozialdemokratischen und visionären Linie, sei es wegen ihrer als ungebührlich empfundenen Länge oder auch wegen ihrer sprachlichen Form mit „manch schwer verdaulichen Soziologismen“[71]. Wer seinen Gedanken „nur mit so vielen Verstößen gegen Grammatik und Geschmack Ausdruck zu verleihen vermag, ist schon deshalb zum Kulturdezernenten untauglich“, schrieb ein empörter FAZ-Leser, den besonders der „unerträgliche Mißbrauch von Fremdworten auf die Nerven“ gegangen war[72]. Zum Inhalt der Rede titelte die *Frankfurter Neue*

[68] Zu den obigen Zitaten: Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt a. M., Nr. 47, 21. November 1970, S. 436.
[69] Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt a. M., Nr. 47, 21. November 1970, S. 437; vgl. auch Chromik, Kulturpolitik, S. 66.
[70] So der Eindruck eines Journalisten der *Frankfurter Rundschau*. Zit. nach Hoffmann, 1 Jahr Kulturarbeit in Frankfurt, S. 29.
[71] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1970.
[72] Leserbrief „Verschrobene Idee“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 22. Dezember 1970. Kritik an seinem ausgiebigen Fremdwortgebrauch pflegte Hoffmann mit dem Hinweis zu be-

Presse:„Hohe Ziele und viele teure Wünsche“[73]; die FAZ sprach von einer „Volksbildungsrede“, mit der Hoffmann „in die vollen“ gegangen sei[74]. In der *Frankfurter Rundschau* hieß es gar: „Vielen Stadtverordneten (und nicht nur denen der Opposition) mußte ja dieses neuartige Konzept städtischer Kulturarbeit wie die Fata Morgana eines Delirierenden vorgekommen sein.“[75]

Das Blatt deutete die kritische Reaktion dennoch ausgesprochen Hoffmann-freundlich als wenig überraschend. Man habe eben in Frankfurt bislang „in einer kulturellen Wüste“ gelebt. Damit war einer der wichtigsten Startvorteile des neuen Kulturdezernenten angesprochen: die verbreitete Überzeugung, Kultur in Frankfurt sei bis dato „ein endloser trauriger Witz“ gewesen, „über den man in ganz Deutschland lacht“[76]. Demzufolge konnte es eigentlich nur noch besser werden, und so hatte Hoffmann im Grunde nicht viel zu verlieren. Ähnlich erfreut zeigte sich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* über die durch Hoffmanns Rede ausgelöste Unruhe: „eine nach der bisherigen Sterilität und Ratlosigkeit der Frankfurter Kulturpolitik erfreuliche und hoffentlich fruchtbare Unruhe“.[77] Für diese Einschätzung sprach auch das eng mit der Person Hoffmann verknüpfte, verstärkte Interesse des überregionalen, bundesdeutschen Feuilletons an den Frankfurter Entwicklungen. Der neue Kulturdezernent, so lobte die *Zeit*, habe mit dem audio-visuellen Kommunikationszentrum das „wohl aufregendste Experiment zur Behebung der deutschen Filmmisere“ angekündigt[78].

So leichtes Spiel Hoffmann angesichts der vorgefundenen Kulturmisere einerseits hatte, so hoch war andererseits auch seine Fallhöhe, nachdem ihn manche Linke wie einen Moses feierten, der das Frankfurter Volk endlich aus der kulturellen Wüste ins gelobte Land führen sollte: Als „ein Wunder der (sozialistischen) Natur von der Frankfurter SPD eingesetzt“, habe er den „Südhessen“ versprochen, „ihre Pläne zu realisieren, das Kulturleben durchsichtig zu machen und es zu ‚demokratisieren‘ […], kurz: einen Frankfurter sozialistischen Kultur-Avantgardismus zu inaugurieren.“[79]

Es zählte freilich zu den größten Stärken Hoffmanns, daß er sich auch im sogenannten bürgerlichen Lager immer wieder Respekt zu verschaffen wußte. Legendär ist in dieser Hinsicht sein Verhältnis zu dem großen Bankier und Kulturmäzen Hermann Josef Abs. Schon vor der Wahl des neuen Kulturdezernenten hatte der Frankfurter Verleger Siegfried Unseld bei einem Diner Hoffmann klargemacht: „Es gibt schon zwei Kulturdezernenten in Frankfurt.“[80] Neben Abs war damit

gegnen, ein „gewisses Abstraktionsniveau“ sei manchmal, vor allem in Fachkreisen, nötig; in Ortsvereinen der Partei würde er aber anders reden. Vgl. das Interview mit der *Frankfurter Neuen Presse*, 7. November 1975.

73 Frankfurter Neue Presse, 13. November 1970.

74 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. November 1970.

75 Zit. nach Hoffmann, 1 Jahr Kulturarbeit in Frankfurt, S. 29.

76 Ebd., S. 29.

77 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1970: „Provokation“.

78 Die Zeit, 20. November 1970.

79 Die Frankfurter SPD habe in Hoffmann „so etwas wie den lieben Gott mobilisiert. Nun muß der Gott den Anspruch erfüllen.“ Bringe er „aber nur das müde Gewohnte – mit linken Vorzeichen – zuwege“, werde er selbst, „wie so mancher Gott vor ihm, zum Prügelknaben“. Die Welt (Rudolf Krämer-Badoni), 17. August 1971.

80 Art. Das Kunstmagazin, 3/1990, S. 63.

der einflußreiche Präsident der Industrie- und Handelskammer, Fritz Dietz, gemeint, der sich vor allem für den Wiederaufbau der Alten Oper engagierte[81]. Mit Abs mußte Hoffmann vor allem deshalb zu tun bekommen, weil der 1901 geborene Finanzdiplomat den „Aufsichtsrat“ des ehrwürdigen, seit 1815 von fünf Vertretern der Bürgerschaft geleiteten Städelschen Kunstinstituts beherrschte. In diese Einrichtung integriert war aber seit 1907 die Städtische Galerie, dessen dem Magistrat der Stadt unterstellter Leiter zugleich als Städel-Direktor fungierte.

Obwohl man also miteinander auskommen mußte, beendete Hoffmann seinen Antrittsbesuch bei Abs, noch bevor er begonnen hatte, nachdem der Alt-Bankier ihn 20 Minuten im Vorzimmer hatte warten lassen. Bei seinem theatralischen Abgang bat Hoffmann Abs' Sekretärin, ihrem Chef schöne Grüße zu bestellen: „Ein Magistratsmitglied der Stadt Frankfurt läßt man nicht zwanzig Minuten warten.“[82] Postwendend entschuldigte sich Abs telefonisch, niemand habe ihn von Hoffmanns Ankunft informiert, und versicherte den Kulturdezernenten nun seinerseits, bis auf den Himalaya steigen zu wollen, um ein Treffen zu ermöglichen. Am nächsten Tag erschien Abs zehn Minuten früher als verabredet in Hoffmanns Büro, wo dieser „sein gestriges Spiel eine Volte weiter“[83] spielte und ihn erst Punkt 15 Uhr begrüßte. Nachdem sich die beiden Herren wechselseitig als eigenwillig begriffen hatten[84], begann eine langjährige „zielorientierte Freundschaft“[85], in deren Verlauf Hoffmann den wegen seiner Rolle im Dritten Reich nicht unumstrittenen Abs[86] sogar zum Ehrenbürger vorschlug.

Hoffmanns Respektabilität im bürgerlichen Milieu mochte neben seiner Persönlichkeit und seinen Umgangsformen auch ein wenig mit seinem Selbstverständnis als Kulturdezernent zusammenhängen. Die Profession des Kulturpolitikers hatte für ihn „viel mehr mit Kultur zu tun als mit Politik“. Bei allen linken Grundüberzeugungen war Hoffmann kein in der Wolle gefärbter Sozialdemokrat. Die „notorische Kaste des Berufspolitikers“ blieb ihm „immer suspekt“[87], und dazu gehörte auch die mentalitätsgeschichtlich wohl noch aus der Zeit der Sozialistenverfolgung herrührende Neigung mancher Genossen, „treue Parteifreunde nicht im Stich zu lassen“[88], sondern sie in Personalfragen mitunter auch bei nicht ganz eindeutiger Eignung gleichsam in der Solidarität der Arbeiterklasse gegenüber „bürgerlichen“ Konkurrenten zu bevorzugen. Als Hoffmann in der SPD-Fraktion einmal einen Redebeitrag mit dem Konjunktiv einleitete: „Wenn ich

[81] Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, v. a. S. 322f., 327–330.
[82] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 103.
[83] Ebd., S. 103.
[84] Bei einer starken Natur wie Abs, so beschreibt ihn sein Biograph Lothar Gall, Der Bankier, S. 435, habe sich schon früh „eine Art Kultus der eigenen unverwechselbaren Person“ entwikkelt. Auch Hoffmann empfanden manche als „nicht uneitel“. Vgl. Alexander Gauland, Nicht alle waren Hilmar Hoffmanns Statisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 1999.
[85] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 103.
[86] 1937 in den Vorstand der Deutschen Bank berufen, hatte Abs seine Karriere im Dritten Reich fortgesetzt. Er war nie Mitglied der NSDAP „und innerlich als gläubiger Katholik in deutlicher Distanz zum Regime und seiner Ideologie“, doch hat er nach dem Urteil seines Biographen Gall dem Dritten Reich wie so viele „zumindest indirekt gedient“. Gall, Der Bankier, S. 9.
[87] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 136.
[88] So schrieb Hoffmann kritisch im Blick auf die Bestellung des „ungehobelten“ Hermann Lingnau zum Frankfurter Stadtkämmerer. Ebd., S. 134.

Politiker wäre“, fuhr ihm Möllers Nachfolger im Oberbürgermeisteramt, Rudi Arndt, „mit Hohngelächter in die Parade: ‚Habt ihr das gehört, Genossen? Der Hilmar sagt, wenn ich Politiker wäre […] Mensch, du bist Politiker! Du bist es rund um die Uhr! ‘“[89]

Die Anekdote sagt viel über das schwierige Verhältnis zwischen Hoffmann und Arndt aus, das innerhalb eines breiten, die praktische Umsetzung der neuen kulturpolitischen Konzepte tangierenden Vektorenbündels anzusiedeln ist. Die sozialistische Kraftnatur Arndt, der „Wehner von Hessen“[90], war in Hoffmanns Augen nicht nur „in seinem Mangel an Bescheidenheit konkurrenzlos“[91], der ruppige Zweizentnermann und „Poltergeist“[92], ein „Sozi alten Schrots und Korns“[93], hatte nach seinem Amtsantritt als OB 1972 auch den „in Sachen Kultur notorisch ignorant[en]“ Genossen Hermann Lingnau, ehedem Studentenweltmeister und zweimaliger deutscher Meister im Kugelstoßen, mit dem Posten des Stadtkämmerers versorgt[94]. Hoffmanns Kontakt zum Finanzdezernenten war so „dauerhaft belastet“, daß er sich kleinere, kurzfristig benötigte Summen lieber beim Leiter der Stadtkämmerei besorgte, mit dem er besser konnte, während er größere Titel öfters gegen Lingnaus Veto in Magistrat und Stadtparlament durchsetzen mußte[95]. Stellte sich schon zwischen Arndt und Hoffmann nicht mehr jenes besonders enge, freundschaftliche Verhältnis ein, das die Beziehung des Kulturdezernenten zum Oberbürgermeister in dem kurzen Jahr bis zu Möllers Tod im November 1971 geprägt hatte, so entwickelten sich auch andere Rahmenbedingungen für Hoffmanns Politik nicht eben günstig.

Parallel zu der bundespolitischen Großwetterlage, die im leidenschaftlichen Streit um die Ostverträge immer kritischer wurde und sich Ende April 1972 mit dem Scheitern eines parlamentarischen Mißtrauensantrags gegen Kanzler Willy Brandt entlud, kam es im Frankfurter Römer im März zum Bruch der seit Kriegsende bestehende Allparteienkoalition, als die SPD auf Druck der Jusos zwei zur Wiederwahl anstehenden CDU-Dezernenten die Bestätigung verweigerte[96]. Unter dem Zeichen dieser gesamtgesellschaftlichen, den Frankfurter Mikrokosmos voll erfassenden Konfrontation standen eine Reihe kulturpolitischer Schlachten, die einen Schatten auf Hilmar Hoffmanns erste Amtsjahre warfen – und zwar nicht erst seit dem Platzen der Römer-Koalition 1972, sondern fast von Beginn an.

Es dürfte deshalb kaum ganz abwegig sein, auch in Hoffmanns neuer Kulturpolitik einen jener Faktoren zu sehen, die maßgeblich zur inneren Aushöhlung der schwarz-rot-gelben Stadtregierung beitrugen. CDU-Vorsitzender Gerhardt hatte dies im Mai 1971 schon angedeutet, als er sich wieder einmal gegen die – auch in den eigenen Reihen kursierenden – Forderungen nach einem Austritt aus der Rathaus-Koalition zur Wehr setzen mußte. Es gehe in der Kommunalpolitik, anders

[89] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 136.
[90] So ließ sich Arndt selbst gern nennen. Vorwärts, 9. Dezember 1971.
[91] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 133.
[92] Vorwärts, 9. Dezember 1971.
[93] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 137.
[94] Ebd., S. 134. Zu Lingnau siehe den Bestand S 2/9908 im IfSG.
[95] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 136.
[96] Balser, Aus Trümmern, S. 338f.

als in der „Hohen Politik“, vor allem um die Lösung von „Sachproblemen“, so betonte Gerhardt. Hier habe sich die CDU etwa im Krankenhausbereich durchsetzen können. In der Kulturpolitik dagegen sei zwar die alte CDU-Forderung nach längeren Öffnungszeiten der Museen endlich verwirklicht worden und es sei auch begrüßenswert, Kultur möglichst breiten Schichten zugänglich zu machen; manchen Aktivitäten des neuen Kulturdezernenten sehe die CDU aber „mit gemischten Gefühlen“ entgegen[97].

Zu diesen Aktivitäten gehörten zunächst in erster Linie die Entwicklung der Volkshochschule, die Besetzung des Kuratoriums der neuen Römerberg-Gespräche und die Gründung des Kommunalen Kinos. Bereits wenige Wochen nach Hoffmanns Wahl hatte die SPD-Fraktion am 7. Dezember 1970 einen Etatantrag eingebracht, bei dem es um die Einplanung von Haushaltsmitteln für die Errichtung eines kommunalen Kinos ging[98]. Wie der Kulturdezernent in der Stadtverordnetenversammlung verdeutlichte, wollte er damit „den sozio-kulturellen Bereich, der gerade vom Film erfaßt werden kann, sehr viel stärker in unsere Überlegungen einbauen“[99]. Die CDU machte Bedenken geltend, weil die Stadt auf diese Weise unternehmerisch tätig werde, wurde aber von SPD und FDP überstimmt[100]. Auch eine von den Besitzern der Frankfurter Erstaufführungstheater angestrengte Klage gegen den Magistrat konnte die Gründung des Kommunalen Kinos, hinter die sich rasch der Kulturausschuß des Deutschen Städtetages und die Kultusministerkonferenz gestellt hatten, nicht verhindern. Vielmehr regten sich noch 1971 bundesweit in über 50 Städten und Gemeinden ähnliche Initiativen. Über einen „Raketenstart in den Himmel konkreter Utopie“ jubelte deshalb die *Frankfurter Rundschau*[101]. Die Jeremiaden der Kinobesitzer gegen die Aufführung sogenannter gewerblicher Filme durch die Stadt vermochten jedenfalls kaum zu überzeugen. Denn die Filmwirtschaft hatte bislang auch die Fernsehanstalten nicht verklagt, obwohl diese jede Woche eine ganze Reihe gewerblicher Filme ausstrahlten[102]. In der Frankfurter CDU meldeten sich ebenfalls Stimmen zu Wort, die ein Kino für anspruchsvolle, in den kommerziellen Theatern chancenlose Filme prinzipiell begrüßten[103].

Für „den radikalen Trend des Programms“, der sich in den Augen konservativer Frankfurter schon im ersten Jahr des Kommunalen Kinos herauskristallisierte[104], herrschte weniger Verständnis. Nicht nur, daß Hoffmann die sozialliberale Ostpolitik gleichsam cineastisch ratifizierte und im Juli 1971 in Moskau erfolgreich verhandelte, um Filme aus den Sowjetrepubliken nach Frankfurt zu bringen, oder

97 Höchster Kreisblatt, 13. Mai 1971.
98 Etat-Antrag der SPD-Fraktion vom 7. Dezember 1970 zur „Förderung der Filmkunst in Frankfurt am Main“. IfSG: Stvv 2.686 (Etat 1971).
99 IfSG: Stvv P 723. Protokoll der 29. Plenarsitzung vom 28. Januar 1971, Bl. 460.
100 Zur Rede des CDU-Stadtverordneten Friedrich-Wilhelm Bauer in der 2. Lesung des Haushalts am 28. Januar 1971. IfSG: Stvv P 723. Protokoll der 29. Plenarsitzung vom 28. Januar 1971, Bl. 465; zur Haltung der FDP Bl. 457, zur Abstimmung Bl. 467. Vgl. auch IfSG: Dokumentation der CDU-Stadtverordnetenfraktion (September 1972): „Die Selbstherrlichkeit der SPD …“.
101 Frankfurter Rundschau, 8. Dezember 1971.
102 Hoffmann warf den Vertretern des „Kino-Monopols in dieser Stadt“ deswegen „Schizophrenie“ vor. Hoffmann, 1 Jahr Kulturarbeit, S. 19. Vgl. auch: Die Welt, 28. März 1973.
103 Vgl. den Bericht über den CDU-Kreisparteitag in der Frankfurter Neuen Presse, 24. Juni 1972.
104 Frankfurter Neue Presse, 24. Juni 1972.

daß er mit ähnlichem Impetus 1972 für Wochen des polnischen und des DDR-Films sorgte[105]. Hinzu kam noch das konservative Entsetzen über die Aufführung des Films „Die Hauptsache ist, daß man zu lernen versteht“ im April 1972, in dem das „Kollektiv Westberliner Filmarbeiter“ zum Klassenkampf und zum Sturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufrief[106]. Auf eine kritische Anfrage der CDU-Fraktion hin[107] antwortete der Magistrat, es könne im Kommunalen Kino nicht um die Frage gehen, ob zu derlei aufgerufen werde; gerade das Ziel einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung müsse es doch vielmehr sein, „intellektuelle Freiheit zu gewähren“[108].

Welchen Begriff von intellektueller Freiheit der Filmenthusiast Hoffmann selbst hatte, wurde noch deutlicher, als er selbst zur Kamera bzw. zum Schneidegerät griff und in Kuba einen Film aus Wochenschauen drehte. Dabei rückte er zwar manchmal von den demagogischen Kommentaren eines Santiago Alvarez ab, der als eine kubanische Abart des DDR-Chefpropagandisten Eduard Schnitzler gelten kann[109]; aber Hoffmann machte aus der Bewunderung für dessen Filmtechnik („kulinarischer Agitprop“) ebensowenig einen Hehl wie aus seiner etwas naiven Begeisterung für den „menschlichen Sozialismus“ auf der karibischen Zuckerinsel. Nach Auffassung seines journalistischen Hauptkritikers, Rudolf Krämer-Badoni, hatte Hoffmann damit „demagogischen und einseitigen Mitteln, wenn sie nur faszinierend verwendet sind, didaktische Legitimität“ zugesprochen; ja mehr noch, er habe eine Erklärung dafür geliefert, weshalb im Kommunalen Kino so oft Filme „linker Revolutionäre der offiziellen Produktion Chinas und Sowjetrußlands“ zu sehen waren[110]. Falls sich an der einseitigen Zielrichtung der städtischen Einrichtung nichts ändere, so forderte ein CDU-Kreisparteitag im Juni 1972, müsse man sie wieder schließen[111].

Noch massiver fiel die konservative Kritik an der Volkshochschule aus, die sich in letzter Zeit mehr und mehr als „bildungspolitische Filiale des linken SPD-Flügels“ gebärde[112]. Bereits im Oktober 1971 hatte ein FAZ-Bericht für Aufregung gesorgt, der dem Frankfurter Bund für Volksbildung (FBfV) die Organisation von Hausbe-

105 Frankfurter Neue Presse, 31. Juli 1971; Frankfurter Rundschau, 2. Dezember 1971.

106 In dem Film des 1941 geborenen, „studentenbewegten“ Regisseurs Gerd Conradt, für dessen Buch das „Kollektiv Westberliner Filmarbeiter“ verantwortlich zeichnete, ging es um das Erziehungsheim Staffelberg in Hessen. Dessen Insassen hatten Frankfurter SDS-Anhänger 1969/70 mittels Flugblättern zu politisieren versucht, weil sie in derartigen Randgruppen ein Potential der Gesellschaftsveränderung erblickten.

107 Anfrage der CDU-Fraktion A 1345 vom 3. Mai 1972 (IfSG: Bestand Anfragen und Anträge der Fraktionen, 1972). Im Kommentar der Filmemacher, so die CDU-Fraktion, sei zum Beispiel auch von „sozialdemokratischen Verrätern“ die Rede.

108 Antwort des Magistrats B 207 vom 31. Juli 1972, zit. nach IfSG: Dokumentation der CDU-Stadtverordnetenfraktion (September 1972): „Die Selbstherrlichkeit der SPD … Stichwort: Kommunales Kino“.

109 Der 1919 in Havanna in die Familie eines überzeugten Anarchisten hineingeborene Alvarez war 1943 der kommunistischen Partei beigetreten und hatte sich am Kampf gegen das Batista-Regime beteiligt. Nach dem Sieg Fidel Castros wurde er mit der Chefredaktion der kubanischen Wochenschauen betraut, die er fortan in einem aggressiv-klassenkämpferischen, filmgeschichtlich indes wegen seiner eigenwilligen Technik der „nervösen Montage“ bemerkenswerten Stil produzierte.

110 Die Welt, Ausgabe B, Westberlin, 28. März 1973.

111 Frankfurter Neue Presse, 24. Juni 1972.

112 Ebd.

setzungen zur Last legte[113] und gegen VHS-Leiter Gebhardt[114] und seinen Mitarbeiter Karsten Voigt Vorwürfe wegen tendenziell „verfassungsfeindlicher Gesinnung“[115] erhob. Den Anlaß zu diesem Artikel hatte ein in einem besetzten Haus abgehaltener VHS-Kurs zum Thema Grundstücksspekulation gegeben. Wenige Tage nachdem sie am 6. Oktober einen Sonderausschuß der Stadtverordnetenversammlung beantragt hatte, stellte die CDU fest, daß der „Bund für Volksbildung – ebenso wie die SPD – seit geraumer Zeit von linksradikalen Kräften unterwandert werde“[116]. CDU-Stadtverordnete hatten schon länger vergeblich versucht, bei der FBfV-Leitung auf „politische Einseitigkeiten“ aufmerksam zu machen[117]. Die CDU vermochte zwar den Sonderausschuß im Römer gegen die SPD-Mehrheit nicht durchzusetzen, doch es gelang ihr, einen Untersuchungsausschuß im Hessischen Landtag mit der Klärung der gegen den FBfV erhobenen Vorwürfe zu beauftragen[118].

Krämer-Badoni, der publizistische Schützenhelfer der CDU, war ebenfalls wieder zur Stelle. Zunächst monierte er vor allem, daß das Treiben an der VHS von einem neuen Kulturdezernenten gedeckt werde, der, „wenn er sich beraten läßt, gern ins ganz linke Lager“ gehe und bei dessen Frankfurter Partei man sich frage, ob sie „mit der Kulturförderung systemverändernde, zu deutsch: umstürzlerische und gesamtpolitische Absichten“ verfolge[119]. Auch daß die politische Bildung an der VHS ausgerechnet „vom Juso-Haupt Karsten Voigt geleitet“ werde[120], skandalisierte der Publizist. Voigt hatte nach seinem Studium 1969 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Volkshochschule angefangen und brachte es, obwohl seine Berufung umstritten gewesen war, innerhalb weniger Jahre zum Leiter des „Fachbereichs Gesellschaft und Politik“[121] und Stellvertreter des FBfV-Direktors Roland Petri[122]. Wer um die politische Weltanschauung der Jungsozialisten damals wußte, konnte sich über die Vorträge, die an der Frankfurter VHS etwa zum Thema Wirtschaft oder Bundeswehr gehalten wurden, kaum wundern. Alles, so Krämer-Badoni, werde dort „‚kritisch‘ betrachtet, […] alles im kritischen Licht des Marxismus […]“. Die einzige Aussicht auf „Zerschlagung der Organisationseinheit von Militär und Industrie“, so lernte man laut Krämer-Badoni an der VHS,

113 FAZ, 5. Oktober 1971 („Die Volkshochschule organisiert Hausbesetzungen“). Gegen den Artikel wurde indes eine einstweilige Verfügung am Landgericht Frankfurt erwirkt. Vgl. hierzu das Protokoll der SPD-Unterbezirksvorstandssitzung vom 18. Oktober 1971 im AdsD: UB Frankfurt. UB-Vorstand-Protokolle 1969, grüner Schnellhefter.

114 Die Leitung der VHS hatte Gebhardt 1969 übernommen.

115 Gniffke, Volksbildung in Frankfurt, S. 77.

116 IfSG: Dokumentation der CDU-Stadtverordnetenfraktion (vom September 1972): „Die Selbstherrlichkeit der SPD … Stichwort: Frankfurter Bund für Volksbildung“.

117 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Oktober 1971.

118 Drucksache 7/901 vom 27. Oktober 1971. Hessischer Landtag. 7. Wahlperiode (1970–74). Drucksachen, Bd. 4, Wiesbaden 1971. Kulturdezernent Hoffmann monierte, der Untersuchungsausschuß sei in Gefahr, „Gesinnungsschnüffelei“ zu treiben. Frankfurter Neue Presse, 24. November 1971.

119 Die Welt, 17. August 1971.

120 Ebd.

121 Vgl. auch Gniffke, Volksbildung in Frankfurt, S. 67f. Karsten Voigt veranstaltete u. a. Kurse zusammen mit DGB-Einzelgewerkschaften zur Schulung von Betriebsräten; ein „beträchtlicher Teil“ davon hatte 1970 „marxistische Theorie zum Inhalt“.

122 Zu Petri, einem 1928 geborenen Vermessungstechniker, der im Vorstand des DGB-Landesbezirkes Hessen für das Bildungswesen zuständig gewesen war, bevor er 1969 Direktor des FBfV wurde, siehe den Bestand S 2/6497 im IfSG.

biete „die massenhafte Kriegsdienstverweigerung“. Angesichts derartiger Lehrinhalte sei zu konstatieren, daß „die Saat langer südhessisch-radikaler Partei-Indoktrination“ aufgehe[123].

Mit seinem Bericht sorgte der Publizist im Juli 1972 noch einmal für eine Reprise der Kontroverse, die durch die Verhörung von Zeugen im Hessischen Landtag weiter am Köcheln gehalten worden war[124]. In den vom Untersuchungsausschuß zu klärenden Fragen, ob bei den VHS-Veranstaltungen „durch Referate oder schriftlich verteilte Materialien gegen die Verfassung gerichtete schriftliche Agitation betrieben worden“ sei und ob FBfV-Mitarbeiter Hausbesetzungen mit vorbereitet hätten[125], kam es sogar zu Gerichtsprozessen, die teils durch Einstellung (Strafverfahren), teils durch Vergleich (Zivilverfahren) endeten. Nachdem der zivilgerichtliche Vergleich gezeigt hatte, „daß auch die Beteiligten Behauptungen im Sinne der positiven Beantwortung der Fragen“ nicht mehr aufrechterhielten, stellte der Ausschuß seine Arbeit an diesen Punkten ein[126].

Der Mißmut der CDU über die bislang „jeder wirklichen Kontrolle entzogen[e]“[127] Arbeit der Volkshochschule hielt freilich an, zumal ein Prüfungsbericht des Revisionsamtes der Stadt eine Reihe von Beanstandungen enthielt, die für die Geschäftsführung des Bundes für Volksbildung wenig schmeichelhaft ausfielen – etwa über einen Dozenten aus der Hausbesetzerszene oder einen anderen, dessen Qualifikation aus 12 Semestern Soziologie ohne Abschluß und anschließender Jugendbildungsarbeit bei der IG Chemie bestand[128]. Im September 1972 beantragte die CDU daraufhin beim Magistrat, die VHS, die immerhin öffentliche Gelder in zweistelliger Millionenhöhe verwaltete, „organisatorisch und rechtlich“ in eine städtische Einrichtung mit einem gesellschaftlich breit zusammengesetzten Kuratorium umzuwandeln. Außerdem solle die VHS, was ein besonderes Mißtrauensvotum der CDU gegen Hilmar Hoffmann bedeutete, nicht nur wegen der „hohen bildungspolitischen Bedeutung der Erwachsenenbildung“, sondern auch wegen ihrer „besonderen Situation“ in Frankfurt infolge der beklagten „Fehlentwicklungen“ künftig in das Schuldezernat integriert werden[129]. Die Frankfurter SPD tat sich mit dieser Forderung zwar schwer, doch angesichts der Skandale und Skan-

123 So Krämer-Badoni im Darmstädter Echo, 29. Juli 1972.

124 Vgl. etwa den Bericht über die Anhörung des FBfV-Direktors Petri in der Frankfurter Rundschau, 28. Juni 1972.

125 Drucksache 7/5906, S. 1 (zu Drucks. 7/901), 11.09.74, in: Hessischer Landtag. 7. Wahlperiode (1970–74). Drucksachen 5801–6105, Bd. 21. Wiesbaden 1974.

126 Ebd.

127 Frankfurter Neue Presse, 24. Juni 1972.

128 Revisionsbericht Nr. 3/14/5 Se/1972 (des Revisionsamtes) vom 28. Februar 1972 betr. Vorwürfe gegen die Volkshochschule (Vorg.: Magistratsbeschluß Nr. 2784 vom 8.11.1971, v. a. Bl. 6 und 11, im Bestand IfSG: Stvv 2.339. Darüber hinaus wurde in der Öffentlichkeit bemängelt, daß mit dem Direktor des FBfV Petri „noch nicht einmal ein Anstellungsvertrag abgeschlossen“ worden und auch darüber hinaus die „Führung der Personalakten […] in vielen Fällen mangelhaft gewesen“ sei. Auch die Art und Weise der Auszahlung von Honoraren an Mitarbeiter oder der Vermietung eines Saales an die IG Metall wurde kritisiert. Frankfurter Rundschau, 5. Juli 1972.

129 Abschrift des Antrags der CDU-Fraktion vom 6. September 1972 im Bestand IfSG: Stvv 2.339. Zur Forderung nach Kommunalisierung vgl. auch die scharfe Kontroverse zwischen der CDU und Petri, der in dem CDU-Ansinnen nach einer besseren Kontrolle der VHS einen Verstoß gegen „das hessische Volkshochschulgesetz“ erblickte. Vgl. auch die ebenfalls im angegebenen Faszikel enthaltene Presseerklärung des FBfV vom 13. September 1972 sowie Frankfurter Rundschau, 27. Juni 1972.

dälchen um die VHS führte an der „Kommunalisierung“ der bislang noch als „eingetragener Verein“ agierenden VHS mittelfristig kein Weg mehr vorbei. Sie trat am 1. Dezember 1976 in Kraft[130].

Neben der VHS geriet das ebenfalls zum Frankfurter Bund für Volksbildung gehörende, 1963 aus der Landesbühne Rhein-Main hervorgegangene Theater am Turm (TAT) immer wieder in die politischen Schlagzeilen. Das TAT war u. a. durch Inszenierungen von Peter Stein und Claus Peymann seit Mitte der 1960er Jahre zu einem führenden Experimentiertheater der Bundesrepublik geworden. Die Krise, die seit dem Rückzug dieser schwer ersetzbaren Regisseure am TAT schwelte, bekam auch der neue Kulturdezernent nicht recht in den Griff[131]. Gegen Felix Müller, der das TAT seit 1965 leitete und sein künstlerisches Image nicht zuletzt Erstaufführungen mehrerer Stücke von Peter Handke (v. a. die „Publikumsbeschimpfung“ 1966) verdankte, hatte sich damals eine linke Fronde gebildet, die vom „aufrührerische[n] Zeitgeist von 1968“[132] inspiriert war.

Die Gruppe, die am TAT gegen das von Müller „praktizierte Intendantentheater“ aufbegehrte, forderte weitergehende Mitbestimmungsrechte[133]. Sie lag damit ganz auf der Linie der im Dezember 1969 (unter der Regie des kulturpolitischen Arbeitskreisvorsitzenden der Frankfurter SPD) gegründeten sozialdemokratischen „Aktionsgruppe Darstellender Künstler“, welche die Mitbestimmung „an den staatlichen und städtischen Bühnen des Landes Hessen“ generell verwirklicht sehen wollte[134]. Nach einer Reihe von Konflikten zwischen Müller auf der einen, dem linken Ensembleteil und dem FBfV-Vorstand auf der anderen Seite, wurde Müller gekündigt und der Öffentlichkeit am 18. Januar 1971 ein neues Leitungsmodell vorgestellt.

Das Direktorium bestand künftig aus dem Dramaturgen Wolfgang Wiens[135] sowie dem Autor Wolfgang Deichsel[136] und dem Direktor des Frankfurter Bundes

130 Vgl. auch Gniffke, Volksbildung in Frankfurt, S. 77f. Um das Thema vor den Kommunalwahlen 1972 vom Tisch zu bekommen, hatte die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der SPD-Fraktion Ende September 1972 beschlossen, binnen einen Jahres einen „Gesamtentwicklungsplan“ für die Erwachsenenbildung in Frankfurt zu erstellen. Abschrift des SPD-Antrages vom 28. 9. 1972 im Bestand IfSG: Stvv 2.339.

131 Vgl. Gniffke, Volksbildung in Frankfurt, S. 61f., 64ff.

132 Töteberg, Rainer Werner Fassbinder, S. 87. Vgl. auch die „TAT-Story“ von Friedrich, Mündel will Vormund sein!

133 Müller dagegen hielt unbeschadet „seiner grundsätzlichen Zustimmung zur Mitbestimmung“ an der Position fest, daß am Theater „Entscheidungen erforderlich seien, die im wesentlichen von künstlerischen Vorstellungen geprägt seien“: Der Intendant müsse in der Lage sein, „seine künstlerische Auffassung“ durchzusetzen. Drucksache 7/5906, S. 6 (zu Drucks. 7/901), 11. 09. 74, in: Hessischer Landtag. 7. Wahlperiode (1970–74). Drucksachen 5801–6105, Band 21, Wiesbaden 1974.

134 AdsD: UB Frankfurt. UB-Vorstand, Protokolle 1970 [etc.], grüner Hefter, darin: Presseerklärung der „Aktionsgruppe Darstellender Künstler“ vom 30. Dezember 1969 (gez. Heinz Hagenau). Neben dem Vorsitzenden des kulturpolitischen Arbeitskreises, Hans Joachim Schauss, gehörten der Initiative auch Heinrich Minden und Gerhard Retschy von den Städtischen Bühnen an.

135 Der 1941 in der pommerschen Hauptstadt Stettin geborene Wiens (in späteren Jahren zum Chefdramaturgen an der Wiener Burg avancierend) war 1969 Mitbegründer des auf der Basis eines Mitbestimmungsmodells gegründeten Verlags der Autoren gewesen. Wiens gehörte zu den Mitverfassern des vom kulturpolitischen Arbeitskreis der SPD vorgelegten und vom Unterbezirksparteitag am 19. September 1970 beschlossenen „Theaterversuchs“ am TAT. Drucksache 7/5906, S. 7 (zu Drucks. 7/901), 11. 09. 74, in: Hessischer Landtag. 7. Wahlperiode (1970–74). Band 21. Drucksachen 5801–6105, Wiesbaden 1974.

136 Der 1939 geborene Schriftsteller war bekannt geworden zunächst etwa durch sein 1968 veröffentlichtes Theaterstück „Agent Bernd Etzel. Der Simulant und der falsche Sohn“, dann aber vor

für Volksbildung, Roland Petri. Im Sinne der Mitbestimmungsforderung wurde bald darauf versucht, die Vollversammlung als höchstes Leitungsorgan zu installieren, was indes hemmend auf den Theaterbetrieb wirkte und dazu führte, daß einige, Müller nahestehende Schauspieler sogar arbeitsrechtlich gegen Plenumsbeschlüsse vorgingen[137]. Zudem sorgten „selbstorganisierte Marxismus-Kurse für Ensemblemitglieder“ bei den Müller-Anhängern im Ensemble für Unmut[138]. Der auch in dieser Sache ermittelnde FBfV-Untersuchungsauschuß des Hessischen Landtages mit seiner SPD/FDP-Mehrheit konnte aber keinen Beweis dafür finden, daß auf Mitglieder des Ensembles „direkter oder indirekter Druck“ ausgeübt worden sei, an „einseitigen politischen Schulungskursen ohne Bezug auf den Spielplan teilzunehmen“; das „Angebot zur Teilnahme“ habe im Zusammenhang „mit der Interpretation zumindest von wichtigen Teilen des Spielplanes“ gestanden[139].

Nicht nur in der Causa TAT, wo der Kulturdezernent sich den SPD-Parteitagsbeschluß zum „Theaterversuch“ vom September 1970 in einem Schreiben an den FBfV-Vorstand ausdrücklich „zu eigen“ gemacht hatte[140], sah es CDU-Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Moog als erwiesen an, wie „unheilbar blind“ Hoffmann „auf dem linken Auge“ sei. Nämliches galt für Moog auch im sogenannten „Fall Holz“[141]. Den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz[142] hatte Hoffmann im Frühjahr 1972 in das Kuratorium der neuen Römerberg-Gespräche berufen. Diese gingen auf eine Initiative des Kunstwissenschaftlers Willi Wirth[143] zurück, um der Unruhe vor allem in der studentischen Jugend durch öffentliche Expertengespräche zu Fragen aus Kunst und Kultur produktiv zu begegnen. Die Gespräche fanden ab Oktober 1973 meist jährlich statt[144].

In der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Juni 1972 machte die CDU indes deutlich, daß es sich bei dem Marburger Philosophieprofessor Holz um den Vertreter eines „antidemokratischen, dogmatischen und damit reaktionären Marxismus“ handelte, der den ungarischen Aufstand von 1956 ebenso wie den Prager Frühling 1968 als konterrevolutionär bezeichnet und die Interventionen der Sowjetunion gerechtfertigt hatte[145]. Nachdem sich Hoffmann trotzdem voll hinter

allem (als „der hessische Molière“) durch seine gelungenen Übertragungen von Molière-Texten ins Hochdeutsche und ins Hessische. Er war wie Wiens Mitbegründer des Verlags der Autoren.

137 Gniffke, Volksbildung in Frankfurt, S. 72 .

138 Ebd., S. 73.

139 Drucksache 7/5906, S. 9 (zu Drucks. 7/901), 11. 09. 74, in: Hessischer Landtag. 7. Wahlperiode (1970–74). Band 21. Drucksachen 5801–6105, Wiesbaden 1974.

140 Hoffmanns Schreiben vom 1. April 1971 ist dokumentiert im Abschlußbericht des Untersuchungsauschusses zum FBfV. Drucksache 7/5906, S. 7 (zu Drucks. 7/901), 11. 09. 74, in: Hessischer Landtag. 7. Wahlperiode (1970–74). Band 21. Drucksachen 5801–6105, Wiesbaden 1974.

141 ACDP: II-045 (CDU-Kreisverband Frankfurt/Main), 152 (Kommunalwahl 1972): Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Moog, S. 8.

142 Der 1927 in Frankfurt geborene Holz war bei Ernst Bloch über das Thema „Herr und Knecht bei Leibniz und Hegel“ promoviert worden.

143 Wirth lehrte als Professor an der Frankfurter Goethe-Universität.

144 Die ersten Gespräche am 18. und 19. Oktober 1973 waren dem Thema gewidmet: „Kann die Stadt im Kapitalismus noch bewohnbar gemacht werden?“.

145 IfSG: Dokumentation der CDU-Stadtverordnetenfraktion (September 1972): „Die Selbstherrlichkeit der SPD … Stichwort: Fall Holz“. Schon im Verlauf des problematischen Berufungsverfahrens von Holz, der den Ruf auf den Marburger Lehrstuhl erst im Vorjahr, 1971, erhalten hatte, war der Philosoph als „stets an der Ost-Berliner Orthodoxie orientierter Parteimarxist“ attackiert worden. Der Spiegel, 29. März 1971 (Nr. 14), S. 166. Zum Ablauf des Berufungsverfahrens aus der Sicht von Holz selbst vgl. Grimm, Linke Vaterlandsgesellen, S. 182ff.

Holz gestellt hatte, der u. a. jahrelang für das FAZ-Feuilleton als freier Mitarbeiter tätig gewesen war, lehnte die Ratsmehrheit einen CDU-Antrag ab, die Verantwortlichkeit für die Berufung des Kuratoriums der Römerberg-Gespräche klarzulegen und das Gremium politisch ausgewogener zu besetzen[146]. Wie die Presse recherchierte, hatte Hoffmann angeblich gar nicht gewußt, wer ihm da mit Holz als Kuratoriumsmitglied untergeschoben worden sei[147]. War der Kulturdezernent also womöglich listigen 68ern in seiner Entourage auf den Leim gegangen? Oder hatte – wie Moog kritisierte – „der Dezernent für den amtlich verwalteten Teil der Kultur dieser Stadt Herrn Holz leichtfertig in sein Kuratorium berufen?“[148]

Zu dem CDU-Vorwurf, die SPD verfahre „bei der Berufung linksradikaler Kräfte in öffentliche Institutionen sehr großzügig“[149], fügte sich das christdemokratische Ungenügen an dem wenige Monate vorher, im März 1972, von SPD und FDP in der Stadtverordnetenversammlung durchgesetzten Beschluß, die im Bau befindliche Nordweststraße in „Rosa-Luxemburg-Straße“ zu benennen[150]. Erst im Vorjahr hatte die Frankfurter SPD in ihrem Parteihaus eine Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag Luxemburgs durchgeführt, auf welcher der Kommunismus-Experte Hermann Weber die Politikerin als eine „humanistischen Ideen“ verpflichtete Marxistin würdigte[151]. Der Hinweis der CDU, Luxemburg habe die deutschen Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten als „die infamsten und größten Halunken“ tituliert, „die in der Welt gelebt haben“, vermochte die Luxemburg-Freunde ebensowenig von ihrem Vorhaben abzubringen wie der seinerzeit geäußerte Wunsch der Spartakistin, die führenden SPD-Politiker Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann „ins Zuchthaus“ zu stecken[152]. Auf der Linie „progressiver Kulturpolitik“ lag, um ein letztes Beispiel zu nennen, 1973 auch die aus Berlin übernommene Ausstellung „Kunst der bürgerlichen Revolution“ anläßlich der 125-Jahr-Feiern der Eröffnung des Paulskirchen-Parlaments anno 1848. In den Texten der Ausstellung, die von – selbstredend sozialkritischen –

146 In einem Antrag vom 26. April 1972 (IfSG: Anfragen und Anträge der Fraktionen, 1972) hatte die CDU den Schluß gezogen, im Kuratorium solle „politisch einseitig“ agiert werden.

147 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Juli 1972.

148 ACDP: II-045 (CDU-Kreisverband Frankfurt/Main), 152 (Kommunalwahl 1972): Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Moog, S. 8.

149 IfSG: Dokumentation der CDU-Stadtverordnetenfraktion (September 1972): „Die Selbstherrlichkeit der SPD … Stichwort: „Fall Holz“. Auch in späteren Jahren hatte sich Hoffmann immer wieder einmal gegen Vorwürfe zu wehren, die Römerberg-Gespräche seien „linkslastig“. Vgl. etwa IfSG: 2.122. Niederschrift über die 28. Sitzung des Kulturausschusses am 4. November 1974. TOP 2.

150 Dem Vortrag des Magistrats M 9 vom 10. Januar 1972 stimmte das Plenum der Stadtverordnetenversammlung am 16. März 1972 zu. IfSG: Stvv P 5. Protokoll der 42. öffentlichen Plenarsitzung am 16. März 1972, Bl. 32, 113, 195.

151 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. März 1971. Zur Vorbereitung der Veranstaltung vgl. das Protokoll der SPD-Unterbezirksvorstandssitzung vom 22. Februar 1971 im AdsD: UB Frankfurt . UB-Vorstand, Protokolle 1969, grüner Schnellhefter.

152 IfSG: Dokumentation der CDU-Stadtverordnetenfraktion (September 1972): „Die Selbstherrlichkeit der SPD … Stichwort: Rosa Luxemburg“. Zu dem Vorgang und dem zeitweilig aufgekommenen Gerücht, auch die CDU habe für den neuen Straßennamen votiert, vgl. die Niederschrift über die (CDU-)Kreisvorstandssitzung vom 20. März 1972, in: ACDP: KV Frankfurt II 045-277, 278, sowie ACDP: Nachlaß Dregger I-347-184/1. CDU Frankfurt/„Gruppe 70“: Wolfgang Gerner an Wilhelm Fay, 7. März 1972. In dem Schreiben war irrigerweise von einem „Einlenken der CDU gegenüber dem Kommunismus“ die Rede.

Darbietungen des Straßentheaters begleitet wurde, figurierte „das Bürgerliche als reaktionärer Schmus“[153].

Ein fundiertes Urteil über die neue Kulturpolitik in der Praxis, über deren Konsequenzen für die Machtkämpfe der politischen Parteien in Frankfurt und über die von konservativer Seite kritisierte Funktion Hilmar Hoffmanns als Türöffner der durch die Kulturinstitutionen marschierenden 68er-Bewegung kann aber nur treffen, wer sich die zwei umstrittensten Themen auf der Agenda des Kulturdezernenten genauer ansieht: Zum einen die Entwicklung des neuen Stadtmuseums, „das modernste und größte historische Museum der Bundesrepublik“[154], das im Herbst 1972 am Main eröffnet wurde; zum anderen das Konzept der kollegialen Leitung an den Städtischen Bühnen, das ebenfalls ab dem Herbst 1972 – mit Hoffmann zu reden – erstmals am deutschen Theater „die Mitbestimmung […] zur Drittelparität institutionalisiert[e]“[155]. Beide „Frankfurter Modelle“[156] sorgten innerhalb der vieldiskutierten kommunalen Kulturpolitik der Stadt nicht nur für die heftigsten Konflikte; in beiden Institutionen schienen damals auch die 68er auf ihrem „langen Marsch“ am schnellsten ans Ziel zu kommen.

153 Die Welt, Ausgabe B, Westberlin, 28. März 1973. Zur Ausstellung siehe den von der „Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst/Arbeitsgruppe Kunst der Bürgerlichen Revolution“ erarbeiteten Band: Kunst der bürgerlichen Revolution.

154 So die *Stuttgarter Zeitung*, 10. November 1971, in einer Vorschau auf dieses Ereignis.

155 Hoffmann, 1 Jahr Kulturarbeit, S. 21.

156 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975.

5. Gesellschaftsveränderung per Stadtgeschichte? Das neue Historische Museum

Die Notlage der deutschen Museen und der Frankfurter Lösungsversuch

Die klassische Kulturinstitution Museum war in der Bundesrepublik schon seit Anfang der 1960er Jahre ins Gerede gekommen; nicht zuletzt weil der Blick nach Amerika Zweifel nährte, ob die deutschen Häuser noch auf der Höhe der Zeit standen. Am Ende des Jahrzehnts konnte man ein Kulminieren dieser Debatten beobachten. Je stärker die Museen so in ihrem Selbstverständnis tangiert wurden, desto bessere Chancen boten sich jenen, die sie auf dem Marsch durch die Institutionen mehr oder weniger umwälzend verändern wollten. Deshalb war es bedeutsam, wenn Städtetag und Kultusministerkonferenz im Juli 1969, gleichsam in die Phase der abebbenden Studentenbewegung hinein, eine „Empfehlung zum Bildungsauftrag der Museen" verabschiedeten. Darin konstatierten sie, die einst führenden deutschen Museen seien in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, weil wichtige Sammlungen bis heute nur behelfsmäßig ausgestellt werden könnten oder sogar durch unsachgemäße Magazinierung in ihrem Bestand gefährdet würden[1]. Auch die Museumsmacher selbst gerieten in den sich zuspitzenden Diskussionen um die „Notlage der deutschen Museen"[2] mehr und mehr in die Kritik. Manche tadelten die „Phantasielosigkeit"[3], andere die Theorieferne der angeblich „meist kulturpessimistisch empfindenden Museumswissenschaftler"[4].

Auch im Städtetag wunderte man sich über den „eher zum Beharren geneigten Vorstand" des Deutschen Museumsbundes[5]. Zu der Empfehlung der Kultusministerkonferenz vom Sommer 1969, in der es auch um die „Gleichstellung der Museen mit anderen Bildungseinrichtungen" und ihre systematische Förderung ging, meinte indessen Stephan Waetzoldt, der Generaldirektor der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin: Für „die konservative Grundeinstellung des Museums" gebe es „gute Gründe". Es unterliege „Zwängen des Beharrens, denen

[1] LA Berlin: B Rep. 142/9. Mitteilungen des DST vom 31. Juli 1969.
[2] LA Berlin: B Rep. 142/9. 3-00-00-47. Sitzung des Kulturausschusses des DST in München 1966, TOP 9; 3-00-00-48. Sitzung des Kulturauschusses des DST in Flensburg 1967, TOP 6; 3-00-00-58: Sitzung des Kulturausschusses des DST in Nürnberg 1971.
[3] So der Münchner Kulturdezernent Hohenemser auf der Sitzung des DST-Kulturausschusses in Nürnberg am 7./8. Oktober 1971. LA Berlin: B Rep. 142/9. 3-00-00-58.
[4] Detlef Hoffmann, Ein demokratisches Museum (I), S. 18.
[5] Vgl. den Vermerk vom 21. Oktober 1970 über die Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes e. V. in: LA Berlin: B Rep. 142/9. 3/41-18, Bd. 1. Bildungsauftrag und Öffentlichkeitsarbeit der Museen.

es nicht ausweichen kann, ohne sich selbst zu zerstören."[6] Immerhin aber entschied der Museumsbund 1970 auf Drängen der KMK, sich endlich in einen schlagkräftigeren Interessenverband mit hauptamtlichem Geschäftsführer umzuwandeln[7].

Ein Jahr später legte die Deutsche Forschungsgemeinschaft eine rote Broschüre über „Die Notlage der Museen" vor und forderte angesichts der immer noch unzureichenden Dotierung ihres auch bildungspolitisch so wichtigen Auftrags „Soforthilfe"[8]. Schon 1970 hatte Gerhard Bott 43 teils richtungweisende Beiträge von Experten in dem Buch „Das Museum der Zukunft"[9] versammelt. Die traditionelle Museumsarbeit war vorrangig damit beschäftigt gewesen, die Bestände zu inventarisieren, zu katalogisieren und zu pflegen und in der Ankaufspolitik den Bedürfnissen des gebildeten Bürgertums gerecht zu werden. Jetzt wurden im Zeichen einer auch zunehmend Kosten-Nutzen-Relationen unterworfenen Kulturpolitik Forderungen nach öffentlicher Relevanz der Museen – und d. h. auch nach ihrer Öffnung für breitere Besucherschichten – laut[10]. Es war nicht ohne Ironie, daß der neue fortschrittlich-emanzipatorische Ansatz der Museumsdidaktik seine Durchschlagskraft teilweise aus Kriterien kapitalistischer Ökonomie gewann.

Die Museen sollten nach Ansicht der Reformer künftig über ihre wissenschaftliche Tätigkeit hinaus stärker volksbildende Aufgaben wahrnehmen. Praktische Museumsarbeit, so ihr Credo, dürfe nicht nur „kulturelles Strandgut" horten, das für den Emanzipationsprozeß des heutigen Menschen bedeutungslos sei[11]; sie müsse vielmehr bewirken, „daß Museumsgut nicht als Faktum hingenommen oder gar bestaunt wird", sondern Anlaß für eine Reflexion bilde, die in Erkenntnis münde[12]: „Das Museum dient dem Menschen nicht umgekehrt."[13] Einen prominenten Platz in dieser Kritik nahmen Marcuses Gedanken über den „affirmativen Charakter der Kultur" mit ihrem expliziten Angriff auf das traditionelle Museumswesen ein. Denn das klassische Museum war nach Marcuse „die geeignetste Stätte, um die Entfernung von der Faktizität, die trostreiche Erhebung in eine würdigere Welt zugleich mit der zeitlichen Beschränkung auf das Feiertägliche im Individuum zu reproduzieren"[14].

Wie sehr die Museumslandschaft in der Bundesrepublik in Bewegung geriet, dokumentierte während einer Nürnberger Ausstellung zum Dürer-Jahr 1971 das sogenannte Dürer-Studio[15], das den dezidiert progressiven Kräften indes als Para-

[6] Waetzoldt, Das Museum als Quelle, S. 279f. Der 1920 geborene Waetzoldt war seit 1965 Generaldirektor der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz.
[7] Dennoch mußte 1972 die Herausgabe der Zeitschrift Museumskunde für mehrere Jahre eingestellt werden. Museumskunde, Bd. 42, Heft 1, 1977, S. 2 (Wolfgang Klausewitz, „Eine neue Folge der Museumskunde").
[8] Deutsche Forschungsgemeinschaft, Die Notlage der Museen in der Bundesrepublik Deutschland. Appell zur Soforthilfe. LA Berlin: B Rep. 142/9. 3-00-00-58. Tagung des Kulturpolitischen Ausschusses des DST, 7./8. Oktober 1971 in Nürnberg.
[9] Bott, Das Museum.
[10] Vgl. Schirmbeck, Zur Museumsdidaktik, S. 283.
[11] Beye, Aufgaben des Museums, S. 17.
[12] Waetzoldt, Das Museum als Quelle, S. 281.
[13] Schirmbeck, Zur Museumsdidaktik, S. 288.
[14] Marcuse, Über den affirmativen Charakter der Kultur, S. 63.
[15] Kunstpädagogisches Zentrum im Germanischen Nationalmuseum (Hg.), Zum Beispiel Dürer-Studio. Zum Dürer-Jahr in Nürnberg vgl. vertiefend Knoepfle, Im Zeichen der Soziokultur, S. 88–99.

debeispiel für das alte, nicht emanzipatorische, zu „idealistische" und zu wenig die „gesellschaftliche Wirklichkeit" einbeziehende Kulturverständnis galt[16]. Diesen Forderungen am frühesten und weitesten entgegen kam das Historische Museum der Stadt Frankfurt am Main, über dessen (seit 1960 amtierenden) Direktor Hans Stubenvoll es in einer Festschrift zu seiner Pensionierung später heißen sollte: „Als die Studentenbewegung sich dafür einsetzte, auch die Geschichte der Arbeiterbewegung im Museum zur Anschauung zu bringen, hatten Sie dies schon geplant."[17] Das Haus, dem Stubenvoll vorstand, eignete sich auch deshalb so gut als Demonstrationsobjekt für den von vielen als notwendig erachteten Wandlungsprozeß der Museen[18], weil es bis dahin als ein Spiegelbild ihrer Entwicklung und ihrer Probleme gelten konnte.

Die Frankfurter hatten ihr Historisches Museum im Jahr 1878 eröffnet, zwölf Jahre nach dem Schock von 1866, als die bürgerstolze Mainmetropole infolge des deutsch-deutschen Krieges zur preußischen Provinzstadt herabgesunken war. So wurde das Museum, das städtische Gemälde, Sammlungen des Altertumsvereins sowie der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft aufnahm, „zum Tempel alter reichsstädtischer Herrlichkeit"[19]. Wie andere Stadtmuseen auch war das Frankfurter ein kulturhistorisches Museum im weitesten Sinne, das bei seiner Gründung neben Gemälden und Grafik auch völkerkundliche Objekte, Skulpturen und Kunsthandwerk (Möbel, Glas, Keramik u. dgl.) umfaßte; einen Teil davon trat es aber im Laufe der Zeit an einige Spezialmuseen ab. Im Zweiten Weltkrieg waren die Kostbarkeiten ausgelagert und so weitgehend davor bewahrt worden, zusammen mit der Fachwerkaltstadt des Mittelalters in den Flammen der Bombenangriffe oder anderer Kriegswirren unterzugehen. Erst 1954 freilich konnte das Museum wieder eine Notunterkunft in den Gebäuden des Saalhofs beziehen, 1968 erhielt es Ausstellungsräume im Erdgeschoß der ehemaligen Rothschildbibliothek. Fast drei Jahrzehnte lang ein „ewiges Provisorium", machte das Museum nur gelegentlich mit didaktisch orientierten Sonderausstellungen etwa zur „Bürgerlichen Kultur" oder über „Wahl und Krönung" auf sich aufmerksam, die allgemein als „wohlgelungen" beurteilt wurden[20].

Im März 1970 genehmigte die Stadtverordnetenversammlung den vom Magistrat im Vorjahr endlich in Auftrag gegebenen Entwurf für einen Neubau. Zu dieser Entscheidung hatte die Gründung eines Vereins „Neubau Historisches Museum" im Sommer 1968 nicht unwesentlich beigetragen; ihm gehörten u. a. die

[16] Schirmbeck, Zur Museumsdidaktik, S. 287. Der von der Stadt Nürnberg mit der Konzeption des Dürer-Studios beauftragte, sich dem liberalen Spektrum zurechnende Jürgen Rohmeder grenzte sich indes von „ultraprogressiven Forderungen" ebenso ab wie von konservativen, die als Ausgangspunkt und Ziel aller didaktischen Überlegungen das Kunstwerk sähen. Die „Ultraprogressiven" sah Rohmeder als gekennzeichnet „durch ausgeprägt eigenwertig ideologische Zielsetzungen wie Stärkung des Klassenbewußtseins und Übergang von der affirmativen Ästhetik der Herrschenden zu einer Ästhetik der Revolution". Rohmeder, Das Dürer-Studio, S. 13.

[17] „Vorwort" der Mitarbeiter des Historischen Museums, in: Die Zukunft beginnt in der Vergangenheit, S. 8. Vgl. auch IfSG: Slg. S 2 Personen S 2/2418 (Stubenvoll).

[18] Vgl. das Manuskript einer NDR-Sendung von Peter Bier, Pop und Politik, NDR 2, v. 27. Dezember 1975, im Bestand IfSG: HiMu 29.

[19] So Karl Korn laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Oktober 1972.

[20] Kulturjournal Frankfurt, Nr. 1/2 1973, S. 10.

Stadtverordneten Freiherr von Bethmann (CDU) und Heinz-Herbert Karry (FDP) sowie der Chef des amerikanischen Handelszentrums in Frankfurt an. Als „Startschuß" präsentierte der Verein, der mit den bereits um die Jahrhundertwende gegründeten „Freunden des Historischen Museums" zusammenarbeitete, eine Spende aus der Wirtschaft in Höhe von einer Million Mark und stellte weitere fünf Millionen in Aussicht, um für die Stadtväter einen Bauanreiz zu schaffen[21].

Zusammen mit dem Kostenvoranschlag für den Innenausbau (Baubuch B) stimmten sämtliche Fraktionen auch der Konzeption des neuen Museums zu, die Überlegungen aus diversen Fachexpertisen zusammenführte. Der museologische und museographische Entwurf, so hieß es, gehe von der Gestaltungsmaxime aus, „daß sich ein Museumsangebot nicht nur auf die Darbietung der verschiedenen Exponate beschränken kann, sondern daß dem Museumsbesucher in didaktischer Weise Einsichten in historische und gesellschaftliche Zusammenhänge vermittelt werden. Diese Zusammenhänge sollen […] die Beziehungen der Museumsobjekte sowohl untereinander wie auch gesellschaftliche, politische und kulturelle Erscheinungen aufzeigen. Unter diesem Gesichtspunkt wird das Museum Bestandteil eines modernen Bildungssystems."[22] In dem breiten Konsens der Stadtverordnetenversammlung über den vorgeschlagenen Ansatz spiegelte sich der bildungspolitische Diskussionsstand, wie er infolge der von Georg Picht und anderen proklamierten „Bildungskatastrophe" (1964) sich bis Anfang der 1970er Jahre entwickelt hatte. Weit weniger Einmütigkeit bestand zwischen liberal-konservativ-bildungsbürgerlichen Museumsfreunden und linkem SPD-Flügel aber darüber, wie der Ansatz inhaltlich konkret auszufüllen wäre.

Eine erste Kontroverse im Spätsommer 1970 zeigte dies schlaglichtartig. Eröffnet wurde der Streit von Herbert Stettner, dem langjährigen Leiter der städtischen Bildstelle Frankfurt, der seit kurzem als Pressereferent für die Landesregierung in Wiesbaden arbeitete[23], mit einem Artikel im *Sozialdemokraten*, dem Organ des SPD-Bezirksverbands Hessen-Süd[24]. Stettner warnte davor, es bei „modischer Imageverbesserung" mit Cafeteria und Seminarräumen zu belassen. Er setzte dieser „oberflächliche[n] Aktivität" die Forderung entgegen, ein Museum für die gesamte Bevölkerung müsse auch „die Geschichte der Klasse darstellen, über die in keinem Geschichtsbuch etwas steht, die jedoch mit ihrer Arbeit all das ermöglicht hat, was Museen zeigen."[25] Die von den Frankfurter Museumsplanern gehegte Absicht, wieder Stilzimmer der verschiedenen Epochen einzurichten, werde „nur

[21] Frankfurter Neue Presse, 29. November 1968. Tatsächlich trug bald darauf die Frankfurter Sparkasse mit fünf Millionen Mark zum Gelingen des Projektes bei. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Oktober 1972.

[22] Zit. nach Detlef Hoffmann, Ein demokratisches Museum (I), S. 21.

[23] Der 1925 geborene Stettner war 1948–1953 Sekretär bei den sozialistischen „Falken" im Bezirk Hessen-Süd gewesen und dann zur Landesbildstelle Hessen gewechselt. Nach kurzer Zeit im hessischen Ministerialdienst holte ihn Arndt als Grundsatzreferenten in den Römer (IfSG S 2/12128). Über seine Erfahrungen an der SPD-Basis hat Stettner später einen kleinen, Herta Däubler-Gmelin gewidmeten Roman verfaßt. Darin heißt es u. a.: „‚Uns laufen ja die Mitglieder weg', schimpft Hanna, ‚und junge Leute kriegen wir kaum noch. Unsere Vorständler kungeln doch nur noch um Posten und Mandate. Das spüren auch die Bürger, und das stößt sie ab.'". Stettner, Parteifest, S. 46.

[24] Der Sozialdemokrat, 2/1970, S. 13 („Ein Museum der modernen Gesellschaft").

[25] So faßte ein Anhänger Stettners dessen Position bündig zusammen. Detlef Hoffmann, Ein demokratisches Museum (I), S. 19.

dann kritisches Verständnis bewirken", wenn neben den herrlichen Möbeln und Gebrauchsgegenständen „das Hungerleben der Tagelöhner" sichtbar würde. So dürften sich die Museumsgestalter nicht darauf beschränken, etwa Vinzenz Fettmilchs „Schadlosbrief" aus dem Jahr 1613 „fein hinter Glas zu präsentieren", sondern sie müßten anhand dieses Dokuments „den Klassenkampfcharakter des damaligen Kleinbürgeraufstandes herausarbeiten" und zeigen, „wie die korrupten Großbürger" es damals fertigbrachten, die Volkswut von sich abzulenken und in „eine Mordhetze gegen die Juden" zu verwandeln. Auch die nach Stettners Ansicht in der Stadt der Paulskirche viel zu oft schöngefärbte Geschichte der Revolution von 1848/49 solle endlich anders dargestellt werden: Die angesichts der sozialen Verelendung erfolgreiche Arbeit der Kommunisten gelte es ebenso zu beleuchten wie die Ereignisse des September 1848, als „der arbeiterfeindliche Frankfurter Senat […] preußische und österreichische Truppen in die Stadt holte", um den Aufstand für „ein wirklich revolutionäres Parlament […] auf heimtückische Weise" niederschlagen zu lassen[26].

Der Journalist Heinrich Heym, Geschäftsführer des 500 Mitglieder starken Vereins der „Freunde Frankfurts"[27], entgegnete der Darstellung Stettners in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit großer Schärfe („Kein Klassenkampf im Historischen Museum"). Nicht ohne Grund befürchtete Heym, Stettners Vorstellungen hätten Eingang in die Museumspolitik des kulturpolitischen Arbeitskreises der SPD gefunden. Zudem ging es Heym offensichtlich darum, die gemäßigten sozialdemokratischen Kräfte vor Ort gegen Stettners „Belehrung aus Wiesbaden" wachzurütteln. Stettner habe, so Heym, der Frankfurter Stadtgeschichte „ein Klischee übergestülpt", das so um 1890 gefertigt worden sein müsse. Der Autor habe es „mit dem Klassenkampf". Den Vorwurf, Stettner opfere historische Fakten marxistischer Ideologie, versuchte Heym anhand mehrerer Beispiele zu belegen. So habe es Tagelöhner im 16. Jahrhundert in Frankfurt gar nicht gegeben, weil in die Mauern der Reichsstadt niemand aufgenommen wurde, „der nicht durch ein Dienstverhältnis hinreichend versorgt war oder selbst im Dienste der Stadt stand". Beim Fettmilch-Aufstand habe nicht Klasse gegen Klasse gekämpft, sondern die Bürgerschaft gegen einen korrupten Teil der Stadtverwaltung; auch Parallelen zu den „Judenpogromen der Nazis" könnten, anders als Stettner meine, aus den Ereignissen nicht „herausdestilliert" werden. Und im September 1848 habe nicht der Frankfurter Senat Truppen zu Hilfe gerufen, sondern das Reichsministerium mit dem Reichsverweser; obendrein sei tags darauf die Frankfurter Bürgerwehr aufgelöst worden, weil man „dieser Stadt nicht mehr traute"[28].

Heyms Versuch, lokalpatriotische Frankfurter Affekte gegen Wiesbaden zu mobilisieren, das die „kulturell wirksamste Stadt" des Landes „etatmäßig als Stiefkind" behandele, erzielte angesichts der sozialdemokratischen Mehrheiten auf bei-

[26] Der Sozialdemokrat, 2/1970, S. 13 („Ein Museum der modernen Gesellschaft").
[27] Der „Verein zur Pflege der Frankfurter Tradition" war 1966 mit erweiterter Zielsetzung aus dem Bund tätiger Altstadtfreunde hervorgegangen. Sein Vorsitzender in der Zeit der Museumskontroversen war der CDU-Politiker Johann Philipp von Bethmann. Vgl. die nicht paginierte Broschüre: Freunde Frankfurts. Verein zur Pflege der Frankfurter Tradition, Frankfurt am Main 1988 (Bibliothek des IfSG).
[28] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. September 1970.

den Ebenen wenig Wirkung. Auch Direktor Stubenvoll, der sich „mehrere Jahre Gedanken über eine der heutigen Zeit gemäße, didaktisch richtige Präsentation des Museumsgutes“ gemacht habe und dessen Mitarbeiter Heym zufolge wüßten, „was Wahrheit ist, [die] durch Fakten belegbar“[29] sei, ließ sich nicht gegen Stettner in Stellung bringen. Denn sowohl Stubenvoll wie auch seine wichtigsten Wissenschaftler – dies war nur damals nach außen hin noch nicht so sichtbar geworden – standen Stettners sozialistischen Gedanken ziemlich nah. Stubenvolls Kustos und Chefideologe Detlef Hoffmann kommentierte Heyms Bemühen, „die Konzeption des Historischen Museums für die Interessen seines bürgerlichen Geschichtsbildes einzusetzen“, später mit der Bemerkung: „Er ist […] durchaus für Effektivierung und Modernisierung, die Demokratisierung lehnt er ab. […] Von der Konzeption des Historischen Museums hat er nichts begriffen.“[30] Da es die Leitung des Historischen Museums aber im September 1970 aus guten Gründen tunlichst vermied, aus der Stettner-Heym-Kontroverse durch prononcierte Stellungnahmen einen größeren Konfliktherd werden zu lassen, konnten die Mitarbeiter noch einmal fast zwei Jahre lang ohne größere Störungen von außen an der neuen Dauerausstellung arbeiten.

Das Projekt sollte Frankfurts Geschichte – was damals noch eine echte Innovation bedeutete – bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein sowie eingebettet in die historische Gesamtentwicklung Deutschlands zur Darstellung bringen. Die spätere Eskalation des Konflikts um das Museum nach seiner Eröffnung im Oktober 1972 hatte viel mit diesem Termin selbst zu tun. Als geschickt gewählt kann er wohl nur bezeichnet werden, wenn intendiert war, die neue Ausstellung sogleich in die damals laufenden Wahlkämpfe hineinzuziehen. Tatsächlich unterschätzte der Kulturdezernent das Konfliktpotential und wollte das neue Museum – gleichsam als Stein gewordenen Ausdruck erfolgreicher sozialdemokratischer Stadtpolitik – unbedingt noch vor der Kommunalwahl am 22. Oktober eröffnet sehen[31]. Ende Februar 1972, als der zunächst anvisierte Einweihungstermin 30. September nicht eingehalten werden zu können drohte, hatte sich Hilmar Hoffmann besorgt an Stubenvoll gewandt und ihm geraten, sein Haus notfalls vorübergehend zu schließen, um die mit der Neukonzeptionierung beschäftigten Kustoden von laufenden Routinearbeiten zu entlasten[32].

Die Eröffnungsphase des Museums wurde zusätzlich durch die Bundestagswahlen politisiert, die nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum in Bonn auf den November 1972 anberaumt worden waren, sowie vor allem durch die zu Beginn des Schuljahres 1972/73 vorgelegten hessischen Rahmenrichtlinien für die Grund-, Mittel- und Oberstufe, deren Vorgaben für Deutsch und Gesellschaftslehre von emanzipatorischen gesellschaftskritischen Theorien ausgingen[33]. Geschichte sollte

[29] Ebd.
[30] Detlef Hoffmann, Ein demokratisches Museum (I), S. 19f.
[31] Dies gelang zwar, doch mit welch heißer Nadel alles gestrickt war, zeigte sich dann schon wenige Tage nach der Kommunalwahl, als der Besucher am Eingang zur Abteilung über das 20. Jahrhundert vor einem Schild stand: „wegen Fertigstellung geschlossen“. Frankfurter Rundschau, 27. Oktober 1972.
[32] IfSG: HiMU 40. Hilmar Hoffmann an Stubenvoll, 28. Februar 1972.
[33] Neue hessische Lehrpläne (Rahmenrichtlinien). Begründungen. Aufgaben. Zielperspektiven. Bildungspolitische Informationen. Hg. vom hessischen Kultusminister 3/72. Zur Diskussion

künftig nur noch im Rahmen einer Gesellschaftslehre zusammen mit Sozial- und Erdkunde unterrichtet werden, um – wie die meist sozialliberalen Reformbefürworter plädierten – „die historischen Entwicklungsbedingungen der eigenen und anderer Gesellschaften zu erschließen und die wechselseitigen Verschränkungen von Geschichte und Gegenwart zu erkennen“[34]. Die konservative Opposition sah in der Gesellschaftslehre dagegen vor allem ein Instrument des Klassenkampfes zur Indoktrination der Heranwachsenden.

Für die Präsenz dieses größeren Konfliktrahmens sorgte Hessens SPD-Kultusminister von Friedeburg bei der Eröffnung des Historischen Museums im Oktober 1972 in Frankfurt persönlich. Nachdem sein Parteifreund, Oberbürgermeister Arndt, gesprochen und „Historische Sammlungen […] als Hilfsmittel kritischer Geschichtserkenntnis“ gewürdigt hatte[35], ergriff von Friedeburg das Wort und sagte, das Museum werde in seiner „historisch entwickelten Gestalt“ zu Recht immer stärker in Frage gestellt: Kontinuität der Museumsarbeit könne „nur durch den Bruch mit ihrer eigenen Tradition erreicht werden.“[36] Kulturdezernent Hoffmann stieß in der Eröffnungsschrift in das gleiche Horn, lobte „die kritische Fragestellung nach den politischen und ökonomischen Hintergründen“ der Museumsobjekte und schrieb mit Bezug auf ein Wort Ernst Blochs: In einem modernen Museum solle jeder erkennen, daß „in der mondbeglänzten Zaubernacht von ehedem außer Ritterburgen auch Bauernheere standen.“[37]

Die Meinungen darüber, wie gut die neuen museologischen Ansätze in Frankfurt tatsächlich verwirklicht worden waren, gingen rasch weit auseinander. Und zwar nicht nur deshalb, weil der auch parteitaktische Vereinnahmungsversuch durch die sozialdemokratischen Kulturpolitiker automatisch Gegenkräfte hervorrufen mußte, sondern zudem aus Ursachen, die in der Sache, im Ausstellungskonzept selbst begründet lagen. Zunächst schwankte die Frankfurter Presse noch zwischen lokalpatriotischem Stolz auf den neuen, in seiner didaktischen Konzeption „einzigartigen“[38] großen Kulturtempel, der im Bereich des alten Saalhofes zwischen der Nikolaikirche und dem Main „geradezu beschaulich im Herzen der Stadt“[39] entstanden war, und spontanem Kopfschütteln angesichts der ersten Eindrücke von merkwürdigen Erläuterungen auf den Schrifttafeln. Die *Frankfurter Rundschau* machte am Tag nach der Eröffnung ihren Lokalteil mit der freundlichen Zeile auf: „Jetzt ist Frankfurts Vergangenheit wieder lebendig – in einem Museum, mit dem man leben kann.“[40] Die *Neue Presse* sah im Historischen

um die Richtlinien aus Sicht ihrer Befürworter vgl. den GEW-Tagungsband von Köhler/Reuter, Was sollen Schüler lernen, oder Christ u. a., Hessische Rahmenrichtlinien, sowie aus der Perspektive eines brillanten Kritikers: Nipperdey, Konflikt, einzige Wahrheit der Gesellschaft?; darüber hinaus die „Politikfeldanalyse“ von Rauth, Die hessische Schulpolitik.

34 So drückte es einer der Väter der Reform, Kultusminister v. Friedeburg, aus. Friedeburg, Bildungsreform in Deutschland, S. 456.

35 Detlef Hoffmann, Ein demokratisches Museum, S. 23.

36 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Oktober 1972.

37 Detlef Hoffmann, Ein demokratisches Museum, S. 23f.

38 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Oktober 1972.

39 Frankfurter Rundschau, 6. Juni 1970. Es war zwar ein architektonisch umstrittener „Betonbunker“ geworden, immerhin aber war die alte staufische Kapelle, entgegen früheren Planungen, nicht abgerissen, sondern in den Neubau integriert worden. Sein Haupteingang lag an der Ecke zum Römerberg. Vgl. Frankfurter Neue Presse, 14. Oktober 1972.

40 Frankfurter Rundschau, 14. Oktober 1972.

Museum „das Lebenswerk seines Direktors", des „braven Dr. Stubenvoll […] gekrönt" und pries das Haus als „eine moderne Schule. Es ist eine Schule, in die man gerne geht."[41] Ebenso wie die *Neue Presse* lobte Karl Korn in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, daß der Museumsbesuch – auch dank der Mitwirkung des Berliner Instituts für visuelle Kommunikation – „zum ersten Mal frei sein" werde „von dem bekannten lähmenden Gefühl der Überforderung durch die Massierung von Sachwerten". Vielmehr könne man sich in den „angenehm weiten Räumen ergehen und die aus Modellen, Diaprojektionen, Bildtafeln mit Texten und Originalen […] je etwa zur Hälfte gemischte Schau in aller Ruhe studieren."[42]

Bereits in Korns am Tag der Eröffnung erschienenen Artikel mischten sich jedoch schwere inhaltliche Vorbehalte, weil ihm die Gefahr, „daß uns die Historie […] doktrinär einseitig als eine Musterkarte nach dem Schema Ausbeuter und Ausgebeutete angeboten würde […], nicht durchweg vermieden worden zu sein" schien. Im Zentrum der Vorwürfe standen zwei Punkte: Zum einen hatten die Ausstellungsmacher zur Charakterisierung des mittelalterlichen Feudalwesens an erster Stelle den KPD-Mitbegründer und Schriftsteller Otto Rühle und dessen anno dunnemals (1930) erschienene „Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats" bemüht[43]; zum andern hatten sie auf einer Tafel zur Novemberrevolution von 1918 folgenden Text angebracht: „Das Rätesystem hätte in Deutschland als ein Mittel wirken können, die an Autorität und Unterwerfung gewohnte Bevölkerung zur Selbstbestimmung zu bringen." Da dieser Text nicht von einem eigens genannten Autor stammte, sondern „aus dem Stab des Museums", und „auch nicht durch Gegenmeinungen ausgewogen"[44] war, stellte sich natürlich die Frage nach der weltanschaulichen Position der Verantwortlichen selbst.

Direktor Stubenvoll, 1917, wie es in seiner Vita heißt, als „Sohn einer Arbeiterfamilie"[45] geboren, war promovierter Kunsthistoriker mit proletarischem Gestus und „egalitäre[r] Haltung", die er an seinem Haus „täglich neu unter Beweis" stellte. Von einer „Führernatur, […] telegen und mit modernistischem Touch", war Stubenvoll, wie ihm seine Mitarbeiter attestierten, so ziemlich das genaue Gegenteil[46]. Zwar gliederte sich sein Museum so wie andere städtische Betriebe auch „hierarchisch", doch sorgte die „freie Entscheidung" des Direktors dafür, daß „so etwas wie Mitbestimmung de facto" praktiziert wurde, obwohl es dafür nur das Wohlwollen des Kulturdezernenten, aber „keine rechtlichen Grundlagen" gab[47].

Inhaltlich zielte Stubenvoll „von Anfang an", also seit den frühen 1960er Jahren, darauf ab, das Historische Museum „in eine Bildungsstätte umzugestalten"[48] und auch „diejenigen, die keine traditionellen Museumstücke hinterlassen hatten,

[41] Frankfurter Neue Presse, 14. Oktober 1972.
[42] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Oktober 1972.
[43] Rühle, Illustrierte Kultur- und Sozialgeschichte. Zur Biographie Rühles: Stecklina/Schille, Otto Rühle.
[44] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Oktober 1972.
[45] Frankfurter Biographie, Bd. 2, S. 451.
[46] „Vorwort" der Mitarbeiter des Historischen Museums zu der Publikation: Die Zukunft beginnt in der Vergangenheit, S. 8.
[47] IfSG: HiMu 40. Detlef Hoffmann an Peter F. Althaus, 1. Oktober 1973.
[48] Frankfurter Biographie, Bd. 2, S. 451.

in der Präsentation eines Geschichtsmuseums nicht zu unterdrücken".[49] Hinter der umstrittenen Darstellung der Frankfurter Rätebewegung stand Stubenvoll persönlich, hielt er doch – ausweislich eines von ihm gewählten Textes für die Ausstellung – das parlamentarische System für mangelhaft, weil bei diesem „die politische Gleichheit, nicht aber die ökonomische Ungleichheit zum Ausdruck" komme. Daher rührten auch seine Zweifel, ob es sich bei der Weimarer Republik um eine „wirkliche oder formale Demokratie" gehandelt habe[50].

Ebenso aufschlußreich war, wen Stubenvoll aus seinem wissenschaftlichen Mitarbeiterstab – ein Historiker, ein Archäologe, fünf Kunsthistoriker – mit der herausgehobenen Funktion des Öffentlichkeitsbeauftragten betraute[51]: Detlef Hoffmann, 1940 in Hamburg geboren, 1968 in Freiburg mit einer kunstgeschichtlichen Arbeit über die Karlsfresken Alfred Rethels promoviert[52] und seit 1970 als Kustos am Historischen Museum Frankfurt tätig. In dem später (1982) auf eine Professur für Kunstgeschichte an die Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg berufenen Hoffmann[53] sahen seine vielen konservativen Gegner einen „Parteisenkrechtstarter" in der Frankfurter SPD, nicht ohne süffisant darauf hinzuweisen, daß es sich bei dem dezidiert links orientierten Museumsmann, wie bei vielen Studenten der Kunstgeschichte, um den „Sohn wohlbetuchter Hamburger Bürger-Eltern" handele[54]. Tatsächlich war Hoffmann ein engagierter Sozialdemokrat[55], in der Partei und in ihrem medialen Umfeld gut vernetzt. Er nutzte diese Kontakte auch in dienstlichen Belangen, um etwa einen „lieben Genossen" um journalistische Schützenhilfe gegen konservative Museumskritiker zu bitten[56]. Einem anderen Bedenkenträger, der sich als „Verfechter der Politik Willy Brands" bezeichnet hatte, antwortete Hoffmann: Letzteres freue ihn, doch „leider haben wir dies aus Ihren vielen Artikeln, die Sie über unser Museum geschrieben haben, nie ersehen können."[57] Stubenvoll ließ das Museum auch bei entscheidenden Veranstaltungen durch Hoffmann vertreten und seinen politischen Vertrauten insgesamt derart weit an der langen Leine laufen, daß sich in der Öffentlichkeit der Eindruck festsetzen konnte, Hoffmann sei „der für die politische Ausrichtung des Historischen Museums verantwortliche" Kustos[58] bzw., wie Günther Gillessen in der *Frankfurter Allgemeinen* anmerkte, „offenbar de[r] Führer der stärksten, der marxisti-

[49] „Vorwort" der Mitarbeiter des Historischen Museums zu der Publikation: Die Zukunft beginnt in der Vergangenheit, S. 8.
[50] Stubenvoll/Schirmbeck, Dokumentation 20. Jahrhundert, S. 160f.
[51] IfSG: HiMu 19. Detlef Hoffmann an Wilhelm Kunz, 18. Juni 1973.
[52] Hoffmann, Die Karlsfresken. Nach seiner Promotion forschte Detlef Hoffmann mit DFG-Mitteln über die Geschichte der Spielkarten.
[53] Vorher, von 1980 bis 1982, wirkte er zeitweilig als Professor für Kunst- und Designgeschichte an der FH Hamburg. Anfang der 1990er Jahre war er am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen-Heisingen tätig. Zum Werdegang Hoffmanns: IfSG: S 2/7301.
[54] Kulturjournal, Nr. 1/1975, S. 16.
[55] Zu den publizistischen Ergebnissen seines Wirkens zählte z. B. der Katalog der von Hoffman mit organisierten Ausstellung: Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt 1904–1945.
[56] Vgl. das Schreiben Detlef Hoffmanns an Wolfgang Jean Stock vom 24. Juli 1975 („Lieber Genosse Stock"), sowie das Schreiben Stocks an Detlef Hoffmann v. 20. Juli 1975 („Lieber Genosse Dr. Hoffmann") in: IfSG: HiMu 29.
[57] IfSG: HiMU 40. Detlef Hoffmann an Dr. Niels von Holst, 16. Mai 1973. Vgl. auch den Artikel von Holst aus der *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 26. Januar 1973.
[58] Kulturjournal, September 1973, S. 16.

schen Gruppe im Museum“[59]. Der dort herrschende Teamgeist teilte sich der Öffentlichkeit später z. B. im Verlaufe von Debatten des Kulturausschusses mit, wenn die anwesenden Mitarbeiter des Museums „die Ausführungen von CDU und FDP oft mit belustigten Mienen quittierten“[60].

Hoffmann fungierte obendrein als Lehrbeauftragter für Didaktik an der Frankfurter Universität, was die konservativen Museumskritiker in ihrer Wahrnehmung bestärkte, zwischen städtischen Kulturinstituten und Hochschule – und insbesondere deren didaktischen Lehrstühlen – würden seit langem „rote Fäden laufen“[61]: „Die neue Herrschaft heißt Didaktik“[62]. Auffällig war jedenfalls, wie sehr sich einige Frankfurter Didaktiker für das neue Museum engagierten. Hubert Ivo, Professor für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur und einer der Chefideologen der Hessischen Rahmenrichtlinien Deutsch, verteidigte das in der Ausstellung präsentierte Geschichtsbild[63] ebenso wie sein Kollege Valentin Merkelbach – gleichfalls Professor für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur. Die Parteizeitung der südhessischen SPD lobte Merkelbach ausdrücklich als „engagierte[n] Befürworter“ der neuen Museumskonzeption und berief ihn zum Kronzeugen gegen die aufkommenden Forderungen nach Überarbeitung umstrittener Schrifttafeln: „Die Frankfurter SPD“, so Merkelbach, „muß wissen, daß jeder Text, der in nächster Zeit von den Museumsleuten kassiert oder in seiner Tendenz umgeschrieben werden muß, ein Sieg der ‚Freunde Frankfurts‘ und ihrer organisatorischen Filialen (zu denen wohl auch der Bankier Bethmann zählt, der in Frankfurt die CSU in den Schatten stellen will […]) bedeutet und daß nur sie, die SPD, den Sturmlauf der Konservativen auf das Historische Museum stoppen kann.“[64] Wo Merkelbach genau stand, markierte er, indem er sich von den „Rechten“ in der SPD abgrenzte, Thesen der „stockkonservativen“ *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zurückwies und gegen das „herrschende konservative Geschichtsbild“ die Interessen derjenigen zu vertreten beanspruchte, „die ein Anrecht haben, in der Schule ebenso wie in einem historischen Museum endlich etwas zu erfahren über die Geschichte ihrer Klasse“[65].

Neben der Unterstützung, die Stubenvoll und Hoffmann von Universitätsdidaktikern und in deren Publikationsorganen bekamen[66], fällt in ihrem Sympathisantenkreis eine weitere Gruppe ins Auge. Für diese steht Hartmut Wolf, Beauf-

[59] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Januar 1973.
[60] Frankfurter Neue Presse, 16. Januar 1973.
[61] Kulturjournal, September 1973, S. 16 („Am roten Faden“).
[62] Kulturjournal, März/April 1973, S. 10.
[63] Frankfurter Neue Presse, 31. Januar 1971. Zu Leben und Werk des 1927 geborenen Ivo vgl. IfSG: S 2/8259 sowie Bremerich-Vos, Handlungsfeld Deutschunterricht. Zu Ivos politischen Aktivitäten vgl. auch den von ihm mit dokumentierten Schulbuchkongreß der Sozialdemokratischen Wählerinitiative Bonn „Muß Schule dumm machen?“. Im Februar 1974 stellte Ivo seine Mitwirkung an den Rahmenrichtlinien mit dem Argument ein, die Kommunikation in der Arbeitsgruppe sei durch neue, der FDP angehörende Mitglieder gefährdet. Zu seinem diesbezüglichen Schreiben an den Kultusminister siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Februar 1974.
[64] Der Sozialdemokrat, März 1973 („‚Volkshochmuseum‘ oder: Frankfurter schützt eure Bethmännchen!“).
[65] Merkelbach, Pressekampagne, S. 262, 265f. Der 1935 geborene Merkelbach blieb bis zu seiner Emeritierung Professor in Frankfurt.
[66] Vgl. etwa Valentin Merkelbachs Aufsatz „Pressekampagne gegen das Konzept eines historischen Museums“, in: „betrifft: erziehung“, Nr. 8/1973, S. 56–59.

tragter für regionale Lehrerfortbildung in Hessen und Mitarbeiter am Bildungsrahmenplan des Hessischen Kultusministeriums[67], dem die Museumsleitung die Moderation einer großen Diskussionsveranstaltung anvertraute, sowie der Diplomsoziologe und Jungsozialist Hartmut Holzapfel – SPD-Sprecher im Kulturausschuß der Stadtverordnetenversammlung, Sprecher des Kulturpolitischen Arbeitskreises des SPD-Unterbezirks und im Hauptberuf persönlicher Referent des hessischen Kultusministers –, der auch in Rundfunkdebatten mit Verve für das neue Historische Museum focht[68]. Nicht nur dessen Erzfeinde vom konservativen *Kulturjournal* vermuteten daher „rote Fäden" zwischen Museum und Frankfurter SPD – die Jusos hätten in den letzten zwei Jahren eben „eine ganze Reihe aus der Genossenschaft ihrer Intelligenzler über die Ortsvereine in die SPD-Fraktion gehievt"[69]; auch die *Zeit* kommentierte die Ereignisse am Historischen Museum in diesem Sinne: Dort hätten „offensichtlich ein paar ‚linke' Mitarbeiter versucht, im Tarnhemd historischer Wissenschaft das Publikum zu indoktrinieren"; zumindest für einige Informationstafeln sei „marxistische Geschichtszubereitung" zu beklagen[70]. In der *Frankfurter Rundschau* nannte Wolfgang Bartsch die Texttafeln „Elaborate" und forderte jene, die „mit öffentlichen Mitteln Geschichte interpretiert[en]", dazu auf, dies „wenigstens auf dem Boden des Grundgesetzes" zu tun[71].

Drei Tage nach der Museumseinweihung erhoben die „Freunde Frankfurts" den Vorwurf, der Kulturpolitische Arbeitskreis des SPD-Unterbezirks mißbrauche die Einrichtung für „vulgärmarxistische Propaganda", ja degradiere sie zur „marxistischen Klippschule"[72]. Gegen die darin enthaltene „Unterstellung […], daß die Mitarbeiter des Hauses Befehlsempfänger des Frankfurter Unterbezirks der SPD seien"[73], protestierte die Museumsdirektion insofern vielleicht zu Recht, als es „die" Frankfurter SPD 1972 nur sehr bedingt gab. Die enormen politischen Gräben, die sich nach 1968 in der Lokalpartei aufgetan hatten, waren auch in der Debatte um das Museum nicht einfach verschwunden[74]. Vor allem die unterlegene

[67] Der 1939 geborene Wolf setzte seine Laufbahn als Studienseminarleiter in Frankfurt und schließlich, ab 1997, als (zunächst Geschäftsführender) Direktor des von der Regierung Eichel geschaffenen neuen Hessischen Landesinstituts für Pädagogik fort.

[68] Kulturjournal, März/April 1973, S. 10. Der 1944 geborene Holzapfel hatte am Frankfurter Institut für Sozialforschung bei Adorno, v. Friedeburg und Habermas ein Studium der Soziologie absolviert, das er 1969 abschloß. Danach arbeitete er bis zu seiner Berufung ins Ministerium kurzzeitig als Gymnasiallehrer. Schon im Dezember 1974 rückte er für die SPD in den hessischen Landtag ein. Den Höhepunkt erreichte die Karriere des GEW-Mitglieds 1991, als Holzapfel zum hessischen Kultusminister berufen wurde. Vgl. den Prospekt zu Holzapfels Landtagskandidatur für die SPD, in die er schon 1961 eingetreten war, in: IfSG S 2/8.355.

[69] Kulturjournal, September 1973, S. 16.

[70] So Karl-Heinz Janßen, Die Zeit, 16. Februar 1973 („Aufklärung oder Agitation"). Janßen grenzte den Frankfurter Fall aber ausdrücklich von einem parallelen in Hannover ab; denn bei den gleichfalls umstrittenen Handreichungen des niedersächsischen SPD-Kultusministers für die Oberstufe hätten zwar „gewiß auch einige ‚Linke'" mitgearbeitet, „die 1968 noch auf den Straßen demonstrierten", doch seien die Handreichungen auf einer viel breiteren Plattform unter Beteiligung von mehr als hundert Lehrern entstanden.

[71] Frankfurter Rundschau, 15. Dezember 1972.

[72] Frankfurter Neue Presse, 16. Oktober 1972.

[73] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Oktober 1972.

[74] Vgl. auch die von Stubenvoll zurückgewiesene Vermutung des FDP-Stadtverordneten Zeis, daß „Gruppenkämpfe in der Frankfurter SPD auf die Gestaltung des Historischen Museums eingewirkt haben könnten". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 1973.

Aspirantin für das Kulturdezernat, Balser, nahm Anstoß an einigen umstrittenen Texten und richtete z. B. im Frühjahr 1973 die Frage an den Magistrat, ob in absehbarer Zukunft damit zu rechnen sei, daß die neuere Zeit im Museum ausgewogener dargestellt werde als bisher[75].

Aber auch „einfache" SPD-Mitglieder, wie der spätere Direktor des Instituts für Stadtgeschichte Dieter W. Rebentisch, damals (mit einer Arbeit über den legendären Frankfurter Oberbürgermeister Ludwig Landmann) gerade frisch promoviert[76], wagten es nach dem „zweimalige[n] Kraftakt der Kommunal- und Bundestagswahlen" Ende November 1972 die Aufmerksamkeit des „sehr verehrte[n] Herr[n] Oberbürgermeister[s]" nun auch „auf eine der kleineren Sorgen innerstädtischer Politik zurückzulenken". Nicht allein als „Bürger dieser Stadt, der vielleicht nur böswilliger Propaganda der Ewig-Gestrigen aufgesessen ist", schrieb Rebentisch an Arndt, sondern ausdrücklich als Sozialdemokrat, der sich „von jener dilettantischen Oberflächlichkeit verletzt fühlt, mit der im Historischen Museum Kämpfe, Leistungen und auch partielles Versagen der Ortspartei während der schweren Jahre der Weimarer Republik ganz unkritisch abqualifiziert werden."[77]

Der Oberbürgermeister sah speziell diesen Punkt zwar ähnlich[78]; doch waren er und seine SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung keineswegs bereit, umfassende Änderungen an den Schrifttafeln des Museums vorzunehmen[79]. Arndt überließ das Feld weitgehend seinem zuständigen Dezernenten, der sich im Kulturausschuß und dann in einer großen Debatte der Stadtverordnetenversammlung im Juni 1973 „mannhaft vor seine Historiker stellte" und die Kritik von CDU und FDP zurückwies[80]. Auf die schlimmsten Auswüchse der Ausstellung („Formaldemokratie") glaubte Hoffmann gar nicht näher einzugehen zu müssen, weil von 24 umstrittenen Tafeln inzwischen bereits 17 verändert worden seien bzw. in zwei Fällen ein „Alternativtext" als ergänzende Gegenposition angebracht worden sei. Wie leicht es sich der Kulturdezernent in diesem Fall machte, zeigt auch sein Kommentar zur Kritik an Texten, in denen die Kirchen eine Verletzung religiöser Gefühle sahen: „Auf einigen Schrifttafeln werden wir die Meinung des Stadtdekanats eben danebenhängen."[81]

Für die SPD, so beharrte Hoffmann gegen alle Detailkritik, gehe es beim Historischen Museum darum, „das allgemeine Desinteresse an den Museen und die Geschichtsmüdigkeit zu überwinden", sowie darum, den „sozialen Hintergrund der Geschichte" zu beleuchten und „beweisartig zu illustrieren"[82]. Hoffmanns Überzeugung, es komme mehr auf die „Geschichte des Volks als die der Mächtigen" an, konkretisierte sich in dem Satz: „Es ist wichtiger über Anne Frank zu informieren

[75] IfSG: HiMu 40. Dezernat Kultur an Stubenvoll, 15. Mai 1973, Eilt sehr (in roter Handschrift vermerkt).
[76] Siehe Rebentisch, Ludwig Landmann.
[77] IfSG: HiMu 40. Dieter W. Rebentisch an Oberbürgermeister Arndt, 21. November 1972.
[78] Der Spiegel, 30. April 1973 (Nr. 18), S. 69.
[79] Vgl. Frankfurter Neue Presse, 14. und 15. Juni 1973.
[80] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juni 1973.
[81] Der Spiegel, 30. April 1973 (Nr. 18), S. 69.
[82] Frankfurter Neue Presse, 15. Juni 1973.

als über Hitlers Generäle."[83] Über die konservativen Kritiker urteilte Hoffmann: „Denen paßt die ganze Richtung nicht."[84] Der Zusammenhang zwischen ihren Vorwürfen gegen das Historische Museum auf der einen, gegen die hessischen Rahmenrichtlinien auf der anderen Seite, läge doch „auf der Hand, da hier wie dort als Ausgangspunkt der Bildungsstand der bisher mittelmäßig Ausgebildeten angelegt" werde. Es könne „daher nicht verwundern, daß in dem Augenblick, in dem die Rechte der Privilegierten in Frage gestellt" würden, der „Unmut eben dieser sich in heftiger Kritik" entlade[85].

Die Insinuation des *Kulturjournals*, Hilmar Hoffmann habe „doch wohl sicher bei der mißlichen Eheschließung zwischen Historischem Museum und neomarxistischen Didaktikern Trauzeuge gespielt? Oder sollte er nur überrollt worden sein?"[86], war angesichts der grundsätzlichen Einstellung Hoffmanns also zumindest in ihrem zweiten Teil abwegig. Aber auch in ihrem ersten Teil war sie erklärungsbedürftig. Denn Hoffmann ließ sich zwar über den Fortschritt der museologischen Konzeption von Stubenvoll informieren[87], die detaillierte inhaltliche Ausführung erfolgte aber „in Verantwortung der am Museum Arbeitenden"[88], ohne daß der Kulturdezernent zensierend eingriff. Folglich stuften die Museumsmacher die Zusammenarbeit mit ihm und „der Mehrheitspartei, der SPD"[89] als „fruchtbar"[90] und „hervorragend" ein[91], ja betonten: Das Historische Museum hätte „so wohl nur in Frankfurt geplant und gebaut werden"[92] können. An den umstrittenen Texten – dieser Eindruck läßt sich aus Hoffmanns Verhalten während des jahrelangen, immer wieder aufflackernden Streits gewinnen – störte ihn im Grunde weniger der Inhalt, der ihn als Nicht-Historiker auch im Detail gar nicht so interessierte, als vielmehr die politische Wirkung, sprich: die mögliche Schwächung der Frankfurter Sozialdemokratie und damit seiner eigenen Position durch „leidige"[93] vulgärmarxistische Ausrutscher. Nachdem die gröbsten Schnitzer aber beseitigt waren, hielt Hoffmann unbeirrt an dem seines Erachtens ganz richtigen, linksaufklärerischen Kurs des Historischen Museums fest.

Bemerkenswert war die Haltung Hoffmanns und der Frankfurter SPD auch insofern, als ihnen interne Unstimmigkeiten am Museum, die immer wieder an die Öffentlichkeit drangen, die Verteidigung der neuen Konzeption nicht eben erleichterten. Vor allem der Kunsthistoriker Horst Reber[94] (Jahrgang 1929), ein „Museumsmann alter Schule" und „von humanistischer Gesinnung"[95], mochte

[83] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juni 1973.
[84] Der Spiegel, 30. April 1973 (Nr. 18), S. 69.
[85] Interview mit Günter Kämpf, in: Hoffmann/Junker/Schirmbeck, Geschichte als öffentliches Ärgernis, S. 282f., hier S. 283.
[86] Kulturjournal Mai/Juni 1973, S. 14.
[87] IfSG: HiMu 40. Brief Stubenvoll an Hilmar Hoffmann, 8. März 1971.
[88] IfSG: HiMu 29. Brief Detlef Hoffmann an W. J. Stock, 24. Juli 1975.
[89] IfSG: HiMu 40. Manuskript „Ein Museum der demokratischen Gesellschaft", S. 9.
[90] Detlef Hoffmann, Ein demokratisches Museum, S. 20.
[91] IfSG: HiMu 29. Brief Detlef Hoffmann an W. J. Stock, 24. Juli 1975.
[92] IfSG: HiMu 40. Manuskript „Ein Museum der demokratischen Gesellschaft", S. 9.
[93] IfSG: HiMu 19. Hilmar Hoffmann an Dr. Stubenvoll, 6. März 1974.
[94] Reber war seit 1965 am Historischen Museum Frankfurt tätig, wo er die Gemäldegalerie betreute. Vgl. die Festschrift zum 65. Geburtstags Rebers: Jung, „Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt", sowie IfSG: S 2/7348.
[95] So charakterisierte ihn Decker, Ein Museumsmann alter Schule, S. 25 u. S. 26.

sich mit der marxistischen Linie der Mehrheit der Museumswissenschaftler nicht abfinden. Gegen den Rühle-Text und eine ganze Reihe weiterer Punkte hatte er bei den internen Beratungen „schwerwiegende Bedenken“[96] vorgebracht, nicht nur wegen ihrer ideologischen Schlagseite, sondern auch, weil sie „eindeutige Fehler“ enthielten. Als Reber in den ersten Tagen nach der Eröffnung im Oktober 1972 von einer Besuchergruppe der „Freunde Frankfurts“ nach der Entstehungsgeschichte der Tafeln gefragt wurde[97], redete er sich in Anwesenheit seines Direktors den angestauten Frust von der Seele: Er habe wegen seiner Position „hier im Hause schon einige Kämpfe auszustehen gehabt“ und sei „deshalb der Spielverderber“ gewesen. Aber auch für ihn sei „die Sache noch nicht ad acta gelegt.“[98] Die Außenseiterstellung Rebers zeigte sich noch einmal deutlich, als die Museumsdirektion namens aller für die Ausstellung verantwortlichen Mitarbeiter gegen die Behauptung der „Freunde Frankfurts“ protestierte, „Befehlsempfänger“ der SPD zu sein; denn bei der Abfassung der öffentlichen Erklärung war Reber, anders als der Zeitungsleser vermuten mußte, von seinen politisch weiter links stehenden „Kollegen“ erst gar nicht gefragt worden; wohl weil man wußte, daß er dieser Pressemeldung nie und nimmer seine Zustimmung erteilen würde[99].

Wie sehr Reber wirklich unter den Vorgängen an seinem Arbeitsplatz litt, geht aus einem internen Schreiben hervor, das er bereits im Mai 1972 an den „sehr geehrten Herrn Direktor“ gerichtet hatte: „Wir alle haben um den Rang der Museen als wissenschaftliche Institute in den letzten Jahren vielfach ringen müssen. […] Das Historische Museum hat bis jetzt in der wissenschaftlichen Welt einen guten Ruf […]. Diesen Ruf sehe ich gefährdet, wenn sich das Museum mit einem solch schwachen Text [gemeint war damit vor allem das Rühle-Zitat, M.K.] identifiziert. […] Wir müssen versuchen, das Geschehen des Mittelalters aus dem Verständnis der Zeit heraus zu deuten, sonst begeben wir uns der wissenschaftlichen, nachprüfbaren Grundlage. Interpretationen aus einem bestimmten Zeitinteresse heraus liegen auf der Linie, die wir in den Jahren zwischen 1933 und 1945 unter der Überschrift ‚Volksaufklärung und Propaganda‘ kennengelernt haben. Das wollen wir doch wohl nicht.“[100]

Reber war nicht der einzige Beteiligte, den Bedenken plagten. Ähnlich ging es dem freien Mitarbeiter Armin Wolf, der hauptamtlich am Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte tätig war, aber als Fachmann für die Frankfurter Stadthistorie nebenberuflich am neuen Ausstellungskonzept mitgewirkt hatte. Zu dem Text einer Tafel zum Mittelalter („Seit dem 12. Jahrhundert gewinnt eine Klasse mehr und mehr an Bedeutung: die Bürger“) bemerkte Wolf in einem Grundsatzartikel in der *Frankfurter Allgemeinen*: Er hätte „von einigen Formulie-

[96] Vgl. seine handschriftliche Notiz auf dem FAZ-Presseausschnitt vom 17. Oktober 1972 „Protest gegen die Freunde Frankfurts“ in: IfSG: S 3/N 6951.
[97] Reber gehörte selbst dem Vorstand der „Freunde Frankfurts“ an. IfSG: S 2/7348.
[98] Frankfurter Neue Presse, 30. Oktober 1972.
[99] Vgl. die handschriftliche Notiz Rebers auf dem FAZ-Presseausschnitt vom 17. Oktober 1972 „Protest gegen die Freunde Frankfurts“, in: IfSG: S 3/N 6951. 1975 verließ Reber schließlich das Historische Museum Frankfurt und wechselte nach Mainz an das Landesmuseum. Dekker, Ein Museumsmann alter Schule, S. 26.
[100] IfSG: S 2/7348. Brief Horst Rebers an Stubenvoll („Sehr geehrter Herr Direktor“) vom 28. Mai 1972.

rungen dieser Tafel selbst abgeraten." Da er jedoch Gelegenheit gehabt habe, seine Kritik intern vorzubringen, wolle er jetzt schweigen; denn er „achte die Autorenfreiheit von Herrn Dr. Hoffmann"[101]. Obwohl Wolf keineswegs auf der Linie der CDU-Opposition gegen das Museum lag[102], konnten sich von seiner Wortmeldung jene konservativen Kritiker bestätigt fühlen, die vor allem im Kustos Detlef Hoffmann den marxistischen Übeltäter sahen. Denn Wolf verwahrte sich auch noch gegen eine irrtümliche FAZ-Meldung, wonach er zu den festen Mitarbeitern des Museums zähle, die auf einer Sitzung „einstimmig" die Texte angenommen hätten. Er, Wolf, fühle sich durch die Beschlüsse jener Sitzung, an der er gar nicht teilgenommen habe, jedenfalls „nicht gebunden"[103].

Ausgerechnet der Leiter einer eng verwandten städtischen Einrichtung, Stadtarchivdirektor Dietrich Andernacht (Jahrgang 1921)[104], der sich unter anderem für die Erforschung der Geschichte der bedeutenden jüdischen Gemeinde in Frankfurt engagierte, brachte das Museum endgültig in Mißkredit. Er erklärte öffentlich, die Kritik an den „tendenziöse[n], fragwürdig[n] und fehlerhafte[n] Texte[n]" sei „keineswegs unberechtigt"[105]. Zwar bot Andernacht im gleichen Atemzug Hilfe an[106] und bemühte sich im Ton um Entspannung: Es solle die Museumsmacher nicht entmutigen, „daß eine Aufgabe dieser Art im ersten Anlauf nicht überzeugend gelöst werden konnte"[107]. Doch wer das muntere Treiben auf der geschichtspolitischen Szene am Main unvoreingenommen beobachtete, konnte sich über die Arbeitsweise der Museumsverantwortlichen, wie immer man deren Endprodukt bewerten mochte, nur noch verwundert die Augen reiben. Zumal, als auch noch ruchbar wurde, daß offensichtlich keine größeren Anstrengungen unternommen worden waren, bei den weit über die Stadtgeschichte hinausreichenden Texten wenigstens den Rat von Fachleuten am Historischen Seminar der Goethe-Universität einzuholen. Die gegenteilige Behauptung des im Kulturausschuß deswegen in Bedrängnis geratenen Stubenvoll wurde bald zum Gegenstand einer Sitzung des Direktoriums des Historischen Seminars. Obwohl alle geschäftsführenden Direktoren der letzten Jahre anwesend waren, konnte sich keiner an eine Aufforderung erinnern, „an der Planung des neuen Museums mitzuarbeiten"[108].

Es fehlte also nicht an Munition für Attacken der städtischen Oppositionsparteien CDU und FDP auf das neue Historische Museum und auf dessen politische Anhänger in der Sozialdemokratie. Die FDP, die durch eine Indiskretion schon

[101] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Februar 1973.
[102] Vgl. etwa seinen Vorwurf an die CDU, mit ihrer Kritik „über das Ziel hinaus" geschossen zu sein. Armin Wolf an die CDU-Stadtverordnetenfraktion z. Hd. Herrn Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Bauer, 8. April 1974. IfSG: HiMu 40.
[103] IfSG: HiMu 40. Wolf an Stubenvoll, 12. Dezember 1972.
[104] Vgl. auch das Manuskript der Rede des Kulturdezernenten zu Andernachts Pensionierung am 5. Januar 1984 im Bestand IfSG: S 2/871.
[105] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Februar 1973.
[106] Stubenvoll kommentierte dies in seiner Presse-Replik mit den bitteren Worten: „Das Angebot für Rat und Hilfe von seiten des Stadtarchivs ist zum Glück eine Selbstverständlichkeit zwischen zwei städtischen Dienststellen." Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Februar 1973.
[107] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Februar 1973.
[108] IfSG: HiMu 40. Prof. Dr. Walther Lammers, Geschäftsführender Direktor des Historischen Seminars, an Stubenvoll, 18. Januar 1973.

vor der Eröffnung von der Tafel mit dem ominösen Rühle-Zitat erfahren hatte, übte daran bereits im September 1972 in ihrem Informationsblatt „Liberales Frankfurt“ Kritik[109]. Richtig in Gang kam die parteipolitische Debatte aber erst, als die CDU-Stadtverordnetenfraktion wenige Wochen vor der Bundestagswahl am 1. November 1972 einen Antrag an den Magistrat richtete, dafür Sorge zu tragen, daß die Beschriftungen im Historischen Museum, „soweit sie klassenkämpferisch sind“, durch dem heutigen Stand der Geschichtswissenschaft entsprechende Schrifttafeln ersetzt würden[110].

Gleichzeitig schoß der Landesvorsitzende der hessischen CDU, die ihren Wahlkampf ohnehin mit stark bildungspolitischem Akzent führte, bei einer Rede in Frankfurt eine gezielte Salve in Richtung SPD ab. Denn die Verhältnisse am neu eröffneten Museum fügten sich nur zu genau in das Bild, das die CDU – etwa mit ihrer Dokumentation zum „Sozialismus im hessischen Schulwesen“ – von den „roten Kaderschmieden“ und „vulgärmarxistischen Klippschulen“ im Lande zeichnete[111]. Auf dieser Linie nannte es Dregger, ausdrücklich an die Adresse des SPD-Oberbürgermeisters Arndt gerichtet, einen „Skandal“, wenn am Frankfurter Museum das Rätesystem mit der Behauptung gepriesen werde, es hätte die an Autorität und Unterwerfung gewohnte Bevölkerung „zur Selbstbestimmung bringen“ können. Auch andere Texte ließen nach Dregger deutlich erkennen, daß die Besucher mit „Systemveränderungsthesen“ konfrontiert werden sollten. Damit verliere eine kunsthistorisch bedeutende „Stätte der Begegnung“ erheblich an Wert[112]. Um über konservative Kritik wie linke Apologie des neuen Historischen Museums ein differenziertes Urteil treffen zu können, soll dem bislang gegebenen Überblick auf den „kleinen Kulturkampf am Main“[113] eine Detailanalyse der Argumentationsmuster und Frontverläufe an einigen wesentlichen Streitpunkten folgen.

Antiklerikalismus und Vulgärmarxismus? Kontroversen um die politische Botschaft des neuen Museums

Die (neo-)marxistischen Positionen der am Historischen Museum herrschenden Kräfte schlugen sich in einer Reihe von Ausstellungsblöcken mit besonderem Nachdruck nieder. Das später vielkritisierte Zitat des wissenschaftlich kaum ausgewiesenen Trotzkisten Rühle, das die einleitende Schrifttafel zum Mittelalter zierte, lautete wörtlich: „Die Signatur des Mittelalters war das Feudalsystem. In ihm stellte sich eine Gesellschaftsordnung dar, die auf Privateigentum, Privatwirtschaft, Klassenherrschaft und Autorität beruht. Ihre Struktur ist gegeben in der grundherrschaftlich-patriarchalischen Lebensform mit Lehenswesen, Ständestaat und religiöser Ideologie.“[114] Dem Zitat entsprach in der Ausstellung die Darstel-

[109] Merkelbach, Pressekampagne, S. 261.
[110] Vgl. dazu den rückblickenden Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 15. Juni 1973.
[111] Frankfurter Rundschau, 9. Dezember 1972; Hoffmann, Ein demokratisches Museum, S. 226.
[112] Frankfurter Rundschau, 2. November 1972.
[113] Der Spiegel, 30. April 1973 (Nr. 18), S. 68.
[114] IfSG: HiMu 32, Bl. 19.

lung der gesamten mittleren Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen mit dem Adel als bereits im Hochmittelalter „herrschender Klasse“[115]. Ein habilitierter Mediävist vom Historischen Seminar der Frankfurter Universität stellte dagegen richtig, daß sich der Adel „erst im Laufe des 13. Jahrhunderts als Stand konstituierte“ und abschloß. Schon im 12. Jahrhundert von einer Adels-„Klasse“ ausgehen könne nur, wer einen naiven Klassenbegriff anlege, „den nicht einmal mehr die DDR-Mediävistik tolerieren könnte“[116].

Das neue Museum verschwieg seinen Besuchern obendrein, daß es neben den „Klassen“ des Adels, des Bürger- und des Bauerntums auch noch die Gruppe der Bischöfe, Priester und Ordensleute gab und daß die Kirche nicht nur im Bildungswesen oder in der Armenpflege eine wesentliche Rolle spielte, sondern auch ein großer Teil der im Museum gezeigten Kunstwerke und Bauten sich ihrem geistlichen Nährboden verdankte. Statt dessen ließ die Darstellung christlicher Elemente des Mittelalters auf „das ideologische Interesse“ der Ausstellungsmacher schließen, „diese als nebulösen Überbau darzustellen, der die gesellschaftlichen Strukturen bloß verschleierte und mit deren Überwindung hinfällig sein soll“[117]. So begnügte sich der Stubenvoll-Stab etwa bei einem Text zur Madonna der Leonhardskirche mit Hinweisen darauf, wie „kompliziert“, „ausgeklügelt“ und „rein theoretisch“ die Theologie des Mittelalters aussah. Die „auf die Person Christi konzentriert[e] Theologie“ habe aber vor allem der „strengen Rangfolge in der politischen Machtverteilung“ entsprochen[118].

Bei der Erläuterung eines Altarbildes der Barfüßerkirche, einer Kreuzigungsgruppe mit sehr vielen Figuren aus dem Volk, wie es zu einer Bettelordenskirche paßt, variierten die Textverantwortlichen erneut das Thema Klassengesellschaft und kommentierten: Das Exponat zeige, wie Auftraggeber und „programmgestaltende Theologen“ über diese Gruppen des Volkes gedacht hätten; das Bild sei nachgerade ein Zeugnis „christlicher Propaganda“, indem es die Heiligen unter dem Kreuz in goldenem Schein „in vornehmer Eleganz“ mit den groben, ungepflegten und habgierigen Knechten „im billigen Rock der Tagelöhner“ kontrastiere[119]. War dies aber nun tatsächlich ein Bild des Gegensatzes von Klassen oder nicht vielmehr „ein Bild integrierter Unterschiede“? Museumsbesucher wie Günther Gillessen warfen jedenfalls die Frage auf, ob das „willkürlich entschieden werden“ dürfe, zumal im Bild gar nicht alle Knechte zerlumpt auftraten, sondern auch erstaunlich gut gekleidete Henkersknechte zu sehen waren[120]. Ähnlich pro-

[115] IfSG: HiMu 32, Bl. 44.
[116] Bei dem Fachhistoriker handelte es sich um den Privatdozenten Joachim Ehlers, der gemeinsam mit Elsbeth Orth und Dieter Rebentisch eine scharfe Kritik des Ausstellungskonzepts formulierte. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1972 („Klassenkampf im Historischen Museum“).
[117] IfSG: HiMu 40. Der Christenrat der evangelischen und katholischen Gemeinden Ffm.-Fechenheim an den „Kultur-Dezernenten der Stadt Frankfurt“, Frankfurt, den 16. Februar 1973.
[118] IfSG: HiMu 32, Bl. 32, Bl. 87, sowie Flugblatt der ev.-luth. Paulsgemeinde vom Dezember 1972 „Wo steht das neue Historische Museum“. IfSG: HiMu 40. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 1973 („Geschichte, tendenziös“).
[119] IfSG: HiMu 32, Bl. 117. Vgl. auch Junker, Historische Dokumentation 9.–15. Jahrhundert, S. 52.
[120] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 1973 („Geschichte, tendenziös“).

blematisch wirkte die auf den Texttafeln zu findende Behauptung, erst die im 14. Jahrhundert einsetzende Mystik habe „volkstümliche Glaubensinhalte herausgebildet, zu denen auch die Massen Zugang finden konnten“[121]. Denn in Wirklichkeit bestanden die Orden der Dominikaner und Franziskaner, deren Wirksamkeit auf die Massen gut bezeugt ist, schon viel länger, und auch im 12. und 13. Jahrhundert waren große religiöse Volksbewegungen aktiv gewesen[122].

Die zahlreichen sachlichen Fehler konnten der Masse der Besucher gar nicht auffallen. Vor allem Spezialisten, vom Frankfurter Geschichtsprofessor bis zum Dompfarrer, rieben sich an der „anfängerhaften“, „primitiven“ und wissenschaftlich unfundierten Arbeit der Museumsmacher[123]: „Volksbildung sollte man nicht mit zweit- und drittklassigen Leuten betreiben!“[124] Auch „einfachen Besuchern“ fiel dagegen etwas anderes auf: „Der abschätzige, schnöde Ton“[125], der aus den Texten zu Theologie und Kirche generell sprach, ja eine, wie es ein praktizierender Katholik empfand, „aggressive Feindschaft zum christlichen Glauben.“[126] Den Texten, so hieß es auch in einem Flugblatt der evangelisch-lutherischen St. Paulsgemeinde, sei in erster Linie zu entnehmen, „daß Christentum eine verschrobene Ideologie von Anno dunnemals sein muß, die heute nur noch total verblödete Trottel ernstnehmen.“[127] Für geradezu „bösartig“ hielt man in kirchlichen Kreisen beider Konfessionen vor allem die Beschreibung von Altären als „eindrückliche Dokumente christlicher Propaganda“, da dieses Wort seit Goebbels eine üblen Klang habe; Altäre hätten mit dem, was Zeitgenossen heute unter Propaganda verstehen müßten, nicht das Geringste zu tun[128].

Angesichts des antiklerikalen Grundtones wurde auch manchem, was sonst wohl als nur kleinerer sachlicher Mangel durchgegangen wäre, ein kirchenfeindlicher Impetus zugeschrieben. So war in der weiteren Charakterisierung des fraglichen Altar-Kreuzigungsbildes alles minutiös erklärt (Kind reitet auf Steckenpferd, Mann faßt sich an Bart usw.), ausgerechnet über das religiös Wesentliche dagegen, den Mittelpunkt des Altarbildes und den Grund seiner Anfertigung, d. h. über die Kreuzigung Jesu, verloren die langen Schrifttafeln kein einziges Wort. Und auch an anderen Stellen der Ausstellung wurde es vermieden, christliche Aussagen offen und objektiv darzulegen[129]. Statt dessen hieß es im Text zu einer gotischen Monstranz über „die Oblate, die sie einst aufgenommen“ habe: Diese sei „mittelalterlicher Auffassung“ zufolge „nach der Verwandlung durch den Priester der

121 IfSG: HiMu 34, „Nr. 305“.
122 So etwa um 1240 der große Volksprediger Berthold von Regensburg. Vgl. den bereits erwähnten Aufsatz von Ort, Ehlers und Rebentisch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 28. Oktober 1972.
123 So Professor Paul Kluke auf einem Vortrag über das Museum, in dem er bedauerte, daß das in der Seminarbibliothek gar nicht auffindbare, wissenschaftlich längst überholte Buch Rühles „seiner verdienten Vergessenheit entrissen“ worden sei. Frankfurter Rundschau, 15. Dezember 1972.
124 Dompfarrer Adlhoch laut Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Dezember 1972.
125 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 1973.
126 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Oktober 1972.
127 Flugblatt der ev.-luth. Paulsgemeinde „Wo steht das neue Historische Museum“. IfSG: HiMu 40.
128 Ebd.
129 Weg und Wahrheit, Nr. 5/1973 („Goebbels verläßt Museum – Marx auch?“), in: IfSG: S 3/N 11022.

Leib Christi". Nichts weiß einer, so zürnte Günther Gillessen, „der einen solchen Satz niederschreiben kann", über den Glauben vieler seiner lebenden Mitbürger: „Historische Inkompetenz verbindet sich mit einer Attitüde, die die religiösen Überzeugungen zahlloser Mitbürger mit kaum verhülltem Hohn behandelt. […] Es ist nicht gleich, ob man einem westeuropäischen Publikum die Kultgegenstände der Polynesier zeigt […] oder ob es sich um einen Glauben handelt, der für viele Besucher eine lebendige Bedeutung hat."[130]

Die katholische Dom-Kirchengemeinde St. Bartolomäus hatte bereits vor der Eröffnung des neuen Museums Beschwerdebriefe an den Kulturdezernenten und den Oberbürgermeister gerichtet und vor allem den geplanten Mittelalterteil kritisiert[131]. Doch war Stadtdekan Walter Adlhoch mit dem Hinweis beruhigt worden, Kustos Hoffmann sei schließlich Inhaber der Missio canonica, d. h. der Lehrbefähigung für katholischen Religionsunterricht. Nach der Museumseröffnung schrieb Adlhoch dem Oberbürgermeister, er fühle sich in seinen Bedenken bestätigt; diese seien auch gar nicht so sehr weltanschaulicher oder politischer, sondern wissenschaftlich-historischer Art. Der Hinweis des Rathauschefs auf Hoffmanns Missio canonica sei ihm deshalb unverständlich. Er, Adlhoch, wäre nie auf die Idee gekommen, Religionslehrer „um ein Urteil über historische Texte etwa in Ihrem Historischen Museum zu befragen"; vielmehr dächte er an kompetente Mittelalterhistoriker[132].

Wieviel Unmut im katholischen Milieu über die Aktivitäten einiger 68er am Historischen Museum herrschte, zeigte sich, als der Stadtdekan in seiner Silvesteransprache zum Jahreswechsel 1972/73 ausdrücklich auf das Thema einging. Mit Bezug auf eine Rede Papst Pauls VI. sprach Adlhoch von den Feinden des Friedens, von ihren Ideologien und vom „Ehrgeiz des Geltenwollens" und fügte hinzu: „Als Beispiel nenne ich das neue Historische Museum der Stadt hier in unserer Nähe". Die öffentliche Diskussion habe schon jetzt „eindeutig erwiesen", daß die „ideologische Befangenheit und der politische Ehrgeiz einer kleinen Mehrheit, die aber kaum einer Mehrheit aller Bürger entsprechen dürfte", Unfrieden säe und das religiöse Gefühl von Mitbürgern beleidige – noch dazu auf einer unwissenschaftlichen Basis, die „ernste Zweifel" an der „verfassungsmäßige[n] Grundlage des ganzen Unterfangens" wecke. Evangelische und katholische Gemeinden hätten sich vergebens um eine Versachlichung der Diskussion bemüht, jetzt aber müsse geredet werden: „Liebe Zuhörer, helfen Sie mit, daß die auf breiter Ebene vorgetragenen Bemühungen gelingen, diese Texte zu ändern, wenn nicht überhaupt zu entfernen."[133]

[130] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 1973. Mit ähnlichem Tenor monierte das Main-Echo (30. August 1975): Die Art, wie man sich bei der Darstellung religiöser Probleme „geradezu krampfhaft um eine Schein-Neutralität bemüht, wirkt zumindest auf Besucher, die ein ungebrochenes Verhältnis zu ihrer Kirche haben […] abstoßend. Sicherlich hat jeder das Recht, für sich die religiöse Bindung abzulehnen. Das berechtigt ihn allerdings noch nicht dazu, Kernstücke der katholischen Glaubenslehre in einem Tonfall darzustellen, als handle es sich dabei um eine Art Menschenfresserei."

[131] Vgl. das diesbezügliche Antwortschreiben Stubenvolls an Hilmar Hoffmann, 30. August 1972. IfSG: HiMu 29.

[132] Kath. Stadtdekan Adlhoch an den Oberbürgermeister, 31. Oktober 1972. IfSG: HiMu 29.

[133] IfSG: HiMu 40: Domgemeinde. Wöchentlich erscheinender Pfarrbrief der Katholischen Dom-Kirchengemeinde St. Bartolomäus, Nr. 2 (10) 1973.

Die katholische Stadtversammlung des Frankfurter Kirchenbezirks hatte schon im Oktober 1972 in einer Resolution den Stadtsynodalrat ersucht zu prüfen, ob die Schrifttafeln das Empfinden gläubiger katholischer Christen verletzten und gegebenenfalls bei der Stadt auf Entfernung der anstößigen Tafeln hinzuwirken[134]. Die protestantische St. Paulsgemeinde formulierte ihre Kritik mit großer Schärfe in einer Flugschrift unter dem Titel: „Wie sich der kleine Marx das Mittelalter vorstellt."[135] Geistliche beider Konfession machten auch bei den öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zum neuen Museum aus ihrer Seele keine Mördergrube[136]. Und der Vorsitzende des Gesamtvorstandes der Evangelischen Dekanate übergab dem Magistrat zusammen mit dem Probst für Frankfurt und dem örtlichen „Öffentlichkeitspfarrer" ein vom Direktor des Fachbereichs Religionswissenschaften an der Universität erstelltes Gutachten „zu den die religiöse Tradition betreffenden Texten des neuen Historischen Museums". Das Gutachten attestierte den Museumsverantwortlichen neben „vulgärem Marxismus" vor allem eine „tölpelhafte Perspektive" auf die Frömmigkeits-, Sozial- und Geistesgeschichte des Mittelalters[137].

Wie weit die radikalen 68er am Museum mit ihrem Ausstellungskonzept überzogen hatten, dokumentierte immer wieder auch die deutliche Kritik von Personen, die keineswegs dem „reaktionären" Lager zugerechnet werden konnten, sondern für gesellschaftliche Reformen prinzipiell offen waren. Stadtvikar Gruber, wegen seines progressiven theologischen Standpunkts „manchen Frankfurter Katholiken unbequem", meinte zu den Schrifttafeln: „Wenn man das liest, kommt man sich vor, als sei man als Christ einige Jahrhunderte zu spät auf die Welt gekommen."[138] Die evangelische Pfarrerin Flesch-Thebesius verband ihre Forderung nach Änderung der antiklerikalen Tafeltexte mit dem Hinweis, zwischen Christen und Marxisten sei es, anders als die Ausstellung suggerierte, doch längst zu einem Dialog gekommen[139]. Die marxistische Geschichtswissenschaft, daran erinnerte auch die Kritik einer lutherischen Kirchengemeinde, sei keineswegs bei Otto Rühle stehengeblieben, sondern habe sich „gerade im Dialog mit Christen weiterentwickelt". Dafür stünden auf marxistischer Seite „Namen wie Bloch, Gardavsky, Machovec, auf christlicher: Rahner, Gollwitzer, Moltmann, Casalis, Hromadka". Infolge dieses Dialogs würden sich Christen und Marxisten heute mit anderen Augen sehen, ja „auch gemeinsame Aufgaben und Ziele" entdekken[140]. Wie sehr diese Annäherung durch Aktionen nach Art der Frankfurter Museumsmarxisten konterkariert wurde, illustrierte eine Äußerung des Vorsitzenden der Evangelischen Dekanatssynode Innenstadt, Peter Weimar, eines promovierten

134 Frankfurter Neue Presse, 16. Oktober 1972.
135 „Wo steht das Historische Museum. Wie sich der kleine Marx das Mittelalter vorstellt" (Verantwortlich: Christof Warnke), in: IfSG: Nr. 11022.
136 Vgl. etwa Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Dez 1972.
137 Weg und Wahrheit, Nr. 10/1973 („Stadt Frankfurt zum Handeln aufgefordert"), in: IfSG: Nr. 11022.
138 Auf einer Tafel neben einer alten Skulptur stand nämlich zu lesen: „Man glaubte, Gott oder die Heiligen griffen durch Wunder in das Geschehen auf der Erde ein". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Oktober 1972.
139 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Dezember 1972.
140 Frankfurter Neue Presse, 31. Januar 1973.

Rechtshistorikers vom Max-Planck-Institut. Auf einer der vielen Diskussionsveranstaltungen zur neuen Ausstellung wandte sich Weimar bei aller Anerkennung der modernen Museumskonzeption gegen die „Verletzung von Empfindungen einzelner Bevölkerungsgruppen", gegen Klassenkampfrhetorik und „gegen den Austausch bürgerlicher Ideologien des 19. Jahrhunderts gegen die Ideologien des 20. Jahrhunderts". „Bewahren Sie uns", so resümierte der protestantische Laie unter Pfuirufen der linken Mehrheit im Saal, „vor der Ideologie derer, die meinen, die herrschende Klasse von morgen zu sein."[141]

Ähnlich wie die antiklerikalen Töne radikaler 68er, die potentielle, kirchlich engagierte Bündnispartner auf dem Weg der Gesellschaftsveränderung eher zurückstießen und dezidiert konservativen Kräften in die Hände spielten, wirkten auch die (neo-)marxistischen Thesen der Ausstellung zur Zeitgeschichte und hier vor allem zur Novemberrevolution von 1918. Nachdem die ursprüngliche Planung, einen Gesamtüberblick auf die gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen vom Ende des Ersten Weltkriegs bis in die Gegenwart zu geben, sich angesichts der Arbeits- und Raumkapazität des Museums als nicht realistisch herausgestellt hatte, war die Behandlung spezieller Einzelthemen in Wechselausstellungen ins Auge gefaßt worden. Weshalb als erstes die Themen des Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19 sowie der Frankfurter Wohnungs- und Siedlungspolitik 1925–1970 ausgewählt und bereits zur Eröffnung des Museums präsentiert worden waren, erklärten Direktor Stubenvoll und sein Mitarbeiter Peter Schirmbeck der Öffentlichkeit wie folgt:

„Mit dieser Abteilung versucht das Museum zur Korrektur eines einseitig geprägten […] Geschichtsbildes beizutragen. Stichproben ergaben, daß sehr viele Frankfurter weder von der Existenz eines Arbeiter- und Soldatenrates in ihrer Stadt etwas wußten, noch über den Verlauf der Revolution von 1918 oder über die Tätigkeit der Räte und ihre schließliche Beseitigung hinreichend informiert waren. Eine große Schwierigkeit für das Museum bestand bei der Vermittlung dieses Themas darin, daß man die Novemberrevolution bzw. die Rätebewegung nicht verstehen kann, wenn man das, wogegen sie sich wenden, was sozusagen die eigentliche Ursache für ihr Dasein ist, nicht durchschaut: die Widersprüchlichkeit in den wirtschaftlichen – und daher notwendigerweise auch in den sozialen Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft."[142]

Auf der Tafel 50.00 „Novemberrevolution 1918" führte diese These zu dem Hinweis, es habe damals „hauptsächlich 3 Wege" gegeben, um an Stelle der Monarchie „eine Demokratie entstehen" zu lassen: die parlamentarische Demokratie, ein Rätesystem oder eine Kombination beider Modelle. Zum Rätewesen hieß es zustimmend, dieses wolle „die Herrschaft von Minderheiten und deren Institutionen verhindern" und im Unterschied zum parlamentarischen System die Bevölkerung „immer wieder selbst" am politischen Entscheidungsprozeß beteiligen; dagegen wurde zur Erläuterung der parlamentarischen Demokratie einzig ein Satz von Arthur Rosenberg zitiert, wonach die „wirkliche Demokratie […] nicht in der Abgabe irgendwelcher Stimmzettel" bestehe, sondern in der „aktiven Selbstregie-

[141] Ebd.
[142] Stubenvoll/Schirmbeck, Dokumentation 20. Jahrhundert, S. 153.

rung der Massen". Nun war zwar die Quelle des Zitats ein trotz seiner Standortgebundenheit bis heute lesenswertes Buch Rosenbergs zur Geschichte der Weimarer Republik, doch daß dessen Autor von 1924 bis 1928 Reichstagsabgeordneter der Kommunistischen Partei war, wurde dem mündigen Museumsbesucher verschwiegen[143].

Auf der Tafel 50.05 richtete sich die Argumentation dann unter der Überschrift „Wirkliche oder formale Demokratie" sehr konkret gegen die mit der provisorischen Regierung betraute „SPD-Führung in Berlin", welche die „versprochene sozialistische Republik nicht auf Grundlage eines Rätesystems", sondern eines parlamentarischen Modells zu errichten versucht habe. Dies aber, so belehrte der anschließend montierte Text, habe gleichsam den Bruch mit einer sozialdemokratischen Tradition bedeutet, die anhand eines Zitats des Arbeiterführers August Bebel aus dem Jahr 1870 in großen Lettern dokumentiert wurde: „Die politische Freiheit kann keine gleiche sein, wenn ökonomische Ungleichheit herrscht."[144] 1918 aber, so das Resümee, „verpaßte die SPD die Gelegenheit, zusammen mit den schon bestehenden Arbeiterräten die Wirtschaft zu demokratisieren."[145] Am Frankfurter Beispiel sollte es die Tafel 50.09.1 dem Besucher dann noch leichter machen, zwischen gut und böse in der Rätefrage zu unterscheiden, indem die großzügige Gewährung von Arbeitslosengeld durch den Frankfurter Arbeiterrat im November 1918 mit der Absenkung des Unterstützungssatzes ein Jahr später durch die Stadtverordnetenversammlung kontrastiert wurde[146]. Dagegen wurde das historische Faktum unterschlagen, daß gerade der Frankfurter Arbeiterrat besonders hartnäckig über ein Jahr lang dem Drängen seiner mehrheitssozialdemokratischen Mitglieder widerstand, sich durch eine freie Wahl legitimieren zu lassen[147].

Der scharfe ideologische Cocktail, den die Ausstellungsmacher in Juso-Manier auch gegen die Geschichte der „rechten" SPD verabreicht hatten, stieß vielen Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern bis weit hinein in das sozialdemokratische Milieu äußerst übel auf. Bei Frolinde Balser, die in der Frankfurter SPD kulturpolitisch für das Lager der linken Mitte stand und sprach, verwunderte dies am wenigsten. Vielmehr überraschte, wie gut es Balser gelang, durch das Vermeiden polemischer Töne den Eindruck zu erwecken, bei dem Thema vor allem ihren Unmut gegen Hilmar Hoffmann kühlen zu wollen, mit dem sie noch eine Rechnung offen hatte. Lediglich im Kulturausschuß äußerte Balser ihr „Bedauern" über die „Mißverständnisse", zu denen es am Historischen Museum gekommen sei, plädierte dafür, die Beschwerden der Bürger ernst zu nehmen[148], und appellierte an die Mitarbeiter des Historischen Museums, sich nicht von vornherein gegen öffentliche Kritik zu sperren[149]. Schilder und Texte sollten künftig vor ihrer

143 Ebd., S. 156.
144 Ebd., S. 160.
145 Ebd., S. 161.
146 Wie Orth, Ehlers und Rebentisch (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1972) monierten, erfuhr nur der aufmerksame Leser in einem Nebensatz, daß die Senkung vom preußischen Innenministerium veranlaßt worden war und – in einer Arbeitslosenstatistik einige Tafeln weiter – daß damals inflationäre Hochkonjunktur in Weimar-Deutschland herrschte.
147 Frankfurter Rundschau, 15. Juni 1973.
148 Frankfurter Rundschau, 16. Januar 1973.
149 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 1973.

Anbringung öffentlich diskutiert werden, weil dies auch dem Charakter eines angestrebten „Lernmuseums" besser entspreche[150].

Die engagierte Genossin und Spezialistin der Geschichte der Arbeiterbewegung Helga Grebing (Jg. 1930), die von ihrer Frankfurter C2-Professur 1972 gerade auf einen Lehrstuhl nach Göttingen berufen worden war, wurde in einem Schreiben an den Kulturdezernenten sehr viel deutlicher. Sie wolle nicht verhehlen, daß ihre „inhaltliche Kritik" an der bisherigen Darstellung des 20. Jahrhunderts „das politisch motivierte Bedauern darüber einschließt, daß die aufklärerische Chance, die eine progressive Geschichtsdeutung angesichts einer so eindrucksvollen didaktischen Konzeption" habe, in wesentlichen Aspekten „durch inhaltliches ‚overkill' leider in Frage gestellt worden"[151] sei. Bemerkenswert ist Grebings Äußerung auch deshalb, weil sie sich selbst keineswegs dem „rechten" Flügel der SPD zurechnete: Ihre ablehnende Reaktion auf das jetzt von Hoffmann unterbreitete Angebot, für das Museum die Geschichte der Arbeiterbewegung zu konzipieren – begründet mit Zeitmangel und leisem Ärger darüber, nicht schon früher um Mitarbeit gebeten worden zu sein –, verband sie mit konkreten alternativen Personalvorschlägen: Den gerade von Berlin nach Göttingen berufenen Politikprofessor Peter Lösche oder Heinrich Potthoff von der Bonner Parlamentarismuskommission. Beide seien ihres Erachtens nicht nur „wissenschaftlich reputierlich", sondern verträten auch „eine linkssozialdemokratische Position"[152].

Der Oberbürgermeister und sein Kulturdezernent, die eine solche ebenfalls für sich in Anspruch nahmen, teilten mehr oder weniger Grebings Bedenken wegen der Ausstellung. Arndt überließ die unangenehme Sache zwar weitgehend Hoffmann, rang sich zur Rätedarstellung seiner städtischen Museumsleute aber immerhin ein öffentliches: „So geht's ja auch nicht"[153] ab. Die *Frankfurter Rundschau* hatte vorher kommentiert, die Darstellung der Ereignisse von 1918/19 bringe „schlicht eine Desavouierung genau der parlamentarischen, demokratischen Kräfte, auf die sich der gegenwärtige Frankfurter Magistrat mit seiner absoluten Mehrheit stützt: auf Ebert, Scheidemann, nicht Liebknecht"[154]. Der Kulturdezernent stellte sich nur im Stadtrat voll hinter das Konzept des Museums, in den Kulissen versuchte er dagegen sehr wohl, Auswüchse zu beschneiden, wobei indes unklar ist, ob den Nichthistoriker Hoffmann vor allem inhaltliche oder aber mehr taktische Motive dazu bewogen. Jedenfalls bat er Stubenvoll nach einer der für ihn so mißlichen Debatten im Stadtrat noch einmal sehr herzlich, „den Text über die Räte neu zu fassen. Ich habe bisher noch niemanden gesprochen, der mit dem alten oder mit dem veränderten Text glücklich wäre". Er wäre dankbar, so fügte Hoffmann hinzu, wenn nun endlich unanfechtbare Tafeln erstellt werden würden, „da ich wirklich keine allzu große Lust habe, mir ständig diesen Text um die Ohren schlagen zu lassen"[155].

150 Frankfurter Rundschau, 16. Januar 1973.
151 IfSG: HiMu 40. Helga Grebing an D. Hoffmann, 13. August 1973.
152 IfSG: HiMu 40. Helga Grebing an Hilmar Hoffmann, 12. Oktober 1973.
153 Der Spiegel, 30. April 1973 (Nr. 18), S. 69.
154 Frankfurter Rundschau, 15. Dezember 1972.
155 Hilmar Hoffmann an Stubenvoll, 22. Juni 1973. IfSG: HiMu 40.

Hoffmanns Position wird nachvollziehbar, wenn man sich die ausgesprochen schlechte Presse vergegenwärtigt, die das neue Museum in Frankfurt wie bundesweit gerade mit seinen zeitgeschichtlichen Produktionen hatte – und zwar keineswegs nur im konservativen Spektrum der Medien. In der Mainmetropole reichte die Kritik bis zur *Frankfurter Rundschau*, die angeblich sogar „das Museum positiv bewertende Leserbriefe verstümmelte und unterdrückte“[156] und damit nach Auffassung radikaler 68er „das linksliberale Image der FR“[157] ramponierte. Ursache dieser Einschätzung war vor allem der an die Museumsmacher gerichtete Wink des FR-Redakteurs Bartsch mit dem Zaunpfeil der „FDGO“[158], dem es angesichts des geltenden Radikalenerlasses an Brisanz nicht fehlte.

Denn erst im Januar 1972 hatten sich Bund und Länder über „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ verständigt, die dem Eindringen der immer zahlreicher gewordenen linksradikalen Universitätsabsolventen in die Lehrämter und andere „Schlüsselpositionen […] des Bildungswesens“ oder der Medien einen Riegel vorschieben sollte[159]. Der parteipolitische Konsens, den von Dutschke beschworenen Marsch der radikalen Linken durch die Institutionen zu verhindern, reichte von CDU und CSU über die FDP und ihren Innenminister Genscher bis zu den rechten und mittleren Teilen der SPD – eingeschlossen Bundeskanzler Brandt –, während der linke SPD-Flügel starke Bedenken hatte[160]. Mit dem Radikalenerlaß wurden die Angehörigen des öffentlichen Dienstes ausdrücklich verpflichtet, sich innerhalb und außerhalb ihrer Amtstätigkeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne der provisorischen Verfassung der Bundesrepublik einzusetzen. Traf dies aber für jene Mitarbeiter des Historischen Museums noch zu, die die parlamentarische Demokratie für bloß „formal“ hielten und ihre anhaltend kapitalistischen wirtschaftlichen Fundamente mehr oder weniger für Teufelszeug[161]?

Die selbst in der *Frankfurter Rundschau* laut werdenden Bedenken gegen die zeitgeschichtlichen Museumstexte waren für die regierenden SPD-Kommunalpolitiker um so schmerzlicher, als damit das mögliche Korrektiv zu der eher erwartbaren Kritik der *Frankfurter Allgemeinen* und der *Neuen Presse* ziemlich wegfiel. Deren Monita bezogen ihre geballte Wirkung vor allem daraus, daß sie sich gerade im entscheidenden Punkt völlig einig waren. Walther Seib-Art von der *Neuen Presse* betrachtete das 20. Jahrhundert im Historischem Museum als reines

156 So hieß es in einem museumsintern erstellten Rückblick auf die umstrittene Gründungsphase des neuen Hauses (maschinenschriftliches Manuskript „Ein Museum der demokratischen Gesellschaft“, S. 1, in: IfSG: HiMU 40); tatsächlich aber druckte die *Frankfurter Rundschau* durchaus auch Leserbriefe ab, die sich klar hinter das Konzept der Stubenvoll-Mannschaft stellten, so etwa am 27. Dezember 1972 die Zuschriften eines Studienrates und eines Studienrates z. A. („Emotionale Zustimmung verlangt“ bzw. „‚Unmündiger Bürger‘ erwünscht“).

157 Merkelbach, Pressekampagne, S. 256.

158 Frankfurter Rundschau, 15. Dezember 1972.

159 Siehe Braunthal, Politische Loyalität, S. 42; Frisch, Extremistenbeschluß, S. 144.

160 Braunthal, Politische Loyalität, S. 43f.

161 Vgl. dazu die bemerkenswerten Ausführungen der Museumstafeln zur „Wirtschaftlichen Not“ in der Weimarer Republik (Stubenvoll/Schirmbeck, Dokumentation, S. 162f.), die auch von seiten „rechter“ Sozialdemokraten als „schneller Schulungskurs in vulgärmarxistischer Wirtschaftstheorie“ verurteilt wurden. Bei Lektüre der Texte müsse man sich fragen, woher in der Bundesrepublik „seit 20 Jahren die Vollbeschäftigung“ komme. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1972 („Klassenkampf im Historischen Museum“).

„Konzentrat aus unbewiesenen, nur tief geglaubten Behauptungen, das, unermüdlich wiederholt, die auf den einzigen Handlungsstrang ‚Mißlungener Klassenkampf 1918' – ‚Faschismus' – Untergang zusammengeschnittene dramatische Entwicklung der Stadt in den letzten 70 Jahren zum Vehikel für eine Räte-Propaganda" mache[162]. Mit ähnlichem Tenor wandte sich Günter Gillessen gegen „linksradikale Verfälschungen" und schrieb, der Besucher werde mit dem Eindruck entlassen; „alle diese schrecklichen Zerstörungsbilder aus Frankfurt, diese ganze Hitlerei, kam, weil man, und das soll die SPD treffen, 1918 nicht die Demokratie der Räte und die Enteignung der Kapitalbesitzer revolutionär erzwungen habe".[163]

Die Wucht der negativen Kritik in den Frankfurter Zeitungen wurde durch die bundesweite Medienreaktion noch verstärkt. Im konservativen Bereich reichten die ablehnenden Stimmen vom *Rheinischen Merkur* bis zur *Welt*[164], wo Hilmar Hoffmanns „alter Freund" Krämer-Badoni eine Breitseite abfeuerte. Unter der Überschrift „Das Museum der letzten Menschen" verglich der Journalist die Endzeitstimmung der ersten Christen mit der Gefühlslage der „Frankfurter Sozialisten". Diese harrten ebenfalls stündlich auf „das Wiedererscheinen des Herrn, diesmal des Herrn Marx", um ein für alle Mal von der kapitalistischen Welt des Haus- und Grundbesitzes erlöst zu werden. Fraglich wäre nur, ob dazu die absolute Mehrheit der Bundes-SPD genüge: „Oder wäre es erst unter der Räteregierung der Jusos geschafft?"[165]

Karl-Heinz Janßen enthielt sich zwar bei seinem großen Kommentar auf der ersten Seite der Hamburger *Zeit* eines ähnlich süffisanten Tones, doch dürfte dies die Wirkung seiner Argumentation auf die linke Mitte, um deren Gunst der Streit nicht zuletzt geführt wurde, noch erhöht haben. Janßen sah die „Grenze von der Aufklärung zur Agitation" bei der Darstellung der Novemberrevolution „überschritten". Wer Staatsbürgern öffentlichen Nachhilfeunterricht in Geschichte geben wolle, müsse „Tatsachen und Meinungen auseinanderhalten" und dürfe „das Gebot der Objektivität nicht dem Wunsch nach Tendenz opfern". Janßens Appell an den „mündigen Bürger", vor „schleichende[r] Indoktrination" auf der Hut zu sein[166], wirkte in der bundesweiten Rezeption des Museumsstreits in etwa so wie die Kritik der *Frankfurter Rundschau* auf regionaler Ebene. „Wäre Ihre Zeitung", so mußte sich der *Zeit*-Journalist denn auch von einem weiter links stehenden Leser sagen lassen, „im bundesdeutschen Blätterwald nicht vorzüglich berufen, die beschriebenen Experimente zu begrüßen, statt sie zu einem Ragout zu verarbeiten"[167].

Doch selbst der *Spiegel* mochte sich angesichts des ziemlich eindeutigen Sachverhalts nicht zu einer Apologie des neuen Historischen Museums aufschwingen.

[162] Neue Presse, 29. März 1973.
[163] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 1973. Auch in der *Abendpost/Nachtausgabe* vom 14. Oktober hatte Günther Voigt von „marxistischer Geschichtsdeutung" gesprochen, die sich „wie ein roter Faden" durch die gesamte Interpretation ziehe; es sei deshalb nicht ungerechtfertigt, von „Manipulation" zu reden.
[164] Maschinenschriftliches Manuskript „Ein Museum der demokratischen Gesellschaft", S. 1, in: IfSG: HiMu 40.
[165] Die Welt, 2. November 1972.
[166] Die Zeit, 16. Februar 1973.
[167] Leserbrief von Hans Etscheit, Eltville, in: Die Zeit, 2. März 1973.

Unter der nicht sehr freundlichen Schlagzeile „Geistig kahlgeschoren“[168] beschränkte sich das „Nachrichtenmagazin“ darauf, einen ausgewogenen Überblick über die politische Gefechtslage zu geben[169]. Die insgesamt ausgesprochen negative Reaktion der regionalen und überregionalen Presse wurde auch durch die ambivalente Berichterstattung im Fernsehen nicht konterkariert. Zwar konnten Stubenvoll und seine Mannen mit einem Beitrag im ARD-Kulturmagazin „Titel Thesen Temperamente“ zufrieden sein[170], gegen einen ZDF-Bericht im Rahmen von Gottfried Kirchners Sendung „Spielfeld Museum“ erhoben sie aber wütenden Protest, weil sie die dort vorgenommene Kritik als „pauschal“ empfanden[171].

So hielt sich der Kreis der Unterstützer der (neo-)marxistischen Museumsleute sehr in Grenzen, ja er war teilweise – an den Hilfsdiensten der Fachschaft Geschichte wird dies noch aufzuzeigen sein – von jener Art, die das Bonmot erlaubt: „Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr“. Die lautesten Solidaritätsadressen kamen von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die den Verantwortlichen „Mut machen“ wollte, „Geschichte auch als Geschichte der Arbeitenden […] verstehbar“ werden zu lassen[172], sowie vom starken linken Flügel der Frankfurter SPD. Dort teilte man die Überzeugung der GEW, Lernen nicht mehr „als individuelle Wissensaneignung, sondern als solidarisches Zusammenwirken zur Befreiung aus Abhängigkeit und Unkenntnis“ zu begreifen[173]. Hilmar Hoffmann räumte zwar noch ein, „daß die öffentliche Kritik teilweise wohl berechtigt sei, man müsse über die Einzelheiten diskutieren“[174]; er vermied es aber peinlich, sich in der Rätefrage groß inhaltlich zu positionieren. Statt dessen hielt er den Kritikern mit Verve die – von denen meist gar nicht bestrittene – Richtigkeit des im Kern bildungspolitischen Museumskonzepts entgegen: „Nur so könne der Bildungsvorsprung [der privilegierten Schichten, MK.] beseitigt und Chancengleichheit hergestellt werden.“[175] In der zweiten und dritten Reihe der SPD-Stadtverordnetenfraktion fanden sich dagegen auch ausdrückliche Verteidiger der zeitgeschichtlichen Interpretationen des Historischen Museums, welche in der Weimarer Republik lediglich eine „formale Demokratie“ zu erkennen vermochten[176] oder zumindest beschwichtigend meinten, die Darstellung der Räte-

168 Das war ein Zitat aus der *Frankfurter Neuen Presse*.
169 Der Spiegel, 30. April 1973 (Nr. 18), S. 68f.
170 Maschinenschriftliches Manuskript „Ein Museum der demokratischen Gesellschaft“, S. 1, in: IfSG: HiMu 40.
171 Gottfried Kirchner, ZDF, an Hans Stubenvoll, Mainz, 26. März 1976, in: IfSG: HiMu 29.
172 Die Kritiker des Museums seien „altbekannte Kräfte“, die bisher „noch auf jeden Versuch einer Erwachsenenbildung mit heftigen Attacken reagiert“ hätten, der „im Interesse von Arbeitern, Angestellten und Beamten“ erfolge. Frankfurter Rundschau, 9. Dezember 1972.
173 Ebd.
174 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 1973.
175 Frankfurter Rundschau, 16. Januar 1973. Den Museumsmachern, so fügte Hoffmann später hinzu, sei es darum gegangen, den sozialen Hintergrund der Geschichte „beweisartig zu illustrieren“.
176 Vgl. einen entsprechenden FAZ-Leserbrief vom 24. November 1972 sowie die kritische Frage des CDU-Stadtrats Keitel in der Stadtverordnetenversammlung vom 14. April 1973, ob der sozialdemokratische Kollege die Demokratie der Bundesrepublik auch nur als „formale Demokratie“ betrachte? Manuskript der Rede Keitels zu den „Schrifttafeln im Historischen Museum“, in: IfSG: S 3/N 11022.

bewegung sei doch „in der bisherigen Geschichtsschreibung immer zu kurz gekommen“[177].

Zu den prominentesten Verfechtern des Rätebildes im neuen Museum gehörte der für seine guten Beziehungen zum radikalen Flügel der 68-Bewegung bekannte, 1972 gerade emeritierte Wolfgang Abendroth[178]. Er war während der Weimarer Republik KPD-Mitglied gewesen, im Dritten Reich verfolgt worden und danach in die SPD eingetreten. Unter Mithilfe des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn 1950 auf eine Professur für wissenschaftliche Politik in Marburg berufen, wurde der gelernte Jurist wegen seiner mangelnden Bereitschaft, sich vom SDS zu distanzieren, 1961 aus der Partei ausgeschlossen[179]. Seitdem vagabundierte er in den politischen Milieus am linken Rand bzw. jenseits der SPD, gehörte zu den führenden Mitgliedern des Sozialistischen Bundes, beteiligte sich an der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, dozierte nach seiner Emeritierung an der DGB-nahen Frankfurter Akademie der Arbeit, rief später, 1976, sogar zur Wahl der von Ostberlin gesteuerten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) auf und erhielt schließlich posthum zu seinem 100. Geburtstag 2006 einen warmherzigen Nachruf seitens der Linkspartei/PDS[180].

Im März 1973 sah sich *Zeit*-Leser Abendroth durch Janßens kritischen Artikel über das neue Frankfurter Museum zu einer scharfen Replik herausgefordert. Der Vorwurf, die Verantwortlichen würden statt Aufklärung Agitation verbreiten, sei „selbst bloße Agitation derjenigen, die stets ihre jeweiligen Vorurteile als ‚objektive Wissenschaft‘, jede Kritik daran als ‚inobjektive Parteinahme‘ bezeichnet“ hätten. Abendroth hielt vor allem auch die Darstellung „der Revolutionsvorgänge von 1918 und der Gegenrevolution“ für tadellos[181]. Korrekt gezeigt werde „der Widerspruch zwischen denen, die (in ihrer eigenen Formulierung) ‚wirkliche Demokratie‘ und Räte wollten – meist durchaus nicht bei Ablehnung eines parlamentarischen Organs daneben – und ihren Gegnern, die *nur* parlamentarische Organe, formalen Parlamentarismus (alles das in der eigenen Sprache der Zeit) haben wollten“[182]. „Im Gegensatz zu Herrn Janßen“, so spitzte ein weiterer Leserbriefschreiber Abendroths Kritik an der „breiten Agitationswelle“ konservativer

[177] So der Stadtverordnete und Historiker Enno Knobel, SPD (Frankfurter Neue Presse, 16. Januar 1973), oder sein Genosse Hartmut Holzapfel (Frankfurter Rundschau, 15. Juni 1973). Knobel schrieb damals an seiner Doktorarbeit über „Die Hessische Rechtspartei. Konservative Opposition gegen das Bismarckreich“, die dann 1975 in Marburg erschien.

[178] Viele Schüler Abendroths wurden nach dem Zerfall der APO zu Apologeten der DDR und Anhängern der DKP, wenn nicht sogar, wie Ulrike Meinhof (Röhl, So macht Kommunismus Spaß, S. 174) zum RAF-Terroristen.

[179] Balzer/Bock/Schöler, Wolfgang Abendroth.

[180] Diers, Vom Rätegedanken, v. a. S. 12; vgl. auch zu Abendroths Rolle bei der Entstehung der neuen Linken: Heigl, Oppositionspolitik.

[181] „Im Museum werden die wichtigsten Nummern der örtlichen Zeitungen, auch derjenigen der beiden großen Arbeiterparteien, der MSP und der USP, die wichtigsten Erklärungen des Arbeiter- und Soldatenrats, der kommunalen Behörden, der Parteien und Gewerkschaften dem Besucher vorgeführt; auch wird auf die Polemiken gegeneinander in dieser Zeit hingewiesen.“ Leserbrief Abendroths, in: Die Zeit, 2. März 1973.

[182] Die Hinweise des Museums, so Abendroth, würden lediglich „diesen Widerspruch beim Namen nennen“ und den Besucher darauf verweisen, „ihn sich in den ausgestellten Dokumenten anzusehen“. Ebd.

Kreise polemisch zu, müsse gelten: „Keine Toleranz den bürgerlichen Feinden der Toleranz."[183]

Die Solidaritätsadressen des Kommunistischen Studentenverbandes am Frankfurter Fachbereich Geschichte, der eine eigene Broschüre unter dem Titel „Klassenkampf im Historischen Museum" herausgab[184], waren in ähnlichem Duktus gehalten. Gegen die „gewaltige publizistische Initiative einer reaktionären Front", so hieß es, sei der „fortschrittliche Ansatz" des neuen Museums zu verteidigen, das die Geschichte des Volkes und nicht die der herrschenden Klassen darzustellen suche. Dies gelte, „obwohl wir als Kommunisten an verschiedenen Darstellungen im Museum Kritik zu üben haben". So seien die Museumsmacher etwa bei der Novemberrevolution von 1918 „nicht frei von Illusionen und falschen Einschätzungen" gewesen, z. B. in ihrem „Glauben an die Versprechen der SPD" bezüglich der Einführung einer „sozialistischen[185] Republik". Aber „nicht Hoffnung auf die SPD, sondern selbstständige Klassenorganisation" sei nun einmal „die Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus, für die Errichtung der Rätemacht".

Mit den Erkenntnissen seiner Kampfschrift konfrontierte der Kommunistische Studentenverband bei einer großen Podiumsdiskussion auch die Frankfurter Öffentlichkeit. Darüber hinaus gelangte eine Flugschrift zur Verteilung, die im Stile von Stürmer-Karikaturen eine Kommunistenfaust zeigte, welche „zur Vernichtung der bürgerlichen Ausbeuterklasse" eine Art Insektenspraydose betätigte[186]. Ein linksextremer Geschichtsstudent[187] sprach von einer konzertierten Aktion gegen das Historische Museum und schleuderte dessen Kritikern das Wort „Scheißpluralismus" entgegen. Ein anderer Diskutant stellte sich dagegen als junger Arbeiter vor und versetzte unter großem Beifall, das „ihm übermittelte Geschichtsbild der arroganten, Fremdwörter gebrauchenden Professoren" stimme nicht; ihn interessiere „nur die Geschichte meiner Klasse", und in dieser Beziehung habe er „einen bescheidenen Anfang im Historischen Museum feststellen können"[188]. Die

[183] Leserbrief von Hans Etscheid, Eltville, in: Die Zeit, 2. März 1973.

[184] Das Schriftstück ist überliefert im Bestand IfSG: S 3/N 7371. Die folgenden Zitate sind ihm entnommen.

[185] Hervorhebung im Original.

[186] Frankfurter Neue Presse, 31. Januar 1973.

[187] Dieser hatte nach ironischer Auskunft eines anwesenden Professors bei ihm gerade „zwei hochqualifizierte Scheine" erworben (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Januar 1973). Hintergrund der Äußerung war der vom Kommunistischen Studentenverband auch in seiner Broschüre „Klassenkampf im Historischen Museum" (IfSG: S 3/N 7371) geäußerte Vorwurf, fortschrittlichen Studenten würden an der Goethe-Universität – mit der Begründung, der Betreffende habe Marx zitiert – Scheine verweigert, ja manchen darob sogar empfohlen, das Studienfach zu wechseln. Außerdem würden ganze Seminare unter Androhung von Strafanzeige wegen „inhaltlicher Kritik" abgebrochen. Überhaupt sei die Situation am Fachbereich Geschichte unerträglich, da dort die erste Garnitur des Bundes Freiheit der Wissenschaft nebst ihren Epigonen herrsche. In diese Richtung ging auch die Kritik der Fachschaft Geschichte, die sich ausdrücklich gegen eine Beteiligung des Historischen Seminars an einer Überarbeitung der umstrittenen Texttafeln aussprach; die Lehrenden dort hätten durch ihre „völlig einseitige und verzerrende Kritik am Historischen Museum und durch ihr autoritäres Verhalten in den Lehrveranstaltungen" gezeigt, daß sie „am allerwenigsten ein Eintreten für eine demokratische Museumskonzeption erwarten lassen". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. April 1973.

[188] Frankfurter Rundschau, 31. Januar 1973. In ähnlichem Duktus warfen die Mitarbeiter des Museums einigen ihrer Kontrahenten vor, „das Gefälle des Ansehens zwischen Universitätsprofessor und Museumsangestellten propagandistisch auszunutzen". IfSG: HiMu 40: Manuskript „Ein Museum der demokratischen Gesellschaft", S. 5.

an die Adresse der Jungkommunisten gerichteten Mahnungen linker Sozialdemokraten – darunter der Kustos Hoffmann –, doch nicht so „ungeschickt" mit den Bürgern hier zu sprechen, sondern bei dieser Gelegenheit besser die große bürgerliche Mehrheit im Saal etwas über ihren eigenen politischen Standort lernen zu lassen, blieben wirkungslos[189].

So war es nicht völlig abwegig, wenn die Rathausopposition darauf verwies, daß es zwar einen SPD-Beschluß gebe, keine gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten durchzuführen, daß dieser Beschluß im Historischen Museum aber „umgangen" worden sei[190]. Das bald aufkommende Gerücht, Kustos Hoffmann habe auch noch dem Frankfurter Häuserrat eine Zusage gemacht, zwei Bildtafeln über die kommunale Städtebaupolitik seit 1945 nach eigenem Ermessen zu gestalten, wurde von dem Museumsmann zwar dementiert; doch er wollte zumindest nicht ausschließen, daß „der Sachbearbeiter, ein Soziologiestudent, […] möglicherweise bei seinen Recherchen auch mit Mitgliedern des Häuserrats gesprochen" habe[191].

Der führende marxistische Kopf des Museums zeichnete auch für den Band „Geschichte als öffentliches Ärgernis" wesentlich mitverantwortlich, mit dem die Einrichtung 1974 wieder in die Offensive gehen wollte. Den einleitenden Beitrag hatte der Fritz-Fischer-Schüler Imanuel Geiss übernommen, Anfang der 1960er Jahre vor allem dadurch bekannt geworden, daß er wie sein Lehrer – und anders als der noch konservative „Mainstream" der bundesdeutschen Historikerschaft – das Deutsche Reich in der Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs sah. Seinen politischen Standort hatte Geiss erst jüngst noch einmal durch ein gegen die CDU gerichtetes Buch über „Fünfzehn Millionen beleidigte Deutsche" nachdrücklich markiert[192]. In der Einleitung nahmen er und sein Mitherausgeber Volker Ulrich auf eine Bundestagsrede des SPD-Finanzministers Alex Möller vom September 1970 Bezug, wonach diejenigen, „die diese beiden Weltkriege zu verantworten" hätten, der CDU/CSU „näher als der SPD" stünden; Möller habe recht, so die Bandverantwortlichen, und zwischenzeitlich „vermutlich die Mehrheit der bundesdeutschen Historiker und Politologen" auf seiner Seite[193]. Ein besonders bemerkenswerter Beitrag des Buches postulierte dann sogar unter der Überschrift „Menetekel Harzburger Front" eine „Übereinstimmung von CDU/CSU und NPD"[194].

Trotz linker politischer Überzeugungen wurde es Geiss – 1973 gerade von seiner Hamburger Privatdozentur auf einen Lehrstuhl für Neuere Geschichte nach Bremen berufen – dann doch etwas mulmig zumute, als er den von Detlef Hoffmann mitherausgegebenen Sammelband zum Historischen Museum zu Gesicht bekam. Offenbar erst jetzt bemerkte er, „in welcher Gesellschaft" er sich mit

189 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Januar 1973.
190 Frankfurter Neue Presse, 15. Juni 1973.
191 IfSG: HiMu 29. Detlef Hoffmann an Amtmann Hampel (Dezernat Kultur), 19. April 1973. Schon Anfang 1973 hatte Detlef Hoffmann im Kulturausschuß gesagt, die unabhängige Stellung des Historischen Museums gegenüber den Parteien „werde noch deutlich zu machen sein, wenn es um die Städtebaupolitik nach 1945 in dieser Stadt ginge". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 1973.
192 Geiss/Ulrich, Fünfzehn Millionen beleidigte Deutsche.
193 Ebd., S. 5.
194 Vgl. den Beitrag von Conrad Taler ebd., S. 117–126.

seinem Beitrag befand. Der Ordinarius ärgerte sich über die „ideologisierende Indoktrination" des Bandes, der „die bisherigen Vorwürfe gegen das Historische Museum" genau bestätige; für „ganz schlimm und geradezu verräterisch" hielt er aber vor allem eine dort am Ende auftauchende Werbeanzeige für den Verlag Roter Stern. „Hätte ich das gewußt, daß so etwas die einzige Reklame in dem Band wäre, so hätte ich meinen Beitrag zurückgezogen", schrieb Geiss dem Kustos Hoffmann wutentbrannt. Mit dieser Richtung wollte der als progressiv geltende sozialdemokratische Historiker denn doch „nicht in eine Linie gebracht" werden[195]. Hinter dem Verlag Roter Stern stand schließlich mit Karl Dietrich Wolff einer der führenden SDSler, der dort u. a. marxistische Kampfschriften zur Klassenanalyse der Black Panther Partei in den USA oder die Studie des Ex-SDSlers und RAF-Terroristen Jan-Carl Raspe „Zur Sozialisation proletarischer Kinder" veröffentlicht hatte[196]. Aber selbst die offensichtliche Nähe des Verlags Roter Stern zu einem seit Sommer 1972 in Haft sitzenden Gründungsmitglied der Roten Armee Fraktion hatte bei Kustos Hoffmann offensichtlich keine Alarmglocken in Gang gesetzt.

Das linksextreme Etikett, mit dem SPD-Mitglied Geiss im nachhinein und in einem nichtöffentlichen Schreiben das Museum bedachte, ist um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß sich kein anderer Wissenschaftler innerhalb der etablierten „Historikerzunft" anfangs so stark für die neue Ausstellung exponiert hatte wie er. Dabei mußte Geiss, promoviert mit einer Arbeit zur deutschen Polenpolitik im Ersten Weltkrieg und danach hervorgetreten mit einer Habilitationsschrift zur afrikanischen Geschichte, an keinem geringeren Gegenspieler Maß nehmen als dem früheren Generalsekretär des Münchner Instituts für Zeitgeschichte und jetzigen Frankfurter Ordinarius Paul Kluke. Kluke war nicht nur in der Geschichte der Novemberrevolution 1918, über die er schon als Privatdozent an der Berliner FU Anfang der 1950er Jahre gelehrt hatte, und in der Lokalhistorie (u. a. mit einer Arbeit über die Geschichte der Frankfurter Universität) bestens ausgewiesen, seine persönliche Vergangenheit bot auch in moralischer Hinsicht nicht den leisesten Anhaltspunkt für die in der 68er-Zeit so drängend gewordenen kritischen Fragen nach dem Tun und Lassen während der NS-Zeit. Vielmehr hatte der 1932 promovierte Oncken-Schüler Kluke das Dritte Reich wegen seiner jüdischen Frau nur unter Verzicht auf eine wissenschaftliche Karriere „in weiser Verborgenheit" überlebt[197]. Wenn sich ein Kluke also in öffentlichen Veranstaltungen oder per Leserbrief in der Debatte zu Wort meldete, so kam dieser Stellungnahme erhebliches Gewicht zu.

Kluke attackierte Anfang November 1972 schon kurz nach der Eröffnung des Museums dessen Konzept als „kollektiven Angriff einer von der Stadt Frankfurt unterhaltenen und aus öffentlichen Mitteln finanzierten Institution auf die Grundlagen unserer politischen Existenz". Die Ursachen für das schnelle Ende der ersten deutschen Republik stelle das Museum „in pädagogischer […] Einfalt" dar, wobei die Interpretation „auf dem ‚progressiven' und doch so überlebten Ge-

[195] Geiss an Detlef Hoffmann, 12. November 1974. IfSG: HiMu 29.
[196] Zur Geschichte des Verlags vgl. auch Wolff, 35 Jahre Stroemfeld/Roter Stern.
[197] So mit Bezug auf eine Formulierung Helmut Heibers: Seier, Paul Kluke, S. 212.

schichtsverständnis des Neomarxismus mit seinen Deutungen von Demokratie oder Selbstbestimmung" basiere. In einer an Arthur Rosenberg angelehnten politischen Pädagogik, die auch in der DDR und in der Sowjetunion propagiert werde, stehe aber „kein Wort von aller bisherigen geschichtlichen Erfahrung, daß Räte wohl in Umbruchszeiten kurzfristig echte selbstbestimmende Wirksamkeit im kleinen Rahmen entfalten" könnten, aber dann, „wenn nicht die große Gemeinschaft, Gesellschaft, Volk und Staat, in Anarchie versinken sollen, zur parlamentarischen Demokratie zu führen" hätten. Sonst bestand nach Klukes Überzeugung die Gefahr, daß das Rätewesen „in das Einparteiensystem" münde, „in welchem ein Funktionärsnetz unter Anweisung vom Politbüro über das ‚sich selbstbestimmende' Volk gelegt" werde und sogenannte Räte „nur die Aufgabe der Akklamation für die Führung" hätten. Besonders vermißte Kluke in der Ausstellung jeden Hinweis darauf, daß Friedrich Ebert sich in der Krisensituation des Jahres 1918/19 „aus wohlerwogenen innen- wie außenpolitischen Gründen für den Parlamentarismus entschieden" habe und daß das Grundgesetz der Bundesrepublik „unseren Staat auf der parlamentarischen Demokratie aufbaut"[198].

Kluke vertrat diese Position auch „sehr ausführlich und schlüssig, […] auf dem neuesten Stand der historischen Forschung", in einem Referat vor der Frankfurter Gesellschaft für Handel und Industrie[199] sowie auf der großen Podiumsdiskussion im Rathaus-Kasino Anfang Januar 1973. Als Fachhistoriker trat ihm dort wie auch in anderen öffentlichen Äußerungen sein Hamburger bzw. Bremer Kollege Geiss entgegen. Nachdem Geiss laut *Frankfurter Allgemeiner Zeitung* in einer Replik auf Kluke gesagt hatte, es sei legitim, wenn sich ein Museum zur Rätebewegung „als einer Zukunftsvorstellung" bekenne[200], stellte Geiss seine Argumentation wie folgt richtig: Die Aussage der Schrifttafel, Ebert und Noske hätten alles getan, um die Revolution abzublocken, sei denkbar exakt und neutral. Früher habe „schon in der Wortwahl das Lob für Ebert" und die Abwertung von Revolution und Rätebewegung dominiert. Das Gegenteil, die Klassifizierung von Ebert und Noske als „Arbeiterverräter", die „mit brutaler Gewalt im Dienste des Kapitalismus die Revolution abgewürgt" hätten, wäre auch Geiss zu weit gegangen; doch solcher ideologischer Emotionalität habe sich das Museum nicht schuldig gemacht. Deshalb verrate der Vorwurf „der ideologischen Befangenheit gegenüber dem beanstandeten Text […] nur selbst ideologische Vorurteile". Geiss machte darüber hinaus geltend, daß „inzwischen eine erhebliche Minderheit, in der jüngeren Generation vielleicht sogar eine wachsende Mehrheit, eine positive Beurteilung der Rätebewegung von 1918/19" teile und als eine in die Zukunft weisende Alternative betrachte[201].

Der Historiker spielte damit auf die 68er-Bewegung an, die vor allem in ihren radikaleren studentischen Teilen rätetheoretische Modelle mit gegenwartsbezogenem Impetus aufgegriffen und damit das geschichtswissenschaftliche Thema ins-

198 Leserbrief Klukes („Angriff auf die parlamentarische Demokratie"). Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Dezember 1972.
199 Frankfurter Rundschau, 15. Dezember 1972.
200 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Januar 1973.
201 Leserbrief von Geiss („Rätebewegung vorurteilsfrei vorstellen"). Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Februar 1973.

gesamt stark politisiert hatte. Dem SDS galt die durch Parlamentarismus und kapitalistische Wirtschaftsordnung bedingte „Repression" als nur durch ein rätedemokratisches System ablösbar, zu dem sich auch Dutschke immer wieder offen bekannte[202]. Die bundesdeutsche Forschung zur Novemberrevolution war freilich schon um 1960 „aus einem genuin historischen, nicht einem aktuell-politischen Interesse" heraus voll in Gang gekommen: Sie hatte das bis dahin außerhalb der marxistisch-leninistischen Historiographie nahezu allgemein akzeptierte Geschichtsbild differenziert, wonach nur die Kooperation der Mehrheitssozialdemokratie unter Ebert mit dem kaiserlichen Offizierskorps und der Bürokratie des alten Regimes Deutschland vor dem Bolschewismus bewahrt und den Boden für eine parlamentarische Republik bereitet hätte[203].

Demgegenüber hatten Historiker wie Eberhard Kolb, Peter von Oertzen oder Reinhard Rürup geltend gemacht, daß das Potential der auf eine proletarische Diktatur abzielenden Kräfte objektiv wesentlich geringer gewesen sei, als es subjektiv vielen Zeitgenossen erschien und daß die Räte gerade in der ersten Phase der Revolution Teil einer breiten Volksbewegung gewesen seien. Diese historische Argumentation wollte aber nicht zwangsläufig darauf hinaus, Rätemodelle auch für die bundesdeutsche Gegenwart salonfähig zu machen; sie interessierte sich vielmehr für die – angesichts des späteren Schicksals der Weimarer Republik höchst berechtigte – Frage, ob die Regierenden 1918/19 nicht über Handlungsspielräume verfügten, die es erlaubt hätten, einen härteren Bruch mit den vordemokratischen kaiserlichen Eliten zu vollziehen oder etwa auch die Sozialisierung von Schlüsselindustrien vorzunehmen.

Für Geiss ging es bei den Frankfurter Museumskontroversen über die Sachfragen hinaus vor allem auch um Machtfragen innerhalb der Historikerzunft. „Konservative Historiker wie Paul Kluke" hatten nach Geiss bis 1918, ja mit wenigen Ausnahmen sogar bis 1945 verhindert, daß Marxisten oder Sozialdemokraten Professoren an deutschen Universitäten werden konnten. Dazu habe auch Otto Rühle aus dem Kreis um Franz Mehring gehört, den als Vertreter einer bisher unterdrückten Richtung im allgemeinen Wissenschaftsprozeß zu zitieren, heute „kein Verbrechen mehr sein" dürfe[204]. Das Anliegen, das Geiss an die Seite der Frankfurter Museumsmacher rücken ließ, artikulierte er in deren Festschrift „Geschichte als öffentliches Ärgernis" in kaum zu überbietender Deutlichkeit: „Die traditionelle deutsche Geschichtsauffassung, die Paul Kluke noch vertritt" – Geiss meinte damit eine „einseitige Geschichtsklitterung" zugunsten Bismarcks, Preußens und des Deutschen (Kaiser-)Reichs – sei zum Aussterben verurteilt. „Bis vor kurzem", spielte Geiss auf die 68er-Zeit an, sei „in unserer Gesellschaft, so auch in der Wissenschaft, eine bestimmte Richtung so dominierend gewesen, daß die Parteinahme für die herrschende [bürgerliche, M.K.] Meinung selbstverständlich" gewesen sei. Jetzt, so war den Ausführungen des Bremer Ordinarius sinngemäß zu entnehmen,

[202] Langguth, Protestbewegung, S. 39.
[203] Kolb, Die Weimarer Republik, S. 153, 162 (Zitate). Vgl. die Arbeiten von Kolb, Die Arbeiterräte (1962); von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution (1963); Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19 (1968); Matthias, Zwischen Räten und Geheimräten (1970).
[204] Geiss, Zum Streit ums Historische Museum in Frankfurt, S. 7.

sei dieser Bann glücklicherweise endlich gebrochen und die „abtretende Orthodoxie der deutschen Historiker-Zunft“ führe mit Kluke an Orten wie dem Frankfurter Museum nur ihre letzten Nachhutgefechte[205].

Daß die sich bald mehr und mehr durchsetzende linke „Neue Orthodoxie“ in der Geschichtswissenschaft (im Umkreis der „Bielefelder Schule“) oft „viel illiberaler als ihre akademischen Väter nach 1945“ agieren sollte, erkannte Geiss erst viele Jahre später[206]. Vielleicht hätten ihm aber schon damals im Blick auf den Frankfurter Museumsstreit Zweifel an seinem düsteren Kluke-Bild kommen können. Denn einer der nicht sehr zahlreichen akademischen Schüler, die Kluke hatte, war ausgerechnet der Sozialdemokrat Dieter Rebentisch, der in der Debatte um das Museum freilich zu ganz ähnlichen Einschätzungen kam wie sein Lehrer. Das Museum verkaufe, so wandte sich Rebentisch zusammen mit zwei weiteren Angehörigen des Frankfurter Historischen Seminars scharf gegen das Konzept, „eine abstrakte Räteideologie als plebiszitäre Heilslehre. Kein Wort von der Rätewirklichkeit, der Unfähigkeit, einen arbeitsteiligen und komplexen Gesellschaftsorganismus funktionsfähig zu halten, kein Wort von der Usurpation aller historisch praktizierten Rätemodelle durch die allein-seligmachende ‚revolutionäre Kampfpartei‘. Statt dessen offensichtliche Manipulation mit dem dokumentarischen Befund“[207].

Als promovierter Zeithistoriker artikulierte Rebentisch die im „rechten“ Teil der Sozialdemokratie vorhandenen Irritationen über die Darstellung Eberts durch radikale 68er mit am klarsten und auch mit offensichtlicher Fachkompetenz. Oberbürgermeister und Kulturdezernent nahmen seine Gravamina ernst, zumal der Genosse nicht einfach nur den Rechthaber spielte, sondern zum Dialog mit den Museumsmachern bereit war. Der Gedankenaustausch Rebentischs und einiger anderer jüngerer Mitarbeiter des Historischen Seminars mit der Truppe Stubenvolls brachte jedoch keine Annäherung, auch wenn er in „sehr guter Atmosphäre“ verlief. Zur Kritik der Fachhistoriker meinten die Museumsleute nur, es gebe in der Forschung „halt kontroverse Meinungen“. „Ich bestreite dies nicht“, teilte Rebentisch dem Kulturdezernenten daraufhin mit, „nur vermag ich nicht einzusehen, warum sich das Historische Museum zum Schiedsrichter in wissenschaftlichen Streitfragen machen will, noch dazu ohne die Kriterien seiner Entscheidung offenzulegen.“ Zwar wollte der Wissenschaftler die Diskussion auf Bitten Stubenvolls ausdrücklich nicht als beendet betrachten, doch nach einer Begegnung im Juni 1973 sah er „gegenwärtig leider keine Möglichkeit zu sinnvoller Zusammenarbeit“ mehr[208].

[205] Ebd., S. 7–9.

[206] Interview mit Immanuel Geiss zum Thema „Neubeginn und Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft in den 1950/60er Jahren“. http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/BEITRAG/interview/geiss.htm (Stand, 1. 12. 2006), S. 1, vgl. auch S. 7.

[207] Leserbrief „Klassenkampf im Historischen Museum“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1972.

[208] IfSG: S 3/N 11022. Brief von Dr. Rebentisch an Hilmar Hoffmann (11. Juni 1973). Vgl. auch vorher den unter „H“ abgelegten Briefwechsel Stubenvoll-Rebentisch vom April und Mai 1973. Darin teilt Stubenvoll angesichts einer erst langsam abklingenden Erkrankung Rebentischs mit, daß die Möglichkeiten, an der Überarbeitung mitzuwirken, für Wissenschaftler des Historischen Seminars wegen Termindrucks immer geringer würden. IfSG: HiMu 40.

Das unergiebige Treffen war Teil einer Deeskalationsstrategie, um die sich das Kulturdezernat seit Anfang 1973 sichtlich bemühte. Es kündigte an, die strittigen Schrifttafeln und vor allem auch die Texte zur Novemberrevolution zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern[209]. Neben den Änderungen von Tafeln zur mittleren Geschichte[210] kam es als wesentliche Neuerung zu einer Neufassung der Information über die „Novemberrevolution 1918". Mit dem Zusammenbruch der deutschen Militärmacht, so hieß es jetzt, habe „auch der Kampf um Demokratisierung der Gesellschaft einen Höhepunkt" erreicht. Die „Parlamentarisierung der Regierung" und „das allgemeine, gleiche Wahlrecht" seien durchgesetzt worden: „Für diese demokratischen Ziele hatte die SPD Jahrzehnte gekämpft."[211] Anschließend wurde einem langen Zitat des USP-Politikers Ernst Däumig zugunsten des Rätesystems eine – wenn auch deutlich kürzere – Äußerung des Mehrheitssozialdemokraten Max Cohen aus dem Jahr 1918 gegenübergestellt, die das Streben nach einer allgemeinen deutschen Nationalversammlung begründete[212]. Auch wurde zu Beginn der Abteilung ein Hinweisschild angebracht, daß hier vorläufig nur „einzelne Themen", die für das 20. Jahrhundert wichtig seien, behandelt würden, eine Gesamtschau also nicht erwartet werden könne[213].

An der Art und Weise, wie die am stärksten umstrittenen Schrifttafeln neu gefaßt wurden, ließ sich erkennen, auf wen die Deeskalationsbemühungen der sozialdemokratischen Stadtpolitik in erster Linie abzielten: Auf die beunruhigten Gemüter im „rechten" Teil der eigenen Klientel. Der Kulturdezernent nahm die Klassenkämpfer vom Museum enger an die Leine und machte Stubenvoll unmißverständlich klar: „Ich habe nicht die Absicht, die wissenschaftliche Arbeit der Arbeitsgruppe im Historischen Museum zu zensieren. Als politisch Verantwortlicher muß ich mir aber über die Konzeption und Zielrichtung Klarheit verschaffen."[214] Vor allem kümmerte sich die Mehrheitsfraktion im Rathaus jetzt selbst darum, daß fürderhin keine Texte mehr entstünden, die den ohnehin arg

[209] Vgl. die von Mitarbeitern des Museums erstellte Synopse (IfSG: HiMu 32), die sämtliche Textteile auflistete, welche Kritik auf sich gezogen hatten. Daneben wurde vermerkt, was die Museumsmacher von der Krititk hielten – nämlich meistens nichts, von 75 Informationseinheiten seien ohnehin nur 15 namentlich angegriffen worden – und welche Überarbeitungen in den wenigen anderen Fällen in Frage kämen. Die ganze Aufregung, davon waren die Ausstellungsverantwortlichen überzeugt, sei ohnehin nur „durch das herrschende, ideologisch verfälschte Geschichtsbild" zu erklären. Und solche „Vorurteile" seien „nur langfristig korrigierbar". IfSG: HiMu 106, Bl. 235.

[210] Beispielsweise wurde der Text zum Altarbild der Barfüßerkirche, das in der ersten Fassung als Zeugnis „christlicher Propaganda" bezeichnet worden war, dergestalt überarbeitet, daß man das Wort „Propaganda" durch „Bewußtseinsbildung" ersetzte. IfSG: HiMu 32, Manuskript „Angriffe gegen Texte der Dokumentation 9.–15. Jahrhundert", Tafel 3.19.

[211] Stubenvoll/Schirmbeck, Dokumentation 20. Jahrhundert, S. 156f.

[212] IfSG: HiMu 106, Bl. 1–5 (Eine genaue Auflistung der Kritiken zu den Texten zum 20. Jahrhundert mit Stellungnahmen hierzu).

[213] IfSG: HiMu 106, Bl. 241–243 (Manuskript „Vorzunehmende Änderungen Abteilung 20. Jahrhundert").

[214] IfSG: HiMu 40. Hilmar Hoffmann an Stubenvoll, 8. August 1973, mit Bezug darauf, daß mit der gestalterischen Realisierung der inzwischen fertiggestellten Texte zum 20. Jahrhundert in Kürze zu rechnen sei. Vgl. auch (IfSG: HiMU 40) das Schreiben des Dezernats Kultur an Stubenvoll, 15. Mai 1973, Eilt sehr (rot und handschriftlich), in Sachen der bevorstehenden Fragestunde in der Stadtverordnetenversammlung und einer Anfrage von Frolinde Balser an den Magistrat, ob in absehbarer Zeit damit zu rechnen sei, daß im Historischen Museum die neuere Zeit ausgewogener dargestellt werde als bisher.

strapazierten innerparteilichen Frieden der SPD zu sehr aufs Spiel setzten. Im Dienstzimmer des Kulturdezernenten hatten Mitarbeiter des Museums vor „einem kleinen Kreis von Mitgliedern der SPD-Fraktion", denen vorher neue Texte zum 20. Jahrhundert zur Verfügung gestellt worden waren, zum Rapport anzutreten. Stubenvoll wurde zudem angewiesen, „bis zur abschließenden Klärung keine der vorgelegten Texte zum Druck weiterzugeben"[215].

Der lange kreißende Berg gebar nach Auffassung der Opposition indes nur ein kümmerliches Mäuslein. CDU wie FDP gingen die Korrekturen insgesamt nicht weit genug; es handele sich hierbei um eine kosmetische Operation[216], die lediglich die haarsträubendsten Fehler beseitige, ja schlimmer noch: neue hinzufüge. Die Sprecher beider Parteien nahmen in einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die im Juni 1973 über die Änderungen diskutierte, vor allem an der Neufassung der Tafel zur Novemberrevolution Anstoß. Der FDP-Politiker Christian Zeis protestierte scharf gegen den dort erweckten Eindruck, nur die SPD habe für das allgemeine Wahlrecht gekämpft; das sei reine Heuchelei, ja gelogen, auch Liberale seien dafür gewesen[217]. Die CDU hielt angesichts ihrer ebenfalls unüberwundenen Zweifel am neuen Museum an dem bereits im November 1972 eingebrachten Antrag fest, den Vorwurf der Indoktrination zu klären und die Schrifttafeln wirklich umfassend zu ändern[218]. Die mehrstündige Debatte in der Stadtverordnetenversammlung, an deren Ende die SPD den CDU-Antrag als erledigt niederstimmte, ließ dennoch bereits erahnen, daß das Museum damit nur vorübergehend aus der Schußlinie heraus sein sollte. In Worten, die der Kulturdezernent als „verleumderisch" zurückwies[219], hatte CDU-Stadtverordneter Friedrich-Wilhelm Bauer ausgeführt: Für die „nationalen Sozialisten" seien die Juden an allem schuld gewesen, für „jene anderen" Sozialisten vom Historischen Museum seien es die „Herrschenden."[220] Bauers Parteifreund Ulrich Keitel, der 1967 wegen des laxen Verhaltens der FDP gegenüber den personellen und sachlichen „Restbeständen des Nationalsozialismus" seine langjährige Partei verlassen hatte und mitsamt seinem Stadtverordnetenmandat zur CDU gewechselt war[221], personalisierte Bauers Attacke noch. Keitel äußerte starke Zweifel, ob der SPD-Kulturdezernent „die Kritik an dem Museum überhaupt verstanden habe" und sagte Hoffmann schließlich ins Gesicht: „[…] daß Sie als Stadtrat in diesen Fragen politisch überfordert sind."[222]

215 IfSG: HiMu 40. Hilmar Hoffmann an Stubenvoll, 2. Oktober 1973.
216 Frankfurter Neue Presse, 15. Juni 1973.
217 Frankfurter Rundschau, 15. Juni 1973.
218 IfSG P 35: 10. öffentliche Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Juni 1973, Bl. 273. Im Kulturausschuß war der CDU-Antrag am 4. Juni 1973 als infolge der vom Museum in Angriff genommenen Korrekturen „erledigt" zurückgewiesen worden. Ebd., Bl. 274f.
219 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juni 1973. Eine Mitschrift der gesamten Rede im IfSG: P 35. 10. öffentliche Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Juni 1973, Bl. 281–294.
220 Frankfurter Rundschau und Frankfurter Neue Presse, 15. Juni 1973.
221 Keitel, „Sehr geehrter Parteifreund", S. 235. Für die CDU blieb Keitel bis 1997 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.
222 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juni 1973.

Antiimperialismus oder: Die Wiederkehr der Tragikomödie als Farce – und ihr Ausklang

Eine Reprise der streckenweise tragikomischen Vorkommnisse um das Historische Museum in den Jahren 1972/73 gab es ab Herbst 1975, als die bislang fehlenden Abteilungen 16. bis 18. und 19. Jahrhundert eröffnet wurden. Die Museumsmacher hatten am Konzept der die Gegenstände begleitenden und die Geschichte in Zusammenhängen darstellenden Schrifttafeln festgehalten. Allerdings verdeckten die Tafeln nicht mehr so stark die ausgestellten Gegenstände, die insgesamt wirkungsvoller zur Geltung kamen. Für die inhaltliche Gestaltung der Präsentation waren abermals die Wissenschaftler des Hauses verantwortlich gewesen, wenn sie auch diesmal stärker auf externen Sachverstand zurückgegriffen und etwa für das 19. Jahrhundert Immanuel Geiss als freien Mitarbeiter gewonnen hatten. Hilmar Hoffmann betonte bei der Vorstellung der neuen Abteilungen, die den Zeitraum von 1520 bis 1918 umfaßten, dennoch sehr stark die Kontinuitätslinien zu dem umstrittenen Grundkonzept von 1972. Ziel sei es weiterhin, „nicht nur die Geschichte der Herrschenden, sondern auch die der Beherrschten zu dokumentieren. […] Zu lange habe die Geschichte von Königen, der Aristokratie und des Bürgertuns unser Bild von der Vergangenheit bestimmt." Deshalb suche das Historische Museum Frankfurt als erste Zielgruppe den „lesenden Arbeiter" und seine Fragen[223].

Der erste Eindruck eines FAZ-Journalisten, der über die Eröffnung der neuen Abteilungen berichtete, war der, „daß die zum Teil heftige Kritik in der Vergangenheit einiges bewirkt" habe. Allerdings war dieses Urteil vorerst nur auf die Form der Präsentation bezogen, was die Texte anbelange, so hieß es, müsse man „abwarten"; das Studium der Tafeln auf einer Strecke von insgesamt vier Kilometern erfordere einige Zeit. Ein „zufälliger Blick" auf einen Text über Bismarck verrate aber zumindest „einigen Sinn für Komik, die entsteht, wenn man an sich wohl richtige Ereignisse" überproportioniere: „Fürst Bismarck, der Schnaps brennt, nach Afrika verkauft und dadurch sein Rittergut rentabel hält, während die Leute am billigen Fusel sich dumm trinken."[224] Damit hatte der Journalist treffsicher den neuralgischen Punkt aufgespürt, der die öffentlichen Debatten um das Museum und seine neuen Abteilungen in den folgenden Monaten bestimmen und dafür sorgen sollte, daß das Haus abermals in die Schlagzeilen geriet. Der Anlaß war in diesem Fall aber weit weniger gravierend als 1972/73, weil es jetzt nur noch um Geschichtsbilder ging, nicht aber um historisch-politische Fragen, die so eng wie die Einführung des parlamentarischen Systems 1918/19 mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik verknüpft waren.

[223] ISFG: HiMu 29. Nicht näher datierter Zeitungsausschnitt (Frankfurter Allgemeine Zeitung) „Das Historische Museum ist jetzt fast komplett". In ähnlichem Tenor auch Rainer Hartmann in der *Frankfurter Neuen Presse* (14. Juni 1975), mit der Vermutung, der Streit werde diesmal „in milderer Form" ablaufen als einige Jahre zuvor. Die damals geäußerte Kritik habe offensichtlich gefruchtet, auch wenn sich der „Geist des Museums" kaum gewandelt habe.

[224] IfSG: HiMU 29. Nicht näher datierter Zeitungsausschnitt aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* „Das Historische Museum ist jetzt fast komplett".

Wie schon 1972/73 stand die *Frankfurter Rundschau* mit an der Spitze der Kritik gegen Stubenvoll und Co. Das Blatt kommentierte unter der Überschrift „Historisch gefuselt": „Dem Historischen Museum auf dem Römerberg ist erneut eine Pioniertat zu verdanken. Es liefert nämlich eine neue, in keinem Geschichtsbuch der Welt nachzulesende Interpretation der historischen Bedeutung des Reichsgründers Bismarck."[225] Auslöser des Artikels war eine am Vortag eingereichte und per Pressekonferenz publik gemachte Anfrage des FDP-Stadtverordneten Christian Zeis an den Magistrat, die zunächst einfach nur den Wortlaut der inkriminierten Schrifttafel referierte. Dort hieß es: „Der Reichsgründer Bismarck (1815–1898) entstammte einer ostelbischen Junkerfamilie, hatte aber auch eine Juristen- und Militärausbildung absolviert. Als preußischer Gesandter am Frankfurter Bundestag war Bismarck u. a. mit modernen Wirtschafts- und Finanzproblemen konfrontiert worden. Als Rittergutsbesitzer betrieb er, wie die meisten seiner Standesgenossen, auch Schnapsbrennereien. Der billige Kartoffelschnaps wurde meist als gesundheitsschädlicher Fusel über Hamburg nach West Afrika [sic!] ausgeführt, was u. a. zur Begründung deutscher Kolonialinteressen in West Afrika [sic!] und zur annähernden Liquidität der sonst mit dem Bankrott bedrohten Rittergutsbesitzer führte. Mit Schutzzollgesetzgebung (1879) und Kolonialpolitik (1884/85) trug Bismarck den wachsenden Interessen von Landwirtschaft und Industrie Rechnung, abgesichert durch flankierende Maßnahmen, wie das Sozialistengesetz von 1878 und die Sozialgesetzgebung ab 1881."[226]

Zeis und seine Fraktion baten den Magistrat um Auskunft darüber, ob diese Darstellung „der historischen Bedeutung Otto von Bismarcks gerecht" werde, ob sie wissenschaftlichen Erfordernissen entspreche und ob historische Kenntnisse von Schülern „durch diese Art der disproportionalen Darstellung" möglicherweise verzerrt werden könnten?[227] Lange vor dem Magistrat indessen antwortete Imanuel Geiss, der sich in Leserbriefen an die Frankfurter Presse als Verfasser der kritisierten Passagen zu erkennen gab und sie vehement verteidigte. Der „linksliberalen FR, mit der ich seit Jahren als freier Mitarbeiter verbunden bin", warf Geiss vor, mit ihrem Kommentar „Historisch gefuselt" wieder einmal zu Lasten des Stubenvoll-Museums „historisch gefaselt" zu haben und auf die „Faseleien" der FDP „hereingefallen" zu sein. Bei der problematisierten Passage sei es gar nicht um eine „Interpretation des Reichsgründers Bismarck" gegangen, sondern darum, „die sozialhistorische Zusammensetzung der herrschenden Klasse im 2. Deutschen Kaiserreich" u. a. an Bismarck zu illustrieren: „Hätte ich eine Gesamtwürdigung Bismarcks zu leisten gehabt, dann hätte ich mich nicht mit 31 schmalen Zeilen begnügt und hätte dann nicht 41% der Aussage auf ostelbischen Schnaps verwendet." Bei Museumstexten, so Geiss, komme es aber eben darauf an, sie „einprägsam zu formulieren", weshalb „an bekanntes Wissen anzuknüp-

[225] Frankfurter Rundschau, 5. Dezember 1975.
[226] IfSG: HiMu 29. Anfrage des Stadtverordneten Christian Zeis (F.D.P.) und Fraktion, Betr.: Historisches Museum, 3. Dezember 1975. Zu dieser und den anderen Texttafeln über das 19. Jahrhundert vgl. den Bestand IfSG: HiMu 47.
[227] IfSG: HiMu 29. Anfrage des Stadtverordneten Christian Zeis (F.D.P.) und Fraktion, Betr.: Historisches Museum, 3. Dezember 1975.

fen" sei[228]. Kustos Hoffmann versuchte, der Argumentation des Bremer Geschichtsprofessors noch Nachdruck zu verleihen, indem er ihn per Leserbrief zu einem „der besten Kenner dieser Zeit", d. h. des Ersten Weltkriegs, erklärte; denn zu Beginn der Abteilung Erster Weltkrieg, wo dessen Ursachen behandelt wurden, stand auch die umstrittene Schrifttafel[229].

Was die *Frankfurter Neue Presse* von den Äußerungen Hoffmanns und Geiss' hielt, verdeutlichte ihr Überschriftenredakteur auf seine Art. Er plazierte sie spöttisch als „Schnaps-Ideen 1" und „Schnaps-Ideen 2"[230] untereinander. Hämisch fiel die Kritik im konservativen *Kulturjournal* aus, wo Verbindungen zwischen Kartoffelschnaps, Wodka-Konsum, russischer Weltpolitik und den „wissenschaftlichen Kapazitäten im Historischen Museum" gezogen wurden. „Am Ende bleibt die Frage, soll Frankfurt die Kartoffelschnaps-Ideologen im Museum nicht durch verstärkte Einfuhr von Kartoffelfusel gehaltlich finanzieren, damit sie im Kindermuseum heiter und beschwingt täglich die Moritat von den ‚Zehn kleinen Negerlein' aufführen können." Ein bemerkenswertes anonymes Schriftstück ging dem Historischen Museum in Form eines handschriftlichen Kommentars zu, der dem *Kulturjournal* auf einem Ausriß des Artikels drastisch zustimmte: „ROTE KOM. U. SOZ. SCHEISSE VOM HISTORISCHEN MUSEUM. DA LACHT SELBST DIE ROTE WELT."[231]

Im Juni 1976 erreichte die Debatte ihren Höhepunkt, als das Thema Bismarck an erster Stelle auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung stand[232]. Zur Vorbereitung hatte sich u. a. eine besorgte Amtsjuristin an Kustos Hoffmann gewandt, von dem sie wußte, daß er Geiss bereits „Fragen bezüglich der bismarckschen Schnapsbrennerei" gestellt hatte[233]. Außerdem vertieften sich die Verteidiger der attackierten Schrifttafel jetzt in die „kritische" Bismarck-Literatur, darunter Bernt Engelmann[234] sowie Hans-Ulrich Wehler und dessen von seiner Kölner Fakultät nur knapp angenommene, als Studie 1969 erschienene zweite Habilitationsschrift „Bismarck und der Imperialismus"[235]. Darin hatte Wehler den wesentlich von Lenin geprägten Begriff des Sozialimperialismus variiert und behauptet, das Bismarckreich habe in der (kolonialen) Expansion nach außen ein Heilmittel

[228] IfSG: HiMu 29. Imanuel Geiss an die Redaktion der Frankfurter Rundschau, 10. Dezember 1975 (als Leserbrief in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlicht am 13. Dezember 1975).

[229] Leserbrief von „Detlef Hoffmann, Historisches Museum", in: Frankfurter Neue Presse, 23. Dezember 1975.

[230] Frankfurter Neue Presse, 23. Dezember 1975.

[231] Großbuchstaben im Original. Siehe die mit entsprechenden Marginalien versehene Seite mit dem Kulturjournal-Artikel „Der Fuselkönig" im Bestand IfSG: HiMu 29.

[232] IfSG: Stvv P 105. 46. öffentliche Plenarsitzung am 10. Juni 1976, Bl. 425–458.

[233] Vgl. hierzu das Schreiben der Amtsjuristin an Detlef Hoffmann vom 8. April 1996, in: IfSG: HiMu 29.

[234] Engelmann hatte sich in einer Reihe von Büchern überwiegend sehr polemisch mit der Politik und den finanziellen Verhältnissen Bismarcks auseinandergesetzt. Vgl. ders., Das Reich zerfiel, die Reichen blieben; ders.,Wir Untertanen. Ein deutsches Anti-Geschichtsbuch.

[235] Wehler, Bismarck und der Imperialismus. Vgl. die kopierten Auszüge aus den Büchern im Bestand IfSG: HiMu 29. In dem Buch führt Wehler die Kolonialpolitik des Kaiserreiches und die nationalistische Radikalisierung der Gesellschaft weniger auf rein ökonomische Interessen zurück als auf propagandistische Manipulationstechniken eines Machtkartells aus alten und neuen Eliten (Adel, Militär, Bürokratie, Schwerindustrie), das innenpolitische Spannungen in aggressive Außenpolitik abgelenkt habe, um seine gesellschaftliche Position gegen eine „drohende" Demokratisierung zu sichern.

gesehen, die Wirtschaft zu sanieren, die durch soziale Konflikte zerklüftete Gesellschaft vor einer Zerreißprobe zu bewahren und die inneren Machtverhältnisse so zu stabilisieren. Wehlers Theorie war allerdings fragwürdig, weil sie zum einen die innen- und außenpolitischen Zwänge, denen die Reichsleitung unterlag, kaum angemessen berücksichtigte und den vom Alldeutschen Verband oder vom Flottenverein ausgeübten Druck unterschätzte; zum anderen war die tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung der Kolonialpolitik für das Kaiserreich ebenso gering wie deren Auswirkungen auf die Vermögensverhältnisse des Reichskanzlers, die spätestens seit 1871 hinreichend geordnet waren[236].

Im Plenum des Stadtrates zeigte sich der FDP-Politiker Zeis gänzlich unzufrieden mit dem Bericht des Magistrats zu der Bismarck-Anfrage der FDP. Denn die Stadtregierung hatte geltend gemacht, das umstrittene Bismarck-Zitat sei innerhalb der „didaktischen Präsentation" zu sehen und das gezeichnete Bismarck-Bild insgesamt „nicht verzerrt". An anderen Stellen der Ausstellung, etwa im Kapitel über die Sozialistengesetze, werde doch noch viel mehr zur Person des Reichsgründers gesagt[237]. Seine gegenteilige Überzeugung artikulierte Zeis in „einer leidenschaftlichen Philippika"[238]: Selbst eine Darstellung Bismarcks in der DDR falle objektiver aus als die im Historischen Museum. Der dort vorgenommenen „Manipulation von Abhängigen, von Kindern und Jugendlichen", hätte dadurch begegnet werden müssen, daß man einen anderen Wissenschaftler mit seiner Meinung über Bismarck neben die umstrittene Tafel gestellt hätte[239]. Für die CDU hieb Stadtverordneter Keitel, ebenfalls schon 1972/73 als Kritiker des Museums hervorgetreten, in dieselbe Kerbe. Wenn man Bismarck so darstelle wie geschehen, könne man ebenso gut Hilmar Hoffmann, nur weil er einmal ein Buch darüber geschrieben habe, auf seine Eigenschaft als Bienenliebhaber[240] reduzieren oder den Oberbürgermeister ausschließlich als „leidenschaftlichen Rally-Fahrer" würdigen[241]. Dem antiimperialistischen Eifer sei auch die Chance geopfert worden, eine zentrale stadtgeschichtliche Zäsur darzustellen: Die von Bismarck zu verantwortende Annexion der Freien Reichsstadt Frankfurt durch Preußen 1866, über die kein Wort verloren würde[242].

Der Kulturdezernent widersprach der Opposition scharf. Ironisch dankte er dem Freien Demokraten Zeis, durch seine Anfrage zur ausführlichen Beschäftigung mit dem „neuesten Stand der Bismarck-Forschung" veranlaßt worden zu sein, und nutzte die Gelegenheit, der „großen Ernsthaftigkeit und fachlichen Kompetenz" der Museumsmitarbeiter, die er bei dieser Beschäftigung bestätigt gefunden habe, ein öffentliches Gütesiegel auszustellen[243]. Der Clou der Hoffmann-

[236] Eine nüchterne knappe Bestandsaufnahme der Bismarckschen Kolonialpolitik bietet etwa Fröhlich, Imperialismus, S. 32f.
[237] IfSG: Stvv P 105. 46. öffentliche Plenarsitzung am 10. Juni 1976, Bl. 129 (Bericht des Magistrats B 107 an die Stadtverordnetenversammlung).
[238] Frankfurter Neue Presse, 11. Juni 1976.
[239] IfSG: Stvv P 105. 46. öffentliche Plenarsitzung am 10. Juni 1976, Bl. 432. Zum Redebeitrag von Zeis insgesamt Bl. 426–432.
[240] Keitel meinte eigentlich die Tauben, denen Hoffmann bereits ein Buch gewidmet hatte.
[241] IfSG: Stvv P 105. 46. öffentliche Plenarsitzung am 10. Juni 1976, Bl. 447.
[242] Ebd., Bl. 448.
[243] IfSG: HiMu 29. Redemanuskript „Diskussionsbeitrag von Hilmar Hoffmann zur Bismarck-Anfrage der FDP am 10. 6. 1976".

schen Argumentation bestand darin, den Geschichte als politische Waffe einsetzenden FDP-Politiker Zeis mit Hilfe eines historischen Liberalen auszuhebeln. Schon ein liberaler Abgeordneter im kaiserlichen Reichstag habe nämlich Bismarcks Branntweinmonopolpolitik heftig kritisiert. Die heutigen Liberalen, so Hoffmann weiter, sähen dies aber offenbar anders. Jedenfalls sei der Text der Tafel nur bei „Voreingenommenheit […] so einseitig und als diffamierend gedacht" zu interpretieren[244].

So voreingenommen, wie Hoffmann meinte, mußte man aber wohl gar nicht sein, um angesichts der alten und neuen Kontroversen um das Historische Museum nicht zumindest zu einem recht zwiespältigen Urteil zu kommen. Mit der von Geiss konzipierten Tafel zum Kolonialismus hatte sich das Haus einmal mehr zu einer höchst umstrittenen Position innerhalb der Geschichtswissenschaft bekannt und die Skeptiker der neuen Sozialimperialismus-Thesen Wehlers, die schließlich zu den potentiellen Rezensenten und Besuchern der Ausstellung gehörten, vor den Kopf gestoßen. Dieser Aspekt spielte auch über Frankfurt hinaus in der bundesweiten Debatte der Museumsspezialisten über die neue Frankfurter Einrichtung eine wichtige Rolle. Nicht zufällig pilgerten in jenen Jahren sowohl der eher traditionalistische Deutsche Museumsbund wie auch der 1968 von jungen Assistenten, Dozenten und Volontären auf dem Kunsthistorikertag gegründete „Ulmer Verein – Verband für Kunst- und Kulturwissenschaften" (mit Sitz in Marburg), der als fortschrittlichste Organisation für im Museumsbereich tätige Wissenschaftler galt[245], an den Main, um 1974 bzw. 1975 in ihren Tagungen über die Lage des deutschen Museums zu diskutieren. Denn keine andere neue Ausstellung hatte landauf landab so viel Pro und vor allem so viel Contra ausgelöst wie das Historische Museum in Frankfurt.

Das hieß nun allerdings nicht, daß ausschließlich dort umfangreiche Reformen ins Werk gesetzt worden wären, die unter der Fahne von Chancengleichheit und „Demokratisierung" segelten und den Menschen das Instrumentarium zu einer kritischen Würdigung historischer Prozesse an die Hand zu geben beanspruchten. Vielmehr schien es zumindest unter den Anhängern des Museumsbundes manchen, als sei dieser Anspruch etwa im Römisch-Germanischen Zentralmuseum Mainz oder in den Landesmuseen Bonn, Karlsruhe und Stuttgart besser realisiert worden, obschon man von diesen Häusern „kaum etwas liest"[246]. Auch war es bis Mitte der 1970er Jahre offensichtlich geworden, daß die „lange totgesagten Museen" – die naturkundlich und technisch ausgerichteten Einrichtungen eingeschlossen – „großer Auftrieb"[247] erfaßt hatte: „Die Museumskrise ist […] nicht

[244] Frankfurter Neue Presse, 11. Juni 1976.

[245] Ziel des auf dem Ulmer Kunsthistorikertag gegründeten, zunächst als Reformgruppe innerhalb des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker gedachten Vereins war es, „die traditionelle (Kunst)Geschichtsschreibung als ein Herrschaft legitimierendes Instrument zu entlarven und selbst die (Kunst)Geschichte aus der Perspektive einer Parteinahme für die jeweils Unterlegenen umzuschreiben"; die „Ulmer" zielten aber auch darauf ab, „Hierarchien in den kunsthistorischen Institutionen" abzubauen und die Mehrheiten im Verband zu kippen. (Gröteke, Gegen den Strich gebürstet?, S. 8f.); vgl. auch Herlemann, Krise war immer, S. 16, 18ff., sowie allgemein zur Gründungsgeschichte: Hammer-Schenk/Waskönig/Weiss, Kunstgeschichte gegen den Strich gebürstet?

[246] Main-Echo, 30. August 1975.

[247] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. März 1974.

mehr, was sie einmal war. Vorbei ist die Zeit der erfrischenden Selbstbezichtigungen", so formulierte es Petra Kipphoff im März 1974 in der *Zeit*.[248]

Aber nicht etwa die Frankfurter Entwicklungen waren Anlaß zu diesem positiven Urteil, sondern vor allem der sensationelle Erfolg des Römisch-Germanischen Museums in Köln, das zwei Wochen nach seiner Neueröffnung 1974 bereits 100 000 Besucher empfangen hatte, ja zeitweilig wegen Überfüllung hatte geschlossen werden müssen. Der Direktor des Hauses, der Mittelalterarchäologe Hugo Borger[249], hatte in der Kölner Ausstellung das hergebrachte Prinzip revolutioniert, Steine an die Wand und Vitrinen in die Mitte des Raumes zu plazieren, indem er es einfach umkehrte; neu in Köln waren aber auch die heute selbstverständlich gewordenen Audioprogramme, mit denen Borger „die in den Museumsräumen bislang waltende Stille der Andacht" zerstören und damit „jenem Alltagsraum die Artikulation" zu gestatten strebte, „aus dem die Mehrzahl der Besucher stammt"[250].

Obwohl die zeitgenössischen Tendenzen zur Pädagogisierung der Museumsinhalte und zu ihrer attraktiven Präsentation auch in Borgers Konzept eingeflossen waren, ließen progressive Kritiker „Ulmer" Provenienz auf ihrer Frankfurter Tagung im Herbst 1975 kaum ein gutes Haar daran. In einer „stellenweise sehr heftig und nicht frei von Polemik"[251] geführten Diskussion über den Vortrag des Oberkustos am Römisch-Germanischen Museum, Jörgen Bracker[252], polemisierten sie gegen die „Peter-Alexander-Show im Museum, Antiken-Klatsch nach dem Muster von Soraya-Hofberichterstattung, Museum als Geschichts-Warenhaus mit Wühltischen"; vor allem aber kreideten sie es dem Kölner Haus an, daß es „keine präzise Geschichtsvorstellung" habe und lieber „schön" wirken wolle, daß es also eher nach ästhetischen Gesichtspunkten als solchen der Belehrung des Publikums gestaltet sei[253]. Dem Deutschen Museum in München wurde im gleichen Atemzug vorgeworfen, lediglich Dampfmaschinen auszustellen, sie aber nicht „als Instrumente der Ausbeutung und Unterdrückung" zu entlarven[254]. Die überwiegend sehr jungen und oft noch in der Ausbildung stehenden Tagungsteilnehmer des Ulmer Vereins verstanden das Museum offensichtlich als eine Art „moralischer Anstalt" mit dem erklärten Ziel, „Herrschaftsstrukturen" abzubauen und zu einer gesellschaftlichen „Bewußtseinsveränderung" beizutragen[255].

[248] Die Zeit, 22. März 1974 („Wem dient das Museum").
[249] Borger war 1971 ans „Römisch-Germanische" nach Köln gekommen, vorher hatte er als Direktor am Rheinischen Landesmuseum in Bonn gewirkt. Preiß/Stamm/Zehnder, Das Museum, S. 441.
[250] Schwier, Jede Epoche schafft ihre Museen, S. 78.
[251] „Diskussionsbericht" in dem Tagungsband des Ulmer Vereins von Spickernagel/Walbe, Das Museum, S. 100. Selbstkritisch hieß es über das von Mitgliedern des Ulmer Vereins gegenüber dem Referenten gezeigte Gruppenverhalten: „Man sah sich in der Gewißheit bestätigt, über den ‚wahren' gesellschaftlichen Standpunkt zu verfügen".
[252] Der Archäologe und Prähistoriker Bracker war kurzfristig für den eigentlich als Referenten vorgesehenen Borger eingesprungen.
[253] Main-Echo, Aschaffenburg, 8. November 1975 („Museum als moralische Anstalt?").
[254] Ebd. Zu den Reaktionen auf das Referat des Direktors der Hauptabteilung „Bildung und Öffentlichkeitsarbeit" am Deutschen Museum, Günther Gottmann, vgl. auch den Diskussionsbericht im Tagungsband von Spickernagel/Walbe, Das Museum, S. 35. Danach wurde dem Deutschen Museum vorgeworfen, seine größte Chance nicht zu nutzen: nämlich „etwas über die Geschichte der Arbeiterklasse" vermitteln zu können.
[255] Ebd.

Die Museumsbündler dagegen, die im Vorjahr (1974) im – nichtstädtischen – Senckenberg-Museum getagt hatten, zeigten sich vom Historischen Museum und dem ebenfalls jüngst eröffneten Frankfurter Völkerkundemuseum meistens „verwirrt, viele schockiert". Diese „radikalsten Beispiele des didaktisch durchgeplanten Museums, das seine Sammlung restlos dem politischen Konzept unterwirft"[256], verschlug ihnen geradezu die Sprache[257]. Zum einen rührte das Entsetzen daher, daß die oft papier- und thesenlastige Art der umständlich-abstrakten Präsentation den weniger lesegewohnten unterprivilegierten Besuchern des Historischen Museums „einen größeren Tort" antat als den bildungsnäheren „Überprivilegierten"[258], also den Anspruch der „Demokratisierung" schon von daher gründlich verfehlte. Zum anderen schien ihnen an der neuen Frankfurter Praxis „am gefährlichsten […], daß hier das Exponat, Mittelpunkt und Berechtigungsexistenz jedes Museums, entmündigt und zum Illustrationsobjekt für Texte" herabgewürdigt werde[259].

Diesen Weg, so hatte der Generaldirektor des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, Arno Schönberger[260], in seinem Frankfurter Referat gesagt, dürfe man so nicht weitergehen: „Wir hörten gestern, es war im Historischen Museum die Absicht gewesen, daß ‚starke Impulse auf das kulturelle Selbstverständnis der Gesellschaft ausgingen, um in einer neuen didaktischen Qualität den immanenten Herrschaftscharakter des Elitären ad absurdum zu führen'. Ersetzen Sie kulturelles Selbstverständnis der Gesellschaft durch Selbstverständnis des Volkes, den Herrschaftscharakter des Elitären, den es zu beseitigen gilt, durch den Herrschaftscharakter der ‚elitären' ‚entarteten Kunst', dann mag das Beispiel der großen museumspädagogischen Staatsaktion der Nazizeit zeigen, wie gefährlich ein solcher Weg werden könnte. Es sollte auch für uns den Originalen gegenüber so etwas Ähnliches geben wie einen hippokratischen Eid."[261]

Wie sehr diese Kritik die Anhänger „progressiver" Museumsarbeit traf, zeigte sich rasch, als Schönberger mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, die Mitarbeiter des Historischen Museums „der faschistischen Gesinnung zu bezichtigen".[262] Auf den – selbst zusammengezimmerten – groben Klotz eines „linken Faschismus"-Vorwurfs setzte die Ulmer Richtung auf ihrer eigenen Frankfurter Tagung im Herbst 1975 einen groben Keil. Vertreter eines konservativeren Museumsverständnisses ernteten „Gelächter, Zischen und hämische Bemerkungen". Und Jörgen Bracker vom Kölner Römisch-Germanischen Museum, der sich später (ab

256 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. März 1974.
257 Auch ein prominenter sozialdemokratischer Kommunal- und Kulturpolitiker wie Dieter Sauberzweig hatte sich in seinem Referat auf der Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes von problematischen Texttafeln des Frankfurter Historischen Museums (zum Kruxifix und zu einer Madonna des 15. Jahrhunderts) distanziert. Der Städtetag, 5/1974, S. 253.
258 Die Zeit, 22. März 1974.
259 Ebd. Vgl. dagegen die Position von Detlef Hoffmann, der immer wieder die Behauptung als einen „verhängnisvollen Irrtum" geißelte, „daß die Objekte sich selbst vermitteln können". Hoffmann, „Laßt Objekte sprechen!", S. 101.
260 Vgl. Schönberger, Betrachten + bewahren.
261 IfSG: HiMu 19. Arno Schönberger an Ludwig Baron Döry, Historisches Museum Frankfurt, 4. April 1974.
262 Ebd.; vgl. auch den Leserbrief von Baron Döry in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 1. April 1974.

1976) als Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte um die Historie der Arbeiterbewegung und der Juden in der Stadt verdient machen sollte, wurde nicht nur wegen seiner Verteidigung ästhetischer Normen als „Schwätzer" abqualifiziert; Bracker hatte es obendrein gewagt, zumindest die Frage zu formulieren, ob es Aufgabe des Museums sein könne, mit den Mitteln der Geschichtsdarstellung bestimmte gesellschaftliche Zustände zu verändern[263].

Die eben darauf abzielenden „Ulmer" Museologen und ihre Frankfurter Vorreiter lassen sich also – nach dem von Ingrid Gilcher-Holtey für die Folgen der 68er-Bewegung entwickelten „Zurechnungs"-Modell – zweifelsohne als einer ihrer vielen längerfristig wirksamen Teile interpretieren; und zwar unabhängig davon, ob sie 1967/68 selbst (schon) zu den „Protesteliten" gezählt hatten. Wenn die von der 68er-Bewegung propagierte Transformationsstrategie beim Individuum ansetzte und dessen Veränderung als Voraussetzung für die Schaffung einer anderen Gesellschaft ansah[264], so waren jene Ideen – ausweislich der Aktivitäten progressiver Museologen – bis Mitte der 1970er Jahre ein ganzes Stück weit in die Gesellschaft und vor allem in die jüngere Generation hineindiffundiert. Für den Marsch von Personen und Ideen der 68er-Bewegung durch die Institutionen der Bundesrepublik bietet die Entwicklung des Historischen Museums in Frankfurt mithin ein gutes Anschauungsobjekt. Typisch war der Fall auch insofern, als die 68er insgesamt nicht in der Politik, sondern in der „Kulturindustrie"[265] (einschließlich des Bildungs- und Mediensektors) ihre größte Wirkung entfalteten[266]. Doch zeigten sich am Frankfurter Museum auch die Grenzen ihres Marsches durch die Institutionen.

Denn der Widerstand zumindest gegen die radikalsten (neo-)marxistischen Elemente der 68er-Ideologie war in der Gesellschaft beträchtlich und reichte in unterschiedlicher Nuancierung vom konservativen Spektrum bis zur linken Mitte. Dort wurden allerdings vor allem im sozialdemokratischen Milieu stellenweise auch Kompromisse mit SDS-Auswüchsen eingegangen – Hilmar Hoffmanns Museumspolitik ist ein Beispiel dafür –, die ziemlich fauler Art waren. Noch im schwierigen Kommunalwahlkampf 1977 insistierte der Kulturdezernent, weitere Tafeln würden „nur über meine Leiche" ausgetauscht[267]. Und so demonstrierte der fehlende Wille der bis dahin führenden Frankfurter Politiker, die radikalen Kräfte am Historischen Museum entschlossener in die Schranken zu weisen, auch die Kosten, die offensichtlich zu entrichten waren, um die studentische Protestbewegung der 68er „wieder in die etablierten Bahnen des demokratischen Systems zu integrieren"[268]. „Der Text von Rühle steht noch dort wie am ersten Tage", monierte Ausstellungskritiker Reber im April 1980 den Eingangstext für die Abteilung Mittelalter, in dem „eindeutig die Richtung vorgezeichnet" wurde[269]. Erst unter dem Stubenvoll-Nachfolger Rainer Koch, einem

[263] Main-Echo, Aschaffenburg, 8. November 1975.
[264] Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung, S. 113.
[265] Hochkeppel, Die Rolle der Neuen Linken in der Kulturindustrie.
[266] Schmidtke, Der Aufbruch der jungen Intelligenz, S. 288.
[267] Frankfurter Rundschau, 15. März 1977.
[268] Schmidtke, Der Aufbruch der jungen Intelligenz, S. 292.
[269] IfSG: S 2/7348. Reber an den Generaldirektor des Bayerischen Nationalmuseums, Herrn Dr. L. Kriss-Rettenbeck, 25. April 1980.

Schüler von Lothar Gall und FDP-Kommunalpolitiker, verschwanden nach und nach die alten Tafeln[270].

Das 1972 neu eröffnete Museum konnte jedenfalls nicht als einer der Schauplätze jener „Fundamentalliberalisierung" betrachtet werden, die sich nach verbreiteter Auffassung in der bundesdeutschen Gesellschaft der 1960er und 1970er Jahren im politischen, sozialen wie im kulturellen Bereich vollzog[271]. Eher müßte von einem schlecht und recht abgewehrten Versuch die Rede sein, den Marsch durch die Institutionen zu stoppen und eine städtische Kultureinrichtung nicht vollends der Roßkur einer geschichtspolitischen Fundamentalideologisierung zu unterwerfen[272]. Auch was das Demokratisierungspostulat anbetrifft, äußerten bereits Zeitgenossen erhebliche Zweifel, ob die Durchsetzung des neuen Museumskonzepts damit vereinbar war: „Wenn auf diese Art und Weise in undemokratischer Art bestimmte Leute ihre Ideen gegen die Bewohner der Stadt durchsetzen, wird eine ‚bessere Demokratisierung' nicht zu erreichen sein."[273] Es sei ein „schlechtes Zeichen für eine doch demokratisch verfaßte Stadt", meinte auch Doris Schmidt im Feuilleton der *Süddeutschen Zeitung*[274], wenn wie in Frankfurt „Indoktrination über Aufklärung" siege.

Hinzu kommt, daß die überzeugenden Grundbestandteile des neuen Museumskonzepts, wie sie im Baubuch B anfangs von sämtlichen Fraktionen des Stadtrats im Sinne einer „Kultur für alle" beschlossen worden waren, der Impulse neomarxistischer System- oder zumindest Bewußtseinsveränderer prinzipiell nicht bedurften, sondern sich wesentlich den schon Mitte der 1960er Jahre voll einsetzenden Diskursen um die deutsche Museumskrise verdankten. Die erste museumspädagogische Einrichtung war in der Bundesrepublik bereits 1965 auf Betreiben des Kulturdezernenten in Köln beim Außenreferat der städtischen Museen entstanden[275].

Insofern gehört die spätere Einschätzung des 68ers Detlef Hoffmann (aus dem Jahr 1994), wonach sich die Museumsreformer der frühen 1970er Jahre „vollständig durchgesetzt" hätten[276], in das große Reich der Selbstmystifizierung einer

[270] Frankfurter Rundschau, 27. Januar 2006.

[271] Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß.

[272] Vgl. auch die Kritik Petra Kipphoffs in der *Zeit*, 22. März 1974, daß in Frankfurt „Ideologie auf Kosten von Wissenschaft betrieben" werde. Man könne angesichts dieser Entwicklung von einer „neuen Museumskrise" sprechen.

[273] So äußerte sich Probst Dr. Trautwein nach einer Diskussion mit Kustos Hoffmann. Weg und Wahrheit, Nr. 5/1973 („Goebbels verläßt Museum – Marx auch?"). IfSG: Zeitungsausschnittsammlung zum Historischen Museum.

[274] Süddeutsche Zeitung, 8./9. November 1975. Im Gegensatz zum Frankfurter Museum sei das Amsterdamer Historische Museum, dem der Artikel in erster Linie gewidmet war, das „beste historische Museum der Welt".

[275] Weitere Einrichtungen ähnlicher Art folgten dann in den 1970er Jahren. Knöpfle, Im Zeichen der „Soziokultur", S. 142.

[276] Detlef Hoffmann, Drei Jahrzehnte Museumsentwicklung, S. 16. Dem Historischen Museum Frankfurt als dem „Pilotprojekt dieser Entwicklung" und dem Römisch-Germanischen Museum als seiner „formale[n] Konkurrenz" sei „aus der heutigen Ferne" betrachtet, „sehr viel mehr gemeinsam" gewesen, als sie trennte. Ebd., S. 14. Zu Hoffmanns Sicht aufschlußreich auch der Beitrag: Zur Entwicklung der Historischen Museen in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert. Anfragen an ein Museum. Gerd Kadelbach interviewt den Kustos des Historischen Museums Frankfurt, Detlef Hoffmann, in: Hessische Blätter für Volksbildung 27 (1977), Heft 1, S. 32–36.

einst rebellischen Generation. Das nach den Schlägen der Jahre 1967/68 sprunghaft steigende gesellschaftliche Reformfieber hat aber, dies ist ebenfalls unübersehbar, die Geschwindigkeit erhöht, in der sich die Museen – außerhalb Frankfurts nur bei geringerer Geräuschkulisse – vom Musentempel für wenige zu einem „Forum" oder „Markt"[277] für viele entwickelten. So konnte Jochen v. Uslar 1974 im *Deutschen Städtetag* mit gutem Grund konstatieren: „Museen im Aufwind."[278]

[277] Vgl. die Äußerung des hessischen Kultusministers v. Friedeburg, der bei der Eröffnung des Frankfurter Hauses sagte, das moderne Museum müsse „so etwas wie ein neues Rathaus, ein Forum, ein Markt sein, das ständig teilhabe am städtischen Leben". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Oktober 1972.

[278] Der Städtetag, 3/1974, S. 111; vgl. auch den Aufsatz von Franz-Heinz Köhler, Sind Wandlungen im Museumswesen feststellbar?, in: Der Städtetag, 11/1975, S. 610–613.

6. Vom Intendanten- zum Mitbestimmungstheater (1967 bis 1972)

Das Ende der Ära Buckwitz und der Fehlstart des Generalintendanten Ulrich Erfurth 1967/68

Nicht anders als an den Museen war auch an den bundesdeutschen Sprechtheatern der Wind des Wandels bereits zu verspüren, noch ehe im „heißen Sommer“[1] von 1968 die Außerparlamentarische Opposition ihren Siedepunkt erreichte. Bereits als Harry Buckwitz Anfang 1967 als Generalintendant am Frankfurter Schauspiel die Segel strich und seinen ein Jahr vor der Pensionierungsgrenze im Sommer 1968 auslaufenden Vertrag nicht mehr verlängerte, sahen kundige Theaterkritiker in dem Rücktritt ein Signal für den „bevorstehenden Generationswechsel in der Gruppe der Intendanten der großen Theater, in der eigentlichen Führungsgruppe also unseres Theatersystems“. Der Abgang von Buckwitz war angesichts der relativ geringen Summen, um die er mit dem Oberbürgermeister gestritten hatte, weit mehr als nur ein Zeichen dafür, „wie festgerannt die Theaterfinanzierung ist“[2]. Denn auch an anderen Bühnen von Rang, am Zürcher Schauspielhaus, am Münchner Residenztheater, am Staatstheater Stuttgart oder am Hamburger Thalia-Theater stand in den kommenden Jahren ein Wachwechsel an, in dessen Rahmen führende Impresari des Nachkriegstheaters abgelöst werden sollten.

Unter den Intendanten der 1950er und 1960er Jahre, so attestierte der renommierte Theaterkritiker Günther Rühle Buckwitz später zu dessen 80. Geburtstag 1984 in der *Frankfurter Allgemeinen*, sei er „einer der wenigen mit weiterwirkender Kraft“ gewesen. Trotz aller politischen Ambitionen habe Buckwitz nie als „Gesinnungsdirektor“ gelten können: „Er wollte kein Kampftheater, sondern ein Theater der anregenden und nachdenkenden Beispiele. Er wollte den zeitgenössischen Stoff, aber nicht als aktivistische, sondern als künstlerische Provokation“; und eben darin hätte sich Buckwitz vom Theater der 1970er Jahre mit seiner „Traditionszerstörung“ und „negativen Ästhetik“ doch sehr unterschieden[3]. Tatsächlich stand Buckwitz nicht nur für Brecht, sondern auch für klassisches Musiktheater, wie eine seiner späten Premieren im Mai 1966 noch einmal dokumentierte. So begab sich Buckwitz bei diesem „Freischütz“ nicht auf das Glatteis des in Düsseldorf und andernorts bereits praktizierten Experiments, aus der romantischen Volksoper Webers ein avantgardistisches Problemstück zu machen: „Das Publikum genoß den Abend in vollen Zügen: die vertraute Musik mit ihren tausend

[1] So der Titel des „68er“-Romans von Uwe Timm.
[2] Theater heute, März 1967, S. 34.
[3] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. März 1984.

Schönheiten, das bekannte Libretto mit seinen liebenswerten Schwächen […] gaben immer wieder Anlaß zu Beifallsstürmen“[4].

So abgeklärt und wohlwollend wie in Rühles Geburtstags-„Nachruf“ zum 80. nahm sich das Bild Buckwitz’ aber eineinhalb Jahrzehnte früher, im Augenblick seines angekündigten Rücktritts, noch nicht aus. Peter Iden sah im Fall Buckwitz geradezu ein Lehrbeispiel für die Gültigkeit der von Rühle immer wieder vertretenen „Theorie der inneren Lebendigkeit des Theaters“, nach der eine Intendantenära besser nicht länger als ein Jahrzehnt dauere: „Fünfzehn Jahre an einem Theater haben Buckwitz verbraucht, haben ihn die Verbindung zur Entwicklung des Theaters verlieren lassen, das Management hat seine künstlerischen Kräfte verschlissen: für den Theatermann Buckwitz und für das Theater tat Veränderung längst not. Daß sie nun […] eintreten wird, ist […] zu begrüßen.“[5] Auch die *Frankfurter Rundschau* fand, es habe im Laufe der Jahre manchen Anlaß gegeben, Spielplangestaltung und Personalpolitik Buckwitz’ zu tadeln und auch „seinen Zug zu Augenweide und großem Schaugepränge“. Dennoch würde seine Ära einmal „ein großes, bedeutendes Kapitel in Frankfurts Theatergeschichte bilden“. Karl Korn erinnerte in der *Frankfurter Allgemeinen* vor allem an die Leistungen des Generalintendanten für das Musiktheater; es habe Opernaufführungen in Frankfurt gegeben, „wie man sie in Paris oder New York mit Stolz vorweisen würde“[6].

In die durchwachsenen Würdigungen der Ära Buckwitz („reich an Höhepunkten“, schließlich aber „Ermüdungserscheinungen“[7]) mischten sich früh Bedenken, ob denn etwas Besseres nachkommen würde. Erich Lissner fragte in der *Frankfurter Rundschau* „besorgt […], wie der Mann aussehen wird, der einmal einen Harry Buckwitz ersetzen soll“. Die Aufgabe des Nachfolgers, pflichtete ihm Karl Korn bei, „wird nicht leicht sein. Die Stadt wäre schlecht beraten, wenn sie den bequemsten Mann kürte.“[8] Hintergrund derartiger Befürchtungen war zum einen der Umstand, daß bei den Sozial- und Freidemokraten im Römer „administrative Gesichtspunkte“ den Ausschlag für ihre Verhandlungen mit Buckwitz gegeben hatten[9]; und daß sich – schlimmer noch – die CDU-Fraktion rasch für einen Nachfolger mit Managerfunktion und -qualitäten ausgesprochen hatte, der nicht durch eigenes Regieführen das Ganze aus dem Auge zu verlieren drohe[10].

Zwar tauchte in den Personalspekulationen schon früh der Name des Vizedirektors des Wiener Burgtheaters, Ulrich Erfurth, auf. Doch die Aktivitäten des Oberbürgermeisters und der Intendantenfindungskommission gingen zunächst in

[4] So Willy Werner Göttig in der *Abendpost/Nachtausgabe* vom 28. Mai 1966, zit. nach dem Bestand IfSG: S 3/N 10.017. Vgl. auch die positive Kritik von Hermann Hessler in der *Frankfurter Rundschau* vom 28. Mai 1966.

[5] So Peter Iden in der *Stuttgarter Zeitung*, zit. nach der Presseschau „Buckwitz nachgerufen. Aus den Kommentaren zu seinem Rücktritt“, in: Theater heute, März 1967, S. 34.

[6] Presseschau „Buckwitz nachgerufen. Aus den Kommentaren zu seinem Rücktritt“, in: Theater heute, März 1967, S. 34. Zur Sicht von Buckwitz selbst vgl. seine Frankfurter Abschiedsrede vom 31. August 1968: Harry Buckwitz, Den lieb ich, der unmögliches begehrt, S. 77–79.

[7] So faßte das Urteil des HKB, 13. Mai 1967 (in dem Kommentar „Der Handschuh“) zusammen.

[8] Presseschau „Buckwitz nachgerufen. Aus den Kommentaren zu seinem Rücktritt“, in: Theater heute, März 1967, S. 34.

[9] So Erich Lissner in der *Frankfurter Rundschau*. Zit. nach ebd.

[10] Theater heute, März 1967, S. 35.

eine ganz andere Richtung[11]. Der erste Kandidat, mit dem gesprochen wurde, war der Generalintendant der Deutschen Oper am Rhein, Grischa Barfuß. Der 50jährige promovierte Theaterwissenschaftler mit jüdischen Wurzeln hatte das „Dritte Reich" zeitweilig im Versteck überlebt und sich seit Ende der 1940er Jahre anfangs als Kritiker und Feuilletonchef der *Westdeutschen Rundschau* einen Namen gemacht. 1953 war er auf die andere Seite der Bühne gewechselt und hatte in Wuppertal als Chefdramaturg, in Düsseldorf als Schauspieldirektor und dann wieder an der Wupper als Generalintendant gearbeitet, bis er 1964 in gleicher Position an das renommierte Düsseldorfer Haus zurückkehrte, um dort 22 Jahre lang zu bleiben. Barfuß verkörperte den Typus des Theaterprinzipals, der – ganz im Sinne der Frankfurter CDU-Forderung – keine eigenen Regieambitionen verfolgte und sich eher im Hintergrund der Repertoire- und Ensemblepflege widmete. Von der Zeitlosigkeit großer Kunst überzeugt, begegnete er „flüchtiger Moderne wie auch Tendenzen des Regietheaters" grundsätzlich mit Zurückhaltung[12].

Der zweite Kandidat, mit dem die Frankfurter verhandelten, nachdem sie von Barfuß eine Absage erhalten hatten[13], war von ganz anderem Profil als der Düsseldorfer Generalintendant: Egon Monk, 10 Jahre jünger als Barfuß und politisch von der Arbeiterbewegung geprägt, hatte nach 1946 als Assistent bei Brecht am Berliner Ensemble gearbeitet, dann als Hörspieldramaturg am Norddeutschen Rundfunk, wo er 1960 die Leitung der Hauptabteilung Fernsehspiel übernahm. Monk produzierte und inszenierte Fernsehspiele mit deutlichem Bezug zu Gegenwart und jüngster Vergangenheit, auch indem er die Modellinszenierungen des Berliner Ensembles zu TV-Filmen umarbeitete. Als aufschlußreich für Monks gesellschaftspolitische Position können die Umstände seines späteren Scheiterns als Generalintendant in Hamburg 1968 (nach nur 78 Tagen im Amt) gelten, für das der Theatermann „politische Drahtzieherei von rechts" verantwortlich machte[14].

Nicht Verhandlungen, aber doch „Orientierungsgespräche" wurden auch mit Kurt Hübner geführt, den Oberbürgermeister Brundert „unter dem Gesichtspunkt modernes Theater" in einer Reihe mit Monk sah[15]. Der 51jährige Hübner wirkte seit 1962 als Generalintendant in Bremen, hatte unter anderem mit Peter Zadek und Palitzsch zusammengearbeitet und das Theater der Hansestadt nach Überzeugung seiner Befürworter zur avanciertesten und mutigsten Bühne in der Bundesrepublik der 1960er Jahre gemacht. Hübners „Bremer Stil" des Konventionen bewußt in Frage stellenden, ja verletzenden Theaters war in Fachkreisen nach-

[11] Der Magistrat hatte im Februar 1967 beschlossen, die Stelle nicht auszuschreiben, aber diskrete Verhandlungen mit möglichen Kandidaten aufzunehmen. Vorzeitige Namensnennungen würden die Gespräche nur erschweren. IfSG: Kulturamt, Sig. 1.516. Niederschrift über die Sitzung der Theaterdeputation am 17. Februar 1967.

[12] So hieß es in einer vom Presseamt der Landeshauptstadt Düsseldorf am zehnten Todestag von Barfuß veröffentlichten Würdigung („Prinzipal mit Prinzipien") am 22. November 2005. www.duesseldorf.de/presse/pld/d2005, Stand 15. 1. 2007. Allerdings äußerte sich Barfuß später, als die Regisseure Stein und Peymann ein Haus mit Ensemble-Mitbestimmung suchten, mit den Worten: „Gebt ihnen doch ein Theater". Der Spiegel, 16. Februar 1970 (Nr. 8), S. 150.

[13] Vgl. den Bericht des Oberbürgermeisters im Magistrat. IfSG: Magistratsakten 3.521, Protokoll der Magistratssitzung vom 11. Mai 1967, S. 6; vgl. auch Frankfurter Neue Presse, 12. Mai 1967.

[14] Sucher, Theaterlexikon, S. 498.

[15] Frankfurter Neue Presse, 12. Mai 1967.

gerade zum Topos geworden[16]. Frankfurts Oberbürgermeister hielt Hübner zwar ebenfalls zugute, Avantgardist zu sein: „Aber ich kenne auch die Dinge, die sich für Frankfurt negativ auswirken könnten". Nicht nur die künstlerische Beurteilung gebe bei einer Intendantenwahl den Ausschlag, sondern auch die Autorität, die nötig sei, um gegebenenfalls „wirklich ordnend einzugreifen."

Wie schwer sich Frankfurts Stadtpolitiker, trotz Brunderts Kontakten aus seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Bühnenvereins, damit taten, einen Nachfolger für Buckwitz zu finden, blieb der Öffentlichkeit nicht lange verborgen. Die Orientierungsgespräche mit Hübner drangen rasch „bis in die Spitzen der Bremer Verwaltung"[17]. Ein „Staatsbesuch" Brunderts bei Barfuß in Düsseldorf löste in der Theaterwelt „schallende Heiterkeit" aus, da der im Rheinland sehr verwurzelte Intendant diese Ehrung nur „schlau zur Verbesserung seiner Verträge" an der Deutschen Oper nutzte. Und obendrein gehörte, wie ein Frankfurter Feuilletonist empört anmerkte, „schon viel Naivität dazu, solange noch auf Monk zu hoffen, wenn man doch wußte, daß Hamburg ihm das Schauspielhaus zu Füßen legen würde, das durch Gründgens groß geworden ist und unter Schuh ein beneidenswertes Ensemble beisammen hat."[18] Man war nicht einmal stutzig geworden, als Monk ein zweites Mal darum bat, die Verhandlungen auszusetzen, sondern hatte sich daran beglückt, daß dieser die potentielle Aufgabe in Frankfurt „als attraktiv und reizvoll" bezeichnete[19]. Brundert selbst räumte daraufhin offen sein Bedauern ein, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Barfuß „uns nun auch Herr Monk entwischt ist". Ein Monk als neuer Frankfurter Generalintendant wäre seines Erachtens „eine moderne und sehr zeitgemäße Lösung gewesen"[20].

Nachdem auch weitere Kandidaten aus der sogenannten „ersten Garnitur"[21], die ausdrücklich um Geheimhaltung ihrer Namen gebeten hatten, nicht nach Frankfurt kommen wollten, mußte der Magistrat auf einer Sondersitzung über einen Ausweg aus der verfahrenen Lage beraten[22]. Die Stadtregierung entschied sich, nicht zuletzt wegen des immer größer werdenden Zeitdrucks, gegen ein „Von-Vorne-Anfangen"[23] der Intendantenkommission und ermächtigte den Oberbürgermeister, Vertragsverhandlungen mit Erfurth in Wien aufzunehmen. In der vorhergehenden Gruppenberatung der SPD hatte es indes nur eine denkbar knappe Mehrheit für Erfurth gegeben. Und im Magistrat hatte sich ausgerechnet CDU-Bürgermeister Fay gegen den 57jährigen Erfurth und für den jüngeren Freiburger Kandidaten Hans-Reinhardt Müller (Jahrgang 1922) ausgesprochen, weil der Mittvierziger „für die Zukunft aufgrund seiner avantgardistischen Haltung

[16] Sucher, Theaterlexikon, S. 324. Vgl. auch die zum 90. Geburtstag Hübners erschienene Festschrift: Hübner, Von der Leidenschaft eines Theatermenschen.
[17] Frankfurter Neue Presse, 12. Mai 1967.
[18] So Helmut Castagne in der Frankfurter Neuen Presse, 12. Mai 1967.
[19] Frankfurter Rundschau, 12. Mai 1967.
[20] Frankfurter Neue Presse, 12. Mai 1967. Das Findungsgremium hatte Monk auf den ersten Platz der Vorschlagsliste, vor Erfurth und den Freiburger Intendanten Müller, gesetzt. IfSG: Magistratsakten 3.521, Niederschrift der Sitzung am 11. Mai 1967, S. 6.
[21] Frankfurter Rundschau, 12. Mai 1967.
[22] Vgl. hierzu IfSG: Magistratsakten 3.521, Niederschrift der Sitzung am 11. Mai 1967.
[23] Frankfurter Rundschau, 12. Mai 1967.

mehr" verspreche[24]. Brundert selbst machte der Presse gegenüber ebenfalls keinen Hehl daraus, nicht gerade vor Begeisterung für den Vizedirektor des Wiener Burgtheaters zu brennen. Im Sinne seiner eigenen, „sehr subjektiven Einschätzung", so Brundert, gehöre Erfurth nicht „in die Reihe junger frischer, moderner und avantgardistischer Theaterleute", wie sie Monk und Barfuß darstellten[25]. Auf die Frage, ob die Nominierung Erfurths „nur ein Interregnum in den Städtischen Bühnen" bedeute, versetzte der Oberbürgermeister vielsagend: „Das überlasse ich Ihrer Deutung. […] Wir sind in einer Situation, in der die ältere Generation abtritt und die jüngere noch nicht da ist."[26]

„Er ist kein Provinztheater-Mann", hatte Brundert zur Person Erfurth noch hinzugefügt, wie um das selbstbewußte Frankfurter Feuilleton zu beruhigen, das die Städtischen Bühnen stets in der Welt-, keinesfalls aber in der Regionalliga spielen sehen wollte. Erst kurz vor der Entscheidung für Erfurth hatte Brundert noch am Himmelfahrtstag ein Kommando der Frankfurter Theaterkritik „zu einer Privataudienz" empfangen. Dabei wurde ihm einmal mehr verdeutlicht, was er ohnehin längst wissen mußte: Daß sich die örtlichen Tageszeitungen „einmütig für ein kühnes, geistig orientiertes Theater"[27] aussprachen und alle anderen genannten Namen rundweg ablehnten[28]. Nicht nur zur Lokalpresse setzte sich der Magistrat mit seiner Entscheidung für Erfurth in scharfen Gegensatz, sondern darüber hinaus zu so gut wie „allen Kräften, die das Frankfurter Kulturleben tragen."[29] Denn die weniger an einem progressiven Intendanten Interessierten stießen sich zumindest daran, daß Erfurth als ein Mann des Sprechtheaters galt, der auf dem kostspieligen und komplizierten Gebiet der Oper Erfahrungen würde „noch erst sammeln" müssen[30]. Zudem wurde am Main aufmerksam registriert, wie bundesweit vom Streiflicht der *Süddeutschen Zeitung* bis zum WDR „das Staunen über die Entscheidung für Erfurth" anhielt[31] und wie selten Plädoyers waren, die „eine faire Chance für Professor Erfurth" forderten[32]. Es steht dahin, ob die Reaktionen anders ausgefallen wären, wenn damals schon eines klar gewesen wäre: Daß

[24] Was der CDU-Politiker nicht dazu sagte, war, daß Müller als ein „integrer, gebildeter, nobler Konservativer" galt, der eine (christliche) Vision vom Theater als moralische Anstalt verfolgte – ohne dabei allerdings stets der katholischen Amtskirche zu willfahren (Sucher, Theaterlexikon, S. 506). Fays Antrag im Magistrat, „heute eine Entscheidung für die Wahl von Herrn Müller" zu treffen, wurde mit zwölf zu fünf Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt, nachdem vor allem Brundert gegen den seines Erachtens zu provinziellen, zwar für Freiburg, aber eben nicht für Frankfurt passenden Müller gesprochen hatte. IfSG: Magistratsakten 3.521, Niederschrift der Sitzung am 11. Mai 1967, S. 10 (Zitate) u. S. 8.

[25] Frankfurter Rundschau, 12. Mai 1967.

[26] Frankfurter Neue Presse, 12. Mai 1967. Intern hatte Brundert argumentiert, daß man mit Erfurth „wahrscheinlich […] das geringste Risiko eingehe. Man werde kein Weltstadttheater bekommen […], aber bei positiver Deutung ein gutes großstädtisches Theater erwarten können". Er glaube auch, so der Oberbürgermeister, „daß Herr Erfurth bei den Bühnen wieder Ruhe schaffen werde, denn die gesamte Belegschaft habe sich für Erfurth ausgesprochen". IfSG: Magistratsakten 3.521, Niederschrift der Sitzung am 11. Mai 1967, S. 6.

[27] Frankfurter Neue Presse, 12. Mai 1967.

[28] Verärgert reagierte Brundert darauf, daß die Presse sich von seinen Aufklärungsbemühungen am Himmelfahrtstag gänzlich unbeeindruckt zeigte. IfSG: Magistratsakten 3.521, Niederschrift der Sitzung am 11. Mai 1967, S. 6.

[29] HKB, 13. Mai 1967.

[30] Ebd.

[31] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Mai 1967.

[32] Der Sonntag, Nr. 4, 28. Januar 1968.

Erfurth im folgenden Jahr tatsächlich, wie versprochen, als neuen Generalmusikdirektor für die Oper (in der Nachfolge Theodore Bloomfields) den vielumjubelten Christoph von Dohnányi vom WDR-Rundfunkorchester mit an den Main bringen würde[33].

Die öffentliche Begrüßung für Erfurth fiel jedenfalls derart unfreundlich aus, daß ein anderer als er es sich vielleicht noch einmal anders überlegt hätte. Nur – sein Vertrag mit der Wiener „Burg" lief im nächsten Sommer aus, und die Verlokkung war gar zu groß, seine allsommerliche Intendanz der Hersfelder Festspiele beibehalten und mit der Leitung der renommierten Städtischen Bühnen in Frankfurt verbinden zu können. Von daher und von einem optimistischen Gemüt rührten wohl Erfurths Fähigkeiten, die rasch hochschlagende Kritik an seiner Person wegzustecken. Wie „ein Keulenschlag", so kommentierte die *Neue Presse*, habe die Entscheidung des Magistrats getroffen, die Generalintendanz „dem netten Ulrich Erfurth anzuvertrauen", der bisher doch immer nur „der zweite Mann" gewesen sei: „Es ist eine Notlösung."[34] Aus Günther Rühles FAZ-Artikel „Erfurth?" klang es ganz ähnlich: „Was niemand, der sich außerhalb des Rathauses um das Frankfurter Theater sorgt, für möglich hielt (obwohl, wie sich zeigt, hier alles möglich ist)", sei mit dem Ruf an Erfurth geschehen: „Ein Routinier als Nachfolger für einen engagierten Mann […]? Ein Hansdampf in vielen Gassen in eine Position, die einen Mann mit einer klaren Vorstellung von künftigem Theater braucht? Einen Spieler statt eines Gestalters? Einen Nachgeber statt eines Herausforderers?"[35] Erfurth möge „alert und geschmeidig" sein, meinte auch die *Frankfurter Rundschau*, die „geprägte Physiognomie", die man für eine so exponierte Stellung voraussetzen müsse, scheine er aber „nicht recht eigentlich" zu haben[36].

Die *Rundschau* gab dem Sozialdemokraten Herbert Stettner, der später den ersten Streit um das Historische Museum auslösen sollte, wenige Wochen nach der Entscheidung des Magistrats auch die Gelegenheit zu einer polemischen Kurzbiographie des „Filmer[s] Erfurth". Dieser habe im Ausklang der Goebbels-Ära „einst das dümmliche Verwechslungs-Lustspiel ‚Erzieherin gesucht'" inszeniert, bei dem „Gutsherren-Edelmut und dampfende deutsche Scholle" ausgesprochen prächtig zur Geltung gekommen seien. Neben seinem Hang zum „Seelenkitsch" habe Erfurth mit dem Rühmann-Lustspiel „Keine Angst vor großen Tieren" (1953) auch seinen „Sinn für billigen Klamauk" bewiesen. 1956 dann sei der „Krähwinkler" und „emsige Kino-Konfektionär" Erfurth mit „Drei Birken auf der Heide" und „Heidemelodie" auf der untersten Stufe „kitschiger Volksbelustigung" angelangt. Obendrein habe er 1960 mit dem Kasernenhofschwank „Himmel, Amor und Zwirn" auch noch als erster den „neuen deutschen Barras […] wieder salonfähig zu machen" versucht und weitere Streifen „zur Popularisierung der bundesdeutschen Industriebosse"[37] mit Marika Rökk und Willy Millowitsch gedreht. Zu hoffen

[33] Im Magistrat hatte Brundert vorerst nur vertraulich über Erfurths Versprechen berichtet. IfSG: Magistratsakten 3.521, Niederschrift der Sitzung am 11. Mai 1967, S. 7, sowie Magistratsakten 3.521, Niederschrift der Sitzung am 5. Juni 1967, S. 4.
[34] Frankfurter Neue Presse, 12. Mai 1967.
[35] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Mai 1967.
[36] Frankfurter Rundschau, 12. Mai 1967.
[37] Gemeint war „Mein Mann, das Wirtschaftswunder" (1960) und „Der Hochtourist" (1961).

blieb laut Stettner nur, daß Erfurth seine Neigungen „fürs platte Amüsierkino mit Blut- und Boden-Effekt nicht auf die Buckwitz-Bühne“ übertrage[38].

Was Stettner in seiner „Würdigung“ des „Filmers“ Erfurth unterschlug, waren dessen Erfahrungen am Theater. Dort hatte der damals 22jährige in Wuppertal 1932 sein Regiedebut gegeben. Er war dann bereits 1935 von Gründgens nach Berlin geholt worden, wo er bis 1944 als Spielleiter am Preußischen Staatstheater – und eben auch als Filmregisseur bei der Terra und Ufa – wirkte. Nach 1945 inszenierte Erfurth bei Ida Ehre in den Hamburger Kammerspielen, um dann abermals Gründgens als Oberspielleiter ans Düsseldorfer Schauspiel sowie an das Deutsche Schauspielhaus Hamburg zu folgen. Dort hatte er es zum Schauspieldirektor und Stellvertreter Gründgens gebracht, bis er, als sein Meister die Hamburger Intendanz niederlegte, die Hansestadt verließ und schließlich an der „Burg“ in Wien landete[39]. Am renommierten Max-Reinhardt-Seminar der Wiener Universität für Musik und darstellende Kunst lehrte Erfurth als Professor.

Seine Idee vom Theater war gewiß „stets die Ablehnung von Experimenten, die Hochschätzung von prominenten Darstellern, die (ungehemmte) Freude an perfekter Abendunterhaltung“; doch dies schloß „anregende, aber eben nicht aggressive“ schwerere literarische Herausforderungen keineswegs aus: „Ein Theater für alle schwebte Erfurth vor, ein Morgensternsches ‚Warenhaus fürs kleine Glück‘.“[40] Selbst einige seiner Kritiker räumten ein, er sei „ein Regisseur von Rang“[41], ein „Kontakter nach allen Seiten“[42], den die Schauspieler auch wegen seines verbindlichen Naturells und seiner „lustigen Augen über dem Bocksbart“[43] liebten. Die Sympathisanten äußerten die Hoffnung, Erfurths organisatorische Erfahrungen, „die er von Meister Gründgens mitbringt“, würden die gegen ihn erhobenen Bedenken zerstreuen können[44]. Doch bereits die bald folgenden Premieren Erfurths bei den Hersfelder Festspielen Anfang Juli 1967, die von der Frankfurter Kritik in diesem Jahr mit Argusaugen beobachtet wurden, ließen die Keime der Hoffnung zu einem großen Teil wieder erfrieren und läuteten das Ende der gerade erst öffentlich proklamierten „Schonzeit“ für Erfurth ein[45].

Der künftige Frankfurter Generalintendant, so ironisierte Rainer Hartmann in der *Neuen Presse*, habe „herkulische Kräfte“; könne er es sich doch leisten, in der Hersfelder Stiftsruine gleich zwei so umfangreiche und schwierige Stücke wie Brechts „Mutter Courage“ und Shakespeares „Lear“ gleichzeitig zu inszenieren. So zeigte sich der Kritiker wenig verwundert, daß neben einer „unsäglichen Shakespeare-Simplifizierung“ nur ein „Volks-Brecht“ herausgekommen sei, der den „kritischen Charakter“ des Stückes verharmlose. Ob die Hilde Krahl[46] das Zeug

[38] Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1967.
[39] Vgl. die Vita Erfurths in der Frankfurter Rundschau, 12. Mai 1967.
[40] Nachruf von Sucher, zit. nach Sucher, Theaterlexikon, S. 147.
[41] So Castagne in der *Frankfurter Neuen Presse*, 12. Mai 1967.
[42] Frankfurter Rundschau, 4. Dezember 1968.
[43] Frankfurter Neue Presse, 26. August 1967.
[44] So Erich Lissner in der *Frankfurter Rundschau*, 12. Mai 1967.
[45] So war ein Kommentar der *Frankfurter Neuen Presse* vom 6. Juni 1967 überschrieben: „Lassen wir uns also überraschen“; auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (6. Juni 1967) gab sich in diesen Junitagen recht versöhnlich: „Er möge nun reüssieren …“
[46] Die 1917 geborene deutsch-österreichische Schauspielerin, bis 1960 an der Wiener Burg fest engagiert, war als freie Schauspielerin tätig. Vgl. auch Krahl, Ich bin fast immer angekommen.

zu einer großen Mutter Courage habe, könne man noch nicht einmal beurteilen, da es dazu jedenfalls „einer weit energischeren, in dieser Schauspielerin neue Züge aufdeckenden Regie“ bedurft hätte. Geradezu angeekelt fühlte sich Hartmann von „platten Überzeichnungen“ anderer Figuren wie etwa des Feldhauptmannes: „Da lacht das Volk in der Stiftsruine, und wenn Sonja Schwarz als Yvette Pottier ihren Song hinschaukelt und sich dabei so recht ordinär, ein saftiges Bein vorstreckend, rekelt, gibt es – warum nur, warum? – Extrabeifall.“[47]

Das Ungenügen der Frankfurter Feuilletonisten mit dem für sie allzu populistischen und zu wenig tiefgründigen Erfurth[48] erhielt weitere Nahrung durch erste Interviews und schließlich auch durch die offizielle Vorstellung des neuen Generalintendanten („braungebrannt, im nachtblauen Anzug mit dunkelblau-weißgepunkteter Krawatte“[49]) auf einer Pressekonferenz mit Oberbürgermeister und Kulturdezernenten. Erfurth beharrte mit geradezu provozierender Nonchalance darauf, „Theater für alle“ und nicht nur für die Theaterkritik machen zu wollen: „Von einem Stil, von einer Tendenz, von einer Richtung, die er einzuschlagen gedenke, sagte Erfurth nichts.“[50] Wenn bohrende Nachfragen nach seinem Konzept oder zumindest seinen Prioritäten kamen, wich Erfurth „alsbald immer ins Vage aus“[51], ja schlimmer noch – in den Augen seiner Gegner –, er zitierte Goethe in den Zeugenstand: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, und jeder geht zufrieden aus dem Haus“. Dieser Grundforderung habe er, so Erfurth, „eigentlich nichts mehr hinzuzufügen“[52].

Da man „für Zuschauer und Bevölkerung spiele“ – und mit deren Steuergeldern –, bevorzugte der neue Generalintendant einen, wie er es nannte, „ausgewogenen Spielplan“[53], der „das klassische Repertoire sehr und die Moderne enorm“[54] zu pflegen hätte. Erfurths Ankündigung, selbst vor der „politisch gefärbte[n] Dramatik“ nicht zurückschrecken zu wollen, wurde gleich dadurch wieder entwertet, daß er als „hervorragendes Instrument“ für dieses Genre lediglich „die Kammerspiele“ nannte[55]. Nicht einmal als der Impresario auf die Brecht-Tradition der Frankfurter Bühnen verwies, die es fortzusetzen gelte, konnte er es seinen Kritikern recht machen: Frankfurt sei nach Buckwitz „brecht-müde“, so mußte er sich sagen lassen. Brecht brauche in Frankfurt jetzt Schonzeit[56], und man wolle statt dessen „zu neuen Ufern streben“[57]. Das Image Erfurths als eine Art janusköpfigen Wesens des „Allen wohl und niemand wehe“[58] war so festgefügt, daß er selbst mit innovativen

[47] „Volksbrecht à la Erfurth“. Frankfurter Neue Presse, 5. Juli 1967.
[48] Typisch für diese Einschätzung ein FR-Kommentar: „Eine geistige Konzeption, auf Grund deren er Theater spielen will, hat der neue Mann nicht.“ Frankfurter Rundschau, 26. August 1967.
[49] Frankfurter Rundschau, 26. August 1967.
[50] Ebd., 4. Dezember 1968.
[51] Frankfurter Neue Presse, 26. August 1967. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. August 1967 („Vorstellung“) und Frankfurter Neue Presse, 9. August 1967.
[52] Frankfurter Neue Presse, 9. August 1967.
[53] Ebd.
[54] So Erfurth im Gespräch mit dem Wiener Korrespondenten der Frankfurter Rundschau, 16. Mai 1967.
[55] Ebd.
[56] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. August 1967.
[57] Frankfurter Neue Presse, 26. August 1967.
[58] Frankfurter Rundschau, 4. Dezember 1968. Man hätte gewünscht, so lautete ein Kommentar zu Erfurths erster Pressekonferenz, er hätte öfter einmal nein gesagt und nicht nur auf die Frage,

Vorschlägen erstaunlich wenig Resonanz fand, so etwa, als er tschechische, polnische und rumänische Autoren ins Gespräch brachte, weil in deren Ländern „wesentlich moderner" gespielt werde als auf den westdeutschen Bühnen, wo „Sattheit, Saturiertheit, Konservativismus" herrschten und zu wenig experimentiert werde[59].

Erfurth trug andererseits bei den ersten Pressegesprächen nach Kräften selbst dazu bei, die gegen ihn bestehenden (Vor-)Urteile zu bestätigen, ja zu vertiefen. Auf den Vorwurf angesprochen, ein „Hansdampf in vielen Gassen" zu sein, wollte der neue Generalintendant die Formulierung als ein Lob verstanden wissen: „Ich bin ja so glücklich, daß das mal jemand schreibt. Man kann ja gar nicht vielseitig genug sich herumtummeln". Zwar räumte er ein, auch schlechte Filme gemacht zu haben, bereuen aber wollte er davon keinen, „wenn auch mancher nicht unbedingt nötig gewesen" sei. Die massiven Attacken in der Öffentlichkeit grenzten laut Erfurth zwar an „Pamphletismus" und „Unfairneß", doch auch solches müsse man im „knallharten" Theaterberuf, der „kurz vor Boxen" käme, einfach durchstehen, ja daran „sogar Spaß haben": „Ich muß sagen, ich fühle mich immer dann am wohlsten, wenn ich ganz unten bin, wenn ich weiß, tiefer kann's gar nicht gehen, […] obwohl ich, wenn ich oben bin, auch sehr glücklich bin." „Oben und unten glücklich" lautete daraufhin süffisant die Schlagzeile der *Neuen Presse* zu ihrem Gespräch mit dem künftigen Intendanten[60].

Der städtische Magistrat mußte sich wegen seiner Personalentscheidung für ein derart heiteres Gemüt wie Erfurth sogar an die bitteren Wort erinnern lassen, die der legendäre Impresario Heinz Hilpert 1947 formuliert hatte, als er auf die Generalintendanz am Main dankend verzichtete: „Die Frankfurter sind Schoppentrinker und Spießbürger." Der Verdacht jedenfalls, daß Erfurth „ein möglichst großzügiges Konsumtheater"[61] „für die städtischen Körperschaften" spielen, nicht aber Theater „für das aufgeschlossene, zu jedem Wagnis bereite Frankfurt"[62] machen solle, war insofern nicht ganz abwegig, als der Oberbürgermeister in seiner Begründung des Beschlusses auffallend häufig der Erwartung Ausdruck gab, der neue Generalintendant werde sich „anpassen" und die Richtlinien der Stadtpolitiker „akzeptieren"[63]. Auch die starke Betonung der umfangreichen beruflichen Erfahrungen Erfurths, der die besonders schwierige Situation infolge des „abrupten Schritt[es]" von Buckwitz viel eher meistern könne als irgendein Jüngerer[64], sprach für den Versuch der Kommunalpolitik, sich einen Verwalter des Übergangs an den Städtischen Bühnen zu engagieren, einen, der leichter zu steuern sein würde als ein künstlerisch extrem ambitionierter Brausekopf in spätjugendlicher Sturm- und Drangphase.

Das Konzept des Magistrats, das den Ensemble-Gedanken zu stärken und die Zahl der (teuren !) Gastspiele zu verringern vorsah[65], entsprach voll den Überzeu-

ob denn auch die „Czardasfürstin" oder ähnlich überlebte Operetten zu erwarten seien. Frankfurter Rundschau, 26. August 1967.

59 Frankfurter Neue Presse, 9. August 1967; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. August 1967.

60 Frankfurter Neue Presse, 9. August 1967.

61 So Castagne im HKB, 13. Mai 1967.

62 Frankfurter Neue Presse, 12. Mai 1967.

63 Ebd.

64 Ebd.

65 Frankfurter Rundschau, 12. Mai 1967.

gungen Erfurths: Die „Schwarzmarktzeit“ des Schauspielberufes sei vorüber, viele sehnten sich jetzt „nach der festen Bindung an ein Ensemble“; überdies seien die Häuser bislang in ihrer Großzügigkeit bei Film- und Fernsehurlaub für die Mitarbeiter zu weit gegangen[66]. Den schon unmittelbar nach Buckwitz' Kündigung im Stadtrat angestellten Überlegungen, die Generalintendanz eher einem Manager als einem Künstler anzuvertrauen, kam Erfurth auch dadurch entgegen, daß er ankündigte, nicht oder kaum selbst Regie zu führen. Seine diesbezüglichen Bedürfnisse seien „absolut befriedigt“; ein Intendant mit so umfassenden Aufgaben wie in Frankfurt habe „einfach von früh bis morgens im Haus zu sein“[67]. Und nicht zuletzt akzeptierte Erfurth den von Buckwitz zum Scheidungsgrund stilisierten Finanzrahmen von 16,3 Millionen DM; ja er ging in puncto Sparsamkeit sogar mit gutem Beispiel voran, verzichtete auf den ihm zustehenden Dienstwagen und wohnte bescheiden im Gästetrakt im Ostflügel des Schauspielhauses[68].

Anfang September 1968 versprach Erfurth bei seiner Amtseinführung den Mitgliedern der Städtischen Bühnen ein Theater, „das ihnen die zum Leben notwendige Freude“ mache. Er wolle ein „ehrliches Theater“, dessen vordringliche Aufgabe es sei, sich der Jugend anzunehmen. Er wisse, daß ihre Unruhe und ihre Unzufriedenheit zu einem Teil dadurch entstanden sei, daß die ältere Generation die jüngere zu lange allein gelassen habe; aber „unorganische und störende Einflüsse von außen“, so Erfurth mit Stoßrichtung gegen den radikalen Teil der 68er-Bewegung, gingen „bitte nur über meine Leiche“[69]. Im Duktus der Ansprache spiegelten sich die menschlichen Stärken wie die analytischen Schwächen des neuen Generalintendanten gleichermaßen: Denn die Unruhe der Jungen, deren Revolte auch in Frankfurt innerhalb und außerhalb des Theaters eben erst ihren Zenit erreicht hatte, war mit derart altväterlichen Tönen kaum zu mildern. Prognostische Kraft sollte allein Erfurths Bemerkung über seine „Leiche“ zukommen. Denn es war vom ersten Tag seiner Amtszeit an sehr die Frage, ob Erfurth in der Lage sein würde, mit einem konditionierten Mandat des Magistrats und gegen eine weitgehend geschlossene Phalanx der veröffentlichten Meinung in Frankfurt zu reüssieren.

Folgen von 1968? Autoritätskrise des Generalintendanten und Mitbestimmungsdebatten am bundesdeutschen Theater

Die Frankfurter Stadtväter standen mit ihren Schwierigkeiten, die Führungsfrage an den Städtischen Bühnen zu lösen, damals nicht allein. Im November 1966, wenige Wochen bevor Buckwitz aufgab, hatte Arno Assmann[70], Generalintendant in Köln – wie vor ihm schon Oscar Fritz Schuh[71] – resigniert: „Auf

[66] Frankfurter Neue Presse, 26. August 1967.
[67] Frankfurter Rundschau, 16. Mai 1967.
[68] Ebd., 29. Mai 1967; Frankfurter Neue Presse, 11. September 1968.
[69] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. September 1968.
[70] Der 1908 in Breslau geborene Assmann war nach einer Karriere als Schauspieler und Regisseur 1959 am Münchner Gärtnerplatztheater in das Intendantenamt gewechselt. 1964 hatte er an den Städtischen Bühnen in Köln die Nachfolge Schuhs angetreten.
[71] Schuh, 1904 in München geboren, hatte zuletzt 1963 in Hamburg das Erbe von Gustav Gründgens angetreten. Auch dort schied er zum Ende der Spielzeit 1967/68 vorzeitig aus seinem Vertrag aus.

diesen Stuhl", so begründete Assmann, „gehört ein Manager. Der Alltagsärger um fehlendes Personal und technische Mängel geht durch die dünne Haut eines Künstlers."[72] Allmählich verunsichert vom „Schrumpfen des kulturfrommen Bildungsbürgertums" und der Konkurrenz des Fernsehens, von knapper werdenden Geldern und wachsenden administrativen Belastungen geplagt und „selbst angenagt vom Zweifel an der zeitlosen Gültigkeit ihrer Mission"[73], waren die Theaterleiter schon in der Zeit vor 1968 in eine Krise ihres Selbstverständnisses geraten[74]. Weit entfernt schienen jetzt die halkyonischen Jahre, als ein bundesdeutsches Arbeitsgericht (1955) die Tätigkeit des Intendanten mit den Worten beschrieben hatte: Er sei „Träger der obersten Befehlsgewalt", führe das Theater „in eigener Verantwortung", sei als künstlerischer Leiter „konkreter Prinzipal" und „nicht den Anweisungen einer anderen Stelle unterworfen", da er andernfalls auch „nicht die Verantwortung tragen könnte."[75] Fast erinnerte diese, den Intendanten-Mustervertrag von 1949 bestätigende[76] Berufsbeschreibung noch ein wenig an die Formulierung des Burgtheater-Direktors Heinrich Laube, der im idealen Intendanten Mitte des 19. Jahrhunderts einen „gemäßigten Despoten" sah[77] – ein Begriff, den Heinz Hilpert dann in die modernere Form vom „aufgeklärten Despoten" gekleidet hatte.

Das „Intendantenkarussell" um 1967/68, als allein 17 neue Intendanten ins Amt kamen, hatte ein wachsendes Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit der Kunst und der Abhängigkeit der Künstler deutlich werden lassen. Denn das für die Theater in letzter Instanz zuständige Kulturdezernat bildete eine Art „bürokratische Nebenregierung, die je nach Kräfteverhältnis zur Hauptregierung werden" konnte. Gerade die Wählbarkeit des Intendanten ließ „der Lokalpolitik verführerischen Spielraum"[78]. Andererseits hatten sich in einem der spektakulärsten Konflikte, als Stuttgarter CDU-Stadträte wegen eines einseitig progressiv-gesellschaftskritischen Spielplans die sofortige Abberufung des neuen Schauspieldirektors Peter Palitzsch forderten[79], Anfang 1968 eine Mehrheit der Stadtväter, die CDU-geführte Landesregierung sowie sämtliche Stuttgarter Theaterkritiker gegen einen derartigen Eingriff in die künstlerische Freiheit ausgesprochen. Die aus städtischen CDU-Kreisen gestellte Frage nach dem „Mitspracherecht gewählter Volksvertreter" in der Spielplangestaltung eines von der Bevölkerung Baden-Württembergs bezahlten Theaters war damit abschlägig beantwortet. „Theater als demokratische Anstalt", so plädierte etwa Hans-Walther Deppisch, Intendant der Landesbühne Schleswig-Holstein, müsse den Mut behalten dürfen, sich auch zu herrschenden

[72] Daiber, Deutsches Theater, S. 278.
[73] Ebd., S. 281.
[74] Als charakteristisches Beispiel für die einsetzende Diskussion genannt sei der Aufsatz von Friedrich Luft: Intendanten – die letzten Fürsten. Glanz und Elend eines Berufsstandes, in: Volksbühnen-Spiegel, 7/1965, S. 2ff. In einer „demokratisierten Gesellschaft", so hieß es dort, gehöre der Intendant „zu den letzten Autokraten der Epoche". Ebd.
[75] Daiber, Deutsches Theater, S. 276.
[76] Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 127.
[77] Daiber, Deutsches Theater, S. 276f.
[78] Ebd., S. 276 (Zitat), S. 278.
[79] Palitzsch sei, so hieß es, nicht in der Lage oder nicht gewillt, „ein kulturelles Allroundprogramm zu erfüllen". Theater heute, Februar 1968, S. 1.

Meinungen in Gegensatz zu setzen; schließlich sei Toleranz ein „entscheidendes Merkmal demokratischer Denkweise“[80].

Dennoch stellte sich parallel zur Studentenbewegung, die in diesen Monaten auf einen Höhepunkt zusteuerte, das Thema Demokratie und Theater bald noch in ganz anderer, drängenderer Weise. Denn mit dem „ihm eigenen Novitätenehrgeiz“ sprang das Theater „auf die fahrende Dampfwalze der Politisierung“. Angeregt durch das französische Beispiel, wo im Mai 1968 in Paris die großen Theater besetzt worden waren, versuchte die bundesdeutsche Protestbewegung auch die Schauspielhäuser als „Tribunale“ zu nutzen[81]. Neben Frankfurt am Main rückten vor allem Berlin und München in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, aber auch an vielen kleineren Provinztheatern unterzeichneten Mitglieder des Ensembles Resolutionen gegen die Notstandsgesetze oder wurden in eine laufende Aufführung „Notstandsdebatten“ eingebaut[82]. Die Intendanten spielten dabei wechselnde Rollen. Manche beteiligten sich an „wohlorganisierten Protesten“, andere versuchten, „impulsivere Demonstrationen, die Obrigkeitsverbote in den Wind schlugen“, mit Rücksicht auch auf das Publikum und die künstlerische Geschlossenheit einer Inszenierung zu unterbinden[83]. Nicht nur am Nationaltheater Mannheim, wo jugendliche Protestler per Flugblatt die Besucher eines Brecht-Stückes beschimpften – „Brecht: das bedeutet Perlen vor die Säue. Die Säue seid Ihr, die Ihr heute die Aufführung verlaßt und Euch nicht sofort in die Front der aktiven Gegner der Notstandsgesetze einreiht“ – , bezog der Intendant Gegenposition: „Unwissenheit, Arroganz, gepaart mit schlechtem Benehmen, sind keine Argumente, mit denen man demokratischer sein könnte als die Demokratie.“[84]

Offensichtlich von der teilweise recht kritischen Haltung der Intendanten gegenüber der 68er-Bewegung beeinflußt, aber wohl mehr noch von eigenen ernüchternden Erfahrungen mit dem Theateralltag, veröffentlichten die zwei jungen Schauspieler Barbara Sichtermann und Jens Johler im April 1968 in *Theater heute* einen programmatischen Aufsatz „Über den autoritären Geist des deutschen Theaters“. Die beiden 1943 bzw. 1944 geborenen Autoren spielten bis 1968 an den Städtischen Bühnen in Dortmund, um dann nach Berlin zu gehen und neben einem Studium (der Sozialwissenschaften bzw. Volkswirtschaftslehre) „die Welt zu verändern“ und „die Revolution zu machen“[85]. Auch in ihrem Beitrag für *Theater heute* war, wie die Redaktion anmerkte, „die gleiche Unruhe spürbar wie in den Reform- (oder Revolutions?-)Vorschlägen der Studenten“[86].

Sichtermann und Johler gingen von „einer Kritik der Gesellschaftsstruktur der BRD“ aus. Die Unfähigkeit der krisengeschüttelten Theater, „sich nach außen hin wirksam zu artikulieren“, resultiere nicht daraus, „daß der Mann an der Spitze den

[80] Die deutsche Bühne, Januar 1968, S. 3.
[81] Ebd., Juni 1968, S. 103. Zu den Vorgängen um das Pariser Theater Odéon Gilcher-Holtey, Die Phantasie, v. a. S. 432–445.
[82] Theater heute, Juli 1968, S. 1–3; Die deutsche Bühne, Juli/August 1968, S. 138–140.
[83] Die deutsche Bühne, Juni 1968, S. 103.
[84] Ebd., Juli/August 1968, S. 140.
[85] So heißt es im Klappentext zur dtv-Ausgabe des stark autobiographischen Romans von Jens Johler, Der Falsche. Kurzbiographien beider Autoren in: Gilcher-Holtey/Kraus/Schößler, Politisches Theater nach 1968, S. 23f.
[86] Theater heute, April 1968, S. 2.

Leuten außerhalb des Theaters nichts mehr zu sagen" habe, sondern aus dem Umstand, „daß die Leute innerhalb des Theaters nichts zu sagen haben: Wie kann das Theater Diskussionspartner der Gesellschaft sein, wenn die Diskussion innerhalb jener Gesellschaft, die das Theater selbst ist, nicht stattfindet?". Selbst ein genialer Intendant, so die Argumentation, könne nicht ersetzen, was das Theater brauche, um lebendige, interessante Produkte hervorzubringen: „den Dialog der am Arbeitsprozeß Beteiligten, d. h. die fruchtbare Auseinandersetzung der künstlerischen Mitglieder untereinander." Zwar werde das hierarchisch strukturierte, undemokratisch regierte und im Kern noch feudalistische Theater von den meisten Schauspielern „genüßlich […] akzeptiert" und „die Notwendigkeit zu buckeln, zu kriechen und zu heucheln" von ihnen in masochistischer Weise „in ihr vermeintliches Bohème-Los" aufgenommen[87]; doch es gehe nicht um das persönliche Wohlbefinden der am Theater Arbeitenden, „sondern darum, daß das Theater seinen Anschluß an die Zeit gewinnt". Die von allen so hochgehaltene Idee des Ensembles sei nur umsetzbar, „wenn jedes Mitglied für das gesamte Institut gleichermaßen verantwortlich ist"[88].

„Wir schlagen daher", so die Conclusio der beiden Schauspieler, „die Demokratisierung der bundesdeutschen Theater vor." Das Theater müsse (erstens) kollektiv geleitet werden, das Ensemble müsse (zweitens) regelmäßig zu Versammlungen zusammentreten und Beschlüsse fassen, aus seiner Mitte auch die kollektive Leitung (ab-)wählen, bei Neueinstellungen und Entlassungen sowie bei Spielplangestaltung und Rollenbesetzung mitbestimmen können; drittens schließlich seien der „Trend zur kollektiven Regie" zu fördern und „Einheitsverträge einzuführen", wobei die Gagen lediglich nach sozialen Gegebenheiten gestaffelt werden sollten, um eine „demokratische Basis" für die Theaterarbeit entstehen zu lassen[89].

Wie um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, hatte die Redaktion daneben eine Art Gedicht veröffentlicht, die sogenannte „Intendantenbeschimpfung […] Sehr frei nach Peter Handke und Werner Berg": Einige der bemerkenswertesten Passagen aus dem Schriftstück seien im folgenden zitiert:

„O Intendant
du Priester auf der Kanzel des Theaters
du Schatzmeister unsrer Kulturgüter
du Stütze zivilisierter Gesellschaft
Eckpfeiler unsres geistigen Lebens
[…]
Ihr Lehrer die Ihr Euch abmüht im Geschichtsunterricht mit verwestem Absolutismus
führt eure Schüler in Thaliens Tempel
ein jedes Theater hat seinen Nero
jede Bühne hat ihren Gottkaiser Cäsar
[…]
Ihr Dutschkes die ihr nach einer Neuordnung
der Gesellschaft schreit

[87] Neben dem masochistischen Erklärungsansatz verwiesen die Autoren aber auch auf den ganz menschlichen Aspekt, daß es den Schauspielern um die dringend benötigte Sympathie von Seiten ihrer direkten Vorgesetzten gehe, welche schließlich darüber zu entscheiden hätten, ob und wie die Schauspieler künftig eingesetzt würden.
[88] Theater heute, April 1968, S. 2, 4.
[89] Ebd.

kennt ihr die Intendantensoziologie
sie teilt die Lebendigen ein in drei Klassen
in Menschen Kritiker Abonnenten
[…]
Holt die Großgrundbesitzer aus den
Südstaaten die den verblichenen Sklaven-
märkten nachtrauern
laßt sie dabei sein
wenn der Chef junge Schauspieler
vorsprechen läßt
die er engagiert
oder nicht
[…]
O Intendant
Raubritter im Tempel der Musen
Zuhälter im Hausvaterrock
Verächter des Publikums
Speichellecker der Kritiker […]“[90]

Dieser Generalangriff auf die Sozialfigur des Intendanten, der „den Beginn heftiger Debatten um Organisationsform und künstlerische Arbeitsweise des öffentlichen Theaters“ markierte[91], wurde im April 1968 in *Theater heute* geritten. Und dies war im Hinblick auf das Profil der Zeitschrift kein Zufall. Henning Rischbieter, der das jüngste der maßgeblichen deutschen Theatermagazine für alle Sparten 1960 zusammen mit dem Verleger Erhard Friedrich gegründet hatte, galt als „linksliberaler Sozialdemokrat“[92]. Credo seiner unabhängigen, von den Lesern finanzierten Zeitschrift war es, sich „kritisch zu ihrem Gegenstand“ zu verhalten[93]. Dies trug ihr auf der einen Seite rasch das überschwengliche Lob ein, die „beste Theaterzeitschrift der Welt“ zu sein, in konservativeren Kreisen schuf es ihr aber auch Gegner. So protestierten Schauspieler an einer der führenden deutschen Bühnen gegen die Berufung eines für ihren Geschmack zu fortschrittlichen Chefs mit der Begründung: „Wir wollen hier kein ‚Theater heute‘-Theater.“[94]

Rischbieter bot nicht nur jungen Rebellen ein Forum, „die syndikalistischen und radikal demokratischen Zielvorstellungen der Neuen Linken aufs Theater“ zu übertragen[95]; er eröffnete auch ihren unterschiedlichsten Widersachern die Chance zur Replik. Das waren zunächst Hans Lietzau und Ernst Wendt, Oberspielleiter des Bayerischen Staatsschauspiels der eine, Chefdramaturg der andere. Beide teilten zwar die Kritik am Zustand der öffentlich subventionierten deutschen Theater, die meist „für ein ihnen letzten Endes ‚aufgezwunges‘ Publikum“ spielten, „das zu verstören sie sich nicht leisten können, weil sie sonst […] ihr ‚Einnahmesoll‘ nicht erfüllen würden“. Sie setzten aber doch ganz bürgerlich-liberal auf einzelne Individuen, die dem Theater zumindest gelegentlich Ergebnisse abtrotzen könnten, die sich „als Widerhaken erweisen innerhalb des Systems und

[90] Theater heute, April 1968, S. 4.
[91] So Dorothea Kraus in: Gilcher-Holtey, Politisches Theater, S. 27.
[92] Kurzenberger, Theaterkollektive, S. 158.
[93] Vgl. Siegfried Melchingers Beitrag „das 100. Heft“ in Theater heute, Dezember 1968, S. 13.
[94] Ebd., S. 12.
[95] So hieß es in einem redaktionellen Vermerk zu dem Beitrag von Sichtermann und Johler in: Theater heute, Mai 1968, S. 1.

gegen das etablierte Einverständnis des Theaters mit einer restaurativen Gesellschaft“[96].

Lietzau (Jahrgang 1913) und Wendt (Jahrgang 1937), der an der Gründung von *Theater heute* mit beteiligt gewesen war, sprachen für eine – unterschiedlich alte – skeptische Generation. Ihr Ausgangspunkt war die Einsicht, daß „auch den Theatermachern, und nicht nur der Neuen Linken, die revolutionäre Basis“ fehle, was auch allen, „außer der Linken, offen zutage“ liege[97]. Die Demokratisierung des Theaters war für Lietzau und Wendt nicht schon mit der Aufhebung der „derzeitigen Herrschaftsverhältnisse“ erreicht: „Die Utopie kann doch nicht innerbetrieblich sich abspielen: das Theater in eine Kommune zu verwandeln, wie unsre revolutionären Freunde das vorschlagen – wäre es nicht nur eine Form romantischen Rückzugs auf sich selbst?“ Die Neue Linke hatte in dieser Perspektive „keinen ihr eigenen künstlerischen Ausdruck formuliert“, ja sie traf sich darin sogar „mit der spießigen Kunstignoranz des Nationalsozialismus“. Lietzau und Wendt plädierten demgegenüber für die realistische Konzentration auf „das Mögliche“: den immer wieder neu zu überprüfenden „revolutionären Einsatz der uns zuhandenen ästhetischen Mittel.“[98]

Hatten die Münchner Theatermacher die jungen Dortmunder Schauspieler von „rechts“, d. h. von der linken Mitte her kritisiert, so formulierten Hansjörg Utzerath (Intendant, Jahrgang 1926) und Martin Wiebel (Dramaturg an der Freien Volksbühne Westberlin, Jahrgang 1943) eine noch radikaler linke Position. Sie bescheinigten Sichtermann und Johler, das Theater-Establishment „nur mit Streifschüssen“ attackiert zu haben. Ihr Beitrag habe im Kern bloß „privat-emotionalen“ Charakter getragen und sei weit hinter den wirklichen, viel gründlicheren antikapitalistischen APO-Konzepten eines Dutschke oder Bernd Rabehl[99] zurückgeblieben. Solange Theaterkunst von der „Erfüllung eines Einnahmesolls“ abhänge, sei sie „in Not“. Erst wenn „grundlegende Veränderungen an der gesellschaftlich-ökonomischen Basis“ stattgefunden hätten, sei jene Theaterarbeit möglich, „die eine Demokratisierung auch im Innerbetrieblichen denkbar werden“ lasse[100].

Besonders interessant war die Mittelposition, die Horst Klaußnitzer als Vertreter des Gewerkschaftsorgans „Die Bühnengenossenschaft“ in der Debatte einnahm. Klaußnitzer hielt zwar wenig „von einem revolutionären Umsturz“, aber er plädierte doch vehement für eine „stufenweise Demokratisierung“. Ausgehend von einem stärkeren „Mitspracherecht“ sollte „echte Teamarbeit“ entwickelt werden. Der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) ging es also um evolutionäre Veränderungen innerhalb der bestehenden Theaterstrukturen, nicht aber – wie Sichtermann und Johler – um eine „künstlerische und betriebliche *Eigenverantwortung* aller Mitarbeiter“[101]. Dabei versuchten Klaußnitzer und

[96] Theater heute, Mai 1968, S. 1f.
[97] Ebd., Mai 1968, S. 3.
[98] Ebd., S. 1, 3.
[99] Der 1938 geborene Rabehl gehörte zu den prominentesten Bundesvorstandsmitgliedern des SDS, dem der Soziologiestudent 1965 beigetreten war.
[100] Theater heute, Juni 1968, S. 2f.
[101] Hervorhebung im Original. Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 130.

andere GDBA-Sprecher jetzt und in der Folgezeit „fast toposartig" die Vorreiterfunktion der Gewerkschaften in der Mitbestimmungsfrage zu beschwören[102]. Immerhin hatten schon die Delegierten auf dem Genossenschaftstag in Frankfurt 1966 ein „Mitspracherecht" am Theater gefordert; und im Jahr darauf war das Thema auch auf dem Solistentag in Recklinghausen diskutiert worden. Allerdings war daraus keine konkrete Initiative hervorgegangen. Erst drei Jahre (!) nach der Vorlage des Entwurfs eines Mitbestimmungsmodells durch den Deutschen Bühnenverein als Arbeitgeberorganisation im Januar 1970[103] sah sich die Gewerkschaft 1973 veranlaßt, ihrerseits eine „Rahmenempfehlung zur Mitbestimmung" an den Theatern abzugeben[104].

Diese – prima vista überraschende – „mangelnde Handlungsbereitschaft" der GDBA hatte wesentlich damit zu tun, daß die öffentlichen Theater als Non-Profit-Organisationen „aus der eigentlichen gewerkschaftlichen Zielrichtung herausfielen"[105]. Schon § 81 des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 hatte Mitbestimmung in sogenannten „Tendenzbetrieben" mit künstlerischer, wissenschaftlicher oder konfessioneller Prägung ausgeschlossen[106]. Der Betriebsrat eines Theaters war demnach an Entscheidungen über Neueinstellungen, Kündigungen oder Nichtverlängerungsmitteilungen unbeteiligt. Zwar zielte der emanzipatorische Gestaltungsanspruch der Gewerkschaften seit den 1960er Jahren über ökonomische Fragen hinaus zunehmend auf „universale Demokratisierung"[107] möglichst vieler gesellschaftlicher Bereiche. Je mehr die „Demokratisierung" aber tatsächlich zu einer „gesamtgesellschaftlichen Leitvorstellung" wurde, desto stärker konzentrierte sich der DGB wieder auf seine ursprünglichen Ziele im Raum der wirtschaftlichen Mitbestimmung[108].

Der Geschäftsführende Präsident der GDBA, Heinrich Wüllner, begründete 1969 den Verzicht auf einen eigenen Modellentwurf zur Mitbestimmung am Theater ausdrücklich damit, daß die Initiative hier bei der Arbeitgeberseite liege. Ohne auf die aktuellen Forderungen vor allem von Schauspielern nach selbstverantwortlicher und eigenständiger künstlerischer Arbeit einzugehen, beschränkte sich die GDBA ganz darauf, für die Versorgungsansprüche von Bühnenbeschäftigten und eine Stärkung der etablierten Personalvertretung einzutreten – Aufgaben, wie sie gemäß § 18 des Normalvertrages vom Bühnengenossenschaftsobmann bereits wahrgenommen wurden[109]. Ein radikaleres Reformprogramm hätte offensichtlich auch das vom GDBA gezeichnete Selbstporträt als traditionell erfolgreicher Ver-

[102] Ebd.; vgl. auch Martin Rickelt, Mitsprache – Mitbestimmung, in: Die Bühnengenossenschaft 2 (1971), S. 48.
[103] Zur Entwicklung der Position im Bühnenverein vgl. Schöndienst, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins, S. 263ff.
[104] Vgl. Klaußnitzers Beitrag in Theater heute, Juni 1968, S. 2; Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 130f.
[105] Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 131.
[106] Vgl. Schöndienst, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins, S. 258f., sowie Degen, Der Tendenzbetrieb im Betriebsverfassungsrecht, und Frey, Der Tendenzbetrieb im Recht der Betriebsverfassung.
[107] Vilmar, Strategien der Demokratisierung, Bd. 1, S. 19.
[108] Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 132.
[109] Vgl. Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 132, sowie Klaußnitzers Beitrag in Theater heute, Juni 1968, S. 2.

treter von Arbeitnehmerinteressen an den Theatern in Zweifel ziehen können; es lag außerhalb der gewerkschaftlichen Handlungsrationalität.

Angesichts des nicht ganz überzeugenden Versuchs, die GDBA als den großen Beweger der Mitbestimmungsfrage an den deutschen Bühnen zu inszenieren, wirkte es fast wie eine Nebelkerze, wenn ein Redakteur des Verbandsorgans *Bühnengenossenschaft* gleichzeitig betonte, daß es „das alles schon einmal gegeben" habe: „Die Theatergeschichte weist Zeiten der Wahlberechtigung und des Mitspracherechts der Schauspieler auf (an der Comédie française galt das Selbstbestimmungsrecht der Schauspieler)."[110] Dennoch hatte der Hinweis in der Sache seine Berechtigung, waren doch auch in Deutschland während der Weimarer Republik bereits kollektive Produktionsformen des politischen Theaters erprobt worden. Da war zum einen der Regisseur Erwin Piscator, 1918/19 Spartakist und dann KPD-Mitglied, der in den 1920er Jahren in Berlin mit seinem proletarisch-revolutionären Theaterkollektiv (dem zeitweilig auch Bertolt Brecht angehörte) Furore machte. Neben Piscator am erfolgreichsten agierte die marxistisch und antifaschistisch orientierte „Truppe 1931", die ihr Kollektiv aus tausenden während der Weltwirtschaftskrise arbeitslos gewordenen Schauspielern rekrutierte. Sie ging bei ihrem Mitbestimmungsmodell von der Überzeugung aus, daß nur das Kollektiv den Einzelnen zur vollen Entfaltung seiner Fähigkeiten befreien könne[111].

Bedenkt man, daß der vom eigenen Erleben des Stalinismus in der Sowjetunion ernüchterte und schließlich in die USA emigrierte Piscator 1962 nach Deutschland zurückkehrte und ab 1962 an der Freien Volksbühne in Berlin (West) erneut politisches Theater, diesmal gegen atomare Aufrüstung und für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, zu machen begann (etwa 1963 mit Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter" oder 1965 mit „Die Ermittlung" von Peter Weiss), so wird deutlich, wie eng die Aspekte der ästhetisch-künstlerischen und der institutionellen Politisierung zusammenhingen. Die Frage, welchem Einfluß die Anfang der 1970er Jahre punktuell in die Tat umgesetzten Mitbestimmungsmodelle sich wesentlich verdanken, ist jedenfalls nur vor dem Hintergrund sinnvoll zu diskutieren, daß das politische Theater seit Anfang der 1960er Jahre „auf der ganzen Linie […] triumphierte"[112].

Die in der Adenauer-Zeit so hoch gegangene Welle des Absurden Theaters mit seiner Fixierung auf das Psychische brach sich jetzt ebenso wie das damals noch weithin dominierende klassische Literaturtheater, dessen Leitkategorie die von Regisseur und Schauspieler szenisch zu interpretierende „Werktreue" gewesen war. Wie selbst Klassiker von der anbrandenden Woge der Politisierung erfaßt wurden, zeigte etwa die Arbeit von Zadek, der seiner kritischen, mit Elementen der Popkultur versehenen Inszenierung von Skakespeares „Heinrich V." am Bremer Theater 1964 den Titel „Held Henry" gab. Hansgünther Heyme, der in Köln Schillers „Wallenstein" als Antikriegsstück inszenierte, stellte durch die Verteilung von Flugblättern während der Vorstellung den Bezug zur Gegenwart des Viet-

110 So hieß es in Klaußnitzers Beitrag in Theater heute, Juni 1968, S. 2.
111 Kurzenberger, Theaterkollektive, S. 155. Vgl. auch Ludwig Hoffmann, Theater der Kollektive, sowie zu Piscator: Amlung, „Leben ist immer ein Anfang!"
112 Melchinger, Geschichte des politischen Theaters, S. 395.

namkriegs gleichsam mit dem Nürnberger Trichter her[113]. Deutungsangebote für die Gegenwart und nicht mehr der „Nachweis überzeitlicher Menschheitsfragen" anhand „musealer" Texte standen im Mittelpunkt dieses neuen Regietheaters[114].

Die Ausprägungen des politischen Theaters seit den frühen 1960er Jahren waren für den späteren institutionellen Reformprozeß an den deutschen Bühnen ungleich grundlegender als die ideologisch oftmals verschrobenen Theaterkonzepte der 68er-Bewegung selbst. Auffällig ist zunächst, daß die protestierenden Studenten weder die bereits veränderten Inszenierungsformen „noch die damit einhergehenden Politisierungstendenzen unter kunsttheoretischer Perspektive" diskutierten. Vor allem der SDS traf „die Realität der theaterinternen Entwicklungen der sechziger Jahre", gelinde gesagt, „nur partiell". Er stellte die Bühnen unter den Generalverdacht, den Status der Kunst als „Ware der Bewußtseinsindustrie zu perpetuieren"[115]. Ausgangspunkt dieses Verdachts war ein Diktum Marcuses: „Wenn das Schöne ein wesentliches Formelement von Kunst ist, so würde ich folgern, daß Kunst in ihrer ureigensten Struktur falsch, trügerisch und zweckverfehlt war […] Ersatzbefriedigung in einer miserablen Wirklichkeit." Aus dieser marxistisch-materialistischen Interpretation von Kunst leitete der SDS die Notwendigkeit ab, die Kunst als Ästhetikum zu zerstören, da sie selbst ein so politisches Stück wie „Vietnam" von Peter Weiss noch „zu einem ästhetischen Genuß für die Konsumentengesellschaft mache […] und es damit seiner politischen Wirkung, Aktion zu erzeugen, beraube."[116] Das einzig wirkliche Theater, so formulierte zum Beispiel der Erlanger SDS anläßlich der 17. internationalen Studententheaterwoche im Sommer 1968, sei „die Guerilla: Erkenntnis wird geschaffen im Sturm auf die Springer-Hochhäuser, im Barrikadenkampf […] oder bei Rüpeleien im Gerichtssaal"[117]. Das Theater zu politisieren, kam in dieser Sicht einem sinnlosen Versuch am sinnlosen Objekt gleich, da es eigentlich darum gehen mußte, die Politik mit theatralischen Mitteln zu revolutionieren.

Auch wenn sich dem radikalen Kern der 68er-Bewegung kein entscheidender ideologischer Einfluß auf die späteren Demokratisierungstendenzen am Theater zurechnen läßt, ist mit Gilcher-Holtey nicht zu übersehen, daß die Außerparlamentarische Opposition insgesamt, „und all das, was sie entfacht und entzündet hat, Einzelnen im Theater eine größere Sichtbarkeit" gab, „Ausdrucksstärke, Wirkungsmacht etwas zu bestreiten, was sie schon immer machen wollten, aber vor dem neuen Kontext jetzt anders machen und mit größerer Wirkungsmacht und -kraft".[118] Nur vor diesem Hintergrund ist die hitzige Debatte zu erklären, die zwei ganz junge Schauspieler aus der deutschen Theaterprovinz mit ihren Thesen „Über den autoritären Geist des deutschen Theaters" im führenden Fachorgan 1968 auslösen konnten. In unseren Artikel, so interpretierte es Barbara Sichter-

[113] Vgl. das Statement von Dorothea Kraus, in: Gilcher-Holtey, Politisches Theater, S. 25f.; Daiber, Deutsches Theater, S. 171ff., S. 249ff.
[114] Einleitung von Gilcher-Holtey, in: dies., Politisches Theater, S. 11.
[115] Statement von Dorothea Kraus, in: Gilcher-Holtey, Politisches Theater, S. 26.
[116] So hieß es in der von SDS-Mitgliedern redigierten Zeitschrift „spotlight" anläßlich der 17. internationalen Studententheaterwoche in Erlangen im Sommer 1968. Die Deutsche Bühne, September 1968, S. 167.
[117] Ebd.
[118] Gilcher-Holtey, Politisches Theater, S. 56.

mann rückblickend, „hat natürlich die Sprache Einlaß gefunden, die sich damals überall niedergeschlagen hat. […] Sie […] war aufgeladen mit den Sprüchen und Ausdrucksweisen der internationalen Protestbewegung. Das lag in der Luft und wir haben es dann auf das Theater bezogen“[119].

Eine katalytische Funktion für die Reformdebatte hatte dabei die Kampagne gegen die Notstandsgesetze im Mai 1968, die wenige Wochen nach dem Artikel Sichtermanns und Johlers weite Teile des deutschen Theaters erfaßte[120], sowie vor allem auch die Causa Stein/ Schwiedrzik. Deren Hauptakteure waren die Regisseure Peter Stein (Jahrgang 1937), der in München gerade zum „Shootingstar“ der Theaterszene geworden war, und der in Berlin zum inneren Zirkel des SDS gehörende Wolfgang Schwiedrzik (Jahrgang 1940), der 1967 am Frankfurter TAT mit einer Inszenierung Aufsehen erregt hatte und infolgedessen von Stein an die Kammerspiele nach München geholt worden war[121]. Das von beiden Jungregisseuren auf die Bühne gebrachte Stück „Viet Nam Diskurs“ setzten Intendanz und Direktion im Juli 1968 ab, weil der Schauspieler Wolfgang Neuss darauf bestand, wie schon im Anschluß an die Premiere weiterhin für eine Waffenspende zugunsten des Vietcong innerhalb des Theatergebäudes – und nicht nur vor dem Eingang – aufzurufen. Am dritten Abend hatte Neuss den Besuchern sogar dargelegt, weshalb nicht mehr gesammelt werden dürfe und dabei von politischer Erpressung gesprochen, woraufhin spendenwillige Besucher Geld auf die Bühne warfen. Die Regisseure erklärten sich mit Neuss solidarisch: Die Sammlungsaktion sei keineswegs eine Einzelaktion, sondern „gemeinsam beschlossener und gemeinsam ausgeführter integraler Bestandteil“[122] einer Inszenierung, die sie als „Modell für demokratische Praxis verstanden“[123] wissen wollten.

Nach ihrer fristlosen Kündigung erhoben Stein und Schwiedrzik schwere Vorwürfe gegen den „liberalen Herren“ und Intendanten August Everding, der sich indes hintergangen fühlte, weil in keiner der von ihm gesehenen Haupt- und Generalproben die Aufführung mit einem Spendenaufruf geendet hatte. Aus dem Münchner Fall leiteten die jungen Wilden allgemeine Folgerungen für eine „Demokratisierung des Theaters“ ab, die dem Aufruf der Dortmunder Jungschauspieler sehr ähnelten: „Abschaffung der feudalen Alleinherrschaft des Intendanten, statt dessen kollektive Führung, die nicht vom Geldgeber, sondern von den Produzenten am Theater eingesetzt wird und abwählbar ist; Beteiligung aller Mitglieder des Ensembles an der Spielplanung und Offenlegung aller künstlerischen und ökonomischen Entscheidungen.“[124]

[119] Ebd., S. 68.
[120] So auch die Argumentation von André Müller in seinen „Bemerkungen zu einem Modellentwurf“, in: Nachrichtenbrief des Arbeitskreises Bertolt Brecht 68 (1969), S. 63.
[121] Schieb, Peter Stein; vgl. auch das Gespräch von Max Lorenzen mit Wolfgang Schwiedrzik („Ich glaube, daß die Willkür der Regisseure an den Theatern nie so groß gewesen ist wie seit den 70er Jahren“), in: Marburger Forum. Beiträge zur geistigen Situation der Gegenwart, Jg. 4 (2003), Heft 2 (online). Der aus Schlesien stammende Schwiedrzik hatte seit 1962 zur Berliner Schaubühne gehört, war ein enger Freund Rudi Dutschkes und lagerte beispielsweise in seiner Wohnung die berühmten, polizeilich gesuchten Schah-Steckbriefe. Heute denkt er außerordentlich kritisch über die damalige Zeit.
[122] Theater heute, August 1968, S. 32.
[123] Daiber, Deutsches Theater, S. 281.
[124] Theater heute, September 1968, S. 3; vgl. auch Everdings Erklärung ebd., S. 1f.

Sichtermann und Johler freilich hatten sich unterdessen im Berliner Studentenmilieu rasch radikalisiert. Sie experimentierten „in freier Arbeiterkommune" an einer neuen „Schauspielerpädagogik"[125], gründeten eine freie Theatergruppe und versuchten sich „vor allem in *Teach-ins* […] das Vokabular" der Protestbewegung anzueignen. Wie sie in kürzester Zeit gelernt hatten, „nachzuplappern […], dass das Theater eine politische Funktion haben müsse, dass überhaupt alles *politisch* sei"[126], dokumentierte ihr zweiter Aufsatz in *Theater heute* im Februar 1969 unter dem Kampftitel „Zerschlagt das bürgerliche Theater". Darin warfen sie und zwei weitere Autoren den Regisseuren Stein und Schwiedrzik „reformistische" Tendenzen vor, ja dem Intendanten Utzerath und dem Dramaturgen Wiebel, die bisher am weitesten nach links gegangen waren, sogar „Opportunismus". Diese hätten zwar den Wortschatz des Klassenkampfes in das Theater getragen, seien aber dazu gar nicht voll legitimiert, weil sie „ihren Untergebenen gegenüber als Unterdrücker" auftreten würden und mit den Schauspielern, den „Arbeitern des Theaters", lediglich im Kampf gegen die Kulturbürokratie in einer „Scheinsolidarität" ständen.[127]

Als Gegenmodell schlugen die Kulturrevolutionäre das antiautoritäre Theaterkollektiv vor, um „das Grundübel der bürgerlichen Existenzform, die Spaltung zwischen Beruf und Privatleben", zu überwinden. Nur wenn der einzelne seine private Sphäre dem Bedürfnis der Gruppe unterordne, sei eine optimale Kommunikation in der Gruppe möglich. Hinzukommen müßten – im Sinne einer Veränderung der ökonomischen Basis – die Sozialisierung der materiellen Mittel sowie umfassendes gesellschaftliches Engagement von „Flugblattkampagnen" bis hin zu „direkte[n] politische[n] Aktionen".[128] Damit gaben wir, so hat es Johler im Rückblick ebenso selbstkritisch wie scharfsinnig analysiert, „das Theater endgültig auf, weil es für die Weltrevolution oder was auch immer nicht nützlich war".[129]

Weit stärker auf der Reformskala zu registrieren als dieser kurze radikale Ausschlag einer „im Grunde antikünstlerische[n] und theaterfeindliche[n] Bewegung"[130] während der Jahre 1967/68 waren andere Impulse, die schon seit längerem von einem Protagonisten des progressiven Theaters ausgingen: Dem 1957 gegründeten Arbeitskreis Bertolt Brecht e. V. mit Sitz in Köln, der zu Zeiten des Brecht-Boykotts nach 1961 darum bemüht gewesen war, dessen Stücke dennoch auf die Bühne zu bringen, und der sich im Lauf der 1960er Jahre dann zunehmend für eine „Demokratisierung" des Theaters einsetzte. Im April 1969, zwei Monate nach dem revolutionären Pamphlet der Jungschauspieler, legte der Arbeitskreis den „Entwurf eines Mitbestimmungsstatuts zur Demokratisierung des Theaters in der Bundesrepublik Deutschland" vor[131]. Er forderte „die Mitsprache der Produ-

125 Theater heute, Februar 1969, S. 29.
126 So im Rückblick Johler, in: Gilcher-Holtey, Politisches Theater, S, 71f.
127 Theater heute, Februar 1969, S. 29.
128 Ebd.
129 So Johler, in: Gilcher-Holtey, Politisches Theater, S. 73. Anders als Johler betont seine damalige Mitstreiterin Sichtermann noch heute stärker das Positive der damaligen Aktivitäten: „Natürlich hat man da auch Wege eingeschlagen, die wirklich gegen die Wand geführt haben. Aber man hat es doch versucht. Ich finde das eigentlich ganz großartig." So Sichtermann, in: Gilcher-Holtey, Politisches Theater, S. 85f.
130 Ebd.
131 Joachim Althaus/Roland Kabelitz/Ruediger Meinel/André Müller, Entwurf eines Mitbestimmungsstatuts zur Demokratisierung des Theaters in der Bundesrepublik Deutschland, in:

zierenden über die Produktionsweise, über die Verteilung der vorhandenen Mittel und über das Aussehen des Produktionsergebnisses, d. h. des Produkts ‚Aufführung'", verstand also „Demokratisierung" nicht nur „als strukturell-administrative, sondern auch als künstlerisch-ästhetische Notwendigkeit"[132]. Ausgehend von einem sehr unterschiedlichen Emanzipationsstand der am Theater Beschäftigten, sollte Selbstbestimmung vorerst nur in kleinen, ideologisch gefestigten Gruppen außerhalb des Berufstheaters verwirklicht werden.

Dort selbst konnte sie nach Überzeugung des Arbeitskreises erst auf dem Wege eines längeren Lernprozesses eingeführt werden, zu dem vor allem „die gemeinsame Arbeit an Mitbestimmungs- und Mitverantwortungsaufgaben in der konkreten Arbeitssituation" gehörte[133]. Auch am Theater also, so mochte es nach diesem Modell scheinen, hatten die marxistischen Götter den Sozialismus vor den Kommunismus oder die Mitbestimmung vor die Selbstbestimmung gesetzt. Wohin allzu stürmisches Vorpreschen auf dem Wege zum irdischen Theaterparadies führte, hatte sich eben, im März 1969, erst an den Bremer Bühnen gezeigt, wo Teile des Ensembles sich vergeblich an einer Gemeinschaftsinszenierung von Aristophanes' „Die Weibervollversammlung" abgearbeitet und statt eines szenischen Ergebnisses nur eine „Lesung mit Debatte" zustande gebracht hatten[134].

Dem realistischeren Modell des Arbeitskreises Bertolt Brecht gebrach es allerdings noch an rechtlicher Präzision. Unklar blieb die Funktion des Intendanten, der „fast nur noch als ausführendes Organ des Theaterrats" erschien, aber auch das Verhältnis zwischen Personalvertretung und Regisseur „in konkreten Inszenierungsfragen" sowie das Problem der Verantwortung des Theaterrats gegenüber Rechtsträger und Subventionsgeber[135]. So sah sich auch die Arbeitgeberseite zunächst noch nicht veranlaßt, mit eigenen Reformvorschlägen konkret zu werden. Als Teil der Jahreshauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins fand am 18. Juni 1969 in Mannheim immerhin eine Podiumsdiskussion unter der Leitung Eugen Kogons über die „Bedingungen und Folgen einer totalen oder partiellen Veränderung des Theaters" statt, bei der auch die „Auseinandersetzung mit der Neuen Linken"[136] gesucht wurde. Deren Positionen vertrat der ausgebildete Schauspieler und Schriftsteller Michael Buselmeier (Jahrgang 1938), der sich ausdrücklich als ein „am Theater Gescheiterter" auswies und die bekannten Kritikpunkte gegen das Theater „als bürgerliche Ideologie-Fabrik"[137] wiederholte. Dagegen argumentierte der Kölner Generalintendant Claus Helmut Drese[138], dessen Gedanken *Die deutsche Bühne* im September 1969 unter der Überschrift „Theater oder Demokratie?" ausführlich dokumentierte.

Nachrichtenbrief des Arbeitskreises Bertolt Brecht 68 (1969), S. 54–59. Vgl. auch Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 131.

132 Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 132f.

133 Ebd., S. 133.

134 Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 139. Vgl. auch die Probenotizen zur „Frauenvolksversammlung", in: Theater heute, April 1969, S. 23f.

135 Ebd., S. 140.

136 Die deutsche Bühne, September 1969, S. 158.

137 Ebd., Juli/August 1969, S. 136.

138 Der 1922 geborene Drese hatte die Kölner Generalintendanz 1968 übernommen; schon vorher hatte er sich am Hessischen Staatstheater in Wiesbaden und an den Städtischen Bühnen in Heidelberg den Ruf eines glänzenden Organisationsintendanten erworben.

„Es wäre der Tod des Theaters, müßte es sich nach den Beschlüssen einer Rätedemokratie richten", formulierte Drese das später immer wiederkehrende Leitmotiv der liberal-konservativen Verteidigungsstrategie gegen die linken Kulturrevolutionäre. Allenfalls in kleinen Spielgruppen „mit gemeinsamer Ideologie" vermöge ein solches Rätesystem zeitweilig zu künstlerischen Ergebnissen zu führen, nicht aber an großen Theatern, die auf eine „Demokratie mit vertraglich geregelter Arbeitsteilung" angewiesen seien. Auch im gegenwärtigen künstlerischen Arbeitsprozeß, „wenn er produktiv sein soll", sei der Schauspieler keineswegs bloß „Material für autokratische Regisseure". „Demokratie als Selbstzweck" mußte aber nach Drese „unter Schauspielern verschiedener Leistungsfähigkeit, Anlage und Mentalität zwangsläufig zur Anarchie" führen. Schließlich verwies Drese auch darauf, daß die Autorität am Theater „eine Autorität auf Zeit" sei, „ständig in Bewährung, ständig unter öffentlicher Kontrolle: Ohne eine solche Autorität ist ein Zusammenleben und -arbeiten – nicht nur am Theater – unmöglich". Drese räumte zwar ein, daß die gegenwärtige Reformdebatte um die Theater „gewiß auch den Provokationen der Neuen Linken zu danken" sei, doch habe sich das Theater in seiner wechselvollen Geschichte immer wieder durch neue Autoren, neue Stile und neue gesellschaftliche Ideen verändert. Die Aufgabe der Zukunft heiße deshalb nicht: „Theater oder Demokratie, sondern ein lebendiges Verhältnis von Theater und Demokratie."[139]

Die nach einem längeren Vorlauf im Frühjahr 1968 voll in Gang gekommene Debatte um die „Demokratisierung" des Theaters befand sich infolge des zweiten Aufrufs der Jungschauspieler, des Papiers des Arbeitskreises Bertolt Brecht und der Gegenattacken der Arbeitgeberseite im Herbst 1969 in einer Phase der Zuspitzung[140]. Mitten in diese Phase hinein platzte im Oktober 1969 der „Frankfurter Theaterdonner"[141]. Oberspielleiter Dieter Reible und Chefdramaturg Peter Kleinschmidt versuchten in einer bundesweit beachteten „Palastrevolution", den neuen Intendanten Erfurth „in eine Statistenrolle abzudrängen" und die ihres Erachtens in einer „Strukturkrise" wurzelnden Schwierigkeiten des örtlichen Schauspiels zu überwinden. Das von beiden vorgelegte „Arbeitspapier" lief auf den „Plan eines künstlerischen Direktoriums" hinaus, das aus Reible und den beiden Regisseuren Claus Peymann und Peter Stein bestehen und dem die Entscheidungsbefugnis in „allen künstlerischen, organisatorischen und den damit zusammenhängenden finanziellen Belangen" obliegen sollte[142].

Außerdem war beabsichtigt, die Verantwortung für einzelne Inszenierungen bestimmten „Produktionsgruppen" zu übertragen und ein Organisationsmodell

[139] Die deutsche Bühne, September 1969, S. 166. Vgl. auch die Stellungnahme des Direktors des Deutschen Bühnenvereins zu einer *Aspekte*-Sendung vom 8. Dezember 1970 (IfSG: SB 187: Peter Maßmann, Geschäftsstelle der Intendantengruppe im Deutschen Bühnenverein, Aachen, 22. Dezember 1970): Es stimme nicht, so die Replik, daß an allen deutschen Theatern die Besucherzahlen zurückgingen und Intendantenkrisen sooft wie Mondwechsel seien. Die komplexen Probleme der Bühnen seien nicht, wie suggeriert, mit der Einführung von Null-Tarifen und von Kollegialverfassungen in der Führungsspitze zu lösen und auch nicht durch eine Änderung des Intendantenwahlmodus.

[140] Vgl. hierzu das Phasenmodell des Demokratisierungsprozesses am Theater von D. Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 126.

[141] So *Die Welt* in einem groß aufgemachten Beitrag am 23. Oktober 1969.

[142] Die deutsche Bühne, November 1969, S. 199.

zu entwickeln, „das die Mitbestimmung aller künstlerischen Mitarbeiter gewährleistet." Auf regelmäßig während der Arbeitszeit stattfindenden Versammlungen aller künstlerischen Mitarbeiter sollte über anstehende Fragen nicht nur beraten werden, Delegierte der Vollversammlung sollten auch an allen Entscheidungen des Direktoriums beteiligt sein. Da die angestrebte Erhöhung der Mindestgage auf 1200 Mark durch die Reduzierung der Höchstgage auf 3000 Mark angesichts der ebenfalls geplanten Befreiung der Kammerspiele (als Experimentierbühne) vom Einnahmesoll nicht gegenzufinanzieren war und die Autoren zudem eine Erweiterung des festengagierten künstlerischen Stabes für das „Mitbestimmungsmodell" als unerläßlich ansahen, enthielt der Entwurf auch einen finanziellen Mehrbedarf von über einer Million Mark[143]. Wie eine Kampfansage an den amtierenden Intendanten wirkte die damit verbundene Forderung, die neue Dreier-Direktion „von den bisher getroffenen Dispositionen für die Spielzeit 1970/71 zu befreien"[144]. Der enge Zusammenhang zwischen der Frankfurter Palastrevolution und der bundesweiten Demokratisierungsdebatte um die Theater ist offensichtlich; doch war der „Theaterdonner" am Main, wie im folgenden zu zeigen sein wird, auch durch die weithin als unbefriedigend empfundene künstlerische Entwicklung der Bühnen unter der Leitung Erfurths atmosphärisch vorbereitet worden.

Erfurths Interregnum ohne Fortune und die Durchsetzung des „Frankfurter Modells" (1968 bis 1972)

Während der neue Generalintendant Erfurth mit der Verpflichtung Christoph von Dohnányis als Generalmusikdirektor an der Oper eine ausgesprochen glückliche Hand hatte und sich bereits in dessen erster Spielzeit ein kräftiger Aufschwung bemerkbar machte, registrierten Kritiker des Frankfurter Sprechtheaters bestenfalls „ein merkwürdiges Gemisch von Minus- und Pluspunkten"[145]. Erfolge wurden fast nur auf der kleinen Bühne des Kammerspiels erzielt, wo sich Hagen Müller-Stahls „genaue, unprätentiöse Regie" bei Stücken wie „Amphitryon" (von Peter Hacks) und „Heimkehr" (von Harold Pinter) auszahlte. Im Schauspiel dagegen wurde mit den „Acharnern" sogar eine Komödie „des widerstandsfähigen Aristophanes umgebracht" und Shakespeares „Richard II" derart unglücklich über den „sozialkritischen Leisten à la mode" geschlagen, daß grimmige Beobachter von einer „konzertierten Passion" sprachen, in der Zuschauer und Schauspieler gemeinsam litten[146]. Nach dem „zwiespältig[en]" Beginn im Herbst 1968 mit einer laut *Frankfurter Allgemeiner Zeitung* „mißliche[n] politische[n] Revue" (CSSR-Diskurs) und einem „verunglückten Klassiker" (Goethes „Götz")[147] sah Peter Iden das Schauspiel bereits im April 1969 anläßlich der Premiere von „Richard II" „am Scheideweg".

[143] Ebd. Vgl. auch das Spiegel-Gespräch mit Kleinschmidt, Peymann, Reible und Stein („Für uns ist Rot die Farbe der Vernunft"), in: Der Spiegel, 10. November 1969 (Nr. 46), S. 212ff.
[144] Die Welt, 23. Oktober 1969.
[145] So Rainer Hartmann in der Frankfurter Neuen Presse, 14. Juli 1969.
[146] Ebd.
[147] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Oktober 1968.

Iden hatte dem neuen Team beim „Götz“ „noch vieles zugute […] halten“ wollen, jetzt betrachtete er die Schonfrist als abgelaufen. Dieter Reibles Shakespeare-Inszenierung mußte demnach beweisen, ob die Entscheidung für Erfurth und Reible richtig war. Doch die Aufführung, so Idens Fazit, sei Stückwerk geblieben. Der Kritiker sah eine „oft erschreckende Unbeholfenheit der Auftritte und Abgänge, […] das Unvermögen Reibles, Raum zu aktivieren, gegen Leere anzuspielen […] mühselig und langwierig“. Bei den Schauspielern gebe es offensichtlich Fehlbesetzungen. Wenn Erfurth jetzt nicht Veränderungen auf lange Sicht einleite, drohe dem Frankfurter Theater der Abstieg zur Provinzbühne. Mit diesem Ensemble werde selbst der „ohnehin nicht eben tollkühne Spielplan“ für die nächste Saison kaum halbwegs respektabel zu verwirklichen sein. Korrekturen seien jetzt unerläßlich[148].

Doch drei Monate später, am Ende der ersten Saison Erfurts im Juli 1969, hatte sich an dem schlechten Urteil über das Schauspiel nichts wesentliches geändert. Nachdem eine der stärkeren Inszenierungen, Miloš Macoureks „Susannchenspiel“[149], beim Publikum „wenig Gegenliebe“ gefunden hatte[150], stand „Am Ende ein Schwank“[151]. Mit Georges Feydeaus vielgespieltem Stück „Der Floh im Ohr“[152] klang die Spielzeit so aus, wie sie viele empfunden hatten: „glanzlos und ohne eigentliche Höhepunkte“. Dieter Reibles Inszenierung, so hieß es, sei „nicht schlecht und nicht gut […] nur eben: es bleibt nichts haften“. Die Kraft jedenfalls zu einem entschiedenen und durchgängigen Konzept scheine unter der Oberspielleitung Erfurths zu fehlen[153]. Er mache ein „Theater mit alten Stücken, alter Gestik, alten Witzen“[154].

Erfurth wäre nicht Erfurth gewesen, wenn er die Probleme nicht teils offen zugegeben und sie damit gleichzeitig zu relativieren versucht hätte. Er habe in seiner ersten Frankfurter Saison zweifelsohne „Patzer“ gemacht, räumte der Generalintendant in einem FAZ-Interview ein: „Es war ein Fehler, daß wir Stücke inhaltlich nicht konventionellen Charakters ins Schauspiel und damit ins Abonnement brachten, statt sie im Kammerspiel aufzuführen, wo ein jüngeres Publikum an moderne Stücke gewohnt ist und wo es den Zwang des Abonnements nicht gibt. Viele ältere Abonnenten waren enttäuscht, daß wir, wozu eine moderne Bühne verpflichtet ist, mit den klassischen Dramen ‚Richard II‘ und ‚Götz‘ experimentiert und sie zeitgemäß interpretiert haben“. Verärgerte Abonnenten hatten Erfurth sogar Briefe geschrieben und ihm klar gemacht: Sie hätten zu Hause und im Beruf Probleme genug und wollten derlei nicht im Theater sehen. Der Generalintendant sah sich dadurch wie durch die „propenvollen Häuser“ beim „Nußknakker“ oder beim „Raub der Sabinerinnen“ in seiner – ohnehin vorhandenen – Über-

148 Frankfurter Rundschau, 3. April 1969.
149 Macourek, 1926 geboren, war ein tschechischer Schriftsteller, der vor allem mit Drehbüchern und Kinderbüchern hervortrat.
150 Frankfurter Neue Presse, 14. Juli 1969.
151 Frankfurter Rundschau, 10. Juli 1969.
152 Der Dramatiker Feydeau war um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert einer der beliebtesten Autoren des Vaudeville, also jener durch Gesang und Instrumentalbegleitung geprägten Pariser Theatergattung gewesen.
153 Frankfurter Rundschau, 10. Juli 1969.
154 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Juli 1969.

zeugung bestätigt, daß ein Großteil auch des Frankfurter Theaterpublikums „vor allem unterhalten werden wolle". Als Leiter eines städtischen Theaters dazu verpflichtet, „dem Geschmack aller Bevölkerungsschichten Rechnung zu tragen", kündigte er an, mit einem „breiten Spielplanangebot" in die kommende Saison gehen zu wollen[155]. Angesichts der gänzlich entgegengesetzten Erwartungen des Frankfurter Feuilletons, für das Erfurths Verheißung wie eine Drohung wirken mußte, begann so bereits am Ende der ersten Amtszeit des Generalintendanten dessen langer und quälender Abgang.

Nicht nur daß Erfurth kein künstlerisches Glück beschieden war, kam auch noch Pech auf der wirtschaftlichen Seite hinzu. Da das Votum des Magistrats für den Generalintendanten sehr stark mit dessen Bereitschaft verknüpft gewesen war, mit dem bestehenden Theaterbudget auskommen zu wollen[156], bedeutete der abermals größere Zuschußbedarf für die Bühnen im Juni 1969 eine Art Offenbarungseid[157]. Zu den Gründen der finanziellen Misere zählten neben einem Rückgang der Besucherzahlen die stark gestiegenen Personalkosten an den Städtischen Bühnen. In der Tat hatte Erfurth, wie er zu seiner Entschuldigung geltend machte, schwer voraussehen können, „daß der Tarifpartner […] Steigerungen bis zu acht Prozent fordern" würde[158]. Andererseits war sein Lamento über die bundes-, ja europaweit zurückgehenden Besucherzahlen, die womöglich auf gestiegenes Interesse am Sport oder am Fernsehen oder auf die Cityflucht der Bevölkerung oder auf die derzeitige „Zerreißprobe zwischen den Generationen" zurückzuführen seien[159], nicht sehr überzeugend. Denn während das Publikum in Frankfurt zusammenschmolz, nahm die Zahl der Theaterbesucher ausgerechnet beim Rivalen in der nahen Landeshauptstadt Wiesbaden gleichzeitig zu[160]. Das Hauptproblem bestand aber darin, daß die künstlerische Ausstrahlung der neuen Generalintendanz bei weitem nicht ausreichte, um die verantwortlichen Kommunalpolitiker milde respektive ausgabefreudiger zu stimmen.

Schon im Mai 1969 forderte die CDU-Fraktion den Magistrat auf, umgehend, spätestens jedoch zum Beginn der Spielzeit 1969/70, die vakant gebliebene, von Erfurth und seinem Oberspielleiter Reible mit verwaltete Position des Schauspieldirektors bei den Städtischen Bühnen zu besetzen. Der Verzicht darauf habe keinen Nutzen gebracht. Der Generalintendant habe offensichtlich zu vielfältige Aufgaben, um auch noch den Schauspieldirektor ersetzen zu können, würde doch der künstlerische Ruf des Hauses zwischenzeitlich aufgrund von „Fehldispositionen" und Mangel an künstlerischem Ernst „von vielen Sachkundigen […] als lädiert angesehen"[161]. Weil „man ja keinen Gesprächskontakt offizieller Art mit dem Herrn Generalintendanten habe" , so ließ die CDU verlauten, habe sie den Weg eines offiziellen Antrags an den Magistrat gewählt. SPD und FDP wiesen das Ansinnen der CDU im Kulturausschuß mit der Begründung zurück, personelle

155 Ebd., 20. Juni 1969.
156 Vgl. hierzu IfSG: Magistrat 2.319 und 7.971.
157 Vgl. die Berichte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 13. u. 14. Juni 1969.
158 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Juni 1969.
159 Ebd.
160 Ebd. sowie Frankfurter Neue Presse, 17. Juli 1970 („Halbzeit der Ära Erfurth").
161 IfSG: SB 53. Antrag der CDU-Fraktion, 14. Mai 1969, betr. Städtische Bühnen (Korrenke/Moog). Nur die Oper unter Dohnányi war von dieser Kritik ausdrücklich ausgenommen.

Entscheidungen habe nur der Generalintendant selbst zu treffen[162]. Die öffentliche Rückendeckung für Erfurth konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch in der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion gewaltig gegen ihn grummelte[163]. Und nicht einmal auf die kleine FDP konnte Erfurth bauen, da sein Verhältnis zum FDP-Kulturdezernenten, den er notorisch zugunsten Brunderts überging, ausgesprochen schwierig war[164].

Mitte Oktober 1969 erreichte die Malaise schließlich einen kritischen Punkt, als an den Städtischen Bühnen „eine Reihe schwerwiegender Kündigungen zum Ende der Saison" ruchbar wurden[165] und die Presse über indiskutable Arbeitsbedingungen dort berichtete. Frankfurt habe das kleinste und am schlechtesten bezahlte Ensemble unter vergleichbaren Städten; die Proben seien auf vier Stunden täglich beschränkt, damit die Schauspieler ihre Gagen durch Rundfunk- und Fernseharbeit aufbessern könnten. Die Aufführungszahl sei mit 635 pro Jahr die höchste im deutschen Schauspiel. Und der Generalintendant habe „nichts dagegen" unternommen[166].

In der Tat hatten Erfurths Probleme zu einem erheblichen Teil mit den personellen Weichenstellungen zu tun, die am Beginn seiner Intendanz standen. Den Posten des scheidenden Schauspieldirektors Heinrich Koch mit seinem alten Weggefährten Richard Münch aus Hamburg zu besetzen – einem routinierten, aus dem Gründgens-Ensemble stammenden Schauspieler mit Regieambitionen[167] –, war ihm damals ausgeredet worden. So setzte er statt dessen auf eine „allseitige Verjüngung" auch bei der vollständig neu zu besetzenden Führungsspitze[168]. Dem jungen, „gerade anfangenden Dieter Reible" übertrug er die Führung des Schauspiels, „ohne imstande zu sein, mit dieser Dramaturgie in jenen explosiven Jahren wirklich zu diskutieren"[169]. Zudem sollte Reible, der sich bislang nur im „intimen Kammerspiel" bewährt hatte, im weiten Raum des Schauspielhauses oft „über Kindertheater nicht hinaus" kommen. Die „hitzige[n] Politisierungstendenzen" seines „ebenso unerfahrenen" neuen Chefdramaturgen Peter Kleinschmidt (bisher Kiel) brachten schon vor der Premiere ein Jugendstück und ein Beat-Musical zum Kentern, was nicht nur mit materiellen Unkosten verbunden war[170].

[162] IfSG: SB 52. Niederschrift über die 9. Sitzung des Kulturausschusses der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juni 1969, TOP 3: Einstellung eines Schauspieldirektors (CDU-Antrag vom 14. Mai 1969).

[163] Vgl. hierzu den Rückblick der Frankfurter Rundschau, 10. Juli 1972 („Vier Jahre Ulrich Erfurth: Wer war schuld daran?").

[164] Vgl. die tadelnden Briefe vom Raths an Erfurth, in: IfSG: SB 125.

[165] Betroffen waren u. a. langjährige Ensemble-Mitglieder wie Werner Eichhorn, Jörg Benedict und Ursula Mörger sowie der Oscar-gekrönte Bühnenbildner Hein Heckroth.

[166] Die Welt, 17. Oktober 1969.

[167] Münch, Jahrgang 1916, war neben diversen Bühnenengagements in den 1960er Jahren vor allem durch seine Mitwirkung in der ARD-Kabarettsendung „Hallo Nachbarn" sowie die Rolle des unheimlichen „Hai"-Tauchers in dem Edgar-Wallace-Film „Das Gasthaus an der Themse" bekannt geworden.

[168] Volksbühne, 21. August 1968; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Juli 1972. Bei der Vorstellung seiner neuen Mannschaft im Januar 1968 hatte Erfurth gesagt, er setze ohne Ausnahme „auf junge, elastische Kräfte", die bereits auf verschiedenen Plätzen erfolgreich waren. Frankfurter Rundschau, 17. Januar 1968.

[169] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Juli 1972.

[170] Frankfurter Neue Presse, 5. Juli 1972.

Obendrein demonstrierte spätestens der Frankfurter Theaterdonner im Oktober 1969, daß Erfurth sich mit Reible und Kleinschmidt „seine schlimmsten Feinde […] selbst großgezogen" hatte. Jetzt versuchten nämlich ausgerechnet diese seine „engsten Mitarbeiter […] den Mann, der sie gewähren ließ, in einer Palastrevolution zu stürzen und sich also zu salvieren"[171]. Angesichts der rufschädigenden vehementen Kritik an ihren Inszenierungen traten Oberspielleiter und Chefdramaturg damit einfach die Flucht nach vorne an und bemühten sich darum – die politischen Umstände waren aufgrund der aktuellen Mitbestimmungsdebatte günstig –, den Eindruck zu erwecken, ihre eigenen Regie-Schwächen würden fast schon zwangsläufig aus den unzeitgemäßen Führungsstrukturen am Frankfurter Theater resultieren. Dabei ging ihr Plan eines Dreier-Direktoriums für das Schauspiel (mit Peymann, Reible und Stein) eigentlich auf Überlegungen zurück, die Erfurth selbst schon vor Monaten zur Bewältigung der Theaterkrise angestellt und in Sondierungsgesprächen auf ihre Realisierbarkeit ausgelotet hatte[172]. Auch Oberbürgermeister Brundert war ursprünglich von dem „Plan, drei junge Regisseure in experimenteller Regie und Verwaltung Theater machen zu lassen", ganz fasziniert gewesen. Erst nachdem diese ihr Konzept in eine schriftliche Form gebracht und darin noch weiter reichende Kompetenzen gefordert hatten, als der Rathauschef und bundesdeutsche Bühnenvereinsvorsitzende für akzeptabel halten konnte, kamen auch Brundert jene Zweifel, die Erfurth schon früher gekommen waren: „Ob Mehrheitsentscheidungen eines Triumvirats von eigenwilligen Regisseuren organisatorisch durchführbar seien und ob die ganze Konstruktion juristisch und haushaltsmäßig realisierbar sei."[173]

Erfurth setzte statt dessen darauf, in der aktuellen Krise seine vor zwei Jahren noch gescheiterte Idee verwirklichen und Richard Münch die vakante Position des Schauspieldirektors übertragen zu können. Dagegen aber wehrten sich Reible und Stein auch noch bei einem letzten Vermittlungsversuch Brunderts am Samstag, den 18. Oktober 1969, in Anwesenheit Erfurths und des Kulturdezernenten mit Händen und Füßen. Bei dem Gespräch konnte keine Annäherung der Standpunkte erzielt werden; eine Entscheidung, so äußerte der Oberbürgermeister anschließend vor der Presse, sei angesichts der vielfältigen Auswirkungen der Vorschläge Reibles und Kleinschmids aber auch „so schnell nicht zu erwarten"[174]. Tags darauf tagte die Intendantengruppe des Deutschen Bühnenvereins in München, wo deren neuer Vorsitzender August Everding einen Vortrag zum Thema hielt: „Was erwartet die Kritik von den Intendanten". Die Kritiker, so Everding, würden uns Intendanten immer „die letzten Feudalherrscher nennen. Gott, muß es den Feudalherrschern früher schlecht gegangen sein". Heute sei der Intendant zum Prügelknaben der Nation geworden: „Wenn er modern (ich meine nicht modisch) ist, hauen ihn die Konservativen und umgekehrt."[175] Durch die dezidierten Warnungen Ever-

171 Ebd.
172 Die Zeit, 24. Oktober 1969.
173 Die Welt, 23. Oktober 1969.
174 Frankfurter Rundschau, 20. Oktober 1969.
175 IfSG: SB 187. Vertraulich, nur zum persönlichen Gebrauch! Niederschrift über die Gruppensitzung [der Intendantengruppe im Deutschen Bühnenverein, M.K.] am 19. Oktober 1969 um 10 Uhr in München im Künstlerhaus, S. 3.

dings vor einer Beschneidung der „Unabhängigkeit der Intendanten“[176] in seiner Haltung bestärkt, bastelte Erfurth am Montag, den 20. Oktober, „an einer Bombe, die er am späten Nachmittag zum Platzen brachte“[177].

Der Öffentlichkeit wie dem Ensemble gegenüber, so teilte Erfurth der Presse mit, fühle er sich verpflichtet, die Forderungen seines Oberspielleiters und Chefdramaturgen nach einem Direktorium Peymann/Reible/Stein abzulehnen. Zwar seien alle drei Regisseure „hochqualifizierte Persönlichkeiten, die dank ihrer Eigenständigkeit und Eigenwilligkeit im deutschen Theaterleben Profil gewonnen“ hätten; doch der Vorschlag, die Verantwortung für das Frankfurter Schauspiel „Mehrheitsbeschlüssen eines Kollektivs“ zu unterwerfen, erscheine ihm als „idealistische Utopie“ mit voraussehbarem Resultat: „auf der einen Seite interne Spannungen, die die Arbeit des Ensembles hemmen müßten, auf der anderen eine Nivellierung des Spielplanangebots“ mit negativen Folgen für die Besucherzahl. Die in Berlin sowie in Basel und Zürich soeben erst „in ähnlicher Richtung“ gesammelten Erfahrungen bestätigten Erfurth in seiner Skepsis. Den vom Generalintendanten ausgesandten Blitzen folgte schließlich der Donnerschlag: Da Reible und Kleinschmidt ihre weitere Mitarbeit von der Annahme des Memorandums abhängig gemacht hätten, so der Generalintendant, sehe er sich gezwungen, dem Magistrat „neue Herren als Schauspieldirektor und Chefdramaturg vorzuschlagen.“[178]

Der Presse gegenüber präzisierte Erfurth tags darauf weitere „ideologische Aspekte“ seiner Entscheidung. Er habe bisher den Beweis großer, „vielleicht extremer Liberalität“ erbracht und sei keineswegs gegen Inszenierungen „aus überzeugter radikaler Gesinnung“, aber er habe den Eindruck, mit dem Dreier-Direktorium „könnte sich eine grundsätzlich und ausschließlich nivellierte, nämlich politisch einseitig ausgerichtete Direktion, also ein Parteitheater herausbilden“[179]. Worauf Erfurth damit anspielte, war eindeutig. Erst im Sturmjahr 1968 waren angesichts der Aktivitäten Reibles Stimmen im christlich-demokratischen Lager laut geworden, diesem zu kündigen, weil er „vielleicht für das Sozialistische Straßentheater […], nicht aber für die Städtischen Bühnen“ geeignet sei[180].

Den stärksten Trumpf aber hatten die Mitbestimmungsrevoluzzer Erfurth selbst in die Hände gespielt. Denn außer ihren wenigen Anhängern, die sich im Ensemble „in einer absoluten Minderheit“ befanden, waren die allermeisten Mitarbeiter der Städtischen Bühnen von den Plänen für ein Dreier-Direktorium fast genauso überrascht wie die Öffentlichkeit und der Magistrat. Zwar wußten sie,

[176] Die deutsche Bühne, November 1969, S. 201; vgl. auch *Die Welt*, 23. Oktober 1969. Zu Everdings Position vgl. auch seine Replik auf ein Spiegel-Gespräch der Mitbestimmungsanhänger: „Die Vernunft ist für mich nicht einfarbig“. Der Spiegel, 10. November 1969 (Nr. 46), S. 219ff.

[177] Frankfurter Rundschau, 22. Oktober 1969.

[178] IfSG: SB 52. Städtische Bühnen Frankfurt a./M. Der Generalintendant. 20. Oktober 1969. Presseverlautbarung (von Ulrich Erfurth handschriftlich unterzeichnet).

[179] Die Welt, 23. Oktober 1969.

[180] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Juni 1968. Dieser JU-Forderung war eine – von Brundert ausweichend beantwortete – Anfrage der CDU-Fraktion gefolgt, ob es der Magistrat angesichts der Verhaltensweise des künftigen Oberspielleiters Reible für vertretbar halte, den mit ihm abgeschlossenen Anstellungsvertrag noch aufrechtzuerhalten. IfSG: SB 52. Der Magistrat an die Stadtverordneten-Versammlung, 26. August 1968, wg. Anfrage der CDU-Fraktion vom 5. Juni 1968.

daß „irgend etwas in der Luft lag“ – mehr aber auch nicht. Reible und Kleinschmidt versäumten es, ihr Unternehmen auf eine breitere Basis zu stellen und übersahen bei ihrem Unternehmen, „ein demokratisches Ensemble aufzubauen […], alle demokratischen Spielregeln“. Statt das Gros des prinzipiell reformbereiten Ensembles und die künstlerischen Vorstände von der Notwendigkeit einer Umstrukturierung zu überzeugen und mit ihnen entsprechende Gespräche zu führen, wagten die Autoren des Memorandums „den Alleingang“[181]. Rasch distanzierte sich der Lokalverband Schauspiel der GDBA, weil das geplante Dreier-Direktorium „im Sinne der von der Bühnengenossenschaft geforderten Mitbestimmung am Theater sachlich nicht überzeugend“ sei[182]. Auch die für 70 Mitarbeiter sprechende Technische Leitung gab geschlossen eine Loyalitätserklärung für Erfurth ab. Da somit „die Mitbestimmung […] gesprochen“ hatte, und zwar eindeutig gegen das Triumvirat, wäre dessen Durchsetzung – Erfurth wies erleichtert darauf hin – „der Installation einer Diktatur“ gleichgekommen[183].

An den eindeutigen Voten der Theatermitarbeiter kamen die Kommunalpolitiker, auch wenn einige dies gewollt hätten, nicht mehr vorbei[184]. Bei einer Sitzung der städtischen Theaterdeputation versuchte Oberspielleiter Reible Anfang November 1969 noch einmal, sein Modell zu erklären, das die Verantwortung für den Spielplan und seine Durchführung vom Indendanten „auf die tatsächlich Produzierenden, d. h. also den Schauspieldirektor oder ein Direktorium“ verlagere. Reible erfuhr zwar von der linken Seite auch einige Zustimmung, doch nicht genug, um sich gegen Erfurth durchzusetzen, der jetzt den Personalvorschlag Münch entscheidend vorantrieb. Mit dessen Berufung, so der Generalintendant, wäre die Krise behoben, „insbesondere auch im Hinblick darauf, daß Münch entsprechende Mitarbeiter und Künstler mit nach Frankfurt bringen würde“[185].

In einer Sitzung der Deputation für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung begründete Erfurth am 17. November, weshalb er den zwischenzeitlich aufgetauchten Kompromißvorschlag, Stein statt Münch als Schauspieldirektor zu holen, nicht akzeptiere. Kulturdezernent vom Rath, der am 1. November mit Münch bereits einen Vorvertrag abgeschlossen hatte, resümierte, daß somit sowohl der Generalintendant als auch die Bühnengenossenschaft an ihrer ablehnenden Haltung gegen Stein festhielten. Die letzte Entscheidung liege bei ihm als Dezernenten. Einige SPD-Stadtverordnete murrten laut. Abermals wurde die Debatte um das Dreier-Modell aufgewärmt. Balser und Sackenheim plädierten für einen erneuten Versuch, durch Diskussion mit dem Bühnenpersonal eine Änderung der Standpunkte herbeizuführen. Ihr SPD-Fraktionskollege Raabe, damals noch als Mann des linken SPD-Flügels geltend, bezweifelte schlichtweg die Befugnis des Kulturdezernenten, den Vertrag mit Münch ohne Mitwirkung des Magistrats zu unterschreiben.

Für die CDU dagegen hatte ihr kulturpolitischer Sprecher in der Stadtverordnetenversammlung, Hans-Ulrich Korenke, bereits öffentlich klargemacht, statt eines Dreier-Direktoriums die Anstellung eines Schauspieldirektors zu favorisie-

181 Frankfurter Rundschau, 22. Oktober.
182 Ebd.
183 Die Welt, 23. Oktober 1969.
184 Vgl. hierzu auch den IfSG-Bestand Magistrat 2.309.
185 IfSG: SB 52. Sitzung der Deputation am 7. November 1969, TOP 4.

ren. Ein „Drei-Männer-Gremium“ würde nur „die Musik bestellen“ und es dann „dem doch allein verantwortlichen Generalintendanten“ überlassen, „die Musik zu bezahlen“. In Korenkes Augen versuchte eine „Clique ultralinker Regisseure“, mit einem Handstreich das Frankfurter Theater zu okkupieren, um „ans große Geld zu kommen und damit in dieser Stadt Kulturrevolution zu machen.“ Zweien der damit gemeinten, Reible und Kleinschmidt, warf der CDU-Politiker vor, „unter fördernder Duldung“ ihres „Gefangenen“, des Generalintendanten Erfurth, „das Schauspiel heruntergewirtschaftet“ zu haben und nun auch noch als „Wundärzte“ auftreten zu wollen – „ergänzt um den ‚Vietcong-Sammler‘ Peter Stein und den ‚Handke-Apologeten Claus Peymann, dem selbst das Theater am Turm noch nicht links genug war‘“[186].

Vom Rath faßte die Ergebnisse der Beratungen zusammen: Die SPD-Vertreter im Ausschuß seien gegen ein Engagement von Münch, die CDUler dafür. Unabhängig davon werde er, vom Rath, den Vertrag unterschreiben. Die ungewöhnlich breite Brust des Kulturdezernenten resultierte in dieser Frage offensichtlich aus seinem sachlichen Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister, der zwischen dem linken Flügel der Frankfurter SPD und dem konservativeren Deutschen Bühnenverein eingeklemmt war und zu lavieren hatte. Theaterkritiker Peter Iden spielte darauf an, als er in einer späteren Analyse bedauerte, die „historische Chance“ eines Mitbestimmungsmodell mit dem jungen Peter Stein sei „von der damaligen Stadtregierung (und durch spießigen Kleinmut innerhalb der SPD) […] vertan worden“; die „Berliner Schaubühne“ (die zur Spielzeit 1970/71 mit Stein wesentlich auf der Basis des in Frankfurt 1969 gescheiterten Mitbestimmungsmodells gleichsam neu gegründet wurde) wäre andernfalls vielleicht tatsächlich nicht am Halleschen Ufer, sondern am Main entstanden[187]. Doch die 1969 noch unterlegenen Kräfte vom linken Flügel der Frankfurter SPD, die schon damals dem Mitbestimmungsmodell nur „allzu willig […] ihren Segen“ gegeben hätten, steckten nicht auf[188]. SPD-Kulturpolitiker Sackenheim stellte in der Deputationssitzung bereits klar, daß für ihn mit der Entscheidung vom Raths das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Er sehe grundsätzlich „eine kulturpolitische Aufgabe der städtischen Gremien, den Raum und die Möglichkeit für eine Reform der Städtischen Bühnen, jetzt oder später, zu schaffen“[189].

Erfurth wußte also, was die Stunde geschlagen hatte, und er versuchte auf den ihm zur Verfügung stehenden Kanälen, seine Position zu befestigen. Bei einer demonstrativ in Frankfurt stattfindenden Gruppentagung der Intendanten des Deutschen Bühnenvereins Mitte Dezember 1969 zum Thema „Mitbestimmung“ ersuchte Erfurth den Verwaltungsrat um eine klare Stellungnahme, „da der linke

[186] Frankfurter Rundschau, 18. Oktober 1969. Er habe, so fügte Korenke hinzu, nichts gegen „vorwiegend gesellschaftskritische, ja gesellschaftsfeindliche Stücke“ am Kammerspiel; man solle jedoch nicht aus einem großen Haus wie dem Schauspiel „das eine Publikum heraustreiben, ohne zu wissen, daß sich das Haus auch mit anderem Publikum wieder entsprechend füllen lasse.“

[187] Iden, „Der Schein, was ist er, dem das Wesen fehlt?“, S. 7. Zur Geschichte der Berliner Schaubühne vgl. auch Müller/Schitthelm, 40 Jahre Schaubühne; Iden, Schaubühne.

[188] Frankfurter Neue Presse, 5. Juli 1972.

[189] IfSG: SB 52. Ergebnisprotokoll der Deputation für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 17. November 1969.

Teil der Frankfurter Mehrheitsfraktion das ‚Frankfurter Modell' über kurz oder lang zu verwirklichen trachte". Dabei gebe es im Ensemble lediglich 11 Anhänger dieser Ideen, und 10 davon hätten ihre Haltung bereits wieder revidiert. Die radikalen Verfechter des Mitbestimmungsmodells, deren Verbindungen „bis in die DDR" reichten, wollten nach Überzeugung Erfurts „nicht gutes, sondern (ihrer Meinung nach) richtiges Theater", d. h. politisch einseitig linkes Theater[190].

In der anschließenden Grundsatzdebatte wurden auf die Frage, wer denn eigentlich bundesweit überhaupt die „progressiven Reformer" seien, „in der Hauptsache Kabelitz, 2. Dramaturg in Köln, und André Müller, ehemaliger Kritiker aus der DDR" namhaft gemacht[191]. Im Kölner Ensemble habe der Arbeitskreis Brecht zwar nur drei bis vier Anhänger, aber „diese kleine Minderheit" habe es dennoch vermocht, „Unruhe zu erzeugen". Meist seien es jüngere Schauspieler, die das Unbehagen am Theater als „unerträglich" empfänden und sich in sogenannten Basisgruppen sammelten, die untereinander zwischen den einzelnen Häusern Querverbindungen herstellten. Hinter dieser Minderheit von 0,8% , so Everding, stecke indes mehr: „Diese Schauspieler erscheinen mit Peter Brooks ‚Leerer Raum'[192] unter dem Arm, fordern die Kulturrevolution, um vom Punkt 0 aus die gesamte gesellschaftliche Struktur zu zerstören." Andere Diskussionsteilnehmer erhärteten diese Thesen Everdings und Erfurths und warnten vor ersten Reformschritten, die harmlos aussähen, aber das Ziel der Abschaffung der Intendanten verfolgten, um die Mitbestimmung einführen zu können[193].

Nach einem weiteren Plädoyer Erfurths „konzentriert[e] sich immer mehr der Standpunkt ‚keine Mitbestimmung, aber Mitsprache'"[194], der vom Verwaltungsrat des Deutschen Bühnenvereins einige Monate später, am 27. April 1970, dann auch in einen Beschluß gegossen wurde[195]. Der Arbeitgeberverband setzte sich in dieser Entschließung für eine „funktionsgerechte Demokratisierung" am Theater ein, um eine „bewußtere Mitarbeit aller am Theater Tätigen" zu ermöglichen. Konkret hieß das in erster Linie „gegenseitige Information", die sich auf alle künstlerischen und wirtschaftlichen Theatervorgänge erstrecken solle, soweit ihre Erörterung für den Betrieb nicht nachteilig sei. Darüber hinaus sei auch „Mitsprache in bestimmten Bereichen", die von Haus zu Haus unterschiedlich sein könnte, „möglich und

190 IfSG: SB 187. Niederschrift über die Gruppentagung (der Intendanten) am 13. und 14. Dezember 1969 in Frankfurt, S. 2ff.

191 Zusammen mit anderen Autoren hatte der junge Dramaturg Roland Kabelitz ein „Mitbestimmungsstatut zur Demokratisierung des Theaters" vorgelegt, wobei er davon ausging, daß „auch die bisherigen Betriebs- und Personalräte" zu einem „Theaterrat" umgebaut werden könnten. Der Spiegel, 10. November 1969 (Nr. 46), S. 210. André Müller (sen.), der 1925 geborene Schriftsteller, Theaterkritiker, -praktiker und später auch -dozent, war in den 1950er Jahren einer der entschiedensten Anhänger des Theaters von Bertolt Brecht. 1957 gründete Müller den Arbeitskreis Bertolt Brecht. Vgl. auch Müller, Kreuzzug gegen Brecht.

192 Der 1925 geborene britische Theaterschaffende Brook stand für ein gesellschaftlich engagiertes Theater. Bald nach der Veröffentlichung seines Buches „Der leere Raum" (das 1968 unter dem Titel „The empty space" erschienene Buch war schon 1969 in deutscher Übersetzung publiziert worden) verabschiedete sich Brook vom herkömmlichen Theaterbetrieb und gründete in Paris ein internationales Theaterforschungsinstitut. Vgl. Brook, Der leere Raum.

193 IfSG: SB 187. Niederschrift über die Gruppentagung (der Intendanten) am 13. und 14. Dezember 1969 in Frankfurt, S. 5.

194 Ebd.

195 Vgl. den „Schnellbrief" des Deutschen Bühnenvereins vom 28. April 1970 an alle Mitglieder, in: IfSG: SB 187. Vgl. auch: Die deutsche Bühne, Juni 1970, S. 107.

wünschenswert", so etwa bei der Konzeption des Spielplans, bei Terminplänen und strukturellen Veränderungen[196]. Mitbestimmung dagegen konnte es – etwa auch nach Ansicht des sozialdemokratischen Münchner Kulturdezernenten und Bühnenvereinsmitglieds Herbert Hohenemser[197] – an staatlichen und kommunalen Theatern nicht geben; „die entscheidenden Probleme, soll die Demokratie nicht durch Demokratisierung ausgehöhlt werden", müßten von den Parlamentariern gelöst werden. Diese Verantwortung dürfe „ihnen nicht abgenommen werden"[198].

Erfurth hatte damit an der Front der bundesweiten Intendantendebatte einen Teilerfolg erzielt. In Frankfurt gelang ihm dies anschließend ebenfalls. Der Magistrat sah Ende 1969 in der erfolgten Berufung des „als reife künstlerische Persönlichkeit" geltenden Hamburger Schauspielers und Regisseurs Richard Münch zum Schauspieldirektor ab der Spielzeit 1970/71 die wesentlichste Voraussetzung für ein Ende der aufgetretenen Schwierigkeiten erfüllt. „Die einzelnen Maßnahmen" glaubte der Magistrat dem harmonischen Zusammenwirken des Generalintendanten und des neuen Schauspieldirektors überlassen zu können, zumal es „die erklärte Absicht beider Herren" sei, im Hinblick auf das zurückgewonnene Ansehen der Oper auch dem Schauspiel „durch geeignete Spielplangestaltung und großstadtwürdige Besetzung die angemessene überlokale Bedeutung wieder zu verschaffen"[199]. Zum 60. Geburtstag des Impresarios im März 1970 meinte dann sogar die sonst so kritische *Neue Presse*, die schwere Krise des Frankfurter Theaters dürfte überwunden sein, nachdem es Erfurth gelungen sei, seine alten Freunde Münch und Günter Grass zu gewinnen[200].

Münch eilte Erfurth, seinem Weggefährten aus Hamburger Zeiten, nicht nur „wie Alt-Siegfried einst" zu Hilfe, er schien ihm mit dem prominenten Schriftsteller als „künstlerischem Berater" auch ein scharfes Schwert zu schmieden[201]. Nur leider sollte sich diese Waffe schon bald als ein Damoklesschwert erweisen, weil Münch und Grass überhaupt nicht miteinander konnten. Während Münch in Frankfurt „normales, vernünftiges Theater" machen wollte, die „Ausdeutung der Klassiker im modernen Theater", hatte Grass große Sympathien für das im Westen Berlins praktizierte „Frankfurter Modell" kollektiver Theaterleitung. Mit „kaschubischem Lächeln" enthüllte er auch die Motive seiner Beratertätigkeit: Den „Lebensbeweis" gegen das dauernde „Totsagen des Theaters" anzutreten,

196 Ebd. Vgl. auch den bereits im Januar 1970 als Diskussionsgrundlage vorgelegten „Entwurf eines Struktur-Modells" in: Die deutsche Bühne, Januar/Februar 1970, S. 19f.

197 Zum Profil des 1952 der SPD beigetretenen, 1956 zum Münchner Kulturdezernenten gewählten vorherigen Feuilleton-Chefs des *Münchner Merkur* vgl. das Porträt von Gisela Brackert „SPD-Stadt im CSU-Glanz" (Die Zeit, 16. April 1971).

198 Die deutsche Bühne, Februar 1973, S. 7.

199 IfSG: SB 52. Der Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung, Sachbearbeitende Dienststelle Amt für Wissenschaft …, 27. November 1969, wg. Anfrage der CDU-Fraktion vom 15. 10. in Sachen Krise am Schauspiel. (Weniger die offizielle Erwiderung hierauf ist aufschlußreich, die knapp und ausweichend war, sondern der Entwurf hierfür, der sich im Faszikel hinter diesem Schriftstück findet und rot durchgestrichen ist.)

200 Frankfurter Neue Presse, 21. März 1970.

201 Frankfurter Rundschau, 9. Februar 1971 („Erfurths Abgang").

dessen Misere an Frankfurts Städtischen Bühnen tatsächlich „besonders deutlich" auftrete[202].

Nach einem ersten „recht improvisierten Arbeitsgespräch" legte Grass Ende November 1969 Münch eine lange Liste mit sehr politischen Ideen vor und sprach sich für den Theaterkritiker des *Darmstädter Echos* und fiktiven Erzähler Georg Hensel als Chefdramaturgen aus[203]. Münch aber setzte nicht nur diesen Vorschlag nicht um, sondern fragte Grass in den ersten zehn Monaten nicht ein einziges Mal um Rat. So stellte sich die Zusammenarbeit zumindest aus der Sicht von Grass dar, der sich von Münch, den er als Regisseur durchaus schätzte, insgesamt „hochfahrend behandelt" fühlte[204]. Schon bald gestand Grass Erfurth, „unserer geplanten Zusammenarbeit ein wenig skeptisch" zuzusehen. „Aussprachelos eingegangene Verpflichtungen", so Grass' Befürchtung, würden „den Spielplan diktieren und ein Potpourri, von jedem etwas, als landläufiges Ergebnis zeitigen"[205]. Anfang Juni 1970 mußte Erfurth schließlich der Frankfurter Presse „mit großem Erstaunen" entnehmen, daß laut Grass der „dekorative Posten des Generalintendanten" ebenso wie der des bühnenfremden Chefdramaturgen abgeschafft werden sollten[206]. Auf einen irritierten Brief seines Männerfreundes Erfurth hin versetzte Grass, „die Apparate städtischer Bühnen in Frankfurt wie andernorts" seien tatsächlich „ausgewuchert"; Kompetenzüberschneidungen behinderten „eine zügige Reformarbeit". Allerdings habe er nur von Positionen, nicht von Personen gesprochen, so Grass, um sich gleich im nächsten Satz selbst mit dem an Erfurths Adresse gerichteten Hinweis tendenziell zu widersprechen, daß „nach Auslaufen Ihres Vertrages die Position des Intendanten nicht mehr neu besetzt", sondern über die Kompetenzverteilung neu nachgedacht werden sollte[207]. Schließlich könnte „auch Ulrich Erfurt (sic) […] als Schauspieldirektor weit mehr leisten als in seiner jetzigen Position"[208].

Zum Hintergrund der Grass'schen Absetzbewegungen von seinem alten Bekannten Erfurth gehörten die erfolgreichen kulturpolitischen Offensiven des damals immer stärker werdenden linken SPD-Flügels im Frankfurter Unterbezirk. Der Leiter des kulturpolitischen Arbeitskreises, Friedrich Franz Sackenheim, hatte seine gegen vom Rath gerichtete Ankündigung wahrgemacht und zwischenzeitlich, zunächst in der Partei, dann im Magistrat Mehrheiten für eine aus seiner Sicht progressive Theaterpolitik zustande gebracht. Im März 1970 leitete die Frankfurter SPD nicht nur einen Modellversuch mit Dreier-Direktorium am TAT ein[209], auch die Städtischen Bühnen wurden ins Visier der Reformen genommen und mit dem Beschluß, die Position des Generalintendanten mit dem Ende des laufenden

[202] Das Ensemble, so Grass weiter, sei „ausgeblutet" und müsse „neu aufgebaut" werden. Frankfurter Rundschau, 9. März 1970.
[203] IfSG: SB 199. Grass an Richard Münch, 28. November 1969.
[204] IfSG: SB 199. Grass an Erfurth, 16. September 1970.
[205] IfSG: SB 199. Grass an Erfurth, 13. Februar 1970.
[206] IfSG: SB 199. Erfurth an Grass, 8. Juni 1970.
[207] IfSG: SB 199. Grass an Erfurth, 11. Juni 1970.
[208] IfSG: SB 199. Grass an Erfurth, 2. Juli 1970. Vgl. zu diesen Vorgängen auch Jürgs, Günter Grass, S. 251.
[209] Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 148. Laut Krämer-Badoni war der SPD-Beschluß „teils aus ideologischen Gründen, teils aus Ärger über die Stagnation am Frankfurter Theater" zu erklären. Die Welt, 15. Februar 1971.

Vertrags 1972 nicht mehr neu zu besetzen, die Ablösung Erfurths vorbereitet[210]. Durch den Tod Brunderts im Mai 1970 hatte Erfurth seinen potentiell wichtigsten Schutzschild verloren. Denn der am 11. Juni zum Nachfolger des Oberbürgermeisters gewählte, dem linken Flügel seiner Partei besonders verbundene Möller, der nicht mehr in Personalunion als Bühnenvereinsvorsitzender fungierte, trat ausdrücklich dafür ein, „den Demokratisierungsprozeß auch auf den kulturellen Bereich auszudehnen“[211]. Nur wenige Tage nach der Amtsübernahme Möllers am 13. Juli 1970 beschloß der Magistrat für die restlichen Spielzeiten der Intendanz Erfurth eine „Vereinbarung über die erweiterte Mitbestimmung im künstlerischen Bereich der Städtischen Bühnen“[212].

Die „Betriebsvereinbarung“ enthielt auch insofern ein Eingeständnis des Erfurthschen Scheiterns, als sie dazu beitragen sollte, „alle bisher zu wenig genutzten künstlerischen Reserven dadurch zu mobilisieren, daß die gesamte künstlerische Planung durch das Abwägen wechselseitiger Vorschläge und Bedenken durchschaubarer und effektiver gestaltet wird“. Als Instrument dieser partiellen Entmachtung des Generalintendanten wurde ein „künstlerischer Beirat“ gebildet, der sich aus dem Personalrat, den „Vorständen der gewerkschaftlichen Lokalverbände“ und aus dem Orchestervorstand zusammensetzte. Der künstlerische Beirat hatte künftig das Recht „der innerbetrieblichen Mitwirkung“ bei der Gestaltung des Spielplanes und das Recht der „Mitberatung bei der Ensemblebildung“ (d. h. bei Personalfragen). Mitwirken konnte der Beirat auch bei der Intendantenwahl, einerseits durch „ein eigenes Vorschlagsrecht“, andererseits durch die Möglichkeit, „städtischerseits in die engere Wahl“ gezogene Kandidaten zu befragen und den Magistrat von den Ergebnissen dieser Befragung zu unterrichten. Der Kompromißcharakter des Papiers – schließlich war Erfurth bis 1972 gewählt – zeigte sich in der Schlußbestimmung, wo geregelt war, wie bei der „innerbetrieblichen Mitwirkung“ im Falle eines Dissenses zwischen künstlerischem Beirat und Generalintendanten zu verfahren sei; die Entscheidung lag hier nämlich ausdrücklich beim Intendanten, der Beirat hatte lediglich in schwerwiegenden Fragen das Recht, seinen Einspruch dem Magistrat vorzutragen[213]. Die Kommandogewalt des Intendanten sei zwar erheblich eingeschränkt worden, kommentierte Theaterkritiker Krämer-Badoni die neuen Strukturen, doch gehe diese „im Endeffekt auf den Magistrat über“. Im Kern seien die Vereinbarungen mit dem „Kommunalbetriebsmodell“ der sogenannten erweiterten Mitbestimmung zu vergleichen: „Das Theaterpersonal kommt nur in den Genuß der gleichen Rechte wie das Personal städtischer Elektrizitäts- und Wasserwerke.“[214]

210 Chromik, Kulturpolitik, S. 66; IfSG: Kulturdezernat 157. Vgl. auch den Antrag Nr. K 1 an den SPD-Unterbezirksparteitag „Betr.: Reform der Städtischen Bühnen“, als Anhang in „Materialien und Anträge zu kulturpolitischen Fragen der SPD Frankfurt/Main“, in: AdsD: Bezirk Hessen Süd II (provis.), KPA (Kulturpolitischer Ausschuß) ab 4. Sitzung (1970). Vgl. auch Balser, Aus Trümmern S. 289, die die Art und Weise der Ablösung Erfurths als wesentliche Folge der 68er-Revolte bewertet.

211 Die deutsche Bühne, November 1970, S. 207.

212 Deren Mitarbeiter sollten „durch den Personalrat“ vertreten werden. „Vereinbarung über die erweiterte Mitbestimmung im künstlerischen Bereich der Städtischen Bühnen Frankfurt am Main“ (IfSG: SB 126).

213 Ebd.

214 Die deutsche Bühne, November 1970, S. 207.

Bei der Verabschiedung Erfurths Ende August 1972 sollte Hilmar Hoffmann später betonen, Erfurth habe als einziger Intendant in der Bundesrepublik freiwillig auf eine Reihe von Rechten verzichtet und diese an einen künstlerischen Beirat delegiert; die Konstituierung dieses Rates als erste Stufe zur Mitbestimmung sei nur wegen Erfurths Einsicht schon damals – und nicht erst zwei Jahre später – möglich gewesen[215]. Wie es mit der Freiwilligkeit tatsächlich bestellt war, demonstrierte vielleicht am besten der Gesundheitszustand Erfurths, der im Sommer 1970 drei Magengeschwüre bekam[216] und aufs Krankenlager geworfen wurde. Auch Hoffmanns Erinnerungen zufolge war sein Verhältnis zu Erfurth nicht gerade freundschaftlich. Erfurth habe ihm nach seiner Wahl zum Kulturdezernenten 1970 „als Option auf eine Verlängerung seines Vertrags als Generalintendant der Städtischen Bühnen was Nettes sagen" wollen und stolz berichtet, daß er mit Grass einen Freund Hoffmanns „als künstlerischen Berater fest unter Vertrag" habe. Doch dem Kulturdezernenten erschien das Verhältnis zwischen der Höhe des Grass'schen Honorars und den „mickrigen Gegenleistungen" („zweimal im Jahr ‚kommt Grass vorbei'") nicht angemessen, so daß er auf eine Beendigung des Werkvertrages mit dem Schriftsteller drängte[217]. Wenn Hoffmann es dabei im November 1970 sogar auf eine öffentliche Fehde mit seinem alten Gesinnungsgenossen Grass ankommen ließ, der als „nicht integrierbarer Star" der Verantwortung ausweiche, wenn es schwierig werde[218], demonstrierte dies, wie wild entschlossen der Kulturdezernent war, den ungeliebten Erfurth schnellstmöglich los zu werden.

Zu Hoffmanns ersten Amtshandlungen gehörte es denn auch, die entscheidenden Weichen für das Ausrangieren Erfurths zu stellen[219], den er in bestimmten Bereichen für „völlig überfordert" hielt[220]. Nachdem Oberbürgermeister Möller bei Terminen des Kulturausschusses die Direktinformation an die Dienststellenleiter – zu denen der Generalintendant der Städtischen Bühnen gehörte – abgeschafft hatte, hätte es Hoffmann als Dezernenten oblegen, Erfurth zu zwei wichtigen Kulturausschußsitzungen im Januar 1971 einzuladen, wo es unter anderem um die Finanzen des Theaters ging. Hoffmann unterließ dies aber, so daß Erfurth

215 IfSG: SB 217. Nicht näher klassifizierter Zeitungsartikel vom 31. August 1972 (Mappe Erfurth).

216 IfSG: SB 199. Brief Grass an Erfurth, 16. September 1970.

217 Grass seinerseits teilte im November 1970 einer Gruppe von Frankfurter Kulturpolitikern bei einem gemeinsamen Essen in Berlin „zwischen Hauptgang und Nachtisch beiläufig mit", den Städtischen Bühnen Frankfurt künftig nicht mehr als Berater zur Verfügung zu stehen. Die Zeit, 27. November 1970; Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 425. Dem Generalintendanten Erfurth hatte Grass aber schon Mitte September 1970, in der SPD war gerade erst die Entscheidung für Hoffmann als neuen Kulturdezernenten gefallen, mitgeteilt, seine Zusammenarbeit mit den Städtischen Bühnen „in der bisherigen Form" beenden zu müssen, weil die Kooperation mit Münch nicht klappe. IfSG: SB 199. Brief Grass an Erfurth, 16. September 1970.

218 Die Zeit, 27. November 1970.

219 Schon im Oktober 1970 nannte Hoffmann die Beschlüsse des jüngsten SPD-Unterbezirks, die zur Einführung der „erweiterten Mitbestimmung" bei den Städtischen Bühnen geführt hatten, eine „phantastische Ausgangsposition" für seine geplante Kulturpolitik. Frankfurter Neue Presse, 17. Oktober 1970. So wurde Erfurth zumindest „teilweise auch Opfer politischer Entscheidungen" des Kulturdezernenten (Abendpost, 22. März 1980).

220 Hoffmann meinte am Schauspiel die Bereiche Technik und Bühnenbild; darüber hinaus würde Erfurth an der Oper von den Fachleuten „völlig überspielt". IfSG: Magistratsakten 3.536. Niederschrift über die Sitzung am 22. Februar 1971.

nicht reagieren konnte, als im Zusammenhang mit einem finanziellen „Nachforderungsantrag" Klage über ihn geführt wurde[221]. Dem Noch-Intendanten war es infolgedessen auch verwehrt, seine Kritiker mit dem Faktum einer deutlichen Aufwärtstendenz der Besucherzahlen am Theater zu konfrontieren[222].

Hoffmanns kühle Entschlossenheit bekam auch Erfurths Schauspieldirektor Münch zu spüren. Während der Kulturdezernent nach seiner Wahl mit dem Künstlerischen Beirat und anderen Verantwortlichen am Theater eine Reihe von Gesprächen führte, vermied er es bewußt, mit Münch zusammenzukommen. Der Schauspieldirektor mußte statt dessen von Hoffmanns „künftigen Plänen […] aus verschiedenen Veröffentlichungen erfahren". Er zog daraus in einem Brief an den Dezernenten den zweifelsohne zutreffenden Schluß: „Ein Vertrauensverhältnis zwischen uns ist von Ihnen offensichtlich nicht angestrebt", und kündigte am 12. Februar 1971 seinen Vertrag zum Ende der Spielzeit 1970/71[223].

Hoffmann hatte der Presse wenige Tage vorher mitgeteilt, worüber er Erfurth schon informiert hatte: Daß wegen der geplanten Strukturveränderungen an den Städtischen Bühnen der Vertrag des Generalintendanten vom Magistrat nicht über 1972 hinaus verlängert werde[224]. Für den förmlichen Beschluß der Stadtregierung war es höchste Zeit gewesen, nachdem schon seit Wochen die Namen möglicher Erfurth-Nachfolger auf offenem Markte gehandelt wurden (Palitzsch, Minks, Neuenfels und andere) und der Kulturdezernent allüberall, nicht zuletzt im Gespräch mit dem Hessischen Rundfunk, herumposaunte, daß Strukturveränderungen in Richtung auf ein Direktorium anstelle des allmächtigen Intendanten geplant seien[225]. Dennoch widerstand Gentleman Erfurth der zweifelsohne nicht geringen Versuchung, den Büttel ganz hinzuschmeißen[226]. Er fand sich vielmehr nach einer Unterredung mit Hoffmann im März 1971 bereit, die wegen des Ausscheidens von Münch vakant werdende Funktion des Schauspieldirektors bis zum Schluß seiner Intendantenzeit gemeinsam mit dem Künstlerischen Beirat wahrzunehmen[227].

Die Sondierungsgespräche wegen einer „Erneuerung der Frankfurter Theaterszene", die im Januar 1971 in ein so konkretes Stadium getreten waren, daß Gerüchte nicht mehr ausbleiben konnten, hatte Hoffmann noch 1970 begonnen, weil er tiefgreifende Veränderungen nach vier „Erfurth-Jahren" als „zwingend notwendig" erachtete. Für den Neuanfang kam seiner Überzeugung und seinen zahlreichen Gesprächen mit Theaterkritikern zufolge „nur ein Name […] in Betracht"[228]: Peter Palitzsch. Die Theaterschaffenden, so der Standpunkt dieses renommierten

221 IfSG: SB 126. Erfurth an Hoffmann, 19. Januar 1971.
222 IfSG: SB 217. Erfurth an Bürgermeister Wilhelm Fay, 16. Februar 1971.
223 IfSG: SB 126. Münch an Hoffmann, 12. Februar 1971.
224 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Februar 1971. Vgl. auch den Kommentar der *Frankfurter Rundschau*,10. Februar 1971 („Erfurths Abgang").
225 Frankfurter Rundschau, 9. Februar 1971.
226 Wie frustriert er war, dokumentiert z. B. auch sein Schreiben an den Redakteur Gernot Rauhe vom Deutschen Bühnenverein, in dem er darüber klagte, wie eine seiner Schauspielerinnen „durch die ständig steigende Aggressivität von zwei Frankfurter Zeitungen" derart erschüttert wurde, daß sie noch während der Proben entnervt wieder abreiste. IfSG: SB 187. Erfurth an Rauhe, 17. März 1971.
227 Frankfurter Neue Presse, 9. März 1971.
228 Hoffmann, Theater als organischer Teil der Gesellschaft, S. 11.

Brecht-Schülers, würden von der Gesellschaft nicht dafür bezahlt, „daß wir sie verherrlichen, sondern daß wir einen demokratischen Prozeß aufrechterhalten, das heißt, alles bekämpfen, was zur Entdemokratisierung, zu Starre und Niveauschwund führen kann“[229]. Dieses Credo von Theaterarbeit war Hoffmann ebenso „aus dem Herzen gesprochen“, wie ihm Palitzschs emphatischer Glaube imponierte, Theater könne die Wirklichkeit verändern. Mit Palitzsch und seiner Stuttgarter Truppe meinte der Frankfurter Kulturdezernent nicht weniger als den Versuch wagen zu können, „die schläfrigen Stadttheater […] aus ihrer trostlosen Langeweile zu erlösen“[230]. Diese Hoffnung konnte dem Kulturdezernenten um so berechtigter vorkommen, als Schauspieldirektor Palitzsch in Stuttgart informell sogar bereits Mitbestimmung praktizierte, auch wenn sich dies zunächst eher einem Mißgeschick seinerseits verdankte. Palitzsch hatte bei der Uraufführung eines umstrittenen Stückes die Mitwirkung einiger Schauspieler erzwungen, bei anderen aber auf Zwang verzichtet. Um dem daraus erwachsenden Eklat zu begegnen, hatte Palitzsch die Mitbestimmung „aus dem Hut“ gezogen „wie der Zauberer das weiße Kaninchen“[231].

Hoffmann pilgerte also in Absprache mit dem Oberbürgermeister mehrfach ins Schwäbische zu Palitzsch und seinen Vertrauten, um sie für die Städtischen Bühnen Frankfurt zu gewinnen. In „ihren spartanischen Wohnungen im Neckartal“ diskutierte man „in vielen nächtlichen Stunden mit wechselnden Gästen […] konkrete Ziele“ für ein neues Mitbestimmungsmodell: „Frankfurt sollte der auserwählte Ort sein, den schon von Peter Stein, Claus Peymann und Dieter Reible […] geträumten Traum“ doch noch zu „materialisieren.“[232] Vor allem Palitzsch und sein Dramaturg Horst Laube verwiesen dabei gern auf die letzte marxsche These über Feuerbach, wonach die Philosophen die Welt bislang nur interpretiert hätten, es aber „vielmehr darauf ankäme, sie zu verändern“[233]. Die Ergebnisse der im Geist von 1968 geführten Stuttgarter Gespräche wurden schließlich im Januar 1971 in Hoffmanns vorläufigem Frankfurter Appartement Nr. 7 im Schauspielhaus an der Neuen Mainzer Straße mit den Theaterkritikern Peter Iden, Günther Rühle, Henning Rischbieter und Hellmuth Karasek sowie künftigen Ensemblemitgliedern beraten. Dabei mußte nicht mehr prinzipiell über Mitbestimmung gestritten werden, sondern es ging vor allem um die taktische Frage, „wie konkret dies in einem offiziellen Papier fixiert werden sollte, um einerseits den Magistrat zu binden“ und um andererseits, „auch für unvorhersehbare Entwicklungen genügend Spielraum zu lassen“[234].

Am 10. Februar 1971, unmittelbar nach Erfurths Nicht-Verlängerung, legte der Kulturdezernent eine schriftliche “Diskussionsgrundlage für ein erweitertes Mitbestimmungs-Modell an den Städtischen Bühnen Frankfurt am Main“ vor[235]. In der Einleitung hieß es programmatisch: „In einer Gesellschaft, die sich allenthal-

[229] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 140.
[230] Ebd.
[231] Schwarz, Ein Mann und (s)ein Modell, S. 79.
[232] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 140f.
[233] Ebd., S. 141.
[234] Hoffmann, Theater als organischer Teil der Gesellschaft, S. 11.
[235] IfSG: SB 126, Bl. 157f.

ben zur Aufgabe gesetzt hat, offenere demokratischere Strukturen zu finden, um die Emanzipation aller Bürger zu verwirklichen, darf das Theater von einer solchen Entwicklung nicht ausgeschlossen bleiben". Im Sinne der angestrebten Emanzipation solle künftig auf „die Position des dem Rechtsträger alleinverantwortlichen Intendanten verzichtet werden"; dessen in allen Sparten (künstlerisch, didaktisch, werberisch und wirtschaftlich) „in gleicher Weise kompetente" und verantwortliche „Vaterfigur" sei angesichts der differenzierten Produktionszwänge des heutigen Theaters ohnehin nur noch „Fiktion". Statt dessen schlug Hoffmann neben der Entflechtung des „unüberschaubaren Mammutbetrieb[s]" von Musik- und Sprechtheater eine kollegiale Leitung des Schauspiels vor. Derartige Direktorien Gleichberechtigter seien schließlich in der Wirtschaft seit langem erprobt. Denkbar für das Frankfurter Schauspieldirektorium, so der Entwurf, sei eine Mischung aus je einem Regisseur, Dramaturgen und Bühnenbildner sowie dem Verwaltungsleiter und dem Vorsitzenden des – von der „Theatervollversammlung" in geheimer Abstimmung einmal jährlich gewählten – „Theaterrats (künstl. Beirats")[236]. Außer letzterem bedürften aber alle Direktoriumsmitglieder auch der Zustimmung des Magistrats.

Im Verlaufe des kommunalpolitischen Diskussionsprozesses wurde die Zahl der Direktoriumsmitglieder auf drei reduziert, was Hoffman ebenfalls bereits erwogen, wohl auch aus taktischen Erwägungen aber in seinem Papier zunächst noch offengelassen hatte. Die realiter gefundene Mischung aus „je einem Regisseur, Bühnenbildner, Schauspieler sollte die drei wichtigsten Elemente des Theaters nach außen repräsentieren"[237]. So konsensfähig dies prinzipiell war, so problematisch war die Konstruktion zweier verschiedener Typen von Direktoren. Kritiker meinten, der nicht vom Magistrat ernannte Direktor diene nur „mehr oder weniger zur Verbrämung der sogenannten Mitbestimmung", während die „Magistratsleute […] nicht nur eine Mitbestimmung haben, sondern auch eine Mitverantwortung". Es sei schwer zu sehen, wie der „eine Mann, der von unten kommt", dem Magistrat gegenüber aber „weder verpflichtet noch berechtigt" sei, auch eine Mitverantwortung tragen könne. Besser als die geplante „Mischmaschkonstruktion" wäre es, „das Ganze entweder von unten oder von oben" zu strukturieren[238]. Hoffmann konnte diesen Widerspruch nur mühsam auflösen, indem er darauf verwies, daß „in diesem Direktorium […] alle drei […] gleichberechtigt" und in ihrer Gesamtheit dem Magistrat verantwortlich seien. Auch der vom Künstlerischen Beirat entsandte Direktor werde keinesfalls „sozusagen auf freier Wildbahn" agieren; und das Ensemble, da sei er ganz zuversichtlich, werde niemanden entsenden, „der nicht auch bereit ist, die Verantwortung für alle Entscheidungen mitzutragen"[239].

In dem vom Magistrat am 21. August 1972 schließlich verabschiedeten Modell blieb es zwar bei der kritisierten „Mischmaschkonstruktion" im Direktorialbereich, doch die Rechte der Basis wurden gegenüber dem ursprünglichen Hoff-

[236] Ebd.
[237] Vgl. Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 11.
[238] Die Pressekonferenz vom 16. März 1972. Auszüge in: Loschütz, War da was?, S. 17–19, hier S. 17; vgl. auch den Bericht in der Frankfurter Rundschau, 17. März 1972.
[239] Loschütz, War da was?, S. 17f.

mann-Entwurf an anderen Stellen weiter verstärkt: Die Neuberufung auch der beiden vom Magistrat berufenen Direktoren, jeweils ein „Regisseur (Dramaturg)“ und ein Bühnenbildner, bedurfte künftig „der Zustimmung durch eine Vollversammlung mit der Mehrheit ihrer Mitglieder“. Für den Fall eines nicht auflösbaren Dissenses zwischen Magistrat und Vollversammlung sollte eine „Einigungsstelle“, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern, drei Vertretern der Vollversammlung und einem „neutralen Vorsitzenden“ entscheiden. Darüber hinaus wurden auch die vom Magistrat gewählten Direktoriumsmitglieder ausdrücklich „an die Beschlüsse des Künstlerischen Beirats gebunden“[240].

Bereits im Vorgriff auf diese Entscheidungen verfuhr der Magistrat bei der Berufung von Palitzsch zum vorläufigen Vorsitzenden des Direktoriums am 22. Februar 1971. Denn dies geschah erst, nachdem der Regisseur sich am Vortag dem Frankfurter Ensemble vorgestellt hatte und durch den alten – im Juli 1970 eingeführten – Künstlerischen Beirat in geheimer Wahl einstimmig vorgeschlagen worden war[241]. Weniger die Personalie Palitzsch als die mit ihm auf der Basis des Hoffmann-Entwurfes eingeleitete Strukturreform erwies sich indes in den Augen des Kulturdezernenten „als ein heftigste Widerstände mobilisierender Gewaltakt sondergleichen“. In den städtischen Gremien, „in den meisten Medien und in konservativen Zirkeln“, vor allem aber „im Theater selbst hagelte es von der Bühnengenossenschaft bis zum Betriebsrat geharnischte Proteste“[242]. Hoffmanns Rückblick ist gut geeignet, die Bedeutung seiner kulturpolitischen Herkulesarbeit ins rechte Licht zu rücken, erscheint allerdings in bezug auf die Haltung der Medien leicht getrübt. Denn natürlich konnten jene führenden Theaterkritiker, die teilweise selbst an der Ausarbeitung des Mitbestimmungsmodells beteiligt gewesen waren, jetzt nicht als Fundamentalkritiker auftreten. Und so fiel die Aufnahme der Strukturveränderungen seitens der Frankfurter Medien ziemlich wohlwollend aus: „Ein Mann, ein Team und ein Theater“, titelte etwa die *Neue Presse* erwartungsfroh über das „Palitzsch-Paket“[243].

Die Berufung Palitzschs zum Vorsitzenden „eines neu zu schaffenden Schauspieldirektoriums“[244] war im Magistrat indes tatsächlich auf den Widerstand von CDU und FDP gestoßen. Nachdem Hoffmann die Krise am Schauspiel mit der „bisherigen feudalistischen Theaterstruktur“ erklärt hatte,[245] versetzte CDU-Bürgermeister Fay: Der monokratische Theaterintendant, der „die großen Zeiten der deutschen Bühne gebracht“ habe, könne keineswegs als Ursache der Krise gelten. Ein „hartes Wort der Kritik“ richtete Fay auch gegen die These des Kulturdezernenten, Theater hätten nur die Aufgabe, die „kritische Wahrnehmungsfähigkeit“ zu stärken. Das, so Fay, wäre „ein trauriges Theater“. Im übrigen könne die von Hoffmann beantragte Stelle schon deshalb nicht besetzt werden, weil es sie „derzeit gar nicht“ gebe[246]. Grundsätzliche Bedenken äußerte Fay, wie vorher schon

240 Wortlaut des vom Magistrat beschlossenen Entwurfes bei Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 12.
241 Frankfurter Neue Presse, 23. Februar 1971.
242 Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 141.
243 Frankfurter Neue Presse, 23. Februar 1971.
244 So hieß es im Magistratsbeschluß Nr. 458. IfSG: Magistratsakten 3.536.
245 IfSG: Magistratsakten 3.536. Niederschrift über die Sitzung am 22. Februar 1971, S. 12.
246 Ebd., S. 15.

der FDP-Politiker Karry, auch gegen den Begriff der Mitbestimmung in Hoffmanns Konzept. Von dem zeitweilig anwesenden Palitzsch zunächst mit dem Hinweis beruhigt, im Großen Haus sollten „im wesentlichen […] Werke der Weltliteratur" gespielt werden[247], versagte auch Karry seine Zustimmung zur Berufung Palitzschs, als sich herausstellte, daß mit der Personalie doch eine Vorfestlegung auf eine neue Theaterstruktur getroffen werden würde[248].

Der Journalist Peter Iden mischte ebenfalls etwas Wasser in den Wein, weil das von ihm favorisierte Fünfer-Direktorium aus je einem Regisseur, Bühnenbildner, Schauspieler, Techniker und Dramaturgen zugunsten der Dreierlösung aufgegeben worden war. Dies führe dazu, daß die Dramaturgie als einzige der wichtigen Kräfte am Theater im Direktorium nicht vertreten sei. Da Palitzsch die Zielsetzung seines Frankfurter Unternehmens selbst „immer wieder mit dramaturgischen Überlegungen definiert" hatte, fand Iden die Triumviratslösung „um so erstaunlicher". Hinzu kam, daß man beim Gedanken, einen Bühnenbildner in die Leitung zu berufen, davon ausgegangen war, über ihn das technische Personal[249] einzubinden, ohne aber der Technik im Direktorium zu starken Einfluß zu verschaffen. Diese Rolle eines Moderators zwischen künstlerischen und betriebsökonomischen Interessen war deutlich auf Wilfried Minks, damals der Star unter den deutschen Bühnenbildnern, zugeschnitten gewesen. Nur: Minks ließ sich aufgrund seiner Hamburger Professur und wohl auch wegen der Neuordnung des Theaters in der Hansestadt nicht fest an die Städtischen Bühnen Frankfurt binden[250], sondern sagte lediglich Mitarbeit bei drei Stücken in der ersten Spielzeit unter Palitzsch zu.

Dabei war Minks ursprünglich „einer der Antreiber" für Palitzschs Wechsel von Stuttgart nach Frankfurt und für das Modell einer Co-Direktion gewesen. Daß er plötzlich „doch nicht" mehr wollte und Palitzsch „sitzen" ließ, hat dieser „ihm nicht verzeihen können"[251]; ja, Palitzsch soll Minks deshalb sogar „die Tasche und dann noch die Zahnbürste aus dem Fenster seiner Stuttgarter Wohnung" nachgeworfen haben[252]. Minks Absage, so fürchtete Iden zu Recht, bedeutete für das neue Strukturkonzept „eine schwere Belastung"[253]. Problematisch fand Iden auch die Position des dritten, nicht vom Magistrat, sondern vom Künstlerischen Beirat gewählten Direktors, da dieser zwar von den anderen beiden theoretisch überstimmt werden könnte, dann aber faktisch als Vertreter „der stärkste[n] Gruppe am Theater" die ihm mißliebigen Entscheidungen mit Hilfe des Ensembles blockieren würde[254].

Anders als Idens Kritik tatsächlich mit dem Adjektiv „geharnischt" zu charakterisieren, war die Reaktion der Stadtverordneten aus den Reihen von CDU und FDP, die sich von Hoffmanns Vorentscheidung für Palitzsch und damit auch für

[247] Ebd., S. 18.
[248] Ebd., S. 26.
[249] Zu diesem unterhält der Bühnenbildner von allen künstlerischen Kräften den engsten Kontakt.
[250] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Februar 1971.
[251] Iden, Palitzsch (Peter Palitzsch über sich selbst), S. 67.
[252] So Neuenfels in: Iden, Palitzsch, S. 188.
[253] Frankfurter Rundschau, 23. Februar 1971.
[254] Ebd.

die erweiterte Mitbestimmung, an die dessen Kommen ausdrücklich geknüpft war, prozedural übergangen oder zumindest nicht hinreichend konsultiert fühlten[255]. Während die Einwände der CDU-Dezernenten im Magistrat eher dem Direktoriumsmodell als solchem gegolten hatten, machte der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion keinen Hehl daraus, daß er die Leistung Palitzschs in Stuttgart „nicht für ausreichend" hielt. Korenke paßte offensichtlich „die ganze Richtung nicht". Den auf „Veränderung der Gesellschaft zielenden Tendenzen" hielt er die Frage der Akzeptanz des Theaters beim Publikum entgegen[256], was angesichts der stark rückläufigen Besucherzahlen des Stuttgarter Schauspiels unter Palitzsch recht nahelag[257]. Noch schmerzlicher als Korenkes Hiebe war für Hoffmann der Gegenwind, den Mitbestimmungskritiker August Everding in seiner ZDF-Reihe „Theater im Gespräch" zu erzeugen vermochte. 1972 konfrontierte er den Frankfurter Kulturdezernenten in einer Sendung mit Rudolf Noelte, einem angesehenen Regisseur vom Darmstädter Staatstheater, der nicht nur inhaltlich für ein „konservatives", nah am Text orientiertes Theater stand. Noelte erregte sich derart über die „Frankfurter Mitbestimmung", daß Everding nach der Aufzeichnung meinte, das könne man „unmöglich so rauslassen"[258].

Auch der scheidende Erfurth hatte, nachdem der Würfel gegen ihn gefallen war, immer weniger Veranlassung, mit seiner infolge des „Theaterdonners" 1969 besonders bitter werdenden Skepsis gegenüber linken Reformideen hinter dem Berg zu halten. Was zur Zeit am deutschen Theater geschehe, so der abgemeierte Intendant, „sei Mord, glatter Mord, vielleicht auch Selbstmord. Das Theater sei an einem Tiefpunkt angelangt und kämpfe um seine Existenz"[259]. Früher sei an den Theatern „Theater gemacht" worden, heute werde „Politik infiltriert, und das hält den ganzen Betrieb auf, lähmt die Arbeit und verwirrt das Ensemble"[260]. Erfurths Bericht an den Kulturdezernenten über seine Erfahrungen mit dem neuen Künstlerischen Beirat (KB) fiel nach einem Jahr ausgesprochen negativ aus. Schon vorher, so betonte der Noch-Generalintendant, habe er ohnehin jeden Morgen die alltäglichen und grundsätzlichen Fragen und Probleme mit allen Ressortleitern, mit dem Personalratsvorsitzenden, mit den jeweils beschäftigten Regisseuren und Bühnenbildnern besprochen und sich um gemeinsame Lösungen bemüht. Dieses Verfahren sei an der Oper auch nach Installierung des KB normal weitergegangen; im Schauspiel hingegen sei die Tätigkeit des KB „nicht nur unproduktiv, sondern geradezu peinlich und lächerlich" gewesen. Die gewählten Vertreter „bildeten Cliquen, anstatt daß das Ensemble gestärkt wurde. Sand wurde in das Getriebe geworfen. Es war nicht nur politischer und kulturpolitischer Sand, sondern auch viel persönlicher" . Der Tiefpunkt war für Erfurth erreicht, als der Schauspieler

255 Vgl. Chromik, Kulturpolitik, passim; Frankfurter Neue Presse, 23. Februar 1971.
256 So in einem HR-Fernsehgespräch im März 1971. Frankfurter Neue Presse, 10. März 1971.
257 Frankfurter Rundschau, 8. Oktober 1971. Innerhalb der letzten vier Jahre waren die Zahlen um ein Viertel zurückgegangen, womit die Stuttgarter Bühnen deutlich schlechter lagen als der Bundesdurchschnitt.
258 Nachdem das Streitgespräch doch gesendet worden war, wurde Noelte in Darmstadt der Regievertrag aufgekündigt; die Schauspieler weigerten sich, unter dem „Reaktionär" Noelte den Aufklärer Shakespeare zu proben. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 152.
259 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Februar 1970.
260 Frankfurter Neue Presse, 3. März 1971.

und KB-Vorsitzende Michael A. Rueffer ihm erklärte, im Einvernehmen mit dem Kulturdezernenten sei er nun „Geheimnisträger" und könne weder den Ensemblemitgliedern noch ihm, Erfurth, alles sagen, „was mit Hoffmann und den übrigen Beiratsmitgliedern abgesprochen sei"[261].

Unangenehmer als das Granteln des Hauptopfers der Frankfurter „Theaterrevolution", das sich aber bald mehr mit der Übernahme seines neuen Wohnsitzes auf Lanzarote beschäftigte[262], waren für den Kulturdezernenten die öffentlichen Einlassungen eines noch vor kurzem von den Reformkräften am Main selbst so umworbenen progressiven Regisseurs wie Peter Stein. Dieser faßte seine ernüchternden Erfahrungen mit der Mitbestimmung am Berliner Halleschen Ufer[263] in einer Sendung des Hessischen Fernsehens in die Worte: „ohne feste Führung […] sei ein Theater verloren"[264]. Die heftigsten Widerstände gegen die Frankfurter Strukturreform resultierten indes – nicht nur in Hoffmanns Erinnerung – aus dem mühseligen personellen Transformationsprozeß vom Erfurth- zum Palitzsch-Ensemble. Spätestens die Soldidarisierungswelle unter den Mitarbeitern während des „Theaterdonners" im Herbst 1969 hatte gezeigt, daß Erfurth – wie andere Intendanten auch – Schauspieler um sich versammelte, die ein ähnliches, in seinem Fall vielfach eher traditionelles Selbstverständnis von Theaterarbeit hatten. Da die Anlagen, Eigenarten „und Schullektionen von Mimen […] bekanntlich sehr fest" sitzen[265], war offensichtlich, daß Palitzsch für seinen Kurs neuer, anders veranlagter Darsteller bedurfte. Nachdem er im Frühsommer 1971 eine Reihe von Vorstellungen besucht und sich ein konkretes Bild von den zur Zeit in Frankfurt engagierten Kräften gemacht hatte, entschied er in Abstimmung mit mehreren Regisseuren, Dramaturgen und den vier Schauspielvertretern des Künstlerischen Beirats, die Verträge von etwa einem Drittel der Mitglieder des Schauspielensembles nicht über die Spielzeit 1971/72 hinaus zu verlängern.

Zur Entscheidungsfindung gehörten öffentliche Anhörungen, bei der „alle Ensemble-Mitglieder anwesend waren und verfolgten, was sie als ‚Tribunal' empfanden." Da das Prozedere im Hinblick auf die Einhaltung von Kündigungsfristen in größter Eile durchgezogen werden mußte, waren viele Dutzend Gespräche innerhalb kürzester Zeit zu führen. So lud sich die Atmosphäre in diesen „schicksalhaften" Stunden an den Städtischen Bühnen „bis ins Unerträgliche auf". Selbst der in vielen kulturpolitischen Schlachten gestählte Dezernent Hoffmann, der auf Wunsch von Palitzsch wie der betroffenen Schauspieler „allen Wortgefechten" beiwohnte, meinte später, solche „höchst unerquickliche[n] Erfahrungen […] kein weiteres mal machen" zu mögen: „Da alle Probenräume und Nebennischen mit

[261] IfSG: SB 126, Bl. 53f.: Erfurth an Hilmar Hoffmann, 28. September 1971. Vgl. dagegen auch den Erfahrungsbericht über die bisherige Arbeit des Künstlerischen Beirats, gez. von Alwin Michael Rueffer und Heinrich Minden, vom 23. Juni 1971 (IfSG: SB 126, Bl. 60f.). Darin hieß es, daß insgesamt seit der konstituierenden Sitzung am 10. September 1970 in 17 Sitzungen trotz begreiflicher interner Probleme ein erster, entscheidender Schritt getan worden sei, um die künstlerische Planung, wie in der Präambel der „Vereinbarung" vorgesehen, „durchschaubarer und effektiver zu machen".

[262] IfSG: SB 126, Bl. 112.

[263] Vgl. Kraus, Theater-Proteste, S. 336ff.

[264] Vgl. den Bericht in der Frankfurter Neuen Presse, 10. März 1971.

[265] Die Welt, 8. Juli 1971.

wartenden Schauspielern besetzt waren, mußten wir uns gelegentlich sogar ins stille Örtchen zurückziehen, um den jeweiligen Fall zu besprechen. Diesen längsten Tag von neun Uhr früh bis Mitternacht werden alle Beteiligten wohl kaum je vergessen“[266].

Nicht einmal über die Zahl der von Vertragsauflösungen betroffenen Schauspieler bestand in der folgenden Kontroverse zwischen altem Ensemble und künftiger Leitung Einigkeit. Nach der offiziellen Zahl des Kulturdezernates waren 24 der 69 Schauspieler betroffen. Die Sparte Schauspiel des Künstlerischen Beirats kam aber auf 31 nicht übernommene Kollegen, deren Zahl nach Auflösung einer Warteliste sich „noch erheblich steigern“ könne[267]. Berücksichtigte man auch jene 16 Mimen, die von sich aus ihre Verträge nicht verlängerten[268], so war klar, daß „etwa die Hälfte des jetzigen Ensembles […] im Sommer 1972 die Koffer packen“ mußte, damit die Vorstellungen des künftigen Direktoriums hinsichtlich einer „notwendigen Erneuerung“ verwirklicht werden konnten[269]. Ein Teil der Betroffenen versuchte zunächst, den Künstlerischen Beirat zu einer Mißbilligungsadresse an den Kulturdezernenten zu bewegen, weil Palitzsch seine Entscheidungen zwar mit der Spartenvertretung Schauspiel, nicht aber mit der Gesamtheit des Künstlerischen Beirats abgesprochen habe: „Hier macht sich jetzt eine Gruppe anheischig, die selbst noch keine unterschriebenen Verträge in der Hand hat, über uns ihr Urteil zu fällen“, verlautete denn auch aus dem Gesamtbeirat[270]. Palitzsch und Hoffmann wurden zudem öffentlich beschuldigt, undemokratisch verfahren zu sein und mit falschen Zahlen operiert zu haben. Einige Kollegen, so eine besonders schwerwiegende Behauptung, wären „nur deshalb re-engagiert worden“, weil sie dem Künstlerischen Beirat angehörten. Vor allem aber hätte Palitzsch nicht etwa „künstlerische Qualitäten, sondern politische Gesichtspunkte bei seiner Auswahl entscheiden lassen“[271]. Der KB-Vorsitzende Rueffer trat daraufhin zurück, weil er anders als die Mehrheit des Gremiums den Palitzsch-Kurs stützte und soziale Gründe allein nicht als ausschlaggebend für eine Vertragsverlängerung ansehen wollte[272].

Hoffmann, der an Stelle des rechtlich noch nicht in Frankfurter Diensten stehenden Palitzsch die Mitteilungen an die Schauspieler über die Nichtverlängerung ihrer Verträge unterschrieben hatte, geriet in der Stadtverordnetenversammlung gehörig unter Druck. Der von liberaler Seite erhobene Vorwurf an den sozialdemokratischen Kulturdezernenten, mit den Schauspielern so verfahren zu sein wie zu Zeiten des „Frühkapitalismus“, war besonders pikant. Demokratisierung würden „wir alle begrüßen“, aber dann müsse mit den Betroffenen auch „menschlich“ umgegangen werden[273]. Wo denn da die sonst so energisch proklamierte Mitbe-

266 Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 142.
267 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. September 1971.
268 Frankfurter Rundschau, 8. Juli 1971.
269 Frankfurter Neue Presse, 9. Juli 1971.
270 Die Welt, 8. Juli 1971.
271 Frankfurter Rundschau, 8. Juli 1971.
272 IfSG: Kulturdezernat 138: Schreiben Rueffers an einen offen gelassenen Verteiler (vom 8. Juli 1971).
273 So formulierte es der FDP-Politiker Zeis. IfSG: Stvv P 731. Stenograph. Bericht über die 35. öffentliche Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 8. Juli 1971, Bl. 359.

stimmung bleibe, monierte Korenke für die CDU süffisant; aber diese sei ohnehin „nur eine ‚spanische Wand', hinter der Ideologen ihr eigenes politisches Theatersüppchen kochen" würden. Selbst aus der SPD-Fraktion kam Kritik am eigenen Stadtminister: Man habe wohl bei den Entscheidungen „nicht den weisesten Weg" eingeschlagen[274]. Die Ergebnisse der Vertragsverhandlungen müßten überprüft werden.

Für Sozialfälle, so antwortete Hoffmann, werde der Magistrat natürlich Verständnis aufbringen; ohnehin seien nur zwei der nicht wieder Engagierten über 50 Jahre alt[275]. Auch alle, die länger als 10 Jahre in Frankfurt seien, würden bleiben. Spekulationen über einen politisch-ideologischen Hintergrund der Kündigungen nannte Hoffmann absurd; die Maßnahmen seien „ausschließlich unter künstlerisch-qualitativen Gesichtspunkten getroffen" worden und resultierten „zwangsläufig aus dem Anspruch auf Verbesserung des Frankfurter Theaters"[276]. „In keinem Fall", so verteidigte sich auch Palitzsch, habe „irgendein politischer Gesichtspunkt eine Rolle gespielt"[277]. Wie wenig diese öffentlichen Schutzbehauptungen der Wirklichkeit entsprachen, hat Hoffmann allerdings in seinen Erinnerungen selbst eingeräumt. Mit jenen Schauspielern, so ist dort nachzulesen, „die prinzipiell gegen die Mitbestimmung votierten", seien im vierten Stock auf der Probebühne „sogenannte Nichtverlängerungsgespräche geführt" worden[278].

Neben konservativem Widerstand begegneten die Theaterreformer an den Städtischen Bühnen auch radikaleren Forderungen einer ganz weit links stehenden „Gruppe Frankfurt", die für die Mehrheit der verlängerten „Alt"-Mitglieder des Ensembles zu reden beanspruchte. Das geplante Mitbestimmungsmodell ging diesen meist jungen Schauspielern nicht weit genug, sie wollten paritätische Mitbestimmung – und zwar sofort, nicht erst auf dem Umweg des Frankfurter Modells, das von seinen Anhängern jetzt als erster Schritt eines „stufenweise" durchzuführenden Experiments gedeutet wurde. Die Basis-Stimme im Dreier-Direktorium, so Hoffmann bei der Vorstellung des neuen Ensembles, sei nur „ein erster entscheidender Einbruch", später könne aber auch „mit richtiger Parität gerechnet werden". Wie Palitzsch sekundierte, sei ein gewisser „Lernprozeß" zunächst unumgänglich. Sylvia Ulrich, die Sprecherin der „Gruppe Frankfurt", mochte sich damit nicht zufrieden geben: „Wir wollen was Konkretes machen, nicht weiter lernen."[279]

Die Enttäuschung der linken Aktivisten im alten Erfurth-Ensemble entlud sich bald darauf in einem offenen Brief an den Kulturdezernenten, dem sie „Feigheit" vor dem Noch-Intendanten vorwarfen, nachdem Erfurth dem Ensemble des Stükkes „Nächtliche Huldigung" (von Lars Gustafson) das Anbringen von politischen Wandsprüchen und das Auslegen von Flugblättern verboten hatte. Um Hilfe gerufen hatte Hoffmann den Schauspielern erklärt, nicht gegen Erfurth vorgehen zu

274 Frankfurter Neue Presse, 9. Juli 1971. Vgl. auch IfSG: Stvv III/5-1987 2.121, sowie IfSG: Kulturdezernat 138 (Mitbestimmung bei den Städtischen Bühnen).
275 Frankfurter Neue Presse, 9. Juli 1971.
276 Frankfurter Rundschau, 8. Juli 1971.
277 Die Welt, 12. Juli 1971.
278 Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 142.
279 Frankfurter Neue Presse, 17. März 1972.

wollen, um angesichts der stürmischen Zeiten (Bruch der Allparteienkoalition im Römer) CDU und FDP keine politische Munition zu liefern. Mit dieser Taktik, so sah es zumindest die „Gruppe Frankfurt", habe sich Hoffmann „auf die Seite der Macht gegen die Produzenten gestellt"[280].

Das Sommertheater mit seinen Kündigungsdramen war kaum halbwegs überstanden, da erwuchsen Hoffmann und Palitzsch im September 1971 weitere Schwierigkeiten: Nach Bühnenbildner Minks gingen ihnen jetzt nochmals drei fest eingeplante Offiziere bzw. Unteroffiziere von der Fahne. Der 32jährige Karl Kneidl, der als bereits angesehener Bühnenbildner (wenig später, 1974, wurde er zum Professor für Bühnenbild an die Kunstakademie Düsseldorf berufen) für Minks in die Bresche springen und den zweiten Direktorenposten übernehmen sollte, gab Palitzsch ebenso einen Korb wie der 32jährige Regisseur Niels-Peter Rudolph und der 34 Jahre alte Dramaturg Klaus Völker. Rudolph sollte nach dem ursprünglichen Personalkonzept als dritter Regisseur, neben den sehr verschiedenen Temperamenten Palitzsch und Hans Neuenfels, „als dritte, notfalls auch ausgleichende Kraft wirken". Zwar begründeten die drei Männer ihre Entscheidung gegen Frankfurt nicht öffentlich, doch deutete alles darauf hin, daß die Affären um die Vertragsverlängerung und die Unsicherheit, ob das kollektive Führungsprinzip sich auch juristisch gegen Widerstand im Ensemble durchsetzen lassen werde, den Rückzug von Kneidl, Völker und Rudolph neben individuellen Gründen nicht unerheblich beeinflußt hatten[281]. Als Ersatzmann des Ersatzmannes Kneidl berief der Magistrat schließlich den Bühnenbildner Klaus Gelhaar (später Professor an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach) zum Direktoriumsmitglied[282].

Das ganze Unternehmen schien demnach zwar unter keinem guten Stern zu stehen, es wurde aber dennoch nicht nur von der Frankfurter Theaterkritik mit reichlich Vorschußlorbeeren bedacht. Deren Ausmaß wirkt um so frappierender, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welchen Vorbehalten Erfurth praktisch von der ersten Minute an in Frankfurt konfrontiert gewesen war[283]. Jetzt aber wurden noch so kritische Nachfragen – etwa wegen des personellen Aderlasses des noch gar nicht gebildeten Ensembles – zumindest mit einem wohlwollenden Resümee wieder relativiert: Palitzschs Pläne hätten den Kredit, der ihnen von der Öffentlichkeit eingeräumt wurde, „sicher verdient".[284] Da die Theatermisere unter Erfurth auch mit dem von ihm präferierten Mimen zu tun gehabt habe, hätte niemand erwarten können, daß Palitzsch sich nicht „von einem Großteil der Schauspieler" würde trennen müssen[285]. Die vier Mitglieder des Künstlerischen Beirats, die mit Palitzsch fair „um jeden einzelnen Kollegen gerungen" hätten, sich

[280] IfSG: SB 126. Offener Brief an Hilmar Hoffmann. Kulturdezernent der Stadt Frankfurt/Main, gez. vom „Ensemble der ‚Nächtlichen Huldigung'".
[281] Vgl. Peter Idens Artikel „Drei scheiden aus", in: Frankfurter Rundschau, 10. September 1971, sowie den Bericht Rühles in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 10. September 1971.
[282] Vgl. die Vorstellung des neuen „Kollektivs" in der Frankfurter Neuen Presse, 17. März 1972.
[283] „Wir erleben das nun schon seit Jahren", so schrieb Erfurth einem Freund im Februar 1972, daß insbesondere Frankfurter Pressestimmen „bösartig und voreingenommen" auf die Vorstellungen reagieren. IfSG: SB 126. Erfurth an Max Amann (Zürich), 16. Februar 1972.
[284] So Iden in der Frankfurter Rundschau, 10. September 1971.
[285] Frankfurter Rundschau, 7. Juli 1971.

von ihm „aber auch überzeugen" ließen, hätten den Beweis dafür erbracht, „was Demokratie im Theater wert sein kann"[286].

Daß „einer unserer profiliertesten, engagiertesten und einfallsreichsten Regisseure", der in Stuttgart mit Skakespeare- und Brecht-Inszenierungen so imponiert habe[287], nun nach Frankfurt geholt werden konnte, veranlaßte nicht nur die Medien dort, mögliche Bedenken gegen das Mitbestimmungsmodell zunächst eher zurückzustellen[288]. Selbst im Flagschiff der Springer-Presse äußerte Rudolf Krämer-Badoni zustimmend, daß ein „anderes Verständnis von Theaterarbeit, wie es sich für Frankfurt ab 1972/73 abzeichnet, auch anders veranlagte Darsteller nötig" habe. Für den, der Palitzsch kenne, würden ideologische Gründe als Motiv für seine Personalvorstellungen ausscheiden[289]. Palitzsch sei „ein Mann, der etwas kann". „Konservativen Lesern zur Beruhigung" fügte der Theaterkritiker der *Welt* ausdrücklich hinzu: „Die Frankfurter Neuerung hat so viele Pluspunkte […], daß genau das entstehen wird, was auch für einen politisch Konservativen, aber künstlerisch anspruchsvollen Theaterbesucher allein wichtig ist: vibrierendes künstlerisches Theater, das zur Auseinandersetzung reizt."[290]

Neben dem Respekt vor den künstlerischen Qualitäten eines Palitzschs wirkten auch die gewandelten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen dämpfend auf mögliche Fundamentalkritik am Mitbestimmungsmodell. „Das Wort Mitbestimmung strahlt eine unerhörte Faszination aus", hieß es im Klappentext einer 1969 publizierten Broschüre, die den Weg der CDU zu einer vorsichtigen Mitbestimmungsformel auf dem Berliner Parteitag 1968 nachzeichnete: „die Sehnsucht des arbeitenden Menschen nach sozialer Gerechtigkeit, nach Unabhängigkeit, nach Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung in der Arbeit."[291] Der DGB hatte schon in den frühen 1960er Jahren gefordert, die im Montanbereich seit 1952 geltende paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf die gesamte Wirtschaft auszudehnen. Die Große Koalition hatte noch im Dezember 1966 eine wissenschaftliche Sachverständigenkommission zur Überprüfung der bisherigen Erfahrungen mit der Mitbestimmung angekündigt, die sich im November 1968 konstituierte. Wenige Wochen später hatte die SPD bereits eine Gesetzesvorlage zur Mitbestimmung eingebracht, die sich im wesentlichen an den Vorstellungen des DGB orientierte. Im Januar 1972 war ein neues, von der sozialliberalen Regierung auf den Weg gebrachtes Betriebsverfassungsgesetz in Kraft getreten, das die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer in Wirtschaftsbetrieben mit mindestens fünf ständigen Arbeitnehmern stärkte. Schließlich gab es seit Anfang 1973 „im Deutschen Bundestag keine politische Partei mehr, die glaubte es riskieren zu können, sich gegen eine paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat auszusprechen"[292].

286 Frankfurter Neue Presse, 9. Juli 1971.
287 Frankfurter Neue Presse, 23. Februar 1971.
288 Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 23. Februar 1971: Stuttgart sei unter dem Schauspieldirektorat Palitzschs „eine der wenigen Bühnen Deutschlands" gewesen, „deren Repertoire immer bemerkenswerte Qualität hatte", ja Palitzsch habe das deutsche Theater im vergangenen Jahrzehnt „mitgeprägt".
289 Die Welt, 8. Juli 1971.
290 „Persönlichkeit entscheidet". Die Welt, 23. Februar 1971.
291 Jahn, CDU und Mitbestimmung.
292 Niedenhoff, Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 57.

In den sogenannten Tendenzbetrieben (z. B. auch Zeitungsredaktionen oder Verlage) unterlagen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates zwar auch nach 1972 erheblichen Einschränkungen[293], doch es war höchst sinnfällig, wenn in der Bühnengenossenschaft, die „den Mitbestimmungsalleingang" des Frankfurter Schauspiels ab 1970 „nur grimmig duldete"[294], der langjährige Präsident Heinrich Wüllner 1972 zurücktrat und mehr und mehr jene Kräfte die Oberhand erhielten, die das „gegenwärtig noch konservative Image der GDBA positiv zum Progressiven" ändern wollten[295]. Die Fahnenträger der Reformbewegung, „in großer Zahl vor wenigen Jahren noch Studenten der Soziologie, der Politologie und der Theaterwissenschaft, waren jetzt, soweit sie sich beruflich inzwischen dem Theater oder verwandten Medien zugewandt hatten, Dramaturgen, Regieassistenten, Schauspieler oder Lektoren geworden"[296]. Diese auf Emanzipation erpichte Jugend drängte schon deshalb zum Sprechtheater, weil sich dort „alle Forderungen und Anklagen der Generation" viel besser an ein aufnahmebereites Publikum richten ließen „als in der Universität, auf der Straße oder in der Oper"[297].

Unterstützung erfuhren die Revoluzzer durch linke Leitmedien wie den *Spiegel*, der etwa schon in einem Interview mit Everding 1969 seine Sympathie mit den Mitbestimmungsreformern am Theater zu erkennen gegeben hatte[298]. Im selben Jahr war Wüllner nach heftigen Zusammenstößen zwischen alten und jungen Delegierten nur noch mit knapper Mehrheit als Präsident der Bühnengewerkschaft wiedergewählt worden. In der Zeit bis zu den verbandsinternen Neuwahlen 1972, wo Wüllner offiziell aus Altersgründen nicht mehr antrat, hatte sich das Gesicht der Delegierten auffällig verjüngt[299]. Den „jungen Stürmern" ging es bei der Mitbestimmungsforderung nicht, wie den alten Bühnengenossen, um vor allem sozialpolitische Ziele, nicht um Fragen der Betriebsordnung und Betriebsfürsorge, nicht um mehr Kompetenzen für die Betriebs- und Personalräte, sondern um „allgemein-gesellschaftspolitische" Ziele[300]: Wenn 1968 „schon nicht die große Politik" hatte bewegt werden können, „so sollte nun wenigstens das Theater selbst verändert werden": durch die Überwindung seiner Funktion als „Ablenkungsbude des Kapitalismus", vor allem aber auch durch einen „radikalen Wandel seiner Organisation."[301]

Auch am Theater waren indes Prozesse, die „auf das Allgemeinbefinden des Schauspielers in der bürgerlichen Wohlstandsgesellschaft nicht ohne Rückwirkung bleiben" konnten, schon viele Jahre vor 1968 in Gang gekommen, als man angefangen hatte, „sich über das System, in dem man arbeitete, Gedanken zu

293 Vgl. Menzel, Die Rechte des Betriebsrats im Tendenzbetrieb; Löwisch/Kaiser, Tendenzschutz; Noll, Arbeitsrecht im Tendenzbetrieb; Tödtmann, Die Zulässigkeit tarifvertraglicher Mitbestimmungsregelungen.
294 Rühle, Anarchie in der Regie, S. 243.
295 Theater heute, Dezember 1972, S. 58.
296 Schöndienst, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins, S. 260.
297 So Herbert Hohenemser in seiner Einleitung zu Schöndienst, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins, S. 56.
298 Der Spiegel, 10. November 1969 (Nr. 46), S. 219ff.
299 Theater heute, Dezember 1972, S. 58.
300 Schöndienst, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins, S. 260, 258.
301 Ebd., S. 261.

machen“[302]. Die übermächtige Konkurrenz des Fernsehens und die Not der kommunalen Finanzen hatten das Krisenbewußtsein derart verstärkt, daß der Resonanzboden für die Protestbewegung der 68er-Zeit günstig war. Einer durch die Institutionen marschierenden jungen Generation gelang es folglich, der schon länger diskutierten Mitbestimmungsidee zumindest an einigen Stellen gegen die vom Gesetz errichteten Barrikaden des „Tendenzbetriebs“ zum Durchbruch zu verhelfen. Im Mikrokosmos des Frankfurter Schauspiels wurde ab 1972 mit der geforderten „Demokratisierung“ so ernst gemacht, wie dies an kaum einem anderen Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland geschah. Kein Zweifel, das war Kulturrevolution, noch dazu mit dem Segen des sozialdemokratisch regierten Rathauses. Andererseits fand diese Revolution auf einer so winzigen Insel statt, daß sie die Massen schwerlich ergreifen konnte – es sei denn, das Frankfurter Modell würde durch vorzügliche Bewährung in der Praxis die Mitte der Gesellschaft von sich einzunehmen verstehen.

[302] So Herbert Hohenemser in seiner Einleitung zu Schöndienst, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins, S. 54.

7. Anatomie einer Mitbestimmung: Das Frankfurter Theatermodell 1972 bis 1976/77

Dramatis personae: Das erste Direktorium Palitzsch/Gelhaar/Danzeisen, Regisseur Hans Neuenfels und die übrigen Hauptdarsteller

Mit Frankfurt hatte sich die Idee der „Demokratisierung" ein besonders schwieriges Experimentierfeld ausgesucht. Als eine Art Bermudadreieck des deutschen Theaters wurden die Städtischen Bühnen am Main oft gezeichnet, wo „selbst große Schiffe" spurlos verschwänden. Schuld daran sei das, was zugleich die Attraktion der Stadt ausmache: „die besonders ausgeprägte Neigung zu Einspruch und Gegenrede, die nervöse Ungeduld einer Metropole des Handels, der Banken und konkurrierender anderer Medien der öffentlichen Kultur." Riskant für jeden Theatermacher war überdies die Existenz von vier Tageszeitungen: „Da findet sich immer einer, dem nun aber gar nicht gefällt, was die im Theater so treiben."[1] Doch eben die Widersprüche „zwischen blühendem Wirtschaftsleben und den Widerreden eines expandierenden Kulturbetriebs" und die Gegensätze „innerhalb einer in ihren Schichten eher durchmischten als deutlich in Klassen geschiedenen Stadtgesellschaft"[2] waren es auch, die Palitzsch an eines der spannendsten Theater der Bundesrepublik lockten.

Frankfurt sei, man merke das, so Palitzsch, wenn man von Stuttgart komme, ein „Riesen-Schmelztiegel". Auf ihn wirke dies „ungeheuer anziehend […]. Ich könnte mir kaum eine Stadt in Deutschland vorstellen, wo ich so gern arbeiten würde wie in Frankfurt". Und wie um die auf nationale, ja internationale Geltung Wert legenden Lokal-Feuilletonisten weiter für sich einzunehmen, setzte der Regisseur noch eins drauf: „Ja, Frankfurt ist bis zu einem gewissen Grad die Hauptstadt Deutschlands"; zum einen der Lage wegen, vor allem aber weil sie sich von den meisten Großstädten wie Stuttgart oder München, „Ausprägungen einer Provinzhauptstadt", dadurch unterscheide, weniger stark vom jeweiligen Land geprägt zu sein[3]. Zu den Motiven für seinen Wechsel vom Neckar an den Main rechnete Palitzsch aber auch die aufreibende Doppelfunktion, die er in Stuttgart schulterte. Dort hatte er nicht nur das Theater geleitet, sondern gleichzeitig „sehr viel inszeniert". Gerade das wollte er nun „verändern und in den kommenden Jahren mehr Freiraum haben."[4]

1 Iden, „Der Schein, was ist er, dem das Wesen fehlt?", S. 3.
2 Ebd.
3 Vgl. das Palitzsch-Porträt von Eberhard Seybold in der *Frankfurter Neuen Presse* vom 4. September 1971.
4 Ebd.

Mit dem Dreier-Direktorium verband Palitzsch allerdings mehr als bloß die Erwartung, in seinen Leitungsaufgaben künftig entlastet zu werden. Vielmehr war er auch politisch von der Notwendigkeit der „Demokratisierung" in jenem Sinne überzeugt, den ihr linke Gesellschaftsveränderer unterlegten; eine „mitbestimmte" Arbeitsweise hielt Palitzsch gar „für die einzig mögliche in diesem Jahrhundert"[5]. Denn im Sozialismus, dem er sich „zutiefst verbunden" fühlte, sah der Regisseur die einzige Möglichkeit, „zu einer grundsätzlich menschlicheren Form des Zusammenlebens zu kommen"[6]. Was das für die Arbeit am Theater konkret bedeuten konnte, hatte Palitzsch an Brechts (Ost-)Berliner Ensemble zusammen mit Manfred Wekwerth[7] in den 1950er Jahren bereits erprobt. Danach bestimmten Arbeitsgruppen den Gesamtablauf einer Inszenierung von der Dramaturgie über die Regie bis zur Auswertung des Stückes. Schauspieler fungierten als Dramaturgen und umgekehrt. Bei einem Dissens über bestimmte szenische und inhaltliche Fragen suchte nicht der „Regisseur allein", sondern das Ensemble gemeinsam nach Lösungen. Dazu gehörte auch, daß sich die so arbeitenden „Palitzsch-Schauspieler" idealerweise weniger durch ihre „Manier" als durch das größere Wissen von einem Stück und seiner Produktion auszeichneten[8]. Als Schauspieldirektor in Stuttgart ab 1966 hatte Palitzsch folgerichtig, noch ohne rechtliche Grundlage, „Formen der Beteiligung des Ensembles an den Entscheidungen der Leitung ausprobiert"[9] und sich den Ruf eines Regisseurs erworben, „dem man am ehesten die Entwicklung einer Inszenierung durch das Team" glaubte[10]. Ein FAZ-Journalist, der vor der ersten Frankfurter Spielzeit Palitzschs zwei Stunden lang einer Probe im Schauspiel (für Edward Bonds „Lear") beiwohnte, kommentierte: Das Wort „wir" habe die Arbeitsweise exakt getroffen[11].

Palitzsch wollte die Struktur der Theaterarbeit auch in Frankfurt so verändern, „daß eine wirkliche Demokratisierung des Theaters erfolgt, daß Zusammenarbeit, sagen wir ruhig erzwungen wird – so daß jeder Einzelne in ein produktives Verhältnis zur ganzen Aufführung kommt"[12]. Noch Jahrzehnte später sprach Palitzsch „seufzend und trauernd wie von einem verlorengegangenen Lieblingskind" als von „meiner Mitbestimmung"[13]. Als er zusammen mit Neuenfels und Jörg Wehmeier nach der für das Modell entscheidenden Magistratssitzung – den Vertrag über die Mitbestimmung in der Tasche – von Frankfurt nachts im letzten Zug nach Stuttgart zurückfuhr, sprang er plötzlich auf, riß das Fenster herunter, zog einen thermosflaschenähnlichen Gegenstand aus seinem Koffer und schrie gegen

[5] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. März 1973.
[6] Iden, Peter Palitzsch, S. 22 .
[7] Zur Vita des 1929 geborenen Regisseurs, Theatertheoretikers und -praktikers, der es in den 1970er und 1980er Jahren zum hohen Kulturfunktionär der DDR brachte, vgl. dessen in bezug auf die DDR stellenweise recht „ostalgische" Memoiren: Wekwerth, Erinnern ist Leben.
[8] Frankfurter Rundschau, 26. Februar 1971.
[9] Peter Palitzsch über sich selbst, in: Iden, Peter Palitzsch, S. 75; vgl. auch Mennicken, Peter Palitzsch, v. a. S. 16ff.
[10] So Ernst Günther Engelhardt in seinem Palitzsch-Porträt in der *Frankfurter Rundschau*, 26. Februar 1971.
[11] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. August 1972.
[12] IfSG: SB 226. Palitzsch an Erni Wilhelmi, 21. Juli 1971. Grund des Schreibens war eine Einladung des Regisseurs an die Schauspielerin, mit nach Frankfurt zu kommen.
[13] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. September 1998.

das dröhnende Fahrgeräusch: „Probiert mal!“ Bis Stuttgart tranken die drei den Whisky aus, wobei sie „wie blöde wechselweise in die Nacht hinausschrieen“. Am Ende schloß Palitzsch erschöpft das Fenster und sagte heiser und glücklich in die plötzliche Stille: „Jetzt können wir ganz von vorne anfangen, ganz anders arbeiten als je zuvor.“[14] Die Emotionalität der Szene entsprach der späteren Entwicklung. Bald galt Palitzsch als „die Seele und der Garant von Schauspiel Frankfurt“[15] in den Zeiten der Mitbestimmung.

Wer war dieser Mann, der dem Schauspiel Frankfurt in den Jahren zwischen 1972 und 1980 und vor allem auch in den entscheidenden ersten Jahren bis 1976/77 so sehr seinen Stempel aufdrückte, obschon er vor dem Start des Modells bescheiden mitteilte, derzeit nur den Auftrag zu haben, die „Dinge voranzutreiben“, im künftigen Dreier-Direktorium aber „kein Vorsitzender sein“ zu wollen[16]? Palitzsch, der 1999 einmal von sich sagte: „Wenn ich 30 Jahre jünger wäre, würde ich nicht zum Theater gehen, sondern zu Greenpeace“[17], hatte kurz vor dem Ende des Ersten Weltkriegs, im September 1918, im niederschlesischen Deutmannsdorf als Sohn eines Kaufmanns das Licht der Welt erblickt. Er wuchs in Dresden auf. Früh machte er das Erlebnis einer radikalen Verschlechterung der Lebenssituation nach dem Bankrott des elterlichen Geschäfts in einer der besten Adressen der sächsischen Hauptstadt. Rückblickend betonte Palitzsch, wie sehr dieser „soziale Einbruch“ seinen Sinn für Verlierer und Schwächere, ja seinen zögerlichen Charakter insgesamt geformt habe, so daß „kein Siegertyp“ aus ihm geworden sei[18]. Aus dem Zweiten Weltkrieg, den er trotz starker innerer Zweifel mitgemacht hatte, kehrte er ohne Ausbildung nach Dresden zurück, gründete dort eine Werbefirma und kam dann durch die persönliche Bekanntschaft mit dem Intendanten der neuen Dresdner Volksbühne zum Theater, wobei er auf dessen Anfrage, ob er Dramaturg bei ihm werden wolle, noch geantwortet hatte: „Was ist denn das?“[19] Ähnlich kam 1947 sein Engagement am Berliner Ensemble Bertolt Brechts zustande, den er wegen neuer Texte für die Dresdner Volksbühne kontaktiert hatte. Gleich bei der ersten Begegnung fragte Brecht Palitzsch, ob er die Werbung für sein Theater übernehmen wolle: „Und da bei uns alle alles machen – machen Sie auch Dramaturgie“[20].

Die Begegnung mit Brecht, dies wird man ohne allzu zu großes Pathos sagen dürfen, entschied Palitzschs weiteres Leben. Außer seinem frühen Regiepartner Wekwerth ist „kein Regisseur so nachhaltig von den Theorien und der Praxis Brechts geformt“ worden wie Palitzsch[21], der mit dem Meister auch manche Ferien zusammen in Ahrenshoop an der Ostsee oder in der Märkischen Schweiz verbrachte[22]. Dort arbeiteten sie zum Beispiel an einem Buchprojekt, das an konkreten Beispielen Methoden des Inszenierens dokumentierte und sich als Gegen-

[14] Neuenfels, Erinnern und sich erinnern, S. 186.
[15] Matthias Fuchs, in: Loschütz, War da was? S. 269.
[16] Die Welt, 17. März 1972.
[17] Frankfurter Rundschau, 24. April 1999.
[18] Peter Palitzsch über sich selbst, in: Iden, Peter Palitzsch, S. 47.
[19] Ebd., S. 48.
[20] Ebd., S. 49.
[21] Iden, Peter Palitzsch, S. 11.
[22] Dort entstand etwa ihr wichtiges Buch zur „Theaterarbeit“. Iden, Peter Palitzsch, S. 60.

stück zu den Publikationen des Konstantin Sergejewitsch Stanislawski verstand, jenes nach der Oktoberrevolution als bürgerlich-dekadent in Mißkredit geratenen, 1938 verstorbenen russischen Regisseurs und Theaterreformers. Gegen dessen – von Brecht freilich nur verkürzt wahrgenommene – idealistische Theorie der „Einfühlung" vertrat man am Berliner Ensemble dezidiert die Notwendigkeit einer kritischen Distanz des Schauspielers zum Dargestellten[23].

Palitzsch lernte von Brecht vor allem, Theaterarbeit als Einstellung zu verstehen, „zu der Humor gehört wie eine bestimmte entspannte Form im Umgang mit den Schauspielern". Nie erlebte der Schüler, daß sein Meister den Mitarbeitern gegenüber ungeduldig oder laut geworden wäre oder sie anwies, etwas so und nicht anders zu machen: Er habe sie vielmehr „anregen" wollen, „dies und jenes zu *versuchen*." Nicht um vorfixierte Lösungen ging es demnach am Berliner Ensemble, sondern um Versuche, die zu Lösungen führen konnten. Das Wort „Versuche", so Palitzsch, sei in dieser Zeit „tief in mich eingegangen" und habe seine Praxis als Regisseur ebenso bestimmt[24] wie die Überzeugung: „Die Schauspieler machen es, nicht wir"[25]. Mit dieser Offenheit Palitzschs für „Versuche" korrespondierte seine Liberalität als Theaterleiter, verfügte er doch über eine in Führungskreisen der Bühne seltene, aber sympathische Tugend: „Er kann gönnen." In Stuttgart ließ er eine Zeitlang den „ihm diametral entgegengesetzten" Konservativen Rudolf Noelte als Regisseur neben sich arbeiten[26]. In Frankfurt ermöglichte er Klaus Michael Grüber sogar eine Inszenierung von Brechts Stück „Im Dickicht der Städte", die „durchaus in den Verdacht geraten konnte, daß Brecht selber, wäre er noch am Leben gewesen, sie wahrscheinlich nicht zugelassen hätte."[27]

Die Palitzsch attestierte „seltene Qualität, […] immer ein Lernender" zu sein und sich auch gegen ursprüngliche Absichten überzeugen zu lassen[28], wurzelte wohl auch in den erwähnten frühkindlichen Prägungen seines „vergrübelte[n] Naturell[s]"[29]. Edgar M. Böhlke, einer seiner Frankfurter Schauspieler, beschrieb ihn im Rückblick als „zärtlich – und sehr einsam". Bei aller „Einläßlichkeit auf andere" sei doch oft ein Alleinsein um Palitzsch gewesen, der Welt im Theater und draußen gegenüber „fast eine Art Scheu". Die Zuneigung seiner Mitarbeiter zu ihm habe deshalb auch damit zu tun gehabt, „daß jeder wußte, welche Anstrengungen es für Palitzsch bedeutete, sich immer wieder […] herauszuwagen aus diesem Bei-sich-Sein".[30] Theaterkritiker Iden, der Palitzsch gut kannte, porträtiert ihn ähnlich: „ein hochgewachsener, asketisch-schmaler […] immer aufmerksam hinhörender, kaum je den einläßlichen Ton bedachten Argumentierens und Zuredens preisgebender, von seiner Freundlichkeit nicht abzubringender Mann,

[23] Vgl. Berliner Ensemble (Hg.), Theaterarbeit; Iden, Peter Palitzsch, S. 60f.
[24] Iden, Peter Palitzsch, S. 52.
[25] Ebd. S. 58.
[26] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. September 1998.
[27] Iden, Peter Palitzsch, S. 26.
[28] Dies habe gegolten trotz aller Unnachgiebigkeit im Verfolgen seiner Sicht auf eine Problemstellung, so Iden, Peter Palitzsch, S. 35.
[29] Ebd., S. 27.
[30] Ebd., S. 37.

nachgerade graziös in seiner für ihn einnehmenden Naivität und zugleich hoch reflektiert."[31]

Mit dem hohen Reflexionsgrad hatte es auch zu tun, daß ihn seine befreundeten Konkurrenten am Berliner Ensemble „mehr für einen begabten Dramaturgen" denn für einen Regisseur hielten. Jedenfalls führte sein Weg zur Regie „über harte dialektische Kopfarbeit"[32]. Von einem Frankfurter Journalisten 1971 auf sein Image eines nüchternen Arbeiters angesprochen, verwies Palitzsch zustimmend auf seine Vergangenheit bei dem „rationalen Denker" Brecht und auf seine Arbeitsweise, die „wissenschaftlich erfaßbaren" Komplexe, die es bei jedem Stück gebe, gemeinsam mit dem Ensemble zu erarbeiten; diese wissenschaftlich festzustellende Basis eines Stückes gelte es anschließend mit künstlerischer Phantasie so zu verbinden, daß daraus – wieder mit Brecht zu reden – „kulinarisches Theater" resultiere[33].

Ganz so groß wie Palitzschs künstlerische Affinität zu Brecht war die politische nicht, auch wenn sie in sozialistischen Grundüberzeugungen übereinstimmten. Aber während Brecht in den Tagen um den 17. Juni 1953 das merkwürdige Schauspiel darbot, sich sowohl mit den streikenden Arbeitern wie mit der SED zu solidarisieren, war Palitzsch „ganz und gar auf Seiten der Arbeiter und ihrer Auflehnung". Diese sah er „durch die repressiven Praktiken des Regimes" verursacht. In der DDR blieb er wohl auch („Ausdruck einer Gespaltenheit"), um das Berliner Ensemble nicht verlassen zu müssen. Erst acht Jahre später – Brecht war zwischenzeitlich (1956) gestorben – zog Palitzsch nach dem Mauerbau 1961 „die Konsequenzen": „Daß gerade ein sozialistisches Land eine chinesische Mauer errichtete"[34], war für den Edelmarxisten[35] nicht mehr zu ertragen. Dem Junggesellen wurde sein Entschluß zur Emigration auch dadurch erleichtert, daß er zum Zeitpunkt des Mauerbaus längst schon „ein Bein im Westen"[36] und 1958 etwa den „Arturo Ui" in Stuttgart als Gastregisseur uraufgeführt hatte.

Im Sommer 1961 weilte Palitzsch gerade in Ulm, wo er die Aufführung von Brechts Bearbeitung eines Hörspiels von Anna Seghers probte. Im Anschluß an die Premiere am 1. September gab Kurt Hübner die Entscheidung Palitzschs bekannt, im Westen bleiben zu wollen. Obwohl Ulbricht höchstpersönlich den renommierten Regisseur und DDR-Nationalpreisträger aufforderte zurückzukommen[37], war dessen Enttäuschung und persönliche Verzweiflung über die politischen Verhältnisse in der DDR zu groß. In einem Brief an seinen Freund Wekwerth rekurrierte Palitzsch auf das für ihn typische Argument, nicht als privilegierter DDR-Kulturkader Reisefreiheit genießen zu wollen, solange nicht „jedermann nach Oslo und nach Wuppertal fahren kann"[38]. In den folgenden Wanderjahren

[31] Ebd., S. 31f.
[32] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. September 1998.
[33] Frankfurter Neue Presse, 4. September 1971.
[34] Iden, Peter Palitzsch, S. 56.
[35] Palitzsch so zu nennen, scheint auch aufgrund seiner Selbstbeschreibungen legitim. Den 17. Juni kommentierte er etwa mit den Worten: „Unser Marxismus war von der edelsten Art: Die Unterdrückung eines Aufbegehrens von Arbeitern durch sowjetische Panzer war darin nicht vorgesehen." Ebd., S. 56.
[36] Ebd., S. 62.
[37] Ebd., S. 60.
[38] Ebd., S. 22f.

zwischen seiner Emigration aus der DDR und dem festen Engagement in Stuttgart ab 1966 arbeitete Palitzsch als Gastregisseur an einer Reihe skandinavischer und bundesdeutscher Bühnen.

Geprägt von Brecht und seiner Vorstellung, mit den Mitteln des Theaters auf die Welt einwirken zu können, geriet Palitzsch jetzt „in die schwierige Rolle des Vermittlers zwischen dem Gedankengut Brechts, dem das mehr und mehr totalitäre Regime im östlichen Teil Deutschlands immer weniger entsprach, und einem gesellschaftlichen Umfeld im Westen, dessen komplexe Liberalität mit den Veränderungsvorschlägen Brechts kaum mehr in Einklang zu bringen war."[39] Folgerichtig zog Palitzsch politische Kritik von links wie von rechts auf sich. Und auch von politisch ihm Nahestehenden erntete Palitzsch immer wieder Unverständnis. Er benutze, so lautete der Vorwurf, revolutionäre Stoffe (wie den „Toller"[40]) nur, „um auf artifizielle Weise ideologische Möglichkeiten durchzuspielen, ohne daß dabei der Wille […] zur Veränderung der Gesellschaft spürbar werde". Palitzsch hielt diesen radikal aktionistischen Linken entgegen, die Bühne habe „nicht agitatorisch, sondern aufklärerisch zu wirken. […] Ich biete keine Rezepte an. Theater soll auf Widersprüche hinweisen, soll irritieren und zu Fragen veranlassen."[41]

Da Palitzsch bemüht war, das „Nachdenken über die Gesellschaft" nicht in „ein dürres Überzeugungstheater" münden zu lassen[42], machte der Mann mit der schwarzen Hornbrille selbst einen Skandal – wenn er ihn denn machte – in der Regel „auf eine leise, freundliche, lächelnde Art, von einer selbstsicheren intellektuellen Höhe herab, auf der man ihn sich leisten kann"[43]. Palitzsch weckte aber manchmal doch mit dezidiert politischen Stücken heftigen Widerspruch, zum Beispiel schon im ersten Jahr seiner Stuttgarter Amtszeit, als CDU-Politiker versuchten, eine Travestie auf den damaligen US-Präsidenten Johnson zu verhindern[44]. Ob Palitzsch aufs Ganze gesehen politisch eher „zwischen den Lagern"[45] stand, scheint mithin fraglich. Ästhetisch allerdings hielt er gegenüber den Regisseuren des neuen, die Klassiker anders lesenden Theaters (von Grüber bis Zadek) tatsächlich „eine Position an der Peripherie"[46]. Zu deren vehementer Ästhetik des Aufbruchs standen Palitzschs „immer bis zu einer gewissen Sprödigkeit vernünftigen Aufführungen […] doch in einem Gegensatz".[47]

Dem Urteil Peter Idens wird man sich nur anschließen können: „Es war jedenfalls ein Besonderer, der da im städtischen Schauspiel die Zügel führte."[48] Auf „das Diktieren von Amts wegen" konnte Co-Direktor Palitzsch offensichtlich auch deshalb öfters verzichten, weil das „Energiebündel"[49] dank seiner Leistungen „hin-

[39] Ebd., S. 18.
[40] Der Dramatiker Ernst Toller war 1919 eine der führenden Gestalten der bayerischen Räterepublik gewesen und wurde 1968 selbst zum Gegenstand eines Dramas, das den jungen Schriftsteller Tankred Dorst bekannt machte.
[41] Frankfurter Rundschau, 26. Februar 1971.
[42] Iden, Palitzsch, S. 28.
[43] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. September 1998.
[44] Frankfurter Neue Presse, 11. September 1998.
[45] Iden, Peter Palitzsch, S. 19.
[46] Ebd., S. 25.
[47] Ebd.
[48] Ebd., S. 32.
[49] So Neuenfels, Erinnern, S. 187.

reichend persönliche Autorität" genoß[50]. Selbst konservativsten Kritikern nötigte es Respekt ab, daß da einer nicht nur theoretisch von einer besseren Welt schwadronierte, sondern selbst Zeichen setzte. Bei den Gagenverhandlungen in Frankfurt bedurfte es der ganzen Kraft der jüngeren, fest verpflichteten Regisseure, um Palitzsch auszureden, keinesfalls mehr als sie, nämlich 3500 DM brutto, zu verdienen[51]. Später war er noch einmal „der einzige Intendant der neueren deutschen Theatergeschichte", der eine ihm angebotene Gehaltserhöhung ablehnte: „Nein, was er habe, reiche ihm aus, das zusätzliche Geld solle man lieber einsetzen zur Aufbesserung der Gagen der Anfänger in seinem Ensemble."[52] Auch interessante Angebote zur Gastregie in Oslo und andernorts lehnte er mit Beginn seiner Frankfurter Tätigkeit konsequent ab, weil das Mitbestimmungsmodell „die Kräfte jedes Einzelnen äußerst" beanspruche und sich demzufolge alle Mitglieder des Ensembles damit einverstanden erklärt hätten, im ersten Jahr keine Verpflichtungen außerhalb des eigenen Theaters anzunehmen: „Selbstverständlich muß ich diesen Grundsatz als erster respektieren."[53] Fast überflüssig zu erwähnen, daß „sich der fanatische Theatermann Palitzsch" ein anderes Hobby nicht leisten wollte „außer diesem: Arbeit." Den Sommerurlaub 1971 in Frankreich widmete er etwa einer Shakespeare-Übersetzung[54]; und als der Hagestolz sich in der zweiten Frankfurter Spielzeit mit der Schauspielerin Tania von Oertzen vermählte, sollte dies seines Erachtens morgens um acht Uhr geschehen, „damit die Probe um zehn nicht darunter litt". Erst das Ensemble mußte den frischgetraut vom Römer auf das nahe gelegene Theater zulaufenden Bräutigam mit sanfter Gewalt und Drehorgelmusik davon überzeugen, daß an diesem Tag gefeiert, statt geprobt werden solle[55].

Dem renommiertesten Regisseur der Städtischen Bühnen war es „immer sehr unangenehm, die Galionsfigur des Palitzsch-Theaters zu sein"; doch dies ließ sich, wie einer seiner Mimen rückblickend noch einmal verdeutlichte, schlicht „nicht vermeiden": Die Schauspieler bräuchten ganz einfach „diese Art Bezugsperson."[56] Aufschlußreich ist in dem Zusammenhang auch, wenn nach Ansicht von Zeitzeugen des Frankfurter Modells Palitzschs Mitdirektoren „so gut wie gar nicht in Erscheinung getreten" seien[57], sondern neben ihm eher andere Regisseure – vor allem Hans Neuenfels – als entscheidende „Bezugspersonen" wirkten. „In unserem Bewußtsein", so drückte es der Schauspieler Klaus Steiger[58] auf einer Vollversammlung aus, würden nach wie vor „Palitzsch und Neuenfels das Theater leiten"[59] – und eben nicht das Dreier-Direktorium.

Die hervorgehobene Stellung von Neuenfels resultierte daraus, daß er in vielem geradezu wie der klassische Antipode von Palitzsch erschien. Es gab, so kommen-

[50] Frankfurter Neue Presse, 17. März 1972.
[51] Erst als Neuenfels ihm klarmachte, auf diese Weise die jüngeren Regisseure in einen falschen „Leistungszwangsvergleich" zu bringen, akzeptierte er einen höheren Gehaltsvorschlag. Neuenfels, Erinnern, S. 187.
[52] Iden, Peter Palitzsch, S. 17.
[53] IfSG: SB 226. Palitzsch an Tormod Skagerstad, 14. März 1972.
[54] Frankfurter Neue Presse, 4. September 1971.
[55] Vgl. die Schilderung von Gelhaar in: Loschütz, War da was?, S. 283.
[56] So Peter Roggisch, in: Loschütz, War das was?, S. 317.
[57] Max von Vequel-Westernach, in: Loschütz, War da was?, S. 270.
[58] Zur Persönlichkeit des 1989 verstorbenen Steiger vgl. auch Nagel, Drama und Theater, S. 83ff.
[59] IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 19. Juni 1974.

tierte Palitzsch selbst sein Verhältnis zu dem über 20 Jahre jüngeren Neuenfels, „zwischen uns schon eine ziemlich tiefgehende Gegensätzlichkeit". Sie gründete im wesentlichen darin, daß Palitzsch und seine Gruppe sich als „sehr stark an politischen Fragen interessiert" begriffen, während „Hans sehr stark an ästhetischen Fragen interessiert war"[60]. Der „alte Streit deutscher Oberlehrer: Form gegen Inhalt […], Realismus gegen Surrealismus" hieß übersetzt auf „schauspielfrankfurtdeutsch": „Palitzsch gegen Neuenfels."[61]

Neuenfels kam nicht von Brecht. Er bezeichnete vielmehr den dadaistisch-surrealistischen Künstler Max Ernst, dessen Sekretär er in Paris ein Jahr lang gewesen war, als seinen „geistigen Vater"[62]. 1941 in Krefeld als Sohn eines Oberregierungsrates geboren, hatte Neuenfels an der Folkwangschule in Essen und am Max-Reinhardt-Seminar in Wien Schauspiel und Regie studiert und 1964 dort im Theater am Naschmarkt zu inszenieren begonnen. Zudem war er schriftstellerisch tätig und hatte unter anderem einen Band „mit schmerzlicher, dunkler, in surrealen Bildern sich bewegender Lyrik" veröffentlicht[63]. Bereits ein Jahr später zum Oberspielleiter und Chefdramaturgen nach Trier berufen, stand er mit vom Living Theatre beeinflußten Bühnenhappenings bald im Ruf, ein „provozierender Regisseur rebellischer Jugend" zu sein. Nach umstrittenen Werbeflugbättern („Helfen Sie mit, den Trierer Dom abzureißen?" oder „Warum schänden Sie nicht auch kleine Mädchen?") fristlos entlassen[64], setzte Neuenfels sein theatralisches Treiben in Krefeld, Darmstadt und Heidelberg fort, wo sich bald auch „öffentlicher Widerstand gegen den starken antiklerikalen Affekt" seiner Aufführung der Fußballrevue „Zicke-Zacke" formierte.[65] Palitzsch holte das bereits bundesweit bekannte „Enfant terrible"[66] Neuenfels für einige Inszenierungen nach Stuttgart und band ihn ab 1972 für vier Jahre fest an das Frankfurter Schauspiel. Gerade engagiert, festigte der Nachwuchsregisseur sein Image bei einer Diskussionsrunde des Hessischen Fernsehens, indem er eine „geradezu kindliche Freude daran" demonstrierte, „vor der Kamera immer wieder mit der Vokabel ‚bumsen' aufzufallen"[67].

„Überschreitung", so begrüßte ihn Peter Iden in Frankfurt (unter der Überschrift „Der Aufreger"), „war bislang wohl ein Merkmal der Arbeit dieses Regisseurs". In der Methode stecke indes die „richtige Überlegung", daß wir die Norm eines Lebens auf der Bühne nur erfahren könnten „in den Momenten, in denen sie überschritten wird"[68]. Iden hielt Neuenfels zugute, unter den Dreißigjährigen „zu den entschiedensten Regiebegabungen unseres Theaters" zu zählen: „Ein Mann großer innerer Spannungen", aber auch einer, der gelernt habe, „dieses Spannungspotential in disziplinierten Aufführungen produktiv zu machen."[69] Andere Feuil-

[60] Loschütz, War da was?, S. 320.
[61] Laube, in: Loschütz, War da was?, S. 181.
[62] Munzinger-Archiv (online) 2007, Eintrag Hans Neuenfels.
[63] Frankfurter Rundschau, 31. März 1971. Vgl. Neuenfels, Gedichte, sowie Neuenfels, Mundmündig.
[64] Munzinger-Archiv (online) 2007, Eintrag Hans Neuenfels.
[65] Frankfurter Rundschau, 31. März 1971. Autor des Stückes „Zicke-Zacke" (bzw. Zigger Zagger) war der britische Bühnenschriftsteller Peter Terson.
[66] Frankfurter Neue Presse, 23. Februar 1971.
[67] Ebd., 10. März 1971.
[68] Frankfurter Rundschau, 31. März 1971.
[69] Ebd., 23. Februar 1971.

letonisten äußerten sich skeptischer. Sie erinnerten daran, daß Neuenfels auch schon „weidlich vorbeigeschossen“ habe, etwa als er in Heidelberg Büchners „Danton“ zertrümmerte. „Hoch zielt Neuenfels immer, manchmal trifft er erheblich darunter. Den Durchschnitt hat er aber bisher immer verfehlt.“ Er sei kein „bequemer Typ“, verstehe es aber nicht nur zu schockieren, sondern auch hart zu arbeiten. Denn Neuenfels sei nicht nur „auf der Suche nach einem neuen Theater, sondern stets auch auf der Suche nach einem neuen Neuenfels“[70].

Seine Partner konnten ein Gespräch mit ihm als anstrengend empfinden: „Er spricht aufgeregt, eine rauhe, beschädigte Stimme hetzt die Wörter, sie überstürzen sich, Sätze fallen übereinander her. Seine Gedanken produziert er aus einem großen Druck, der ihn antreibt, sich mitzuteilen. Aber dieser hochgewachsene, schmale Dreißigjährige ist auch eine empfindliche Natur. Man spürt in seinem Reden etwas von einer Angst […] vor der Gefährdung durch das Mißverständnis“[71]. Als therapeutisches Gegenmittel bevorzugte Neuenfels Hochprozentiges. „Whisky Voice“ nannte ihn der Portier im Hotel „Nizza“, einem beliebten Treffpunkt der Frankfurter Theaterszene, wo Neuenfels „der einzige“ war, den man noch durch verschlossene Türen hören konnte, wenn er wieder einmal „so viel […] getrunken hatte“[72]. Damals „zu oft betrunken oder eingeigelt“ gewesen zu sein, räumte der Regisseur rückblickend selbst ein[73].

Hinzu kam eine ausgeprägte Nikotinsucht: „Der sympathische Neurotiker“, so formulierte es Hilmar Hoffmann, „war Kettenraucher vorzüglich bei der Regiearbeit. […] Neuenfels ohne Zigarette als Zepter in der Hand ist genauso wenig denkbar wie Karajan ohne Taktstock“[74]. Anders als an den früheren Wirkungsstätten von Neuenfels wurde das Rauchverbot auf den Probebühnen in Frankfurt aber von zwei hauseigenen Feuerwehrleuten äußerst „genau genommen“. Um nachzuweisen, daß der leidenschaftliche Raucher seinem Laster „auch tatsächlich in verbotenen Räumen“ fröhne, versteckten sich die beiden Floriansjünger vor Probenbeginn in den hinteren Reihen. Als die Probe im Gang war und Neuenfels sich „auf dem Höhepunkt unwillkürlich – fast automatisch – eine Zigarette ansteckte, sprangen sie auf und schrien: ‚Das haben wir gesehen!‘ […] Alle brachen zusammen. Die Probe wurde unterbrochen. […] Hans war ein Nervenbündel.“ Zwei Dutzend Beschwerden des Ordnungsamtes gegen den rauchenden Regisseur gingen ins Land. Sooft dieser in der Zwischenzeit die Spezies Feuerwehrmann „hinter dem Vorhang […] auch nur vermutete“, warf er einen Stuhl oder andere Requisiten „auf das Objekt seines Mißfallens […], und zweimal soll er sogar getroffen haben.“ Nach Verhandlungen mit dem Oberbranddirektor und dem Kulturdezernenten kam schließlich eine „Lex Neuenfels“[75] zustande: „Er durfte rauchen, wenn neben ihm ein großer Eimer mit Wasser stand“[76] – inklusive eines dazugehörigen Feuerwehrmannes. Hoffmann konnte bei darauffolgenden Haupt-

[70] Frankfurter Neue Presse, 23. Februar 1971.
[71] So Peter Iden, in: Frankfurter Rundschau, 31. März 1971.
[72] Loschütz, War da was?, S. 285.
[73] Ebd., S. 307.
[74] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 151.
[75] Ebd., S. 151.
[76] So die farbige Schilderung von Klaus Gelhaar, in: Loschütz, War da was?, S. 279.

proben selbst miterleben, wieviel Spaß es Neuenfels machte, „seinen Wasserträger vorsätzlich in die Bredouille zu bringen, indem er ihn als ‚running gag' hinter sich herpesen ließ, durch die Sesselreihen, vom Parkett auf die Bühne und wieder zurück – eine riesige Wasserspur hinter sich herziehend."[77]

Noch stärker ausgeprägt als die Nikotinsucht von Neuenfels war nur seine Arbeitssucht. Im vergleichsweise zarten Alter von 28 Jahren hatte er bereits 30 Stücke inszeniert. Seine Frau, die österreichische Schauspielerin Elisabeth Trissenaar, war ebenfalls auf der Bühne zu Hause und arbeitete seit 1972 mit ihm am Schauspiel Frankfurt. In der Familie Neuenfels hieß es deshalb nie: „es war im Sommer oder kurz vor Weihnachten", sondern: „Es war bei ‚Baal' oder ‚Nora'." Als bei den Proben zu „Liliom", wo Trissenaar die Julie spielte, der einzige Sohn an einem vereiterten Blinddarm laborierte und die Eltern zwischen den Proben ständig ins Krankenhaus eilten, statt an den üblichen Gremiensitzungen des Mitbestimmungsmodells teilzunehmen, wurde Neuenfels von einem der Co-Direktoren privat angerufen: „Hans, warum kommst du nicht mehr zu den Sitzungen?". Der Regisseur legte prompt auf. Damals habe er, so bedauerte er später seinem Sohn gegenüber, mit einem Mal begriffen, wie vage „unsere neue Gemeinschaft" am mitbestimmten Theater gewesen sei: „Ich werfe mir noch heute vor, daß ich damals Proben nicht abgesagt habe, um ständig bei Dir zu sein."[78]

Trotz oder wegen seines „manischen Egos"[79] verfügte Neuenfels über Charisma, so daß „die Führung der Schauspieler", zumindest jener, die mit ihm konnten und sich auf ihn einließen, als eine seiner Stärken galt[80]. Offensichtlich verstand es der Regisseur, „eine Truppe auf seine Ziele" zu verpflichten – sei es auf der Probebühne, sei es in der Kantine, die er geradezu „liebte". Palitzsch, dem Kantinen vermutlich „zu naturalistisch" waren und der selten dort gesehen wurde, kommentierte dies süffisant: „Solange Hans sich zwischen Direktion und Kantine bewegt, ist der Informationsfluß der Mitbestimmung garantiert."[81] Zwar identifizierte sich Neuenfels weniger als die von Palitzsch angeführte, politisch bewußt durch die Institutionen marschierende Fraktion des Schauspiels mit dem Mitbestimmungsmodell, doch hielten ihm seine Sympathisanten zugute, in manchen Situationen „richtiger und menschlicher als die Bannerträger der Menschheitszukunft" reagiert zu haben[82]. Die ihm kritisch gegenüber stehenden Schauspieler monierten dagegen seine „riesigen Monologe", die die Arbeit aufhielten[83], zumal es ihm wohl nicht stets gelang, „seinen Vorsprung an vitaler Einbildungskraft sozialbel" zu machen[84]. Neuenfels „sollte die Fähigkeit erwerben", so mußte er sich in einer Spartenversammlung der Schauspieler einmal sagen lassen, „sich da selbst zu kontrollieren". Die Anhänger des Regisseurs fanden aber gerade dessen Vor-

[77] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 151.
[78] Loschütz, War da was?, S. 307f.
[79] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 146.
[80] Frankfurter Neue Presse, 23. Februar 1971.
[81] Neuenfels, Erinnern, S. 189.
[82] So die Schauspielerin Elisabeth Schwarz, die 1972 von Stuttgart mit nach Frankfurt gegangen war, in: Loschütz, War da was?, S. 260.
[83] Protokoll der Spartenversammlung vom 1. März 1973, in: Loschütz, War da was?, S. 235.
[84] Protokoll der Klausurtagung vom 5. November 1972, in: Loschütz, War da was?, S. 232.

träge, „auch wenn es lang dauerte, toll“. Leider würden „oft nur sehr wenige“ zuhören[85].

Für die rasch einsetzende Gruppenbildung in Palitzsch-Schauspieler bzw. Neuenfels-Schauspieler[86] machte Palitzsch in erster Linie seinen Kollegen verantwortlich. „Dem Hans, wie auch vielen anderen Regisseuren“ warf er vor, „daß sie etwas ganz Sektiererisches, eine Art Glaubensbekenntnis der Schauspieler ihnen gegenüber“ verlangten, „als Grundlage, auf der überhaupt erst eine Zusammenarbeit möglich ist“[87]. Öffentlich aber konnte oder wollte Palitzsch seinen Unmut darüber nie so deutlich artikulieren, weil er als heimlicher Intendant immer „von der merkwürdigen Furcht geplagt“ wurde, „daß das Ganze platzt“: „Ich hatte diese Leitungs-Mitfunktion“, begründete er sein Verhalten, „so total verinnerlicht, daß ich immer kompromißbereit war, immer gesagt habe: Na, wenn er den Schauspieler braucht, dann nehme ich einen anderen.“[88] Am Ende der ersten Frankfurter Spielzeit 1973, nachdem die Inszenierungen von Palitzsch und Neuenfels auf ein sehr unterschiedliches Echo gestoßen waren, erreichten die Spannungen zwischen beiden einen Höhepunkt. In der Kantine brach es „mit triumphierender Stimme“ und wie stets unüberhörbar aus Neuenfels heraus: „Peter Palitzsch hat das Theater bekommen, und ich habe es gerettet.“[89]

Als Vorbereitung eines Putschversuchs war die Szene, die Neuenfels selbst „scheiße“ fand und sich nur mit der „manischen Selbstbewegung“[90] des Theaters erklären konnte, freilich nicht zu verstehen. Denn trotz aller Unterschiedlichkeit schätzten sich die beiden wichtigsten Hausregisseure sogar sehr. Gewiß machte Neuenfels „nie einen Hehl“ daraus, im Gegensatz zu Peter Palitzsch „kein Mann der Mitbestimmung“[91] zu sein, zu deren Frankfurter Realität er treffend bemerkte: „Das ist ein deutsches Schicksal. Wir […] überstrapazieren die Hoffnung.“[92] Doch auch wenn Neuenfels stärker an ästhetischen denn politischen Fragen interessiert war, stand er zumindest tendenziell links, bekannte sich ausdrücklich zu der „wichtige[n] Erfahrung“ seiner Generation in den „68er Jahren“[93] und hatte mit der Mitbestimmung zwar praktische, aber nicht im Kern ideologische Probleme[94].

[85] Man brauche Hans „doch nur zu unterbrechen oder nachzufragen“, bestätigte Marlen Diekhoff: Vielleicht warte er ja gerade darauf, und für sie seien dessen Erklärungen immer „interessant und sehr konkret“. Protokoll der Spartenversammlung vom 1. März 1973, in: Loschütz, War das was?, S. 235.

[86] Dem Umkreis von Palitzsch wurden etwa Ingeborg Engelmann, Elisabeth Schwarz, Traugott Buhre, Giovanni Früh, Karl-Albert Bock und Peter Roggisch (alle früher Stuttgart) zugerechnet; Marlen Diekhoff, Elisabeth Trissenaar, Ulrich Haad oder Lore Stefanek gehörten dagegen stärker in den „Attraktionsbereich“ von Neuenfels. Frankfurter Rundschau, 18. März 1972.

[87] Loschütz, War da was?, S. 320.

[88] Ebd.

[89] Ebd., S. 307.

[90] Ebd.

[91] So die Erinnerung von Elisabeth Schwarz, in: Loschütz, War da was?, S. 260.

[92] Loschütz, War da was?, S. 309.

[93] Ebd., S. 306.

[94] Daraus erhellt wohl auch sein persönliches Resümee des Frankfurter Modells – allerdings bereits im Abstand von einigen Jahren nach seinem Ausscheiden als fester Regisseur: „Ich habe keine Ressentiments“. Der mitbestimmende Schauspieler, dies rechnet Neuenfels zu den positiven Effekten, lese gezwungenermaßen mehr, „weil das berühmte Hinterfragen der Szenen, der Figuren bei den Proben öffentlich gemacht“ werde. (Loschütz, War da was?, S. 308). Zweieinhalb Jahrzehnte später blickte Neuenfels noch milder auf die Zeit der Mitbestimmung in

Der Brecht-Schüler Palitzsch, den Neuenfels als „Einhorn“ verehrte[95], erschien ihm auch „nie als der Ältere, sondern als der andere“. So schwierig „die Freundschaft unter Männern“ sei, ja „im gleichen Beruf fast unwahrscheinlich“, so sehr wußte Neuenfels seine Freundschaft mit Palitzsch als „großes Glück in meinem Leben“ zu schätzen[96]; um so mehr, als ihm bewußt war, daß es „sicher an Peters hoher Toleranzgrenze“ lag, wenn es nie zum völligen Bruch kam[97].

Und Palitzsch? Er äußerte wohl Bedenken gegen Neuenfels' „gesellschaftspolitisch desinteressiertes Theaterkonzept“ – sogar einmal öffentlich, nachdem dieser seine Teilnahme an einer schwierigen kulturpolitischen Diskussionsveranstaltung kurzfristig abgesagt und Palitzsch im Regen hatte stehen lassen – , doch ohne dabei „dem abwesenden Kollegen irgendwie in den Rücken zu fallen“[98]. „Es weiß ja jeder“, so Palitzsch in einem Gespräch Ende der 1970er Jahre, „daß ich den Hans ausgesprochen gern mag.“ Auch habe er dessen Frau „Sissi“ ebenso bewußt für Rollen eingesetzt wie Neuenfels seine Frau[99]. Auf den Einwand, das Verhältnis sei „viel gespannter“ gewesen als es jetzt „verklärend“ dargestellt werde („Vor zwei Jahren hast du noch gesagt, du sprichst nie wieder mit ihm, aber du beschreibst das als etwas Produktives, wie Ehekräche“), erläuterte Palitzsch: Im Arbeitsprozeß seien zwar wirklich „ganz bösartige Sachen unter uns“ aufgetaucht, „so daß es ganz schwer wurde.“ Entscheidender sei aber dennoch gewesen, „daß es sich nicht an einem tiefen Haß zwischen zwei Menschen abhaspelte“[100]. Tankred Dorst beobachtete sogar einmal während einer Probe, wie Palitzsch den neben ihm sitzenden Neuenfels um die Schulter faßte und dieser seinen Kopf lachend an Palitzsch lehnte: „Natürlich nur eine Geste, aber auch ein Zeichen dafür, daß das Theater […] solche gegensätzlichen Temperamente […] verbinden kann und sogar fruchtbar werden läßt.“[101] Wie sehr sich die beiden obsessiven Theatermänner tatsächlich schätzten, wurde noch einmal ganz zum Schluß, beim Scheiden, offenbar, als Neuenfels einer der beiden Redner am Grabe von Peter Palitzsch war.

Dennoch kann dies alles kaum darüber hinwegtäuschen, daß die Gegensätze zwischen Palitzsch und Neuenfels für das Frankfurter Ensemble – vorsichtig formuliert – „nicht immer produktiv“ waren[102]. Die Frage: „Wer wird zwischen den verschiedenen Temperamenten von Palitzsch und Neuenfels vermitteln, wer kann

Frankfurt zurück: „Von einem Scheitern […] kann wohl keine Rede sein.“ Das Modell sei „weder eine rote Zelle, noch ein Hort anarchistischer Sektierer“ gewesen, sondern eher eine Methode, „Theaterarbeit frisch und neu zu begreifen“. Neuenfels, Erinnern, S. 186.

95 Neuenfels, Erinnern, S. 189.

96 Loschütz, War da was?, S. 306.

97 Neuenfels, Erinnern, S. 189.

98 Frankfurter Rundschau, 22. Februar 1973.

99 Loschütz, War da was?, S. 320. Diese Erinnerung war aber wohl zumindest leicht getrübt, belegen doch die Protokolle des Mitbestimmungsmodells, daß es jedenfalls zeitweilig heftig knirschte zwischen Palitzsch und der Frau von Neuenfels. So wollte Elisabeth Trissenaar im September 1975 im Hinblick auf die Fragen einer Vertragsverlängerung und ihrer derzeitigen „Alleinbeschäftigung durch Neuenfels“ wissen, ob ihre Mitarbeit auch von anderen Regisseuren geschätzt werde. Palitzsch erklärte daraufhin seine Bereitschaft, auch sie einzusetzen, verwies aber auch auf die „großen Schwierigkeiten grundsätzlicher Natur“ in der Zusammenarbeit mit ihr aufgrund ihrer sehr verschiedenen Ansichten über das, was „Realismus“ sei. IfSG: SB 232. Ergebnisprotokoll der Direktoriumssitzung vom 15. September 1975.

100 Loschütz, War da was?, S. 320.

101 Dorst, Was ich Peter Palitzsch verdanke, S. 178.

102 So Roggisch, in: Loschütz, War da was?, S. 320.

es?“[103], kam auch nicht erst während der Arbeit am mitbestimmten Theater allmählich auf, sondern stellte sich Kennern der Szene schon beim Bekanntwerden dieser personellen Konstellation. Dem – neben Palitzsch – zweiten festen Direktoriumsmitglied mußte deshalb entscheidende Bedeutung für das Funktionieren des Modells zukommen. Doch die Presse orakelte schon Anfang März 1972 nach der Absage der Favoriten, daß sich für diese Position eine Lösung abzeichne, „die wohl kaum optimal genannt werden kann“[104]. Der Magistrat hielt an der ursprünglichen, allerdings noch auf eine andere Person zugeschnittenen Konzeption fest, einen Bühnenbildner als zweiten permanenten Direktor zu berufen, obwohl manchem der Dramaturg Horst Laube „als die bessere Lösung vorgekommen“ wäre. Dabei war die Auswahl sehr begrenzt, da die unter Vertrag stehenden Künstler Klaus Gelhaar und Adolf Christian (genannt: Adi) Steiof „noch in den Anfängen von Entwicklungen“ steckten“[105]. Auch in der Öffentlichkeit gab es Bedenken: Auf den – nach einem einstimmigen Votum des Ensembles – schließlich berufenen Gelhaar[106] würde nun „eine sehr große Belastung“[107] fallen. Diese Sorge trieb indes keinen mehr um als den betroffenen Bühnenbildner selbst.

Gelhaar war 1939 im ostpreußischen Königsberg geboren worden und hatte als kleines Kind 1945 die Flucht nach Schleswig-Holstein überlebt. Bei Wilfried Minks hatte er als Bühnenbildner gelernt[108]. Gelhaars Motivation, nach Frankfurt zu gehen, resultierte wesentlich aus dem Wunsch, an jenem Theater zu arbeiten, „an dem Peter Palitzsch war“. Für dessen Stuttgarter Abschiedsvorstellung („Hamlet“) hatte Gelhaar das Bühnenbild gemacht, nachdem er vorher an der Seite von Neuenfels in Heidelberg bekannt geworden und mit diesem dann auch in Stuttgart kooperiert hatte. Palitzsch, das bedeutete für den vom studentischen Protest in Heidelberg geprägten Gelhaar die Chance, „ästhetische Vorstellungen und gesellschaftliche zusammenzukriegen“[109] – aber am liebsten eben nur als Bühnenbildner und nicht als dritte Wahl in der Funktion eines Co-Direktors, die Größere vor ihm bereits abgelehnt hatten, weil sie nicht befriedigend geklärt sahen, wie dieser Co-Direktor die Technik, die personalstärkste Abteilung der Frankfurter Bühnen, in der Praxis mitvertreten konnte, ohne daß die Technik auch direkt in das Mitbestimmungsmodell einbezogen war[110]. Doch am Schauspiel herrschte damals die Meinung, daß ein Mitglied, das durch Ensemblebeschluß für eine Aufgabe bestimmt worden sei, nicht ablehnen könne. „Entweder ich ging nicht nach Frankfurt“, so empfand Gelhaar seine Entscheidungssituation, „oder wenn, dann auch gleich ins Direktorium“. Außerdem wurde ihm „mit Augenzwinkern klargemacht, was das für eine große Chance sei“[111].

[103] So die Frankfurter Rundschau, 23. Februar 1971.
[104] Frankfurter Rundschau, 7. März 1972.
[105] Ebd., 18. März 1972.
[106] Die Welt, 17. März 1972.
[107] Frankfurter Rundschau, 18. März 1972.
[108] IfSG: S 2/7675. Vgl. auch das kurze Porträt in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 8. November 1972.
[109] Loschütz, War da was?, S. 275.
[110] Das Problem bestand darin, daß die Technik sowohl für das Schauspiel als auch für die Oper arbeitete, an der Oper aber das Modell nicht praktiziert werden sollte.
[111] So Gelhaar, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 275.

Wie mulmig Gelhaar von Anfang an zumute war, erhellt aus seinen erfolgreichen Bemühungen, statt eines Vierjahresvertrages als Bühnenbildner und Co-Direktor zwei getrennte Verträge zu bekommen. „Ich hatte im Leiten eines Theaters keine Erfahrung und wußte nicht, wie sich alles entwicklen würde“[112], kommentierte Gelhaar den Sinn des für ihn unter Rückgriff auf einen Rechtsanwalt[113] ziemlich kostspieligen „Auseinanderklamüsern[s] der Verträge“. Zudem war Gelhaar unsicher, ob er „die Doppelbelastung aushalten würde“. Er wollte sich die Option bewahren, „eventuell nach zwei Jahren aus dem Direktorium auszusteigen und trotzdem als Bühnenbildner an diesem Theater weiterzuarbeiten“. Darüber hinaus gedachte Gelhaar damit klarzumachen, daß er nur für seine Tätigkeit als Bühnenbildner entlohnt wurde, für seine Arbeit als Co-Direktor aber (wie seine zwei Kollegen) „keinen Pfennig“ außer einer Aufwandsentschädigung von 250 DM bekommen sollte. Als Gelhaar darauf bestand, zumindest diese Summe für sich zu behalten und sie nicht in eine „extra angeschaffte grüne Kassette im Direktoriumszimmer links unten im Bord hinter P.P.’s Schreibtisch“ einzuzahlen (um damit den stets zu schnell verbrauchten Dienstreiseetat der Dramaturgen aufzubessern), gab es „einen der vielen Kräche“[114].

„Man ging davon aus, daß wir Idealisten oder so was ähnliches waren“[115], kritisierte Gelhaar diesen Vorgang, den er als Vater zweier Kinder und Ehemann einer Frau, die ihm lange nach dem klassischen Familienmodell „nur“ den Rücken frei gehalten respektive bei seiner Arbeit assistiert hatte, aus einer ganz anderen Perspektive wahrnahm als Palitzsch oder die vielen jungen und ungebundenen Schauspieler des Ensembles. Einen gewissen Idealismus brachte aber auch Gelhaar mit nach Frankfurt – nebst dem selbst gesteckten Ziel, das Interesse an seiner familiären Kleingruppe dem „Interesse an der größeren Gruppe unterzuordnen“, weil es sonst heißen würde, „daß dieses Theater nur von Junggesellen gemacht werden könnte oder von solchen, deren Ehepartner ebenfalls engagiert waren“. Bald aber erkannte Gelhaar, der wegen der beruflichen Belastung „oft tagelang“[116] seine Frau nicht sah, einen „großen Widerspruch“ zwischen der Frankfurter Theaterarbeit und dem „Zusammenleben mit meiner Familie“[117].

Nachdem er sich beim Schlittschuhlaufen den rechten Arm gebrochen hatte und krank geschrieben worden war, dachte Gelhaar, daß er „jetzt wenigstens in Urlaub fahren“ könne. Als er wiederkam, herrschte schlechte Stimmung: Er hätte nicht „Urlaub nehmen und für 14 Tage das Theater verlassen dürfen“, wurde dem Bühnenbildner vorgeworfen[118]. Gelhaars Zufriedenheit litt nicht nur unter diesen Vorkommnissen, sondern auch darunter, daß sein Plan durchkreuzt wurde, die nach ihrer Elternzeit wieder arbeitssuchende Ehefrau, eine studierte Musikerin und Sekretärin, als Assistentin in der Ausstattungsabteilung anzustellen. Das wäre,

112 Ebd.
113 Vgl. den Brief Hilmar Hoffmanns an Eberhard Sandmann (den Rechtsanwalt Gelhaars) vom 5. Juli 1972, in: IfSG: Kulturdezernat, Nr. 159.
114 Loschütz, War da was?, S. 274.
115 Ebd., S. 274.
116 Ebd., S. 274.
117 Ebd., S. 281.
118 Ebd., S. 273.

bekam Gelhaar in der entscheidenden Produktionssitzung zu hören, angesichts der mangelnden Qualifikation seiner Frau „Vetternwirtschaft“.[119]

Man wird kaum fehl in der Annahme gehen, daß die schroffe Ablehnung von Gelhaars Vorhaben auch mit seinem bereits ramponierten Image am Schauspiel zu tun hatte, vor allem mit seinem schon seit Dezember 1972 schwerst belasteten Verhältnis zu Palitzsch. Hintergrund des Konflikts war das Drängen des Regisseurs, den Vertrag mit der Schauspielerin Sylvia Ulrich, die sich in der Diskussionsphase des Frankfurter Modells für eine noch weiter gehende Mitbestimmung eingesetzt hatte, aus künstlerischen Gründen nicht mehr zu verlängern[120]: „Die Regisseure konnten mit ihr nichts anfangen, wollten sie nicht besetzen.“ Das Ensemble aber solidarisierte sich mit der jungen Kollegin und beauftragte den Basisdirektor, für eine Verlängerung des Vertrages zu stimmen. So hing alles von dem Votum Gelhaars ab. Der Bühnenbildner hatte Schwierigkeiten, sich „bei so einer existentiellen Entscheidung“ nur auf sein eigenes Urteil über die schauspielerischen Qualitäten Ulrichs zu verlassen. Die Regisseure Palitzsch und Neuenfels waren ihm da, wie er meinte, „weit überlegen“. Konnte er für Ulrichs weitere Beschäftigung stimmen, ohne gleichzeitig konkrete Besetzungsvorschläge zu unterbreiten? Auch wenn ihn die Sorge drückte, gegen die „Solidarität des Ensembles“ zu verstoßen, entschied sich Gelhaar letztlich „im Sinne derjenigen, die die Macht haben“, da er sich als Bühnenbildner „von den Regisseuren genauso abhängig“ fühlte. Obendrein schien ihm eine Schauspielerin, die nicht besetzt wurde, „tatsächlich ein Belastung für das ganze Haus“ zu sein[121]. Was folgte, waren bittere Diskussionen im Ensemble über „die Kriterien von K. Gelhaar“[122] bei der Beurteilung einer Schauspielerin und über dessen Entscheidungsschwäche[123] und schließlich vor allem ein – im Beiratszimmer für alle einzusehender – Brief Gelhaars an Palitzsch, in dem sich der Bühnenbildner seinen Frust mittels persönlicher Vorwürfe an den Regisseur von der Seele schrieb.

Der schwer getroffene Palitzsch bot daraufhin in einer Produktionssitzung an, aus dem Direktorium auszuscheiden und nur noch zu inszenieren, oder umgekehrt. Wolle das Ensemble, daß er weiterhin beide Funktionen ausübe, so brauche er Entlastung durch Horst Laube als persönlichen Referenten[124]. Zum weiteren Eskalieren des Konflikts trug Gelhaars Ausstattungs-„Kollege“ Steiof bei, indem er an die Vollversammlung den Antrag stellte, Gelhaar aus dem Direktorium abzuberufen und statt dessen Laube hineinzuwählen[125]. Gelhaar aber stand auf dem

119 Ebd., S. 282.
120 Ulrich sah denn auch, was Palitzsch entschieden zurückwies, einen Zusammenhang zwischen ihrer Entlassung und ihren politischen Forderungen, und warnte alle, „sich in Mitbestimmungsfragen zu sehr zu exponieren“. Protokoll des Künstlerischen Beirats vom 18. Januar 1973 (IfSG: SB 232).
121 So Gelhaar, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 282.
122 IfSG: SB 232. Protokoll des Künstlerischen Beirats vom 18. Januar 1973.
123 Unter dem eigenen Tagesordnungspunkt „Entscheidungen im Direktorium“ beschloß der Künstlerische Beirat Ende Dezember 1972: „Gelhaar muß sich im Fall ‚Vertrag Ulrich‘ entscheiden können. Die Gespräche im Beirat müssen ihn zu einer Entscheidung befähigen. Als Direktoriumsmitglied ist er verpflichtet, sich eine Meinung zu bilden und diese im Direktorium zu vertreten.“ Protokoll des Künstlerischen Beirats, 27. Dezember 1972 (IfSG: SB 232).
124 IfSG: SB 232. Protokoll der „Nichtvollversammlung“ vom 16. Dezember 1972.
125 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 12. Januar 1973.

Standpunkt, Palitzsch sei es, der die Zusammenarbeit mit ihm verweigere, und wehrte sich nach Kräften. Er fühle sich zwar „überfordert", werde die übernommenen Pflichten aber dennoch erfüllen; daran gebe es „nichts zu rütteln"[126]. Auch wenn es für ihn nicht immer ganz leicht sei, „den Sprung vom Administrativen zum Kreativen" zu schaffen, habe er nach wie vor „ungeheures Interesse" an seinem Direktorenamt und keineswegs die Absicht, von sich aus zurückzutreten. Sollte ihm das Mißtrauen ausgesprochen werden, so müsse er über Konsequenzen für seinen weiteren Verbleib an den Städtischen Bühnen nachdenken[127].

Nachdem die Diskussion aber in Erinnerung gerufen hatte, daß Gelhaar nicht vom Ensemble, sondern vom Magistrat bestellt worden war und ohnehin nur von diesem wieder abberufen werden konnte, präzisierte Palitzsch noch einmal seinen Lösungsvorschlag: Eine „interne Regelung", die Gelhaar zwar offiziell in seiner vertraglichen Funktion belasse, Laube aber „vorrangig" Direktoriumsaufgaben übertrage[128]. Palitzsch garnierte seinen konstruktiven Vorschlag mit einem Lamento über die „schizophrene Situation" des Schauspiels: „Einer will Platz machen, darf's aber nicht, der andere soll's, will aber nicht."[129] Der Streit wurde schließlich dadurch mühsam beigelegt, daß Steiof seinen Mißtrauensantrag gegen Gelhaar zurückzog und Palitzsch in seiner Direktorenfunktion künftig durch die Dramaturgen Horst Laube und Jürgen Fischer entlastet wurde[130].

Am Anfang der neuen Spielzeit im Herbst 1973 sank Gelhaars Stern weiter. Nach einem Totalverriß des Hauptmann-Stückes „Die Ratten" durch Peter Iden beschloß das Ensemble, „die halbe Dekoration rauszuschmeißen", wogegen sich Gelhaar „mit Händen und Füßen wehrte". Ihm war klar, welchen Entrüstungssturm dies bei der Technik hervorrufen mußte. Denn erst 14 Tage vorher hatte er bei ihr durchgesetzt, alle Teile für diese Produktion im Akkord anzufertigen, „und jetzt flog es raus". Tatsächlich ging die Technische Abteilung gegen den Beschluß auf die Barrikaden, wobei das Ereignis zum Anlaß genommen wurde, das ganze, seit Beginn des neuen Modells aufgestaute „Unbehagen gegen unseren chaotischen, unrationellen Schauspielbetrieb" mit seinen häufigen Spielplanänderungen zu artikulieren. Der „gesammelte Groll entlud sich" auf Gelhaar – „sowohl als Bühnenbildner wie auch als Direktor"[131].

Noch schlimmer für Gelhaar kam es, weil in diesen Wochen seine Zusammenarbeit mit dem Gastregisseur Claus Peymann scheiterte, der in Frankfurt Edward Bonds „Die See" inszenieren sollte. Gelhaars Grundidee für das Bühnenbild – links und rechts riesige Windturbinen, in der Mitte eine Landschaft wie auf dem Gemälde „Der Mönch am Meer" von Caspar David Friedrich – sagte Peymann nicht zu[132]. Mit „noch keinem Regisseur" war es Gelhaar dann „so ergangen" wie mit dem als schwierig geltenden Peymann, der sich zunächst bis ins Detail in das Bühnenbild einmischte und Gelhaar „schließlich offen das Mißtrauen" aussprach.

126 IfSG: SB 232. Protokoll der „Nichtvollversammlung" vom 16. Dezember 1972.
127 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 12. Januar 1973.
128 Ebd.
129 Ebd.
130 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 31. Januar 1973.
131 So Gelhaar, zit. nach: Loschütz: War da was?, S. 280.
132 Ebd.

Dem Co-Direktor setzte der Konflikt derart zu, daß er an dem Bühnenbild „nicht mehr weiter […] arbeiten“ konnte, ja sogar daran krank wurde[133]. Merkwürdig war nur die Art seiner Krankheit, die ihn lediglich an der Arbeit in Frankfurt hinderte, nicht aber daran, nach Bremen zu reisen und am dortigen Theater ein Bühnenbild zu realisieren. Gelhaar nannte dies später „eine Art Therapie“ zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit. Weil die Frankfurter Situation „so unlösbar für ihn und weil er krank“ gewesen sei, habe er geradezu nach Bremen fahren müssen, um sich „in dieser Situation nicht zu isolieren, sondern produktiv zu bleiben“. In der Beiratssitzung vom 23. Oktober 1973 äußerte Gelhaar zudem seine Absicht, den Direktoriumsvertrag zum Ende der laufenden Spielzeit zu kündigen und fortan „nur noch den Bühnenbildner-Vertrag erfüllen“ zu wollen[134].

Wenn der Künstler geglaubt hatte, sich damit halbwegs aus der Affäre zu ziehen, so täuschte er sich schwer, denn in den Gremien wurde nun „Gerichtstag über Klaus Gelhaar“[135] gehalten. Gegen ihn fiel besonders ins Gewicht, daß zum Zeitpunkt seiner Flucht nach Bremen offensichtlich doch bereits ein Konsens über die Grundkonzeption des Bühnenbildes gefunden und es nur noch um einige schwierige Details gegangen war, zu deren Lösung man ihm noch dazu die Mitarbeit eines zusätzlichen Bühnenbildners (Erich Wonder) angeboten hatte. Gelhaar aber, so die Kritik, habe „die Verabredung mit Wonder nicht eingehalten“ und „nur an sich, nicht an das Haus gedacht.“ „Wenn diese Haltung verlängert wird“, so sagte Palitzsch in seiner Generalabrechnung mit dem Co-Direktor, finde „keine Aufführung mehr statt.“ Statt nach einer Lösung der Schwierigkeiten zu suchen, die in der Zusammenarbeit eben immer einmal auftreten könnten, habe sich der Bühnenbildner „der Verantwortung entzogen“. Selbst im Nachhinein sehe dieser sein Fehlverhalten nicht ein, sondern versuche, den Sachverhalt zu verschleiern. Gelhaars angekündigter Rückzug vom Co-Direktorenposten war für Palitzsch nur noch ein „weiterer Rückzug aus der Gruppe“. Außerdem sah der Regisseur Gelhaars Verhältnis zur Technik nicht erst seit dem Konflikt um die „Ratten“ belastet, der so „viel böses Blut gemacht“ hatte. Palitzsch warf Gelhaar sogar wiederholte „Fehler in seiner fachlichen Arbeit“ vor[136].

Dies entsprach auch der Sicht einer Mehrheit des Künstlerischen Beirats, die Gelhaar für nicht in der Lage hielt, „realistische Bühnenbilder“ zu entwerfen, und ihm zudem verübelte, die Ausstattungsabteilung „zu autoritär“ zu führen[137]. Palitzsch zog aus alledem einen eindeutigen Schluß: Durch eine Weiterbeschäftigung Gelhaars – sowie des Kostümbildners Dirk von Bodisco, der fast gleichzeitig für „14 Tage einfach verschwunden“[138] war – würden die „Arbeitsvoraussetzungen“ am Schauspiel Frankfurt „erschwert“[139]. Basisdirektor Peter Danzeisen sah ebenfalls einen Widerspruch zwischen Gelhaars Verhalten und „der Haltung, die wir fordern“. Man müsse sich deshalb fragen, ob eine Zusammenarbeit überhaupt

133 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 23. Oktober 1973.
134 Ebd.
135 Elisabeth Schwarz, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 260.
136 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 23. Oktober 1973.
137 Loschütz, War da was?, S. 280.
138 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 23. Oktober 1973.
139 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 3. Dezember 1973.

weiterhin möglich sei und „Klaus“ noch das Vertrauen der Technik und der Regisseure habe[140]. Allerdings hatte Gelhaar auch seine Fürsprecher, die, obwohl der Beirat „in zwanzigstündiger Debatte“ sämtliche Facetten des Falles diskutiert hatte, auf dem Recht der Vollversammlung bestanden, auch noch die Stimme der Basis zu Gehör zu bringen.

Dies geschah dann auf mehreren Vollversammlungen „ohne Samthandschuhe in großer Offenheit“[141]. Etliche leiteten aus einem jetzt doch andeutungsweise reumütigen Statement Gelhaars „eine neue, positivere Perspektive her“, verwiesen auf schwierige rechtliche, wirtschaftliche und persönliche Implikationen einer Trennung oder erinnerten „an die Qualifikation des Bühnenbildners“, den es einfach nur „fester zu integrieren“ gelte[142]. Zwar schlug sich Neuenfels auf die Seite von Palitzsch: „Wir haben hier von Fakten und Versäumnissen zu reden, von Arbeiten, die nicht gemacht wurden, und nicht tiefenpsychologisch vom Menschen“[143]. Doch die folgende Abstimmung endete mit einer bitteren Niederlage für die Gelhaar-Gegner. Auf die Frage des Basisdirektors, ob die Anwesenden „Möglichkeiten zur weiteren Zusammenarbeit“ mit Gelhaar und von Bodisco sähen, antwortete im Falle des Co-Direktors eine denkbar knappe Mehrheit von 24 (gegen 23) Stimmen mit Ja, während sie lediglich Bodisco – bei knappstem Stimmenverhältnis – das Vertrauen entzog[144].

Dennoch schien damit im Dezember 1973 das Tuch zwischen Gelhaar und Palitzsch endgültig zerschnitten und auch die Stellung des Bühnenbildners im Direktorium irreparabel beschädigt: „Es war“, so Gelhaar stark untertreibend, „eine mühsame Arbeit, die Basis für eine Weiterarbeit wiederherzustellen.“[145] Neue Querelen folgten, unter anderem wegen einer Gelhaar angesonnenen Assistenz für den großen argentinischen Gastregisseur Augusto Fernandes, der wegen seiner hohen Gage das Bühnenbild gleich selbst erledigte: „Mir zog’s die Schuhe aus“, kommentierte Gelhaar die ihm reichlich altbacken vorkommenden Entwürfe Fernandes’ für das Bühnenbild: „Ich fühlte mich allein gelassen.“[146] Im Juni 1975 wurde der nervlich angeschlagene Gelhaar zunächst in seiner Co-Direktorenposition durch Steiof ersetzt[147]. Am Ende des Jahres betrachtete das neue Direktorium die weitere Zusammenarbeit mit Gelhaar schließlich als durch dessen psychischen Zustand unmöglich geworden und riet ihm, sich krank schreiben

140 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 23. Oktober 1973.
141 Der Schriftführer brachte nach diesem Satz die bezeichnende Erklärung an: „Da das geschriebene Wort noch anderes Gewicht hat als das gesprochene, beschränkt sich vorliegendes Protokoll auf eine straffe Zusammensetzung der wichtigsten Argumente“. IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 14. November 1973.
142 Ebd.
143 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 3. Dezember 1973.
144 Der in Anbetracht der Sachlage ziemlich erstaunliche „Sieg“ Gelhaars über Palitzsch ist wohl nur vor dem Hintergrund der damals im ganzen Ensemble bereits starken Frustrationen über die Dominanz der Regisseure auch im Mitbestimmungsmodell zu verstehen. Manches, so formulierte es Peter Roggisch, sei „schon allein deshalb suspekt“ gewesen, weil es aus der „dritten Etage“ kam. Loschütz, War da was?, S. 312.
145 Loschütz, War da was?, S. 280.
146 Ebd.
147 Protokoll der Vollversammlung vom 21. Juni 1975, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 245. Vgl. auch ebd., S. 272.

zu lassen[148]. Die Schauspielerin Elisabeth Schwarz kommentierte Gelhaars Schicksal später mit der harten Bemerkung, dieser sei für den Direktionsposten im Schauspiel Frankfurt von Anfang an „eine Nummer zu klein" gewesen[149]. Doch fällt der Vorwurf letztlich mehr auf die mangelnde Menschenkenntnis jener Entscheidungsträger zurück, die diese Personalie verantworteten als auf den Bühnenbildner selbst, der seine eigenen Grenzen in künstlerischer wie physischer Sicht durchaus kannte[150].

Festzuhalten bleibt, daß es neben dem noch relativ produktiven Spannungsverhältnis zwischen den Hausregisseuren Palitzsch und Neuenfels fast vom Anfang des Frankfurter Modells an in der Führung des Schauspiels ausgesprochen destruktive Spannungen zwischen den beiden formal stärksten Direktoren Palitzsch und Gelhaar gab. Dessen Nachfolger Steiof räumte bereits ein Jahr später wieder seinen Platz[151], weil er seine Erwartung, man könne an einem mitbestimmten Theater „zu einer anderen Art von Qualität als an einem Intendantentheater kommen", enttäuscht sah und „das Ganze für ziemlich gescheitert" hielt[152]. Auf der Suche nach weiteren Hauptdarstellern, die eine im Sinne des Modells konstruktivere Rolle spielten, hat sich der Blick demnach vor allem auf den ersten Basisdirektor Peter Danzeisen zu richten.

Der junge Schauspieler, der in den Kontroversen um Gelhaar an der Seite Palitzschs stand, war als klassischer 68er auch politisch ebenso fest von der Bedeutung und Notwendigkeit der „Demokratisierung" im allgemeinen und vom Frankfurter Modell im besonderen überzeugt wie der Regisseur. Die Mitbestimmungspläne des Schauspiels hatten Danzeisens Interesse an einem Engagement dort 1972 sogar wesentlich motiviert. Vordem war der 1948 in Basel geborene Danzeisen an verschiedenen Bühnen (in seiner Heimatstadt, aber auch in Graz, Wuppertal und Essen) als Schauspieler unter Vertrag gestanden[153]. Charakteristisch für Danzeisens im Ansatz idealistische Position ist das persönliche Nachwort, das er im September 1973 unter das von ihm angefertigte Protokoll einer Beiratssitzung setzte. Danzeisen bedauerte dort, daß es bisher nicht gelungen sei, „unsere Kritik produktionsfördernd anzubringen, im Gegenteil. […] Es kommt mir dies vor, als würden wir, wie viele in dieser Gesellschaft, halt auch nur von Wochenende zu

148 IfSG: SB 232. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 4. Dezember 1975. Zum weiteren Fortgang des Konflikts mit Gelhaar, der darauf bestand, im Vertrag zu bleiben, statt nur noch als Gast zu arbeiten, aber Anfang 1976 auf ein Direktorium stieß, das „reinen Tisch" machen wollte und notfalls auch einer gerichtlichen Klärung entgegensah, vgl. das Protokoll der Direktoriumssitzung vom 28. Januar 1976 (Zitat) und 3. März 1976. IfSG: SB 246.

149 Loschütz, War da was?, S. 260.

150 So bemerkte Gelhaar zu seinen Motiven für den Wechsel nach Frankfurt, er habe bis dahin „immer im Alleingang ohne Dramaturgen die Vorstellungen zu einem Stück entwickelt" und sich versprochen, diese Arbeitsweise am mitbestimmten Theater ändern zu können. Denn er habe gewußt, nicht über „einen so unerschöpflichen Vorrat an Ideen, Vorstellungen und Vorschlägen" zu verfügen, „daß es immer so hätte weitergehen können". Zum Scheitern seiner Hoffnungen schrieb der Bühnenbildner 1975: „Hier wird nur Fertigkeit verlangt, Konfrontation, Starksein. Wenn du dich fallen läßt, ist es aus." Loschütz, War da was?, S. 280. Gelhaar wurde später (1982) Professor für Film und Video, dann für Visuelle Kommunikation an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach.

151 Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976.

152 Steiof, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 271.

153 Die Informationen zur Person sind dem Bestand IfSG: S 2/7725 entnommen.

Wochenende leben. Wenn der Ausflug in die Badeanstalt angenehm verlief, ist die nächste Woche erträglicher. […] Nur wenn es uns gelingt, den Andersdenkenden auch anhören zu können, ohne ständig die Meinung des Anderen zu verteufeln, können wir in Zukunft von sowas wie einem Ansatz von Mitbestimmung reden."[154]

Angesichts der im Herbst 1974 anstehenden Landtagswahlen in Hessen stellte Danzeisen Anfang des Jahres in den Anmerkungen „Zur Spielplandiskussion" die Frage: „Wo liegen unsere Interessen?" Danzeisen plagte in dieser Phase bereits der Alpdruck einer großen gesellschaftlichen Tendenzwende: Es würden derzeit immer mehr liberale Positionen geräumt und „liberale Zeitungen" sowie TV-Magazine wie *Panorama* und *Aspekte* „ständig durch die wirtschaftlichen Interessen der Großen bedroht". Ja mehr noch, es gebe „Tendenzen zu einer modernen Art des Faschismus". Für Danzeisen begann der Faschismus allerdings bereits bei Franz Josef Strauß, der mit CSU und CDU ein Comeback feiere. Da diese Art von Faschismus durchaus „modern-technokratische Züge" trage, sei er um so „schwieriger zu bekämpfen". Andererseits zeigte sich der von 1968 geprägte Danzeisen auch von der etablierten Linken enttäuscht: Politische Alternativen seien „kaum mehr erkennbar". Ob die geplanten Brecht-Stücke „Baal" und „Trommeln in der Nacht", die einst „im Vorfeld des Faschismus" entstanden seien, „auf die heutigen Faschisierungstendenzen" die richtige Antwort gäben, wußte der Basisdirektor zwar nicht, meinte aber, „daß wir uns eine erarbeiten sollten"[155]. Da Danzeisen seine politischen Meinungen nicht nur innerhalb des Ensembles vertrat, mußte er es auch schon einmal hinnehmen, von ganz andersdenkenden Telefonanrufern als „Kommunistenschwein" tituliert zu werden[156].

Wenige Wochen vor dem Landtagswahltermin 1974 stellte Danzeisen der Vollversammlung ein von ihm und anderen verfaßtes Arbeitspapier vor, das in der Forderung nach „Parteilichkeit" des Schauspiels Frankfurt gipfelte. Die „Widersprüche unseres Gesellschaftssystems", so Danzeisen, würden sich heute „nirgendwo klarer spiegeln als in Frankfurt"; sie zwängen jeden, „Stellung zu beziehen". Danzeisen verglich das Arbeitspapier in seiner Stoßrichtung ganz offen „mit den Rahmenrichtlinien des hessischen Kultusministeriums", die ihre Adressaten ebenfalls dazu aufforderten, „sich für etwas Neues zu engagieren"[157]. Marxistische Kapitalismuskritik schimmerte durch, als sich der Basisdirektor in einer anderen Vollversammlung zu Vertragsverlängerungen äußerte: „Der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und den noch ungenauen Vorstellungen von einer gerechten Entlohnung unserer Arbeit" sei „kurzfristig noch nicht zu lösen". Gehaltsaufbesserungen sollten vorerst gerechterweise nur Kollegen zugute kommen, deren Gagen unter dem „arithmetischen Gagendurchschnitt" lägen[158].

154 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des KB vom 6. September 1973.
155 IfSG: SB 237. „Schauspiel Frankfurt – Frankfurt a. M., 20. März 1974: Zur Spielplandiskussion", gez. Peter Danzeisen.
156 Vgl. den anläßlich des Ausscheidens Danzeisens aus dem Frankfurter Ensemble entstandenen Rückblick, in: AKT Aktuelles Theater, Juni/Juli 1985, S. 6.
157 Protokoll der Vollversammlung vom 22. Oktober 1974, zit nach: Loschütz, War da was?, S. 240.
158 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 3. Dezember 1973.

Obwohl keineswegs alle im Ensemble die mehr oder weniger edelmarxistischen Positionen Danzeisens teilten – Elisabeth Trissenaar etwa verwahrte sich anläßlich der Forderung nach „Parteilichkeit" ausdrücklich gegen eine „richtige linke Diktatur"[159] –, gelang es dem Schauspieler mit seinem einnehmenden und, unbeschadet seiner teils extremen politischen Ansichten, auch ausgleichenden Wesen[160] immer wieder, das Vertrauen der Mehrheit des Ensembles zu erlangen. Da Danzeisens Leistung als Basisdirektor „fast vorbehaltlos anerkannt" wurde, kam es im August 1973 angesichts seiner auslaufenden Amtszeit sogar zu einer Verfassungsdiskussion im Ensemble.

Trotz mancher Bedenken gegen eine so rasche „Grundgesetzänderung" fand ein Antrag die Mehrheit, der den Passus über Beschränkungen der Wiederwahl bzw. maximal einjährige Amtszeit im Arbeitspapier zum Mitbestimmungsmodell strich und Danzeisen die Fortsetzung seines Mandats bis in den Sommer 1974 hinein ermöglichte[161]. Wieviel Gefallen Danzeisen, der es nach seiner Frankfurter Zeit zum Direktor der „Theater Hochschule Zürich" und zum Rektor der „Hochschule für Musik und Theater" bringen sollte, an der Gremientätigkeit im Mitbestimmungsmodell fand, zeigte seine kurvenreiche Argumentation während der Verfassungsänderungsdebatte in der Vollversammlung vom August 1973 nur zu deutlich: Er habe Freude an der Arbeit als Basisdirektor gehabt und verspüre so etwas wie Abschiedsstimmung, hätte indes, wenn ein anderer zum Zuge käme, mehr Zeit für sich; würde freilich trotzdem gerne weitermachen, auch wenn er die Wahl eines anderen für richtiger halte[162].

Kein Zweifel, so jemand wie Danzeisen war genau der richtige Mann für das aufreibende Geschäft des Basisdirektors. Daß er nicht leicht zu ersetzen war, erwies sich an seinem Nachfolger, Peter Franke, der ab Herbst 1974 „dem Magistrat gegenüber" als „neues Mitglied des Dreierdirektoriums" fungierte, nachdem Danzeisen das „schwere Doppelamt" des Schauspielerdirektors „zwei Jahre […] durchgestanden" hatte[163]. Der 33jährige Franke hatte vorher an Theatern in Düsseldorf und Köln gearbeitet. Da er in erster Linie Schauspieler war – und es im übrigen auch nach seiner Frankfurter Zeit blieb[164] –, konnte er sich mit den Anforderungen der Direktorentätigkeit nicht recht anfreunden und legte schon zum Ende der Spielzeit 1974/75 aus eigenen Stücken sein Amt wieder nieder[165]. Auf Franke folgte im Juni 1975 der nur ein halbes Jahr ältere Klaus Wennemann, der vom Stuttgarter Staatstheater 1972 mit Palitzsch nach Frankfurt gekommen war (und mit ihm bis 1980 dort ausharrte).

159 Protokoll der Vollversammlung vom 22. Oktober 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 241.
160 Er habe, so erinnert sich seine Kollegin Eva-Maria Strien, immer versucht, „Fronten zu vermeiden, auszugleichen". AKT Aktuelles Theater, Juni/Juli 1985, S. 6.
161 Noch auf der Vollversammlung wurde er zunächst mit den meisten Stimmen – vor Jürgen Kloth und Klaus Wennemann – in den neuen Künstlerischen Beirat gewählt. IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 20. August 1973.
162 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 20. August 1973.
163 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 30. Oktober 1974.
164 Sucher, Theaterlexikon, S. 180f. In dem Film „Das Wunder von Bern" spielte Franke z. B. den Sepp Herberger. Zu seinen Frankfurter Jahren: IfSG: S 2/8541.
165 Sein Ausscheiden aus dem Direktorium begründete er auf einer außerordentlichen Vollversammlung im Mai 1975, wo er einen dazu verfaßten Brief verlas. IfSG: SB 232. Kurzprotokoll der außerordentlichen Vollversammlung vom 23. Mai 1975.

Wennemann hatte bereits in Stuttgart zu denen gehört, die „als Folge der Studentenbewegung“ zusammensaßen und sich die Köpfe darüber heiß redeten, wie man die Position der Schauspieler „gegen das Intendantentheater“ auf dem Wege der Mitbestimmung stärken könnte. Dabei war das „Protestverhalten sozusagen noch der Motor für die Überlegungen“[166]. Vor seiner Wahl zum Frankfurter Basisdirektor hatte Wennemann bereits dem Künstlerischen Beirat angehört und zusammen mit Matthias Fuchs (Jahrgang 1939) und Hermann Treusch (Jahrgang 1937) z. B. Vorschläge zum Problem der Sonderurlaube ausgearbeitet, die seinen politisch motivierten Mitbestimmungsidealismus gut charakterisieren. „Wir können“, so hieß es in der Stellungnahme, „unser Theater und uns nicht […] aus den sozio-politischen Problemen unserer Gesellschaft herausnehmen und eine sozialistische Enklave bilden. Wir sind allerdings verpflichtet, in unserem kleinen gesellschaftlichen Umfeld Veränderungen herbeizuführen, indem wir unsere Produktionsverhältnisse verändern.“ Um den „Marktwert eines sich politisch definierenden Theaters“ nicht in einem Akt schnödesten Materialismus’ „auszunutzen“, ging die Empfehlung dahin, weniger außer Haus zu arbeiten und sich so weit wie möglich auf die Tätigkeit im Mitbestimmungsmodell zu konzentrieren[167].

Noch als die Schwierigkeiten schier unerträglich wurden, insistierte Wennemann auf dem weiteren Ausbau der Mitbestimmung; denn selbst wenn das Produkt nicht besser würde, so würden es doch „die Menschen“[168]. Nach einem durch Strukturveränderungen bedingten Interim Danzeisen vom August bis zum Dezember 1976[169] wurde Wennemann im Januar 1977 mit den meisten Stimmen in den Künstlerischen Beirat gewählt und erneut zum Basisdirektor bestimmt[170]. Wie Danzeisen sorgte auch Wennemann dafür, daß die funktionalen Probleme des Frankfurter Modells nicht durch noch mehr persönliche Animositäten potenziert wurden, als sie wegen der Konflikte zwischen Palitzsch und Neuenfels sowie vor allem Gelhaar ohnehin vorhanden waren.

Neben den bereits vorgestellten Personen hat der Dramaturg Horst Laube, auch wenn er nur für kurze Zeit, nach dem Ausscheiden Steiofs, von der Vollversammlung interimistisch zum zweiten Direktoriumsmitglied berufen wurde (für die Monate August bis Dezember 1976)[171], eine der Hauptrollen im Frankfurter Modell gespielt[172]. Nicht umsonst bekleidete er seit Januar 1973 die inoffizielle Funktion eines „Innenministers“, übernahm also faktisch einen erheblichen Teil von Palitzschs Direktorengeschäften[173], und firmierte darüber hinaus als eine Art wandelnder Vermittlungsausschuß zwischen Palitzsch und Neuenfels[174]. Für Palitzsch war Laube, der selber Prosa und Theaterstücke schrieb, auch inszenierte

166 Vgl. den Bericht von Helmut Postel, in: Loschütz, War da was?, S. 261.
167 IfSG: SB 232. Schauspiel Frankfurt – Künstlerischer Beirat, Frankfurt a. M., 17. Dezember 1973.
168 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 30. Oktober 1974.
169 IfSG: SB 237. Ergebnisprotokoll der Vollversammlung vom 2. August 1976.
170 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 3. Januar 1977.
171 IfSG: SB 237. Ergebnisprotokoll der Vollversammlung vom 2. August 1976.
172 Zu seiner Person siehe den Bestand IfSG: S2/7983; darin auch der Nachruf Peter Idens auf den 1939 geborenen und 1997 verstorbenen Dramaturgen (aus der *Frankfurter Rundschau* vom 23. August 1997).
173 IfSG: SB 232. Protokoll der Produktionssitzung vom 30. Januar 1973.
174 Neuenfels, Erinnern, S. 189.

und auf Palitzschs Inszenierungen „sehr stark eingewirkt“ hat, weit mehr als ein „normaler Dramaturg“: Er war „die Hefe im Teig“. Den aus Wuppertal nach Frankfurt gekommenen Laube schildert er fast schon bewundernd als einen „Motoriker ersten Ranges, intellektuell permanent in Bewegung, ein ständiger Anreger und Antreiber; und immer präsent, er lebte im Theater“. Dazu gehörte freilich auch, daß er ein „Melancholiker“ und „gesegneter Trinker“ war. Auf der anderen Seite stand Laube, „so ruhig, so unterkühlt“ dieser Intellektuelle auf manchen wirkte[175], durch seine Kontaktfähigkeit „ständig im Gespräch mit allen Abteilungen des Hauses“[176].

Palitzsch war sich zwar nicht sicher, ob „die Mitbestimmung wirklich seine [Laubes] Sache war“[177], doch hat der Dramaturg das Modell schon deshalb nicht unterlaufen, weil ihn das „Parsivalische, das Idealistische an der Sache“[178] faszinierte, weil es ihm ein Anliegen war, „das Gefängnis des Stadttheaters zu sprengen“ durch Solidarität zwischen dem Ensemble und „den angestellten Nachdenklichen“[179], und weil die „Demokratisierung“ der Bühne so vorzüglich in sein linkes politisches Weltbild paßte[180]. Auch Laube gehörte als Angehöriger des Jahrgangs 1939 zu jener jungen Generation – im Sinne von Heinz Bude –, die durch die 68er-Zeit stark geprägt wurde[181]. Er bekannte offen seine Gegnerschaft zur sozialen Marktwirtschaft[182] und sah das Schauspiel Frankfurt als eine Insel im „dunklen Meer“ des „uns umgebende[n] Kapitalismus“. Dem bloßen „Reformismus der sozialliberalen Regierung“ begegnete Laube ebenso skeptisch wie der „rattenhafte[n] Wut einer ihre Privilegien verteidigenden Gesellschaft“, wie er sie nicht zuletzt in Frankfurt am Werk wähnte. Zudem registrierte der sozialkritische Dramaturg in den Jahren der „Trendwende“ wachsam eine bedauerliche „Resignation“ nach der Politisierung der späten 1960er Jahre[183].

Der hohe Stellenwert des „Innenministers“ für das Frankfurter Modell blieb auch draußen nicht verborgen. Zu theaterinternen Krisen im Herbst 1974 bemerkte Iden: Bei der Frage nach der „überlegenen, sachlichen und künstlerischen Kompetenz einzelner, die von noch so ‚demokratischen‘ Mehrheiten nicht umgangen, sondern als überlegen akzeptiert werden“ müsse, sei es „lange Zeit die Hoffnung“ gewesen, daß Laube „diese kritische Position innerhalb des Betriebs selber halten und für andere vertreten könnte“. Inzwischen scheine es jedoch, als habe Laube „selber zu viel eigenen Ehrgeiz entfaltet, um noch als Regulator für alle annehmbar zu sein“[184]. So zutreffend damit die Erwartungen an Laube charakterisiert waren, so falsch war

175 Etwa auf Rolf H., den besagten Portier vom Hotel Nizza. Loschütz, War da was?, S. 285.
176 So formulierte es Palitzsch, zit. nach: Iden, Peter Palitzsch, S. 82.
177 Ebd.
178 So Laube, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 181.
179 Ebd., S. 187.
180 Hilmar Hoffmann erinnert sich Laubes demnach als eines „solide[n] Protagonisten der Mitbestimmungsidee“. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 139.
181 Vgl. auch den Nachruf auf Laube in der *Frankfurter Rundschau* vom 23. August 1997. Zur Definition der 68er-Generation Bude, Das Altern einer Generation, S. 18.
182 IfSG: SB 232. Vollversammlung vom 17. November 1972.
183 Loschütz, War da was?, S. 242 (Referat Laubes zum Thema „Wann waren wir fröhlich“ als Gesprächsbasis für die Klausur vom 7. bis 9. Juni 1975). Zum Konflikt um die Eintrittspreiserhöhung vgl. das folgende Kapitel zum „Funktionsfähigmachen“ des Mitbestimmungsmodells.
184 Frankfurter Rundschau, 8. November 1974.

der Negativbefund für die Gegenwart. Doch der Journalist war offensichtlich Gerüchten aufgesessen, die aus tatsächlich vorhandenen Spannungen entstanden waren, und meinte irrigerweise, Laube habe die Fortsetzung seiner Arbeit von einer Kündigung gegen Neuenfels abhängig gemacht[185]. Tatsächlich aber hielt gerade Neuenfels Laube zugute, wie „klug und geschickt" er zwischen ihm und Palitzsch zu vermitteln verstand: „ein ganz naher Freund von uns beiden und ein unersetzlicher Ratgeber".[186] Erst 1976 kündigte Neuenfels als Hausregisseur in Frankfurt, um aber bis 1980 als fester Gastregisseur mitzuwirken, wohingegen Laube selbst die Zäsur von 1976/77 überdauerte und bis 1980 blieb. Der Dramaturg wurde in diesen Jahren, wie er es selbst ausdrückte, „einer komischen Lust am Aushalten wegen zum dramaturgischen Requisit eines kreislaufgestörten Gründungsanspruchs"[187].

Im Reigen der Hauptdarsteller des Frankfurter Modells während seiner entscheidenden Phase in den Jahren 1972 bis 1976 ist schließlich noch ein weiterer Name zu nennen, auch wenn er nur kürzer als die anderen, zwischen 1974 und 1976 eine Rolle spielte: Luc Bondy. Der Schweizer Theaterregisseur war erst 26 Jahre alt, als er nach Frankfurt kam, hatte aber unter anderem am Hamburger Thalia-Theater bereits vielbeachtete Inszenierungen verantwortet und stand im Ruf eines „eigenwilligen und umworbenen jungen Regisseurs"[188]. Die bald nach Bondys Dienstbeginn als Hausregisseur kursierenden Pressemeldungen, wonach Bondy die Spannungen zwischen den Gruppen um Palitzsch und Neuenfels „nicht gemildert, sondern verschärft" habe, indem er „selber im Ensemble eine dritte Clique an sich zu binden sucht"[189], entbehrten in diesem Fall nicht eines gewissen Wahrheitsgehaltes. Den Vorwurf der Cliquenbildung wies Palitzsch indes empört zurück und sprach lieber von einer „gute[n] Portion gesunder Rivalität", nach der Theaterarbeit nun einmal verlange[190].

Für Bondy war es offensichtlich nicht leicht, mitten in die seit zwei Jahren hochgehenden Wogen des Frankfurter Mitbestimmungsmodells hineingeworfen zu werden, ohne die vielen früheren Katarakte aus eigenem Erleben zu kennen. Daß er dem Modell distanzierter begegnete als vor allem ein Palitzsch, erhellt Bondys Ausruf, nicht nur „Mitbestimmungsschauspieler" seien gut, sondern auch andere, zu dem er sich in einer Beiratssitzung Ende Oktober 1974 provoziert fühlte[191]. Auch künstlerisch repräsentierte Bondy „so etwas wie einen dritten Weg zwischen Palitzsch und Neuenfels (oder über sie hinaus). Der Realismus, den er anbot, war von genauer Lebensbeobachtung und überwältigender Bühnenphantasie geprägt"[192]. Bondys Engagement zu Beginn der dritten Spielzeit des Frankfur-

185 Wie Palitzsch in seiner Erwiderung auf Iden richtigstellte, waren zwar intern auch „Trennungen innerhalb des Leitungsteams" erwogen und diskutiert worden – nicht nur von Horst Laube, sondern zum Beispiel auch von mir"; doch gehöre die Behauptung, Laube habe sein Bleiben vom Gehen Neuenfels' abhängig gemacht, in „das Gebiet des reinen Klatsches und Tratsches". Palitzsch an Iden, 11. November 1974. IfSG: SB 228.
186 Neuenfels, Erinnern, S. 189.
187 Laube, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 187.
188 Palitzsch an Iden, 11. November 1974. IfSG: SB 228.
189 Frankfurter Rundschau, 8. November 1974.
190 Palitzsch an Iden, 11. November 1974. IfSG: SB 228.
191 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 30. Oktober 1974. Zu Bondy vgl. auch Sucher, Luc Bondy, sowie autobiographisch Bondy, Wo war ich?
192 So Laube, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 185.

ter Modells machte das Theater zwar „reicher, die internen Probleme der Gruppe“ aber „nicht kleiner“. Palitzsch, so beobachtete es Laube scharf, „schien nun zwei Söhne zu haben“ – Neuenfels und Bondy –, „was für alle drei Beteiligten einer zu viel war“. Das Ensemble, plötzlich mit drei Leitfiguren konfrontiert, „stutzte“[193]. Es überraschte daher kaum, als Bondy, „die Wildgans“, schon 1976 das Schauspiel Frankfurt wieder verließ und einem Ruf an die Berliner Schaubühne folgte[194].

Während dem Saisongast Bondy schon wegen seiner exponierten Funktion als Hausregisseur zumindest zeitweilig eine prominente Rolle zufiel[195], entfaltete der für das künstlerische Betriebsbüro zuständige bisherige Stellvertreter des Intendanten, Heinrich Minden – ebenfalls ein überzeugter sozialdemokratisch denkender Anhänger der Mitbestimmungsreform[196] –, seinen Einfluß eher im Hintergrund[197]. Und auch Hilmar Hoffmanns apodiktische Prophezeiung über eine bloß marginale Position des Verwaltungsdirektors für das Frankfurter Modell: „er hat ja keinen Sitz im Direktorium“[198], läßt sich aus den vorliegenden Quellen schwer widerlegen. Obwohl Verwaltungsdirektor Ulrich Schwab[199] in administrativen und vor allem finanziellen Fragen durchaus Gewicht hatte und auch rein formal dem Schauspieldirektorium und dem Operndirektor gleichgestellt war, besaß er doch kein Mitspracherecht in künstlerischen Fragen[200]. Die ungleich größere Rolle des Kulturdezernenten schließlich war eher die eines meist gütigen, nur in Notfällen strengen Patenonkels, nicht aber die eines auf das Binnenklima des Frankfurter Modells unmittelbar und permanent Einfluß nehmenden Akteurs[201].

193 Ebd.

194 Ebd., S. 187.

195 Weniger wichtig sind dagegen in unserem Zusammenhang Valentin Jeker (Jahrgang 1934) und Klaus Michael Grüber (Jahrgang 1941). Jeker war mit Palitzsch 1972 von Stuttgart nach Frankfurt gewechselt. Der Theaterkritiker Wolfgang Ignée hatte indes von Anfang an Zweifel, ob „das Gespann Jeker-Neuenfels-Palitzsch“ eine optimale Regiebesetzung werden würde; Jeker sei gewiß ein begabter Eleve, aber leider noch lange kein „abendfüllender“ Regisseur (Frankfurter Rundschau, 21. Dezember 1972). Tatsächlich stand Jeker am Main etwas im Schatten von Palitzsch und Neuenfels. So verließ er das Schauspiel Frankfurt bereits 1973 wieder in Richtung Tübingen (Sucher, Theaterlexikon, S. 340). Grüber, der sich vor allem in Bremen mit visionären Inszenierungen einen Namen gemacht hatte und von dem zunächst vermutet worden war, er würde auch in Frankfurt häufiger als Gast arbeiten (Frankfurter Rundschau, 18. März 1972), hat dort 1973 nur „Im Dickicht der Städte“ inszeniert (mit Eduardo Arroyo als Bühnenbildner). Vgl. das Aufführungsverzeichnis in Kreuder, Formen des Erinnerns im Theater Klaus Michael Grübers, S. 158 ff; vgl. auch Carstensen, Klaus Michael Grüber.

196 AdsD: UB Frankfurt. UB-Vorstand. Protokolle 1970 [etc.], grüner Hefter. Darin: Presseerklärung der „Aktionsgruppe Darstellender Künstler“ vom 30. Dezember 1969 (gez. Heinz Hagenau). Auch in einem Nachruf auf den 1915 geborenen Schauspieler und promovierten Dramaturgen Minden hieß es im August 1979 zutreffend, er sei „aufgeschlossen dem Neuen“ gegenüber und am Mitbestimmungsmodell „entscheidend beteiligt“ gewesen. Vgl. das Nachrufmanuskript im IfSG: S 2/5095.

197 Allerdings ist das künstlerische Betriebsbüro eine Schaltstelle innerhalb des Theaterbetriebs.

198 Frankfurter Neue Presse, 10. März 1971.

199 Der 1940 geborene Jurist hatte das Amt des Verwaltungsdirektors an den Städtischen Bühnen zwischen 1972 und 1979 inne. Vorher war er persönlicher Referent des Intendanten am bayerischen Staatsschauspiel, Helmut Henrichs, gewesen. Danach wurde er Gründungsgeschäftsführer der wieder aufgebauten Alten Oper. IfSG: S 2/9775.

200 Vgl. den Entwurf der Arbeitsverträge mit Verwaltungsdirektor, Schauspieldirektorium und Operndirektor im IfSG: Kulturdezernat, Nr. 159.

201 So kann sich Hoffmann überhaupt nur an zwei Konflikte zwischen dem Direktorium und dem Kulturdezernenten erinnern – einmal bezüglich der Eintrittspreise, beim zweiten Mal wegen der umstrittenen Neuenfels-Inszenierung der „Medea“ –, von denen unten noch gehandelt wird. Loschütz, War da was?, S. 14.

Summa summarum waren alle, meist noch sehr jungen Hauptdarsteller mehr oder weniger stark von der Protestbewegung der 1968er Jahre geprägt. Für den älteren Primus inter pares, Palitzsch, galt das zwar am wenigsten, doch hatte er diese Sozialisation als Brecht-Schüler und zeitweilig überzeugter DDR-Bürger gar nicht nötig, sondern ragte in gewisser Weise sogar noch darüber hinaus. Auch eine breite Mehrheit des Ensembles stand politisch voll hinter dem Mitbestimmungsmodell. „Natürlich war ich dafür, schließlich kam ich direkt aus der Studentenbewegung", brachte Regieassistentin Renate Klett den Sachverhalt auf den Punkt[202]. Ebenso charakteristisch waren des Beiratsmitglieds Ernst Jacobis Hoffnungen auf politische „Prozesse gemeinsamer Bewußtseinserweiterung"[203] oder Marlen Diekhoffs Bekenntnis: „Schauspiel Frankfurt war für mein politisches Bewußtsein ein Muß. An ein anderes Theater zu gehen, schien mir sinnlos."[204] Hermann Treusch dachte noch radikaler. Er sah im Stadttheater das „Instrument einer herrschenden Klasse", wehrte sich dagegen, „die Wünsche […] des Rechtsträgers", d. h. der Stadtverwaltung, zu erfüllen und „schön pluralistisch" zu arbeiten". Statt dessen plädierte Treusch für „politischen Kampf"; denn die Interessen des Rechtsträgers könnten „nicht die des Volkes sein"[205].

Zu der im Ensemble verbreiteten politischen Haltung gehörte nicht zuletzt eine teils „durch persönliche Freundschaften" vertiefte Grundsympathie für „die Spontis, die Bürgerinitiativen" und „den Häuserkampf"[206]. Unter den etablierten Parteien stand man eindeutig der Sozialdemokratie am nächsten, was zum Beispiel die Mitarbeit im kulturpolitischen Arbeitskreis der SPD[207] oder das enge Verhältnis zum roten Kulturdezernenten und Duzfreund Hoffmann dokumentierte[208].

Daß der weitgehende politische Gleichklang im Ensemble nicht zwangsläufig auch künstlerische und menschliche Harmonie in einem mitbestimmten Theater generieren mußte, war vielleicht keinem vom Anfang des Experiments an so bewußt wie Palitzsch. Bei der fanalartigen Pressekonferenz vom 16. März 1972 stapelte er deshalb ganz tief. Das Wort vom Frankfurter „Modell" stamme nicht „von den hier am Tisch oder im Raum befindlichen zukünftigen Frankfurter Mitarbeitern"; es sei „von der Presse geboren worden". Tatsächlich befand sich das Theater laut Palitzsch in einem „bestimmten Arbeitsprozeß", der im Arbeitspapier zur Mitbestimmung festgehalten worden sei: „Ob das modellhaft ist oder nicht, kann man allenfalls nach drei, fünf, zehn, hundert Jahren entscheiden"[209]. Palitzschs

202 Loschütz, War da was?, S. 267.
203 Vgl. seine „Erklärung" vom 2. September 1972, in: IfSG: SB 232.
204 Loschütz, War da was?, S. 296.
205 IfSG: SB 237. Schauspiel Frankfurt – Frankfurt a. M., 25. Januar 1974. „Dramaturgie-Gespräche vom 10. 1. und 17. 1. 1974".
206 Loschütz, War da was?, S. 267.
207 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 18. Oktober 1972.
208 Vgl. das am 14. Mai 1976 aufgegebene Telegramm an Hilmar Hoffmann: „Geben Sie weiterhin Gedankenfreiheit, Sire […] Wir freuen uns über die Wiederwahl und gratulieren ganz herzlich […] Schauspiel Frankfurt" (IfSG: SB 244), sowie weitere Schreiben, welche die Duzfreundschaft Hoffmanns mit Palitzsch und anderen führenden Mitarbeitern der Städtischen Bühnen dokumentieren. Einig war man sich aber während des turbulenten Bundestagswahlkampfes 1972 auch darin, „daß Wahlhilfe außerhalb einer Produktion nicht zu verantworten" sei; das Theater solle „politisch, aber nicht parteipolitisch reagieren." (IfSG: SB 232. Produktionssitzung vom 21. August 1972, TOP „Reaktion auf Neuwahlen").
209 Schauspiel Frankfurt, Nr. 0, Juli 1972. Zitiert nach: Loschütz, War da was?, S. 18.

Vorsicht erwies sich rasch als nur zu berechtigt. Denn wohl an kaum einem anderen Ort dürfte es schwieriger sein, mehr Demokratie zu wagen, als an einem Theater oder an anderen von ebenso ausgeprägten Individualisten bevölkerten Orten. Volle Mitbestimmung auf der Bühne einschließlich eines Vetorechts des Ensembles in Personalfragen hieße, „den Sozialismus mißverstehen" und dem „Egoismus Pfötchen geben", mahnte denn auch die *Frankfurter Neue Presse* in einem kritischen Beitrag schon Anfang 1971. Das Blatt zitierte ein Wort des Schriftstellers und Malers Wilhelm Raabe, an das man angesichts der mühseligen Praxis des Frankfurter Modells in den folgenden Jahren noch häufiger erinnert wurde: „Ein echter Künstler sagt immer ich"[210].

Kontroversen um Spielplan und Probenzeiten

Zum Ziel einer vollen künstlerischen Mitbestimmung aller im Bereich Schauspiel nach dem sogenannten „Normalvertrag-Solo"[211] Beschäftigten gehörte im Verständnis der Beteiligten prinzipiell auch – und nicht zuletzt – der Spielplan[212]. Er steckte den großen Rahmen für die gesamte Arbeit des Theaters ab, prägte maßgeblich dessen Außenwirkung. Symptomatisch für die schwierige Umsetzung der Mitbestimmungsforderung beim Spielplan war aber bereits eine Vollversammlung des künftigen Frankfurter Schauspielensembles Ende Februar 1972. Nach längeren Debatten um Strukturfragen des Mitbestimmungsmodells wurde das Spielplankonzept der Regisseure und Dramaturgen für die kommende Herbstsaison – mit Bonds „Lear" (Regie: Palitzsch) und Büchners „Leonce und Lena" (Regie: Neuenfels) als Eröffnungspremieren im Schauspiel bzw. Kammerspiel – ohne viel Federlesen durchgewunken. Für die weitere Spielzeit immerhin „zur Diskussion gestellt" wurden etwa „Anfang März Gorkis Barbaren oder ein Tschechow oder Kulischs Volksmalachias (Regie: Palitzsch)" sowie „Ende April Kleists Käthchen von Heilbronn, vielleicht auch Ibsens Hedda Gabler (Regie: Neuenfels)" und „Anfang Mai ein moderner Autor (Regie: Jeker)"[213]. Aus den Reihen der Schauspieler kam daraufhin rasch Kritik auf, daß die Spielplanüberlegungen „bis jetzt wie eh und je gemacht" werden[214].

Weshalb es so schwierig war, aus den eingefahrenen Geleisen des Intendantentheaters herauszukommen, zeigte sich besonders deutlich auf einer Vollversammlung im Mai 1973, die der aufgekommenen Kritik dadurch zu begegnen suchte,

[210] Frankfurter Neue Presse, 20. Januar 1971.

[211] Dieser Tarifvertrag regelte auch die Mitbestimmungsbefugnisse des Ortsausschusses der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, also des von den GDBA-Mitgliedern gewählten Gewerkschaftsorgans, etwa bei Probeneinteilungen oder Vertragsverlängerungen. Tödtmann, Die Zulässigkeit tarifvertraglicher Mitbestimmungsregelungen, S. 30. Vgl. auch Schöndienst, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins, S. 242ff.

[212] IfSG: SB 231. Vereinbarung über die erweiterte Mitbestimmung im künstlerischen Bereich Schauspiel der Städtischen Bühnen Frankfurt am Main, 22. Januar 1973 (unterzeichnet von Hilmar Hoffmann und dem Personalratsvorsitzenden Hugo Schwing).

[213] IfSG: SB 237. Vollversammlung des künftigen Frankfurter Schauspielensembles am 27. Februar 1972.

[214] So formulierte es Eberhard Feik. IfSG: SB 232. Protokoll der Künstlerischen Beiratssitzung vom 11. Oktober 1972.

daß sie als einzigen Tagesordnungspunkt eine Debatte über den „Spielplan-Entwurf 1973/74“ vorsah. Die Mitsprache war allerdings schon dadurch beeinträchtigt, daß der Spielplan bereits zwei Tage später der Presse übergeben werden sollte und laut Auskunft der Regie nur bei „einigen Stücken“ noch ein „Austausch möglich“ sei, während eine ganze Reihe anderer als „fest vorgesehen“ präsentiert wurden. Nach ausführlichen Erläuterungen von Palitzsch, Neuenfels und Laube lenkte Peter Roggisch, einer der Wortführer der Schauspieler[215], „auf konkrete Fragen des Spielplans zurück“ und bat, dem Ensemble Stücke und Sekundärliteratur „mit in die Ferien zu geben“; erst dann könnten sich „wirkliche Interessengruppen zusammenfinden“. Dem Anliegen standen indes, wie Palitzsch erläuterte, „technische Schwierigkeiten“ entgegen. Eine größere Zahl von Textbüchern lieferten die Verlage dem Theater erst mit dem Aufführungsvertrag, die hauseigenen Schreibkräfte seien aber mit der Herstellung der benötigten Materialien „überlastet“, und von einem Stück wie Bonds „Sea“ liege ohnehin noch gar keine deutsche Übersetzung vor[216].

Der spontanen Reaktion Roggischs, daß, wenn schon nicht Mitbestimmung, „nicht einmal Information mehr möglich scheine“, und daß dies „zum Verzweifeln“ sei, trat Neuenfels „temperamentvoll“ entgegen. Er appellierte an die „eigene Initiative“ des Ensembles: „es gebe Bibliotheken, Literatur sei fast immer aufzutreiben, auch andere Anregungen (Malerei, Film) sollten stärker genutzt werden“. Information, so stimmte Co-Direktor Gelhaar zu, „sei oft eine Sache auch des Insistierens, des Nachfragens und Bohrens“. Elisabeth Schwarz widersprach dem unter Verweis auf ihre vergebliche Suche nach Peter Martin Lampels „Revolte im Erziehungshaus“, und auch andere Schauspieler referierten ähnlich „negative Erfahrungen“[217]. Unbeschadet derartiger Repliken hielt man in der sogenannten „dritten Etage“[218], wo die Leitungsebene des Frankfurter Theaters saß, prinzipiell daran fest, daß das Spielplanmachen „zunächst eine Frage der fachlichen Kompetenz“ sei. Wer keine Stücke gelesen habe, könne „nicht gut mitreden“.

Erschwerend kam hinzu, daß zum Spielplangespräch auch die Überprüfung der Besetzungsmöglichkeiten gehörte, sich indes keine Besetzung gegen ein Regiekonzept erzwingen ließ. Mitbestimmung schrumpfte in dieser (Regisseurs-)Perspektive vornehmlich auf die Sorge zusammen, für „ausreichende Beschäftigung“ aller Mitglieder des Ensembles zu sorgen[219]. Vor dem Hintergrund der gegensätzlichen argumentativen Ausgangspositionen kam es in mehreren konkreten Fällen zu schweren Zusammenstößen zwischen Leitung und Basis, als die Hausregisseure kurzfristig auch noch in bereits beschlossene Spielpläne bzw. Stücke eingriffen.

So teilten Sprecher des Direktoriums dem Ensemble auf einer außerordentlichen Vollversammlung Ende August 1975 mit, die von Luc Bondy geleitete Produktion des Brecht-Stückes „Herr Puntila und sein Knecht Matti“ befände sich

[215] Roggisch gehörte als einer der besten Schauspieler des Ensembles „zu den prägenden Köpfen der Intendanz von Peter Palitzsch“. Frankfurter Rundschau, 23. Februar 2001.
[216] IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 7. Mai 1973.
[217] Ebd.
[218] Loschütz, War da was?, S. 312.
[219] Vgl. das Schreiben zur Mitbestimmung von Heinrich Minden, Frankfurt/Main, 10. Mai 1974, „An den Künstlerischen Beirat“. IfSG: SB 237.

„in einer Sackgasse", Palitzsch solle die Inszenierung übernehmen, allerdings erst nach der Premiere eines anderen, von ihm bereits vorbereiteten Stückes, so daß der Premierentermin für „Puntila" verschoben werden müsse. Tschechows „Möwe", ursprünglich für Dezember vorgesehen, rücke „dadurch auf den Mai 1976", und Shakespeares „Macbeth", bisher als Mai-Premiere angekündigt, falle „für diese Spielzeit wahrscheinlich aus". Luc Bondy inszeniere statt „Puntila" die „Doppelte Unbeständigkeit" von Marivaux. Das Ensemble fühlte sich durch solche Eröffnungen „in seinem Selbstverständnis getroffen". „Im Zeichen der Mitbestimmung" verwahrte es sich dagegen, „einer unvorbereiteten Vollversammlung Ergebnisse als vollendete Tatsachen" zu präsentieren (Marlen Diekhoff)[220].

Schauspieler um Schauspieler meldete sich entrüstet zu Wort, um zu erfahren, wie es zu dieser neuerlichen Spielplanänderung gekommen sei, „welche Konsequenzen daraus gezogen würden und welchen Freiraum (falls Konsequenzen ausblieben) künftig auch die Schauspieler beanspruchen dürften"? Bondy selbst goß noch Öl ins Feuer, indem er betonte, anders als vorher schon einmal „beim Goldoni", „nicht von sich aus zurückgetreten" zu sein, sondern auf den Proben „nur seine Schwierigkeiten mit dem Stück offen dargelegt" zu haben. Bondys Entschlossenheit, weiterzumachen, „egal wie's wird", stieß sich aber vor allem an der Einschätzung Palitzschs und Laubes, daß sich das Stück der „Phantasie-Welt" Bondys nicht zuordnen lasse und seiner „Autorengeste" nicht gehorche. So widersetzten sich beide Bondys Wunsch, das Stück ohne die vier Frauen aus dem Volk zu spielen[221]. Obwohl es auch Schauspieler in der Produktionsgruppe gab, die schließlich erkannten, „daß Schauspiel Frankfurt sich eine solche Puntila-Aufführung nicht leisten kann"[222], war die Empörung vor allem über Palitzsch um so größer, als der Regisseur eben erst das Bühnenbild zu dem von ihm inszenierten Heiner-Müller-Stück „Zement" als inakzeptabel befunden hatte.

Hintergrund dieses weiteren Konflikts war Palitzschs Versuch, Müllers Theateradaption des 1925 in Rußland erschienenen Romans von Fjodor Gladkow „in die westdeutsche Nähe zu rücken" und „Beziehungen zwischen der Zementierung der sowjetischen Revolution in der NÖP-Ära[223] und dem Versickern revolutionärer Ansätze in der bundesdeutschen Reformgesellschaft herzustellen". Palitzschs vorsichtiger Umgang mit dem schwierigen Sujet traf auf den „heftigen Wunsch vieler Ensemble-Mitglieder […], endlich einmal ein Theater der eindeutigen politischen Bekenntnisse zu spielen, die Form-Inhalt-Antinomie zugunsten des Inhalts zu sprengen"[224]. Als Palitzsch den Entwurf für das Bühnenbild als „falsch" ablehnte, erklärte die dafür verantwortliche Gruppe in der Vollversammlung vom 2. Mai 1975, sie sei nicht bereit, unter den gegenwärtigen Arbeitsbedin-

220 IfSG: SB 237. Protokoll der außerordentlichen Vollversammlung vom 25. August 1975.
221 Loschütz, War da was?, S. 186. Zu Palitzschs Verständnis des „Puntila" vgl. auch seinen Brief an Herbert Haffner vom 15. Januar 1974: Das Publikum solle die Vorgänge in jedem Moment „als von der Klassenfrage bedingt erkennen" können (IfSG: SB 227).
222 So Peter Franke. IfSG: SB 237. Protokoll der außerordentlichen Vollversammlung vom 25. August 1975. Die weitere Diskussion wurde auf die Spartenversammlung vom 27. August vertagt.
223 Die korrekte Abkürzung für die sog. Neue Ökonomische Politik im Sowjetrußland der 1920er Jahre lautet allerdings „NEP".
224 Loschütz, War da was?, S. 186.

gungen weiterzumachen. Ihr Modell sei das „Resultat gemeinsamer politischer und ästhetischer Überlegungen", das „nicht durch ein einseitiges Verdikt des Regisseurs, kurz vor Probenbeginn, umgestoßen werden könne"[225].

Aus der Diskussion des Einzelfalls entwickelte sich nach Wiederaufnahme der Vollversammlung nachts um 22 Uhr eine Grundsatzdebatte. Basisdirektor Franke artikulierte die Stimmung des Ensembles in der Forderung nach einem „allgemeinverbindlichen Spielplan als Rückgrat der Theaterarbeit". Die Dramaturgie solle künftig in alleiniger Verantwortung ein Konzept präsentieren, das vom Ensemble zu prüfen und zu verabschieden sei. Auf diese Weise ließen sich nicht nur Termine und Stellenwert der Produktionen „frühzeitig fixieren"; auch „Beschäftigungsansprüche", für deren Erfüllung sich „bei der augenblicklichen Regieautonomie niemand verantwortlich fühle", ließen sich so abklären. Die Kernfrage blieb für Franke indes, wie sich die Regisseure zu diesem, ihre Bewegungsfreiheit einengenden Projekt stellten. Wie skeptisch der Basisdirektor hier war, hatte er bereits mit seiner Anregung dokumentiert, statt fester – und besonders starker – Hausregisseure künftig nur noch „feste Gäste" zu verpflichten[226].

Frankes Skepsis war berechtigt. Die Regisseure verschanzten sich abermals hinter den praktischen Schwierigkeiten, die einer weitergehenden Mitbestimmung Grenzen setzten. Dabei sah Palitzsch durchaus, wie Probleme daraus erwuchsen, daß „ein gemeinsam erarbeiteter Spielplan im nachhinein ‚oben' verändert werde – unter Gesichtspunkten, die der Basis als willkürlich erscheinen müßten". Dennoch konnte oder wollte der heimliche Intendant von der Möglichkeit, in Spielplanfragen nötigenfalls kurzfristig umzudisponieren, nicht lassen. Derzeit seien es etwa „Besetzungsgründe", die dazu führen würden, daß er wohl statt eines eigentlich geplanten Tschechow-Stückes doch lieber Italo Svevos „Ein Mann wird jünger" herausbringen werde. Ähnlich erläuterte Neuenfels, wie ihm erst „während der Arbeit" an „Operette" Zweifel gekommen seien, ob die musikalischen Mittel des Ensembles hierfür ausreichten; mit „angeblicher Zeitknappheit" wegen einer von ihm in dieser Zeit durchgeführten auswärtigen Operninszenierung habe das aber nichts zu tun, verwahrte sich Neuenfels gegen „untergründige Vorwürfe": Er habe in seinen drei Frankfurter Jahren bislang „seine Pflicht redlich erfüllt"[227].

In welchem Maße das Funktionieren des Mitbestimmungsmodells tatsächlich auch ein Zeitproblem war, hatte man schon zu Beginn der ersten Saison registriert: „Die Zeit zur Einhaltung des Modells reicht nicht aus."[228] Dennoch hatte sich die Zahl der vom städtischen Geldgeber geforderten Aufführungen und der dafür nötigen Proben, trotz einiger Überlegungen in diese Richtung, seit 1972 nicht verringert. Was das hieß, zeigte sich etwa während einer nächtlichen Vollversammlung im Mai 1975. Als Danzeisen angesichts des fortgesetzten Konfliktpotentials der Spielplangestaltung eine mehrtägige Klausurtagung vorschlug, entgegnete Palitzsch, für seine „Zementproben" wäre die dadurch verloren gehende Zeit „eine

[225] IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 2. Mai 1975.
[226] Ebd.
[227] Ebd.
[228] So die Einsicht von Jacobi. IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 18. Oktober 1972. Vgl. auch das Urteil von Eva-Maria Strien über das Zeitbudget der Regisseure: „Ihr seid nie zu erreichen". IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 7. Mai 1973.

Katastrophe". Er wisse auch gar nicht, wie so etwas laufen könne: „Welche Stücke müßten bis dahin von allen gelesen werden? In welchen Gruppen würden sie diskutiert?" Jedenfalls sei „intensivste Vorarbeit vonnöten"[229].

Palitzschs Gegenrede spiegelte seine Verzweiflung darüber, daß sämtliche „Versuche […], mal endlich Stücke zu lesen", bislang weitgehend gescheitert waren: „Und wer hatte es gelesen nach vierzehn Tagen?!"[230] Die wenigen, die das Engagement zu solch umfangreicher Lektüre aufbrachten, empfanden es als nur schwer erträglich, daß viele Schauspieler, auch „Mitläufer" der Mitbestimmung, gegen den „Bildungs- und Wissensvorsprung der Leitung […] blindlings übernommene Schlagworte aus der Studentenrevolution […] krähten", um dann, wenn „sie sechs Pfund abgelichteter Sekundärliteratur in die Hand bekamen, ganz schnell das Wissen und das Lesen zu verwitzeln? Denn schließlich war man ja Schauspieler!"[231] In der Perspektive der von 1968 geprägten Mimen war es eben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit „eines Regisseurs oder Dramaturgen", sein Wissen „durchschaubar zu machen", seinen Wissensvorsprung gleichsam zu „vergesellschaftlichen"[232].

Der Faktor Zeit war nicht nur in den Kontroversen um den Spielplan ein entscheidendes Problem mitbestimmter Arbeit, sondern fast mehr noch in den jahrelangen Auseinandersetzungen um die vier- oder fünfstündige Dauer der Proben. Palitzsch stand auf dem Standpunkt, die Mitbestimmung werde lächerlich, „wenn das Ensemble nicht begreife, daß die fünfte Probenstunde in seinem eigensten Interesse liege; bei kürzeren Proben sei ein qualifiziertes Endprodukt undenkbar"[233]. Zudem hatte Palitzsch den Schauspielern bei allen Vertragsverhandlungen für die Spielzeit 1972/73 deutlich gemacht, daß die „neue Arbeitsmethode" am Schauspiel Frankfurt „einfach mehr Zeit" erfordere. Im Ensemble war man indes davon ausgegangen, „daß auch bei fünfstündiger Probendauer der einzelne, nicht in allen Szenen beschäftigte Darsteller höchstens vier Stunden benötigt werde". Als sich dies in der Praxis rasch als illusorisch erwies, stellte Basisdirektor Danzeisen nach eingehender Beratung der Materie im Künstlerischen Beirat[234] Mitte Oktober 1972 an die Vollversammlung den Antrag, die noch aus dem Jahr 1952 stammende alte Probenvereinbarung zwischen Buckwitz und der GDBA zu kündigen. Nach der neuen Regelung sollten die Proben tagsüber fünf Stunden dauern dürfen (10 bis 15 Uhr), lediglich die Abendproben auf vier Stunden (höchstens bis 23 Uhr) beschränkt sein[235].

Die Vertreter der GDBA, Heinz Hagenau und Gerhard Retschy, betonten demgegenüber, bei Überschreitung der Vier-Stunden-Grenze würde ein Honoraranspruch entstehen. Zwar lehnte Verwaltungsdirektor Ulrich Schwab die Zahlung nachträglich eingereichter Honorare ab, doch sollten verweigerte Honorare, so der gewerkschaftliche Appell, eingeklagt werden[236]. Sobald das Ensemble auf

[229] IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 2. Mai 1975.
[230] Loschütz, War da was?, S. 317.
[231] So Elisabeth Schwarz, in: Loschütz, war da was?, S. 260.
[232] Vgl. die Wortmeldungen von Kloth und Roggisch. IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 11. Oktober 1972.
[233] IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 3. Dezember 1973.
[234] IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 11. Oktober 1972.
[235] IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 16. Oktober 1972.
[236] Ebd.

Honorierung der Mehrarbeit verzichte, pflichtete Eberhard Feik bei, „vertiefe es seine Ohmacht auf ökonomischem Gebiet"; man dürfe „nicht aus der Hand geben, was im Theater erkämpft worden sei"[237]. Angesichts der schwer auf einen Nenner zu bringenden Positionen wurde die Entscheidung über die Probenzeiten zunächst noch einmal vertagt. Doch Palitzsch verlangte auf einer Klausurtagung wenige Wochen später, die Frage endlich zu klären, nachdem sich auf einer Spartenversammlung der Schauspieler für die Probenzeit von fünf Stunden ein „starke" Mehrheit, für die Bezahlung der fünften Stunde aber auch eine zumindest „deutliche Mehrheit" ausgesprochen hatte[238].

Verwaltungsdirektor Schwab schlug als Kompromiß vor, die fünfte Probenstunde zwar nicht mit einem Drittel, doch immerhin mit einem Neuntel der Tagesgage zu vergüten. Darüber entspann sich eine heftige Meinungsverschiedenheit zwischen jenen, die finanziell „zum Verzicht bereit" waren, und den anderen, die widersprachen: „An die 5. Stunde reiht sich eine 6., 7., 8." Der Disput wurde noch durch die Frage verschärft, ob die ominöse fünfte Stunde „auch für Diskussionen" in der Vollversammlung genutzt werden könne und solle. „Proben und gesellschaftliche Arbeit" im Rahmen des Mitbestimmungsmodells seien „zweierlei", entfuhr es Palitzsch; „Vollversammlung sei Dienst", protestierten etliche Schauspieler. Der Verwaltungsdirektor komplizierte die Lage weiter, indem er sich vorbehielt, „bei nicht genehmigter Probenzeitüberschreitung den jeweiligen Regisseur für Honorarforderungen regreßpflichtig zu machen." Als die Auseinandersetzung „immer erregter" wurde und einige schon wutentbrannt den Raum verließen, kam es erneut zum Abbruch der Debatte und zur Zurückverweisung des Themas an eine schon in der zurückliegenden Vollversammlung gebildete Honorarkommission[239].

Die erneuten Verhandlungen dieser Kommission mit dem Verwaltungsdirektor scheiterten aber sowohl am mangelnden Geld wie an der Überzeugung, es dürfe nicht heißen, Mitbestimmung beginne mit dem Abbau von „Privilegien". Zwar konnte man sich im Ensemble zu der Einsicht durchringen, „gesellschaftspolitische Arbeit" ohne Honorar zu leisten; Mehrarbeit auf den Proben aber, so hieß es, verlange nach gewerkschaftlicher Maxime nun einmal tarifliche Bezahlung[240]. Ein Jahr später harrte das Problem nach wie vor einer befriedigenden Regelung. Basisdirektor Danzeisen schlug in einem neuen Anlauf vor, die fünfte Probenstunde mit einem freien Dienstagabend (nach Proben bis längstens 18 Uhr) abzugelten, stieß damit aber auf den Widerstand der GDBA-Vertreter im Ensemble. Deshalb wurde dann ein Zusatz in den neuen Dienstverträgen erwogen, der die Mitglieder des Schauspiels zu fünfstündigen Vormittagsproben verpflichten sollte. Die GDBA-Funktionäre widersprachen wiederum „heftig" und meinten, dies „nicht ohne finanzielles Äquivalent" akzeptieren zu können[241].

[237] Ebd.
[238] Protokoll der Klausurtagung vom 5. November 1972, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 232.
[239] Ebd.
[240] IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 10. November 1972.
[241] IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 3. Dezember 1973.

Das über Jahre umstrittene Thema der fünften Probenstunde und andere unter den Faktor Zeit zu subsumierende Probleme eines mitbestimmten Theaters[242] waren anfangs offensichtlich unterschätzt worden. Sie ließen sich aber auch auf den Umstand zurückführen, daß die Kulturrevolution nur auf einer Insel stattfand und der städtische Geldgeber die Produktivität der massiv subventionierten Bühnen nicht allzu sichtbar hinter das im Umfeld übliche Maß zurückfallen lassen konnte oder wollte. Schwerer als dieses letztlich aus einer politischen Entscheidung resultierende Manko wogen aber noch andere Probleme der Mitbestimmungspraxis, die von unaufhebbarer anthropologischer Art waren. Dazu gehörte vor allem die Frage der Besetzung der einzelnen Stücke, weil diese die persönliche Identität und das künstlerische Selbstverständnis der Schauspieler am unmittelbarsten berührte.

Von der „Diktatur der Regisseure“ zur „Diktatur der Basis“?[243]: Die Besetzung der einzelnen Stücke und die Frage der Gastengagements

Den Anspruch, vor allem auch in Besetzungsfragen mitzubestimmen, hatten die Mitarbeiter in einem Arbeitspapier im Sommer 1972 fixiert. Jedes Mitglied, so die Forderung, müsse „sich selbst und alle anderen besetzen“ können. In der Praxis sollten die „Besetzungsvorschläge der Basis“ öffentlich „auf Tafel veranschaulicht“

[242] Vgl. hierzu den Verlauf einer gut zwei Jahre später stattfindenden Debatte zum Thema der Modifizierung der „Probenvereinbarung vom 17.10.1952“ (Ergebnisprotokoll der Vollversammlung vom 20. Februar 1976. IfSG: SB 232). Erschwerend hinzu kam zeitweilig noch das Problem der offenen, für das Publikum zugänglichen Proben. Sie galten als symbolträchtiges Element eines neuen demokratisierten Theaters, beeinträchtigten aber zugleich die Effizienz der Arbeit. Zu der von Hilmar Hoffmann kommenden Anregung, öffentlich zu proben, herrschten im Ensemble „eine Vielzahl divergierender Meinungen“. Palitzsch war trotz gewisser Bedenken dafür, weil „ein grundsätzliches Nein nur Absperrung bedeuten“ könne. Ende August 1972 beschloß die Vollversammlung mit großer Mehrheit, „probeweise“ öffentlich zu proben (IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 21. August 1972). Gerne ließ sich Hilmar Hoffmann darob auf SPD-Ortsvereinsversammlungen für den „Mut“ des Ensembles – und des Kulturdezernenten – belobigen, solche öffentlichen Proben durchzuführen, wobei dann auch noch der Wunsch aufkam, wenigstens einmal die Woche auch abends öffentlich zu probieren, „um denjenigen, die tagsüber arbeiten (Lehrer, Verkäufer usw.), auch die Möglichkeit zu geben, der Probenarbeit zuzuschauen.“ (So Hilmar Hoffmann, nach einer Sitzung des SPD-Ortsvereins Westend, an Palitzsch, 1. September 1972. IfSG: SB 244) Wie sehr dadurch „der Konzentrationsraum Bühne“ beeinträchtigt wurde (vgl. das Protokoll der Produktionssitzung vom 24. Oktober 1972, IfSG: SB 232, wo „über die Entfremdung zwischen Regisseuren und Schauspielern“ wegen „falschverstandener Mitbestimmung auf den Proben“ und mangelhafter Beschäftigung mit „produktionsmäßigen Aufgaben“ diskutiert wurde), brachte schon im Oktober 1972 Elisabeth Trissenaar in einer Beiratssitzung auf den Punkt. Ganze Schulklassen, die im Pulk durch das Theater geschleust werden, seien „mit Vorsicht zu genießen“: „Für den Schauspieler sind solche Proben unproduktiv. Man ist zerstreut. Man verliert Zeit. Man produziert unechtes Verhalten“ (IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 18. Oktober 1972). Roggisch schloß sich dem an, weil die Vermehrung von öffentlichen Proben ihren Sondercharakter abbaue. Das Protokoll zu diesem Tagesordnungspunkt schloß mit der für viele Schauspieler einmal mehr unbefriedigenden Feststellung: „Beschluß: Keiner. Die Diskussion versandet.“ (ebd.).

[243] Für einen evolutionären Mittelweg zwischen beiden „Diktaturen“ in Konzeptions- und Besetzungsfragen plädierte Palitzsch in der Vollversammlung vom 22. Oktober 1974. Loschütz, War da was?, S. 240.

werden[244]. Palitzsch zweifelte aber aufgrund seiner in Stuttgart mit informeller Mitbestimmung gemachten Erfahrungen von Anfang an, ob Besetzungen „wirklich immer in der Vollversammlung diskutierbar seien, d. h. ob für die unvermeidliche Charakterisierung von Schauspielern und ihren Möglichkeiten eine gewisse Diskretion nicht sinnvoll erscheine". Bereits im Herbst 1972 kam es infolgedessen zu einem größeren Krach zwischen dem starken Mann des Frankfurter Theaters und seinem Ensemble, das sich in Besetzungsfragen „oft nicht hinreichend informiert" fühlte und zudem monierte, daß Gäste ohne Befragen des Beirats engagiert würden[245]. Besetzungen würden faktisch immer noch „zu einfachen Rechenaufgaben von einzelnen Regisseuren" degradiert[246]. Wenn man weiter so verfahre, werde das Mitbestimmungspapier gegenstandslos. Palitzsch verwies zwar darauf, daß auch im kleineren Kreis der Produktionssitzungen, wo über Besetzungen gesprochen wurde, Beiratsmitglieder beteiligt seien, die ihre Kollegen jederzeit informieren könnten; doch dem Drängen des Ensembles auf eine baldmöglichst anzuberaumende Klausurtagung zu dem Thema vermochte er sich nicht zu verschließen[247].

Am Vortag der Anfang November 1972 stattfindenden Sitzung hatte eine Spartenversammlung der Schauspieler die Stimmung angeheizt: Dort war konstatiert worden, die Regisseure würden anscheinend „ihren Seltenheitswert und das Überangebot an Schauspielern zu einem Machtmißbrauch" nutzen[248]. Zu Beginn der Klausur hatten zudem die linke Mitbestimmungsaktivistin Sylvia Ulrich und zwei Kolleginnen dem Direktorium hinsichtlich ihrer eigenen Beschäftigungs- respektive Vertragssituation Vorhaltungen wegen einer „an autoritär geführten Theatern schon immer üblichen Praxis" gemacht[249]. Palitzsch und Neuenfels reagierten darauf deutlich gereizt. Gefragt, ob ein Schauspieler, der „im Laufe der Überlegungen umbesetzt wird", die Gründe dafür erfahren dürfe, versetzte Palitzsch lakonisch: „Wir können's auch so halten."[250] Neuenfels ging auf den Fall „Tesmann" ein (Tesmann ist eine der zentralen Figuren in Ibsens Drama „Hedda Gabler"), der im Ensemble gerade für Unruhe sorgte, weil diese Rolle nach Ansicht der Schauspieler aus dem Haus besetzt werden konnte, wohingegen Neuenfels dafür „einen Gast zu brauchen" glaubte. Auch die verspätete Unterrichtung des Beirats bat der Regisseur, „ihm ausnahmsweise freundlich nachzusehen"[251].

Die Versammlung zeigte sich von den Antworten Neuenfels' und Palitzschs wenig erbaut. Stückwahl und Regiekonzept sollten doch stets „auf das hier engagierte Ensemble abgestimmt sein". Auch in der grundsätzlichen Frage der Beteili-

244 IfSG: SB 232. Protokoll der Künstlerischen Beiratssitzung vom 20. September 1972.
245 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 23. Oktober 1972.
246 So Feik im Künstlerischen Beirat. IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des KB vom 11. Oktober 1972.
247 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 23. Oktober 1972.
248 Loschütz, War da was?, S. 232.
249 IfSG: SB 232. Protokoll der Klausurtagung vom 5. November 1972.
250 Eberhard Feik warf ihm daraufhin „einen Mangel an progressiver Einstellung" vor, doch Neuenfels sprang seinem Regisseurskollegen bei und meinte, dessen „nicht besonders lustbetonte" Haltung in der Sache zu verstehen. Er selbst jedenfalls könne sich „bestimmte Stücke nur mit bestimmten Schauspielern vorstellen, ja, gehe bei einzelnen Stückvorschlägen sogar von solchen Vorstellungen aus". Protokoll der Klausurtagung vom 5. November 1972 , zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 233.
251 Protokoll der Klausurtagung vom 5. November 1972, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 233.

gung des Künstlerischen Beirats an Besetzungsgesprächen zeichnete sich keine befriedigende Lösung ab. Palitzsch signalisierte zwar die Bereitschaft, es trotz seiner Skepsis noch einmal zu versuchen: „wenn ihr das wollt.“ Doch im Ensemble selbst blieben Zweifel, ob sich zu den „sicher sehr zahlreichen und langen Gesprächen“ immer genügend Beiratsmitglieder einfinden würden“ oder ob es nicht besser wäre, den Beirat erst „im zweiten Stadium“ zu beteiligen. Wegen der „fortgeschrittenen Stunde“ fand man auf der Klausurtagung schließlich nicht mehr die Kraft zu greifbaren Veränderungen[252].

Einen Tag nach der Klausur kam es auf der Produktionssitzung immerhin zu einer, allerdings höchst komplizierten Verfahrensregelung bei Neuengagements, das den Basisdirektor tendenziell stärkte[253]. Zum Thema der hausinternen Besetzung von Stücken hieß es, die jeweiligen Entscheidungen sollten „so qualitativ sein, daß alle innerhalb der Produktionsgruppe dazu stehen können“. Damit einzelne Mitglieder ihren „Wissensvorsprung nicht ausspielen können“, schlug Basisdirektor Danzeisen vor, die „inoffizielle Weitergabe von Informationen über Besetzungen“ möglichst zu unterbinden; Kantinengespräche würden nur „falsche Beschäftigungserwartungen“ wecken. Umstritten blieb, weil im Ensemble dazu unterschiedliche Auffassungen herrschten, ob die „Qualitätskriterien“ für die Besetzung einzelner Stücke offen diskutiert werden sollten[254]. Das Verlangen nach „größerer Offenlegung aller Besetzungsüberlegungen“ artikulierte sich zwar immer wieder, doch sämtliche Versuche, „Kriterien zur gegenseitigen Beurteilung und Besetzung zu finden“, und zwar „Kriterien in der Basis außerhalb des Urteils der Regisseure“, erwiesen sich dauerhaft als „höchst kompliziert“[255].

Gegen die von einigen Ensemble-Mitgliedern auf einer Spartenversammlung im März 1973 ausdrücklich beantragte „Offenlegung der Qualitätskriterien für Schauspieler“ gab Jürgen Kloth zu bedenken: „ob wir das annehmen wollen, daß die beiden Regisseure darüber mit jedem Tacheles reden.“ Dem Argument der Antragsbefürworter: „Eine Beurteilung durch Peter Palitzsch und Hans Neuenfels könnte einen auch zwingen, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen“, hielt Klaus Wennemann entgegen: „Wenn mir z. B. einer sagt, du kannst keinen Abend durchziehen, wie willst du dich darüber mit dir selbst auseinandersetzen. Beweisen kann man es doch nur, wenn man’s tut.“[256] Für Elisabeth Schwarz wurde es dort schwie-

[252] Ebd.

[253] „Vorläufige Entscheidung über den Künstlerischen Beirat, Ergebnis der Beratung zurück an das Direktorium, dort erfolgt Einigung durch Abstimmung. Der dritte Direktor überbringt diese Entscheidung gleichzeitig der Verwaltung und dem Mitglied. Der Verhandlungsgegenstand wird wiederum dem dritten Direktor mitgeteilt, dieser klärt mit den übrigen Direktoriumsmitgliedern und der Verwaltung das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen des Engagements. Es wird empfohlen, daß das zu engagierende Mitglied vor der Verhandlung mit dem Verwaltungsdirektor mit dem dritten Direktor verhandeln sollte.“ Vgl. den Bericht von der „Produktionssitzung zusammen mit dem Beirat“ vom 6. November 1972 im Protokoll der Beiratssitzung vom 8. November 1972. IfSG: SB 237.

[254] Anlage zum Protokoll der Beiratssitzung vom 8. November 1972. IfSG: SB 237.

[255] Konsens herrschte nur darin, die Besetzungsgespräche auch tatsächlich, wie im Mitbestimmungspapier verankert, wenn irgend möglich lange vor Probenbeginn zu führen. IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 20. Dezember 1972.

[256] Jens Weisser replizierte mit dem Hinweis, „nur gehen“ zu können, wenn man „fortgesetzt keine klare Auskunft“ bekomme, wie man eingeschätzt werde. Protokoll der Spartenversammlung vom 1. März 1973, zit. nach Loschütz, War da was?, S. 235.

rig, „wo mehrere Kollegen um eine Rolle scharf konkurrieren, weil sie sie alle spielen könnten und nur verschiedene (interpretatorische) Aspekte den Ausschlag gäben"; in diesen Fällen könne indes nur der Regisseur die letzte Entscheidung haben, demgegenüber seien die Argumente der Schauspieler „aussichtslos". Weniger „große" Schauspieler, die von ihrem künstlerischen Profil her eher auf kleinere Rollen festgelegt waren, konnten diese Fragen naturgemäß nicht so entspannt sehen wie Elisabeth Schwarz, die mit dem auch am mitbestimmten Theater unvermeidlichen Leistungsprinzip kein Problem hatte. Vielmehr sorgte das Thema „Leistungsgesellschaft, müssen wir sie, und wie weit müssen wir sie bedienen?" im Ensemble für erheblichen Diskussionsstoff. Es stand offensichtlich in einem Spannungsverhältnis zu der von allen geteilten, aber nicht sehr belastbaren Grundüberzeugung, das Engagement am „demokratisierten" Frankfurter Schauspiel müsse „zur Emanzipation jedes an diesem Theater Beschäftigten beitragen"[257].

Das ungeschriebene Theatergesetz, „daß es Leute gibt, die kleinere Rollen spielen, Leute, die mittlere Rollen spielen, und Leute die größere Rollen spielen", widersprach einem impliziten Anspruch des Frankfurter Modells: „[A]lle sind gleich gut." Um unvermeidliche Qualitätsunterschiede zwischen den Mimen überhaupt noch benennen zu können, bürgerte sich die persönlichkeitsschonendere Variante „gleich weit" bzw. „nicht gleich weit" ein; gut und schlecht „gab's nicht mehr"[258]. In den Besetzungsgesprächen wurde demzufolge „ungeheuer um den heißen Brei herumgeredet", wenn ein Schauspieler stundenlang darauf beharrte, „er müsse das und das spielen", während alle eigentlich dachten, er könne das nicht spielen. Oft wurden dann große und unehrliche theoretische Diskussionen eröffnet, um dem Betreffenden seine Wunschrolle wieder auszureden, „obwohl jeder im Hinterkopf" einfach dachte: „Ich glaube, er schafft es nicht – er schafft es nicht, wenn er als Hauptfigur auf der Bühne steht, daß sich ein ganzer Zuschauerraum einen Abend lang vehement für ihn interessiert."[259] Das Problem der Mitbestimmung in Besetzungsfragen bestand also im Kern darin, daß kaum jemand „ursächlich Schauspieler" wird, „um kleine Rollen zu spielen", sondern um „berühmt zu werden" und „an der Rampe zu stehen"[260]. Die Enttäuschung, diesen Traum nicht verwirklichen zu können, sondern auf die Nebenrollen beschränkt zu bleiben, mußte noch viel größer ausfallen, wenn sie einem von einem Kollektiv „plausibel gemacht" wurde und nicht nur von einem einzigen Intendanten. Im hergebrachten Theater konnte sich der Schauspieler noch sagen: „Naja, der Intendant hält mich für schlecht", in Frankfurt fingen dagegen die Kollegen an „zu problematisieren". Dieser Prozeß war für den einzelnen Schauspieler „viel schmerzhafter und viel objektiver"[261].

Im engen Zusammenhang mit der Besetzungsfrage stand das Problem der „ganz starke[n] Gruppenbildung"[262] um die Regisseure herum. Man gehörte „zu einer Gruppe, ob man wollte oder nicht. Allein dadurch, daß man zum ersten Mal mit

257 Protokoll der Spartenversammlung vom 1. März 1973, zit. nach Loschütz, War da was?, S. 235.
258 So Barbara Sukowa und Peter Roggisch, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 315.
259 Sukowa, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 315.
260 Roggisch, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 315.
261 Palitzsch, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 316.
262 Ebd., S. 318.

jemandem gearbeitet hatte […], gehörte man bereits zu der Gruppe und spielte bei den anderen nicht mehr“[263]. Rückblickend hat Palitzsch diese Spannungen im Gespräch mit Barbara Sukowa, die zur Gruppe um Luc Bondy gehörte, als „nicht so stark zwischen den Regisseuren, sondern merkwürdigerweise mehr zwischen den Gruppen“ geortet. Auf Sukowas Beschwerde, sie hätte gar keine Gelegenheit bekommen, „mit anderen zu arbeiten“, zeichnete sich Palitzsch als Opfer, für den es sich „immer so“ dargestellt habe: „Luc will diesen Schauspieler, der Hans will diesen Schauspieler, wer übrig bleibt, um den kann ich vielleicht noch kämpfen, aber sonst ist das gelaufen […] Luc schnippte mit dem Finger und sagte, er will mit dir. Da brauchte man gar nicht zu diskutieren. Welches Stück macht er? Welche Rolle? Aha Barbara! Es war gelaufen. Ich hatte immer die zweite Wahl.“ Ebenso aufschlußreich ist, wie die Sukowa auf diese kleine Eifersuchtsszene reagierte: „Aber du hast doch auch mal eine Produktion gemacht, als der Luc nicht inszeniert hat. Du kannst mir doch nicht sagen, daß, wenn ich zwei Jahre an einem Haus bin und spiele bei einem Regisseur zwei größere Rollen und eine Statistenrolle, daß ich in den zwei Jahren keine andere Gelegenheit gehabt hätte, bei einem anderen Regisseur zu arbeiten. Das gibt’s doch nicht. Das kannst du mir doch nicht erzählen.“[264]

Sukowa verdeutlichte zudem an einem weiteren konkreten Beispiel, aus welchen Quellen sich der Unmut des Ensembles über die Besetzungspraxis speiste: Nachdem Bondy „den Christian Redl als Attaché besetzt hatte“, habe Palitzsch Bondy in einem von ihr mitverfolgten Gespräch „inhaltlich genau auseinandergesetzt“, weshalb Redl „unmöglich für diese Rolle“ sei und ihm statt dessen Edgar Böhlke empfohlen. Später aber, nachdem Bondys Inszenierung „gestorben“ war und Palitzsch das Stück übernahm, hätte dieser als erstes wieder Redl an die Stelle von Böhlke gesetzt. „Da hab ich gedacht: Bin ich in einem Irrenhaus? Ist Palitzsch verrückt, oder bin ich verrückt, oder was?“[265] Ähnlich ungute Gefühle hatte der junge Schauspieler Robert Tillian bei der Arbeit an Palitzschs Inszenierung des Wedekind-Stückes „Frühlings Erwachen“ 1973: „Wir haben uns abends immer gemeinsam hingesetzt, um die Besetzung zu erarbeiten, und dann“, so sein Vorwurf in einem späteren Gespräch mit dem Regisseur, „haben Sie gesagt: Ihr seht, daß ihr das noch nicht könnt, und dann haben Sie eine ganz andere Besetzung gemacht.“[266]

Weil „Stücke wie Besetzung immer wieder (in Entscheidungen ohne[267] sie) umgeschmissen“ wurden, herrschte unter den Schauspielern schon Anfang 1974 „sowas wie Resignation“. Stets würden nur „die Regisseurswünsche berücksichtigt, ihr feeling für einen bestimmten Schauspieler“. Der Künstlerische Beirat begann deshalb darüber zu diskutieren, ob das Ensemble „bei falscher oder einer Beschäftigung, die es nicht auslastet, Einspruch einlegen“ und gegebenenfalls „eine eigene Produktion“ ohne die Regisseure erarbeiten solle[268]. Nach „temperamentvollen

[263] So die Erinnerung des Schauspielers Robert Tillian, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 318.
[264] Loschütz, War da was?, S. 318.
[265] Ebd., S. 319.
[266] Loschütz, War da was?, S. 313. Vgl. hier auch die Sichtweise Palitzschs, der das Vorkommnis in ganz anderer, sehr viel besserer Erinnerung hatte.
[267] Hervorhebung im Originaltext.
[268] IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 20. Februar 1974.

Duellen“ über Besetzungsfragen zwischen Schauspielern und Regisseuren forderte Marlen Diekhoff auf einer Vollversammlung im Sommer 1974 eine regelrechte „Gegen-Regiekonzeption“ des Ensembles, die „auch den Regisseur von neuen Stückaspekten und Besetzungsmöglichkeiten überzeugen solle“[269]. Klaus Steiger erinnerte daran, daß an allen deutschen Theatern außer in Frankfurt die Schauspieler das vertragliche Recht auf zwei Fachrollen pro Spielzeit hätten: „Bei uns in Frankfurt ist das abgeschafft. […] Aber ich sehe jetzt im dritten Jahr, daß die Abschaffung dieses Rechts die Zerstörung von Schauspielern und unvernünftig zusammengesetzte Ensembles begünstigt.“[270]

Die Forderung, hier Abhilfe zu schaffen, resultierte auch aus dem Unmut über die Handhabung von Gastengagements. Nachdem etwa Gottfried John, der für den Helden in „Richards Korkbein“ verpflichtet worden war, abgesagt und man die Rolle mit Eberhard Feik hausintern besetzt hatte, wurde noch einmal nachgekartet und die Frage diskutiert, warum die Rolle nicht gleich aus dem Ensemble besetzt worden sei: „Wird das Produkt dadurch minderwertiger?“[271] Ein andermal meldeten die Frauen des Ensembles oder die Männer der mittleren (1930er) Jahrgänge große Einwände gegen weitere Engagements an, weil sie „Überschneidungen“ befürchteten[272]. Hintergrund der in diesem Zusammenhang entstehenden „Verletzungen“ – ein Terminus, der sich am Schauspiel Frankfurt rasch ausgebreitet hatte –, war das keineswegs auf mitbestimmtes Theater beschränkte „Phänomen des Futterneides“. Peter Roggisch vermutete, daß es dieses Phänomen zwar „in anderen Berufen ja auch gibt, aber […] in unserem besonders“. Als z. B. der Gastregisseur Fernandes daran dachte, „Yerma“ zu inszenieren und dazu Hildegard Schmahl als Gast zu engagieren, wurde er von der sogenannten Frauengruppe des Theaters „auf absolut verweigernde Art niedergestimmt“. Das Projekt wurde daraufhin ganz abgebrochen. Die Frauengruppe beharrte auf dem Standpunkt: „Wenn ein Regisseur an ein Theater kommt und will dort ein Stück mit einer weiblichen Hauptrolle machen, dann soll er sie auch aus dem Theater besetzen, oder er soll das Stück nicht an dem Theater machen.“[273]

Bereits wenige Monate nach Beginn des Frankfurter Modells erreichte der Konflikt im Dezember wegen des Engagements von Tania von Oertzen einen frühen Höhepunkt[274]. Wie weit der Streit eskaliert wäre, wenn alle Beteiligten gewußt hätten, daß es sich dabei um die spätere Braut von Palitzsch handelte, läßt sich nur erahnen. Doch auch ohne dieses Wissen warf die Sache grundsätzliche Fragen nach dem Funktionieren des Modells auf. Während der Vollversammlung vom 1. Dezember 1972 kam es zum Treffen, nachdem das kurz vorher bekannt gewor-

[269] IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 19. Juni 1974.
[270] IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des „Erweiterten Direktoriums“ am 14. Oktober 1974.
[271] Palitzsch hatte daraufhin zugesagt, Gastengagements ab sofort nur noch über Direktorium und Beirat, in Zweifelsfällen nach Einschaltung einer Vollversammlung, zu tätigen: „Von sich aus können Regisseure keine Verpflichtungen mehr eingehen“. IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 12. Januar 1973.
[272] IfSG: SB 232. Protokoll der Spartenversammlung vom 12. Dezember 1975.
[273] Loschütz, War da was?, S. 314.
[274] Zur Vorgeschichte gehörte auch eine kleinere Kontroverse um das ohne Information des Beirats erfolgte „Engagement von Gästen“ für das Stück „Hedda Gabler“ (im Oktober 1972). IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 18. Oktober 1972.

dene Protokoll der vorangegangenen Beiratssitzung unter dem Stichwort „Information aus der Produktionssitzung“ vermerkt hatte: „Tania von Oertzen wird engagiert.“[275]

Eberhard Feik monierte zunächst heftig die „lakonische“ Art dieser Nachricht und die Problematik des ganzen Entscheidungsverfahrens, bei dem „weder von seiten des Beirats noch des Direktoriums auch nur Rudimente des Mitbestimmungspapiers beachtet“ worden seien. Ein nicht funktionierender Beirat habe die Gelegenheit, sich selbst eine Meinung zu bilden, „offenbar weder erhalten noch gesucht“. Palitzsch verteidigte das Engagement mit „ungewöhnlichem Zeitdruck“ wegen eines parallelen Angebots für von Oertzen an einer anderen Bühne. Auf der Produktionssitzung habe er das auch vorgetragen, die Beiratssitzung sei indes wegen des Buß- und Bettages ausgefallen. Außerdem habe sich, wie Basisdirektor Danzeisen betonte, die Entscheidung trotz seiner Bemühungen nicht bis zur „dieswöchigen Beiratssitzung hinauszögern“ lassen. Feik und Jürgen Kloth gaben sich damit nicht zufrieden. Erstens hätte eine außerordentliche Sitzung einberufen werden müssen; zweitens stelle sich die Frage, woher die Vakanz für von Oertzen überhaupt komme. Palitzsch bezeichnete daraufhin das Engagement „zweier junger Schauspielerinnen, Anfang 20“ als „unbedingt erforderlich“ und bat um grundsätzliche Klärung, wie Entscheidungen, „die den Regisseuren wichtig seien“, künftig herbeigeführt werden sollten[276].

Damit war vor allem die Frage „nach der Funktion der (im Modell nicht vorgesehenen) Produktionssitzungen“ aufgeworfen. Das Gremium war ursprünglich als Ort gedacht, an dem Entscheidungen über den Spielplan, über Besetzungen, Verträge, Engagements oder Kündigungen unterhalb der Direktoriumsebene im kleinen Kreis von Regisseuren, Dramaturgen, Bühnenbildnern, Bühnenmusikern usw. eher technisch vorbereitet, nicht jedoch getroffen würden[277]. Als Palitzsch die Produktionssitzungen als reine Arbeitsbesprechungen definierte, die „nichts mit dem Modell zu tun hätten“, wurde er aus dem Ensemble heraus mit der Frage konfrontiert: „Wieso beschäftigen Sie sich dann z. B. mit Engagementsfragen, die doch eindeutig unter die Mitbestimmung des Beirats fallen?“ Palitzschs Verweis auf Mitglieder des Ensembles, die doch an den Gremiensitzungen teilnehmen und dem Beirat „also laufend berichten“ könnten, konterte Peter Roggisch mit der Klarstellung, von den Schauspielern sei bei den Produktionssitzungen „nur ein einziger anwesend“, nämlich Danzeisen „in seiner Eigenschaft zugleich als dritter Mann des Direktoriums“. Diese Brücke „scheine ihm zu schmal“. Danzeisen selbst schlug vor, die Verfahrensweise zu ändern und die Produktionssitzungen künftig entweder öffentlich abzuhalten oder den ganzen Beirat hinzuzuziehen[278].

Die Regisseure erweckten dagegen den Eindruck, an einer Klärung bzw. Änderung der Entscheidungsstrukturen kein gesteigertes Interesse zu haben. Eine auf

[275] IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 1. Dezember 1972.
[276] Ebd.
[277] So Palitzsch laut Protokoll der Produktionssitzung vom 14. Dezember 1972. IfSG SB 232. Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 23. Februar 1971. Ansonsten geben die Ergebnisprotokolle der Produktionssitzungen meist wenig Auskunft über Konflikte und Debatten in dem Gremium. Vgl. den Bestand IfSG: SB 237 mit Protokollen aus den Jahren 1972 bis 1979.
[278] IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 1. Dezember 1972.

schriftliches Ersuchen von 40 Mitgliedern des Ensembles einberufene Vollversammlung „zur Diskussion avisierter Engagements“ kam Mitte Dezember 1972 nicht zustande. Palitzsch und Neuenfels ließen wissen, daß sie die Zeit für Proben „wenigstens mit einer begrenzten Zahl von Schauspielern“ unbedingt bräuchten[279]. Aus Sicht der Regisseure stellte sich die Frage der Besetzungen bzw. Engagements ohnehin nicht als Einbahnstraße dar, im Sinne einer Belastung ausschließlich für die Schauspieler. Palitzsch und Neuenfels klagten vielmehr selbst über Verhaltensweisen von Schauspielern, die an Arbeitsverweigerung grenzten.

Auf den Vorwurf, wenn ein Regisseur „erst mit drei, sechs, neun Schauspielern nicht mehr arbeiten wolle, entstehe leicht ein ‚Nicht-nein-Komplex‘“, stellte Palitzsch nicht nur klar, daß er mit jedem Schauspieler arbeiten könne, sondern wies auch darauf hin, daß sich ihm umgekehrt für „Emilia Galotti“ einzelne Schauspieler einfach versagt hätten[280]. Auch bei der Inszenierung von „Puntila“ lehnte es eine Mimin (Corinna Stein) mit schriftlicher Begründung ab, die Pröbstin zu spielen bzw. wollte zumindest von Palitzsch „noch näher erklärt bekommen, wieso ihr Typ für die Pröbstin möglich ist“[281]. Und als für eine Kammerspielproduktion („Die Gewehre der Frau Carrar“) Ingeborg Engelmann eine große Rolle angetragen wurde, lehnte diese ebenfalls ab. Das Stück werde nur „ganz schnell als politisches Alibi in den Spielplan eingeworfen“. Sie müsse auch einmal an sich denken dürfen. Statt dieses Stückes, das nur „eine kleine beschränkte Angelegenheit“ sei, wolle sie endlich „eine umfangreiche Rolle“ spielen. Über Angebote anderer Theater, die „anscheinend die Rollen“ hätten, die sie „sich vorstellen“ könne, verfüge sie im übrigen reichlich[282].

Den Kulminationspunkt der jahrelangen Besetzungsdebatten bildeten zwei Vollversammlungen Ende Oktober 1974. Im Hintergrund standen aktuelle Streitigkeiten über die Rolle der Hexe in einem Märchenstück sowie die Besetzungen für „Nachtasyl“ und den „Eingebildeten Kranken“, die „wieder nur in der Regisseursetage entstanden“ waren. Drei Wochen lang, so entrüstete sich Jürgen Kloth, „habe man in der Spartenversammlung einen Besetzungsvorschlag beraten“ und dann dem Regisseur zugeleitet, sei „bis dato aber nicht einmal einer Antwort gewürdigt“ worden. Über „Zement“ habe man auch lange diskutiert, um nun plötzlich zu hören, „daß die Aufführung noch gar nicht gesichert“ sei. Luc Bondy gab demgegenüber zu verstehen, selbst erst seit einigen Tagen zu wissen, daß er den „Eingebildeten Kranken“ inszenieren werde[283].

Aus Bondys Stellungnahme wird zum einen ersichtlich, wie sehr eine Besetzung angesichts der Parallelproduktionen oft „mit organisatorischen Zwängen zu tun“ hatte; Bondy machte andererseits aber auch keinen Hehl aus dem „Gefühl des Regisseurs, mit dem und dem könne er’s machen: ‚Man hat Neigungen zu jemandem‘“. Werde ein Regisseur durch Versammlungsbeschluß gezwungen, mit Schauspielern zu arbeiten, „zu denen er keine Neigung habe“, so hielt Bondy das in

279 IfSG: SB 232. Protokoll der „Nichtvollversammlung“ vom 16. Dezember 1972.
280 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 7. Mai 1973.
281 IfSG: SB 232. Ergebnisprotokoll der Direktoriumssitzung vom 15. September 1975.
282 IfSG: SB 232. Protokoll des Künstlerischen Beirats vom 6. November 1974.
283 Protokoll der Vollversammlung vom 22. Oktober 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 240.

Anbetracht des zu erwartenden Resultats für „Blödsinn“. Es lasse sich nun einmal nicht ausklammern, daß ein Regisseur „die einen für begabter halte als die andern“. Palitzsch spitzte diese Einsicht in der Forderung an das Ensemble zu, den Regisseur als „Mitarbeiter in einer anderen Funktion“ zu akzeptieren. Den dahintersteckenden Führungsanspruch konnten die Regisseure umso eher durchhalten, als unter den Schauspielern nach mehr als zwei Jahren Praxis mit dem Frankfurter Modell ganz unterschiedliche Meinungen über Grenzen und Möglichkeiten der Mitbestimmung in Besetzungsfragen herrschten[284].

Die Sukowa gab zu bedenken, daß Schauspieler, die sich gegenseitig besetzten, „vermutlich vom Status quo“ ausgingen, wohingegen Regisseure, die den einzelnen fördern wollten, „eher neue Entwicklungsmöglichkeiten“ sähen. Nicht nur sie fand es „hirnrissig“, als Kollegin per Handaufheben „über Existenzfragen von Kollegen mitentscheiden zu sollen“; auch Klaus Steiger argumentierte vehement dagegen. Anfangs habe er hier in Frankfurt noch geglaubt, „in einer verschworenen Gemeinschaft“ zu sein, tatsächlich aber sei „alles auf Kampf, Rivalität und Selbstbehauptung ausgerichtet“, so daß er oft das Gefühl habe, „im Panzer vorfahren zu müssen.“ Noch an keinem Theater habe er „so viele Kolleginnen weinen gesehen“. Nun fürchte er, „das wird noch schlimmer, wenn wir uns selbst besetzen“[285]. Die Gegenposition vertraten zum Teil jene, die mit ihren Frankfurter Rollen nicht zufrieden waren und es sich nicht erklären konnten, weshalb die Regisseure „bei Vertragsabschluß […] alle Schauspieler für begabt gehalten, später aber nur einzelnen die Möglichkeit der Weiterentwicklung geboten“ hätten[286].

Das Festhalten am Ziel mitbestimmter Besetzungen speiste sich zu einem erheblichen Teil aus Überzeugungen, die der Sozialisation vieler Akteure in der 68er-Bewegung geschuldet waren. So gab es die idealistische Forderung, „das Selbstverständnis der Regisseure müsse sich ändern“. Die Regisseure neuer Art sollten sich nicht mehr als „künstlerische Einzelkämpfer“ verstehen, sondern als „Kontrolleure und Förderer von Schauspielarbeit, als eine Art Trainer“[287]. Wenn sie keinen Einfluß auf Spielplan und Besetzungen erhalte, so betonte Lore Stefanek, habe sich „für sie politisch nichts verändert“, fühle sie sich weiter „fremdbestimmt“. Traugott Buhre knüpfte daran Zweifel, ob „Mitbestimmung ohne Kollektivierung“ nicht bloß eine Attitüde „à la Salonkommunismus der zwanziger Jahre“ sei. Innerhalb eines Kollektivs werde der Individualverlust prinzipiell „durch die Nähe zum Nächsten“ kompensiert, das Frankfurter Ensemble sei indes „viel zu groß und viel zu säkularisiert, um den fehlenden Überbau ersetzen zu können“[288].

Mehr oder weniger (neo-)marxistisch angehauchte Kritik an der altbekannten „Diktatur der Regisseure“ hielt sich im Ensemble ungefähr die Waage mit Ängsten vor einer womöglich noch problematischeren „Diktatur der Basis“. Der

284 Ebd.
285 Ebd.; vgl. auch: Loschütz, War da was?, S. 312.
286 Protokoll der Vollversammlung vom 29. Oktober 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 242.
287 Loschütz, War da was?, S. 288.
288 Protokoll der Vollversammlung vom 29. Oktober 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 240.

„evolutionäre Mittelweg“[289] zwischen beiden Polen, den Peter Roggisch deshalb forderte, war in der Realität nur schwer zu finden. Denn die Schwierigkeiten resultierten zu einem erheblichen Teil aus der Natur des Menschen, mitunter aber auch ganz einfach aus Sachzwängen. Wenn es etwa darum ging, einen bestimmten Gastregisseur zu engagieren oder eine Uraufführung für die Städtischen Bühnen zu bekommen, gab es Situationen, „wo eben doch nicht gleich öffentlich gesprochen werden konnte, weil auch ein anderes Theater diese Uraufführung haben wollte oder weil ein Regisseur noch woanders engagiert war.“[290]

Niederungen des Alltags und Kündigungen

Wenn sich beim Versuch der „Demokratisierung“ am Schauspiel Frankfurt ab 1972 rasch ein „Kampf jeder gegen jeden“ entwickelte, so war dafür vor allem ein Umstand verantwortlich: Im Ensemble hatten sich „mehrere kleine Ensembles“ gebildet mit verschiedenen „Bezugspersonen“, meist einem Regisseur, und diese Gruppen verhielten „sich untereinander nicht unbedingt menschlich“[291]. Mit dem Abbau der Intendantenmacht wurde der Regisseur „in diese Struktur hineingetrieben“: „Also wenn man will, ist der König abgeschafft worden, und statt dessen sind lauter kleine Herzogtümer entstanden. Und das sogar innerhalb eines Theaters.“[292] Die menschliche Seite der aus der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation hinreichend bekannten Problematik partikularistischer Machtstrukturen bekamen vor allem jene Schauspieler zu spüren, die noch dazu zwischen sämtlichen Duodezfürsten standen. Matthias Fuchs vertrat keine Einzelmeinung, als er sich den „zwei schüchternen Kölner Mäusen“ zurechnete, welche mehr oder weniger beklommen auf „die starken und berühmten Fraktionen“ der „Stuttgarter“ und „Wuppertaler“ aufsahen[293]. Vielmehr war man im Künstlerischen Beirat schon im Herbst 1972 allgemein davon überzeugt, daß Kollegen „ohne Bezugspersonen (Alt-Frankfurter, weder von Palitzsch, noch von Neuenfels, noch von Jeker engagierte) […] unterprivilegiert“ seien und daß zudem die Kontaktfähigkeit im Ensemble „gering“ ausgeprägt sei[294].

Den Kampf der Gruppen gegeneinander verschärfte noch der Kampf „der Gruppenmitglieder untereinander“. „Gehässigkeit, […] Mißtrauen, Konkurrenzdenken“ – nicht nur der mitten im Getümmel stehende Co-Direktor Gelhaar

289 Ebd.

290 So auch die spätere Einsicht Barbara Sukowas (zit. nach: Loschütz, War das was?, S. 311): „Weil ihr dann schon irgendwelche Vorgespräche geführt hattet, waren für uns oft schon viele Dinge gelaufen, ehe wir uns einschalten konnten. Das war oft sehr frustrierend für uns.“

291 So sah es der vergleichsweise neutrale Beobachter und Technik-Abteilungsleiter Max von Vequel-Westernach (Loschütz, War da was?, S. 270). Der in Bayern geborene Vequel-Westernach war, unterbrochen nur von einem kurzen Gastspiel in Basel, schon seit 1951, zunächst als Betriebsingenieur, später als Vertreter des Technischen Direktors an den Städtischen Bühnen Frankfurt tätig. 1971 hatte er selbst die technische Direktion übernommen. IfSG: S 2/7606 (u. a. Mitteilung des Presse- und Informationsamtes vom 21. September 1984 zum 25. Arbeitsjubiläum).

292 Loschütz, War da was?, S. 270.

293 Ebd., S. 268.

294 IfSG: SB 232. Protokoll der Künstlerischen Beiratssitzung vom 15. November 1972.

hatte manchmal das „Gefühl vom totalen Krieg. Hier kämpft jeder gegen jeden um das nackte Überleben."[295] Da im Rahmen des Mitbestimmungsmodells weniger Probleme unter den Teppich gekehrt bzw. im kleinen Kreis geklärt werden konnten, mußten sich die Mitglieder des Ensembles, ob sie wollten oder nicht, „tiefer und aufrichtiger kennenlernen […] , als das an anderen Theatern üblich" war[296]. Doch das „Konstruktive und das Destruktive" lagen dabei „sehr nah beieinander". Durch die zwischenmenschlichen Konflikte, so artikulierte Lore Stefanek das Empfinden der meisten Beteiligten, habe sie einerseits viel von sich in Frage stellen müssen und sei sie zu „einer größeren Wahrheit" sich gegenüber gezwungen worden; andererseits habe sie sich durch diese Arbeit „nach innen und nach außen streckenweise überfordert" gefühlt[297].

Ein besonders traumatischer Punkt war die seelische Entkleidung, der viele Mitglieder immer wieder im größeren Kreis des Beirats oder gar der Vollversammlung coram publico unterzogen wurden. Die Regisseure und Co-Direktoren mochten das in ihrer relativ starken Stellung tendenziell noch am ehesten verkraften, auch wenn Neuenfels angesichts des Scherbengerichts über Gelhaar sich einmal dazu veranlaßt sah, „weiß im Gesicht und heiser vor Wut", in die Vollversammlung zu schreien: „Etwas mehr Takt, meine Damen und Herren, etwas mehr Takt."[298] Außerdem traf es auch andere, „einfache" Mitglieder des Ensembles. Als Luc Bondy auf einer Vollversammlung Jürgen Fischer mit den Worten angriff, die Frankfurter Dramaturgie sei leider ein Ein-Mann-Betrieb, „nur Horst Laube sei vorhanden", entfuhr es dem Attackierten: Nur Laube verfüge eben auch über die erforderlichen Informationen, er selbst dagegen sei „noch nirgendwo so wenig informiert worden wie an diesem Theater"[299]. Der Schauspieler Eberhard Feik gab, gleich zu Beginn des neuen Modells im Oktober 1972, im Künstlerischen Beirat die Revision seines Entschlusses bekannt, in einem geplanten Märchenstück nicht zu spielen: „Die mangelnde Solidarität meiner Kollegen, die immer bewußter werdende Ohnmacht, etwas zu tun zu können", so Feik, ließen ihn zu dem Entschluß kommen, seine Entscheidung zu korrigieren[300]. Feiks Kollege Uttendörfer sah durch das Klima am Schauspiel Frankfurt sein Selbstbewußtsein derart beschädigt, daß er daran dachte, auszuscheiden[301]. Den Schritt zu vollziehen, war allerdings gar nicht so leicht, weil es zu „eine[r] peinliche[n] Szene" geraten konnte, wenn sich jemand für seinen Weggang vor dem Beirat rechtfertigen mußte[302].

Nur wenige sahen die Sache so sportlich wie ein Christian Redl, der allerdings auch zu denen gehörte, die „sehr, sehr viel gespielt" haben: „Ich mußte mich nicht artikulieren, damit ich besetzt wurde. […] Einmal habe ich mich doch artikuliert vor den Kollegen in einem Bedürfnisbericht. Ein Riesenerfolg, und Sissy sagte: ich

295 Zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 282.
296 So Elisabeth Schwarz, zit. nach: Loschütz, War das was?, S. 261.
297 Ebd.
298 So die Erinnerung von Elisabeth Schwarz, die die Attacken auf Gelhaar in der Tonlage ebenso deplaziert fand wie Neuenfels. Loschütz, War da was?, S. 260.
299 Protokoll der Vollversammlung vom 29. Oktober 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 241.
300 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 11. November 1972.
301 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 15. November 1972.
302 So Gelhaar, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 274.

küsse dich. Aber da habe ich nur meinen ganzen Privatscheiß erzählt."[303] Am anderen Ende der Betroffenheitsskala rangierten junge Mimen oder Regieassistenten, die „als Anfänger für sich in Frankfurt keine Chance" sahen, oder ein Schauspieler, „der fast zerbrach, weil er an diesem Theater mit niemandem reden konnte"[304]. Es fügte sich in das Bild, daß wegen der Trunkenheit eines Schauspielers bei der Aufführung von „Puntila" der Ordnungsausschuß angerufen werden mußte oder daß selbst eine Persönlichkeit wie die Sukowa eine Vorstellung ganz versäumte – nach Beruhigungstabletten-Abusus infolge der Aufregung um eine Inszenierung Bondys[305].

Während sich die Frankfurter „nahezu selbstmörderisch immer wieder die Frage" stellten, „auf welche Weise man heute Theater spielen kann, muß, soll", verbrauchten sie gleichzeitig „zuviel Kraft nach innen"[306]. Einerseits mußten die persönlichen Bedürfnisse „oft unterdrückt" werden, andererseits konnten sich unter den zeitraubenden Umständen des Mitbestimmungsmodells auch die künstlerischen Fähigkeiten „nur sehr langsam […] entfalten". Marlen Diekhoff nannte es „Verzettelung", eine Form von Auseinandersetzung, die für sie „an wesentlichen Fragen vorbeiging" und die es ihr schwer machte, „abends auf die Bühne zu gehen"[307]. Diekhoffs Schauspielerkollegin Lore Stefanek war ebenfalls der Überzeugung, daß der große Zeitaufwand der Mitbestimmung auch „auf die Arbeitsergebnisse Einfluß" hatte. Da Kräfte „nicht nur der Bühne zugekommen" seien, habe dies der Leistung als Schauspielerin „Abbruch getan"[308]. Mehr noch beklagte sich ein Ensemble-Mitglied wie Steiof, der zeitweilig dem Direktorium angehörte, daß er in dieser Phase zu seiner „eigentlichen Arbeit als Bühnenbildner nicht mehr gekommen" sei. Nach den Direktoriumssitzungen sei er ständig „zurücktelefoniert" worden von Leuten, die mit den getroffenen Entscheidungen nicht einverstanden waren: „Und dann fängt die Sitzung wieder von vorne an. Und das sozusagen in Permanenz."[309]

Bei den meisten Mitgliedern des Ensembles stellte sich infolgedessen rasch das mehr oder weniger starke Gefühl ein, vom Alltag, der neben Probe und Vorstellung auch noch den eigentlichen „Full-time-Job Mitbestimmung" enthielt, „zerrieben"[310], ja „von diesem Streß […] neurotisiert" zu werden[311]: „Irgendwann muß man sich entscheiden", so Norbert Kentrup, „geht man jetzt nach einer fünfstündigen Probe noch auf die Sitzung", oder sollte man sich statt einer dreistündigen Diskussion „über ein immer wiederkehrendes Alltagsproblem lieber ausruhen und auf die Abendvorstellung […] vorbereiten? Gehst du zur Diskussion ins Beiratszimmer, bist du müde bei der Vorstellung; geht's du nicht hin, verlierst du den

303 Christian Redl, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 297.
304 Gelhaar, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 274.
305 IfSG: SB 232. Protokoll der Spartensitzung vom 2. Januar 1976, sowie IfSG: SB 246. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 29. Dezember 1975.
306 Elisabeth Schwarz, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 260.
307 Deshalb habe sie in Frankfurt (wo sie von 1972 „bis zu meiner Flucht 1978" ausharrte), zeitweise „sehr gelitten". Zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 296.
308 Ebd., S. 261.
309 So habe es auch sehr lange gedauert, bis etwas zustande gekommen sei. Loschütz, War da was?, S. 271.
310 Ebd., S. 294.
311 So Steiof, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 272.

Anschluß. […] Ja verdammt nochmal, mehr als 10 bis 12 Stunden am Tag kann man nicht permanent arbeiten, und ich hatte nicht mal Familie."[312]

Der Hinweis Kentrups, der mit anderen Schauspielern in einer Wohngemeinschaft zusammenlebte, auf die schwere Vereinbarkeit des Frankfurter Modells mit einem normalen Familienleben, findet sich nicht nur im Schicksal des Co-Direktors und Familienvaters Gelhaar bestätigt, sondern auch im generativen Verhalten des Ensembles. Ohne das statistisch verifiziert zu haben, gewannen viele den Eindruck, während des „Modells" hätten nur „ganz wenige Kinder gekriegt". Und das fiel um so mehr auf, als „nachher plötzlich ganz viele Leute Kinder gekriegt haben."[313] „Wenn ich in Frankfurt schon ein Kind gehabt hätte", so sah es die Sukowa, „dann hätte ich das Ganze überhaupt nicht geschafft". Es habe „ja in Frankfurt so etwas wie ein Privatleben eigentlich kaum gegeben. Nach der Probe ging man auf eine Sitzung. […] Du warst eigentlich rund um die Uhr mit dem Theater beschäftigt."[314]

Als die Schauspielerin von Frankfurt nach Hamburg gewechselt war, fiel ihr dort als erstes auf, daß die Kollegen nach der Probe heimgingen und, wenn sie mit einer Szene fertig waren, auch nicht bis zum Ende der Probe ausharrten[315]. Auch Lore Stefanek rechnete es zur „Verlustseite der Mitbestimmung", daß man sich nur noch als Agierende in einer Gruppe sah, „die mir nur geringfügig die Möglichkeit gegeben hat, mich auf mich selbst zurückzuziehen". Ein, zwei Jahre bevor sie aus Frankfurt wegging, ist deshalb bei ihr verstärkt der Wunsch aufgekommen, „wieder auf mich selbst zu gucken"[316].

Nicht als ausschlaggebendes Motiv für die zahlreichen Kündigungen, aber doch als Teil der Niederungen des Alltags ist auch das schwierige Verhältnis zwischen Schauspielern und Technik zu behandeln. Der Technik-Direktor von Vequel-Westernach hatte sich von Anfang an entschieden dagegen gewehrt, die aus fast vierhundert Mitarbeitern bestehende größte Abteilung der Städtischen Bühnen – das Schauspiel umfaßte nur gut hundert Personen[317] – voll in die Mitbestimmung einzubeziehen. Schon aus komplizierten organisatorischen Gründen schien es ihm „nicht machbar, einem Stück Techniker wie eine Besetzung von Schauspielern zuzuordnen"[318]. Vor allem aber hielt der „Graf" es für abwegig, die Technik – als den größten Stimmenblock in einem konsequent verwirklichten Mitbestimmungsmodell – in die Lage zu versetzen, in künstlerischen Fragen Regie, Dramaturgie und Schauspieler zu überstimmen. Denn dann, so gab er dem Dramaturgen Laube zu bedenken, „wäre wohl nie ein Spielplan zustande gekommen, der ihren künstlerischen Vorstellungen entsprochen hätte". Hinzu kam der sehr große Zeitaufwand des Modells mit seinen permanenten Gremiensitzungen, die meist dann stattfanden, wenn die Technik die Bühne umbaute: „Die Abstellung der Techniker zu diesen Versammlungen […] wäre vom Arbeitsablauf gar nicht realisierbar gewesen."[319]

312 Loschütz, War da was?, S. 294.
313 Tillian, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 311.
314 Ebd.
315 Ebd., S. 314.
316 Ebd., S. 265.
317 Ebd., S. 275.
318 Näher hierzu Loschütz, War da was?, S. 270.
319 Ebd., S. 270.

Abgesehen von diesen praktischen Bedenken gegen das Mitbestimmungsmodell dachten der Technische Direktor und seine Mannen – wozu nicht viel gehörte – im Schnitt ein gutes Stück konservativer als die linken Idealisten respektive Gesellschaftsveränderer im Ensemble. Laut Vequel meinten indes manche Schauspieler, „man müsse die gleiche Weltanschauung haben, um miteinander reden zu können". Da in der Technik zu politischen Fragen „sehr unterschiedliche Auffassungen" vorhanden waren, habe es „von vielen Schauspielern gegenüber der Technik ein Sperre" gegeben" oder aber, woran Laube erinnerte, „die romantische Haltung: Wir müssen den Arbeiter lieben", die indes „genau das Gegenteil" des Gewünschten bewirkte. Man habe, so spitzte Vequel seine Kritik am Mitbestimmungsmodell zu, dem Theater „einen großen ideologischen Überbau gegeben und dabei vergessen, daß es alles eine Reflexion, ein Spiel" sei[320]. Darüber hinaus war das Verhältnis der einfachen Bühnentechniker zum Ensemble sehr stark davon abhängig, wie die Vorstellungen beim Publikum ankamen, und hier vor allem bei Publikumskreisen, „in denen die Techniker selbst verkehren oder die ihnen nahestehen". Der zeitweilig sehr mäßige Erfolg des Frankfurter Modells beim lokalen Publikum mußte sich demnach auch auf das „Erfolgsbarometer des Theaters für den Techniker" niederschlagen[321].

Schon im Spätherbst 1972 diskutierte die Vollversammlung über einen „Riß, der sich zwischen Technik und Ensemble aufzutun scheine". Schauspieler schilderten ihr „bedrückendes Gefühl", mit Technikern auf der Bühne zu stehen, die die Aufführungen „so beschissen" fänden. Wer dem Publikum „ein neues Bewußtsein vermitteln wolle", könne aber die Kollegen von der Technik „nicht ausklammern". Allerdings waren zwei Techniker, die persönlich zur Vollversammlung eingeladen waren, nicht erschienen, so daß man dann nicht mit ihnen sprach, sondern nur über sie gesprochen wurde: „Kaum jemand sitzt mit ihnen am Tisch, redet mit ihnen." Auch „Fragen des Grüßens und Dankeschönsagens" wurden in diesem Zusammenhang gestreift. Trotz der Warnungen, die „emotionsgeladene Spannung" zu unterschätzen[322], und des Bemühens, etwa eine kritische Fernsehsendung zum Frankfurter Modell mit den Technikern zu diskutieren, blieb das Verhältnis schwierig. Immer wieder traten Spannungen zwischen Technik und Ensemble zutage[323], etwa im November 1974 im Künstlerischen Beirat, weil der Technik in letzter Zeit „immer häufiger lautes Verhalten hinter und auf der Bühne vorgehalten" wurde[324]. Rückblickend wußte der Kulturdezernent gar nicht mehr zu sagen, wie oft er „nächtlicherweile mal gebeten, mal bestellt, mal ermahnt wurde", an Krisengesprächen teilzunehmen und als Schiedsrichter zwischen Kunst und Technik zu fungieren[325].

320 Ebd., S. 271.
321 Ebd., S. 270.
322 IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 1. Dezember 1972.
323 An die – unten bereits geschilderten – Querelen um Gelhaar und das Hauptmann-Stück „Die Ratten" im Herbst 1973 sei in diesem Zusammenhang noch einmal erinnert. Vgl. aber auch Gelhaars positives Urteil zur Technik, die „rational und stark von ihrem Direktor geführt" worden sei und „in verzweifelten Situationen" geholfen habe, „überhaupt noch etwas auf die Beine zu stellen" (Loschütz, War da was?, S. 275).
324 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 21. November 1974.
325 Loschütz, War da was?, S. 14.

In den Erfahrungsberichten von Mitgliedern des Ensembles, die 1979/80, also noch in ziemlich frischer Erinnerung an das Geschehen, angefertigt wurden, gab es zwar auch hellere Seiten. Elisabeth Schwarz sprach zum Beispiel von einer Art Haßliebe zum Frankfurter Theater, davon, daß sie dort „starke, bis heute bestehende Freundschaften geschlossen" habe und daß ihr zu den Zielen „unseres Theaters" der Satz aus Brechts „Im Dickicht der Städte" einfalle: „Das Chaos ist aufgebraucht, es war unsere beste Zeit."[326] Eine weniger bekannte, „von der dritten Etage […] abgestempelt[e]" Schauspielerin fand es „ganz toll", daß es den Kollegen in ihrem Fall gelungen war, eine Kündigung zu verhindern („du bleibst hier, und du arbeitest da jetzt mit, auch wenn es nicht die großen Rollen sind")[327]. Andere hielten trotz aller Widrigkeiten des Mitbestimmungssystems dafür, daß ihr Frankfurter Schauspiel in den 1970er Jahren einfach „so ziemlich das beste Theater in der BRD" gewesen sei[328]. Insgesamt aber überwogen die kritischen Perspektiven eindeutig, wie aus charakteristischen Erinnerungen einer Reihe von Schauspielern, einer Regieassistentin und eines Bühnenbildners hervorgeht, die im folgenden zu Wort kommen sollen.

Der Grad der Enttäuschung, dies zeigt Gert Loschützs Rückblick, hatte sehr viel mit der Höhe der ursprünglichen Erwartungen zu tun. Loschütz war in der Annahme nach Frankfurt gegangen, daß „an einem Mitbestimmungstheater anstehende Probleme menschlicher gelöst würden als an anderen Theatern"; tatsächlich aber habe er noch an keinem Theater „so viele Rivalitäts- und Selbstbehauptungskämpfe erlebt wie gerade an diesem"[329]. Je „mehr Leute an Entscheidungsprozessen beteiligt sind", so rationalisierte Loschütz seine Enttäuschung, „um so mehr Spielraum" sei womöglich auch „für Intrigen" vorhanden[330]. Schauspieler, Regisseure, Bühnenbildner seien „alles eigentlich sehr schwierige Leute in ihrem Bereich, in ihrer eigenen künstlerischen Arbeit"; die Frage aber, was an einem mitbestimmten Theater passiere, „wenn einer nicht fähig ist, in einem Kollektiv zu arbeiten", war für Loschütz bis zum Schluß nicht befriedigend geklärt[331]. Ähnlich argumentierte Norbert Kentrup. „Eingefleischte Individualisten, gedrillt auf ihre Einmaligkeit, auf ihren Marktwert, wollen ein Kollektiv sein?", fragte sich Kentrup zweifelnd. Freiheit könne Angst machen, und so hätten die Mitglieder des Frankfurter Modells wie Leute reagiert, die Angst haben. Sie seien aufeinander los gegangen: „Mann gegen Mann, im Dunkeln mit dem Messer". Da Trennungen auch in Frankfurt gelegentlich unumgänglich waren, aber kein Intendant als Kündigungsinstanz mehr zur Verfügung stand, habe man sich gegenseitig rausgeekelt, „so auch mich"[332].

Kentrup war vom ebenfalls mitbestimmten TAT an die Städtischen Bühnen gekommen. Nachdem er dort „dieselben Schwierigkeiten wie am TAT" erlebte,

[326] Ebd., S. 260f.
[327] Karin Werner, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 290.
[328] Ebd., S. 272.
[329] Ebd., S. 287.
[330] Ebd., S. 291. Auch Stefan Viering hatte, nachdem er von Änderungen in Besetzung und Spielplan oft nur erfuhr, „ohne zu kapieren, warum sie sich geändert haben", den Eindruck gewonnen, „daß gemauschelt wird". Loschütz, War da was?, S. 287.
[331] Ebd., S. 291.
[332] Ebd., S. 292.

wurde ihm an seinem neuen Wirkungskreis innerhalb von vier Wochen klar: „Es mußte sich um ein grundsätzliches Problem handeln."[333] Statt in aller Ruhe im Rahmen des Modells miteinander zu arbeiten, hätte man das Leistungsprinzip praktiziert, „daß es nur so krachte: Wer nicht funktioniert, von dem muß man sich trennen!"[334] Zu welchem Klima das manchmal führte, erhellt aus Sukowas bezeichnendem Vergleich der Frankfurter Bühnen mit ihrem späteren Hamburger Arbeitsplatz: Dort seien „die Leute so höflich miteinander" umgegangen. „Man sagte sich morgens Guten Morgen. Ich war richtig befremdet, sie waren so nett!"[335]

Auch Bühnenbildner Steiof war mit der Erwartung nach Frankfurt gekommen, an einem mitbestimmten Theater „zu einer anderen Art von Qualität als an einem Intendantentheater kommen" zu können. Jetzt hielt er „das Ganze für ziemlich gescheitert" und bekannte, nicht zuletzt deshalb 1976 aufgehört zu haben. Mitbestimmung am Theater, davon war er nach seinen Frankfurter Erfahrungen überzeugt, sei nicht möglich: „Wie willst Du mehrheitlich beschließen, welcher Regisseur was inszenieren soll, welcher Schauspieler was spielen soll oder welche Stücke inszeniert werden sollen". Das sei in der Realität zwar ohnehin „nicht passiert", aber die Vorstellung der meisten Schauspieler sei gleichwohl gewesen, „daß jeder über alles mitbestimmt", und das habe dann zu „ungeheuren Frustrationen" geführt, wenn Stücke stattfanden, die nicht beschlossen waren. Der Frankfurter Bühnenbetrieb sei zwar „im Prinzip […] wie am Intendantentheater" gelaufen, nur seien „die meisten" damit nicht zurechtgekommen. Steiof brach deshalb eine Lanze für das hergebrachte, stärker hierarchische Theater. Dort würden zwar alle murren, doch die meisten seien zugleich froh, „daß jemand da ist, der sagt, was gemacht werden soll", einer „auf den sie alle böse sein können". Die meisten Menschen, so die Erklärung des Bühnenbildners für dieses soziale Phänomen, seien eben autoritär erzogen. Schauspieler wie Regisseure, die nach Frankfurt gekommen seien und vorher immer „Theater gegen die Intendanz oder gegen die Kulturbehörde gemacht" hätten, hätten während des Mitbestimmungsmodells plötzlich nicht mehr gewußt, „gegen wen sie Theater machen sollen". So seien sie in ein „großes Loch" gefallen[336].

Renate Klett, von 1972 bis 1974 als Regieassistentin in Frankfurt, ging zwar aus politischer Überzeugung zu allen Versammlungen; sie langweilte sich dort aber „furchtbar" und hatte „schon wieder das gleiche Gefühl" wie früher „bei den Fachschaftssitzungen: daß das alles ganz anders sein müßte, viel existentieller, radikaler, viel lustvoller […]. Aber es war wie immer: endlose Debatten, bei denen die Redner nur halb so mutig waren wie nachher in der Kantine; persönliche Animositäten, die sich hinter vorgeblichen Sachzwängen versteckten." „Meine anfängliche Begeisterung", so Klett, „am fortschrittlichsten deutschen Theater engagiert zu sein […], kühlte rapide ab. Ich hielt mich raus, war zu feige, das zu sagen, was ich wirklich dachte." Selbstkritisch hielt die Regieassistentin sich und ihren

[333] Ebd.
[334] Ebd., S. 293.
[335] Ebd., S. 315.
[336] Ebd., S. 271f.

Frankfurter Kollegen obendrein vor, „zu phantasielos die Fehler der Linken“ aufgewärmt zu haben und sich in der praktischen Theaterarbeit „kaum von der an anderen Häusern, die ich kannte“, unterschieden zu haben: „die gleichen Machtkämpfe, die gleichen Intrigen, den gleichen Tratsch.“ Klett stieß sich schließlich an einem Befund, der den vielen Achtundsechzigern – mit ihrem bekanntlich sehr ambivalenten Verhältnis zum Feminismus[337] – am Schauspiel Frankfurt in der Regel gar nicht weiter auffiel, nämlich daran, „daß im Direktorium nur Männer saßen, daß es fast ausschließlich Männer waren, die bei den Vollversammlungen redeten, daß unser ganzes Wunsch- und Wertsystem ein klassisch patriarchalisches war […]. Wir waren hoffnungslos konventionell.“[338]

Sichtbarste Folge der allgemeinen Enttäuschung über den grauen Alltag des mitbestimmten Theaters waren eine ganze Reihe rasch, schon um den Jahreswechsel 1972/1973 herum einsetzender Kündigungen. Kurz nach dem Schauspieler Uttendörfer sorgte sein Kollege Wehmeier Mitte Januar 1973 für heftige Debatten im Beirat, als er den Antrag stellte, zum Ende der Spielzeit 1972/73 auszuscheiden. Wehmeier wagte zunächst gar nicht, „die wirklichen Gründe“ für seinen Schritt zu nennen, tat es aber dann doch: Die Gage sei „zu klein“, seine finanziellen Reserven inzwischen „aufgebraucht“. Zudem sah der Mime „keine Möglichkeit mehr, sich selbst zu realisieren“. Der hiesige künstlerische Prozeß mache ihn „unschöpferisch“; sein Glaube, „daß gesellschaftliche Veränderungen so möglich sind“, sei dahin. Besonders daß Wehmeier, auf den bereits ein neues Engagement in Düsseldorf wartete, sich „abgesichert“ hatte, bevor er in Frankfurt kündigte – wie vorher schon sein Kollege Uttendörfer –, sorgte im Beirat für heftigen Unmut: “Das beschreibt den Zustand der Gesellschaft. Beide gehen nicht zu einer ähnlich strukturierten Bühne, sondern akzeptieren die alten Formen“. In der vernünftigen Einschätzung, einen Mitarbeiter, der bereits innerlich gekündigt hatte, nicht mit Gewalt in seinem bestehenden Vertragsverhältnis halten zu können, beschlossen Beirat und Direktorium in diesem wie in den vielen folgenden Fällen mehrheitlich, die Reisenden besser nicht aufzuhalten[339].

Die Kündigenden mußten sich aber zumindest schwere, teils moralinsaure Vorwürfe anhören. Als Ende Januar 1973 der Fall des Schauspielers Jacobi auf der Tagesordnung stand, der sich am Schauspiel Frankfurt „allein in seiner Vorstellung von Mitbestimmung“ sah und die „Herausarbeitung“ eines gemeinsamen „Standpunktes“ als gescheitert erachtete[340], ging ihn Palitzsch im Beirat hart an: Jacobis Weggang bedeute: „ich gehe, was mit der Gruppe passiert, ist mir egal“. Nur „die äußerste Anstrengung über die eigene Person“, so belehrte ihn der Oberdirektor, verhelfe „zum Funktionieren der Gruppe“[341]. Als wenige Wochen später Feik seinen Antrag auf Vertragsauflösung begründete, war er also gewarnt und argumen-

337 Vgl. Schulz, Der lange Atem der Provokation, vor allem S. 76–96.
338 „Unser damaliges Gerangel“ kam Klett in ihren „ungeordneten Gedanken zu einer unbewältigten Vergangenheit“ so „rührend und absurd vor wie ein Schmetterling im Eismeer.“ Loschütz, War da was?, S. 267.
339 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 18. Januar 1973.
340 Seine Vorstellungen unterschieden sich von der hier praktizierten Mitbestimmung grundsätzlich. Gesellschaftliche Arbeit, so Jacobi, müsse in der Dienstzeit geleistet werden, weil sie dann mit größerem Druck und größerer Konzentration erfolge.
341 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 24. Januar 1973.

tierte sehr defensiv: Er möchte – eine implizite Anspielung auf Wehmeier – „nicht die Struktur aufgeben", sondern sich schauspielerisch weiterentwickeln, wozu er für sich in Frankfurt keine Möglichkeit sehe. Nicht „Gemeinsames verletzen" wolle er damit, sondern „für sich selbst eine Konsequenz ziehen, weil er hier nicht praktisch das tun" könne, „was er sich theoretisch zurechtgelegt" habe. Feik sprach von einem „vielleicht falschen politischen Anspruch", den er sich selbst gegeben habe, und von dem starken Wunsch, sich schauspielerisch „auszuprobieren, selbst wenn das einen Schritt zurück" bedeute.

Im Fall Feik bestand das zumindest nicht ausschließlich aus dem Mitbestimmungsmodell resultierende Problem wesentlich darin, daß er in Frankfurt „nicht so große Rollen spielen" konnte wie anderswo, etwa in Kaiserslautern, wo er demnächst als Luther gastieren wollte[342]. Ähnlich verhielt es sich in den Fällen des Jungregisseurs Valentin Jeker und des Regieassistenten Guido Huonder, bei denen sich Frustration über einen Mangel eigener künstlerischer Entfaltungsmöglichkeiten, also an Vorgängen, die es „an jedem Haus mit starken Regisseurspersönlichkeiten geben wird"[343], mehr oder weniger sichtbar mit je spezifischer Kritik an den Defiziten des Mitbestimmungsmodells mischte[344].

Das Resümee des Beirats über die erste Kündigungswelle fiel bitter aus: „Gemeinsam fällt allen auf, daß diejenigen, die was Vernünftiges sagen (in dem Sinne, in dem die meisten von uns hierher gekommen sind), alle vorzeitig kündigen."[345] Bei einem weiteren Kündigungsschub Ende 1974[346] vermerkte das Protokoll lako-

342 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 31. Januar 1973.

343 So die Einschätzung Laubes in der Sache Huonder, die „kein spezifisch Frankfurter Fall" sei. IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 14. Februar 1973.

344 Jeker begründete seine Abwanderungsgedanken im Februar 1973 damit, „sich nicht für gut genug in dieser Position des 3. Regisseurs" zu fühlen. Das „verfilzte Verhältnis zwischen Palitzsch und ihm – mit P. P. als Vaterfigur" – könne das Grundübel sein. Die Besprechung des neuen Spielplans hatte für Jeker das Faß zum Überlaufen gebracht. Denn als der Jungregisseur Interesse an dem für die große Bühne geplanten Fleißer-Stück „Starker Stamm" bekundete, „folgte großes Schweigen". Tags darauf versetzte ihm Palitzsch unter vier Augen, „man hätte gefunden", daß er „nur noch im Kammerspiel arbeiten sollte". Wäre er von vornherein nur für das Kammerspiel geplant worden, so klagte Jeker, dann „hätte er das gern gemacht", doch „dieses milde Runterschicken" halte er nicht aus. Vielleicht sei er ja empfindlich, einen derartigen „Schrumpfungsprozeß" verkrafte er jedenfalls nicht (IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 14. Februar 1973).
Vom Gefühl eines „Schrumpfungsprozesses" sprach auf der selben Beiratssitzung Mitte Februar 1973 auch Regieassistent Huonder. Er hatte bei den Proben zu „Vietnam" den Eindruck gewonnen, die Schauspieler würden sich bei ihm anders verhalten „als bei den Starregisseuren – sie hätten nicht voll mitgearbeitet". Gerade das aber wäre für ihn „als Regisseur ohne Erfahrung" sehr wichtig. Huonder hatte zudem die schlechte Erfahrung gemacht, daß „die Meinung anderer nicht respektiert" werde und, schlimmer noch, daß Neuenfels aus „schlechten" Schauspielern auch „schlechte Persönlichkeiten" mache. Leute, die „mal etwas nicht wissen oder etwas falsch gemacht haben", würden in Frankfurt „sofort klein gemacht". Aus dem für seine Persönlichkeit zerstörerischen Charakter der „hier laufenden Prozesse" zog Huonder den Schluß: „Wenn ich hier bleibe, bleibe ich das, was ich bin und kann mich nicht weiterentwickeln". IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 14. Februar 1973.

345 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 14. Februar 1973.

346 Nachdem ein Meinungsaustausch Jens Weissers, der sich unterbeschäftigt fühlte, mit Palitzsch „unbefriedigend" verlaufen war, führten Palitzsch, Neuenfels und Bondy gemeinsam Gespräche darüber, „mit welchen Schauspielern ihnen eine Arbeit über 1976 hinaus für erstrebenswert und damit sinnvoll erscheint" bzw. welche Spannungen und Schwierigkeiten zu erwarten seien. IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 21. November 1974.

nisch: „Der Beirat klang aus im lockeren Austausch von Mutmaßungen und Gerüchten wer, wann wohin geht oder – – – bleibt!“[347] Und auch in der Folgezeit schlug das Thema der Kündigungen – mit mal richtigen, mal falschen, mal halbwahren Gerüchten – am Mitbestimmungstheater immer wieder hohe Wellen, besonders hoch im Sommer 1976, als über Laubes Rückzug auf seine schriftstellerische Arbeit sowie darüber spekuliert wurde, daß Palitzschs Referent Andreas Hensel, der erst 1974 aus Zürich gekommen war, jetzt lieber „zum Zirkus gehen“ wolle, wo seine Frau bereits als Dompteuse arbeitete[348]. Der letzte „große Knacks“ erfolgte 1977 schließlich dadurch, daß „ausgerechnet nach der gemeinschaftlich gemeinten oder auch praktizierten“[349] Arbeit an Brechts Stück „Tage der Commune“, das in einer „Revolte der Schauspieler“ gegen Palitzsch durchgesetzt worden war[350], „ein bestimmter Teil des Ensembles ausgerückt ist“. „Dieses Moment“ versetzte „vielen einen ungeheuren Schlag […], und Palitzsch […] besonders“, da der „Weggang der bestimmenden, der mitbestimmenden Mitglieder des Ensembles“ auch einen erheblichen „Qualitätsverlust“ bewirkte[351]. Der Exodus hatte indes seine Logik: Gerade jene Mitglieder des Ensembles, die von der 68er-Bewegung am stärksten geprägt waren und die mit ihrem Frankfurter Engagement nicht nur künstlerische, sondern gesellschaftsverändernde politische Ambitionen im Sinne der „Demokratisierung“ verfolgten, konnten das Scheitern des Modells am schwersten ertragen.

Ein Dauerversuch: Das „Funktionsfähigmachen der Mitbestimmung“[352] in den Jahren 1972 bis 1976/77

Angesichts der Wucht der Probleme und der Geschwindigkeit, mit der sie von Anfang an sichtbar wurden, kam es schon in den ersten Monaten des neuen Mitbestimmungsmodells zu Diskussionen über Notwendigkeit und Richtung seiner Reform. Diese setzten sich in den Folgejahren fast in Permanenz fort. Da in der Praxis der Mitbestimmung der Teufel offensichtlich im Detail steckte, verdienen sämtliche Bemühungen, Utopie und Realität am Theater in Übereinstimmung zu bringen, hohe Aufmerksamkeit. Für das angespannte Klima, in dem dies versucht wurde, gab es neben den zahlreichen endogenen Gründen auch eine exogene Ursache, die mit der Struktur des Frankfurter Demokratisierungsversuchs nicht direkt zu tun hatte. Die Rede ist hier von den erbitterten Auseinandersetzungen um die Frage höherer Eintrittspreise, mit der das mitbestimmte Stadttheater gleich

347 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 6. November 1974.
348 Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976. Das Thema war bereits am 26. April 1976 im Direktorium besprochen worden. IfSG: SB 246. Protokoll der Direktoriumssitzung vom 26. April 1976.
349 Hans-Christian Rudolph, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 298.
350 Laube, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 188.
351 Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976. Vgl. auch *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Frankfurter Neue Presse* vom selben Tag sowie IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 6. November 1974. Hans-Christian Rudolph, in: Loschütz, War da was?, S. 298.
352 So beschrieb Ernst Jacobi im November 1972 das „wichtigste Ziel“ des Schauspiels Frankfurt. IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 10. November 1972.

in seiner ersten Spielzeit von einer taktisch nicht sonderlich glücklich agierenden Kommunalpolitik konfrontiert wurde. Noch bevor im Herbst 1972 der erste Vorhang hochging, verdeutlichte die Kontroverse dem Ensemble: Die Ideen waren stark, die Wirklichkeit war mühsam. Wer nur auf der kleinen Insel eines städtischen Sprechtheaters durch die Institutionen marschierte, blieb Sturmfluten, die sich im Meer der umgebenden Gesellschaft aufbauten, ziemlich schutzlos ausgesetzt.

Mühsale des Beginns 1972/73

Die Eintrittspreise für die Städtischen Bühnen waren seit 1965 nicht mehr angehoben worden, so daß die Finanzpolitiker angesichts einer angespannten Haushaltslage bei den Beratungen für den Etat 1973 keine andere Möglichkeit sahen, als auch das Theater in die allgemeinen Sparmaßnahmen einzubeziehen. Dem Wunsch von Schauspiel und Oper, im Haushalt die Ansätze für Ausstattung und Werbung beträchtlich zu erhöhen, setzten die städtischen Stellen als Bedingung eine „gleichzeitige, analoge Erhöhung des Einnahmesolls um DM 640 000,–“[353] entgegen[354]. Der Schritt war zwar nach sieben Jahren Preisstabilität, noch dazu zum Ausgleich von neuen Mehrkosten, alles andere als abwegig, doch er lag seltsam quer zu den Erwartungen, die fortschrittliche Kulturmenschen, nicht zuletzt der zuständige Dezernent selbst nach 1968 im Rahmen ihrer Vision von einer „Kultur für alle“ immer wieder geweckt hatten.

Anhänger des sog. Nulltarifs, wie der Herausgeber von *Theater heute*, Henning Rischbieter, argumentierten: „Wir könnten uns das Theater nur dann noch leisten“, wenn wir es mittels des Nulltarifs zugänglich machten „für alle“. Ausgehend vom Erziehungs- und Bildungsauftrag des Theaters konnten die Anhänger dieser Position auch darauf verweisen, daß nur acht bis neun Prozent der Bevölkerung die öffentlich subventionierten Bühnen besuchten; der Nulltarif bedeute demnach „die Aufhebung einer sozialen Sperre“, durch die einst das Theater zum Treffpunkt und Vergnügungsort der „Bourgeoisie“ und des „Bildungsbürgertums“ geworden sei[355]. Pragmatische Kommunalpolitiker auch der SPD waren zwar skeptisch, ob bei „stark forcierter Abkehr“ vom kulinarischen, sprich publikumswirksamen Theater, „zu der ein Nulltarif immerhin verleiten könnte“, die leeren Kassen nicht lediglich „eine Draufgabe zu leeren Häusern sein würden“[356]. Doch Hilmar Hoffmann hatte in seinen ersten Reden im Stadtparlament Ende 1970 die

353 IfSG: SB 232. Protokoll der 2. Schauspielerversammlung, 23. September 1972.

354 Vgl. auch IfSG: SB 232. Protokoll der außerordentlichen Vollversammlung vom 28. September 1972.

355 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Februar 1971.

356 Die Demokratische Gemeinde, 1971, S. 96. Dort hieß es in einem Kommentar, die Forderung nach dem Nulltarif sei wohl am Frankfurter TAT mit 240 000 Mark Einnahmen jährlich leichter zu realisieren als an den Städtischen Bühnen (mit 4 Millionen Mark Einnahmen und 23 Millionen Mark Subventionsbedarf). Zur Diskussion um den Nulltarif vgl. auch Volksbühnen-Spiegel, Heft 1/2 1971, S. 2f. („Gibt es Alternativen zum Nulltarif?“) oder: Der Spiegel, 8. Februar 1971 (Nr. 7), S. 132. Viele Theaterleute, so berichtete das Nachrichtenmagazin, würden den Nulltarif für „wirklichkeitsfremd“ halten: „Wenn der Mensch nicht ins Theater will, dann geht er auch nicht mit Freikarten“.

„Vision Nulltarif“ ausdrücklich aufgegriffen, weil „eines Tages das Publikum durch den Spielplan so gefordert“ werde, „daß man keinen Eintritt mehr verlangen“ könne[357]. Aus Angst vor dem Einnahmesoll dürfe sich fürderhin keine Theaterleitung mehr dem Publikumsgeschmack unterordnen müssen. Nur so könnten die Bühnen wieder ein „wichtiges, weltveränderndes Forum“ werden[358].

Um so größer war das Erstaunen des davon ebenfalls überzeugten, reformfreudigen Frankfurter Ensembles, als im September 1972 die Preiserhöhungspläne der sozialdemokratisch geführten Stadtregierung immer deutlicher wurden. Einer Delegation der Schauspieler unter Basisdirektor Danzeisen gelang es zwar, SPD-Kulturpolitiker zumindest zu einer Verschiebung der Maßnahmen auf die übernächste Spielzeit (1973/74) zu bewegen, doch in der folgenden, entscheidenden Fraktionssitzung der SPD ergab sich – „wider Erwarten“ der Städtischen Bühnen – doch eine Mehrheit für die sofortige Anhebung der Preise. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Hiobsbotschaft stand „ein verstörtes Ensemble im Foyer herum“[359], schließlich wollte gerade das von ihm gestaltete Theater nicht nur jene erreichen, „die es sich leisten können“[360]. Auf einer eilends anberaumten außerordentlichen Vollversammlung hatte der Kulturdezernent in der verrauchten Schauspielkantine über „diese Ungeheuerlichkeit“ Rechenschaft abzulegen[361].

Wie Hoffmann dem Ensemble aus der SPD-Fraktionssitzung berichtete, habe nach den Darlegungen des Kämmerers „über die prekäre finanzielle Situation“ nicht einmal der Vorsitzende noch etwas ausrichten können. Die Aussprache zu dem Punkt habe eine „neue Situation“ geschaffen. Man müsse „die Realitäten anerkennen“. Die Fraktion sei ein „demokratisches Gremium“, und obendrein: „Alles wird teurer“. Zwar bekräftigte Hoffmann, prinzipiell nach wie vor den „Nulltarif“ zu verfechten, doch fühlte er sich „von den Zahlen widerlegt“[362]. Die anschließende, teils emotionale Debatte in der Vollversammlung dauerte viele Stunden „bis in den morgen“. Streckenweise wurde „keine Invektive“ ausgespart[363]. Grundtenor der Kritik des Ensembles war der „einfach zu eng[e]“, „rein ökonomische“ Blickwinkel einer Mehrheit der SPD-Fraktion. Es gehe nicht an, „einem Theater, das innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ein demokratisches Modell zu entwickeln versuche, nur eine außenseiterische Alibifunktion“ beizumessen[364]. Angesichts der herrschenden „Kampfstimmung“ wurden auch „die Waffen […] geprüft“[365]: Die Proben zur Eröffnungspremiere mit Bonds „Lear“ unterbrechen? Die Vorstellung ganz absagen? Das Mitbestimmungspapier kündigen? Zwar hatte die Nachtdebatte in dem demonstrativen Akt kulminiert, dem Kulturdezernenten „das Mitbestimmungspapier buchstäblich vor die Füße zu knallen“ (es wäre ja „nicht erkämpft, sondern bloß geschenkt worden und sei

357 Frankfurter Neue Presse, 19. Dezember 1970.
358 Ebd., 13. November 1970.
359 Loschütz, War da was?, S. 181.
360 Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 14.
361 Ebd.
362 IfSG: SB 232. Protokoll der außerordentlichen Vollversammlung vom 28. September 1972.
363 Dabei entwickelte wohl „besonders Hans Neuenfels eine gewisse Meisterschaft“. Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 14.
364 IfSG: SB 232. Protokoll der außerordentlichen Vollversammlung vom 28. September 1972.
365 Loschütz, War da was?, S. 181.

deshalb wertlos“)[366]. Doch schließlich wurden so weitreichende Reaktionen als inopportun verworfen und lediglich eine Protestresolution verabschiedet[367].

Nur der mit einer so laxen Antwort überhaupt nicht einverstandene Schauspieler Ernst Jacobi meldete sich „zur Hauptprobe ostentativ krank“[368]. „Wenn wir uns die Frage der Preise aus der Hand nehmen lassen“, davon war der politische Patient überzeugt, „lassen wir uns die Mitbestimmung des Sinns unserer Arbeit aus der Hand nehmen.“[369] Es bedurfte „energischer Visiten“ von Palitzsch und Kollegen, um Jacobi „rechtzeitig genesen zu lassen“. Der Vorgang rührte an die Gretchenfrage der durch die Institutionen marschierenden 68er: Wie sollte man es auf dem „langen Marsch“ mit der SPD halten? Die Frankfurter Schauspieler beantworteten die Frage im vorliegenden Fall mehrheitlich dergestalt, daß sie ihren Protest gegen die Eintrittspreiserhöhung „pünktlich bis zum Tag nach der Kommunalwahl“ (am 22. Oktober 1972) „vor jeder Aufführung mit Attacken gegen den SPD-geführten Magistrat“[370] artikulierten. Doch während es den einen bei weitem nicht ausreichend schien, nur eine Resolution zu verabschieden, sprach ausgerechnet Palitzsch „das böse Wort von der ‚Produktbeschädigung‘“ aus, um sich gegen die Verlesung eines protestierenden Textes vor „seiner“ Premiere zu wenden[371].

Palitzschs Verhalten ist nicht nur mit dem Eigeninteresse des betroffenen Regisseurs zu erklären und auch nicht nur mit diplomatischer Courtoisie gegenüber dem von ihm sehr geschätzten Kulturdezernenten. Es reflektierte vielmehr den Tatbestand, daß die Vollversammlung am 14. August 1972 selbst einer Änderung des im Juni verabschiedeten Mitbestimmungsstatuts zugestimmt und dieses (auf Drängen der städtischen Amtsjuristen) ausdrücklich auf den Bereich der „künstlerischen Mitbestimmung“ konzentriert bzw. reduziert hatte[372]. Mit Kunst aber hatte die Frage der Eintrittspreise offensichtlich wenig zu tun. Die „blutigen Abfuhren […] in Sachen Theaterpreiserhöhung“, von den entschiedensten linken Aktivisten des Schauspiels den „herrschenden Verhältnisse[n]“ angelastet[373], warfen einen Schatten auf das neue Beginnen an den Frankfurter Bühnen. Sie führten zwar kurzzeitig zu einer Solidarisierung des Ensembles, offenbarten aber rasch auch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten im Haus über die Strategie des gemeinsamen Marsches.

Dies wirkte sich um so ungünstiger aus, als es in den ersten Monaten einer für alle Beteiligten so ungewohnten mitbestimmten Arbeitsweise ohnehin zu erheblichen Startschwierigkeiten und Reibungsverlusten kommen mußte. Als die an sich nur für eine Stunde zusammengerufene Vollversammlung am 21. August 1972 sich in die Länge geschlagener drei Stunden zog, sah man allgemein die Notwendigkeit, „vorerst“ öfter als geplant in der großen Runde zusammenzukommen,

366 Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 14.
367 IfSG: SB 232. Protokoll der außerordentlichen Vollversammlung vom 28. September 1972.
368 Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 14.
369 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 9. Oktober 1972.
370 Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 14.
371 Loschütz, War da was?, S. 181.
372 Begründet wurde dies mit Rücksichtnahme auf das Hessische Personalvertretungsgesetz, das die Mitbestimmung in anderen Bereichen rechtlich fixiere. IfSG: SB 237. Ergebnisprotokoll der Vollversammlung vom 14. August 1972.
373 Loschütz, War da was?, S. 243.

nämlich künftig ein Mal pro Woche freitags von 14 bis 16 Uhr, d. h. in einer Stunde Arbeits- und einer Stunde Freizeit[374]. Schon eine Woche später äußerte Palitzsch den Wunsch, „wegen momentaner Überlastung der Regie" die Vollversammlung doch nur alle vierzehn Tage einzuberufen und zum Ausgleich eine eigene „Spartenversammlung" der Schauspieler – nicht anstatt, sondern neben der Vollversammlung – einzuführen[375].

Das Hin- und Her in der Frage eines angemessenen Sitzungsrhythmus resultierte auch aus noch ungeklärten Kompetenzverteilungen bei verschiedenen kleineren Themen. Nicht alle Fragen, so hieß es auf einer KB-Sitzung Ende August, seien an den Beirat delegierbar, vieles sei besser direkt an den zuständigen Stellen vorzubringen, „z. B. die Frage, daß auf der Toilette keine Seife sei"[376]. Weniger banal war da schon das Problem, wie weit bzw. wie detailliert das Ensemble auf die Außendarstellung der Städtischen Bühnen Einfluß nehmen konnte oder sollte. Obwohl sich mancher „durch die jüngste Werbeaktion" des Theaters für den neuen Spielplan „überrumpelt" fühlte, gab Palitzsch zu bedenken: „Soll jedes Plakat erst vor die Vollversammlung?" Den Gegenvorschlag, das Thema in den Kompetenzbereich des Beirats zu geben, für den Fall aber, daß dort die Meinungen weit auseinandergingen, doch die Vollversammlung damit zu befassen, nannte Laube „unpraktikabel". Wenn „jedes kleine Vorhaben zunächst in einem Delegiertenkreis besprochen werden müsse, komme nichts mehr voran". Auch dem Vorschlag, dann zumindest einen „Werbeausschuß" zu bilden, widersprach Palitzsch. Die Initiative solle bei den Fachabteilungen bleiben, für die Werbung also bei Dramaturgie und Ausstattung[377].

Gut vier Wochen später, im Oktober, nachdem auch noch der Schock über die höheren Eintrittspreise die erste allgemeine Verunsicherung gesteigert hatte, machte eine Sitzung des Beirats deutlich: „Die Überprüfung der derzeitigen Realität unseres Modells wird immer vordringlicher."[378] Die „unterschiedlichen Haltungen" im Ensemble, so die Analyse besonders engagierter Schauspieler, würden „zur Zeit die Entschlüsse verlabern und verwässern"; der Beirat verhalte sich „ähnlich unkonzentriert" wie die einzelnen. Er schaffe es auch nicht, Vorschläge entscheidungsreif zu machen. Das andauernde Verschieben der Probleme müsse beendet werden[379]: „Alles versickert in Vollversammlungen und Protokollen."[380]

Neben dem Beirat, dessen Probleme wenigstens zum Teil aus der mangelnden Beteiligung des Ensembles an den eigentlich für alle offenen KB-Sitzungen herrührten[381], geriet vor allem die Konstruktion des Basisdirektors in die Kritik. An-

374 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 21. August 1972.
375 IfSG: SB 232. Protokoll der 4. Vollversammlung vom 1. September 1972.
376 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 30. August 1972. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Erkenntnis von Lore Stefanek: „Die Beschäftigung mit der großen Realität findet hier nicht statt. Wir beschäftigen uns entweder mit den kleinen Realitäten (Uhrzeiten etc.) oder zu theoretisch." IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 11. Oktober 1972.
377 IfSG: SB 232. Protokoll der 4. Vollversammlung vom 1. September 1972.
378 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 11. Oktober 1972.
379 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 4. Oktober 1972.
380 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 18. Oktober 1972.
381 Vgl. deshalb den Appell des Beirats zur Beteiligung an seinen Sitzungen: „Teilnahme vieler ist sehr erwünscht". IfSG: SB 232. Protokoll der 4. Vollversammlung vom 1. September 1972.

läßlich einer Kontroverse um das ohne Kenntnis des Beirats erfolgte Engagement von Gastschauspielern für das Stück „Hedda Gabler" monierte Jacobi: „Wenn das Modell von den beiden anderen Direktoren ernst genommen würde, müßten sie den 3. Mann doch immer fragen: Was meint die Basis?". Offensichtlich, so kommentierte Roggisch den Sachverhalt, sei es eine Sache, das Modell zu realisieren; „Theater machen" sei eine andere. Wenn dem aber so sei, dann halte er es für „sinnlos, daß wir hier sitzen". Es folgten Anträge, den vom Modell beschriebenen Informationsweg zumindest formal und nachträglich einzuhalten und vor allem das „Bindeglied 3. Mann" zu überprüfen, das offensichtlich überlastet sei und es in der derzeitigen Struktur des Modells schwer haben müsse[382].

Tatsächlich war der Basisdirektor schnell in Situationen gekommen, die man auch von „Arbeitsdirektoren" in Industriebetrieben kannte[383]. Er stand „zwischen zwei Interessengruppen"[384], meist zwischen den faktisch herrschenden Regisseuren und der Belegschaft der Schauspieler, die ihre Bedürfnisse permanent an ihn herantrugen, ohne daß er diese als nicht nur für künstlerische Belange zuständiger Co-Direktor stets erfüllen konnte. Die aus dem Ungenügen an dieser Konstruktion resultierende Verfassungsdiskussion erreichte auf einer Klausurtagung Anfang November 1972 einen Höhepunkt.

Bühnengenossenschaftler Gerhard Retschy, ganz auf der grundsätzlich skeptischen Linie seiner Gewerkschaft hinsichtlich der Mitbestimmung in „Tendenzbetrieben", sah die schon in der Konzeptionierungsphase des Modells aufgekommenen Bedenken bestätigt: Die Position eines aus der Basis gewählten Direktoriumsmitglieds sei „widersinnig". Von der anderen Seite attackierten die besonders stark durch die Ideen von 1968 geprägten jungen Wilden, Ernst Jacobi und Sylvia Ulrich, den drohenden „Potemkinschen Betrug" einer dem Demokratisierungstrend nur „notdürftig angepaßten Fassade". In den nichtöffentlichen Produktionssitzungen, so forderten sie, dürfe „keine Entscheidung ohne die Stimme des 3. Mannes getroffen werden, die wiederum eine Abstimmung mit dem Beirat voraussetze"[385]. Zirkulär begann die Debatte allerdings deshalb zu werden, weil zum einen Palitzsch sein altes Lied anstimmte und die bereits gegebene Beteiligung des Beirats an den Produktionssitzungen in Person des Basisdirektors hervorhob (schon früher hatte der Regisseur sich dagegen gewehrt, daß „statt des Direktoriums die Basis entscheide", denn das bedeute „nicht Mit-, sondern Selbstbestimmung, die ein Direktorium überflüssig" mache[386]); zum anderen erklärte der betroffene Basisdirektor Danzeisen selbst, die Weitergabe von Informationen aus diesen wichtigen Sitzungen an den Beirat versucht zu haben: „doch sei einfach oft nichts geschehen, er wisse deshalb eigentlich nicht, wie sich weiter verhalten"[387].

382 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 18. Oktober 1972.
383 Vgl. hierzu etwa das Kapitel über den „Arbeitsdirektor – Personalmanager mit falschem Etikett", in: Bamberg u. a., Aber ob die Karten voll ausgereizt sind, S. 191–216.
384 So formulierte es Danzeisen später selbst. Loschütz, War da was?, S. 232.
385 Protokoll der Klausurtagung vom 5. November 1972, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 232.
386 IfSG: SB 237. Vollversammlung des künftigen Frankfurter Schauspielensembles am 27. Februar 1972, Opernkantine. Protokoll des zweiten Teils der Sitzung.
387 Protokoll der Klausurtagung vom 5. November 1972, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 232.

Hans Neuenfels sah das Frankfurter Modell in einem „Prozeß der Entschlußlosigkeit und Vertrödelung“ und brachte die Konflikte zwischen gestandenen Altschauspielern, jungen Wilden und der von Palitzsch angeführten Mittelgruppe auf den Punkt: „Das Direktorium funktioniert nicht.“ Um Erläuterungen gebeten verwies Neuenfels auf den „Pimpelkram“ (Schminkgelder, Pförtner, Kantine), der viel Zeit verschlinge und doch nicht erledigt werde. Palitzsch sei deshalb „vollkommen übererschöpft“, habe im Grunde niemanden zur Seite, weder im Direktorium noch in der Dramaturgie[388]. Die kontrovers verlaufende Klausurtagung blieb abermals ergebnislos. Weder zu der von Dirk von Bodisco verlangten „Geschäftsordnung der Mitbestimmung“ noch zu sonstigen Veränderungen reichte die Kraft[389].

In den Vollversammlungen, die in schnellem Tempo folgten, konzentrierte sich die Suche nach den Schuldigen an der Misere zunächst auf „Gegensätze zwischen Palitzsch und Neuenfels“. So lange diese bestünden, betonte etwa der Dramaturg Jürgen Fischer, müßte die Suche „nach einem neuen Konzept für dieses Haus vergeblich bleiben“. Der Aufforderung von Bodiscos, Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Neuenfels und Palitzsch zu formulieren („in der Kantine ist man immer sehr beredt“), kamen einige Mitglieder des Ensembles nach und kritisierten vor allem Neuenfels[390]. Derart gereizt, analysierte dieser schonungslos offen, worin er die Gründe für das Schlingern der Mitbestimmung sah.

„Über allem Theoretisieren“, so der Regisseur, solle die Praxis nicht ganz vergessen werden. Zunächst gelte es zu prüfen, „ob Terminologie, Informationsstand und die fast verpönte ‚Bildung‘ überhaupt schon eine gemeinsame Verständigungsbasis“ zwischen den Schauspielern und Regisseuren ermöglichten. Er wisse nicht, inwieweit die dialektischen Fragen eines Engels, Marx oder Bloch im Ensemble „sinnlich existent“ seien. Informationsvorsprünge hätten „etwas mit Mehrarbeit zu tun“. Solange die nicht geleistet werde, halte er auch die angeregte Gruppenbildung zur Diskussion bestimmter Inhalte „für verfrüht“ (im Künstlerischen Beirat war erwogen worden, die Vollversammlung zeitweilig in drei Arbeitskreise aufzuspalten). Von Horst Laube erfuhr Neuenfels Unterstützung: Die Kernfrage „Wie spielen wir Theater“ solle von der „Anerkenntnis der Realität […] der hier arbeitenden Regisseure“ her beantwortet werden, vor „großem Blabla“ sei zu warnen[391].

[388] Dramaturg Jürgen Fischer parierte den Vorwurf mit der Einschätzung, die „Passivität im Ensemble“ spiegele nur die „Passivität oben“. Susanne Barth beharrte demgegenüber darauf, daß das Problem nicht in einer Passivität des Ensembles liege, sondern darin, „daß die Funktion des dritten Direktoriumsmitglieds nicht als Funktion des Beirats verstanden werde“. Protokoll der Klausurtagung vom 5. November 1972, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 232.

[389] Protokoll der Klausurtagung vom 5. November 1972, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 232.

[390] Bei Palitzsch fühle er sich mit dem Stück, bei Neuenfels „mit der Phantasie des Regisseurs konfrontiert“, meinte Jürgen Kloth. Klaus Wennemann ergänzte: „Bei Hans malt man vorgestrichelte Bilder aus, kriegt dazu noch einen bestimmten Buntstift in die Hand gedrückt, bei Palitzsch kann man selber malen“ Giovanni Früh widersprach heftig: „Es liegt in unserem eigenen Interesse, uns jeden Farbstift selbst zu suchen“. Als die Sprache auch noch auf Jens Weisser kam, der sich auf den „Troilus“-Proben bei Neuenfels eingeengt gefühlt habe und „immer vorsichtig“ sein mußte, „um nicht angemotzt zu werden“, entfuhr es dem attackierten Regisseur: Die „persönliche Klagestunde“ solle jetzt abgebrochen werden, ehe es „zu persönlichen Konfrontationen“ komme. Gavajda konterte, „genau das sei die Reaktion, die auch die Probenarbeit erschwere“. IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 10. November 1972.

[391] Laubes Vorschlag, widersprach Ernst Jacobi, laufe „im Grunde doch auf eine Bitte an die Regisseure hinaus, ihre Einsichten und Erkenntnisse weiterzugeben“. Das aber habe wenig mit Mitbestimmung zu tun. Ebd.

Nachdem sowohl Palitzsch wie Neuenfels den im Ensemble wahrgenommenen „Dualismus“ zwischen sich entschieden zurückwiesen[392], verlagerte sich die Debatte auf das noch viel grundsätzlichere Problem, worum es dem Frankfurter Mitbestimmungsmodell gesellschaftspolitisch letztlich gehe. Ausgehend von Brechts Forderung, die Welt als veränderbar darzustellen, fragte man sich im Ensemble, wo dies am Frankfurter Theater konkret geschehe und ob die Veränderung „auf ein klares Ziel hin“ erfolge. Palitzsch antwortete eher dunkel mit Verweis auf das Vorspiel zum Kaukasischen Kreidekreis: Das Ziel sei „der gesellschaftliche Nutzen, d. h. die größere Produktivität“, „das Tal den Bewässerern, damit es Frucht bringt.“ Auf Klaus Steigers Insistieren, inwieweit „Troilus“ zeige, daß die Welt veränderbar sei, erklärte Neuenfels seine mit dem Stück verbundenen Absichten: Wenn Männer blumenbekränzt in den Krieg zögen, solle das „beim Publikum einen Zwiespalt auslösen“. Ähnliches gelte z. B. von Achill, der „wie Barzel“ [der Führer der CDU/CSU-Opposition und Kanzlerkandidat] hinter seinem eigenen Bild herlaufe. Allerdings habe es das Theater schwerer, solche „gedachten Kritikmomente“ ans Publikum zu bringen, als das Fernsehen mit seinen anderen „technischen Möglichkeiten des Steuerns und Collagierens“.

Die Zielinterpretationen der Regisseure kamen den linken Idealisten im Ensemble „zu abstrakt“ vor. „Mitbestimmung finde dabei überhaupt nicht statt“, monierte Hermann Treusch. „Wie elitär soll Theater denn noch werden“, sekundierte Klotz. Wenn das Publikum die Welt als veränderbar begreifen solle, müsse es zunächst doch wohl „die Prämissen begreifen können“. Es genüge eben nicht, pflichtete Jacobi bei, „daß Herr Iden unsere Absichten kapiert“; wichtiger scheine ihm zu klären, „wie man z. B. an die CDU-Wähler herankomme, die die Welt offenbar anders sähen“. Jacobi sah nur einen, allerdings ebenfalls nicht sehr weiterführenden „Einstieg“: „Diese Welt“ müsse „unbedingt verändert werden“. Weil es „Elend, Ausbeutung und unsere Schuld an dem allem“ gebe, „müssen wir sie erst verändern wollen und uns dann fragen, wie das Theater dabei helfen kann“. Für Palitzsch dagegen war diese Frage längst geklärt: „Unsere Waffe ist die Ästhetik, nicht das MG“[393].

In dem fast schon verzweifelt wirkenden Versuch, dennoch wenigstens irgend etwas Greifbares und Neues zu tun, nahm Dramaturg Laube die Anregung auf, Arbeitskreise zu bilden, und stellte einen Themenkatalog zusammen: „Ästhetische Fragen unter besonderer Berücksichtigung des Surrealismus“, „Dialektische Denkweise“, „Soziologie eines potentiellen Frankfurter Publikums“. Palitzsch warnte indes „vor allzu akademischen Seminaren“[394], und von Bodisco goß noch mehr Wasser in den Wein. Für ihn war es „pseudoidealistisch“, allen Anwesenden die „gleiche Interessenlage“ zu unterstellen; wahrscheinlich würde „nur ein kleiner Kreis an regelmäßiger Schulung teilnehmen“. Nach Protesten gegen solche

[392] Sie machten geltend, nur „dieselbe Sache von zwei Seiten her“ anzupacken, in der Zielrichtung der Theaterarbeit aber „völlig“ übereinzustimmen. Ihre „Verschiedenheit“ beginne erst bei der „nachgeordneten Frage der szenischen Umsetzung“, d. h. im ästhetischen Bereich. IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 17. November 1972.

[393] Ebd.

[394] Jede Überlegung solle „objektbezogen bleiben, d. h. von den Problemen einer bestimmten Inszenierung […] ausgehen; der Weg müsse immer wieder von der Praxis zur Theorie führen, nicht umgekehrt“. IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 24. November 1972.

„Resignation“[395] beschloß man zuwenigst, das Buch des (unorthodoxen) Weimarer Kommunisten August Thalheimer über die Dialektik[396] dreimal zu kaufen und im Beiratszimmer auszulegen[397]. Doch was die Skeptiker ohnehin befürchtet hatten, trat ein. Die geplanten Seminare kamen „über ein paar Sitzungen von Grüppchen“ nicht hinaus[398].

Nun wäre dies vielleicht noch zu verkraften gewesen, wenn sich in der Organisation der Entscheidungsabläufe rasch wesentliches verbessert hätte. Zu Recht war ja die „Funktionsfähigmachung der Mitbestimmung“ im Herbst 1972 als das derzeit „wichtigste Ziel“ des Schauspiels Frankfurt erkannt worden[399]. Doch zunächst kam man über teils verletzende Debatten in den viel zu vielen Gremien nicht hinaus. Zur Frage, ob das Nicht-Funktionieren „an der Struktur oder an Personen“ liege, bemerkte Regieassistent Huonder auf einer stürmischen Versammlung Mitte Dezember 1972 polemisch, es liege vor allem daran, daß „das Ensemble noch nicht kapiert hat, daß es Mitbestimmung ist, wenn die Regisseure – im Namen der Basis – engagieren“; Palitzsch wolle „schlußendlich doch der Maker bleiben“. Selbst die einfachsten Wünsche der Basis, z. B. nach Strichen im „Troilus“, würden einfach „konsequent ignoriert“, monierten andere und erinnerten, gegen die Überlastungsklagen der Regisseure gerichtet, an Gustaf Gründgens. Dieser sei doch sogar Schauspieler, Regisseur und Theaterleiter in einem gewesen[400].

Als jetzt auch noch Neuenfels die Entscheidungsfähigkeit der Produktionssitzungen in Zweifel zog[401], wie dies der Beirat bereits getan hatte[402], schien für Palitzsch das Faß übergelaufen. Randvoll gefüllt war es zu diesem Zeitpunkt ohnehin, weil neben der Fülle alltäglicher Probleme die oben geschilderte Causa Gelhaar gerade eskalierte. Zudem entzog sich der vom Mitbestimmungsmodell sichtlich genervte Neuenfels im Januar 1973 kurzerhand den Gremiensitzungen – mit mehr oder weniger guten Gründen („Er hat eine Requisitenbesprechung“)[403] – und belastete damit „die Gruppe auch“[404]. Ende Januar einigte man sich folglich in der Produktionssitzung[405] und im Künstlerischen Beirat darauf, Palitzschs

395 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 24. November 1972.
396 Dabei handelte es sich um eine Sammlung von Vorträgen, die Thalheimer 1927 in Moskau gehalten hatte. Siehe Thalheimer, Einführung in den dialektischen Materialismus.
397 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 29. November 1972.
398 Loschütz, War da was?, S. 182.
399 IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 10. November 1972.
400 IfSG: SB 232. Protokoll der „Nichtvollversammlung“ vom 16. Dezember 1972.
401 IfSG: SB 232. Protokoll der Produktionssitzung vom 14. Dezember 1972. Tagesordnungspunkt: „Arbeitsweise der Produktionssitzung“.
402 Und zwar mit dem Argument, eine Trennung der Probleme in Fragen der Mitbestimmung (Beirat) und in technische Fragen (Produktionssitzung) sei schon deshalb mißverständlich, „weil fast jedes Problem beide Aspekte“ aufweise (IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 6. Dezember 1972). Der Beirat einigte sich während dieser Sitzung auf den Vorschlag, die Trennung zwischen Beirat und Produktionssitzung probeweise aufzuheben.
403 So etwa die Antwort auf Traugott Buhres Frage auf einer Vollversammlung, wo denn der abwesende Neuenfels sei. IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 12. Januar 1973.
404 Es sei surrealistisch, so wurde ihm vorgeworfen, wenn er einerseits Fehler anerkenne, sich aber dann nicht danach verhalte. Wie Neuenfels nahm auch Jeker „an den Gesprächen nicht“ mehr teil. IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 18. Januar 1973.
405 IfSG: SB 232. Protokoll der Produktionssitzung vom 30. Januar 1973.

Direktorengeschäfte künftig vor allem durch Laube als „Innenminister“ wahrnehmen zu lassen. Laube und sein Dramaturgenkollege Jürgen Fischer – als „Außenminister“ – sollten künftig (ab 1. Februar 1973) die Entscheidungsfindung für Direktorium, Beirat und Vollversammlung verantwortlich vorbereiten[406].

Die frühe Strukturreform trug aber nicht zur Beruhigung der Situation bei. Wenige Wochen später stand das Modell vor dem Aus, weil die „Arbeitsgruppe Mitbestimmung“ radikale Forderungen aus dem alarmierenden Ergebnis einer schriftlichen Meinungsumfrage ableitete. „Deutlich ist Ermüdung und Resignation“, faßte Basisdirektor Danzeisen das Ergebnis der Befragung zusammen. Die Hälfte des Ensembles halte danach „die Mitbestimmung in unserem Bereich für nicht wirksam im Sinne der Politisierung als Bürger“. Nur 23 Prozent fühlten sich durch das Mitbestimmungsmodell in ihrer Kreativität gefördert, behindert dagegen 41 Prozent. 70 Prozent hatten gar geantwortet, bisher sei keine Produktion „mitbestimmt“ gewesen. Auf die Frage nach ihrem Arbeitgeber nannten 32 Prozent die Stadt Frankfurt, aber ebensoviele die Regisseure Palitzsch und Neuenfels. Daß die wichtigsten Entscheidungen „im Zusammenhang mit privaten Absprachen von Palitzsch und Neuenfels“ in der Produktionssitzung fielen, war der weit überwiegende Eindruck des Ensembles. Dementsprechend sah auch nur eine Minderheit von 25 Prozent die Interessen der Arbeitnehmer durch den Künstlerischen Beirat angemessen vertreten, während dies 57 Prozent der Befragten verneinten. Daß „die Kontrolle“ nicht ausreiche, meinte eine überwältigende Mehrheit von 40 gegen zwei der Antwortenden[407].

Von acht Reformvorschlägen, welche die „Arbeitsgruppe Mitbestimmung“ aus dem Meinungsbild ableitete und der Vollversammlung im Februar 1973 vorlegte, hatten es vor allem die ersten drei in sich: „1. Der Künstlerische Beirat ist die Vertretung der Sparten Schauspiel, Regieassistenz, Inspizienz und Souffleusen.“ (Die von der Mehrheit als „Arbeitgeber“ empfundenen Regisseure und Dramaturgen blieben demnach draußen.) „2. Die Vollversammlung wählt einen zweiten Vertreter der Schauspieler ins Direktorium. 3. Entscheidungen werden im Beirat vorbereitet und fallen in der Produktionssitzung unter Kontrolle des Beirats. Das Direktorium und die Vollversammlung haben ein Vetorecht.“ Schon in der Aussprache zur ersten Forderung traten „tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten“ zwischen den Anhängern der „Arbeitsgruppe Mitbestimmung“ auf der einen und den Regisseuren auf der anderen Seite zutage. Wenn man Regisseure, Dramaturgen und Bühnenbildner aus dem Künstlerischen Beirat ausschließe, so empörte sich Palitzsch, entziehe man diesem Kreis die Möglichkeit, sich zu formulieren und „sich der Basis zugehörig zu fühlen“. Die Anträge 2 und 3 seien ebenfalls „unreif“ und „nicht machbar“. Neuenfels nannte die Forderungen „den Höchstpunkt an Kritik und Mißtrauen gegenüber dem bisher Praktizierten“[408]. Nachdem auch Palitzsch ein „wachsendes Mißtrauen der Schauspieler gegen die Regisseure“

406 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 31. Januar 1973.

407 Protokoll der Vollversammlung vom 19. Februar 1973, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 234. An der Fragebogenaktion hatten sich 44 Mitglieder des Ensembles (65%) beteiligt.

408 Zudem verwahrte er sich mit Verweis auf die letzte Beiratssitzung dagegen, als ein „nicht ans Haus Denkender“ und nur „auf persönlichen Machtzuwachs Bedachter“ diffamiert zu werden.

konstatiert hatte, wurde die Vollversammlung auf seinen Wunsch hin so lange vertagt, „bis neue Vorschläge erarbeitet seien“[409].

Doch noch ehe das der Fall war, ließ der schwer angeschlagene Palitzsch dem Protokoll der Vollversammlung seine Abdankungserklärung hinzufügen: „Die Art und Weise, wie die Gruppe, die er seit Jahren kennt, sich zu ihm und zum Haus verhalte, zwinge ihn auszusteigen“. Die Mitbestimmung vertiefe hier in Frankfurt „nicht das Ver-, sondern das Mißtrauen“; seine Produktivität sei „so schwer geschädigt wie nie zuvor“. Er wolle, „ja, könne hier nicht mehr arbeiten“[410]. Wenige Stunden später besann sich Palitzsch jedoch schon wieder auf seine besondere Verantwortung für das Frankfurter Modell und korrigierte seine Entscheidung in einer Art, die den Schauspielern wohl die Verwerflichkeit ihres Tuns demonstrieren und sie angesichts des Altruismus ihres führenden Co-Direktors beschämen und nachdenklich machen sollte. Palitzsch, so gab Danzeisen auf der folgenden Spartenversammlung Schauspiel bekannt, breche „die Arbeit an ‚Frühlingserwachen‘ ab“, bitte das Ensemble, „ein Stück vorzuschlagen, zu besetzen, einen Regisseur zu suchen“; nur falls keiner gefunden werde, wolle „er sich zur Verfügung stellen. Ebenso, wenn wir für die ersten beiden Inszenierungen der kommenden Spielzeit keinen Regisseur fänden.“[411]

Die „Bitte“ Palitzschs, kombiniert mit der Ankündigung von Neuenfels, nur noch die laufende Inszenierung fertig zu machen und dann aufzuhören, verfehlte ihre Wirkung nicht. Palitzsch gehe damit, so die zutreffende Bewertung von Sylvia Ulrich, „weit über die Anträge hinaus“. Das wäre, analysierte Jürgen Kloth, „die Pervertierung der Mitbestimmung, ein Ensemble zwingt dem Regisseur Stück und Besetzung auf“. Es sei doch nie davon die Rede gewesen, hieß es weiter, daß „die Schauspieler allein […] ein Theater leiten“ wollten. Mehr und mehr dämmerte es den Mitgliedern des Ensembles, daß sie mit ihrer Kritik an den Regisseuren womöglich überzogen hatten. Es wurde aber auch deutlich, daß die Leidenschaft ihres Protests gerade der enttäuschten Liebe zu Palitzsch und Neuenfels entsprungen war und daß diese Emotionen noch immer lebendig waren. Mehrere Schauspieler artikulierten, „wie sehr das Ensemble sich mit Peter Palitzsch und Hans Neuenfels solidarisiert“; zum überwiegenden Teil sei es doch „nur deshalb hier“ in Frankfurt: „Die Nabelschnur zu den Regisseuren ist noch ganz stark.“ Infolgedessen wurde „konstruktives Denken“ angeregt, „um das Schlamassel vom 19. 2. zu beseitigen“. Die Abordnung, die man beauftragte, mit beiden Regisseuren zu sprechen, bezog sich etwas kleinlaut auf Palitzschs Diktum von der Mitbestimmung als Prozeß. Auch der 19. Februar sei „*ein* Schritt in diesem Prozeß gewesen, wir dürfen alle auch Fehler machen.“[412]

Schon am Tag nach dem Beschluß der Spartenversammlung kam das Gespräch mit Neuenfels zustande. Es verlief offen und konstruktiv, wobei der Regisseur

[409] Protokoll der Vollversammlung vom 19. Februar 1973, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 234.
[410] Siehe das maschinenschriftliche DIN A5-Blatt, offensichtlich eine Ergänzung zum Protokoll der Vollversammlung vom 19. Februar 1973, im IfSG: SB 237.
[411] Protokoll der Vollversammlung vom 19. Februar 1973, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 235.
[412] Ebd.

seine Kritik am „Wahnsinn […] dauernder Vollversammlungen“ untermauerte. Entscheidungen, so der Tenor, dürften in einem so großen Gremium nicht mehr diskutiert, sondern nur noch bestätigt oder abgelehnt werden. Obwohl auf Seiten der Schauspieler gutgemeinte Vorsätze für die weitere Zusammenarbeit artikuliert wurden, endete das Gespräch ein wenig wie das Hornberger Schießen. Eine „eindeutige Perspektive“, so hieß es, könne für das Mitbestimmungsmodell nicht entworfen werden, „weil es in jedem Moment eine andere Möglichkeit geben“ müsse. Auch eine „falsche Solidarisierung“ mit Palitzsch wollte Neuenfels vermeiden. Er machte seine Bereitschaft, in Frankfurt zu bleiben, statt dessen von der Entscheidung Palitzschs abhängig, „inwieweit er bereit ist, das Haus voll zu bejahen“[413].

Wenige Tage später sprach die Abordnung der Schauspieler mit dem führenden Co-Direktor und konnte erleichtert konstatieren: „Peter Palitzsch bleibt.“ Zur Vorbereitung der Entscheidungen sollten neben der Dramaturgie – also über die Modifikation des Modells von Ende Januar 1973 hinaus – auch zwei bis drei „wechselnde Schauspieler“ beitragen. Das Gesprächsprotokoll hielt aber auch einige gravierende „nicht gelöste Punkte“ fest: Die Frage der „Arbeitsweisen“, der Informationsvorsprünge und ihrer „Aufarbeitung, vor allem die „Polarität Peter Palitzsch – Hans Neuenfels“, hinter der mehr und mehr die letztlich politische Frage sichtbar wurde, ob das „verwirklichte Modell Ausstrahlung auf unsere Umwelt“ haben solle. Während Palitzsch und seine Gruppe ihre Arbeit für „verlogen“ hielten, wenn diese Ausstrahlung „nicht jeder“ im Ensemble wolle, wurde das Thema zwischen Palitzsch und dem an diesem Punkt ganz anders, stärker am Theater als an der Gesellschaft orientierten Neuenfels bestenfalls ausgeklammert. „Gerade darin aber sahen viele den „Widerspruch in der Existenz unseres Theaters.“[414]

Immerhin hatten Palitzsch und Neuenfels ihre Rücktrittsdrohungen zurückgezogen. Und die Schauspieler hatten im Gegenzug die Forderung aufgegeben, Regie, Dramaturgie und Bühnenbild aus dem Künstlerischen Beirat auszugrenzen. Darüber hinaus faßte die folgende Vollversammlung den Beschluß, neben der Dramaturgie zwei bis drei wechselnde Schauspieler mit der Vorbereitung von Entscheidungen zu betrauen; die Betreffenden sollten „je nach Arbeitsbelastung in den laufenden Produktionen“ für diese Aufgabe delegiert werden[415]. Vor dem Hintergrund der immer wieder geübten Hauptkritik, es sei nicht klar, wo am Schauspiel Frankfurt eigentlich die Entscheidungen fielen, beschloß die Vollversammlung ausdrücklich: „Die Entscheidungen fallen im Direktorium.“[416] Daß den 35 Ja-Stimmen hier 24 Enthaltungen bzw. Nein-Stimmen gegenüberstanden, ließ allerdings bereits erahnen, wie gering die Hoffnung bei vielen war, gleichsam par ordre de mufti die informellen Entscheidungsorte (Produktionssitzung bzw. Gespräche Palitzsch-Neuenfels) aus der Welt zu schaffen.

413 Protokoll der Spartenversammlung vom 1. März 1973 (Bericht über „Das Gespräch mit Hans Neuenfels am 22. 2. 73“), zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 235f.
414 Ebd., S. 236.
415 Außerdem wurde festgeschrieben, daß jedes Direktoriumsmitglied, also auch der Basisdirektor, „einen Vertreter aus seiner Gruppe“ haben solle.
416 Anträge zur Vollversammlung vom 7. März 1973, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 236. Zum Beschluß vgl. das Protokoll der Vollversammlung vom 7. März bei Loschütz: War da was?, S. 237.

Modellversuche zwischen 1973 und 1974: Vom Dreier- zum informellen Achter-Direktorium und wieder zurück

In der jetzt laufenden „zweiten Phase" des Mitbestimmungsmodells – nach der allgemein als „Trennscheide" empfundenen Vollversammlung des 19. Februar 1973 – machte sich vor allem „eine gewisse Erschöpfung und Melancholie im Ensemble" bemerkbar. Elisabeth Schwarz sprach gar von einem „totale[n] Rückzug ins Private"[417]. Einerseits wuchs die Einsicht unter den Schauspielern, daß zum Beispiel „jeder Regisseur das letzte Wort bei Besetzungen haben muß" und daß eventuell unhaltbare Forderungen des Ensembles zu „revidieren" seien; andererseits warf genau dies die Frage auf, ob man dann nicht gleich das ganze Mitbestimmungsmodell kündigen solle und nur noch den Beirat belassen, um auch künftig Forderungen an das Direktorium herantragen zu können[418]. Sogar die Existenz des Beirats selbst war kein Tabuthema mehr. Denn der Beirat erklärte sich „zwar nicht funktionsunfähig", sah jedoch, angesichts des wachsenden Desinteresses vieler Mitglieder des Ensembles an der Arbeit des Gremiums, „seine Handlungsgrundlage reduziert auf die Interessen und Vorstellungen der im Beirat versammelten Mitglieder"[419]. Noch aber stand die Mehrheit des Ensembles auf dem Standpunkt, das Modell sei „modifizierbar"; man müsse es nur „mehr gebrauchen lernen und ausschöpfen."[420]

Nach teilweise vertrauensbildend wirkenden „Perspektive-Gesprächen", die Neuenfels, Laube und Danzeisen mit jedem einzelnen Mitglied des Ensembles führten[421], sah es im Juni 1973 tatsächlich nach einer positiven neuen Phase aus, als das erste „FRANKFURTER 7 TAGE TREFF SCHAU SPIEL FEST" zu einem „Riesenerfolg" wurde[422]. Mit einem allabendlich wechselnden Programm bei geöffnetem Foyer und einer Fülle kleinerer Aktivitäten unternahm das Ensemble den Versuch, „Barrieren abzubauen, die sich zwischen der Öffentlichkeit und uns gebildet haben"[423]. Die Idee dazu ging auf ein eigentlich theaterfremdes Werbeteam zurück, das ansonsten den Kommunalwahlkampf des SPD-Oberbürgermeisters Rudi Arndt betreute. Die Städtischen Bühnen standen jetzt eine Woche lang jedermann offen: „Schauspieler erklärten spielend ihre Absichten. Dramaturgen aktivierten ihren Trivialwitz und machten Conférence […] Autoren lasen. Peter Danzeisen spielte mit Kindern. Edgar M. Böhlke brachte Leute dazu, daß sie sich ganz locker auf den Rücken legten. […] Hilmar Hoffmanns Augen leuchteten über so viel ‚Kultur für alle'. Peter Palitzsch badete verwundert in der Menge."[424]

417 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 7. Mai 1973.
418 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 11. April 1973.
419 Diese Schwierigkeiten, so hieß es, seien entstanden, weil der Künstlerische Beirat nicht ständig von allen Ensemblemitgliedern „ernährt" worden sei. IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 25. April 1973.
420 IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 11. April 1973.
421 IfSG: SB 232. Protokoll der Produktionssitzung vom 9. Mai 1973. Hinzu kam eine intensive Diskussion im Beirat über das Stück „Im Dickicht der Städte", die als „lebendiger Anfang" für ein konstruktives Miteinander empfunden wurde. IfSG: SB 232 Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 17. Mai 1973.
422 So empfand es Elisabeth Schwarz, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 260.
423 Vgl. das von Peter Danzeisen unterzeichnete Schriftstück „Schauspiel Frankfurt – Einladung zu einem Gespräch, in: IfSG: SB 237.
424 Laube, zit. nach Loschütz: War da was?, S. 182.

Das Frankfurter Publikum nutzte in erstaunlich hohem Maße die Möglichkeit zum „direkten Gesprächskontakt mit den Produzenten". Besonders auch ältere Besucher ließen sich die einzelnen Aufführungen der Spielzeit erläutern. Wer diese „ernsthaften Debatten beobachtet hat", kommentierte Peter Iden beeindruckt, „kann nicht zweifeln, daß die bis zur Erschöpfung der Beteiligten unternommene Anstrengung, das Theater zu öffnen, sich auch langfristig günstig auswirken wird". Es sei „viel Vertrauen hinzugewonnen worden", ja das Frankfurter Theater habe sich in diesen Tagen „als eine Art Wundertüte dargestellt".[425] Auch die Frankfurter Schauspieler selbst waren „hingerissen" von der Kreativität ihrer Kollegen, „die wir voneinander gar nicht mehr gekannt hatten", von der „Lockerheit" der Regisseure und Dramaturgen, von „Witz und Leichtigkeit". Viele lösten sich „aus der Erstarrung des ersten Jahres und fingen wieder an zu sehen"[426].

Doch wie weit trug der Schwung dieser euphorischen Stimmung, die unübersehbar viel mit dem Grad an Frustration zu tun hatte, der sich bis zum Ende der ersten Spielzeit im Ensemble aufgebaut hatte? Bereits ganz zu Beginn der neuen Saison, am 20. August 1973, lieferte die bereits erwähnte Verfassungsdiskussion über die Fortsetzung von Danzeisens Arbeit als Basisdirektor erste beklemmende Indizien zur Beantwortung dieser Frage. Die Führungsriege Palitzsch/Neuenfels plädierte nachdrücklich dafür, die geltende Beschränkung der Amtszeit des Basisdirektors auf ein Jahr zu revidieren, um nicht erneut am „Nullpunkt" anzufangen. Die Einarbeitung eines neuen Direktoriumsmitglieds „gehe unweigerlich auf Kosten aller"[427]. Etliche Schauspieler beharrten demgegenüber auf den Visionen ihres Weltbildes: Die letzte Spielzeit sei „nicht so optimal verlaufen, daß man jeden Wechsel zu scheuen" habe; ohne personellen Wechsel drohe Mitbestimmung „Theorie zu bleiben". Ob es den „idealen Zeitpunkt" zur Wahl eines neuen Direktors „jemals geben werde", wurde ebenfalls bezweifelt. Andere potentielle Anwärter „quasi zu ignorieren", sei jedenfalls ein zu bequemer Ausweg[428].

Als Kompromiß schlug Wilfried Elste einen „organischen Übergang" vor. Der neue Basisdirektor solle im ersten Halbjahr seiner Amtszeit von seinem Vorgänger eingearbeitet werden, so daß es in dieser Phase „gewissermaßen ein Viererdirektorium" gebe, von dem jedoch nur drei Mitglieder stimmberechtigt sein würden. Ein modifiziertes „Modell Elste" – der Stellvertreter des Basisdirektors solle voll und ganz in die Direktorenarbeit einbezogen werden und bei dessen Verhinderung auch das Stimmrecht wahrnehmen – brauchte gar nicht eigens abgestimmt zu werden, weil die Versammlung eine solche Übung nach der vo-

[425] Frankfurter Rundschau, 20. Juni 1973. Vgl. auch den FR-Bericht vom selben Tag: „Aber gegen Mitternacht ging's dann endlich richtig los".

[426] So E. Schwarz, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 260. Erst hinterher kamen bei einigen Zweifel auf, ob das Ensemble nicht die Möglichkeit besser hätte nutzen sollen, „die Leute für die internen Fragen (etwa der Mitbestimmung) zu interessieren". Auch Iden sah in dem Phänomen, daß „alles nur so in Heiterkeit sich auflösen konnte", ein Indiz dafür, „wie das Klima sich in den letzten Jahren verändert" habe: „1968 wären solche Harmlosigkeiten […] nicht möglich gewesen." Frankfurter Rundschau, 20. Juni 1973.

[427] Laube plädierte ebenfalls dafür, „die Realitäten anzuerkennen", statt aus Prinzipientreue jetzt auf einem „Umwälzverfahren" zu bestehen. IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 20. August 1973.

[428] IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 20. August 1973.

rangegangenen Debatte „für selbstverständlich“ erklärte. Dagegen war die hohe Zahl von Nein-Stimmen gegen den Mehrheitsbeschluß, den Passus über Beschränkungen der Wiederwahl ersatzlos zu streichen, ein deutliches Zeichen für die nach wie vor bestehende Unzufriedenheit im Ensemble mit der Praxis der Mitbestimmung. Ausgerechnet Jürgen Kloth, der bei den anschließenden Wahlen zum Künstlerischen Beirat mit den zweitmeisten Stimmen nach Danzeisen gewählt wurde, war einer der Wortführer der „Opposition“. Statt die Produktivität auf der Bühne zu erhöhen, so Kloth, sei „das derzeitige Modell […] zu einer Belastung für alle geworden“[429].

Immer wieder tauchten während der Verfassungsdiskussion die nach wie vor unausgeräumten „Fragen nach Sinn und Funktion des Künstlerischen Beirats“ auf, der die meisten Mitglieder des Ensembles offensichtlich überforderte. Denn das Bedauern darüber, daß die Arbeit des Beirats „zu keiner Aktivierung der Basis“ geführt habe und daß sich nach wie vor viele „nur auf ihren eigenen, engsten Bereich“ konzentrierten, hielt unvermindert an. Da der Beirat aber die „Willensbildung von unten nach oben“ brauchte, schlug Palitzsch vor, jeder der neugewählten Schauspielvertreter solle sich künftig regelmäßig, etwa alle vierzehn Tage, mit zehn anderen Schauspielern zusammensetzen. Dagegen lehnte eine Mehrheit des Ensembles, nicht zuletzt wegen der „Gefahr einer Arbeitsüberlastung“ durch diese „Zehner-Gruppen-Therapie“, den Vorschlag ab[430].

Die Identitätskrise des Künstlerischen Beirats kulminierte, als er sich in dem eskalierenden Konflikt um Co-Direktor Gelhaar im Spätherbst 1973 eindeutig auf die Seite Palitzschs schlug, die Vollversammlung dagegen mit knapper Mehrheit Gelhaar das Vertrauen aussprach[431]. Der Beirat fühlte sich dadurch „noch mehr als bisher in seiner Entscheidungsfunktion gehindert“. Etliche Räte waren so frustriert, daß sie nun „zum Erscheinen und Mitarbeiten vergattert“ werden mußten. Die Beteiligung anderer Mitglieder des Ensembles wurde so sporadisch und punktuell, daß der Beirat fürchtete, „zu einem Durchgangsbahnhof“ zu werden. An die Kollegen, die nur hin und wieder teilnahmen, appellierte das Gremium, regelmäßig zu kommen, „da sonst eine kontinuierliche Arbeit unmöglich“ sei. In seiner Not erwog der Beirat sogar, „einen Gruppendynamiker für unser Theater zu gewinnen […], nicht um individuelle Komplexe zu lösen, sondern politische Strukturen sichtbar zu machen“. Roggisch hielt dagegen: „Der Krisenherd, die Pestbeule müsse klar diagnostiziert werden, solange das nicht passiert, müsse er sich als Basis bewußt raushalten“. Wer die Pestbeule war, verdeutlichte Danzeisen mit Hinweis auf „die alten Funktionsträger“, die gewöhnt seien, „sich selbst zu verwirklichen“, jedoch „in Spannung mit einer Gruppe“ träten, „die sich selbst definieren will“. Danzeisens zweckoptimistischer Diagnose, dies alles müsse „als

[429] Ebd.

[430] Nicht aus dem mangelnden Kontakt zwischen Beirat und Basis, so mußte sich Palitzsch zudem sagen lassen, resultiere „eine allgemeine Enttäuschung“, sondern aus dem mangelnden Kontakt „zwischen Beirat und Leitung“. Dieser Konflikt dürfe „keinesfalls verschleiert werden“. Noch immer, pflichtete Elisabeth Schwarz bei, sei „ihr nicht klar, ob der Beirat Entscheidungen mit herbeiführen oder nur über bereits gefällte Entscheidungen informiert werden solle“. IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 20. August 1973; vgl. auch IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 22. August 1973.

[431] IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 3. Dezember 1973.

Prozeß" gesehen werden, mochten sich manche schon nicht mehr anschließen: „Es ist kein Prozeß, sondern ein tödlicher Zustand."[432]

Trotz der verzweifelten Hoffnung, „wir müssen diese Spiraldiskussion beenden"[433], setzte nach einigen ruhigeren Monaten ab Juni 1974 eine neue Grundsatzdebatte ein. Ausgangspunkt war ein Papier des Beirats, das die Leitung des Schauspiels einem „Siebener-Gremium" anzuvertrauen gedachte. Ihm sollten ein Regisseur, ein Bühnenbildner, ein Dramaturg sowie drei Vertreter der Schauspieler, Souffleusen und Inspizienten angehören, die jeweils von ihren Sparten gewählt würden. Das entscheidend Neue an dem Leitungsmodell war indes das Amt eines – von der Vollversammlung gewählten – „Sekretärs" mit vollem Stimmrecht in der Leitungsgruppe. Er sollte die getroffenen Entscheidungen ausführen bzw. ihre Ausführung koordinieren und „die Verantwortung für den Ablauf des Theaterbetriebs" übernehmen[434]. Trotz seiner Mitbestimmungsanteile roch das Modell mit einer Art Generalsekretär aber zu sehr nach altem Intendantentheater, als daß der Beirat damit in die Vollversammlung gegangen wäre.

Statt dessen stellten Danzeisen und Kloth dort ein ziemlich abenteuerlich anmutendes „Sechser-Direktorium" vor. Diesem sollten neben drei Schauspielern je ein Regisseur („in einer Übergangsphase" Peter Palitzsch), ein Bühnenbildner und ein Dramaturg oder Sekretär angehören. Die Funktion des Sekretärs war auch dadurch weiter geschwächt, daß er eventuell nicht einmal Stimmrecht erhalten sollte. Wes Geistes Kind der Vorschlag war, erhellte aber vor allem aus der Erwägung, den drei Schauspielern lediglich ein „imperatives Mandat" zuzugestehen, und dem „Sechser-Direktorium" obendrein einen „Theaterrat" als Aufsichtsgremium überzuordnen, dem in Patt-Situationen die letzte Entscheidung vorbehalten sein würde. Angehören sollten diesem Gremium „alle, die's wollen", d. h. alle, die bereit waren, „Leitungsfunktionen zu übernehmen". Wer bei dem regelmäßig, in dringenden Fällen auch kurzfristig tagenden Theaterrat zweimal fehle, so hieß es, „müsse ausscheiden". Das damit postulierte Radikalmodell einer „Demokratie, durch die, die da sind" begründeten seine Fürsprecher mit den schlechten Erfahrungen des alten Künstlerischen Beirats, der vor allem an einem Mangel an Entscheidungsbefugnissen gelitten habe. Mit dem neuen Modell könne demgegenüber endlich „die Trennung zwischen Überbau und Basis […] verschwinden", der Marsch aus der Unverbindlichkeit heraus „in die kollektive Verantwortung hinein" (Danzeisen) beginnen[435].

Bei den Pragmatikern gab es gegen dieses Modell grundsätzliche Bedenken. Die Bereitschaft „zum Mittun allein genüge nicht"; wer ein Theater leiten solle, müsse das „nicht nur wollen, sondern auch können"; im Schauspiel fehle es zur Zeit „weniger am guten Willen als an der professionellen Leitung"[436]. Ein Theaterrat, der die zeitlich besonders Beanspruchten tendenziell ausschließe, könne leicht

[432] So Peter Roggisch. IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 5. Dezember 1973.
[433] IfSG: SB 232. Protokoll der Sitzung des Künstlerischen Beirats vom 5. Dezember 1973.
[434] IfSG: SB 232. „ENTWURF!!! Für die Beiratssitzung vom 5. 6. 74. Vorschlag für eine Änderung des Leitungsmodells".
[435] IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 19. Juni 1974.
[436] So äußerte sich Betriebsdirektor Minden.

„zum Sammelbecken von weniger Erfahrenen“ werden. Der Plan, Pattsituationen – und das heiße doch: einschneidendste Fragen – durch das „Freiwilligenreservoir Theaterrat“ regeln zu lassen, bedeute eine „nicht nur gegenüber dem Rechtsträger“ (der Stadt Frankfurt) „bedenkliche Blankovollmacht“. Auch Elisabeth Schwarz hatte „ungute Gefühle“ bei dem Gedanken, daß im „Millionen-Unternehmen“ Schauspiel Pattsituationen durch Basisentscheidungen gelöst werden sollten. Dramaturg Laube wandte sich mit ähnlichem Tenor gegen die „in diesem Theater verbreitete Meinung: Jeder kann alles“, und bedauerte, daß der Beirat von seiner ursprünglichen Überlegung eines „Siebener-Direktoriums“ wieder abgerückt sei[437].

Neben dem Konzept eines „Siebener-Direktoriums“ und dem gegebenenfalls auf acht Mitglieder[438] vergrößerten „Sechser-Direktorium“ waren der Phantasie in der Diskussion kaum Grenzen gesetzt. Gerhard Retschy plädierte für ein Zweier-Direktorium, dem neben Palitzsch nur noch ein Basisdirektor angehören solle, um „erstmals die volle Parität“ zu gewährleisten. Zwei nicht stimmberechtigte Beisitzer sollten das Gremium ergänzen. Andere Ideen zielten auf ein „modifiziertes Dreier-Direktorium“ oder ein „modifiziertes Sechser-Direktorium“. Nur hatten die meisten der Pläne-Schmiede die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Kulturdezernent Hoffmann verdeutlichte Danzeisen am Telefon, er sehe zur Zeit keine Möglichkeit, „paritätische Mitbestimmung in den städtischen Gremien durchzusetzen“. Das von der „Arbeitsgruppe paritätische Mitbestimmung“ favorisierte Sechser- bzw. Achter-Direktorium war damit freilich nicht ganz vom Tisch. Denn Hoffmann hatte zu erkennen gegeben, sich ein „erweitertes Direktorium“, das „neben das eigentliche Direktorium“ trete, durchaus vorstellen zu können[439].

Auf der letzten Vollversammlung vor den Theaterferien Ende Juni 1973 sorgte Hoffmanns Wink für kontroverse Debatten. Das (auf acht Personen) „erweiterte Direktorium“, so plädierten Danzeisen und Kloth, könne in einer Übergangsphase, d. h. bis zur Verabschiedung einer anderen Mitbestimmungsvereinbarung durch den Magistrat, intern bereits praktiziert werden. Vier in der Spartenversammlung gewählte Mitglieder des Ensembles sollten demnach an der Arbeit des Direktoriums teilnehmen und ihre Erfahrungen einmal wöchentlich an ihre Basis weitergeben. Doch neben Neuenfels[440] zeigten sich auch Heinrich Minden und Klaus Steiger skeptisch, weil sie „von einer Vergrößerung des Direktoriums eine Vergrößerung auch der Fehlerquellen“ befürchteten. Die Anhänger des von Danzeisen und Kloth im Geiste von „1968“ verfochtenen erweiterten Direktoriums wollten

437 IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 19. Juni 1974.

438 Gedacht war an Regisseur, Bühnenbildner, Dramaturg, Sekretär und vier Vertreter der Gruppen Schauspieler, Souffleusen und Inspizienten.

439 IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 28. Juni 1974.

440 Neuenfels zweifelte, ob das Modell „wirklich im Bedürfnis aller liege“. Es gehe nicht um Schritte in Richtung „modischer Fortentwicklung“, sondern um das „reibungslose, professionelle Funktionieren eines Leitungsgremiums“. Wenn, so sagte er mit Bezug auf die im Achter-Direktorium vorgesehenen Vertreter der Gruppen der Schauspieler, Souffleusen und Inspizienten, diese Mitglieder „reale Macht“ erhielten, so entstehe bei Divergenzen z. B. gegenüber Regisseuren und Bühnenbildnern ein neues „Zwangsmoment“; hätten die vier dagegen über den „Diskussionscharakter“ hinaus keine „benennbaren Funktionen“, dann könne sich „die Frustration des Beirats wiederholen“. IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 28. Juni 1974.

dagegen explizit an die „Veränderbarkeit von Menschen“ glauben (so von Bodisco). Sie wußten vor allem Palitzsch hinter sich, der vermittels dieser Reform „neues Blut“ in das bislang nicht funktionierende Direktorium „einzupumpen“ hoffte. Die Frage nach anderen Alternativen spitzte sich für den Regisseur nämlich zwischenzeitlich auf die – für ihn rhetorische – Frage zu, „ob man Intendanzen wieder einführen will“[441]?

Die Formel, „daß eine Änderung des bisherigen Modells erforderlich sei“[442], fand zwar die fast einhellige Zustimmung der Vollversammlung, das „Wie“ einer Reform blieb aber höchst umstritten. Schließlich vertagte man die Entscheidung auf die erste Sitzung nach den Theaterferien am 12. August. Dort präsentierte Danzeisen einen „Vorschlag für ein besseres Leitungsmodell“, der als „weiterer Schritt zur vollen paritätischen Mitbestimmung“ die Idee des Achter-Direktoriums (jetzt „Leitungsgruppe“ genannt) mit leichten Modifikationen näher ausgestaltete. Aus dem „Sekretär“ des Direktoriums wurde nun ein „Referent“[443]. Weil Danzeisen aber mitteilen mußte, daß der Magistrat nach wie vor nicht bereit war, die Verfassungsänderungen offiziell abzusegnen, insistierte Neuenfels auf seinen Bedenken[444]. Neben Heinrich Minden, der vor der „Gefahr einer Doppelregierung“ warnte, äußerten jetzt auch der dritte Regisseur, Luc Bondy, und der Dramaturg Jürgen Fischer schwerste Bedenken. Beide stießen sich vor allem am nichtöffentlichen Charakter der Leitungssitzungen: „Dann könne er, wenn er nicht in die Leitungsgruppe gewählt werde, auch nicht mitentscheiden“, meinte Bondy[445]. Zwar waren auch die Anhänger des Achter-Direktoriums von Zweifeln nicht frei – Hermann Treusch hielt es „für eine etwas halsbrecherische Sache“ –, doch größer war ihre Hoffnung, so werde „erstmals gewährleistet, daß sich die Schauspieler mit dem, was sie machten, wirklich identifizieren könnten“. Den Ausschlag für die Reform gab wohl Palitzsch, dessen enger Draht zum Kulturdezernenten bekannt war. Denn der Regisseur machte der Vollversammlung deutlich, wie wichtig es sei, „eine neue Arbeitsweise zu erproben, bevor sie dem Magistrat verbindlich vorgeschlagen werde“[446].

Ohne daß noch förmlich abgestimmt worden wäre, wählten die Sparten ihre Vertreter in das zu erprobende Leitungsgremium. Ihm gehörten „einerseits“ Peter Palitzsch, Adi Steiof, Horst Laube und Christoph Leimbacher an; „andrerseits“ für die Gruppe der Schauspieler, Inspizienten und Souffleusen[447] Marlen Diekhoff, Jürgen Kloth, Klaus Wennemann und Hermann Treusch. Gleichzeitig wurde mit großer Mehrheit Steiof als Ersatz für Gelhaar im Amt des zweiten Direktors bestätigt und Kloth zum neuen dritten (Basis-)Direktor bestimmt. Das Leitungs-

441 IfSG: SB 237. Protokoll der Vollversammlung vom 28. Juni 1974.
442 Ebd.
443 Vorschlag für ein besseres Leitungsmodell. Zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 237f.
444 Das „Auseinanderklaffen von offizieller und interner Arbeitsweise“ müsse zu „neuen Frustrationen“ führen, zumal in einer Patt-Situation doch wieder das alte Dreier-Direktorium entscheiden solle. Protokoll der Vollversammlung vom 12. August 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 238.
445 Für die Dramaturgie, sekundierte Fischer, sei es ebenfalls problematisch, „wenn einer der beiden Dramaturgen pausenlos von allen Überlegungen ausgeschlossen bleibe“. Protokoll der Vollversammlung vom 12. August 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 238.
446 Protokoll der Vollversammlung vom 12. August 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 238.
447 Die Gruppe der Inspizienten und Souffleusen meldete ihren Anspruch auf Vertretung in der Leitungsgruppe an, verzichtete aber vorläufig auf einen eigenen Repräsentanten.

gremium sollte laut Palitzsch dergestalt funktionieren, daß jeweils einer der vier Schauspielvertreter als „Anlaufstelle" für eine Produktionsgruppe, das gesamte Gremium als eine Art „Rettungsboot" gedacht war. Vor der Entscheidung über einen neuen Spielplan etwa mußten danach alle acht die in Frage kommenden Stücke gelesen haben, weil nur so die Schauspieler „aus ihrem engen Rollenverhalten" herausfinden könnten[448].

Die Betroffenen sahen sich aber – erklärtermaßen – nicht nur weiterhin außerstande, so viel zu lesen[449], auch ansonsten blieben in der zweimonatigen Probezeit des Achter-Direktoriums[450] „Differenzen an der Tagesordnung". Eine herausragende Rolle spielte dabei die Erfahrung der Schauspieler, daß sich auch unter dem neuen Modell nichts an der für sie völlig unbefriedigenden, von den Regisseuren ganz dominierten Besetzungspraxis änderte. Auf den Vollversammlungen im Herbst 1974 kam es darüber zum Eklat[451]. Nachdem Bondy seinen spontanen Antrag, ein neues Direktorium zu wählen, um zu sehen, „ob es mit neuen Leuten besser werde", wieder zurückgezogen hatte, wollte Christoph Stratenwerth dem Direktorium die Vertrauensfrage stellen. Es kam zwar nicht zu einer Abstimmung, doch Wennemann erklärte entnervt, sich unter den gegebenen Umständen, aus dem Direktorium zurückziehen zu müssen[452].

Palitzsch antwortete mit seiner zweiten Rücktrittsdrohung. Die augenblickliche Arbeitsweise sei für ihn „ganz schlimm"; es sei nicht einmal möglich zu eruieren, „welche Leitungsänderungen erforderlich sind und wie wir da rauskommen". Der Regisseur kam auf einen von ihm schon früher einmal gemachten Vorschlag zurück: die Basis durch kleinere Gruppensitzungen (anstatt der bisherigen Spartenversammlungen) zu aktivieren. Die Teilnahme an diesen Gruppensitzungen müßte für alle verpflichtend sein: „Nur wenn wir das probieren, hat es einen Sinn über Mitbestimmung zu sprechen; sonst wählen wir einen humanen Intendanten, der nicht ich bin". Da nicht nur Elisabeth Schwarz bezweifelte, ob sich eine solche „starke, linke, entscheidungsfrohe Persönlichkeit" finden lasse[453], mußte die ergebnislose Debatte in der Vollversammlung wenige Tage später fortgesetzt wer-

448 Protokoll der Vollversammlung vom 12. August 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 238.
449 Vgl. die Wortmeldung von Wennemann auf der Vollversammlung. Ebd.
450 In den Akten finden sich jetzt Sitzungen des sog. „Erweiterten Direktoriums" (vgl. z. B. das Protokoll der Sitzung vom 14. Oktober 1974, in: IfSG: SB 232), während es den Künstlerischen Beirat in dieser Phase faktisch nicht mehr gab.
451 Im Mittelpunkt der Debatte stand zunächst die Frage: „Wie sieht's in der Leitung aus, wer ist gegen wen, wer kann mit wem nicht mehr zusammenarbeiten?" Palitzsch räumte nun offen ein, „daß die Regisseure nicht miteinander arbeiten könnten", weil sie „keine gemeinsamen übergeordneten Kriterien" (sprich: gesellschaftspolitischen Überzeugungen) hätten: „Wir vergaßen, uns zu fragen: Mitbestimmung wozu?" Peter Roggisch dagegen führte die Misere auf die fehlende „Entschlußkraft" sowohl der jetzigen wie der früheren Leitungsgruppe zurück. Die Komplikationen hätten mehr mit Personen als mit Modellen zu tun. So habe das alte Direktorium aus „zwei entscheidungsscheuen, entscheidungsunfähigen" Leuten bestanden und aus einem, „der auf ausgebliebene Entscheidungen reagieren sollte". Jürgen Kloths dialektisches Argument für das neue Achter-Direktorium, das doch immerhin „Verdeckungen unmöglich mache und Widersprüche bloßlege", wollte Elisabeth Schwarz nicht gelten lassen; schließlich gehe es am Schauspiel Frankfurt nicht um „Sandkastenspiele oder Gruppendynamik", sondern um achtzehn Produktionen pro Saison. Protokoll der Vollversammlung vom 22. Oktober 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 240f.
452 Ebd., S. 240f.
453 Ebd., S. 241.

den. Statt im Rücktritt von Palitzsch gipfelte die Auseinandersetzung dort im Rücktritt der vier Basisvertreter.

Palitzsch zeigte sich dagegen wieder kämpferisch und suchte sein Heil noch deutlicher als bisher in der politischen Flucht nach vorn – und damit in der Abgrenzung von Neuenfels und Bondy. Besser könne die mitbestimmte Arbeit nur werden, so Palitzsch, wenn es gelinge, „Gesellschaftliches, das draußen vorgefunden werde, mit Hilfe von Ästhetik auf der Bühne umzusetzen". Themen seien etwa die Entwicklung des Frankfurter Westends oder die Frage: „Was passiert nach dem Wahlausgang? Reagieren wir im Spielplan darauf?"[454] Da Palitzsch jenen, die bei dieser forcierten Politisierung nicht mitziehen konnten oder wollten, „Konsequenzen bis hin zu Trennungen" angedroht hatte, kam es in der folgenden Aussprache zu ganz häßlichen Szenen. Treusch artikulierte nicht nur seinen persönlichen Eindruck, als er sagte, das Ensemble solle jetzt wohl auf diejenigen reduziert werden, „mit denen es klappte". Auch sein Schauspielerkollege Böhlke sprach von einem Kampf „ums Überleben".

„Was heute beredet wurde", so Jürgen Kloth resignierend, hat mit dem, weswegen wir hier angetreten sind, nichts mehr zu tun. Eine Emanzipation der Schauspieler, die den Ansprüchen des Regietheaters zuwiderlaufe, sei von den Regisseuren offensichtlich nicht gewollt. Hier in Frankfurt, so fügte Treusch hinzu, seien Schauspieler „in zwei Jahren zu Reaktionären entwickelt" worden. Ein „heftiger Wortwechsel" folgte, in dem von „Apparatschik-Denken" oder „Panikmache à la Dregger" die Rede war. Daß manche auch einfach frustriert waren, wie wenig selbst das erweiterte Direktorium die praktisch-organisatorischen Fragen in den Griff bekam, zeigte Erich Wonders Stoßseufzer: Er brauche nur einen Spezialscheinwerfer „für den Strindberg im Kammerspiel", wisse aber unter den obwaltenden Umständen gar nicht, „an wen er sich wenden solle."[455]

Wennemann begründete den Rücktritt der vier Basisvertreter. Diese hätten im Direktorium die Interessen der Schauspieler wahrzunehmen, bekämen dazu aber, wie die Debatte „von neuem erhärtet" habe, „keine Möglichkeit ". Jürgen Kloth ging noch einen Schritt weiter. Die Versammlung sehe ja selbst, daß die Regisseure „nach wie vor an ihrer Macht festhielten", dann aber sollten sie die Mitbestimmung nicht länger als „Deckmantel" benutzen, sondern zu ihrem Anspruch stehen und das Theater in alleiniger Verantwortung leiten". Wenn das Ensemble das bestehende Mitbestimmungsmodell „zurückgebe", die Forderung nach Mitbestimmung aber prinzipiell aufrechterhalte, müsse der Kulturdezernent „sich die Konsequenzen überlegen". Dieser äußerste Schritt unterblieb zwar, doch das Ensemble lehnte es nach dem Rücktritt der vier Basisvertreter mit großer Mehrheit ab, ein neues Achter-Gremium zu berufen. Statt dessen kehrte man zum Ausgangsmodell zurück, so daß der zeitweilig stillgelegte Künstlerische Beirat wieder

[454] Bei den Landtagswahlen am 27. Oktober, also zwei Tage früher, hatte die CDU in Frankfurt um 10 Prozent auf 46,5 Prozent der Stimmen zugelegt und die SPD als bislang stärkste Partei hinter sich gelassen. Zu den beiden wörtlichen Zitaten: Protokoll der Vollversammlung vom 29. Oktober 1974, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 241f.

[455] Palitzsch machte alles noch schlimmer, indem er der Forderung nach besserer Absicherung der Schauspieler, „wenn sie den Mund aufmachen", mit der Meinung begegnete, die Rechte der Schauspieler seien in Frankfurt ohnehin bereits „extrem" gewahrt. Ebd., S. 242.

auflebte. Anstelle des zurückgetretenen Basisdirektors Kloth wurde Peter Franke in dieses Amt gewählt[456].

„Mit unserem Bewußtsein haben wir das Sein nicht ändern können“[457] – Tendenzwende am Frankfurter Theater 1974 bis 1976/77

Wie schon nach dem ersten großen Kladderadatsch kehrte auch nach dem zweiten zunächst wieder Ruhe am Schauspiel Frankfurt ein. Die Kombattanten pflegten ihre Wunden, die Ernüchterung war größer denn je. Die Protokolle der Beiratssitzungen, deren Erscheinen „gewissen Stellen“ bislang „allwöchentlich einen lustigen Nachmittag“ bereitet hatte, gingen künftig nicht mehr an die Technische Direktion, den Betriebsrat, den Malersaal, die Gewandabteilung und die Operngewerkschaft, sondern nur noch an die am Mitbestimmungsmodell direkt beteiligten Mitglieder des Ensembles. Die Probleme ließen sich damit aber nicht aus der Welt schaffen[458].

Dies galt vor allem für die immer drängender werdende Frage, wie die Kündigungen, die seit einiger Zeit in der Luft lagen, gehandhabt werden sollten[459]. Palitzsch, Neuenfels und Bondy begannen jetzt miteinander darüber zu sprechen, „mit welchen Schauspielern ihnen eine Arbeit über 1976 hinaus […] sinnvoll erscheint, und mit welchen Schauspielern Schwierigkeiten und Spannungen zu erwarten“ seien[460]. Im Blick auf die „miese Situation“ zweier Schauspielerinnen, die nur die „miese Situation des Gesamten“ reflektierte, breitete sich auch hinsichtlich der noch ausstehenden Stücke dieser Spielzeit „ziemlich viel Dunkles, Dumpfes, Belastendes“ aus[461].

Zum düsteren Szenario zählte mehr und mehr die Frage, ob man, wenn man weitermachte wie bisher, „die Leute ins Haus“[462] bekomme? Am 10. November 1974 wandte sich Hilmar Hoffmann in einem Brandbrief an das Schauspieldirektorium, weil die gesunkenen Besucherzahlen zu einem Einnahmeausfall von einer halben Million Mark geführt hatten. Diese Zahlen stellten auch den Kulturdezernenten „vor eine nicht voraussehbare Situation“, wenn demnächst die Fraktionen in ihren Etatberatungen die verminderten Theatereinnahmen „unter die Lupe nehmen“ würden. Hoffmann zeigte sich in der Ursachenforschung davon überzeugt, daß die Überlänge mancher Stücke einen „im täglichen Arbeitsprozeß stehenden Bürger“ vor erhebliche Probleme stelle[463]. Eine vom Kulturdezernat durchgeführte Besucherumfrage bestätigte diesen Eindruck. Danach lagen die Gründe für das Wegbleiben vieler Interessenten „unter anderem in der Qualität der Inszenierungen und oftmals in den überlangen Vorstellungen“; drei bis vier Stunden dauernde Stücke seien „dem Zuschauer […] nicht zuzumuten“ und obendrein im Blick auf den Fahrplan öffentlicher Verkehrsmittel sehr problematisch[464].

456 Ebd.
457 Loschütz, War da was?, S. 242ff.
458 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 6. November 1974.
459 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 30. Oktober 1974.
460 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 21. November 1974.
461 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 6. November 1974.
462 Ebd.
463 IfSG: SB 244. Hilmar Hoffmann an das Schauspieldirektorium, 10. November 1974.
464 IfSG: SB 232. Protokoll der Beiratssitzung vom 21. November 1974.

Auch die Presse hatte von den Schwierigkeiten des Schauspiels Wind bekommen. Ein vorsorgliches Gespräch der Theaterführung mit Peter Iden, in Anwesenheit des Kulturdezernenten, bewirkte bei dem Journalisten aber offenbar „das Gegenteil" dessen, was sich die Verantwortlichen davon versprochen hatten[465]. Der Schub der ersten Premieren dieser Saison, so schrieb Iden in der *Frankfurter Rundschau*, hätte bei Publikum und Kritik, „wie bei den Theaterleuten selber, krasse Unzufriedenheit provoziert". „Interne Krisen" würden den Betrieb „zerrütten": „Viele Schauspieler sehen sich schon an anderen Theatern um. […] Peter Palitzsch, bisher die Integrationsfigur im Direktorium, hat die Regie des geplanten Urfaust niedergelegt. Er fühlt sich als Regisseur verunsichert." Eine Begründung, weshalb der Artikel trotz des als klärend gedachten Gesprächs mit der Theaterleitung so drastisch ausfiel, lieferte Iden im letzten Absatz selbst, wo er sich einmal mehr als prinzipieller Anhänger des Mitbestimmungsmodells zu erkennen gab. In Frankfurt, so Iden, stehe „mehr auf dem Spiel als anderswo". Es gehe um „Berechtigung und Sinn des Gedankens einer Mitbestimmungsverfassung am Theater". An einem Scheitern trügen alle. Daran müßten auch alle denken: „Mehr als immer nur an sich selbst."[466]

Palitzsch versuchte in einem langen Leserbrief die Vorwürfe zurückzuweisen. Es gehöre nun einmal zu den Spezifika des mitbestimmten Frankfurter Theaters, daß Krisen hier, anders als in einem Intendantentheater, offengelegt würden. „Ein Sodom und Gomorrha" jedenfalls sei das Schauspiel Frankfurt mitnichten[467]. Mühsamer zu parieren als Idens Invektiven waren die finanziellen Vorhaltungen seitens des Kulturdezernenten[468], ohne dessen Rückhalt das Mitbestimmungsmodell schwerlich zu halten war. Der Besucherschwund hatte ohnehin bereits dazu geführt, daß sich das Schauspiel auch „entschieden trivialen Theaterformen" wie dem Kriminal- oder Volksstück zuwandte. Aber die Regisseure waren daran gescheitert, weil sich etwa Palitzsch bei Lucille Fletchers Stück „Zwielicht" (1973) „in Tiefen grub, die es gar nicht gab, und dabei die Oberfläche zerstörte", oder weil Neuenfels bei Molnars „Liliom" (1974) erleben mußte, „daß solche naive Zartkunst seiner radikalen Metaphorik" nicht standhielt[469].

Jetzt sollte es für die Identität des sich fortschrittlich definierenden Gros der Frankfurter Schauspieler noch schlimmer kommen. Auf Wunsch von Palitzsch, aber auch des um die finanzielle Zukunft des Hauses bangenden Verwaltungsdirektors Ulrich Schwab wurde im April 1975 eine Werbeveranstaltung durchgeführt: „Schauspiel Frankfurt in action."[470] Banken und Einzelhändler, so die Idee, sollten dem Theater Lose abkaufen und an ihre Kundschaft weitergeben. Zu gewinnen waren Gutscheine über 5 DM als Anzahlung auf eine Theaterkarte. Der

[465] IfSG: SB 232. Leserbriefmanuskript Palitzsch: „Schauspiel Frankfurt – ein Sodom und Gomorrha?".
[466] Frankfurter Rundschau, 8. November 1974 („Eher weniger toll").
[467] Frankfurter Rundschau, 14. November 1974 („Ein Sodom und Gomorrha?", Leserbrief Palitzschs).
[468] Dieser wurde auch im Kulturausschuß mit der Kritik Idens konfrontiert. IfSG: 2.122. Niederschrift über die 28. Sitzung des Kulturausschusses am 4. November 1974. TOP 2.
[469] So die Insider-Kritik des Dramaturgen Laube, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 184.
[470] Dabei handelte es sich ausdrücklich um eine geschlossene Veranstaltung. Frankfurter Rundschau, 29. April 1975.

vom Schauspiel veranstaltete „Bunte Abend“ bildete dabei „nur den geselligen Rahmen für die Verkaufsgespräche“. Doch schon den Einladungsbrief „zu einem besonderen Abend im exklusiven Kreis von Theater- und Geschäftsleuten“ empfanden viele Schauspieler als „indiskutabel“. Das schmecke, so Lore Stefanek, „nach Nerzjäckchen und altem Stadttheater“; außerdem seien trotz des „snobistischen Anstrich[s]“ statt der angekündigten Manager nur „Imbißbudenbesitzer“ zu dem „Bunten Abend“ erschienen. Neuenfels sprach von einem „Schmarren provinziellsten Charakters“; Traugott Buhre sah sich zur „Kollaboration“ mit den „falschen Leuten“ gezwungen. „Wir biedern uns an und entschuldigen uns bei einer gewissen Schicht für den bisherigen Spielplan“, empörte sich Kentrup. Laube brachte die Kritik schließlich auf den Punkt: „Wir mußten uns tarnen, als wären wir plötzlich Konservative geworden.“[471]

Wenige Tage später erschütterte der Rücktritt von Basisdirektor Franke das Ensemble aufs Neue. Franke hatte vergeblich versucht, Termine und Stellenwert künftiger Produktionen in einem verbindlichen Spielplan frühzeitig zu fixieren, um so Beschäftigungsansprüche abklären zu können, „für deren Erfüllung sich bei der augenblicklichen Regieautonomie niemand verantwortlich fühle“. Doch sein damit verbundener Vorschlag, die Regisseure (zwecks Schwächung ihrer Stellung) künftig nur noch als „feste Gäste“ zu engagieren, war im Beirat „abgeschmettert“ worden[472].

„Sorge heißt das Betriebsklima“, resümierte Horst Laube die bisherige Entwicklung des mitbestimmten Schauspiels Frankfurt auf der folgenden Klausurtagung im Sachsenhausener „Affentorhaus“ im Juni 1975. In einem programmatischen Referat, das die Gesprächsbasis für die Tagung bieten sollte, zog der Dramaturg eine ernüchternde Bilanz: „Ernst ist das Leben, ernst ist auch die Kunst. […] Mit unserem Bewußtsein haben wir das Sein nicht ändern können, die ein halbes Jahrhundert alte Abhängigkeit der Kulturinstitute von der sie unterhaltenden Klasse“. Es gebe ganz im Gegenteil bei Lehrern, Kritikern oder Museumsleuten eine „wachsende Lust an den großen Kunstgegenständen der Vergangenheit, an den großen Botschaften, die man nach Hause nehmen kann“, statt an der Analyse gesellschaftlicher Probleme und „realistischer Präzision“. Der Tendenz, Theater als „eine Art Kirchenersatz für Leute“ zu begreifen, „denen die Ökonomie allenthalben an der Gurgel sitzt“, gelte es entgegenzutreten. Andererseits müsse man sich auch eingestehen, daß die derzeitigen Krisensymptome des Kapitalismus „noch nicht“ jene seien, die „sein Ende ankündigen“. Vielmehr würde der Kapitalismus die ihm immanenten Krisen mit einer „faschistischen Roßkur“ lösen. Wenn die CDU die nächsten Wahlen nicht gewinne, dann gewinne sie die SPD nur, „wenn sie sich die Grundsätze des Gegners einverleibt“[473].

Da jede „Hoffnung auf politische Lösungen“ demnach kurz- und mittelfristig unrealistisch schien, plädierte Laube zum einen für „mehr Kunst“, für „das beharrliche Bestehen auf Produktivität“; zum anderen meinte er, das Knäuel des

471 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 2. Mai 1975.
472 IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 2. Mai 1975. Vgl. auch das Kurzprotokoll der außerordentlichen Vollversammlung vom 23. Mai 1975 (IfSG: SB 232).
473 Loschütz, War da was?, S. 242ff.

Mitbestimmungsmodells einfach liegen lassen zu können, nachdem bislang jeder Versuch, es zu entwirren, „seine Fäden enger um den Hals gezogen" habe. Laubes an Mao Zedong gemahnender Vorschlag, einen „Sprung zu machen"[474] und das Vergangene „einfach liegen [zu] lassen", war indes leichter gesagt als getan[475]. Als der Dramaturg Jahre später auf die Klausur im „Affentorhaus" zurückblickte, auf jene Tage „der Umarmungen und Verletzungen, der Tränen, des Gebrülls und des Gelächters […] und der tiefen Bekenntnisse", zeigte er sich überzeugt, daß damals „mit dem ersten Schritt zur Klärung auch der erste zur Auflösung" des Frankfurter Modells getan worden sei[476].

Zunächst hielt aber immerhin ein vermehrter Pragmatismus Einzug in das mitbestimmte Schauspiel. Die Gremiensitzungen wurden in diesem Zeitraum spürbar weniger, die Protokolle kürzer, und auch der Übergang zu Ergebnisprotokollen zeugte von dem Bemühen, sich wieder stärker auf die künstlerische Arbeit zu konzentrieren. Der Künstlerische Beirat, so das wesentliche, auf einer Vollversammlung am 21. Juni 1975 bestätigte Ergebnis der Klausurtagung, wurde erneut abgeschafft und durch (fünf) Spartenversammlungen der Schauspieler, Regisseure, Dramaturgen, Bühnenbildner sowie der Souffleusen und Inspizienten ersetzt[477]. Die Teilnahme an den mindestens in zweiwöchigem Turnus stattfindenden Sitzungen war verpflichtend. Die Last der direktorialen Arbeit ruhte weiterhin auf drei Schultern, wobei Palitzsch ermächtigt wurde, sich „intern" von seinem neuen Referenten Hensel ersetzen zu lassen. Bühnenbildner Steiof blieb zweiter Mann in der Direktion. Als Basisdirektor wurde an Stelle des zurückgetretenen Franke – jetzt ausdrücklich „nicht mehr weisungsgebunden" – der Schauspieler Klaus Wennemann gewählt[478].

Nach den Theaterferien, Ende August 1975, kam eine weitere wichtige Neuerung hinzu, die geradezu „begeisterte Zustimmung" fand: Auf Vorschlag von Roggisch führte die Vollversammlung einstimmig eine informelle Ensemblesitzung ein. Sie fand künftig am Dienstag statt, an dem nur noch bis drei Uhr geprobt werden sollte, damit der Abend als Arbeitszeit für die Sitzung frei wurde[479]. Diese bald sogenannte „Dienstagsversammlung", außerhalb des Theaters stattfindend, erwies sich trotz schwankenden Besuchs „als sehr nützlich". In gelockerter halboffizieller Atmosphäre gelang es dem Ensemble dort, „Gemeinsamkeiten zu entwickeln, das Kennenlernen […] zu fördern, Spannungen abzubauen", ja allmählich „Umgangsformen und Gesprächsweisen" zu erreichen, die sich zumindest in den Augen der Anhänger des Frankfurter Modells „auch in den institutio-

474 Unter dem Motto „Der Große Sprung nach vorn" hatte Rotchina seit 1958 versucht, den Weg zur wirtschaftlichen Großmacht einzuschlagen.
475 Loschütz, War da was?, S. 242.
476 Laube, zit. nach ebd., S. 186.
477 Protokoll der Vollversammlung vom 21. Juni 1975, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 245. Faktisch tagten dann sämtliche Nichtschauspielersparten einmal wöchentlich gemeinsam in dem prinzipiell eher technisch-organisatorischen Gremium der „Produktionssitzung". Vgl. IfSG: SB 231. Papier „Zur Mitbestimmung am Schauspiel Frankfurt – derzeitiger Stand Februar 1976" vom 4. Februar 1976.
478 Protokoll der Vollversammlung vom 21. Juni 1975, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 245.
479 IfSG: SB 232. Protokoll der Spartensitzung vom 13. August 1975. Vgl. auch das Papier „Zur Mitbestimmung am Schauspiel Frankfurt – derzeitiger Stand Februar 1976" vom 4. Februar 1976 (IfSG: SB 231).

nalisierten Mitbestimmungsgremien“ niederschlugen, wo die Diskussionen „entkrampfter und verbindlicher“ wurden[480].

Die Vorgänge um die Collage „Vielen Dank, Sie werden von uns hören“ lösten in dieser Zeit einen weiteren innerbetrieblichen Solidarisierungsschub aus. Das Stück hatten Frankfurter Schauspieler in ihrer Freizeit aus Protest gegen zwei Fälle von „Berufsverbot“ an der örtlichen Ernst-Reuter-Schule entwickelt. Zwei Lehrerinnen, die der SED-nahen Deutschen Kommunistischen Partei angehörten, waren dort auf der Grundlage des Extremistenbeschlusses vom SPD-Kultusminister entlassen worden. Die „menschliche Situation der Betroffenen und die politischen Gefahren“ dieser „Berufsverbote“ wollte Peter Danzeisen mit einigen Schauspielerkollegen in der Collage deutlich machen[481]. Nach der ersten Aufführung in der Schule selbst beschloß die Vollversammlung des Schauspiels einstimmig, die Produktion in ihren Kammerspielplan zu übernehmen[482].

Die darauffolgende kommunalpolitische Eskalation zwischen CDU-Opposition und SPD-Stadtregierung trug ihren Teil dazu bei, das umstrittene Stück zu einer der am meisten besuchten Vorstellungen während des ganzen Frankfurter Mitbestimmungsmodells werden zu lassen. Die Produktionsgruppe konnte sich vor Einladungen aus der ganzen Bundesrepublik bald „kaum retten“[483]. Die Zeitungen waren voll von Artikeln, Kommentaren und Leserzuschriften, und vor allem das bekenntnisfreudige linke Publikum „solidarisierte sich mit den Theaterleuten“[484]. Die „neue Erfahrung“ der direkten Konfrontation mit der Tagespolitik[485] wirkte auf das nach vier Jahren Mitbestimmung arg zerschlissene Ensemble bis zu einem gewissen Grad integrierend. Andererseits hatte mit dem außerhalb des Schauspiels entstandenen Stück gegen den Radikalenerlaß, so die bemerkenswerte Analyse Laubes, auch eine weitere „Teilung […] stattgefunden“: Der im „Zeremoniell einer diskursiven Ästhetik“ nicht zu heilende „Riß zwischen dem Normalvertrag Solo und der Sehnsucht nach einer wirklichen Empörung“.[486] Die alten Probleme im Zwischenmenschlichen zwischen Schauspielern und Regisseuren hatten ebenfalls nicht aufgehört, das Direktorium zu beschäftigen[487], auch wenn man bei Durchsicht der damaligen Protokolle den Eindruck gewinnt, als hätte sich das meiste zwischenzeitlich eingespielt und wäre routiniert abgelaufen[488]. Abstimmungen fanden im Direktorium „so gut

[480] IfSG: SB 231. Papier „Zur Mitbestimmung am Schauspiel Frankfurt – derzeitiger Stand Februar 1976“ vom 4. Februar 1976.
[481] Frankfurter Rundschau, Ausgabe Hanau, 27. April 1976.
[482] Wie Palitzsch in der Frage der sog. „Berufsverbote“ dachte, zeigt auch seine Unterschrift unter den Aufruf zum 30. Jahrestag der hessischen Verfassung, den der Arbeitskreis „Verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte“ 1976 erließ. IfSG: SB 227. Palitzsch an Hans Mausbach, 21. September 1976.
[483] So Laube, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 187. Vgl. auch Christ, Theaterstücke zum Radikalenerlaß.
[484] Loschütz, War da was?, S. 294.
[485] So Norbert Kentrup, einer der Aktivisten des Stückes, im Rückblick. Zit. nach Loschütz, War da was?, S. 294.
[486] Laube, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 187.
[487] Vgl. den Hinweis im Ergebnisprotokoll der Vollversammlung vom 20. Februar 1976 (IfSG: SB 232).
[488] Auch der anfangs so kräftig sprudelnde Quell der Vollversammlungen nahm ab, ohne allerdings ganz zu versiegen. Auf der außerordentlichen Vollversammlung vom 25. August 1975

wie nie“ statt, in der Regel kam man in der Diskussion zu einem einhelligen Ergebnis[489].

Insgesamt fiel die Bilanz des reformierten Mitbestimmungsmodells sehr ambivalent aus. Die „Kontrolle von sonst undurchsichtigen Machtstrukturen“, so hieß es in einer internen Bestandsaufnahme vom Februar 1976, sei zwar „insoweit gelungen“ , als das „mit den Mitteln institutionalisierter […] Mitbestimmungsgremien möglich“ sei. Die Grenze der Machtkontrolle werde indes „immer dort erreicht, wo künstlerische Behauptung rational nicht mehr nachvollziehbar“ sei. Hier durch inhaltliche Konkretisierung und langfristige Perspektive über die zunächst nur formalen Möglichkeiten gemeinsamer Arbeit hinauszukommen, sei der „immer dringlicher nötig werdende“ nächste Schritt[490].

Der Schritt wurde noch dringlicher, als Anfang März 1976 der Theaterkritiker Georg Hensel im FAZ-Feuilleton eine Generalabrechnung mit dem Frankfurter Modell und seiner „Rückständigkeit “ vornahm. Die Zeit eines dürren, langweiligen Demonstrationstheaters mit „didaktischen“ Absichten, aber ohne „Kunst- und Lebensfülle“, sei vorüber. Das Frankfurter Modell, mit dessen Hilfe eine Gruppe von Theaterleuten „ihre privaten Probleme und ihre eigene Blickverengung dem unbefragten Publikum einer ganzen Stadt“ aufgenötigt habe, sei „überfällig, verbessert oder, falls dies nicht gelingt, abgebaut zu werden“. Da der Grund der Misere für Hensel nicht an den Gliedern des Theaters, nicht an den sehr wohl sehenswerten Schauspielern und den talentierten Regisseuren lag, mußte es „am Haupt“ liegen: Das Frankfurter Schauspiel sei „ein kopfloses Unternehmen“; Palitzschs Kopf gehe in den „Mehrheitsbeschlüssen der Vollversammlung unter“. Diese bringe ihrem Wesen nach nur Kompromisse zwischen „mehr oder minder gemeinsamen politischen Absichten und dem natürlichen Rollenegoismus des einzelnen“ hervor. Über Spielplan und Besetzung, insinuierte Hensel, würden an den Städtischen Bühnen die Schauspieler befinden, was aber nicht funktioniere, weil „es ohne delegierte Verantwortung keine Demokratie“ gebe. Das Frankfurter Modell, so die Quintessenz des Artikels, sei „eine Versteinerung, ein Überbleibsel aus der Zeit, als man noch in dem Irrtum befangen war, es genüge, auch die Raumpflegerinnen über Kunst abstimmen zu lassen, und schon sei Demokratie hergestellt.“[491]

Das Ensemble des Theaters warf Hensel vor, sich mit seinen Angriffen als „Propagandist der Tendenzwende“ entlarvt zu haben, die da heiße: „zurück“. Der „schlimmste Punkt“ der Henselschen Polemik sei der Vorwurf, bei dem Frankfurter Modell handele es sich um ein Überbleibsel der 68er-Zeit und der „1968 eingeleiteten Demokratisierung in öffentlichen Institutionen“. Denn die „Demokratisierungsprozesse“, darauf beharrte das Ensemble entschieden, dürften auch jetzt nicht „abgewürgt“ werden. Überdies seien die Mehrheitsbeschlüsse der Vollver-

(vgl. das Protokoll, in: IfSG: SB 237) beantragte Retschy etwa, sich kritisch mit Erklärungen des Oberbürgermeisters in der Rundfunksendung „Tribüne“ auseinanderzusetzen. Am 5. Dezember 1975 wurde auf Antrag der Produktionsgruppe „Roter Reiter“, bei der einiges schief gegangen war, ebenfalls eine Vollversammlung einberufen (Protokoll hiervon in: IfSG: SB 232).

489 IfSG: SB 231. Papier „Zur Mitbestimmung am Schauspiel Frankfurt – derzeitiger Stand Februar 1976“ vom 4. Februar 1976.

490 Ebd.

491 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. März 1976 („Wie langweilig darf Theater sein?“).

sammlung nie bindend gewesen für das Direktorium, in dem der Basisvertreter nur eine von drei Stimmen habe. Insofern erweise sich Hensels Suggestion, das Schauspiel werde „in Form einer plebiszitären Demokratie geführt", als ganz abwegig. Obwohl die Resolution Hensel einige sachliche Fehler nachweisen konnte, war sie alles in allem in einem recht defensiven Ton gehalten und von dem Eindruck geprägt, daß „der restaurative Wind […] uns neuerdings heftiger" entgegenblies[492].

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Kontroverse machten sich die Städtischen Bühnen nun abermals daran, eine neue und mutmaßlich bessere Struktur für das mitbestimmte Theater zu finden. Der Kulturdezernent gab in einem Gespräch mit dem amtierenden Direktorium Anfang März 1976 zu erkennen, daß er grundsätzlich bereit sei, den amtsmüden zweiten Direktor Steiof durch Laube zu ersetzen, sprich: die bisher von einem Bühnenbildner wahrgenommene Position im Direktorium künftig auch mit einem Dramaturgen oder gegebenenfalls auch einmal mit einem weiteren Regisseur zu besetzen. Allerdings ließ Hoffmann bereits durchblikken, daß er wenig Neigung verspürte, wieder nur irgendeine Interimslösung für ein Jahr zu finden[493]. So wurde in den nächsten Monaten an einer großen Reform gearbeitet, deren Grundzüge Anfang Juni 1976 an die Öffentlichkeit drangen.

Auf der Ebene der Entscheidungsstrukturen ging es um eine klarere Abgrenzung der Kompetenzen. Die Vollversammlung sollte nicht mehr mit sämtlichen Fragen der Theaterführung befaßt sein, sondern nurmehr bei Fragen von Neuengagements und Besetzungen ein Vetorecht haben. Das Direktorium sollte dagegen beim Spielplan und bei Fragen der Vertragsverlängerung bzw. -lösung allein entscheiden und nur noch den Beirat, nicht aber die Vollversammlung dazu hören[494]. Wie Palitzsch begründete, seien die Schauspieler in den Entscheidungsprozessen oft überfordert gewesen, weil der Spielplan von Regiekonzepten abhänge und die Frage der Nichtverlängerung „eine unzumutbare Entscheidung über die Zukunft eines gleichgestellten Kollegen zum Inhalt" habe[495]. Tatsächlich kam „der Wunsch nach mehr Führung" aus dem Ensemble selbst, das in seiner Mehrheit freiwillig auf Kompetenzen im Bereich der Besetzungen und Neuverpflichtungen verzichtete[496]. Das Interesse an Mitbestimmung, so hieß es, sei an der Basis in letzter Zeit „spürbar erlahmt"[497].

Die andere wesentliche Neuerung war weniger struktureller denn personeller Art: Der zweite Direktorenposten sollte ab Januar 1977 nicht mehr durch einen Bühnenbildner besetzt werden, aber auch nicht durch einen hauseigenen Dramaturgen, sondern durch eine von außen kommende „starke Management-Figur"[498].

[492] IfSG: SB 237. Ensemble an Frankfurter Allgemeine Zeitung, z. Hd. Herrn Rühle, 23. März 1976, Richtigstellung „Wie falsch darf ein Kritiker informieren?". Hensel hatte zum Beispiel auch unzutreffenderweise geschrieben, die Städtischen Bühnen wollten von Schiller „gar nichts wissen".

[493] IfSG: SB 232. „Schauspieldirektorium 4. März 1976. Protokoll des Gesprächs mit Hilmar Hoffmann vom 4. 3. 1976" (gez. Andreas Hensel).

[494] Frankfurter Neue Presse und Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976.

[495] Frankfurter Neue Presse, 3. Juni 1976.

[496] Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976.

[497] Frankfurter Neue Presse, 3. Juni 1976.

[498] Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976.

Vom Kulturdezernenten wurde für dieses Amt der 44jährige Karlheinz Braun auserkoren, bisher Leiter des „Verlags der Autoren". Braun war in Frankfurt aufgewachsen, hatte dort auch studiert und zu den Gründern der „Neuen Bühne" an der Goethe-Universität gehört, die zu den meistbeachteten deutschen Studententheatern zählte. Danach hatte ihm der alte Peter Suhrkamp die Theaterabteilung seines renommierten Verlages anvertraut. Ende der 1960er Jahre hatte Braun Suhrkamp wieder verlassen, um den „Verlag der Autoren" zu gründen. Dieses Unternehmen gehörte seinen Autoren selbst, ging also in seiner Organisation vom Prinzip der Mitbestimmung aus[499], was Braun für die Arbeit am Frankfurter Theatermodell nachgerade prädestinierte. Zudem galt er als ein „wendiger, unermüdlich ideenreicher, rasch enthusiasmierbarer Mensch"[500], als „integer, umsichtig, ohne Selbstdarstellungsbedürfnisse"[501]. Daß Braun auch in der Frankfurter Sozialdemokratie gut vernetzt war, dürfte dem Kulturdezernenten die Entscheidung erleichtert haben[502].

Der verbreitete Eindruck, Braun werde von Hoffmann mit dem zweiten Direktorenposten praktisch „die Intendanz angetragen", sein Entscheidungsspielraum werde „beträchtlich" sein, resultierte auch daraus, daß Palitzsch sich seiner Doppelaufgabe, zugleich erster Regisseur des Hauses und Direktor zu sein, „nicht mehr gewachsen" fühlte und ausdrücklich um Entlastung gebeten hatte[503]. Zwar gab sich der Regisseur nach außen hin „nicht mitbestimmungsmüde", Mitbestimmung sei nicht nur notwendig, sondern sogar zweckmäßig; aber er verhehlte nicht seine persönliche Präferenz, am liebsten nur noch künstlerisch zu arbeiten[504]. Dagegen würde Braun, ein Mann ohne eigene Regieambitionen, mehr auf den Verwaltungslauf des Theaters achten können[505].

Die öffentliche Reaktion auf das Reformpaket war gemischt. Der seit seinem „Sodom-und-Gomorrha"-Artikel 1974 von manchen zu Unrecht als Erzkritiker des mitbestimmten Schauspiels wahrgenommene Peter Iden fand es richtig, die notorisch „überforderte" Vollversammlung in ihren Kompetenzen zu beschneiden. Eine Schwäche des Entwurfs sah Iden aber darin – sein alter Kritikpunkt –, daß weiterhin ein Schauspieler als Vertreter der Basis zum Direktorium gehören solle, weil dadurch das gewünschte „Gegenüber von Führung und Ensemble […] wieder gemildert" werde. Auch wenn Iden die Umstellung als „nicht widerspruchsfrei" bewertete, kam er insgesamt zu einem positiven Schluß. Am Schauspiel brauche also keine „Restauration" alter Hierarchien ins Werk gesetzt, sondern könne weiter an der Idee der Mitbestimmung festgehalten werden[506]. Von den skeptischeren Stimmen sei nur die *Süddeutsche Zeitung* genannt, die den neuerlichen Reformschritt als „Kurs-Korrektur" empfand. Hilmar Hoffmann

499 Urban, Das Buch vom Verlag der Autoren.
500 Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976.
501 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juni 1976.
502 Vgl. das Schreiben des Kulturpolitischen Arbeitskreises des SPD-Unterbezirks Frankfurt vom 1. März 1977 an „Dr. Karlheinz Braun, Direktorium Städtische Bühnen": „Lieber Karlheinz! …" (IfSG: SB 231).
503 Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976.
504 Frankfurter Neue Presse, 3. Juni 1976.
505 Süddeutsche Zeitung, 3. Juni 1976.
506 Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976.

lasse keinen Zweifel daran, daß er angesichts der anhaltenden Flaute des Schauspiels auf mehr Management setze. Die Frage sei allerdings, ob diese Lösung nicht nur Flickwerk sei und ob nicht besser eine „neue potente Regiepersönlichkeit" an das Schauspiel Frankfurt hätte gebunden werden müssen. Das Palitzsch-Ensemble, so der Hintergrund dieser Einschätzung, habe doch vor allem auch „an seinen Produkten" gekrankt[507].

Während in der Öffentlichkeit spekuliert wurde, ob sich Laube durch die Regelung übergangen fühlen könnte[508], erklärte der Dramaturg seine Bereitschaft, für die Übergangszeit bis zum Amtsantritt Brauns interimistisch sogar die Direktorengeschäfte des ausgeschiedenen Steiof zu übernehmen[509]. In der Vollversammlung Mitte Juni 1976 regte sich gegen die Personalie Braun kein offener Widerspruch; doch 21 Enthaltungen bei 27 Ja-Stimmen deuteten auf Irritationen im Ensemble hin. Dahinter verbarg sich nicht nur eine gewisse Vorsicht gegenüber dem von Kulturdezernat und Theaterleitung präsentierten Kandidaten, sondern eine Sorge grundsätzlicherer Art: Die „dritte Etage" war mit dem Vorschlag in die Sitzung gegangen, das neue Direktorium ab 1. Januar 1977 mit Palitzsch, Braun und einem Dramaturgen zu besetzen. Das aber hieß, die bestehende Mitbestimmungsvereinbarung einschneidend zu verändern. Zwar trug dies der öffentlich bekundeten Kritik Idens Rechnung, doch den damit verbundenen Verzicht auf einen dritten Direktor aus der Basis wollten die Mitglieder des Ensembles denn doch nicht leisten, bevor noch die Frage der Vetorechte des Beirats „und damit der Spielraum für die Mitbestimmung der Basis" festgeschrieben war[510]. Der Austausch des Schauspielers im Direktorium durch einen „Vorstand", diese Befürchtung verdichtete sich in den nächsten Wochen mehr und mehr, bedeute für die Öffentlichkeit die Zurücknahme des bisher Erreichten, also faktisch das Ende des „Modells"[511].

Im „Entwurf für eine Veränderung der Mitbestimmungsvereinbarung", der am 14. September für die drei Tage später stattfindende Vollversammlung vorgelegt wurde, war diese denkbar größte Zumutung für die Basis folglich nicht mehr enthalten. Neben den beiden vom Magistrat berufenen Direktoren schlug die für den Entwurf zuständige, vor allem aus Schauspielern bestehende Arbeitsgruppe den Sprecher des Künstlerischen Beirats weiterhin als dritten im Bunde vor.[512] Auch auf den folgenden Vollversammlungen wurde dieser Punkt nicht mehr streitig gestellt. Der Unmut des Ensembles konzentrierte sich vielmehr auf die im Entwurf zurückgeschnittenen Kompetenzen der Vollversammlung[513]. Auf die schließlich

[507] Süddeutsche Zeitung, 3. Juni 1976.
[508] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juni 1976.
[509] Siehe den entsprechenden Personalvorschlag des alten Direktoriums sowie den späteren Beschluß, im IfSG: SB 237. Vollversammlung vom 16. Juni 1976 sowie vom 2. August 1976.
[510] IfSG: SB 237. Ergebnisprotokoll der Vollversammlung vom 16. Juni 1976.
[511] IfSG: SB 231. Schauspiel Frankfurt, Kurzprotokoll der Sitzung vom 29. 8.[19]76 über den Entwurf eines neuen Mitbestimmungspapiers durch die „alten und neuen Vorstände von Schauspiel F".
[512] Der Entwurf ist abgedruckt in: Loschütz, War da was?, S. 245. Zur Zusammensetzung der Anfang August eingesetzten Arbeitsgruppe: IfSG: SB 237. Ergebnisprotokoll der Vollversammlung vom 2. August 1976.
[513] Dieser expressis verbis nur das Recht zuzugestehen, den Beirat zu wählen sowie über Magistratsvorschläge zur Berufung neuer Direktoren zu befinden, hielt die Mehrheit keineswegs für einen „weiteren Schritt in Richtung auf die volle künstlerische Mitbestimmung", wie der Entwurf vom 14. September vollmundig postulierte, sondern eher für einen Rückschritt. Ver-

nach langen Debatten am 29. September 1976 vom Plenum verabschiedete Fassung des Papiers braucht hier nicht mehr näher eingegangen zu werden, weil dieser „letzte große Versuch, die Mitbestimmung zu organisieren" (so Danzeisen), nie die Zustimmung des Magistrats erhalten sollte[514].

Statt den Entwurf der Vollversammlung rechtsverbindlich zu machen, beschränkte sich der Magistrat darauf, das alte Mitbestimmungsmodell nur an einem einzigen Punkt zu ändern, um den vom Kulturdezernenten betriebenen Eintritt Brauns in das Direktorium (statt eines Bühnenbildners) ab Januar 1977 zu ermöglichen. Basisdirektor Danzeisen, der erst in letzter Minute davon Wind bekommen hatte, interpellierte vergeblich an den ihm nahestehenden SPD-Stadtrat Friedrich-Franz Sackenheim: Die heute (26. November 1976) auf der Tagesordnung des Magistrats stehende Änderung des Modells sei von der Vollversammlung so „nicht gebilligt"[515]. Hilmar Hoffmann warb jedoch in einem Brief an die Vollversammlung der Städtischen Bühnen um Verständnis für seine Taktik, das von ihr beschlossene Modell dem Magistrat nicht zur Entscheidung vorzulegen.

Eine Verabschiedung der Reform durch die Stadtregierung, so der Dezernent, wäre „im jetzigen Zeitpunkt weder bei der Bevölkerung noch im Parlament gut aufgenommen worden". Kurz vor der Kommunalwahl (im März 1977) eine so weitgreifende Entscheidung zu treffen, hätte „mit Sicherheit den Vorwurf aufkommen lassen, daß hier vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen". Zum anderen hätten auch sehr engagierte Mitglieder des Kulturausschusses erhebliche Zweifel an der Durchführbarkeit des von der Vollversammlung beschlossenen Modells geäußert. Es jetzt zur Abstimmung zu geben, so Hoffmann, hätte faktisch „seine Ablehnung bedeutet". Das Ensemble solle vielmehr „in der nahen Zukunft […] die Praktizierbarkeit des verabschiedeten Modells" intern erproben und nach Möglichkeit die dabei gesammelten Erfahrungen „zur Präzisierung der erhobenen Forderungen und Mitwirkungsmöglichkeiten einbringen"[516]. Hoffmann Haltung bewies politischen Instinkt. Wie schon zwei Jahre zuvor, als eine große Einnahmelücke am Schauspiel klaffte, boten auch die neuesten beunruhigenden Abonnentenzahlen[517] aus sozialdemokratischer Sicht allen Anlaß, die städtische Einrichtung möglichst wenig ins kommunalpolitische Rampenlicht zu rücken. Die Gefahr, daß die Opposition dies versuchen würde, schien angesichts der nahenden Wahlen ohnehin größer denn je. Eine Debatte über das Scheitern des linken Lieb-

geblich erwiderten die Anhänger des ursprünglichen Entwurfs, die Vollversammlung sei doch „das unqualifizierteste Gremium", das man sich denken könne. Statt die „Frustrationen eines Ensembles" zu vertiefen, das sich ohnehin kaum zu Rate gezogen fühle, so wurde ihnen entgegengehalten, müsse man sich „der Mitarbeit der Basis […] versichern". IfSG: SB 237 Ergebnisprotokoll der Vollversammlung vom 17. September 1976.

514 Loschütz, War da was?, S. 245ff. Zielrichtung des Entwurfs sollte sein: „größere Aktivierung der Basis durch echte Entscheidungsbefugnis in einigen Fragen und kontinuierliche Kontrolle der Arbeit des Direktoriums", „Verstärkung der Initiativ-Pflicht des Direktoriums" und Verdeutlichung der „häufig unterschiedlichen Interessenlage von Schauspielern und Vorständen".

515 IfSG: SB 231. Direktorium, 26. November 1976, an Herrn Stadtrat Friedrich-Franz Sackenheim (gez. Danzeisen).

516 IfSG: SB 231. Hilmar Hoffmann an die Vollversammlung der Städtischen Bühnen z. Hd. von Herrn Peter Palitzsch, 7. Dezember 1976.

517 Vgl. den Brief Hilmar Hoffmanns „An die Städtischen Bühnen" (20. September 1976) in Sachen Abonnementskündigungen. IfSG: SB Nr. 244.

lingsprojekts Mitbestimmung war aber ungefähr das letzte, was die auch aus vielen anderen Gründen in Bedrängnis geratende SPD-Stadtregierung damals gebrauchen konnte.

So blieb es bei der halbwegs gesichtswahrenden kleinen Reform in Gestalt der Berufung Brauns zum nur heimlichen Intendanten. Dem Personalvorschlag des Magistrats, Braun neben Palitzsch zum Direktor zu bestellen, stimmte die im Sommer 1976 an diesem Punkt noch zögernde Vollversammlung Anfang Januar 1977 mit ganz breiter Mehrheit zu. Der Schauspieler Wennemann, der bei der Wahl zum Künstlerischen Beirat das beste Ergebnis erzielte, übernahm das nach wie vor bestehende Amt des Basisdirektors[518]. Der salomonischen Anregung des Kulturdezernenten folgend, ging man mit dem Jahreswechsel 1976/77 außerdem dazu über, das neue Modell zumindest intern zu praktizieren[519]. Doch angesichts der ab März 1977 einschneidend veränderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen in einer CDU-regierten Stadt stand in den folgenden letzten Jahren des Mitbestimmungsmodells am Schauspiel Frankfurt maximal noch die Bewahrung des Status quo zur Debatte; revolutionäre Schritte von der Mit- zur Selbstbestimmung, an die anfangs langfristig gedacht worden war, oder andere Reformen zur vollen paritätischen Mitbestimmung fanden dagegen nicht mehr statt.

Was also blieb vom Frankfurter Modell, und weshalb ist es faktisch schon 1977 gescheitert? Dramaturg Laube brachte es auf eine wohl etwas zu einfache „Faustregel“: „Länger als vier Jahre geht es nicht mit einem Stadttheater in einer Stadt, dann muß sich das Theater eine andere Stadt suchen. Aber wir machten entschieden weiter“. Laubes Analysen hinsichtlich eines Gesetzes der „gegenseitigen Abnutzung“[520] bedürfen zum einen deshalb der Korrektur, weil der Prozeß unter den besonderen Umständen des mitbestimmten Schauspiels keineswegs erst nach vier Jahren einsetzte. Zum anderen geht diese „Faustregel“ an dem wirklich entscheidenden Punkt vorbei: Die beiden von der Stadt berufenen Direktoren hätten so entscheidungsstark sein müssen, daß sie Entscheidungen auch gegen den Willen des Künstlerischen Beirats und des Basisdirektors zu fällen wagten. Dieses aber ist in den acht Jahren „sicherlich in vielen (zu vielen!) Fällen nicht geschehen“, vor allem deswegen nicht, „weil die Direktoren (und vor allem die Regisseure im Dreier-Direktorium) vom Ensemble geliebt werden wollten (zum Vorteil ihrer eigenen künstlerischen Arbeit) und deshalb immer mehr den Konsens mit dem Künstlerischen Beirat suchten als die Konfrontation“. Mit Kompromissen jedoch ist „eine entschiedene Arbeit“ nur selten zu erreichen[521].

Palitzsch selbst räumte rückblickend ein, daß aus dem Versuch, jedem gerecht zu werden, „Schäden entstanden“ seien; das habe freilich nicht nur an den Direktoren gelegen, sondern auch an „Verlogenheiten“ dergestalt, „daß man im Fundus anders über die Dinge sprach, als man es tat, wenn man in die dritte Etage kam“[522].

[518] IfSG: SB 232. Protokoll der Vollversammlung vom 3. Januar 1977.
[519] Die letzte Spartenversammlung der Schauspieler „ohne Beirat“, also nach dem alten Modell, hatte am 9. Dezember 1976 stattgefunden. IfSG: SB 232. Protokoll der Spartenversammlung vom 9. Dezember 1976.
[520] Loschütz, War da was?, S. 187.
[521] So auch das fundierte Urteil von Karlheinz Braun, der die erste Phase bis 1976 von außen, die zweite bis 1980 dann von innen erlebte. Ebd., S. 304.
[522] Ebd., S. 315.

Auf das immer wieder artikulierte Gefühl der Ensemblemitglieder anspielend, von der Leitung „ausmanövriert worden zu sein", bestand Palitzsch auf dem ganz gegenteiligen Eindruck, er sei mit seinen Entscheidungen nicht „sehr häufig durchgekommen": „Ich finde, daß ich unheimlich weggesteckt habe."[523] Seine Stellung im Leitungsgremium beschrieb er mit den Worten, er „hätte […] zwei Berufe" gehabt. Als einen der Gründe für den Mißerfolg des Modells nannte Palitzsch ferner, daß es „nicht gelungen sei, bei den maßgeblichen Frankfurter Kritikern Verständnis für eine Arbeitsweise zu wecken, die die Schwierigkeiten, gegenwärtig politisches Theater zu machen, so offen an die Öffentlichkeit trage"[524]. Die noch spannendere Frage, weshalb dies nicht gelungen war, stellte Palitzsch nicht, war doch einer der publizistischen Hauptkritiker, Peter Iden, alles andere als ein unversöhnlicher, reaktionärer und prinzipieller Gegner der Mitbestimmungsidee.

Im Abstand von eineinhalb Jahrzehnten zog Iden 1992 eine ausgewogene Bilanz. Das Palitzsch-Theater habe „die Kontroverse auch im Inneren" als nötig und konstitutiv für das Theater angenommen. Da es im Drama stets darum gehe, „daß Menschen sich emanzipieren, der Mensch zum Menschen nur werden kann im Kontext einer humanen, gerechten, auf jede Form von Unterdrückung verzichtenden Ordnung", sei im Prinzip nicht einzusehen, „wie dieser Gedanke als Forderung an die Gesellschaft glaubwürdig vorgetragen werden könnte von Theatern, in denen selbst die strengste Hierarchie herrsche". Von daher rührte Idens anhaltende Grundsympathie mit dem Frankfurter Modell, das „mit den besten Absichten und einem enormen Aufwand von psychischer und physischer Energie" verfolgt worden sei. Aber „Menschen und Theaterleute, Künstler, vielleicht in besonderem Maß", so erklärte sich Iden das Scheitern der Mitbestimmung, würden manchmal dazu neigen, „zu leidenschaftlich und zu rasch zu wollen, was zu erreichen große Ausdauer und den ganz langen Atem verlangt"[525].

Der hohe „Erwartungsdruck"[526], unter dem das Modell seit Anbeginn stand, der „atemberaubende Aufbruch" im Zeichen einer neuen „kulturpolitischen Doktrin" war es sicher auch, der „die große Enttäuschung beflügelt" hatte[527]. Dennoch wäre es zu einfach, mit Verweis auf die Fallhöhe oder darauf, daß schließlich auch unzählige herkömmliche Intendanzen gescheitert seien, „ohne daß man es dem System, der Alleinherrschaft angekreidet hätte"[528], die gravierenden Strukturprobleme eines mitbestimmten Theaters schönzureden, wie sie die hier durchgeführte „Anatomie einer Mitbestimmung" so zahlreich dokumentiert hat.

Was wirklich passiert wäre, wenn man den anfangs noch weiter gehenden Visionen eines nicht nur mit-, sondern selbstbestimmten Theaters gefolgt wäre, läßt

523 Ebd., S. 318.
524 Frankfurter Rundschau, 7. August 1978.
525 IfSG: S 3/N 8.272: Peter Iden: „Der Schein, was ist er, dem das Wesen fehlt?" – zur Entwicklung des Schauspieltheaters in Frankfurt; Vortrag gehalten auf Einladung des Patronatsvereines für die Theater der Stadt Frankfurt am Main, 28. September 1992, im Nachtfoyer des Schauspielhauses, S. 9. Die von uns immer wieder herangezogene Dokumentation „War da was?" galt im übrigen in Idens Augen – neben den Memoiren Fritz Kortners – als das wohl spannendste deutsche Theaterbuch nach 1945.
526 So Braun, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 302.
527 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juli 1980.
528 Das Dreier-Direktorium, so die Pointe der Braunschen Argumentation, hätte „so gut funktioniert wie eine Intendanz". Loschütz, War da was?, S. 304.

sich nur erahnen; es sei am Beispiel des im Rahmen des Frankfurter Modells produzierten „Urfaust“ aber wenigstens noch angedeutet. Da der ursprünglich vorgesehene Regisseur das Stück nicht in der vorgesehenen Zeit machen „wollte und konnte“[529], während die Schauspieler an diesem Exempel die Verbindlichkeit eines gemeinsam beschlossenen Spielplans zu demonstrieren gedachten, inszenierten sie das Stück kurzerhand selbst. Es folgte eine „völlig selbstbestimmte Besetzungsdiskussion“ und „nach vielen verrauchten Stunden“ (nur Schauspieler selbst wissen wohl, „wie heiß Besetzungsgespräche geführt werden können“) die erste Probe. Angesichts so vieler Regisseure im Zuschauerraum („Nein […,] so nicht, bitte fang doch noch mal an“) standen dem Schauspieler auf der Bühne nach unzähligen Kritiken „unsichtbare Tränen in den Augen“. Die inszenierenden Mimen „beschworen alle Unarten der verschiedensten Regisseure auf einmal“[530], und auch wenn sich später immer nur zwei oder drei gemeinsam in der Regiearbeit abwechselten, wurde es selbst nach Einschätzung Beteiligter „keine sehr geglückte Aufführung“[531]. „Das mache ich nie wieder“, war eine verbreitete Reaktion auf das Experiment: „Es ist viel weniger schlimm, unter einem autoritären Arsch von Regisseur zu arbeiten als in einer demokratischen Gruppe, wo sich drei Schauspieler die Spielleitung teilen, die dann, weil sie die Sache nicht in den Griff bekommen, ganz unerhört autoritäre Verhaltensweisen entwickeln.“[532]

„Trotz miesester Erfahrungen“ waren manche Mitglieder des Ensembles jedoch nicht bereit, „zuzugeben, daß es mies war“[533]. Dem lag wohl auch die menschlich nachvollziehbare Neigung zugrunde, von alten und lieb gewonnenen (politischen) Träumen nur schwer Abschied nehmen zu können. Hans-Christian Rudolph, der ab 1978/79 in der Endzeit des Frankfurter Modells ans Schauspiel gekommen war und dort, zeitweilig als Mitglied im Direktorium, „nur noch privatistische Klüngeleien und Interessenvertretungen“ erlebte, erklärt das Phämomen damit, „daß über Jahre hinweg Bedürfnisse nicht befriedigt worden“ seien[534]. Karlheinz Braun wehrte sich indes „entschieden gegen alle Defätisten, die von einem Scheitern des Modells“ sprachen: „Die politischen Hoffnungen vom Ende der sechziger Jahre waren auch die Hoffnungen für Veränderungen am Arbeitsplatz, im Zusammenleben. Schauspiel Frankfurt hat sie realisiert, hat es versucht, sie zu realisieren.“[535]

Daß es wohl doch eher letzteres war, ein Versuch, zeigen gerade einige Einschätzungen der Schlüsselfigur des Mitbestimmungstheaters. Zwar sind von Palitzsch etliche Äußerungen überliefert, in denen er sich entschieden dagegen

529 So Matthias Fuchs in seinem Beitrag zu Loschütz, War da was?, S. 269.
530 Ebd.
531 Stefanek, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 263.
532 So referiert Roggisch Äußerungen am „Urfaust“ beteiligter Schauspieler (Loschütz, War da was?, S. 321). So schlimm wie beim „Urfaust“ kam es bei der „Revolte im Erziehungshaus“ (Regie: Peter Löscher, 1974) zwar nicht, doch der Versuch, „kollektive Arbeitsweisen in die Proben einzubringen“, endete auch hier in einem „bezeichnenden Vorgang“: Vierzehn Tage vor der Premiere schrumpfte die Begeisterung des Ensembles über diese Arbeitsweise „ziemlich zusammen und es wurde gesagt, ja jetzt muß der Löscher doch mal langsam sagen, was los ist, wo es hingehen soll, jetzt muß er doch mal Farbe bekennen. Die Ware muß fertig werden“. Theater heute, Jahressonderheft: Theater 1974, S. 58, 61.
533 Loschütz, War das was?, S. 302.
534 Loschütz, War da was?, S. 299, 302.
535 Ebd., S. 303.

sträubt, das Frankfurter Modell einfach als gescheitert oder mißglückt abzutun[536]. Andererseits hat er unterhalb dieser nicht verwunderlichen Generalapologie im Konkreten ziemlich vernichtend über das Experiment geurteilt. „Ich glaube nicht", so sagte Palitzsch 1980, „daß heute jemand auf die verwegene Idee käme, so einen Versuch noch einmal zu machen". „Der Anspruch" sei „zu hochgestellt" gewesen und „die Ergebnisse […] – daran gemessen – ziemlich mickrig"[537]. Mit den Ergebnissen meinte der bedeutende Regisseur gerade auch die künstlerischen, räumte er doch selbstkritisch ein, die Mitbestimmung an seinem Theater habe die Qualität der Aufführungen nicht verbessert[538].

Die künstlerischen Ergebnisse des Mitbestimmungsmodells und ihre Außenwirkung

Lange bevor auch nur die Proben zur ersten Spielzeit der Ära Palitzsch begonnen hatten, prophezeite Horst Köpke dem Regisseur in der *Frankfurter Rundschau*, in einer „verteufelten Situation" zu stecken: Die ersten sechs Wochen seiner Tätigkeit im Herbst 1972 würden in den Kommunalwahlkampf fallen, mißglückte Aufführungen würden demnach „Wahlschlager im Kampf gegen den [sozialdemokratischen] Kulturdezernenten abgeben". Die darauf zurückzuführende „nahezu totale Informationssperre" demonstrierte dem Journalisten, wie wenig „das Prinzip Öffentlichkeit offensichtlich wert" sei, wenn „Verfechter von Demokratisierung und Mitbestimmung es selbst anwenden" könnten[539]. Gewarnt von solchen publizistischen Spitzen, versicherte Palitzsch der Presse gegenüber bald darauf, der Spielplan des Schauspiels werde „nicht ganz so revolutionär sein", wie manche Leute befürchtet hätten[540]. Bei einer Diskussion im Frankfurter „Club Voltaire" mit dem Kulturdezernenten und dem neuen „Chefdirektor" des Schauspiels wiederholte dieser, „das vorhandene Publikum nicht vor den Kopf stoßen" zu wollen; es gelte, den Stamm der Abonnenten zu halten und trotzdem neue Besucherschichten zu erschließen[541].

Man wird nicht fehl in der Annahme gehen, daß Brecht-Schüler Palitzsch die Äußerung im Wissen davon tat, was sein Lehrer über das moderne Theater gesagt hatte: Dieses müsse nicht danach beurteilt werden, wie weit es die Gewohnheiten des Publikums befriedige, sondern danach, wie weit es sie verändere. Doch selbst Hilmar Hoffmann, dem vor allen anderen Palitzschs Berufung nach Frankfurt zu verdanken war, zog in dieser Hinsicht 1980 ein „negatives Saldo" des mitbestimmten Theatermodells. Durch einen „verbal verschenkten Start, der eine Chance für den Beginn einer neuen Ära hätte sein können", habe das Schauspiel gleich zu

536 Vgl. etwa seine Reaktion in einem Interview aus dem Jahr 1999: „Gescheitert? Ich bin weggegangen" (1980 hatte er seinen Vertrag in Frankfurt nicht mehr verlängert). Er finde, sein Mitbestimmungsmodell habe „ziemlich lange gehalten, […] dafür, daß es so aufreibend war". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. April 1999.
537 Loschütz, War da was?, S. 316.
538 Frankfurter Neue Presse, 3. Mai 1977.
539 Frankfurter Rundschau, 7. März 1972.
540 Die Welt, 17. März 1972.
541 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juni 1972.

Beginn im Herbst 1972 genau das Publikum „verprellt", dessen gewohnheitsmäßige Erwartungen es eigentlich verändern wollte. In der Euphorie des Neuanfangs, so Hoffmanns Einschätzung, sei manche „allzu fortschrittlich annoncierte Programmatik, wie sie auf Pressekonferenzen, in Interviews oder Statements verlautbart wurde, alsbald ins psychologische Abseits" geraten[542]. Und zwar um so mehr, als ein Großteil der potentiellen Theaterbesucher „gefälligst die Hitliste der Klassiker original vom Blatt" hätte gespielt haben wollen, „damit dem Bildungsbürger die schönen Kalendersprüche erhalten bleiben" könnten[543]. Die tiefen Vorurteile eines „konservativ auf rein kulinarischen Gewinn gestimmten Publikums" hätten sich „schnell in dem Verdacht bestätigt" gesehen, hier kündige sich „Ideologisches in der Reinkultur eines unverhohlenen Agitationstheaters an"[544]. Die neu verabredete Gagenordnung, d. h. der Abbau der höheren Gagen zugunsten einer Verbesserung der mittleren und unteren (künftig von 1000 Mark bei unverheirateten Anfängern bis zu nur noch 3600 Mark in den Spitzenpositionen reichend)[545], kam prima vista gut an[546]. Doch diese Nivellierung war zugleich geeignet, bürgerlich-konservative Befürchtungen hinsichtlich gleichmacherischer sozialistischer Experimente auf der Bühne zu nähren.

Gleich mit der ersten Premiere Ende September 1972 konnte man diese (Vor-) Urteile für bewiesen halten, als die neue Ära statt mit einem Klassiker „scheinbar programmatisch mit einem damals noch unbekannten Gegenwartsstück eröffnete"[547]. Nicht der klassische „King Lear" von Shakespeare wurde gegeben, sondern die Lear-Adaption des sozialistischen englischen Dramatikers Edward Bond[548]. Dafür zeichnete zum einen der umtriebige Kulturdezernent verantwortlich, der wußte, daß an der deutschsprachigen Uraufführung von Bonds „Lear" mehrere große Bühnen interessiert waren, und deshalb meinte, es in Frankfurt „nicht auf die lange Bank schieben" zu sollen[549]. Zum anderen schien Bonds „Lear" Palitzsch am besten geeignet, das Thema der Gewalt „für die gegenwärtigen Verhältnisse zu verallgemeinern"[550]; und „Gewalt" war angesichts der allabendlich vom Fernsehen in die Wohnzimmer transportierten Bilder des Vietnamkrieges „das Thema dieser Jahre"[551]. Die entscheidende Botschaft des Bondschen Stückes bestand für Palitzsch und seine Mitstreiter in dem Appell „an alle Sinne, jegliche Gewalt für die Suche nach einer humaneren Form unseres Zusammenlebens auszuschließen"[552].

542 Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 13.
543 Hoffman, Ihr naht Euch wieder, S. 144.
544 Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 13.
545 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. März 1972.
546 Es stimme optimistisch, so meinte etwa die *Frankfurter Neue Presse* (17. März 1972), daß viele Prominente freiwillig einer Gagenreduzierung zustimmen würden.
547 Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 13.
548 Der 1934 geborene Bond war in den 1970er Jahren einer der meist gespielten, aber auch am stärksten umstrittenen internationalen Bühnenautoren. Sein „Lear" war 1971 gerade in London uraufgeführt worden.
549 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Oktober 1972.
550 Ebd.
551 So hieß es mit Bezug auf eine Äußerung des FAZ-Feuilletonisten Günther Rühle in einem offenen Brief des Direktoriums (Palitzsch, Gelhaar, Danzeisen) an die „Sehr geehrte[n] Schauspielbesucher!" (IfSG: SB 232).
552 Ebd.

Allein, die Botschaft wollte sich dem – eher weniger geneigten – Publikum am Abend der Premiere nicht so recht erschließen. Noch keine dreißig Minuten hatte die Ära Palitzsch gedauert, als bereits „hundert Zuschauer die Flucht ergriffen“[553]. Es waren vor allem „ältere Theaterfreunde“, die zunächst „stumm den Tempel“ verließen[554]. Ihr Protest richtete sich gegen Grausamkeiten in der vierten Szene des ersten Aktes, wo Lord Warrington mißhandelt wird, während die Töchter Lears sich an seinen Qualen noch weiden, ihm die Hände zerquetschen lassen und ihm schließlich Stricknadeln in die Ohren stecken. Im zweiten Akt, wo eine Tochter des Königs mit dem Bajonett festgenagelt wird, folgten Rufe wie „Sadismus“ und „Schweinerei“, bis die Aufführung kurzfristig ganz zusammenbrach, nachdem ein junger Zuschauer zur Rampe geeilt war und eine sofortige Diskussion verlangt hatte. Statt dessen verließen ein Drittel der Besucher den Saal, während die Mehrheit ausharrte und nach vier Stunden Palitzsch dem neuen Ensemble „nicht gerade stürmisch, aber doch freundschaftlich“ applaudierte[555]. Andere Beobachter interpretierten den Beifall der Verbliebenen als „denkbar müde“; und so empfand ihn wohl auch Palitzsch, der sich nach der Aufführung nicht zeigte, sondern es vorzog, „sein Erscheinen für einen glücklicheren Anlaß aufzusparen“[556].

Die Theaterkritiker waren sich ebenso uneins wie das Frankfurter Publikum. Vor allem die überregionale Presse reagierte skeptisch, wobei sie zur Begründung des Fehlschlags immer wieder auf die widrigen äußeren Umstände verwies: „Frankfurts trostloser Theaterbau, diese katastrophale Breitwandbühne, auf der man eigentlich nur Aufmärsche und Schlachten inszenieren kann.“[557] Von der „beängstigenden Weite“ dieser Bühne, die „zu beherrschen sie von heute auf morgen wohl nicht lernen“ könnten, hätten die Schauspieler, und selbst der kraftvolle Traugott Buhre als Lear, „wie gelähmt“ gewirkt. So habe sich Palitzschs Antrittsinszenierung „mit sicherer Standfestigkeit auf einer Etage tiefer“ begnügt, „als sie hätte sein dürfen“[558]. Dem skeptisch-rationalen Palitzsch sei ein Stück „in die Hände gefallen, das mit Skepsis und Ratio kaum einzufangen“ sei und das er „auffallend distanziert und defensiv“ inszeniert habe; schon Gelhaars Bühnenbild habe wie „ein Ausweichen“ gewirkt[559]. Klaus Völker warf Palitzsch in der Baseler *National Zeitung* vor, in der „etwas gleichförmig“ sich hinziehenden Aufführung weder positiv noch negativ „Haltung zu Bonds Stück bezogen“ zu haben[560].

Die lokalen Feuilletonisten sahen das Stück sehr viel freundlicher. Hervorzuheben ist vor allem das Urteil Günther Rühles in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, das von einem Großteil der vorzeitig abgewanderten bürgerlichen Premierenbesucher aufmerksam studiert worden sein dürfte. „Kräftiger“, so meinte Rühle, sei bislang „kaum ein neueres Schauspiel begonnen worden“. Palitzsch sei

553 Süddeutsche Zeitung, 2. Oktober 1972 (Rezension von Benjamin Heinrichs).
554 Frankfurter Neue Presse, 30. September 1972.
555 Süddeutsche Zeitung, 2. Oktober 1972 (Rezension von Benjamin Heinrichs); vgl. auch Klaus Völkers Besprechung in der National Zeitung, Basel, vom 11. Oktober 1972.
556 Frankfurter Neue Presse, 30. September 1972.
557 Süddeutsche Zeitung, 2. Oktober 1972 (Rezension von Benjamin Heinrichs).
558 So Hans-Dieter Seidel in der Stuttgarter Zeitung, 2. Oktober 1972.
559 Süddeutsche Zeitung, 2. Oktober 1972 (Rezension von Benjamin Heinrichs).
560 National Zeitung, Basel, 11. Oktober 1972.

es gelungen, „die ganze Dramaturgie des Stücks“ zu inszenieren, Anfang und Ende „mit großer Eindruckskraft“ zusammenzuführen und selbst die „Zumutungen“ der Gewaltszenen künstlerisch zu rechtfertigen. „Noch zwei, drei Arbeiten von ähnlicher künstlerischer Qualität“, freute sich Rühle, und das Frankfurter Schauspiel habe „wieder ein Fundament“[561]. Die *Neue Presse* lobte trotz einiger kritischer Töne, wie „technisch geschickt“ Gelhaar die Bühne gebaut und wie „erfindungsreich“ Palitzsch „in der Weite dieses Raumes“ operiert habe[562]. Peter Iden hatte es zwar nicht gefallen, wie Palitzsch Gruppenszenen „zu sterilen Arrangements“ ausformte und wie dem Regisseur das Stück „vielfach entglitten“ sei; zudem hatte er ein „in seinen theoretischen Vorstellungen noch unentschiedenes, seiner ästhetischen und spielerischen Mittel nicht sicheres Team“ gesehen. Doch er erklärte das auch mit dem löblichen „Wagnis“, ein so schwieriges aktuelles Stück wie Bonds „Lear“ für die erste Premiere zu wählen. Von einer „Enttäuschung“ zu Beginn der „neuen Theaterzeit“ in Frankfurt wollte Iden nicht reden, vielmehr erblickte er den Wert des Abends darin, daß er bestätige: „ Es gibt und es gelten in Frankfurt nach Jahren, in denen es keine gab, jetzt für das Theater wieder Kriterien. […] Wir haben wieder ein erstes Theater. Der Mut, mit dem es seinen Anspruch vorgetragen hat, macht auch welchen.“[563] Idens Redaktionskollege Köpke ritt wenige Tage später sogar einen Frontalangriff gegen jene bürgerlichen Besucher, die das Stück durch ihr Hinausgehen nach den Gewaltszenen skandalisiert hatten: Ob die „Herren und Damen Herausgeher“ früher genauso reagiert hätten, als „vielleicht in ihrer Nähe Juden erschlagen oder Häftlinge gefoltert“ worden seien? Und ob sie „auch den Mut zum Widerstand finden“ würden, wenn „in diesem Land wieder gefoltert werden sollte?“[564]

Andere Analysen des Frankfurter Theatereklats und seiner Auslöser waren sachorientierter. Denn wenn „bei der ersten, aber wirklich allerersten sich bietenden Gelegenheit protestierende Abwehr“ des Publikums laut geworden war, so konnte dies tatsächlich als Zeichen dafür gedeutet werden, wie groß „das Mißtrauen gegen die neue Mannschaft […] beim angestammten Theaterpublikum der Stadt anscheinend“ war[565]. Zwar handelte es sich beim Frankfurter Publikum wohl kaum pauschal um ein „völlig unsicheres, hilf- und maßstabloses, deshalb aggressives Publikum“, „verschreckte Bewohner“ einer von Erfurth angeblich hinterlassenen „Theaterwüste“, doch war eines zweifelsohne richtig: Die „Schrecken des modernen Theaters“, an die man sich andernorts längst gewöhnt hatte, trafen die Frankfurter Besucher vergleichsweise unvorbereitet[566]. Andererseits muß auch gesagt werden, daß „eine Eintrittskarte zu Bond […] seit je ein Wechsel auf

561 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Oktober 1972.
562 Frankfurter Neue Presse, 30. September 1972 („Peter Palitzsch begann mit einem Plakat“).
563 Frankfurter Rundschau, 2. Oktober 1972. Iden, der den Konflikt wohl schon kommen sah, hatte in der Woche vor der Premiere vorsorglich um Verständnis für die Theaterarbeit am Schauspiel geworben, die „wie alle Arbeit Anlaufzeit“ benötige. Nicht nur werde das gute alte Programmheft durch ein Theaterjournal ersetzt, auch sonst kämen auf das Publikum Veränderungen („Tests“) zu. Frankfurter Rundschau, 28. September 1972.
564 Frankfurter Rundschau, 4. Oktober 1972 („Foltern auf Nachtigallen-Art?“).
565 So Hans-Dieter Seidel in der Stuttgarter Zeitung, 2. Oktober 1972.
566 Süddeutsche Zeitung, 2. Oktober 1972 (Rezension von Benjamin Heinrichs).

Zumutungen“[567] war, auf besondere Zumutungen, weshalb die Wahl seines „Lear“ für die Antrittsinszenierung von allem anderen denn von taktischem Gespür zeugte. Und dies obwohl das Stück selbst keineswegs als „sozialistisch beargwöhnt“ werden konnte[568]. „Zwischen linker und rechter Gewalt“[569] unterschied es nicht, sondern wandte sich gegen jeden Terror der Machtausübung.

Weshalb die Entscheidung für Bonds „Lear“ im Ensemble „von allen getragen“ wurde – trotz der Ahnung, „daß es hinsichtlich der Reaktion des Publikums zu Schwierigkeiten kommen könnte“ –, erklärt sich nicht zuletzt aus der Aufbruchsstimmung des mitbestimmten Theaters. Sie war von dem Bewußtsein geprägt, „in Frankfurt etwas Neues zu versuchen, eben eine andere als die sonst allenthalben praktizierte Form der Theaterarbeit“. Der „ungeahnte Elan“, der aus dem Mitbestimmungsmodell folgte, ließ die Verantwortlichen wie unter Strukturzwang handeln und, sämtliche Warnsignale ignorierend, ganz gezielt mit einem „Paukenschlag“ beginnen[570]. Hinterher blieb nur noch Schadensbegrenzung. In einem offenen Brief an die „Schauspielbesucher“ betonte das Dreier-Direktorium: „Wir wollten einen fairen Beginn. […] Wir wollten die volle Konsequenz unseres Theaterverständnisses in formaler und inhaltlicher Hinsicht veröffentlichen. […] Wir wissen nicht erst jetzt, daß dieser Entschluß zur Ehrlichkeit unter einem taktischen Aspekt schlichtweg naiv anmuten muß.“[571] Der offene Brief schloß mit der Ankündigung, man werde versuchen, „ohne Kompromisse“ die Folgerungen aus den „Reaktionen auf unsere Arbeit“ zu ziehen[572].

Das Schauspiel suchte darüber hinaus im Rahmen einer sonntäglichen Matinée das Gespräch mit seinem Publikum. Unter den 250 Teilnehmern der Diskussion über den „Lear“ befanden sich freilich „nur relativ wenige derjenigen“, die die Premiere bzw. spätere Aufführungen unter lautstarkem Protest verlassen hatten. Eine „gewisse Schicht“, so hieß es zur Erklärung des Phänomens, sei offensichtlich „voreingenommen gegen alles […], was Peter Palitzsch und seine Mannschaft auf die Bühne bringt“[573]. Die Anwesenden zeigten sich dagegen in ihrer großen Mehrheit bereit, den Interpretationen der Ensemblemitglieder zu folgen, nicht zuletzt denen Palitzschs, der implizit – an die überwiegend abwesenden „Herausgeher“ gewandt – kritisiert hatte: Theater sei für viele „etwas sehr Exotisches“, „das mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben dürfe“.[574]

Heinrich Heym spürte dagegen in der ersten Nummer des neuen *Kulturjournals*, das von Opponenten der Hoffmannschen Politik gerade begründet worden war, den Empfindungen der „Herausgeher“ etwas gründlicher nach. Das Publikum fliehe, weil „es sich noch mit dem Schicksal des Lear und der anderen

567 Stuttgarter Zeitung, 2. Oktober 1972.
568 Frankfurter Neue Presse, 30. September 1972.
569 Frankfurter Rundschau, 4. Oktober 1972.
570 So nannte es Palitzsch selbst. Iden, Peter Palitzsch, S. 84.
571 Um auf der anderen Seite auch die Fragwürdigkeit mancher Protestformen gegen die Inszenierung zu dokumentieren, griffen die Direktoren einen Extremfall heraus und beklagten, ein empörter „Lear“-Zuschauer habe Palitzsch gar „lauthals auf den Folterstuhl“ gewünscht, „auf dem Lear gequält wird“. Offener Brief des Direktoriums (Palitzsch, Gelhaar, Danzeisen) an die „Sehr geehrte[n] Schauspielbesucher!“ (IfSG SB 232).
572 Ebd.
573 Frankfurter Rundschau, 16. Oktober 1972.
574 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Oktober 1972.

Gefolterten identifizieren" könne, und nicht, „weil es nicht hinhören und nicht hinsehen" wolle auf das, „was vorgeht in der Welt. Im Gegenteil." Hierzulande, so Heym, gebe es noch Menschen, die selbst gefoltert worden seien, die Ängste und Neurosen aus den Luftschutzkellern in sich trügen oder als Feldarzt gezwungen gewesen seien, „wie Metzgerburschen […] Fleisch abzuschneiden, um Leben zu retten". Anders als in der viel wirkungsvolleren griechischen Tragödie werde bei Bond und Palitzsch „nichts ausgespart". Den Vorwurf an die beiden, „keine Schranken der Ästhetik" mehr zu kennen, exemplifizierte Heym an Lears Blendung. An dieser Stelle des Stückes hätte es genügt, wenn der Arzt seine Apparatur erklärt und an den Kopf des Königs angesetzt hätte; wer mehr zeige, werde „zum Sadisten" und erreiche auch weniger, als wenn der Zuschauer sich die Blendung nur in der Phantasie ausmale[575].

So oder ähnlich dachten auch mehr als 4000 Abonnenten, die jetzt „auf einen Schlag" kündigten – einige davon wohl auch, weil zu allem Überfluß auch noch ruchbar wurde, daß Regisseur Neuenfels die bürgerlichen Frankfurter Premierenbesucher als „widerliche Typen" bezeichnet hatte[576]. Die Zahl 4000 entsprach immerhin einem Drittel der insgesamt 12 000 Abonnenten, von denen die meisten abwechselnd die Oper und das Schauspiel besuchten[577]. Eilends splittete das Kulturdezernat das bis dahin gemeinsame Abonnement für Schauspiel und Oper auf, um so gut dreitausend „Stamm-Mieter für ein Interesse wenigstens an der Oper" zu retten. Die Baisse relativierte sich nur deshalb ein wenig, weil der Einzelbesuch im Vergleich zur Erfurth-Intendanz kräftig zunahm und weil gleichzeitig andernorts das Abonnement ganz abgeschafft wurde[578] – so wie es Hoffmann unter dem Protest bürgerlicher Theaterliebhaber zu Beginn seiner Amtszeit ebenfalls schon erwogen hatte[579]. In Frankfurt wiederholte sich unter anderen Vorzeichen nur, was in Zürich einige Jahre vorher nach den Inszenierungen von Peter Stein geschehen war, allerdings nun in einem Moment, „in dem das bürgerliche Publikum durch das Abebben der Protestbewegung wieder in die Behaglichkeit und Festlichkeit, in seine schönen Gefühle zurück" wollte, wofür als äußeres Indiz eine neue „Verfestlichung der Garderobe" auszumachen war. Ähnlich sah die Lage in

575 Kulturjournal, Nr. 1/2 1973, S. 4–7.

576 Abendpost/Nachtausgabe, 2. Dezember 1972. Auf eine Anfrage der CDU-Fraktion vom 4. Oktober 1972, die um Auskunft wegen der von Neuenfels laut Protokoll einer Produktionssitzung getanen Äußerung begehrte, erwiderte der Magistrat, es habe sich dabei um einen „Hörfehler" gehandelt. Es sei laut allen Anwesenden der Sitzung vielmehr von „niedlichen Typen" die Rede gewesen. Laut dem vorliegenden Protokoll dieser Sitzung vom 14. September 1972 hatte Neuenfels aber – es ging um eine Voraufführung der Premiere von „Lear", um den erwarteten Besucheransturm abzudecken – tatsächlich gesagt: „Drei Reihen besetzt mit widerlichen Typen –, das ergibt eine derartige Atemsperre". IfSG: HiMu 55, Magistrat an SvV, 11. November 1972, Bl. 372.

577 Theater heute, Dezember 1972, S. 16.

578 Unter Peter Zadek in Bochum wurden 1972 statt des starren Abonnementsystems sogenannte Wahlmieten eingeführt.

579 Hoffmann hatte im Januar 1971 in einem Fernsehinterview geäußert, das Theater müsse von Produktionszwängen befreit werden, zu denen auch das Abonnementsystem gehöre; es zwinge die Ensembles, alle vier Wochen ein neues Stück anzubieten. Daraufhin kündigten eine Reihe von Frankfurter Schauspielfreunden ihr zum Teil jahrzehntealtes Abonnement, um sich „nicht mit dem Vorwurf belasten" zu müssen, als Abonnent „der Überwindung der Theaterkrise im Wege zu stehen". IfSG: SB 126, Bl. 108; vgl. auch Bl. 106f. , Bl. 109ff., sowie Hoffmann, Theater als organischer Teil, S. 13.

Hamburg aus, wo infolge des Abschieds von Oscar Fritz Schuh und des Debakels mit Monk ein so tiefer Bruch zwischen Ensemble und Publikum eintrat, daß eines der führenden deutschen Theater „abends nur halb gefüllt" war[580].

Die Entwicklung in Frankfurt lag somit voll in einem Trend, der die Theaterbesucher zwischen 1965 und 1975 bundesweit um insgesamt 13,5% zurückgehen ließ. Während das Interesse an Operette und Musical unverändert blieb, sank die Zahl der Opern- und Ballettbesucher um 14,2%, die des Publikums im Sprechtheater aber am stärksten um 18,1%. Im Deutschen Bühnenverein registrierte man dies mit Besorgnis. Es dränge sich der Schluß auf, so das Ergebnis einer im Vereinsorgan publizierten Analyse des Besucherrückgangs, daß der Trend „in ursächlichem Zusammenhang" mit Änderungen der Spielplanstruktur stehe. Diese habe sich, wie die Untersuchung von 38 großen Dreispartentheatern ergab, zwischen 1965 und 1975 beträchtlich „zugunsten der Moderne" verschoben. Die Modernisierung schien um so problematischer, als Besucherbefragungen gleichzeitig ergaben, daß die Dreispartentheater „für ein überdurchschnittlich konservatives Publikum" spielten[581].

Welche Schlüsse aus dem Befund zu ziehen seien, war kulturpolitisch allerdings stark umstritten. Der Riß ging mitten durch die in den großen Städten traditionell führende Sozialdemokratie und trennte ihren deutlich von der 68er-Bewegung beeinflußten linken Flügel von einer gerade unter den Kommunalpolitikern starken pragmatischen Gruppe. Heinz-Winfried Sabeis, der Darmstädter Oberbürgermeister und neu gewählte Präsident des Deutschen Bühnenvereins, gehörte wie viele Sozialdemokraten, die den Realsozialismus in der SBZ/DDR zeitweilig am eigenen Leib verspürt hatten, zum sogenannten „rechten" Flügel. In einer „Verteidigung des Theaters gegen die Ideologen" nahm er das „bös gescholtene Publikum" in Schutz, das sich im Theater bloß unterhalten wolle und „sowohl Schillers als auch Adornos Ästhetik unbekümmert beiseite" lasse[582]. Sabeis schalt vor allem die „radikalen Didaktiker", die am Theater „kritisches" Bewußtsein erzeugen wollten, wobei „jeder Zweifel dahinstehen" müsse, daß „kritisches" Bewußtsein natürlich jenes „richtige" Bewußtsein sei, das die „kritischen" Kritiker als „kochfertige Ideologie mit Erfolgsgarantie" verbreiteten[583]. Wen er damit meinte, konnte man spätestens der folgenden Ausgabe der *Deutschen Bühne* entnehmen, als der weiter links stehende Wuppertaler Kulturdezernent Klaus H. Revermann ihm heftig widersprach. Revermann, der auch gegen ein „Rätesystem" am Theater keine prinzipiellen Bedenken hatte[584], bedauerte, daß man es heute „vorwiegend noch mit einem Theaterpublikum zu tun" habe, dem „Altmeister Brecht" sein „Glotzt nicht so romantisch" sehr zu recht entgegengeschleudert habe. Revermann forderte daher „weniger affirmative Premierenberieselung, statt dessen mehr kritische Teilhabe am Werkstattprozeß"[585].

[580] Die deutsche Bühne, Dezember 1972, S. 7.
[581] So Franz-Heinz Köhler („Welches Schauspielpublikum ist am konservativsten"), in: Die deutsche Bühne, Dezember 1976, S. 6.
[582] Volksbühnen-Spiegel, 10/1971, S. 2.
[583] Die deutsche Bühne, April 1972, S. 2f.
[584] Er hielt es lediglich für „noch nicht […] entscheidungsreif", weil eine Reihe rechtlicher und organisatorischer Fragen vorher zu klären seien. Die demokratische Gemeinde, 1970, S. 571.
[585] Die Deutsche Bühne, Mai 1972, S. 2.

Da auch der Frankfurter Kulturdezernent mehr oder weniger auf dieser Linie lag, mußte es sich sein Theaterverantwortlicher Palitzsch nicht verkneifen, die „gerade in Frankfurt sehr breite bürgerliche Schicht“[586] auf einer Diskussionsveranstaltung des „Kuratoriums Kulturelles Frankfurt“[587] über „Spielplantendenzen des Schauspiels der Städtischen Bühnen“ im Februar 1973 noch weiter zu reizen, als er es mit dem „Lear“ ohnehin schon getan hatte. Als Diskutanten den „politisch indoktrinierten Spielplan (der gleich auf einen roten Faden mit dem Historischen Museum und der Bildungspolitik geknüpft wurde)“ attackierten, retournierte Palitzsch, derartige Vorwürfe könne er angesichts der sozialliberalen Mehrheit im Lande nicht nachvollziehen, und provozierte damit „unüberhörbar höhnischen Widerhall im gutbürgerlichen Publikum“[588]. Erst in einem Gespräch mit AKT, dem Mitteilungsblatt der Frankfurter Volksbühne, erinnerte sich Palitzsch später auch der CDU-Wähler: „Denn wir arbeiten ja für die ganze Stadt, und der Anteil der CDU-Wähler ist sehr groß, und ich finde, daß man deren Meinung nicht einfach ignorieren kann.“[589]

Solche Töne waren wohl auch schon Ausdruck einer Verunsicherung darüber, daß die „Vermittlung [des Programms, M.K.] ans Publikum“ bei den auf „Lear“ folgenden Stücken ebenfalls nicht immer genügend gelang. Selbst Henning Rischbieter, der dem neuen Schauspielensemble nur das Beste wünschte, charakterisierte den Spielplan als „hochliterarisch, […], ganz und gar vom Dramaturgenschreibtisch her gedacht“ und „hochgestochen-anspruchsvoll“. Das „einladend Unterhaltende“ habe ihm ebenso gefehlt wie das „lokal Bezügliche“[590]. Nach dem Skandal um den „Lear“ verstörte die fast bis Mitternacht dauernde Inszenierung von „Troilus und Cressida“ unter der Regie von Hans Neuenfels, eine „fortgesetzte Assoziationskette von erregend abseitigen Bildern“. Klaus Michael Grübers „zermurmeltes Tableau“ von Brechts „Im Dickicht der Städte“ faszinierte zwar anfangs mit einem Bühnenbild aus 6000 Schuhen[591], bot aber dann, statt Brechts Stück wirklich zu spielen, „allenfalls eine dämmernde Verlängerung davon“, die sich „dem Verständnis verweigert[e]“[592] und „den unaufhaltsamen Auszug des schon nicht mehr zahlreichen Publikums“ bewirkte.[593] Während der wieder einmal vierstündigen Aufführung waren Zwischenrufe zu hören wie „Zumutung“, „Was machen die da?“ oder „Wie lange dauert das noch?“[594]

Die Verunsicherung gebar manch hektischen Aktionismus. Nachdem eine Werbewoche das Haus „für Schausteller des Flohmarktes, für den Kaffeeklatsch mit

[586] Kölner Stadtanzeiger, 16. Juli 1980 (Interview mit Palitzsch). Zu dem auch außerhalb Frankfurts bekannten Phänomen der überproportionalen Vertretung höher Gebildeter unter den Theaterbesuchern vgl. etwa die zeitgenössische Analyse im Volksbühnen-Spiegel, Heft 9/10, 1969, S. 107.
[587] Zu dem 1957 in der großen „Tradition des Frankfurter Mäzenatentums“ gegründeten Verein vgl. Kuratorium Kulturelles Frankfurt, Nur ein Kulturverein?, S. 4.
[588] Frankfurter Rundschau, 22. Februar 1973.
[589] Zitiert nach dem auszugsweisen Abdruck des Interviews in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 3. März 1973.
[590] Theater heute, Dezember 1972, S. 16.
[591] Theater heute. Jahressonderheft: Theater 1973, S. 78.
[592] So Peter Iden in der Frankfurter Rundschau, 26. März 1973.
[593] Theater heute. Jahressonderheft: Theater 1973, S. 78.
[594] Frankfurter Rundschau, 26. März 1973.

alten Abonnenten“ und für „Versteigerungen von goldenen Requisiten“ geöffnet hatte, ging das Schauspiel am Ende der ersten Spielzeit mit David Storeys „Zur Feier des Tages“ (Regie: Guido Huonder) in die „von der SPD eingerichteten Bürgerhäuser“[595]. Es kam damit einem Versprechen nach, das Hilmar Hoffmann zu Beginn seiner Amtszeit im Rahmen des Konzepts einer „Kultur für alle“ gegeben hatte. Doch das Ergebnis der Arbeit „vor Ort“ war auch infolge organisatorischer Pannen „ganz kläglich“[596]. Trotz angestrengter Werbeaktivitäten, Apfelwein und Tanzmusik trafen die Aufführungen „auf nahezu leere Bürgerhäuser“[597]. Schon vorher hatte sich Palitzsch in die Pressestelle der IG-Metall begeben und darum gebeten, ihn bei seinen Bemühungen um ein neues „Arbeiterpublikum“ zu unterstützen[598].

Die Folgen der nicht nachlassenden Ablehnung durch Teile des Publikums waren auch daran abzulesen, wie das Direktorium sich zu dem Bemühen der linken Straßentheatergruppe F.A.U.S.T. verhielt, im Foyer der Städtischen Bühnen ein Stück zum umstrittenen Abtreibungsparagraphen 218 zu spielen. Statt das „progressive“ Vorhaben einfach zu akzeptieren, bedurfte es erst eines längeren, von Zweifeln getragenen Diskussionsprozesses, ehe das Stück unter dem Titel „Erdnuß-Party“ im März 1973 im Foyer stattfinden konnte. Neben den von Neuenfels geäußerten qualitativen Bedenken, „daß das nur Engagierte der F.A.U.S.T.-Gruppe einfach nur engagiert ist“, räumte Palitzsch auch öffentlich ein: „Unser Theater wird […] von der Presse als eine mehr oder weniger marxistische Gruppe definiert, und wenn das nun noch schärfer wird, könnte es sein, daß das Publikum noch mehr wegbleibt aus einem Vorurteil heraus“[599].

Um dem entgegenzuarbeiten und um „ein Debakel an der Kasse zu vermeiden“, mußte der Spielplan des Schauspiels mitten in der Saison 1972/73 „kurzfristig korrigiert werden“[600]. Palitzsch produzierte „in Abänderung des bestehenden Spielplans“ mit eher mäßigem Erfolg Maxim Gorkis „Barbaren“[601]. Neuenfels griff mit zwei Stücken von Ibsen („Hedda Gabler“ und „Nora“) „auf Bewährtes aus seiner bisherigen Arbeit und Bekanntes im Bewußtsein des gebildeten Publikums“ zurück[602]. Unbeschadet der Tatsache, daß der Aufführung von „Nora“ sogar das gleiche Konzept, die gleichen Dekorationen und, mit einer Ausnahme, auch die gleiche Besetzung zugrundelag wie seiner Inszenierung ein Jahr vorher in Stuttgart, fand es die „beinahe enthusiastische Zustimmung“ des Frankfurter Publikums. Zwar hatte Neuenfels mit dem ihm eigenen Stilwillen die Stücke verkürzt[603],

595 So Helmut Postel mit Bezug darauf, daß die Bürgerhäuser sich als Teil der neuen „Soziokultur“ maßgeblich sozialdemokratischer Kommunalpolitik verdankten. Zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 265.
596 Jahressonderheft von Theater heute. Theater 1973, S. 78.
597 Loschütz, War da was?, S. 183.
598 IfSG: SN 227. Schreiben von Rainer Zoll, Pressestelle der IG-Metall-Vorstandsverwaltung, Frankfurt, 26. März 1973, an Peter Palitzsch.
599 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. März 1973.
600 Theater heute. Jahressonderheft: Theater 1973, S. 78.
601 Frankfurter Rundschau, 10. November 1972. Die Kritik nach der Premiere fiel gemischt aus. Neben „vorzüglichen Einzelheiten“ wurde dem Stück insgesamt „wenig Spannung“ attestiert. Frankfurter Rundschau, 8. Januar 1973.
602 Theater heute. Jahressonderheft: Theater 1973, S. 78.
603 So der Tenor des Urteils von Peter Iden („Ibsens Dramen in exaltierten Zuständen“), in: Theater heute, 3/1973, S. 16.

doch eben nicht so weit, daß sie sich dem Erlebnis bildungsbürgerlicher Wiedererkennung vollständig entzogen hätten[604].

Palitzsch gestand am Ende der ersten Spielzeit – unter Anspielung auf die chinesischen Revolutionsprozesse Ende der 1950er Jahre – selbstkritisch ein, daß „der Sprung nach vorn zu groß war"; er würde „nicht noch einmal so vorgehen", vielmehr „eine Praxis der kleinen Schritte bevorzugen", um nicht aus dem Tritt zu kommen. Schließlich war es Palitzschs häufig formuliertes Ziel, „gesellschaftliche Umwandlungsprozesse nicht nur im Theater selbst zu erproben, sondern als Theaterinformation auch auf der Bühne zu vermitteln"[605]. Die Verbesserung der Kommunikation zum Publikum gelang aber in den folgenden Spielzeiten nur bedingt. Die Rezeption der Stücke blieb vielmehr starken Schwankungen unterworfen und weckte Assoziationen an die Einsicht Jean Cocteaus, wonach das Publikum, dem Meere ähnlich, „mysteriösen Gesetzen" unterworfen sei[606].

Auf der einen Seite standen spektakuläre Publikumserfolge wie das von Palitzsch zu Beginn der zweiten Saison im September 1973 herausgebrachte Wedekind-Stück „Frühlings Erwachen". Für seine bis dahin „beste Frankfurter Arbeit"[607] wurde nicht nur der Regisseur mit anhaltendem Beifall belohnt, auch für das Ensemble gab es nach der Premiere „viele Bravos".[608] „Unentwegt von Beifallsströmen getragen" sah sich am Ende der Saison die Premiere des von Neuenfels inszenierten Brecht-Stückes „Baal".[609] Später konnten Hebbels „Maria Magdalene", produziert vom Regiegast Frank-Patrick Steckel im Herbst 1975, oder „Bernarda Albas Haus" (Lorca) in einer Inszenierung von Neuenfels (Februar 1976) als Publikumserfolg gelten[610].

Daneben aber gab es eine im Lauf der Jahre nicht kleiner werdende Zahl von Stücken, die bei den Theaterbesuchern mehr oder weniger durchfielen. Im Oktober 1974 brachte etwa Luc Bondy den von Horst Laube geschriebenen „Dauerklavierspieler" heraus und erntete damit „ohrenbetäubenden Protestkrach". Einige Male kam zwar „durchaus so etwas wie eine konventionelle, übliche Kommunikation zwischen Text und Parkett" zustande, aber dann sackte das Stück „plötzlich wieder weg", schlief „sanft ein", machte „da oben auf der Bühne, so sonderbar in sich selbst verliebt, weiter" und vergaß „den Zuschauer"[611]. Ähnlich wie der „Dauerklavierspieler" riefen auch einige der anderen Premieren im Herbst 1974 (z. B. „Viel Lärm um nichts") beim Publikum „krasse Unzufriedenheit" hervor[612]. Bei den Premieren des Edward Bond-Stückes „Die Hochzeit des Papstes" (Regie:

604 Zur einhellig positiven Bewertung der Qualität von Neuenfels' Ibsen-Inszenierungen vgl. auch Frankfurter Rundschau, 22. Februar 1973.
605 Theater heute. Jahressonderheft: Theater 1973, S. 78.
606 „Pareil à la mer, le public est soumis à des lois mysterieuses". Zit. nach Volksbühnen-Spiegel, Heft 9/10, 1969, S. 107 („Publikum – eine zufällige Versammlung?").
607 So Jens Wendland, in: Die Zeit, 28. September 1973.
608 Frankfurter Rundschau, 22. September 1973; vgl. auch Frankfurter Neue Presse, 22. September 1973.
609 So Rudolf Krämer-Badoni in der *Welt*, 20. Juni 1974.
610 Frankfurter Rundschau, 22. September 1975 und 21. Februar 1976.
611 So Wolfgang Ignée in der Stuttgarter Zeitung, 19. Oktober 1974; vgl. auch Neue Zürcher Zeitung, 19. Oktober 1984 („Klaviersolo mit obligatem Buh-Konzert").
612 Frankfurter Rundschau, 8. November 1974; vgl. auch die Einschätzung Reinhard Baumgarts in der Süddeutschen Zeitung (3. März 1975), wonach die Enttäuschungen in der Spielzeit 1974/75 bislang „wie vom Band gelaufen" seien.

Luc Bondy) sowie Schauspielübungen nach Motiven von Beckett (Regie: Peter Löscher) fiel im März 1975 ebenfalls wieder auf, wie sehr beide Produktionen „in sich selbst, in die Erkundung eigener Mittel eingesponnen" waren, „fast schon vom Publikum abgewandt, introvertiert"[613], so daß sich einmal mehr „etliche Zuschauer zu vorzeitigem Verlassen des Saales" veranlaßt sahen[614]. Für die vierte Palitzsch-Saison 1975/76 äußerte der Theaterkritiker der *Frankfurter Neuen Presse*, Rainer Hartmann, deshalb den Wunsch, dem Ensemble möge endlich „ein energischer Durchbruch zum Publikum" gelingen[615].

Selbst Hoffmanns fortschrittlich gesinnter Oberbürgermeister Arndt, der an der Seite seiner kunstsinnigen Gattin häufig die Premieren des Schauspiels besuchte[616], war des Treibens auf den Städtischen Bühnen zwischenzeitlich etwas müde geworden. Arndt hatte schon 1973 mit der Erklärung aufhorchen lassen, es sei billiger, „die Frankfurter Theater zu schließen und denjenigen, die Theater sehen wollten, eine Flugkarte nach München zu kaufen", als dem städtischen Haushalt weiterhin die hohen Subventionen zuzumuten[617]. In einer kulturpolitischen Diskussion des Hessischen Rundfunks im August 1975 setzte der gerne undiplomatisch formulierende Oberbürgermeister noch eins drauf: Er halte es einfach für falsch, „daß das Ensemble auf der Bühne totales Theater in der Form" spiele, „daß 'se nur noch für sich spielen und überhaupt nicht mehr merken, daß auf der anderen Seite noch sieben-, acht- oder neunhundert Menschen sitzen und dabei zuschauen". Die Verantwortlichen müßten stets im Blick behalten, für wen man spiele. Ein Großteil der Theaterbesucher komme doch abends „abgehetzt" und „zum Teil völlig unvorbereitet" in die Vorstellung. Oft werde dann „der Bogen […] des geistigen Mitgehenkönnens" überspannt, weil der Schauspieler, der das Stück kenne, „natürlich mit ganz anderen Vorstellungen und Voraussetzungen daran" gehe. Vor allem bei neuen und modernen Stücken, so der sozialdemokratische Kommunalpolitiker, dürften die Anforderungen nicht über das hinausgeschraubt werden, „was das Publikum mitvollziehen kann"[618].

Bei einer wenig später im Oktober stattfindenden Podiumsdiskussion im Schauspielfoyer mit Theaterkritikern, Vertretern des Ensembles und Kulturexperten der Rathausfraktionen machte gar eine Äußerung Rudi Arndts die Runde, der in der Pause einer Premiere Hilmar Hoffmann „in die Garderoben geschickt und mit der Streichung des Geldes gedroht" habe, falls die Schauspieler weiter „mit dem Rükken zum Publikum" spielten. Zwar beeilte sich der Kulturdezernent richtigzustellen, Arndts Drohung habe sich nur auf die zu geringe Lautstärke der Mimen bezogen, doch wer die grundsätzlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters im Rundfunk noch im Ohr hatte, konnte leicht daran zweifeln, daß Arndts Problem rein akustischer Art gewesen war[619].

613 Süddeutsche Zeitung, 3. März 1975.
614 Neue Zürcher Zeitung, 3. März 1975.
615 Frankfurter Neue Presse, 24. Juni 1975.
616 IfSG: SB 227. Vgl. den Brief Palitzschs an den „lieben" Oberbürgermeister Rudi Arndt, 25. Februar 1976.
617 Theater heute, Mai 1973, S. 64.
618 Frankfurter Rundschau, 22. August 1975.
619 Frankfurter Neue Presse, 28. Oktober 1975.

Eine durchgreifende Wirkung erzielten die Monita des Oberbürgermeisters („Für 40 Millionen 'ne bestimmte Leistung")[620] nicht. Ein gutes Jahr später veranlaßte „die doch erhebliche Zahl von Kündigungen" den Kulturdezernenten erneut, „Überlegungen anzustellen […], welche Möglichkeiten bestehen, darauf zu reagieren"[621]. Eine Untersuchung der Kündigungsschreiben, die den Schritt begründet hatten, erbrachte recht „divergierende Motive". Jedenfalls sah das Schauspieldirektorium darin keinen Ansatz für eine „irgendwie konstruktive Analyse". Vielmehr vermittele sich der Eindruck, daß „die ganze Richtung" nicht passe und der Wunsch nach einem „unverbindlichen" Theater bestehe: „Alles keine Punkte, auf die wir eingehen können"[622].

Statt dessen hatte Palitzschs bundesdeutsche Erstaufführung von Heiner Müllers „Zement" im September 1975[623] erkennen lassen, daß die Zustimmung sich nicht zuletzt auf den Kreis derer konzentrierte, die es goutierten, wenn „den Bolschewiken von 1921" die Sympathie erklärt, Bürger „entlarvt" und mit Arbeitern „fraternisiert" wurde[624]. Konservative Besucher fragten sich dagegen, ob das „Endziel" des Schauspiels Frankfurt darin bestehe, eine „Propagandainsel für den Kommunismus" zu werden". Denn erst nachdem die roten Polit-Kommissare sich in dem Stück durchgesetzt hatten und „zahllose Menschen einer Idee geopfert" waren, ging das „Fenster in die Zukunft" auf: „Hinter dem Elend erklingt aus nächtlicher Dunkelheit eine Revolutionshymne. Klar? Die kommunistische Revolution hat gesiegt. Auch auf der Frankfurter Bühne."[625]

Nicht politisch, aber künstlerisch höchst umstritten war die im Herbst 1976 von Neuenfels auf die Bühne gebrachte Euripides-Tragödie „Medea". Sie verstand es mehr als jedes andere Stück seit 1972, die Besucher „in Zorn und Zustimmung" zu spalten[626]. Neuenfels hatte das altgriechische Theater, in dem die vom Gatten verlassene Ehefrau ihre Kinder ermordet, radikal entkernt und mit ihm zeitgemäß scheinendem Schmuck „wie Päderastie und Penis, mit Kastration und Kraftausdrücken" ausstaffiert[627]: „Männer bespringen Knaben, ein Voyeur wälzt sich lüstern über die Bretterschläge der Spielfläche […], Frauen reiben sich an Frauen, ein nackter Bote kann den Saft nicht halten. […] Ein formloses Gemenge erotomanischer Vorstellungen."[628] Besorgte Mütter, „die mit ihren jungen Töchtern

620 Frankfurter Rundschau, 22. August 1975.
621 Vgl. den Brief Hilmar Hoffmanns „An die Städtischen Bühnen" vom 20. September 1976. IfSG: SB 244.
622 IfSG: SB 244. Andreas Hensel (Schauspieldirektorium) an Hilmar Hoffmann, 5. Oktober 1976.
623 Helmut Schmitz hielt sie in der *Frankfurter Rundschau* für einen Premierenerfolg. Frankfurter Rundschau, 5. September 1975.
624 Benjamin Heinrichs („Seid umschlungen, Bolschewisten"), in: Theater heute, 10/1975, S. 64. Zu Benjamin Heinrichs wiederholten Attacken auf das Schauspiel Frankfurt vgl. auch den Brief Ulrich Khuons an Palitzsch nach der Premiere von „Woyzeck". IfSG: SB 227. Ulrich Khuon an Palitzsch, 5. Oktober 1976. Das Frankfurter Modell, so hatte Khuon in einem von der *Zeit* nicht veröffentlichten, aber Palitzsch zur Kenntnis gebrachten Leserbrief geschrieben, brauche gerade jetzt, „wo der Glanz des Spektakulären von ihm abgefallen ist", engagierte Unterstützung.
625 Kulturjournal, 11/12 1975, S. 9.
626 So Günther Rühle, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. November 1976.
627 So Hellmuth Karasek, in: Der Spiegel, 22. November 1976 (Nr. 48), S. 201.
628 Peter Iden, Frankfurter Rundschau, 29. September 1976.

unvorbereitet in die Aufführung geraten waren“[629], bombardierten den Kulturdezernenten nach der Permiere derart mit wütenden Telefonanrufen, daß er beim Direktorium darauf drang, das Stück zumindest aus dem Abonnement zu nehmen und statt dessen im Freiverkauf anzubieten.

Dort wurde es zu einem der größten Erfolge in den Jahren des mitbestimmten Schauspiels. „Medea“ lief meist vor ausverkauftem Haus, an den Kassen bildeten sich Schlangen, nach den Vorstellungen drängte es das Publikum Abend für Abend zu Diskussionen[630]. In einer von Neuenfels initiierten, „bis auf den letzten Platz besetzten“[631] Matinée wurde Scherbengericht gehalten – nicht etwa über den Regisseur, sondern über dessen schärfsten Kritiker: Peter Iden. Dieser hatte die Aufführung als „sinnlos, widerwärtig, tatsächlich ekelhaft“ charakterisiert: Das von Neuenfels auf die „niederste Stufe des Ordinären, Vulgären, Gemeinen“ heruntergebrachte Stück gehöre nicht auf die Städtischen Bühnen, sondern auf die Reeperbahn[632]. Mit dem ihm eigenen Temperament gelang es Neuenfels, das geplante Expertengespräch über die Inszenierung in eine „Kritikerbeschimpfung“ umzufunktionieren. Die „oft von Emotionen“ geprägte Veranstaltung, die sich auch Prominente wie Harry Buckwitz, Rainer Werner Fassbinder oder der Nürnberger Kulturdezernent Glaser nicht entgehen ließen, gipfelte darin, daß ein „Schreibverbot für Peter Iden“ gefordert wurde[633].

Wenn das Meinungsbild während der Matinée so eindeutig zugunsten des Regisseurs ausfiel, während Iden „immer wieder ausgebuht“[634] wurde, so lag dies daran, daß nicht die über Obszönitäten erbosten Mütter und Väter an einem Sonntagmittag den Weg ins Schauspielhaus gefunden hatten, sondern „in erster Linie junge Leute, vor allem Frauen, die sich durch das Bühnengeschehen aktiviert sahen und wohl auch von Interessengruppen aktivieren ließen“. Viele von ihnen entdeckten jetzt „ihre Liebe zum modernen Theater“[635], weil sie in der Euripides-Paraphrasierung von Neuenfels „eine krasse Parabel zum Thema heutiger Frauenunterdrückung und Geschlechterfeindlichkeit“ sahen. Hellmuth Karasek hielt es vor diesem Hintergrund nicht für „das schlechteste Ergebnis, das Theater bewirken kann“, wenn Leute sich derart über ein Stück erhitzten, „das mehr als hundertmal so alt ist wie sie selbst“[636].

Doch so recht Karasek damit hatte, so offensichtlich blieb bis zum Schluß der Ära Palitzsch, daß breite bürgerliche Schichten „zu diesem Theater nie Vertrauen“ faßten. Auch das feministische Interesse an „Medea“ ließ sich nicht so ausweiten, „daß es den anderen Produktionen des Theaters zugute gekommen wäre“[637]. Schon vorher hatten sich Zwischenerfolge wie die Gewinnung von über 700 neuen Abonnenten im Rahmen des „Siebentagetreffs“ am Ende der ersten Spielzeit

629 Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 147.
630 Der Spiegel, 22. November 1976 (Nr. 48), S. 201.
631 Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 147.
632 Frankfurter Rundschau, 29. September 1976.
633 Frankfurter Rundschau, 15. November 1976.
634 Der Spiegel, 22. November 1976 (Nr. 48), S. 201.
635 Frankfurter Rundschau, 15. November 1976.
636 Der Spiegel, 22. November 1976 (Nr. 48), S. 202.
637 Theater heute, Jahressonderheft: Theater 1977, S. 138.

1973[638] – wohl vor allem „linke Schichten, und nicht nur jugendliche“[639] – kaum verstetigt. Es sei nicht gelungen, so resümierte Palitzsch im Juli 1980, „einen engen Kontakt zwischen Stadt und Theater herzustellen“. In der Ursachenforschung meinte der Regisseur, „nicht lange genug“ mit dem anspruchsvollen Ausgangskonzept „durchgehalten“ zu haben, nicht so lange, bis das Publikum „richtig auf uns reagiert hätte“. Auch die stattdessen unternommenen Versuche vom Kriminal- bis zum Dialektstück („noch populärer konnte man nicht werden“) seien „nicht angenommen“ worden[640].

Nun war es zwar richtig, daß die „immer kurzatmiger“ werdenden dramaturgischen Pläne, deren Begründungen mehr und mehr „zur leeren Versprechung“ wurden[641], ihren Teil zum insgesamt eher bescheidenen Publikumserfolg des mitbestimmten Schauspiels beitrugen. Doch den entscheidenden Punkt traf die rhetorische Frage des Journalisten Rainer Hartmann, der mit Palitzsch anläßlich seines Ausscheidens aus dem Frankfurter Direktorium 1980 ein bemerkenswertes Interview führte: „Hat in Frankfurt nicht die Mitbestimmung den Blick des Ensembles allzusehr auf sich selbst gelenkt? So daß es, trotz all seiner Qualitäten, nicht die Energie gefunden hat, den Graben, der das Theater von der Außenwelt trennte, zu überwinden?“[642] Genau so verhielt es sich. Und die zweite Frage, die sich daran anschließen muß, ist die, zu welchen Leistungen dieses Ensemble, zweifellos eines der besten in der Bundesrepublik während der 1970er Jahre, in der Lage gewesen wäre, wenn es von den selbstgewählten Fesseln eines mangelhaften Mitbestimmungsmodells frei gewesen wäre? Die Frage drängt sich dem um so mehr auf, der die im Vergleich zur Publikumsreaktion sehr viel positivere und differenziertere Rezeption des Schauspiels Frankfurt durch die professionelle nationale und internationale Theaterkritik in den Blick nimmt.

Die „Medea“ gehört insofern nicht in diese Kategorie, als das gemischte Urteil der Kritiker hier der höchst heterogenen Publikumsreaktion entsprach. Doch es soll zumindest erwähnt werden, daß sich nicht alle wichtigen Feuilletons dem Idenschen Verriß anschlossen. Neben Karasek, der Neuenfels im *Spiegel* zugute hielt, das Drama des Euripides „schlüssig, zwingend, unverfälscht“ erzählt zu haben[643], gab es vor allem eine Stimme von Gewicht, die über Neuenfels und seinen „neurotisch geschärften Spürsinn für die schrecklichen Beziehungen der Geschlechter“ differenzierter urteilte: Günther Rühle, den FAZ-Feuilletonchef, beschäftigte wohl auch die Frage, ob ein Regisseur in ein antikes Stück „so einbrechen“ dürfe; die vom Fernsehen geförderte Neigung zum „bildhaften Realismus“

638 Die deutsche Bühne, August 1973, S. 9.

639 So zumindest der „sichere Eindruck“, den Krämer-Badoni von der Werbeaktion und ihrem Ergebnis gewonnen hatte. Die Deutsche Bühne, September 1975, S. 9.

640 Kölner Stadtanzeiger, 16. Juli 1980 (Interview mit Palitzsch). Auch Laubes Ansicht nach hatte die zweite Spielzeit, in der man durch die „wachsende Krisenstimmung“ eingeschüchtert gewesen sei, „unser Gesicht […] verwischt“. Was „Baal“ mit „Ratten“ und „Die See“ mit „Galotti“ zu tun habe, sei auch ihm schleierhaft geblieben. Typisch sei es auch gewesen, wie ein Stück von Handke in den Spielplan kam: „Bestseller-Autor + Regieprominenz + Sensibilismus-Mode – eine Rechnung der Anpassung“. Loschütz, War da was?, S. 243.

641 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juli 1980. Pressestimme aus der *Süddeutschen Zeitung* über den „Schmerzensmann Palitzsch“.

642 Kölner Stadtanzeiger, 16. Juli 1980.

643 Der Spiegel, 22. November 1976 (Nr. 48), S. 201.

habe „uns […] von anderen Sprachen der Kunst, etwa denen der assoziativen, der eklektizistischen Regie, des unterschwelligen Zeichengebens entfernt". Um so wichtiger, so das letztlich positive Urteil Rühles, seien indes Versuche Neuenfelsscher Art, „dem entgegenzuarbeiten". Sicher lasse sich darüber reden, die Inszenierung besser nicht „Medea, von Euripides" zu nennen, sondern: „Nach Motiven des Euripides"; aber das Gesamturteil über eine szenische Arbeit konnte nach Ansicht des renommierten Feuilletonisten eben nicht „von einem Satz auf dem Programmzettel" abhängen[644].

Wie groß der Wahrnehmungsunterschied war zwischen einem hochkarätigen Theaterspezialisten wie Rühle und dem von Rudi Arndt apostrophierten Durchschnittsbesucher, der sich abends im Schauspiel, vom Alltag erschöpft, „auf seinen Platz fallen" läßt und „zu seiner Frau höchstens noch" sagt: „Du, was gibt's denn heut'?"[645], dokumentiert eindringlich das Beispiel des Brecht-Stückes „Im Dikkicht der Städte" (März 1973). Zu der vom Publikum ziemlich ungnädig aufgenommenen Inszenierung von Grüber bemerkte Rühle ebenfalls kritisch, aber letztlich mit bewunderndem Unterton: „Darf Theater so gut sein, daß es sich dem größten Teil des Publikums verschließt?" Mancher werde „vielleicht […] bald bedauern", diese Produktion nicht gesehen zu haben[646]. Eine ähnliche Kluft zwischen Publikumsreaktion und professioneller Kritik trat beim „Dauerklavierspieler" auf, wo die Presse vor allem über „Regie, Ausstattung und Darsteller […] sehr positiv" urteilte[647] und „selbst der Statisterie" einen „unglaublichen Perfektionsgrad" attestierte[648]. Über den Autoren und Dramaturgen Laube schrieb Rühle bei dieser Gelegenheit: Ihn müsse lieben, „wer das Theater liebt", weil er die „literarischen Arsenale der Bühne" immer wieder mit so großer Treffsicherheit durchstöbere. Auch Regisseur Bondy komme von Stück zu Stück „mehr von den Spinnereien" weg, füge sich „zum ersten Mal ins Frankfurter Ensemble ein" und nutze und steigere dessen Spielkraft[649].

Während die Rezeption des neuen Frankfurter Ensembles in der Fachwelt oft deutlich freundlicher als beim Publikum vor Ort ausfiel, so war man sich zumindest bei den nicht wenigen theatralischen Höhepunkten der Ära Palitzsch ganz einig. Dies galt schon für die drei Einakter Harold Pinters, die Palitzsch für seine zweite Premiere (im Kammerspiel) zusammenfügte. Palitzsch, daran ließ dieser Abend im Oktober 1972 keine Zweifel mehr, hatte „mit dem ihm vertrauten Ensemble ein nicht hoch genug einzuschätzendes Kapital nach Frankfurt mitgenom-

644 „Der Fall Medea". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. November 1976.
645 Frankfurter Rundschau, 22. August 1975.
646 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. März 1973. Iden hatte ebenfalls neben „großen Schwächen" eine „neue Art von Theater" erkannt. Bezug nehmend auf einen wütenden Zwischenruf freute sich Iden, daß man am Schauspiel endlich beginne, „sich Zumutungen (das Abenteuer: Theater) wieder zuzumuten". Mit „Im Dickicht der Städte" sei „abermals ein Stück Boden gewonnen"; die Bühne brauche die „Freiheit zu solchen Versuchen". Frankfurter Rundschau, 26. März 1973.
647 Auf diesen Sachverhalt wies Palitzsch in einem Leserbrief in der *Frankfurter Rundschau* (14. November 1974) hin.
648 Gerd Jäger, in: Theater heute, 11/1974, S. 37.
649 In der Inszenierung hatte Rühle „die schönsten Konturen von bewährten Schauspielern (Danzeisen, Böhlke, Buhre)" gesehen, aber auch das „Hervorrücken" junger Mimen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Oktober 1974.

men“[650]. Mit „soviel Genauigkeit“ waren auf der Frankfurter Bühne „seit Jahren nicht mehr Situationen entworfen, Rollen aufgebaut worden“[651]. Im September 1973 lieferte der Chefdirektor mit „Frühlings Erwachen“ die „bisher sinnreichste, vernünftigste, zugleich die lockerste Arbeit seiner Frankfurter Zeit“[652] ab. Die besondere Herausforderung der szenischen Phantasie Wedekinds hatte der Regisseur angenommen und „glänzend bestanden“[653]. In dem großen Ensemble gab es keinen Ausfall, „scharfe Umrisse, gearbeitete Figuren in jedem Bild. Und eine Technik […], aber auch Malersaal […], Maske, Beleuchtung und Ton […] in Bestform“[654]. Palitzschs künstlerischer Antipode Neuenfels, der schon mit seinen Ibsen-Dramen in der ersten Spielzeit für konzentriertes „spannendes Theater“[655] gesorgt hatte, wußte auch später immer wieder zu überzeugen. Seine Inszenierung des Brechtschen „Baal“ war im Juni 1974 von „einer unverkrampften, fast spielerischen Lockerheit, die das Stück in seiner Struktur unangetastet“ ließ[656]. Auch Rudolf Krämer-Badoni zeigte sich verblüfft, wie „wunderbar“ das Bühnenbild Erich Wonders auf die Ideen Neuenfels' eingegangen war und mit welcher „Hingabe“ das „große Ensemble“ gespielt hatte[657].

Vielleicht gerade weil die Höhen und Tiefen so eng beieinanderlagen und das Schauspiel die wenigsten einfach kalt ließ, sondern immer wieder Freund und Feind in seinen Bann zog, konnte man in Frankfurt – endlich – „wieder das Gefühl“ haben, in einer „Hauptstadt des deutschsprachigen Theaters zu wohnen“.[658] Selbst die konservative *Welt* sprach von einem „Theater von Rang“[659]. Ziemlich regelmäßig war das Schauspiel mit ein, zwei Stücken auf den Berliner Theaterwochen vertreten. Wenn sich das nach 1945 arg ramponierte (kulturelle) Image Frankfurts als „Bankfurt“ bzw. „Krankfurt“ in der Ära des Dezernenten Hoffmann zu wandeln begann, so hatte neben der etwas später unter Oberbürgermeister Wallmann einsetzenden Entwicklung des „Museumsufers“ die aufsehenerregende Arbeit des Palitzsch-Ensembles vor allem in den ersten Spielzeiten daran gewiß ihren Anteil[660]. Mit einigem zeitlichen Abstand konnte man das besser sehen als im „Kulturkampf“ der frühen 1970er Jahre selbst.

Peter Iden, gleichzeitig einer der Taufpaten wie der engagiertesten Kritiker des Frankfurter Modells, hat die Bedeutung dieser Jahre für die regionale und nationale Theatergeschichte treffend markiert. Im Gefolge von Palitzsch und Neuenfels seien „Schauspieler neuen Typus“ nach Frankfurt gekommen, die „vor allem Zeit-

650 So Hans-Dieter Seidel in der *Stuttgarter Zeitung*, 26. Oktober 1972.
651 Peter Iden, Frankfurter Rundschau, 23. Oktober 1972. Ähnlich positiv fiel das Urteil über Palitzschs Inszenierung der „Barbaren“ (von Gorki) aus. Die deutsche Bühne, August 1973, S. 7.
652 Frankfurter Rundschau, 22. September 1973.
653 So Eberhard Seybold in der *Frankfurter Neuen Presse*, 22. September 1973.
654 Ebd.; vgl. auch das ähnliche Urteil von Jens Wendland in der *Zeit* (28. September 1973), der von der „besten Frankfurter Arbeit“ Palitzschs sprach.
655 Frankfurter Rundschau, 19. Januar 1973.
656 So Gerhard Rohde, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juni 1974.
657 Die Welt, 20. Juni 1974.
658 So Laube mit Bezug auf einen Artikel in der Weltwoche. Loschütz, War da was?, S. 183.
659 Zit. nach einer Presseschau in: Die deutsche Bühne, August 1973, S. 6.
660 Insofern hatte der Kulturdezernent nicht Unrecht, wenn er in seiner ersten „Halbzeit-Bilanz“ Ende 1973 sagte, die „Theaterszene“ in Frankfurt habe „sich positiv verändert“. Frankfurter Rundschau, 19. November 1973.

genossen“ gewesen seien, „gewiß versierte Menschendarsteller, aber leidenschaftlich auch interessiert an der Wirklichkeit, an Gesellschaft, am ‚Wesen‘, durch das, mit Goethes Eugenie, der Schein sich legitimieren muß“. Elisabeth Schwarz und Elisabeth Trissenaar, Peter Roggisch, Barbara Sukowa – die Qualität dieses Ensembles habe die produktivsten der Regisseure verlockt, sich in Frankfurt zu engagieren. Während der ersten fünf Spielzeiten hätten die Theaterleute den Ansprüchen genügt, mit denen sie angetreten seien: Ein Theater zu machen, in dem, wie Botho Strauß bei anderer Gelegenheit formuliert hat, „das Politische mit dem Ästhetischen zusammengedacht werden könnte“. So seien bis Mitte der 1970er Jahre Aufführungen entstanden, die Neuland betreten hätten und „aus der Geschichte des deutschen Theaters nach dem Krieg nicht wegzudenken“ seien[661].

Dieser auch von „bürgerlichen“ Feuilletonisten meist nicht bestrittene Sachverhalt trug einiges dazu bei, daß die „spürbar latente Opposition gegen die neue Truppe“ am Frankfurter Schauspiel sich in der Stadt „niemals formiert“ hat. „Wir trafen“, so drückte es Palitzsch 1973 vielleicht etwas zu apodiktisch aus, „auf ein diffuses Gegenüber“[662]. Die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung kleidete ihre Skepsis gegen die linken Tendenzen des Schauspiels jedenfalls gerne in fiskalpolitische Argumente. Immer wieder trat sie für eine spürbare Senkung der Zuschüsse ein. Im Haushalt 1973 wollte sie den Etatansatz von 30,4 auf 28,5 Millionen, 1976 dann von 37 auf knapp 34 Millionen Mark gekürzt sehen[663]. Die SPD-Mehrheit wußte dies stets zu verhindern und kürzte 1973 statt dessen den Zuschuß für die Privattheater, denen sie weniger politische Relevanz (in ihrem Sinne) beimaß[664].

Wie man in der Frankfurter CDU über „die Ideologisierung des Schauspieltheaters“ als Ersatz für das „Fehlen einer künstlerisch überzeugenden dramatischen Gegenwartsliteratur“ dachte, erhellt etwa aus einem Referat ihres Kulturexperten Korenke vor der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU. Korenke attackierte ein „gleichermaßen provokatives wie dogmatisches Theater“, das „in ideologischer Übereinstimmung“ von sozialdemokratisch dominierten kommunalen „Rechtsträgern“ und „Theatermachern […] praktiziert werde“ und damit „offenbar die Vielzahl der Theaterbesucher zu verlieren“ drohe[665]. Auf der anderen Seite sah man in der KPV die Fragen der Theaterleitung und der Mitbestimmung „pragmatisch“, lag also auf der Linie der Gesamtpartei, die sich mühte, dieses wählerwirksame Thema nicht ganz der Sozialdemokratie zu überlassen. Tenor einer überregionalen Theatertagung der CDU war demzufolge, daß sich

661 IfSG: S 3/N 8.272. Peter Iden: „Der Schein, was ist er, dem das Wesen fehlt?“ – zur Entwicklung des Schauspieltheaters in Frankfurt. Vortrag gehalten auf Einladung des Patronatsvereines für die Theater der Stadt Frankfurt am Main, 28. September 1992, im Nachtfoyer des Schauspielhauses.

662 Die deutsche Bühne, August 1973, S. 8f.

663 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. März 1973; Frankfurter Neue Presse, 5. Mai 1976.

664 Frankfurter Rundschau, 12. März 1973. Zwei Jahre zuvor hatte die SPD einem Etatantrag der FDP noch zugestimmt, der angesichts der Kostensteigerung von 30% bei den Städtischen Bühnen und fast 20% beim TAT forderte, den Haushaltsansatz für die privaten Theater (Rémond-Bühne und Komödie) um 10 000 Mark zu erhöhen. IfSG: Stvv P 723. 29. Plenarsitzung am 28. Januar 1971, Bl. 472, 475.

665 So der CDU-Stadtverordnete Korenke auf den „Theatertagen“ der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU in Dortmund. Kommunalpolitische Blätter, 7/1973, S. 242.

namentlich in größeren Häusern, „wo die Übersicht für einen einzigen Generalintendanten sachlich erschwert" sei, die Leitung durch ein Direktorium anböte[666].

Eine geschlossene konservative Fronde gegen die Mitbestimmung am Theater sah gewiß anders aus. Dennoch waren in der christlich-demokratischen Position deutlich andere Akzente gesetzt als bei den linken Protagonisten der „Demokratisierung". Für die Mitbestimmung der „mündigen Schauspieler" fanden CDU-Kommunalpolitiker die Formel von der „echten Mitsprache", wenngleich eher im Sinne einer Anhörung, die den Intendanten vor „einsamen Entscheidungen" bewahren solle. Außerdem blieb es nicht bei dieser defensiven Argumentation. Vielmehr drehte die KPV den Spieß sogar um, setzte sich gleichsam selbst an die Spitze des Demokratisierungspostulats und mahnte, bei aller Diskussion um die innerbetriebliche Mitbestimmung nicht aus dem Auge zu verlieren, daß „auch die Mitbestimmung des Theaterpublikums wie der Besucherorganisationen zweifellos noch zur Lösung" anstünden[667]. Der Bund der Theatergemeinden, nach dem Zweiten Weltkrieg als Besucherorganisation von Christen beider Konfessionen gegründet, ging ebenfalls in diese Richtung. Er diskutierte auf seiner Jahrestagung 1973 über die „gleichberechtigte Mitwirkung bei Entscheidungen der zuständigen Gremien, etwa über die Wahl des Intendanten", und verabschiedete auch dementsprechende „Leitsätze zur Mitverantwortung – Mitbestimmung – Mitsprache"[668].

Damit waren zumindest die bürgerlich-konservativen Folterwerkzeuge vorgezeigt, die gegen eine rein linke Interpretation des Demokratisierungsansatzes am Tendenzbetrieb Theater zum Einsatz bereit lagen. Verfeinert zu werden brauchten diese Instrumente aber schon deshalb nicht mehr, weil das Experiment der Mitbestimmung an seinen inneren Widersprüchen rasch selbst zerbrach. Dazu gehörte wesentlich „die Erfahrung, daß die Aktivisten, die Wortführer unter dem unterschiedlich beteiligten Ensemble, neue Machtpositionen aufbauten – mit dem Ergebnis, daß die Vollversammlungen ihre Sachbezogenheit verloren und zu Foren der Auseinandersetzung für Binnenkonflikte im Haus wurden"[669]. So gab es „eine ganze Menge Schauspieler […], durchaus nicht nur die […] Kleindarsteller, sondern auch ganz exponierte Kräfte des Schauspiels Frankfurt, die auf Spartenversammlungen und dergleichen nie gesprochen haben", aber auch das umgekehrte Phänomen: Schauspieler, die sich in den Gremien als „unwahrscheinlich starke Diskutanten" erwiesen, während sie „auf der Bühne" bei viel Text „eher peinlich" wirkten[670]. Von den 60 Ensemblemitgliedern redeten in der Vollversammlung „jeweils nur fünfzehn", und zwar „stets dieselben"[671].

Vor allem, so das Resümee Günther Rühles, konnte die Veränderung der Arbeitsprozesse im Inneren das Theater doch nicht von den Außenzwängen befreien: „Das moderne Staats- und Stadttheater ist ein immer neu zu motivierender Leistungsbetrieb, dessen Entscheidungsabläufe oft prozessuale sind, die der Mitbestimmung nicht mehr unterliegen können, und der sich auch auf die Be-

666 Kommunalpolitische Blätter, 7/1973, S. 244.
667 Ebd.
668 Vgl. den Rückblick von Anton Strambowski, in: Kommunalpolitische Blätter 10/1975, S. 850.
669 Rühle, Anarchie in der Regie, S. 242f.
670 Loschütz, War da was?, S. 310.
671 Theater heute, Jahressonderheft: Theater 1973, S. 76.

dingungen draußen, das heißt die der Adressaten, einzurichten hat. Die Gruppe, die in der Mitbestimmung ihre Selbstbestimmung suchte, verlor in Frankfurt diese Beziehung, so daß vom Adressaten her schließlich bestritten wurde, daß Mitbestimmung ein höherer Wert sei als die für den Adressaten Publikum zu produzierende Aufführung."[672] Das hieß, Hilmar Hoffmann höchstpersönlich mußte am bitteren Ende im April 1981 den Untergang des Frankfurter Modells besiegeln, nachdem das Schauspiel wegen interner Streitigkeiten „seit vier Monaten den Abonnenten keine Premiere mehr angeboten" hatte[673].

Nach dem Verlust der Vaterfigur Palitzsch 1980 hatte ein neues Direktorium aus dem Regisseur Johannes Schaaf, dem Bühnenbildner Wilfried Minks und der Schauspielerin Eos Schopohl das Haus zu leiten versucht. Vielleicht auch weil „Minks und Schaaf keine argumentationskräftigen Führungspersonen mehr" waren[674], beschleunigte sich daraufhin der Zersetzungsprozeß des Mitbestimmungstheaters, der schon lange vorher begonnen hatte. Als am 21. März 1981 RAF-Sympathisanten nach einer Vorstellung das Theater besetzten, um gegen die Haftbedingungen für ihre Schützlinge zu demonstrieren, ließ der Oberbürgermeister das Haus räumen – mit Billigung des Co-Direktors Schaaf, aber gegen den Protest der beiden anderen Co-Direktoren und der Mehrheit des Ensembles, die Schaaf in einer turbulenten Vollversammlung heftig attackierten und zur Selbstkritik aufforderten[675]. Das Kulturdezernat stellte sich aber hinter Schaaf und kündigte der Co-Direktorin Schopohl sowie dem Leiter des Betriebsbüros und einem für die Krise wesentlich mitverantwortlichen Regisseur. Auch wenn das Mitbestimmungsstatut zunächst nur „vorübergehend"[676] ausgesetzt werden sollte, setzte es der jetzt CDU-geführte Magistrat nie wieder in Kraft – und der sozialdemokratische Dezernent Hoffmann akzeptierte dies.

Hatte es Symbolkraft, wenn ausgerechnet die fragwürdige Solidarisierung mit RAF-Terroristen, dem schwerstkriminellen Abfallprodukt der 68er-Bewegung, am Ende des Frankfurter Modells stand? Auch wenn die zahlreichen 68er an den Städtischen Bühnen keineswegs wie die RAF der guerillatheoretischen Variante des „langen Marsches" zuzurechnen waren, hatte ihr friedlicher Marsch durch die Institutionen jedenfalls in eine Sackgasse geführt. Die Utopie, „die im Anspruch steckte, daß alle über alles zu allen sprechen könnten", hatte sich verbraucht[677]. Über die am Anfang stehende Hoffnung, Mitbestimmung am Theater, „könnte zusätzliche Produktivkräfte freisetzen"[678], konnte man am Schluß bestenfalls noch lächeln, wenn man sich nicht sogar die Frage stellte, ob diese Prognose überhaupt

672 Rühle, Anarchie in der Regie, S. 242f.
673 Frankfurter Rundschau, 6. April 1981. Auch die für den 6. April angesetzte Premiere von Schaafs Inszenierung des „Kirschgartens" (ein Stück von Tschechow) hatte aufgrund der Querelen abgesagt werden müssen. Vorher hatten sich mehrere Schauspieler geweigert, in Schaafs Aufführung eine Rolle zu übernehmen.
674 So das Urteil Rühles. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juli 1981.
675 In einer Erklärung heroisierte das Ensemble die RAF-Terroristen zu „politischen Gefangenen", die sich wegen des bereits sechswöchigen Hungerstreiks für bessere Haftbedingungen „in Lebensgefahr" befänden. Frankfurter Rundschau, 26. März 1981.
676 Frankfurter Rundschau, 6. April 1981.
677 Rühle, Anarchie in der Regie, S. 245.
678 So Hilmar Hoffmann, Die Demokratische Gemeinde, 1973, S. 581.

jemals ernst gemeint gewesen war[679]. In einer Bilanz der *Frankfurter Rundschau* brachten es die enttäuschten Utopisten selbst, denen „die Trauer […] ihre Zeilen schrieb"[680], auf eine bittere Formel: Das Zauberwort „Mitbestimmung in den wesentlichen künstlerischen Fragen" habe sich „als Schrott" erwiesen. Schon nach eineinhalb Jahren Mitbestimmung hätten die Fahnen, „die in den Anfangstagen noch so begeistert geschwenkt worden waren, im Fundus unerfüllter 68er-Träume eingemottet" werden müssen[681].

Auch rächte es sich, daß die Kulturrevolutionäre einen allzu egozentrischen Begriff von „Demokratisierung" hatten. Fast so wie kommunistische Parteien eine Avantgarde-Funktion auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats beanspruchten, agierte das Mitbestimmungstheater an den – vielfach bürgerlichen – Massen vorbei, ohne auch darin ein Partizipationsproblem erkennen zu können. Letztlich war wohl schon der zeitgenössische Begriff des Mitbestimmungstheaters potentiell irreführend, weil er suggerierte, das Unternehmen stehe in einer Kontinuität zu den tradierten, von der Gewerkschaft erkämpften Formen betriebsrätlicher Mitwirkung; treffender hätte der in seinem gesamtgesellschaftlichen Anspruch viel weiter gehende Ansatz wohl als „Demokratisierungstheater" bezeichnet werden müssen.

Die Frage nach der Wirkungsgeschichte des kämpferisch-linken Demokratisierungspostulats ist aber damit immer noch nicht vollständig beantwortet. Man kann den Fall eben auch anders deuten wie etwa der Palitzsch-Kenner Rainer Mennicken, der dem Frankfurter Modell zugute hält, „die Utopie einer konsequent demokratischen Theaterorganisation in ihrer deutlichsten Ausprägung formuliert und überprüft" zu haben. Die an den Städtischen Bühnen vorangetriebene Emanzipation des Schauspielers habe geholfen, „ein neues Selbstverständnis dieses Berufsstandes" zu verbreiten – auch dort, „wo es keine institutionalisierte Mitbestimmung gab und gibt"[682]. Der Geschichtsschreiber des Deutschen Bühnenvereins stellte 1981 ebenfalls fest, daß der „human-emanzipatorische Prozeß" am Theater fortgeschritten sei: „Auf ein größeres Durchschaubarmachen kann heute keine Theaterleitung mehr verzichten. Und jeder Regisseur muß sich gefallen lassen, daß er seinen Schauspielern seine Konzeption offenzulegen und sich ‚hinterfragen' zu lassen hat. Manche Intendanten und Regisseure mögen sagen, daß dies immer so gewesen sei, und sie mögen für ihre Person sogar recht haben. Galt aber dies auch für die Mehrheit?"[683] Die Frage ist berechtigt. Evident ist

679 Es verwundert kaum, daß in einer Ende 1974 durchgeführten Umfrage unter bundesdeutschen Theaterleitern deren Bereitschaft, den Schauspielern Mitwirkungsrechte zuzugestehen – verglichen mit dem weiter gehenden Beschluß des deutschen Bühnenvereins vom 28. April 1970 –, „eher zögernd" wirkte. Die Erfahrungen mit dem Frankfurter Modell und anderen Versuchen hatten ihre Spuren hinterlassen. Theater heute, 2/1975, S. 30f. Der Intendant – alleinverantwortlicher Pluralismus-Hüter? Eine Umfrage zum Selbstverständnis deutscher Theaterleiter.

680 Rühle, Anarchie in der Regie, S. 244.

681 So drückten es Jürgen Flimm, Ludwig von Otting und Volker Canaris aus, die am Kölner Theater ähnliche Erfahrungen gemacht hatten wie ihre Frankfurter Kollegen an den Städtischen Bühnen. Zwischen Beginn und raschem Scheitern habe „die traurige (aus der Sicht eingefleischter Mitbestimmungsgegner natürlich: herzerfrischende) Geschichte des ‚Produktionsrates'" gelegen. Frankfurter Rundschau, 4. April 1981.

682 Mennicken, Peter Palitzsch, S. 31.

683 Schöndienst, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins, S. 270.

aber auch, daß die teilweise ausgesprochen inhumane Realität des Frankfurter Modells ein Menetekel bleibt: Gesellschaftliche Veränderungen brauchen Zeit, und sie müssen vom alten Adam ausgehen, statt auf einen neuen Menschen zu spekulieren[684].

[684] Vgl. auch die Einschätzung des Sozialphilosophen Peter Furth, die 68er hätten „in dem absoluten Glauben, moralisch im Recht zu sein, versucht, sich über die Conditio humana […] hinwegzusetzen." Man könne aber nur warnen „vor dem Primat der Möglichkeit gegenüber der Wirklichkeit". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. August 2008 („Die Revolte hat eine Wächtergeneration hinterlassen").

8. Kultur und Macht Kommunalpolitischer Niedergang der SPD und Aufstieg der CDU 1970 bis 1977

Anhaltende Richtungskämpfe in der Frankfurter SPD – mühsame Konsolidierung der CDU vor den Kommunalwahlen 1972

Als die Frankfurter SPD bei den Kommunalwahlen vom 22. Oktober 1972 ihre absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung noch einmal verteidigen konnte, war das spätere Scheitern des Mitbestimmungsmodells am Theater ebensowenig absehbar wie die Malaise des wenige Tage vor dem Wahltermin erst feierlich eröffneten Historischen Museums. Beide kulturpolitischen Projekte befanden sich damals ganz im Gegenteil mitten in einer Phase hochfliegender Anfangserwartungen[1]. Mit einigem Recht durfte der alte und neue SPD-Oberbürgermeister Arndt die Arbeit seines öffentlichkeitswirksamen Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann zu den Aktivposten sozialdemokratischer Politik in der Stadt rechnen. Auch wenn angesichts der kurzen Amtszeit seit Ende 1970 „erst Ansätze, allerdings vielversprechende" zu erkennen seien, konstatierte Arndt, daß „einiges mehr" geschehen sei „als in vielen Jahren vorher", seit das Kulturdezernat von einem Sozialdemokraten geleitet werde[2].

Bedenkt man zudem, wie ungewöhnlich günstig sich die politische Großwetterlage wenige Wochen vor den legendären „Willy"-Wahlen zum Bundestag am 19. November 1972 für die SPD entwickelte, so drängt sich die Frage nach den Ursachen für das doch recht bescheidene Abschneiden der Frankfurter Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen auf. Denn während die Bundes-SPD im November 1972 (mit 45,8%) das beste Ergebnis seit 1949 erzielte und damit ihre Zahlen von 1969 (42,7%) um über drei Punkte verbesserte, stagnierte die Frankfurter SPD bei den Kommunalwahlen 1972 bei 50,1% (gegenüber 49,5% bei den

[1] Erst in den allerletzten Tagen des Wahlkampfes wurde das Historische Museum, allerdings nur noch am Rande, zum Thema, als der CDU-Spitzenkandidat die „einseitige Beeinflussung der Bevölkerung durch Parolen" kritisierte, wie sie jetzt im neueröffneten Historischen Museum, z. B. über das Rätesystem, zu lesen seien (Frankfurter Neue Presse, 21. Oktober 1972). Vorher hatte sich die CDU vor allem darum gesorgt, daß die „ungewöhnlich hohen Aufwendungen" für den prinzipiell begrüßenswerten Neubau des Historischen Museums „notwendige Anbauten und Einrichtungen" bei anderen Museen gefährden könnten. Kommunales Wahlprogramm [der Frankfurter CDU], S. 2, in: ACDP: KV Frankfurt. II 045-193.

[2] IfSG: Büro OB Arndt, Nr. 5: Der Oberbürgermeister – Büro, Frankfurt am Main, 30. März 1972, an [zehn] „Liebe Genossen" – „persönlich". Betr. Programm für den Kommunalwahlkampf 1972.

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1968). Noch auffälliger war, daß die Genossen am Main bei den Bundestagswahlen im November 1972 sogar ganz gegen den Trend eineinhalb Prozent an Stimmen (gegenüber den 49,4% von 1969) verloren, d. h. um fast fünf Punkte schlechter abgeschnitten hatten als die SPD im Durchschnitt[3].

Der naheliegende Schluß, die bundespolitische „Linie" der Frankfurter SPD bzw. die sich vor allem darum rankenden innerparteilichen Querelen schadeten ihr bei den Stammwählern in einer ihrer Hochburgen mehr als mögliche kommunalpolitische Schwachpunkte, wird durch den Blick auf die Entwicklung des Unterbezirks in den Jahren vor 1972 bestätigt. Das vom Marsch der 68er-Generation durch die Institutionen der SPD ausgelöste Tohuwabohu hatte sich durch die Wahl des („alt"-)linken Walter Möller zum Oberbürgermeister und dessen realpolitischen Schwenk Mitte 1970 nur vorübergehend beruhigt. Schon im November 1970, nach dem desaströsen Ausgang der hessischen Landtagswahlen mit Stimmenverlusten der Frankfurter SPD von beinahe neun Prozent gegenüber den Vergleichszahlen von 1966, waren die innerparteilichen Unruheherde wieder aufgeflammt.

Etwa 50 „Freunde des Godesberger Programms" um Stadtrat Hans Kiskalt sahen es durch den Ausgang der Landtagswahlen als erwiesen an, daß die SPD überall dort am meisten verloren hatte, wo wie in Frankfurt mit „radikalen Parolen", etwa der Forderung nach einem „jugoslawischen" Gesellschaftsmodell oder einem imperativen Mandat, die Wähler verschreckt worden seien[4]. In einer Resolution forderten die „Godesberger" die „schweigende Mehrheit" der SPD-Mitglieder auf, künftig zahlreicher an den Jahreshauptversammlungen mit Delegiertenwahlen teilzunehmen[5]. Kiskalt selbst appellierte, die in Godesberg 1959 beschlossene Öffnung der SPD zur Volkspartei nicht aufs Spiel zu setzen und bei Neuaufnahmen von Parteimitgliedern „zunächst zu überprüfen, wie es um die demokratische Einstellung der Bewerber stehe". Die Jungsozialisten, so attestierte der vom rechten Berliner SPD-Flügel als Referent herbeigeeilte Bundestagsabgeordnete Hellmut Sieglerschmidt[6], hätten „mit den Freiheiten des Godesberger Programms […] nicht mehr allzuviel im Sinn". Als Beispiel nannte Sieglerschmidt die „schwachsinnige" Juso-Parole „Enteignet Springer" sowie deren „gefährliche Neigung", rechtswidrige Aktionen, wie etwa die Hausbesetzungen in Frankfurt, für politisch und moralisch legitim zu erklären[7].

Der starke linke Flügel im Unterbezirk mochte dies nicht auf sich sitzen lassen, ja versuchte sogar auf einem außerordentlichen Parteitag Ende November 1970, den Spieß umzudrehen. Das imperative Mandat, so UB-Vorsitzender Zander, habe

[3] Zu den Zahlen vgl. Balser, Aus Trümmern, S. 480f.

[4] Frankfurter Rundschau, 21. November 1970. Der „Kreis der Freunde und Förderer des Godesberger Programms der SPD" hatte sich bereits im Vorjahr gegründet und Kontakt zu „gleichfalls vergrämten Genossen" in Berlin, München und Bremen aufgenommen. Der Spiegel, 24. April 1972 (Nr. 18), S. 66. 1977 verließ Kiskalt schließlich die SPD. Vgl. sein Manuskript „Warum man aus der SPD austritt?" vom Mai 1979, in: IfSG: S 2/4481.

[5] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 1970.

[6] Sieglerschmidt (Jahrgang 1917) war 1946/47 Abgeordneter der LDPD im mecklenburgischen Landtag gewesen, jedoch 1947 in den Westen geflohen und rasch der SPD beigetreten.

[7] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 1970.

es in der Frankfurter SPD niemals gegeben; doch die „Godesberger" hätten an einer derartigen Legende eifrig gebastelt und seien so mitschuld am schlechten Ausgang der Wahlen geworden[8]. Auch andere Linke sahen wenig Anlaß zur Selbstkritik. Wolfgang Rudzio hielt es trotz des Wahlergebnisses für „unnötig, künftig nicht ganz so links zu argumentieren"; und der stellvertretende UB-Chef Herbert Faller insistierte darauf, daß Hausbesetzungen zwar ungesetzlich seien, nicht aber als „ungerecht empfunden" werden könnten[9]. Neben den Meinungsverschiedenheiten über Ursachen und Folgen der Wahlniederlage bestimmte eine chaotische, zwischen „der sogenannten Rechten" und Anhängern der „als extrem links eingestuften Gruppe" höchst umstrittene Entscheidung über den künftigen städtischen Personaldezernenten das Bild des Parteitages derart, daß die Frankfurter SPD erneut als „ein uneiniger, in sich gespaltener" Haufen erschien[10].

Nachdem die im Februar 1971 folgenden Neuwahlen zum Unterbezirksvorstand nicht die „erwartete Gewichtsverlagerung […] zur Mitte hin und auf Kosten der Jungsozialisten und ihrer Gesinnungsfreunde" gebracht hatten[11], ließen Krankheit und Tod des Oberbürgermeisters „das Ausmaß der Krise" in der Frankfurter SPD „schlagartig" noch deutlicher werden[12]. Möller erlitt im Mai 1971 einen ersten Herzinfarkt; ein halbes Jahr später – er hatte nach einer Kur die Dienstgeschäfte im September wieder aufgenommen – einen zweiten. An dessen Folgen starb er in der Nacht vom 16. auf den 17. November 1971[13]. Auch wenn man den nekrologischen Charakter der jetzt über Möller zu hörenden Lobreden bedenkt, war eines nicht ganz falsch: Daß sich die Frankfurter SPD spätestens seit dem Ableben Brunderts „allein an Möller orientiert hatte". So wie andere „überragende Persönlichkeiten" vermochte er es zumindest teilweise, die Schwächen seiner Umgebung zu „überblenden". Ohne Möller entstand ein Machtvakuum. Die von ihm einst durchgesetzte Wahl des kommunalpolitisch unerfahrenen Bundestagsabgeordneten Zander zu seinem Nachfolger als UB-Vorsitzender hatte die Funktion gehabt, die mit Möllers Wechsel auf den Stuhl des Oberbürgermeisters verbundene Machtverschiebung „vom Parteihaus in den Römer auch personell abzusichern". Die damit verbundene Schwächung der Partei konnte aber vor allem den weit links stehenden Kräften nur so lange als „eine mögliche Lösung erscheinen", wie Möller sein Amt als Rathauschef voll ausfüllte[14].

Der linke SPD-Flügel war zwar noch wenige Wochen vor Möllers Tod bei einem kommunalpolitischen Parteitag heftig mit dem Oberbürgermeister zusammenge-

[8] Auch hinter verschlossenen Türen im SPD-Unterbezirksvorstand konnte in einer Diskussion über den Kreis der „Freunde des Godesberger Programms" „keine Einigung erzielt" werden. AdsD: UB Frankfurt. SPD-UB Frankfurt, Nr. 167, Protokolle 1968, 1969. Darin (im beigen Umschlag „Möller") auch die UB-Vorstandsprotokolle von 1970. Hier: Protokoll der Sitzung vom 14. Dezember 1970, TOP 3.

[9] Frankfurter Rundschau, 23. November 1970.

[10] So die Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. November 1970. Bevor schließlich die Weichenstellung in Richtung des als links geltenden Peter Jäkel erfolgte, war der SPD-Stadtverordnete und DGB-Funktionär Willi Reiss für den Posten vorgesehen. AdsD: UB Frankfurt. SPD-UB Frankfurt, Nr. 167, Protokolle 1968, 1969. Darin (im beigen Umschlag „Möller") auch die UB-Vorstandsprotokolle von 1970. Hier: Protokoll des Unterbezirksbeirats vom 17. November 1970.

[11] Frankfurter Neue Presse, 15. Februar 1971.

[12] Nachruf der Frankfurter Jungsozialisten auf Möller in ihrem Organ „Juso-Info", 3/1971.

[13] Balser, Aus Trümmern, S. 312f.

[14] Nachruf der Frankfurter Jungsozialisten auf Möller in ihrem Organ „Juso-Info", 3/1971.

stoßen, hatte etwa gegen dessen massive haushaltspolitische Bedenken einen Antrag durchgesetzt, alle Stadtteile gemäß dem Städtebauförderungsgesetz zu Sanierungsgebieten zu erklären[15], und sich von Möller anhören lassen müßen: „Die Welt ist nicht nur in eurem Kopf vorhanden, sondern auch real; ihr könnt nicht nur euren Wunschvorstellungen anhängen". Aber das jungsozialistische Lager hielt Möller, dem linken Kritiker des Godesberger Programmes, dennoch zugute, „die Kontinuität zwischen der alten SPD" und „jener zukünftigen" verkörpert zu haben, „um die zu kämpfen es sich lohnen könnte". Der Oberbürgermeister hatte in den Augen der jungen Parteilinken „sichtbar vorgelebt, […] daß Opportunismus und Gewissenlosigkeit allem Anschein zum Trotz nicht unausweichlich Endstationen politischen Engagements sind". Der Verlust, so riefen sie dem im 51. Lebensjahr Verstorbenen nach, „den der demokratische Sozialismus in Deutschland, den die innerparteiliche Linke, den die Jungsozialisten erlitten haben, ist unermeßlich."[16]

Da Walter Möller auf der letzten Unterbezirksvorstandssitzung vor seinem Tod selbst für eine Sammlung der gemäßigteren Kräfte plädiert hatte, um den Einfluß der Jusos einzudämmen[17], war deren Schmerz über seinen Verlust um so bemerkenswerter. Aber darin spiegelte sich auch schon das Entsetzen der äußersten Linken über die politische Linie der Frankfurter SPD seit dem krankheitsbedingten Ausfall Möllers im Frühjahr 1971 wider. Seitdem, so die jungsozialistische Wahrnehmung, regierte das „politische Mittelmaß" in Gestalt der „Zander-Raabe-Gruppe"[18]. Dem UB-Vorsitzenden Zander und seinem Stellvertreter, Christian Raabe, legte man vor allem zur Last, während einer Anti-NPD-Aktion der Jusos im Sommer die Frage der Beteiligung von Kommunisten erstmals zum Problem hochgespielt zu haben. Tatsächlich hatten Zander und Raabe, als sich gegen eine NPD-Veranstaltung am 14. August 1971 ein Aufgebot aus DKP, Jusos und DGB formierte, einen (im Juso-Jargon gesprochen) „Spaltungsversuch" gegen den „antifaschistischen Kampf" unternommen und sich um eine Gegendemonstration nur aus SPD und Gewerkschaften bemüht[19]. Ja mehr noch, sie hatten anschließend im Unterbezirksvorstand einen Beschluß herbeigeführt, die Jusos „nachdrücklich" auf die Münchner Entschließung des Parteirates vom 14. November 1970 hinzuweisen, wonach gemeinsame Veranstaltungen mit DKP, SEW, SDAJ und FDJ (Berlin) „parteischädigenden Charakter" hätten[20].

[15] Möller warnte in diesem Zusammenhang vor „ungeheuren Kosten" für die Stadt, da von Bund und Land hierfür keine Zuschüsse zu erwarten seien. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Oktober 1971.

[16] Nachruf der Frankfurter Jungsozialisten auf Möller in ihrem Organ „Juso-Info", 3/1971. Tatsächlich hatte es Möller zum Beispiel abgelehnt, seine Situation mit der des Münchner SPD-Oberbürgermeisters Vogel zu vergleichen, der sich in aller Schärfe von den Umtrieben der Jusos distanzierte. Anders als Vogel, so meinte Möller, befinde er sich „im Konsens mit seinen Frankfurter Genossen". Und anders auch als noch vor zwei, drei Jahren könne man heute mit den Frankfurter Jusos reden; er diskutiere gerne mit ihnen, auch wenn sie ihm „manchmal auf die Nerven" gingen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 1971.

[17] Frankfurter Neue Presse, 31. Dezember 1971.

[18] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Dezember 1971.

[19] AdsD: UB Frankfurt. UB Vorstand – Protokolle 1969. Grüner Schnellhefter, darin: Das von Anita Breithaupt, Rainer Eckert, Wolfgang Fieg und Wolfgang Streeck verfaßte Papier „Theorie und Praxis des antifaschistischen Kampfes – Dokumentation eines Konflikts".

[20] Der von Fred Gebhardt vorgelegte Beschlußantrag wurde mit acht zu fünf Stimmen angenommen. AdsD: UB Frankfurt. UB Vorstand – Protokolle 1969. Grüner Schnellhefter, darin: Protokoll der UB-Vorstandssitzung vom 6. September 1971.

Beim kommunalpolitischen Parteitag der SPD im Oktober 1971 fügten die Gemäßigten den Jungsozialisten obendrein eine knappe Abstimmungsniederlage in der Debatte über die Hausbesetzungen zu. Der Vorwurf des linken Flügels an die „schlappen Pragmatiker“[21] Zander und Raabe, die Bildung einer „rechten Fraktion“ zu betreiben[22], mutete indes ziemlich abenteuerlich an. Denn jedermann im Unterbezirk erinnerte sich lebhaft daran, daß es erst vor wenigen Jahren Versuche gegeben hatte, diese beiden jungen Politiker nicht etwa wegen eines „Rechtsrucks“, sondern wegen ihres starken „Linksdralls“ aus der Partei zu drängen[23]. Daß die beiden nicht mehr, wie noch 1968, zum linken Flügel, sondern zu einer neuen linken Mitte zählten, dokumentierte exemplarisch, wie sehr der Marsch durch die Institution SPD die Partei seitdem bereits verändert und ihre Koordinaten insgesamt nach links verschoben hatte[24].

Der in seinem Amt als Bundestagsabgeordneter und UB-Vorsitzender politisch gereifte Zander hatte wesentlich dazu beigetragen, ausgerechnet den hessischen Wirtschafts- und Finanzminister Rudi Arndt „aus Wiesbaden loszueisen“[25] und für die Nachfolge Möllers im Amt des Oberbürgermeisters zu gewinnen. Der Frankfurter Arndt, in früheren Jahren selbst einmal Stadtverordneter im Römer, hatte indes, zuletzt in der Debatte um die Schlappe der SPD bei den Landtagswahlen Ende 1970, Äußerungen getan, die im Juso-Lager die Alarmglocken in Gang setzten. Vor allem die Facharbeiter, so Arndt, hätten in letzter Zeit „einen Schock erlitten“ durch das, „was sie gerade von der Frankfurter SPD gehört hätten. Wir verbauen uns durch falsche linke Argumentation die Möglichkeit, linke Politik zu treiben“[26].

Der „echte Nachkriegssozialdemokrat“[27] Arndt, 1927 in einfachen Verhältnissen geboren, verkörperte aber nicht nur wegen dieser Überzeugungen, sondern auch von seiner ganzen Erscheinung her den Antityp zu den studierten 68ern, die den Marsch durch die Frankfurter SPD angetreten hatten. Arndt, dessen Vater zu Beginn des „Dritten Reiches“ 1933 von SA-Leuten niedergestochen und ins KZ gebracht worden war, stammte aus einer seit Generationen in der Arbeiterbewegung verwurzelten Gewerkschaftsfamilie; sein Verhältnis zur Sozialdemokratie galt als innig „bis hin zur Sentimentalität“[28]. Die breite südhessische Mundart ließ

[21] Frankfurter Neue Presse, 31. Dezember 1971.

[22] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Dezember 1971. Hintergrund des Vorwurfs war ein ganz offener Bericht Zanders im Unterbezirksvorstand über Bemühungen, in der Frankfurter SPD „eine Gruppe der linken Mitte als Gegengewicht zu den bereits bestehenden rechten und linken Gruppen zu bilden“ und zu diesem Zweck ein Treffen durchzuführen. „Nach längeren Diskussionen“ war indes auf Antrag Wecks bei sechs Enthaltungen ein Antrag angenommen worden, „daß Gruppenbildungen in der Partei nicht möglich sind“. AdsD: UB Frankfurt. UB Vorstand – Protokolle 1969. Grüner Schnellhefter. Darin: Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung vom 15. November 1971.

[23] Darauf verwies im Laufe der Richtungsdebatte auch Stadtverordnetenvorsteher Willi Reiss. Frankfurter Rundschau, 17. Februar 1972.

[24] Vgl. hierzu auch Raabes Porträt in den „Frankfurter Gesichtern“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. März 1993 (IfSG: S 2/7079).

[25] Frankfurter Neue Presse, 31. Dezember 1971. Selbst der SPD-Bundesvorsitzende Willy Brandt hatte schließlich den zögernden Arndt bedrängt, sich als Oberbürgermeister zur Verfügung zu stellen. Felsch, Aus der Chef-Etage, S. 138.

[26] Frankfurter Rundschau, 23. November 1970.

[27] Becker, Rudi Arndt, S. 8.

[28] Deutsche Zeitung, 18. März 1977. Vgl. auch Kraushaar, Fischer in Frankfurt, S. 61.

Arndt von vornherein „nicht als Akademiker […] und erst recht nicht als Intellektuellen […] erscheinen". Er sprach „wie der Leiter des Latschamarktes oder der Wirt von der Eckkneipe". Wohl auch deshalb war der zum dritten Mal verheiratete Mann mit dem „Holzhammer-Charme" und dem Sinn fürs Praktische bei den Massen recht beliebt. Sein legendärer Vorschlag, die Ruine der alten Oper einfach wegzusprengen, war „aus der tiefsten Seele des kulturfeindlichen Verwaltungsjuristen" gekommen[29].

Selbst im *Vorwärts* hieß es, als Arndts OB-Kandidatur öffentlich wurde: In den Römer „zieht ein Poltergeist ein"[30]. Kritiker hielten Arndt zudem für „autoritär und egozentrisch, selbstbewußt bis zur Selbstüberschätzung", wurde dem Politiker doch der Satz zugeschrieben: „Ich kann mich eigentlich nicht erinnern, daß ich in einem wesentlichen Punkt mal unrecht gehabt habe."[31] Der Widerstand des linken SPD-Flügels gegen den Politiker, der sich „eher zu den Intelligenten als zu den Intellektuellen" rechnete[32] und schon Karl Marx gelesen haben wollte, „als mancher smarte Neusozialist von heute noch im väterlichen Mercedes spazierenfuhr"[33], artikulierte sich vor allem im Unterbezirksvorstand. Dort wurde Arndt nur mit neun gegen fünf Stimmen zur Nominierung als Oberbürgermeister vorgeschlagen; auch im Beirat des Unterbezirks erhielt Arndt lediglich 51 von 76 Stimmen[34].

Es verwundert vor diesem Hintergrund kaum, daß die CDU mit Arndt jedenfalls weniger Schwierigkeiten hatte als vorher mit dem altlinken Möller. Bei der Wahl Möllers zum Oberbürgermeister waren etliche CDU-Stadtverordnete nicht der Räson der Großen Rathauskoalition und der Empfehlung ihrer Fraktionsspitze gefolgt, sondern den schweren Bedenken Alfred Dreggers; nunmehr votierten (auch) die Christdemokraten am 16. Dezember 1971 geschlossen für Arndt als Oberbürgermeister[35]. Noch bevor dieser sein Amt im April 1972 antreten konnte, erreichten die Querelen in der SPD im Februar 1972 indessen eine weitere Eskalationsstufe – jetzt mit schwerwiegenden Folgen für das kommunalpolitische Klima in der Stadt.

Denn die Jusos verstärkten ihre Anstrengungen, eine schon seit dem Bruch der Großen Koalition in Bonn 1969 am linken Flügel der SPD aufgetauchte und auch den kommunalpolitischen Parteitag im Herbst 1970 beschäftigende Forderung innerparteilich durchzusetzen: „Die CDU muß raus aus dem Römer."[36] Die damals

[29] Becker, Rudi Arndt, S. 7, 13.
[30] Vorwärts, 9. Dezember 1971.
[31] Roth, Z. B. Frankfurt, S. 124.
[32] Vgl. den nicht näher klassifizierten Zeitungsartikel vom 17. Dezember 1971, in: AdsD: Nachlaß Arndt, Aktenordner 2.1.1.1.4.
[33] Die Welt, 18./19. Dezember 1971.
[34] Protokoll der gemeinsamen Sitzung von UB-Vorstand, UB-Beirat, Fraktion und Magistratsgruppe am 7. Dezember 1971 um 19 Uhr. AdsD: UB Frankfurt. Vorstand. Protokolle 1969 [sic!].
[35] Balser, Aus Trümmern, S. 314.
[36] Die Koalition mit der CDU im Römer sei „unerträglich", hatte z. B. Ende 1969 ein SPD-Stadtverordneter im Blick auf CDU-Bürgermeister Fay, aber auch auf FDP-Kulturdezernenten vom Rath geäußert: „Solche Leute" dürften „in der Regierung hier in Frankfurt" nicht angeboten werden. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Dezember 1969. Vgl. auch den Antrag Nr. D 1 des SPD-Ortsvereins Nordend zum kommunalpolitischen Parteitag am 18./19./20. September 1970, die „Große Koalition im Magistrat aufzukündigen". AdsD: UB Frankfurt, Nr. 158. Kommunalpolitischer Parteitag etc.

bereits kursierenden Vermutungen, Oberbürgermeister Möller selbst stelle den Fortgang der hergebrachten Stadtregierung über 1972 hinaus in Frage, waren von der besorgten CDU-Führung zum Gegenstand eines Spitzengesprächs gemacht worden. Denn infolge der SPD-Planungen für ein gigantisches, architektonisch fragwürdiges neues Technisches Rathaus war 1970 ohnehin schon der „baupolitische Nachkriegskonsens mit der CDU" zerbrochen. Es knarrte „erheblich im Gebälk der Römerkoalition"[37].

Vielleicht allzu leicht ließ sich die CDU aber von der Zusage der SPD in Sicherheit wiegen, nicht auf einen Bruch der Koalition hinzuarbeiten. Konnte die SPD angesichts der bevorstehenden erstmaligen Dezernentenwahl Hilmar Hoffmanns im Herbst 1970 überhaupt etwas anderes sagen[38]? Als die Genossen in der anschließenden Unterbezirksvorstandssitzung wieder unter sich waren, wurde denn auch klar, daß sie sich nicht nur eine Fortführung der Koalition nach 1972 vorstellen konnten, sondern ebenso gut deren Bruch[39]. Schon vor der Verlängerung der Amtszeit Brunderts im Februar 1970 hatte sich die CDU von der Verheißung der SPD-Unterhändler hinters Licht führen lassen, mit der Wiederwahl des Oberbürgermeisters eine „wichtige Voraussetzung für die Entscheidung des Jahres 1972" zu schaffen. Die SPD werde es sich im Jahr des Kommunalwahlkampfes „nur schwer leisten", so begründete sich die Zuversicht der Union, die CDU-Dezernenten abzuwählen und „die Zusammenarbeit mit der CDU aufzukündigen"[40].

Doch die CDU hatte die Rechnung ohne die Jusos gemacht. Deren anhaltende Arbeit gegen die Große Koalition im Römer trug bis Anfang 1972 sichtbare Früchte in Gestalt von Forderungen mehrerer SPD-Ortsvereine, auf dem anstehenden Parteitag im Februar eine Entscheidung für den Regierungsbruch herbeizuführen[41]. Für die CDU, so die Juso-Argumentation, sei Kommunalpolitik „nicht in erster Linie rein technische Verwaltung, sondern vor allem Politik". Zudem wisse man nicht einmal, ob die um ihre Sessel zitternden Anführer der CDU Zusagen an die SPD angesichts einer immer mächtiger werdenden „Gruppe 70" überhaupt einhalten könnten, schließe deren „harter Rechtskurs den Kampf gegen so farblose Vertreter des Kapitalismus wie Fay und Gerhardt" doch durchaus ein[42]. Die so titulierten Führer der Rathaus-CDU hatten es allerdings im Dezem-

[37] Rotberg, Vom „Katholikenausschuß" zur Volkspartei, S. 47.

[38] Der CDU-Vorsitzende Gerhardt reagierte darauf auch, wie von der SPD erhofft, mit der Bemerkung, dann könne seine Fraktion Hoffmann „bedenkenlos" mitwählen. AdsD: UB Frankfurt, Nr. 167. Protokoll zu einer gemeinsamen Besprechung [zwischen führenden Kommunalpolitikern der CDU und der SPD] zur Fortführung der Koalition am 30. September 1970.

[39] Festgehalten wurde im Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung vom 5. Oktober 1970, „daß keine Strategie des Vorstandes bestehe", die Koalition zu kündigen oder weiterzuführen (AdsD: UB Frankfurt, Nr. 167). Welche Optionen sich vor allem der links stehende Möller offenhalten wollte, war auch schon im Februar des Jahres deutlich geworden, als es noch um die Verlängerung der Amtszeit Brunderts gegangen und auf Möllers Bestreben hin nach zweistündiger Debatte zur Koalitionsfrage „einstimmig" beschlossen worden war, der CDU in diesem Zusammenhang „keinerlei Zusagen" hinsichtlich der Wiederwahl ihrer beiden Dezernenten 1972 zu machen. AdsD: UB Frankfurt, Nr. 167. Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung am 21. Februar 1970, TOP 3.

[40] ACDP: KV Frankfurt. II-045-109. Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstandes vom 25. Februar 1970.

[41] AdsD: Depositum Streeck, Box 3. Juso-Pressedienst Nr. 1/72 vom 13. Januar 1972.

[42] Vgl. den Bericht über einen Artikel im „Juso Info", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Dezember 1971. Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 22. Dezember 1971.

ber 1971 durchaus verstanden, ihre Truppe auf die Mitwahl von Arndt zum OB einzuschwören – gewiß erleichtert durch den immer banger werdenden Blick auf die im Frühjahr 1972 anstehende Wiederwahl zweier CDU-Dezernenten. Auch der neue SPD-Oberbürgermeister selbst, der den bevorstehenden Kommunalwahlkampf damals noch in der Hauptsache gegen die FDP zu führen gedachte[43], sprach sich für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU aus.

Deren Bestand schien nach den Wahlen zum SPD-Unterbezirksvorstand Mitte Februar 1972, die ein „Schrittchen zur Mitte" bedeuteten, zumindest vorläufig gesichert zu sein. 29 prominente Sozialdemokraten[44], hinter denen Zander, Raabe und Arndt standen, hatten einige Tage vor dem Wahlparteitag eine Vorschlagsliste für den neuen UB-Vorstand vorgelegt, der die bisherige knappe Mehrheit des ultralinken Flügels vollständig umgestoßen hätte: Danach hätten dem Gremium künftig nur mehr vier Vertreter dieses Flügels angehört, aber auch wieder zwei „rechte" Genossen und vor allem neun andere, die zur linken Mitte gezählt wurden. Die hinter der Initiative stehenden gemäßigten Kräfte, eine neue Koalition aus „linker Mitte" und „rechtem Flügel"[45], zielte vor allem auch darauf ab, im Vorfeld der ein halbes Jahr später stattfindenden Kommunalwahlen die Bürger nicht unentwegt mit allzu linken Parolen zu verprellen[46]. Doch die äußerste Linke, wesentlich gestützt auf den jungsozialistischen Stimmenblock von 100 der circa 400 Delegierten, „überstand den SPD-Parteitag glimpflich"[47]: Das bis dahin geltende innerparteiliche Kräfteverhältnis im UB-Vorstand von acht Linken gegen sieben Genossen der „Mitte" verschob sich lediglich um eine, potenziell freilich entscheidende Stimme zugunsten der Gemäßigten.

Heftige Querelen vor und nach dem Unterbezirksparteitag[48], Hausbesuche bei „bald jedem der 400 Delegierten", wobei sich die Anhänger der neuen „Mitte-Rechts-Koalition" bei ihrer Basisarbeit darauf beriefen, daß schließlich die Jusos „entsprechende Praktiken" in den letzten Jahren vorexerziert hätten[49] – all dies ließ für die Zukunft wenig Gutes erahnen. Tatsächlich kam es schon wenige Wochen später zur Revanche in Form eines offenen Aufstands des linken Flügels ge-

[43] Protokoll der Wahlkampfleitung vom 20. Januar 1972, in: AdsD: UB Frankfurt. Vorstand. Protokolle 1969. Wer in Frankfurt FDP wähle, so wollte Arndt den Bürgern klarmachen, der „stärke nicht die sozialliberale Bundesregierung". Arndt ging dabei von dem Befund aus, daß bei der zurückliegenden Landtagswahl in Hessen viele potentielle SPD-Wähler sich nur deshalb für die FDP entschieden hätten, um die sozialliberale Koalition zu stärken.

[44] Dazu zählten einige, die zum engsten Freundeskreis Möllers gerechnet wurden, wie der Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach, und der Nassauischen Heimstätte, Emil Geißler, der bisherige DGB-Landesvorsitzende, Philipp Pleß, und der Chefredakteur beim HR, Friedrich-Franz Sackenheim. Frankfurter Neue Presse, 14. Februar 1972.

[45] Frankfurter Neue Presse, 14. Februar 1972.

[46] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Februar 1972.

[47] Frankfurter Neue Presse, 21. Februar 1972.

[48] So warf Karsten Voigt den Initiatoren der Vorschlagsliste „Vertrauensbruch" vor. Kurz nach Möllers Tod habe es innerhalb der Frankfurter SPD eine Art „Burgfrieden-Erklärung" gegeben, wobei man sich gegenseitig versichert habe, künftig jede Gruppenbildung zu unterlassen. Frankfurter Rundschau, 17. Februar 1972.

[49] Frankfurter Neue Presse, 18. Februar 1972. Joseph Lang („Jola") charakterisierte den Juso-Vorwurf der „Kartellbildung" deshalb als „Heuchelei". Jetzt, wo es um ihre Vorstandsposten gehe, würden sie plötzlich den Begriff der Solidarität wiederentdecken. Ausfälle des „juso-info" u. a. gegen den SPD-Ministerpräsidenten Osswald nannte er den „Gipfel der Unverschämtheit". Frankfurter Neue Presse, 21. Februar 1972.

gen den neuen Unterbezirksvorstand. Verhandlungskommissionen von SPD und CDU hatten sich Ende Februar auf eine weitere kommunalpolitische Zusammenarbeit geeinigt, was die Wiederwahl des CDU-Bürgermeisters Wilhelm Fay und des ebenfalls der CDU angehörenden Dezernenten für die städtischen Betriebe, Karl Bachmann, einschloß[50]. Die CDU, deren Verhandlungsposition aufgrund ihrer personalpolitischen Ziele schwach war, mußte stark in Vorleistung treten und der SPD sogar die Hinnahme der paritätischen Mitbestimmung in kommunalen Betrieben zusichern. Im CDU-Vorstand hatte vor allem dieser Passus eine „zum Teil heftig geführte Generaldebatte" ausgelöst, weil Döll, von Garnier, Riesenkampff und Bethmann im Geiste der „Gruppe 70" einen härteren Kurs gegenüber der SPD forderten und Verhandlungsführer Fay heftig attackierten[51].

Obwohl die SPD-Führung viel durchgesetzt hatte[52], beschloß der Unterbezirksparteitag am 11. März 1972 mit knapper Mehrheit, dem Votum seines Vorstandes – und des neuen Oberbürgermeisters – nicht zu folgen und die CDU-Dezernenten nicht in ihrem Amt zu bestätigen. Trotz heftigen Ringens scheiterte eine Woche später der Versuch, die Delegierten der Basis zu einer Revision ihres Beschlusses zu bewegen[53]. SPD-Chef Zander hatte zwar händeringend dafür geworben, angesichts der keineswegs wieder „ausgemachten" absoluten Mehrheit für die SPD bei den bevorstehenden Kommunalwahlen an der Koalition mit der CDU festzuhalten; diese habe sichere Zusagen gemacht, die eine Fortsetzung progressiver Kommunalpolitik ermöglichen würden. Rudi Arndt hatte den Delegierten gar zugerufen: „Wenn ihr die Wiederwahl von Fay und Bachmann ablehnt, dann würde das bedeuten, daß ihr den gewählten Oberbürgermeister in der ersten Phase unglaubwürdig macht." Doch Fred Gebhardt hielt für den linken Vorstandsflügel dagegen: Die Ära der „honorigen älteren Herren" sei in der CDU vorbei, eine neue Mehrheit innerhalb dieser Partei werde die gemachten Zusagen „wegfegen" – spätestens nach der Kommunalwahl, vielleicht aber schon früher, falls es zu vorgezogenen Bundestagswahlen kommen sollte. Gebhardt versprach sich von klaren parteipolitischen Fronten im Rathaus „die Mobilisierung der rund 35 Prozent Nichtwähler", die in der Mehrzahl potentielle SPD-Anhänger seien.

Wie sehr die bis zum Zerreißen gespannte bundespolitische Atmosphäre dieser Tage auch die Frankfurter Kommunalpolitik beeinflußte, verdeutlichte am besten ein SPD-Delegierter, der im halbstündigen Abstand dreimal vorschlug, Fay und Bachmann ein öffentliches Bekenntnis zu den Ostverträgen abzuverlangen: Dann

[50] Das zweiseitige Einigungspapier „Mit der Wiederwahl der Herren Bürgermeister Dr. Fay und Stadtrat Karl Bachmann" findet sich im ACDP: Nl Dregger. I-347-184/1.

[51] ACDP: KV Frankfurt. 045-277, 278. Nicht genau datiertes Protokoll [vermutlich vom 28. Februar 1972] über eine Sitzung des CDU-Kreisvorstandes. Andere warfen Fay und Bachmann vor, an ihren Stühlen zu „kleben" und nicht einmal gegen die Schulpläne der hessischen Regierung entschieden Stellung zu beziehen. ACDP: Nl Dregger. I-347-184/1. Prosper Graf zu Castell-Castell an Leisler-Kiep, 8. März 1972.

[52] Ein Papier, „das die Forderung der SPD an die CDU und FDP für eine Fortführung der Koalition im Römer" enthielt, war auf Anregung Voigts von einer Kommission im Auftrag des UB-Vorstands ausgearbeitet worden. AdsD: UB Frankfurt. UB Vorstand. Protokolle 1969. Grüner Schnellhefter.

[53] Frankfurter Rundschau, 13. und 20. März 1972. Vgl. auch Balser, Aus Trümmern, S. 338f.

„könnten sie […] ruhig Frankfurter Magistratsmitglieder bleiben."[54] „Hier haben Barzel und Strauß mitgemischt"[55], kommentierte denn auch Arndt den für ihn enttäuschenden „Scheiß-Beschluß"[56] gegen die Römer-Koalition. Die SPD-Fraktion beugte sich schließlich am 29. März dem Votum des Parteitags und schlug eigene Kandidaten für die beiden fraglichen Magistratsposten vor, die Anfang April zunächst von den Delegierten des Unterbezirks bestätigt und dann in der Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden[57].

Den Bruch der Großen Koalition hatte der SPD-Parteitag über die vom Juso-Flügel genannten Motive hinaus mit grundsätzlichen, dem Zeitgeist von 1968 geschuldeten demokratietheoretischen Begründungen versehen: Die Magistratsverfassung, die die kontinuierliche Mitwirkung aller an der Stadtpolitik beteiligten Kräfte sichere, stamme aus „vordemokratischer" Zeit; die politischen Mehrheitsverhältnisse würden sich im Magistrat bislang nicht so deutlich spiegeln, um wirklich von einer „Stadtregierung" wie in einem parlamentarischen System sprechen zu können[58]. Daß das Grundanliegen der linken SPD-Basis, gleichsam mehr Demokratie auch in der Kommune zu wagen, vielen Stadtverordneten ebenfalls einleuchtete[59], erklärt ihr Nachgeben gegenüber dem Unterbezirksparteitag aber nur zum Teil.

Der Schritt wird vielmehr nur dann ganz verständlich, wenn man ihn in den größeren Rahmen der allgemeinen politischen Polarisierung des Jahres 1972 zwischen sozialliberaler Regierung und CDU/CSU-Opposition in Bonn einbettet, auf den schon die Weigerung der FDP-Stadträte hindeutete, die CDU-Magistratsmitglieder wiederzuwählen. So wie die gesellschaftlichen Strömungen sich damals im Streit um die Ostverträge entwickelten, durften sich die Frankfurter Sozialdemokraten von einer schärferen Polarisierung entlang der bundespolitischen Konfliktlinien starken Rückenwind erhoffen, zumal als nach dem gescheiterten

[54] Frankfurter Rundschau, 13. März 1972. Unterbezirksvorstandsmitglied Rudzio argumentierte dagegen kommunalpolitisch: „Bei Gewerbeansiedlungen oder der Schaffung einer menschlichen Stadt" gebe es „keine Basis mit der CDU." Der Spiegel, 27. März 1972 (Nr. 14), S. 32. Wie sehr Karsten Voigt gegenüber der CDU damals von einem politischen Freund-Feind-Denken geprägt war, zeigte seine Weigerung, der Bitte des ZEIT-Magazins Folge zu leisten und sich neben dem JU-Vorsitzenden Jürgen Echternach auch nur ablichten zu lassen: „Ich kann das ideologisch nicht vertreten". Der Spiegel, 30. August 1971 (Nr. 36), S. 138 (Personalien).

[55] Frankfurter Rundschau, 13. März 1972.

[56] Frankfurter Rundschau, 20. März 1972.

[57] Frankfurter Rundschau, 30. März 1972; Frankfurter Neue Presse, 10. April 1972; Frankfurter Rundschau, 10. April 1972. IfSG: Dokumentation der CDU-Stadtverordnetenfraktion (September 1972): „Die Selbstherrlichkeit der SPD […]", S. 3f.

[58] Balser, Aus Trümmern, S. 338. Tatsächlich aber näherte sich keine andere Kommunalverfassung so „verhältnismäßig stark der parlamentarischen Regierungsweise an" wie die hessische (Gabriel, Strukturen politischer Willensbildung in der Gemeinde, S. 67). Anders als in den übrigen Systemen ist die Verwaltungsführung in der Magistratsverfassung Hessens kollegial; der Magistrat leitet unter dem Vorsitz des (Ober-)Bürgermeisters, der nur Primus inter pares ist, die Verwaltung. Die zum Teil hauptamtlichen, zum Teil ehrenamtlichen Mitglieder werden, einschließlich des (Ober-)Bürgermeisters, durch die Vertretungskörperschaft gewählt.

[59] Vgl. Balser, Aus Trümmern, S. 338. SPD-Fraktionschef Martin Berg, überzeugter Gegner des imperativen Mandats, verteidigte den Beschluß zum Bruch der Rathauskoalition, weil es sich dabei um eine der wenigen Grundsatzfragen gehandelt habe, die der Parteitag – im Gegensatz zu „reinen Sachfragen" wie etwa dem Ausbau des Waldstations – „allein entscheiden" könne (Frankfurter Rundschau, 14. März 1972). 1974 wurde im übrigen die Hessische Gemeindeordnung geändert und gemäß § 76 die Abwahl hauptamtlicher Magistratsmitglieder ermöglicht.

Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt am 27. April das Vorziehen der Bundestagswahlen auf den November 1972 die im Oktober stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zu einem Testlauf von bundespolitischer Bedeutung werden ließ.

Die politische Großwetterlage trug ihren Teil dazu bei, daß die etwa gleich starken Lager der Frankfurter SPD sich vor der Aufstellung der Stadtverordnetenkandidaten endlich zusammenzuraufen suchten. Der knappe Sieg der Koalition aus linker Mitte und rechtem Flügel bei den zurückliegenden Unterbezirksvorstandswahlen hatte verbunden mit dem folgenden Triumph der äußersten Linken beim Bruch der Römer-Koalition gezeigt, wie eng die Mehrheitsverhältnisse waren und wie gut man daran tat, vor allem auch nach außen hin demonstrativ Geschlossenheit zu zeigen. So einigten sich die Streithähne im Unterbezirksvorstand auf eine Liste, die UB-Chef Zander als „vernünftigen Kompromiß" zwischen allen Gruppierungen innerhalb der Frankfurter SPD pries. Die Vorschlagsliste für die Stadtverordnetenkandidaten stelle eine „ausgewogene Mischung von erfahrenen Kommunalpolitikern und Nachwuchs" dar[60]. Für die als aussichtsreich geltenden ersten sechzig Plätze waren nur noch 22 der 42 amtierenden Räte der SPD vorgesehen; ebenso viele (22) Personen im Juso-Alter bis 35 Jahre, so rechnete Oberbürgermeister Arndt vor, fanden sich bereits unter den ersten 52 Kandidaten[61].

Zwar zeigte sich eine Delegiertenversammlung der Jusos wenige Tage vor der SPD-Listenaufstellung dennoch nicht bereit, der vom UB-Vorstand beabsichtigten Blockabstimmung über die ersten 52 (von 93) Plätzen zuzustimmen, weil sie anders als Arndt nur 14 auch von der Gesinnung her jungsozialistische Kandidaten unter den ersten sechzig Plätzen ermitteln konnte[62]. Doch zu dem befürchteten „Herausschießen" zumindest einiger der vom UB-Vorstand vorgeschlagenen Kommunalpolitiker aus dem ersten Stimmenblock durch die äußerste Linke kam es auf dem entscheidenden Parteitag nicht: Die „Vertreter der Parteilinken" waren bei Lichte besehen so stark „wie […] noch nie auf den aussichtsreichen Plätzen vertreten", rund ein Drittel der Kandidaten bis Platz 60 konnten ihr, „den tatsächlichen Machtverhältnissen in der Partei" etwa entsprechend, zugerechnet werden[63].

Galionsfiguren des linken Flügels wie UB-Vorstandsmitglied Fred Gebhardt und der Ex-Juso-Bundesvorsitzende Karsten Voigt schlossen sich folglich auf dem Nominierungsparteitag am 6. Mai trotz „erheblicher Bauchschmerzen" dem Vorschlag an, über die ersten 52 Plätze insgesamt abzustimmen: „Damit entscheiden wir uns gemeinsam für eine Fraktion"[64]. 305 Delegierte folgten dieser Argumentation, erstaunlich wenige, nämlich nur 53, stimmten dagegen[65]. Sicherlich war die Vernunft des Parteitags dadurch sehr befördert worden, daß traditionell jeder der 44 SPD-Ortsvereine in Frankfurt damit rechen durfte, einen Stadtverordneten oder zumindest Nachrücker zu stellen; gerade Delegierte kleinerer Ortsvereine

[60] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Mai 1972.
[61] Frankfurter Rundschau, 8. Mai 1972.
[62] Ebd., 6. Mai 1972.
[63] Frankfurter Neue Presse, 8. Mai 1972.
[64] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Mai 1972.
[65] Nach kleineren Rangeleien über die „Knautschzone" der Plätze 53 bis 58 wurde schließlich sogar dem Rest der Liste gesammelt zugestimmt. Frankfurter Rundschau, 8. Mai 1972.

konnten deshalb keinerlei Interesse daran haben, das „Ortsvereinsprinzip“ durch Herausschießen einzelner Personen aus der mühsam ausbalancierten Gesamtliste zu durchlöchern[66]. Doch auch ohne diese taktischen Überlegungen wußte „die große Mehrheit des Parteivolks […], was die Stunde geschlagen hat“[67], daß es also nach der Aufkündigung der Römer-Koalition mit der CDU „gar nicht mehr so sehr darauf ankommt, ob die künftige SPD-Stadtverordnetenfraktion in einem grellen Rot erstrahlt oder ob mattes Rosa dazwischengemischt ist.“ Vielmehr führte der „Druck von außen, die von der CDU-Seite zu erwartende Strategie totaler Konfrontation, die Angst vor einem Verlust der absoluten Mehrheit im Römer“, selbst auf dem linken Flügel zu einem „Prozeß der Besinnung auf das Gemeinsame“[68].

Der Konsolidierungsprozeß blieb allerdings in den folgenden Wochen stets höchst gefährdet[69]. Die hauchdünne Mehrheit des UB-Vorstands aus linker Mitte und rechtem Flügel, angeführt von Zander und Arndt, konterkarierte sechs Wochen vor dem Kommunalwahltermin sogar eigenhändig die Bemühungen, ein Bild parteipolitischer Geschlossenheit zu malen: Sie legte dem SPD-Parteitag am 12. September 1972 den Antrag vor, den stellvertretenden Frankfurter Juso-Vorsitzenden Rainer Eckert wieder vom Platz 18 der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenversammlung zu streichen. Eckert, ein 28jähriger Physiker, war der Prototyp des durch die Institutionen der SPD marschierenden ultralinken akademischen Revolutionärs, dem freilich selbst das „offene blaukarierte Hemd nicht den geringsten proletarischen Anstrich zu geben“[70] vermochte. Eckert wurde zur Last gelegt, Parteibeschlüsse, vor allem den Beschluß der SPD Hessen-Süd gegen Aktionseinheiten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, zu mißachten. Eckert hielt tatsächlich das „bedruckte Papier“ von Parteibeschlüssen für nicht zu vergleichen „mit bombardierten Deichen in Nordvietnam“. Zudem meinte er, punktuelle Aktionen „gegen bestimmte Mißstände“ würden nicht unter die Beschlußlage der SPD Hessen-Süd fallen[71]. Obwohl bekannt war, daß der stellvertretende Juso-Chef „immer wieder […] mit der DKP und dem Spartakus“ zusammenarbeitete[72], hatte die UB-Führung ihn im Zeichen der taktischen Versöhnung vom Mai 1972 einen guten Listenplatz eingeräumt. Man hoffte, „er würde sich nach und nach in die Parteidisziplin einfügen“. Angesichts Eckerts fortgesetzt „DKP-freundliche[r] Politik“[73] und seiner exponierten Rolle bei einer Vietnam-Demonstration glaubten

[66] Ebd., 6. Mai 1972.
[67] So der Kommentar von Alexander Hoffmann in der Frankfurter Neuen Presse, 8. Mai 1972.
[68] So der Kommentar von Rudolf Appel („Kampfesmüde“) in der Frankfurter Rundschau, 8. Mai 1972. Tatsächlich verzichtete das nicht wiedergewählte CDU-Magistratsmitglied Fay darauf, umgehend als ehrenamtlicher Stadtrat für seine Partei wieder in das Gremium einzuziehen, aus dem ihn die Sozialdemokraten vertrieben hatten. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juli 1972.
[69] Vgl. Arndts Rede zum Thema „Innerparteiliche Solidarität“ mit herben Vorwürfen an die studierte Linke, die die Interessen der Arbeiterklasse nicht wirklich kenne, vom Juli 1972. AdsD: Nachlaß Arndt, Aktenordner 2.1.1.2.3.
[70] Süddeutsche Zeitung, 27. März 1973. Zur politischen Weltanschauung des Juso-Aktivisten vgl. z. B.: Eckert, Die Krise der SPD, oder Eckert, Das ist „demokratischer Sozialismus“, wo er Karsten Voigt in die Rubrik „‚Linke‘ Variante der Rechtssozialdemokratie“ einordnet. Ebd., S. 18.
[71] Frankfurter Neue Presse, 13. September 1972.
[72] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. September 1972.
[73] Frankfurter Neue Presse, 13. September 1972.

Zander und Arndt aber die Reißleine ziehen zu müssen, um im Kampf um die Wähler der Mitte nicht allzuviel Boden an die CDU zu verlieren.

Der SPD-Parteitag folgte dem Antrag des Vorstands und strich Eckert mit 229 zu 168 Stimmen wieder von der Kandidatenliste. Doch für Arndt war dies ein „Pyrrhussieg", wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* spitz kommentierte. Sicher hatte der Oberbürgermeister die Entschlossenheit dokumentiert, sich nicht von wild gewordenen Jusos „auf dem Kopf herumtanzen zu lassen"; andererseits hatte die SPD-Führung mit dem Kraftakt auch die Nachwuchsorganisation wieder zusammengeschweißt, die gerade von ideologisch bedingten Spaltungstendenzen heimgesucht wurde. Und ob „ohne die Zwangsjacke des Wahltermins" die Entscheidung der SPD-Delegierten gegen Eckert genauso ausgefallen wäre[74], ließ sich füglich bezweifeln. Die „fast tumultartigen Szenen"[75], zu denen es im Verlauf des Parteitags kam, schließlich auch der Auszug der Jusos nach der für sie enttäuschenden Entscheidung und ihr Nachkarten auf einer folgenden Krisenkonferenz der Juso-Stadtverordnetenkandidaten[76] – all dies provozierte geradezu neue Fragen hinsichtlich des inneren Zustands der Frankfurter SPD. Um so mehr als die Jusos abermals (vergeblich) versuchten, die Kandidatur des in der Arbeiterschaft so populären Abgeordneten Georg Leber sowie des Unterbezirksvorsitzenden Zander bei den vorgezogenen Bundestagswahlen zu verhindern und anschließend beiden demonstrativ die Hilfe im Wahlkampf versagten[77]. So sicher, kommentierte die *Frankfurter Rundschau*, könne sich die SPD ihres Wahlsieges „noch nicht sein, als daß sie es sich leisten könnte, völlig zerstritten in die Wahl zu gehen."[78]

Der Befund bezog sich auch darauf, daß es der Frankfurter CDU zwar nicht ganz, aber doch merklich besser gelungen war, ihre internen Querelen zu überwinden. Denn der Bruch der Rathauskoalition durch die SPD räumte einen der wesentlichen Streitpunkte ganz im Sinne der „Gruppe 70" aus: Deren Befürchtung, durch die jahrzehntelange Verfilzung mit dem sozialdemokratisch dominierten Apparat könnte die immerhin starke Minderheit der CDU in der Stadt so gefesselt, so sehr auf das Halten von Ämtern fixiert sein, daß sie das Ziel, die Mehrheit zu erobern, ganz aus den Augen verlöre[79]. Der alternative Kurs eines Verzichts auf hauptamtliche Magistratsposten im Rathaus zugunsten einer klaren Oppositionsstrategie, mit dem die „Gruppe 70" CDU-intern noch nicht durchgedrungen war, gewann nach dem Triumph des Juso-Flügels in der SPD erheblich an Plausibilität.

Selbst der Exponent der alten Linie, CDU-Kreisvorsitzender Ernst Gerhardt, sah es mit dem Bruch des Rathausbündnisses als erwiesen an, „daß die Frankfurter

[74] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. September 1972.
[75] Ebd., 13. September 1972.
[76] Die Mehrheit des Unterbezirks schrecke vor den infamsten Verdächtigungen nicht zurück, wenn es „um die rücksichtslose Bekämpfung sozialistischer Ansätze in der Kommunalpolitik geht". Die Streichung Eckerts von der Liste stelle den bisher schwersten Angriff auf die Jusos dar. AdsD: Nl Arndt. Aktenordner 2.1.10–2.2.1.4. (Stamokap): Auszüge aus der gemeinsamen Konferenz von Juso-Kandidaten auf der Stadtverordnetenliste am 15. September 1972.
[77] Frankfurter Neue Presse, 7. August 1972; Frankfurter Rundschau, 9. August 1972.
[78] So Reinhard Voss schon nach dem Anti-Eckert-Beschluß im UB-Vorstand. Frankfurter Rundschau, 11. September.
[79] Vgl. die Analyse „Die Unruhe in den Parteien. Rathauspolitik wird interessanter", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Februar 1972.

Sozialdemokraten endgültig von den Jungsozialisten beherrscht" würden[80]. Jetzt, so äußerte sich Gerhardt intern, komme es darauf an, „die von der SPD herausgeforderte Opposition aufzugreifen"[81]. Das Bestreben, „in jeder Frage die totale Konfrontation zu suchen", daran hielt Gerhardt indes nach außen hin fest, sei in der Kommunalpolitik „widersinnig" und der Stadtentwicklung abträglich. Dagegen argumentierte der CDU-Landesvorsitzende Dregger, die CDU müsse sich nach dem „Sieg der Linkssozialisten über die Sozialdemokraten" als „demokratische Alternative einer immer mehr nach links abrutschenden Frankfurter SPD entgegenstellen". Auch in der Jungen Union begrüßte man die Chance für die CDU, jetzt „ihre eigenständige Politik endlich so zu vertreten, daß die CDU dem Wähler als Alternative zur SPD deutlich werde". Stadtrat Gerhardt (dessen Amtszeit im Magistrat noch bis 1978 dauerte) müsse sich von dieser Position zurückziehen, „um die Oppositionsrolle der CDU glaubhaft zu machen."[82]

Gerhardt gab allerdings nicht seinen Dezernentenposten auf, sondern trat wenige Wochen später, am 3. April, „mit sofortiger Wirkung" vom CDU-Kreisvorsitz zurück[83]. Damit war er, wie die SPD-Fraktion nicht ganz ohne Grund bemerkte, nur „bestimmten Leuten zuvorgekommen"[84].

Von der „Gruppe 70" konnte tatsächlich erwartet werden, daß sie über kurz oder lang auch Gerhardts Verzicht auf das Magistratsamt durchsetzen wollte. Doch CDU-Fraktionsvorsitzender Moog hielt schon einmal vorsorglich dagegen: „Wir behalten lieber noch einen Fuß in der Tür" (des Magistrats)[85]. Das alte Parteiestablishment – Gerhardt, die Fraktion, sämtliche Landtagsabgeordnete sowie die Sozialausschüsse[86]– verstand es zudem zu verhindern, daß der CDU-Kreisvorsitz jetzt in die Hände der „Gruppe 70" fiel. Zu diesem Zweck wurde dem von der SPD abgehalfterten Noch-Bürgermeister Fay, der bereits einmal vor Gerhardt bis 1961 den Vorsitz des CDU-Kreisverbandes innegehabt hatte und zwischenzeitlich dessen Ehrenvorsitzender war, abermals der Vorsitz angetragen[87]. Der 60jährige Fay hatte neben seiner hauptamtlichen Magistratstätigkeit zwischen 1953 und 1970 für die Frankfurter CDU im Landtag gesessen und von 1952 bis 1967 auch den hessischen CDU-Landesverband geführt[88]. Jetzt war er nicht nur wegen seines ausgleichenden und sympathischen Wesens die Idealbesetzung, sondern auch deshalb, weil ein Märtyrer, ein „auf dem Altar der Radikalen", sprich: des linkssozialistischen SPD-Flügels, geopferter Mann mehr Eindruck auf breite Wählerschichten machen mußte, „als ein streitbarer, aber bislang unverwundet gebliebener Neuling."[89]

[80] Frankfurter Rundschau, 13. März 1972.
[81] Gerhardt an den Kreisvorstand der CDU, 3. April 1972. ACDP: KV Frankfurt. II 045-277, 278.
[82] Frankfurter Rundschau, 13. März 1972.
[83] Gerhardt an den Kreisvorstand der CDU, 3. April 1972. ACDP: KV Frankfurt. II 045-277, 278.
[84] Frankfurter Neue Presse, 5. April 1972.
[85] So kommentierte Rudolf Appel in der Frankfurter Rundschau vom 22. April 1972.
[86] Frankfurter Neue Presse, 15. und 20. April 1972.
[87] Mit zwölf zu zwei Stimmen beschloß der Kreisvorstand, den „von Amt und Sache her profilierten" Fay für das frei werdende Amt vorzuschlagen. ACDP: KV Frankfurt. II 045-277, 278. Niederschrift über die Kreisvorstandssitzung am 17. Februar 1972.
[88] Zur politischen Biographie Fays vgl. die Materialien im Bestand des IfSG: S2/135.
[89] Frankfurter Rundschau, 22. April 1972.

Auch die „Gruppe 70“, die eigentlich den Bauunternehmer und Vorsitzenden im CDU-Stadtbezirksverband Dornbusch Kurt Bender bevorzugte[90], konnte sich dieser Logik kaum widersetzen, obwohl Fay in ihren Augen „noch mit den Eierschalen“ der ungeliebten „gescheiterten Römer-Koalition behaftet“ war[91]. Letztlich sah man ein, daß es keinen Sinn hatte, unmittelbar vor dem hochbrisanten Wahlkampf einen neuen Mann aufzubauen. Die nicht ganz zu überwindenden Vorbehalte gegen die „Interimslösung“ Fay[92] wurden auf dem außerordentlichen Kreisparteitag der CDU Mitte April 1972 aber noch einmal artikuliert. Einige Delegierte verübelten es Fay besonders, daß selbst SPD-Chef Fred Zander sich erleichtert über dessen Kandidatur gezeigt hatte, weil damit „doch noch die liberale Anti-Dregger-Strömung“ in der Frankfurter CDU obsiege[93]. Trotzdem konnte Fay mit seinem Ergebnis (202 von 274 Stimmen) zufrieden sein[94].

Die an den „Integrationskandidaten“[95] Fay gerichteten Erwartungen, die Geschlossenheit der CDU in Frankfurt herzustellen, trogen nicht[96]. Die von einem Vorbereitungsausschuß erarbeitete Liste mit allen wieder kandidierenden 19 Mandatsträgern, aber auch mit sieben Vertretern der „Gruppe 70“ unter den 40 aussichtsreichen Plätzen, galt parteiintern als „taktische Meisterleistung“. Sie trug die „Handschrift“ Fays, der mit seinen Konzessionen an die „Gruppe 70“ das nötige Augenmaß bewiesen hatte. Nicht zuletzt hatte es Fay verstanden, den schärfsten Konkurrenten in der zurückliegenden Debatte um den CDU-Kreisvorsitz, Kurt Bender, einzubinden. Nachdem beide eindringlich an die Delegierten des Nominierungsparteitags appelliert hatten, „Einigkeit zu demonstrieren und sich dem Hauptgegner, der SPD, zuzuwenden“, verhielten sich die rivalisierenden Parteiflügel der „Alt-CDU“ und der „Gruppe 70“ tatsächlich ruhig. Sie akzeptierten Ende Mai 1972 mit einer Einmütigkeit, „die alle Fraktionskämpfe der vergangenen Jahre vergessen“ ließ, die vorlegte Stadtverordnetenliste mit Fay auf Platz 1[97].

[90] Frankfurter Rundschau, 6. April 1972. Bender hatte bereits während des ersten Auftretens der „Gruppe 70“ erhebliche Sympathien für diese erkennen lassen und sie Gerhardt gegenüber verteidigt. Kurt Bender an Ernst Gerhardt, 6. März 1971, in: Privatarchiv Gerhardt, Faszikel „Gruppe 70“.

[91] Frankfurter Rundschau, 22. April 1972.

[92] Frankfurter Neue Presse, 15. April 1972.

[93] Ebd., 20. April 1972. Die von Anhängern der „Gruppe 70“ geführten Nachhutgefechte gegen Gerhardt, der vor der Wahl der Oberbürgermeister Möller und Arndt mit CDU-Stimmen nicht einmal einen Kreisparteitag zu befragen für nötig befunden habe, schlugen ebenfalls ein wenig auf die Stimmung.

[94] Frankfurter Rundschau, 24. April 1972.

[95] Ebd. Fay hatte schon in den schweren Konflikten Anfang 1971 auf Ausgleich gedrängt und bei seinen Freunden dafür geworben, „in Vollzug des Gedankens des Kompromisses möglichst geschlossen für Herrn Gerhardt und die Kandidaten der ‚Gruppe 70‘ zu stimmen“. Wilhelm Fay an Kurt Bender, 23. März 1971, in: Faszikel „Gruppe 70“. Privatarchiv Gerhardt.

[96] Auch in der Rede nach seiner Wahl hatte Fay noch einmal versichert: „Es darf keinen Sieg der einen Gruppierung über die andere geben“. ACDP: KV Frankfurt. II 045-277, 278. Manuskript der Rede Fays, 22. April 1972, S. 16.

[97] Frankfurter Neue Presse, 29. Mai 1972. Nur einige Alt-Mitglieder hatten Kandidaten der „Gruppe 70“ zu verstehen gegeben, „daß die Wunden früherer Auseinandersetzungen immer noch schmerzen.“ Doch beschränkten sich solche Demonstrationen auf Einzelfälle und änderten nichts an der Reihenfolge der Liste, mit der nur die Junge Union nicht ganz zufrieden war. Frankfurter Rundschau, 29. Mai 1972.

Bereits im September machte die CDU aber Anstalten, die mühsam „gepäppelte Einigkeits- und Integrationsidee unsanft wieder der Realität anzugleichen“[98]. Grund für das erneute Aufbrechen der zugeschütteten Gräben war ein Verfahrensstreit um die Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl. Während die „Alt-CDU“, wie bisher, sämtliche drei Frankfurter Abgeordnetenkandidaten vom Kreisparteitag nominieren lassen wollte, um so leichter das auch personell ausgewogene Tableau einer breiten Volkspartei herstellen zu können, gedachten die Initiatoren einer Unterschriftenaktion, „hinter der die frühere Gruppe 70 vermutet“ wurde, mehr Demokratie zu wagen[99]. Im Bundestagswahlkreis 141, so die Idee, sollte der CDU-Kandidat (wie bei der baden-württembergischen CDU bereits üblich) per Urwahl bestimmt werden, um eine „Verstärkung der innerparteilichen Demokratie“ zu erreichen[100]. Auf einem Kreisparteitag wurde so erbittert über die Frage diskutiert, daß der ganze „Saal tobte“. Nach der klaren Entscheidung gegen die Reformidee resümierte ein Delegierter: „Was hier an Worten gefallen ist, ist einer christlich-demokratischen Partei unwürdig.“[101]

Die Kontroverse dokumentierte aber auch noch einmal, daß die auf mehr innerparteiliche Demokratie pochende „Gruppe 70“ nicht einfach als rechtsreaktionärer Haufen abgetan werden konnte. Einem *Spiegel*-Journalisten gegenüber hatten sich die CDU-Reformer zumeist als „ideologiefreie Pragmatiker“ zu zeigen bemüht. Garnier meinte gar: „In Oberviechtach hätten wir vielleicht die SPD aufgebaut“, und eine zur „Gruppe 70“ gehörende Buchhändlerin titulierte den CSU-Vorsitzenden Strauß als den „vielleicht gerissensten und gefährlichsten Politiker, den wir haben“. Ein der Gruppe zugerechneter Bank-Prokurist äußerte sich gar zustimmend zur Aufhebung des Pornographieverbots. Es schade keineswegs, wenn man wisse, „wie es unter den Kleidern“ aussehe. Zu den kommunalpolitischen Vorstellungen der „Gruppe 70“ befragt antwortete Bankier Döll zur Überraschung des Journalisten: Er träume von einer „Stadt à la Mitscherlich“[102].

Wenige Monate vorher, als Sympathisanten der „Gruppe 70“ den ihnen mißliebigen bisherigen Kreisvorsitzenden der Jungen Union in einer Kampfabstimmung aus dem Amt drängten, hatte es ähnliche Überraschungen gegeben: Der neue Vorsitzende, Thomas Mann, war bereits Chef der traditionell eher links orientierten Jungen Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft und bekannter Befürworter der paritätischen Mitbestimmung[103]. Auch vor diesem Hintergrund hatten die CDU-internen Querelen bei aller Leidenschaftlichkeit doch nicht den Stellenwert wie die echten Richtungskämpfe in der Frankfurter SPD. Vielen interessierten

[98] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. September 1972.
[99] Vgl. hierzu auch die Erinnerungen des späteren Frankfurter Bundestagsabgeordneten Karl Becker: Abgeordnete des Deutschen Bundestags, S. 67f.
[100] Frankfurter Neue Presse, 30. August 1972. Im Gespräch für den Bundestag war dort unter anderem Detlev von Garnier, einer der Wortführer der „Gruppe 70“.
[101] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. September 1972. Ein Antragsbefürworter von der Bezirksgruppe Westend hatte dem Kreisvorstand u. a. vorgeworfen, „diktatorisch gehandelt“ zu haben. Frankfurter Rundschau, 21. September 1972.
[102] Wie der *Spiegel* aber dagegenhielt, hatte Mitscherlich die private Spekulation mit Grund und Boden als entscheidendes Hemmnis progressiver Stadtplanung benannt, während 90 Prozent der „Gruppe 70“ „grundsätzlich gegen jede Enteignung von Privatboden“ sei. Der Spiegel, 5. April 1971 (Nr. 15), S. 36.
[103] Frankfurter Neue Presse, 10. April 1972.

Bürgern mochte es sich sogar so darstellen, daß die „Gruppe 70" in der CDU die Partei tendenziell eher auf die Höhe der Zeit hob, während der Juso-Flügel die SPD aus der Mitte heraus an den linken Rand des Wählerspektrums drückte. Der Versuch, gerade diesen Eindruck beim Bürger zu verstärken und als Alternative zur SPD eine „Kommunalpolitik ohne Klassenkampf"[104] zu fordern, stand in Frankfurt wie in ganz Hessen im Mittelpunkt des CDU-Wahlkampfes.

Der Pyrrhus-Sieg der SPD bei den Kommunalwahlen 1972

„Die Frankfurter Sozialdemokraten sind Sozialisten", hieß es im Vorwort des kommunalen Wahlprogramms der CDU: „Radikale Kräfte" hätten innerhalb der SPD „die Mehrheit"[105]. Immer stärker zeige sich die Gefahr, so Spitzenkandidat Fay auf dem Programmparteitag der CDU, daß die „Revolution auf leisen Sohlen" komme, ohne daß es der „schlafende Bürger" merke[106]. Der „rote Bazillus", so verkündete die wichtigste CDU-Wahlanzeige, gehe in Frankfurt um und habe die Stadt durch Fraktionszwang, imperatives Mandat und Ideologisierung der Kommunalpolitik „krank" gemacht: „Alles ist schon angesteckt: Schule, Theater, Rechtsleben, Finanzen, Verwaltung, Verkehr und Stadtplanung."[107]

Um das „Krankfurt"-Argument zu untermauern, nannte Fay in seinen Versammlungen eine Reihe von Beispielen: Die Ablösung des Dutschke-Verhafters Stadtrat Kiskalt und die Entfernung des Polizeipräsidenten Littmann aus seinem Amt, „ohne Rücksicht auf die Bürger, die für Sicherheit und Ordnung sind"; die gegen den ursprünglichen Magistratsstandpunkt vom SPD-Parteitag durchgesetzte Freigabe der Paulskirche für eine Vietnam-Veranstaltung der kommunistisch unterwanderten „Initiative internationale Vietnam-Solidarität" oder die Verleihung des Goethepreises an den ungarischen Kommunisten Georg Lucácz[108], der die Hälfte des aus Steuermitteln erbrachten Preisgeldes an den Vietkong gespendet habe[109]. Dank imperativen Mandats und Fraktionszwangs sei es einer „kleinen Minderheit von Systemveränderern möglich, der großen Mehrheit des Volkes ihren Willen aufzuzwingen – falls SPD gewählt werde"[110]. Auch alle bisherigen Nichtwähler sowie Sozialdemokraten, die „mit ihrer Partei nicht mehr zufrieden sind", so lautete die appellative Schlußfolgerung des CDU-Spitzenkandidaten,

104 So lautete der Leitgedanke des Wahlprogramms der hessischen CDU, das deren Kommunalpolitische Vereinigung entworfen hatte. Es gehe, so hieß es in dem Papier, um die Grundsatzfrage, ob die hessischen Städte und Gemeinden zum „Experimentierfeld für marxistische Planspiele" würden. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. September 1972.

105 IfSG: S 3/T 10912.

106 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juni 1972.

107 So hieß es in der mit einem Bild von Fay versehenen Annonce. IfSG: S3/T 10912.

108 Vgl. dessen Würdigung durch Karl Heinz Stahl, Georg Lucász und die Zerstörung der Vernunft.

109 Frankfurter Neue Presse, 27. September 1972. Die SPD hielt dem entgegen, der – seit dem niedergeschlagenen Aufstand von 1956 in Ungarn verfemte – Lukácz sei „ein international angesehener Philosoph". Wenn er versuche, mit seinem Geldpreis Wunden zu heilen, „die der Krieg in Vietnam den Menschen geschlagen" habe, könne dies nicht als Unterstützung des Weltkommunismus gesehen werden. AdsD: Hessen-Süd, Abg. III., provis. Kommunalwahlkampf 1972.

110 Frankfurter Rundschau, 2. September 1972.

müßten folglich CDU wählen, um eine Volksfront aus Sozialisten und Kommunisten zu verhindern[111].

„Macht Frankfurt wieder gesund" war das 32 Seiten starke CDU-Wahlprogramm überschrieben[112]. Das Thema öffentliche Sicherheit und Ordnung stand mit einer klaren Ablehnung der von Teilen der SPD gebilligten Hausbesetzungen als rechtswidriger „Angriff auf unsere Gesellschaftsordnung"[113] an erster Stelle. „Echten" Bodenspekulationen wollte aber auch die CDU künftig entschiedener entgegengetreten. Neben der Frage der öffentlichen Sicherheit bildeten kulturpolitische Themen, noch vor der Stadtplanung und anderem, einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt – verbunden „mit heftigen Vorwürfen gegen die bisherigen Entscheidungen der SPD"[114]. „Mit Sorge" verfolgte die CDU, daß die kommunale Verwaltung die kulturellen Aktivitäten „zu bevormunden trachte". Den Marsch der 68er durch die Institutionen der Stadt beschrieb die CDU als „Politisierung kultureller Einrichtungen mit personellen und finanziellen Manipulationen", der ein Riegel vorgeschoben werden müsse. Damit war nicht zuletzt der jüngst wieder in die Schlagzeilen geratene Frankfurter Bund für Volksbildung[115] gemeint. Diese „bildungspolitische Filiale des linken SPD-Flügels"[116] solle „umgehend in ein öffentliches Bildungssystem übergeführt werden", um den fortgesetzten „Mißbrauch der Volkshochschule durch demokratiefeindliche Kräfte" zu unterbinden; „nur die Beschäftigung hinreichend qualifizierter" (statt vor allem ideologisch ausgewiesener) Mitarbeiter sei zuzulassen[117]. Das dem Bund für Volksbildung unterstehende Theater am Turm, eine „ungehemmte Experimentierbühne zur Interpretation von Stücken aus marxistischer Sicht"[118], wollte die CDU als Kinder- und Jugendtheater den Städtischen Bühnen einverleiben[119], die Alte Oper „unverzüglich" als Konzert- und Kongreßhaus wieder aufbauen[120].

Die skizzierten Programmelemente trugen die Handschrift des Kulturexperten der CDU-Fraktion Hans-Ulrich Korenke[121]. Dieser sah „Liberalität und Pluralität" des Frankfurter Kulturlebens dadurch gefährdet, daß es der „neuen Linken" gelungen sei, „an bestimmte Schaltstellen" wie VHS oder Theater zu gelangen. Korenke kritisierte ausdrücklich auch den von Hilmar Hoffman an die Städtischen

111 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. September 1972.
112 IfSG: S 3/10912.
113 Ebd.
114 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Oktober 1972.
115 „Die Volkshochschule organisiert Hausbesetzungen", hatte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 5. Oktober 1971 geschrieben, nachdem ein VHS-Kurs über das Thema Grundstücksspekulation in einem besetzten Haus stattgefunden hatte, und den sozialdemokratischen VHS-Direktoren Gebhardt und Voigt tendenziell „verfassungsfeindliche Gesinnung" vorgeworfen. Gniffke, Volksbildung in Frankfurt, S. 77.
116 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juni 1972.
117 IfSG: S 3/T 10912.
118 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juni 1972.
119 IfSG: S 3/T 10912.
120 Frankfurter Rundschau, 4. September 1972.
121 Der 1926 in Danzig geborene Korenke, von Beruf Pressesprecher, saß seit 1960 im Römer, zunächst in der Stadtverordnetenversammlung, seit 1972 als ehrenamtlicher Stadtrat. Korenke engagierte sich insbesondere auch für die deutsch-jüdische Verständigung und war Vorsitzender der Sektion Frankfurt der deutsch-israelischen Gesellschaft.

Bühnen geholten Palitzsch, der bereits in Stuttgart die Zuschauerzahl um 25 Prozent vermindert habe: „Diese Fähigkeit habe Palitzsch in kürzester Zeit auch hier schon bewiesen." „Wir wollen Kunst und keine Plakate, Humanität und keine Brutalität", plädierte Korenke unter Anspielung auf die umstrittene Inszenierung des „Lear". Ein von allen finanziertes Theater, so hielt er Hoffmanns „Kultur für alle"-Parole entgegen, müsse auch „ein Angebot für alle" haben: „Wir wollen Vielfalt im kulturellen Bereich und keine Einfalt!"[122] Auch den Mißbrauch der Städtischen Bühnen „zu Schulungsabenden und politischer Indoktrination" versprach die CDU zu beenden[123].

Über die Zukunft des Kommunalen Kinos wurde innerhalb der CDU kontrovers diskutiert. CDU-Spitzenkandidat Fay schlug vor, die Schließung dieser Institution, eines der Vorzeigeobjekte Hoffmannscher Kulturpolitik, als Forderung in das CDU-Wahlprogramm aufzunehmen. Das eingesparte Geld solle zur Unterstützung privater Theater verwendet werden. Vielen Kultureinrichtungen, so begründete Korenke die Maßnahme, sei schließlich „mit dem Kommunalen Kino ‚der Hals umgedreht worden'". Auch CDU-Bezirksgruppenvorsitzender Alexander Riesenkampff von der ehemaligen „Gruppe 70" hieb in diese Kerbe, weil in dem städtischen Kino „linksradikale Filme" vorgeführt worden seien, die „selbst der Hessische Rundfunk" ablehne[124]. Der Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete und CDA-Mann Helmut Link[125], parteiinterner Widersacher der „Gruppe 70", gab dagegen zu bedenken: „Wir machen das TAT zu, weil es zu links ist, wir machen das Kommunale Kino zu, weil es zu links ist, am besten machen wir auch die Universitäten und den Rest zu, weil alles zu links ist."[126]

Es wirkte wie ein Reflex auf derartige Kritik, als auf Initiative Korenkes die Reihenfolge zweier Sätze des CDU-Wahlprogramms doch noch vertauscht wurde. An erster Stelle des Programmentwurfs hatte es zu den Aufgaben des Theaters zunächst noch geheißen, es habe „die kulturellen Werte der Vergangenheit zu pflegen und zu bewahren"; erst danach folgte ursprünglich das Plädoyer für ein engagiertes, weltoffenes Theater, das die „Probleme und die Menschen von heute anspricht". Die vom Parteitag letztlich doch beschlossene Priorität der „Weltoffenheit" wurde ausdrücklich damit begründet, daß die ursprünglich vorgesehene Reihenfolge beider Sätze „zu konservativ" wirken könnte[127]. Tatsächlich hatten publizistische Gegner der CDU bereits insinuiert, den Kulturbanausen von der CDU falle nichts anderes ein, als am Theater einfach auf „mehr Operette und leichte Stücke" zu setzen. Wenn die Kulturpolitik Hoffmanns „die Christdemokraten wie ein Pfahl im eigenen Fleisch" schmerze, so sei dies das eine; aber würde die CDU etwa auch Buster Keatons Filme (die zu den größten Erfolgen des Kom-

122 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Oktober 1972.
123 ACDP: KV Frankfurt. II-045-193: Kommunales Wahlprogramm 1972 (der Frankfurter CDU), S. 2.
124 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juni 1972.
125 Der 1927 geborene Elektromechaniker war Mitglied der IG Metall und der CDA und gehörte auch dem Betriebsrat seiner Frankfurter Firma an. 1960 wurde er Stadtverordneter, 1969 Bundestagsabgeordneter.
126 Frankfurter Rundschau, 26. Juni 1972.
127 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. September 1972.

munalen Kinos in den vergangenen Wochen gezählt hatten) zu den "linken" Filmen rechnen?[128]

Der bemerkenswert hohe Stellenwert der kommunalen Kulturpolitik im Wahlkampf des Herbstes 1972 war zu einem erheblichen Teil ein Nebeneffekt des erbittert geführten und breitenwirksamen Streits um die hessischen Schulen, die zwar überwiegend, aber nicht ausschließlich im Kompetenzbereich des Landes lagen[129]. Viele Stunden redeten sich die Delegierten auf einem Programmparteitag der Frankfurter CDU die Köpfe heiß, bis eine knappe Mehrheit für die kooperative Gesamtschule votierte, bei der anders als an der integrierten Gesamtschule Haupt-, Real- und Oberschule als eigene Einheiten erhalten blieben. Zu der starken Minderheit, die Gesamtschule weder in integrierter noch in kooperativer Form akzeptierte, zählten vor allem auch Anhänger der „Gruppe 70".[130]

Die Ernst-Reuter-Schule in der Trabantensiedlung Nordweststadt, eine der ersten hessischen Gesamtschulen mit damals rund 3000 Schülern, war besonders umstritten[131]. Von sozialdemokratischer Seite als Modellschule mit bundesweiter Ausstrahlung gefördert, an der die kritischen Bürger einer neuen Gesellschaft erzogen werden sollten, wurde dort etwa mit Diagnosebögen statt der Schulnoten von 1 bis 6 oder mit einer kollegialen Schulleitung auf Zeit experimentiert. Fast die Hälfte der Eltern im Einzugsbereich der Ernst-Reuter-Schule sah in derlei Praktiken eine allzu riskante Operation am offenen Herzen und meldete ihre Kinder lieber andernorts an. Auch wenn die Frankfurter CDU sich schließlich mit knapper Mehrheit dazu durchrang, diesen und andere Gesamtschulversuche weiterzuführen, ansonsten aber keine neuen Modellversuche zuzulassen, hatten vorher „die Delegierten ohne Ausnahme scharfe Kritik an der Gesamtschule in der Nordweststadt" geübt. Die Kinder würden dort „von sozialistischen Lehrern indoktriniert"[132].

In ihrem kommunalen Wahlprogramm mahnte die Frankfurter CDU: „Reform der Erziehung heißt nicht Erziehung zur Revolution."[133] Dies bezog sich neben der Schule auch auf den vorschulischen Bereich. Denn in den städtischen Kindertagesstätten, so äußerte eine besorgte Mutter auf dem CDU-Parteitag, herrschten „Zustände wie in der DDR". Bereits die kleinen Kinder würden von „linken" Betreuern politisiert. Auch an der Tatsache, daß „eine Tochter von Professor Mitscherlich", die als Mutter der antiautoritären Kinderläden galt, die künftigen Kindergärtnerinnen ausbilde, lasse sich erkennen, „in welchem Geist die jüngsten

[128] Vgl. den Kommentar von Reinhard Voss in der Frankfurter Rundschau, 26. Juni 1972. „Besonnene Kräfte" seien in einer CDU, die sich auch kulturpolitisch „für einen aggressiven Wahlkampf entschieden" habe, heute eine „kleine Minderheit", so meinte Voss drei Tage später in der Frankfurter Rundschau, 29. Juni 1972.

[129] Vgl. hierzu die umfangreiche signalgelbe Dokumentation der CDU-Landtagsfraktion zum „Sozialismus im hessischen Schulwesen" im Bestand der Wahlkampfmaterialien zur Frankfurter Kommunalwahl 1972 im IfSG: S 3/T 10912.

[130] Frankfurter Neue Presse, 29. Juni 1972.

[131] Vgl. die 1974 erschienene „Zwischenbilanz": 10 Jahre Ernst-Reuter-Schule.

[132] Frankfurter Rundschau, 29. Juni 1972. Der Sozialistische Lehrerbund an der Ernst-Reuter-Schule (ein Bild dieser Lehrervereinigung läßt sich etwa aus den von ihr selbst in der „Reihe roter Pauker" herausgegebenen „Materialien zur Schulbuchproduktion" gewinnen) revanchierte sich für diese Vorwürfe mit einem Flugblatt, das den CDU-Spitzenkandidaten in Text und Bild mit Adolf Hitler gleichsetzte. Frankfurter Neue Presse, 21. Oktober 1972.

[133] Frankfurter Neue Presse, 3. Juni 1972.

Frankfurter" beeinflußt würden[134]. Wie zur Bestätigung der CDU-Wahlkampfaussagen tauchten im August 1972 bei der Eröffnung einer Kita in der Eichendorff-Straße Kinderzeichnungen auf mit der Unterschrift „Barzel-Schwein" und einer aufgesetzten Pistole an der Schläfe bzw. mit dem Titel „Das ist Strauß, das Schwein". Schuldezernent Peter Rhein sprach von einer Panne und beteuerte, die Betreuer der Kita hätten „keinen Einfluß auf die Kinder ausgeübt". Die CDU nutzte den Vorfall indes zu einem Generalangriff. Da Kinder allein „auf eine derartige Idee wohl nicht verfallen wären", müsse es sich um eine vorbereitete Aktion „mit Hintermännern" gehandelt haben. Die Aktion offenbare eine Art „Linksfaschismus", der bewußt Haß auf politische Gegner züchte[135].

Die Sozialdemokraten antworteten auf das CDU-Wahlkampfmotto „Macht Frankfurt wieder gesund" mit einer Strategie der Vorwärtsverteidigung: „Frankfurt macht Zukunft" setzten sie in ihrem kommunalen Wahlprogramm den Vorwürfen der CDU entgegen. Die Genossen am Main verstanden Frankfurt „als ein Modell, als ein Signal, das weit über die Grenzen der Stadt" hinaus Beachtung finden sollte[136]. Ein Entwurf zum SPD-Wahlprogramm, den Arndt von seinem Oberbürgermeisterbüro aus Ende März 1972 an zehn „liebe Genossen" versandte, zählte es sogar zu den „wesentlichen Frankfurter Besonderheiten", daß hier seit 1848 „die Demokratie zu Hause" sei, ja die eigentliche Tradition der Stadt bestehe geradezu in der „permanente[n] Revolution"[137]. Auch wenn solche Formulierungen im Verlauf der zunächst internen Programmdiskussion wohlweislich wieder abgeschliffen wurden, atmeten manche Passagen des veröffentlichten Papiers den Geist der 68er-Zeit. Dazu gehörte „die Demokratisierung in so verschiedenen Bereichen wie den öffentlichen Ausschußsitzungen oder den öffentlich zu diskutierenden Strukturplänen"[138] und das „in der Bundesrepublik einzigartige Dezernat für Freizeit"[139], das in Frankfurt jetzt mit dem Kulturdezernat in Personalunion verbunden war. Die herkömmliche Trennung zwischen Freizeitangeboten „für die vermeintlich anspruchslosen […] Massen" und kulturellen Angeboten für die „ohnehin Privilegierten" sollte, so der dahinter stehende programmatische Ansatz,

134 Frankfurter Rundschau, 29. Juni 1972. Gemeint war die Psychologin und Sozialpädagogin Monika Seifert-Mitscherlich, die mit dem früheren SDS-Bundesvorstandsmitglied und Politikprofessor Jürgen Seifert verheiratet war (Vgl. Heinemann/Jaitner, Ein langer Marsch, S. 72–82). Wegen ihrer Kontakte zu RAF-Mitgliedern war sie jüngst besonders ins Zwielicht geraten. Vgl. den CDU-Antrag in Sachen Kitas und Seifert-Mitscherlich vom 25. August 1972 (IfSG: Bestand Stvv. Anfragen und Anträge der Fraktionen, 1972), sowie: Der Spiegel, 7. Februar 1972 (Nr. 7), S. 44ff.

135 So äußerte sich der CDU-Fraktionsgeschäftsführer Josef Kreling. Frankfurter Neue Presse, 26. August 1972. Zur Person Krelings vgl. auch IfSG: S2/6203.

136 Frankfurter Rundschau, 11. Juli 1972. Vgl. auch den Tenor der SPD-Wahlkampfbroschüre „Sozialdemokraten müssen weiter den Kurs bestimmen", in: AdsD: Depositum Streeck, Box 4.

137 IfSG: Büro OB Arndt, Nr. 5: Der Oberbürgermeister – Büro, Frankfurt am Main, 30. März 1972, an [zehn] „Liebe Genossen", „persönlich". Betr. Programm für den Kommunalwahlkampf 1972.

138 Frankfurter Rundschau, 11. Juli 1972. Selbst in den inhaltlich ganz knappen Prospekten, mit denen einzelne SPD-Kandidaten für ihre Person warben, wurde auf die Leistungen der SPD für die „angewandte Demokratie" „in allen Kommunalbereichen" verwiesen. IfSG: S3/T 10910.

139 Frankfurter Rundschau, 11. Juli 1972.

durch eine inhaltlich-konzeptionelle und administrative Integration beider Bereiche überwunden werden[140].

Welche Blüten der Anspruch trieb, Frankfurt für freizeit- und selbstverwirklichungsorientierte „echte Großstädter" attraktiv zu machen, statt „für Dörfler"[141] – was man der Recht und Ordnung „über Gebühr" strapazierenden CDU implizit unterstellte –, war während des Wahlkampfes auf einem vom SPD-Unterbezirksvorstand herausgebrachten Flugblatt „an die Jungwähler" zu erkennen. Neben der Darstellung eines männlichen Gliedes stand dort geschrieben: „Rot hat dafür gesorgt, daß das billigste Glück der Welt, der Spaß am Sexuellen, alle glücklich macht, die Lust dazu haben […]. Die lebenslängliche Strafe des Kinderkriegenmüssens wurde abgeschafft […]. Man braucht nicht mehr rot zu werden, wenn's um Sex geht, aber rot wählen sollte man, damit das so bleibt."[142] „Schwarz hat", so hieß es weiter, „solange es in seiner Macht stand, Sexualität mit Schweinerei gleichgesetzt."[143]

Die Zielgruppe der jüngeren Wählergeneration hatte Rudi Arndt auch im Blick, wenn er betonte, die von ihm geführte Magistratsmannschaft sei ein „Team von jungen und leistungsfähigen Leuten", in dem der 46 Jahre alte Kulturdezernent Hoffmann der „Methusalem" sei[144]. Den Versuch, die junge SPD als Partei der Selbstverwirklichung und der modernen Großstädter zu profilieren, ergänzte das Plädoyer für „noch mehr Kindertagesstätten und integrierte Gesamtschulen". Darin sahen die Frankfurter Sozialdemokraten die „einzige Möglichkeit, Chancengleichheit wirklich durchzusetzen"[145]. Gegen CDU-Attacken auf die VHS wurde die Erwachsenenbildung „besonders herausgestellt", die lebenslang „kritisches Bewußtsein" vermitteln müsse, um so „bei der Überwindung industrieller und familiärer Herrschaftsstrukturen" zu helfen[146], aber auch andere Elemente der städtischen Kulturpolitik.

Dabei standen weniger einzelne Projekte (wie die Gestaltung des Dom-Römerberg-Bereiches, der Aufbau der Alten Oper oder ein neues Konzept für die Museen) im Mittelpunkt. Vielmehr ging es um Grundsätzliches: Als die „einzige Ideologie im kulturpolitischen Teil des Programms" der Frankfurter SPD wollte Hilmar Hoffmann seine auch im Wahlkampf wie ein Mantra wiederholte Forderung gelten lassen, „Kultur sei für alle da"[147]. Es müsse geändert werden, „daß wie

[140] Reinhardt, CDU und SPD, S. 39. Die Menschen, so kommentierte es Rudi Arndt, „wollen nicht nur ständig arbeiten und arbeiten", sondern müßten sich „auch ihres Lebens freuen können". Frankfurter Rundschau, 11. Juli 1972.

[141] Frankfurter Rundschau, 11. Juli 1972.

[142] Frankfurter Neue Presse, 21. Oktober 1972. Zur teils legendenumwobenen Bedeutung des Themas Sexualität für die 68er-Revolte vgl. etwa Düring, Sexuelle Befreiung.

[143] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Oktober 1972. CDU-Spitzenkandidat Fay meinte zu dem Schriftstück: „Wir sind weiß Gott aufgeschlossen", aber „das zeigt geistiges Niveau, das ganz unten liegt". Welche Rolle der Kampf gegen eine als verklemmt empfundene Sexualmoral nicht nur für „echte Großstädter", sondern auch in der Provinz im Kontext der 68er-Bewegung gespielt hat, beschreibt in exemplarischer Anschaulichkeit Peter Schmid, Biberach und die 68er.

[144] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juli 1972. Die SPD, so hieß es in einer Annonce, habe „nicht das große Geld, dafür die bessere Mannschaft". IfSG: S 3/T 10909.

[145] Frankfurter Rundschau, 11. Juli 1972.

[146] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juli 1972.

[147] Ebd.

bisher 90 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zur Kultur hätten, auf Grund von Voraussetzungen, an denen sie nicht schuld seien“[148]. Deshalb werde er sich dem Ziel, die Kultur, gerade auch das Musikleben, nicht nur einer „exklusiven Schicht“ vorzubehalten, weiterhin verpflichtet fühlen. Die städtische Festhalle könne etwa dergestalt umgebaut werden, „daß ein Konzert mit Herbert von Karajan nicht nur von wenigen begüterten besucht werden kann, sondern von mehr als zehntausend Menschen“. Dann werde die Eintrittskarte nicht mehr hundert, sondern nur noch fünf Mark kosten[149].

Hoffmanns Kulturpolitik wurde von den Jungsozialisten leidenschaftlich unterstützt. Diese hatten sich zwar immer wieder geweigert, „rechten“ Frankfurter SPD-Abgeordneten Wahlkampfhilfe zu leisten, Hoffmann aber hielten sie für hinreichend fortschrittlich. Zum Kopf eines großen nackten Mannes vor rotem Hintergrund war auf einer Juso-Flugschrift vermerkt: „r o t hat die Kultur für alle geöffnet. Das fängt bei der Bildung an und läßt sich bis in viele Feinheiten hinein verfolgen, wie die feinen Leute erbost feststellen: Sie wollen zum Beispiel die Frankfurter Oper im alten Pomp wieder aufbauen. rot will aber aus der Oper ein Kommunikationszentrum für alle Bürger machen. Frankfurts Theater machen ihr Programm nicht mehr für die Premierengäste in rauschender Seide, sondern für die arbeitende Bevölkerung, die diese Premieren schließlich bezahlt.“[150] Außerdem, so lobten die Jusos, würden die Städtischen Bühnen und das Theater am Turm „jetzt demokratisch geleitet“; und das Kommunale Kino sei „schon heute ein international anerkanntes Modell“[151].

Welch Aktivposten Hilmar Hoffmann für den SPD-Wahlkampf war, dokumentierte auch die „Sozialdemokratische Wählerinitiative Frankfurt ‘72“, die sich zum ersten Mal vor einer Kommunalwahl bildete – wesentlich aus dem Freundes- und Bekanntenkreis des Kulturdezernenten heraus. Hoffmann hatte die Sympathisanten mit Hinweis darauf geworben, daß in letzter Zeit versucht worden sei, „die sozialdemokratische Kulturpolitik als sozialistisch zu verteufeln“. Die „bürgerliche Presse“, so die Behauptung, lasse kaum einen Anlaß aus, „um Polemik gegen Kommunales Kino, Theater am Turm, Ära Palitzsch, Volkshochschule etc. zu formulieren“[152]. Hoffmanns Wählerinitiative mit Namen aus Kultur, Wirtschaft, Sport und Politik reichte von dem Graphiker und Zeichner Ferry Ahrlé über den Politologen Iring Fetscher, den Hessischen Landesbankpräsidenten Wilhelm Hankel und den Ruderweltmeister Lutz Ulbricht bis zum Schriftsteller Gerhard Zwerenz[153]. Von den Städtischen Bühnen war nur Peter Roggisch dabei. Allerdings betonte Hoffmann, daß er darüber hinaus „eine ganze Liste engagierter Schauspieler“ hätte beibringen können. Die meisten Teilnehmer der Wählerinitiative waren nicht Mitglied der SPD, bekundeten indes in Zeitungsanzeigen und Veranstaltun-

148 Frankfurter Neue Presse, 11. Juli 1972.
149 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juli 1972.
150 Das Flugblatt findet sich im AdsD: Hessen-Süd, Abg. III., provis. Kommunalwahlkampf 1972.
151 So heißt es im rot kolorierten Flugblatt „wir: SPD IN FRANKFURT“. AdsD: Hessen-Süd, Abg. III., provis. Kommunalwahlkampf 1972.
152 Frankfurter Neue Presse, 19. August 1972.
153 Zwerenz hat später, 1994, aus Protest gegen den Kurs der SPD auf der „Offenen Liste“ der SED-Nachfolgepartei PDS erfolgreich für den Bundestag kandidiert.

gen, die sozialdemokratische Kommunalpolitik in Frankfurt „immer noch für wesentlich besser" zu halten als „jede von irgendeiner anderen Partei zu betreibende Kommunalpolitik"[154].

Die CDU konnte keinen vergleichbar prominenten Unterstützerkreis aus dem Kulturbetrieb für sich aufbieten. Sie beschränkte sich darauf, aus dem personellen Profil der SPD-Wählerinitiative eine „erhebliche Distanz" der Sozialdemokraten zu „Arbeitern, Rentnern und Hausfrauen" abzuleiten, die unter einer „verfehlten sozialistischen Wirtschaftspolitik" zu leiden hätten[155]. Wie durchsichtig der Versuch der CDU war, ihr seit den 1960er Jahren schwieriger gewordenes Verhältnis zu den kulturellen und (geistes-)wissenschaftlichen Milieus[156] durch solche Ablenkungsmanöver zu verschleiern, illustrierte SPD-Fraktionsvorsitzender Hans Michel am Beispiel der Volkshochschule. Die CDU würde an ihr immer nur „herumkritteln", statt sich „in diesem Bereich konstruktiv zu engagieren" und ihre Anhänger dazu anzuhalten, selbst „Mitglieder der Volkshochschule zu werden und bei den Mitgliederversammlungen zu erscheinen". Tatsächlich verdankte das bisherige CDU-Mitglied im VHS-Vorstand, Korenke, seinen Sitz dem Entgegenkommen der übrigen Mitglieder, die ihn bisher, „auch ohne entsprechende Basis unter der Mitgliederschaft", auf eine gemeinsame Vorschlagsliste gesetzt hatten[157].

Kontroversen um die VHS oder um männliche Geschlechtsteile zählten zu den eher kleineren Scharmützeln im „härtesten Kommunalwahlkampf"[158], den Frankfurt nach 1945 je erlebt hatte. Eine zentrale Rolle spielte dagegen das Thema Wohnungsnot und Stadtentwicklung, das vor allem die Jungsozialisten schon länger umtrieb[159]. Die SPD gab den von CDU und FDP geschaffenen bundespolitischen Rahmenbedingungen, die vor allem den Schutz von „Profitinteressen" bedeuteten, die Schuld an den Fehlentwicklungen[160]. Durch verstärkte Sozialbindung von Grund und Boden müsse aber künftig verhindert werden, daß „die Reichen noch reicher" würden[161]. Zudem versuchte die SPD, von eigenen Versäumnissen abzulenken, indem sie Anfang Juli 1972 in der Stadtverordnetenversammlung das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum durchsetzte. Im Wahlkampf schaltete die Partei Anzeigen, die ein besetztes Haus mit dem Text zeigten: „Eigentum ver-

154 Frankfurter Rundschau, 15. September 1972; vgl. auch. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. September 1972.

155 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. September 1972.

156 Vgl. hierzu allgemein Bösch, Die Adenauer-CDU, S. 404f.; erst im Mai 1974 machte sich in Frankfurt Winfried Haug daran, zur konstituierenden Sitzung eines schon länger geplanten Arbeitskreises Kunst und Kultur im CDU-Kreisverband einzuladen – und zwar in seine Privatwohnung, weil er davon ausging, daß wohl nur ein kleiner Kreis zusammenkommen werde. ACDP: KV Frankfurt. II 045-149.

157 Frankfurter Rundschau, 6. Oktober 1972.

158 So die sicher zutreffende Empfindung des SPD-Vorsitzenden Zander. Frankfurter Neue Presse, 20. Oktober 1972.

159 So hatten etwa die Bockenheimer Jusos im Sommer 1971 dafür plädiert, noch vor den Kommunalwahlen eine „Mieteraktion" durchzuführen, die der „Überwindung des kapitalistischen Systems" dienen sollte. AdsD: Depositum Streeck, Box 4. Beschlußvorlage zur Willenserklärung der Unterbezirksdelegiertenkonferenz vom 17. Juli 1971.

160 Die Stadt könne dagegen nicht mehr tun, argumentierte etwa der besonders betroffene Ortsverein Westend in einem Flugblatt 1971. AdsD: UB Frankfurt (Nr. 99), Ortsvereine 1971.

161 Vgl. hierzu auch die SPD-Annonce zur Kommunalwahl „Hessen kein Platz für Spekulanten", in: IfSG: S 3/10909.

pflichtet. Adel nicht mehr". Häuserbesetzungen seien zwar „keine harmlosen Go-ins", doch: „Nichts kommt von ungefähr". Zwar könne niemand wollen, daß Gewaltanwendung „politischer Stil" werde, aber nicht nur die „Gewalt der Besetzer" sei zu sehen, sondern auch die „Gewalt der Besitzer", der Spekulanten[162]. Bei den Jungsozialisten dachte man sogar darüber nach, „linke Wählergruppen" durch neue „Hausbesetzungen" anzusprechen[163]. Arndt dagegen traf mit dem Rat der besetzten Häuser ein Abkommen, „vorläufig Ruhe zu bewahren"[164]. Die CDU beschuldigte ihn daraufhin der – ohnehin nur bis zum Wahltermin haltenden – Kumpanei mit Rechtsbrechern[165].

Der Wahlkampf nahm weiter an Schärfe zu, als CDU und SPD den jeweils neuralgischsten Frontabschnitt des Gegners attackierten, d. h. mit den Rote-Bazillus-Anzeigen der CDU und den sozialdemokratischen Attacken auf den langjährigen großkoalitionären Partner, der Frankfurt nur deshalb plötzlich krank rede, weil ihm im Frühjahr zwei seiner Magistratsposten abhanden gekommen seien. Von 17 139 Vorlagen während Fays Bürgermeisterzeit zwischen 1966 bis 1972, so hatte Rudi Arndt einen bedauernswerten Mitarbeiter nachzählen lassen, hätte die CDU weniger als 30 abgelehnt[166]. Der jetzt so lautstark vor dem roten Bazillus warnende Fay, stieß der *Galluskurier* eines SPD-Ortsvereins nach, habe bis zu seiner Abwahl als Bürgermeister doch alles daran gesetzt, um ausgerechnet mit diesen „Roten und Linksradikalen" weiter zusammenarbeiten zu dürfen[167]. Arndt zitierte gar den charismatischen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, nannte die „roter Bazillus"-Anzeigen einen „Appell an den inneren Schweinehund im Menschen", der „an die Zeiten des Nationalsozialismus" erinnere[168], ja warf der CDU schließlich vor, den „Jargon der SA und von Goebbels"[169] zu pflegen[170]. Das „ganze konservative und reaktionäre Potential" der CDU, meinte Arndt, habe sich während des Wahlkampfes so klar gezeigt, daß er den – von ihm selbst seinerzeit noch abgelehnten – Bruch der Römer-Koalition im nachhinein bitter bestätigt sehe[171]. Ein Wahlsieg der SPD im bundesweit beachteten Frankfurt sei obendrein

[162] Kraushaar, Fischer in Frankfurt, S. 49. Die von der Stadt – auf Grundlage der im Juli 1972 beschlossenen Verordnung – ausgestellten Bußgeldbescheide hob das Verwaltungsgericht indes in mehreren Fällen wieder auf, woraufhin der Oberbürgermeister den Genossen Alexander Schubart als Justiziar des Amtes für Wohnungswesen einsetzte.

[163] Diese Art des Wahlkampfs, so meinte ein „Genosse Will", habe indes „seine eigene Seite". AdsD: UB Frankfurt. UB Vorstand – Protokolle 1969. Grüner Schnellhefter, darin: Protokoll der Sitzung der erweiterten (SPD-)Wahlkampfleitung vom 25. November 1971.

[164] Frankfurter Neue Presse, 21. Oktober 1972.

[165] Die SPD wiederum versuchte, dies zu konterkarieren, indem sie den „Studentenjux" eines Jungunionisten skandalisierte. Dieser hatte Frankfurter Hausbesetzern Adressen leerstehender Häuser angeboten, damit die Radikalen doch noch rechtzeitig vor dem Wahltermin die ein oder andere zusätzliche Hausbesetzung durchführen könnten. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Oktober 1972.

[166] Ebd., 19. Oktober 1972.

[167] Zitiert nach der Ausgabe des SPD-Galluskurier 1972, in: ACDP: KV Frankfurt. II-045-196 (Kommunalwahlen 1972).

[168] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. September 1972.

[169] Ebd.

[170] Wenig später wurde der CDU-Landesvorsitzende Dregger auf einer „stürmischen Wahlversammlung" in Frankfurt, wo sich auch „Anhänger der DKP und anderer sozialistischer Gruppierungen" sowie „einzelne Hausbesetzer" im Publikum befanden, mit Pfiffen und „Nazi, Nazi" bzw. „zweiter Goebbels"-Rufen begrüßt. Frankfurter Neue Presse, 6. Oktober 1972.

[171] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Oktober 1972.

eine Voraussetzung dafür, daß „der konzentrierte Angriff der Reaktion um Rainer Barzel und Franz Josef Strauß gegen Willy Brandt bei der darauf folgenden Bundestagswahl abgeschlagen" werden könne[172].

Die CDU bestritt ihre Abschlußkundgebung drei Tage vor den Kommunalwahlen tatsächlich mit dem Kanzlerkandidaten Barzel[173]. Nicht die CDU befleißige sich eines SA-Jargons, so war dort zu hören, Arndt selbst rede im „Jargon des Stürmers"[174]. Fay erklärte die „unfairen Methoden"[175] der SPD damit, daß die Partei mit dem Rücken zur Wand kämpfe. Viele frühere SPD-Wähler hätten ihm jedenfalls versichert, diesmal CDU wählen zu wollen. Gegen den von SPD-Wahlkämpfern wieder und wieder erhobenen Vorwurf an die CDU, „für ein paar Magistratssessel" ihr „politisches Wollen" zu „verschaukeln"[176], machte Fay geltend, eben jene 30 von 17000 Vorlagen, die seitens der CDU während seiner Amtszeit als Bürgermeister abgelehnt wurden, seien „entscheidend gewesen"[177]. Für die „unerträgliche Überbelegung von Altbauten mit Gastarbeitern", für „Rote Fahnen auf besetzten Häusern" und überhaupt für den ganzen „Westend-Skandal" sah der CDU-Spitzenkandidat allein die SPD verantwortlich, weil sie sich 20 Jahre lang geweigert habe, einen Bebauungsplan zu entwickeln; jetzt falle ihr als Gegenrezept nur noch „Radikalisierung" in Form der „Sozialisierung von Grund und Boden" ein[178]. In einer 30 Seiten starken Broschüre listete die CDU das Sündenregister der SPD minutiös auf: „Die Selbstherrlichkeit der Frankfurter SPD schlug unserer Stadt tiefe Wunden."[179]

Die Ideologisierung der Kommunalpolitik, die sich infolge der 68er-Zeit im Frankfurter Wahlkampf 1972 erstmals so drastisch bemerkbar machte, war zunächst von der linken Seite ausgegangen[180]. Arndt hatte hierzu schon im April

172 AdsD: Nl Arndt. Aktenordner 2.1.3.–2.1.8. Redemanuskript Arndt vom 16.9.1972, S.4.
173 Vgl. den Vorbericht in der Frankfurter Neuen Presse, 16. Oktober 1972.
174 Frankfurter Neue Presse, 27. September 1972.
175 Ebd., 21. Oktober 1972.
176 So hieß es etwa auch in einer Anzeige des SPD-Ortsvereins Westend unter der Überschrift „Sie wollen von sich selbst nichts mehr wissen". IfSG: S3/T 10910.
177 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Oktober 1972.
178 Vgl. das Schriftstück „Die CDU informiert: Denken Sie Kommunalwahlen sind nicht so wichtig?", in: IfSG: S 3/T 10912. Alfred Dregger schärfte in diesem Sinne auch später dem Frankfurter CDU-Kreisvorsitzenden wieder ein, mit der baupolitischen Schuldfrage offensiv umzugehen. Der von der SPD gestellte Stadtbaurat und der Oberbürgermeister seien für die „miserable Stadtplanung und Baupolitik", für das Fehlen eines Bebauungsplans und die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen „unmittelbar verantwortlich" gewesen. ACDP: NL Dregger. I-347-184/1. Dregger an Riesenhuber, 25. März 1974.
179 Frankfurter Neue Presse, 21. Oktober 1972. Unter diese Überschrift hatte Moog eine Rede gestellt, mit der er im „Haus Dornbusch" die Sozialdemokraten und deren Kommunalpolitik angriff. Moog sprach unter anderem über die „sozialistisch-ideologische Verklemmtheit der Sozialdemokraten, die sich offenbar gläubig das Geschwätz anhören und zu eigen machen, mit dem ihnen und der Welt ausgerechnet die Jusos weiß machen wollen, es sei modern, sich die Ballonmütze des vorigen Jahrhunderts wieder aufzustülpen." Manuskript der Moog-Rede, S.1, in: ACDP: KV Frankfurt. II 045-152. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. September 1972.
180 Im April 1971 hatte der SPD-Bundesvorstand seinen kommunalpolitischen Ausschuß beauftragt, ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm zu erarbeiten, nachdem Hans-Jochen Vogel und Jockel Fuchs berichtet hatten, daß auf dem Mannheimer kommunalpolitischen Kongreß der Jusos, die als Vorreiter einer stark ideologisierten Kommunalpolitik fungierten, der große Eklat ausgeblieben war. AdsD: DW 2-2 b 4 c 8 1971 (26.4.1971). Vgl. auch den Bericht über den Kongreß, in: Die Zeit, 30. April 1971.

1972 eine Schlüsselrede vor der Stadtverordnetenversammlung gehalten, um dem ihm vom Juso-Flügel aufgezwungenen Bruch der Römer-Koalition eine höhere Weihe zu geben. Bei aller persönlichen Wertschätzung für die nicht wiedergewählten CDU-Magistratsmitglieder, so der Oberbürgermeister, müsse man sehen, daß die kommunalpolitische Situation sich geändert habe. Große kommunale Einheiten, insbesondere Großstädte, seien „heute mit wertfreier Kommunalpolitik nicht mehr zu leiten". Entscheidungen darüber, wie Menschen in diesen kommunalen Einheiten leben sollten, seien „keine sogenannten Sachfragen", es seien „im Kern politische Entscheidungen"[181]. Arndt griff diese Grundmelodie in seinen Wahlkampfauftritten wiederholt auf: Kommunalpolitik sei heutzutage Gesellschaftspolitik und müsse daran arbeiten, gesellschaftliche Abhängigkeiten zu beseitigen. Wenn es etwa im kulturellen Bereich darum gehe, daß eine möglichst große Zahl von Menschen von Einrichtungen profitieren solle „und nicht einige wenige Privilegierte", dann komme es auf die Grundhaltung der Kommunalpolitik an[182].

Angesichts der ideologischen Polarisierung zwischen den großen Volksparteien hielt es die Frankfurter FDP für das beste, ihre Eigenständigkeit möglichst stark zu betonen und nicht etwa durch eine klare Koalitionsaussage als zu vernachlässigendes Anhängsel von CDU oder SPD zu erscheinen: „Wer in Frankfurt etwas verändern will, gibt seine Stimme den Freien Demokraten."[183] Daß sich die Führungsgremien von SPD und CDU vor dem Bruch der Römer-Koalition im Frühjahr 1972 einig gewesen seien, die FDP aus dem kommunalpolitischen Geschäft „hinauszumanövrieren"[184], wurde zur großen Erzählung der FDP im Wahlkampf um die Stadtverordnetenversammlung. Da traf es sich, daß ihr Dezernent Bodo Helmholz (seit Juli 1970 für Verkehrsfragen zuständig, dann aber von Arndt auf die Rolle eines „Tiefbaudezernenten" reduziert[185]) den Magistrat zum November 1972 ohnehin verlassen wollte, um Präsident des Landesrechnungshofes zu werden. Die Wahl von Helmholz hatte 1970 zu dem Preis gehört, den die FDP als Gegenleistung für ihre Unterstützung des neu zu kürenden SPD-Oberbürgermeisters Möller ausgehandelt hatte[186]. Nunmehr suchte FDP-Fraktionsvorsitzender Gottfried Voitel den Eindruck zu erwecken, als würde der – innerhalb seiner eigenen Fraktion nicht unumstrittene, weil als zu zahm gegenüber der SPD geltende[187] – FDP-Dezernent „bewußt" aus dem Magistrat ausscheiden, „um den Wähler ein wirksames Votum herbeiführen zu lassen"[188]: „Wir waren die Oppositionspartei."[189]

Es gehörte zu dieser FDP-Strategie, nach beiden Seiten kräftig auszuteilen. Man werde die Bevölkerung im Wahlkampf insbesondere über die „doppelte Moral"

181 Frankfurter Rundschau, 7. April 1972.
182 AdsD: Nl Arndt. Aktenordner 2.1.3.–2.1.8. Redemanuskript Arndt vom 16. September 1972, S. 3.
183 FDP-Wahlprospekt „Grundlagen liberaler Verantwortung für Frankfurt", in: IfSG: S3/T 10911.
184 So FDP-Kreisvorsitzender Karry laut Frankfurter Neue Presse, 23. August 1972.
185 IfSG: S 2/1696.
186 Vgl. Balser, Aus Trümmern, S. 298.
187 Frankfurter Neue Presse, 21. September 1972.
188 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Oktober 1972.
189 So Karry laut Frankfurter Rundschau, 29. September 1972.

der SPD aufklären, so FDP-Kreisvorsitzender Heinz Herbert Karry. Die verantwortlichen sozialdemokratischen Stadtplaner hätten im Westend den Bau der Hochhäuser durch Ausnahmegenehmigungen ermöglicht, gegen die die Jusos und ihr Anhang dann protestieren dürften, „um von Zeit zu Zeit einmal von einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten verprügelt zu werden“[190]. Gegen Oberbürgermeister Arndt richtete sich der Vorwurf, „den Individualverkehr planvoll zusammenbrechen zu lassen“, um den U-Bahn-Ausbau schneller vorantreiben zu können[191].

Die Frankfurter CDU – und damit hieb die FDP in eine Kerbe, die bereits von der SPD ausdauernd bearbeitet wurde – galt den freidemokratischen Wahlkämpfern als „unglaubwürdig“. „Zu lange“ habe die CDU mit der SPD regiert, „bis ihr die Sozialdemokraten den Stuhl vor die Tür gesetzt“ hätten. Die „Aufgabe des Wächteramtes“ habe die CDU, die jetzt „Zeit zur Besinnung“ benötige, der FDP überlassen[192]. FDP-Vorsitzender Karry hielt es auch für offensichtlich, daß die SPD es vorziehen würde, notfalls mit der CDU zu koalieren; die CDU sei schließlich „im Vergleich zu den Freien Demokraten der bequemere Partner“[193] und würde bei sich bietender Gelegenheit „dann doch wieder zur Krippe“ drängen[194].

Wie entschlossen die FDP war, sich auch auf Kosten der CDU zu profilieren, dokumentierten Ende September 1972 Karry und der hessische FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Mischnick, als sie erneut die Mär in die Welt setzten, die CDU würde nach der Kommunalwahl „gewiß wieder ein Bündnis mit der SPD eingehen“. Fast schon verzweifelt erinnerte CDU-Spitzenkandidat Fay daran, die FDP mehrmals schon zur Kooperation mit der CDU aufgefordert zu haben, „um die Voraussetzungen für die Beendigung der SPD-Herrschaft zu schaffen“; diese Appelle könne die FDP doch „einfach nicht überhört haben“[195]. Was Fay dabei nicht bedachte, war aber, daß die FDP entsprechende Lockrufe aus der CDU mit Vorsatz überhören wollte, um sich weiterhin als die eigentliche Alternative zur SPD-Politik darstellen zu können. Mit einem Höchstmaß rabulistischer Interpretationskunst versuchte FDP-Fraktionsvorsitzender Voitel jetzt sogar noch, zwischen den Kooperationsangeboten Fays und den – tatsächlich so gut wie ganz gleichlautenden – parallelen Äußerungen einiger Bezirksgruppenvorsitzender aus dem Lager der „Gruppe 70“[196] einen Widerspruch zu konstruieren. Zweck dieser Taktik war es, die angeblich „unterschiedlichen Auffassungen in der Frankfurter CDU“ zur Koalitionsfrage öffentlichkeitswirksam an den Pranger stellen zu können. Die CDU sei „praktisch […] gespalten“ in Gegner und Anhänger eines Zusammen-

190 Frankfurter Neue Presse, 23. August 1972.
191 Frankfurter Rundschau, 29. September 1972.
192 FDP-Wahlprospekt „Grundlagen liberaler Verantwortung für Frankfurt“, in: IfSG: S3/T 10911.
193 Frankfurter Neue Presse, 23. August 1972.
194 Frankfurter Rundschau, 29. September 1972.
195 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. September 1972.
196 Hans von Garnier, Klaus Döll und Alexander Riesenkampff hatten zusammen mit dem neuen JU-Kreisvorsitzenden erklärt, die CDU „denke nicht im entferntesten an ein neuerliches Zusammengehen mit der SPD“. Dies gehe schon aus den „bewußt scharf abgefaßten Reden“ Fays und Moogs hervor. Auch die programmatischen Ähnlichkeiten zwischen CDU und FDP seien viel größer als zwischen FDP und SPD. Frankfurter Rundschau, 30. September 1972.

gehens mit der SPD, so Voitel; ja beide Gruppen in der CDU bildeten geradezu eine „Aktionsgemeinschaft Miteinander – Durcheinander“[197].

Den Hintergrund derartiger Durchstechereien bildete die längst gefallene Grundsatzentscheidung der FDP für ein Bündnis mit der SPD, falls diese, wie erhofft, ihrer absoluten Mehrheit verlustig gehen würde. Wer die Wahlprospekte der FDP zur Kommunalwahl las, die sich der Leistungen der Partei als Koalitionspartner der SPD in Bonn und Wiesbaden so kräftig rühmten („Innenminister Hans-Dietrich Genscher brachte uns blauen Himmel und klares Wasser wieder etwas näher“[198]), konnte sich eine andere Entscheidung der Freien Demokraten am Main schwerlich vorstellen. Und dies obwohl Rudi Arndt in der FDP noch Anfang 1972 den Hauptfeind hatte sehen wollen und obwohl die SPD auch im Wahlkampf mit viel härteren Bandagen gegen die FDP focht als die von den Freien Demokraten so angefeindete CDU. In einer SPD-Zeitungsannonce hieß es ausdrücklich: „Wir wünschen uns eine bessere F.D.P.“. In der Bundespolitik genieße die Partei zwar mit Walter Scheel an der Spitze „unseren Respekt“, in Frankfurt aber sei es „nicht so weit her mit ihr“. Denn die FDP am Main kämpfe nicht nur „gegen die fortschrittliche Kulturpolitik“ Hilmar Hoffmanns, auch „die Mitbestimmung bei den städtischen Arbeitnehmern“ sei ein „rotes Tuch für sie“. Ein liberal denkender Mensch müsse sich demnach schon fragen, wie es um das kommunalpolitische Programm der FDP bestellt sei[199].

Es waren also offensichtlich keine kommunalpolitischen Motive, die die FDP bei aller betonten Eigenständigkeit einige Wochen vor der Wahl dazu trieben, dem Zusammengehen mit der SPD offen den Vorzug zu geben – wenn auch nur bei Erfüllung eines ganzen Katalogs von Bedingungen[200]: Die Freien Demokraten erklärten sich bereit, kommunale Verantwortung zu übernehmen, falls die absolute Mehrheit der SPD gebrochen würde und es gelänge, „die SPD zu zwingen, sozialistische Utopien fallen zu lassen“. Nur mit einer „maßvollen“ SPD wolle man koalieren und nur, wenn Kernforderungen der FDP wie die Schaffung eines neuen Bildungsdezernates, die Förderung des Wohnens in der Innenstadt, der von der SPD bislang verhinderte Ausbau Frankfurts zur Regionalstadt mit einer Million Einwohnern, die sparsame Verwaltungsführung oder die Akzeptanz des Individualverkehrs Berücksichtigung fänden. Außerdem müßten die kommunalpolitischen Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie hingehörten: „In den Römer und nicht ins SPD-Parteibüro.“[201]

Wenn die Strategie der FDP darauf abzielte, in erster Linie unzufriedene ehemalige SPD-Wähler anzusprechen, aber deren Überlaufen zur CDU zu verhindern, so war die gleichzeitige entschiedene Distanzierung von der Union sachlogisch. Das Problem war nur, daß der bei den Landtagswahlen 1970 auch in

197 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Oktober 1972.
198 FDP-Wahlprospekt „F.D.P. Frankfurt. Garantie für eine menschliche Zukunft“, in: IfSG: S3/T 10911.
199 Undatierte SPD-Annonce zur Kommunalwahl, in: IfSG: S 3/T 10909.
200 Dennoch schloß Voitel, schon um den Preis für eine Koalition mit der SPD in die Höhe zu treiben, in diesem Zusammenhang auch eine Kooperation mit der CDU nicht kategorisch aus. Frankfurter Rundschau, 4. Oktober 1972.
201 FDP-Wahlprospekt „Grundlagen liberaler Verantwortung für Frankfurt“, in: IfSG: S3/T 10911. Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 23. August 1972.

Frankfurt so erfolgreiche Kurs der FDP, sich als Korrektiv zu beiden großen Volksparteien darzustellen[202], durch die innerparteiliche Entwicklung seitdem konterkariert worden war. Nach der Bundestagswahl und dem Beginn der sozialliberalen Koalition 1969 waren etwa 100 junge Neumitglieder in den FDP-Kreisverband eingetreten. Zu der stark von der Nachwuchsorganisation „Jungdemokraten" geprägten Formation[203], von den parteiinternen Gegnern – unter Anspielung auf die ähnliche Vereinigung in der CDU – als „Gruppe Adel und Marx" tituliert, gehörten Personen wie Andreas von Schoeler, Burghard von Rabenau und Klaus von Lindeiner-Waldau[204]. Bei den Vorstandswahlen im Kreisverband Anfang 1970 vom Establishment der FDP gerade noch einmal zurückgeschlagen[205], hatten die Linken am 30. März 1971, nach bewährtem SDS-Modell um Mitternacht, als viele ältere Mitglieder die Jahreshauptversammlung schon wieder verlassen hatten, mit 58 zu 49 Stimmen einen Beschluß durchgesetzt, der an die Substanz der FDP ging: Die Abschaffung des privaten Eigentums an Grund und Boden. Da dieses „in seiner historischen und naturrechtlichen Grundlage zweifelhaft" sei, müsse es in öffentliches Eigentum überführt werden. Die Gemeinschaftsaufgaben des 21. Jahrhunderts könnten nicht „auf der Grundlage zufälliger, durch Vererbung, Kauf […] oder auch Heirat entstandener Verfügungsstrukturen gelöst werden"[206].

Die Frankfurter FDP galt zwar bereits zu Zeiten als linksorientiert, als ihre Parteifreunde im hessischen Umland noch ausgesprochen nationalen Parolen huldigten[207], doch der Sozialisierungsbeschluß ging selbst den Alt-Linksliberalen entschieden zu weit. Sie begannen sich nun, ihrer Haut zu wehren. Nach dem „Spaltungsversuch von rechts" durch die National-Liberale Aktion Siegfried Zoglmanns[208] gelte es nun, „der Unterwanderung durch Linksextreme" zu begegnen[209]. Die so titulierten beanspruchten ihrerseits, „endlich Ernst [zu] machen mit der liberalen Partei" und mit einem „sozial verpflichteten Liberalismus[210].

Im Hinblick auf den nahenden Kommunalwahlkampf bemühten sich die beiden Flügel der FDP zwar um einen Kompromiß, der an Stelle von Voitel im Januar 1972 Karry zum Kreisvorsitzenden und von Schoeler zu einem seiner Stellvertre-

202 Vgl. den Rückblick in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 1. April 1971.
203 Zum Linkskurs der „Judos" in den 1970er Jahren vgl. Krabbe, Parteijugend, S. 230–249.
204 Frankfurter Neue Presse, 15. Mai 1971.
205 Vgl. „FDP weiter mit ‚alter' Spitze", in: Frankfurter Rundschau, 5. Februar 1970.
206 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. April 1971. Die „Thesen eines nächtlichen Beschlusses" sind im Wortlaut der Frankfurter Rundschau (2. April 1971) zu entnehmen. Die Frankfurter Jungdemokraten hatten damit in ihrem FDP-Kreisverband Mehrheiten für eine Position erzielt, die im Judo-Bundesverband bereits vertreten wurde. Das Streben nach Freiheit und Selbstverwirklichung, so die marxistisch anmutende Argumentation, stoße in einer Gesellschaft auf Grenzen, „in der Macht und Herrschaft auf dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln" basierten. Krabbe, Parteijugend, S. 238.
207 Vgl. Wolf, Neubeginn und Kampf, S. 66. Bezeichnend etwa die Biographie des hessischen Futtermittelhändlers Heinrich Faßbender, der von 1949 bis 1955 für die FDP im Bundestag saß, dann zur Deutschen Partei wechselte, um nach einem Neugründungsversuch der DNVP 1962 schließlich (1964) bei der NPD zu landen. Vgl. auch Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung, S. 63.
208 Diese hatte sich unter Führung des langjährigen FDP-Parlamentariers Zoglmann am 11. Juli 1970 konstituiert, um die Rückkehr der FDP zu einem nationalliberalen Kurs oder notfalls die Neugründung einer Konkurrenzpartei zu organisieren.
209 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. April 1971.
210 Frankfurter Neue Presse, 15. April 1971.

ter werden ließ[211]. Doch die von beiden Seiten ausgearbeitete Stadtverordnetenliste wurde von einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nur auf der ersten Hälfte der aussichtsreichen Plätze akzeptiert. Um die anderen Positionen entbrannten heftige Kämpfe. Obwohl sechs der zwölf ersten Plätze von Kandidaten unter 36 Jahren eingenommen wurden, zeigten sich die Jungdemokraten hinterher unzufrieden. Sie untermauerten ihren Unmut über die Personalentscheidungen mit Kritik an den „demagogischen Angriffen" der – nach ihrem Geschmack viel zu konservativen – FDP-Fraktion gegen die Frankfurter Volkshochschule und das Kommunale Kino. Der FDP, so die Prophezeiung eines verbitterten Jungdemokraten, stünden jedenfalls „noch lustige Zeiten bevor"[212].

Infolge des Austritts bzw. Parteiwechsels etlicher FDP-Bundestagsabgeordneter und der „erregt geführten Diskussionen" über die Frage der Neuwahlen in Bonn traten auch in Frankfurt während der folgenden Monate bis zur Kommunalwahl immer wieder „erhebliche Spannungen zwischen Jungdemokraten und Parteisenioren" auf[213]. Nun war dies angesichts der Turbulenzen in den anderen Parteien kein großer Konkurrenznachteil; schwerer wog freilich, daß im bürgerlichen Milieu der Eindruck entstand, die Frankfurter FDP scheine „alles daranzusetzen", die Sozialdemokraten „links zu überholen". Dies wirkte auf potentielle Wähler aus dem bisherigen CDU-Lager ebenso abschreckend wie auf „rechte" Sozialdemokraten. Links orientierte Zeitgenossen konnten sich dagegen fragen, ob sie „nicht lieber gleich SPD wählen" sollten statt deren freidemokratischen „Appendix"[214], der seine Kampagne u. a. mit dem verunglückten Wahlslogan bestritt: „Dafür sein, ohne rot zu werden"[215].

Zu den empfindlichen Verlusten der FDP, die am Wahlabend des 22. Oktober 1972 Verluste von 11,2 auf 7,2 Prozent der abgegebenen Stimmen zu verkraften hatte, bemerkte der Kommentator in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: In Fay sei ein Oppositionsführer mit dem Anspruch aufgetreten, die Alleinherrschaft der SPD im Römer zu brechen, „von der anderen Oppositionspartei unter Karrys Führung wußte unsereiner das nicht so genau"[216]. Der kräftige Stimmenzuwachs bei der CDU um fast genau zehn Prozentpunkte (von 29,9% im Jahr 1968 auf jetzt 39,8%) war indes auch das Ergebnis der massiven kommunal- wie bundespolitischen Polarisierung, die sich in der – trotz naßkalten Wetters – höchsten Wahlbeteiligung bei Stadtverordnetenwahlen seit 1946 ausdrückte[217]. Dabei wäre es zu einfach, den Zuwachs der CDU nur mit den 8,8 Prozent zu erklären, die FDP und NPD[218] zusammen einbüßten. Schon vor dem Urnengang hatten Wahlforscher ermittelt, was eine Mikroanalyse der Stimmbezirke hernach bestätigte: Daß „der ansehnliche Stimmenblock der zerbröckelten NPD nicht allein der CDU zufallen" würde, sondern die demokratischen Parteien „fast anteilig mit dem Rück-

211 Ebd., 21. Januar 1972.
212 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. März 1972; vgl. auch Frankfurter Neue Presse, 7. März 1972.
213 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Juni 1972.
214 Ebd., 1. April 1971.
215 Ebd., 23. August 1972.
216 Ebd., 23. Oktober 1972.
217 Ebd., 23. Oktober 1972.
218 Die NPD verlor 1,0 Prozent gegenüber ihren 5,8 Prozent von 1968.

strom der Protestwähler von 1968 rechnen" konnten[219]. Demnach hatte die CDU auch ehemalige Wähler der bei 50% stagnierenden SPD zu sich herüberziehen sowie frühere Nichtwähler mobilisieren können.

Es klang schon etwas nach dem an Wahlabenden so verbreiteten Schönreden, wenn Rudi Arndt das Stagnieren seiner Partei als „eindeutigen Vertrauensbeweis für die SPD" in Frankfurt wertete[220]. Schließlich hatte die SPD in den übrigen hessischen Städten, anders als in Frankfurt, im Schnitt um fast 3 Prozent zugelegt. Als wenige Tage später im Vorstand des SPD-Parteibezirks Hessen-Süd der Ausgang der Kommunalwahlen erörtert wurde, ließen sich die beiden Väter des Frankfurter Wahlergebnisses, Arndt und Zander, denn auch entschuldigen[221]. Nachdem sich der Frankfurt-Malus für die SPD bei den Bundestagswahlen wenige Wochen später fortgesetzt hatte, analysierte ein Journalist der *Süddeutschen Zeitung* die südhessischen Verhältnisse zutreffend: Dort würden sich altgediente Genossen, „Godesberger", Jusos unterschiedlicher Schattierungen, Frauen und Establishment derart ineinander verbeißen, wie dies einst Katholiken und Protestanten getan hätten[222].

Ein Blick auf die Austrittserklärungen jener Genossen, die schon vor den Kommunalwahlen die SPD wieder verlassen hatten, zeigte das ganze Dilemma der von ihren Flügeln malträtierten Partei. Die meisten gingen, weil die „sich im Sinne der ‚Systemveränderung' ideologisierende SPD nicht mehr die des Godesberger Programmes" sei, sondern einem „utopischen Bild vom angeblich an sich ‚guten' Menschen zu unterliegen" drohe[223]; die anderen, oft erst seit 1968 Beigetretenen gaben ihr Parteibuch zurück, weil sie die SPD zwischenzeitlich als „technischen Sachwalter eines in sich morbiden Systems" kennengelernt hatten, in dem die Jusos nur eine „Alibifunktion" hätten: „Wer aufmuckt, der fliegt."[224] Angesichts dieser existenziellen Zerrissenheit der SPD war es der CDU im Gegenzug gelungen, so weit vorzurücken, wie dies „auf einen Schlag […] im Rennen zwischen den beiden Großen in Frankfurt" noch keine Partei geschafft hatte. Die Christdemokraten hatten jedenfalls eine „gute Ausgangsbasis" errichtet, um bei der nächsten Wahl den Römer endgültig zu stürmen[225]. Noch ein solcher Sieg – und die SPD war verloren.

219 Frankfurter Neue Presse, 7. August 1972; in diesem Sinne auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Oktober 1972.

220 Frankfurter Rundschau, 23. Oktober 1972 (Zu den Wahlergebnissen vgl. die Ausführungen am Anfang dieses Kapitels). Zumal die SPD mit Arndt über eine damals noch sehr populäre Führungspersönlichkeit verfügt hatte. Die „Popularität des Genossen Arndt" hatte die SPD zu Beginn des Wahljahres sogar eigens sozialwissenschaftlich untersuchen lassen. AdsD: UB Frankfurt. UB Vorstand – Protokolle 1969, darin: Grüner Schnellhefter mit dem Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung vom 31. Januar 1972, TOP 7. Wie das SPD-Wahlergebnis ohne Arndt ausgesehen hätte, läßt sich nur vermuten.

221 Protokoll der 7. Bezirksvorstandssitzung am 25. Oktober 1972, Wiesbaden. AdsD: Hessen Süd. BV-Protokolle, Bd. 1. 1/70-12/77.

222 Süddeutsche Zeitung, 4. Januar 1973.

223 AdsD: UB Frankfurt (Nr. 114), Austrittserklärungen. Darin: Siegfried Preuß an den SPD-Ortsverein Frankfurt Mitte, 29. November 1971.

224 AdsD: UB Frankfurt (Nr. 114), Austrittserklärungen. Darin: Ulrich Wietzel an den SPD-Unterbezirk Frankfurt a. M., 14. September 1971.

225 So Moog, nicht ohne der FDP die Schuld daran zu geben, daß dieses Ziel nicht schon jetzt erreicht worden sei. Frankfurter Rundschau, 23. Oktober 1972.

„Von Ideologen berannt, von Affären geplagt“: Heimsuchungen der Sozialdemokratie 1972 bis 1976

Die schweren Wahlkämpfe zur Stadtverordnetenversammlung und zum Bundestag im Herbst 1972 waren kaum vorüber, da fand die Frankfurter SPD schon wieder Zeit zur Selbstbeschäftigung. Gemäß dem für innerparteiliche Krisenzeiten nachgerade selbstmörderischen Einjahresturnus von Wahlen zum Unterbezirksvorstand stand bereits im Februar 1973 eine neue Machtprobe zwischen den bislang fast gleich starken Flügeln bevor. Noch im November 1972 kam es zu einem Geheimtreffen der ultralinken Gruppe, deren Kern die Arbeitsgemeinschaften der Jusos und der SPD-Frauen bildeten und deren Ziel das Kippen der knappen Mehrheit der Gemäßigten im Unterbezirksvorstand war[226]. Doch auch die linke Mitte rüstete daraufhin massiver denn je zur Schlacht, um die „Brigade Eckert auf ihr eigentliches Maß zu reduzieren“. Von 14 000 Frankfurter SPD-Mitgliedern, davon war Arndt überzeugt, seien „13 500 unserer Auffassung, wir müssen sie nur mobilisieren“[227]. Arndt, Zander und Raabe versammelten zu diesem Zweck am 2. Dezember 1972 ihre Anhänger konspirativ im Haus Nied. Der Oberbürgermeister erklärte die Notwendigkeit des Treffens mit den anhaltenden Aktivitäten der Gruppe Eckert, von der ein „voller Angriff“ auf die Frankfurter SPD ausgehe. Andere Redner attestierten dem ultralinken Flügel einen unerträglichen „Absolutheitsanspruch“, ja erhoben gegen ihn den Vorwurf des „Stalinismus“. Auch die verhinderte Kulturdezernentin und amtierende Kulturausschußvorsitzende Balser unterstrich die Intoleranz der Jusos. Deren Methoden der „innerparteilichen Veränderung“, so meinte sie, ließen sich „an ihrer Person beweisen“[228].

Pech war es nur für die als „Magistratsflügel“[229] geltende linke Mitte, daß sich im Haus Nied zwei Verräter in ihre Reihen eingeschlichen hatten. Diese hatten nichts Eiligeres zu tun, als Gedächtnisprotokolle des Treffens in einer Sonderausgabe von „Juso intern“ zu veröffentlichen[230]. Kaum hatten die Jusos öffentlich gegen die „Formierung der Partei-Rechten“[231] in der SPD gewettert, da erreichte der Konflikt zwischen den Lagern eine neue Dimension, weil der stellvertretende UB-Vorsitzende Raabe die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und Stadtverordnete, Anita Breithaupt[232], im Haus Nied als eine „undemokratische Kraft“ bezeichnet hatte. Breithaupt hatte wiederholt an Demonstrationszügen mit Kommunisten teilgenommen und etwa ihren Mitbewerber

[226] Siehe die rückblickende Analyse von Fred Zander, in: Der Sozialdemokrat, Juni 1972. Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 2. Juni 1973.
[227] Frankfurter Neue Presse, 7. Dezember 1972.
[228] Hansdieter Bürkle, SPD-OV Innenstadt: Gedächtnisprotokoll über die Versammlung vom 2. Dezember 1972 im Bürgerhaus Nied. AdsD: Nl Arndt, 1.6.; 1.8.(-1977).
[229] Vgl. den nicht näher datierten Ausschnitt aus der *Stuttgarter Zeitung* von 1973, in: AdsD: Nachlaß Arndt, 2.1.1.1.4.
[230] Frankfurter Neue Presse, 18. Dezember 1972; Süddeutsche Zeitung, 4. Januar 1973.
[231] Ebd., 7. Dezember 1972.
[232] Die 1936 geborene Sozialarbeiterin war SPD-Mitglied seit 1965. Ab 1970 hatte sie Lehraufträge an der FH Frankfurt inne. Seit 1972 lehrte sie dort hauptberuflich und studierte gleichzeitig Soziologie und Pädagogik. Nach der Diplomprüfung wurde sie als Professorin an die FH berufen. 1972 schaffte sie den Sprung in die Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt, 1983 in den hessischen Landtag. IfSG: S 2/7718.

um ein Bundestagsmandat, Georg Leber, als „Kriegsminister“ tituliert. Die „rote Suffragette“[233] strengte nunmehr eine einstweilige Verfügung gegen ihren Mitgenossen Raabe an. Nur der zuständige Richter am Landgericht, der die streitenden Parteien zu einem Vergleich bewegen konnte[234], bewahrte die SPD davor, wenige Wochen nach der noch einmal gewonnenen Kommunalwahl gleichsam den Offenbarungseid zu leisten: „von ihren internen Querelen überfordert – sozialdemokratische Flügelkämpfe gerichtsnotorisch.“[235] Der stellvertretende Juso-Vorsitzende Eckert drohte allerdings wenige Tage später dem Oberbürgermeister ebenfalls mit einer Klage wegen Verleumdung und übler Nachrede, wenn dieser ihm weiterhin stalinistische Praktiken vorwerfe[236].

Die Gruppe Eckert müsse „mit dem Stimmzettel“ geschlagen werden[237], lautete die Quintessenz einer Dokumentation, die acht Mitglieder des 15köpfigen UB-Vorstandes[238] ohne Wissen der sieben weiter links stehenden Genossen im Januar 1973 vorlegten, um die Delegierten des bevorstehenden Wahlparteitages in ihrem Sinne aufzuklären. In dem Papier wurde herausgearbeitet, daß die Gruppe Eckert Teil der bundesweit agierenden Stamokap-Fraktion war. Nach deren Theorie hatte der kapitalistische Staat die Funktion, den Profit des „Monopolkapitals“ zu sichern – ein Zustand, den die Stamokapisten durch Mobilisierung der Arbeiterklasse zu überwinden gedachten[239]. Neben einer minutiösen Auflistung der vom Stamokap-Flügel propagierten Aktionseinheiten zwischen SPD und DKP auf verschiedenen, von den Jusos beschickten Demonstrationen in den Jahren 1971 und 1972 enthielt die Darstellung Belege über Schulungsmaterial der Eckert-Gruppe, das „in Inhalt und Diktion von kommunistischen Programmen und Abhandlungen kaum zu unterscheiden“ war[240].

Trotz der verstärkten Basisarbeit wollte es der linken Mitte bei den vorentscheidenden Hauptversammlungen in den 48 Ortsvereinen nicht gelingen, die Delegiertenzahlen zu ihren Gunsten zu verändern[241]. Es schien ganz im Gegenteil, als hätten die Aufrüstungsmaßnahmen der Arndt-Zander-Raabe-Gruppe mehr noch als die eigenen Anhänger die im Durchschnitt deutlich jüngeren und kampfeslustigeren Sympathisanten der Ultralinken mobilisiert. Zwei Wochen vor den Neuwahlen zum Unterbezirksvorstand votierte auf einem Parteitag über Satzungsfragen eine deutliche Mehrheit dafür, Magistratsmitglieder künftig prinzipiell vom Unterbezirksvorstand auszuschließen. Die Aufgabe des UB-Vorstandes sei es, die Magistratsmitglieder zu kontrollieren – „und es könne sich doch niemand selbst

233 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. und 20. Dezember 1972.
234 Mit seiner Bemerkung, so die gefundene Sprachregelung, habe Raabe lediglich mißbilligen wollen, wie sich Breithaupt innerparteilich gegenüber anderen Gruppierungen verhalte. Frankfurter Rundschau, 22. Dezember 1972.
235 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Dezember 1972.
236 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar 1973.
237 Die Zeit, 26. Januar 1973.
238 In der Reihenfolge, in der sie das Schreiben zeichneten, waren dies: Fred Zander, Martin Berg, Christian Raabe, Rudi Arndt, Armin Clauss, Joseph Lang, Hans Wöll, Rudi Sölch. Frankfurter Rundschau, 13. Januar 1973.
239 Duve, Der Thesenstreit um „Stamokap“.
240 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar 1973. Das vierseitige Schreiben der acht Unterbezirksvorstandsmitglieder an die Delegierten ist im Wortlaut dokumentiert: Frankfurter Rundschau, 13. Januar 1973.
241 Frankfurter Neue Presse, 15. Januar 1973.

kontrollieren“[242]. Auch wenn die Bestimmung nicht in die Satzung aufgenommen wurde, weil die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit knapp verfehlt wurde, ließen die Stimmenverhältnisse bereits Zweifel wachsen, ob der gemäßigte „Nieder Kreis“ sich bei den anstehenden Neuwahlen würde durchsetzen können[243].

Arndt versuchte zwar noch in einer Reihe persönlicher Briefe, schwankende Delegierte zu überzeugen[244]. Auch der Unterbezirksvorsitzende Zander, dessen Autorität durch die Berufung als Wissenschaftsstaatssekretär in das neue Kabinett Brandt nach üblichen Maßstäben größer hätte sein müssen denn je, mahnte in Vorahnung des Kommenden, einen „Mindestbestand an Solidarität“ zu bewahren[245]. Und tatsächlich blieb Zander selbst ungeschoren, ansonsten aber übernahm „der ganz linke Flügel die Macht“. Nicht nur die beiden bisherigen Stellvertretenden Vorsitzenden Raabe und Bürgermeister Rudolf Sölch wurden abgewählt und durch Fred Gebhardt und Karsten Voigt ersetzt, auch bei den Beisitzern kamen lediglich die in der Öffentlichkeit auf besonders „hohem Sockel“ stehenden Genossen wie Arndt oder Fraktionsvorsitzender Hans Michel ungeschoren davon („Der Eklat wäre zu groß gewesen“)[246]. Am Ende gehörten zehn ganz Linke (bisher sieben) und nur noch fünf Gemäßigtere (bisher acht) dem neuen Vorstand an.

Dem Wahlgang war eine vielstündige Aussprache vorausgegangen, die dokumentierte, daß sich selbst die Sozialdemokraten in den Führungszirkeln des Römer untereinander nicht mehr vertrugen. Denn die „bissigen Angriffe“ auf die alte Mehrheit im Unterbezirksvorstand hatte ausgerechnet Magistratsdirektor Alexander Schubart, einer der Amtsjuristen Arndts (im Amt für Wohnungswesen), aber gleichzeitig Wortführer des linken Flügels im neuen Vorstand, eröffnet. Die Stamokap-Leute, so sagte Schubart, seien als „überproportionale Buhmänner“ aufgebaut worden, um so „die gesamte Linke zu treffen“[247]. Mit dem ebenfalls zur neuen linken Vorstandsmehrheit zählenden Personaldezernenten Peter Jäkel, einem 1934 in Breslau geborenen, lange „engagierten Juso-Genossen“[248], verfügte die äußerste Linke sogar über einen Mann im Magistrat[249].

Die Aussprache warf ein helles Licht auf die Abläufe des Marsches durch die Institutionen der Frankfurter Sozialdemokratie. Rund 20 Prozent der für 1973 gewählten Parteitagsdelegierten waren erst 1972 in den Unterbezirk eingetreten, als allein zwischen dem gescheiterten Mißtrauensvotum und der Bundestagswahl an die eineinhalbtausend neue Mitglieder in die Partei geströmt waren, ein weiterer großer Teil schon vorher seit 1969/70. Bei diesen ganz überwiegend zum linken

[242] Frankfurter Rundschau, 29. Januar 1973.
[243] Auch die im Vergleich zur äußersten Linken geringere Dynamik der älteren, gemäßigten Kräfte hatte sich auf dem achteinhalbstündigen Parteitag einmal mehr bemerkbar gemacht: Zum Zeitpunkt der wichtigen Abstimmung waren von 459 Delegierten nur noch 316 anwesend. Frankfurter Rundschau, 29. Januar 1973.
[244] Frankfurter Neue Presse, 20. Februar 1973.
[245] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Februar 1973.
[246] Ebd., 19. Februar 1973.
[247] Ebd.
[248] Der Spiegel, 24. April 1972 (Nr. 18), S. 66.
[249] Jäckel, vor seiner Dezernententätigkeit Richter am Arbeitsgericht Darmstadt, gehörte der SPD seit 1958 an und hatte für sie bereits seit 1964 in der Stadtverordnetenversammlung Darmstadts gesessen. Bei den Jungsozialisten im Bezirk Hessen-Süd hatte er den Arbeitsbereich Kommunalpolitik geleitet. Vgl. IfSG: S 2/7304, sowie vor allem: Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, Nr. 19, vom 8. Mai 1971, S. 127.

Flügel neigenden Neumitgliedern „vor allem aus Schule und Universität" ersetzte, zumindest nach Meinung ihrer Kritiker, weithin eine „Mischung aus echter sozialer Empörung, Systemverachtung und blindem Aktionismus den fehlenden Sachverstand"[250]. Auch ein gestandener Sozialdemokrat wie Bürgermeister Sölch sah die Integrationsfähigkeit seiner Partei, „die seit 1968 die Jugend aufgenommen habe", zwischenzeitlich als „erschöpft" an[251].

Als die zur linken Mitte gerechnete siebzigjährige Parteilegende Josef Lang alias „Jola" ankündigte, nach 50jähriger Arbeit für die SPD zum letzten Mal als Mitglied des Vorstands zu sprechen, erntete der bereits damals kranke (ein halbes Jahr später sterbende) Mann „fast schon frenetisches Klatschen"[252] auf der äußersten Linken. Deren gehässige Reaktion erstaunte um so mehr, als der aus einer deutschungarischen jüdischen Familie stammende Lang in Weimarer Jahren Mitglied der KPD gewesen war[253]. Nach schweren Jahren in der Emigration hatte sich Lang neben seiner beruflichen Tätigkeit als Buchhändler und Leiter der über die Stadt hinaus bekannten Bund-Buchhandlung im Gewerkschaftshaus ab 1951 in der Frankfurter SPD engagiert, wo er als „militanter, kämpferischer Sozialist" galt[254].

Wer keine Solidarität mit älteren Parteimitgliedern pflege, schrieb Arndt der Ultralinken ins Stammbuch, habe „nicht begriffen, was es heiße, Mitglied der SPD zu sein"[255]. Weshalb die „emotionalisierten Linken" gar keinen Begriff von „Solidarität innerhalb der SPD" hätten, sah Arndt darin begründet, daß es sich bei ihnen vielfach um „junge Leute" handelte, „die in bürgerlichen Familien groß" geworden seien[256]. Der bereits deutlich über vierzig Jahre alte Arbeitersohn Arndt meinte damit auch den Ton der Juso-Attacken gegen ihn selbst, hatte ihn doch der Parteinachwuchs „in die rechte Ecke drängen" wollen und dem scheidenden Vorstand „eine Kette unerträglicher Fehlleistungen" vorgeworfen[257].

Wenige Wochen später zeigte sich, welche Folgen der Sieg der Ultralinken für den sozialdemokratischen Oberbürgermeister hatte: Als ein besetztes Haus im Kettenhofweg 51 von der Polizei in blutigen Auseinandersetzungen geräumt wurde, verurteilte der SPD-Unterbezirksvorstand den angeblich mit unverhältnismäßigen Mitteln geführten Einsatz der Ordnungshüter. Dabei hatten die Sicherheitskräfte nach Arndts Überzeugung nur auf die „Brutalität der Demonstranten" reagiert, und die Parteilinke konnte seines Erachtens nicht von ihm verlangen, „Entscheidungen von Gerichten" aufzuheben. Fred Zander warf der linken UB-Vorstandsmehrheit auf einem Sonderparteitag vor, Arndt „in den schwersten Stunden im Stich gelassen und ihn brüskiert zu haben". Wenn dem Oberbürgermeister jetzt nicht das Vertrauen ausgesprochen werde, ziehe das „verheerende Folgen für die SPD nach sich"[258].

250 Frankfurter Neue Presse, 13. Juni 1973; vgl. auch Frankfurter Neue Presse, 20. Oktober 1972.
251 Ebd., 4. März 1974.
252 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Februar 1973; vgl. auch den Nachruf auf „Jola" in der Frankfurter Rundschau, 12. September 1973.
253 Grebing, Lehrstücke in Solidarität, S. 350f.
254 Frankfurter Rundschau, 12. September 1973, zit. nach: IfSG: S 2/5694.
255 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Februar 1973.
256 Frankfurter Neue Presse, 20. Februar 1973.
257 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Februar 1973.
258 Ebd., 7. Mai 1973.

Die linke Mehrheit des Parteitages stand allerdings eindeutig hinter der Kritik des Vorstandes: Arndt habe das Haus nur räumen lassen, um dem „formalen Rechtsanspruch zweier Großspekulanten“ zu genügen[259]. Ein von der linken Mitte kommender Antrag, Arndt für sein „persönlich mutiges Verhalten“ zu danken, ging den Ultralinken entschieden zu weit. Um den totalen Bruch zu vermeiden, einigten sich beide Flügel schließlich auf einen denkbar kleinen gemeinsamen Nenner und stimmten einer sophistischen Kompromißformulierung Fred Gebhardts zu: „Die Spekulationen außerhalb der Partei stehender Kräfte, daß eine kritisch-solidarisch geführte Diskussion in ein Mißtrauensvotum gegen den Oberbürgermeister einmündet, werden von uns scharf zurückgewiesen.“[260] Diese Erklärung wurde in der Presse mit gutem Grund als „empfindliche Niederlage“ für Arndt gewertet: „Wohin geht der Weg einer demokratischen Partei, deren Spitzenfunktionär seine Genossen anflehen muß, sie mögen doch einsehen, daß auch ein Oberbürgermeister aus ihren Reihen Gesetze befolgen müsse?“[261]

In diesen Wochen mußte sich aber vor allem auch erweisen, „wer der tatsächliche ‚Herr im Römer‘“ war, Oberbürgermeister Rudi Arndt oder nach der Logik des imperativen Mandats „der Unterbezirksvorstand der SPD“?[262] Denn dem Rathauschef war von seinem ebenfalls der SPD angehörenden Sozialdezernenten Martin Berg ein Schreiben zugeleitet worden, das darauf abzielte, gegen Magistratsdirektor Alexander Schubart ein Disziplinarverfahren einzuleiten. „Aschu“, der nach einer Maurerlehre auf der Abendschule das Abitur nachgeholt, dann Jura studiert und zunächst bei der SPD-Bundestagsfraktion als wissenschaftlicher Assistent gearbeitet hatte, war zwar damals schon Anfang 40, doch gleichwohl maßgeblich von der 68er-Bewegung geprägt. 1978 sollte er die SPD verlassen und als Spitzenkandidat für die Grüne Liste Hessen antreten. 1981 wurde er zu einer Symbolfigur des Widerstandes gegen die Startbahn West[263]. Damals, 1973, war der

259 Kraushaar, Fischer in Frankfurt, S. 61.

260 Frankfurter Rundschau, 8. Mai 1973. Dort auch der vom Parteitag angenommene Antrag im Wortlaut, der zunächst die von „jenen Eigentümern“ ausgehende „Gewalt“ anprangerte, die mit Immobilien spekuliert hätten, und erst anschließend auch die „Schlägergruppen“ verurteilt, die Demonstrationen in Straßenschlachten umgewandelt hätten.

261 So hieß es im Kommentar „Rechtsverständnis“ (güm) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 8. Mai 1973; aber auch der Kommentator der *Frankfurter Rundschau* (8. Mai 1973) meinte, der Wähler „hätte von der SPD ein klareres Bekenntnis zu Arndt erwarten dürfen.“

262 So lautete auch die Frage des FAZ-Journalisten Wilfried Ehrlich. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. April 1973.

263 Als gegen Schubart, nachdem er im November 1981 zur Blockade des Flughafens Frankfurt aufgerufen hatte, wegen Nötigung eines Verfassungsorgans ermittelt wurde, sprach ihm ein alter Bekannter aus der 68er-Bewegung, ein Frankfurter Hochschullehrer, Mut zu: „Mensch Aschu, […], du bist der erste und einzige von uns, der den Weg Gandhis und Martin Luther Kings gegangen ist […] – das heißt heute, du gehst für deine Überzeugung in den Knast.“ Die Zeit, 27. November 1981 („Ein Michael Kohlhaas der Startbahn“). Vgl. auch Der Spiegel, 23. November 1981 (Nr. 48), S. 33, sowie den Bestand S 2/8055 im IfSG. Bereits 1975 hatte Schubart, nachdem er als stellvertretender Vorsitzender des Gesamtschulelternbeirats an der Reuter-Schule zu Protesten gegen seines Erachtens „verfassungswidrige Berufsverbote“ gegen ehemalige Lehrer dieser Erziehungsanstalt aufgerufen hatte, den hessischen Innenminister auf den Plan gerufen und sich eine Mißbilligung eingehandelt. IfSG: TAT, Nr. 32, Bl. 68–78. Im Sommer 1976 hatte der SPD-Unterbezirk von einem Parteiordnungsverfahren gegen Schubart abgesehen, ihn aber aufgefordert, die SPD „von sich aus zu verlassen“. AdsD: Bezirk Hessen-Süd II, BV-Protokolle I, 1/70–12/77. Hier: Protokoll der 4. Sitzung des Bezirksvorstandes am 13. August 1976.

zur äußersten Linken der Frankfurter SPD zählende Magistratsdirektor im städtischen Amt für Wohnungswesen tätig. In einer „Kleinen Kommission" von SPD-Politikern arbeitete er auch zusammen mit dem Oberbürgermeister an neuen Richtlinien zur städtischen Boden- und Wohnungspolitik, die eine „Abkehr von der alten, „fehlerhaften", weil zu „unkritisch" auf Wachstum orientierten Baupolitik einleiten sollten[264]. Dennoch hatte „Aschu" wiederholt bei SPD-Versammlungen den ihm vorgeordneten Sozialdezernenten wegen der Neufestsetzung von Mieten durch städtische Wohnungsbaugesellschaften kritisiert, ja sogar öffentlich dazu aufgefordert, „Anweisungen Bergs zu mißachten". Nachdem Schubart auch noch an der Demonstration gegen die Räumung des Hauses im Kettenhofweg 51 teilgenommen hatte, hatte der Sozialdezernent endgültig „die Nase voll"[265].

Den von Berg erhaltenen Schriftsatz gab Arndt indes an den Personaldezernenten Jäkel weiter „mit der Maßgabe, die Vorwürfe disziplinarrechtlich zu überprüfen"[266]. Was sich Arndt trotz der bekannten politischen Affinitäten zwischen Schubart und Jäkel wohl nicht vorstellen konnte, trat ein: Der Personaldezernent beging einen „schwerwiegenden Vertrauensbruch" gegenüber seinem Oberbürgermeister und suchte im politischen Machtspiel „Verbündete dort […], wo sie in diesem rein verwaltungsinternen Streit nicht zu finden sein dürften"[267]. Sich seinem „Vorstandsgefährten" vom linken Mehrheitsflügel des Unterbezirks „stärker verbunden" fühlend als „den Magistratskollegen", leitete der Personaldezernent Kopien des Schriftsatzes kurzerhand an die Mitglieder des UB-Vorstands weiter. Wenn Jäkel darauf spekuliert hatte, durch die „politische Diskussion" im UB-Vorstand Maßnahmen gegen Schubart verhindern zu können, sah er sich aber getäuscht, weil die von Arndt geführte „rechte" Minderheit mit einem Eklat drohte, falls die linke Mehrheit „den Vorstoß Jäkels unterstütze"[268]. So kam das Parteigremium zu der Auffassung, in diesem Fall über „personelle Einzelheiten nicht zu befinden" zu haben[269].

Den Versuch, Schubart als Amtsjuristen in das Ausgleichs- und Stadtreinigungsamt abzuschieben, vermochten seine Gesinnungsgenossen im UB-Vorstand freilich zu vereiteln[270]. Arndt riskierte Schubarts wegen sogar abermals heftige Kritik (der FDP), als ruchbar wurde, daß der Magistratsdirektor künftig im Dezernat des Sozialdemokraten Hans Adrian für die „Bearbeitung von grundsätzlichen Fragen des Bau- und Bodenrechts" zuständig sein sollte[271]. Damit schien der Opposition um so mehr der Bock zum Gärtner gemacht, als der Amtsjurist Schubart die disziplinarrechtliche Prüfung seines Falles keineswegs zum Anlaß genommen hatte,

264 AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte, darin: Bericht der „Kleinen Kommission" zur Boden- und Wohnungspolitik vom 30. Juni 1973.
265 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. April 1973 („Magistrat schweigt zum Fall Schubart").
266 Ebd.
267 So der kaum abzuweisende Kommentar Wilfried Ehrlichs („Der Herr im Haus") in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 25. April 1973.
268 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. April 1973.
269 Ebd.
270 Ebd., 16. August 1973; Frankfurter Rundschau, 3. Juli 1974.
271 Ebd. Erst nach dem Blockadeaufruf gegen die Startbahn West wurde Schubart schließlich vom CDU-Oberbürgermeister Wallmann vorläufig vom Dienst suspendiert. Der Spiegel, 23. November 1981 (Nr. 48), S. 33.

sich zu mäßigen. Vielmehr belehrte der Magistratsdirektor „seinen“ Oberbürgermeister auch in der Folgezeit unverdrossen etwa darüber, daß dessen Auffassungen im Konflikt um die Mieterhöhungen einem „Parteitagsbeschluß entgegen“ stünden[272] oder „Herrschaftswissen ohne jede rechtliche Bedeutung“ seien[273].

Wo die Mehrheit der Frankfurter SPD-Delegierten nach wie vor stand, zeigte sich Mitte Mai 1973 auf einem weiteren elfstündigen Unterbezirksparteitag. Dieser forderte die Genossen im Magistrat auf, die bereits angekündigten Mieterhöhungen der Städtischen Wohnungsgesellschaften AG für kleine Wohnungen und Hellerhof AG „unverzüglich“ wieder zurückzunehmen. Daß der paritätisch auch mit Arbeitnehmern besetzte Aufsichtsrat der AG für kleine Wohnungen hinter den Mieterhöhungen stand, um ein notwendiges Reparaturprogramm im sozialen Wohnungsbau nicht zu gefährden, hatte den Parteitag nicht umgestimmt[274]. Während Bürgermeister Sölch und Sozialdezernent Berg als Aufsichtsratsvorsitzende der betroffenen Aktienbaugesellschaften ebenso wie Arndt betonten, weder in der Lage noch willens zu sein, den Parteitagsbeschluß zu realisieren und in der SPD-Fraktion nur 13 von 48 Mitgliedern für die Rücknahme der Miterhöhungen eintraten, kündigte Karsten Voigt Schritte des Vorstandes an, „um diesen Beschluß durchzusetzen“[275].

Bereits im Januar 1973 hatte die linke Parteitagsmehrheit der Frankfurter SPD für sich das Recht in Anspruch genommen, die „Richtlinien“ der kommunalpolitischen Arbeit zu bestimmen und nun auch die Kandidaten für den ehrenamtlichen Teil des Magistrats zu bestätigen. „Wenn das so weitergeht“, war in der Presse dazu vermerkt worden, „brauchen die Frankfurter künftig keine Stadtverordneten mehr zu wählen“; denn der SPD-Parteitag sei heute schon „das Nebenparlament“ und mächtiger als die Stadtverordnetenversammlung selbst[276]. Von solch bürgerlicher Kritik unangefochten ging der Parteitag jetzt einen Schritt weiter und beschloß, eine Arbeitsgruppe aus je drei Mitgliedern des UB-Vorstandes, der SPD-Fraktion und der Magistratsgruppe zu berufen. Die Arbeitsgruppe sollte die vom Parteitag beschlossenen Richtlinien „vorbereiten, politisch propagieren und koordinieren“. Nur mit Mühe war es Fred Zander gelungen, die ursprünglich ebenfalls vorgesehene „Durchsetzung“ der Maßnahmen aus dem Kompetenzbereich der Arbeitsgruppe herauszuhalten; zur Durchsetzung, so Zander, seien ausschließlich die Stadtverordneten berufen[277].

[272] Frankfurter Neue Presse, 14. Mai 1973.

[273] So der Magistratsdirektor auf einem SPD-Parteitag, nachdem Arndt einen wohnungspolitischen Antrag Schubarts zur extensiven Auslegung der Sozialbindung des Eigentums als „rechtlich unhaltbar“ kritisiert hatte. Arndt hielt sich daraufhin mit Bemerkungen über Schubart und einen weiteren seiner Amtsjuristen (Dankwart Breithaupt), der Schubart unterstützte, mit den bezeichnenden Worten zurück: „er sei ja noch ihr Arbeitgeber“. Frankfurter Neue Presse, 2. Juli 1973.

[274] Frankfurter Neue Presse, 14. Mai 1973.

[275] Frankfurter Rundschau, 14. Mai 1973; vgl. auch Frankfurter Neue Presse, 21. Mai 1973.

[276] IfSG: S 3/12509. Papier „Die SPD in Frankfurt – Imperatives Mandat“.

[277] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. 5. 1973. In den Augen der CDU war damit dennoch eine „von Funktionären durchsetzte Kommission gebildet“ worden, die im Sinne eines imperativen Mandats „die Ausführungen der Parteitagsbeschlüsse durch Magistratsgruppe und Stadtverordnetenfraktion der SPD zu überwachen“ hatte. IfSG: S 3/12509. Papier „Die SPD in Frankfurt – Imperatives Mandat“.

Über dem schweren inhaltlichen Dissens nahmen die Auseinandersetzungen auf den Parteitagen Formen an, die laut Fred Zander „selbst gegenüber dem politischen Gegner höchst fragwürdig wären“[278]. Bereits die Sitzordnung sprach Bände. Die Delegierten der beiden Flügel aßen „an getrennten Tischen das Parteibrot“. Nostalgische Ausflüge in die Geschichte, „wo es noch an einem Tisch schmeckte“, riefen nur bei den Älteren „prasselnden Beifall“ hervor, nicht selten begleitet von Verbalinjurien gegen „die Jungen“, die „die Zeit“ nicht mehr erlebt hätten. Die Gemäßigten warfen der ultralinken Vorstandsmehrheit wegen deren jüngster Resolution zur Hausräumungsaktion vor, „entweder auf einem Auge blind“ zu sein oder „bereits zu den Fellow-travellers der Chaoten“ zu gehören[279]. Zu Karsten Voigt, der das Verteilen einer Schmähschrift der „Unione Inquilini“[280] durch Parteitagsdelegierte verteidigt hatte, meinte Arndt bitter, dieser vertraue „mehr einer kommunistischen Organisation als dem Wort eines sozialdemokratischen Genossen“[281]. Einer anderen ultralinken Genossin (Anita Breithaupt) warf Arndt „üble Nachrede“ vor. Der Juso-Vorsitzende Armin Kleist schleuderte dieser Kritik das Wort von der „faschistoiden Law-and-order-Kampagne“ entgegen, die einer südhessischen SPD unwürdig sei[282]. Schließlich beschimpfte man sich gegenseitig mit Zurufen wie „Lügner, Lügner“[283].

Trotz lautstarker Ankündigungen von beiden Seiten, die „Diskussion [zu] versachlichen“ (K. Voigt) bzw. „eine neue Basis für die Arbeit in der SPD“ zu suchen (R. Arndt)[284], reihte sich auch während der restlichen Amtszeit des linken UB-Vorstands und seiner Parteitagsmehrheit ein schwerer Konflikt an den nächsten. Nachdem Juso-Vize Erhard Polzer einen Polizeieinsatz gegen die Hausbesetzerszene in der Bergerstraße als unangemessen brutal verurteilt hatte, reagierte der Oberbürgermeister „voller Schärfe“[285]. Polzer sei immer noch von der Stamokap-Theorie überzeugt und habe bis zuletzt versucht, zusammen mit dem zwischenzeitlich zur DKP gewechselten Eckert[286] den Juso-Vorstand in die Hand zu bekommen. Auf dem Boden des demokratischen Sozialismus und des Godesberger Programms stehe Polzer jedenfalls nicht. Da die *Frankfurter Neue Presse* die telefonische Äußerung Arndts derart wiedergab, daß der Oberbürgermeister gleich das Stehen Polzers auf dem „Boden des demokratischen Staates“ angezweifelt

278 So die Klage Zanders, in: Der Sozialdemokrat, Juni 1973. Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 2. Juni 1973.
279 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Mai 1973.
280 Die Mieter-Union war während der 68er-Zeit in Norditalien entstanden und dort seitdem im „antikapitalistischen“ Häuserkampf bzw. „Mietstreik“ aktiv. Vgl. Kraushaar, Fischer in Frankfurt, S. 40f.
281 Frankfurter Neue Presse, 14. Mai 1973.
282 Ebd.
283 Frankfurter Neue Presse, 14. Mai 1973.
284 Frankfurter Rundschau, 29. Juni 1973 und 1. August 1973.
285 Frankfurter Neue Presse, 11. Juli 1973. Vertiefend hierzu das Faszikel „Feststellungsverfahren Arndt-Polzer“ mit Stellungnahmen beider Kontrahenten, in: AdsD: Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt).
286 Eckert war mit dreißig Frankfurter Gesinnungsgenossen ausgetreten, nachdem sich auf dem Godesberger Jungsozialistenkongreß Anfang 1973 seine gegen den westlichen Parlamentarismus und die bloß „reformistische“ SPD gerichtete Position nicht hatte durchsetzen lassen. Baring/Görtemaker, Machtwechsel, S. 544. Vgl. auch Roik, Die DKP, S. 141.

habe[287], drehte sich die Eskalationsspirale weiter. Die „städtische Führungsspitze in Frankfurt“, so der Juso-Funktionär, sei „für eine derart sozialdemokratisch bewußte Stadt nicht mehr tragbar“[288]. Auch die „Falken“ sowie neun SPD-Ortsvereine machten gegen Arndt Front. Und sogar die SPD-Dozenten der Fachhochschule Frankfurt, wo Polzer studierte bzw. Gremienarbeit leistete, solidarisierten sich mit dem Jungsozialisten, den sie als „Vertreter einer entschiedenen und fortschrittlichen sozialdemokratischen Hochschulpolitik“ kennen würden[289].

Als in diesen Wochen im Juli 1973 die „Richtlinien zur Boden- und Wohnungspolitik der Sozialdemokraten in Frankfurt“ zur Verabschiedung im SPD-Unterbezirk anstanden, drückten die Jungsozialisten trotz ausdrücklicher Warnungen Arndts einen Passus zur Vergesellschaftung und „demokratischen Kontrolle“ des Bankwesens durch. Nur so könnten die Bauinvestitionen gesteuert werden[290]. Ende September solidarisierte sich die Mehrheit des Parteitages mit den Arbeitsniederlegungen bei Müllabfuhr und Friedhofsamt und forderte die Stadt auf, allen Bediensteten eine einmalige Teuerungszulage von 300 DM zu gewähren, obwohl Arndt geltend gemacht hatte, daß es gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie verstoße, „mit einer Nichttarifpartei wie den Müllwerkern und Friedhofsbediensteten zu verhandeln“[291]. Auf Programmparteitagen im Spätherbst, wo die Frage bewußter Gesetzesverletzungen zur Veränderung der Gesellschaft etwa vom Juso-Vorsitzenden Armin Kleist bejaht wurde[292] und eine andere linke Delegierte meinte, Mandatsträger wie Arndt müßten zu gewissen Gesetzesübertretungen zumindest „wohlwollend schweigen“[293], ergriff der Oberbürgermeister „sichtlich erregt“ das Wort: Wer ständig abschätzig vom Rechtsstaat spreche, übersehe, daß dieser in einem hundert Jahre dauernden Ringen „von Arbeitern gegen das Kapital“ erkämpft worden sei[294]. Im Januar 1974 schließlich verließ Arndt wütend eine Sitzung des UB-Vorstands, weil er mit seiner Forderung nach Parteiordnungsverfahren gegen führende Jusos nicht durchdrang. Anlaß für Arndts Forderung war die Unterschrift von Jusos unter ein auch von Kommunisten gezeichnetes Flugblatt, das gegen die Haltung der SPD-geführten Bundesregierung zum persischen Schahregime polemisierte[295].

[287] IfSG: Nl Arndt S 1/163, Nr. 22, Bl. 25.
[288] Frankfurter Rundschau, 16. Juli 1973.
[289] Fünfseitiges Papier „Erklärung der SPD-Mitglieder unter den Fachhochschullehrern […] der Fachhochschule Frankfurt zum Konflikt Arndt-Jungsozialisten“ vom 25. Juli 1973, in: IfSG: Nl Arndt S 1/163, Nr. 22.
[290] Frankfurter Neue Presse, 2. Juli 1973.
[291] Ebd., 1. Oktober 1973.
[292] Der 1943 geborene Kleist war 1969 in die SPD eingetreten, um innerhalb der Partei für ein Ende der Großen Koalition zu werben. Nach dem Referendariat war er 1972 Gymnasiallehrer für Englisch, Geschichte und Gemeinschaftskunde geworden. IfSG: S 2/11.382.
[293] Frankfurter Neue Presse, 17. Dezember 1973.
[294] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. November 1973. Anita Breithaupt hatte dem Referenten Peter von Oertzen, der den Spätkapitalismus für „noch zu großen Leistungen fähig“ hielt, entgegengehalten: Das „System“ habe doch allenthalben versagt. Frankfurter Neue Presse, 19. November 1973.
[295] Frankfurter Rundschau, 17. Januar. Der Ärger Arndts hatte freilich auch damit zu tun, daß auf der gleichen Sitzung Fred Gebhardt gefordert hatte, „parteischädigendes Verhalten“ des Oberbürgermeisters zu mißbilligen – was auf Arndts öffentliche Kritik an der Landtagskandidatur der zum linken Flügel zählenden Genossinnen Dorothee Vorbeck und der Magistratsrätin Antje Arold zielte. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Januar 1974.

So richteten sich die Hoffnungen der überwiegend gemäßigten SPD-Magistratsgruppe auf die Anfang März 1974 stattfindende Neuwahl des Unterbezirksvorstandes; um so mehr, als zwei Bezirksschiedskommissionen der südhessischen SPD gegen den Widerstand des linken Flügels der Frankfurter SPD die strikte Geltung des Wohnsitzprinzips als Grundlage für die Regelung der Zugehörigkeit zu SPD-Ortsvereinen durchgesetzt hatten. Bislang war es den durch die Institutionen der SPD marschierenden Ultralinken – ähnlich wie der „Gruppe 70" in der CDU – zugute gekommen, daß man nicht dem Ortsverein seines Wohnbereiches angehören mußte, sondern auch in einem anderen aktiv sein konnte, etwa um dessen Mehrheitsverhältnisse gezielt zu verändern. So gehörten Mitte 1973 circa 1000 Frankfurter SPD-Mitglieder nicht dem Ortsverein ihres Wohnsitzes an[296]. Trotz der neuen Rechtslage änderte sich an dem Übergewicht des linken Flügels im UB-Vorstand aber zunächst kaum etwas. Statt 10:5 betrug das Kräfteverhältnis fortan 9:6, und auch die üblichen Listen beider Blöcke mit anzukreuzenden Namen waren vor der Abstimmung auf dem Parteitag wieder aufgetaucht, wobei der linke Flügel drei Vorstandsposten für die linke Mitte, diese immerhin fünf Positionen für den linken Flügel freigehalten hatte.

Es schien auch eine Schwächung der linken Mitte zu bedeuten, daß sie nicht mehr den Vorsitzenden stellte. Fred Zander, der wegen seines Bonner Regierungsamtes bei weitem nicht so präsent in Frankfurt sein konnte, wie es angesichts der extrem schwierigen Situation im dortigen Unterbezirk nötig gewesen wäre, hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Doch nicht Bürgermeister Sölch von der linken Mitte setzte sich als Nachfolger Zanders durch, sondern (mit 223 zu 218 Stimmen) VHS-Direktor Gebhardt[297]. Zum stellvertretenden SPD-Vorsitzenden wurde Gebhardts VHS-Mitarbeiter Voigt gewählt, so daß es so aussah, als würde Gebhardt mit Hilfe des jungsozialistischen „Adlatus" von der umstrittenen Volkshochschule aus „die taktischen und ideologischen Bewegungen seiner Gruppierung" steuern[298].

Wer an die jüngsten Äußerungen beider Politiker dachte, hatte wenig Grund, ein Nachlassen der innerparteilichen Konflikte um Arndt zu erwarten, dessen Frau in einem Fernsehinterview den Eindruck erweckte, ihr Mann würde Jusos und Tiere auf einer Ebene ansiedeln[299]. Gebhardt hatte sich in der Debatte um rechtswidrige Aktionen bei Hausbesetzungen – im krassen Gegensatz zum Oberbürgermeister – ausdrücklich dagegen verwahrt, „stupide auf einem konservativen Rechtsstandpunkt" zu beharren, der „in Ballungsräumen wie Frankfurt nicht mehr haltbar" sei[300]. Voigt hatte unter Anspielung auf eine Äußerung Arndts zu einem SPD-Parteitagsbeschluß gegen eine innerstädtische Trasse der geplanten A 80 (Bingen-Hanau) bemerkt: „Ich verlange, daß wir den zur Minna machen, der

296 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. September 1973; Frankfurter Neue Presse, 14. Januar 1974.
297 Frankfurter Rundschau, 4. März 1974.
298 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. März 1974.
299 In der am 19. Juni 1974 um 20.15 Uhr ausgestrahlten Sendung von Matthias Walden „Einige Tage im Leben des Rudi Arndt" bemerkte die Gattin des Oberbürgermeisters wörtlich: „Da bin ich immer eifersüchtig drauf, eben, daß er für alle Lebewesen, Jusos, Tiere usw., da hat er eine Engelsgeduld". Roth, Z. B. Frankfurt, S. 124.
300 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. November 1973.

noch einmal erklärt, ein Beschluß sei für ihn kein Beschluß.“[301] Im Umfeld des Parteitags war andererseits auch deutlich geworden, daß der linke Flügel zunehmend mit der Opposition einer 40 bis 50 Delegierten starken, extremen Juso-Gruppierung (um Juso-Chef Kleist) im eigenen Lager zu kämpfen hatte. Laut Arndt unterstützte diese dritte Gruppe, bei der es sich „eigentlich [um] keine Sozialdemokraten mehr“ handele, den Frankfurter AStA mehr als die SPD. Aber auch Voigt und Gebhardt hatten sich auf dem Parteitag „deutlich wie noch nie“, wenngleich behutsam, von den Auffassungen dieser linksextremen Juso-Gruppe distanziert[302], die bereits im Vorjahr durch den Parteiaustritt der „Brigade Eckert“ und den Übertritt von 20 Jusos zur DKP geschwächt worden war[303]. Eckert war im übrigen wenige Monate nach seinem Übertritt in die DKP im Sommer 1973 auch auf jungsozialistischen Druck hin von SPD-Kultusminister v. Friedeburg als Studienrat z. A. in den hessischen Schuldienst übernommen worden.[304]

Die disziplinierende Wirkung bevorstehender (Landtags-)Wahlen kam hinzu. In deren Vorfeld gedachte sich die Frankfurter SPD laut ihrem neuen Vorsitzenden bewußt mehr zur „Mitte“ hin zu orientieren[305]. Das erstaunte Publikum erlebte im Juni 1974 folglich einen „Parteitag der Stille“, der zu allem „Ja und Amen“ sagte, was „der Vorstand befahl“; selbst der „Linksaußenapostel“ Schubart „predigte vor tauben Ohren“[306]. Die Wandlung kam aber zu spät, um die abermaligen Stimmenverluste bei den Landtagswahlen Ende Oktober 1974 noch zu verhindern. Die 1970 bereits um fast acht Prozentpunkte abgestürzte Frankfurter SPD büßte weitere knapp zwei Prozentpunkte ein und verlor sieben der acht städtischen Direktmandate an die CDU: „Stadtbekannte SPD-Namen in bombensicheren Wahlkreisen waren von CDU-Unbekannten überrundet worden.“[307]

Im November 1974 leisteten Parteivorstand, Fraktionsvorstand und Magistratsgruppe auf einer Klausurtagung am Buß- und Bettag daraufhin den Schwur, künf-

[301] Frankfurter Neue Presse, 17. Dezember 1973. Wie wenig Arndt vom kommunalpolitischen Sachverstand des Parteitages hielt, dokumentierte auch sein Ausspruch: Demnächst werde ein Parteitag auch noch beschließen, „daß der Magistrat den Mond herunterschießen soll“. Frankfurter Neue Presse, 20. Februar 1973. Zur Diskussion um die A 80 vgl. auch Roth, Z. B. Frankfurt, S. 158ff.

[302] Frankfurter Neue Presse, 4. März 1974; vgl. auch Frankfurter Rundschau, 18. Januar 1975. Der extremen Juso-Gruppe war selbst der harte Konfliktkurs des linken Flügels gegen Arndt nach der Räumung des Hauses im Kettenhofweg noch nicht weit genug gegangen; vielmehr hatte sie damals eine „Anpassung“ an die „Arndt-Gruppe“ und den Verzicht der linken Parteitagsmehrheit auf die gerade erst in der Satzung verankerte Richtlinienkompetenz konstatiert. Frankfurter Rundschau, 21. Mai 1973.

[303] Süddeutsche Zeitung, 27. März 1973 („Brigade Eckert setzt sich ab“). Vgl. auch den Entwurf einer Presseerklärung zum Parteiaustritt der Gruppe Eckert, in: AdsD: NL Arndt. 2.1.10–2.2.1.4. Karsten Voigt machte in diesem Zusammenhang aber auch deutlich, daß die Auseinandersetzungen „mit denjenigen Stamokap-Vertretern […], die in der Partei geblieben sind“, in „kritischer Solidarität“ geführt werden müßten: „Eine Diffamierung gibt es bei uns nicht“ (Frankfurter Rundschau, 27. März 1973). Voigt und „die übrigen Anhänger antikapitalistischer Strukturreformen“, die im alten Juso-Vorstand in der Minderheit waren, sahen die Frankfurter Jusos insgesamt durch den Austritt Eckerts „nicht etwa geschwächt, sondern gestärkt“. So werde es bei den kommenden Wahlen zum Juso-Vorstand keine Kampfkandidatur geben. Ebd.

[304] Er konnte weiterhin an der Ernst-Reuter-Gesamtschule unterrichten. Vgl. die Materialien hierzu, in: IfSG: S 2/7832.

[305] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März 1974.

[306] Frankfurter Neue Presse, 10. Juni 1974.

[307] Die Zeit, 1. November 1974 („Die Sozialdemokraten – aus der Linkskurve getragen“).

tig eine möglichst große Übereinstimmung untereinander herzustellen und eine „Konfliktstrategie“ tunlichst zu vermeiden[308]. Die Einsicht in die Notwendigkeit dieses Kurswechsels war durch das Ergebnis einer Repräsentativuntersuchung befördert worden, die das Godesberger Institut für angewandte Sozialwissenschaften aufgrund von Befragungen Frankfurter Wähler im Frühjahr 1974 erstellt hatte. Der Studie zufolge hatte sich das Bild der Frankfurter SPD seit 1971 „deutlich verschlechtert“. Arndt hingegen genoß weiterhin ein recht großes Ansehen in der Bevölkerung: „Eine Vertrauenskrise in die politische Führung der Stadt“, so hieß es in der Studie, gebe es nicht. Allerdings habe die SPD in der sich rasant zur Dienstleistungsmetropole entwickelnden Stadt das Vertrauen der „soziologischen Mitte“ der Angestellten und Beamten verloren[309].

Fred Gebhardt führte die erneute Niederlage bei den Landtagswahlen auf diesen Umstand ebenso zurück wie auf die „praxisferne und häufig mit elitärer Arroganz geführte Theoriediskussion“. Die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Reformpolitik habe darunter leiden müssen[310]. Hinzu komme, daß zwischenzeitlich der „wirklich aktive Teil der Partei in erheblichem Umfange aus Privilegierten dieser Gesellschaft“, nicht aber aus Arbeitern bestehe. Bei vielen, so machte sich Gebhardt jetzt das bekannte Argumentationsmuster Arndts zu eigen, die zwischen 1968 und 1972 in die SPD eingetreten seien, „fehle es an einer Beziehung zu dem, was die Arbeiterbewegung historisch darstelle“[311]. Während für Gebhardt auch die Kette chaotischer Parteitage von Mai bis September 1973 zum „Damaskuserlebnis“[312] geworden war, schien bei dem früheren Juso-Bundesvorsitzenden Voigt zunehmend die – taktische – Einsicht in die Bedeutung der „Zeitperspektive“ für den Weg zum Sozialismus gewachsen zu sein. Dem Frankfurter Juso-Chef Armin Kleist, der in dem bundesweit diskutierten SPD-Langzeitprogramm des „Orientierungsrahmens 85“[313] das Ziel der Investitionslenkung und Vergesellschaftung festschreiben wollte, fragte er: „Glaubst Du denn, daß dies bis 1985 zu erreichen wäre?“[314] Auf einem „Tribunal“ im Volksbildungsheim im März 1974 hatte sich Voigt auch in der Hausbesetzerszene mit dem Bekenntnis unbeliebt ge-

[308] AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte. SPD-UB Frankfurt a. M., an die Mitglieder des Unterbezirksvorstands, 15. November 1974; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. November 1974.

[309] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. August 1974. Vgl. auch die infas-Broschüre „Politogramm, Bayern und Hessen Oktober 1974. Analyse der Landtagswahl 1974“, in: AdsD. Nl Arndt. Akt „1.6., 1.8.(-1977)“ .

[310] Frankfurter Neue Presse, 2. November 1974.

[311] Frankfurter Rundschau, 9. Dezember 1974.

[312] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Februar 1975. Damals war Gebhardt auch wegen seiner Zustimmung zu Fahrpreiserhöhungen der städtischen Verkehrsmittel bereits im eigenen, weit links stehenden Ortsverein Nordend I das Mißtrauen ausgesprochen worden. Frankfurter Neue Presse, 13. Juni 1973.

[313] Vgl. Gebauer, Der Richtungswechsel, S. 134–139.

[314] Frankfurter Rundschau, 9. Dezember 1974. Schon im Sommer 1973 hatte Voigt in der SPD-Zeitschrift „Sozialdemokrat“ dazu aufgerufen, sich „aus einer personifizierten Betrachtung der Auseinandersetzungen“ in der Frankfurter Partei zu lösen (Frankfurter Rundschau, 29. Juni 1973). Seitens der weniger pragmatischen harten Linken wurde Voigt denn auch später nicht ohne Grund vorgeworfen, einer „Einigung von oben“ „am meisten das Wort geredet zu haben“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Januar 1975.

macht, nicht einmal Übergriffe der Polizei könnten Gewalt legitimieren[315]. Konkretes Ergebnis des zunehmenden Pragmatismus auf dem linken Flügel war ein gemeinsamer Beschluß der Klausurtagung, auf städtische Tarif- und Gebührenerhöhungen angesichts düsterer ökonomischer Rahmenbedingungen nicht zu verzichten. Dringende öffentliche Investitionen müßten sonst gekappt werden.

Daß sich die innerparteiliche Situation der Frankfurter SPD „grundlegend“ änderte, war auch darauf zurückzuführen, daß Arndt „unter dem einer Ovation gleichenden Beifall aller Delegierten“[316] auf einem Unterbezirksparteitag dem infolge des Landtagswahlergebnisses geschwächten Ministerpräsidenten und südhessischen SPD-Bezirksvorsitzenden Albert Osswald[317] den Fehdehandschuh hingeworfen und seine – bald erfolgreiche – eigene Kandidatur für den Bezirksvorsitz angekündigt hatte[318]. Die gemeinsame Gegnerschaft zum vergleichsweise „rechten“ Osswald ließ die beiden großen Flügel der Frankfurter SPD in einer wichtigen Frage wieder zusammenrücken[319]. Schließlich waren beide im Ziel der Überwindung des kapitalistischen Systems prinzipiell einig, wenngleich die linke Mitte „den Kapitalismus mit Messer und Gabel (sprich: mit demokratischen Mitteln) verspeisen“ wollte und nicht, wie der ganz linke Flügel, „mit den Fingern (sprich: qua ‚Mobilisierung der Massen‘)“[320]. Die Volkshochschuldirektoren und „Gesinnungsgefährten“ Gebhardt und Voigt hatten zudem sehr stark die Entwicklung der Bundes-SPD im Auge, wo heftig um den „Orientierungsrahmen 85“ gerungen wurde. Den linken Neu-Pragmatikern am Main ging es darum, dem Programm „von der in der Bundespartei insgesamt als ‚links‘ geltenden Frankfurter SPD aus entsprechend ‚linke‘ Akkorde beizugeben“[321]. Ein möglichst geschlossenes Auftreten der Frankfurter selbst schien dazu unabdingbar. Der Blick über die Frankfurter Wolkenkratzer hinaus auf das Hessen- und bundesweite Gewicht der Linken in der

315 Langguth, Mythos ’68, S. 166.

316 Frankfurter Rundschau, 18. Januar 1975.

317 Der 1919 geborene Osswald war seit Oktober 1969 hessischer Ministerpräsident. Vgl. auch Osswald, Eine Zeit vergeht.

318 Im Bezirk Hessen-Süd war aus Frankfurter Sicht ohnehin noch eine Rechnung offen, nachdem die sogenannte Landrätefraktion auf dem Parteitag 1970 ein Mißtrauensvotum gegen „Frankfurt und Umgebung“ organisiert und „den vielgerühmten streitbaren Avantgardismus zum Tempel hinaus“ gejagt hatte. Nicht nur der altlinke Möller, sondern auch der „rechte“ Brundert waren dieser „geglückte[n] Überrumpelung nach Bauernregeln“ zum Opfer gefallen und aus dem Vorstand der SPD Hessen-Süd herausgewählt worden. Nicht zuletzt die Frankfurter Experimente mit einem imperativem Mandat hatten diesen Aufstand der politisch gemäßigten Kreisverbände auf dem Lande motiviert (Frankfurter Rundschau, 23. März 1970). Im Februar 1975 nun unterlag Osswald in einer geheimen Abstimmung im Bezirksvorstand mit vier zu zehn Stimmen klar gegen Arndt und verzichtete darauf, sich den Delegierten in einer Kampfabstimmung zur Wiederwahl zu stellen. AdsD: Bezirk Hessen-Süd II. BV Protokolle I, 1/70-12/77. Hier: Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 23. Februar 1975.

319 Frankfurter Rundschau, 18. Januar 1975. Wohlweislich hatte es Arndt stets zurückgewiesen, die Vorgänge in der Frankfurter SPD mit den ebenfalls bundesweit stark beachteten Entwicklungen in München auf eine Stufe zu stellen. In „grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Fragen“, so Arndt, „haben wir in Frankfurt keineswegs die Auseinandersetzungen wie in München“; denn er und seine „linke Mitte“ würden, anders als die Anhänger Hans-Jochen Vogels, auf der Bundesebene der SPD selbst zur Linken gehören. Frankfurter Neue Presse, 18. Juli 1973.

320 So Wolfgang Baumert in der Frankfurter Neuen Presse, 10. März 1975.

321 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Februar 1975 (Hintergrundbericht von Günter Mick: Die Wandlung des Fred Gebhardt. Die „Linke“ in der Frankfurter SPD ist in Bewegung geraten).

SPD zählte also zu den Voraussetzungen des neuen Kurses der Gebhardt/Voigt-Gruppe.

Hinzu kam wohl ein machtpolitisches Kalkül, das aus der aufmerksamen Beobachtung einer Tendenzwende innerhalb der SPD resultierte. Die nicht nur in Hessen, sondern auch in anderen Bundesländern teilweise massiven Stimmenverluste der SPD bei den Landtagswahlen seit Anfang 1974 hatte *infas* damit erklärt, daß die „Grenzwähler", die der Partei 1969 und 1972 zum Erfolg verholfen hatten, nicht Träger eines „neuen gesellschaftlichen Bewußtseins" seien. Im Parteivorstand machte Helmut Schmidt „entschieden die linken Jungsozialisten für die Verluste verantwortlich", und auch der in dieser Hinsicht besonders leidgeprüfte Hans-Jochen Vogel plädierte leidenschaftlich für die „Grenzen der Integration" ultralinker 68er in die SPD: „Sind wir denn in erster Linie ein Sozialisationsgremium, um verrückt gewordene Großbürgersöhne […] Mann für Mann zu erziehen?" Die sich formierende Gegenbewegung gemäßigter „Godesberger" Sozialdemokraten erzielte nach dem tiefen Einschnitt des Kanzlerwechsels von Brandt auf Schmidt im Mai 1974 auch im Parteivorstand einen ersten Erfolg, als im Juni die „Einvernehmensrichtlinien" (im Juso-Jargon: „Maulkorbrichtlinien") feststellten, daß die Arbeitsgemeinschaften unselbstständige Teile der Partei seien und ihre Öffentlichkeitsarbeit im Einvernehmen mit der jeweiligen Parteigliederung zu gestalten hätten[322].

Kanzler Schmidt, der neue starke Mann der SPD, machte zudem keinen Hehl daraus, daß er weit jenseits utopischer Ideen vom imperativen Mandat entschlossen sei, gegebenenfalls auch „gegen SPD-Parteitagsbeschlüsse zu regieren". Der Wechsel von Brandt, dem Visionär gesellschaftlicher Demokratisierung, hin zu Schmidt, dem kühlen Pragmatiker der Macht, der den 68er-Ideen „von personeller und sachlicher Innovation diametral" zuwider lief[323], ist in seiner Bedeutung für die innerparteiliche Tendenzwende in der SPD – auch in Frankfurt – kaum zu überschätzen. Im Februar 1975 hieß es im „Entwurf eines Aktionsprogramms für die Arbeit der Frankfurter Jungsozialisten", die Jusos hätten „heute […] entscheidend […] an Bedeutung verloren", die „Desillusionierung" der in den Jahren nach 1969 in der Hoffnung auf eine SPD-Reformpolitik beigetretenen Jugendlichen sei gewaltig[324]. Zudem verfestigte sich in diesen Jahren die Fraktionierung der Jusos auf den Bundeskongressen endgültig[325]. Karsten Voigt, nach wie vor gewillt, den „Anspruch der Parteilinken" zu dokumentieren, die Strategien der SPD „am besten zu repräsentieren", war sich bewußt, daß die Stärke der Jusos weiter abnehmen würde, wenn es ihnen nicht gelänge, „in der Gewerkschaftsjugend, unter Schülern, verstärkt verankert zu sein"[326].

322 Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 125, 128 (Zitate) sowie 129.
323 Arend, Die innerparteiliche Entwicklung, S. 177.
324 AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte. Darin: Unterbezirksdelegiertenkonferenz (Jusos). Faszikel „Jahreshauptversammlung der Jusos am 20. und 22. Februar 1975": „Entwurf eines Aktionsprogramms für die Arbeit der Frankfurter Jungsozialisten", S. 3.
325 Oberpriller, Jungsozialisten, S. 220ff.; Stephan, Jungsozialisten, S. 101.
326 AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte. Darin: Unterbezirksdelegiertenkonferenzen (Jusos). Faszikel „Jungsozialisten Unterbezirksdelegiertenkonferenz". Denkschrift Karsten Voigts zum Thema „Die SPD 1974–1976".

Der von der Gebhardt/Voigt-Gruppe auch angesichts einer schwächer werdenden Linken angestrebte innerparteiliche Ausgleichsprozeß verlief nicht ohne schwere Rückschläge. Schon im Januar 1975 kam es erneut zum Treffen, als ein Nachfolger für den vorzeitig ausscheidenden Planungsdezernenten Hans Adrian zu finden war und Rudi Arndt den sich dafür interessierenden, weit links stehenden Genossen und Planungsausschußvorsitzenden Karlheinz Berkemeier nicht berücksichtigen wollte[327]. Sollte Berkemeier gegen seinen Willen in den Magistrat gewählt werden, dies ließ Arndt frühzeitig erkennen, so werde er ihn mit Bestattungsamt und Schlachthof „abspeisen“, nicht aber die wichtige Aufgabe der Stadtplanung anvertrauen[328]. Statt auf den zum linken Parteiflügel zählenden Berkemeier setzte Arndt auf den 34jährigen promovierten Volkswirt und Planungsexperten Hans-Erhard Haverkampf, der sowohl im Parteivorstand als auch in der Stadtverordnetenfraktion die nötige Mehrheit fand. Gegen den von außen kommenden, ruhigen Wissenschaftler, der nach Selbsteinschätzung keinen „Lustgewinn im Diskutieren“ fand und in der Vorstellungsrede Zweifel an seiner politischen Durchsetzungsstärke weckte, ließen sich auf dem Parteitag leicht Widerstände mobilisieren. Die Bataillone des linken Flügelmannes Berkemeier wurden gefährlich durch das Lager der enttäuschten Gebhardt/Voigt-Anhänger verstärkt, die den neuen Kurs ihrer alten Anführer noch nicht alle richtig verinnerlicht hatten.

Die extreme Juso-Gruppe um Kleist nutzte die willkommene Gelegenheit, die Versöhnungstendenzen zu konterkarieren und wandte sich gegen das Übergewicht des „akademischen Berechtigungsgrades“ bei der Personalauswahl. Die Ausschaltung des „Autodidakten“ Berkemeier, so hieß es, sei ein Akt der „Manipulation“ seitens Arndts und der Fraktionsführung. Obwohl ein wütender Arndt gedroht hatte, sein Amt als Oberbürgermeister zur Verfügung zu stellen, wenn der Parteitag seiner Arbeit mißtraue, wurde Haverkampf nur mit der denkbar knappsten Mehrheit von 204 gegen 203 Stimmen bestätigt[329].

So mißlich die Causa Haverkampf war, so wenig vermochte sie den Zug zur demonstrativen Gemeinsamkeit bei den anstehenden Vorstandswahlen zu verhindern. Bürgermeister Rudi Sölch, der noch im Vorjahr in einer Kampfabstimmung gegen Gebhardt um den Vorsitz gerungen hatte, verzichtete ostentativ und begnügte sich mit einem Beisitzerposten. Er lud zudem einige Tage vor den Neuwahlen Anfang März 1975 gemeinsam mit Gebhardt in das Nebenzimmer eines Innenstadtlokals, das als Ort für Hochzeitsfeiern bekannt war. Beide Politiker bekräftigten dort den Wunsch nach einer „vernünftigen Kooperation“ und legten „als Privatpersonen“ eine vollständige Liste für den zu wählenden Vorstand vor. Nur noch kooperationswillige Genossen beider Lager sollten ihm angehören, während die „konsequentesten linken Flügelleute“ nicht zur Wiederwahl vorgeschlagen wurden[330].

[327] Berkemeier, der 1969 in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen war und die ehrenamtlichen Stadträte u. a. aus Zeitgründen als „ausgeschaltet aus dem Planungsprozeß“ empfand, hatte auch politikwissenschaftlich bereits eine kritische Bilanz seiner Erfahrungen im „Römer“ gezogen: Berkemeier, Das kommunale Scheinparlament.
[328] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Januar 1975.
[329] Frankfurter Rundschau, 17. Februar 1975.
[330] Ebd., 1. März 1975.

Die Strategie der sogenannten „Neuen Mitte“[331] um Arndt und Gebhardt ging freilich nicht ganz auf. Politiker wie Dorothee Vorbeck[332], Erich Nitzling[333] und Anita Breithaupt gehörten auch dem neuen Unterbezirksvorstand wieder an. Doch immerhin fielen der ultralinke Amtsjurist Schubart[334] und der ebenfalls zur harten Linken gerechnete Personaldezernent Jäkel aus dem Gremium heraus. Aufs Ganze gesehen zeigte sich „ein deutlicher Trend zur Mitte“[335]. Im scheidenden Vorstand hatte der linke Flügel mit neun zu sechs Mitgliedern ein deutliches Übergewicht besessen, im neuen Vorstand galten zehn Politiker als Teil der „neuen Mitte“ und nur noch fünf rechneten zur „harten Linken“[336]. Wie risikoreich dieses Renversement des alliances vor allem für Gebhardt und Voigt als Drahtzieher des neuen Kurses war, hatte sich indes auch gezeigt. Denn zur „harten Linken“ wurde nach wie vor ein Block von 185 der insgesamt 436 Delegierten gezählt. Lediglich 245 Delegierte hatten den ohne Gegenkandidaten bleibenden Gebhardt zum Vorsitzenden gewählt[337]. Voigt, der sich für die „Auflösung von verhärteten Gruppenbeziehungen“ ausgesprochen hatte, unterlag gar im Kampf um einen Stellvertreterposten der „harten Linken“ Vorbeck und mußte sich mit einer Beisitzerposition begnügen. Voigt wie Gebhardt hatten sich in der Aussprache einiges anhören lassen müssen: Sie hätten „ohne Diskussion mit ihrer früheren Basis das Lager gewechselt“, ja den Ast abgesägt „über den sie in der Frankfurter Partei aufgestiegen“ seien[338].

Trotz einiger Machtverschiebungen bedeutete der Parteitag im März 1975 keine „Radikalkur“ zu Lasten der „harten Linken“[339]. Die neue „linke Mitte“ mußte dies schon bald schmerzlich erfahren, als einmal mehr der entscheidende Unterschied beider Parteiströmungen, ihr Verhältnis zum Machbaren, aufbrach. Die Überzeugung der Arndt/Gebhardt-Gruppe, politisch nicht mehr zu fordern, als in absehbarer Zeit auch realisierbar war, um die Erwartungen der Bevölkerung nicht zu hoch zu schrauben, schließlich enttäuschen zu müssen und dafür bei der nächsten Wahl die Quittung zu bekommen, wurde links außen nach wie vor nicht geteilt[340]. Und so überstand ein Parteitag im Juni 1975 abermals nur knapp die Zerreißprobe.

Die Jusos hatten einen Antrag gestellt, die SPD-Fraktion im Römer zur Rücknahme der geplanten Fahrpreiserhöhungen im Verkehrs- und Tarifverbund aufzu-

331 Ebd.

332 Vorbeck, geboren 1936, hatte als Gymnasiallehrerin für Politik, Geschichte und Latein gearbeitet. 1970 war die Frankfurter Juso-Vorsitzende in den hessischen Landtag gewählt worden. Bundesweit bekannt wurde sie unter anderem als Unterzeichnerin eines Offenen Briefes der *Frauenaktion 70* zur Streichung des § 218. Im Kabinett Börner III avancierte Vorbeck 1984 zur Staatssekretärin im Kultusministerium. IfSG: S 2/7100.

333 Der 1934 geborene Nitzling, ein gelernter Kaufmann, war von 1964 bis 1970 Stadtverordneter in Frankfurt gewesen, seitdem (bis 1987) Abgeordneter im hessischen Landtag.

334 Diesem war auf dem Parteitag vorgehalten worden, „mit heraushängender Zunge von einer ideologischen Goldgräberstätte zur anderen“ zu laufen, „ohne jemals fündig zu werden“. Frankfurter Neue Presse, 10. März 1975.

335 Frankfurter Rundschau, 10. März 1975.

336 Frankfurter Neue Presse, 10. März 1975.

337 139 hatten mit Nein gestimmt, 47 hatten sich enthalten.

338 Frankfurter Rundschau, 10. März 1975.

339 So Wolfgang Baumerts Kommentar „SPD: Es bleibt wie gehabt“, in: Frankfurter Neue Presse, 10. März 1975.

340 Rudolf Appel sah im Verhältnis zum „Machbaren“ den zentralen Unterscheid zwischen den beiden linken Gruppen der Frankfurter SPD. Frankfurter Rundschau, 11. März 1975.

fordern[341]. Arndt hatte zwar sehr deutlich auf den damit verbundenen Verzicht auf zehn Millionen Mark Mehreinnahmen hingewiesen und gefragt, welche Schulen und Kitas denn dann konkret nicht gebaut werden sollten; Fraktionsvorsitzender Hans Michel hatte gar mit dem Rücktritt der gesamten Fraktionsspitze gedroht. Aber unter dem Eindruck von 150 Kommunisten, die vor dem Tagungslokal gegen die Fahrpreiserhöhungen agitierten, sowie von Wortmeldungen einiger Ultralinker zugunsten einer großangelegten Steuerumverteilung („Die Reichen sollen bezahlen“[342]) stimmten ebenso viele Delegierte für wie gegen den Juso-Antrag[343].

Der schlimmste Eklat war damit gerade noch vermieden, doch die Delegierten genehmigten sich dafür bei weniger konkret kommunalpolitischen Punkten einen kräftigen Zug an den von der harten Linken bereitgestellten Rauschmitteln. Der Parteitag stimmte mit großen Mehrheiten Anträgen zu, die überwiegend auf den „geistigen Beeten“ Schubarts und dessen Preungesheimer Ortsvereines gewachsen waren. Die Papiere sollten Ende des Jahres als Änderungsvorschläge zum „Orientierungsrahmen 85“ auf dem Mannheimer SPD-Bundesparteitag eingebracht werden[344]: Aufhebung der privaten Verfügung über die Produktionsmittel, Vergesellschaftung, Investitionskontrollen und Einschränkungen des Marktes sowie schließlich der auf die Hausbesetzerproblematik gemünzte Satz, Sozialdemokraten müßten sich vor einem „undifferenzierten und undialektischen Verständnis der bestehenden Rechtsordnung“ hüten[345]. Vergeblich verhallten Arndts Mahnworte, der Unterbezirk ruiniere mit solchen Beschlüssen seinen Ruf, ja liefere denen Argumentationshilfe, die den „Orientierungsrahmen 85“ ganz verhindern wollten. Karsten Voigt, der sich anders als der auffallend zurückhaltende Vorsitzende Gebhardt mit aller Kraft auf Arndts Seite schlug und betonte, man sei vorläufig auf „Teilkompromisse“ mit dem Kapitalismus angewiesen, alles andere seien „Illusionen in den blauen Himmel“, bekam zu hören: er betreibe nur noch die „Politik der Macher“[346].

[341] Auch früher schon waren vom linken Flügel der SPD Initiativen gegen die „völlig unsozialen“ Fahrpreise des Frankfurter Verkehrsverbundes gestartet worden, die auf ein Einfrieren der Tarife zielten. AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte, darin: Ortsverein Nordend 1, Resolution zur Fahrpreiserhöhung, 23. April 1974.

[342] So Magistratsdirektor Schubart.

[343] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1975.

[344] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1975. Vgl. auch Küpper, Die SPD und der Orientierungsrahmen ’85. Zu „Aschus“ Aktivitäten im Hinblick auf den Mannheimer Parteitag vgl. vorher schon seine Bemühungen um einen südhessischen Sonderparteitag zu dem Thema, in: AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte. Alexander Schubart an den SPD-Bezirksvorstand Hessen-Süd, 24. September 1974.

[345] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1975. In einem Antrag zum Thema „Grundsätze für die Arbeit in der Partei und für die innerparteiliche Willensbildung“ kämpfte der Ortsverband Preungesheim zudem darum, Ansätze zu einer „hierarchischen Entscheidungsstruktur“ innerhalb der SPD abzuwehren. AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte, darin: Unterbezirksdelegiertenkonferenzen. Faszikel „Unterbezirksdelegiertenkonferenz zum Orientierungsrahmen ’85 am 27. Mai 1975“.

[346] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1975; vgl. auch Frankfurter Neue Presse, 9. Juni 1975. Gegenüber einem FR-Journalisten äußerte Gebhardt anschließend, Arndts Kritik an den Beschlüssen nur „bedingt“ zu teilen. Frankfurter Rundschau, 9. Juni 1975.

Im Vollgefühl ihres Triumphes ging die extreme Linke im September 1975 bei einer Frankfurter Solidaritätsveranstaltung mit dem portugiesischen Sozialistenführer Mário Soares[347] und dem SPD-Bundesvorsitzenden Willy Brandt einen Schritt zu weit. Eine Gruppe von zunächst 60, bald weit über 100 Sozialdemokraten distanzierte sich in einer schriftlichen Erklärung von Soares, weil der statt vor den Gefahren eines „faschistischen Putsches" ausschließlich vor dem „Schreckgespenst einer kommunistischen Machtübernahme" in seinem Land gewarnt habe. Außerdem sei es eine Illusion, ein „Reformkapitalismus" nach bundesdeutschem Modell könne dort „zur Entmachtung der herrschenden Klasse" führen. Die Entwicklung der Bundesrepublik zeige doch klar und deutlich, daß „Reformkapitalismus" vielmehr zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehe[348].

Arndt und einige „rechte" Ortsvereine wollten diese „an die Substanz sozialdemokratischer Politik" rührende Kritik der Anti-Soares-Kombattanten dazu nutzen, endlich „die Überreste der früheren ‚Stamokap-Fraktion' innerhalb der Frankfurter SPD auszumachen, zu isolieren und sich nach Möglichkeit von ihnen zu trennen"[349]. Doch es gab auch eine Gegenstimmung, wonach man „mehr als 100 überwiegend aktive Genossen […] nicht kurzerhand aus der Partei" schmeißen könne[350]. Dem weiter links als Arndt stehenden Fred Gebhard gelang es vor diesem Hintergrund noch einmal, die Lage zu deeskalieren. Ein ideologisch vollständig abwegiges Papier, das die Anti-Soares-Deklaranten ihrer ersten Erklärung auf Ersuchen des Unterbezirksvorstandes hatten folgen lassen[351], wurde als „nicht existent" erklärt[352], ein für Ende November vorgesehener Parteitag zur Erörterung der innerparteilichen Lage wieder abgeblasen, damit sich die Gemüter beruhigen konnten. Feststellungsverfahren des SPD-Bezirks Hessen-Süd, dessen Vorsitzender Arndt zwischenzeitlich war, liefen in der Sache aber weiter[353].

Der Brandherd war eben halbwegs ausgetreten, da sorgte ausgerechnet Arndts eigener Ortsverein Sachsenhausen-Ost am 30. Oktober 1975 auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung für einen neuen Eklat. Auf Antrag der Jungsozialisten und

[347] Soares hatte 1973 im bundesdeutschen Exil, unterstützt von Willy Brandt, die Sozialistische Partei Portugals gegründet und nach der Nelkenrevolution bei den Wahlen zur Konstituante im Frühjahr 1975 einen großen Wahlsieg errungen, den die deutlich unterlegenen Kommunisten aber nicht akzeptieren wollten.

[348] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Oktober 1975. Bereits am Tag der SPD-Solidaritätsveranstaltung mit Soares hatten im übrigen Hunderte aus der linken Szene, führend darunter Daniel Cohn-Bendit, gegen den portugiesischen Sozialistenführer demonstriert. Frankfurter Rundschau, 17. September 1975.

[349] So die Bewertung von Reinhard Voss, Frankfurter Rundschau, 25. Oktober 1975.

[350] Ebd.

[351] Darin wurde dem Unterbezirksvorstand unter anderem vorgeworfen, „den Rechtstrend in der Bundesrepublik in die Partei" zu übernehmen und Methoden anzuwenden, die eine „fatale Ähnlichkeit mit den derzeit in Vorbereitung von Berufsverboten von der Staatsbürokratie benutzten Methoden" aufwiesen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Oktober 1975.

[352] Frankfurter Neue Presse, 29. Oktober 1975. Denn dabei habe es sich, wie der linke Flügel geltend machte, nur um „irgendwelche Diskussionsvorlagen" gehandelt; diese zum Gegenstand eines innerparteilichen Feststellungsverfahrens zu machen, wäre „Gesinnungsschnüffelei". AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). JUSOS. Unterbezirksausschuß, darin: Faszikel „Jungsozialisten 1975. Protokolle UBA". Jusos in der SPD an den SPD-Bezirk Hessen-Süd, 4. Dezember 1975.

[353] Vgl. hierzu das Faszikel „Solidarität für Portugal", in: AdsD: Bezirk Hessen-Süd, UB Frankfurt. Graue Box. „Parteiordnungsverfahren".

der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen beschloß er unter heftigem Protest Arndts mit einer breiten Dreiviertelmehrheit, ein Parteiordnungsverfahren gegen Kultusminister Hans Krollmann[354] und Justizminister Herbert Günther[355] einzuleiten. Beide hätten das „Parteiinteresse“ der SPD „geschädigt“, weil sie Bewerber für den öffentlichen Dienst allein wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP abgelehnt und damit gegen die Beschlußlage des Hannoveraner SPD-Bundesparteitages (April 1973) verstoßen hätten. Danach stehe die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei der Tätigkeit im öffentlichen Dienst nicht entgegen und sei jeder Einzelfall zu prüfen[356]. Arndt selbst hatte zwar während der Veranstaltung den Eindruck erweckt, hinter der Kritik an der Berufsverbotspraxis der beiden Minister zu stehen[357], doch als südhessischer Bezirksvorsitzender und früheres Kabinettsmitglied konnte er schwerlich ein Parteiordnungsverfahren gegen zwei SPD-Minister unterstützen. Er wurde also die von ihm selbst mit herbeigerufenen Geister nicht mehr los[358]. Nach einem sich über Monate hinziehenden Kleinkrieg brachte Arndt schließlich schwere Kanonen in Stellung und ordnete gegen die Rädelsführer der Aktion, den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden und einen führenden Jungsozialisten, das Ruhen aller Mitgliedsrechte an – eine erzieherische Maßnahme, die Arndt vorher bereits an vier Anti-Soares-Deklaranten exerziert hatte[359].

Ein weiteres Parteiordnungsverfahren lief gegen den 23jährigen Jungsozialisten Rudi Weser, der im Hauptberuf bei der städtischen Branddirektion beschäftigt war und sich nebenbei in der Jugendarbeit engagierte. Bei einer auch von Teilnehmern aus KBW- und KPD-Kreisen besuchten Veranstaltung in Sachsenhausen hatte Weser dem dort redenden Arndt vorgeworfen, die Stadt stelle nicht genug Heime für Jugendliche zur Verfügung, weil sie wisse, daß dort Menschen wie er „Jugendliche gegen diesen Frankfurter Magistrat erziehen“ würden. Arndt erfuhr

354 Krollmann, der Ende 1974 von Friedeburg im Amt des Kultusministers nachgefolgt war, setzte nicht nur den Radikalenerlaß gegen DKP-Mitglieder konsequent um, sondern rückte auch von den umstrittenen Rahmenrichtlinien seines Vorgängers ab.

355 Günther, seit Dezember 1974 hessischer Justizminister, war vorher nicht zuletzt als einer der Köpfe der sich gegen die Parteilinke zusammenschließenden „Landratsfraktion“ hervorgetreten.

356 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. November 1975. Der Beschluß des Hannoveraner SPD-Bundesparteitages zum „Ministerpräsidentenbeschluß vom 28. 1. 1972“ ist dokumentiert in: Koschnick, Der Abschied vom Extremistenbeschluß, S. 136.

357 Arndts Auslassungen über DKP-Lehrer hatten anwesende Sympathisanten maoistischer K-Gruppen (KPD, KBW) veranlaßt, den Oberbürgermeister aufzufordern, „sich auch für sie einzusetzen“. Daraufhin behauptete Arndt, es gebe einen „großen Unterschied“ zwischen den öffentlichen Erklärungen der DKP und jenen von KPD und KBW. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. November 1975. Neben Arndt hatten der Vorsitzende der südhessischen Jusos, Klaus Fritzsche, und ein Frankfurter GEW-Funktionär referiert.

358 Auf Antrag des Frankfurter Unterbezirks hatte der SPD-Bezirk Hessen-Süd bereits im Mai 1975 beschlossen, den hessischen Ministerpräsidenten zu einer „liberalen“ Handhabung des „Ministerpräsidentenbeschlusses“ aufzurufen, weil dieser „gefährliche Folgen“ zeitige und auch SPD-Mitglieder betreffe. AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte; darin: Faszikel „Bezirk Hauptabteilung, Schriftverkehr“: SPD-Bezirk Hessen-Süd, Hauptabt. (Wolfgang Reuter), an SPD-Unterbezirk Frankfurt, 26. Mai 1975.

359 Frankfurter Rundschau, 5. März 1976 („Sturmfels und Wentz sollen SPD verlassen“). Einer der beiden, Martin Wentz, der als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Frankfurt arbeitete, avancierte aber wenige Tage später zum Frankfurter Juso-Vorsitzenden und zählte fortan zu den besonderen Freunden Arndts. Vgl. etwa Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 1976; Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1976.

erst hinterher, daß es sich bei Weser um ein SPD-Mitglied handelte, und war „entsetzt“[360]. Weser, der vorher auch schon an einer Hausbesetzung teilgenommen hatte, wurde in Abwägung mit seinen Verdiensten in der Jugendarbeit von der Schiedskommission der SPD aber lediglich gerügt[361].

Aufs Ganze gesehen zahlte sich Arndts Doppelstrategie, Kanonendonner gegen den linksutopischen Flügel der SPD mit Schalmeienklängen gegenüber den kooperationsbereiten linken „Realos“ zu verbinden, beim Wahlparteitag im März 1976 dennoch aus. Die erweiterte „linke Mitte“ um Arndt und Gebhardt verdrängte die Ultralinken aus Positionen, die diese teilweise seit vielen Jahren innegehabt hatten. Die Landtagsabgeordnete Vorbeck wurde nicht nur nicht mehr als Stellvertretende Vorsitzende gewählt – und in diesem Amt von Voigt abgelöst (!) – , sondern gehörte dem Unterbezirksvorstand künftig überhaupt nicht mehr an. Bei dem vierköpfigen Restbestand des linken Flügels – und dies war entscheidender als die nackte Zahlenverschiebung zwischen den Lagern von bisher 10:5 auf jetzt 11:4 – handelte es sich zudem um jene Politiker (wie den Schatzmeister Nitzling), die zu den kooperationsbereitesten ihrer Gruppe zählten, während die anderen gezielt herausgewählt wurden[362]. Wer bei der „Schwenkung Gebhardts nicht mitzog“, kommentierte die *Neue Presse*, „ist spätestens seit dem Wochenende an den Rand des Parteigeschehens gedrängt.“[363]

Das Rollback der gemäßigten Kräfte in Frankfurt war Teil einer allgemein zu beobachtenden Entwicklung, die den Einfluß der Jusos bundesweit wieder zurückgehen ließ und die linken Ultras mit ihrer „Soziologen- und Politologen-Sprache“[364] selbst im SPD-Bezirk Hessen-Süd in die Defensive drängte. Die Hauptwelle der 68er-Revolte hatte sich, so schien es, an den Institutionen der SPD gebrochen; was jetzt noch nachkam, würde zumindest weniger spektakulär an der Oberfläche als in der Tiefe weiterwirken. Zu den frankfurtspezifischen Momenten dieser politischen Tendenzwende Mitte der 1970er Jahre zählten die bereits vor dem Wahlparteitag im März 1976 aufgenommenen Koalitionsgespräche der Rathaus-SPD mit der FDP.

Man konnte es drehen und wenden, wie man wollte: Allein die Eröffnung von Verhandlungen mit der FDP mußte den Eindruck erwecken, als habe die SPD die absolute Mehrheit bei den allmählich näherrückenden Kommunalwahlen bereits abgeschrieben. „Wie Mehltau“ legten sich die Koalitionsverhandlungen mit der FDP bereits während des Parteitages 1976 auf den „Kampfeswillen“ der SPD-Basis[365]. Arndt verteidigte die vom Vorstand einstimmig beschlossenen Gespräche gegen jene, die da meinten, so etwas Wichtiges müsse erst von einem Parteitag gebilligt werden, und beschwichtigte: „Es gibt kein Koalitionsangebot.“ Lediglich

360 Arndt an den SPD-Ortsverein Alt-Bornheim, 12. August 1975, in: AdsD: Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u.a Jusos/UB Frankfurt). Parteiordnungsverfahren.
361 AdsD: Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u.a Jusos/UB Frankfurt). Parteiordnungsverfahren. Darin: Umschlag „Ortsverein Alt-Bornheim-Rudi Weser“. Protokoll der Schiedskommissionssitzung vom 18. August 1975.
362 Frankfurter Allgemeine Zeitung und Frankfurter Rundschau, 15. März 1976.
363 Frankfurter Neue Presse, 15. März 1976.
364 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. April 1976 (Bericht über den „Sieg der Gemäßigten“ auf dem südhessischen SPD-Bezirksparteitag).
365 Frankfurter Neue Presse, 15. März 1976.

die Gesprächsbereitschaft der FDP werde ausgelotet[366]. Für Arndt war indes auch klar, daß Alleingänge der SPD bei den im Frühjahr 1976 anstehenden Dezernentenwahlen (zum Bürgermeister und zum Wirtschaftsstadtrat) eine Zusammenarbeit mit der FDP nach den Kommunalwahlen unmöglich machen würden, so daß akuter Handlungsbedarf bestand[367].

Gebhardt und vor allem Fraktionsvorsitzender Michel wurden noch deutlicher. Die SPD müsse sich auf den Fall einstellen, daß sich die „politischen Rahmenbedingungen verändern“; denn die „Fakten“ zeigten, daß „die Mehrheiten für die SPD in Großstädten schwänden und Stammwähler sich abwendeten“[368]. Wer jetzt auf Gespräche mit der FDP verzichte, treibe die Freien Demokraten möglicherweise „in die Arme der CDU“. Nach der Wahl 1977 könnten die Preise zudem doppelt so hoch sein. Andererseits mußte Gebhardt zur Beruhigung vor allem der linken Seite des wegen der Koalitionsgespräche alarmierten Parteitages bereits allzu viele Punkte festmachen, an denen die SPD nicht verhandeln wollte: „bei der paritätischen Mitbestimmung in städtischen Betrieben, der Bildungspolitik und der Forderung nach Privatisierung öffentlicher Dienstleistungsbereiche“[369]. Auch auf die noch vor der Kommunalwahl anstehende Wiederwahl des Kulturdezernenten und vor allem des umstrittenen Personaldezernenten Jäkel, dessen Amtszeit im April 1977 auslief, wollte die SPD keinesfalls verzichten[370].

Nun war der zum linken SPD-Flügel zählende Stadtrat Jäkel aber geradezu die Symbolfigur für die von der Opposition beklagte Verfilzung von Magistrat und sozialdemokratischer Mehrheitspartei. Im April 1973 hatte er, wie oben bereits skizziert, vertrauliche Personalvorgänge, die er in amtlicher Eigenschaft erhalten hatte, an den Vorstand des SPD-Unterbezirks weitergegeben. Einen Antrag auf Verurteilung des Fehlverhaltens hatte die SPD in der Stadtverordnetenfraktion am 17. Mai abgelehnt und sich mit der Zusicherung Jäkels begnügt, künftig keine dienstlichen Vorgänge mehr an Unbefugte weiterzugeben. Vom hessischen Innenminister im Januar 1974 wegen eines Dienstvergehens mit einem Verweis bestraft[371], hatte Jäkel gegen seine Disziplinarstrafe vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt geklagt; doch war die Klage im September 1974 rechtskräftig abgewiesen worden[372].

366 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 1976.
367 Frankfurter Rundschau, 17. März 1976.
368 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 1976. Das Ergebnis der im Herbst 1976 folgenden Bundestagswahlen mit Verlusten für die SPD bestätigte die südhessischen Sozialdemokraten darin, daß den „soziologischen Veränderungen in den Großstädten“ mit einer wachsenden Schicht besser verdienender Angestellter besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden müsse. AdsD: Bezirk Hessen-Südf. II. BV-Protokolle I, 1/70-12/77.
369 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 1976.
370 Die Wiederwahl erfolgte aber dann tatsächlich im November 1976 mit 48 zu 45 Stimmen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November 1976; Frankfurter Rundschau, 17. März 1976. Vgl. hierzu auch den Bericht der *Frankfurter Rundschau* vom 12. Oktober 1976 („SPD hält an der Wahl Jäkels fest“). FDP wie CDU konstatierten, daß durch die am 11. November 1976 bevorstehende Wiederwahl Jäkels der „Wählerwille verfälscht“ werde.
371 Siehe IfSG: S 2/7304. Darin vor allem den Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 11. Januar 1974.
372 Die Anfrage der CDU vom 20. September, ob Arndt nunmehr bereit sei, Jäkel als Personaldezernenten abzulösen, beschied Arndt wenige Tage später negativ. IfSG: S 3/O 12509 (Papier “Die SPD in Frankfurt. Imperatives Mandat“).

Die von der SPD aufgebauten personellen und inhaltlichen Hürden erwiesen sich für eine Koalition mit der FDP rasch als zu hoch. So war etwa die von der SPD abgelehnte Privatisierung öffentlicher Dienstleistungsbetriebe eine von der FDP „seit langem gehegte Lieblingsidee" zur Entlastung des städtischen Haushalts. Wer die Reden auf dem SPD-Parteitag verfolgt hatte, kam zudem kaum um den Eindruck herum, die FDP solle nur „den Stallknecht spielen, der das angeschlagene Pferd SPD pflegen darf, damit dieses weiter im Rennen bleiben kann."[373] Besonders negativ vermerkte es der FDP-Kreisvorsitzende von Schoeler, daß die SPD-Delegiertenkonferenz der Verhandlungskommission keinerlei Entscheidungsbefugnis zubilligen wollte. Überhaupt war „die Rolle des SPD-Parteitages in der Frankfurter Kommunalpolitik"[374] für die Freien Demokraten, angesichts der Ereignisse der letzten Jahre wenig überraschend, eine sehr prinzipielle Frage. Das folglich unvermeidliche Scheitern der rot-gelben Koalitionsgespräche wurde mit dem Beschluß der SPD-Gremien im Mai 1976 besiegelt, anstelle des als Verwaltungsdirektor zum ZDF wechselnden Bürgermeisters Sölch den Sozialdezernenten Martin Berg in dieses Amt zu wählen und als dessen Nachfolger den Frankfurter DGB-Vorsitzenden Willi Reiss[375].

Zum tieferen Verständnis des Scheiterns der Koalitionsgespräche gehört wohl auch der Hinweis auf „eine gewisse Arroganz der in Frankfurt schon gewohnheitsmäßig regierenden Sozialdemokratie". Die Partei hatte nach dem erneuten Gewinn der absoluten Mehrheit 1972 geglaubt, gegen jeden parlamentarischen Brauch alle Ausschußvorsitze für sich beanspruchen zu können. Dies galt auch für sämtliche (teils recht lukrative) durch Stadtverordnete zu besetzende Mandate in den verschiedensten städtischen Gesellschaften. Zwar war „dieser Übermut", von dem die FDP nicht viel weniger betroffen war als die CDU, innerhalb der SPD-Fraktion durchaus umstritten gewesen, doch hatte sich in dem polarisierten Klima der Nach-68er-Zeit letztlich eine Mehrheit für das problematische Vorgehen gefunden[376]. Von der Opposition „viele Jahre lang als eine Art Usurpation angegriffen"[377], trug es seinen Teil dazu bei, FDP und SPD einander zu entfremden[378].

Obendrein durfte sich die von der SPD plötzlich umschmeichelte FDP auch deshalb in einer starken Verhandlungsposition fühlen, weil die SPD zu allen internen Querelen hin auch noch einen gefährlichen Spendenskandal am Hals hatte. Die Affäre war zwei Wochen vor dem südhessischen SPD-Parteitag im April 1975 ruchbar geworden, auf dem Arndt für den Vorsitz kandidierte. Zum Sachverhalt

373 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 1976 (Kommentar von Günter Mick).
374 Frankfurter Rundschau, 17. März 1976.
375 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. und 24. Mai 1976.
376 Balser, Aus Trümmern, S. 383. Zu den treibenden Kräften des parlamentarischen Traditionsbruches hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans Michel gehört (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Oktober 1972). Hinzu kam, daß Gerhardt als einziger verbliebener CDU-Dezernent die Zuständigkeit für das lange von der CDU verwaltetete Sozialressort abgeben mußte und Arndt ihn auf den Sektor Gesundheit und öffentliche Einrichtungen beschränkte. Rotberg, Vom „Katholikenausschuß" zur Volkspartei, S. 52.
377 Balser, Aus Trümmern, S. 383.
378 Daß die SPD der FDP nach den Kommunalwahlen 1972 auf Kosten der CDU zu einem ehrenamtlichen Magistratsmitglied verholfen hatte (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Dezember 1972), war denn auch weniger ein Gunstbeweis in Richtung der Freien Demokraten als ein Stoß gegen die CDU gewesen.

wurde zunächst nur bekannt, daß Ende 1972 der libanesische Catering-Unternehmer Albert Abela dem damaligen Schatzmeister der Frankfurter SPD, Hans Wöll, eine Barspende in Höhe von 200 000 Mark übergeben hatte – und zwar angeblich deshalb, weil er „so beeindruckt von der Aufbauleistung der Stadt Frankfurt unter der Führung der Sozialdemokraten“ gewesen sei[379]. Arndt ließ verlauten, die Spende passieren haben zu lassen, weil Abela „ja keine Bedingungen gestellt“ habe[380]. Nicht gewußt haben wollte Arndt, daß Abela zum Zeitpunkt der Spende Pächter der Tiefgaragen des Flughafens war und dieses für ihn höchst verlustreiche Geschäft 13 Tage nach der Spende an die „Alpark Allgemeine Parkhaus GmbH“ abgegeben hatte. Da auf der Spendenquittung der Name der Firma „Alpark“ stand und Arndt nicht nur selbst Mitglied im Aufsichtsrat der Flughafen AG war, sondern auch in einem engen Verhältnis zu deren Vorstandsvorsitzendem stand, witterte die CDU von Anfang an einen „Geruch von Bestechung“[381].

Der Verdacht schien um so berechtigter, als die Spende im Rechenschaftsbericht der SPD für das Jahr 1972 nicht ausgewiesen war. Ein Untersuchungsausschuß des hessischen Landtages, der möglichen Verwicklungen von Mitgliedern der Landesregierung in die Affäre nachspürte[382], brachte Ende 1975 an den Tag, daß rund um die Spende „auf Teufel komm raus gelogen worden war“. Nicht Schatzmeister Wöll hatte die „Zweihundert Frankfurter Riesen“ in einer Hotelhalle entgegengenommen, vielmehr hatte sie der Libanese dem Oberbürgermeister höchstselbst „in dessen Römer-Residenz“ übergeben. Doch Wöll hatte im April anderes behauptet, um Arndt wegen seiner bevorstehenden Wahl zum südhessischen SPD-Bezirksvorsitzenden „aus der Schußlinie zu ziehen“[383]. Die Genossen, kommentierte Gerhard Ziegler in der *Zeit*, würden Arndt den „Spenden-Knatsch“ dennoch nicht anlasten: „Offenbar sind sie der Meinung, daß Geld, welches der Partei zukommt, nicht stinkt, gleich woher es kommt. Ob auch die Wähler so denken?“[384]

Diese Einschätzung der Hamburger Wochenzeitung traf keineswegs für alle Genossen zu[385]. Als der gegen die städtische Baupolitik besonders skeptische,

[379] Der Spiegel, 7. April 1975 (Nr. 15), S. 33; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. April 1975 (Kommentar: „Abela-Kadabra“).

[380] Frankfurter Neue Presse, 8. April 1975.

[381] Der Spiegel, 1. Dezember 1975 (Nr. 49), S. 73.

[382] Hessischer Landtag. 8. Wahlperiode. Drucksachen Bd. 2, Nr. 301-600 (Ds. 8/478; Antrag der CDU auf Einsetzung des Ausschusses); Bd. 19, Nr. 5401-5700 (Ds. 8/5422; Bericht vom 22. Dezember 1977 sowie Ds. 8/5510; Minderheitenbericht der CDU-Fraktion vom 17. Januar 1978); Plenarsitzungen hierzu am 23. April 1975 (Einsetzung); am 20. Oktober und 16. Dezember 1976 sowie am 26. Januar 1978.

[383] Die Zeit, 26. Dezember 1975. Dem Zeugen Arndt, so stellte die CDU im Minderheitenbericht des Untersuchungsausschusses hierzu fest, sei „erkennbar bewußt gewesen, daß das Bekanntwerden des Spendenvorgangs zu Fragen über die Interessen der SPD an den Geschäften mit dem Frankfurter Flughafen führen“ hätte müssen. Deshalb habe er zu der in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Version geschwiegen. Wöll habe die 200 000 DM entgegengenommen. „Erst in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß“ habe Arndt zugegeben, das Geld in seinem Dienstzimmer persönlich angenommen und an die SPD-Kasse weitergeleitet zu haben. Hessischer Landtag. 8. Wahlperiode. Bd. 19, Nr. 5401–5700: Ds. 8/5510; Minderheitenbericht der CDU-Fraktion vom 17. Januar 1978, S. 5.

[384] Die Zeit, 26. Dezember 1975.

[385] Die eingefleischten Arndt-Gegner im Juso-Lager zeigten sich besonders „entsetzt“ und befürchteten eine „schwere Schädigung“ des Ansehens der SPD. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. April 1975.

„fast ausschließlich" von Studenten geprägte SPD-Ortsverein Westend[386] davon erfuhr, daß Arndt, ohne die Parteigremien im Unterbezirk zu informieren, einen „Verein zur Förderung der sozialen Demokratie" gegründet hatte, um die „ziemlich leer gewordene SPD-Kasse" durch Bauherren und andere Interessenvertreter diskret und „möglichst rasch wieder zu füllen"[387], schrieb er Arndt im Dezember 1974 einen Brandbrief. Die Gründung seines neuen Vereins sei „entschieden" abzulehnen. Der Verein sei „einseitig aus Genossen der sog. linken Mitte zusammengesetzt" und solle wohl deshalb klein gehalten werden, um die Ausgangsbasis gegen den linken Flügel zu verbessern[388]. Bald darauf war diese weitere Volte Arndtscher Regierungskunst – zusammen mit vielen anderen – auch in Buchform nachzulesen, als der mit dem linken Rand der Frankfurter SPD sympathisierende Journalist Jürgen Roth sein Buch „Z. B. Frankfurt. Die Zerstörung einer Stadt" veröffentlichte[389].

Der Fortgang der Abela-Arndt-Affäre nach dem Platzen der sozialliberalen Koalitionsgespräche in Frankfurt im Frühjahr 1976 bestätigte die Freien Demokraten in ihrer Zurückhaltung gegenüber dem Liebeswerben der SPD. Vor allem in den Wochen vor der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976 fand die (süd-)hessische Skandalszene die Aufmerksamkeit auch der nationalen Presse. So sah sich Arndt am 7. September zu einer Gegendarstellung in der BILD-Zeitung genötigt, nachdem das Massenblatt von einer 600 000-Mark-Spende Abelas berichtet hatte. Er habe, so Arndt, die nicht 600 000, sondern nur 200 000 Mark betragende Spende eines „libanesischen Millionärs" nie abgestritten, sie jedoch nicht als Oberbürgermeister, sondern als Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd entgegengenom-

386 Das Westend zählte zu jenen SPD-Ortsvereinen, wo sich „innerhalb weniger Jahre" der Kreis der aktiven Mitglieder „total geändert" hatte und die vorher „normale Berufs- und Generationsstruktur" verschwunden war. Die Jusos hatten es dort verstanden, alle anders gesinnten Mitglieder derart „zu verschrecken", daß nicht einmal mehr Staatssekretär Ehrenberg zum Beisitzer gewählt worden war. AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte, darin: Schreiben des Taxiunternehmers Hans Feidelberg an den UB-Vorstand Frankfurt, z. Hd. Herrn Gebhardt, vom 13. Juni 1974.

387 So formulierte es Roth, Z. B. Frankfurt, S. 125. Arndt führte zu der Sache auf einer „stark emotional geladenen" SPD-Unterbezirksvorstandssitzung am 2. September 1974 auf Nachfrage Gebhardts aus: „Bestimmte ehemalige Spender könnten aus Gründen der Offenlegungspflicht, ebenso wie andere potentielle Spender, der SPD keine Gelder mehr zukommen lassen". Deshalb sei die Gründung des Vereins notwendig geworden. AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte, darin (im Faszikel „Jungsozialisten Unterbezirksdelegiertenkonferenz") die von Jusos erstellte „Dokumentation zum Verein zur Förderung der sozialen Demokratie". Auch Satzung und Mitgliedslisten des Vereins sind dort zu finden.

388 Die SPD-Mandatsträger des Vereins, so kündigte der SPD-Ortsverein Frankfurt-Westend an, würden von ihm künftig nicht mehr unterstützt. AdsD: Nl Arndt. 1. 6.; 1. 8.(-1977): SPD OV Frankfurt-Westend an den Vorsitzenden des „Vereins zur Förderung der sozialen Demokratie", Herrn Rudi Arndt, 12. Dezember 1974.

389 Der gebürtige Frankfurter Roth arbeitete für verschiedene Rundfunkanstalten, publizierte aber auch mehrere Bücher investigativ-journalistischer Art. Wo er politisch stand, ließ er erkennen, indem er den außer Rand und Band geratenen städtischen Amtsjuristen Schubart, den Arndt schließlich doch „versetzt und entmachtet" hatte, als „einen der wenigen sozialdemokratischen Politiker" pries, der versuche, „sozialdemokratische Politik konsequent durchzusetzen". Roth, Z. B. Frankfurt, S. 123, 143 f.

men[390]. „Spende auch von Helaba?“[391], fragten kritische Medien aber schon wenige Tage später, als bekannt wurde, daß die wegen spekulativer Beteiligungsgeschäfte unter anderem an Frankfurter Immobilien in finanzielle Schieflage gekommene Hessische Landesbank (ihr Verwaltungsratsvorsitzender war der SPD-Ministerpräsident Osswald, ihr Präsident hatte 1972 an einer SPD-Wählerinitiative teilgenommen) im großen Stil an die Sozialdemokratie gespendet hatte[392]. Fast zeitgleich sorgte eine weitere Spende in Höhe von 1,2 Millionen Mark für Schlagzeilen, die der Kurier eines Unternehmers, der am Bau des „Sheraton-Hotels“ am Flughafen beteiligt war, Arndt in mehreren Tranchen übergeben hatte[393].

Arndt wertete die Wohltaten für die SPD-Kasse selbst als Versuch der Spender, sich bei der „die Stadtverwaltung tragenden Partei einen Goodwill im Hinblick auf künftige unternehmerische Initiativen zu schaffen“[394]. Da sie aber an „keinerlei Bedingungen“ geknüpft gewesen seien, stand der Unterbezirksvorstand der SPD mit Arndt auf dem Standpunkt, wie andere Parteien auch zur Annahme von Spenden „gezwungen“ zu sein[395]. In der Frankfurter Staatsanwaltschaft fand man Arndts Verhalten zwar „penetrant“[396], doch mußte das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bestechung im Januar 1977 infolge von Beweisschwierigkeiten wieder eingestellt werden. Das allerdings, so rief die CDU den Wählern ins Gedächtnis, war alles andere als ein „Persilschein“: Nur die Beweise gegen den roten Oberbürgermeister hätten nicht ausgereicht, die politische Verantwortlichkeit bleibe[397].

Die schon in der Vergangenheit immer wieder einmal aufgetauchten Gerüchte, wonach die Frankfurter SPD seit Anfang der sechziger Jahre „erhebliche Spenden aus Kreisen potenter Baulöwen“ erhalten habe[398], schienen damit für weite Teile der Öffentlichkeit mehr oder weniger bestätigt. Unvergessen blieb auch, wie Arndts Genosse Osswald wenige Minuten nach Schließung der Urnen zur Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 abends vom Amt des Ministerpräsidenten zurücktrat. Ob sich die Frankfurter SPD, in den Jahren seit 1972 „vom Pech verfolgt, von Affären geplagt“[399], im Kommunalwahlkampf 1977 trotzdem noch einmal würde behaupten können, hing auch davon ab, ob ihr schärfster parteipolitischer Konkurrent besser mit den schwarzen 68ern in den eigenen Reihen zurechtkam als die vom langen Marsch durch die Institutionen schwer geschädigte SPD.

390 AdsD: Nl. Arndt. Akt 2.1.3.–2.1.8. Ausschnitt aus der Bild-Zeitung vom 7. September 1976, sowie Schreiben Arndts vom 7. September 1976 (Gegendarstellung) an die Bild-Zeitung in Hamburg und Frankfurt. Vgl. auch: Der Spiegel, 13. September 1976 (Nr. 38), S. 104f.
391 Frankfurter Neue Presse, 17. September 1976.
392 Die Zeit, 17. September 1976. Zu Osswalds Sicht das Kapitel „Helaba – der politische Schlagstock“, in: Osswald, Eine Zeit vergeht, S. 183–194.
393 Offenbach-Post, 14. September 1976.
394 Der Spiegel, 31. Januar 1977 (Nr. 6), S. 68.
395 AdsD: Bezirk Hessen-Süd II, UB II 77: Darin: „Einstimmiger Beschluß des Unterbezirksvorstandes vom 20. September 1976“.
396 Der Spiegel, 31. Januar 1977 (Nr. 6), S. 68.
397 AdsD: Nl Arndt. Akt 2.1.8.–2.1.9. Erklärung der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Pressestelle, 13. Januar 1977.
398 Frankfurter Neue Presse, 8. April 1975.
399 Die Zeit, 17. September 1976.

Noch ein „Modellversuch“: Riesenhuber und die CDU auf dem Weg zur modernen „Großstadtpartei“

Die in der Polarisierung des Kommunalwahlkampfes 1972 weitgehend verdeckten innerparteilichen Rivalitäten zwischen der Alt-CDU und der „Gruppe 70“ brachen praktisch mit Schließung der Wahllokale so rasch wieder auf, daß die neue Amtsperiode der Stadtverordnetenversammlung für die stärkste Oppositionspartei mit einem Fehlstart begann. Noch am Nachmittag des Wahlsonntages, am 22. Oktober 1972, war CDU-Spitzenkandidat Fay von einem Vertreter der „Gruppe 70“ und künftigen Fraktionsmitglied angerufen und um eine Unterredung gebeten worden. Bei dem Gespräch am folgenden Tag legten Hans von Garnier, Hans-Jürgen Hellwig und andere ihre Personalvorschläge für den künftigen Fraktionsvorstand und den ehrenamtlichen Magistrat vor. So sollte es künftig zwei stellvertretende Fraktionsvorsitzende gaben, was die Chance eröffnet hätte, ohne Verdrängung eines erfahrenen Stadtverordneten einen jüngeren in die Spitze einzubauen[400]. Auch gegenüber Moog ließen Anhänger der „Gruppe 70“ durchblikken, daß die Geschlossenheit der Fraktion gefährdet werde, falls sie nicht hinreichend bedacht würden. Dennoch wurden die Vorstellungen der „Gruppe 70“ von der im Römer weithin dominierenden Alt-CDU weder bei der Bildung des Fraktionsvorstandes hinreichend berücksichtigt[401] noch bei der CDU-Kandidatenliste für den ehrenamtlichen Magistrat[402]. Für dieses Gremium wurde unter anderem Fay vorgeschlagen, was tatsächlich nicht gerade ein Signal zur Verjüngung setzte.

Als die Stadtverordnetenversammlung Ende November 1972 schließlich geheim über die ehrenamtlichen Mitglieder für den Magistrat abstimmte, bekamen die CDU-Kandidaten sechs Stimmen weniger als CDU-Mandatsträger anwesend waren[403]. Die Vermutung, die „sechs Abtrünnigen“[404] kämen aus dem Bereich von „Adel und Banken“, lag zwar nahe und wurde auch immer wieder geäußert. Sie war aber nur schwer zu beweisen. So verfiel die wütende Fraktionsspitze auf die offensichtlich nicht zu Ende gedachte Idee, sämtliche 38 CDU-Stadtverordneten einem „Kreuzverhör“[405] zu unterziehen. Auf den eingeschriebenen Briefen, mit denen die Kommunalpolitiker zum Rapport einbestellt wurden, ließ die Fraktionsspitze kühl vermerken: „Zustellung auch nachts möglich“, so daß ein Stadtverordneter sein Schreiben um 30 Minuten nach Mitternacht entgegenzunehmen hatte[406]. Nachdem Fay bei der hochnotpeinlichen Befragung den Anfang gemacht

400 ACDP: KV Frankfurt. II-045-111. Niederschrift der Sitzung des Kreisvorstandes vom 23. Oktober 1972. Dort wurde über eine entsprechende Bitte Dölls verhandelt.

401 Im CDU-Kreisvorstand war die Forderung nach einem zweiten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden denkbar knapp mit acht zu sieben Stimmen abgelehnt worden. ACDP: KV Frankfurt. II-045-111. Niederschrift der Sitzung des Kreisvorstandes vom 23. Oktober 1972.

402 Nach dem d’Hondtschen Verfahren standen der CDU fünf Sitze im ehrenamtlichen Magistrat zu.

403 In einer Probeabstimmung in der CDU-Fraktion waren aber für Fay noch 33 von 35 Stimmen abgegeben worden. ACDP: KV Frankfurt. II-045-111. Niederschrift der Sitzung des Kreisvorstandes vom 20. Dezember 1972. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. und 8. Dezember 1972.

404 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Dezember 1972.

405 Frankfurter Neue Presse, 8. Dezember 1972.

406 Ebd., 14. Dezember 1972.

und seine Unschuld versichert hatte, tat es ihm „Christa Mette Mumm von Schwarzenstein […] nach, indem sie ebenfalls ein Bekenntnis ablegte, die eigenen Kandidaten gewählt zu haben. Und so ging es weiter, Mann für Mann und Frau für Frau“[407].

Natürlich wollte es keiner gewesen sein. Lediglich Hans Schönberger, ein Zollbeamter, der schon seit 1964 für die CDU in der Stadtverordnetenversammlung saß, bekannte sich öffentlich zu seinem abweichenden Abstimmungsverhalten. Durch die Wahl von CDU-Politikern in den ehrenamtlichen Magistrat, so argumentierte er, beteilige sich die CDU an der „Regierung Arndt“. Sie müsse aber einen klaren Oppositionskurs steuern. Damit war zumindest eines der Motive ausgesprochen, die offensichtlich auch die Stadtverordneten der ehemaligen „Gruppe 70“ zu ihrer Rebellion veranlaßt hatte. Zwar legte der CDU-Kreisvorstand Schönberger zur Last, „erheblich gegen die Ordnung der Partei verstoßen“ zu haben, daraus Konsequenzen für ihn abzuleiten, hielt man aber für unbillig, solange die heimlichen „Verräter“ nicht bekannt waren[408].

Außer der Bestätigung, daß sich mehrere Stadtverordnete der CDU nach ihrem „Verrat“ auch noch „feige“ verhielten, hatte die Fraktionsführung nichts gewonnen. Ohnmächtig verschärfte Fay noch einmal die Tonart gegen die „Lumpen“, die „hinterhältig und meuchlings“ gehandelt hätten[409]. Doch dann kam auch die Fraktionsspitze wieder zur Besinnung. Endlich zog Moog aus der Erkenntnis, die Abweichler so oder so nicht namhaft machen zu können, die richtigen Schlüsse: Er beendete die Sache mit einem Appell an die Unbekannten, „durch solidarische Akte zu beweisen, daß sie fähig und bereit sind, sich der Gemeinschaft wieder anzuschließen und weiteren Schaden von der CDU abzuwenden“[410]. Dennoch war nach der „jämmerlichen Vorstellung, die die Christdemokraten da inszeniert hatten“[411], die Atmosphäre in der Fraktion erst einmal vergiftet. Der aus der „Gruppe 70“ kommende Stadtverordnete Klaus Döll etwa distanzierte sich in einem HR-Interview nicht nur von den sechs Abweichlern, sondern warf der Fraktionsführung öffentlich „Rufmord schlimmster Art“ vor, weil sie, ohne es beweisen zu könne, „Namen oder Gruppierungen“ in Zusammenhang mit dem Vorgang gebracht hätte[412].

Der Schock über den verpatzten Start in eine neue Saison sollte sich aber, aus der Rückschau betrachtet, als heilsam erweisen. Denn im Establishment der Partei brach sich endlich vollends die Erkenntnis Bahn, die nötige Schlagkraft nur durch Einbinden der „Gruppe 70“ herstellen zu können. Ebenfalls noch einmal aufkommende Überlegungen „in Kreisen der Alt-CDU“, die eigene Zweidrittelmehrheit der Delegierten bei den bevorstehenden Vorstandswahlen im Kreisverband auszunutzen, „reinen Tisch“ zu machen und eine „Strafaktion“ wegen der jüngsten Vorkommnisse zu veranstalten, blieben Episode. Gewiß waren nicht alle im Esta-

[407] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Dezember 1972.
[408] ACDP: KV Frankfurt. II-045-111. Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstandes vom 20. Dezember 1972.
[409] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Dezember 1972.
[410] Frankfurter Rundschau, 14. Dezember 1972.
[411] Ebd.
[412] ACDP: NL Dregger. I-347-184/1. Manuskript des HR-Interviews mit Döll und Fay, 8. Dezember 1972, 11.05 Uhr.

blishment der CDU davon überzeugt, daß die Partei mit der „Gruppe 70" „einen wesentlichen Teil ihrer Ausstrahlung vor allem auf liberale Wähler" und eine dringend benötigte „dynamische Komponente" verlieren würde[413]. Doch nach dem Ausgang der Kommunalwahlen 1972 war erstmals in Frankfurt die Chance eines Machtwechsels im Römer in so greifbare Nähe gerückt, daß man bereit war, einen Preis für die Herstellung der dazu unabdingbaren inneren Geschlossenheit zu zahlen. Denn auch wenn die kurzzeitigen Mehrheiten für die „Gruppe 70" durch die vom Kreisvorstand zwischenzeitlich vorgenommene Neufestlegung der Stadtbezirksverbandsgrenzen wieder abhanden gekommen waren – das Potential der schwarzen 68er schien nach wie vor viel zu groß, um ohne schwere, das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit nachhaltig beschädigende Konflikte unterdrückt werden zu können[414].

Der erste Schlüssel zum Erfolg der neuen Integrationsstrategie hieß Heinz Riesenhuber. Den späteren Bundesforschungsminister, damals einen jungen Mann von 37 Jahren, schlug der scheidende Kreisvorsitzende Fay Mitte Januar 1973 als seinen Wunschnachfolger vor. Riesenhuber war im Frühjahr 1971 zwar als Sachsenhäuser Bezirksgruppenvorsitzender zum Opfer der „Gruppe 70" geworden (was aus Fays Sicht sicher nicht gegen ihn sprach), doch konnte er „keiner der verfeindeten Gruppierungen zugeordnet werden"[415]. Zumindest nach außen hin trug er den Parteierneuerern ihre Aktion gegen ihn ostentativ nicht nach[416]. Zum Vorteil für Riesenhuber schlug aus, daß der promovierte Chemiker sich aus beruflichen Gründen in den Frankfurter Parteigliederungen während der Vorjahre weniger engagiert hatte. Zudem war der frühere JU-Landesvorsitzende und stellvertretende JU-Bundesvorsitzende als Mitglied im hessischen CDU-Vorstand eine Person von, wie Fay sich ausdrückte, „parteipolitischen Qualitäten"[417]. Da Riesenhuber gerade die Geschäftsführung der Synthomer Chemie AG übernommen hatte und sich „so langsam" aus der Politik zurückziehen wollte, bedurfte es langer Spaziergänge mit dem CDU-Fahrensmann Ernst Gerhardt, um ihn für die Kandidatur zu gewinnen[418]. Einmal für die Aufgabe verpflichtet, baute Riesenhuber auf die Mitwirkung weniger von den alten Flügelkämpfen belasteter Personen, so daß auf dem ausgearbeiteten Vorschlag für den neuen Vorstand bei 15 Kandidaten sieben Neulinge standen[419]. Die „Gruppe 70", die Riesenhuber nach anfänglichem Zögern mehrheitlich als einen schon kraft Lebensalters schwerlich zum alten

413 So lautete dagegen die Argumentation der aus der Defensive agierenden „Gruppe 70". Frankfurter Neue Presse, 19. Januar 1973.
414 Vgl. Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 102.
415 Frankfurter Neue Presse, 19. Januar 1973.
416 „Ich habe schon öfter bei Kampfabstimmungen mal gewonnen und mal verloren", meinte Riesenhuber dazu. Tatsächlich aber hatte es ihn fürchterlich geärgert, damals von einer Gruppe abgewählt worden zu sein, „die meine Arbeit und mich nicht kannte, und die sich auch nicht dafür interessierte, weil sie einfach in der Frankfurter CDU die Mehrheit übernehmen wollte". Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 102.
417 Frankfurter Neue Presse, 19. Januar 1973. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 1973.
418 Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 103.
419 So war auch die Bezirksgruppe Dornbusch, die sich „als Mittler zwischen den Flügeln" fühlte, mit zwei Kandidaten auf der Vorschlagsliste vertreten. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. März 1973.

Establishment zu rechnenden Vorsitzenden akzeptierte, sah sich auf dem Personalvorschlag ebenfalls berücksichtigt[420]. In dem nach einer Satzungsänderung von 18 auf 15 Positionen zu verkleinernden Vorstand sollte sie mit zwei (Döll, wie bisher, und Hellwig, neu) statt mit drei (Döll, Garnier, Riesenkampff) Mitgliedern vertreten sein[421]. Ganz in ihrem Sinne mußte es auch sein, daß keines der neuen Vorstandsmitglieder älter als 50 Jahre sein würde[422].

Auf dem Parteitag Ende März 1973 stimmten die Delegierten dem Vorschlag der Vorbereitungskommission in allen 15 Fällen zu. Riesenhuber selbst erhielt mit 301 von 334 Stimmen ein überzeugendes Ergebnis[423]. Vor allem auch Freiherr von Bethmann hatte zum harmonischen Verlauf der Veranstaltung beigetragen. Das von der „Gruppe 70“ geschätzte CDU-Mitglied, obwohl auf dem neuen Vorstandsvorschlag nicht mehr berücksichtigt, bescheinigte dem Vorbereitungsausschuß „gute Arbeit“ geleistet und damit „die Chance für einen Neubeginn“ eröffnet zu haben. Die Bevölkerung in Frankfurt warte „auf eine einige, starke CDU“. Auch der scheidende Vorsitzende Fay hatte politisches Gespür bewiesen und davon abgesehen, in seinem Rechenschaftsbericht den jüngsten „Sechs-Stimmen-Skandal“ bei der Wahl der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder auch nur zu erwähnen: „Wir sollten in die Zukunft blicken.“[424] Wie immer man über die jetzt zu Ende gehende Ära Fay-Gerhardt im einzelnen denken mag, kommentierte die *Neue Presse*: „Sie wird gekrönt durch weisen Verzicht und durch eine kluge Organisation der Nachfolge […]. Im Hauptbuch der Frankfurter CDU ist am Wochenende eine neue Seite aufgeschlagen worden.“[425]

Die durch das Ende der innerparteilichen Querelen freiwerdende Energie richtete die CDU gegen den sozialdemokratischen Hauptwidersacher. Die SPD sei gerade im Begriff, so Fay, alle Stadtbezirksvorsteher, die nicht der SPD angehörten, zu „feuern“ und „ganz die Macht zu übernehmen“[426]. Weil gegenüber dieser SPD „keine Mißverständnisse mehr möglich“ seien, so bekräftigte auch der neugewählte Vorsitzende, beginne der Kampf für die Landtagswahlen im kommenden Jahr ab „sofort“: Die „Konfrontation“ werde „mit äußerster Härte geführt werden“ müssen[427]. Auf dem ein Jahr später folgenden Programmparteitag der Frankfurter CDU zur Landtagswahl folgten Riesenhubers Ankündigung Taten. Die SPD, so der CDU-Kreisvorsitzende, sei zu „Abgrenzungen gegen Linksextremisten“ nicht mehr im Stande. Unter diesen Umständen müsse man „die SPD als Gegner der Demokratie ansehen“. Im Wahlkampf gehe es „letztlich um Grundsätze des Rechtsstaates“. Frankfurt, so hieß es im Wahlprogramm, dürfe nicht länger

[420] Vgl. das Schreiben Riesenkampffs an Fay, wonach Riesenhuber für den Vorsitz „durchaus in Betracht zu ziehen“ sei, wenn sich daraus die Chance zu einer Beilegung der internen Differenzen ergäbe. Die Zustimmung zu ihm hänge aber auch von dem personellen Gesamttableau des neuen Kreisvorstandes ab. ACDP: KV Frankfurt. II-045-111.
[421] Frankfurter Rundschau, 13. März 1973. Vgl. auch Frankfurter Neue Presse, 19. Januar 1973 und 23. März 1973.
[422] Frankfurter Neue Presse, 26. März 1973.
[423] Frankfurter Rundschau, 26. März 1973.
[424] Ebd.
[425] Frankfurter Neue Presse, 26. März 1973.
[426] Frankfurter Rundschau, 26. März 1973.
[427] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. März 1973.

„Tummelplatz verfassungsfeindlicher Organisationen, subversiver Ausländerorganisationen und krimineller Banden“ bleiben[428].

Es blieb nicht bei solch kämpferischer Rhetorik, war doch der neue Kreisvorsitzende fest davon überzeugt, daß die CDU in den Städten nur dann zu einer dauerhaften Mehrheit kommen könne, wenn sie intensive Arbeit im „vorpolitischen Raum“ von den Betrieben über die Schulen bis zu den Vereinen betreibe[429]. Da sich etwa im Westen der Stadt unter weit mehr als 100 Vereinen nur ein einziger Vorsitzender, beim kleinen Liederkranz in Goldstein, zur CDU bekannte, war der Handlungsbedarf unübersehbar. Der neue CDU-Vorstand ermutigte deshalb die Parteimitglieder, „in Vereine einzutreten und sich für die Vorstandsarbeit zur Verfügung zu stellen“. Für die Wahl von Elternbeiräten, bei Personalrats- oder Betriebsratswahlen, so erinnert sich Riesenhuber, „suchten wir Kandidaten und unterstützten sie“[430]. Wegen der Brisanz schulpolitischer Themen in Hessen hatte die Organisation von Lehrer-, Eltern- und Schülergruppen besondere Bedeutung. Aber auch mit dem „Arbeitskreis Wirtschaft und Gesellschaft“, in dem sich künftig „die Leute aus der Wirtschaft und andererseits die Sozialausschüsse“ nach den Maximen einer Volkspartei intern „zusammenraufen“ mußten, wurde ein neuer Akzent gesetzt[431]. Riesenhuber wollte damit verhindern, daß die beiden wichtigen Interessengruppen weiterhin „jeweils im eigenen Saft schmoren“[432]. So ließen sich auch bei dem damals brennenden Thema der innerbetrieblichen Mitbestimmung Kompromisse erzielen, mit denen beide Seiten halbwegs leben konnten oder die zumindest nicht die Grundgeschlossenheit des Kreisverbandes in der Öffentlichkeit in Zweifel zogen[433]. Eine weitere Innovation bestand in der „klaren Arbeitsverteilung im Kreisvorstand“[434], die einzelnen Mitgliedern des Gremiums bestimmte Themen zuordnete und mit diesem Zuwachs an Verantwortung tatsächlich einen Motivations- und Aktivitätsschub im Vorstand der Frankfurter CDU bewirkte[435].

Der CDU-Kreisverband profitierte obendrein von den guten Verbindungen, die ihr neuer Vorsitzender aus seinen überörtlichen Aktivitäten mitbrachte: Zu Alfred Dregger, an dem Riesenhuber schätzte, wie er die Landespartei „vielleicht nicht mit feinsinniger Intellektualität, aber mit Charisma und der Kampfkraft ei-

[428] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. März 1974.

[429] Vgl. den Aufruf Riesenhubers kurz nach seiner Wahl an die „lieben Parteifreunde“ (vom 25. März 1973), der vorpolitische Raum sei „wichtiger als jemals zuvor“. ACDP: KV Frankfurt. II-045-111.

[430] Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 103. Welch hohen Stellenwert vor allem die Betriebsrätearbeit für die CDU einnahm, erhellt auch aus den internen Debatten im Kreisvorstand. ACDP: KV Frankfurt II-045-138. Niederschrift der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes vom 20. Januar 1975 sowie vom 3. Februar 1975 (Dort ging es um die Durchführung eines CDU-Betriebsrätekongresses).

[431] Innerhalb des gemeinsamen Arbeitskreises gab es aber weiterhin zwei getrennte Fachausschüsse für Soziales und Wirtschaft. ACDP: KV Frankfurt. II-045-111. Niederschrift der Sitzung des Kreisvorstandes vom 25. Juni 1973.

[432] Frankfurter Rundschau, 5. Juli 1973.

[433] Vgl. die Debatten um die Mitbestimmung auf dem Kreisparteitag am 21./22. September 1973, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. September 1973.

[434] ACDP: KV Frankfurt. II-045-111. Niederschrift der Sitzung des Kreisvorstandes vom 25. Juni 1973.

[435] Diesen Eindruck vermittelt die Lektüre der damaligen Vorstandsprotokolle sehr eindringlich. ACDP: KV Frankfurt. II-045-111. Niederschrift der Sitzung des Kreisvorstandes vom 8. Juni 1973.

nes Panzerhauptmannes, der er gewesen war“, führte, und vor allem zu Helmut Kohl, der wenige Monate nach Riesenhubers Frankfurter Amtsantritt auf dem Bundesparteitag im Juni 1973 zum CDU-Parteivorsitzenden gewählt wurde[436]. Mit Kohl verabredete Riesenhuber einen „Modellversuch Großstadtpartei“. Die daraus resultierenden Zuschüsse des Bundesverbandes[437] ermöglichten der Frankfurter CDU „eine ordentliche Technik in der Geschäftsstelle“ und vor allem auch eine Verzwölffachung der „jährlichen Drucke“, die sich auf „2,5 Millionen im Jahr“ steigerten, darunter das neue „Frankfurt-Magazin“ und der in Wahlkämpfen eingesetzte „Main-Kurier“[438]. Auch eine systematische Mitgliederwerbung[439], die dem Kreisverband ein stürmisches Wachstum bescherte, gehörte zur Aufbruchsstimmung der Ära Riesenhuber. War der Kreisverband zwischen 1969 und April 1972 bereits von gut 1600 auf über 2500 Mitglieder gewachsen, so zählte er im Februar 1975 mehr als 4000 Personen in seinen Reihen. Auch infolge einer im Sommer 1975 gestarteten „Aktion 5000“ konnte rechtzeitig vor den Kommunalwahlen im Februar 1977 tatsächlich das 5000. Mitglied begrüßt werden[440].

Versuche des politischen Gegners in den ersten Monaten des Jahres 1974, der aufsteigenden Frankfurter CDU wegen der Aktivitäten eines ihrer einfachen Mitglieder bei der Amorbacher „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeit“ ein „Bündnis CDU/NPD“ anzuhängen, erzielten auch aufgrund eines eingeleiteten Ausschlußverfahrens gegen den extrem rechten Abenteurer wenig Wirkung[441]. Um die „Gruppe 70“, der rund ein Fünftel der CDU-Stadtverordneten nahestanden, wurde es unterdessen „im grauen Alltag der Fraktionsarbeit“ zunehmend ruhiger. Bei der Alt-CDU hieß es über Garnier, er werde „nur noch wach, wenn es um Personalfragen“ gehe. Selbst die von der Fraktionsführung durchgesetzte Abwahl Alexander Riesenkampffs aus dem Kulturausschuß sorgte für keinen großen Aufstand. Zwar gehörte Riesenkampff zu den profiliertesten Vertretern der „Gruppe 70“, doch angesichts seiner beruflich bedingten hohen Fehlquote bei Ausschußsitzungen[442] leuchtete nicht nur Alt-CDUlern ein, daß seine

[436] Kohl schätzte an Riesenhuber nicht zuletzt dessen „emotionslose, aber hochkompetente und sachbezogene Argumentationsweise“. Kohl, Erinnerungen, S. 32.

[437] ACDP: KV Frankfurt. II-045-138. Niederschrift der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes vom 24. September 1973, TOP 3: „Modell-Geschäftsstelle“. Der Frankfurter Kreisverband war einer von sieben unterschiedlich strukturierten Kreisverbänden, in denen der Modellversuch mit „Erprobung eines durchgehenden Informationssystems“ innerhalb der Partei zum Tragen kam. Vgl. auch Niederschrift der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes vom 3. Februar 1975, TOP 3, sowie Niederschrift der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes vom 18. Dezember 1974.

[438] Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 103.

[439] ACDP: KV Frankfurt. II-045-138. Heidi Degen an Riesenhuber, 4. November 1974. In dem Schreiben geht es um ein sog. „Kontaktermodell“ zur Mitgliederwerbung.

[440] Gleichzeitig wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die CDU sogar schon bei einem Mitgliederstand von 5300 angekommen sei. Frankfurter Rundschau, 5. Februar 1975; Frankfurter Neue Presse, 14. April und 30. August 1975; Frankfurter Rundschau, 14. Februar 1977.

[441] Frankfurter Rundschau, 19. Januar und 25. Mai 1974; vgl. auch: Der Spiegel, 15. April 1974 (Nr. 16), S. 19 („CDU/CSU: Furcht vor den Rändern“).

[442] Anfang des Jahres hatte Riesenkampff auch bereits darauf verzichtet, abermals für den CDU-Kreisvorstand zu kandidieren und appelliert, mit der Benennung seines Nachfolgers einen Beitrag dafür zu leisten, daß die „internen Differenzen innerhalb unserer Partei endlich beigelegt werden“. ACDP: KV Frankfurt. II-045-111. Riesenkampff an den Wahlvorbereitungsausschuß, 9. März 1973.

Abberufung nicht einfach einen „Maulkorberlaß“ für die frühere „Gruppe 70“ bedeutete[443].

Der Kreisparteitag im März 1974, ein Parteitag „ohne Spannung, Kontroversen und Höhepunkte“[444], war symptomatisch für den ruhigen Konsolidierungskurs Riesenhubers. Mochten auch die tendenziell konfliktverliebten journalistischen Kommentatoren dem „selbstzufriedenen Parteitag“[445] unisono „Frühjahrsmüdigkeit“[446] und „Leersätze“[447] attestieren und „ein Dutzend unermüdlich fragender Jungsozialisten“[448] vermissen, so war doch entscheidender, wie sehr sich die CDU gerade damit im politischen Stil von der Frankfurter SPD und ihren Schlammschlachten unterschied. Obendrein konnte dem Wählervolk kaum entgehen, in welch wohltuendem Gegensatz der CDU-Parteitag „zur Frankfurter Szene der letzten Wochen“ stand, als die Stadt wieder einmal „unter der Gewalt der Straße“[449] gebebt hatte.

Der Zug zur inneren Einigkeit nahm infolge des sensationellen Sieges gerade auch der Frankfurter CDU bei den Landtagswahlen im Oktober 1974 weiter mächtig an Fahrt auf. Vor allem eine Großkundgebung der CDU mit 15 000 Menschen auf dem Römerberg hatte nach verbreiteter Überzeugung „etwas geändert im Verständnis dieser unserer Stadt“[450]. Mit einem Stimmenzuwachs von stattlichen zehn Prozentpunkten im Rücken (von 36,8% auf 46,5%) demonstrierte die CDU auf ihrem Parteitag im April 1975 geradezu „absolute Geschlossenheit“[451]. In den vorbereitenden Siebener-Ausschuß war auch ein Vertreter des konservativeren Parteiflügels von der Bezirksgruppe Dornbusch entsandt worden, der einst der „Gruppe 70“ „eine gewisse Schützenhilfe“ gegeben hatte[452]. So tauchte dann am Abend des Wahlparteitages kein einziger Gegenkandidat auf, der die vom Siebener-Ausschuß vorgelegte, nur an einer einzigen Stelle veränderte Vorstandsliste nicht akzeptieren wollte. Auch Riesenhuber wurde mit ähnlich überzeugender Mehrheit wie zwei Jahre zuvor in seinem Amt bestätigt.

Der sonst mitunter „eher pastoral-betuliche“ Politiker zeigte sich in seiner Rede „kämpferisch-engagiert“[453]. Riesenhubers Überzeugung, die politische Auseinandersetzung „zumal in Frankfurt als Konfrontation“ führen zu müssen, war durch die Wahl des „Linksaußen“ Arndt zum südhessischen SPD-Vorsitzenden noch bestärkt worden: Nun seien die „Fronten geklärt“, verfüge die SPD nicht mehr über das „bourgeoise Aushängeschild“ Osswald. Für den CDU-Kreisvorsitzen-

443 Frankfurter Neue Presse, 15. Dezember 1973. Riesenkampff selbst sah sich dagegen als Opfer: „Der Freiheitsraum für uns in der Fraktion wird immer enger“. Frankfurter Rundschau, 15. Dezember 1973.
444 Frankfurter Rundschau, 18. März 1974.
445 So Reinhard Voss in der Frankfurter Rundschau, 18. März 1974.
446 Frankfurter Neue Presse, 18. März 1974.
447 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. März 1974.
448 So Reinhard Voss in der *Frankfurter Rundschau*, 18. März 1974.
449 Frankfurter Neue Presse, 18. März 1974.
450 Ebd., 14. April 1975.
451 Frankfurter Rundschau, 14. April 1975.
452 Frankfurter Neue Presse, 15. Februar 1975. Anders als Rudi Arndt mit seiner öffentlich artikulierten Sorge vor einem „wachsenden Einfluß der ehemaligen Gruppe 70“ später suggerierte, gehörten dem neuen CDU-Vorstand aber wie bisher nur zwei Mitglieder dieser früheren Gruppierung an. Frankfurter Neue Presse, 16. Juni 1975.
453 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. April 1975.

den fand in Frankfurt die „exemplarische Auseinandersetzung mit einer SPD“ statt, die „ein anderes Bild vom Bürger und vom Staat hat als wir“. Die von der SPD verfochtene Konflikttheorie als Grundprinzip der Gesellschaft berühre „die Substanz der Familie“, und sie habe bereits zu einem „Aufstand der zornigen Eltern“ geführt. Mit der Verharmlosung des RAF-Terrors habe die SPD zudem „die geistige Grundlage etwa für die Entführung eines Peter Lorenz geschaffen“[454].

Da vom „miserablen Image“ der SPD, die „ein Bild der Zerrissenheit“ biete[455], das Stadtoberhaupt in den Meinungsumfragen wie durch ein Wunder bislang kaum betroffen war, konzentrierte die CDU ihre Angriffe auf Rudi Arndt, zumal die „Ausstrahlung seiner Persönlichkeit“ die einzige Schwierigkeit der CDU in ein helles Licht rückte: „den Mangel an einem geeigneten kommunalen Spitzenkandidaten“. Riesenhuber galt „nach seinem ganzen Entwicklungsgang“ eher für die Bundespolitik prädestiniert, bei Fraktionsführer Moog zweifelten manche, ob er „ein populäres Gegengewicht zu Arndt“ bilden könne, und auch dem von der Jungen Union bereits ins Gespräch gebrachten Marburger Wallmann trauten angesichts dessen bundespolitischer Karriereperspektiven nur wenige den „Einsatz an der Drecklinie“ am Main zu[456]. Die CDU-Führung zog sich in Anbetracht der Umstände auf eine defensive Position zurück: Es sei noch gar nicht absehbar, ob der als Nachfolger des schwächelnden Ministerpräsidenten Osswald immer wieder genannte Arndt 1977 überhaupt noch der OB-Kandidat der Frankfurter SPD sein werde; erst wenn diese Frage geklärt sei, könne und wolle die CDU ihre Personalentscheidung treffen[457]. In der Zwischenzeit aber durfte die SPD erst einmal genüßlich an die Achillesferse der CDU rühren. Dieser fehle es nicht nur an einer sachlichen, sondern offensichtlich auch an einer „personellen Alternative zu Rudi Arndt“[458].

„Die CDU schießt sich auf Arndt ein“[459], überschrieb die *Neue Presse* wenige Wochen nach der SPD-Attacke ihren Bericht vom kommunalpolitischen Parteitag der CDU Ende Oktober 1975[460]. Den Versuch der SPD, ihren Wahlkampf „ganz auf Arndt“ abzustellen und sich als Partei „möglichst unauffällig“ zu verhalten, um den Oberbürgermeister-Bonus kassieren zu können, wollte Riesenhuber so früh wie möglich durchkreuzen. Arndt sei keineswegs „der Erste Bürger aller Bürger“, sondern „der Erste Genosse aller linken Genossen“. Der Oberbürgermeister äußere sich nicht nur „verwaschen über die DKP und die Einstellung dieser Kommunisten in den öffentlichen Dienst“[461]; vielmehr habe der Bezirk

454 Frankfurter Neue Presse, 14. April 1975. Zum Fall Lorenz: Dahlke, „Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft“.
455 Frankfurter Neue Presse, 14. April 1975.
456 Kommentar von Wolfgang Baumert in der *Frankfurter Neuen Presse*, 14. April 1975.
457 Frankfurter Rundschau, 30. August 1975. Intern hatte die OB-Frage die CDU immer wieder beschäftigt. Nicht öffentlich darüber zu sprechen, darauf zog sich Riesenhuber zurück, heiße nicht, „daß wir nicht darüber nachzudenken haben.“ ACDP: KV Frankfurt. II-045-138. Niederschrift der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 18. Dezember 1974.
458 So SPD-Fraktionsvorsitzender Michel in einer Pressekonferenz. Frankfurter Rundschau, 3. Oktober 1975.
459 Frankfurter Neue Presse, 27. Oktober 1975.
460 ACDP: KV Frankfurt. II-045-351. Kommunalpolitischer Parteitag der CDU vom 25. Oktober 1975.
461 Redemanuskript Riesenhuber, S. 11. ACDP: KV Frankfurt. II-045-351. Kommunalpolitischer Parteitag der CDU vom 25. Oktober 1975.

Hessen-Süd unter Führung Arndts „die Rolle des Vorreiters" beim Abgleiten in ein „radikales Fahrwasser" übernommen[462]. Neben Arndts Äußerungen zum Radikalenerlaß galt das Abdrängen des gemäßigten Sozialdemokraten und amtierenden Bundesministers der Verteidigung, Georg Leber, aus seinem Frankfurter Bundestagswahlkreis als wesentliches Indiz für diese Fehlentwicklung[463]. Für ihre Strategie einer „Demontage des Denkmals Arndt"[464] kamen der CDU natürlich auch die diversen Spendenskandale wie gerufen, in die der Oberbürgermeister mehr oder weniger stark involviert war oder zumindest involviert zu sein schien. Einerseits gegen sogenannte Baulöwen zu Felde zu ziehen, andererseits aber „die Hände aufzuhalten, um sich die Parteikassen füllen zu lassen", sei ein höchst „zwielichtiges Verhalten", ließ die CDU zur ominösen 200 000-Mark-Spende Abelas an die SPD verlauten[465].

Auch bei den letzten kreisverbandsinternen Wahlen vor den Kommunalwahlen, die infolge einer satzungsgemäßen Vergrößerung des Vorstandes außerhalb des üblichen Turnus bereits im März 1976 (und nicht erst ein Jahr später) wieder durchzuführen waren, ließ sich die CDU von ihrem erfolgsverheißenden innerparteilichen Integrationskurs nicht mehr abbringen. Angesichts der im Herbst bevorstehenden Nominierung der CDU-Mannschaft für die Stadtverordnetenversammlung gab es zwar diesmal etwas heftigeres Gerangel um die Vorstandspositionen[466]. Schließlich setzten sich aber sämtliche von der Vorbereitungskommission benannten Kandidaten durch, nicht zuletzt der reaktivierte Ex-Vorsitzende und Riesenhuber-Vertraute Gerhardt. Dieser wurde mit der Begründung zu einem von jetzt vier Stellvertretern gewählt, daß wegen der Kommunalwahlen ein erfahrener Stadtpolitiker im engeren Parteivorstand gebraucht werde[467]. Riesenhuber selbst, der sich eben erst im Herbst 1975 im Kampf um die Bundestagskandidatur im Wahlkreis 141 gegen drei weitere Mitbewerber durchgesetzt hatte[468], wurde mit 95 Prozent der gültigen Stimmen wieder zum Kreisvorsitzenden gewählt.

Der alte und neue CDU-Chef hatte sich in seiner Parteitagsrede mit Kritik an der FDP und den sich damals anbahnenden „Absprachen zwischen Sozialdemo-

462 So hieß es in einer Resolution des Parteitages. Frankfurter Neue Presse, 27. Oktober 1975.

463 Redemanuskript Riesenhuber, S. 11. ACDP: KV Frankfurt. II-045-351. Kommunalpolitischer Parteitag der CDU vom 25. Oktober 1975. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Oktober 1975. Als im Sommer 1975 offensichtlich wurde, daß der Parteianhang Lebers „in seinem Stimmbezirk immer weiter schrumpfte", weil ihn „die starke linke Fraktion in Frankfurt […] ohnehin nicht" mochte, aber auch andere ihm zunehmend verübelten, daß er sich für seinen Wahlkreis zu selten Zeit nahm, hatten führende Genossen, allen voran Willy Brandt und Rudi Arndt, Leber dazu bewogen, nicht mehr als Direktkandidat anzutreten, sondern bei den anstehenden Bundestagswahlen die Landesliste der hessischen SPD anzuführen. Die Zeit, 6. September 1975 (Zitat), sowie 26. September 1975.

464 Frankfurter Neue Presse, 27. Oktober 1975 (Kommentar von Wolfgang Baumert).

465 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. April 1975.

466 Einige Delegierte mäkelten an der vom Siebener-Ausschuß vorbereiteten Liste herum und fragten laut, weshalb statt der seit einigen Jahren „etablierten Liste" nicht auch einmal „neue Namen" zum Zuge kämen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. März 1976.

467 Vgl. hierzu schon den Vorbericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 23. Februar 1976.

468 Riesenhuber war wegen seines Lavierens zwischen den innerparteilichen Gruppen unter anderem beim rechten Flügel der Jungen Union in Ungnade gefallen. Zu dem Konflikt vgl. die Niederschrift des geschäftsführenden Vorstandes der CDU am 28. April 1975, in: ACDP: KV Frankfurt. II-045-138. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. August 1975, sowie Frankfurter Rundschau, 6. März 1976.

kraten und Freien Demokraten für eine Römer-Koalition“ profiliert. Daß die FDP nun ausgerechnet „mit dem Verlierer der kommenden Wahl“ verhandeln wolle[469], verdroß Riesenhuber um so mehr, als er im Vorjahr selbst etliche Köder in Richtung FDP ausgeworfen hatte. Auf seine Frage, ob die FDP gemeinsam mit der CDU die SPD-Vorherrschaft in Frankfurt brechen und einen Machtwechsel herbeiführen oder wie in Wiesbaden 1974 eine „Koalition der Verlierer“ eingehen wolle[470], hatte ein Parteitagsdelegierter erwidert: Die FDP sei eine „politische Prostituierte“. Riesenhuber fuhr ihm daraufhin in die Parade: Derartige Vokabeln solle man sich für antidemokratische Parteien aufsparen. Es bestehe durchaus die Chance, daß die FDP sich wandele[471].

Eine Rathaus-Koalition mit der FDP mochte Riesenhuber um so weniger ausschließen, als es zu ihr keine ähnlich tiefgreifenden sachlich-politischen Gegensätze gab wie zur SPD[472]. Riesenhuber hatte zwar bereits im Oktober 1975 angesichts der ostentativen Äquidistanz des FDP-Kreisvorsitzenden von Schoeler zu CDU wie SPD[473] angekündigt, die CDU müsse den Kommunalwahlkampf allein führen und „gegen alle anderen“[474]. Doch jetzt mahnte er die mit Arndt verhandelnden Freien Demokraten erneut, nicht zu vergessen, „daß die großen Parteitagsbeschlüsse der linken Frankfurter SPD“ plötzlich unter den Teppich gekehrt würden, „nämlich alles, was im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der Banken und zur Investitionslenkung sowie zur Einschränkung der privaten Verfügung über die Produktionsmittel verlangt worden“ sei[475].

Das Problem an einem derartigen Liebeswerben um die FDP war nur, daß ein großer Teil der Freien Demokraten am Main in wirtschaftspolitischen Fragen selbst gar nicht so weit vom linken Flügel der SPD entfernt war. Seit dem Mehrheitsbeschluß vom März 1971, Grund und Boden zu kommunalisieren, hatte sich die Partei stärker denn je in „Rechte“ und „Linke“ geschieden. Solange die Mehrheiten in Kreisvorstand und Fraktion von der gleichen („rechten“) Gruppierung getragen wurden, konnte der Konflikt noch in Grenzen gehalten werden. Doch im Februar 1973 hatten die Jungdemokraten und ihre Anhänger eine knappe Mehrheit im neuen Kreisvorstand erzielt[476]. Mit der kommunalen Kultur-, Schul- und Sozialpolitik der FDP-Stadtverordneten unzufrieden, begehrten die Linken im Parteivorstand, künftig an den Sitzungen der Fraktion teilnehmen zu können.

469 Frankfurter Neue Presse, 6. März 1976.
470 Ebd., 14. April 1975.
471 Frankfurter Rundschau, 14. April 1975.
472 Ebd., 18. September 1975.
473 Ebd., 3. Oktober 1975.
474 Frankfurter Neue Presse, 27. Oktober 1975.
475 Ebd., 6. März 1976. Für den CDU-Landtagsabgeordneten Rudolf Friedrich besaß Arndts Zugehen auf die FDP auch eine landespolitische Komponente, hatte der hessische FDP-Minister Karry doch konstatiert, mit einem Arndt als Ministerpräsidenten werde die FDP keine Koalition eingehen. Um von dieser Aussage wieder herunterzukommen und die Ablösung des bereits schwer angeschlagenen Osswald mitbetreiben zu können, müßte auch die FDP an einer sozialliberalen Rathaus-Koalition unter Arndt interessiert sein. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. März 1976.
476 Zur Entwicklung der Jungdemokraten in diesen Jahren, die von der Prämisse ausgingen, daß Freiheit und Liberalismus mit der derzeitigen kapitalistischen Gesellschaft unvereinbar seien, und deshalb eine „Strategie der systemüberwindenden Reformen“ einschlugen, vgl. Krabbe, Parteijugend, S. 240.

Dies führte zum Eklat. Denn der Wunsch wurde wohl vom Fraktionsvorsitzenden von Lindeiner verstanden, der selbst zur Gruppe „Adel und Marx" in der FDP zählte, nicht aber von der rechten Mehrheit der Fraktion, die ihren Vorsitzenden daraufhin Ende Oktober 1973 mit vier zu drei Stimmen absetzte und die 1924 geborene Publizistin Inge Sollwedel an seine Stelle wählte[477].

Dem Versuch der „Rechten", auch die Mehrheit im Kreisvorstand zurückzuerobern, bereiteten die Linken im Januar 1974 ein Cannae: Der jungdemokratische Flügel nutzte seine relativ knappe Mehrheit unter den in erstaunlich großer Zahl erschienenen Mitgliedern[478] so gnadenlos aus, daß der Kulturpolitiker Christian Zeis, einer der Wortführer der „Rechten", gegen 23 Uhr verkündete: „Die Sache ist geschmissen. […] Von unserer Gruppe kandidiert keiner mehr […]. Es hat doch keinen Zweck, sich mit einer Minderheit von ein oder zwei Männeken in den Vorstand zu setzen."[479] Der Zugriff des ehrgeizigen, linksorientierten FDP-Bundestagsabgeordneten Andreas von Schoeler auf den Kreisvorsitz war zwar noch einmal zugunsten des langjährigen Sprechers der Aktionsgemeinschaft Westend, Dieter Rudolph, abgewehrt worden, von dem sich die Strippenzieher Karry und Mischnick einen Ausgleich der Gegensätze im der Frankfurter FDP erhofften[480]. Doch schon im nächsten Jahr setzte sich der in der Wolle gefärbte Sozialliberale von Schoeler an die Spitze seiner Partei[481]. Damit waren die parteipolitischen Weichen für den Römer eher in Richtung einer SPD/FDP-, denn einer schwarz-gelben Koalition gestellt, auch wenn die beiden Flügel der Frankfurter FDP im Kommunalwahlkampf deswegen noch mehrmals in heftige Bewegung gerieten.

Kulturpolitische Dimensionen sozialdemokratischen Machtverfalls

Der Marsch ultralinker 68er durch den Unterbezirk der SPD und die daraus resultierenden innerparteilichen Zerwürfnisse im Verein mit notorischen Finanzaffären der regierenden SPD in der Stadt und im Land Hessen trugen zweifelsohne wesentlich zum kommunalpolitischen Niedergang der Frankfurter Sozialdemokratie bei. Nicht nur die Kulturexperten von CDU und FDP sahen aber allen Grund, dafür noch einen anderen Faktor verantwortlich zu machen: Vor allem auch am Historischen Museum habe eine linke, „zum Teil mit manipulativen und wahrheitswidrigen Mitteln" agierende Kulturpolitik immer wieder versucht, „der Bür-

477 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Dezember 1973; Frankfurter Rundschau, 19. Februar 1973; Frankfurter Neue Presse; 2. November 1973. Besonders weit rechts stand Sollwedel freilich nicht. Jedenfalls sollte sie später, nach dem Koalitionswechsel der FDP 1982, ihre Partei verlassen und sich im Bundestagswahlkampf 1983 für eine SPD-Wählerinitiative engagieren, weil sie nicht plötzlich mit der Partei des von der FDP lange so verteufelten Franz Josef Strauß zusammenarbeiten mochte. IfSG: S 2/7934.

478 Von den 850 Freien Demokraten in Frankfurt waren 350 zur Jahreshauptversammlung erschienen. Frankfurter Neue Presse, 21. Januar 1974; Frankfurter Rundschau, 21. Januar 1974.

479 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Januar 1974.

480 Ebd., 10. und 21. Januar 1974.

481 Der Rechtsanwalt von Schoeler (Jahrgang 1948), der 1977 eine gesellschaftskritische Journalistin heiratete, trat nach dem Bruch der Bonner SPD/FDP-Koalition Ende 1982 aus der FDP aus und bald darauf zur SPD über. IfSG: S 2/7092a.

gerschaft dubiose und unzumutbare Rezepturen eigener Weltsicht aufzudrängen". Außerdem sei an den städtischen Theatern am Publikum „vorbeigespielt" worden. Diejenigen, die sich dabei „besonders progressiv" dünkten, hätten „noch nicht gemerkt, daß gerade ihr Verhalten einen bedeutenden Anteil am Niedergang der bisherigen Mehrheit hatte". Denn die Bürger hätten „von ideologischer Überfrachtung […] die Nase voll"[482], fühlten sich „abgestoßen" von „sozialistischen Minderheiten", die das Kulturleben der Stadt „weithin okkuppiert" und „den breiten Bevölkerungsschichten" den Zugang zur Kultur sogar „versperrt" hätten[483].

Tatsache war jedenfalls, daß von dem parteiübergreifenden Vertrauensvorschuß, den Hilmar Hoffmann noch bei seiner Wahl zum Kulturdezernenten im Herbst 1970 erfahren hatte, bis zu seiner Wiederwahl im Mai 1976 wenig übrig geblieben war. Hatte Hoffmann damals zwar nicht alle, aber doch einen Großteil der Stadtverordneten von CDU und FDP hinter sich gebracht, so wurde es diesmal ziemlich eng. 48 sozialdemokratische Stadtverordnete stimmten für, aber 45 Kommunalpolitiker der CDU und der FDP gegen ihn[484]. Das für die Fortsetzung der Hoffmanschen Politik existenzielle geschlossene Votum der SPD-Mehrheitsfraktion hatte zum einen bereits mit der heraufziehenden Kommunalwahl zu tun, für die nach dem Desaster der Landtagswahlen die SPD nun endlich die Reihen fester zu schließen begann; zum anderen hatte der Dezernent gewisse innerparteiliche „Startschwierigkeiten" überwunden. Zu Beginn seiner Amtszeit hatten sich auch Genossen bisweilen mit ihm angelegt, „weil er im kulturpolitischen Eifer oft ein Stück vom Boden der Realität abhob"[485]. Doch mit der Zeit fühlten Hoffmanns Genossen die „Interessen der Partei beim Kulturdezernenten gut aufgehoben", und selbst der kulturpolitische Arbeitskreis der SPD, „einst allmächtige Quasselbude des Unterbezirks zur Sozialisierung der Kunst", verlor infolgedessen sehr an Bedeutung[486]. Daß sich „Rechte" wie „Linke", Pragmatiker wie Ideologen innerhalb des Unterbezirks jetzt „mit ihm und auf ihn verständigt" hatten[487], war nicht zuletzt dem Geschick zu verdanken, mit dem sich der Kulturdezernent aus den immer stürmischer werdenden innerparteilichen Querelen herausgehalten hatte. Nicht nur taktische Vorsicht, wie sie auch andere Dezernenten im Verhältnis zu „ihrer" außer Rand und Band geratenen SPD wohlweislich walten ließen[488], bestimmte Hoffmann zu diesem Verhalten, sondern auch die tiefempfundene Abneigung eines Kulturmenschen gegen die manchmal recht unschönen Mechanismen der Parteiendemokratie.

[482] AKT. Aktuelles Theater, Nr. 5, 9. Jahrgang, Mai 1977, S. 2. Zur Kulturpolitik von CDU und FDP äußerten sich dort im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen die Stadtverordneten Korenke und Zeis.

[483] So hieß es später in einem Rückblick auf die Jahre vor 1977 in der „Kommunalpolitischen Bilanz der Frankfurter CDU 1977–1981" unter der Überschrift „Erbe und Auftrag" (Vorgelegt zum Kreisparteitag am 18. November 1980). IfSG: V 73/5.

[484] Frankfurter Neue Presse, 14. Mai 1976.

[485] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975 („Kulturpolitik im Dreisprung", von Siegfried Diehl).

[486] Ebd.

[487] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Februar 1976. Kommentar zur einstimmigen parteiinternen Nominierung Hoffmanns durch die SPD.

[488] Vgl. etwa die Position des Baudezernenten Hans Adrian: „Ich halte mich aus Gruppenbildungen heraus". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Mai 1973.

Man würde es sich zu leicht machen, das Anti-Hoffmann-Votum von CDU und FDP in erster Linie auf den Bruch der Rathauskoalition einige Jahre vorher und dessen Kollateralschäden für das politische Klima zurückzuführen. Ein so differenzierter Analytiker der Frankfurter Szene wie Siegfried Diehl hatte bereits einige Monate vor der anstehenden Wiederwahl des Kulturdezernenten geunkt: Hoffmann, den 1970 manche in CDU und FDP fast für einen der ihren hielten, der nur der „falschen Partei" angehöre, könne derzeit voraussichtlich „nur noch auf die eigene SPD zählen"[489]. Denn ausgezogen „mit dem Spruch von der großen Kommunikation", habe der Kulturdezernent die Stadt „am Ende seiner ersten Amtszeit in zwei Lager gespalten". Die in Frankfurt besonders schwere Aufgabe der Kulturpolitik, „zwischen Wirtschaftswucherungen und dem aus der Flasche entwichenen Geist der Kritischen Schule die Mitte zu halten, ohne weiter der Mittelmäßigkeit zu verfallen", habe auch Hoffmann „noch nicht gelöst".[490]

Zu diesem ambivalenten Urteil trug neben der Entwicklung von Städtischen Bühnen und Historischem Museum nicht zuletzt das kriselnde Theater am Turm bei, wo unter dem Dreier-Direktorium Wiens/Deichsel/Petri die Vollversammlung (über ein Modellpapier hinaus) derart viele Zuständigkeiten erworben hatte, daß von „Mitbestimmung total" die Rede war[491]. Nachdem sich die Direktoren untereinander zerstritten hatten, verkündeten Deichsel, der wieder mehr schreiben wollte, und Hausregisseur Wiens, der „keine Lust zum Direktorenspielen" mehr hatte[492], im Oktober 1973, ihre auslaufenden Verträge nicht wieder verlängern zu wollen. Der Befreiungsschlag, mit dem Hoffmann Ende 1973 den bereits berühmten Film- und Theatermann Rainer Werner Fassbinder als Hoffnungsträger für das TAT präsentierte[493], erwies sich binnen Jahresfrist als Fiasko.

Bereits an die finanziellen Polster großer Bühnen und Filmproduktionen gewöhnt, wurde Fassbinder der 2-Millionen-Etat am TAT schnell zu eng. Für seine anarcho-autoritäre Führernatur war das an diesem Theater besonders straff geschnürte Mitbestimmungskorsett so unerträglich, daß er es immer öfter vorzog, zu Filmarbeiten zu verreisen[494]. Aus einem Urlaub im Senegal mitten in der Spielzeit brüskierte er die – von ihm bei Gelegenheit in „Dilettanten und Staatsschauspieler" eingeteilten – Ensemblemitglieder mit einer höhnischen Ansichtskarte: „Gebt Euch keine Mühe – es reicht ohnehin nicht. RWF."[495] Als eine Kollektiv-Inszenierung von Strindbergs „Fräulein Julie" künstlerisch arg fehlschlug und das Publikumsinteresse am TAT rapide abnahm, sah sich Hoffmann durch einen interfraktionellen Antrag der Römer-Parteien aufgefordert, Vertragsverletzungen

489 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Februar 1976. Noch im Rückblick auf das erste Amtsjahr Hoffmanns hatte die *Frankfurter Rundschau* (10. November 1971) „das latente Mißtrauen in Kreisen seiner Partei, der SPD, gegen ihn" als nicht zu unterschätzen erachtet; denn Hoffmann wirke als „Neutöner ausgerechnet auf einer Szene, auf der Sozialdemokraten sich traditionsgemäß schwer tun".

490 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975.

491 Selbst Hilmar Hoffmann meinte, die TAT-Vollversammlung habe sich „mehr Rechte genommen als sie habe". Frankfurter Rundschau, 26. Oktober 1973.

492 Ebd.; vgl. auch: Der Spiegel, 9. Juni 1975 (Nr. 24), S. 121.

493 Frankfurter Allgemeine Zeitung sowie Frankfurter Rundschau, 28. November 1973.

494 Frankfurter Neue Presse, 6. April und 19. April 1975.

495 Postkarte Fassbinders aus Dakar vom 4. März 1975, zit. nach Töteberg, Rainer Werner Fassbinder, S. 91.

des Star-Regisseurs künftig „mit allen arbeitsrechtlichen Mitteln“ zu ahnden und das TAT „endlich einer sinnvollen Nutzung zugunsten der Theaterbedürfnisse der Frankfurter Bürger zuzuführen“[496].

Nach Fassbinders fristloser Kündigung im Juni 1975[497] stellte sich nicht nur die CDU die Frage, ob man das nicht „alles hätte vorhersehen können“[498]. Hoffmann hatte Fassbinders buntes Treiben lange mit dem Genievorbehalt verteidigt[499]. Er hielt aber auch nach dem Scheitern des Experiments, für das er explizit einen Teil der Verantwortung übernahm, daran fest, „offensive Kulturpolitik“ müsse stets ein „Risikoelement“ enthalten[500]. Die CDU, der die „ungehemmte Experimentierbühne“[501] schon vor Fassbinder höchst suspekt gewesen war, fühlte sich durch dessen kurze „Ära“ bestätigt – um so mehr, als der Regisseur mit seiner antibürgerlichen und antikapitalistischen Antifa-Rhetorik[502] nur zu gut in die christlich-demokratische Wahrnehmung einer von Hoffmann zu verantwortenden, allzu linken Kulturpolitik Frankfurts paßte.

Selbiges galt für den Frankfurter Kunstverein. Der einst im Jahr 1829 von einflußreichen Bürgern der Stadt gegründete Verein mit Sitz im Steinernen Haus direkt am Römerberg war ein bedeutendes Ausstellungszentrum für zeitgenössische Kunst und organisierte zudem eine ganze Reihe von Begleitveranstaltungen in Form von Führungen, Lesungen, Diskussionen etc. Wie in den Kunstvereinen bundesweit bis in die 1960er Jahre hinein üblich, vollzog sich auch in Frankfurt die Zusammenkunft im Namen der Kunst in der Regel noch in feierlicher Form. Als Geste politischer Liberalität schien allein schon das Goutieren von Kunst der klassischen Moderne auszureichen, nachdem diese von den Nationalsozialisten als „entartet“ diffamiert worden war. Für zeitgenössische Werke bestand demgegenüber weniger Interesse. Trotz einer inhaltlichen Öffnung des Kunstvereins Ende der 1960er Jahre mit einer vielbesuchten Ausstellung über die amerikanische Pop Art (1968) kam es 1969 zu Protesten von Städel-Schülern gegen ihren Ausschluß bei der Ausstellung „35 Frankfurter Künstler“. Der „Frankfurter High Society“, die sich dort „bei Sekt und Lachsbrot“ traf, hielten sie in einem Flugblatt unter Anspielung auf ein Diktum von Joseph Beuys entgegen: „Sprengt den Kunstverein! Jeder Frankfurter ist ein Künstler.“[503] Zur Krönung wurde im Saale schließlich Buttersäure versprüht, um gegen die Finanzierung der Kunstvereinsveranstaltungen durch die „Bosse der Banken und Konzerne“ zu protestieren[504].

Auch als Antwort auf sinkende Besucherzahlen wurde Ende 1970 Georg Bussmann als neuer Leiter des Kunstvereins verpflichtet. Bussmann hatte als Geschäftsführer des Badischen Kunstvereins Karlsruhe mit seiner Ausstellung „Kunst und

496 Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 155f.
497 Frankfurter Allgemeine Zeitung sowie Frankfurter Rundschau, 5. Juni 1975.
498 So schrieb in einem Rückblick nach Fassbinders Tod das Kulturblatt Akt, Nr. 7/8 1982, S. 8.
499 Vgl. etwa Frankfurter Rundschau, 29. Januar 1975 („Fassbinder will gern in Frankfurt bleiben. Hilmar Hoffmann: Das ganze ist nur ein Mißverständnis“).
500 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November 1976.
501 So CDU-Kulturexperte Korenke laut Frankfurter Neue Presse, 24. Juni 1972.
502 Vgl. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 155.
503 Kötter, Der Frankfurter Kunstverein, S. 91.
504 Ebd.

Politik", die er dann sogleich in Frankfurt präsentierte, ein großes Publikumsinteresse geweckt. Der 1933 geborene Kunsthistoriker war zwar generationell für einen 68er zu alt, doch hatte er „im Jahr der bewußtseinsverändernden Studenten" damit begonnen, „Marx statt Tucholsky" zu lesen. Daß Bussmann 1968 sein „Damaskus" erlebte und plötzlich „politisch" wurde, hatte nicht zuletzt mit dem Einfluß seiner Frau zu tun, einer aus Sizilien stammenden Soziologin[505].

Unter der Leitung des neuen Geschäftsführers Bussmann, den die „ästhetisch Orientierten" im Frankfurter Vereinsvorstand für einen „überzeugten Marxisten" hielten, wurde „das gesellschaftspolitische Engagement" seit Anfang der 1970er Jahre mehr und mehr in den Mittelpunkt der Tätigkeit gerückt. Der Wandlungsprozeß war auch an der Personalstruktur des Kunstvereins abzulesen, der in den Jahren 1971 und 1972 über 460, eher traditionell orientierte Mitglieder verlor, aber auch 885 neue Interessenten hinzugewann[506]. Charakteristisch für die „allzeit kritische" Arbeit des Vereins unter Bussmann war etwa eine Ausstellung über den „deutschen Adler" im Sommer 1973, in dessen Begleitkatalog[507] die Frankfurter Soziologen Reiner Diederich und Richard Grübling „statt Emblematik marxistische Wirtschaftsanalyse" trieben und sich Bussmann selbst verwundert zeigte, daß ein demokratischer Staat wie die Bundesrepublik „seine Herrschaft mit einem Raubtier symbolisiert"[508].

Die progressiven Tendenzen im Kunstverein wurden vom Kulturdezernat ausdrücklich unterstützt, da man dort vor allem auch solche Äußerungen zeitgenössischer Kunst schätzte, „mit denen vermeintlich gegen alle Regeln der Kunst ‚verstoßen'" werde. Nicht nur die ab Herbst 1971 neu eingeführten Werkstattgespräche zwischen Kunstproduzenten und Publikum schrieb sich Hoffmann auf seine Leistungsbilanz, sondern auch die Ende 1971 erstmals erscheinende „Frankfurter Kunstzeitung", die von nun an über die Szene „kritisch berichten" sollte[509]. Obendrein gelang es Hoffmann, den Kunstverein mittels einer erheblichen Ausweitung und erstmaligen Garantie der städtischen Förderung für seine Ausstellungen in Höhe von 200 000 Mark jährlich an die Kandare des Magistrats zu nehmen.

Was die neue Satzung bedeutete, derzufolge drei Vertreter der Stadt im Vereinsvorstand Sitz und Stimme hatten, zeigte sich bald bei der Kontroverse um eine Käthe-Kollwitz-Ausstellung im Herbst 1973. Als die CDU Bussmann wegen der ideologischen Schlagseite auch dieses Projekts kritisierte[510], stellte sich nicht nur der Oberbürgermeister hinter den Leiter des Kunstvereins, sondern forderte der Magistrat gleich per Beschluß seine drei Vorstandsmitglieder auf, Bussmanns Programm

505 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar 1974 (Frankfurter Gesichter). Vgl. auch IfSG: S 2/6979.
506 Kulturjournal, 11/12 1973, S. 24f.
507 Titel: Der deutsche Adler. Funktionen eines politischen Symbols.
508 Daß der germanische Beutegreif im Plenarsaal des Bundestages längst zur sprichwörtlichen „fetten Henne" geschrumpft war, focht Bussmann dabei nicht an. Kulturjournal, 9/10 1973, S. 7.
509 Hoffmann, Ein Jahr Kulturarbeit, S. 11. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975.
510 An die neue „Frankfurter Kunstzeitung" hatte die CDU-Fraktion schon im Januar 1973 kritische Fragen gerichtet. IfSG: Parlamentarische Initiativen der CDU-Stadtverordnetenfraktion Frankfurt am Main vom 16. November 1972 bis 31. Dezember 1974, S. 2. (Antrag A 85 vom 10. Januar 1973).

geschlossen zu verteidigen[511]. Zwar gab es im Vorstand dennoch eine knappe Bussmann-kritische Majorität, doch eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit 600 Teilnehmern dokumentierte nun, wie sehr sich die Struktur des Vereins in den letzten Jahren gewandelt hatte: Eine „lautstarke linke Mehrheit" sprach Bussmann, dem die Konservativen kündigen wollten, das Vertrauen für sein Ausstellungsprogramm aus, ja mehr noch: Sie forderte statt dessen den Vorstand (durch satzungsgemäße Sammlung von mindestens 100 Unterschriften) zum Rücktritt auf[512].

Da es der CDU nicht gelingen wollte, innerhalb des Vereins eine Richtungsentscheidung für die Rückkehr zu einem eher „ästhetischen" Kurs durchzusetzen, ging sie im Januar 1974 zum Frontalangriff über. Sie beantragte im Kulturausschuß, die gesamte Förderung des Vereins in Höhe von über 250 000 Mark zu streichen und den Vertrag der Stadt mit dem Verein zu kündigen. Unter Bussmann sei in letzter Zeit zunehmend politische Agitation betrieben worden, „für die die Kunst lediglich Vorwand" sei. Obendrein habe die Mehrheit des Magistrats diese Tendenz auch noch „gedeckt, gefördert und darüber hinaus mit einem Beschluß versucht, unbequeme Kritiker zum Schweigen zu bringen."[513] Der Versuch der CDU, den ungeliebten Verein finanziell auszutrocknen, scheiterte am Widerstand der SPD-Kulturpolitik, die den Vorstoß der CDU als „die heimtückischste Art von Zensur" (H. Holzapfel) qualifizierte, durch den 2500 Mitglieder des Kunstvereins „entmündigt" (H. Hoffmann) würden[514]. So blieb der Kunstverein, der im Herbst 1974 etwa auch den umstrittenen Professor Wolfgang Abendroth zu einer Ausstellung „Kunst im Nationalsozialismus" vortragen ließ[515], ein Zankapfel kommunaler Kulturpolitik.

Wenn die Entwicklung des Kunstvereins und des TAT wie die der Städtischen Bühnen und des Historischen Museums in den Jahren nach 1970 je nach politischem Standpunkt sehr unterschiedlich interpretiert werden konnte, so hatte der Kulturdezernent daneben eine ganze Reihe unbestreitbarer, höchst beachtlicher und von (fast) allen anerkannter Erfolge aufzuweisen. Zunächst ist festzuhalten, daß das in vielen kommunalen Wahlkämpfen reichlich abgegriffene Wort vom „frischen Wind" zur Charakterisierung der Hoffmannschen Anfangsjahre geradezu idealtypisch paßte. An allen Ecken und Enden rührte sich etwas: Zum Beispiel bei der altehrwürdigen Buchmesse[516], die sich bislang vorwiegend in „kleinen Zirkeln auserwählter Bibliophiler" abgespielt hatte, für die sich das Kulturamt 1975 aber als Rahmenprogramm einen Literatur-Zirkus in den Römerhallen einfallen ließ[517].

511 Das galt pikanterweise auch für das ehrenamtliche CDU-Magistrats- und Kunstvereinsvorstandsmitglied Fay, der freilich bekanntermaßen zu den Gegnern Bussmanns zählte. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Oktober 1973.

512 Kötter, Der Frankfurter Kunstverein, S. 95f.; Frankfurter Neue Presse, 27. Oktober 1973.

513 Frankfurter Rundschau, 24. Januar 1974.

514 Ebd., 24. Januar 1974; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Januar 1974.

515 AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). AK Kommunalpolitik – AK Energie. Darin: Protokolle der Sitzung des Kulturpolitischen Arbeitskreises, Sitzung vom 1. Oktober 1974, TOP 4.

516 Vgl. Weidhaas, Zur Geschichte der Frankfurter Buchmesse, v. a. die Kapitel „Zäsur – 1968" und „Rückkehr zur Normalität", S. 230–254.

517 Schon 1971 hatte es zur Messe erstmals ein von allen drei städtischen und sieben privaten Theatern gemeinsam getragenes Theaterplakat gegeben, um der Bevölkerung und den Gästen „ein Bewußtsein von der immerhin sehr differenzierten Theaterszene" am Main zu vermitteln. Hoffmann, Ein Jahr Kulturarbeit, S. 2.

Autoren und Artisten buhlten dort nebeneinander um die Gunst des reichlich herbeiströmenden und dem Apfelwein zusprechenden Volkes. „Kultur für alle", wenn man so will: „Betrunkene und Begeisterte torkeln durcheinander – und mitten im Gewühl strahlt der Kulturdezernent voll innerer Zufriedenheit."[518]

Das Beispiel sagt viel aus über den Arbeitsstil Hoffmanns, vor allem „über seinen persönlichen Einsatz ‚vor Ort', der weit über die traditionelle Kultur-Administration hinaus" ging[519]. Hoffmann gelang es rasch, Frankfurt „zum symptomatischen Testfeld für die Möglichkeit" zu machen, „neue Wege kommunaler Kulturpolitik einzuschlagen, an denen sich die Geister scheiden"[520]. Die lange als amusisch gescholtene Stadt am Main wurde aber gerade dadurch kulturell wieder interessant und änderte fast schlagartig ihren Ruf. Der Imagewandel wiederum förderte bei den stolzen Stadtvätern und -müttern die Bereitschaft, neue Gelder für die Frankfurter Kultur zu bewilligen. Dabei kam Hoffmann zugute, daß sich das Gesicht der SPD-Fraktion seit 1968 auch insofern gewandelt hatte, als durch die hessenweit eingeführte Inkompatibilität von Amt und Mandat die Zahl der städtischen Bediensteten in der Stadtverordnetenversammlung merklich zurückgegangen und der Anteil gut ausgebildeter Berufstätiger mit Interesse an städtischer Kulturpolitik gewachsen war[521]. Jetzt erst wurde das Kulturamt auf dem Wege der 1971 beschlossenen Stellenmehrung von einem reinen „Kulturverwaltungsamt" zu einem modernen Dienstleistungszentrum mit Eigeninitiative ausgebaut[522]. Bis ans Ende seiner Amtszeit vermochte Hoffmann, den Etat seines Dezernates annähernd zu verdoppeln[523].

Finanziell gut gepolstert, gelang es dem machtbewußten Kulturdezernenten auch, „in fast allen wesentlichen, bislang selbständigen Bürger-Kulturorganisationen […] Einfluß zu gewinnen". Eine Kulturpolitik, die das nicht schaffe, konnte sich nach Hoffmanns Überzeugung nämlich gleich „selbst aufgeben"[524]. Diese Position zeitigte nicht nur beim Kunstverein die erwähnten Folgen, auch das Städel wurde etappenweise „höflich in die Knie gezwungen"[525]. Den „Rittern von Abs' Tafelrunde, der fünfköpfigen geriatrischen Administration (damals keiner unter siebzig)" – so Hoffmann im Rückblick wörtlich[526] – stellte man am Städel 1971 ein fünfköpfiges Kuratorium beratend zur Seite. Neben dem Kulturdezernenten gehörten dem Gremium ein weiterer Vertreter der Stadt sowie je ein Ver-

518 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975.
519 Ebd.
520 Hessische Allgemeine, 23. März 1971 („Kultur ist für alle da").
521 Balser, Aus Trümmern, S. 304. In der aus den Kommunalwahlen 1972 hervorgehenden SPD-Fraktion waren von 48 Stadtverordneten 28 Neulinge. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Oktober 1972.
522 Hoffmann, Ein Jahr Kulturarbeit, S. 20. Der Personalstand war vorher 15 Jahre lang gleich geblieben.
523 In den finanziell für die Stadt schwierigen frühen 1970er Jahren war es Hoffmann zunächst gelungen, den Kulturetat von Kürzungen zu verschonen. Später wuchs der Etat von sechs auf über elf Prozent des Gesamthaushalts an. Frankfurter Rundschau, 10. November 1971; Art 3/1990, S. 63.
524 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975.
525 Die Welt, Ausgabe B, Westberlin, 28. März 1973. Zur Geschichte des Städel zwischen 1968 und 1975: Hansert, Bürgerkultur, S. 236–252.
526 Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 109.

treter des Landes Hessen, des Bundes und des Museumsvereins an[527]. Als das Städel 1975 in finanzielle Schwierigkeiten geriet und die Auszahlung der Gehälter in Frage stand, sprang die Stadt mit 300 000 Mark in die Bresche und erwarb im Zuge dieser Stützungsaktion weitere Rechte, die nun über die bloße Mitsprache hinaus auch die Mitentscheidung vor allem bei der Berufung bzw. Abberufung des Städeldirektors sowie bei Ankäufen von Kunst mit städtischen Mitteln betrafen[528].

Die CDU feuerte gegen beide Entscheidungen aus allen Rohren. 1971 war von „sozialistischer Gleichschaltung die Rede", wobei die Empörung sich vor allem dagegen richtete, daß die Stadt neben Hoffmann nur mit einem weiteren SPD-Mann im Kuratorium vertreten sein würde[529]. 1975 verschärfte der Vorsitzende der CDU-Bezirksgruppe Westend, Riesenkampff, die Kritik weiter und sprach von einer „Knebelung" des Städel, das zusammen mit den anderen Museen in ein Bildungskonzept von „erbarmungsloser Stupidität und politischer Verantwortungslosigkeit" gezwungen werden solle. Künftig werde der Kulturdezernent auch in ihm bislang verschlossene Säle „endlich mit all den sperrigen und verdummenden Requisiten der marxistischen Volksaufklärung einbrechen", die in anderen Museen dahier schon „zu bewundern" seien[530]. Die Wirkung dieser oppositionellen Angriffe war allerdings begrenzt, weil im einen Falle auch die bürgerliche Presse in der Vereinbarung zwischen Stadt und Städel einen „wichtigen Schritt nach vorn" sah[531], und weil in der zweiten Kontroverse zwar die Medien Hoffmanns Politik kritischer betrachteten, aber der parteilose Abs von ebenso harten wie fairen Verhandlungen „im Sinne des Städel" sprach[532] und dem Kulturdezernenten damit die beste Munition für einen Gegenangriff auf die CDU an die Hand gab[533].

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hatte Eduard Beaucamp mit Bezug auf das Städel Hoffmann ohnehin bereits attestiert, Bewegung „in eine nahezu hoffnungslose Stagnation der Museen gebracht" zu haben[534]. „Die neue Ära des Städel" war vor allem auch dem international bereits renommierten Klaus Gallwitz zu verdanken. Ihn hatte Hoffmann 1973 – gegen einen widerstrebenden Abs – von der Kunsthalle in Baden-Baden abgeworben und zum Nachfolger des bereits über 70jährigen Direktors gemacht[535], der für ein „primär ästhetisches Konzept" stand[536] und dessen Ankaufsstrategie in Hoffmanns Augen von „einseitigem Traditionalismus"[537] geprägt war. Auch wenn Gallwitz inhaltlich eher progressiv da-

527 Zu den Debatten um das neue Kuratorium, die vor allem um den politischen Einfluß im Gremium kreisten, vgl. die Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 1971, in: IfSG: Stvv. P 729, S. 299ff.
528 Frankfurter Neue Presse, 12. November 1975.
529 Ebd., 17. Dezember 1971.
530 Frankfurter Rundschau, 13. Dezember 1975.
531 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. September 1971.
532 Frankfurter Rundschau, 13. Dezember 1975.
533 Die gute Zusammenarbeit zwischen Abs und ihm, so versetzte Hoffmann, passe wohl nicht in die „Feindbildfixierung" Riesenkampffs. Frankfurter Neue Presse, 13. Dezember 1975.
534 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Februar 1974.
535 Vgl. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 105ff.; Frankfurter Rundschau, 22. März 1973 („Themen verfehlt. Die Städel-Direktor-Kandidaten"), und 1. Februar 1974 („Das Städel will mit Leihgaben arbeiten. Neuer Direktor vorgestellt").
536 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Februar 1974.
537 Hoffmann, Ein Jahr Kulturarbeit, S. 12.

rauf abzielte, „die Barrieren des ehrwürdigen Hauses zu überwinden“[538], wurden ihm andererseits „Neigungen zur Society und zum diplomatischen Parkett“ nachgesagt. Jedenfalls galt für seine ersten Jahre, bevor er es sich mit dem Kulturdezernenten verdarb: „Linke und Rechte lobten ihren Gallwitz.“[539] Dem mit viel Vorschußlorbeeren bedachten Direktor gelang es tatsächlich, das Städel „psychologisch“ zu öffnen, sehr viel populärere Ausstellungen als früher zu machen und die Besucherzahlen zu verdreifachen[540].

Zu den Erfolgen des neuen Kulturdezernenten ist – mit einigen Abstrichen – auch der endgültige Durchbruch bei der Alten Oper zu rechnen, wobei dieser bis zum Ende der ersten Amtszeit im Mai 1976 auf sich warten ließ, als die Stadtverordnetenversammlung und vor allem die SPD-Mehrheitsfraktion sich zum definitiven Baubeschluß durchrangen[541]. Gewiß wird man Hoffmann, anders als seine Erinnerungen suggerieren, nicht das größte Verdienst daran beimessen dürfen. Dieses gebührt dem mitunter „nur schwer erträgliche[n]“ IHK-Präsidenten Fritz Dietz und der „knarrenden Beharrlichkeit“, mit der er auch während aussichtslos scheinender Phasen an dem Projekt festhielt[542]. Es war allerdings auch keine geringe Leistung Hoffmanns, in der notorisch opernskeptischen SPD Anfang 1971 gleichsam die „kopernikanische Wende“[543] mit herbeigeführt zu haben. Noch 1968 hatte die SPD-Fraktion im Römer in namentlicher Abstimmung den Wiederaufbau der Alten Oper abgelehnt[544]. Auf der entscheidenden Fraktionsklausur im verschneiten Taunus 1971 hatten Oberbürgermeister Möller nach einem leidenschaftlichen Plädoyer für den Wiederaufbau zunächst vier Stimmen zur Mehrheit gefehlt. Hoffmann, damals erst wenige Wochen im Amt, hatte zunächst noch nicht in die Debatte eingegriffen, es aber verstanden, die Aussprache über das Thema nach der Pause noch einmal in Gang zu setzen und „als neuer Mann mit neuen Argumenten“[545] die zur Mehrheit fehlenden Stimmen doch noch zu mobilisieren. Den nach Hoffmanns Redebeitrag anders als vorher votierenden Stadtverordneten leuchtete wohl endlich ein, daß es sich bei der Alten Oper um eine symbolische Größe „für die urbane Identität der Stadt“ und zudem um eine „Prestigefrage“ der – sozialdemokratischen – Frankfurter Kulturpolitik handelte. Selbst diejenigen, die nie ins Musiktheater gingen, so Hoffmanns kluger Appell an die Adresse der an den Opernmuffeln orientierten Volksvertreter, würden kein Verständnis dafür

538 Frankfurter Rundschau, 19. Juli 1973.

539 Nicht näher datierter SZ-Zeitungsausschnitt: „Der Nachfolger von Klaus Gallwitz hat auch den Segen des verstorbenen Bankiers Abs“ (IfSG: S 2/8099). Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. September 1994, über Gallwitz, der als „Mann der Moderne“ ans Städel geholt worden sei. CDU und FDP überschlugen sich fast mit Begrüßungsgeschenken für den neuen Städeldirektor, rannten indes mit ihrem Antrag, den Anschaffungsetat um 200 000 Mark zu erhöhen, im Kulturausschuß offene Türen ein. Denn wie Hoffmann kontern konnte, hatte der Magistrat dem Städel bereits 300 000 Mark zusätzlich in Aussicht gestellt. Frankfurter Rundschau, 24. Januar 1974. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Januar 1974.

540 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 1977.

541 Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, S. 343.

542 Darauf hat Alexander Gauland in einer Besprechung der Hoffmannschen Erinnerungen hingewiesen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 1999.

543 Vgl. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 100.

544 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. März 1993 (Rückblick auf die Geschehnisse vor 25 Jahren).

545 Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, S. 334.

haben, „wie fahrlässig mit Glanzpunkten ihrer Geschichte umgegangen“ werde[546].

Nachdem „Dynamit-Rudi“ Arndt ins Oberbürgermeisteramt gekommen war, bekam die SPD zwar zeitweilig noch einmal Angst vor der eigenen Courage – und den Kosten eines Wiederaufbaus; zudem behakten sich Dietz und Hoffmann, weil den audio-visuellen Visionen des Kulturdezernenten die Überzeugung des IHK-Präsidenten entgegenstand, das Opernhaus sei „zwar für alle, aber nicht für alles gedacht“[547]. Doch am glücklichen Ende stand dennoch der erwähnte Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom Mai 1976, dem im März eine positive Entscheidung der SPD-Fraktion vorausgegangen war. Wenn man den Bau nur als Teilerfolg Hoffmanns bewerten kann, so deshalb, weil die von ihm angestrebte multifunktionelle Nutzung (u. a. für das Kommunale Kino und ein Jugendforum) sich infolge der CDU-Mehrheit ab 1977 so nicht realisieren ließ. Es entstand statt dessen ein Konzert- und Kongreßhaus[548].

Längst nicht alle Visionen des agilen Kulturdezernenten ließen sich also umsetzen. Vor allem die hochfliegende Idee eines audio-visuellen Kommunikationszentrums, im Oktober 1971 im Rahmen eines kulturellen Gesamtkonzepts zur Bebauung des Dom-Römerberg-Bereichs von den Stadtverordneten beschlossen[549], wurde in den Mühlen des kommunalen Alltags zerrieben. Doch der Umfang des Realisierten war immer noch beträchtlich. Und gerade auch aus einigen der parteipolitisch am stärksten umkämpften Felder erwuchs Frankfurts neue Stellung als Vorreiter der bundesdeutschen Kulturszene, ja als Stadt der kulturellen Superlative. Beim Kommunalen Kino folgten bis Mitte der 1970er Jahre an die 150 Städte dem Frankfurter Vorbild[550], die Volkshochschule baute ihre Position als „größte Einrichtung ihrer Art in der Bundesrepublik“[551] mit schließlich 100 hauptberuflichen Dozenten aus, und im Herbst 1971 erklärten die deutschen Großstadt-Büchereien das audio-visuelle Frankfurter Bibliotheksprojekt „zum Idealtyp zukunftsweisender Büchereiarbeit“[552].

In einer Bilanz der ersten Dezernatszeit Hoffmanns darf zudem nicht unerwähnt bleiben, wie gut sich auch die bestehende Oper, der traditionsschwerste Teil der Frankfurter Kulturszene, entwickelte. Generalmusikdirektor Christoph von Dohnányi, seit 1968 in Frankfurt, konnte infolge der Strukturreformen an den Städtischen Bühnen 1972 zum autonomen Opernintendanten avancieren. Der Duzfreund Hoffmanns krempelte das Ensemble, das auf ein Mitbestimmungsmodell an der Oper lieber verzichten wollte, „gründlich um“. Er brachte das Frankfurter Haus – wie einst in der Ära von Georg Solti – „mit den schönsten und teuersten Stimmen aus aller Welt“[553] wieder international ins Ge-

[546] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 100.
[547] Mohr, Das Frankfurter Opernhaus, S. 339f.
[548] Ebd., S. 347.
[549] Hoffmann, 1 Jahr Kulturarbeit, S. 21.
[550] Etwa 100 000 Besucher kamen jedes Jahr in das Frankfurter Kommunale Kino, wie der Kulturdezernent auf einer Pressekonferenz zum fünften Geburtstag der Einrichtung im Dezember 1976 stolz berichten konnte. Frankfurter Rundschau, 3. Dezember 1976.
[551] So hieß es im lokalen SPD-Blatt „Der Sozialdemokrat“, Nr. 6/1975.
[552] H. Hoffmann, 1 Jahr Kulturarbeit, S. 21.
[553] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975.

spräch[554]. Auch weil die Oper von den 80 Millionen Mark des städtischen Kulturetats mit 28 Millionen Mark im Jahr 1975 nach wie vor den Löwenanteil verschlang, konnte nach sozialdemokratischer Ansicht von „Kulturrevolution" in Frankfurt keine Rede sein[555].

Kritischere Stimmen meinten dazu, Hoffmann verteile Kultur „auch nach parteipolitischen Gesichtspunkten: […] den Bürgerlichen die Oper, den linken Sozialdemokraten das Historische Museum", und fragten sich: „Ist das nicht Taktik oder Proporzpolitik?"[556] Aber immerhin kam es in Frankfurt nicht zu solchen Exzessen wie in Hannover, wo ein Unterbezirksparteitag der SPD den Bau eines Museums für die der Stadt geschenkte „Sammlung Sprengel" (Wert 30 Millionen Mark) mit der Begründung ablehnte, Museen seien doch nur „Leichenschauhäuser der Kunst für eine geringe Zahl von Bildungs- und Kleinbürgern"[557]. Konservative Kulturfreunde registrierten auch erleichtert, daß zumindest im Völkerkundemuseum, das im November 1973 seine Pforten nach jahrzehntelangem „Dasein in der Deponie" mit einer Peru-Ausstellung unter dem Motto „Herrscher und Untertanen" wieder eröffnet hatte, die Kritik an dem „ideologischen und didaktischen Übereifer" auch dieses Projekts in den folgenden Jahren etwas bewirkte[558]. Eine wegen der Vorgänge am Historischen Museum besonders sensibilisierte Öffentlichkeit hatte anfangs die „Völkerkunde in Frankfurter Sicht" als „Klassenkampf bei den Inkas" attackiert[559].

Gewiß ließ sich über Hoffmanns neue Kulturpolitik trefflich streiten – nicht zuletzt über seinen mehr oder weniger „charmanten Byzantinismus"[560], der dazu führte, daß in einer Dokumentation zum Kommunalen Kino, „wie die CDU genüßlich nachzählte", der Name Hilmar Hoffmann „nicht weniger als 63 mal" vorkam[561], oder daß bald ein Nilpferd im Frankfurter Zoo nach dem öffentlichkeitswirksamen Kommunalpolitiker benannt wurde[562]. Eines aber war für Freund und Feind bei allen Debatten um schwarze oder rote Zahlen in Hoffmanns Bilanz un-

554 H. Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 178, vgl. auch S. 142f.

555 „Kulturrevolution findet in Frankfurt nicht statt", schrieb wörtlich die örtliche SPD-Zeitung „Der Sozialdemokrat", Nr. 6/1975.

556 Frankfurter Neue Presse, 7. November 1975.

557 Kulturjournal, 11/12 1973, S. 10. Der Schokoladenfabrikant Bernhard Sprengel überließ 1969 seine umfangreiche Sammlung moderner Kunst der Stadt Hannover. Trotz des politischen Störfeuers kam es aber zu einem gemeinsamen Museumsbau der Stadt und des Landes Niedersachsen, der 1979 eröffnet werden konnte.

558 Kulturjournal 1/2 1974, S. 33; Kulturjournal 3/4 1975, S. 10. Zur Ausstellung „Herrscher und Untertanen" vgl. auch IfSG: Bestand Kulturamt, Nr. 1325, sowie die vom Kulturdezernat herausgegebene Broschüre „Museum für Völkerkunde in Frankfurt am Main. Eine Dokumentation zur Wiedereröffnung des Museums für Völkerkunde", in: IfSG: S 3/N 11.630.

559 So Eduard Beaucamp in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 16. November 1973. In der *Frankfurter Rundschau* (23. November 1973) faßte Horst Köpke die nicht sehr überraschende Botschaft der Peru-Ausstellung unter der Überschrift „Die Inkas waren keine Demokraten" zusammen und monierte die allzu üppige Betafelung. Zu den didaktischen Unzulänglichkeiten zählte auch das Fehlen eines Ausstellungskataloges.

560 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975.

561 Frankfurter Nachtausgabe/Abendpost, 29. Januar 1972.

562 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975. Um die Namenstaufe zu verstehen, muß man wissen, daß Hoffmann einige Jahre nach seiner Wahl zum Kulturdezernenten auch die Zuständigkeit für das Freizeitressort überantwortet worden war, zu dem neben dem Zoo etwa auch der Palmengarten zählte, wo sich der Politiker fortan „leutselig um jede neue Pflanze" kümmerte. Ebd.

übersehbar: Der Umsatz des Unternehmens Frankfurter Kultur konnte in den Jahren ab 1970 massiv gesteigert werden. Selbst daß mit Hoffmanns Amtsantritt „vieles in Unordnung gekommen" war, glaubten wichtige bürgerliche Beobachter der Szene wegen der „vorherigen Sterilität vor allem begrüßen" zu können[563]. Es gab also neben den großflächigen Schattenseiten Hoffmannscher Politik auch sehr viel Licht, ja stellenweise, so ist zu betonen, nachgerade gleißendes Licht. Trotz aller Kulturkämpfe erweckte der zuständige Ausschuß im Rathaus auch während der ersten Amtszeit Hoffmanns zumindest „manchmal nach außen hin den Eindruck", eine über Parteigrenzen hinaus verschworene „Kulturmafia" zu sein, die mit vereinten Kräften „das zarte Pflänzchen Kunst" gegen die „Neider aus den Nützlichkeitsdezernaten" verteidigte[564]. Doch waren diese Momente trauter Kultureintracht seltener geworden als vor 1970, und immer häufiger präsentierten sich die Christdemokraten und die in Kunstfragen eher konservative Rathaus-FDP[565] auch lange noch nach dem Wahlkampf von 1972 als klare kulturpolitische Alternative zur sozialdemokratischen Alleinherrschaft.

Kein Geringerer als der Oberbürgermeister hatte im Herbst 1972 die Bedeutung dieses Schlachtfeldes hervorgehoben. Seine Argumentation, Kommunalpolitik müsse daran arbeiten, gesellschaftliche Abhängigkeiten zu beseitigen, exemplifizierte Arndt am Beispiel des „kulturpolitischen Bereich[es]", wo es darum gehe, „daß eine möglichst große Zahl von Menschen in den Genuß der Einrichtungen kommen" solle „und nicht einige wenige Privilegierte". Deshalb komme es so sehr auf die ganze „Grundhaltung der Kommunalpolitik" an[566]. Die CDU sah das aus entgegengesetzter Perspektive ähnlich. Hatte sie schon im Kommunalwahlkampf das Frankfurter Theater in einem Atemzug mit anderen, nicht-kulturellen Themenfeldern städtischer Politik genannt, die vom „roten Bazillus" angesteckt seien[567], so rief sie diesen Topos den Frankfurtern auch in den Jahren zwischen den Kommunalwahlen 1972 und 1977 beharrlich in Erinnerung.

Die „politische Gleichschaltung im Frankfurter Kulturleben", so betonte etwa Fay auf einem CDU-Parteitag im März 1973, sei „ohne Beispiel"[568]. Mit einer einseitigen ideologischen Beeinflussung der Bürger müsse Schluß sein, bekräftigte

[563] So Siegfried Diehl gegen die Klage der CDU gewandt, die wesentlichen kulturellen Einrichtungen in Frankfurt seien vor Hoffmanns Amtsantritt „in Ordnung" gewesen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. November 1975.

[564] So sah es jedenfalls der neue christdemokratische Vorsitzende des Kulturausschusses, Friedrich-Wilhelm Bauer, nach dem Wahlkampf von 1977 aus der – allerdings wohl etwas schöngefärbten – Rückschau. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 1977.

[565] Verantwortlich dafür zeichnete vor allem der kulturpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Zeis, der deswegen allerdings einige Sträuße mit dem linken Flügel seines Kreisverbandes auszutragen hatte. So kam es 1973 um einen Beisitzerposten zu einer Kampfkandidatur zwischen Zeis und dem Literaten Horst Bingel, dem Vorsitzenden des Hessischen Schriftstellerverbandes, der auch zu den Unterstützern des linken Bussmann im Vorstand des Kunstvereins gerechnet wurde. Bingel machte geltend, „einen progressiven wie einen konservativen Kurs in der Kulturpolitik zum Ausgleich bringen" zu wollen. Zeisens Kulturpolitik sei „zu einseitig" gewesen. Zeis verwies aber darauf, daß er doch „in letzter Zeit in vielen Punkten" mit dem Frankfurter Kulturdezernenten Hoffmann „seinen Frieden gemacht" habe. Dieser Hinweis rettete ihm womöglich noch einmal seinen Vorstandsposten. Mit 106 zu 105 Stimmen setzte sich Zeis gegen Bingel durch. Frankfurter Rundschau, 19. Februar 1973.

[566] AdsD: Nl. Arndt, Akt 2.1.3.–2.1.8. Redemanuskript Arndt vom 16. 9. 1972, S. 2f.

[567] So hieß es in einer mit dem Bild von Fay versehenen Annonce der CDU. IfSG: S3/T 10912.

[568] Frankfurter Rundschau, 26. März 1973.

Fraktionsvorsitzender Moog im April 1975 in seinen Überlegungen, „was die CDU in Frankfurt anders machen würde". „Alle Kunstrichtungen" sollten in der Stadt „ihren gebührenden Platz finden"; kulturpolitische Veranstaltungen dürften nicht mehr zu politischen „Schulungsabenden umfunktioniert" werden. Kulturpolitik werde in Frankfurt doch nur noch zur „Selbstbefriedigung einer kleinen Minderheit von Linksideologen betrieben", während die breite Öffentlichkeit diesen Angeboten ohne Interesse gegenüberstehe[569]. Der darin enthaltene Vorwurf, Hoffmann postuliere nur in der Theorie eine „Kultur für alle", treibe aber – mit seiner „von der Opernhausruine bis zum Historischen Museum […] mäßigen bis erbärmlichen"[570] Politik – genau das Gegenteil, konkretisierte sich in immer neuen Initiativen der CDU, die von der SPD „unter Druck gesetzten" privaten Einrichtungen (Privattheater, das Freie Deutsche Hochstift als Träger des Goethe-Museums, Dr. Hoch's Konservatorium-Musikakademie oder auch die katholischen, evangelischen und jüdischen Bildungsangebote) stärker zu fördern, den „von den Linken okkupierten kommunalen Kulturinstitutionen" wie der Volkshochschule, dem TAT oder dem Kommunalen Kino aber das Wasser abzugraben[571].

Ganz glücklich agierte die CDU dabei auch nicht immer. Ihrem großen Vorstoß zugunsten der privaten Kulturinitiativen anläßlich der Beratungen für den Haushalt des Jahres 1974 nahm sie dadurch selbst an Plausibilität, daß sie gleichzeitig dem ungeliebten Kunstverein „an den roten Kragen" ging. Dieser war aber trotz dreier Magistratsmitglieder im zehnköpfigen Vorstand eindeutig keine kommunale, sondern eine private Einrichtung. Auch in der bürgerlichen Presse wurde daraufhin die von der CDU beantragte Streichung sämtlicher Zuschüsse für den Kunstverein kopfschüttelnd mit dem Wunsch der CDU kontrastiert, dem „scheinbar unpolitischen künstlerischen Harmlosigkeitsverein des Frankfurter Volkstheaters" 23 000 Mark mehr zu spendieren[572].

Höchstens unentschieden endete für die CDU auch der Angriff auf die „Berufsverbot"-Collage „Vielen Dank, Sie werden von uns hören", die Schauspieler der Städtischen Bühnen im Herbst 1975 zunächst an der örtlichen Ernst-Reuter-Schule, am 2. November aber auch im Kammerspiel aufgeführt hatten. Die CDU-Fraktion forderte den Frankfurter Magistrat in einem Dringlichkeitsantrag auf, die Wiederholung des Stückes an den Städtischen Bühnen und an Schulen zur Unterrichtszeit zu untersagen, da es sich nicht um eine künstlerische Darbietung, sondern um eine politische Propagandaveranstaltung zugunsten der DKP handele.

569 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. April 1975.

570 IfSG: S 3/O 10678, Frankfurt Magazin, April 1975, S. 5 („Kultur für alle").

571 Frankfurter Neue Presse, 26. März 1973. Vgl. auch die Sparvorschläge der CDU-Bezirksgruppen Westend und Bockenheim (u. a. „Schließung des TAT"), die von der SPD-Fraktion als „bildungs- und schulpolitischer Bankrott" zurückgewiesen wurden. Frankfurter Neue Presse, 8. August 1975.

572 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Dezember 1973. In späteren Jahren ging die CDU bei ihren Kürzungswünschen gegen die Städtischen Bühnen geschickter vor. Bei den Beratungen über den Etat 1977 argumentierte sie etwa, an den Städtischen Bühnen solle nicht über die Ansätze des Jahres 1976 hinausgegangen werden, da sich sonst in zwei Jahren 25,8% Steigerung ergäben, was angesichts der finanziellen Entwicklung anderer Institutionen zu viel wäre (IfSG: SB 98a Abschnitt „St": Etatantrag E 90 der CDU vom 20. März 1976). Eine Kürzung von 569 000 um 150 000 auf 419 000 DM wurde indes abermals beim Kommunalen Kino gefordert (ebd., Etatantrag E 91 der CDU vom 20. März 1976).

Die CDU scheiterte mit ihrem Anliegen indes am Widerstand der SPD, aber auch der FDP, die der CDU entgegenhielt, das „Wesen der Freiheit der Künste" offensichtlich „nicht begriffen" zu haben[573]. Kulturdezernent Hoffmann verteidigte vehement „das Recht des Theaters auf politische Provokation und Kritik an den Regierenden"[574]. In der Stadtverordnetenversammlung stellte er den „Zensurversuch" der CDU in eine Reihe mit deren früherem Vorgehen gegen Stücke von Brecht (1955 und 1961). Doch Staaten, so schloß Hoffmann pathetisch, die „dem Theater als in der Regel letzter Bastion der Freiheit eben diese einzuschränken versuchten", hätten damit noch immer ihre „demokratische Legitimation preisgegeben […]. Wehret den Anfängen"[575]. Daß Hoffmanns Versuch, der CDU explizit „verfassungsfeindliche Tendenzen" zu unterstellen[576], ebenfalls nicht unproblematisch war, machte der Redebeitrag des CDU-Kulturexperten Bauer deutlich. Denn was wäre, so gab Bauer zu bedenken, wenn an einem anderen Stadttheater als in Frankfurt eine CDU-nahe Gruppe im Ensemble „eine Produktion gegen den Polen-Vertrag erarbeiten und in den Spielplan aufnehmen würde"?[577]

Unbeschadet fortgesetzter oppositioneller Kritik an Hoffmanns Kulturpolitik war etwa ab Mitte der 1970er Jahre zu registrieren, wie deren „revolutionärer Impetus" erlahmte. Nicht zuletzt infolge der Krise der Mitbestimmung an den Städtischen Bühnen, aber auch im Kontext der allgemeinen politischen „Tendenzwende" begann sich die Einsicht durchzusetzen, daß die Gesellschaft nicht einfach von der Kultur her zu verändern war[578]. Und auch sonst, so meinten die FDP-Wahlkämpfer im Winter 1976/77, habe sich nach langen Jahren ideologischer Prägung vieles geändert: „Permanente Bewußtseinsbeeinflussung in Ausstellungen und Langeweile auf der Bühne – das mußte selbst in der Frankfurter SPD-Kulturszene zum Nachdenken Anlaß geben. Man schaltete um, wenn auch schweren und halben Herzens."[579]

Selbst Hoffmann machte keinen Hehl aus seiner Ernüchterung. Im Schauspiel sei es zwar gelungen, „das sogenannte bourgeoise Publikum zu irritieren", aber man habe die Irritation zu rasant betrieben, so daß „ein großer Exodus die Folge" gewesen sei. Man habe zwar jetzt ein anderes Publikum, aber wiederum ein exklusives, nämlich ein intellektuelles. Jene Schichten ins Theater zu holen, „um deretwillen Kulturpolitik eigentlich ihre Aufgabe als demokratische definiert", sei noch nicht gelungen. Die vorzügliche verbale Programmatik der Städtischen Bühnen habe sich im Spielplan gar nicht gespiegelt; viel zu oft sei „das politische Theater verkündet" worden, „ohne eigentlich eines gemacht zu haben". Zudem wäre es nach Ansicht Hoffmanns erforderlich gewesen, „vom Theater her erst einmal

[573] IfSG: Stvv P 93. 40. öffentliche Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. November 1975, Bl. 460.
[574] Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit, Der Freiheit eine Gasse, S. 12.
[575] IfSG: Stvv P 93. 40. öffentliche Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. November 1975, Bl. 469–480. Die Rede Hoffmanns ist auch dokumentiert in der *Frankfurter Rundschau*, 29. November 1975.
[576] IfSG: Stvv P 93. 40. öffentliche Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. November 1975, Bl. 469.
[577] Ebd., Bl. 459f.
[578] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai 1990. So Walter Wallmann rückblickend in einer Bilanz der Kulturpolitik des aus dem Amt scheidenden Hilmar Hoffmann.
[579] IfSG: S 3/T 13160. Liberales Frankfurt, Nr. 1, 1976/77, S. 4.

Motivationen [zu] schaffen, um die potentiellen Besucher zu erreichen“[580]. Da sich die Palitzsch-Truppe immer noch schwer damit tue, „Energien nach außen hin zu entwickeln, in die Stadt so hineinzuwirken“, sei das Schauspiel nicht „zu einem konzentrierenden Mittelpunkt“ in Frankfurt geworden[581]. Auch das Fehlen flankierender kulturpolitischer Maßnahmen sei daran Schuld gewesen, etwa solcher, „die man gemeinsam mit den Gewerkschaften organisiert“. Die Arbeitnehmerorganisationen aber meinten, nach acht Stunden harter Arbeit hätte ihre Klientel keine Motivation mehr für anspruchsvolles Theater. Gefragt, ob das nach über sechsjährigem Wirken als Kulturdezernent nicht Grund zur Resignation sei, entgegnete Hoffmann: Er sei kein Utopist, in hohen Prozentzahlen sei der Arbeiter ohnehin nicht ins Theater zu holen. Es gelte fortan, im Kindesalter anzusetzen[582].

Das damit einhergehende Eingeständnis Hoffmanns, an den von ihm gesteckten Zielen „viel eher“ als Kultusminister oder Schuldezernent, denn als Kulturdezernent arbeiten zu können, enthielt Elemente eines Offenbarungseides. Und hat sich dieses selbstkritische Urteil darüber hinaus nicht auch auf Hoffmanns Theaterpolitik zu erstrecken, die immer wieder von Konjunktiven geprägt war? Zu der wegen „innerer Reibungsverluste“ an den Städtischen Bühnen naheliegenden Frage, ob es für Theater eine Größenordnung gebe, bei der Mitbestimmung künstlerisch nicht mehr die Effektivität steigere, sondern die Kraft nach innen verbrauche, meinte Hoffmann jedenfalls im Wahlkampf: „Das müßte man auch kulturpolitisch einmal überdenken“. Die Entwicklung am TAT habe allerdings bewiesen, daß Mitbestimmung an kleinen Theatern ebenfalls zur Ineffektivität, „ja zur völligen Lähmung führen“ könne[583].

Ausschließlich negativ sehen wollte der Dezernent die Entwicklung am TAT aber nicht. Vielmehr rechnete Hoffmann es der sozialdemokratischen Politik als Erfolg an, daß nach Überwindung der Krisen dort jetzt Hermann Treusch einen attraktiven, sogar gesellschaftspolitisch engagierten Spielplan mache[584]. Infolgedessen sei das TAT derzeit „ständig überfüllt“. Auch Gewerkschaftler, „jenes Publikum, um das es uns geht, darunter viele aus den unteren Einkommensschichten“, kämen jetzt vermehrt in das TAT[585]. Wo der neue TAT-Leiter, der vorher als Schauspieler an den Städtischen Bühnen gearbeitet hatte, politisch stand, erwähnte Hoffmann aus guten Gründen nicht. Denn Treusch hatte eben erst dem ultralinken SPD-Magistratsdirektor Schubart ein „Bänkel-Lied“ gewidmet: „Ein Genosse kämpft.“[586] Ganz falsch war es wohl nicht, den von Hoffmann hochgepriesenen Treusch als jemanden zu charakterisieren, „der die Studentenrevolte von 1968 noch nicht vergessen, vielleicht auch noch nicht verarbeitet hat“[587].

580 Frankfurter Rundschau, 15. März 1977.
581 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November 1976.
582 Frankfurter Rundschau, 15. März 1977.
583 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November 1976.
584 Vgl. auch Gniffke, Volksbildung in Frankfurt am Main, S. 75.
585 Frankfurter Rundschau, 15. März 1977. Zur Person des neuen künstlerischen Leiters am TAT vgl. auch IfSG: S 2/7947.
586 IfSG: TAT, Nr. 35, Bl. 16–18.
587 So die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im Juli 1978, als Wallmann den Vertrag Treuschs am TAT nicht mehr verlängerte (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juli 1978, Zitat, sowie 15. Juli 1978).

Daß mit einer gewissen Trendwende zum Pragmatismus Mitte der 1970er Jahre keineswegs alle ideologischen Überhänge aus der Frankfurter Kulturpolitik verschwunden waren, zeigte sich im Verlaufe des Kommunalwahlkampfes 1976/77 immer wieder. Die regierende SPD setzte offensiv auf Hoffmanns Konzept der „Kultur für alle“[588]. Im Wahlprogramm der Frankfurter Sozialdemokraten hieß es dazu recht sachlich, städtische Kulturpolitik wolle „vor allem denen“ Zugang zu Kunst und Kultur öffnen, „die dazu selbst bisher nicht in der Lage waren“[589]. Der SPD-Oberbürgermeister spitzte dies in der gegen CDU und FDP gerichteten Formulierung zu, Kultur sei in Frankfurt in den letzten Jahren „immer weniger […] nur das Vorrecht einer kleinen Schicht“ gewesen[590]. Auf den Frankfurter Bürgerstolz zielte der Hinweis der Wahlkämpfer, Theater und Oper am Main brauchten „in Deutschland keinen Vergleich zu fürchten“[591]; ebenso genössen die Museen „internationalen Ruf“. Auch daß Stadtrat Hoffmann „durch sein kulturpolitisches Wirken bundesweit bekanntgeworden“ war, betonte die Frankfurter SPD mit Selbstbewußtsein[592].

Zu den Städtischen Bühnen hatte es im SPD-Wahlprogramm noch ziemlich defensiv mit implizitem Bezug auf die selbst von Arndt geübte Kritik geheißen, bei deren Spielplan sei darauf zu achten, daß das Theater „als Forum der unmittelbaren geistigen und künstlerischen Auseinandersetzung Treffpunkt für alle Bürger“ bleibe; zur Erfüllung der „verschiedenen Ansprüche des Publikums“ seien auch die (von der SPD in den Vorjahren zeitweilig vernachlässigten) Privattheater unerläßlich[593]. In der altbewährten Taktik offensiver Verteidigung äußerten sich die sozialdemokratischen Wahlkämpfer in ihren Flugschriften dann sehr viel dezidierter zu den Städtischen Bühnen: „Achtung Opernfreunde. Über Theaterinszenierungen und Opernaufführungen kann man streiten. Warum nicht auch bei uns in Frankfurt. Kritik tut gut, das ist unbestritten. Und sicher gibt es so manches, was einem Teil des Publikums nicht gefällt. Die Frankfurter CDU allerdings setzt an die Stelle kritischer Auseinandersetzung einfach den Rotstift. Im Etat der Städti-

588 Vgl. die Aufstellung „themen- und ortsbezogener Wahlversammlungen“, an denen zum „Gesamtthema Kultur“ selbstverständlich auch Hilmar Hoffmann teilnahm. IfSG: Büro Stadtrat Haverkampf, Sig. 47.

589 IfSG: S 3/T 159. Kommunalpolitisches Wahlprogramm 1977–1981. SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main, S. 15. Burkhard Sulimma, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Kultur in der SPD-Stadtverordnetenfraktion, schrieb dazu: „Der von den Sozialdemokraten eingeführte erweiterte Kulturbegriff verifiziert sich so in einem kulturellen Bildungsauftrag, der am Interesse der breiten Bevölkerung ansetzt. Er holt die kulturellen Institutionen, ob Museum oder Theater, aus ihrem Schattendasein als Andachtsstätten für wenige Eingeweihte und versucht, über das gezielte Aufgreifen neuer Medien wie Film (Kommunales Kino) und Fernsehen ein umfassendes kulturelles Angebot für alle Bürger der Stadt zu ermöglichen“. Damit würden auch deutliche Alternativen zu Angeboten der kommerziellen Freizeitindustrie gesetzt. AKT. Aktuelles Theater, Nr. 5, 9. Jahrgang, Mai 1977.

590 AdsD: NL Arndt 2.1.1.2.3. Pressedienst, 28. Februar 1977.

591 IfSG: S 3/T 159. Frankfurter Römer. Eine Zeitung der Sozialdemokraten für die Bürger unserer Stadt, Nr. 2/1977. Schon Jahre vorher hatte der Kulturdezernent freudig verkündet, die Zürcher *Weltwoche* habe Frankfurt zur Hauptstadt des deutschen Theaters erklärt. Frankfurter Wochenschau, 26. Jahrgang, Nr. 3, 1.–15. 2. 1974, S. 4.

592 IfSG: S 3/T 159. Frankfurter Römer. Eine Zeitung der Sozialdemokraten für die Bürger unserer Stadt, Nr. 2/1977.

593 IfSG: S 3/T 159. Kommunalpolitisches Wahlprogramm 1977–1981. SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main, S. 15.

schen Bühnen hat sie die Streichung von drei Millionen Mark gefordert. Und das heißt, daß unsere Oper auf Provinzniveau herabsinkt […] der CDU-Kulturkampf will uns ein schlechtes Opernprogramm bescheren!“[594] Die „Unterstellungen“ der CDU, die SPD hätte den Wiederaufbau der Alten Oper hintertrieben, hielten die Sozialdemokraten durch den endlich herbeigeführten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls für widerlegt[595].

Zur Museumspolitik hatte sich das SPD-Wahlprogramm nur sehr allgemein in der Weise geäußert, daß es darum gehe „Orientierungen in einer sich verändernden Welt zu geben“[596]. Doch der Kulturdezernent ließ keine Zweifel daran, gerade hinter dem Historischen Museum zu stehen, das auch im Vorwahlkampf Mitte 1976 noch einmal im Plenum der Stadtverordnetenversammlung so heftig die Gemüter bewegt hatte. Wenn eine „veränderte Mehrheit“ im Römer dem umstrittenen Museum „den Hahn zudrehen“ wolle, so Hoffmanns Ankündigung, würde er dies mit seinem Rücktritt beantworten[597]. Seit’ an Seit’ mit dem Kulturdezernenten kämpften an dieser Stelle vor allem die Jungsozialisten, in deren „Kommunalpolitischen Forderungen“ es hieß: „Keine Beschneidung der wirklichkeitsnahen und kritischen Geschichtsdarstellung im Historischen Museum.“[598]

In einer „Polit-Fiction“ mit dem Titel „Frankfurt unter einer CDU-Regierung. Was uns erspart geblieben ist“ persiflierten die Jusos die liberal-konservative Kritik am Historischen Museum in extrem polemischer Weise. In einem Artikel „Kriegsheld eröffnet Ausstellung über das Dritte Reich im Historischen Museum. Oberst Rudel: So war es!“ war u. a. zu lesen: „Eine glückliche Hand bewies die Leitung des Historischen Museums bei der Eröffnung ihrer Ausstellung über das Dritte Reich. Historie frei von linker Indoktrination […]. Wohltuend hob sich die Betrachtungsweise Oberst Rudels von intellektualistisch-linksdogmatischen Geschichtsdarstellungen ab: Er interpretierte die Epoche zwischen 1933 und 1945 nicht unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes, sondern als Kampf des Volksganzen gegen seine äußeren und inneren Feinde […]. Nach dem Absingen der […] ersten Strophe des Deutschlandliedes dankte der CDU-Wehrexperte Wörner Oberst Rudel für sein fachmännisches Referat.“[599]

Die Wahlkampfverbindung zwischen Hilmar Hoffmann und den Jungsozialisten, die von allen Gruppen der Partei am vehementesten für die Fortsetzung von dessen kulturpolitischem Kurs fochten[600], führte auch dazu, daß der Stadtrat im Wahlkampfprogramm der Jusos unter der Schlagzeile „Links ist machbar, Nach-

[594] AdsD: Nl Arndt, 2.1.1.1.3, Frankfurter Römer, Nr. 4/77, S. 1.
[595] IfSG: S 3/ T 13159: „Frankfurter Römer“, Nr. 3, 1977, S. 1 (in großen Lettern): „Alte Oper wird wieder neu“.
[596] IfSG: S 3/T 159. Kommunalpolitisches Wahlprogramm 1977–1981. SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main, S. 15.
[597] Frankfurter Rundschau, 15. März 1977.
[598] IfSG: S 3/T 13159 (SPD-Wahlkampfmaterial), darin: Frankfurter Geschichte. Kommunalpolitische Forderungen der Jungsozialisten in der SPD, S. 10.
[599] IfSG: S 3/T 13159. „Schwarzes Frankfurt. Extrablatt. Organ zur Verdeutlichung rückschrittlicher Kommunalpolitik“. Manfred Wörner, später Bundesverteidigungsminister, war damals Bundestagsabgeordneter und Militärfachmann der CDU.
[600] Siehe auch den Bericht über eine Juso-Podiumsdiskussion zum Thema „Kultur – für wen?“, an der neben dem Kulturdezernenten auch dessen umstrittener Namensvetter Detlef Hoffmann vom Historischen Museum sowie TAT-Direktor Treusch teilnahmen. Frankfurter Rundschau, 16. März 1977.

bar“[601] in Erscheinung trat. Dabei betonte Hoffmann eigentlich ansonsten immer, mit dem Begriff „linke Kulturpolitik“ lasse sich gar nicht arbeiten. Der entscheidende Ansatz für das, was von anderen linke Kulturpolitik genannt werde, sei vielmehr ein „erweiterter Kulturbegriff“, dem es um neue Wege der Präsentation und Vermittlung gehe, um die Exklusivität der Kunst aufzuheben[602].

Was die Jusos unter „linker“, von Hilmar Hoffmann verantworteter – im Gegensatz zu „rückschrittlicher“ – Kulturpolitik verstanden, illustrierten sie dagegen sehr schön in der erwähnten „Polit-Fiction“, die sie während des Wahlkampfes in Frankfurt verteilten. Für den Fall einer CDU-Herrschaft im Römer wurde dort das Szenario eines neuen Kulturdezernenten Lou van Burg entworfen. Der vor allem durch die ZDF-Sendung „Der goldene Schuß“ bekannt gewordene sechzigjährige Unterhaltungskünstler sei, so legten die Jusos einem „Sprecher der CDU-Fraktion“ in den Mund, „genau der richtige Mann am richtigen Platz! Denn das ist es doch, was die Bevölkerung braucht: Ablenkung von den drückenden Alltagsproblemen“. Zu diesem Behufe plane van Burg bereits, an den Städtischen Bühnen persönlich das Schiller-Drama „Wilhelm Tell“ in einer sensationellen Neufassung unter dem Titel „Der goldene Schuß“ zu inszenieren. So erreiche „kommunale Kulturpolitik ihren höchsten Sinn“[603].

Statt mit Lou van Burg hätten die Jusos das angeblich drohende Kontrastprogramm der CDU zu Hoffmanns Kulturpolitik auch mit Verweis auf den *Welt*-Journalisten und Schriftsteller Rudolf Krämer-Badoni personifizieren können. Krämer-Badoni, der den amtierenden Kulturdezernenten im Feuilleton schon mehrfach scharf attackiert hatte, trat im Wahlkampf als Gastredner beim CDU-Stadtbezirksverband Westend auf, einer Hochburg der entschieden konservativen Kräfte in der Frankfurter CDU. Hoffmann, ein „Filmjournalist“ im Dienste „der südhessischen Radikalen“, hatte laut Krämer-Badoni außer einem „Linksdrall“ nichts gebracht. Vor allem das Historische Museum (eine „linke Bruchbude“) und die städtischen Theater bewiesen dies. Krämer-Badonis Philippika gegen die „roten Brüder“, gegen deren „Schandtaten“ und „dicke Hunde“, gipfelte in dem Vorwurf, Hoffmann habe mit seinen „Partisanen“ am Main eine „kulturelle Wüste“ geschaffen; darum sei es Pflicht einer kommenden CDU-geführten Stadtverwaltung, dem „scheinheilig subversiven“ Hoffmann seinen Stuhl vor die Tür zu setzen[604].

Auch bei der Verabschiedung des kommunalpolitischen Programms der CDU im Februar 1977 versuchten die dezidiert Konservativen, einen möglichst klaren Anti-Hoffmann-Kurs durchzusetzen. Anträge für ein „entpolitisiertes Theater“ vermochten Fraktionsvorsitzender Moog und Karl-Heinz Trageser vom CDA-Flügel „mit Hinweis auf Heine, Hauptmann, Borchert und Schiller entschieden

601 AdsD: Bezirk Hessen-Süd II, UB II 77. Abschnitt Frankfurt.
602 Frankfurter Rundschau, 15. März 1977.
603 IfSG: S 3/T 13159. „Schwarzes Frankfurt. Extrablatt. Organ zur Verdeutlichung rückschrittlicher Kommunalpolitik“.
604 Frankfurter Rundschau, 16. April 1977. Der nach dem Sieg der Wallmann-CDU geschriebene Rückblick auf Krämer-Badonis Wahlkampfauftritt ist Teil eines Artikels von Peter Iden („Attacken von rechts außen“), aus dem die Sorge spricht, die von Krämer-Badoni unterstützten „Gruppen in der Westend-CDU“, die im Gegensatz zum eher liberalen Wallmann stünden, könnten sich mit ihrer Forderung nach politischer Kaltstellung Hoffmanns durchsetzen.

zurück[zuweisen]". Eingang ins CDU-Programm fand lediglich die Forderung, das Schauspiel solle „sein Verhältnis zum Publikum" verbessern und auf den „einseitig orientierten Anspruch" verzichten, „gesellschaftlich in die Bevölkerung hineinwirken zu wollen"[605]. Der CDU-Vorstandstisch mußte aber eine Niederlage hinnehmen, als die Delegierten auf Antrag der JU beschlossen, das Kommunale Kino in ein privates Filmtheater umzuwandeln. Denn bislang, so hieß es zur Begründung, würden dort ausschließlich „sozialistische Revolutionsfilme" gezeigt. Der CDU-Kulturexperte Korenke widersprach dem: Bei 40 Millionen Mark jährlich für den Theaterbereich könnten auch die 500 000 Mark für das Kommunale Kino weiterhin aufgebracht werden[606]. Eine Mehrheit aber – überzeugt davon, daß es sich beim Kommunalen Kino um eine „Brutstätte des Marxismus und der Revolution"[607] handelte – wollte nach der Kompromißformulierung zu den Städtischen Bühnen an dieser Stelle endlich konservativen Klartext reden.

In der im Wahlkampf vor allem verbreiteten Kurzfassung des Kommunalen Wahlprogramms der CDU wurde unter der Überschrift „Kultur ist für uns alle da" herausgestellt, daß Theater und Museen, Bibliotheken und Volkshochschule, weil „von allen Einwohnern finanziert", auch „für alle attraktiv sein" müßten. „Weltoffenheit und Qualität, Können und Vielseitigkeit" müßten im Kulturleben, das Schauspiel wurde hier eigens erwähnt, wieder Geltung erhalten: „Den politischen Mißbrauch von Kultureinrichtungen" bzw. „ideologische Bevormundung" werde „die CDU beenden". Ganz anders als die SPD schrieb man den beschlossenen Wiederaufbau der Alten Oper allein der „Beharrlichkeit der CDU" zu[608].

Auch die FDP rückte freilich das Thema ganz an den Anfang des kulturpolitischen Teils ihrer Wahlaussage. Offensichtlich aus Furcht vor dem Wähler habe die SPD „in diesem Jahr ihrer großen Angst den Wiederaufbau der Alten Oper versprochen". Nicht nur die Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Versprechens zog die Frankfurter FDP in Zweifel, auch darüber hinaus ähnelten die maßgeblich von ihrem liberal-konservativen Kulturfachmann Zeis[609] verantworteten Passagen des Wahlprogramms („Kulturelle Vielfalt statt Parteiideologie") in vielem der politischen Linie der CDU, ja in manchen Punkten waren sie in ihrer Kritik sogar noch deutlicher und direkter. Die Einführung der Mitbestimmung am Schauspiel, so hieß es etwa, habe „zu erhöhter Personaleinstellung" geführt, „ohne mehr Besucher anzulocken": Das Lob des Rätesystems und „die Darstellung des Gründers des Deutschen Reiches, Bismarck, als Schnapsbrenner" am nur äußerlich modernen Historischen Museum klinge „wie finsteres Mittelalter"[610].

605 Frankfurter Neue Presse, 14. Februar 1977.
606 Ebd.
607 So hatten die Antragsbefürworter von der Jungen Union argumentiert. Frankfurter Rundschau, 14. Februar 1977.
608 IfSG: S 3/T 13158. Ein Programm für freie Bürger. Kommunales Wahlprogramm der Frankfurter CDU 1977. Kurzfassung.
609 In seinem persönlichen Kandidatenprospekt hieß es über Zeis, er sei engagierter Vertreter eines vielfältigen Kulturangebots: „Einseitige Beeinflussung und Manipulation lehnt er als überzeugter Liberaler ab […] Vielfalt in den Theaterspielplänen und objektive Darstellung in allen Frankfurter Museen sind ihm besonders wichtig". IfSG: S 3/ T 13160. „Die liberale Alternative. WER WAS WO. F.D.P. Die Liberalen".
610 IfSG: S 3/T 13160. „Parteiunwesen oder Bürgerfreiheit? […] F.D.P. Die Liberalen". (Flugschrift mit Wahlprogramm).

Historisches Museum und Städtische Bühnen standen auch im Mittelpunkt, als es Mitte Februar 1977 in der letzten Sitzung des alten Kulturausschusses, wenige Wochen vor den Kommunalwahlen, noch einmal zu einem direkten Aufeinandertreffen der wichtigsten Kombattanten kam. Der sozialdemokratische Ausschußvorsitzende Johannes Düttmann hatte zu der Sitzung mit anschließendem Abschiedstrunk in der „Parlamentspinte" nachdrücklich auch die Presse eingeladen – „und man sollte auch gleich sehen warum". Denn sein Rückblick auf die vergangenen vier Jahre geriet ihm – mit dem Kommentator der *Frankfurter Allgemeinen* zu reden – „holterdiepolter zu einem enthusiastischen Erfolgsbericht der amtlichen Kulturpolitik, die zu kontrollieren ja eigentlich Aufgabe des Ausschusses wäre. Ein ‚Meilenstein' türmte sich in Düttmanns Rede auf den anderen, selbst die einmal sehr heftig und mit vielen persönlichen Beleidigungen geschlagene Schlacht um das neue Historische Museum erschien dem Vorsitzenden nur noch im milden Licht eines ‚erfreulichen Kampfes'. Die Gesichter in den CDU-Reihen verfinsterten sich zusehends, und der FDP-Kultur-Einmannbetrieb rutschte unruhig auf seiner Basis herum."[611]

Für die CDU entgegnete ihr „Kultur-Professor" Friedrich-Wilhelm Bauer: Bei Düttmanns Rückblick auf die Arbeit des Ausschusses habe es sich eher um einen Rückblick auf die des Amtes für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gehandelt. Das Klima im Ausschuß sei „keineswegs derart positiv" gewesen, sondern von „schweren Hypotheken" belastet. Bauer erinnerte unter anderem an die notwendig gewordene Beendigung einer Ausschußsitzung, „als die SPD-Mitglieder an einer Vietnam-Demonstration teilnahmen"[612]. Noch heftiger als Bauer reagierte sein FDP-Kollege Zeis, der sich entschieden gegen die sozialdemokratische „Public-Relation-Aktion mit Hilfe der Stadtverordneten" verwahrte. Nach Angriffen auf das „ständig am Rande der Geschichtsklitterung" lebende Historische Museum und auf das TAT nahm sich Zeis noch einmal die Städtischen Bühnen vor und wiederholte die im FDP-Wahlprogramm geübte Kritik an der Einführung der Mitbestimmung[613].

Während der sozialdemokratische Ausschußvorsitzende dem Schauspiel infolge der „Gewinnung von Peter Palitzsch […] einen erheblichen Aufschwung" attestierte[614], sah Zeis durch das Mitbestimmungsmodell nicht nur die inhaltliche Qualität der Bühne verschlechtert, sondern auch deren Arbeit durch die notwendig gewordene Einstellung von 16 zusätzlichen Bühnentechnikern erheblich verteuert. Der Kulturdezernent behauptete zwar, die Techniker seien nicht infolge der Mitbestimmung, sondern „wegen der damaligen Arbeitszeitverkürzung" eingestellt worden; doch nachdem die zwecks Aufspürung der umstrittenen Vorlage ausgesandten Boten in den Sitzungsraum zurückgekehrt waren, konnte Zeis einen klaren Sieg gegen Hoffmann verbuchen: In der Bühnenarbeitervorlage war ein-

611 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Februar 1977. Vgl. auch IfSG: Stvv 2.122. Niederschrift über die 58. presseöffentliche Sitzung des Kultur- und Freizeitausschusses am 14. Februar 1977.
612 Frankfurter Neue Presse, 15. Februar 1977.
613 Frankfurter Rundschau, 15. Februar 1977.
614 Frankfurter Neue Presse, 15. Februar 1977.

deutig davon die Rede, „daß die Mitbestimmung mehr Proben erfordere und mehr Stellen“[615].

Der „Kulturkampf im Kulturausschuß“[616] fand, wie die meisten Kontroversen der Vorjahre, in den Frankfurter Zeitungen breiten Widerhall. Die Frage, welchen Stellenwert der kulturelle Themenkomplex für den sozialdemokratischen Machtverfall zwischen 1972 und 1977 insgesamt hatte, ist damit aber noch nicht beantwortet. Eindeutige Hinweise darauf, daß die traditionelle Dominanz der Sozialdemokratie innerhalb des Kreises der Kulturschaffenden selbst abhanden gekommen sei, gab es nicht. „Alle, alle kamen“[617], als etwa die SPD-Fraktion im Januar 1977 über 100 Vertreter kultureller Vereine, Galerien und städtischer Museen in den Römer lud. Und auch bei der Wahlfete für die Frankfurter Künstler einige Wochen später war in „Tonis Künstlerkeller“ kaum noch ein Platz zu finden. Durch die Versteigerung von Kunstgegenständen gelang es Hilmar Hoffmann, dem Wahlfonds seiner Partei über 5000 Mark zugute kommen zu lassen. Darüber hinaus nahmen viele Kulturschaffende, „gleich ob Schauspieler oder Maler, […] die Gelegenheit wahr, mit den Politikern ihrer Couleur (Hoffmann, Balser, Arndt, Sackenheim) […] zu diskutieren“[618].

Wirklich vergleichbares vermochte die CDU wie schon 1972 nicht auf die Beine zu stellen[619]. Unter den Kulturschaffenden blieb sie hoffnungslos in der Minderheit. Doch wird man kaum fehl in der Annahme gehen, daß viele politische Multiplikatoren im kulturell interessierten Bürgertum die Debatten um Theater und Museen bei ihrer Meinungsbildung im Hinblick auf den 20. März 1977 gebührend berücksichtigten – und dadurch oft genug in ihrer Skepsis gegen allzu wilden sozialistischen Reformismus bestärkt wurden. Gewiß war die Kultur nicht das zentrale, die Wahl entscheidende Thema. In einem der wichtigsten Werbemittel der CDU etwa, dem auf Breitenwirkung zielenden Prospekt „Unser OB-Kandidat“ mit wenigen prägnanten politischen Aussagen, rechnete die Kultur nicht zu den fünf Schwerpunkten[620], und auch in ihren themenbezogenen Flugblättern widmeten sich die Christdemokraten eher anderen, wählerwirksamer scheinenden Fragen[621].

Doch vor allem im Zusammenhang mit der in Hessen hochbrisanten Schulpolitik gewann auch die städtische Kultur gleichsam als anschauliches Beispiel für die

615 Frankfurter Rundschau, 15. Februar 1977.

616 So die Schlagzeile der *Frankfurter Neuen Presse*, 15. Februar 1977. Selbst das spröde Protokoll der Sitzung verzeichnete eine „sehr lebhafte Diskussion“. IfSG: Stvv (III/5-1987) 2.122. Niederschrift über die 58. presseöffentliche Sitzung des Kultur- und Freizeitausschusses am 14. Februar 1977.

617 IfSG: S 3/T 159. Frankfurter Römer. Eine Zeitung der Sozialdemokraten für die Bürger unserer Stadt, Nr. 2/1977.

618 Frankfurter Rundschau, 17. März 1977.

619 Auch wenn ihr OB-Kandidat einige Anstrengungen in diese Richtung unternahm. Wallmann, so war z. B. der *Frankfurter Rundschau* am 8. März 1977 zu entnehmen, „wagte sich gar unter Frankfurts Künstler“.

620 IfSG: S 2 1400 a.

621 IfSG: S/T 13.158 CDU-Wahlpropaganda 1977. Ähnlich sah es bei der SPD aus. In ihrem Kommunalwahlprogramm „Für eine menschliche Zukunft“ gab es keinen eigenen Punkt Kulturpolitik. Unter dem Betreff „Gleiche Bildungschancen für alle“ hieß es lediglich allgemein: „Wir werden […] die Teilnahme und Teilhabe breiter Schichten am kulturellen Leben fördern“. Nur Volkshochschulen und Bibliotheken wurden eigens erwähnt, Theater und Museen dagegen nicht. AdsD: Hessen-Süd, Abg. II, provis., Kommunalwahl 1977.

gesamtgesellschaftliche Reichweite der berühmt-berüchtigten Rahmenrichtlinien erhebliche Bedeutung. 30 Jahre SPD in Hessen, so formulierte es die CDU in ihren großen Zeitungsanzeigen wenige Tage vor der Wahl, hätten zu einer „Ideologisierung aller Lebensbereiche" geführt. „Bildung und Kunst" müßten deshalb endlich wieder ihren Stellenwert zurückerhalten und „den Ruf Frankfurts als kulturellen Mittelpunkt unseres Landes erneuern"[622]. Die *Frankfurter Rundschau* brachte die Taktik beider Volksparteien in einer knappen Analyse des Wahlkampfes auf folgenden Nenner: „Die SPD stützt sich auf Leistungen, die sie vorzeigen kann. Die CDU will alles besser machen, ohne ‚Verfilzungen' vor allem und ohne Experimente in der Schul- und Kulturpolitik"[623].

Frankfurter Tendenzwende: Walter Wallmanns Wahl zum CDU-Oberbürgermeister 1977

Seit April 1976 war klar, daß die eigentlich schon im Herbst des Jahres anstehenden hessischen Kommunalwahlen wegen der zum 1. Januar 1977 in Kraft tretenden Gebietsreform erst später, im März 1977, stattfinden würden[624]. Die dadurch für die Frankfurter CDU gewonnene Galgenfrist zur Findung eines Oberbürgermeisterkandidaten verstrich allerdings ergebnislos. Von dem zeitweilig gehandelten niedersächsischen CDU-Finanzminister Walther Leisler-Kiep hieß es Anfang Oktober 1976, er sei für „höhere Aufgaben" vorgesehen[625]; und auch der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Christian Schwarz-Schilling ließ erkennen, daß er nicht am Amt des Frankfurter Rathauschefs interessiert sei[626].

Das Vertrackte an der Sache war, daß der zu findende Politiker wegen der Regularien der Hessischen Magistratsverfassung keineswegs damit rechnen konnte, nach einem Wahlsieg der CDU auch sogleich auf dem Sessel des Rathauschefs im Römer Platz nehmen zu können. Die Amtszeit des 1972 von der Stadtverordnetenversammlung für sechs Jahre gewählten Oberbürgermeisters Arndt endete erst 1978, so daß ein von außen kommender CDU-Kandidat davon ausgehen mußte, zumindest noch ein gutes Jahr über den Kommunalwahltermin hinaus seinen alten Beruf auszuüben. Dort würde er dann aber nur noch auf Abruf tätig sein. Bis zur Bundestagswahl Anfang Oktober 1976 war man in der Frankfurter CDU-Führung zwar davon ausgegangen, den stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden Wallmann für die Kandidatur gewinnen zu können. Doch in den Wochen danach zeichnete sich zunehmend ab, daß der neue Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Helmut Kohl, den als Vorsitzenden des Guillaume-Untersuchungs-

622 Frankfurter Neue Presse, 18. März 1977. Darin: CDU-Anzeige: „Für eine menschliche Stadt. Bürgersinn statt Ideologie".
623 Frankfurter Rundschau, 3. Januar 1977.
624 Den Wählern sollte, wie der Staatsgerichtshof in einem dagegen von der CDU angestrengten Normenkontrollverfahren urteilte, noch eine bestimmte „Gewöhnungszeit" gegeben werden, um sich in die geänderten kommunalen Verhältnisse einzuleben. Frankfurter Rundschau, 8. April 1976.
625 Frankfurter Neue Presse, 6. Oktober 1976.
626 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Oktober 1976.

ausschusses so erfolgreichen Wallmann in die Führungsmannschaft der Bonner Opposition einzubauen gedachte[627].

Das geschah zwar auch mit Wallmanns Bestallung zum parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion im Dezember 1976[628], trotzdem wurde vorher noch, Ende Oktober 1976, publik, daß Wallmann um den Posten des Frankfurter Oberbürgermeisters kandidieren werde und ihn der CDU-Vorsitzende Kohl dafür „freigegeben" habe[629]. Die treibende Kraft hinter der Kandidatur war zunächst Alfred Dregger gewesen[630], der in der Eroberung der Mainmetropole einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Weg der CDU zur Übernahme der hessischen Landesregierung erblickte („wer Frankfurt hat, hat Hessen"[631]). An einem schönen Augusttag 1976 vergatterte Dregger seinen stellvertretenden Vorsitzenden in dessen Eigenheim in Marburg: „Du mußt für uns nach Frankfurt". Doch nicht nur die Frau des Umworbenen war skeptisch („Das können Sie meinem Mann nicht antun"), weil ihr „Krankfurt" als eine Art Chicago in seinen schlechtesten Tagen galt[632]. Auch Wallmann selbst zögerte; zum einen wegen seiner vorrangigen Interessen für die Deutschland- und Sicherheitspolitik, zum anderen auch, weil er wenig Chancen für die CDU sah, zur entscheidenden Kraft im Römer zu werden.

Wenn Wallmann sich schließlich doch zur Kandidatur durchrang, so deshalb, weil die Spitzen der hessischen und der Bundes-CDU übereingekommen waren, während der hessischen Kommunalwahlen „in Frankfurt eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der SPD und der FDP auszutragen". Am „Beispiel Frankfurts" sollte für die in den Großstädten bis dahin nicht sonderlich erfolgreiche „CDU-Kommunalpolitik in der ganzen Bundesrepublik deutlich" gemacht werden, wie „positiv" sich die CDU-Programmatik auswirken würde[633]. Ein CDU-Erfolg in Frankfurt würde zudem „wahrhaftig die Fortsetzung der Trendwende im Quadrat" bedeuten, ein „bundesweites Signal" dafür, daß der knappe Sieg der sozialliberalen Regierung bei den Bundestagswahlen des 3. Oktober den Aufstieg der CDU nicht gestoppt hatte[634]. Wallmanns Bereitschaft zur Kandidatur wurde schließlich wohl dadurch befördert, daß die CDU in Frankfurt, auch nach Dreg-

627 Ebd., 20. Oktober 1976. Zum Ablauf der internen Gespräche zwischen dem hessischen CDU-Landesgeschäftsführer Manfred Kanther, seinem Vorsitzenden Dregger, Wallmann und Kohl siehe den Vermerk Kanthers „für Herrn Dr. Dregger", 19. Oktober 1976. ACDP: LV Hessen. 020-043/1.

628 ACDP: Depositum Wallmann. I/742-067/7. Wallmann an den CDU-Kreisverband Marburg, Herrn Junck, 16. Februar 1977.

629 Frankfurter Rundschau, 28. Oktober 1976.

630 Zu Dreggers trickreichen Bemühungen, ihn als Oberbürgermeisterkandidaten für Frankfurt zu gewinnen: Wallmann, Im Lichte der Paulskirche, S. 93.

631 So lautete nach Wallmanns Erinnerung ein „ständiger Ausspruch" Dreggers. Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 112.

632 So berichtet in einem Rückblick die *Frankfurter Neue Presse*, 4. Juni 1986.

633 FAZ-Artikel „Die CDU will in Frankfurt ein Beispiel geben. Strategien für den nächsten Kommunal-Wahlkampf", in: IfSG: S 2/1400a.

634 Frankfurter Neue Presse, 29. Oktober 1976. In diesem Sinne rechtfertigte Wallmann seine Frankfurter Kandidatur auch gegenüber den Parteifreunden in Marburg: Es sei „sehr wichtig", wie die CDU in den ersten Wochen nach den Bundestagswahlen vom 3. Oktober 1976 abschneide. Ein Erfolg bei den Kommunalwahlen würde auch „Auftrieb in Bonn" für die CDU bedeuten. ACDP: Depositum Wallmann. I/742-067/7. Wallmann an den CDU-Kreisverband Marburg, Herrn Junck, 16. Februar 1977.

gers Überzeugung, angesichts des riesigen Vorsprungs der SPD „gar nicht gewinnen“ konnte und es allein darum zu gehen schien, im Blick auf das angestrebte Ziel einer CDU-Regierung in Hessen möglichst viel Boden in der Mainmetropole gut zu machen und „ein Zeichen zu setzen“[635].

Wallmann selbst sah Frankfurt als „besonders markantes“ Exempel der „Machtverfilzung“ zwischen „der Stadt und der regierenden SPD“; eine Stadt „mit einer so liberalen Tradition“ habe eine so „selbstherrliche Regierung“ nicht verdient, die „unter dem Druck ihrer Parteilinken stehe und zwischen den Interessen von Partei und Bürgerschaft nicht mehr unterscheiden könne“[636]. Solche Bemerkungen ließen in der Frankfurter CDU rasch vergessen, daß sich Wallmann „nicht freiwillig für das Frankfurter Kommando gemeldet“[637] hatte. Das war Vergangenheit, nachdem der Marburger Politiker seinen Hut endlich in den Frankfurter Ring geworfen hatte. Denn alle wußten: „Wallmann ist unser Wunschkandidat“; und „als einer der besten Politiker unseres Landes“[638] würde er „bei der Frankfurter CDU eine überragende Mehrheit finden“[639].

„Persönliche Integrität“[640], Erfahrungen nicht nur in der Bundes- und Landes-, sondern eben auch in der Kommunalpolitik hatte der Volljurist Wallmann vorzuweisen; schließlich war er Stadtverordneter in Marburg und dort bereits einmal 1970 „bis auf Rasiermesserbreite“ an das Amt des Oberbürgermeisters herangekommen. Nur ein „Abschwenken der FDP“ hatte dies im letzten Moment verhindert[641]. Außerdem kannte Wallmann Frankfurt, weil er dort sein Staatsexamen abgelegt hatte und am Gericht tätig gewesen war[642]. Vor allem aber zehrte Wallmann noch immer vom Nimbus des ehrlichen Vermittlers, den er sich in den schweren Konflikten um die „Gruppe 70“ vor einem halben Jahrzehnt erworben hatte. Daß den Anlaß zur Initiative dieser neuen Gruppe seines Erachtens der etablierte „Parteiflügel um Fay und Gerhardt gegeben“ hatte, vertraute Wallmann so erst viel später seinem Memoirenbuch an: „das sollte nicht vergessen werden“. Als Streitschlichter im Jahr 1971 aber hatte es der Politiker verstanden, jeden Anschein einer Parteinahme für eine der beiden Seiten zu vermeiden, so daß es ihm, wie er meinte, „einigermaßen, aber nicht mit Glanz und Gloria“[643] gelungen sei, die Gräben einzuebnen und er künftig für das Gros der Frankfurter CDU akzeptabel erschien. Dem einstimmigen Votum des CDU-Kreisvorstands für die OB-Kandi-

635 Rotberg/Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 112.
636 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 1976.
637 Frankfurter Neue Presse, 29. Oktober 1976. Riesenhuber hatte schon 1974 mit Wallmann wegen einer Bewerbung um den Chefsessel im Römer gesprochen, und der CDU-Kreisvorsitzende machte jetzt auch gar keinen Hehl daraus, daß „Bonner Erwägungen“ des Bundestagsabgeordneten die Sache so lange verzögert hatten. Ebd.
638 ACDP: KV Frankfurt. II-045-199. CDU-Zeitungsanzeige „Der bessere Mann soll Oberbürgermeister werden“.
639 So prophezeite ein führender Frankfurter CDU-Politiker, der noch anonym bleiben wollte, schon Anfang Oktober 1976. Frankfurter Neue Presse, 6. Oktober 1976.
640 Diese Eigenschaft stellte Fraktionsvorsitzender Moog besonders heraus. Frankfurter Neue Presse, 29. Oktober 1976.
641 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. März 1977.
642 Frankfurter Rundschau, 13. Januar 1977 („Wallmann: ‚Bereit für diese schöne Stadt‘“).
643 Dazu seien „die Vorbehalte zu groß, manchmal geradezu haßerfüllt“ gewesen. Wallmann, Im Lichte der Paulskirche, S. 97.

datur Wallmanns Mitte November 1976 folgte zwei Wochen später die endgültige Nominierung durch einen kommunalpolitischen Parteitag der CDU[644].

Was war das für ein Mann, der sich jetzt, im Alter von 44 Jahren, anheischig machte, die eherne rote Zitadelle am Main zu schleifen, und welches „Image" wurde ihm zugeschrieben? Walter Wallmann entstammte einer Familie aus der urpreußischen Altmark. Den Krieg hatte er noch intensiv miterlebt und mit seinen eigenen Händen Tote begraben. Wallmanns Vater hatte als Realschullehrer im niedersächischen Uelzen gewirkt und seinen beiden Söhnen bürgerliche Werte und Pflichtbewußtsein vermittelt. Walter Wallmann liebte klassische Musik, las am liebsten Werke von Goethe, Kant, Grass und Böll, aber auch Historiker wie Golo Mann und Lothar Gall hatten es ihm angetan[645]. Und eigentlich wäre Wallmann auch gerne Geschichtsprofessor geworden; doch woher „sollte man den Optimismus nehmen, zu jenen wenigen zu gehören, die es in angemessener Zeit zu einem Ordinariat brachten?"[646] So studierte Wallmann in Marburg Rechts- und Staatswissenschaften. Als nach seiner Promotion nochmals die Versuchung an ihn herangetragen wurde, sich an der juristischen Fakultät zu habilitieren und eine Hochschullaufbahn anzustreben, bewahrte ihn seine junge Frau davor: Ihm fehle die für einen Gelehrten erforderliche „distanzierte Uninteressiertheit", bei ihm dränge „alles immer auf ein Entscheiden hin."[647]

Doch auch im Amte eines Richters am Land- bzw. Amtsgericht hielt es Wallmann nicht lange aus. 33jährig wurde er von der Marburger CDU, in der er sich sechs Jahre vorher zu engagieren begonnen hatte, für den hessischen Landtag nominiert und gehörte ihm von 1966 bis 1972 an, ehe er in den Bundestag wechselte. In seinen Erinnerungen zeichnet sich Wallmann als „ein Mann der Mitte, von extremen Positionen, wie sie gelegentlich in den Sozialausschüssen vertreten wurden, ebensoweit entfernt wie vom Wirtschaftsrat", der ihm „manchmal das Wort sozial im Zusammenhang mit dem Begriff Marktwirtschaft zu sehr vergaß"[648]. So sehr die Selbstcharakterisierung zutraf, war Wallmann doch seinem ganzen Habitus nach ein Konservativer. „Die Haltung ist das letzte, was wir aufgeben", sagte Wallmann in einem *Spiegel*-Gespräch einmal über sich[649]. „Nie auf der Schaumkrone des Zeitgeistes" überschrieb die *Frankfurter Allgemeine* einen Artikel zu Wallmann, dem auch seine Freunde zugute hielten, „im besten Sinn konservativ, wahrhaftig und gleichzeitig offen und tolerant gegenüber Menschen mit anderen politischen Vorstellungen zu sein"[650]. Nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister würde Wallmann das „Du" in der Verwaltung abschaffen, eine „strikte Kleiderordnung" einführen[651] und auch die von Arndt – in sonst bei ihm ungekannter 68er-Manier – als „Traditionsklimbim"[652] verschmähte Amtskette wieder anlegen.

644 Frankfurter Rundschau, 16. und 29. November 1976.
645 Schomann, Frankfurter Porträts, S. 357; vgl. auch das Porträt „Frankfurts neuer Mann", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. März 1977.
646 Wallmann, Im Lichte der Paulskirche, S. 45.
647 Ebd., S. 51f.
648 Ebd., S. 8.
649 Der Spiegel, 28. März 1977 (Nr. 14), S. 28.
650 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Oktober 2002.
651 Frankfurter Neue Presse, 29. Oktober 2002.
652 Felsch, Aus der Chefetage, S. 144.

Unbeschadet seiner grundkonservativen Reputation stand der CDU-Politiker, sei es wegen seiner freundlich-vollen Gesichtszüge, sei es, weil er als „ein höflicher Mann“[653] bekannt war, der sich stets im Griff hatte, im Rufe eines „sanften Machers“[654]. Das Urteil, er gelte als „Rechter“, ohne von der Linken als „Scharfmacher“ verunglimpft werden zu können[655], sah indes allzusehr von den Gesetzmäßigkeiten des politischen Tageskampfes ab. Die Sozialdemokraten wußten nämlich sehr wohl, welch „harter Knochen“ es da am Main mit ihnen aufnahm. Sie hatten Wallmann schon als ganz jungen Abgeordneten im Hessischen Landtag etwa in der Debatte um die Überwachung des SDS durch den Verfassungsschutz am 14. Dezember 1967 skandalisieren hören, „daß sich maßgebliche Politiker der südhessischen SPD von den Forderungen radikaler SDS-Vertreter nach Beseitigung der parlamentarischen Demokratie nicht distanzierten“[656]. Auch in den folgenden Jahren hatte Wallmann als stellvertretender CDU-Landesvorsitzender an der Seite des entschieden konservativen Alfred Dregger[657] keine Gelegenheit verstreichen lassen, die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Frankfurter SPD, die „Ohnmacht dieses Unterbezirks gegenüber dem Vormarsch der auf Abschaffung der bestehenden Ordnung drängenden Sozialisten“, zu geißeln. Bei der von „Systemgegnern gesteuerten“ Frankfurter SPD mache sich, so Wallmann, der „Zauberlehrlingseffekt“ bemerkbar. Die „ultralinken Geister“, die man einst gerufen habe, werde man nun nicht mehr los[658].

Kein Wunder, daß die Frankfurter SPD den CDU-OB-Kandidaten Wallmann sofort und massiv unter Beschuß nahm. Amtsinhaber Arndt überließ das Werk nicht einmal seinen niederen Chargen, sondern donnerte selbst los: Er kenne Wallmann als „einen der erzkonservativsten CDU-Politiker“, der „nicht mehr ins Konzept der einstmals liberalen Frankfurter CDU“ gehöre[659]. Sehr zupaß kam Arndts Frontalangriff der vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß am 19. November 1976 herbeigeführte Beschluß der CSU-Landesgruppe, sich aus der traditionellen Fraktionsgemeinschaft mit der Schwesterpartei CDU im Bundestag zu lösen. Nach Ansicht der Frankfurter SPD hatte der – auf persönliche und strategische Konflikte zwischen Strauß und Kohl zurückzuführende – Kreuther Trennungsbeschluß „unmittelbare kommunalpolitische Auswirkungen“. Die Frankfurter CDU habe schon nicht verhindern können, daß die Strauß-Anhänger unter Dreggers Vorsitz in der hessischen CDU „ständig an Boden gewonnen“ hätten; nun müßte sie es auch noch hinnehmen, daß mit Wallmann „einer der profilierte-

653 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. März 1977.
654 Frankfurter Neue Presse, 4. Juni 1986.
655 Wiedemeyer, gefragt: WalterWallmann, v. a. S. 37ff.
656 Wallmann, Im Lichte der Paulskirche, S. 155.
657 Aufschlußreich zum Verhältnis beider Politiker ist das außerordentlich differenzierte, letztlich sehr positive Porträt Dreggers, das Wallmann in seinen Erinnerungen zeichnet, auch wenn Dregger „sein ganzes Leben lang auch mit sich selbst gekämpft“ habe. Wallmann, Im Lichte der Paulskirche, S. 63.
658 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. August 1973. Vgl. auch Wallmanns Forderung, die südhessische SPD solle Jusos, die an der Militärparade am 1. Mai in Ostberlin teilgenommen hatten, aus der Partei ausschließen: „Andernfalls könne man der SPD die Beteuerung nicht mehr abnehmen, daß sie einen anderen Sozialismus wolle als die Machthaber in Mitteldeutschland.“ Frankfurter Rundschau, 15. Mai 1973.
659 Frankfurter Neue Presse, 29. Oktober 1976.

sten Parteigänger des CSU-Vorsitzenden im hessischen Landesverband" ihr Oberbürgermeisterkandidat sein solle. Wallmann bekenne sich schon seit Jahren „eindeutig zu Strauß und dessen rechtskonservativer und teilweise reaktionärer Politik"[660], er repräsentiere die verantwortungslose „Unionspolitik nach Sonthofener Muster"[661], ja sei, wie Arndt auf einem SPD-Parteitag ausrief, ein „CSU-Mann vom Scheitel bis zur Sohle"[662]. SPD-Fraktionsvorsitzender Hans Michel bezeichnete Wallmann gar als „Wunschkandidaten der Sozialdemokraten", weil er für eine „schwarz-weiß-rote, deutschnationale Politik" stehe, gegen die sich das Wählerpotential der SPD besser mobilisieren lasse als etwa gegen einen Leisler-Kiep[663]. „Wallmann ist kein Kiep", sekundierte der sozialliberale FDP-Kreisvorsitzende von Schoeler, erleichtert darüber, daß so ein „rechter Flügelmann" der CDU „auf Liberale keine besondere Attraktion" ausüben werde[664].

Während sich Wallmann zum Streit der beiden Unionsschwestern nur „sehr zurückhaltend" äußerte, übernahm CDU-Kreisvorsitzender Riesenhuber die Verteidigung: Die Linie der Frankfurter CDU werde „nicht in Bayern vorgeschrieben", der Schritt der CSU sei ein „verhängnisvoller Fehler"[665]. Zum Glück für die wahlkämpfende Frankfurter CDU war das Thema „Kreuth" mit der Rücknahme des Trennungsbeschlusses Mitte Dezember 1976 im wesentlichen vom Tisch; ansonsten wäre von dem merkwürdigen Versuch des politischen Gegners, ausgerechnet den von Kohl so geförderten Wallmann als wilden, rechtsreaktionären Straußianer hinzustellen, vielleicht doch etwas hängen geblieben.

Der CDU-Politiker verstärkte, gewiß auch unter dem Eindruck dieser Kampagne, in den ersten Auftritten als Frankfurter OB-Kandidat seine von Anfang an erkennbaren Bemühungen, ein möglichst „liberales" Bild von sich zu zeichnen[666]. Wallmann hatte bereits in der Pressekonferenz anläßlich seiner Benennung durch den CDU-Kreisvorstand Mitte November 1976 beklagt, daß es wegen der Verquickung sozialdemokratischer Partei- mit Stadtinteressen „an einer liberalen Offenheit" in Frankfurt fehle, und angekündigt, sich für eine „liberale Erneuerung" einzusetzen[667]. Die liberale Grundmelodie intonierte der CDU-Kandidat während des ganzen Wahlkampfes mit großer Ausdauer, sei es im Gespräch mit der Redaktion der *Frankfurter Rundschau* („Wir sind die Liberalen, nicht die anderen")[668], sei es „draußen" in den Versammlungen. Der liberalen Profilierung Wallmanns mochten auch biographische Details Glaubwürdigkeit verleihen, die im Wahlkampf an die Öffentlichkeit drangen: Daß etwa seine Eltern als Mitglieder

660 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. November 1976 („SPD stellt Wallmann in die CSU-Ecke").
661 AdsD: Bezirk Hessen-Süd II. Kommunalwahl 1977. Darin die SPD-Wahlkampfzeitschrift „Kommunal-Report", Nr. 3, Dezember 1976.
662 Frankfurter Neue Presse, 11. Dezember 1976.
663 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Oktober 1976.
664 Frankfurter Neue Presse, 29. Oktober 1976.
665 Frankfurter Rundschau, 29. November 1976.
666 Unabhängig davon ging die politische Werbeagentur, die den Frankfurter CDU-Wahlkampf beriet, davon aus, „daß man Wahlen mit Konfrontation gewinnen kann". Dies hätten Dreggers Landtagswahlkämpfe demonstriert.
ACDP: KV Frankfurt. II-045-199. Helmut Knaup & Partner, 7. Januar 1977, Grundsatzüberlegungen für die Technische Kommission.
667 Frankfurter Neue Presse, 16./17. November 1976.
668 Frankfurter Rundschau, 5. Februar 1977.

der Bekennenden Kirche von den Nationalsozialisten bedrängt und schikaniert worden waren[669], oder daß er mit einer rechtsphilosophischen Arbeit gegen die Prügelstrafe promoviert worden war[670].

Schon in Wallmanns mit Spannung erwarteter Antrittsrede vor dem CDU-Nominierungsparteitag Ende November 1976 fiel „kaum ein anderes Wort […] häufiger […] als der Begriff ‚liberal'". Er sprach von „liberaler Grundordnung, liberalem Staat, liberaler Tradition, liberalen Überzeugungen, kurzum: das ‚Liberale' bestimmte deutlich seine Aussagen."[671] Dahinter steckte freilich nicht nur das Bemühen, aus der „Harzburger Ecke"[672] herauszukommen, in die der politische Gegner ihn so gerne einsortierte. Wallmanns „liberale" Doppelstrategie enthielt vielmehr ein indirektes Koalitionsangebot an die FDP, da „selbst die kühnsten Optimisten in der CDU" nicht mit einer absoluten Mehrheit rechneten; für den Fall aber, daß die Freien Demokraten auf eine klare Koalitionsaussage zugunsten der CDU verzichten würden, drohte Wallmann damit, „in die Pfründen der Freien Demokraten einzudringen"[673]. Dieser Umgang mit der FDP war schon deshalb logisch zwingend, weil Wallmann ein Regierungsbündnis mit der SPD im Römer kategorisch ausschloß: „Mit Sozialdemokraten […] könne man koalieren, mit Sozialisten, wie man sie in der Frankfurter SPD antreffe, nicht. […] Die CDU ist die Partei der Freiheit. Freiheit und Sozialismus schließen sich aus."[674]

Das erste Echo auf die Kandidatur Wallmanns im Frankfurter Blätterwald ließ bereits erahnen, wie spannend die Auseinandersetzung werden würde. Selbst die *Frankfurter Rundschau*, die es dem „kieselharten Konservativen" verübelte, daß er den Kommunalwahlkampf zumindest unterschwellig im Zeichen der „bösen Gespensterformel[675] […] ‚Freiheit statt Sozialismus'" führen würde, registrierte nicht ohne Anerkennung den euphorischen Beifall der CDU-Delegierten auf Wallmanns Nominierungsrede. Der Kandidat habe der hiesigen CDU „ein völlig neues Gefühl vermittelt: nämlich geführt zu werden". Die SPD solle den Marburger nicht unterschätzen: „Er zählt nicht ohne Grund schon zur ersten Garnitur der Bundes-CDU."[676] Der Kommentator der *Frankfurter Allgemeinen* hatte zwar den Eindruck gewonnen, Wallmann habe seine „ernsten Absichten" auf das Ober-

669 Vgl. Deutsche Zeitung, 18. März 1977. Selbst die Wallmann-kritische *Frankfurter Rundschau* (Kommentar „Wortkaskaden" vom 29. November 1976) bemerkte dazu, daß der CDU-Kandidat „aus einem Haus mit tadelloser antifaschistischer Tradition" stamme und schwerlich als „Schwarz-Weiß-Rot" gebrandmarkt werden könne.

670 Wallmann, Zur strafrechtlichen Problematik des Züchtigungsrechtes der Lehrer.

671 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 1977 (Kommentar von Günter Mick „Unter liberaler Flagge").

672 Deutsche Zeitung, 18. März 1977.

673 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 1977.

674 Frankfurter Rundschau, 29. November 1976. Die Kurzfassung des CDU-Wahlprogramms für 1977 griff den Gedanken gleich in der Überschrift auf: „Ein Programm für freie Bürger". ACDP: KV Frankfurt. II-045-199. Vgl. im selben Bestand auch das Flugblatt „Freie Bürger brauchen eine starke CDU".

675 Die Formel war von der CDU schon im zurückliegenden Bundestagswahlkampf verwendet worden.

676 Frankfurter Rundschau (Kommentar „Wortkaskaden"), 29. November 1976. Noch sehr viel freundlicher äußerte sich die *Neue Presse* über Wallmanns „eindrucksvolle Rede". Wenn es dem CDU-Kreisverband gelinge, Wallmans „klare Grundsatzpositionen mit konkreten Frankfurter Beispielen zu illustrieren", würden es die Sozialdemokraten „in den nächsten Monaten nicht leicht haben". Frankfurter Neue Presse, 29. November 1976.

bürgermeisteramt glaubhaft machen können. Den wunden Punkt des Kandidaten sah er aber weiterhin in dem Verdacht, den Wahlkampf gegen Rudi Arndt womöglich bloß als „lästige Pflichtübung“ zu begreifen[677].

Wallmann schürte den Verdacht noch, als er sich Ende Dezember 1976 auf Wunsch seiner Marburger Parteifreunde zum „Spitzenkandidaten für die dortige Kommunalwahl küren“[678] ließ. Da er in Frankfurt wegen seines anderen Wohnsitzes ohnehin keinen Platz auf der CDU-Liste für die Stadtverordnetenversammlung einnehmen konnte und die wirkliche OB-Wahl im Römer voraussichtlich erst 1978 stattfinden würde, war das Ganze rechtlich nachvollziehbar und technisch unproblematisch. Politisch aber war es ein schwindelerregender Drahtseilakt. Unter der Rubrik „Frankfurter Geflüster“ hieß es dazu in der Presse: Wallmann, „unter anderem OB-Kandidat der Frankfurter CDU“, turne „am liebsten mit Netz“. „In offenbar realistischer Einschätzung seiner hiesigen Chancen“ habe er sich jetzt auch von der Marburger CDU aufstellen lassen[679].

Die parteipolitischen Gegner der CDU stießen in das gleiche Horn. Die FDP-Fraktionsvorsitzende Sollwedel sah sich in der Ansicht bestärkt, daß die Frankfurter Kandidatur Wallmanns „nicht ernst gemeint“ sei. Ihr SPD-Kollege Michel sagte, Wallmann sei ein „typischer Multifunktionär“, der anderen den Vorwurf der „Ämterpatronage“ anhänge und selbst auf drei Schultern trage[680]. Eilends versuchte Wallmann auf dem Neujahrsempfang der Frankfurter CDU, den Schaden zu begrenzen. Selbstverständlich werde er gegebenenfalls „seine Verpflichtungen in Marburg aufgeben“ und bereit sein, nach Frankfurt, „in diese schöne Stadt“, zu kommen[681]. Doch schon wenige Tage später wurde er in der *Rundschau* mit dem Marburger Kommunalwahlprospekt der CDU konfrontiert: „Auch weiterhin wird Dr. Wallmann als Spitzenkandidat für Marburgs Zukunft arbeiten. Er soll Stadtverordnetenvorsteher bleiben.“[682] Vor diesem Hintergrund war es nicht nur ein kleiner, sondern ein hochnotpeinlicher, vom politischen Gegner auch weidlich ausgeschlachteter Ausrutscher, wenn Wallmann eine Wahlversammlung in Frankfurt mit den Worten eröffnete: „Liebe Marburger.“[683]

Die Wallmann gegenüber skeptische Presse zeigte sich bis zum Schluß des Wahlkampfs überzeugt, daß der CDU-Kandidat „das Handikap als Ortsfremder bei Rathausdingen mitzureden, […] nicht abschütteln“ konnte[684]. Der so kritisierte aber ließ sein Marburger Engagement „bewußt schleifen“, um die Zweifel am Ernst seiner Frankfurter Bewerbung auszuräumen[685]. Zudem attackierte CDU-Kreisvorsitzender Riesenhuber zur Entlastung des schwer bedrohten Frontabschnitts den SPD-Oberbürgermeister massiv. Dessen Kandidatur auf der Frankfurter SPD-Stadtverordnetenliste sei der eigentliche Skandal, weil Arndt dieses

677 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 1976.
678 Frankfurter Rundschau, 30. Dezember 1976.
679 Ebd.
680 Ebd., 6. Januar 1977.
681 Ebd., 13. Januar 1977.
682 Ebd., 15. März 1977.
683 AdsD: Bezirk Hessen-Süd II. Kommunalwahl 1977. Darin die SPD-Wahlkampfzeitschrift „Kommunal-Report“, Nr. 6, März 1977.
684 Frankfurter Rundschau, 8. März 1977.
685 Frankfurter Neue Presse, 11. Februar 1977.

Amt gar nicht annehmen könne, solange er Rathauschef bleibe[686]. Arndts Agieren widerspreche „geltendem Rechtsempfinden", ja müsse als „Wählerbetrug" gewertet werden[687].

Die wechselseitigen Vorwürfe gegen die Spitzenkandidaten waren charakteristisch für einen Wahlkampf, der von beiden Seiten stark personalisiert geführt wurde. Nicht nur die CDU wollte ihre Kampagne „ganz auf Wallmann abstellen"[688], auch die SPD setzte voll auf ihren „Dicken"[689], wie man den gewichtigen 1,90 Meter-Mann Arndt parteiintern nannte[690]. Immerhin rangierte der Oberbürgermeister in den Umfragen 20 Prozentpunkte vor seiner von vielen nicht mehr sehr geliebten Partei. Ein „Rudi hier und Rudi dort"-Wahlkampf der SPD war die Folge[691]. Arndt, so die Botschaft, sei „der Mann, der eine schlingernde Stadt wieder regierbar" gemacht habe, „der Garant für eine solide Zukunft"[692]. Die Personalisierung konnte auch deshalb solche Ausmaße annehmen, weil sich hier zwei Politiker duellierten, die man sich, obzwar beide Juristen, „grundverschiedener nicht denken" konnte. Der kühlen Sachlichkeit des preußisch-norddeutschen Lehrersohnes Wallmann stand das witzig-schlagfertige rheinhessische Naturell des gebürtigen Wiesbadeners Arndt gegenüber, dessen Mutter aus Frankfurt stammte: „ein Volkstribun und Volksfesttyp, wie geschaffen zum Bad in der Menge."[693] Seinen 50. Geburtstag am 1. März 1977, wenige Wochen vor den Kommunalwahlen, feierte der „allen Lebensfreuden zugetane" Arndt ganz groß im Römer in der Art eines frühneuzeitlichen Barockfürsten[694]. Und während Wallmann musische Neigungen verspürte, hatte Arndt keine Scheu einzugestehen, daß er sich „bei Opernaufführungen meist langweile"[695].

So verschieden beide Persönlichkeiten waren, so unterschiedlich sprangen sie mit ihrem Widersacher um. Anders als Arndt, der ihn auch persönlich massiv anging, mochte sich Wallmann zunächst an den „rüpelhaften Verbalinjurien und Diffamierungen" des Konkurrenten nicht beteiligen, der schon immer zu den „skrupellosen Diffamierern" gehört habe[696]. Statt mit dem schweren Säbel ver-

686 Dieses Entlastungsargument der CDU wog allerdings ziemlich leicht, denn in anderen Städten hatte die CDU ihrerseits kommunale Wahlbeamte als Spitzenkandidaten für die Stadtverordnetenversammlung nominiert; und wer ein nicht ganz kurzes Gedächtnis hatte, erinnerte sich noch gut daran, daß das nicht zuletzt für den Oberbürgermeister Dregger in Fulda gegolten hatte. AdsD: Bezirk Hessen-Süd II. Kommunalwahl 1977. Darin die SPD-Wahlkampfzeitschrift „Kommunal-Report", Nr. 4, Januar 1977.

687 Frankfurter Rundschau, 12. März 1977.

688 Frankfurter Neue Presse, 11. Februar 1977.

689 Frankfurter Rundschau, 8. März 1977.

690 Politik, so erklärte die SPD diese Strategie den Wählern, werde „durch Menschen gemacht. Daher stellen wir unsere Spitzenkandidaten, besonders unsere anerkannten kommunalen Wahlbeamten, besonders heraus". AdsD: Bezirk Hessen-Süd II. Kommunalwahl 1977. Darin die SPD-Wahlkampfzeitschrift „Kommunal-Report", Nr. 5, Februar 1977.

691 Frankfurter Rundschau, 17. März 1977.

692 Ebd., 8. März 1977.

693 Deutsche Zeitung, 18. März 1977.

694 Felsch, Aus der Chef-Etage, S. 145; vgl. auch S. 133.

695 Ebd., S. 148.

696 Frankfurter Rundschau, 29. November 1976. Im Verlauf des Wahlkampfes änderte sich das aber merklich. So war in einem zentralen Werbemittel, dem Kandidatenprospekt Wallmanns („Dr. Walter Wallmann. Oberbürgermeister für Frankfurt"), ausdrücklich von dem „von Skandalen und Affären schwer angeschlagenen Oberbürgermeister Arndt" die Rede. ACDP: KV Frankfurt. II-045-199.

setzte Wallmann dem Amtsinhaber jedoch schmerzhafte Stiche mit dem Florett, sei es, indem er trocken ausführte, Arndt werde „beachtlich überschätzt“[697], sei es, indem er ihn mehrfach zu einem Fernsehduell im Hessischen Rundfunk aufforderte, das Arndt aber schon deshalb kaum annehmen konnte[698], weil er damit die Ebenbürtigkeit des bloß „reingeschmeckten“ Nicht-Frankfurters anerkannt hätte. Je weiter der Wahlkampf fortschritt, desto häufiger legte auch Wallmann seine Glacéhandschuhe ab und warf z. B. Arndt persönlich vor, mittels Investitionslenkung und -kontrolle die „Axt an die soziale Marktwirtschaft“ legen zu wollen oder höchstselbst verantwortlich zu sein für die Einstellung von Kommunisten in den öffentlichen Dienst der Stadt[699]. Die Personalisierung des Wahlkampfes nahm derartige Formen an, daß eine besorgte FDP sich verzweifelt des Eindrucks zu erwehren suchte, „als gehe es nicht um die Wahl des Stadtparlaments, sondern um die Wahl von Rudi Arndt oder Walter Wallmann“. Dabei sei doch, so der FDP-Politiker Zeis, der eine von beiden „unbekannt, der andere […] zu bekannt“[700].

Vielleicht bestand darin wirklich das Dilemma einer SPD-Strategie, der kaum etwas übrig blieb, als auf Arndt zu personalisieren, obwohl dessen Popularität bereits erhebliche Schrammen abbekommen hatte. Arndt war nicht nur als ein „Mann von ungeheurer Arbeitskraft und Energie“ berühmt, sondern auch berüchtigt wegen seines „autoritären und hemdsärmeligen“ Regierungsstils[701]. Der richtige Herbert Wehner hielt den jovialen „Wehner von Hessen“ gar für einen „Schwätzer“[702]. Und auch in der Frankfurter SPD vermochte nicht einmal die Ahnung einer dräuenden kommunalpolitischen Entscheidungsschlacht die Reihen hinter Arndt so fest zu schließen, wie es nötig gewesen wäre, um im Kampf zu bestehen. Lediglich die Funktionäre im Unterbezirksvorstand dokumentierten mit ihrem einstimmigen Vertrauensvotum für den OB-Kandidaten Arndt, daß sie wußten, was die Stunde geschlagen hatte[703]. In den unübersichtlichen Scharen der 429 Delegierten aber war die Parteidisziplin sehr viel schwächer ausgeprägt: Nur 339 Stimmen für Arndts erneute Nominierung zum Spitzenkandidaten, aber 54 Nein-Stimmen und 35 Enthaltungen. Ja mehr noch, der stellvertretende Juso-Vorsitzende beschuldigte Arndt auf dem Parteitag in aller Öffentlichkeit, „kritische Stadtverordnete kaputtmachen“ zu wollen. Wohl zu recht warf Fraktionsvorsitzender Michel dem Jungsozialisten vor, sein Tun bedeute eine „Demontage“ des Spitzenkandidaten und eine „Schädigung der Partei“[704], worauf ihm freilich entgegnet wurde, Arndt „demontiere sich ab und zu selbst“[705].

Jedenfalls hatte ein Viertel der Delegierten dem seit Jahren amtierenden Oberbürgermeister ihre Stimme verweigert, und auch im Zusammenhang mit den weiteren Plätzen der Stadtverordnetenliste gab es heftigste Turbulenzen. Auf dem

697 Frankfurter Neue Presse, 11. Februar 1977.
698 Frankfurter Rundschau, 12. März 1977.
699 Ebd., 12. März 1977.
700 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Januar 1977.
701 Die Welt, 23. März 1977.
702 Im SPD-Bundesvorstand sollen beide oft grußlos aneinander vorbeigegangen sein. Bild am Sonntag, 27. März 1977.
703 Frankfurter Rundschau, 19. November 1976.
704 Ebd., 13. Dezember 1976.
705 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Dezember 1976.

vom Vorstand beschlossenen Vorschlag hatte der linke Flügel „offensichtlich Federn lassen“ müssen; sowohl bereits amtierende Stadtverordnete, die ihm zugerechnet wurden, wie prominente Jungsozialisten landeten auf unsicheren Plätzen[706]; ultralinke, wie eine zur Stamokap-Gruppe gehörende Bockenheimerin, und andere „absolute Linksaußen“ fanden gar keine Berücksichtigung. Hier wollten die verantwortlichen Gremien „lieber einen Konflikt jetzt als permanent in der Fraktion“ riskieren[707]. Andererseits beschworen sie damit die Gefahr herauf, „alte Gräben“ wieder aufzureißen, wie Juso-Vorsitzender Martin Wentz ihnen vorhielt: „Wenn keine Korrekturen vorgenommen werden, kriegen wir Ärger miteinander.“ Doch der linke Flügel konnte einzig die Nominierung des ungeliebten Polizeipräsidenten auf dem Platz 110 verhindern[708]; ansonsten aber hatte er mit seinem „Ansturm keinen Erfolg“, zumal sein früherer Wortführer Voigt darauf bestand, daß die vom Vorstand ausgearbeitete Liste „der einzig realistische Gesichtspunkt für die Integration“ der Partei sei[709].

Obwohl der Vorstand mit allen Mitteln versuchte, Gegenkandidaturen zu verhindern – die Jusos sprachen gar von „innerparteilichen Repressionen“[710] –, kam es ausgerechnet an einem für den SPD-Wahlkampf höchst neuralgischen Punkt zu einer Kraftprobe. Es handelte sich um die abermalige Kandidatur des Stadtverordneten Otto Thomazewski auf Platz 38 der SPD-Liste. Denn diese Personalie warf zwangsläufig Fragen nach den Enthüllungen und Spekulationen eines Buches auf, das der Journalist Jürgen Roth zur städtischen Baupolitik jüngst vorgelegt hatte. Den kriminellen Charakter des damit in Verbindung stehenden Milieus hatte der Autor während der Recherchen unter anderem dadurch kennengelernt, daß der Satz: „Du findest dich im Main wieder“ manchen Zeugen hatte verstummen lassen[711]. Die Karriere des 1964 in die Stadtverordnetenversammlung gewählten Schweißers Otto Thomazewski spielte in Roths Buch eine wichtige Rolle, da der sozialdemokratische Kommunalpolitiker Grundstücksgeschäfte mit der Europäischen Bauträger- und Wirtschafts-AG begünstigt haben sollte, an der er als Verwaltungsrat dieser Gesellschaft persönlich interessiert war[712]. Daß Thomazewski gegen den Vorwurf, sein Mandat zur Verfolgung persönlicher Interessen auszunutzen, nicht vorgegangen war und so die ganze Partei im Zwielicht ließ, warf ihm der linke SPD-Flügel nun vor und brachte einen Gegenkandidaten aus dem Westend in Stellung. Voigt sprang aber vehement für Thomazewski in die Bresche, charakterisierte Roths Buch als „politische Infamie“ und appellierte an die Versammlung, nicht wegen der „Gerüchte des politischen Gegners“ einen verdienten Genossen „ab[zu]knallen“[713]. Die Mehrheit der Delegierten (242) sah das so wie

706 Frankfurter Rundschau, 16. November 1976.
707 Frankfurter Neue Presse, 16. November 1976; vgl. auch Frankfurter Neue Presse, 19. November 1976.
708 Vom Parteivorstand war Polizeipräsident Knut Müller auf diesen Platz gesetzt worden, weil eine Kandidatur für die Stadtverordnetenversammlung die Voraussetzung dafür war, später eventuell ehrenamtliches Magistratsmitglied zu werden.
709 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Dezember 1976.
710 Frankfurter Neue Presse, 13. Dezember 1976.
711 Roth, Z. B. Frankfurt, S. 101.
712 Ebd., S. 121ff.
713 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Dezember 1976.

Voigt, doch verwies die große Zahl der Thomazewski-Gegner (177) auf den politischen Sprengstoff des mit der Kandidatur verbundenen Themas.

Dies galt um so mehr, als das mit dem Immobilienbereich eng verwobene zweite große Skandalon der letzten Jahre, die SPD-Spendenaffäre, ebenfalls nicht ganz vom Nominierungsparteitag ferngehalten werden konnte. Was zu den Spenden zu sagen sei, habe die Frankfurter SPD schon vor eineinhalb Jahren „offen zugegeben", hatte Arndt in der Frühphase des Wahlkampfs im Oktober 1976 beteuert. Das fortgesetzte öffentliche Interesse konnte sich der Oberbürgermeister nur so erklären, „daß die SPD aufgrund ihres eigenen Anspruchs stärkeren moralischen Anforderungen als andere Parteien in allen Spendenangelegenheiten ausgesetzt" sei[714]. Doch für die SPD-Basis, die um die Brisanz des Themas in der Bevölkerung wußte, war die Sache damit nicht vom Tisch. Die Bockenheimer Ortsvereine I und II forderten, alle über 20 000 Mark liegenden Spenden an die SPD künftig zu veröffentlichen und auch keine Spenden „von Strohmännern oder Strohmännerinstitutionen" zu akzeptieren[715]. Der Regie des Unterbezirksparteitags gelang es zwar, durch einen eher harmlosen Vorstandsantrag „alle weitergehenden Vorlagen aus den Ortsvereinen" zu ersetzen und den Bockenheimer Wunsch nach Aufnahme eines kritischen Parteispendenpassus in das kommunale Wahlprogramm zu vertagen[716]. Aber ganz wegzudrücken war der peinliche Spenden- und Baukomplex nicht mehr. Einmal machten Vorwürfe die Runde, für Baugenehmigungen hätten die Interessenten „Zwangsinserate" in SPD-Zeitungen aufgeben müssen[717], ein andermal verlor Arndt im Untersuchungsausschuß des Landtages die Contenance[718], und wenige Tage vor den Wahlen hielt die *Frankfurter Neue Presse* noch einmal fest, daß Arndt nach dem Abela-Urteil in letzter Instanz von jedermann beschuldigt werden dürfe, „massiv Recht und Gesetz verletzt" zu haben[719].

Als dritte Ingredienz war dem brodelnden Topf der Bau- und Spendenaffären das klebrige Element des Filzes beigegeben. Daß „sozialistische Dezernenten" unter Mißachtung der Wählermeinung in den Monaten vor dem Kommunalwahltermin „von ihren Genossen" noch schnell wiedergewählt worden waren, geißelte die CDU mit Nachdruck[720]. Denn die Dezernentenwahlen fügten sich bestens in das spätestens seit 1972 entstandene Gesamtbild, daß „Frankfurt gleich SPD bedeute". Die Kommunalverwaltung war „fest in sozialdemokratischer Hand; wer dort etwas werden wollte, mußte schon im Besitz des richtigen Parteibuches sein. Über wichtige Karrieren im öffentlichen Dienst der Stadt entschied der SPD-Un-

714 Arndt schloß aber aus, daß gegen ihn wie gegen Osswald vorgegangen werden könnte und verglich die Pressekampagne gegen den Ministerpräsidenten mit „Praktiken in den letzten Tagen der Weimarer Republik". Frankfurter Rundschau, 11. Oktober 1976. Wie Arndt nahm auch Kulturdezernent Hoffmann „für die SPD" in Anspruch, „moralischer sein" zu sollen „als die CDU". Frankfurter Rundschau, 15. März 1977.

715 Ebd., 26. November 1976.

716 Frankfurter Neue Presse, 13. Dezember 1976.

717 Frankfurter Neue Presse, 3. Dezember 1976.

718 Frankfurter Rundschau, 18. Januar 1976.

719 Frankfurter Neue Presse, 12. März 1977. Auch die Causa Helaba war als Belastungsfaktor für den SPD-Wahlkampf keineswegs ausgeräumt. Vgl. etwa das Argumentationspapier „Heißer Draht" zur Sanierung der Helaba. AdsD: Bezirk Hessen-Süd. II. Kommunalwahl 1977.

720 ACDP: KV Frankfurt. II-045-199. Prospekt (mit Porträtbild Wallmanns) „Dr. Walter Wallmann. Oberbürgermeister für Frankfurt. 20. März. Frühlingsanfang".

terbezirksvorstand […]. Die Partei war allgegenwärtig und allmächtig; sie hatte krakenhaft Amt für Amt okkupiert."[721] So hielt es etwa die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer für notwendig, den Unterbezirksvorstand darüber zu informieren, daß „der Leiter der pädagogischen Abteilung des Stadtschulamtes […] nicht der SPD angehört". Der UB-Vorsitzende Zander unterrichtete daraufhin eilig den SPD-Schuldezernenten Rhein, der ihm zusagte, „die ganze Angelegenheit zu überprüfen, um sofort seine Schlüsse daraus zu ziehen"[722]. Zu diesem nach Filzokratie aussehenden Gesamtbild gehörte auch, daß von 15 Frankfurter SPD-Vorstandsmitgliedern Mitte der 1970er Jahre 14 beruflich selbst in der Kommunalverwaltung oder im Parteiapparat angesiedelt waren[723].

Angesichts dessen kam der CDU-Opposition ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts wie gerufen, das Anfang März 1977 die Öffentlichkeitsarbeit der sozialliberalen Bundesregierung im zurückliegenden Bundestagswahlkampf für verfassungswidrig erklärte. Denn auch im Frankfurter Kommunalwahlkampf sah die CDU das Gebot der Chancengleichheit der Parteien verletzt, etwa durch die vom Rathaus herausgegebene „Stadt-Illustrierte", die lediglich den Oberbürgermeister beweihräuchere, nicht aber kommunalpolitische Informationen an den Bürger weitergebe[724]. „Unterschwellige Wahlwerbung zugunsten der Sozialdemokraten" wurde nach Ansicht der CDU seit Monaten von den „meisten städtischen Ämtern" durchgeführt. Ihre Vermutung, daß es „ganz offensichtlich […] eine dienstliche Anweisung" zu solchen „Public-Relations-Aktionen" geben müsse[725], war nicht aus der Luft gegriffen. Denn die Gruppe der sozialdemokratischen Magistratsmitglieder war in den Wahlkampf der SPD voll eingebunden[726], so daß die Bürger geradezu mit einer „Flut von Broschüren, Faltblättern und Gutachten" überschüttet wurden, die den Steuerzahler teuer zu stehen kamen[727]. Die CDU-Magistratsmitglieder hatten die umstrittensten Materialien vorher nie gesehen und ihnen schon gar nicht zugestimmt[728]. Zwar wurde erst nach dem Wahltag über die Klage der CDU vor dem Verwaltungsgericht befunden[729], doch es war fraglich, ob Arndts sarkastische Replik auf die juristischen Schritte der CDU überall gut ankam: „Sie [die CDU, M.K.] wird auch gegen meinen 50. Geburtstag Verfassungsklage einreichen."[730]

721 Lösche/Walter, Die SPD, S. 368.
722 AdsD: SPD UB Frankfurt. UB Vorstand – Protokolle 1969. Grüner Schnellhefter, darin: Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Unterbezirksvorstandes am 10. Januar 1972.
723 Traditionelle Arbeitnehmer aus der gewerblichen Wirtschaft kamen „in der Führungshierarchie der Frankfurter SPD […] nicht mehr vor, die Partei betrieb soziale und politische Inzucht". Lösche/Walter, Die SPD, S. 366.
724 Frankfurter Rundschau, 10. März 1977. Auch in eigenen Themenflugblättern brachte die CDU das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Wahlkampf unter die Leute. IfSG: ST 13.158.
725 Frankfurter Rundschau, 18. Januar 1977.
726 IfSG: Büro Stadtrat Haverkampf, Sig. 47. Der persönliche Referent (des Oberbürgermeisters), Frankfurt 29. November 1976, Niederschrift über die Gruppenbesprechung am 24. November 1976, TOP 2: „Magistratsgruppe und Wahlkampf".
727 Frankfurter Rundschau, 18. Januar 1977.
728 ACDP: KV Frankfurt. II-045-401/2. CDU-Frankfurt. telegramm, März 1977. Die Öffentlichkeitsarbeit der SPD mit Hilfe des von ihr dominierten Magistrats sei, so die CDU, „rechts- und verfassungswidrig".
729 Zum Fortgang des Verfahrens vgl. Frankfurter Neue Presse, 20. Februar 1978.
730 Frankfurter Neue Presse, 4. März 1977.

Wie wenig die SPD-Wahlkampfführung den Ernst der Lage begriffen hatte, verdeutlichte auch die Art und Weise, in der sie den Beitritt eines neuen SPD-Mitglieds namens Günter Filz vermarktete. Auf einer Pressekonferenz präsentierte SPD-Unterbezirksvorsitzender Gebhardt stolz „ein Bild des Genossen Günter Filz mit Brille und Bart" und betonte, dieser habe tatsächlich erst jüngst einen Aufnahmeantrag gestellt, obwohl er „auf vielen Plakaten der CDU schon vorher unter dem Motto; Schluß mit dem Genossen Filz' angesprochen worden" sei. Die Frau des Genossen Filz, der bei einem gemeinwirtschaftlichen Reiseunternehmen arbeitete, war beruflich für die IG Metall tätig und schon länger SPD-Mitglied. Der SPD-kritischen Presse diente die Steilvorlage Gebhardts dazu, die eigentlich der Auseinandersetzung mit dem CDU-Wahlkampfstil gewidmete Pressekonferenz mit der Schlagzeile zu überschreiben: „Genosse Filz ist seit gestern SPD-Mitglied."[731] Und war die Episode nicht eine Bestätigung dafür, daß SPD-Funktionäre „im über 30 Jahre hin gewachsenen Filz" saßen, ohne wenigstens ein „subjektives Unrechtsbewußtsein" für Parteispenden von Bauherren oder Wahl-Broschüren aus Steuergeldern zu besitzen?[732] Die „Verquickung von Partei und Stadt", die selbst von der in Bund und Land mit der SPD koalierenden FDP in Frankfurt mit Nachdruck problematisiert wurde[733], blieb jedenfalls eines der großen Themen dieses Kommunalwahlkampfs. Es war wohl kaum ratsam, die „Filzokratie"-Vorwürfe, so wie Arndt dies tat, ausgerechnet mit Verweis auf das vom linken SPD-Flügel betriebene imperative Mandat zu kontern: Die Kontrolle des Magistrats habe doch zugenommen, wenn auch „nicht durch die Opposition", sondern „durch die Parteitage der SPD".[734]

Die SPD versuchte dem ihres Erachtens vom CDU-Landesverband in Wiesbaden gesteuerten „Wahlkampf der Diffamierungen und Verleumdungen"[735] eine breite Leistungsbilanz sozialdemokratischer Kommunalpolitik in den letzten vier Jahren gegenüberzustellen. „Unsere Leistung kann sich sehen lassen" hieß das Motto der traditionellen Neujahrsbotschaft der Stadtverordnetenvorsteherin (Balser) und des Oberbürgermeisters[736]. „Versprochen und gehalten" war auch eine der wichtigsten Wahlkampfbroschüren Arndts zur „Frankfurter Kommunalpolitik in den letzten vier Jahren" betitelt[737]. Nach dieser großen sozialdemokratischen Erzählung hatte der Amtsantritt des „Super-Oberbürgermeisters" Arndt 1972 eine Art „Stunde Null" für die Frankfurter Kommunalpolitik bedeutet[738]: Vorher viel Unruhe, Hausbesetzungen, militante Demonstrationen und eine als hoffnungslos erscheinende finanzielle Lage. „Heute" dagegen sei Frankfurt nicht mehr die „Stadt der Straßenschlachten", die Situation im Westend habe sich gebes-

731 Ebd., 18. März 1977.
732 Ebd., 12. März 1977.
733 Ebd., 5. Februar 1977.
734 Frankfurter Neue Presse, 11. Dezember 1976.
735 AdsD: NL Arndt 2.1.1.2.3. Pressedienst, 7. März 1977.
736 Frankfurter Rundschau, 30. Dezember 1976.
737 IfSG: Versprochen und gehalten. Frankfurter Kommunalpolitik in den letzten vier Jahren. Von Rudi Arndt. Eine Schrift des Presse- und Informationsamtes der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt 1976.
738 So die Kritik des CDU-Fraktionsvorsitzenden Moog (Frankfurter Rundschau, 18. Januar 1977). Arndt war vorher hessischer „Super-Minister" für die Bereiche Wirtschaft und Finanzen gewesen.

sert („Die Spekulation ist tot"), die städtischen Schulden seien „so gut wie nicht" erhöht worden, die Finanzen „in Ordnung"[739]. Hinzu kämen die „erfreuliche Entwicklung von Messe und Flughafen", „wachsende Bildungsgerechtigkeit" oder die „erfolgreiche Kultur- und Freizeitpolitik": „Frankfurts Ruf wird besser."[740]

Neben die Leistungsbilanz trat Arndts Bestreben, den Versuch der CDU, an Frankfurt ein Exempel zur Überwindung von gesellschaftlichen (Fehl-)Entwicklungen seit 1968 zu statuieren, programmatisch fundiert zu kontern: „Mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Bürgermitwirkung."[741] Deshalb habe die Stadt auch „Experimente in der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung unterstützt"[742]. Den Stolz darauf, mehr Demokratie gewagt zu haben, verknüpfte Arndt in seiner Grundsatzrede auf dem kommunalpolitischen Parteitag der Frankfurter SPD mit Attacken auf das CDU-Wahlkampfmotto „Freiheit statt Sozialismus". Die „vielgerühmte Freiheit des einzelnen" habe in der Vergangenheit „immer wieder die Unfreiheit der vielen" bedeutet. Er dagegen stehe mit der SPD für die „Freiheit der Mehrheit"[743].

Schon ein Blick auf die Praxis des Frankfurter SPD-Wahlkampfs konnte allerdings Zweifel nähren, ob Arndt selbst an die Zugkraft seiner Interpretationen von Freiheit und Sozialismus glaubte. Gewiß, auch auf Flugblättern wurde für die SPD als eine Partei geworben, die „mehr Freiheit für alle" wolle, statt wie die CDU nur Freiheit für „kleine Machteliten" und „einige Wirtschaftsgiganten"[744]. Doch die

739 Frankfurter Rundschau, 30. Dezember 1976. Damit wurde zum einen auf das Faktum angespielt, daß das traditionell wirtschaftsstarke Frankfurt jedenfalls im Vergleich der deutschen Städte zu den „finanziell solidesten" zählte, zum anderen auf die Tatsache, daß das Verfahren für den Bebauungsplan Westend tatsächlich weitgehend abgeschlossen war (Frankfurter Rundschau, 11. Dezember 1976). In der subjektiven Wahrnehmung Arndts mochte hinzukommen, daß es zu Ausschreitungen wie noch im April 1973 in letzter Zeit nicht mehr gekommen war; damals hatten Demonstranten den Oberbürgermeister anläßlich einer Hausbesetzung im Westend mit „schlagt ihn"-Rufen durch die Straßen gehetzt, und Arndt hatte sich nur mit knapper Not ins Rathaus flüchten können. Felsch, Aus der Chef-Etage, S. 150.

740 IfSG: Versprochen und gehalten. Frankfurter Kommunalpolitik in den letzten vier Jahren. Von Rudi Arndt. Eine Schrift des Presse- und Informationsamtes der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt 1976, S. 2.

741 Frankfurter Neue Presse, 11. Dezember 1976.

742 IfSG: Versprochen und gehalten. Frankfurter Kommunalpolitik in den letzten vier Jahren. Von Rudi Arndt. Eine Schrift des Presse- und Informationsamtes der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt 1976, S. 16.

743 Frankfurter Neue Presse, 11. Dezember 1976. Was Arndt ausführte, entsprach dem Tenor eines Musterkonzepts der hessischen SPD für eine kommunalpolitische Grundsatzrede („Mehr Lebensqualität ist Freiheit für alle"), in der vehement gegen den von Franz Josef Strauß und der CDU/CSU verfochtenen Freiheitsbegriff Stellung bezogen wurde (AdsD: Bezirk Hessen-Süd. II. Kommunalwahl 1977). In einer CDU-Analyse des „kommunalen Programmentwurfs" der Bundes-SPD hieß es dagegen, dieser gehe in seinen grundsätzlichen Aussagen „von einem eindeutig marxistischen Denkansatz" aus. Der entscheidende Punkt der Zielaussagen sei, daß eine „Veränderung der bestehenden Gesellschaft zu einer neuen Gesellschaft" erstrebt werde. Damit übernehme die SPD aber die Kernforderung der Jungsozialisten. Nach dem Scheitern des linken Flügels der SPD in der Bundespolitik werde so „die Kommunalpolitik zum zentralen Feld der Systemauseinandersetzung und der Gesellschaftsveränderung gemacht", wobei das „Schlagwort Demokratisierung" eine besondere Rolle spiele. „Negativiert" würde im kommunalen Programmentwurf der SPD das Wort „Einzelner", „positiviert" würden dagegen die „gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse", so daß insgesamt von einer „kollektivistische[n] Grundausrichtung" zu reden sei. ACDP IV 002-047/2: Papier „Aufbau des kommunalen Programmentwurfs der SPD", erster Abschnitt.

744 SPD-Flugblatt zur Kommunalwahl 1977 „Für eine menschliche Zukunft". AdsD: Bezirk Hessen-Süd II. Kommunalwahl 1977.

Genossen am Main unterließen in der Praxis alles, was die örtliche Entscheidung stärker in die von Arndt angedeutete große bundespolitische Perspektive eingebettet hätte. Auf den Einsatz von Bundes- und Landespolitikern, die dies geleistet hätten, verzichteten sie gänzlich. Derlei sei „nicht nötig"; es gehe in der Mainmetropole am 20. März ausschließlich um städtische Belange[745]. SPD-Vorsitzender Gebhardt fand es um so tadelnswerter, daß die „honorigen Frankfurter CDU-Politiker" – d. h. jene, die viele Jahre mit der SPD im Magistrat kooperiert hatten – gar „nicht in Erscheinung" träten und die CDU darauf verzichtete, „die Kommunalpolitik in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes zu stellen"[746]. Das Körnchen Wahrheit an dem Befund Gebhardts lag darin, daß die Frankfurter CDU tatsächlich so stark wie noch nie zuvor Schützenhilfe durch ihre Bundes- und Landesprominenz erhielt: Alfred Dregger, Richard von Weizsäcker, Kurt Biedenkopf, Rainer Barzel, Helmut Kohl – alle eilten sie den Frankfurter Parteifreunden zu Hilfe[747].

Die Abschlußkundgebung mit dem CDU-Bundes- und Fraktionsvorsitzenden am Donnerstagabend vor den Wahlen im völlig überfüllten Saal des Zoo-Gesellschaftshauses dokumentierte besonders eindringlich, weshalb die CDU den bundespolitischen Bezug der Frankfurter Entscheidung so betonte, die SPD ihn dagegen am liebsten vergessen gemacht hätte. Die „Zeit für eine Wende" sei gekommen, so Kohl. Frankfurts Bürger würden nicht nur über die Zukunft ihrer Stadt abstimmen, sondern damit „auch einen wichtigen Beitrag für die demokratische Zukunft unseres Landes" leisten können. Breiten Raum widmete der CDU-Vorsitzende Fehlentwicklungen der Bildungspolitik infolge des Marsches der 68er-Bewegung durch die Institutionen. Es sei jetzt Zeit, „mit dem Stimmzettel die Systemveränderer aus den Universitäten zu jagen", die „Mini-Räterepubliken" aus den Hochschulen machten, statt den Studierenden eine vernünftige Ausbildung zu vermitteln. Obendrein ließ es sich der Bonner Oppositionsführer nicht entgehen, einige von der SPD/FDP-Regierung rasch nach ihrem Wahlsieg begangene soziale Grausamkeiten zu thematisieren: Den Offenbarungseid Bundeskanzler Schmidts, die noch im Wahlkampf versprochene kräftige Rentenerhöhung nicht vornehmen zu können („Rentenlüge"). Die Bürger, so bemerkte Kohl dazu, würden jetzt zur Kasse gebeten, „weil die Sozialisten nicht mit Geld umgehen können"[748].

Im Dezember 1976 hatte die Sache bereits den kommunalpolitischen Parteitag der Frankfurter SPD zu überschatten gedroht. Mit großer Mehrheit beschlossen die Delegierten auf Antrag des SPD-Bürgermeisters Martin Berg, die im Wahlkampf versprochene Rentenerhöhung zum 1. Juli 1977 beizubehalten und zugleich gegen die Erhöhung des Arbeitnehmerbeitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung zu kämpfen. SPD-Vorsitzender Gebhardt sprach in diesem Zusammenhang zornig von „demokratiegefährdenden Pannen" der Bundesregierung[749]. Da derartige Pannen aber kurzfristig auch schon die sozialdemokratische Mehrheit im Römer gefährden konnten, hatte die Frankfurter SPD guten Grund, die Entscheidung eher auf kommunalen Themenfeldern zu suchen. Nur trifft es nicht zu, daß

745 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. März 1977.
746 Frankfurter Rundschau, 18. März 1977.
747 Ebd., 11. Februar 1977.
748 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. März 1977.
749 Frankfurter Neue Presse, 11. Dezember 1976.

die CDU ihr hier ausgewichen wäre. Die Union versuchte vielmehr mit „größeren“ wie mit kommunalpolitischen Themen gleichermaßen Zustimmung zu gewinnen.

Im selben Atemzug insistierte die CDU in den Wahlprospekten auf „den unzumutbaren Affären und Skandalen der Sozialdemokraten in Bonn, Wiesbaden und Frankfurt“: „Rentenbetrug, Helaba-Milliardenverluste, Verharmlosung der Arbeitslosigkeit und der Preissteigerungen“ sowie „Osswald-Rücktritt“, „zwielichtige Millionen-Spenden“[750] und die „30jährige Dauerherrschaft“ der SPD in Frankfurt, in der „mehr und mehr Sozialisten den Ton angeben“ und den „Freiheitsraum der Bürger“ einengen würden[751]. Selbst der Leistungsbilanz Arndts auf ökonomischem Gebiet setzte die CDU in ihrem kommunalen Wahlprogramm eine völlig andere Analyse entgegen. Die vergleichsweise passable Situation war demnach bloß die Folge einer günstigen geographischen Lage und einer damit zusammenhängenden gesunden Wirtschaftsstruktur der Stadt sowie des Fleißes der Bürger, der „bisher größere Schäden verhütet“ habe. Dennoch hätten ein Schuldenstand von 2 Milliarden DM, exorbitante Personalkosten und die „höchsten Steuerhebesätze der Bundesrepublik“ in den letzten Jahren bereits „120 000 Frankfurter […] vertrieben“[752]. Keine Stadt sei zudem so unsicher, habe „eine höhere Verbrechensquote“ als Frankfurt.

Der CDU-Kritik spielte in die Hände, daß das Image Frankfurts sich keineswegs schon so durchgreifend geändert hatte, wie dies die SPD in ihren Wahlkampfprospekten gerne postulierte[753]. Auch nach dem Ende des Häuserkampfes im Februar 1974, als die Sponti-Szene einen nahe der Universität gelegenen symbolträchtigen Häuserblock, in dem der Häuserrat seinen Sitz hatte, trotz größter Anstrengungen in einer Entscheidungsschlacht an die Polizei verloren hatte[754], war die Stadt nicht zur Ruhe gekommen. Zwar konzentrierte sich die Sponti-Szene fortan auf die Gründung alternativer Läden, Stadtteilzentren oder Kulturinitiativen („Linksradikales Blasorchester“ etc.), an gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei fehlte es in der Stadt aber nach wie vor nicht. Im September 1975 überfielen etwa 150 Maskierte das spanische Konsulat im Westend, und am 10. Mai 1976, einen Tag nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs, wurde ein Brandanschlag mit Molotow-Cocktails auf einen Polizeiwagen auf dem Frankfurter Rosenmarkt verübt[755]. Ihren „miserablen Ruf“ war die Stadt keineswegs losgeworden.

„Alle stöhnen, wenn nur ihr Name fällt“, hatte Horst Krüger in einem vielbeachteten Stadtporträt in der *Zeit* noch im Sommer 1974 geschrieben: „Wie können

750 CDU-Zeitungsannonce „Die Wahl in Frankfurt setzt ein Signal“, in: IfSG: T 13.157.
751 Ein Programm für freie Bürger. Kommunales Wahlprogramm der Frankfurter CDU 1977, in: IfSG: S 3/ T 13 158.
752 Ebd. Der „Zug ins Grüne“ und der sprunghafte Anstieg der Berufspendler in diesen Jahren hatte allerdings auch andere Ursachen. Vgl. Stracke. Stadtzerstörung, S. 32ff.
753 „Frankfurts Ruf wird besser“, hieß es etwa in Arndts Bilanzbroschüre. IfSG: Versprochen und gehalten. Frankfurter Kommunalpolitik in den letzten vier Jahren. Von Rudi Arndt. Eine Schrift des Presse- und Informationsamtes der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt 1976, S. 13.
754 Kraushaar, Die Frankfurter Sponti-Szene, S. 113f.; Stracke, Stadtzerstörung, S. 157.
755 Langguth, Mythos ’68, S. 167ff.; Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 330ff.

Sie dort nur freiwillig leben? Welch eine subtile Art der Selbstbestrafung." Schon wer am Frankfurter Hauptbahnhof ankomme, der „merkwürdig verwaschen, gesichtslos, ohne Stil und Schnitt" wirke, spüre „pure Mittelmäßigkeit, sozusagen eine Orgie in Banalität"[756]. Eine Blütenlese der letzten Frankfurt-Klischees veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau*, eigentlich alles andere als ein Wahlkampfhelfer der CDU, im Januar 1977. Wenn es um die Stadt gehe, seien sich so unterschiedliche Blätter wie die *katholische neue bildpost* („Gomorrha am Main") und das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* („Gangsterherrschaft nach Mafiamanier") ausnahmsweise einmal einig. Die *Welt* hatte eine Sonderseite lang über den „Niedergang der Stadt Frankfurt" nachgedacht, im Fernsehen war ein Feature mit „Babylon am Main" betitelt gewesen und die *Quick* hatte geschrieben: „Diese Stadt hat von allem zu viel. Sie hat zu viele Mörder. Sie hat zu viele Marxisten und auch zu viele Millionäre." Die *Los Angeles Times* hatte ihren Lesern, sollten sie sich einmal nach Frankfurt verirren, darob gar geraten: „Das Beste was Sie tun können? Kaufen Sie sich eine Umgebungskarte und fahren Sie ganz schnell raus."[757]

Die CDU versprach, Abhilfe zu schaffen: Eine „Stadtentwicklung nach menschlichem Maß" („Weder Manhattan noch Idylle") sowie „Sicherheit und Ordnung" für „freie Bürger" standen ganz oben in ihrem Wahlprogramm. Mit den „Auswüchsen der Prostitution" sollte „Schluß gemacht" werden, die Polizei wieder „Fußstreifen gehen", die Universität „nicht länger Ausgangspunkt politischer Gewalttaten sein" und die „Einstellung politischer Extremisten in städtische Dienste" unterbleiben. In Haushaltsfragen sollte „ein Regiment strengster Sparsamkeit" Einzug halten. Die CDU kündigte in diesem Zusammenhang auch an, „zu prüfen", ob nicht kommunale Dienstleistungen an andere öffentliche oder freigemeinnützige Träger „abgegeben, verpachtet, privatisiert oder gar ganz eingestellt werden könnten"[758].

Die vorsichtige Formulierung „prüfen" war ein Kompromiß zwischen dem liberalen Wirtschaftsflügel und den Sozialausschüssen, die sich auf dem Programmparteitag der CDU darüber heftig stritten. Die auch von der JU unterstützte liberale Position, öffentliche Aufgaben „grundsätzlich" an private Unternehmen oder freie Träger zu übergeben, wenn immer dies möglich sei, hatte für einen Moment noch einmal die alten Gräben um die „Gruppe 70" sichtbar werden lassen[759]. Nachdem Riesenkampff dezidiert für „Entstaatlichung" und mehr Wettbewerb

[756] Die Zeit, 14. Juni 1974. Vgl. auch einen späteren *Zeit*-Artikel vom 4. Februar 1976 mit dem Untertitel „Wie sich die Stadt am Main krampfhaft um ein besseres Image bemüht", in: AdsD: UB Frankfurt. Graue Box Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte, darin: Faszikel „UB Frankfurt".

[757] Frankfurter Rundschau, 10. Januar 1977 („Griff zum Klischee").

[758] Ein Programm für freie Bürger. Kommunales Wahlprogramm der Frankfurter CDU 1977, in: IfSG: S 3/ T 13 158.

[759] Parteiintern noch mehr Sorgen machten aber – von der Presse als politische Richtungskämpfe gedeutete – Querelen innerhalb der Jungen Union, die im Herbst 1976 im Blick auf die Kommunalwahlen zunächst beigelegt worden zu sein schienen, Anfang 1977 aber wieder ausbrachen. Vgl. ACDP: KV Frankfurt. II-045-450/1. Niederschrift über die Sitzung des Kreisvorstandes am 14. Februar 1977, TOP 1, sowie den Rückblick auf die Geschehnisse im Schreiben der JU Arge West/Süd/Nordost an den CDU-Kreisvorstand z. Hd. Herrn Riesenhuber, 15. Juni 1977.

plädierte hatte, griff sein spezieller Freund Gerhardt in die Debatte ein und warf jenen, die „Privatisierung um jeden Preis" forderten, „Ideologie" vor. Die vom Vorstand vertretene vorsichtige Formulierung setzte sich schließlich auch mit klarer Mehrheit durch[760].

Gleich hinter der Wirtschaftspolitik rangierte in dem von Wallmann gewiß besonders sorgfältig konzipierten Prospekt „Unser OB-Kandidat" der Bereich der Bildung und Erziehung mit Kritik an der „falsch geplanten" integrierten Gesamtschule und ihren „sozialistischen Experimente[n]"[761]. Wie Schülerproteste an mehreren Frankfurter Schulen in den Wochen vor dem Wahltermin dokumentierten, ging es aber neben allen ideologischen Aspekten auch um so „materielle" Fragen wie Lehrermangel, Stundenausfall und unzureichende Räumlichkeiten[762]. Wallmann prangerte zudem mit großer Verve die „geradezu unglaublichen" Zustände in den Kitas an[763], die bereits im vergangenen Wahlkampf zu den brisanten Themen gehört hatten[764]. Von antiautoritären 68er-Pädagogen, so die CDU-Kritik, würden Kinder in den Kitas „in marxistischem Dogmatismus zu Intoleranz und Radikalität erzogen"[765]. Ein „gewisses Maß an Anpassung", so sahen es Christdemokraten, würde „unseren Kindern" nun einmal später allenthalben in Schule und Beruf abverlangt. Zuerst müßten „die eigenen Aggressionen der Betreuer gegenüber der Gesellschaft von ihnen selbst abgebaut werden"[766]. Wallmann kündigte an, den städtischen „Modellversuch Kita" nach einem Wahlsieg der CDU einzustellen und die Einrichtungen in normale Kindertagesstätten umzuwandeln. Die Eltern hätten, so der OB-Kandidat unter Verweis vor allem auf eine nur noch schwach besetzte Kita in Eschersheim, ohnehin bereits „eine Abstimmung mit den Füßen begonnen"[767].

Die Jusos taten der CDU den Gefallen, das Thema ihrerseits weiter hochzuziehen. Sein in 100 000 Exemplaren gedrucktes Extrablatt "Schwarzes Frankfurt"[768] machte der SPD-Parteinachwuchs Anfang März mit der Schlagzeile auf: „Herz-Jesu-Orden übernimmt Frankfurter Kitas." Ein Bild darunter zeigte einige Dutzend Nonnen als „Kita-Erzieherinnen anläßlich ihrer Amtsübernahme auf dem

760 Frankfurter Neue Presse, 14. Februar 1977.
761 IfSG: S 2 1400 a.
762 Frankfurter Rundschau, 15. Februar 1977. Vgl. auch das SPD-Argumentationspapier „Lehrereinstellung am 1. Februar 1977", das die pünktlich zum Auftakt der heißen Wahlkampfphase erfolgte Einstellung von 1 000 neuen Lehrern in den hessischen Schuldienst thematisierte. AdsD: Bezirk Hessen-Süd. II. Kommunalwahl 1977.
763 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Februar 1977.
764 Zur Erziehungsdiskussion Anfang der 1970er Jahre: Uhle, Pädagogik, S. 56ff.
765 So beschloß es eine knappe Mehrheit auf dem CDU-Programmparteitag im Februar 1977 mit Blick vor allem auf Einrichtungen im Westend. Nicht nur die Fachleute der Partei hatten sich indes gegen diesen zu weit fortgerückter Stunde gefaßten Beschluß gesträubt, selbst Kreisvorsitzender Riesenhuber hatte vergeblich gewarnt, „dies per Parteitagsbeschluß allen Mitarbeitern der Kitas zu unterstellen". Frankfurter Neue Presse, 14. Februar 1977. Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 14. Februar 1977.
766 ACDP: KV Frankfurt. II-045-199. Gallus-Drehscheibe, Nr. 2/77, 15. Februar 1977. Artikel „Kitas im Gespräch".
767 Frankfurter Rundschau, 2. Dezember 1976.
768 AdsD: UB Frankfurt. Graue Box Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte; darin: Faszikel „Schriftwechsel Adlhoch/UBV. SPD-Jungsozialisten, UB-Frankfurt, 10. März 1977, „An die Vertreter von Presse und Rundfunk".

Weg zum Römer". Frankfurts Kinder, so hieß es in dem Bericht, würden künftig wieder „zum Gehorsam" erzogen. Anders als bei der von sozialistischen Erziehern geforderten „freien Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit" sollten die Kinder lernen, „sich mühelos anzupassen", damit es ihnen später leichtfalle, „stets die Auffassung ihrer Vorgesetzten zu übernehmen"[769].

Als Replik auf CDU-Attacken gegen die städtischen Kitas gedacht, war die Juso-Aktion insofern von Brisanz, als die katholischen Ordensfrauen allein in Frankfurt dreizehn Kindertagesstätten unterhielten. Ihre Arbeit war auch vom neuen SPD-Ministerpräsidenten Holger Börner durch den Besuch einer katholischen Kindertagesstätte im Gallusviertel erst gewürdigt worden. Stadtdekan Adlhoch sah deshalb allen Grund, das Juso-„Pamphlet" als „Beleidigung der katholischen Kirche" schärfstens zu verurteilen. Die „zur freien Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit" erziehenden Ordensfrauen hätten es nicht verdient, „daß sie nach 40 Jahren noch einmal in einem Blatt verhöhnt würden, dessen Kopf wie das ‚Schwarze Korps' der SS aufgemacht" sei[770]. Die Jusos versicherten zwar, nicht die Kinder- und Jugendarbeit kirchlicher Träger pauschal angreifen zu wollen, doch sie beharrten darauf, daß „nicht gerade eine Minderheit" in der katholischen Kirche mehr oder weniger offen die „extrem konservative" Anti-Kita-Politik der CDU unterstütze. Der SPD-Vorstand fand den umstrittenen Artikel zwar unglücklich, mochte den Jusos aber die weitere Verteilung des „Extrablattes" nicht untersagen. Dem interessierten Wahlvolk konnte sich so das süffisante Resümee des Stadtdekans einprägen: „Sachkenner" sollten beurteilen, „ob es ein Schaden für Frankfurt und seine Kitas wäre", wenn sie wirklich „vom Herz-Jesu-Orden übernommen würden"[771].

Der SPD-Vorsitzende Gebhardt sah dagegen in dem Umstand, daß CDU-Gesundheitsdezernent Gerhardt und andere Stadtverordnete beim Thema Kita und Kommunales Kino die „Magistratspolitik" auf dem Programmparteitag der CDU verteidigt hatten, einen Beweis für die „innere Zerrissenheit der CDU" und den wachsenden Einfluß der ehemaligen Gruppe „Adel und Banken". Diese trage „konservative bis reaktionäre Züge" und mache die „einstmals liberale Frankfurter CDU" zur Vorhut einer „hessischen CSU"[772]. Tatsächlich aber berührten die Meinungsverschiedenheiten in der CDU, die siebeneinhalb Stunden lang über 251 Änderungsanträge beraten hatte[773], nur in wenigen Fällen das Grundsätzliche. Und auch bei der Lösung der sonst meist noch konfliktträchtigeren Personalfragen machte die CDU eine vergleichsweise gute Figur. Von der üblichen Unzufriedenheit bei der Jungen Union abgesehen, wurde die Stadtverordnetenliste mit

769 IfSG: S 3/T 13159. „Schwarzes Frankfurt. Extrablatt. Organ zur Verdeutlichung rückschrittlicher Kommunalpolitik".

770 AdsD: UB Frankfurt. Graue Box Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte; darin: Faszikel „Schriftwechsel Adlhoch/UBV". Der katholische Stadtdekan (Walter Adlhoch) an den SPD-Unterbezirk Frankfurt, 10. März 1977.

771 Frankfurter Neue Presse, 12. März 1977; vgl. auch zum Fortgang des Konflikts nach den Wahlen: Frankfurter Rundschau, 5. August 1977, sowie AdsD: UB Frankfurt. Graue Box Bezirk Hessen-Süd (u. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). UB-Vorstand Frankfurt. – Schriftverkehr – Presseausschnitte; darin: Faszikel „Schriftwechsel Adlhoch/UBV.

772 Frankfurter Rundschau, 18. Februar 1977.

773 Ebd., 14. Februar 1977.

Fraktionsvorsitzendem Moog an der Spitze „ohne Komplikationen“[774] verabschiedet. In der einzigen Kampfabstimmung des Parteitags im November 1976 setzte sich der erste Arbeitervertreter auf dem noch aussichtsreichen Platz 43 gegen den bereits vierten Rechtsanwalt auf der Liste durch, wobei drei Viertel der Delegierten dem Appell der Sozialausschüsse folgten, so den Volksparteicharakter der CDU personell zu untermauern[775].

Da nach alledem viel darauf hindeutete, daß die CDU einiges an Stimmen zulegen, die SPD verlieren würde, gewann an Bedeutung, welchen Kurs der voraussichtlich benötigte Koalitionspartner FDP einschlug. Nachdem die im Frühsommer 1976 vor wichtigen Dezernentenwahlen aufgenommenen Koalitionsgespräche mit der Frankfurter SPD auf Druck der FDP-Basis wieder abgebrochen worden waren, gingen die Meinungen bei den Freien Demokraten zu Beginn des Wahlkampfes im Herbst 1976 weiter auseinander denn je. Zwar plädierte fast „niemand ernsthaft“ für eine Aussage zugunsten der CDU. Doch es wuchs auch die Zahl der Stimmen, „die vor einer frühzeitigen Festlegung auf die SPD“ warnten, und zwar vor allem aus der Furcht heraus, „das negative Image von Oberbürgermeister Arndt“ könnte sonst auch auf die FDP abfärben[776]. Daraus resultierten Überlegungen an der Basis, eine Wahlaussage nach dem Motto „Mit der SPD, aber ohne Arndt“ zu treffen, was indes die Spitze der FDP-Fraktion als „glatten Selbstmord“ zurückwies; diese Taktik würde die Gefahr einer großen Koalition aus SPD und CDU geradezu heraufbeschwören[777]. Da sich der Wahlkampf zwischen Wallmann und Arndt nach Ansicht des FDP-Vorsitzenden von Schoeler nur wenig von einem Streit unterschied, wie er zwischen den – bei der FDP sehr wenig gelittenen – Politikern „Franz Josef Strauß und Herbert Wehner ausgetragen werden könnte“[778], hielt es der FDP-Vorstand für das beste, gleich ganz auf eine Koalitionsaussage zu verzichten. Der „derzeitige Zustand“ von SPD und CDU verbiete dies, so hieß es offiziell[779]. Ein anonym bleibendes Vorstandsmitglied formulierte es drastischer: „Wir haben die Wahl zwischen Pest und Cholera.“[780]

Was die kommunalpolitischen Inhalte anbelangt, überwogen freilich in der FDP- Wahlprogrammatik eindeutig die Reibungszonen mit der regierenden SPD. Etliche Punkte, die schon im Frühsommer Gegenstand der gescheiterten Koalitionsgespräche mit der SPD waren, fanden sich in der FDP-Wahlaussage wieder. Neben mehr Privatisierung, dem Ruf nach einem eigenen Bildungsdezernat und der „Straffung des Verwaltungsapparats“ war das etwa auch die Forderung nach weitgehender Abschaffung von Bagatellsteuern wie der Vergnügungs- oder Getränkesteuer, die „in Frankfurt im Gegensatz zu anderen Städten immer noch […]

774 Frankfurter Neue Presse, 23. November 1976.
775 Frankfurter Rundschau, 29. November 1976.
776 Ebd., 10. November 1976.
777 Frankfurter Neue Presse, 6. Oktober 1976. Mancher in der Frankfurter FDP-Fraktionsspitze erinnerte sich wohl auch noch daran, wie die Bundes-FDP in die Bredouille gekommen war, als sie 1961 versprochen hatte, mit der CDU, aber ohne Adenauer regieren zu wollen.
778 Frankfurter Rundschau, 30. November 1976. Vgl. aber auch v. Schoelers späteres, nur auf die Frankfurter SPD gemünztes Wort von der „Arroganz der Macht“, die von den Wählern abgestraft worden sei. ACDP: LV Hessen. 020/036/1. Manuskript „HR – Wahlsondersendung, 20. 3. 77, 20.55“.
779 Frankfurter Rundschau, 11. Dezember 1976.
780 Ebd., 10. November 1976.

erhoben“ würden[781]. Im Wahlkampf rückte die FDP vor allem das Thema der „unübersehbaren Verfilzung von SPD und Stadt“ in den Vordergrund, und zwar oft sogar noch schärfer und konkreter, als dies die CDU tat: „Bis zur Abela-Affäre war der SPD-Schatzmeister gleichzeitig Leiter des Städtischen Verdingungsamtes. Eines Amtes also, das jährlich Aufträge über Hunderte von Millionen DM vergibt. Magistratsmitglieder sind gleichzeitig im Vorstand zahlreicher Gesellschaften […]. Das richtige Parteibuch muß man eben haben. Und mit der Unabhängigkeit der SPD-Stadtverordneten verhält es sich so: von 48 Stadtverordneten sind 19 Angehörige des öffentlichen Dienstes oder Gewerkschaftsfunktionäre, 12 sind bei der SPD oder stadtabhängigen Betrieben angestellt, […] und nur 13 befinden sich in einem Beschäftigungsverhältnis, das sie nicht vom öffentlichen Dienst, den Gewerkschaften oder der Partei abhängig macht!“[782]

Zum größten Wahlkampfschlager der FDP entwickelte sich eine Broschüre, die das bekannte Frankfurter Kinderbuch, den Struwwelpeter, in politische Ironie umzumünzen suchte und „den SPD-Magistrat mit dem bösen ‚Ruderich‘ an der Spitze“ karikierte. Neben Arndt als „Ruderich“ figurierte etwa Schuldezernent Peter Rhein als „Zappel-Peter“[783]. Ihre Weigerung, sich einer Koalition mit der CDU zu öffnen, brachte die FDP dagegen ganz prosaisch in einem „Argumente“-Faltblatt unter die Wähler. Die Frankfurter CDU sei „zu schwach und zu blaß“, habe weder ein „kommunalpolitisches Konzept“ noch „überzeugende Führungspersönlichkeiten“ zu bieten. Wallmann gehöre „zum rechtesten Flügel der hessischen CDU. Dann könnte man auch gleich Dregger nehmen.“ Zudem wolle die CDU „heute nicht mehr wahrhaben“, daß sie Arndt 1972 „in den Sattel gehoben“ habe, um „ihre Posten“ im Magistrat zu behalten. Der CDU wurde auch verübelt, daß ihre „Festredner“ zwar landauf, landab die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen forderten, „alle entsprechenden konkreten Initiativen der F.D.P.“ aber von ihr im Römer abgelehnt worden seien[784].

Obwohl die SPD nicht nur an diesem wichtigen Punkt noch viel weiter von der FDP entfernt war[785], kamen die Freien Demokraten merkwürdigerweise zu dem Schluß, die „absolute Herrschaft der SPD ist schlimm, die Allmacht der CDU wäre noch schlimmer“. Die Ankündigung, erst nach dem Wahltermin zu entscheiden, wie man „bei den konkret anstehenden Sachthemen vernünftigere Lösungen durchsetzen“ könne[786], wirkte dadurch nur noch bedingt glaubhaft. Vielmehr deutete alles darauf hin, daß die FDP schon im Blick auf ihre Bündnisse mit der SPD auf Landes- und Bundesebene in einer so symbolträchtigen Stadt wie Frankfurt schwerlich das Modell einer schwarz-gelben Koalition wählen konnte – es sei

781 FDP-Wahlprospekt (verbunden mit der Einladung zu einer Veranstaltung mit Bundeswirtschaftsminister Friedrichs am 15. März 1977) „Parteiunwesen oder Bürgerfreiheit?“. IfSG: S 3/T 13160. Zur Verabschiedung des Wahlprogramms vgl. den Parteitagsbericht in der Frankfurter Rundschau, 26. November 1976.
782 Ebd. Hervorhebungen im Original.
783 Frankfurter Rundschau, 16. März 1977.
784 F.D.P. Argumente. Stichwort: Zur Lage der Frankfurter CDU, in: IfSG: S 3/T 13160.
785 Vgl. auch die scharfe Kontroverse um eine Dokumentation der FDP zu angeblichen Verfilzungen zwischen hohen sozialdemokratischen Kommunalpolitikern und der Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat“, die SPD-Bürgermeister Berg entrüstet zurückwies: „FDP lügt, verleumdet und arbeitet liederlich“. Frankfurter Rundschau, 8. März 1977.
786 Ebd.

denn, ein strategischer Richtungswechsel der Parteioberen hätte dies abgesegnet. Mit gutem Grund aber empfing der SPD-Oberbürgermeister im November 1976 die Delegierten des in Frankfurt tagenden Bundesparteitages der FDP im Römer, sprach deren Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher „artig" als „Herr Vizekanzler" an und bedauerte im Blick auf die 52 Monarchenporträts im Kaisersaal des Rathauses, daß „keiner davon den Namen Hans-Dietrich trage"[787].

Daß bei den Freien Demokraten am Main die Abneigung gegen die CDU noch größer war als jene gegen die SPD, spiegelte die innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse. Mit von Schoelers Wahl zum Vorsitzenden hatte sich 1975 der linke Flügel durchgesetzt. Der bundespolitische Standpunkt der Frankfurter FDP war mehr denn je als „links von der Mitte" einzuordnen[788]. Doch da von Schoeler, der „seinen Standort auf dem linken Flügel der Partei" nie verleugnete, auch ziemlich frei von „dogmatischer Besessenheit" war und „eine Menge Pragmatismus" mitbrachte[789], konnte es zwischen Altliberalen und Progressiven zu einem Arrangement kommen. Auch die extremsten Auswüchse der von den Judos verfolgten wirtschaftspolitischen Vorstellungen waren zurückgeschnitten worden[790]. Spitzenkandidat für die Kommunalwahlen wurde die amtierende Fraktionsvorsitzende Sollwedel. Selbst der Kulturexperte Zeis, auf der linken Seite „als ausgesprochener Exponent der rechten wenig beliebt", konnte sich beim Nominierungsparteitag für die Stadtverordnetenversammlung im Juni 1976 auf dem aussichtsreichen Listenplatz 5 „leichter als erwartet" durchsetzen[791]. Zeis war im übrigen auch einer der wenigen Freien Demokraten, der im Verlauf des Wahlkampfs „viel Interesse für einen Bürgerblock aus CDU und FDP" ausmachte[792].

Je klarer der voraussichtliche Linkskurs der FDP nach den Kommunalwahlen wurde, desto mehr verschärfte sich die Kritik der CDU an dem vergeblich umworbenen Partner. Es werde sich zeigen, „ob die FDP noch frei und offen sei", sagte Wallmann und verdeutlichte, daß die Richtungsentscheidung der Frankfurter FDP auch Bedeutung für die Koalitionsfrage nach den hessischen Landtagswahlen 1978 haben werde. Bislang habe die FDP im Landtag durch ihre „Beteiligung an der sozialistischen Politik des Herrn von Friedeburg" einen Neuanfang verhindert[793]. Wenige Wochen vor den Wahlen kanzelte Wallmann die Freien Demokraten – unter polemischer Anspielung auf die Verhältnisse in der DDR – gar als „SPD-Blockpartei" ab. Er werde nicht zulassen, daß die FDP „unter scheinbarer Offenheit" eine neue Koalition mit der SPD im Römer vorbereite, „ohne daß der Bürger etwas davon erfährt"[794]. Für wirkliche Wechselwähler kam die FDP infolge der Aufklärungskampagnen der CDU nicht mehr in Frage. Und so wurden ihr schon am Vorabend des Wahlsonntags als „etwas unscheinbare"

787 Ebd., 19. November 1976.
788 Kommentar der *Frankfurter Neuen Presse*, 20. Oktober 1975.
789 Ebd., 1. Februar 1975.
790 Vgl. etwa das gegen die Jungdemokraten und den linken Flügel zustande gekommene Votum der FDP-Mitgliederversammlung gegen staatliche Investitionslenkung. Frankfurter Neue Presse, 20. Oktober 1975.
791 Ebd., 14. Juni 1976.
792 Frankfurter Rundschau, 16. März 1977.
793 Frankfurter Neue Presse, 3. Dezember 1976.
794 Ebd., 14. Februar 1977.

Partei zwischen den „beiden großen Blöcken“ keine allzu guten Prognosen gegeben[795].

Am Abend des 20. März hatte die bereits 1972 schwer eingebrochene FDP tatsächlich weiter an Zustimmung verloren und war von 7,3% auf nur noch 6,0% der abgegebenen Stimmen abgerutscht. Die eigentliche „Sensation im Römer“ war aber das Abschneiden der beiden großen Volksparteien. Die SPD verpaßte ihr Wahlziel einer „eindeutigen Mehrheit der SPD-Fraktion im Römer“[796] um Längen und stürzte von 50,3% auf 39,9% ab, die CDU sprang im Gegenzug von 39,6% auf 51,3%. Die übrigen Listen von DKP, NPD und KBW blieben mit Anteilen zwischen einem halben und anderthalb Prozent bedeutungslos. Die Wahlbeteiligung war von 74,1% auf 71,9% zurückgegangen, so daß in absoluten Zahlen ausgedrückt fast 40 000 Wähler weniger zur Urne gegangen waren als beim letzten Mal[797]. Erfahrungsgemäß erwies sich die Gefolgschaft der jeweiligen Bonner Regierungspartei bei folgenden Regionalwahlen von jeher als besonders wahlmüde, doch dieser Effekt war „noch nie so stark“ ausgefallen wie bei den hessischen Kommunalwahlen[798]. Die SPD hatte 1972 in Frankfurt noch 175 000 Stimmen zur absoluten Mehrheit benötigt, der CDU reichten dazu jetzt 158 000 Stimmen.

Selbst wenn einige tausend FDP-Wähler von 1972 sich für die CDU entschieden hatten, war deren absolutes Plus von 20 000 Stimmen damit nur zu einem geringeren Teil zu erklären[799]. Vielmehr resultierte die Entwicklung aus dem Verhalten ehemaliger „rechter“ SPD-Wähler, deren Stimmungslage der sozialdemokratische *Vorwärts* in vielen Punkten gewiß zutreffend charakterisierte: „Die Helaba-Affäre und das Spendenraten um den Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt hatten für die CDU eine Großwetterlage geschaffen, die für die Jagd auf ‚Filztäter‘ in traditionell roten Rathäusern […] ideale Voraussetzungen bot. In diese Argumentationsfront paßte auch die Erbitterung der Betroffenen über die […] hessische Schulpolitik. Unabhängig von ihrer ‚normalen‘ parteipolitischen Präferenz hatten hier die Bürger das Gefühl, daß die unter Georg August Zinn […] praktizierte ‚Politik für den Bürger‘ zu einer hohlen Phrase degeneriert war. Auch die behutsame landespolitische Bestandsaufnahme des neuen Ministerpräsidenten Holger Börner [dieser hatte vor einem halben Jahr, im Oktober 1976, den zurückgetretenen Osswald abgelöst, M.K.] konnte diese Allgemeinverdrossenheit in solch kurzer Zeit nicht abbauen.“[800] Die bundespolitische Großwetterlage mit der Rentenfrage und einer Abhöraffäre, in der die Bonner Regierung ebenfalls keine gute Figur machte, war hinzugekommen, während man Wallmann wenige Tage vor der Wahl als Hauptredner der CDU in der Bundestagsdebatte zu diesem

795 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. März 1977.
796 AdsD: Bezirk Hessen-Süd II, UB II 77. SPD-Unterbezirk an die geschäftsführenden Ortsvereinsvorstände, 10. November 1976.
797 Frankfurter Neue Presse, 21. März 1977.
798 Der Spiegel, 28. März 1977 (Nr. 14), S. 30.
799 Es stimme nicht, so auch die Analyse des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts, daß der CDU-Erfolg vor allem der Wahlenthaltung von SPD/FDP-Wählern geschuldet sei. ACDP: LV Hessen 020/036/1. Hier die Broschüre von Dieter Oberndörfer, „Thesen und Tendenzen (Die Kommunalwahlen in Hessen 1977)“, S. 2.
800 Vorwärts, 24. März 1977.

Thema „über die Bildschirme flimmern" sah[801]. Wie das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut ermittelte, war in Hessen nicht nur das „Protestklima" wegen diverser politischer Affären besonders ausgeprägt, auch der wirtschaftliche Pessimismus war noch etwas stärker als im übrigen Bundesgebiet[802].

Vielleicht hätten sich die am rechten Flügel der Sozialdemokratie orientierten SPD-Stammwähler doch noch gewinnen lassen, nachdem die innerparteilichen Richtungskämpfe in Frankfurt zumindest merklich abgekühlt waren und die kommunalpolitische Leistungsbilanz Arndts gerade in den allerletzten Jahren „so schlecht nicht" aussah. Doch die SPD hatte es sich zu leicht gemacht, indem sie die „CDU-Parolen" zu Finanzaffären und Filzokratie „einfach ignorierte", darauf setzte, die Bürger mit „einer stolzen Rückschau" überzeugen zu können, und verkannte, daß „der Stachel der Unglaubwürdigkeit […] offenbar zu tief" saß[803]. Der Eindruck, den das ideologiegeladene Hauen und Stechen zwischen den Flügeln der SPD über mehr als ein halbes Jahrfünft hinterlassen hatte, war auch durch die ersten Anzeichen eines Wandels nicht so schnell ungeschehen zu machen[804]. Um so weniger, als die Jungsozialisten ausgerechnet zwei Tage vor den hessischen Kommunalwahlen einen neuen Bundesvorsitzenden wählten, der zum Stamokap-Flügel zählte und Spekulationen über einen Bruch der SPD mit ihrer Jugendorganisation nährte, die offensichtlich nicht von der Kooperation mit kommunistisch beeinflußten Gruppen lassen wollte[805]. Ein weiteres, damit eng zusammenhängendes Manko brachte Rudi Arndt in seiner Analyse der SPD-Niederlage auf den Punkt: „[…] daß wir uns oft zu viel um Mehrheiten in den eigenen Parteigremien und zu wenig um Mehrheiten bei den Bürgern gekümmert haben."[806] Speziell die „progressiven" Ortsvereine hatten etwa auf Ermahnungen ihrer „rechten" Mitgenossen, „auch das Gespräch mit Gruppen wie Kleingärtnern zu suchen", in der Regel „nur hämisch gegrinst"[807].

Der linke Flügel suchte die Schuld aber dennoch nicht bei sich, sondern führte das Wahlergebnis auf eine Tendenzwende zurück, die sowohl die SPD im Bund wie in Frankfurt seit Jahren erfaßt habe. Die Regierungspolitik von Helmut Schmidt, die ebenso von der „konservativen bis reaktionären CDU/CSU-Opposition durchgeführt" werden könne, hatte in den Augen des Frankfurter Juso-Vor-

[801] Frankfurter Rundschau, 15. März 1977. Es ging dabei um den sog. Abhörskandal Traube. Der Atomphysiker Klaus Traube war, wie der *Spiegel* aufgedeckt hatte, wegen Terrorismusverdachts über Monate ohne richterliche Genehmigung vom Verfassungsschutz abgehört worden.

[802] ACDP: LV Hessen 020/036/1. Hier die Broschüre von Dieter Oberndörfer, „Thesen und Tendenzen (Die Kommunalwahlen in Hessen 1977)", S. 4 (Zitat), 5.

[803] So Horst Wolf in der *Frankfurter Rundschau*, 21. März 1977.

[804] Welch große Frustration sich ob dieser Entwicklungen gerade der gemäßigten Sozialdemokraten bemächtigt hatte, erhellte etwa der Umstand, daß Anfang 1977 in der Führung „rechter Ortsvereine" erwogen werden mußte, bei den nach dem 20. März anstehenden parteiinternen Neuwahlen Jungsozialisten für Vorstandsposten vorzuschlagen, da sich dort „nicht mehr genügend Genossen aus dem ‚rechten Lager'" fanden. So Martin Wentz im „Wahlkampf INFO", 2, S. 3 [1977]. AdsD: UB Frankfurt. Bezirk Hessen-Süd (v. a. Jusos/UB Frankfurt a. M.). Faszikel „Jungsozialisten. Vorbereitung Kommunalwahlkampf 1977".

[805] Auf dem Juso-Bundeskongreß in Hamburg war Klaus-Uwe Benneter am 18. März mit hauchdünner Mehrheit gegen den gemäßigten Reformsozialisten Otmar Schreiner zum Bundesvorsitzenden gewählt worden. Oberpriller, Jungsozialisten, S. 241 ff.

[806] AdsD: NL Arndt 2.1.1.2.3. (Artikel aus dem Höchster Wochenblatt vom 8. September 1977).

[807] So Bürgermeister Martin Berg in seiner Wahlanalyse. Frankfurter Rundschau, 25. April 1977.

sitzenden Martin Wentz „die Arbeitskraft, Einsatzbereitschaft und Solidarität der SPD-Mitglieder und Stammwähler untergraben“[808]. Die von der SPD betriebene, „fast manische Anpassung“ an die „kapitalorientierte Politik bürgerlicher Parteien“ sah auch das Noch-SPD-Mitglied Alexander Schubart als wesentlichen Grund des Kommunalwahlergebnisses[809]. Damit war aber nicht nur die Regierung Schmidt in Bonn, sondern auch die Regierung Arndt in Frankfurt gemeint – und vor allem auch die seit drei Jahren im SPD-Unterbezirk dominierende „linke Mitte“, deren innerparteiliche Vorherrschaft es dem ultralinken Flügel erlaubte, auf die Analyse eigener Fehler weitgehend zu verzichten[810]. Auch Arndts Intimgegner vom Ortsverein Sachsenhausen Ost, Klaus Sturmfels, beharrte statt dessen auf seiner Kritik an der Parteiführung, die umsonst nach den „konservativen Wählern“ geschielt, andererseits aber linke „Stammwähler der SPD so verärgert“ habe, daß diese der Wahl ferngeblieben seien[811].

In bezug auf die jüngeren „Stammwähler“ aus der 68er-Bewegung lag Sturmfels mit seiner Einschätzung gewiß nicht falsch. Man brauchte vor dem geistigen Auge nur einmal die Parolen Revue passieren zu lassen, die im Kontext der Hausbesetzungen auf den Straßen der Stadt skandiert worden waren: „Arndt, du Gangster, bald bist du weg vom Fenster“ oder „Banken, SPD und Magistrat sind ein Gangstersyndikat!“[812] Im linksalternativen *Pflasterstrand*, einer von Cohn-Bendit verantworteten, seit Oktober 1976 erscheinenden „Stadtzeitung aus Frankfurt“[813], hatte der Frankfurter Kommunalwahlkampf so gut wie keine Rolle gespielt; es war statt dessen weiterhin um Hausbesetzungen oder um den Kampf gegen Atomkraftwerke gegangen.

Der „Rechtsruck“, nach dem das Wahlergebnis in den Augen der „sich im Kern immer noch revolutionär begreifenden“[814] Sponti-Szene aussah, löste aber nun doch ein „Erschrecken“ aus, vor allem bei jenen „Genossinnen und Genossen, die in Institutionen arbeiten […]. Hätte man nicht doch SPD wählen sollen, damit die Möglichkeiten der Sozialarbeiter […], das Kommunale Kino, das Historische Museum, das TAT und die KITAS […] erhalten bleiben?“ Die „Stillhaltezeit“, so hieß es, „in der eine Menge Leute die letzten Reformprojekte der SPD ausnutzen und dieser dabei so wenig wie möglich ans Bein pinkeln“ wollten, sei vorbei. „Die Linke in Frankfurt“ habe die SPD bei dieser Wahl „endgültig sausen lassen“. Und tatsächlich war die Wahlbeteiligung vor allem in der Innenstadt, einer Hochburg der Szene, ganz niedrig gewesen. „Unsere Wahlenthaltung“, so begründete der *Pflasterstrand*, sei auch das Beenden eines Kompromisses mit dem Reformismus, „der uns jahrelang politisch gelähmt hat.“ Die im Blick auf die politische Entwick-

808 Frankfurter Neue Presse, 28. März 1977.
809 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. April 1977.
810 Vgl. etwa die Aussagen des weit links orientierten Stadtverordneten Berkemeier, der auf dem Parteitag wenige Wochen nach den Kommunalwahlen nur knapp gegen den bisherigen Amtsinhaber Gebhardt im Kampf um den Unterbezirksvorsitz unterlag. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. April 1977.
811 Ebd., 30. März 1977.
812 Kraushaar, Fischer in Frankfurt, S. 61, 70.
813 Zu den Anfängen des *Pflasterstrandes*, in einer Zeit, als die Spontis wegen des Höhepunktes des RAF-Terrors „nach Luft“ rangen, Stamer, Cohn-Bendit, S. 139ff.
814 Kraushaar, Die Frankfurter Sponti-Szene, S. 114.

lung der folgenden Jahre höchst bemerkenswerte Wahlanalyse endete mit dem Plädoyer für eine künftige „Öko-Liste“: Doch „wir müßten dazu echt mal unseren Arsch hochkriegen.“[815]

Viele derer, die nach 1968 außerhalb der SPD durch die Institutionen marschierten (weil „die Ebene der kommunalen Parteien nicht unsere Ebene von Politik ist“), hatten mit zunehmend „schlechtem Gewissen“ das „kleinere Übel“ SPD gewählt[816], infolge der Tendenzwenden in Stadt, Land und Bund waren sie bei den Kommunalwahlen 1977 dazu offensichtlich nicht mehr bereit. Jedenfalls hatte die SPD an ihren linken Rändern nicht weniger verloren als an ihren rechten, und es war ihr nicht gelungen, „die sozialdemokratischen Stammwähler“, welcher Orientierung auch immer, „zu mobilisieren“[817]. Ob dabei die Bundes-, die Landes- oder die Kommunalpolitik am meisten Schuld hatte, war schwer zu gewichten[818]. Ließ sich Arndts Rathausregierung tatsächlich als Frankfurter Variante einer im Kanzlerwechsel auf Helmut Schmidt personifizierten Tendenzwende innerhalb der Sozialdemokratie bewerten? Und glaubten die Wähler das? Oder hatte nicht mitten im Kommunalwahlkampf der Bundeskanzler das Städel in der Mainmetropole besucht, „ohne Arndt auch nur die Hand zu drücken“?[819] Klar war nur, es hatte einen „Erdrutsch“ zu Lasten der SPD gegeben[820], der sich beim besten Willen, anders als sonst oft bei Wahlniederlagen, nicht schönreden ließ.

Die CDU hatte dagegen allen Anlaß, ihren erfolgreichen Feldherrn Wallmann stürmisch zu feiern. Wie der Wahlsieg genau zustande gekommen war, interessierte am Abend des 20. März 1977 niemanden mehr. Dabei hatte Wallmann sich sechs Wochen vor dem Wahltermin dem Scheitern noch sehr nahe gefühlt und in bitteren Briefen an Riesenhuber und den letzten verbliebenen CDU-Dezernenten Gerhardt seine Enttäuschung über mangelnde Unterstützung durch die Frankfurter CDU artikuliert. Er spüre, so Wallmann mit Blick auf die linken, auf eine Rückkehr zur gewohnten Rathausregierung mit der SPD spekulierenden Kräfte in der CDU, „wie wenig meine Abgrenzung gegenüber der SPD von allen Teilen der Partei akzeptiert“ werde. Doch eine Große Koalition im Römer sei für ihn „derzeit undenkbar“. „Unfaßbar“ fand es Wallmann, daß die CDU nicht schon lange vor seiner späten Nominierung zum OB-Kandidaten für den Wahlkampf eine

815 Pflasterstrand, Nr. 7 (8. 4.–20. 4. 1977), S. 18.

816 Hauptwache, April 1977, S. 5.

817 So auch der Befund Gebhardts in einem Brief an die „Lieben Genossinnen und Genossen“ am 28. März 1977. AdsD: UB Frankfurt. Graue Box. UB Frankfurt a. M. II. UB-Parteitage 1961, 1974, 1977, 1978. Faszikel „Unterbezirksparteitag 31. März 1977“. Es sei, so der für das Verhalten vieler Genossen im zurückliegenden Wahlkampf bezeichnende Appell Gebhardts, „wirklich nicht ausreichend, nur seinen Parteibeitrag zu bezahlen […]. Fangt an und arbeitet ab sofort mit.“

818 Das ZDF stellte am Wahlabend den „sehr großen Einfluß“ der Landes- wie der Bundespolitik auf die hessischen Kommunalwahlen heraus und schrieb den Erfolg maßgeblich Dregger und Kohl zu (ACDP: LV Hessen. 020/036/1. Manuskript „ZDF, 20. 3. 77, 21.00, Heute“); Dregger selbst meinte dagegen, auf allen drei politischen Ebenen sei die „klare, entschiedene Opposition“ entscheidend gewesen (ACDP: LV Hessen. 020/036/1. Manuskript „DLF, 21. 3. 77, 7.23 Uhr“).

819 Dies hatte die CDU genüßlich aufgespießt, um Zweifel an den guten Beziehungen zwischen dem Oberbürgermeister und dem Bundeskanzler zu nähren. Frankfurter Rundschau, 19. März 1977.

820 Frankfurter Rundschau, 21. März 1977.

Dokumentation über jene Punkte zu erstellen begonnen hatte, die Arndt vorzuwerfen seien.

Wallmann verwahrte sich auch gegen die von Riesenhuber geäußerte Kritik an seiner mangelnden Einarbeitung in die Frankfurter Kommunalpolitik; daran sei die CDU-Fraktionsgeschäftsstelle schuld, die ihn nicht hinreichend mit „Spickzetteln" zu bestimmten kommunalen Einzelfragen versorge. Überhaupt machten organisatorische und inhaltliche „Mängel in der Wahlkampfführung" Wallmann „zunehmend besorgt". Die Produktion der Wahlkampfmaterialien stockte, während die SPD hier schon viel weiter war, und nicht einmal seinen Kandidatenprospekt hatte man Wallmann rechtzeitig zur Überarbeitung zugeschickt. Vorschläge der CDU-Wahlkampfleitung, ihn z. B. in eine Reihe mit den früheren sozialdemokratischen Oberbürgermeistern Kolb und Brundert zu stellen, hielt Wallmann für eine „kaum noch zu überbietende Torheit". Die Pannen verdrossen den Kandidaten um so mehr, als er den Eindruck hatte, daß seine Reden auf den Versammlungen gut ankamen, vor allem wenn er, was „mehr als einmal" geschah, zu den Themen Kita, Littmann, imperatives Mandat, DKP-Lehrer und „Aschu" Stellung nahm[821]. Da er im Falle des Scheiterns das volle persönliche Risiko trage, darauf pochte Wallmann für die restlichen sechs Wochen bis zum 20. März, müsse der Wahlkampf „auf mich zugeschnitten sein"[822].

Auch wenn diese Personalisierung der CDU aufs Ganze gesehen gelang und Wallmann weithin als höchst respektabler Kandidat galt, war die Wahl sehr viel weniger eine Entscheidung *für* den Marburger CDU-Bundestagsabgeordneten als *gegen* Arndt und die sichtlich verbrauchte Frankfurter SPD[823]. Was ein *Zeit*-Journalist im Oktober 1974 über die hessische SPD geschrieben hatte, bestimmte trotz einiger gegenläufiger Tendenzen in der Folgezeit auch im März 1977 noch immer die Außenwahrnehmung des Frankfurter SPD-Unterbezirks: „In Hessen haben die Sozialdemokraten das Kunststück fertig gebracht, zugleich als gefährliche, utopische linke Sozialisten und als der Vettern- und Pfründenwirtschaft zugetane Nutznießer der Macht angeprangert zu werden. Mit einer solchen Kombination und Konzentration politischer Torheiten und Sünden liegt Hessen in der Bundesrepublik tatsächlich vorn"[824].

Beide Seiten dieses Befundes bezogen sich direkt oder indirekt auf wesentliche Folgen, die der Marsch eines Teils der 68er-Bewegung durch die Institutionen gezeitigt hatte. Nachdem der „lange Marsch" bis Mitte der 1970er Jahre bereits in zentralen Kultureinrichtungen Frankfurts erhebliche Spuren hinterlassen hatte, trug er 1977 auch noch dazu bei, die als uneinnehmbar geltende rote Bastion am Main von innen heraus zu unterminieren und gleichzeitig die CDU-Wählerschaft bis auf den letzten Mann zu mobilisieren. Zumindest parteipolitisch hat der „lange Marsch" hier das Gegenteil dessen erreicht, wofür seine Teilnehmer angetreten

821 ACDP: Depositum Wallmann. I/742-067/7. Wallmann an Riesenhuber, 2. Februar 1977.
822 ACDP: Depositum Wallmann. I/742-067/7. Wallmann an Gerhardt, 3. Februar 1977.
823 Wallmann selbst sah in dem Wahlergebnis „nicht in erster Linie eine Anerkennung meiner Person oder der CDU"; vielmehr sei die SPD „schlicht und einfach abgewählt worden". Wallmann, Im Lichte der Paulskirche, S. 98.
824 Wolf, Neubeginn, S. 74.

waren[825]. Daß sie dem Ganzen nicht nur lokale Bedeutung beimaßen, demonstrierten der Vorsitzende der CDU/CSU-Opposition im Bundestag, Helmut Kohl, und der hessische CDU-Landesvorsitzende, Alfred Dregger, erneut, indem sie Mitte Juni 1977 der Vereidigung Wallmanns als Frankfurter Oberbürgermeister im Römer beiwohnten[826]. Aber hatte diese Geste auch politische Substanz? Ließ sich aus dem Ergebnis der Frankfurter Kommunalwahlen ein bundesweites Scheitern des Marsches durch die Institutionen folgern? Oder welche Schlüsse konnten sonst aus der Entwicklung von Politik und Kultur in Frankfurt zwischen 1968 und 1977 gezogen werden?

[825] Insofern bestätigt die Frankfurter Entwicklung Langguths These, wonach die SPD infolge der Studentenrevolte mittelfristig „eher in die Defensive geriet". Langguth, Mythos '68, S. 177.

[826] Felsch, Aus der Chef-Etage, S. 168. Arndt, dessen Amtszeit eigentlich erst 1978 endete, hatte sich noch Ende März 1977 zum Rücktritt entschlossen und damit den Weg zur Neuwahl eines Oberbürgermeisters durch die neue Stadtverordnetenversammlung freigemacht. Nur so war es Arndt freilich möglich, sein Stadtverordnetenmandat annehmen, auch über 1978 hinaus im Römer bleiben und die SPD-Fraktion dort anführen zu können. Frankfurter Neue Presse, 23. März 1977.

9. Der Schein des Scheiterns und die lange Dauer des Marschs der 68er

Zusammenfassung und Bewertung der Untersuchungsergebnisse

Wenige Tage nach dem Desaster der Frankfurter SPD bei den Kommunalwahlen 1977 versicherte der Soziologieprofessor Fritz Vilmar, Missionar eines langen Marsches zur Demokratisierung der Gesellschaft im sozialistischen Sinn, den „lieben Rudi" Arndt in dieser „Stunde unserer Niederlage" seiner „vollen Solidarität": „Wir alle haben offensichtlich erhebliche Fehler – vor allem hinsichtlich der ‚Vertrauensarbeit' – gemacht."[1] Ganz auf den Grund der Erkenntnis hinabgestiegen war Vilmar mit dieser Einschätzung kaum. Denn die Ursachen für die Niederlage der Frankfurter SPD lagen nicht überwiegend in einem Kommunikationsproblem, auch wenn ihre erbitterten Flügelkämpfe tatsächlich so viel Zeit und Kraft verschlungen hatten, daß die politische Überzeugungsarbeit der Partei beim normalen Bürger darunter zwangsläufig leiden mußte.

Neben aktuellen bundes- und landespolitischen Widrigkeiten und der lokalspezifischen Filz- und Skandalsituation war vor allem die nicht verkraftete soziale und kulturelle Umschichtung der SPD infolge der 68er-Revolte für das Cannae der Sozialdemokratie verantwortlich. Die Krise, in welche die einstige Arbeiterbewegung im Zuge der Entwicklung „zur Partei des öffentlichen Dienstes, zur Partei der Lehrer und Sozialarbeiter"[2] vor allem in den Großstädten nach 1968/69 geriet, war in Frankfurt nur besonders tief[3]. Universitäten, deren Absolventen dabei eine entscheidende Rolle spielten, gab es in anderen Städten zwar auch, doch trafen die 68er in Frankfurt auf eine politische Kultur, die ohnehin schon sehr „links" geprägt war. Das galt vor allem auch für die hiesigen Sozialdemokraten, von denen viele den Wandel der SPD von der Klassen- zur Volkspartei seit dem Godesberger Parteitag 1959 abgelehnt hatten. Der reißende Zustrom neuer Mitglieder aus der 68er-Bewegung, die der SPD zum Teil nicht etwa aus Zustimmung zu deren Politik beitraten, sondern in der Hoffnung, so am ehesten ihre eigenen radikal gesellschaftsverändernden Vorstellungen umsetzen zu können, erfaßte zunächst die Jusos, aber dann rasch auch die Gesamtpartei. Schon beim Frankfurter SPD-Unterbezirksparteitag 1969 wurden die „Rechten" bis auf eine Ausnahme aus dem Vorstand verdrängt, im Februar 1970 dann vollständig.

Nach der Wahl des altlinken UB-Vorsitzenden und „Anti-Godesbergers" Walter Möller zum Oberbürgermeister in der Nachfolge des verstorbenen Rathaus-

[1] IfSG: Nachlaß Arndt S 1/163, Nr. 23: Fritz Vilmar, Frankfurt, 22. März 1977, an Rudi Arndt.
[2] Walter, Die SPD, S. 191.
[3] Vgl. Lösche/Walter, Die SPD, S. 378.

chefs Brundert im Mai 1970 richteten sich die innerparteilichen Kräfte allerdings neu aus. Die Erfahrungen des Amtes, nicht zuletzt in der Frage der Hausbesetzungen im „City-Erweiterungsgebiet" Westend, ließen Möller aus Sicht des Juso-Flügels so weit in die Mitte rücken, daß Möllers Wunschnachfolger im UB-Vorsitz Fred Zander sich nur mit knapper Mühe durchsetzen konnte. Der Konflikt zwischen einer sich jetzt um die SPD-Rathausfraktion herum gruppierenden neuen „linken Mitte", aus linken „Realos" und versprengten Resten der örtlichen SPD-Rechten auf der einen Seite, dem Juso-Flügel auf der anderen, gewann aber erst richtig an Kontur, als Möller nach eineinhalb Amtsjahren an einem Herzinfarkt starb und der hessische Finanz- und Wirtschaftsminister Rudi Arndt ihm als Oberbürgermeister und neuer starker Mann der Frankfurter SPD nachfolgte. Denn Arndt, ganz ein Kind der deutschen Arbeiterbewegung, konnte mit den studierten Bürgersöhnchen und -töchtern, die da in seine Partei drängten und mithilfe eines imperativen Mandats auch noch versuchten, ihre Herrschaft vom Unterbezirk auf die Rathausfraktion auszudehnen, überhaupt nichts anfangen. Sämtliche Bemühungen des in Fraktion und Magistrat konzentrierten sozialdemokratischen Establishments, den vor allem in boden- und wohnungspolitischen Fragen weit links segelnden UB-Vorstand wieder zu kippen, scheiterten jedoch jahrelang an der Dynamik und Mobilisierungskraft der Jusos.

Der Gipfel der sozialen und kulturellen Umschichtung in der Frankfurter SPD schien im März 1974 erreicht, als der nicht wieder antretende Bundestagsabgeordnete Zander, ein gelernter KfZ-Mechaniker mit Volksschulabschluß, im UB-Vorsitz von dem Volkshochschuldirektor Fred Gebhardt, einem studierten Politologen und Soziologen, abgelöst wurde. Der Kandidat der linken Mitte, Bürgermeister Sölch, war ihm in einer Kampfabstimmung knapp unterlegen.

Über den Jahrzehnte später zur PDS wechselnden neuen SPD-Vorsitzenden Gebhardt sagte Arndt einmal, dieser habe „schon immer den Kommunisten näher gestanden als den Sozialdemokraten"[4]. 1974 indes stand Gebhardt unerwartet an der Spitze eines realpolitischen Schwenks, den der größere Teil der bisherigen linken Mehrheit des Unterbezirks im Rahmen einer die SPD bundesweit erfassenden Tendenzwende vollzog.

Der Kanzlerwechsel von Willy Brandt, der die 68er-Bewegung in die Partei integrieren wollte, auf Helmut Schmidt, der ultralinke Jungsozialisten für die zunehmend besorgniserregenden SPD-Wahlergebnisse in den Ländern verantwortlich machte, bedeutete im Mai 1974 eine tiefe Zäsur. Mehr und mehr gewann die sich gegen den Marsch durch die Institutionen formierende Bewegung gemäßigter „Godesberger" Sozialdemokraten an Oberwasser. Und selbst Fred Gebhardt übernahm nach dem Damaskuserlebnis tumultuarischer Parteitage Arndts Argumentation, den nach 1968 in die SPD eingetretenen Genossen „fehle es an einer Beziehung zu dem, was die Arbeiterbewegung historisch darstelle"[5]. Mit der neuen Vernunftbeziehung zwischen Arndt und Gebhardt war zwar in den nächsten Jahren meist für stabile Mehrheiten im Frankfurter Unterbezirk gesorgt, doch das Störpotential des geschrumpften, auch aus dem Vorstand zunehmend ver-

[4] Frankfurter Neue Presse, 16. August 2000.
[5] Frankfurter Rundschau, 9. Dezember 1974.

drängten Juso-Flügels blieb groß genug, um noch öfter für unliebsame Überraschungen auf den Parteitagen zu sorgen und das Bild einer geschlossenen SPD auch in der Folgezeit für die Öffentlichkeit nicht recht entstehen zu lassen.

Statt realistische Konzepte für einen mehrheitsfähigen Antikapitalismus zu liefern, so haben es Göttinger Parteienforscher gedeutet, hatte der plötzliche Einmarsch der langhaarigen Schüler und Studenten zuerst die Jusos und dann die SPD „aus dem seelischen Gleichgewicht" gebracht und ihr einen teilweise nachgerade selbstmörderischen Generations- und Kulturkampf beschert: Der Marxismus der Jungen erklärte nichts mehr, war „Imponiergehabe, elitärer Gestus, mitunter einfach Ausdruck spätpubertären Trotzes."[6] Der neue Habitus der Partei verstörte die eben gewonnenen SPD-Wähler in der bürgerlichen Mitte jedenfalls nicht weniger als das rätedemokratische imperative Mandat, das allzu große Verständnis für gewaltbereite Hausbesetzer, die vom 68er-Geist durchzogenen hessischen Rahmenrichtlinien in der Schule oder manch revolutionär anmutende Ereignisse in der kommunalen Kulturpolitik. Angesichts trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten wachsender Reallöhne waren auch linkssozialistische Sympathiebekundungen für das jugoslawische Modell nicht gerade wählerwirksam.

Obwohl die kurzfristige Wirkung der 68er-Bewegung auf die SPD bzw. auf deren Akzeptanz beim Wähler nur verheerend genannt werden kann, läßt sich daraus nicht einfach auf ein machtpolitisches Scheitern des Marsches durch die Institutionen schließen. Denn wie nachhaltig die Generation der Studentenbewegung mittelfristig die „alte Tante" SPD trotzdem zu verändern vermochte, zeigte sich schon am Ende der Ära Schmidt, als die Partei in der Schlüsselfrage der Nachrüstung „ihrem" nunmehrigen Ex-Kanzler auf dem Kölner Parteitag im November 1983 die sicherheitspolitische Gefolgschaft endgültig versagte und sich mit Willy Brandt und Oscar Lafontaine ganz der sogenannten Friedensbewegung öffnete[7]. Mit traditionell militärkritischen Affekten, wie sie etwa auch in den 1950er Jahren die Oppositionspartei SPD charakterisierten, hatte diese Entwicklung weniger zu tun, sehr viel mehr dagegen mit dem Wachstum (gesinnungs-)pazifistischen Denkens im Zuge der 68er-Diskurse um Vietnam oder der APO-Attacken gegen den „Kriegsdienst" in der Bundeswehr („Demokratisierung statt Militarisierung"[8]). Trotz der innerparteilichen Tendenzwende von 1974, die insofern zu relativieren ist, schien hier unter dem anhaltenden Parteivorsitz Willy Brandts subkutan eine Bewußtseinsveränderung zumindest innerhalb der Activitas der Partei stattgefunden zu haben. Bedenkt man ferner die Formierung der sich ebenfalls aus Strömen der 68er-Bewegung speisenden Partei der GRÜNEN, die im Kontext der Nachrüstungsdebatte Anfang der 1980er Jahre den Marsch in die Institutionen des deutschen Parlamentarismus erfolgreich anzutreten begann, so wird man den langen Marsch erst recht nicht einfach als machtpolitisch gescheitert abtun können[9].

[6] Walter, Die SPD, S. 192, 194.
[7] Zum sicherheitspolitischen Gesinnungswandel in der SPD vgl. Gebauer, Der Richtungsstreit, S. 191–217.
[8] Bernhard, Zivildienst, S. 164.
[9] Vgl. auch die unter der Überschrift „Langzeitwirkung" stehenden Bemerkungen Kraushaars zu den GRÜNEN, in: Kraushaar, Achtundsechzig, S. 234–239.

Zu dieser Entwicklung gehörte auf der lokalen Untersuchungsebene, daß in der Frankfurter SPD 1983 ein langjähriger Juso-Politiker und Wortführer des linken Flügels, Martin Wentz, Fred Gebhardt im Vorsitzendenamt ablöste und den Durchbruch der „ökologischen Postmaterialisten“[10] im Unterbezirk besiegelte. Die Karriere des 1945 geborenen Wentz, der den SPD-Unterbezirk nach seiner Wahl, zur Überraschung auch alter linker Freunde, auf bürgerlichen Modernisierungskurs brachte[11], 1985 zum Mitarbeiter in der hessischen Staatskanzlei und 1989 zum Planungsdezernenten der Stadt Frankfurt avancierte, steht für den Typus des lern- und anpassungsfähigen 68ers, der in der Frankfurter SPD durchaus verbreitet war. Bei manchen wie dem Rechtsanwalt Christian Raabe ging dieser Prozeß zügiger, bei anderen wie dem späteren langjährigen außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Karsten Voigt oder dem Politikprofessor Wolfgang Rudzio etwas schleppender vor sich, wobei nicht immer klar zu erkennen war, ob dem ausschließlich ein geistig-politischer Reifungsprozeß zugrundelag oder auch die pragmatische Einsicht, angesichts der innerparteilichen Tendenzwende von 1974 fortan im Blick auf das eigene politische Fortkommen besser nicht mehr so laut mit den anscheinend weniger werdenden linken Wölfen in der Partei zu heulen.

Wirklich gescheitert waren dagegen nur die Ultralinken wie der Lehramtsanwärter Eckert, der mit einer Gruppe seiner Stamokap-Jusos gleich zur DKP wechselte, oder ein Gesinnungsachtundsechziger wie der Amtsjurist Schubart, der sich schon im Häuserkampf gegen seinen eigenen Oberbürgermeister gestellt hatte und später in den 1980er Jahren im Protest gegen die Startbahn West endgültig ins gesellschaftliche Abseits geriet. Materiell landeten freilich selbst diese prominenten Repräsentanten des ultralinken Marsches durch die Frankfurter SPD ziemlich weich im hessischen Schuldienst bzw. in der Frühpensionierung.

Bei jenen 68ern, die nicht durch die SPD, sondern durch die kulturellen Institutionen der Stadt marschierten, zeigt sich ein ähnliches Bild. Dem 1940 in einem hanseatischen Bürgermilieu geborenen Kunsthistoriker Detlef Hoffmann, einem der Hauptakteure während der linkssozialistischen Experimente am Historischen Museum in den Jahren ab 1972, schadeten diese weniger ruhmreichen Biographieanteile mitnichten. Nach einer Tätigkeit als FH-Professor in Hamburg 1980 bis 1982 wurde er schließlich auf eine Professur für Kunstgeschichte an die Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg berufen. Auch für den überzeugten 68er Peter Danzeisen (Jahrgang 1948), der 1972 vor allem auch wegen der Mitbestimmung als Schauspieler an die Städtischen Bühnen gekommen war und dort als langjähriger Basisdirektor an Aufstieg und Niedergang des umstrittenen Frankfurter Modells seinen Anteil hatte, bedeutete diese berufliche Station keinen Karriereknick. Vielmehr kamen ihm die (Gremien-)Erfahrungen seiner Frankfurter Zeit zugute, als er es später zum Direktor der „Theater Hochschule Zürich“ und zum Rektor der „Hochschule für Musik und Theater“ bringen sollte.

[10] Lösche/Walter, Die SPD, S. 370.

[11] Die SPD, so Wentzens Einsicht, müsse sich auf die Lebensstile der im wachsenden Dienstleistungssektor tätigen Menschen einlassen und nicht zuletzt auch deren Skepsis gegenüber staatszentrierter Wirtschaftspolitik berücksichtigen. Lösche/Walter, Die SPD, S. 372.

Die Frankfurter Befunde bestätigen, was ein scharfsinniger Analytiker der 68er-Bewegung, der von ihr selbst geprägte Gerd Koenen, 2001 zu Zeiten der ersten rot-grünen Bundesregierung konstatierte: Das halbe Kabinett und prominente Figuren der Parlaments- und Parteiszene haben ihre politische Biographie als Marxisten, Kommunisten und sozialistische Systemveränderer verschiedener Couleur begonnen, als Sponti-Militante oder K-Grüppler, RAF-Anwälte, SHB-Aktivisten oder JUSO-‚Antirevisionisten'"; auch in staatlichen Behörden oder privaten Verbänden, in Justiz und Anwaltskanzleien, in Medien oder Universitäten würde „ein Verschwörungstheoretiker reichlich fündig werden." Der lange Marsch durch die Institutionen habe stattgefunden – allerdings, so Koenen, „kaum in dem Sinne seines Erfinders Rudi Dutschke, der sich 1967 noch einen veritablen Bund insgeheimer Revolutionäre vorgestellt hatte"[12].

Den Marsch durch die Institutionen hindurch im Sinne der ursprünglichen Dutschkeschen Partisanenstrategie für die Metropolen der Industriegesellschaft gab es gewiß nur ansatzweise[13]. Schon der (neo-)marxistische Jargon der Revolutionäre war von einer Art, die der breiten Masse des Volkes gänzlich unverständlich bleiben mußte. Nicht vergessen sollte auch werden, daß es gerade für einige der bekanntesten „Helden" von 1968 „keinen direkten Übergang von der Revolte zum […] Establishment gegeben" hat, sondern Ausweisungen und Berufsverbote, von denen laut Bernd Rabehl anders als bei DKP-Mitgliedern kaum jemand Notiz genommen habe[14]. Doch für die vielen, vielen weniger prominenten Marschierer, für jene, die von vornherein nicht so radikal waren oder später realpolitische Brüche mit fundamentalen Positionen ihrer frühen Sozialisationsphase vollzogen, trifft Michael Schmidtkes These vom „Scheitern des langen Marsches"[15] wohl kaum zu. Sein Argument, nur relativ wenige Ex-Aktivisten der 68er-Bewegung hätten gesellschaftliche Schlüsselpositionen erobert, nur 15% seien in die Politik gegangen, der größere Teil aber in den Bereich der Medien und der Bildung, ohne dort indes in der Regel führend tätig zu sein[16], ist keineswegs ein Beweis für das Scheitern.

Christina von Hodenberg hat am Beispiel der Massenmedien zwar ebenfalls herausgearbeitet, daß es eine Unterwanderung von Presse und Rundfunk durch radikal-sozialistische 68er „nie gegeben" habe[17], weil die revolutionäre Minderheit auf eine bloß reformerisch orientierte Mehrheit aller Altersgruppen (vor allem auch kritischer „45er") gestoßen sei. Aber von Hodenbergs Ergebnisse liefern doch auch wichtige Hinweise darauf, daß der lange Marsch zumindest im Sinne der ebenfalls von Dutschke apostrophierten „langfristigen Geschichte" einer an-

[12] Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 469f. Vgl. auch die Aufzählung von Götz Aly, Unser Kampf, S. 21, was aus den Genossen der Mao-KPD geworden sei. Die Namen reichen von einer Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags bis zu einem Chefredakteur des *Handelsblatts*.

[13] Vielleicht etwa im Zivildienst, wo nach den Ergebnissen der Studie von Bernhard (Zivildienst, S. 400ff.) zumindest streckenweise eher ein Marsch der APO durch die Institutionen hindurch zum Zwecke der Zerstörung des Dienstes erfolgte, wenngleich die erhoffte Revolutionierung des Bewußtseins der Massen auch hier nicht gelang.

[14] Focus, 2. September 1996 (Nr. 36), S. 70 („Was aus den 68ern geworden ist").

[15] Schmidtke, Der Aufbruch, S. 288.

[16] So Schmidtke, ebd., mit Blick auf die erwähnte Focus-Umfrage aus dem Jahr 1996, die sich auf 120 Biographien stützte.

[17] Hodenberg, Der Kampf, S. 156.

zustrebenden Bewußtseinsveränderung in der Gesellschaft mehr als ein Mythos ist. Denn zum einen hat die reformerische Mehrheit in den Redaktionen das 68er-Projekt „mit kritischer Sympathie" begleitet[18]; zum anderen kamen auch infolge der damaligen Stellenexpansion ein Drittel der 68er-Aktivisten meist als freie Journalisten oder „einfache" Redakteure in den Medien unter. Noch Jahrzehnte später hielten 68er vor allem das Feuilleton in Presse und Rundfunk, sehr zum Ärger des Nachwuchses, „besetzt wie ein verstopftes Klo"[19]. Soziologische Studien dokumentierten schon in den 1970er Jahren, daß die SPD die bei weitem bevorzugte Partei der Journalisten war, während der Anteil der CDU-Wähler hier unter 10% lag[20].

Eine ähnlich deutliche Abweichung vom gesamtgesellschaftlichen Meinungsklima zeigte sich bald auch an den Hochschulen. Noch bis 1960 sympathisierten laut Zahlen aus Allensbach 45% der bundesdeutschen Studenten mit CDU und CSU, nur 13% dagegen mit der SPD. 1975 dagegen ergab eine repräsentative Infratest-Umfrage, daß nur mehr 14% der Studenten die Unionsparteien für die Partei ihrer Wahl hielten. Nicht ganz so deutlich, aber in der Tendenz doch ähnlich war der Wandel des akademischen Zeitgeistes an den politischen Präferenzen der bis in die 1960er Jahre hinein eher konservativen Professorenschaft abzulesen[21]. Zwar hatte eine wachsende Entfremdung zwischen universitärem Geist und christlich-demokratischer Macht bereits etliche Jahre vor 1968 im Kontext der Debatten um die von Georg Picht proklamierte „Bildungskatastrophe" eingesetzt; doch die 68er-Revolte wirkte auf diese Entwicklung offensichtlich noch beschleunigend. Eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung anhand von 75 APO-Aktivisten ergab etwa, daß allein ein Drittel davon als Hochschulprofessor tätig wurde[22].

Der Generationenforscher Helmut Fogt hat vor diesem Hintergrund sein Urteil, die 68er-Aktivisten hätten sich zwar durchaus auf den langen Marsch begeben, „aber eher durch die ‚falschen' Institutionen" – womit Fogt die „politisch nicht so sehr ‚entscheidenden' Institutionen" meint –, zurecht selbst wieder relativiert. Denn man könne, so Fogt, das Engagement im Kultur- und Bildungsbereich eben auch als „Teil einer indirekten und außerordentlich langfristigen Strategie der ideologischen ‚Aufklärung'" begreifen[23]. In diesem Sinne hatte Helmut Schelsky bereits 1975 die „Dauergegenwart einer Protestgeneration" für die nächsten Jahrzehnte in Aussicht gestellt: „Man wird […] damit leben müssen, daß ein großer Teil der Lehrer, die die Kinder erziehen, ein Teil der Professoren, die die wissenschaftlichen Berufe ausbilden, sehr viele Pfarrer beider Konfessionen und vor allem der größere Teil der Journalisten, Medienproduzenten, Schriftsteller und sonstigen Sinn-Vermittler die moralisch-politischen Loyalitäten ihres ‚Protests'

[18] Ebd., S. 157.
[19] So „Tempo"-Gründer Markus Peichl laut Focus, 2. September 1996 (Nr. 36), S. 69.
[20] Hodenberg, Der Kampf, S. 145f.
[21] 36% der Lehrenden nannten 1975 die SPD als die Partei, die ihnen am nächsten stehe, die CDU bzw. CSU nannten nur noch 24%. Bösch, Die Adenauer-CDU, S. 403, 537; Schildt, „Die Kräfte der Gegenreform", S. 455.
[22] Schmidtke, Der Aufbruch, S. 288.
[23] Fogt, Politische Generationen, S. 156.

einhalten und offen oder verborgen nach seinen Grundsätzen lehren, predigen, informieren und handeln werden."[24]

Hat sich Schelskys Prophezeiung zumindest für das erste, hier untersuchte Jahrzehnt in der Frankfurter Hochburg der 68er-Bewegung bewahrheitet? Zunächst ist eines festzuhalten: Wenn die meisten 68er den langen Marsch – anders als bei Dutschkes verlustreichem chinesischen Vorbild – physisch unversehrt und ohne Schaden an ihrem beruflichem Fortkommen überstanden, so ist damit noch keine Aussage darüber getroffen, welche Rolle ihr geistiges Marschgepäck im weiteren Verlauf der im einzelnen sehr unterschiedlichen Lebensläufe spielte. Nicht alle ehemaligen „APO-Führer" – und erst recht nicht alle „Mitläufer" – setzten, wie Alfred Dregger im Blick auf den vom SDS-Ideologen zum Gründungsrektor der Uni Bremen avancierten Thomas von der Vring 1972 befürchtete, „als Lehrer, Wissenschaftler, Rechtsanwälte, Justizbeamte und Parteifunktionäre" in den Institutionen das fort, was sie „vor fünf Jahren auf den Straßen West-Berlins, Frankfurts und anderer westdeutscher Großstädte begannen"[25]. Aber auch die gelegentlich zu hörende Beschwichtigung, der lange Marsch durch die Institutionen habe die einstigen Rebellen mehr verändert als die Institutionen selbst, wird dem Sachverhalt wohl nicht ganz gerecht.

In Frankfurt jedenfalls veränderten sich die SPD und die von ihrer kommunalen Kulturpolitik abhängenden Institutionen wie das Historische Museum und die Städtischen Bühnen nach 1968 in hohem Tempo und mit großer Wucht. Ganz gezielt hatte der altlinke Oberbürgermeister Möller, der auf Willy Brandts Linie um die Einbindung zumindest der nicht ultraradikalen Teile der Protestbewegung in die Sozialdemokratie bemüht war, erstmals in der Nachkriegsgeschichte das 1970 freiwerdende Kulturdezernat mit einem Genossen besetzt. Während es für einen kommunalen Amtsträger so gut wie unmöglich war, in der damals immer brennenderen Frage der Wohnungsbaupolitik und der Hausbesetzungen im Westend einen Kurs zu steuern, der den zahlreich bei den Jungsozialisten engagierten 68ern wirklich behagte, so ließ sich zumindest einigen kulturrevolutionären Zielen der durch die Partei marschierenden Protestbewegung in städtischen Institutionen Rechnung tragen.

Vor diesem Hintergrund ist auch das Konzept der „Kultur für alle" zu sehen, als Teil einer Strategie der Gesellschaftsveränderung, wie es von Hilmar Hoffmann, dem kulturpolitischen Arbeitskreis der SPD und vielen Jungsozialisten verfochten wurde. Nicht nur um die kulturelle Teilhabe all jener ging es, in deren Elternhaus – nach dem von Hoffmann gern zitierten Benn-Gedicht – keine Gainsboroughs hingen und kein Chopin gespielt wurde; vielmehr war das neue Interesse an der Kultur für manche auch „ein Instrument zur Reformierung und Revolutionierung der Gesellschaft, ein Ersatz für die Utopien und Hoffnungen, die sich damals vor allem mit der Bildungspolitik verbanden". Über die demokratische Teilhabe an der Kultur sollte die „Demokratisierung" der Gesellschaft voran-

[24] So Schelsky, Die skeptische Generation, S. XXI, in dem Vorwort zu einer 1975 erscheinenden Neuauflage seines Klassikers. Fogt verortet dagegen viele 68er in der „inneren Emigration".
[25] Dregger, Systemveränderung, S. 9f.

getrieben und diese schließlich „in ein neues revolutionäres Stadium überführt werden“[26].

Anders als mancher 68er behandelte der noch zur Generation der 45er zählende Kulturdezernent Hoffmann auch in seinen theoretischen Schriften Kulturpolitik aber nicht als Teil der Sozialpolitik. In das vor allem aus der Sponti-Szene herauswachsende grüne Umfeld paßte er nicht, da „seinem Qualitätsbegriff die Bastelstube zum Selbermachen schon immer ein Greuel“ war und er nie den utopischen Vorstellungen anhing, „jeder könne sein eigener Beuys sein“. Dieses spätere, im Kern zutreffende Urteil Walter Wallmanns über seinen langjährigen Kulturdezernenten Hoffmann, den er trotz absoluter CDU-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung nach 1977 im Amte ließ[27], war so wohl erst aus der entspannten Rückschau möglich: „Hoffmann hat höher gezielt, aber dabei dennoch ein neu erwachtes Interesse an der Kultur getroffen, das war seine Leistung.“[28]

Wallmanns Einschätzung war offensichtlich dadurch beeinflußt, daß „sich der revolutionäre Furor hinter Hoffmanns theoretischen Positionen erschöpft hatte“, als er 1977 mit ihm zusammenzuarbeiten begann. So war es für den neuen Oberbürgermeister nicht schwer, „eine gemeinsame Basis“ mit seinem tatkräftigen und politisch schwergewichtigen Dezernenten zu finden[29]. Vor Tische aber hatte man's mitunter anders gelesen. Einer der Lieblingsgegner Hoffmanns, der Publizist Krämer-Badoni, schleuderte im März 1973 dem Kulturdezernenten angesichts dessen Museums-, Theater-, Volkshochschul- und Kinopolitik entgegen, er gebe zwar vor, „absolut gegen jede Ideologisierung“ einzutreten, habe aber dennoch „anscheinend absolut nichts dagegen“, wenn in Institutionen, für die er verantwortlich sei, „nicht immer nach diesem seinen Grundsatz gehandelt“ werde[30]; so würden etwa an der Volkshochschule Hausbesetzer geschult oder im Kommunalen Kino bevorzugt sozialistische Filme präsentiert. Auch wer der Kulturpolitik Hoff-

[26] So brachte es rückblickend Walter Wallmann auf den Punkt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai 1990), wobei aber zu betonen ist, daß zumindest Hoffmann, anders als ultralinke Jusos, nur für eine geistig-kulturelle „Revolution“ stand. Sein Wirken läßt sich auch als kommunale Variante der sog. inneren Reformen der frühen 1970er Jahre deuten (vgl. Reinhardt, CDU und SPD, S. 66).

[27] Wallmann avancierte 1986 zum ersten Bundesumweltminister; Kulturdezernent Hoffmann, der mit dem kunstsinnigen CDU-Oberbürgermeister sogar besser zurechtkam als mit dessen sozialdemokratischem Vorgänger Arndt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August 1986), wurde 1982 und 1988 in seinem Amt bestätigt, beendete dann aber seine kommunalpolitische Tätigkeit in Frankfurt 1990 aus freien Stücken. Anfangs indes war Wallmann, wie sein früherer Frankfurter Büroleiter Gauland weiß, noch keineswegs entschlossen gewesen, seinen „roten“ Kulturdezernenten „auf jeden Fall zu halten und ihm freie Hand zu lassen“; denn die Sozialdemokraten seien „in Hoffmanns ersten Frankfurter Jahren auf dem Trip der Zerstörung des bürgerlichen Frankfurts“ gewesen, was ihnen im Westend auch gelungen sei. Zwischen Wallmann und Hoffmann habe es infolgedessen „ein Ausprobieren“ gegeben, „am Beginn noch voller Mißtrauen, später meistens harmonisch, doch niemals spannungsfrei“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 1999.

[28] So Wallmann anläßlich des Amtsverzichts Hoffmanns in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 5. Mai 1990. Auch Wallmanns Vertrauter Gauland hat Hoffmann rückblickend, bei aller Kritik, mit gutem Grund sehr gewürdigt. Dieser sei „einer der großen Kulturdezernenten der Republik“ gewesen „und bestimmt der beste, den Frankfurt je gehabt hat“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 1999.

[29] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai 1990.

[30] Diesem sagte Hoffmann bei einem Interview einmal ins Gesicht: „Wenn man sie liest, hat man den Eindruck, in Frankfurt ist alles links, und man kann nirgends mehr hingehen.“ Die Welt, Ausgabe B, Westberlin, 28. März 1973.

manns nicht so fundamental-kritisch begegnete wie Krämer-Badoni, hatte Anfang der 1970er Jahre manchen Grund, sich über Entwicklungen am Historischen Museum und am Sprechtheater der Städtischen Bühnen zu wundern, die großteils dem geistigen Marschgepäck von 68er-Bewegten geschuldet waren.

Bei den Kontroversen um die neue Dauerausstellung des Stadtmuseums, das 1972 endlich in einen ausreichend großen, wenn auch architektonisch monströsen Betonbau auf den Römerberg umzog, ist allerdings eine längere, weit vor 1968 einsetzende Vorgeschichte zu berücksichtigen. Denn die bundesdeutschen Museen, die der kulturelle Wiederaufbau der Nachkriegszeit allzu oft vergessen hatte, waren schon Anfang der 1960er Jahre in die Kritik geraten. Ihrer jetzt international zunehmend erkannten bildungs- und gesellschaftspolitischen Funktion schienen die traditionell ausgerichteten deutschen Musentempel kaum gerecht werden zu können. Nicht nur wegen ihrer oft noch deplorablen materiellen und räumlichen Situation, sondern auch, weil sie vorrangig damit beschäftigt waren, Bestände zu pflegen und den Bedürfnissen des gebildeten Bürgertums zu entsprechen, statt sich für breitere Besucherschichten zu öffnen. Insofern trafen die Gedanken des von den 68ern intensiv rezipierten Herbert Marcuse über den „affirmativen Charakter der Kultur" mit ihrem expliziten Angriff auf das hergebrachte, feiertäglich orientierte Museumswesen einen wunden Punkt.

Auch außerhalb der APO in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung bestand bei den Beratungen über das neue Historische Museum breiter Konsens über eine Institution, die dem Besucher in didaktischer Weise Einsichten in historische und gesellschaftliche Zusammenhänge vermitteln und Bestandteil eines modernen Bildungssystems werden solle. Wie der dementsprechend einhellig verabschiedete museologische und museographische Entwurf von den Ausstellungsmachern aber dann in die Praxis umgesetzt wurde, stand auf einem anderen Blatt. Denn es schien, als habe das Ziel, die traditionelle Geschichtsschreibung als ein herrschaftslegitimierendes Instrument zu entlarven, das der auf dem Kunsthistorikertag 1968 von jungen Dozenten und Museumsvolontären gegründete „Ulmer Verein" verfolgte, auch am Historischen Museum Frankfurt Pate gestanden.

So bemühten die Ausstellungsmacher zur klassenkämpferischen Charakterisierung des mittelalterlichen Feudalwesens an erster Stelle den KPD-Mitbegründer Otto Rühle und dessen völlig veraltete „Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats". Auch ansonsten befleißigten sie sich eher vulgärmarxistisch wirkender Religions- und Kirchenkritik – ohne jede Rücksicht auf die Gefühle religiös noch musikalischer Zeitgenossen. Darüber hinaus brachten sie auf einer der umstrittensten Tafeln zur Novemberrevolution von 1918 einen Text an, der die Politik der Mehrheitssozialdemokratie in Richtung einer Weimarer Republik anprangerte und das nicht zum Zuge kommende Rätesystem als ein Mittel pries, die autoritätsgläubige deutsche Bevölkerung gleichsam zur wahren Demokratie zu führen. Im Herbst 1975, als die bislang fehlenden Abteilungen zum 16. bis 19. Jahrhundert eröffnet wurden, firmierte schließlich auch noch Otto von Bismarck als Schnapsbrenner, der durch den Verkauf von billigem Fusel nach Afrika sein Rittergut rentabel gehalten habe und deswegen an deutschen Kolonien interessiert gewesen sei.

Für den streckenweise einfach unwissenschaftlichen, teils auch offen marxistischen Duktus der neuen Dauerausstellung war eine an den Ideen von 1968 orien-

tierte Gruppe von Museumsleuten verantwortlich, die durch den zur alten Linken zählenden Direktor wohlwollende Förderung erfuhr. Trotz massiver öffentlicher Kritik, die parteipolitisch von der CDU bis zur „rechten" Sozialdemokratie, publizistisch von der *Welt* bis teilweise zur *Zeit* und zur *Süddeutschen Zeitung* reichte, blieb ein großer Teil der problematischen Schrifttafeln erhalten bzw. wurden fragwürdige Passagen nur durch neue Fragwürdigkeiten ersetzt. Weiter gehende Änderungen wären nur „über die Leiche" des Kulturdezernenten Hoffmann möglich gewesen, der dem – Frankfurter Kultur bundesweit in die Schlagzeilen rükkenden – Museum eisern zugute hielt, nicht nur die Geschichte der Herrschenden, sondern endlich auch die der Beherrschten zu dokumentieren und die Arbeiterschicht als Zielgruppe direkt anzusprechen.

Für den Anfang der 1970er Jahre dominierenden linken Flügel der SPD blieb das Museum ebenfalls ein ideologisches Prestigeobjekt. Dabei war es für die (neo-) marxistischen Museumsstürmer angesichts der sonst so breiten Phalanx ihrer Kritiker von großem Wert, konzentrierte Schützenhilfe durch Didaktik-Professoren der Frankfurter Universität zu bekommen, nicht zuletzt durch Hubert Ivo, Professor für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur, der auch zu den Hauptautoren der Hessischen Rahmenrichtlinien Deutsch zählte, oder durch Valentin Merkelbach, der die Frankfurter SPD leidenschaftlich davor warnte, an der Tendenz der Schrifttafeln Korrekturen zuzulassen. Und auch Kustos Detlef Hoffmann fungierte als Lehrbeauftragter für Didaktik an der Frankfurter Universität.

Da die letzten alten Tafeln erst in den 1980er Jahren unter einem neuen, politisch der FDP zugerechneten Museumsdirektor nach und nach verschwanden, wird man sagen müssen, daß der Marsch durch die Institutionen am Historischen Museum zumindest punktuell und vorübergehend einen bemerkenswerten Erfolg erzielt hatte. Doch es handelte sich dabei keineswegs um einen Beitrag zur „Fundamentalliberalisierung" der bundesdeutschen Gesellschaft, denn mit einem Abbau autoritärer Strukturen und einem Zuwachs emanzipierter-partizipatorischer Lebensformen[31] hatte all dies offensichtlich wenig zu tun, sondern um einen Schritt zur geschichtspolitischen Fundamentalideologisierung, der die Gesellschaft tief spaltete.

Die prinzipiell überzeugenden Grundbestandteile einer neuen Museumsdidaktik, denen anfangs auch alle Fraktionen im Römer zugestimmt hatten, bedurften der Impulse neomarxistischer System- oder Bewußtseinsveränderer auch gar nicht, sondern resultierten wesentlich aus den schon Anfang der 1960er Jahre anhebenden Forderungen nach mehr öffentlicher Relevanz der Museen und verstärkter museumspädagogischer Sensibilität. Fraglich ist zudem, ob die Art und Weise der Durchsetzung des neuen Museumskonzepts mit dem im Kontext der 68er-Bewegung hochgehenden Demokratisierungspostulat vereinbar war, wenn offensichtlich eine kleine (neo-)marxistische Minderheit ihre Ideen gegen fundierte wissenschaftliche Kritik – und auch Sachkenner im eigenen Haus – auf Biegen und Brechen durchsetzen wollte. Es war jedenfalls ein „schlechtes Zeichen für eine doch demokratisch verfaßte Stadt", wenn in dieser Weise „Indoktrination über Aufklärung" siegte[32].

[31] So die Würdigung der Folgen von '68 durch Jarausch, Die Umkehr, S. 237.
[32] So kommentierte zu Recht die Süddeutsche Zeitung, 8./9. November 1975.

Auch an den Städtischen Bühnen führte der Marsch durch die Institutionen über Jahre hinweg zu schweren Verwerfungen. Hier ging es nicht nur um ein paar mißlungene oder politisch tendenziöse Aufführungen, was in etwa dem geschichtspolitischen Streit um die Texttafeln am Museum entsprochen hätte, sondern es ging mit dem Frankfurter Mitbestimmungsmodell gleichsam „ans Eingemachte“: um die Frage, ob die Kernforderung der 68er-Bewegung nach Demokratisierung der Gesellschaft praktisch überhaupt durchführbar war. Ähnlich aber wie im Museumsbereich, wenn auch etwas weniger ausgeprägt, war den kulturrevolutionären Veränderungen eine längere Krise der Institution Theater vorausgegangen. Der These Hilmar Hoffmanns, kulturpolitisch hätten die 1970er Jahre 1968 begonnen, wird man auch deshalb kaum vorbehaltlos zustimmen können[33].

Die seit Anfang der 1960er Jahre massiv wachsende Konkurrenz des bequemen Massenmediums Fernsehen und das Schrumpfen eines kulturbeflissenen Bildungsbürgertums hatten die Besucherzahlen vor allem am Sprechtheater bundesweit deutlich zurückgehen lassen. Zudem waren in Zeiten kommunaler Finanznöte auch noch die Gelder an den städtischen Bühnen knapper geworden. Inhaltlich befand sich ebenfalls seit längerem vieles im Fluß. Das bis dahin noch weithin dominierende klassische Literaturtheater wurde vom Regietheater zurückgedrängt, die Hochzeit des absurden Theaters ging zu Ende und das politische Theater begann seit Anfang der 1960er Jahre seinen unaufhaltsam scheinenden Siegeszug.

Doch weder die bereits veränderten Inszenierungsformen noch die neuen Politisierungstendenzen wurden von der 68er-Bewegung in kunsttheoretischer Perspektive breiter diskutiert, sondern vielmehr der „autoritäre Geist des deutschen Theaters“, wie ein programmatischer Aufsatz zweier junger Dortmunder Schauspieler im April 1968 überschrieben war. Die beiden Jungregisseure Peter Stein und der zum inneren Zirkel des SDS gehörende Wolfgang Schwiedrzik, die im Sommer 1968 an den Münchner Kammerspielen wegen einer Waffenspende zugunsten des Vietcong (im Rahmen einer Aufführung des „Viet Nam Diskurs“) mit dem Generalintendanten Everding hart zusammengestoßen waren, riefen ebenfalls zur Abschaffung der „feudalen Alleinherrschaft des Intendanten“ auf. Sie forderten statt dessen kollektive Führung, Beteiligung aller Mitglieder des Ensembles an der Spielplanung sowie Offenlegung aller künstlerischen und ökonomischen Entscheidungen.

In dieser bundesweit spannungsgeladenen Atmosphäre entlud sich im Oktober 1969 der „Frankfurter Theaterdonner“. Im Vorjahr hatte der eher unpolitisch-traditionalistische Allerweltsintendant Erfurth den linken Brecht-Verehrer Buckwitz an der Spitze der Städtischen Bühnen abgelöst, aber vergeblich gegen ein von vornherein ablehnendes lokales Feuilleton mit seiner Sehnsucht nach aufregenderem Weltstadttheater angespielt. Erfurths Oberspielleiter und sein Chefdramaturg versuchten daraufhin in einer Art Palastrevolution, ihren lädierten Ruf zu retten, indem sie die auch von ihnen mitzuverantwortenden Schwierigkeiten des ört-

[33] Ob man deshalb formulieren sollte, die 68er seien „mehr Bewegte als selbst Beweger“ gewesen (Bernhard, Zivildienst, S. 415), ist indes noch eine andere Frage. Im Grunde genommen waren sie beides, Bewegte und Beweger, zugleich.

lichen Schauspiels unzeitgemäßen Führungsstrukturen anlasteten. Statt Erfurth sollte künftig einem Dreierdirektorium die Entscheidungsbefugnis in allen künstlerischen, organisatorischen und damit zusammenhängenden finanziellen Belangen obliegen. Die ebenfalls in diese Richtung drängenden Kräfte vom linken Flügel der Frankfurter SPD konnten sich aber kommunalpolitisch noch nicht durchsetzen, solange der „rechte" Sozialdemokrat Brundert Oberbürgermeister und der Freie Demokrat vom Rath Kulturdezernent war.

Erst kurz nach der Wahl des altlinken Möller zum Rathauschef im Juli 1970 beschloß der Magistrat für die restlichen Spielzeiten der Intendanz Erfurth eine „Vereinbarung über die erweiterte Mitbestimmung im künstlerischen Bereich der Städtischen Bühnen". Der partiellen Entmachtung des ungeliebten Generalintendanten diente ein „künstlerischer Beirat", der künftig bei der Gestaltung des Spielplanes, der Ensemblebildung und der Intendantenwahl „mitwirken" konnte. Trotz durchaus gemischter Anfangserfahrungen mit diesem Gremium begann der neue Kulturdezernent Hoffmann unmittelbar nach seiner Wahl Ende 1970 die Weichen für ein noch viel weiter gehendes Mitbestimmungsmodell zu stellen und Erfurth endgültig auszurangieren. Der Kulturdezernent begründete dies programmatisch damit, daß in einer Gesellschaft, die insgesamt nach offeneren demokratischeren Strukturen strebe, „um die Emanzipation aller Bürger zu verwirklichen", das Theater sich einer solchen Entwicklung nicht verschließen dürfe[34]. Am Ende stand ein Dreier-Direktorium mit zwei vom Magistrat berufenen Direktoren – jeweils einem Regisseur (oder Dramaturgen) und einem Bühnenbildner – sowie einem dritten, von der Basis („Vollversammlung") direkt gewählten Direktor und einem Künstlerischen Beirat.

Zum faktisch ersten Direktor wurde der aus Stuttgart geholte Peter Palitzsch berufen, ein renommierter Brecht-Schüler, der nach dem Mauerbau 1961 aus der DDR emigriert war. Sein Credo, die Theaterschaffenden müßten in der Gesellschaft einen demokratischen Prozeß aufrechterhalten und alles bekämpfen, was zur „Entdemokratisierung" führe, imponierte dem Kulturdezernenten ebenso wie Palitzschs Glaube, Theater könne die Welt verändern[35]. Außer dem unbestrittenen Primus inter pares Palitzsch mit seiner spezifischen DDR-Sozialisation waren die meisten noch sehr jungen Hauptdarsteller des Mitbestimmungsmodells, ob Schauspieler, Dramaturgen oder Bühnenbildner, mehr oder weniger stark von der bundesdeutschen Protestbewegung der 1968er Jahre geprägt. Sie standen politisch voll hinter dem Mitbestimmungsmodell oder erwarteten von ihm gar „Prozesse gemeinsamer Bewußtseinserweiterung"[36]. Hinzu kam eine teils durch persönliche Verbindungen vertiefte Grundsympathie für die „Spontis" und „den Häuserkampf"[37], zumindest aber für den „fortschrittlichen" Flügel der Sozialdemokratie und den ebenfalls progressiv orientierten Kulturdezernenten. Andersdenkende Schauspieler aus dem alten Erfurth-Ensemble waren gleich zu Beginn der Ära

[34] "Diskussionsgrundlage für ein erweitertes Mitbestimmungs-Modell an den Städtischen Bühnen Frankfurt am Main". IfSG: SB 126, Bl. 157f.
[35] Hoffmann, Ihr naht Euch wieder, S. 140.
[36] Vgl. die „Erklärung" des Künstlerischen Beiratsmitglieds Ernst Jacobi vom 2. September 1972. IfSG: SB 232.
[37] Loschütz, War da was?, S. 267.

Palitzsch in einem manchen an französische Revolutionstribunale erinnernden Verfahren entsorgt, ihre Verträge gekündigt worden.

Doch es zeigte sich rasch, daß der prinzipielle politische Gleichklang des neuen Personalkörpers nicht zwangsläufig auch künstlerische und menschliche Harmonie in einem mitbestimmten Theater garantierte. Die zentralen Konfliktschienen verliefen zum einen zwischen Palitzsch und dem nach ihm wichtigsten Regisseur, Hans Neuenfels, zum anderen zwischen der Regisseurs-/Direktoriumsebene und der vor allem von den Schauspielern dominierten Basis, wobei der sog. Basisdirektor wie ein Weltkind in der Mitten stand. Zwischen Palitzsch und Neuenfels stimmte zwar die Chemie, ihre Auffassungen darüber aber, wie stark das Schauspiel Frankfurt auch gesellschaftspolitisch wirken könne und solle, gingen weit auseinander. Denn Neuenfels war vor allem an ästhetischen Fragen interessiert. Da die Regisseure auch an einem mitbestimmten Theater natürliche Autoritäts- und Bezugspersonen für die Schauspieler blieben, übertrug sich der Palitzsch-Neuenfels-Konflikt auf das Ensemble und führte zur Lagerbildung[38].

Die daraus resultierende Spannung erhöhte sich noch weiter, als die hochfliegenden partizipatorischen Erwartungen der Mitbestimmungsidealisten rasch mit der grauen Realität kollidierten und die Regisseure in der Praxis wie eh und je das entscheidende Wort in Fragen des Spielplans oder der Personalpolitik behielten. Als Vehikel diente dazu die im Theatermodell gar nicht vorgesehene, den Künstlerischen Beirat immer wieder überspielende „Produktionssitzung", an der neben dem Direktorium die für den Betriebsablauf wichtigsten Personen teilnahmen. Um gegen die dort versammelten Sachzwänge die Vorstellungen der Basis durchzusetzen, war der ebenfalls an der Produktionssitzung beteiligte dritte Direktor des öfteren zu schwach. So sahen es jedenfalls viele einfache Mitglieder des Ensembles, während die Direktoren/Regisseure ihrerseits mit den erreichten Lösungen oft unzufrieden waren. Denn weil die Direktoren (und innerhalb des Dreier-Direktorium vor allem die Regisseure) im Hinblick auf ihre eigene künstlerische Arbeit vom Ensemble geliebt werden wollten, suchten sie prinzipiell mehr den Konsens mit dem Künstlerischen Beirat als die Konfrontation. Mit Kompromissen jedoch war „eine entschiedene Arbeit" nur selten zu erreichen[39].

Während sich so auf allen beteiligten Seiten schnell ein hohes Maß an Unzufriedenheit aufbaute, gerieten die Vollversammlungen zur großen Bühne eines menschlich oft verletzenden Konfliktaustrags. Über vieles, was am traditionellen Theater einfach vom Intendanten entschieden wird (wer spielt die Hauptrolle, wessen Vertrag wird nicht verlängert etc.), kam es an den Städtischen Bühnen zu zermürbenden und tief in die Persönlichkeitsrechte der einzelnen eingreifenden öffentlichen Debatten. In den rezidivierenden Gremiensitzungen redeten immer

[38] Vgl. das Urteil von Kraus, Theaterproteste, S. 354, wonach die neue Pluralität kultureller Formen in den 1970er Jahren „kein verbindendes politisches Selbstverständnis" begründet habe, weshalb auch keine „Kultur für alle" entstehen habe können, die in der Lage gewesen wäre, landläufige Vorurteile gegen Nichtetabliertes aufzuheben. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. Juli 1980) hat die Schwierigkeiten des Frankfurter Modells rückblickend mit darauf zurückgeführt, daß es (unter Palitzsch) politisches Theater zu einem Zeitpunkt anstrebte, als das neue hochästhetische Zeittheater (für das Neuenfels stand) und die Wiedergeburt der alten Schauspielerkultur sich schon abzeichneten.

[39] So Karlheinz Braun, zit. nach: Loschütz, War da was?, S. 304.

dieselben, und nicht immer waren es jene, die auch als die besten Schauspieler galten. Der Zeitfraß durch die Mitbestimmungsarbeit war so enorm, daß dies mit dem vom städtischen Geldgeber ja nicht reduzierten Produktionsrhythmus ebensowenig vereinbar war wie mit einem normalen Familienleben. Wer nicht bereit oder in der Lage schien, sein Privates im Sinne des Mitbestimmungsmodells politisch werden zu lassen, geriet leicht ins Abseits. Dennoch wurde die Mehrarbeit, die etwa seitens der Schauspieler durch Bewältigung eines umfänglichen Lektürekanons nötig gewesen wäre, um über die Spielplangestaltung wirklich fundiert mitreden zu können, überwiegend nicht im erforderlichen Ausmaß geleistet.

Noch an keinem Theater, so formulierten es enttäuschte Mitglieder des Ensembles am Ende, hätten sie „so viele Rivalitäts- und Selbstbehauptungskämpfe erlebt wie gerade an diesem“[40]. Aber je mehr Leute an Entscheidungsprozessen beteiligt waren, desto „mehr Spielraum“ gab es offensichtlich auch „für Intrigen“[41]. Zudem fehlte ein klar zu fixierender „Chef“ vor allem auch als Sündenbock, auf den man im Zweifelsfall seinen ganzen Frust abladen konnte. Das wäre aber um so nötiger gewesen, als die Mitbestimmungsidealisten an den Städtischen Bühnen nicht nur sich selbst überforderten, sondern oft genug auch ihr Publikum. Aufführungen von erschöpfender Überlänge, teils auch Inszenierungen von politischer Einseitigkeit und moralischer Kühnheit, vertrieben gleich zu Beginn 1972 mit einem Schlag Tausende alter Abonnenten. Auch eine ganze Reihe von Mitgliedern des Ensembles verließen aus Enttäuschung über die Praxis der Mitbestimmung ihr Theater schon nach den ersten Spielzeiten. Mit hektischen Strukturreformen suchten Direktorium und Kulturdezernat gegenzusteuern. Doch sämtliche Experimente vom Dreier- zu einem informellen Achter-Direktorium und wieder zurück brachten jahrelang nicht die erhoffte Stabilisierung. Als mit Wirkung zum 1. Januar 1977 endlich grundlegendere Remedur geschaffen und dem versierten Kulturmanager Karlheinz Braun vom „Verlag der Autoren“ in nur leicht verschleierter Form praktisch die Intendanz anvertraut wurde, war es wenige Monate vor der Zäsur der Kommunalwahlen schon zu spät, um den utopischen Gründungsanspruch des Frankfurter Modells zu retten.

Es hatte sich gerächt, daß die Kulturrevolutionäre einen allzu egozentrischen Begriff von „Demokratisierung“ hatten. Fast so wie kommunistische Parteien eine Avantgarde-Funktion auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats beanspruchten, agierte das Mitbestimmungstheater an den – vielfach bürgerlichen – Massen vorbei, ohne darin ein Partizipationsproblem erkennen zu können. So kam keiner auf die Idee, etwa die Forderungen der teils christlich-konservativ geprägten Besuchervereinigungen nach Mitsprache beim Spielplan ernstzunehmen. Und bedurfte es wirklich des tragisch endenden Mitbestimmungsmodells der Frankfurter Theaterschaffenden, um „ein neues Selbstverständnis dieses Berufsstandes“ zu verbreiten – auch dort, „wo es keine institutionalisierte Mitbestimmung gab“[42]? Oder wäre man nicht auch ohne dieses Experiment in den 1980er Jahren zu der Feststellung gekommen, der „human-emanzipatorische Prozeß“ am Theater sei fortge-

[40] Ebd., S. 287.
[41] Ebd., S. 291.
[42] Mennicken, Peter Palitzsch, S. 31.

schritten, auf „ein größeres Durchschaubarmachen“ könne „heute keine Theaterleitung mehr verzichten“?[43] An genügend anderen bundesdeutschen Theatern waren ja nach 1968 durchaus weniger utopische Formen verstärkter Mitwirkung des Ensembles zum Tragen gekommen[44]. Dagegen waren an der nicht städtischen Berliner Schaubühne, wo neben Frankfurt der am weitesten gehende Mitbestimmungsversuch unternommen wurde, ganz ähnliche Probleme aufgetreten wie am Main[45].

Die Vorgänge bestätigten im Kern das Diktum Hermann Lübbes über die Wirkung des Demokratisierungspostulats: Mit ihm sei die Einsicht geschwunden, daß die „Freiheitsgewinne von Demokratisierungsprozessen, wie sie in den Grundrechtskatalogen liberaler Verfassungen gesichert sind […], gerade die rechtliche Ausgrenzung derjenigen Lebensbereiche zum Inhalt haben, in Bezug auf die wir nicht wollen können, daß sie zur Disposition von Mehrheitsentscheidungen gestellt werden und die man daher auch genau in diesem Sinne nicht demokratisieren kann“[46]. Die damit umrissenen Dissonanzen des Demokratisierungsfortschritts waren nicht nur an den progressivsten Theatern zu besichtigen, sondern auch in anderen, sozialen Institutionen wie etwa im Zivildienst oder im Deutschen Entwicklungsdienst. Dort führte Anfang der 1970er Jahre eine veritable Selbstbestimmung der freiwilligen Helfer über die Lerninhalte der Vorbereitungskurse dazu, daß es „der politisch engagierten, links stehenden Minderheit“ teilweise gelang, „ihre Überlegenheit in Sachen Vorwissen und sprachliche Gewandtheit in den somit nur scheinbar von autoritären Strukturen befreiten Debatten zu nutzen und die Kurse in ihrer Gesamtheit zu dominieren“[47]. Auch beim „Phänomen Demokratisierung“, so die richtige Analyse Bastian Heins, müsse also in jedem Einzelfall hinterfragt werden, „welche Gruppe in welcher Angelegenheit mitbestimmen sollte und welche Positionen dadurch aller Voraussicht nach Mehrheiten finden würden“[48].

Diese kritische Einschätzung drängt sich gerade auch angesichts der, um es modisch auszudrücken, „humanitären Kosten“ des Frankfurter Modells auf[49]. Denn was hätte dieses von der schauspielerischen Qualität so überragende, seinesgleichen in der Bundesrepublik suchende Ensemble mitsamt dem Ausnahmeregisseur Palitzsch bei etwas weniger politisch-revolutionärem Impetus nicht alles erreichen können! Palitzsch, der künstlerische Genialität mit beeindruckender Arbeitskraft und staunenswertem Idealismus verband und zur Seele des Frankfurter Modells wurde, wird sich, auch wenn er dies nach außen stets in Abrede stellte, im Laufe

[43] Schöndienst, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins, S. 270.
[44] Ebd., S. 268.
[45] Auch viele Konflikte an der Berliner Schaubühne resultierten etwa aus der zeitlichen Überbeanspruchung des Ensembles, aus dem Verhältnis zur Technikabteilung, aus Außenzwängen und internen Kommunikationsproblemen und nicht zuletzt aus einem „Hang zur Selbstbezogenheit“. Kraus, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung, S. 151, vgl. auch S. 147.
[46] Lübbe, 1968, S. 203.
[47] Hein, Die Westdeutschen, S. 218.
[48] Ebd., S. 229. Die Befunde Heins bestätigte in der Tendenz auch die Arbeit von Bernhard, Zivildienst, S. 167ff., u. a. anhand einer Untersuchung über die „Demokratisierung“ der Zivildienstgruppe Kiel.
[49] Manche charakterisierten die Zustände sogar als „Psychoterror“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 1999.

seiner Frankfurter Jahre wohl manchmal an die Zeilen aus dem „Lied von der Unzulänglichkeit menschlichen Strebens“ erinnert gefühlt haben. Palitzschs großer Mentor Brecht hatte es in den 1920er Jahren – vor seiner Konversion zum Marxismus – für die „Dreigroschenoper“ geschrieben: „ … Ja, mach nur einen Plan/Sei nur ein großes Licht/Und mach dann noch 'nen zweiten Plan/Gehen tun sie beide nicht …“[50]

Ein Jahr nach Palitzschs Abgang 1980 folgte ein gespenstischer Schlußakt, in dem sich zwei von drei Direktoren und eine Mehrheit des Ensembles mit einer Theaterbesetzung durch RAF-Sympathisanten solidarisierten. Der CDU-geführte Magistrat, einschließlich Hilmar Hoffmanns, reagierte darauf mit dem Abbruch des Mitbestimmungsmodells. Obwohl am Ende das Scheitern stand, bleibt aber festzuhalten, daß mit dem Sprechtheater der Städtischen Bühnen eine der bedeutendsten und am stärksten alimentierten Kulturinstitutionen der Kommune sich jahrelang dem Marsch durch die Institutionen weit geöffnet hatte und von den Ideen von 1968 maßgeblich geprägt worden war. Erst nachdem die Marschierer gleichsam die Ziellinie schon überschritten hatten, verstanden sie es, den Sieg in der Folgezeit eigenhändig wieder zu verspielen.

Der Dramaturg Horst Laube versuchte auf einer Klausurtagung des Ensembles 1975 die im wesentlichen hausgemachten Krisen politisch zu transzendieren und in die allgemeine gesellschaftliche Tendenzwende gegen den Reformschub der 68er-Zeit einzuordnen. „Mit unserem Bewußtsein“, so meinte er, „haben wir das Sein nicht ändern können, die ein halbes Jahrhundert alte Abhängigkeit der Kulturinstitute von der sie unterhaltenden Klasse.“ Offensichtlich seien die derzeitigen Krisensymptome des Kapitalismus „noch nicht“ jene, die „sein Ende“ ankündigten[51]. Liest man diese resignative Selbsteinschätzung eines den Ideen von 1968 verpflichteten Theatermannes, so bestätigt sich die Gesamtbewertung, zu der Ingrid Gilcher-Holtey über den langen Marsch gekommen ist: Der Partizipationsanspruch der Protestbewegung war demnach „aufgesogen“ worden „durch das Regelwerk der Institutionen, das sich als stärker erwies als der in sie hineingetragene Wille zur Veränderung“[52].

Es war nicht ohne Paradoxie, daß ausgerechnet die „schwarzen 68er“ in der „Gruppe 70“ der Frankfurter CDU, die mit ihren forcierten Partizipationsbemühungen wesentlich weniger hoch gezielt hatten, kurz- und mittelfristig erfolgreicher waren als ihre roten Zeitgenossen. Der Nachholbedarf an innerparteilicher Demokratisierung war bei der an der Basis nach dem Muster hergebrachter Honoratiorenparteien funktionierenden CDU Ende der 1960er Jahre noch enorm. Das Parteiengesetz von 1967 schuf hier endlich einen neuen Rahmen, der sich indes der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts infolge diverser Finanzaffären verdankte und nicht etwa den Demokratisierungspostulaten der Außerparlamentarischen Opposition.

Dennoch wirkten der moderne Zeitgeist und das neue Gesetz in dialektischer Weise zusammen. Denn der Sammlungsimpuls einer jungen Generation in der

[50] Brecht, „Werke“, S. 291.
[51] Loschütz, War da was?, S. 242ff.
[52] Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung, S. 125.

CDU resultierte gerade auch aus dem Ungenügen an den als zu lasch empfundenen Antworten des lokalen CDU-Establishments auf die Herausforderung der 68er-Bewegung und die in der Folge wachsende gesellschaftliche Polarisierung. Die Fesseln der Großen Rathauskoalition mit der SPD zu sprengen, in die Frankfurts CDU als Juniorpartner traditionell eingebunden war, wurde angesichts der Fundamentalpolitisierung in den Jahren zwischen 1967 und 1972 zum großen Movens einer Reformbewegung in der CDU, die der Partei auch dadurch einen dringend benötigten Modernisierungsschub gab, daß sie massenhaft neue Gleichgesinnte rekrutierte und den Abstand zur Mitgliederpartei SPD verringerte. Die „Gruppe 70" schaffte es zwar nicht, den Kreisverband zeitweilig zu übernehmen, wie die Altersgenossen in der SPD, doch gerade ihre Bereitschaft, sich schon mit einem kleineren Teil der innerparteilichen Macht zu begnügen, trug zusammen mit der Kompromißbereitschaft der alten Riege um Ernst Gerhardt nicht unwesentlich zum Triumph der CDU bei den Kommunalwahlen 1977 bei. Der neue, umsichtig agierende CDU-Kreisvorsitzende Riesenhuber (ab 1973) und ein bereits bundespolitisch renommierter, großkalibriger Oberbürgermeisterkandidat verliehen der Tendenzwende am Main schließlich die letzte Durchschlagskraft.

Bedenkt man, welch bedeutsame Rolle in Walter Wallmanns Wahlkampf der Versuch spielte, den Frankfurter Urnengang auch zu einer Entscheidung von bundespolitischer Signalwirkung gegen eine infolge von 1968 zu weit nach links gerückte SPD zu machen („Freiheit statt Sozialismus"), so wird man die einleitend formulierte Frage nur bejahen können: Die Kommunalwahlen im März 1977 waren zu einem erheblichen Teil auch ein Plebiszit der Wähler gegen das, was sie als Revolution aus dem Rathaus wahrnahmen, ein Plebiszit gegen den langen Marsch innerhalb der SPD und ein Plebiszit nicht zuletzt gegen kulturrevolutionäre Erscheinungen in einer Reihe städtischer Institutionen[53]. Deshalb vor allem auch reagierten die Bürger so heftig auf die Ankündigung Wallmanns, zwar mit Sozialdemokraten koalieren zu können, doch nicht mit Sozialisten, und deshalb vertrauten sie der CDU in einem gleichsam konterrevolutionären Akt sogar die absolute Mehrheit der Mandate im Römer an. Es hatte hohe Symbolkraft, als wenige Tage nach der Wahl Palitzsch, eine der Ikonen der Frankfurter Kulturrevolution, den Dezernenten Hoffmann bat, ihn von allen Funktionen als Regisseur und im Direktorium der Städtischen Bühnen zu entbinden[54]. Aber waren mit dem Ausgang der Kommunalwahlen tatsächlich auch „die" 68er in Frankfurt gescheitert, jene „letzte heroische Generation des 20. Jahrhunderts", die sich als politische Kraft

[53] Deshalb ist auch zu konstatieren, daß sich Kulturpolitik zumindest in der besonderen Situation der 1970er Jahre tatsächlich als „Ferment der Kommunalpolitik" (Wallmann, Im Lichte der Paulskirche, S. 104) erwies. Es war kein Zufall, daß ausgerechnet damals, 1975, beide große Volksparteien erstmals ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm verabschiedeten. Allerdings trat auch jetzt, anders als bei der SPD, kein CDU-Kommunalpolitiker „mit vergleichbar ausführlichen und theoretisch fundierten Kulturprogrammen" hervor, was womöglich auch mit einem personellen Defizit der in den Großstädten bis dahin eher schwachen CDU zu tun hatte. Reinhardt, CDU und SPD, S. 64f.

[54] IfSG: SB 232. Beiratssitzung vom 20. April 1977. Nach einem Gespräch mit Hoffmann zog Palitzsch seine Bitte wieder zurück, blieb indes davon überzeugt: „Uns bläst angesichts der veränderten Situation (CDU-Mehrheit in Hessen und Frankfurt) in Kürze vermutlich der Wind ganz anders ins Gesicht". IfSG: SB 227. Palitzsch an Jochen Tenschert, 16. Mai 1977.

mit Erneuerungsanspruch verstand und versucht hatte, die Macht „kompromisslos und teilweise auch gewaltbereit an sich zu reißen“[55]?

Gewiß erwies sich das Institutionensystem in den 1970er Jahren auch – und selbst – am Main letztlich als so stabil, daß viele Impulse der Bewegung in die alternativen Subkulturen gelenkt wurden[56]; gewiß waren die „Kräfte der Gegenreform auf breiter Front angetreten“[57], bis hin zu nicht wenigen „45ern“ in den Medien, deren „linke“ Position tatsächlich eine sehr gemäßigte, „rechtssozialdemokratische“ war und die vielem kritisch begegneten, was allzu wilde 68er in den Institutionen anrichteten. Aber trotz des machtpolitischen Scheiterns in kürzerer und mittlerer Frist ist damit noch kein Urteil über die langfristigen Wirkungen hinsichtlich der angestrebten Bewußtseinsveränderung getroffen. Denn während die intransigenten Revolutionäre auf der Strecke blieben, wurden die „gemäßigten Demokratisierer […] schrittweise in das politische System reintegriert“[58].

In zahllosen sinnstiftenden und bewußtseinsprägenden Institutionen machten die durch die Bewegung Mobilisierten Karriere; und auch wenn sie das politische Bewußtsein in ihrem Land nicht gleich revolutionierten, so haben sie es doch erkennbar verändert. Der hier nicht näher zu behandelnde politisch-kulturelle Wandel war bekanntlich Teil eines umfassenden, seit Mitte der 1960er Jahre in den entwickelten Industriegesellschaften weltweit zunehmenden „Wertewandels“ von tradierten Pflicht- und Leistungswerten hin zu mehr „Selbstentfaltungswerten“[59]. Daß die positiven Effekte des sich 1967 bis 1969 „augenfällig“ verdichtenden und deshalb als „grundstürzender kultureller Bruch“ wahrgenommenen Transformationsprozesses (wachsende Partizipation, Ausdifferenzierung der Lebensstile, individuelle Freiheit etc.) „sehr viel höher zu veranschlagen“ wären als ihre Kosten[60], ist zunächst aber nur eine politische Meinung und noch kein wissenschaftlicher Befund. Es bedarf zahlreicher weiterer, zunächst mindestens bis 1990 reichender Studien zur personellen und inhaltlichen Entwicklung einzelner Redaktionen, Fakultäten oder Gymnasien, um sagen zu können, wie weit die Bewußtseinsveränderungen gingen und wie sehr sie wirklich den 68ern zuzurechnen sind[61].

Evident ist nur, daß sich das politische Koordinatensystem der Bundesrepublik verschoben hat. Gab es in den 1950er Jahren mit der Deutschen Partei und Teilen von FDP und BHE noch so etwas wie eine „demokratische Rechte“, die schon bis Anfang der 1960er Jahre vor allem von den Unionsparteien weitgehend absorbiert worden war, so entwickelte sich in den 1980er Jahren mit den GRÜNEN neben der SPD eine weitere Linkspartei, ohne daß es im Gegenzug zu einer Wiederkehr

[55] Jureit, Generationenforschung, S. 96.
[56] Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung, S. 126.
[57] Greifenhagen/Scheer, Die Gegenreform. Das Zitat findet sich auf der Seite „Zu diesem Buch“.
[58] Jarausch, Die Umkehr, S. 232.
[59] Vgl. Rödder, Wertewandel, S. 20. Trotz der Internationalität des Phänomens war seine besondere Radikalität in Deutschland auffällig. Laut Kielmansegg, Nach der Katastrophe, S. 328, spricht vieles dafür, daß sie mit der „Vergangenheitslast“ zusammenhängt, „die die westdeutsche Demokratie zu tragen hatte“.
[60] So von Hodenberg/Siegfried, Reform und Revolte, S. 12.
[61] Das „linksalternative bis linksliberale“ Milieu, das dabei zu untersuchen ist, skizziert in seiner großen Untersuchung der 1980er Jahre Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 329f.

konservativer Parteien gekommen wäre (von rechtspopulistischen Schmuddelkindern ist hier nicht die Rede)[62]. Den hochkomplexen Bewußtseinswandel, mit dem diese Entwicklung auch zusammenhing, hat Hans Maier zugespitzt auf die Formel gebracht: „vor 1968 war Veränderung begründungspflichtig – nach 1968 das Festhalten an Traditionen."[63]

Zu diesem Phänomen trug nicht zuletzt bei, daß die 68er-Generation „mit Abstand zu den Ereignissen wuchs"[64] und zahlreiche Proselyten in den Reihen der nachfolgenden Alterskohorten rekrutierte. Auch deshalb wohl konnte sie zu einer gar so schlagkräftigen Erinnerungsgemeinschaft werden, die den *lieu de mémoire* ihrer Jugend mit Zähnen und Klauen, mit der Feder und an den Mikrophonen verteidigte[65]. Scheitern sieht anders aus.

In machtpolitischer Hinsicht markieren die hier untersuchten 1970er Jahre allerdings eher eine Inkubationsphase in der Wirkungsgeschichte von 1968, weil ein wichtiger Teil der Bewegung außerhalb des „Systems" in der Sponti-Szene, in K-Gruppen oder andernorts zunächst einmal ausgiebig dem Ende der Revolte nachtrauerte. Erst die Symptome einer konservativen Tendenzwende, unter denen die Frankfurter Kommunalwahl 1977 nicht das geringste war, führten in Verbindung mit den umwelt- und sicherheitspolitischen Herausforderungen dieser Jahre zu einer Art Neukonstituierung der Bewegung und zur Gründung grüner und bunter Parteien als Fortsetzung des „langen Marsches"[66]. Zu den „indirekten, langfristigen Wirkungen"[67] der 68er-Bewegung auf die politische Kultur traten jetzt auch noch direkte machtpolitische Konsequenzen in Form einer dauerhaften Veränderung des bundesdeutschen Parteiensystems. Schon bei den hessischen Landtagswahlen 1978 kamen die Grüne Liste Hessen und die Grüne Aktion Zukunft in Frankfurt auf 2,2 bzw. 1,2% der Stimmen, 1981 zogen die Grünen mit 6,4% in den Römer ein, 1989 schließlich in einer rot-grünen Koalition mit Tom Koenigs, Cohn-Bendit und anderen in die Stadtregierung[68].

Trotz aller Verwerfungen im Jahrzehnt nach 1968 läßt sich auch dessen Ausgang in der Mainmetropole letztlich als Beleg für die funktionierenden Verdauungsmechanismen der zweiten deutschen Demokratie deuten. Nicht nur für den Sponti Joschka Fischer war der lange Marsch ein „Marsch durch die Illusionen" gewesen[69], sondern auch für viele derer, die schon früher in den Institutionen und damit endlich auch in der Bundesrepublik ankamen. Was passiert wäre, wenn die

[62] Nicht ohne Interesse ist in diesem Zusammenhang, daß sich schon die absolute Mehrheit der Frankfurter CDU bei den Kommunalwahlen 1977 allein den „älteren" Wählern ab 35 verdankte, während die Partei vor allem bei den ganz jungen Wählern im Alter von 18 bis 25 Jahren mit 36,3% der Stimmen am schlechtesten abschnitt. Frankfurter Neue Presse, 10. April 1978 (Bericht über eine Analyse des Frankfurter Statistischen Amtes und Wahlamtes).

[63] Maier, 1968 – Versuch einer Bilanz, S. 27.

[64] Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung, S. 124.

[65] Aly, Unser Kampf, S. 20, attestiert den 68ern infolgedessen die „Herrschaft über die eigene Geschichte".

[66] Vgl. Langguth, Protestbewegung, S. 54.

[67] Maier, 1968 – Versuch einer Bilanz, S. 27.

[68] Ein nicht unerheblicher Teil der grünen Wähler kam aus dem Kreis jener 68er, die sich nach dem Scheitern der Revolte als Aktivisten oder im Umfeld sog. Gegeninstitutionen bewegt hatten. Schmidtke, Der Aufbruch, S. 294, nennt dabei Größenordnungen von 20 000 bis 50 000 Aktiven und 150 000 bis 500 000 Personen im Umfeld.

[69] In diesem Sinne urteilt auch dessen Biographin Krause-Burger, Joschka Fischer.

SPD in einem Klima sozialliberaler Reformpolitik nicht einen Teil der 68er integriert hätte, bleibt zwar eine hypothetische Frage, doch ob dies der bundesdeutschen Gesellschaft etwa im Hinblick auf die Größe des Sympathisantenkreises der RAF besser bekommen wäre, scheint zumindest zweifelhaft. Der erfolgreiche Verdauungsprozeß, auch dieser Schluß drängt sich auf, wäre aber nicht möglich gewesen, wenn es sich beim bundesdeutschen Staat nicht schon vor 1968, anders als viele 68er meinten, um eine in ihren politischen Fundamenten liberale Republik gehandelt hätte.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main

Bestände: Kulturamt, Historisches Museum (HiMu), Städtische Bühnen (SB), Protokolle des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, des Kulturausschusses und der Theaterdeputation, Zeitungsausschnittsammlungen, personengeschichtliche Sammlungen, Wahlen, Nachlaß Rudi Arndt

Landesarchiv Berlin

Bestand Deutscher Städtetag (u.a. die Protokolle des Kulturpolitischen Ausschusses des DST)

Bibliothek des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin

diverse auch graue Literatur

Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn

Bestände: SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main, SPD-Bezirk Hessen-Süd, Nachlaß Rudi Arndt

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Konrad-Adenauer-Stiftung), St. Augustin

Bestände: CDU-Kreisverband Frankfurt, CDU-Landesverband Hessen, Kommunalpolitische Vereinigung, Nachlässe Alfred Dregger und Wilhelm Fay, Depositum Walter Wallmann

Archiv des Liberalismus (Friedrich-Naumann-Stiftung), Gummersbach

FDP-Fachausschuß Kommunalpolitik, FDP-Landesverband Hessen, Nachlaß Wolfgang Mischnick

Privatarchiv Ernst Gerhardt, Frankfurt am Main

Faszikel „Gruppe 70“

Zeitungen und Zeitschriften

Frankfurter Presse:

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Neue Presse, Abendpost/Nachtausgabe, Kulturjournal Frankfurt, Der Sozialdemokrat (Frankfurt)

Überregionale Zeitungen und Zeitschriften:

Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Der Spiegel, Die Zeit, Rheinischer Merkur, Stuttgarter Zeitung; Der Städtetag, Archiv für Kommunalwissenschaften, Die demokratische Gemeinde, Kommunalpolitische Blätter, Das Rathaus. Zeitschrift für Kommunalpolitik; Museumskunde, Die deutsche Bühne, Theater heute, Volksbühnen-Spiegel

Literatur[1]

Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Aufzeichnungen und Erinnerungen. Hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. 12 (Karl Becker), Boppard am Rhein 1993
Agnoli, Johannes/Brückner, Peter, Die Transformation der Demokratie, West-Berlin 1967
Ahlberg, René, Ursachen der Revolte. Analyse des studentischen Protestes, Stuttgart u. a. 1972
Aktionsgemeinschaft Westend (Hg.), Ende oder Wende? Studie zur Situation des Westends von Frankfurt am Main (unter Mitarb. von Odina Bott), Steinbach/Ts. 1969
Albrecht, Willy, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der neuen Linken, Bonn 1994
Albrecht, Willy, „‚Unter den Talaren …': Studentenbewegung und Sozialdemokratie bis 1968", in: Dowe, Dieter (Hg.), Partei und Soziale Bewegung. Kritische Beiträge zur Entwicklung der SPD seit 1945, Bonn 1993, S. 59–80
Aly, Götz, Unser Kampf: 1968 – ein irritierter Blick zurück, Bonn 2008
Amlung, Ullrich (Hg.), „Leben ist immer ein Anfang!" Erwin Piscator 1893–1966. Der Regisseur des politischen Theaters, Marburg 1993
Appel, Rudolf Heinrich, Heißer Boden. Stadtentwicklung und Wohnprobleme in Frankfurt am Main (Eine Publikation des Presse- und Informationsamtes der Stadt Frankfurt am Main), Frankfurt a. M. 1974
Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt 1904–1945. Material zu einer verschütteten Kulturgeschichte, Frankfurt 1978 (Ausstellungskatalog. Organisation: Detlef Hoffmann, Doris Pokorny, Albrecht Werner)
Arend, Peter, Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966–1975, Bonn 1975
Auer, Frank von, Alfred Dregger. Ein kritisches politisches Porträt, Berlin 1974

Baier, Lothar u. a. (Hg.), Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung, Berlin 1988
Balcar, Jaromír, Politik auf dem Lande: Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972, München 2004
Balser, Frolinde, Die Anfänge der Erwachsenenbildung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eine kultursoziologische Deutung, Stuttgart 1959
Balser, Frolinde, Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation ‚Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung' nach der Revolution, Stuttgart 1962
Balser, Frolinde, Aus Trümmern zu einem europäischen Zentrum – Geschichte der Stadt Frankfurt am Main 1945–1989, Frankfurt a. M. 1995
Balzer, Friedrich-Martin/Bock, Hans Manfred/Schöler, Uli, Wolfgang Abendroth – Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge, Opladen 2001
Bamberg, Ulrich u. a., Aber ob die Karten voll ausgereizt sind … 10 Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976 in der Bilanz, Bonn 1987
Baring, Arnulf, in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker, Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel, 2. Aufl., Stuttgart 1982
Bausch, Ulrich M., Die Kulturpolitik der US-amerikanischen Information Control Division in Württemberg-Baden von 1945–1949, Stuttgart 1992
Becker, Jörg, Rudi Arndt. Frankfurts neuer OB. Eine kritische Analyse von Jörg Becker, Frankfurt 1972
Becker, Hartmuth/Dirsch, Felix/Winckler, Stefan, Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution, Graz/Stuttgart 2003
Beer, Rüdiger R., Schwerpunkte kommunaler Kulturpolitik. Europäische Vergleiche, Stuttgart u. a. 1968
Behrens, Roger, Kritische Theorie, Hamburg 2002

[1] Bei Aufsätzen in Sammelbänden, aus denen mehrere Beiträge zitiert werden, wird aus Platzgründen nur ein Kurztitel des Sammelbandes angegeben. Dessen vollständiger Titel ist am entsprechenden Ort nur einmal in Gänze genannt.

Benz, Wolfgang (Hg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3: Gesellschaft, Bd. 4: Kultur, Frankfurt a. M. 1989
Berkemeier, Karl H., Das kommunale Scheinparlament. Ausgeschaltet aus dem Planungsprozeß. Bilanz eines Stadtverordneten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (1972), S. 202–208
Berliner Ensemble (Hg.), Theaterarbeit: 6 Aufführungen des Berliner Ensembles, Dresden 1952
Berlit, Anna Christina, Notstandskampagne und Rote-Punkt-Aktion. Die Studentenbewegung in Hannover 1967–1969, Bielefeld 2007
Bermbach, Udo, Probleme des Parteienstaates – Der Fall Littmann, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, 1970, S. 342–363
Bermbach, Udo, Repräsentation, imperatives Mandat und Recall. Zur Frage der Demokratisierung im Parteienstaat, in: Theory and politics. Festschrift zum 70. Geburtstag für Carl Joachim Friedrich, Haag 1971, S. 497–525
Bernhard, Patrick, Zivildienst zwischen Reform und Revolte. Eine bundesdeutsche Institution im gesellschaftlichen Wandel 1961–1982, München 2005
Bethmann, Johann-Philipp Freiherr von, Bankiers sind auch Menschen. 225 Jahre Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt a. M. 1973
Beye, Peter, Aufgaben des Museums in der Gegenwart, in: Bott, Das Museum, S. 17–20
Bieling, Rainer, Die Tränen der Revolution. Die 68er zwanzig Jahre danach, Berlin 1988
Biermann, Alfons W. (Hg. im Auftrag des Rheinischen Museumsamtes), Vom Elfenbeinturm zur Fußgängerzone: Drei Jahrzehnte deutsche Museumsentwicklung. Versuch einer Bilanz und Standortbestimmung, Opladen 1996
Bollinger, Stefan, 1968 – die unverstandene Weichenstellung, Berlin 2008
Bondy, Luc, Wo war ich? Einbildungen, Frankfurt a. M. 2000
Börnsen, Gert, Innerparteiliche Opposition. Jungsozialisten und SPD, Hamburg 1969
Bösch, Frank, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, München/Stuttgart 2001
Bösch, Frank, Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Jarausch, Das Ende der Zuversicht, S. 296–312
Boom, Pierre, Der fremde Vater. Der Sohn des Kanzlerspions Guillaume erinnert sich, Berlin 2005
Bott, Gerhard (Hg.), Das Museum der Zukunft. 43 Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums, Köln 1970
Braun, Karlheinz, 1959 und 1969 von 1999 aus gesehen, in: Verleger als Beruf. Siegfried Unseld zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Frankfurt a. M. 1999, S. 28–34
Braunthal, Gerard, Politische Loyalität und Öffentlicher Dienst. Der „Radikalenerlaß" von 1972 und die Folgen, Marburg 1992
Bracher, Karl Dietrich, Betrachtungen zum Problem der Macht, Opladen 1991
Brecht, Bertolt, „Werke". Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Hg. von Hecht, Werner/Knopf, Jan/Mittenzwei, Werner/Müller, Klaus-Detlef, Bd. 2: „Stücke 2", Berlin u. a. 1988
Bremerich-Vos, Albert (Hg.), Handlungsfeld Deutschunterricht im Kontext. Festschrift für Hubert Ivo, Frankfurt a. M. 1993
Briem, Jürgen, Der SDS. Die Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD seit 1945, Frankfurt a. M. 1976
Brook, Peter, Der leere Raum. Möglichkeiten des heutigen Theaters, Hamburg 1969
Buckwitz, Harry, Theater für alle. Theater ohne Krise. Ein Vortrag. Gehalten auf dem 16. Volksbühnentag in Stuttgart am 12. Juni 1954, Berlin/Grunewald 1954 (Senatsbibliothek Berlin)
Buckwitz, Harry, Harry Buckwitz, Schauspieler, Regisseur, Intendant: 1904–1987. „den lieb' ich, der Unmögliches begehrt", Berlin 1998
Bude, Heinz, Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948, Frankfurt a. M. 1995
Burckhardt, Jacob, Weltgeschichtliche Betrachtungen. Über geschichtliches Studium, Darmstadt 1956 (zuerst 1905)
Busche, Jürgen, Die 68er. Biographie einer Generation, Berlin 2003

Büscher, Barbara, Wirklichkeitstheater, Straßentheater, Freies Theater: Entstehung und Entwicklung freier Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1968–76, Frankfurt a. M. u. a. 1987
Butterwege, Christoph, Jungsozialisten und SPD. Die Widerspiegelung sozioökonomischer Entwicklungstendenzen im Verhältnis des sozialdemokratischen Jugendverbandes zu seiner „Mutterpartei", Hamburg 1975

Carstensen, Uwe B., Klaus Michael Grüber, Frankfurt a. M. 1988
CDU-Landesverband Hessen (Hg.), Marx statt Rechtschreibung. Rahmenrichtlinien in Hessen. Gesellschaftslehre und Deutsch, Wiesbaden 1973
Chaussy, Ulrich, Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Berlin 1993
Christ, Hannelore/Holzschuh, Horst/Merkelbach, Valentin/Raitz, Walter/Stückrath, Jörn, Hessische Rahmenrichtlinien Deutsch. Analyse und Dokumentation eines bildungspolitischen Konflikts, Düsseldorf 1974
Christ, Hannelore u. a., Theaterstücke zum Radikalenerlaß. Texte, Bilder und Dokumente. Bearbeitet und zusammengestellt vom Arbeitskreis Theater Frankfurt. Mit einem Vorwort von Wolf-Dieter Narr, Offenbach 1978
Chromik, Johanna Elisabeth, Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1960 bis 1973. Theaterpolitik in Frankfurt am Main, unveröff. Magisterarbeit am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig 2004 (Bibliothek des IfSG)
Claussen, Detlev (Hg.), Spuren der Befreiung – Herbert Marcuse. Ein Materialbuch zur Einführung in sein politisches Denken, Darmstadt 1981
Claussen, Detlev, Theodor W. Adorno. Ein letztes Genie, Frankfurt a. M. 2003
Clemens, Gabriele B., Britische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949: Literatur, Film, Musik und Theater, Stuttgart 1997

Dahl, Robert A., Who governs? Democracy and Power in an American City, New Haven u. a. 1961
Dahlke, Matthias, „Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft". Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975, in: VfZ 55 (2007), S. 641–678
Dahrendorf, Ralf, Für eine Erneuerung der Demokratie in der Bundesrepublik. Sieben Reden und andere Beiträge zur deutschen Politik 1967–1968, München 1968
Daiber, Hans, Deutsches Theater seit 1945. Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, Österreich, Schweiz, Stuttgart 1976
Decker, Karl-Viktor, Ein Museumsmann alter Schule verabschiedet sich, in: Jung, „Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt", S. 25–28
Degen, Tassilo, Der Tendenzbetrieb im Betriebsverfassungsrecht. Die Problematik des § 81 Betriebsverfassungsgesetz im Licht der neueren Rechtsentwicklung, Würzburg 1969
Demm, Sabine, Die Studentenbewegung von 1968 in Frankfurt am Main. Eine Chronologie, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 67 (2001), S. 161–247
Der deutsche Adler. Funktionen eines politischen Symbols. Katalog einer Ausstellung des Frankfurter Kunstvereins im Steinernen Haus am Römerberg, 29. Juni–12. August 1973, Bearbeiter: Reiner Diederich und Richard Grübling, Frankfurt 1973
Der gesellschaftliche Ort der ‚68er' Bewegung, 17 Beiträge, in: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 1–357
Der Verlust der Mitte: Orientierungslosigkeit nach 25 Jahren Kulturrevolution; Studientagung der Evangelischen Notgemeinschaft Deutschland e. V. vom 15.–17. Oktober 1993 in Hannover, Weßling 1994 (Erneuerung und Abwehr / Beiheft; 57)
Derlien, Hans-Ulrich/Gürtler, Christoph/Holler, Wolfgang/Schreiner, Hermann Josef, Kommunalverfassung und kommunales Entscheidungssystem. Eine vergleichende Untersuchung in vier Gemeinden, Meisenheim am Glan 1976
Deutsche Forschungsgemeinschaft, Die Notlage der Museen in der Bundesrepublik Deutschland. Appell zur Soforthilfe, Bonn – Bad Godesberg 1971
Deutscher Städtetag (Hg.), Wege zur menschlichen Stadt. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 17. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 2. bis 4. Mai 1973 in Dortmund, Köln 1973

Deutscher Städtetag (Hg.), Kultur in den Städten. Eine Bestandsaufnahme, Stuttgart u. a. 1979
Die Zukunft beginnt in der Vergangenheit. Museumsgeschichte und Geschichtsmuseum, Schriften des Historischen Museums Frankfurt a. M., Festschrift für Hans Stubenvoll, Gießen 1982
Diers, Andreas, Vom Rätegedanken zur Formel des „demokratischen und sozialen Rechtsstaats". Ein Leben in der Arbeiterbewegung – Wolfgang Abendroth (1906–1985), in: Die Linkspartei. PDS Bremen (Hg.), Der Partisanenprofessor im Land der Mitläufer. Wolfgang Abendroth zum Hundertsten Geburtstag, Bremen 2006, S. 8–15
Dinné, Olaf/Grünwald, Jochen/Kuckuk, Per (Hg.), anno dunnemals – 68 in Bremen, Bremen 1998
Ditges, Peter, Kommunale Kulturarbeit: System und Beispiele, Stuttgart u. a. 1985
Ditges, Peter, Rechtsprobleme kommunaler Kulturarbeit, Würzburg 1986
Doering-Manteuffel, Anselm, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: VfZ 55 (2007), S. 559–581
Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008
Dorst, Tankred, Was ich Peter Palitzsch verdanke, in: Iden, Peter Palitzsch, S. 173–178
Dostal, Caroline, 1968 – Demonstranten vor Gericht. Ein Beitrag zur Justizgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2006
Dregger, Alfred, Systemveränderung. Brauchen wir eine andere Republik?, Stuttgart 1972
Dünnwald, Rolf, Die Rechtsstellung des Theaterintendanten, Univ. Diss. Köln 1964
Düring, Sonja, Sexuelle Befreiung, in: Landgrebe/Plath, '68 und die Folgen, S. 109–112
Dutschke, Rudi, Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus 20 Jahren, Reinbek bei Hamburg 1980
Duve, Freimut (zusammengestellt von), Der Thesenstreit um „Stamokap". Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek bei Hamburg 1973

Eckert, Rainer, Das ist „demokratischer Sozialismus". Eine Antwort auf Johano Strassers Frage: „Was ist demokratischer Sozialismus?", Frankfurt a. M. 1975
Eckert, Rainer, Die Krise der SPD, Frankfurt 1982
Ehmsen, Stefanie, Der Marsch der Frauenbewegung durch die Institutionen. Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik im Vergleich, Münster 2008
Ellwein, Thomas, Krisen und Reformen – Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, München 1989
Engelmann, Bernt, Das Reich zerfiel, die Reichen blieben. Deutschlands Geld- und Machtelite. Mit Rangliste der 500 großen alten Vermögen, Hamburg 1972
Engelmann, Bernt, Wir Untertanen. Ein deutsches Anti-Geschichtsbuch, München u. a. 1974

Faulenbach, Bernd, Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 1–37
Faulstich, Werner (Hg.), Die Kultur der 60er Jahre, München 2003
Faulstich, Werner (Hg.), Die Kultur der 70er Jahre, München 2004
Felsch, Margot, Aus der Chef-Etage des Römers. Begegnungen mit Walter Kolb, Werner Bockelmann, Willi Brundert, Walter Möller, Rudi Arndt und Walter Wallmann, Frankfurt a. M. 1981
Fichter, Tilman, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988
Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegward, Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, 4. überarb. u. erg. Aufl., Essen 2007
Flechtheim, Ossip K., Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflußstrategien und Ideologien, Frankfurt 1981
Fogt, Helmut, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, München 1980
Frank, Rainer, Kultur auf dem Prüfstand. Ein Streifzug durch 40 Jahre kommunaler Kulturpolitik, München 1990

Frank, Rainer, Von der Opernbühne zum soziokulturellen Stadtteilzentrum. Zur Kulturpolitik in der Kommune – Analyse ihrer Entwicklung in der Bundesrepublik und Bewertung aktueller kommunaler Kulturarbeit, Konstanz 1987
Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon. Im Auftrag der Frankfurter Historischen Kommission. Klötzer, Wolfgang (Hg.), Erster Band (A–L), Frankfurt a. M. 1994, Zweiter Band (M–Z), Frankfurt a. M. 1996
Frei, Norbert, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, Bonn 2008 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung)
Frese, Matthias/Paulus, Julia/Teppe, Karl, Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2003
Frey, Erich, Der Tendenzbetrieb im Recht der Betriebsverfassung und des Arbeitsverhältnisses, Heidelberg 1959
Frey, Erich, Der Tendenzschutz im BetrVG 1972, Diss. Heidelberg 1974
Frey, Rainer/Holler, Wolfgang, Die Grundtypen der Gemeindeverfassung in der Bundesrepublik, in: Frey, Rainer (Hg.), Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 241–274
Friedeburg, Ludwig von, Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch, Frankfurt a. M. 1989
Friedrich, Regine, Mündel will Vormund sein! Oder: Die „TAT-Story", in: Bleibohm, Katharina/Sprang, Wolfgang (Hg.), Neue Szene Frankfurt 1970–76, Frankfurt a. M. 1976, S. 22–27
Frisch, Peter, Extremistenbeschluß. Zur Frage der Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst mit grundsätzlichen Erläuterungen, Argumentationskatalog, Darstellung extremistischer Gruppen und einer Sammlung einschlägiger Vorschriften, Urteile und Stellungnahmen, 4. überarb. u. aktual. Aufl., Leverkusen 1977
Fröhlich, Michael, Imperialismus. Deutsche Kolonial- und Weltpolitik 1880–1914, 2. Aufl. München 1997
Fünf Jahrzehnte kommunale Kulturpolitik, hg. vom Deutschen Städtetag (bearb. von Helmut Lange), Köln 1992

Gabriel, Oscar W., Strukturen politischer Willensbildung in der Gemeinde, in: ders. (Hg.), Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in die Probleme der Willensbildung in der Gemeinde, Mainz 1979, S. 63–93
Gall, Lothar, Der Bankier. Hermann Josef Abs. Eine Biographie, München 2004
Gau, Doris, Kultur als Politik. Eine Analyse der Entscheidungsprämissen und des Entscheidungsverhaltens in der kommunalen Kulturpolitik, München 1990
Gebauer, Annekatrin, Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf, Wiesbaden 2005
Gehlen, Arnold, Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen, Bonn 1956
Geiss, Imanuel, Zum Streit ums Historische Museum in Frankfurt, in: Hoffmann/Junker/Schirmbeck, Geschichte als öffentliches Ärgernis, S. 7–14
Geiss, Imanuel/Ulrich,Volker (Hg.), Fünfzehn Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU. Beiträge zur Kontinuität der bürgerlicher Parteien, Reinbek bei Hamburg 1972
Gilcher-Holtey, Ingrid, Die Phantasie an die Macht. Mai 68 in Frankreich, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2001 (zuerst 1995)
Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2008 (zuerst 1998)
Gilcher-Holtey, Ingrid, Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001
Gilcher-Holtey, Ingrid/Kraus, Dorothea/Schößler, Franziska (Hg.), Politisches Theater nach 1968. Regie, Dramatik und Organisation, Frankfurt a. M./New York 2006
Glaser, Hermann, Bemerkungen zum Begriff der Kulturrevolution, in: Tribüne 8 (1969), S. 3348–3366
Glaser, Hermann, Kulturgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 2: Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949-1976, München u. a. 1986, Bd. 3: Zwischen Protest und Anpassung 1968-1989, München u. a. 1989

Glaser, Hermann, Bildungs- und Kulturpolitik. Von der Reeducation zum Schönerleben, in: Hoffmann, Hilmar/Klotz, Heinrich (Hg.), Die Kultur unseres Jahrhunderts. 1945–1960, Düsseldorf/Wien/New York 1991, S. 27–43
Gniffke, Kai, Volksbildung in Frankfurt am Main 1890–1990. Festschrift zum 100jährigen Jubiläum, Frankfurt a. M. 1990
Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999
Grauhahn, Rolf-Richard, Einführung: Lokale Politikforschung, in: ders. (Hg.), Lokale Politikforschung, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1975, S. 11–37
Grauhan, Rolf-Richard, Der politische Willensbildungsprozeß in der Großstadt, in: Großstadt-Politik. Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie, hg. von Rolf-Richard Grauhan, Gütersloh 1972, S. 145–162
Grauhan, Rolf-Richard, Großstadtpolitik, Gütersloh 1972
Greifenhagen, Martin/Scheer, Hermann (Hg.), Die Gegenreform. Zur Frage der Reformierbarkeit von Staat und Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1975
Grimm, Thomas, Linke Vaterlandsgesellen. Sozialisten, Anarchisten, Kommunisten, Raufbolde und andere Unangepasste, Berlin 2003
Gröteke, Iris, Gegen den Strich gebürstet? Anspruch und Selbstverständnis, in: Kritische Berichte 2/1999 (Thema: 30 Jahre Ulmer Verein), S. 7–15
Grossarth-Maticek, Ronald, Radikalismus. Untersuchungen zur Persönlichkeitsentwicklung westdeutscher Studenten, Basel 1979
Grossarth-Maticek, Ronald, Revolution der Gestörten? Motivationsstrukturen, Ideologien und Konflikte bei politisch engagierten Studenten, Heidelberg 1975
Guggenberger, Bernd, Utopische Freiheit. Rätedemokratie und imperatives Mandat, Köln 1974
Guggenberger, Bernd, Wohin treibt die Protestbewegung? Junge Rebellen zwischen Subkultur und Parteikommunismus. Ursachen und Folgen der Unfähigkeit zur Politik, Freiburg u. a. 1975
Guillaume, Günter, Die Aussage. Wie es wirklich war, Frankfurt a. M. u. a. 1993

Haasis, Hans-Arthur, Kommunalpolitik und Machtstruktur. Eine Sekundäranalyse deutscher empirischer Gemeindestudien, Frankfurt a. M. 1978
Häberle, Peter, Das Kulturverfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland, in: APuZ 28 (1985), S. 11–30
Häberle, Peter, Kulturpolitik in der Stadt – ein Verfassungsauftrag, Karlsruhe u. a. 1979
Hammer-Schenk, Harold/Waskönig, Dagmar/Weiss, G., Kunstgeschichte gegen den Strich gebürstet? 10 Jahre Ulmer Verein, 1968–1978. Geschichte in Dokumenten (Neuaufl. der Ausgabe von 1979; neu bearb. von Iris Grötecke), Marburg 1997
Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband II. CDU und CSU. Mitgliedschaften und Sozialstruktur 1945–1990, bearb. von Corinna Franz und Oliver Gnad, Düsseldorf 2005
Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband IV. SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN, bearb. von Josef Boyer und Till Kössler, Düsseldorf 2005
Hansert, Andreas, Bürgerkultur und Kulturpolitik in Frankfurt am Main. Eine historisch-soziologische Rekonstruktion, Frankfurt a. M. 1992
Harbeck, Karl-Heinz, Das „Imperative Mandat" – eine falsche Antwort auf eine richtige Frage, Kiel 1974 (Amt für staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein)
Heidenreich, Bernd/Wolf, Werner (Hg.), Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995: 50 Jahre CDU Hessen, Köln 1995
Heider, Ulrike, Keine Ruhe nach dem Sturm, Hamburg 2001
Heigl, Richard, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der neuen Linken (1950–1968), Hamburg 2008
Hein, Bastian, Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974, München 2006

Hein, Dieter, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985
Heinemann, Karl-Heinz/Jaitner, Thomas, Ein langer Marsch. 1968 und die Folgen, Köln 1993
Heinrichs, Werner, Kommunales Kulturmanagement. Rahmenbedingungen, Praxisfelder, Managementmethoden, Baden-Baden 1999
Heinz-Jung-Stiftung (Hg.), Linke im Kalten Krieg. Autobiographische Berichte aus Frankfurt am Main 1945 bis 1968 (Red. David Salomon), Köln 2007
Held, Jutta, Konzeptionen historischer Museen, in: Kuhn/Schneider, Geschichte lernen im Museum, S. 11–31
Hennis, Wilhelm, Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs, in: Lehmbruch, Gerhard/von Beyme, Klaus/Fetscher, Iring (Hg.), Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik, München 1971, S. 68–96
Hensel, Georg, Das Theater der siebziger Jahre. Kommentar, Kritik, Polemik, 2. Aufl., Stuttgart 1981
Herbert, Ulrich, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, in: ders. (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1989, Göttingen 2002, S. 7–49
Herlemann, Falko, Krise war immer. Von der Reform zur Resignation, in: Kritische Berichte 2/1999 (Thema: 30 Jahre Ulmer Verein), S. 16–25
Hermand, Jost, Die Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965-1985, München 1988
Hermann, Lutz, Georg Leber. Vom Maurer zum Staatsmann. Ein Porträt, Freudenstadt 1969
Hesselbach, Walter/Schmidt, Helmut/Oertzen, Peter von, Kämpfer ohne Pathos. Festschrift für Hans Matthöfer zum 60. Geburtstag am 25. September 1985, Bonn 1985
Hessische Gemeindeordnung (HGO) – Textausgabe –, hg. vom Hessischen Städtetag, Sonderdruck Nr. 12, April 1985
Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition, 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4), Stuttgart 1984
Hochkeppel, Willy, Die Rolle der Neuen Linken in der Kulturindustrie, München 1972
Hockerts, Hans Günter, Parteien in Bewegung. Über die Flexibilität des Parteiensystems in der Reformära der Bonner Republik (1966–1974), in: Hildebrand, Klaus/Wengst, Udo/Wirsching, Andreas (Hg.), Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 225–240
Hockerts, Hans Günter, Das Profil der Reformära, in: Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 5: Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden 2006, S. 3–155
Hodenberg, Christina von/Siegfried, Detlef, Wo „1968" liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006
Hodenberg, Christina von/Siegfried, Detlef, Reform und Revolte. 1968 und die langen sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: dies., Wo „1968" liegt, S. 7–14
Hodenberg, Christina von, Der Kampf um die Redaktionen. „1968" und der Wandel der westdeutschen Massenmedien, in: dies./Siegfried, Wo „1968" liegt, S. 139–163
Hoffmann, Detlef, „Laßt Objekte sprechen!". Bemerkungen zu einem verhängnisvollen Irrtum, in: Spickernagel/Walbe (Hg.), Das Museum, S. 101–120
Hoffmann, Detlef, Drei Jahrzehnte Museumsentwicklung in der Bundesrepublik – Trends, Strukturen, Perspektiven, in: Biermann, Vom Elfenbeinturm zur Fußgängerzone, S. 13–23
Hoffmann, Detlef, Die Karlsfresken Alfred Rethels, Freiburg 1968
Hoffmann, Detlef/Junker, Almut/Schirmbeck, Peter (Hg.), Geschichte als öffentliches Ärgernis oder ein Museum für die demokratische Gesellschaft. Das historische Museum in Frankfurt am Main und der Streit um seine Konzeption, Fernwald 1974
Hoffmann, Detlef, Ein demokratisches Museum (I): Geschichte und Konzeption, in: Hoffmann/Junker/Schirmbeck, Geschichte als öffentliches Ärgernis, S. 15–24

Hoffmann, Detlef, Geschichte – keine Geschichtchen. Erfahrungen am Historischen Museum Frankfurt a. M., in: Vorgänge 26 (1977), S. 92–97
Hoffmann, Hilmar, Tauben, reisende Boten. Kulturgeschichte und Sport der Brieftaube, Duisburg 1963
Hoffmann, Hilmar, 1 Jahr Kulturarbeit in Frankfurt. Ein Rechenschaftsbericht, Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt am Main (Hg.), o. O. 1972
Hoffmann, Hilmar, Kultur für alle. Perspektiven und Modelle, aktual. u. erw. Ausgabe Frankfurt a. M. 1981
Hoffmann, Hilmar, Ihr naht Euch wieder, schwankende Gestalten. Erinnerungen, Hamburg 1999
Hoffmann, Hilmar (Hg.), Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik – Beschreibungen und Entwürfe, Frankfurt 1974
Hoffmann, Hilmar, Theater als organischer Teil der Gesellschaft, in: Loschütz, War das was?, S. 11–16
Hoffmann, Hilmar/Klotz, Heinrich (Hg.), Die Kultur unseres Jahrhunderts, Bd. 5: Die Sechziger, Bd. 6: 1970–1990, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1987 bzw. 1990
Hoffmann, Hilmar, Kulturpolitik – Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft, in: Hoffmann/Klotz, Die Kultur unseres Jahrhunderts, Bd. 6: 1970–1990, S. 33–53
Hoffmann, Ludwig (Hg. unter Mitarbeit von Klaus Pfützner), Theater der Kollektive. Proletarisch-revolutionäres Berufstheater in Deutschland 1928–1933. Stücke, Dokumente, Studien, 2 Bde., Berlin 1980
Hollenstein, Erich, Kulturelles bargaining. Ein Aspekt alternativer soziokultureller Aktivität, Essen 1978
Holler, Wolfgang, Ziele und Rahmenbedingungen kommunaler Politik. Eine vergleichende Analyse der kommunalpolitischen Grundsatzprogramme von SPD, CDU/CSU und FDP, in: Naßmacher, Karl-Heinz (Hg.), Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Der Beitrag des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 127–140
Horn, Wolfgang, Kulturpolitik in Düsseldorf. Situation und Neubeginn nach 1945, Opladen 1981
Hubert, Ivo/Merkelbach, Valentin, Abschied vom klassischen Schulfach. Zum Beispiel Deutsch. Bearb. Dokumentation vom Schulbuchkongreß der Sozialdemokratischen Wählerinitiative Bonn, „Muß Schule dumm machen?“, Heidelberg 1972
Hübner, Kurt/Schmidt, Dietmar N./Hübner, Kurt, Von der Leidenschaft eines Theatermenschen, Leipzig 2006
Hug, Markus, Kultur- und Freizeitpolitik in der Mittelstadt. Zum Beispiel Universitätsstadt Tübingen, Tübingen 1986

Iden, Peter, Die Schaubühne am Halleschen Ufer, 1970–1979, München u. a. 1979
Iden, Peter, „Der Schein, was ist er, dem das Wesen fehlt?“ Zur Entwicklung des Schauspieltheaters in Frankfurt; Vortrag gehalten auf Einladung des Patronatsvereines für die Theater der Stadt Frankfurt am Main, 28. September 1992, im Nachtfoyer des Schauspielhauses (Bibliothek des IfSG)
Iden, Peter, Peter Palitzsch. Theater muß die Welt verändern, Berlin 2005
Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit (Hg.), Der Freiheit eine Gasse. Dokumentation zur Zensur im Theater, Offenbach 1978
Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Infas-Report Wahlen Bayern und Hessen, Analysen und Dokumente zu den Landtagswahlen 1974, Bonn – Bad Godesberg 1974
Ismayr, Wolfgang, Das politische Theater in Westdeutschland, 2. Aufl., Königstein/Ts. 1985

Jäger, Lorenz, Adorno. Eine politische Biographie, München 2003
Jahn, Hans Edgar (Hg.), CDU und Mitbestimmung. Der Weg zur Mitbestimmungsformel der CDU auf dem Parteitag 1968, Stuttgart 1969
Jarausch, Konrad H. (Hg.), Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte?, Göttingen 2008
Jarausch, Konrad H., Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, Bonn 2004

Jesse, Eckhard, Biographisches Porträt. Horst Mahler, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13 (2001), S. 183–199
Johler, Jens, Der Falsche, Ungekürzte Ausgabe, München 1997
Jonas, Friedrich, Die Institutionenlehre Arnold Gehlens, Tübingen 1966
Juchler, Ingo, Rebellische Subjektivität und Internationalismus: Der Einfluß Herbert Marcuses und der nationalen Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt auf die Studentenbewegung in der BRD, Marburg 1989
Junker, Almut, Historische Dokumentation 9.–15. Jahrhundert, in: Hoffmann/Junker/Schirmbeck, Geschichte als öffentliches Ärgernis, S. 27–68
Jureit, Ulrike, Generationenforschung, Göttingen 2006
Jürgs, Michael, Günter Grass. Eine deutsche Biografie, erw. Neuausgabe, München 2007
Jung, Sabine (Hg.), „Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt": Faust II, 5. Akt, Tiefe Nacht. Horst Reber zum fünfundsechzigsten Geburtstag, Mainz 1994

Kailitz, Susanne, Auseinandersetzungen mit der Gewalt – Frankfurter Schule, Studentenbewegung und RAF, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 16 (2004), S. 83–102
Karl, Michaela, Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt a. M. 2003
Keitel, Ulrich, „Sehr geehrter Parteifreund…". Parteiinterne Rundbriefe gegen alte Nazis, Frankfurt a. M. 2001
Kersting, Franz-Werner, „Unruhediskurs". Zeitgenössische Deutungen der 68er-Bewegung, in: Frese/Paulus/Teppe, Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, S. 715–740
Kersting, Franz-Werner, Entzauberung des Mythos? Ausgangsbedingungen und Tendenzen einer gesellschaftlichen Standortbestimmung der westdeutschen ‚68er'-Bewegung, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 1–19
Kersting, Franz-Werner, Psychiatriereform und ‚68', in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 283–295
Kielmansegg, Peter Graf, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000
Kirchgässner, Hubert (Hg.), Texte zur soziokulturellen Animation, 2. veränd. Aufl., Remscheid 1983
Kirsch, Werner, Entscheidungsprozesse (3 Bde.), Wiesbaden 1970/71
Klein, Armin, Kulturpolitik. Eine Einführung, Opladen 2003
Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, 2. überarb. u. erw. Aufl., Bonn 1997
Kleßmann, Christoph, 1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution, in: Hettling, Manfred (Hg.), Revolution in Deutschland? 1789–1989, Göttingen 1991, S. 90–105
Knöpfle, Franziska, Im Zeichen der Soziokultur. Hermann Glaser und die kommunale Kulturpolitik in Nürnberg, Nürnberg 2007
Koenen, Gerd, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001
Koenen, Gerd, Der transzendental Obdachlose – Hans-Jürgen Krahl, in: Zeitschrift für Ideengeschichte, Heft II/3, 2008, S. 5–22
Köhler, Gerd/Reuter, Ernst (Hg.), Was sollen Schüler lernen? Die Kontroverse um die hessischen Rahmenrichtlinien für die Unterrichtsfächer Deutsch und Gesellschaftslehre. Dokumentation einer Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt a. M. 1973
Köser, Helmut (Hg.), Der Bürger in der Gemeinde. Kommunalpolitik und politische Willensbildung, Bonn 1979
Kohl, Helmut, Erinnerungen 1982–1990, München 2005
Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik, 7. Aufl., München 2009
Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 bis 1919, Düsseldorf 1962
Kommunale Kulturpolitik in Dokumenten: Berichte, Projekte, Konzepte (hg. vom Dt. Institut für Urbanistik), bearb. von Gabriele Mosbach und Albrecht Göschel, Berlin 1991
Kommunale Kulturpolitik: Thesen, hg. vom Institut für Kommunalwissenschaften, Sankt Augustin, 2. unveränd. Aufl., Sankt Augustin 1981

Korff, Gottfried/Roth, Martin (Hg.), Das historische Museum. Labor, Schaubühne, Identitätsfabrik, Frankfurt a. M. u. a. 1990
Korte, Hermann, Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren, Frankfurt a. M. 1987
Koschnick, Hans (Hg.), Der Abschied vom Extremistenbeschluß, Bonn 1979
Koselleck, Reinhart, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, 6. Aufl., Frankfurt a. M. 2006 (zuerst 1979)
Kötter, Kirsten, Der Frankfurter Kunstverein in den 70er Jahren (unveröffentlichte Magisterarbeit am Kunstgeschichtlichen Institut der Universität Frankfurt), Frankfurt a. M. 1992 (Bibliothek des IfSG)
Krabbe, Wolfgang R., Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945–1980, Wiesbaden 2002
Krahl, Hans-Jürgen, Konstitution und Klassenkampf. Schriften und Reden 1966–1970, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1985
Krahl, Hilde, Ich bin fast immer angekommen. Erinnerungen. Aufgezeichnet von Dieter H. Bratsch, 2. Aufl., München 1998
Kramer, Dieter, Handlungsfeld Kultur. Zwanzig Jahre Nachdenken über Kulturpolitik, Essen 1996
Kraus, Dorothea, Zwischen Selbst- und Mitbestimmung: Demokratisierungskonzepte im westdeutschen Theater der frühen siebziger Jahre, in: Gilcher-Holtey, Politisches Theater, S. 125–152
Krause-Burger, Sibylle, Joschka Fischer. Der Marsch durch die Illusionen, Reinbek bei Hamburg 2000 (zuerst 1995)
Kraushaar, Wolfgang, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000
Kraushaar, Wolfgang, Der lange Marsch durch die Institutionen, in: Landgrebe/Plath (Hg.), '68 und die Folgen, S. 61–64
Kraushaar, Wolfgang, 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, München u. a. 1998
Kraushaar, Wolfgang, Die Protest-Chronik 1949–59. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, Hamburg 1996
Kraushaar, Wolfgang (Hg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, 2. Aufl., Hamburg 1998, Bd. 1–3; Bd. 1: Chronik, Bd. 2: Dokumente, Bd. 3: Kommentare und Aufsätze, Register
Kraushaar, Wolfgang, Fischer in Frankfurt, Hamburg 2001
Kraushaar, Wolfgang, Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 105–121
Kraushaar, Wolfgang, Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008
Krauss, Marita, Nachkriegskultur in München. Münchner städtische Kulturpolitik 1945–1954, München 1985
Kreuder, Friedemann, Formen des Erinnerns im Theater Klaus Michael Grübers, Berlin 2002
Krohn, Maren, Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze, Köln 1981
Kuhn, Annette/Schneider, Gerhard (Hg.), Geschichte lernen im Museum, Düsseldorf 1978
Kunst der bürgerlichen Revolution von 1830 bis 1848/49. Zusammengestellt und herausgegeben aus Anlaß der Ausstellung im Schloß Charlottenburg, Berlin 1972/73, 3. verb. Aufl., Berlin 1973
Kulturpolitik. Mit Beiträgen von Wolfgang Lipp u. a., Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart/Berlin/Köln 1989
Kunstpädagogisches Zentrum im Germanischen Nationalmuseum (Hg.), Zum Beispiel Dürer-Studio. Dokumentation und Kritik eines ausstellungsdidaktischen Experiments von Jürgen Rohmeder u. a., Ravensburg 1972
Küpper, Jost, Die SPD und der Orientierungsrahmen '85, Bonn-Bad Godesberg 1977
Kuratorium Kulturelles Frankfurt (Hg.), Nur ein Kulturverein? Information, Rückblick, Bestandsaufnahme, Appell, Frankfurt a. M. 1978
Kurzenberger, Hajo, Theaterkollektive: Von der ‚Truppe 31' zur ‚Marthaler-Familie', von der Politisierung der 68er-Bewegung zur Privatisierung des Theatermachens in den Neunzigern, in: Gilcher-Holtey, Politisches Theater, S. 153–178

Landgrebe, Christiane/Plath, Jörg (Hg.), ’68 und die Folgen. Ein unvollständiges Lexikon, Berlin 1998
Lange, Wigand, Theater in Deutschland nach 1945. Zur Theaterpolitik der amerikanischen Besatzungsbehörden, Frankfurt a. M. u. a. 1980
Langguth, Gerd, Protestbewegung: Entwicklung. Niedergang. Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, 2. Aufl., Köln 1984
Langguth, Gerd, Mythos ’68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke. Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München 2001
Laufner, Richard, Am Fuß der blauen Berge. Kulturpolitik, Stadtentwicklung und Alternativkultur am Beispiel Marburg, Marburg 1982
Lefebvre, Henri, Revolution der Städte, München 1972
Lemire, Laurent, Cohn-Bendit, Paris 1998
Lohmar, Ulrich, Demokratisierung in Deutschland. Vorträge u. Aufsätze, Gütersloh 1969
Lohmar, Ulrich, Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1968 (zuerst 1963)
Lönnendonker, Siegward (Hg.), Linksintellektueller Aufbruch zwischen „Kulturrevolution“ und „kultureller Zerstörung“. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) in der Nachkriegsgeschichte (1946–1969). Dokumentation eines Symposiums, Opladen 1998
Lösche, Peter/Walter, Franz, Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992
Loschütz, Gert, in Zusammenarbeit mit Horst Laube (Hg.), War da was? Theaterarbeit und Mitbestimmung am Schauspiel Frankfurt 1972–1980, Frankfurt a. M. 1980
Löwisch, Manfred/Kaiser, Dagmar, Tendenzschutz in öffentlich-rechtlich geführten Bühnenunternehmen. Zu den verfassungsrechtlichen Grenzen der Landespersonalvertretungsgesetze, Baden-Baden 1996
Lucke, Albrecht von, 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht, Berlin 2008
Lübbe, Hermann, Der Mythos der ‚kritischen Generation‘. Ein Rückblick, in: APuZ 20 (1988), S. 17–25
Lübbe, Hermann, 1968. Zur kulturellen und politischen Wirkungsgeschichte in Deutschland, in: Schubert, Venanz (Hg.), 1968. 30 Jahre danach, St. Ottilien 1999, S. 185–208
Luft, Friedrich, Vorwort, in: 25 Jahre Theater in Berlin. Theaterpremieren 1945–1970 (hg. im Auftrag des Senats von Berlin), Berlin 1972, S. 7–20

Machiavelli, Niccolò, Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung, Dt. Gesamtausgabe, 3. verb. Aufl., Stuttgart 2007
Maier, Hans, 1968 – Versuch einer Bilanz, hg. vom Bayerischen Landtag (Akademiegespräch), München 2002
Marcuse, Herbert, Über den affirmativen Charakter der Kultur, in: Marcuse, Herbert, Kultur und Gesellschaft I, Frankfurt a. M. 1965
Marwick, Arthur, The sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy and the United States, 1958–1974, Oxford u. a. 1998
Matthias, Erich, Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19, Düsseldorf 1970
Melchinger, Siegfried, Geschichte des politischen Theaters, Hannover 1971
Mennicken, Rainer, Peter Palitzsch. Regie im Theater, Frankfurt a. M. 1993
Menzel, Hans-Jochen, Die Rechte des Betriebsrats im Tendenzbetrieb nach dem Betriebsverfassungsgesetz vom 15. Januar 1972, Diss. Regensburg 1978
Merkelbach, Valentin, Pressekampagne gegen das Konzept eines historischen Museums, in: Hoffmann/Junker/Schirmbeck, Geschichte als öffentliches Ärgernis, S. 259–266
Merseburger, Peter, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart u. a. 2002
Mertz, Peter, Das gerettete Theater. Die deutsche Bühne im Wiederaufbau, Weinheim u. a. 1990
Miermeister, Jürgen, Rudi Dutschke. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, 6. Aufl., Reinbek 2003 (zuerst 1986)

Mitscherlich, Alexander, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1965
Mohr, Albert Richard, Das Frankfurter Opernhaus 1880–1980. Ein Beitrag zur Frankfurter Theatergeschichte, Frankfurt a. M. 1980
Mosler, Peter, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach. Mit einer Chronologie von Wolfgang Kraushaar, Reinbek bei Hamburg 1977
Müller, André, Kreuzzug gegen Brecht. Die Kampagne in der Bundesrepublik 1961/62, Berlin 1962
Müller, Harald/Schitthelm, Jürgen (Hg.), 40 Jahre Schaubühne Berlin, Berlin 2002
Müller-Doohm, Stefan, Adorno. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 2003
Müller-Rommel, Ferdinand, Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen in der SPD von 1969–1980, Opladen 1982
Mündemann, Tobias, Die 68er … und was aus ihnen geworden ist, München 1988

Nagel, Ivan, Drama und Theater. Von Shakespeare bis Jelinek, München u. a. 2006
Negt, Oskar, Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, 4. Aufl., Göttingen 2008 (zuerst 1995)
Neuenfels, Hans, Erinnern und sich erinnern. Nachruf auf Peter Palitzsch, in: Iden, Peter Palitzsch, S. 181–194
Neuenfels, Hans, Gedichte. Ovar und Opium. 1. Absprung in anderen Atem, Wiesbaden 1960
Neuenfels, Hans, Mundmündig [Gedichte], Köln 1963
Niedenhoff, Horst-Udo, Auf dem Marsch durch die Institutionen. Die kommunistische Agitation im Betrieb und in den Gewerkschaften, Köln 1979
Niedenhoff, Horst-Udo, Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979
Nipperdey, Thomas, Konflikt, einzige Wahrheit der Gesellschaft? Zur Kritik der hessischen Rahmenrichtlinien, Osnabrück 1974
Noll, Gerhard, Arbeitsrecht im Tendenzbetrieb. Ratgeber für Arbeitnehmer und deren Interessenvertretung, Frankfurt a. M. 2001

Oberpriller, Martin, Jungsozialisten. Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition, Bonn 2004
Oelinger, Josef, Die neue Linke und der SDS. Die politische Theorie der revolutionären Opposition, Köln 1969
Oertzen, Peter von, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963
Offe, Claus, Einleitung, in: Bachrach, Peter/Baratz, Morton S., Macht und Armut. Eine theoretisch-empirische Untersuchung, Frankfurt a. M. 1977, S. 7–34.
Osswald, Albert, Eine Zeit vergeht. Lebenserinnerungen des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten, 2. Aufl., Gießen 1994
Otto, Karl A., Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1960–1970. Mit einem Nachwort von Andreas Buro, Frankfurt a. M. u. a. 1977
Otto, Karl A., APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970), Köln 1989

Pauls, Hermann, Herkommen und Persönlichkeit, in: Von Verschuer, Nikolaus/Gres, Joachim (Hg.), Liber amicorum für Alexander Riesenkampff zum siebzigsten Geburtstag, München 2006, S. 261–269
Plagemann, Volker, Beitrag, in: Fünf Jahrzehnte kommunale Kulturpolitik, Köln 1992 (Deutscher Städtetag-Beiträge zur Bildungs- und Kulturpolitik, Heft 20)
Podevils, Clemens Graf, Tendenzwende. Zur geistigen Situation in der Bundesrepublik, Stuttgart 1975
Poeche, Sabine, Mitbestimmung in wissenschaftlichen Tendenzbetrieben, Baden-Baden 1999

Pohlmann, Markus, Kulturpolitik in Deutschland. Städtisch organisierte Kultur und Kulturadministration, München 1994
Preiß, Achim/Stamm, Karl/Zehnder, Frank Günter (Hg.), Das Museum – Die Entwicklung in den 80er Jahren. Festschrift für Hugo Borger zum 65. Geburtstag, München 1990

Ramthun, Gudrun, Kulturpolitik in Krefeld nach dem 2. Weltkrieg, Frankfurt a. M./Bern 1982
Rauth, Oliver, Die hessische Schulpolitik nach dem Großen Hessenplan. Eine Politikfeldanalyse des Konfliktes um die Rahmenrichtlinien, Marburg 2001 (Diplomarbeit am FB Gesellschaftswissenschaften und Philosophie)
Rebentisch, Dieter, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975
Reinicke, Helmut, Für Krahl, Berlin 1973
Reinhardt, Hermann, CDU und SPD – ein Vergleich ihrer kommunalen Kulturpolitik (unveröff. verwaltungswissenschaftliche Diplomarbeit der Universität Konstanz) 1981 (Bibliothek der CDU-Fraktion im Frankfurter Römer)
Reisner, Stefan (Hg.), Briefe an Rudi D. Eingeleitet von Rudi Dutschke, Frankfurt a. M. 1968 (Voltaire-Flugschriften, 19)
Richter, Pavel A., Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968, in: Gilcher-Holtey, 1968, S. 35–55
Riedelsheimer, Heinz, Der Tendenzbetrieb in arbeitsrechtlicher und verfassungsrechtlicher Sicht, Diss. Erlangen 1958
Rischbieter, Henning (Hg.), Durch den eisernen Vorhang. Theater im geteilten Deutschland 1945 bis 1990, Berlin 1999
Rinsche, Günter, Die CDU in den Großstädten, in: Dietrich Rollmann (Hg.), Die Zukunft der CDU. Christlich-demokratische Konzeption für die Zukunft, Hamburg 1968, S. 192–210
Roberts, David (Hg.), Tendenzwenden. Aspekte des Kulturwandels der Siebziger Jahre, Frankfurt a. M. u. a. 1984
Rödder, Andreas, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004
Rödder, Andreas, Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990, Stuttgart 2004
Röhl, Bettina, So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus-Rainer Röhl und die Akte Konkret, Hamburg 2006
Rohmeder, Jürgen, Das Dürer-Studio. Entstehung, Beschreibung, Betrieb und Echo, in: Zum Beispiel Dürer-Studio, S. 12–70
Rohrmoser, Günter, Die Herausforderung der Radikalen. Zwölf Kolumnen zum Zeitgeschehen, Köln 1973
Rohstock, Anne, Von der „Ordinarienuniversität" zur „Revolutionszentrale"? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976, München 2010
Roik, Michael, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn u. a. 2006
Rotberg, Joachim, Zwischen Linkskatholizismus und bürgerlicher Sammlung. Die Anfänge der CDU in Frankfurt am Main 1945–1946, Frankfurt a. M. 1999
Rotberg, Joachim, Vom „Katholikenausschuß" zur Volkspartei. Die CDU Frankfurt am Main 1945–2005, in: ders./Zimmer, Aus Liebe zu Frankfurt, S. 17–58
Rotberg, Joachim/Zimmer, Matthias, Aus Liebe zu Frankfurt. Erinnerungen und Streiflichter aus 60 Jahren CDU, hg. vom CDU-Kreisverband Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2005
Roth, Jürgen, Z. B. Frankfurt. Die Zerstörung einer Stadt, München 1975
Roth, Roland, Rebellische Subjektivität. Herbert Marcuse und die neuen Protestbewegungen, Frankfurt a. M. 1985
Ruck, Michael, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Schildt/Siegfried/Lammers, Dynamische Zeiten, S. 362–401
Rudorf, Reginald, Die vierte Gewalt. Das linke Medienkartell, Frankfurt a. M./Berlin 1994

Rudzio, Wolfgang, Eine Erneuerung gesellschaftsverändernder Kommunalpolitik, in: Naßmacher, Karl-Heinz (Hg.), Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Der Beitrag des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 78–110
Rühle, Günther, Anarchie in der Regie, Frankfurt a. M. 1982
Rühle, Günther, Die Wiederherstellung des Theaters, in: Hoffmann/Klotz, Die Kultur, Bd. 5, S. 73–89
Rühle, Otto, Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats, Bd. 1, Berlin 1930 (Nachdruck Lahn-Gießen 1977)
Rürup, Reinhard, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968
Rüschenschmidt, Heinrich, Gründung und Anfänge der CDU in Hessen, Darmstadt 1981

Schauer, Helmut (Hg.), Prima Klima. Wider den Zeitgeist. 1. Gnadenlose Generaldebatte zur endgültigen Klärung aller unzeitgemäßen Fragen, Hamburg 1987
Schelsky, Helmut, Die Strategie der „Systemüberwindung". Der lange Marsch durch die Institutionen, in: ders., Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung. Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik, 4. unveränd. Auflage, München 1974, S. 19–37
Schelsky, Helmut, Die skeptische Generation. Eine Generation der deutschen Jugend. Mit einem Vorwort zur Taschenbuchausgabe, ungekürzte Ausgabe, Frankfurt 1975 (zuerst 1957)
Scheytt, Oliver, Rechtsgrundlagen der kommunalen Kulturarbeit, Köln 1994
Schieb, Roswitha, Peter Stein. Ein Porträt, Berlin 2005
Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, 2. Aufl., Hamburg 2003 (zuerst 2000)
Schildt, Axel, Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders./Siegfried/Lammers, Dynamische Zeiten, S. 21–53
Schildt, Axel, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten". Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 449–478
Schirmbeck, Peter, Zur Museumsdidaktik, in: Hoffmann/Junker/Schirmbeck, Geschichte als öffentliches Ärgernis, S. 283–297
Schlak, Stephan, Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München 2008
Schmidtke, Michael, Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a. M. 2003
Schmökel, Reinhard/Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991
Schneider, Franz (Hg.), Dienstjubiläum einer Revolte. „1968" und 25 Jahre, München 1993
Schneider, Michael, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze. Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest, 1958–1968, Bonn 1986
Schneider, Dieter/Neuland, Franz/Möller, Walter, Zwischen Römer und Revolution, 1869–1969. Hundert Jahre Sozialdemokraten in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1969
Schomann, Bernd, Frankfurter Portraits. Eine Stadt und ihre Menschen, Rödermark 1995
Schonauer, Karlheinz, Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD. Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Bonn 1982
Schönberger, Irmingard (Hg.), Betrachten + bewahren. Ein Querschnitt durch das schriftliche Werk von Arno Schönberger, Nürnberg 1995
Schönbohm, Wulf, Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985
Schöndienst, Eugen, Geschichte des Deutschen Bühnenvereins seit 1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Theaters, Frankfurt a. M. 1981
Schönhoven, Klaus, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004
Schuchardt, Helga (Hg.), Kultur im Alltag. Neue Formen kommunaler Kulturpolitik, Hamburg 1985

Schulz, Kristina, Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976, Frankfurt a. M. 2002
Schulz, Kristina, Studentische Bewegungen und Protestkampagnen, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter, Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. u. a. 2008, S. 417–446
Schulze, Gerhard, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M. /New York 1992
Schütte, Wolfram (Hg.), Adorno in Frankfurt. Ein Kaleidoskop mit Texten und Bildern, Frankfurt a. M. 2003
Schwarz, Elisabeth, Ein Mann und (s)ein Modell. Peter Palitzsch und die Mitbestimmung, in: Mennicken, Peter Palitzsch, S. 78–86
Schwarz, Hans-Peter, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981
Schwencke, Olaf/Sievers, Norbert, Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Festschrift zum siebzigsten Geburtstag von Alfons Spielhoff, 2. erw. und aktual. Ausgabe, Hagen 1988
Schwencke, Olaf, Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik, in: ders./Sievers, Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik, S. 1–8
Schwencke, Olaf/Revermann, Klaus H./Spielhoff, Alfons (Hg.), Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, München 1974
Schweppenhäuser, Gerhard, Theodor W. Adorno zur Einführung, 3. überarb. Aufl., Hamburg 2003
Schwiedrzik, Wolfgang Matthias, Theater als „Aktion", in: Gilcher-Holtey, Vom Ereignis zum Gegenstand, S. 224–238
Schwier, Hans, Jede Epoche schafft ihre Museen, in: Preiß/Stamm/Zehnder (Hg.), Das Museum – Die Entwicklung in den 80er Jahren, S. 77–80
Seeling, August, Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit, in: Grimme, Adolf (Hg.), Kulturverwaltung der zwanziger Jahre, Stuttgart 1961, S. 115–120
Seier, Hellmut, Paul Kluke 1908–1990. Nekrolog, in: HZ 252 (1991), S. 212–215
Siepmann, Eckhard, Che-Schah-Shit. Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotow, Reinbek bei Hamburg 1988
Soell, Hartmut, Helmut Schmidt: 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003
Sozialistischer Lehrerbund (Hg.), Materialien zur Schulbuchproduktion. Analysen, Tendenzen, Alternativen, Offenbach 1973 (Fotodr. ULB Darmstadt)
Soukup, Uwe, Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967, Berlin 2007
SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main, Mehr Demokratie wagen. Der Fall Littmann. Eine Dokumentation, Frankfurt a. M. 1970
Spickernagel, Ellen/Walbe, Brigitte (Hg.), Das Museum: Lernort contra Musentempel, 2. Aufl., Gießen 1976 (Sonderband der Zeitschrift „Kritische Berichte")
Städtische Kulturpolitik. Empfehlungen, Richtlinien und Hinweise des Deutschen Städtetages zur Praxis städtischer Kulturpolitik 1946–1970. Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Köln 1971
Stahl, Karl Heinz, Georg Lucász und die Zerstörung der Vernunft. Eine Würdigung des Goethepreisträgers 1970, in: Tribüne 9 (1970), 35, S. 3808–3816
Stamer, Sabine, Cohn-Bendit. Die Biografie, Hamburg 2001
Stecklina, Gerd/Schille, Joachim (Hg.), Otto Rühle. Leben und Werk (1874–1943), Weinheim/München 2003
Stehen, Jürgen, Didaktische Aspekte einer Theorie des Historischen Museums, in: Kuhn/Schneider, Geschichte lernen im Museum, S. 49–81
Steinmetz, Willibald, Von der Geschichte der Gesellschaft zur „Neuen Kulturgeschichte", in: Wirsching, Andreas (Hg.); Neueste Zeit, München 2006, S. 233–250
Stephan, Dieter, Jungsozialisten: Stabilisierung nach langer Krise? Theorie und Politik 1969–1979. Eine Bilanz, Bonn 1979
Stern, Klaus/Hermann, Jörg, Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes, 2. Aufl., München 2007
Stettner, Herbert, Parteifest, Frankfurt a. M. 1991

Stracke, Ernst, Stadtzerstörung und Stadtteilkampf. Innerstädtische Umstrukturierungsprozesse, Wohnungsnot und soziale Bewegungen in Frankfurt am Main, Köln 1980
Streeck, Sylvia u. Wolfgang, Parteiensystem und Status quo. Drei Studien zum innerparteilichen Konflikt, Frankfurt a. M. 1972
Stubenvoll, Hans/Schirmbeck, Peter, Dokumentation 20. Jahrhundert, in: Hoffmann/Junker/Schirmbeck, Geschichte als öffentliches Ärgernis, S. 153–218
Sucher, Curt Bernd (Hg.), Theaterlexikon. Autoren, Regisseure, Schauspieler, Dramaturgen, Bühnenbildner, Kritiker, München 1995
Sucher, Curt Bernd, Luc Bondy. Erfinder, Spieler, Liebhaber, Salzburg u. a. 2002
Süß, Dietmar, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 67–104

Thalheimer, August, Einführung in den dialektischen Materialismus (Die moderne Weltanschauung), Wien/Berlin 1928 (Nachdruck Bremen 1973)
Thränhardt, Dietrich, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1996
Timm, Uwe, Heißer Sommer, Köln 1985
Tödtmann, Hermann-Ulrich, Die Zulässigkeit tarifvertraglicher Mitbestimmungsregelungen für Bühnenkünstler, Diss. Köln 1995
Töteberg, Michael, Rainer Werner Fassbinder, Reinbek bei Hamburg 2002

Uhle, Reinhard, Pädagogik der siebziger Jahre. Zwischen wissenschaftsorientierter Bildung und repressionsarmer Erziehung, in: Faulstich, Werner (Hg.), Die Kultur der 70er Jahre, München 2004, S. 49–64
Urban, Peter (zusammengestellt von), Das Buch vom Verlag der Autoren 1969–1989. Beschreibung eines Modells und seiner Entwicklung, Frankfurt a. M. 1989

Vilmar, Fritz, Strategien der Demokratisierung, Bd. 1: Theorie der Praxis; Bd. 2: Modelle und Kämpfe der Praxis, Darmstadt/Neuwied 1973
Vogel, Hans-Jochen, Die Amtskette. Meine zwölf Münchner Jahre. Ein Erlebnisbericht, München 1972

Waetzoldt, Stephan, Das Museum als Quelle der Information, in: Bott, Das Museum, S. 279–284
Waldmann, Sabine, „Es muß alles anders werden, wurscht was!" Die Entwicklung politischen Denkens und Handelns bei ehemaligen APO-Studenten, München/Wien 1991
Wallmann, Walter, Zur strafrechtlichen Problematik des Züchtigungsrechtes der Lehrer. Unter besonderer Berücksichtigung des geltenden Verfassungsrechtes, Diss. Marburg 1965
Wallmann, Walter, Der Preis des Fortschritts. Beiträge zur politischen Kultur, Stuttgart 1983
Wallmann, Walter, Im Lichte der Paulskirche. Memoiren eines Politischen, Potsdam 2002
Walter, Franz, Die Achtundsechziger. Liberale Zäsur der Republik?, in: Universitas 53 (1998), S. 957–961
Walter, Franz, Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002
Was bleibt. Walter Möller in seinen Aufsätzen, Reden, Zitaten, Interviews. Hg. vom Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1972
Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922
Weber, Petra, Carlo Schmid. 1896–1979. Eine Biographie, München 1996
Wehler, Hans-Ulrich, Bismarck und der Imperialismus, Köln 1969
Wehling, Hans-Georg/Lipp, Wolfgang, Kulturpolitik, Stuttgart u. a. 1989
Weidhaas, Peter, Zur Geschichte der Frankfurter Buchmesse, Frankfurt a. M. 2003
Weiss, Heipe, Fuchstanz, Frankfurt a. M. 1999
Wekwerth, Manfred, Erinnern ist Leben. Eine dramatische Autobiographie, Leipzig 2000
Wesel, Uwe, Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen, München 2002
Wiedemeyer, Wolfgang, Gefragt: Walter Wallmann, Bornheim 1977
Wiggershaus, Rolf, Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung, 6. Aufl., München 2001 (zuerst 1986)

Willeke, Rudolf, Die geistigen Hintergründe der Kulturrevolution 1968–1998 und ihre Folgen für Familie und Kirche, Gesellschaft und Staat, hg. von der Komturei Münster/Westfalen des Ordo Militiae Crucis Templi, Tempelherren-Orden Deutsches Priorat, Münster 2000

Wirsching, Andreas, Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006

Wolf, Werner, Neubeginn und Kampf um die Mehrheit. Die CDU Hessen unter Alfred Dregger 1967–1982, in: Wolf, Werner (Hg.), CDU Hessen 1945–1985. Politische Mitgestaltung und Kampf um die Mehrheit, Köln 1986, S. 59–97

Wolff, Karl D. (Hg.), 5x7 Lesebuch: 1970–2005. 35 Jahre Stroemfeld/Roter Stern, Frankfurt a. M. 2005

Wolfrum, Edgar, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006

Zehetmair, Hans, Kultur bewegt. Kulturpolitik für Bayern, München 2001

Zellmer, Elisabeth, Töchter der Revolte? Frauenbewegung und Feminismus in den 1970er Jahren in München, München 2011

10 Jahre Ernst-Reuter-Schule: Gesamtschule in der Nordweststadt Frankfurt am Main. Eine Zwischenbilanz, hg. von der Kollegialen Schulleitung der Ernst-Reuter-Schule I u. II., Redaktion: Herbert Stubenrauch, Frankfurt a. M. 1974

Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AG	Aktiengesellschaft
APO	Außerparlamentarische Opposition
AStA	Allgemeiner Studentenausschuss
BV	Bezirksverband
CDU	Christlich-Demokratische Partei Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DM	Deutsche Mark
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DST	Deutscher Städtetag
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FBfV	Frankfurter Bund für Volksbildung
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
FDJ	Freie Deutsche Jugend
Ffm	Frankfurt am Main
FNP	Frankfurter Neue Presse
FR	Frankfurter Rundschau
GDBA	Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger
HiMu	Historisches Museum
HKB	Höchster Kreisblatt
HR	Hessischer Rundfunk
IfSG	Institut für Stadtgeschichte (der Stadt Frankfurt am Main)
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
JU	Junge Union (Jugendorganisation von CDU und CSU)
Judos	Jungdemokraten (FDP-naher Jugendverband)
Jusos	Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD
KB	Künstlerischer Beirat
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KMK	Kultusministerkonferenz
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung (der CDU/CSU)
KV	Kreisverband

KZ	Konzentrationslager
LA	Landesarchiv
MSP(D)	Mehrheitssozialdemokratische Partei (Deutschlands)
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Nr.	Nummer
OB	Oberbürgermeister
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
RAF	Rote Armee Fraktion
SB	Städtische Bühnen
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlin
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SZ	Süddeutsche Zeitung
Stvv	Stadtverordnetenversammlung
TAT	Theater am Turm
TOP	Tagesordnungspunkt
UB	Unterbezirk
Ufa	Universum Film AG
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
USP(D)	Unabhängige Sozialdemokratische Partei (Deutschlands)
USA	United States of America
VHS	Volkshochschule
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

Personenregister

Abela, Albert 377, 378
Abendroth, Wolfgang 15, 151, 395
Abs, Hermann Josef 113, 114, 396–398
Adenauer, Konrad 36, 54, 80, 91, 93
Adlhoch, Walter 142, 143, 430
Adorno, Theodor W. 15, 29, 42, 43, 49, 50, 104, 308
Adrian, Hans 360, 369, 391
Agnoli, Johannes 16
Ahrlé, Ferry 345
Albertz, Luise 105
Alvarez, Santiago, 117
Amann, Max 215
Ambrosius, Gerhard 89–91
Andernacht, Dietrich 139
Appel, Rudolf 334, 336, 370
Arndt, Rudi 2, 13, 23, 25, 61, 67, 96, 115, 128, 131, 136, 140, 147, 281, 312, 316, 323, 327, 328, 330, 332–335, 343, 344, 347–351, 354–367, 369–375, 377–379, 381, 386–389, 399, 401, 405, 410, 411, 414–416, 418–420, 422–425, 427, 431, 432, 434–439, 441, 442, 448
Arold, Antje 363
Arroyo, Eduardo 243
Assmann, Arno 180, 181
Augstein, Rudolf 7

Baader, Andreas 49
Bachmann, Karl 331
Balser, Frolinde 3, 67, 101–103, 107, 136, 146, 158, 199, 410, 424
Barfuß, Grischa 173, 174
Barth, Susanne 275
Bartsch, Wolfgang 86, 135, 148
Barzel, Rainer 105, 276, 332, 343, 348, 426
Bauer, Friedrich-Wilhelm 159, 401, 403, 409
Baumert, Wolfgang 367, 370, 387
Baumgart, Reinhard 311
Beaucamp, Eduard 397, 400
Bebel, August 146
Becker, Karl 78, 79, 90
Beckett, Samuel Barclay 312
Beckmann, Ruth 87, 94
Bender, Kurt 90, 337
Benedict, Jörg 196
Benn, Gottfried 447
Benneter, Klaus-Uwe 435
Berg, Martin 75, 332, 356, 359–361, 376, 426, 432
Berg, Werner 183
Berkemeier, Karlheinz 63, 369, 436
Bermbach, Udo 75
Bernauer, Ernst 87
Bernhard, Patrick 12
Bethmann, Johann Philipp Freiherr von 55, 86–88, 95, 128, 129, 134, 331, 383
Bethmann, Moritz Freiherr von 86
Beuys, Joseph 393, 448
Biedenkopf, Kurt 426
Bingel, Horst 401
Bismarck, Otto von 160–163, 408, 449
Bloch, Ernst 104, 121, 131, 275
Bloomfield, Theodore 176
Bock, Karl-Albert 229
Bockelmann, Werner 28
Bodisco, Dirk von 235, 275, 276, 286
Böhlke, Edgar M. 222, 255, 281, 288, 316
Böll, Heinrich 105
Börner, Holger 370, 430, 434
Bösch, Frank 54
Bond, Edward 220, 234, 245, 246, 271, 303–307, 311
Bondy, Luc 242, 243, 246, 247, 255, 258, 261, 262, 268, 286–289, 311, 312, 316
Borger, Hugo 165
Born, Horst 65, 66
Bott, Gerhard 126
Bracker, Jörgen 165–167
Brakert, Gisela 202
Brandt, Willy 9, 13, 15, 55, 58, 60, 66, 67, 71, 73, 105, 133, 148, 327, 333, 348, 368, 372, 388, 442, 443, 447
Braun, Karlheinz 296–301, 454
Brecht, Bertolt 31, 32, 38, 47, 171, 173, 177, 178, 182, 187, 190, 201, 220–224, 226, 230, 238, 244, 246, 265, 269, 275, 302, 308, 309, 311, 316, 317, 451, 452, 456
Brecht, Ulrich 39
Breithaupt, Dankwart 361
Breithaupt, Anita 326, 355, 362, 370

Brooks, Peter 201
Brundert, Willi 23, 37, 39, 45, 46, 48, 60, 63, 65, 67, 70–72, 79, 173–175, 196–198, 204, 325, 329, 367, 438, 442, 452
Bubis, Ignatz 51
Buckwitz, Harry 5, 30–32, 36, 38, 39, 46, 111, 171, 172, 174, 177, 179, 180, 249, 314, 451
Bude, Heinz 241
Büchner, Georg 227
Buhre, Traugott 229, 259, 277, 291, 304, 316
Burg, Lou van 407
Burgholz, Richard 64, 66
Buselmeier, Michael 191
Bussmann, Georg 393–395, 401

Canaris, Volker 321
Castagne, Helmut 174, 177, 179
Castro, Fidel 117
Chopin, Frédéric François 447
Clauss, Armin 356
Cocteau, Jean 311
Cohen, Max 158
Cohn-Bendit, Daniel 9, 23, 49, 51, 372, 436, 459
Conradt, Gerd 117
Conze, Werner 102
Corterier, Peter 57

Däubler-Gmelin, Herta 128
Däumig, Ernst 158
Dahrendorf, Ralf 7
Danzeisen, Peter 235, 237–240, 249, 250, 253, 257, 271, 274, 278, 279, 281–286, 293, 298, 316, 444
Debray, Régis 6
Deichsel, Wolfgang 120, 392
Deppisch, Hans-Werner 181
Diederich, Reiner 394
Diehl, Siegfried 392, 401
Diekhoff, Marlen 229, 244, 247, 256, 262, 286
Dietz, Fritz 88, 114, 398, 399
Dietz, Hans 83, 89, 91
Dirks, Walter 86
Döll, Klaus 81, 94, 331, 338, 350, 380, 381, 383
Dohnányi, Christoph von 176, 193, 195, 399
Dorst, Tankred 224, 230
Dregger, Alfred 1, 6, 16, 24, 73, 77, 79, 80, 86–88, 92, 140, 288, 336, 337, 347, 348, 384, 412, 415, 416, 419, 426, 432, 437, 439, 447
Drese, Claus Helmut 191, 192
Dürer, Albrecht 126, 127
Dürrenmatt, Friedrich 98
Düttmann, Johannes 107, 409
Dutschke, Rudi 6–8, 16, 44–46, 50, 62, 63, 148, 185, 189, 339, 445, 447

Ebert, Friedrich 122, 147, 155–157
Echternach, Jürgen 332
Eckert, Rainer 326, 334, 335, 355, 356, 362, 365, 444
Ehlers, Joachim 141, 146
Ehre, Ida 177
Ehrenberg, Herbert 61, 378
Ehrlich, Wilfried 359, 360
Eichel, Hans 135
Eichhorn, Werner 196
Ellwein, Thomas 12
Elste, Wilfried 282
Engelhardt, Ernst Günther 220
Engelmann, Bernt 162
Engelmann, Ingeborg 229, 258
Engels, Friedrich 275
Ensslin, Gudrun 49
Erfurth, Ulrich 5, 111, 172, 174–180, 192–206, 211, 212, 215, 451, 452
Erhard, Ludwig 36, 54, 105
Ernst, Max 226
Eschenburg, Theodor 69
Everding, August 189, 197, 201, 211, 217, 451

Faller, Herbert 70, 74, 75, 325
Faßbender, Heinrich 352
Fassbinder, Rainer Werner 5, 108, 314, 392, 393
Fay, Wilhelm 24, 78, 79, 174, 175, 209, 328, 329, 331, 334, 336, 337, 339, 341, 344, 347, 348, 350, 353, 380–383, 395, 401, 413
Feik, Eberhard 245, 250, 252, 256, 257, 261, 267, 268
Fernandes, Augusto 236, 256
Fetscher, Iring 345
Feydeau, Georges 194
Fichter, Tilmann 12
Fieg, Wolfgang 326
Filz, Günter 424
Fischer, Fritz 153
Fischer, Joseph (Joschka) 9, 19, 23, 49, 51, 459
Fischer, Jürgen 234, 261, 275, 278, 286
Flach, Karl Hermann 76
Flesch-Thebesius, Max 96
Flesch-Thebesius, Marlies 144
Fletcher, Lucille 290
Flimm, Jürgen 321
Fogt, Helmut 446, 447

Frank, Anne 136
Franke, Peter 239, 247, 248, 289, 291, 292
Freiwald, Friedrich 85, 86, 94
Freyh, Brigitte 62
Friedeburg, Ludwig von 14, 50, 131, 169, 365, 373, 433
Friedrich, Erhard 184, 298
Friedrich, Rudolf 389
Frisch, Max 47
Fritzsche, Klaus 373
Frobenius, Leo 97
Früh, Giovanni 229
Fuchs, Matthias 240, 260, 301
Furth, Peter 322

Gainsborough, Thomas 447
Gandhi, Mohandas Karamchand 359
Gall, Lothar 114, 168, 414
Gallwitz, Klaus 397, 398
Gansel, Norbert 57
Garnier, Hans-Detlev von 81–84, 89, 93, 331, 338, 350, 380, 383, 385
Gauland, Alexander 2, 398, 448
Gavajda, Peter (Pedro) 275
Gebhardt, Fred 61, 101, 118, 326, 331, 333, 340, 357, 359, 363–372, 374, 375, 378, 424, 426, 430, 436, 437, 442, 444
Gehlen, Arnold 6
Geiss, Imanuel 153–157, 160–162, 164
Geißler, Emil 330
Gelhaar, Klaus 215, 225, 227, 231–237, 240, 246, 260, 261, 263, 264, 283, 286, 304, 305
Genet, Jean 31
Genscher, Hans-Dietrich 433
Gerhardt, Ernst 78, 81–83, 85, 87–94, 115, 116, 329, 335–337, 376, 382, 383, 388, 413, 429, 430, 437, 457
Gilcher-Holtey, Ingrid 22, 167, 188, 456
Gillessen, Günther 133, 141, 143, 149
Gladkow, Fjodor 247
Glaser, Hermann 12, 21, 33–35, 103, 314
Goebbels, Joseph 142, 176, 347
Goethe, Wolfgang von 31, 40, 193, 318
Görtemaker, Manfred 19
Göttig, Willy Werner 172
Gorki, Maxim 310
Gottmann, Günther 165
Grass, Günter 105, 202, 203, 205
Grebing, Helga 147
Grüber, Klaus Michael 222, 224, 243, 309, 316
Grübling, Richard 394
Gründgens, Gustaf 174, 177, 196, 277
Günther, Herbert 373
Guevara, Ernesto Che 6
Guillaume, Christel 66, 70
Guillaume, Günter 67
Gustafson, Lars 214

Haad, Ulrich 229
Habermas, Jürgen 44
Hacks, Peter 193
Hagenau, Heinz 120, 243, 249
Hamm-Brücher, Hildegard 105
Handke, Peter 120, 183, 200, 315
Hankel, Wilhelm 345
Hartmann, Rainer 160, 177, 178, 193, 312, 315
Haug, Winfried 346
Haverkampf, Hans-Erhard 369
Hebbel, Friedrich 311
Heck, Bruno 15, 54, 92, 95
Heckroth, Hein 196
Heiber, Helmut 154
Heidegger, Martin 104
Hein, Bastian 455
Heinemann, Gustav 105
Heinrichs, Benjamin 304, 305, 313
Henrichs, Helmut 243
Held, Hans Ludwig 33
Helmholz, Bodo 349
Hellwig, Hans-Jürgen 81, 380, 383
Hennis, Wilhelm 75
Hensel, Andreas 269, 292
Hensel, Georg 203, 294, 295
Hermand, Jost 21
Hesselbach, Walter 330
Hessler, Hermann 172
Hetzer, Willi 47, 48
Heumann, Jochem, 84, 91
Heym, Heinrich 29, 129, 130, 306, 307
Heyme, Hansgünther 187
Hilpert, Heinz 179, 181
Hilpert, Werner 86
Hochhuth, Rolf 38, 105, 187
Hodenberg, Christina von 20, 445
Höcherl, Hermann 105
Hoffmann, Alexander 334
Hoffmann, Detlef 130, 133, 166, 168, 406, 444, 450
Hoffmann, Hilmar 4, 5, 9, 12–14, 22–24, 103–119, 121, 122, 130, 131, 134, 136, 137, 146, 147, 149, 150, 160, 163, 164, 167, 205–215, 227, 241, 243–245, 251, 270, 271, 281, 285, 289, 296, 298, 302, 303, 306, 307, 310, 312, 317, 320, 323, 329, 340, 341, 344, 345, 351, 391–407, 409, 410, 422, 447, 448, 450–452, 456, 457
Hoffmann, Detlef 139, 143, 153, 154, 162, 450

Hohenemser, Herbert 40, 125, 202, 217, 218
Holz, Hans Heinz 121, 122
Holzamer, Johannes Karl 40
Holzapfel, Hartmut 135, 395
Horn, Wolfgang 22
Horkheimer, Max 42, 43, 50
Hübner, Kurt 173, 174, 223
Huonder Guido 268, 277, 310

Ibsen, Henrik Johan 310, 317
Iden, Peter 172, 193, 194, 200, 207, 210, 222, 224, 226, 234, 240–242, 276, 282, 290, 296, 297, 300, 305, 314–317
Ignée, Wolfgang 243
Ivo, Hubert 134, 450

Jacobi, Ernst 244, 248, 267, 269, 272, 274–276, 452
Jäkel, Peter 325, 357, 360, 370, 375
Jäger, Gerd 316
Janßen, Karl-Heinz 135, 149, 151
Jeker, Valentin 243, 245, 260, 268, 277
Johler, Jens 182, 184, 185, 189, 190
John, Gottfried 256
Johnson, Lyndon B. 224

Kabelitz, Roland 201
Kämpf, Günter 137
Kanther, Manfred 412
Karajan, Herbert von 227
Karasek, Hellmuth 207, 313–315
Karry, Heinz-Herbert 128, 210, 349, 350, 352, 389
Keaton, Buster 341
Keitel, Ulrich 150, 159, 163
Kentrup, Norbert 262, 263, 265, 291
Khuon, Ulrich 313
Kiesinger, Kurt Georg 54, 79, 85
King, Martin Luther 359
Kipphoff, Petra 165, 168
Kirchgäßner, Alfons 38
Kirchner, Gottfried 150
Kiskalt, Hans 45, 63, 64, 72, 324, 339
Klaußnitzer, Horst 185–187
Kleinschmidt, Peter 192, 193, 196–200
Kleist, Armin 363, 365, 366, 369
Klett, Ernst 13
Klett, Renate 244, 266
Kloth, Jürgen 239, 253, 258, 275, 279, 283–289
Kluge, Alexander 105
Kluke, Paul 142, 154–157
Kneidl, Karl 215
Knobel, Enno 151
Knoeringen, Waldemar von 33
Koch, Heinrich 31, 196
Koch, Rainer 167
Köhler, Franz-Heinz 308
Koenen, Gerd 445
Koenigs, Tom 459
Köper, Carmen-Renate 47
Köpke, Horst 302, 305, 400
Kohl, Helmut 1, 54, 385, 411, 412, 415, 416, 426, 437, 439
Kolb, Eberhard 156, 438
Kollwitz, Käthe 394
Korenke, Hans Ulrich 29, 109, 110, 199, 200, 211, 214, 318, 340, 341, 346, 391, 393, 408
Korn, Karl 132, 172
Kortner, Fritz 300
Koselleck, Reinhart 17
Krämer-Badoni, Rudolf 101, 113, 117–119, 149, 203, 204, 216, 311, 315, 317, 407, 448, 449
Krahl, Hans-Jürgen 48, 49
Krahl, Hilde 177
Kraus Dorothea 22, 188
Kraushaar, Wolfgang 2, 6
Kreling, Josef 343
Krollmann, Hans 373

Lafontaine, Oscar 443
Lampel, Peter Martin 246
Landmann, Ludwig 136
Lang, Joseph 70, 330, 356, 358
Langguth, Gerd 439
Laube, Heinrich 181
Laube, Horst 22, 207, 231, 233, 240–243, 246, 247, 261, 263, 264, 268, 269, 273, 275, 276, 278, 281, 282, 285, 286, 290–293, 295, 297, 299, 311, 315–317, 456
Leber, Georg 60–62, 70, 74, 335, 356, 388
Leggewie, Claus 19
Leimbacher, Christoph 286
Leisler-Kiep, Walther 411, 416
Liebknecht, Karl 147
Lietzau, Hans 184, 185
Lindeiner-Waldau, Klaus von 352, 390
Lingnau, Hermann 114, 115
Link, Helmut 87, 93, 341
Lissner, Erich 172, 177
Littmann, Gerhard 45, 68–73, 75, 76, 103, 107, 339, 438
Lösche, Peter 21, 147
Löscher, Peter 301, 312
Lorca, Federico García 311
Lorenz, Konrad 48
Lorenz, Peter 387
Loschütz, Gert 22, 265
Lucácz, Georg 339

Lübbe, Hermann 455
Lütgert, Gert 72
Luft, Friedrich 31
Luxemburg, Rosa 122

Macourek, Miloš 194
Mahler, Horst 56
Maier, Hans 459
Mann, Golo 414
Mann, Thomas 105, 338
Mao Zedong 6, 292
Marcuse, Herbert 10, 34, 35, 126, 188, 449
Marx, Karl 43, 62, 144, 149, 275, 328, 394
Matthöfer, Hans 62
Mehring, Franz 156
Meinhof, Ulrike 427
Mende, Erich 105
Mennicken, Rainer 321
Merkelbach, Valentin 134, 450
Michel, Hans 346, 357, 371, 376, 416, 418, 420
Mick, Günter 367, 376
Millowitsch, Willy 176
Minden, Heinrich 120, 212, 243, 246, 285, 286
Minks, Wilfried 206, 210, 215, 231, 320
Mischnick, Wolfgang 350
Mitscherlich, Alexander 27, 35, 342
Möller, Alex 153
Möller, Walter 13, 23, 28, 60–77, 79, 80, 84, 98, 99, 101, 103, 106, 107, 115, 204, 205, 324–330, 349, 367, 398, 441, 442, 447, 452
Mörger, Ursula 196
Molnar, Franz (Ferenc Molnár) 290
Monk, Egon 173, 174, 308
Moog, Hans-Jürgen 78, 80, 81, 96, 97, 121, 122, 348, 350, 354, 380, 402, 407, 413, 431
Müller, André 189, 201
Müller, Felix 120
Müller, Hans-Reinhardt 174
Müller, Heiner 247, 313
Müller, Knut 421
Münch, Richard 196, 197, 199, 200, 202, 203, 206
Mündemann, Tobias 12

Neander, Joachim 85
Negt, Oskar 87
Neuenfels, Hans 206, 215, 220, 225–231, 233, 236, 237, 240, 242, 243, 245, 246, 252, 253, 258, 260, 268, 271, 275–282, 285, 286, 288–291, 307, 309–311, 313–317, 453
Neuss, Wolfgang 189
Niemetz, Alexander 80
Nitzling, Erich 370, 374
Noelte, Rudolf 211, 222
Noske, Gustav 155

Oertzen, Peter von 61, 156, 363
Oertzen, Tania von 225, 256, 257
Ohnesorg, Benno 44
Orth, Elsbeth 141, 146
Osswald, Albert 72, 330, 367, 379, 386, 387, 389, 422, 434
Otting, Ludwig von 321

Palitzsch, Peter 5, 173, 181, 206, 207, 209–216, 219–226, 228–231, 233–237, 239–260, 267–269, 272, 273, 275–290, 292–297, 299–307, 309–315, 317, 318, 320, 321, 341, 404, 409, 452, 453, 455–457
Pappermann, Ernst 19
Papst Paul VI. 143
Peichl, Markus 446
Petri, Roland 118, 119, 121, 392
Peymann, Claus 120, 173, 192, 193, 197, 198, 200, 207, 234
Picht, Georg 128, 446
Pinter, Harold 193, 316
Piscator, Erwin 31, 187
Pleß, Philipp 330
Polzer, Erhard 362
Postel, Helmut 310
Potthoff, Heinrich 147

Raabe, Christian 63, 65, 199, 326, 330, 355–357, 444
Raabe, Wilhelm 245, 327
Rabehl, Bernd 7, 185, 445
Rabenau, Burghard von 352
Radke, Olaf 61
Raspe, Jan-Carl 154
Rath, Karl vom 28, 29, 101, 196, 199, 200, 203, 328, 452
Rauhe, Gernot 206
Rebentisch, Dieter W. 136, 141, 146, 157
Reber, Horst 137, 138, 167
Redl, Christian 255, 261
Reible, Dieter 47, 192–200, 207
Reiss, Willi 325, 327, 376
Rethel, Alfred 133
Retschy, Gerhard 120, 249, 274, 285, 294
Reuter, Wolfgang 86
Revermann, Klaus H. 22, 308
Rhein, Peter 343, 423, 432
Riemer, Horst 78
Rischbieter, Henning 184, 207, 270, 309
Riesenhuber, Heinz 87, 382–389, 413, 416, 418, 429, 437, 438, 457

Riesenkampff, Alexander 81, 85, 331, 341, 350, 383, 385, 386, 397, 428
Robespierre, Maximilien de 48
Rökk, Marika 176
Roggisch, Peter 225, 229, 236, 246, 254, 256, 257, 260, 274, 283, 284, 287, 292, 301, 318, 345
Rohde, Gerhard 317
Rohmeder, Jürgen 127
Rohstock, Anne 20
Rosenberg, Arthur 145, 155
Rotberg, Joachim 25
Roth, Jürgen 378, 421
Rudel, Hans-Ulrich 406
Rudolph, Dieter 390
Rudolph, Hans-Christian 301
Rudolph, Niels-Peter 215
Rudzio, Wolfgang 25, 65, 69, 70, 76, 325, 332, 444
Rueffer, Michael Alwin 212, 213
Rühle, Günther 171, 172, 176, 207, 295, 303–305, 315, 316, 319, 320
Rühle, Otto 132, 140, 142, 144, 156, 167, 449
Rühmann, Heinz 176
Rürup, Reinhard 156

Sabeis, Heinz-Winfried 308
Sackenheim, Friedrich Franz 99, 101, 103, 107, 199, 200, 203, 298, 330, 410
Sartre, Jean-Paul 31
Sauberzweig, Dieter 4, 41, 166
Schaaf, Johannes 320
Scharnagel, Karl 33
Schauer, Helmut 11
Schauss, Hans Joachim 120
Scheel, Walter 351
Scheidemann, Philipp 122, 147
Schelsky, Helmut 20, 446, 447
Schiller, Friedrich 308
Schirmbeck, Peter 145
Schmahl, Hildegard 256
Schmid, Carlo 33, 44
Schmidt, Doris 168
Schmidt, Helmut 58, 368, 426, 435, 436, 437, 442, 443
Schmidtke, Michael 20, 445
Schmitt-Vockenhausen, Hermann 2, 74
Schnitzler, Eduard von 117
Schoeler, Andreas von 352, 376, 389, 390, 416, 431, 433
Schönberger, Arno 166
Schönberger, Hans 381
Schopohl, Eos 320
Schreiner, Otmar 435
Schrenck-Notzing, Caspar von 14
Schubart, Alexander 347, 357, 359, 360, 365, 370, 371, 378, 404, 436, 444
Schuh, Oscar Fritz 174, 180, 308
Schumacher, Kurt 347
Schwab, Ulrich 243, 249, 250, 290
Schwarz, Elisabeth 228, 229, 235, 237, 246, 253, 254, 261, 262, 265, 281, 283, 285, 287, 318
Schwarz, Sonja 178
Schwarz-Schilling, Christian 411
Schwarzenstein, Christa Mette Mumm von 381
Schwencke, Olaf 22
Schwiedrzik, Wolfgang Matthias 23, 189, 190, 451
Schwing, Hugo 245
Seghers, Anna 223
Seib-Art, Walther 148
Seidel, Hans-Dieter 304, 305, 317
Seifert-Mitscherlich, Monika 343
Seiters, Rudolf 77
Sellner, Gustav Rudolf 31
Senghor, Leopold 49
Seybold, Eberhard 219, 317
Shakespeare, William 48, 177, 193, 303
Sichtermann, Barbara 182, 184, 185, 188, 190
Siegfried, Detlef 20
Sieglerschmidt, Hellmut 324
Siepmann, Eckard 22
Sigulla, Adalbert 67, 70
Soares, Mário 372
Sölch, Rudi 356–358, 361, 364, 369, 376, 442
Sollwedel, Inge 390, 418, 433
Solti, Georg 30, 399
Spielhoff, Alfons 4, 22
Sprengel, Bernhard 400
Springer, Axel Cäsar 45
Stanislawski, Konstantin Sergejewitsch 222
Steckel, Frank-Patrick 311
Stefanek, Lore 229, 259, 261–263, 273, 291, 301
Steiger, Klaus 225, 259, 276, 285
Stein, Corinna 258
Stein, Peter 120, 173, 189, 190, 192, 193, 198–200, 207, 212, 307, 451
Steiof, Adolf Christian 231, 233, 234, 236, 237, 240, 262, 266, 286, 295, 297
Sternheim, Carl 31
Stettner, Herbert 128, 129, 130, 176, 177
Stettner, Wilhelm 40
Stock, Wolfgang Jean 133
Storey, David 310
Stratenwerth, Christoph 287

Strauß, Botho 318
Strauß, Franz Josef 87, 238, 332, 338, 343, 348, 415, 416, 424, 431
Streeck, Sylvia 21, 76
Streeck, Wolfgang 21, 76, 326
Strien, Eva-Maria 239, 248
Strindberg, August 392
Stubenvoll, Hans 127, 130, 132–134, 137, 139, 141, 145, 147, 148, 150, 157–159, 161, 167
Sturmfels, Klaus 436
Suhrkamp, Peter 296
Sukowa, Barbara 254, 255, 259, 260, 262, 263, 266, 318
Sulimma, Burkhard 405
Svevo, Italo 248

Terson, Peter 226
Thalheimer, August 277
Thomazewski, Otto 421
Tillian, Robert 255
Timm, Uwe 171
Toller, Ernst 224
Trageser, Karl-Heinz 407
Trakl, Wolfgang 7
Trampert, Rainer 10
Traube, Klaus 435
Treusch, Hermann 240, 244, 276, 286, 288, 404, 406
Trissenaar, Elisabeth 228–230, 239, 251, 318
Tschechow, Anton Pawlowitsch 248, 320
Tucholsky, Kurt 47, 394

Ulbricht, Lutz 345
Ulbricht, Walter, 16, 74, 223
Ulrich, Sylvia 214, 233, 252, 274, 279
Ulrich, Volker 153
Unseld, Siegfried 113
Uslar, Jochen von 169
Uttendörfer, Walter 261, 267
Utzerath, Hansjörg 185, 190

Vequel-Westernach, Max von 225, 260, 263, 264
Viering, Stefan 265
Vilmar, Fritz 15, 16, 441
Völker, Klaus 215, 304
Vogel, Hans-Jochen 83, 105, 326, 367, 368
Voigt, Günther 149
Voigt, Karsten 25, 43, 44, 58–61, 68, 70, 74, 87, 118, 330–333, 340, 357, 361, 362, 364–371, 374, 421, 422, 444
Voitel, Gottfried 349–352
Vorbeck, Dorothee 76, 363, 370, 374
Voss, Reinhard 335, 342, 372, 386
Vring, Thomas von der 447

Waetzoldt, Stephan 125, 126
Wallmann, Walter 1, 18, 23, 24, 84, 89, 92, 94, 317, 387, 403, 404, 411–420, 429, 431, 432–434, 437–439, 448, 457
Walter, Franz 21
Warnke, Christof 144
Warren, Robert Penn 32
Weber, Hermann 122
Weck, Gerhard 64–66, 327
Wedekind, Frank 255, 311, 317
Wehler, Hans-Ulrich 162–164
Wehmeier, Jörg 220, 267, 268
Wehner, Herbert 71, 115, 420, 431
Weil, Felix 97
Weimar, Peter 144
Weiss, Peter 32, 187, 188
Weisser, Jens 253, 268, 275
Weizsäcker, Carl Friedrich von 104
Weizsäcker, Richard von 426
Wekwerth, Manfred 220, 221, 223
Wendland, Jens 311, 317
Wendt, Ernst 184, 185
Wennemann, Klaus 239, 240, 253, 275, 286–288, 292, 299
Wentz, Martin 373, 421, 435, 436, 444
Weser, Rudi 373
Wiebel, Martin 185, 190
Wiens, Wolfgang 120, 392
Wilder, Thornton 31
Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen 38
Wirth, Willi 121
Wittgenstein, Casimir Prinz 85
Wöll, Hans 356, 377
Wörner, Manfred 406
Wolf, Armin 138 139
Wolf, Hartmut 134
Wolf, Horst 435
Wolff, Karl-Dietrich (alias KD) 49, 154
Wolfrum, Edgar 19
Wonder, Erich 235, 288, 317
Wüllner, Heinrich 186, 217

Zadek, Peter 173, 187, 224, 307
Zander, Fred 60, 74–76, 324, 325–327, 330, 331, 333–335, 337, 346, 354–358, 361, 362, 364, 423, 442
Zeis, Christian 97, 135, 159, 161, 163, 164, 390, 391, 401, 408, 409, 420, 433
Ziegler, Gerhard 377
Zink, Otto 86
Zinn, Georg August 151, 434
Zoglmann, Siegfried 352
Zwerenz, Gerhard 345